

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

1916 bis 1919

1. Jahrgang: 1916

Arbeiterpolitik
Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus

1916 bis 1919

1. Jg. 1916

Redaktionelle Anmerkungen

Hinzufügungen und aktualisierte Literaturverweise des Herausgebers der hier vorliegenden Ausgabe sind in eckige Klammern gesetzt.

Gesperrt gedruckte Passagen im Original werden in Kursivschrift wiedergegeben.

Die Regeln der aktuellen deutschen Rechtschreibung werden in der Regel beachtet, zeittypische sprachliche Besonderheiten – auch die falsche Verwendung von Superlativen – hingegen in den Transkriptionen beibehalten. Andere offensichtliche Fehler sind korrigiert.

Vorlagen dieser Transkriptionen sind die Veröffentlichungen des Antonie Pannekoek Archives (aaap.be), die vom IISG (Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis – International Institute of Social History) zur Verfügung gestellt wurden, der fotomechanische Neudruck der Originalausgabe 1916-1919 nach dem Exemplar des INSTITUTS FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZENTRALKOMITEE DER SED, ZENTRALANTIQUARIAT DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK; LEIPZIG 1974 sowie die kleine Schrift der „Gruppe Arbeiterpolitik, Bremen“ aus dem Jahre 1965: Die Bremer Linksradiكالen – Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1919

Impressum

Transkription: © 2023 Copyright by Thomas Königshofen

Umschlag: © 2023 Copyright by Thomas Königshofen

Inhalt

Vorwort und Einleitung	8
Die Bremer Linksradi kalen	8
Die Entwicklung der Bremer Linksradi kalen	10
Arbeiterpolitik 1/1916	20
Niederbruch und Aufstieg.....	20
Die russische Arbeiterpartei vor dem Kriege.	22
Aus dem Lager deutschen Imperialismus.....	24
Aus unserm politischen Tagebuch.	29
Feuilleton.....	31
Früher!.....	31
Das Lied vom Sturm v o g e l.....	33
Arbeiterpolitik 2/1916	35
Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft.	35
Sektiererei oder Klärung?	38
Aus dem Lager des deutschen Imperialismus.....	40
Die sozialistische Jugend.	41
Aus unserm politischen Tagebuch.	43
Feuilleton.....	45
Die Gretchentragödie.....	45
Geh deine Bahn.....	48
Zeugen und Rufer.....	48
Arbeiterpolitik 3/1916	50
Die Macht des Kapitals.	50
Die sozialistischen Parteien Englands im Kriege.	52
Alldeutschland bot sein Jungvolk auf.....	54
Pessimismus oder Optimismus?.....	55
Ist der Kapitalismus reif?	57
Aus unserm politischen Tagebuch.	59
Feuilleton.....	59
Urkommunismus. Von H. Anders.	59
Zeugen und Rufer.....	62
Noch wollen wir kämpfen.....	63
Arbeiterpolitik 4/1916	64
Das Zentrum der Partei.....	64
Einheit oder Spaltung der Partei.....	66

1. Sozialdemokratie und Sozialimperialismus	66
Der Anarchismus und die Internationale.....	69
Die Jugendbewegung in Hamburg.	71
Aus unserm politischen Tagebuch.	72
Feuilleton.....	73
Von Kriegen und Rechtsgelehrten.	73
Lied der Hunde.....	77
Arbeiterpolitik 5/1916.....	79
Die Reform des Führertums	79
Beitragssperre.....	81
Einheit oder Spaltung der Partei?.....	83
2. Die Spaltung in der Arbeiterbewegung.	83
Der Anarchismus und die Internationale. (Schluss.).....	86
Aus unserm politischen Tagebuch.	88
Feuilleton.....	88
Der Sündenbock.....	88
Sittenlos und unsittlich.	91
Vernunft.....	92
Arbeiterpolitik 6/1916.....	93
Kriegsparteitag.....	93
Einheit oder Spaltung der Partei?.....	97
3. Die Politik des 4. August.	97
Im Fangnetz der Widersprüche.	100
Aus unserm politischen Tagebuch.....	101
Feuilleton.....	102
Himmelfahrt.....	102
Erinnerung aus Krähwinkels Schreckenstagen.....	105
Selbständigkeit.....	106
Aus dem Drama „Franz von Sickingen“ von Ferd. Lassalle.....	106
Arbeiterpolitik 7/1916.....	108
An der Schwelle des dritten Kriegsjahres.	108
Einheit oder Spaltung der Partei?.....	110
4. Für die Spaltung!	110
Im Fangnetz der Widersprüche.	114
Die Väter des 4. August.	116
Aus unserm politischen Tagebuch.	116
Feuilleton.....	118
Columbus und seine Zeit.	118

Ich singe den Leib, den elektrischen.....	121
An unsere Leser!.....	123
Arbeiterpolitik 8/1916.....	125
Der neue Parlamentarismus.....	125
Einheit oder Spaltung der Partei?.....	127
5. Linksradikale und Zentrum.....	127
Im Fangnetz der Widersprüche.....	130
Aus Holland.....	131
Aus unserm politischen Tagebuch.....	133
Feuilleton.....	135
Die Folter.....	135
Arbeiterpolitik 9/1916.....	141
Kriegsrüstungen und Kriegslisten.....	141
Die Konferenz der „neutralen“ Sozialpatrioten und das Parteizentrum.....	143
Etwas Hegelsche Philosophie.....	146
„Unter der alten Fahne“.....	148
Aus unserm politischen Tagebuch.....	150
Feuilleton.....	151
Eine Rousseau-Biographie.....	151
Die Schwelle.....	153
Zeugen und Rufer.....	154
Indischer Spruch.....	155
Gesetz und Not.....	155
Arbeiterpolitik 10/1916.....	156
Die alte und die neue Bewegung.....	156
Einheit oder Spaltung der Partei?.....	159
6. Die Aufgaben der Linksradikalen.....	159
Zur Krisis in der Jugendbewegung.....	162
Aus unserm politischen Tagebuch.....	164
Feuilleton.....	166
Petrus na Jerusalem.....	166
Inwiefern ein Fürst sein Wort halten muss.....	168
Fichte (1762–1814) über Macchiavelli.....	169
Zeugen und Rufer.....	169
Lumpentum.....	170
Arbeiterpolitik 11/1916.....	171
Der Bittgang der Sozialpatrioten.....	171
Staat, Nation, Imperialismus und Sozialdemokratie.....	174

Die Fragen.....	174
Die Bildung des Nationalstaates und die Sozialdemokratie.....	175
Aus unserm politischen Tagebuch.....	179
Feuilleton.....	181
Faust.....	181
Der geheimnisvolle Trompeter.....	183
Zeugen und Rufer.....	185
Arbeiterpolitik 12/1916.....	186
Es geht aufs Ganze.....	186
Staat, Nation, Imperialismus und Sozialdemokratie.....	187
3. Der Nationalitätenstaat und die Sozialdemokratie.....	187
4. Das Proletariat und die Staatsbildung.....	190
Die Gewerkschaftsbewegung.....	190
Kartellpolitik der Gewerkschaften.....	192
Aus unserm politischen Tagebuch.....	194
Berichtigung.....	196
Feuilleton.....	196
Ein dunkles Kapitel.....	196
Zeugen und Rufer.....	199
Arbeiterpolitik 13/1916.....	201
Unser Kampf gegen das Zentrum der Partei.....	201
Staat, Nation, Imperialismus und Sozialdemokratie.....	204
In der Ära des Imperialismus.....	204
Die Gewerkschaftsbewegung.....	207
Der Kern des Jugendkonflikts.....	209
Aus unserm politischen Tagebuch.....	211
Feuilleton.....	212
Die Tat.....	212
Zeugen und Rufer.....	215
Arbeiterpolitik 14/1916.....	216
Die Parteikonferenz der Sozialpatrioten.....	216
Die Wandlung des Sozialimperialismus.....	218
Die Gewerkschaftsbewegung.....	221
Der Kern des Jugendkonflikts.....	223
Aus unserm politischen Tagebuch.....	225
Feuilleton.....	227
Die Schule der Zukunft.....	227
Arbeiterpolitik 15/1916.....	230

Im Zeichen der Ohnmacht.....	230
Staat, Nation, Imperialismus und Sozialdemokratie.....	232
Die imperialistischen Aufgaben des Staates.....	232
Wissenschaftlicher Sozialismus.....	234
Die russische Arbeiterschaft gegen den Sozial-Chauvinismus.....	237
Aus unserm politischen Tagebuch.....	239
Feuilleton.....	240
Helden.....	240
Der Pass.....	241
Befreiung.....	243
Arbeiterpolitik 16/1916.....	245
Nach der Parteikonferenz.....	245
1. Die organisatorische Lage.....	245
Staat, Nation, Imperialismus und Sozialdemokratie.....	248
Die nationalen Fragen.....	248
Die russische Arbeiterschaft gegen den Sozial-Chauvinismus.....	250
Sozialpatriotismus und Parteiopposition.....	252
1. Die Notwendigkeit der Klärung.....	252
2. Die Schuldfrage.....	253
Aus unserm politischen Tagebuch.....	255
Feuilleton.....	256
Eine Freundschaft.....	256
Arbeiterpolitik 17/1917.....	260
Nach der Parteikonferenz.....	260
2. Sozialpatriotismus gegen Sozialimperialismus.....	260
Staat, Nation, Imperialismus und Sozialdemokratie.....	263
Die nationalen Fragen.....	263
Sozialpatriotismus und Parteiopposition.....	265
3. Die Kernfrage.....	265
Aus unserm politischen Tagebuch.....	268
Feuilleton.....	270
Die Gefangenen.....	270
Zeugen und Rufer.....	273
Arbeiterpolitik 18/1916.....	275
Nach der Parteikonferenz.....	275
3. Das Gesicht des Zentrums.....	275
Vor dem Parteitag der Schweizer Sozialdemokratie.....	277
Staat, Nation, Imperialismus und Sozialdemokratie.....	281

Der Sozialpatriotismus.....	281
Aus unserm politischen Tagebuch.....	284
Feuilleton.....	284
Ein Freiheitssieg.....	284
Zeugen und Rufer.....	288
Arbeiterpolitik 19/1916.....	290
Krieg und Frieden.....	290
Staat, Nation, Imperialismus und Sozialdemokratie.....	294
Der Sozialimperialismus.....	294
Die nationale Einheitsschule.....	296
Eine Resolution des Linksradikalismus.....	300
Aus unserm politischen Tagebuch.....	301
Was ist denn zollfrei?.....	303
Arbeiterpolitik 20/1916.....	305
Die Tragödie des 21. Oktober.....	305
Gegen den politischer Terror.....	308
Staat, Nation, Imperialismus und Sozialdemokratie.....	310
Die Sozialpazifisten.....	310
Aus unserm politischen Tagebuch.....	314
Feuilleton.....	316
Wie etliche von Pikrochollers Hauptleuten ihn durch hitzige Ratschläge in Gefahr brachten.....	316
Vom Luxus.....	318
Wie ist doch die Zeitung interessant!.....	319
Arbeiterpolitik 21/1916.....	320
Die Bilanz.....	320
Einheit oder Aktionsfähigkeit unserer Organisationen?.....	322
Ein Schulbeispiel.....	324
Die Aufgaben eines neuen Jugendorgans.....	326
Aus unserm politischen Tagebuch.....	329
Feuilleton.....	330
Ein Auftrag. Von Guy de Maupassant.....	330
Arbeiterpolitik 22/1916.....	335
Die Befreiung Polens.....	335
Die Polenfrage und die Sozialdemokratie.....	336
Die Auswahl der Tüchtigsten.....	338
Die alte Jugendbewegung.....	341
Eine Resolution zur Jugendfrage.....	344

Aus unserm politischen Tagebuch.....	345
Feuilleton.....	346
Spartacus.....	346
Zeugen und Rufer.....	348
Arbeiterpolitik 23/1916.....	350
Friedensglocken.....	350
1. Keine Annexionen! Befreiung der Völker!.....	350
Die sozialpatriotische Presse und die Polenfrage.....	352
Weshalb der Zusammenbruch kommen musste.....	355
Macht.....	357
Aus unserm politischen Tagebuch.....	359
Feuilleton.....	360
Ein Jubiläum.....	360
Zeugen und Rufer.....	363
Arbeiterpolitik 24/1916.....	365
Nach dem Parteitage der Schweizer Sozialdemokratie.....	365
Friedensglocken.....	368
2. Der Völkerbund.....	368
Staat, Nation, Imperialismus und Sozialdemokratie.....	370
Die Haltung der Arbeiterklasse.....	370
Aus unserm politischen Tagebuch.....	373
Feuilleton.....	375
Der versetzte Charakter.....	375
Zeugen und Rufer.....	379
Aus der Tragödie Rateliff.....	379
Arbeiterpolitik 25/1916.....	380
Der imperialistische Staat.....	380
Die polnische Frage in ihrer historischen Entwicklung.....	383
Linksradikalismus, das Parteizentrum und die Polenfrage.....	386
Die französische Opposition.....	388
Aus unserm politischen Tagebuch.....	390
Feuilleton.....	392
Der versetzte Charakter.....	392
Der Streber.....	394
Arbeiterpolitik 26/1916.....	395
Die Arbeitsgemeinschaft des deutschen Volkes.....	395
1. Die Stellung des Bügertums.....	395
Die Beitragssperre in Bremen.....	397

Der „Vorwärts“-Konflikt	399
Die polnische Frage in ihrer historischen Entwicklung.	402
2. Polen in der Gründungsepoche der Nationalstaaten.	402
Die erste Wahlschlacht des deutschen Parteizentrums.	405
Aus unserm politischen Tagebuch.	406
Zeugen und Rufer.	408
Das Märchen vom Reichtum und der Not.	408
Arbeiterpolitik 27/1916	410
Friede auf Erden!.....	410
Die Arbeitsgemeinschaft des deutschen Volkes.....	412
Die Beitragssperre und ihre Probleme.....	415
Gewerkschaftsprobleme.	418
Aus unserm politischen Tagebuch.	421
Feuilleton.....	421
Die Blutrache zu Weinsberg.....	421
Szene aus „Egmont“	422
Zeugen und Rufer.....	423
Arbeiterpolitik 28/1916	425
Auf dem Wege zur Internationale des Truges.....	425
Die Beitragssperre und ihre Probleme.....	427
Gewerkschaftsprobleme.	429
Feuilleton.....	431
Die Blutrache zu Weinsberg.....	431
Szene aus der Komödie „Der Revisor“	433
Haussuchung.	435

Vorwort und Einleitung**Die Bremer Linksradikalen**

Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1919

Aus: Arbeiterpolitik

NUMMER 3

7. AUGUST 1965

Über die Geschichte der Bremer Linken ist bisher – trotz ihrer Bedeutung – keine angemessene Veröffentlichung erschienen. Unsere kurze historische Übersicht soll einen Einblick in diese Bewegung geben. Die rückblickende Betrachtung ist zweifellos interessant. Die Erfahrungen aus der Vorkriegssozialdemokratie und der Zeit des 1. Weltkrieges lassen sich jedoch nicht konkret auf die Gegenwart übertragen. Uns kommt es darauf an zu zeigen, wie aus den materiellen Bedingungen die Bewegung der Arbeiterschaft entstand, wie sich in diesen Kämpfen der kommunistische Kader als Teil dieser Bewegung entwickelte, wie dieser Kader durch seine theoretische Entwicklung auf die Bewegung Einfluss erhielt und in die Räterepublik zu führen vermochte.

Heute, wo erste Ansätze einer neuen Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik Deutschland zu finden sind, werden die Fragen: Wie entsteht Bewegung? – Welche Bedeutung kommt den Kadern zu? – Welche Rolle spielen die Intellektuellen? – ausgiebig diskutiert. Die fortgeschrittenen Studenten, die erkannt haben, dass letztlich ihre Vorstellungen von der Universität nur im Sozialismus verwirklicht werden können, – dieser aber nur durch die Macht der kämpfenden Arbeiterklasse erreicht werden kann – suchen Kontakte zu den Arbeitern und stoßen dabei auf Schwierigkeiten: denn die Studenten kennen nicht die Verhältnisse der arbeitenden Klasse und können sich nicht in die Mentalität der Arbeiter hineinversetzen. Die historischen Fakten, die in dieser Schrift dargelegt werden, zeigen, dass die Intellektuellen, die sich auf den Boden der Arbeiterklasse gestellt haben, für diese Klasse im Kampf für den Sozialismus eine große Bedeutung haben.

Die Bremer Lehrer, die Anfang unseres Jahrhunderts aufgrund der Verschärfung der Gegensätze in der Schulpolitik politisiert wurden und zur Sozialdemokratie stießen, sahen in der damals kämpfenden Arbeiterklasse die entscheidende Kraft für den gesellschaftlichen Fortschritt. Die Lehrer setzten sich dafür ein, dieser aufstrebenden, bildungshungrigen Klasse voranzuhelfen. Sie stellten sich ganz auf den Boden dieser Klasse und wurden führende Köpfe der Arbeiterbewegung. Als Teil der Bewegung wurden sie von den für den Sozialismus kämpfenden Arbeitern verehrt. Die revolutionären Studenten an den Universitäten haben heute Aufgabe, die im Prinzip denen von Pannekoek, Knief, Eildermann, Böse, Rumpf, Holzmeier und Hurrelmeyer entsprechen. Bei der Herausbildung und Festigung der Kader kam den Intellektuellen in der Arbeiterbewegung entscheidende Bedeutung zu. Mit der marxistischen Methode waren sie fähig, die gesellschaftlichen Widersprüche zu erkennen und diese den Arbeitern zu vermitteln. Sie erkannten, dass es nicht ihre Aufgabe sein kann, mittels Agitation und Propaganda die Arbeiterschaft in Bewegung zu setzen, sondern, dass diese durch die Veränderung der objektiven Bedingungen in einen immer größeren

Gegensatz zur herrschenden Klasse gerät, dass es ihre Aufgabe ist, die fortgeschrittensten Arbeiter mit dem Wissen auszurüsten, das diese befähigt, als Kristallisationskerne in den Betrieben usw. zu wirken. Damit halfen sie der Bremer Arbeiterbewegung, sich von den sozialdemokratischen Schranken zu befreien.

Das historische Beispiel zeigt klar, dass die Verschärfung der objektiven Widersprüche die Bewegung hervorbringt. Die Kader geben der Bewegung den politischen Inhalt und die Stabilität. Sie sind der entscheidende Kern im Kampf. Politisch entscheidende Bedeutung erhält die Bewegung durch organisierte Gruppen – im fortgeschrittenen Stadium durch die Partei – die die Reife der Bewegung ausdrücken.

Der Klassenkampf forderte von den fortgeschrittenen Arbeitern Einsicht in die Gesetze des Kapitalismus. In einer eigenen Bildungsorganisation eigneten sie sich das von Karl Marx, Friedrich Engels und Rosa Luxemburg erarbeitete Gedankengut an. Die praktischen Klassenauseinandersetzungen, besonders die Werftarbeiterstreiks, bedeuteten für den Kader immer einen Prüfstein für das erworbene Wissen. In diesem Kampf grenzten sich die Linken von den Reformisten und Zentristen (den Verbalrevolutionären) ab und gewannen dadurch die theoretische Klarheit. Sie konnten durch ihr konsequentes Eintreten für die proletarischen Forderungen bei der breiten Arbeiterschaft Vertrauen gewinnen und den Arbeitern bewusst machen, dass der rechte Flügel der Sozialdemokratie, die Reformisten, zu den Hemmnissen der bürgerlichen Gesellschaft zu rechnen ist, die überwunden werden müssen.

In jahrzehntelangem politischen Wirken in der deutschen Arbeiterbewegung hat Heinrich Brandler (der in jungen Jahren auch von der Bremer Arbeiterbewegung geprägt wurde) Erfahrungen gesammelt, aus denen er nach dem 2. Weltkrieg die wichtige Schlussfolgerung zog, dass die zentrale Aufgabe der Kommunisten die Lösung der Kaderfrage ist:

Unter den komplizierten westeuropäischen Klassenbeziehungen brauchen wir heute (besonders in der Bundesrepublik), selbständig denkende Kader, die handeln können, ohne auf Anweisung von oben, von einer zentralen Stelle, warten zu müssen. Die Geschichte Westeuropas und der deutschen Arbeiterklasse im Besonderen hat ein Proletariat hervorgebracht, das sich diese Selbständigkeit sehr wohl erwerben kann. Es ist unsere Aufgabe, die Arbeit so zu organisieren, dass für den fortgeschrittensten und opferbereitesten Teil der jüngeren Generation der deutschen Arbeiter die Möglichkeit zum Erwerb dieser Qualifikation geschaffen wird. Wenn wir fähig sind, diese Aufgabe zu lösen, beginnen wir die Vorbereitungen der großen Kämpfe an dem entscheidenden Ausgangspunkt. Haben die Kader gelernt, die Entwicklung der Zeitereignisse mit der Methode des historischen Materialismus zu begreifen und ihren Klassengenossen begreiflich zu machen, dann werden sie fähig, selbständig Stellung zu nehmen, unter den schwierigsten Bedingungen die richtigen Maßnahmen zu treffen und der kampfbereiten Masse Hilfe und Führung zu geben. Wir müssen höchstwahrscheinlich in der Bundesrepublik mit Verhältnissen rechnen, wo es nicht möglich sein wird, von einer engen zentralen Leitung in der Aktion alle notwendigen Maßnahmen rechtzeitig und an den verschiedenen Orten in die Wege zu leiten. Durch die historische Entwicklung sind die lokalen Bindungen so verschieden, dass zentrale Leitungen in der entscheidenden vorbereitenden Periode sie nicht bewältigen können. Eine Kaderorganisation, die so sattelfest im Grundsätzlichen und vertraut mit der Geschichte der Arbeiterbewegung ist, wird auf dieser Basis fähig sein zu handeln, ganz gleich, wie die verschiedenen lokalen Verhältnisse oder wie schwierig die Verbindungsmöglichkeiten auch sein werden.

Bremen, 6. April 1969 Bremer Gruppe Arbeiterpolitik

Die Entwicklung der Bremer Linksradikalen

Im 19. Jahrhundert war Bremen eine Kaufmanns- und Handwerkerstadt. In der bremischen Industrie bestimmten lange Zeit hindurch Kleinbetriebe der Tabak- und Zigarrenfabrikation, der Farbenherstellung, der Textilindustrie und der Branntweinindustrie, Segelmachereien, Seilmacherbetriebe Weizen- und Ölmühlen das Bild. Durch die starke Expansion des deutschen Kapitalismus änderte sich die bremische Wirtschaftsstruktur um die Jahrhundertwende grundlegend. 1882 wurde die Norddeutsche Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei in Delmenhorst und 1897 die Jutespinnerei und Weberei gegründet. In den Jahren 1901 bis 1905 entstand die moderne Werftanlage der AG „Weser“, die in der Folgezeit bis zur Hälfte mit Rüstungsaufträgen ausgelastet war. Die Öl- und die Weizenmühlen erhielten in dieser Zeit moderne Anlagen. 1901 wurde die Norddeutsche Maschinen- und Armaturenfabrik (Atlas-Werke) gegründet, 1905 die Norddeutsche Automobil und Motoren AG, 1907 die Norddeutsche Waggonfabrik, 1908 die Norddeutsche Hütte und 1911 die Raffinerie am Hafen.

Mit der Wirtschaftsstruktur änderte sich auch die Bevölkerungsstruktur. In der Zeit von 1890 bis 1910 verdoppelte sich die Einwohnerzahl Bremens auf 200 000, die Arbeiterschaft vervierfachte sich auf 34 000. Die Zahl der Bau- und Metallarbeiter wuchs am stärksten. Der Zuwachs ging hauptsächlich auf das Konto der Zuwanderer. Den wandernden Handwerksgelesen bot die schnell wachsende bremische Industrie Arbeitsplätze; deshalb blieben viele von ihnen hier. Die Mehrzahl der zugewanderten Arbeiter kam aus den Gebieten Mittel- und Ostdeutschlands. Im Handwerk aufgewachsen, wurden sie hier aus ihren alten Bindungen herausgerissen und in die kapitalistische Produktionsweise eingegliedert. Sie wurden hart mit der Realität der Klassengegensätze im Kapitalismus konfrontiert. Der Klassenkampf führte sie zur Sozialdemokratie, in der sie die Hauptstütze der revolutionären Kräfte wurden. Da ein Teil der Zuwanderer aus den kleinindustriellen Gebieten Klassenkampf-Erfahrungen und marxistische Bildung in den neuen Wirkungskreis mitbrachte, entwickelte sich in der Sozialdemokratie ein hohes Niveau.

Die verloren gegangenen Bindungen und das Zusammengehörigkeitsgefühl aus der Handwerkszeit übertrugen die Arbeiter auf ihre Partei. Die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften waren ihre Organe im Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung. Über die Sozialdemokratie erweiterten sie ihr Wissen und erhielten einen Einblick in die gesellschaftlichen Zusammenhänge. Für das einzelne Mitglied begann in der Partei ein neuer Lebensabschnitt: Der Arbeiter begann, sein Leben bewusst zu gestalten und er war sich darüber im Klaren, dass er alles der Partei verdankte.

In den Jahren 1900 bis 1905 vollzog sich die Bildungsarbeit der Sozialdemokraten innerhalb des bürgerlichen Goethebundes. Für eine selbständige und vertiefte proletarische Bildungsarbeit setzte sich besonders der von 1904 bis 1909 in Bremen tätige ehemalige Vorsitzende des Hamburger Arbeiterbildungsvereins, Heinrich Brandler, ein. Die russische Revolution von 1905 gab den Anstoß für die Loslösung von der bürgerlichen Bildungsarbeit. Heinrich Schulz begründete vor dem Sozialdemokratischen Verein Bremen (SDVB) den Austritt aus dem Goethebund: Nur durch eine selbständige Bildungsarbeit kann die bürgerliche Ideologie überwunden werden; im Mittelpunkt der Bildungsbemühungen der Arbeiter muss das Studium des Marxismus stehen; die „pädagogische Revolution“ ist eine Begleiterscheinung und Folge des Klassenkampfes; fortschrittliche Wissenschaft und Kunst sollen für das Proletariat „Helferin im Klassenkampf“ sein. Gegen den Widerstand der rechten Sozialdemokraten um Friedrich Ebert und Hermann Rhein beschloss der SDVB den Austritt aus dem Goethebund. Die Bildungsarbeit wurde im Bildungsausschuss des Gewerkschaftskartells weitergeführt. Sie lag

jetzt in den Händen der linken Sozialdemokraten. Vor den Arbeitern referierten hauptsächlich Heinrich Schulz, Alfred Henke, Wilhelm Fleck und der junge Lehrer Johann Knief. Ab 1910 arbeitete der holländische Sozialist Anton Pannekoek hauptamtlich als Lehrer für den Bildungsausschuss. Die Veranstaltungen waren nicht selten von 1200 bis 1500 Teilnehmern besucht. Sogar die Seminare, in denen an 5 bis 10 Abenden sozialwissenschaftliche und marxistische Themen behandelt wurden, hatten eine ständige Teilnehmerzahl von über hundert Personen.

Besondere Aufmerksamkeit widmete die Linke in Bremen der organisierten Arbeiterjugend. Die Organisation der sozialdemokratischen Jugend war die Junge Garde, bei deren Gründung Heinrich Brandler initiativ mitgewirkt hatte. Für sie wurden marxistische Kurse über den Kampf der Sozialdemokratie, über politische Ökonomie, Geschichte und Kunst abgehalten. Johann Knief war der häufigste Redner in den Bildungsveranstaltungen der Arbeiterjugend, einige fähige junge Genossen wurden auch auf die Parteischule geschickt, auf der Rosa Luxemburg lehrte. Aus dieser Bildungsarbeit gingen führende Köpfe der Bremer Räterepublik von 1919 hervor, wie Adolf Dannat, Johann Brodmerkel, Karl Stucke, Breitmeyer, Braune, Ertinger, Klima, Grabowski.

Von nicht geringer Bedeutung für die Entwicklung der Bremer Sozialdemokratie war die Entwicklung innerhalb der Lehrerschaft. Als in Preußen klerikale Kräfte ihren Einfluss in der Schule ausdehnen wollten, kamen auch in der Bremer Schulverwaltung Bestrebungen auf, den traditionell undogmatischen bremischen Unterricht in biblischer Geschichte in einen starren Katechismusunterricht umzuwandeln, in dem die Schüler gezwungen werden sollten, die kirchlichen Dogmen im Sinne der Untertanenerziehung auswendig zu lernen. Die Schulinspektionen wurden in einer für Bremen fremden und unerhörten Art und Weise zur Beeinflussung des Unterrichts im Sinne orthodoxer Kirchenlehren benutzt. Besonders das Vorgehen des Schulinspektors gegen den Schulreformer Wilhelm Scharrelmann brachte eine große Empörung in die bremische Lehrerschaft. Der Bremer Lehrerverein (BLV) erarbeitete 1905 unter maßgeblicher Beteiligung von Wilhelm Holzmeier eine Denkschrift über die Abschaffung des Religionsunterrichtes in der Schule. Diese Forderung begründeten die Lehrer mit dem Stand der naturwissenschaftlichen Forschung.

Die Aktion der Bremer Lehrer fand ein lebhaftes Echo im In- und Ausland. In Bremen trug sie zur Abgrenzung der „radikalen“ von den „gemäßigte“. Anhängern der Schulreform bei. Viele Lehrer – darunter ein großer Kreis junger Lehrer mit Heinrich Eildermann und Johann Knief an der Spitze, die in dieser Auseinandersetzung um die Modernisierung des Schulwesens in Kontakt mit revolutionären Sozialdemokraten wie Heinrich Brandler und Wilhelm Fleck kamen – schlossen sich der SPD an. Als „Verein junger Lehrer“ im BLV bildete dieser Kreis zugleich den radikalen Flügel unter den Schulreformern und die linke revolutionäre Strömung unter den sozialdemokratischen Lehrern. „Jacobiner“ nannten sich diese jungen Lehrer selbst. Die Sympathiekundgebungen des Sozialdemokratischen Vereins für die Lehrer, die aufgrund ihrer Haltung in der Aktion des Lehrervereins von der Behörde gemäßregelt wurden, zeigte den Lehrern, wo die Kräfte zu finden sind, die eine radikale Schulreform durchführen können. Im April 1906 eroberten die fortschrittlichen Volksschullehrer die Mehrheit im Vorstand des Bremer Lehrervereins. Hans Lüdeking, Wilhelm Holzmeier und Johann Knief wurden u. a. in den Vorstand gewählt. Johann Knief forderte offen, den schulpolitischen Kampf in den von der Sozialdemokratie geführten Klassenkampf der Arbeiter einzuordnen.

Der Klassenkampf zeigte sich deutlich in den Streiks der Bremer Arbeiter: 1891 streikten die Buchdrucker, 1896 die Hafendarbeiter, 1897 die Schuhmachergesellen und die Arbeiter der Jutespinnerei, 1899 die Tonnen- und Straßenreinigungsarbeiter, 1900 die Bauarbeiter und die Arbeiter des Gaswerks, 1901 die Schneider und Maler, 1903 die Klempnergesellen, die

Schuhmachergehilfen, die Arbeiter auf dem „Vulkan“ und die der Rickmers-Reismühle, 1904 wurden die Zimmerer, die Maurer und Bauarbeiter ausgesperrt, 1905 streikten die Werftarbeiter der AG „Weser“ und die Schneidergesellen. Die Werftarbeiter wurden zum Kern der revolutionären Arbeiter Bremens. 1905 wurde offensichtlich, dass Bremen neben Hamburg zu einem zweiten Zentrum der Werftarbeiterbewegung geworden war. Die Arbeiter stellten Lohnforderungen und kämpften entschlossen gegen die verschärfte Ausbeutung. 2800 Arbeiter der AG „Weser“ wurden vom 28. April bis zum 8. Mai ausgesperrt. Im Juli erfolgten weitere Aussperrungskämpfe, in die auch die Belegschaften anderer Werften verwickelt wurden. Die Arbeiter erzwangen die Erfüllung ihrer Lohnforderungen. Aufgrund ihrer eigenen Streikerfahrungen und durch die Vermittlung der Erfahrungen der russischen Arbeiter aus der Revolution von 1905 setzte sich nach intensiven Diskussionen unter den revolutionären Sozialdemokraten die Meinung durch, dass der Massenstreik ein Mittel zur politischen Lösung der gesellschaftlichen Probleme ist. Schließlich eroberten die Linken auch im Ortsverein die Mehrheit und die Reformisten um den Rechtsschutzsekretär Friedrich Ebert gerieten in die Minderheit.

Aus diesen vielfältigen Ereignissen und Kämpfen des Jahres 1905 datiert die Entwicklung der Bremer Linken.

Die fortdauernde Auseinandersetzung der Lehrer mit der Schulbehörde erreichte 1910 noch einmal einen Höhepunkt: Wilhelm Holzmeier wurde aus dem Schuldienst entlassen. Die am selben Abend bei Holzmeier versammelten Lehrer waren sich darin einig, den Kampf in aller Konsequenz weiterzuführen. Sie schickten ein von Knief verfasstes Telegramm an August Bebel, den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei: „Die aus Anlass der Dienstentlassung des Genossen Holzmeier versammelten sozialdemokratischen Lehrer entbieten dem Führer des Proletariats zu seinem 70. Geburtstag ihren herzlichsten Glückwunsch und geben der Hoffnung Ausdruck, dass ihm noch ein recht langes Wirken im Dienste des Klassenkampfes beschieden sein möge“.

Dieses Telegramm führte zu neuen Repressalien gegen die fortschrittlichen Lehrer. Noch am selben Tage, als das Telegramm bekannt wurde, „fuhr die Senatskarosse mit dem Schulsekretär Meier von Schule zu Schule, um hinreichend verdächtige Individuen zu vernehmen“ („Roland“, April 1910). Gegen vier Lehrer wurden Untersuchungen eingeleitet, u. a. gegen Sonnemann und Rumpf.

Der Sozialdemokratische Verein organisierte daraufhin unter der Leitung von Wilhelm Pieck Massenkundgebungen und Demonstrationen zur Unterstützung der sozialdemokratischen Lehrer. An den Demonstrationen zogen am 14. März 1910 waren 12 000 Menschen beteiligt. Als Wilhelm Pieck in der Bürgerschaft in einer Rede die Forderungen der Lehrer unterstützte, entzog ihm der Präsident das Wort; die protestierenden Zuschauer auf den Tribünen wurden von der Polizei hinausgedrängt. Ende 1911 schied Johann Knief freiwillig aus dem Schuldienst aus und wurde Redakteur der sozialdemokratischen „Bremer Bürgerzeitung“ (BBZ). Er kam damit einem drohenden Disziplinarverfahren zuvor.

Am 3. April waren die Massen wieder in der Innenstadt, 8000 demonstrierten für ein demokratisches Wahlrecht in Bremen. Am 6. April sprach Rosa Luxemburg vor 4000 Personen über den Wahlrechtskampf. Sie rief die Arbeiter auf, gegebenenfalls mit dem politischen Massenstreik für ihre Forderung zu kämpfen.

Während sich im Reichsgebiet die Zentristen in der Partei durchsetzten, verlief die Entwicklung in Bremen anders. Die Arbeiterschaft kam durch die Werftarbeiterstreiks der Jahre 1910 und 1913 in einen starken Gegensatz zur Gewerkschaftsbürokratie. Besonders 1913 kehrten die Gewerkschaftsführer die Organisation und Organisationsdisziplin gegen die

Streikenden, kapitulierten vor den Unternehmern und überließen die Arbeiter dem nach dem Streik einsetzenden Unternehmerterror. Die Holzarbeiterzeitung drückte die Erkenntnisse der Arbeiter aus: Die Streikenden sind nicht von den Unternehmern, sondern von der „Kurzsichtigkeit ihrer Vorstände“ niedrigerungen worden.

Diese Streiks bewirkten, dass revolutionäre Auffassungen vom Klassenkampf unter den Bedingungen des Imperialismus in das Bewusstsein des Bremer Proletariats eindringen. Die Bremer Bürgerzeitung (BBZ) half den Arbeitern, zwischen Opportunisten, Zentristen und Linken zu unterscheiden: Chefredakteur Henke wollte zwischen den Gewerkschaftsbürokraten und den Arbeitern vermitteln. Was tat die Linke? Der Kreis um Johann Knief und Anton Pannekoek, zu dem 1912 Karl Radek stieß, war ständig unter den Arbeitern zu finden. Sie sprachen auf Streikversammlungen und unterstützten voll und ganz die Aktionen der Arbeiter. Sie analysierten die Bewegung und zeigten den Arbeitern, dass die Gewerkschafts-Beamten auf ein Entgegenkommen an die bürgerliche Welt hinarbeiteten (a. p. korrespondenz) Knief charakterisierte die SPD-Bürokratie gegenüber seinem Freund Rudolf Franz folgendermaßen: „Wie jede andere Bürokratie, so ist auch die unsrige ein Machtmittel geworden. Aber sie wurde kein Machtmittel gegen die staatliche Bürokratie, sondern leistete der staatlichen Bürokratie Vorschub und begünstigte die Ausbeutung der Massen. Keine Instanz ist davon auszuschließen: Parteibürokratie, Gewerkschafts- und Genossenschaftsbürokratie!“

Aus den Streiks zog Anton Pannekoek Schlussfolgerungen, die die weitere Arbeit der Bremer Linken bestimmen sollten: Bei einer scharfen Zuspitzung des Klassenkampfes kommt es weder auf die spezielle Tätigkeit der Funktionäre, noch auf die „Weisheit der Führer“ an, sondern „auf die klare Einsicht und Selbständigkeit der Massen“. Die Führung wird dann von selbst aus den Händen der Führer in die der Massen übergehen. (a. p. korrespondenz, 3. März 1911)

Anton Pannekoek nahm zu den wichtigen Fragen des proletarischen Kampfes in der BBZ, in seiner „a.p. korrespondenz“ und in verschiedenen Broschüren aus marxistischer Sicht Stellung. Er zeigte die Aufgaben revolutionärer sozialdemokratischer Abgeordneter im Parlament auf. Er erläuterte in der Diskussion um den Massenstreik den revolutionären Standpunkt und stellte die Aufgaben der Gewerkschaften in der kapitalistischen Gesellschaft theoretisch klar, er popularisierte Marx' Gedankengut. Neben Anton Pannekoek war es Karl Radek, der zur ideologischen Entwicklung der Bremer Linksradiكالen entscheidend beitrug. Radek untersuchte u. a. in seiner Broschüre „Der deutsche Imperialismus und die Arbeiterklasse“ die neuen ökonomischen und politischen Klassenkampfbedingungen, die sich nach dem Übergang des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium entwickelt hatten.

Durch ihr konsequentes Eintreten für proletarische Forderungen erwarb sich die Linke das Vertrauen der bremischen Arbeiterschaft. Schon vor Kriegsbeginn wurde Bremen dadurch eine Hochburg der Linksradiكالen. Die Streiks und die theoretischen Auseinandersetzungen mit der Bewegung brachten die Mehrheit des Sozialdemokratischen Vereins Bremen hinter die Linke. 1908 vertraten Alfred Henke, Heinrich Brandler und Wilhelm Pieck den SDVB auf dem Parteitag in Nürnberg. 1912 gehörte Pannekoek zu den Delegierten, 1913 Johann Knief.

Die Bremer Linke sah die Konsequenz ihrer revolutionären Politik klar und propagierte als erste sozialdemokratische Gruppe den organisierten Bruch mit den Opportunisten.

Im Sommer 1914 setzten die Arbeiter alle ihre Hoffnungen auf Verhinderung des drohenden Krieges auf die sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Im Juli veranstalteten Partei und Gewerkschaften Antikriegsveranstaltungen, die von vielen tausend Arbeitern besucht wurden. Paul Frölich, seit Mai 1914 in Bremen, und Johann Knief stellten als Redakteure der BBZ diese Zeitung ganz in den Dienst der Antikriegskampagne und agitierten für die unmittelbare

Aktionsbereitschaft der Arbeiter. Ein größeres Echo hatten sie jedoch nur bei den Werftarbeitern. Die SPD-Fraktion bewilligte die Kriegskredite, nachdem vorher der Parteivorstand mit der Bourgeoisie einen Burgfrieden geschlossen hatte. Diese Haltung der Reichstagsfraktion erzeugte bei den revolutionären Arbeitern Verwirrung. Auf der AG „Weser“ wurde unentwegt leidenschaftlich diskutiert, ohne sich um Vorarbeiter und Meister zu kümmern. Vor dem Bremer SPD-Parteibüro wurde demonstriert. Zu weiteren politischen Aktionen reichte die Kraft noch nicht.

Führende Köpfe der bremischen Arbeiterschaft wurden gleich 1914 eingezogen. Die Positionen der Linken wurden somit zu Beginn des Krieges geschwächt. Johann Knief stellte in seinem Regiment den sonst von den bürgerlichen Geschichtsschreibern festgestellten frenetischen Jubel nicht fest. Die Buntentorschen¹ waren nicht von Elan, sondern von einer Friedenssehnsucht beseelt. Pannekoek schilderte die Stimmung der Arbeiter in einem Brief an Fr. Westermeyer in Stuttgart so: „Eine stille dumpfe Erbitterung, verbunden mit dem Gefühl völliger Machtlosigkeit, an Händen und Füßen gefesselt, und kein Führer, der sagt, was zu tun, oder durch seine öffentliche Haltung den Weg zeigt.“

Mit dem Krieg begann eine verstärkte Ausbeutung der Arbeiter in den Rüstungsbetrieben. Mit einer geringeren Anzahl von Arbeitskräften sollte die Produktion erhöht werden. Eine wöchentliche Arbeitszeit von 80 Stunden war keine Seltenheit. Bei fehlerhafter Produktion gab es Lohnabzüge. Die Arbeiter nahmen die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen hin; ihrer Funktionäre beraubt, mussten sie sich erst wieder auf ihre Kraft besinnen. Auf der AG „Weser“ waren nur noch 1000 Kollegen gewerkschaftlich organisiert, statt 3000 vor dem Kriege. Die sich bildenden revolutionären Keimzellen in den Betrieben wurden immer wieder durch Denunziation gefährdet. Nach dem ersten Kriegsjahr kam zu der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen auch eine Verschlechterung der allgemeinen Lebensbedingungen: Im Juli 1915 wurden das Fleisch und die Fleischwaren rationiert, ab August wurde die Brotkarte eingeführt, von Juli 1914 bis Dezember 1915 verteuerten sich die Lebensmittel um 30 Prozent. Für die arbeitende Bevölkerung bedeutete das eine wachsende Gefährdung ihrer Gesundheit. Die Proletarierkrankheit forderte ihre Opfer.

Die klare politische Haltung, mit der Karl Liebknecht am 2. Dezember 1914 als einziger Abgeordneter des Reichstages gegen die Kriegskredite stimmte, war für die Bremer Linksradikalen das Fanal zur Sammlung und zur Fortführung des proletarischen Kampfes: Im SDVB bildete sich ein Diskussionszirkel von Kriegsgegnern, dem u. a. Gustav Seiter, Johann Brodmerkel, Karl Stucke, Breitmeyer, Braune, Ertinger, Klima, Grabowski, Ruckstuhl, Hünecke, Buchholz, Störmer, Klawitter, Becker und später Bäumer angehörten; linke Sozialdemokraten verteilten Antikriegsflugblätter (Hünecke wurde dabei verhaftet); Frauen brachten, als Schwangere getarnt, die Flugblätter unter ihren Kleidern durch den Zoll in die preußischen Vororte Bremens; in Hemelingen wurde vor dem Rathaus eine Frauendemonstration durchgeführt, auf der eine Erhöhung der Unterstützung für die Kriegsoffer gefordert wurde; unter den Soldaten bildeten sich revolutionäre Gruppen: die Junge Garde agitierte erfolgreich gegen den Zwang zur Beteiligung von Jugendlichen an militärischen Übungen.

In der Diskussion um den praktischen Antikriegskampf wurden die Zentristen von den Linksradikalen entlarvt, als Henke theoretisch gegen den Krieg auftrat, als SPD-Abgeordneter jedoch nicht gegen die Kriegskredite stimmte. Johann Knief, aus gesundheitlichen Gründen

¹ Buntentor: Arbeiterviertel Bremens.

nicht mehr an der Front², kritisierte Henke als einen Revolutionär in Worten und einen Reformisten der Tat, als einen Internationalisten in Worten und einen Helfershelfer des Sozialchauvinismus in Taten. Die Zentristen gaben ihre Mitarbeit in dem Zirkel der Kriegsgegner auf, so dass dieser die organisatorische Basis der Bremer Linken wurde.

Im Januar 1916 nahm Johann Knief als Vertreter der Bremer Linken an der Reichskonferenz der Gruppe „Internationale“ (Spartakusbund) teil. Die Konferenz diskutierte die von Rosa Luxemburg in der Juniushroschüre entworfenen Leitsätze über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie. Johann Knief kritisierte, unterstützt von Heinrich Brandler u. a., dass gegenüber den Rechten und Zentristen keine klare Stellung bezogen werde. Zu der Konferenz der Zimmerwalder Linken in Kienthal im April 1916 schickten die Bremer Linksradikalen Paul Frölich als Delegierten für den erkrankten Johann Knief, Paul Frölich konnte in den entscheidenden Punkten, wie in dem entschiedenen Kampf gegen den Zentrismus und für eine neue revolutionäre Internationale. eine Übereinstimmung der Politik der Bremer Linksradikalen mit der Politik Lenins feststellen. In der Zeit um die Kienthaler Konferenz fanden in Bremen Gespräche über die Zusammenarbeit zwischen dem Spartakusbund und der Bremer Gruppe statt.

Auf dem Boden der sozialen Verschlechterungen, durch die Rückkehr Kniefs und Frölichs von der Front und die Entlassung Dannats aus dem Militärdienst konnte die Linke die seit Kriegsbeginn verloren gegangenen Positionen zurückerobern. In den letzten Monaten des Jahres 1915 wurde die BBZ durch Knief und Frölich wieder das Sprachrohr der Linksradikalen. Die rechten Sozialdemokraten zogen für sich die Konsequenzen, brachen im SDVB die Parteidisziplin und gaben ab Januar 1916 eine eigene Zeitung, die „Bremer Correspondenz“ heraus, in der die Burgfriedenspolitik des PV in Berlin verteidigt wurde. Diese Spaltungspolitik führte zu brisanten Parteiversammlungen, auf denen Knief mit den „Correspondenzlern“ abrechnete und dabei die Mehrheit der Versammlungen stets hinter sich hatte.

Der Geschäftsführer der Bremer Parteidruckerei wurde aufgefordert, den Druck der „Correspondenz“ in der Druckerei der „Bürgerzeitung“ zu verhindern. Ein späterer Beschluss forderte seine Entlassung.³

Im Februar 1916 wurde auf einer Mitgliederversammlung eine von Johann Knief verfasste Resolution angenommen, in der gefordert wurde, dass die BBZ im Gegensatz zu den Revisio-nisten und Zentristen eine revolutionäre Politik des Klassenkampfes gegen den Krieg verfechten soll. Henke wurde aufgefordert, im Reichstag mit einer öffentlichen Begründung gegen die Kriegskredite zu stimmen. Der Einfluss der Linksradikalen bei der Jugend lässt sich daran messen, dass Willi Eildermann, Leiter der Jungmannschaft des SDVB und Vorstandsmitglied der Jungen Garde im Januar als Delegierter der Jungen Garde für die Arbeiterjugendkonferenz Ostern 1916 in Jena gewählt wurde.

Im Mai wurden zahlreiche rechte Funktionäre des SDVB abgesetzt; die Bürgerschaftsfraktion musste unter dem Druck der Parteimehrheit den bürgerlichen Haushaltsplan ablehnen, was sie im vorhergehenden Jahr nicht getan hatte. Am 1. Mai 1916 demonstrierten Bremer Arbeiter zum ersten Mal öffentlich gegen den Krieg und für bessere Lebensbedingungen. Im

² Knief hatte sich geweigert, Geiseln zu erschießen. Durch die bei ihm folgenden seelischen Depressionen wurde er zunächst als wehrunfähig ins Krankenhaus eingeliefert und erholte sich dann in einem niedersächsischen Dorf.

³ Der Parteivorstand in Berlin nahm die durch seine finanzielle Beteiligung am Bremer Parteiverlag möglichen Rechte wahr, indem er die von der Bremer Organisation beschlossenen personellen Änderungen im Verlag rückgängig machte und die weitere Herausgabe der "bremischen Correspondenz" damit sicherstellte.

Juni demonstrierten Tausende von Arbeitern, Frauen und Jugendlichen gegen die Verurteilung von Karl Liebknecht. Die Polizei ging mit der blanken Waffe (Säbel) gegen die Demonstranten vor. Im Juli streikten 4000 Werftarbeiter für mehr Lohn und Lebensmittel und für die Freilassung von Karl Liebknecht. Die Bremer Linke agitierte bei diesem Streik erfolgreich.

Zu diesem Zeitpunkt erreichten die Auseinandersetzungen mit den Zentristen und den Rechten ein Stadium, in dem es den Linksradikalen nicht mehr möglich war, in der BBZ ihre Meinung zu veröffentlichen, Johann Knief gab deshalb ab Juni 1916 für die Bremer Linke die „Arbeiterpolitik – Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus“ heraus⁴. Neben Knief, Frölich, Stucke und Dannat schrieben auch Anton Pannekoek, Karl Radek und Lenin für die „Arbeiterpolitik“. Knief suchte gleich bei der Gründung der Zeitschrift bei den linken Gruppen um Unterstützung für die redaktionelle Arbeit. Bei dem Kreis um Rosa Luxemburg und Leo Jogiches stieß er auf Ablehnung. Die Chemnitzer Fritz Heckert und Heinrich Brandler – obwohl von der Spartakuszentrale in dieser Frage unter Druck gesetzt – sagten eine Unterstützung zu und kritisierten die Haltung Leo Jogiches scharf. Einer der Gründe, die es nicht zu einer praktischen Mitarbeit Brandlers kommen ließen, war ein Artikel Paul Frölichs, in dem dieser forderte: Schluss mit den reformistischen Gewerkschaften. Auf Kniefs Entgegnung, so wichtig sei diese Frage nicht, antwortete Brandler: Für Dich als Schulmeister ist sie auch nicht wichtig; Du weißt nicht um die ungeheure Bedeutung dieser Gewerkschaften, gerade im Krieg.

Knief agitierte in der „Arbeiterpolitik“ dafür, die Illusion in der Arbeiterklasse von der Parteieninheit um jeden Preis zu zerstören. Klare revolutionäre Zielsetzung zeichnete die „Arbeiterpolitik“ aus: „Es gibt keinen Ausweg aus den Wirrnissen, den Widersprüchen und Gegensätzen, den anarchischen Zuständen auf dem Boden des Kapitalismus selbst. Es gibt nur eine Lösung: den Sozialismus!“ („Arbeiterpolitik“, Jahreswende 1917/18) In welchem Maße die Anschauungen der Bremer Gruppe zur Rolle der Masse, zur Rolle der Funktionäre und zur Organisationsfrage durch das Verhalten der reformistischen Gewerkschaftsführer in den Werftarbeiterstreiks der Vorkriegsjahre geprägt wurden, zeigen diese Zitate: „Wenn die Masse der Proletarier sich soweit emporkämpft, zu solcher Begeisterung und Hingabe, dass sie alles für die Freiheit ihrer Klasse gibt und wagt, dann wird sie fähig sein, die sie bedrückende Macht des Kapitals zu brechen. In diesem Kampf spielen Führer, auch die reformierten, keine Rolle.“

Im Nachsatz wird die Einschränkung gemacht, dass „echte Führer“ wecken, aufklären, vorangehen und entzünden können. („Arbeiterpolitik“, 22. 7. 1916) „Um es klar und ungeschminkt zu sagen: Das nächste Ziel des Linksradikalismus, die Anwendung seiner neuen Taktik in der jetzigen und künftigen Epoche der Arbeiterbewegung verträgt sich nicht mit den heutigen Organisationsformen der deutschen Arbeiterklasse; es ist nur zu erreichen durch den Kampf gegen diese Formen. Und erst die Überwindung der jetzigen Organisationsformen macht die Bahn frei für den Kampf, für den ersten und wirklichen Kampf um die Eroberung der politischen Macht.“ (Arbeiterpolitik, 16. 9. 1916)

Finanziert wurde die „Arbeiterpolitik“ durch Spenden der revolutionären Bremer Arbeiter. Ihr Schriftsetzer war Karl Becker, führendes Mitglied der Jungen Garde.

Knief bemühte sich unablässig um die Zusammenarbeit der revolutionären Gruppen in Deutschland, immer mit dem Ziel der Gründung einer linken Partei. Im August 1915 war er mit Paul Frölich in Hamburg, um bei den ideologisch noch nicht klaren Hamburger Linken

⁴ Die erste Ausgabe der „Arbeiterpolitik“ erschien am 24. Juni 1916.

zur revolutionären Konsequenz beizutragen. Am 4. Juni 1916 nahm er an einer Besprechung des Spartakusbundes teil, die die bessere Zusammenarbeit der linken Gruppen unter der neuen Verhaftungswelle zum Thema hatte. In diesem Sinne sind auch seine Verhandlungen mit August Thalheimer im Herbst 1916 über die Möglichkeit der Übernahme von Artikeln der „Arbeiterpolitik“ durch die der Gruppe „Internationale“ nahestehende Wochenschrift „Der Kampf“ zu verstehen. Thalheimer veranlasste den gewünschten Abdruck von Artikeln. In der Auseinandersetzung mit dem Parteivorstand in Berlin zeigte sich, dass Knief und die Linksradikalen das Vertrauen der Mehrheit der Bremer Parteimitglieder hatten. Entgegen den Beschlüssen des PV und des Parteitages nahmen die Mitglieder auf einer Versammlung am 1. Dezember 1916 eine Resolution an, in der es u. a. hieß: „Die Politik des 4. August 1914 war das Ergebnis der opportunistischen Entwicklung der Vorkriegssozialdemokratie. Die Politik der Fraktionsmehrheit und des Parteivorstandes ist ihrem Wesen nach bürgerlich und steht damit in absolutem Gegensatz zum Sozialismus und zu den Interessen des klassenbewussten Proletariats. Der Kampf gegen die Bourgeoisie schließt den Kampf gegen den Sozialchauvinismus ein. Ein Mittel des Kampfes gegen die offiziellen Instanzen sind die Beitragssperren.“ Daraufhin schloss der PV den Ortsverein Bremen aus. Die Rechten gründeten einen eigenen Verein. Der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Bremen legte Knief diesen Resolutionsentwurf vor:

1. Die Konzentration des Kapitals ist in den entwickelten Ländern Europas wie in den Vereinigten Staaten Nordamerikas durch die Bildung der Kartelle, Syndikate und Trusts in den wirtschaftlich bedeutsamsten Zweigen der Industrie, durch den Betrieb der Landwirtschaft mit den Methoden der kapitalistischen industriellen Produktion sowie durch die Beherrschung des gesamten Wirtschaftslebens durch die Banken so weit vorgeschritten, dass die Überführung des Kapitalismus in den Sozialismus schon jetzt ökonomische Notwendigkeit ist.

2. Das historische Problem für die Verwirklichung des Sozialismus besteht in der Entwicklung der Macht der Arbeiterklasse durch die Entfesselung ihres Kampfes um die Eroberung der politischen Gewalt.

Angesichts der Tatsache, dass die Arbeiterschaft heute mehr als je zum unentbehrlichsten Faktor des wirtschaftlichen und politischen Lebens geworden ist, angesichts der Tatsache ferner, dass der Krieg die ... Energien der Arbeiterklasse in dem Maße weckt und fördert, in welchem er den Kapitalismus und die gesamte bürgerliche Welt in immer tiefere, für die gegenwärtige Gesellschaftsordnung verhängnisvolle Widersprüche stürzt und die Klassengegensätze verschärft, ist das Auftreten der Arbeiterklasse selbst ... die Grundlage des Kampfes um die Eroberung der politischen Macht in dieser letzten, im Zeichen des Imperialismus stehenden Epoche des Kapitalismus.

3. Die Entfesselung der Macht der internationalen Arbeiterklasse hat zur Voraussetzung die grundsätzliche, geistige wie organisatorische Trennung von den Sozialpatrioten in allen Ländern und ihre Bekämpfung als Klassenfeinde des Proletariats. Ebenso notwendig aber ist die geistige und organisatorische Trennung vom Parteizentrum, das durch seine sozialpazifistische Propaganda des Abrüstens und der Schiedsgerichte, durch das Aufrufen der Regierungen zur Herbeiführung des Friedens, durch sein Versagen in der Ausnutzung der Parlamentstribüne zur offenen Losung des Kampfes der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus und alle seine Äußerungen, durch sein Versagen in der Frage der Landesverteidigung sowie durch sein Versagen, im grundsätzlichen Kampf gegen den Sozialpatriotismus stets neue Verwirrung in die Köpfe und Reihen der oppositionellen Arbeiter trägt und dadurch den Sozialpatrioten und der Bourgeoisie, wenn auch unbewusst, Helferdienste leistet und den Durchbruch der Macht der Arbeiterklasse hemmt.

4. Die durch die sozialpatriotischen Instanzen vollzogene Spaltung der Partei erfordert gebieterisch den schärfsten Kampf gegen die Sozialpatrioten und das Parteizentrum auch in den Gewerkschaften und Genossenschaften; sie erfordert ferner den unverzüglichen Zusammenschluss aller ... linksradikalen Elemente zu einer neuen Arbeiterpartei, und sie erfordert schließlich die Anbahnung des internationalen Zusammenschlusses der sozialistischen Arbeiterschaft durch die Fortführung des Werkes von Zimmerwald und Kienthal.“ („Arbeiterpolitik“, 24. 2. 1917)

Als der Ausbruch der Russischen Revolution in Bremen bekannt wurde, kam es unter dem Einfluss der Linken zu leidenschaftlichen Diskussionen über das revolutionäre Beispiel der russischen Arbeiter, besonders über die Verbrüderung deutscher und russischer Arbeiter im Soldatenrock an der Ostfront. Am 31. März 1917 legten tausende Bremer Werftarbeiter die Arbeit nieder und zogen in einem Protestmarsch gegen den Krieg durch die Stadt. Die Polizei attackierte auch diese Demonstration wütend. Die Bremer Linke nahm Kontakt zu den revolutionären Matrosen der deutschen Marine auf. Die „Arbeiterpolitik“ kommentierte jeden Schritt der Bewegung in Russland. Zu den Reichskonferenzen der Parteiopposition im Januar und April schickte der SDVB Johann Knief; Alfred Henke war als Gegenkandidat in der Delegiertenwahl unterlegen. Auf der Vorkonferenz des Spartakusbundes im April in Gotha vertrat Knief die linksradikalen Gruppen Norddeutschlands, die sich auf eine kategorische Ablehnung einer gemeinsamen Partei mit den Zentristen festgelegt hatten. Kniefs Haltung wurde zunächst von der Mehrheit der Konferenz unterstützt, besonders von Fritz Heckert, der Delegierte aus Chemnitz, und die Württemberger Genossen (Westermeyer-Gruppe) wandten sich scharf gegen eine Vereinigung mit den Zentristen. Die Autorität Rosa Luxemburgs, zu dieser Zeit noch im Gefängnis, gab den Ausschlag für die Entscheidung der Konferenz: Die Spartakusgruppe wird als selbständige Gruppe in der USPD mitarbeiten. Im Anschluss an diese Spartakuskonferenz wurde in Gotha die USPD gegründet. In Bremen zogen Henke und Genossen daraufhin aus dem autonomen SDVB aus und gründeten den Ortsverband der USPD. Damit wurde der Sozialdemokratische Verein zum zweiten Mal gespalten; dem SDVB gehörten jetzt nur noch die Linksradikalen an.

Im März fand in Hannover eine Konferenz der Nordwestdeutschen Jugendorganisationen statt. Organisiert wurde sie von Johann Knief und Charlotte Kornfeld. Sechs Bremer Vertreter der Jungen Garde nahmen daran teil. Die Bewegung ging in Bremen im Juni und Juli mit Streiks und Demonstrationen gegen den Krieg weiter. Die Russische Oktoberrevolution nahm Knief zum Anlass, wieder für eine revolutionäre Partei zu plädieren: „Einzig und allein deshalb, weil in Russland eine selbständige Partei der Linksradikalen war, die vom ersten Augenblick an das Banner des Sozialismus entfaltete und im Zeichen der sozialen Revolution kämpfte, konnte die Revolution in Russland so rasch ihren Fortgang nehmen.“ („Arbeiterpolitik“, Dez. 1917) Im September 1918 kam es zu weiteren Aktionen der Arbeiter. Am 28. September fand eine stürmische Versammlung der nunmehr 11 000köpfigen Belegschaft der AG „Weser“ gegen die Wucherpreise für Lebensmittel statt. Am 7. Oktober nahmen Vertreter der Bremer Linken in der Reichskonferenz des Spartakusbundes in Berlin teil. Die Konferenz stellte u. a. folgende Forderungen auf:

1. Unverzügliche Freilassung aller politischen Gefangenen, Befreiung aller Soldaten, die wegen militärischer und politischer Verbrechen verurteilt sind.
2. Sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes.
3. Sofortige Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes.
4. Annullierung sämtlicher Kriegsanleihen ohne jede Entschädigung.

5. Enteignung des gesamten Bankkapitals, der Bergwerke und Hütten.

6. Verkürzung der Arbeitszeit, Festsetzung von Mindestlöhnen. Enteignung des Groß- und Mittelgrundbesitzes, Übergabe der Leitung der Produktion an Delegierte der Landarbeiter und Kleinbauern.

7. Durchgreifende Umgestaltung des Heereswesens.

8. Abschaffung der Todes- und Zuchthausstrafe für politische und militärische Vergehen.

9. Übergabe der Lebensmittelverteilung an Vertrauensleute der Arbeiter.

10. Abschaffung der Einzelstaaten und Dynastien.

Am 4. November fand eine Massenversammlung der USPD statt, auf der diese Forderungen aus dem Oktoberprogramm des Spartakusbundes proklamiert wurden. Am gleichen Tag führten die Werftarbeiter einen Warnstreik gegen die verschärften Akkordbedingungen durch. Am 5. November wurde eine Versammlung der rechten SPDler von revolutionären Arbeitern gesprengt. Am 6. November brach in Bremen der Sturm los.

Arbeiterpolitik 1/1916

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

1. Jahrg.

Bremen, den 24. Juni 1916.

Nr. 1

Redaktion und Expedition: Waller Heerstr. 52 (Eing. Torweg).

Erscheint wöchentlich einmal.

Preis pro Nummer 15 Pfg.

Niederbruch und Aufstieg.

Die Tat allein entscheidet in der Politik.

J. B. v. Schweitzer.

Die deutsche Sozialdemokratie ist nicht mehr. Am 4. August 1914 trat sie von ihrer historischen Rolle als Vorhut des proletarischen Befreiungskampfes zurück. Aber es war keine Katastrophe, mit der dieser Rücktritt erfolgte, sondern es war das natürliche Ende einer politischen Bewegung, deren Untergang längst vorbereitet war. Als revolutionäre Klassenkampfpartei hatte sie ihre historische Laufbahn begonnen; im Gegensatz zur gesamten bürgerlichen Welt wollte sie dem Proletariat zur politischen Macht verhelfen. Ihr Werk endete mit der Solidaritätserklärung zwischen den offiziellen Führern der Partei und den Trägern der staatlichen Macht; es endete mit dem Sieg des Burgfriedens über den Klassenkampf, der Bureaucratie über die Demokratie, des Sozialpatriotismus und Sozialimperialismus über den Sozialismus, des Nationalismus über den Internationalismus. Es ist der Niederbruch auf der ganzen Linie, bis in die äußersten Posten des Parteizentrums hinein, die als Sozialpazifisten und in der sogenannten Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft die Massen durch oppositionelle Gesten über ihre eigene historische Aufgabe hinwegzutäuschen versuchen: und darum ist es die Abdankung der Sozialdemokratie schlechthin.

Bevor der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus hinter die geistige Überwindung der bürgerlichen Gedankenwelt, dieser ersten revolutionären Tat im proletarischen Emanzipationskampfe, den Schlusspunkt setzte, schrieb er noch den Satz nieder: die Philosophen haben die Welt nur verschieden *interpretiert*, es kommt aber darauf an, sie zu *verändern*. Damit war der wissenschaftliche Sozialismus als Weltanschauung in Gegensatz zur damals entwickeltsten Form des bürgerlichen Denkens, der deutschen Philosophie, gestellt worden: er präsentierte sich der Welt als Philosophie der Tat. Und eine mächtige Aktionskraft beseelte die Vorkämpfer des internationalen Proletariats, und ein Kämpfer von unhemmbarem Tatendrang bahnte der deutschen Arbeiterklasse den Weg zu selbständigem organisatorischem Leben.

Allein, einzelne Männer machen nicht die Geschichte und auch Marx und Lassalle konnten die Geschichte der Arbeiterbewegung nicht machen. Sie haben der Arbeiterschaft Ziel und Weg gezeigt, und was dann kam, die Entwicklung der Arbeiterbewegung, hing nicht mehr von ihnen ab.

Das Dasein einer selbständigen Arbeiterbewegung genügte zum Sozialistengesetz. Jenes Jahrzehnt wird das Heldenzeitalter der deutschen Sozialdemokratie genannt, und niemand wird bestreiten, dass sich die Partei unter großen Opfern durch diese schwere Zeit hindurch schlug. Es war eine erste große Probe für die Tatsache, dass die organisatorischen Formen nicht das Wesen der modernen Arbeiterbewegung ausmachen; dass die Formen zerbrechen können, dass aber der Geist nicht erlischt. Eine Lehre, die im größten Stile durch die Schicksale der russischen Arbeiterbewegung erhärtet worden ist bis auf den heutigen Tag. Die Sozialdemokratie siegte – und dennoch ist sie besiegt worden. Nicht gleich; aber im Laufe der Zeit. „Das Sozialistengesetz hat die Sozialdemokratie selber erst erzogen, die Partei hat sich in die strengste Disziplin genommen und ihre eigenen Anhänger so sehr an diese Disziplin gewöhnt, dass sie für sie einstehen kann“. Das schrieb noch kürzlich ein großer bürgerlicher Historiker, der der Sozialdemokratie mehr als einmal tiefer in Herz und Hirn blickte als mancher ihrer eigenen großen Männer. Und *Hans Delbrück* durfte fortfahren: „Ohne das Sozialistengesetz hätten wir in Deutschland vermutlich eine Periode von sozialen Unruhen durchzumachen gehabt, die ohne Blutvergießen nicht zu Ende gekommen wären. Jetzt haben wir es schon vor dem Kriege erlebt, dass die Polizei mit den sozialdemokratischen Ordnern zusammen für die Erhaltung der Ordnung auf den Straßen gesorgt hat.“ Das ist der Sieg der Staatsgewalt über die Sozialdemokratie. Das Sozialistengesetz hat die Sozialdemokratie niedergebroschen, und Bismarck blieb Sieger, trotz alledem nichts fürchtete die Sozialdemokratie seitdem so sehr als die Wiederkehr eines politischen Ausnahmezustandes. Zum ersten Male hatte sie die übermächtige Gewalt des Staates am eigenen Leibe gespürt, und dieses erste große Erlebnis reichte hin, ihr die Erkenntnis beizubringen, dass sie sich diesem Staate, den sie doch überwinden wollte, zu beugen habe. Aus dem Kampfe gegen den Staat wurde die Anpassung an den Staat. Der Staat hat die Sozialdemokratie erzogen, staatlich-sittlich, und darum war die Abstimmung vom 4. August 1914 und was dann folgte, keine Überraschung, sondern nur ein ragender Markstein auf dem Wege der Sozialdemokratie zur staatsstreuen Reformpartei.

Die Sozialdemokratie war von vornherein abhängig von der Entwicklung des Staates und damit zuletzt von der Entwicklung des Kapitalismus. Die deutsche Sozialdemokratie wurde aber ganz besonders von der Entwicklung des preußisch-deutschen Staates und des deutschen Kapitalismus in die Zucht genommen. Der deutsche Kapitalismus entwickelte sich seit der Aufhebung des Sozialistengesetzes in einem so ungeheuren Tempo zur Herrschaft des Finanzkapitals, dass die gewaltige Machtentfaltung des Staates die unmittelbare Folge war. Die Sozialdemokratie aber wurde dadurch vor immer neue Probleme gestellt, denen sie geistig nicht im mindestens gewachsen war. Das Proletariat und seine Führerschaft lösten sich zum größten Teil aus der Welt des Kleinbürgertums los, während die Großbourgeoisie ihre Interessen mit der Weite des Horizontes verfocht, die durch die Arbeiterschaft erst im schwersten Kampfe errungen werden muss. Vollends die imperialistische Entwicklung überraschte das Proletariat vollkommen. Und während die Bourgeoisie in dieser Zeit ihre praktischen politischen Ziele verfolgte, versuchte sich die Arbeiterschaft erst notdürftig theoretisch zurechtzufinden. So erstarkte der Imperialismus von einer politischen Aktion zur andern, während die Sozialdemokratie unter Aufgabe des politischen Kampfes von einer Position zur andern zurückgeworfen wurde. Sie wurde zur Partei der proletarischen Massen, weil sie den alten Gegensatz zur bürgerlichen Welt immer noch in der Theorie aufrechterhielt, und weil sie in der Politik mit der revolutionären Phrase nicht sparte. Sie gaukelte den politisch noch nicht erwachten Massen das Idealbild vom sozialistischen Himmelreich vor und wurde so zum Sammelpunkt für alle

Unzufriedenen und Heilbedürftigen. Es lag etwas religiös-utopisches in ihrem ganzen Wesen. Sie redete viel vom Endziel; aber den Weg des Kampfes mochte sie nicht beschreiten. Sie mochte es nicht, und sie konnte es auch nicht. Diese ganze Entwicklung war ja nur das Spiegelbild aller der Verhältnisse, die auf sie gestaltend eingewirkt hatten. Eingepfercht in die Formen des preußischdeutschen Staates mit seiner stetig wachsenden Militärgewalt und seiner immer weitergreifenden Bureaukratie, musste sie, sobald sie zur Massenpartei wurde, dieselben Formen in ihrem Innern entwickeln. Und sie wurde so rapid zur Massenpartei, weil das Entwicklungstempo des deutschen Kapitalismus die Proletarisierung weiter Volksschichten so schnell besorgte. Die Organisierung der Massen wurde die Hauptsorge; sie wurde schließlich zum Selbstzweck. Dann nämlich, als der gewaltige Organisationsapparat die Bureaukratie schuf, die aus dem Mittel zum Zweck zum Selbstzweck wurde. Es wiederholt sich hier unter veränderten historischen Bedingungen und daher auch unter anderen Formen, was die erste gewaltige Massenbewegung der Weltgeschichte, das Christentum, schon einmal hervorgebracht hat. In ihrer organisatorischen Arbeit lag die historische Aufgabe der Sozialdemokratie; in ihr lagen aber auch die Wurzeln ihres Niederbruchs. Und nur aus diesem Niederbruch kann sich der Aufstieg entwickeln. Der organisatorische Sinn der proletarischen Massen ist durch eine fünfzigjährige Schulung entwickelt worden. Er wird sich über alle veränderten Formen hinweg immer wieder betätigen und bewähren. Zugleich aber hat diese Entwicklung zur Erstarrung der Organisationsformen geführt, deren Fessel das Proletariat gerade in den jetzt tobenden Parteikämpfen immer aufs Neue empfindet und erkennt. Das macht die Massen souverän den jetzigen Organisationen gegenüber, wie es sie zuversichtlich zu ihrer eigenen organisatorischen Kraft macht. Eine bedeutsame Epoche der Arbeiterbewegung liegt hinter uns, und wir stehen am Beginn einer neuen Epoche, in der sich das Proletariat des Wortes eines seiner größten und besten Führer bewusst wird, dass in der Politik allein die Tat entscheidet. Wir erleben den Niederbruch und wir stehen doch gleichzeitig am Beginn des Aufstiegs. Die Politik der Instanzen hat ihr großes historisches Fiasko erlebt. Es beginnt die Epoche der Arbeiterpolitik.

Die russische Arbeiterpartei vor dem Kriege.

Von G. Zinowjeff.

Um zu verstehen, was in dieser Zeit in den Tiefen der russischen Sozialdemokratie vorgeht, ist die Kenntnis der Parteigruppierung vor dem Kriege, sei es auch in allgemeinen Umrissen, notwendig.

Es besteht bei den ausländischen Genossen die unrichtige Ansicht, dass in der russischen Sozialdemokratie eine Unmenge von Richtungen und Fraktionen bestehe. Nichts ist irriger als dieses. In Wirklichkeit bestehen in Russland zwei Hauptrichtungen: die revolutionär marxistische (die Bolschewiki, das Zentralkomitee) und die opportunistische Richtung (die Menschewiki oder Liquidatoren, Organisationskomitee). Alles andere ist nichts Ernstes. Lauter Eintagsfliegen.

Eine in Deutschland z. B. sehr verbreitete dritte Richtung, das sog. Parteizentrum, die irgendwelche nennenswerte Macht besäße, existiert bei uns nicht. Das erklärt sich durch unsere sozialen und politischen Verhältnisse, die objektiv revolutionär sind, das Fundament für jedes Zwitterding, für jede unklare und „friedliche“ Richtung untergraben und nur Raum lassen für zwei ausgeprägte Richtungen: für eine entschiedene Linke und für eine entschieden Rechte.

Das bedeutet zwar nicht, dass es in Russland an Versuchen fehlte, eine mittlere Richtung, ein Zentrum, zu gründen. Die Zahl derartiger Versuche ist in der Tat nicht unbedeutend. Alle diese Versuche endigten jedoch naturnotwendig mit einem Zusammenbruch und blieben als

unschädliche Experimente jedweder Unterstützung von Seiten der lebendigen Arbeiterbewegung bar. Tatsächlich gingen in Russland die Grüppchen der mittleren Linie am häufigsten mit der Partei der Opportunisten zusammen. Im Allgemeinen besteht die Rolle des Zentrums eben darin, den Boden für den Opportunismus zu düngen. Das Beispiel Kautskys hat sozusagen eine Universalbedeutung. Ein Teil des Zentrums in Russland wurde ständig von der opportunistischen Partei aufgesogen. Die letztere war natürlich immer toleranter, stellte weniger Bedingungen auf als die marxistische Partei.

Jedenfalls bestehen in Russland seit 1908 tatsächlich zwei Parteien. Seit 1911 beginnt ein neuer Aufstieg der Arbeiterbewegung, auf dessen Grundlagen die legale tägliche Presse entsteht, die Gewerkschaftsbewegung anhebt usw. In dieser ganzen Zeit existieren nur zwei Gruppierungen, zwei Tageszeitungen, zwei Fraktionen in der Reichsduma, zwei Richtungen in der Gewerkschaftsbewegung, zwei Zeitschriften für das Versicherungswesen. Alles andere vegetiert kaum.

Der Opportunismus ist eine internationale Erscheinung. Aber außer den sozusagen internationalen Grundzügen weist der russische Opportunismus noch sog. nationale Eigenschaften auf. Man darf eben nicht vergessen, dass der ganze Richtungskampf in Russland unter ganz eigenartigen Verhältnissen vor sich geht. Wenn in Westeuropa die Arbeiterklasse vor der sozialistischen Revolution steht, handelt es sich in Russland noch erst um den Abschluss der bürgerlich-demokratischen Umwälzung. Dies bedingt alle unsere Streitigkeiten. Der russische Opportunismus kommt am grellsten zum Vorschein in seiner Abkehr vom Kampfe für eine neue bürgerlich-demokratische Revolution in Russland. Wenn der westeuropäische Opportunismus von dem Endziel abrückt („Das Endziel ist nichts“), so sind seine russischen Brüder im Gegenteil bereit, mit Phrasen über das Endziel nicht zu sparen, eben um die lebendige revolutionäre Aufgabe in Russland fallen zu lassen: den Kampf um die Republik, die Konfiskation des adligen Grundbesitzes, die revolutionäre Lösung der politischen Krisis in Russland, die Gründung der selbständigen Klassenpartei des Proletariats, die die Treue zur sozialistischen Fahne mit dem unerschrockenen Kampfe für die Niederwerfung des Zarismus zu vereinigen verstand. Alle diese konkreten Aufgaben der revolutionären Sozialdemokratie in Russland werden von dem Opportunismus verleugnet.

In Russland kann man kein revolutionärer Marxist sein, ohne den revolutionären Massenkampf für eine proletarische und plebejische Lösung solcher aktuellen Probleme, wie Konfiskation des adligen Grundbesitzes und revolutionäre Niederwerfung des Zarismus, in den Vordergrund zu stellen. „Marxistische“ Phraseologie (der „Marx'sche“ Verbalismus) ist bei den russischen Opportunisten so verbreitet wie nirgends. Alle russischen Opportunisten schwören auf den Namen Marx. Den „Klassenkampf“ führen sie stets im Munde. Der Klassenkampf wird von ihnen vollständig „anerkannt“, genauso wie er von den Südekum, Renaudel und Vandervelde anerkannt wird. Wenn sie den gemeinsamen Kampf mit den bäuerlichen Elementen für die bürgerlich-demokratische Umwälzung ablehnen und stattdessen den Block mit der Bourgeoisie vorziehen, so tun sie dies im Namen des Marxismus, vom Standpunkt des „Klassenkampfes“. In diesem Sinne nannten sich noch bis vor kurzem auch die ausgesprochensten Liberalen „Marxisten“. Es genügt, nur die Namen der Herren Tugan-Baranowsky und Struve zu nennen.

In Deutschland sind die Opportunisten bereit, im Marxismus alles anzuerkennen nur nicht den Massenkampf um den Sozialismus. In Russland sind die Opportunisten auch bereit, im Marxismus alles anzuerkennen, mit Ausnahme des Massenkampfes um die Demokratie. In Deutschland wie in Russland haben wir es mit Reformisten zu tun. Der Reformismus des einen Landes unterscheidet sich von dem Reformismus des anderen Landes nur insofern, als sich die objektive Lage des Landes, in dem die unmittelbare Aufgabe die demokratische

Revolution bildet, sich von dem Lande unterscheidet, in dem die Hauptaufgabe schon den Kampf um den Sozialismus selbst bildet.

Die opportunistische Richtung war schon 1906/07 der Ansicht, dass Russlands Entwicklung sich im Sinne der preußischen Bewegung, oder, wie man bei uns sagt, dass Russland den „preußischen Weg“ beschritten hat. Mit anderen Worten: dass in Russland eine neue Revolution unmöglich ist, dass die Bauernfrage gut oder schlecht mit der Stolypinschen Agrarreform gelöst wurde, die schon eine Revolution von oben darstellt, und dass dem Proletariat nichts anderes übrig geblieben ist, als sich im Rahmen des heutigen Regimes einzurichten, d. h. zusammen mit der Bourgeoisie für die einzelnen konstitutionellen Reformen einzustehen, seine Partei um jeden Preis zu legalisieren und auf den Kampf um die Republik insofern zu verzichten, als man dieser Forderung nur propagandistischen Charakter gibt. Wir wachsen allmählich in den Sozialismus hinein sagten die Opportunisten in Westeuropa. Wir wachsen allmählich in die politische Freiheit hinein sagten die Opportunisten in Russland. Daher zweierlei Parteien und zweierlei Taktik in unserem Lande. In der praktischen Arbeit konnten wir keinen Schritt gemeinsam machen. Es genügt, auf das Verhältnis unserer Partei und das der Opportunisten zum politischen Massenstreik hinzuweisen. 1911 wird der politische Streik wieder lebendig. Bereits 1912 überschreitet die Zahl der politisch Streikenden 1 Million. 1913 erreicht sie schon 1,75 Millionen. 1914 bis zum Kriege erreicht sie die Höhe der Entfaltung der Jahre 1904 und 1906. Der Streik nimmt immer mehr einen revolutionären Charakter an. Die Arbeiter stellen öfters die drei Hauptlosungen: Republik, Konfiskation des adligen Grundbesitzes (des gutsherrlichen Bodens) und Achtstundentag auf. Unsere Partei unterstützt die Streiks mit allen Mitteln. Die Opportunisten arbeiten systematisch dagegen und erklären es als ein „Streik-Hazard“. Im Grunde läuft alles auf die verschiedene Beurteilung der Gesamtlage Russlands hinaus, die zwei verschiedene Taktiken erzeugt. Im Grunde der gleiche Zwist, der – mutatis mutandis – zwischen dem rechten und linken Flügel der deutschen Sozialdemokratie in der Frage des Massenstreiks vorhanden war.

Die opportunistische Richtung hat sich schon längst vor dem Kriege abgeklärt. Die Propaganda des großen Blocks mit der liberalen Bourgeoisie, Anerkennung der Legalität um jeden Preis, eine Geringschätzung der Massenaktion der Arbeiter, Überschätzung des Parlamentarismus, Propaganda der politischen Neutralität der Gewerkschaften – dies alles offenbarte sich bei unserem Opportunismus schon lange vor dem Kriege. Es fehlte nur der „Patriotismus“, d. h. die Unterstützung der auswärtigen Politik des Zarismus und der herrschenden Klassen Russlands unter der Parole „Verteidigung des Vaterlandes.“ Der Krieg brachte auch dieses. In der Kriegszeit wurde der Opportunismus – Sozialchauvinismus.

Aus dem Lager deutschen Imperialismus

I.

Der Reichskanzler geriet kurz vor Schluss der Reichstagssession in einen Konflikt mit den Konservativen. Handelt es sich dabei um ein politisches Intermezzo oder liegen dem Vorstoß tiefere Gegensätze in der Auffassung der imperialistischen Zukunft Deutschlands zugrunde? Das ist die Frage, die sich aufdrängt, sobald man es verschmährt, wie die Sozialpatrioten in einen Freudenhymnus über das Vorgehen des Kanzlers gegen die Junker einzustimmen. Ohne jedoch die Frage zu beantworten, wollen wir lediglich versuchen, auf Grund längst in der Öffentlichkeit bekannten Materials aus der Feder führender politischer Persönlichkeiten des deutschen Imperialismus ein Bild zu entwerfen von den Strömungen, die sich im Laufe der Zeit in Bezug auf die imperialistische Zukunft Deutschlands entwickelt und auch während des Krieges erhalten und womöglich noch verstärkt haben.

In der Zeitschrift „Das größere Deutschland“ vom 1. April 1916 schrieb der Historiker *Hans Helmolt*:

Seitdem auch im Osten an Stelle des Bewegungskampfes der Schützengrabenkrieg getreten ist (etwa seit Oktober 1915), namentlich in der großen Pause zwischen dem Zusammenbruch der Serben um die Mitte des Dezember und der Wiederaufnahme der deutschen Offensive im Westen am 22. Februar 1916, hat sich bei uns eine gewisse Scheidung der Geister vollzogen. Man suchte sich in ziemlich weiten Kreisen darüber klar zu werden, wie man die schwerwiegende Frage zu beantworten habe: *Wer ist unser Hauptgegner? Ist es England oder ist es Russland?* Beinahe setzt sie die Verneinung der Vorfrage voraus, dass es wohl unmöglich sein werde, beide Feinde zugleich entscheidend zu besiegen.

Aus dieser Sachlage, die Helmolt kennzeichnete, entstand dann der Ruf nach „Konzentration“ auf den Hauptfeind (Prof. *Otto Hoetzsch* in der Januar-Nummer der „Neuen Rundschau“). Allein bei der Beantwortung der Frage, wer der Hauptfeind sei, begannen die Differenzen sich offen zu zeigen. Ein Teil, dessen Wortführer *Paul Rohrbach* ist, erklärte, Russland ist der Hauptfeind:

England braucht in diesem Kriege nichts weiter zu erleben als die Herstellung eines großen leistungsfähigen Schienenweges durch Kleinasien und Syrien bis an die ägyptische Grenze und außerdem die militärisch-wirtschaftliche Kräftigung der Türkei, die Beseitigung des serbischen Riegels zwischen Mitteleuropa und dem Orient, endlich die Fortdauer des gegenwärtigen Bündnisses zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei, und das Ergebnis ist, dass fortan eine Politik englischer Nichtachtung unseren Interessen gegenüber zu den Unmöglichkeiten gehört. Angenommen selbst, Ägypten bliebe bis zu einem gewissen Grade in englischer Nutzung, so wäre die Stellung Englands am Suezkanal doch durchaus abhängig davon, ob Deutschland und seine Bundesgenossen in dem Verhalten Englands ihren sonstigen Interessen gegenüber den Ausdruck der Erkenntnis erblicken, dass der mitteleuropäisch-orientalische Staatenverband starke Zwangsmittel zur Verfügung hat. Der deutsch-englische Friede kann eine ganz solide Sache sein, wenn England weiß, wo der Zügel für seine Politik gegen uns sitzt, und wenn wir damit einverstanden sind, dass unter dieser Voraussetzung weder Englands Armut noch Englands Kleinheit ein Bedürfnis für uns zu sein braucht. Wie aber sollen wir den Schlüssel zum Ausgleich mit *Russland* finden? Zwischen uns und Russland steht die Türkei, stehen die Meerengen, steht Konstantinopel. ... Der Verzicht auf Konstantinopel und Gallipoli bedeutet für Russland unter seinen heutigen Lebensumständen den Verzicht auf jede, wie auch immer geartete russische Zukunft im großen Stil. ... Zum Schlüsselpunkt der Erkenntnis für unser zukünftiges Verhältnis zu Russland müssen wir die Tatsache der unabänderlichen Feindschaft machen, die Russland nach diesem Kriege gegen uns hegen wird und hegen muss, solange wie es nur imstande ist, noch großen politischen Zielen nachzustreben. ... Daraus scheint mir zu folgen, dass Russland noch in einem andern und noch gefährlicheren Sinne unser Feind ist, als England. Es kann gar nicht anders, als bis zur letzten Faser politischer und militärischer Kraft gegen uns kämpfen; wenn nicht mehr in diesem Kriege, dann im nächsten, und wenn nicht im nächsten, dann im übernächsten. Daraus ziehe ich den Schluss, dass unser Krieg gegen Russland soweit geführt werden muss, bis Russland genügend geschwächt ist, um auf lange hinaus keinen Gedanken an Konstantinopel mehr zu fassen.

So *Rohrbach* im Programmartikel der Nummer 1 der „Deutschen Politik“ vom 1. Januar 1916. In dem bereits zitierten Artikel von *Helmolt* finden wir noch folgende Charakteristik der Konsequenzen, die die Russenhasser aus ihrer Auffassung der Lage ziehen:

Sie legen wenig oder gar kein Gewicht auf das, was mit Belgien, namentlich mit Antwerpen, Zeebrügge, Ostende zu geschehen habe, halten die Umwandlung der Genter Universität in eine flämische Hochschule für ein totgeborenes Kind und kümmern sich nicht um „die Freiheit der Meere“ als „Gegenstand der Diskussion, Begriffserfassung und des Abkommens“. Jede Möglichkeit einer Verschärfung des U-Bootkrieges, die zum Bruche mit den Vereinigten Staaten führen könnte, ist ihnen ein Greul. Dagegen verteidigen sie den Gedanken an die Herstellung eines modus vivendi (erträglichen Verhältnisses) mit Großbritannien.

So ist die Stellung dieser Richtung des imperialistischen Deutschlands ziemlich genau gezeichnet: der Hauptfeind ist Russland; mit England ist ein „erträgliches Verhältnis“ nicht nur zu erstreben, sondern auch auf Grund der tatsächlichen Verhältnisse durchaus möglich.

Wie ist nun die Stellung der anderen Richtung, die in England den Hauptfeind sieht?

Kapitalkonzentration.

Bei der Beobachtung der wirtschaftlichen Vorgänge während des Krieges musste dem gemeinen Mann die Tatsache der riesenhaften Kriegsgewinne am stärksten auffallen. Die vom Reichstag beschlossene Kriegsgewinnsteuer ist denn auch von vornherein als Beruhigungsmittel für jene allzu leicht erregbaren Gemüter gedacht, die an der Gerechtigkeit der göttlichen Weltordnung zu zweifeln beginnen. Betrachtet man die Sache vom allgemeinen gesellschaftlichen Standpunkt aus, so ist es mit der Entrüstung nicht abgetan. Die Kriegsgewinne bedeuten nicht einfach einen Wechsel im Besitz des Mammons, wobei der eine erwirbt, was der andere verloren, im Übrigen aber die gesellschaftlichen Verhältnisse kaum berührt werden. Sie sind vielmehr ein Treibmittel im Umwälzungsprozess der wirtschaftlichen Verhältnisse. Der Beobachter des alltäglichen Lebens bemerkt wohl, wie mal ein armer Teufel in der Kriegszeit Tausende oder wohl auch Hunderttausende zusammenrafft. Aber diese Erscheinungen haben wenig zu bedeuten. Gesellschaftliche Bedeutung dagegen haben die Riesengewinne, die von den Großkapitalisten gemacht worden sind und noch gemacht werden. Ein Vergleich der Abschlüsse einer großen Zahl von Aktiengesellschaften unmittelbar vor dem Kriege und während des ersten Kriegsjahres ergab folgende Steigerung der Dividendensätze:

	vor dem Kriege	erstes Kriegsjahr
Schwere Industrie	8,7 Proz.	13 Proz.
Kriegsmaterial-Industrie	8,8 Proz.	13 Proz.
Automobil-Industrie	10,2 Proz.	15 Proz.
Sprengstoff-Werke	10,5 Proz.	21,8 Proz.
Lederfabrikation	6,2 Proz.	12,3 Proz.
Mühlenindustrie	7,5 Proz.	14,4 Proz.

Die Zahlen ergeben noch kein richtiges Bild. Hohe Dividendenziffern sind nämlich nie so anrühlich gewesen wie heutzutage, wenn es auch vom Kriegsgewinn heißt: non olet. Außerdem gaben die hohen Gewinne Gelegenheit zu starker innerer Festigung der Unternehmungen durch Festlegung offener und versteckter Reserven. In manchen Gesellschaften ist das mit so großem Geschick gemacht worden, dass sogar die bürgerlichen Finanzblätter aufmuckten. In Wirklichkeit sind also die erzielten Gewinne bedeutend höher als jene Tabelle zeigt. Das heißt aber, dass das Großkapital den Löwenanteil von der Kriegsbeute geschluckt hat. Und da

in dieser Zeit unvergleichlich mehr Werte vernichtet als neugeschaffen werden, so muss dieser Bereicherung eine bedeutend stärkere Verarmung breiter Schichten gegenüberstehen. Im Ganzen genommen heißt dies, dass der Krieg in viel höherem Maße als die rein wirtschaftlichen Krisen fertigbrachten, die Konzentration des Kapitals gefördert und damit die Klassegegensätze verschärft hat.

Dieser Konzentrationsprozess zeigt sich nicht nur in der reinen Kapitalsanhäufung. Vielmehr gibt gerade sie die Möglichkeit zur Mobilisierung einer tiefgehenden Betriebskonzentration. Anlass dazu bietet genügend die Befürchtung, dass nach dem Kriege ein wüster internationaler Konkurrenzkampf, nach dem Kampfe mit Flinten, Kanonen und Handgranaten ein Kampf mit Schutzzöllen, Boykott und dergleichen einsetzen wird. Auf den gilt es zu rüsten. Die innere Festigung der Industrien ist dazu vor allem vonnöten. Monopolisierungsbestrebungen werden überall wach.

Das bemerkenswerteste Ereignis der letzten Monate ist auf diesem Gebiete die *Vertrustung* der chemischen Industrie. Die deutsche chemische Industrie beherrschte den Weltmarkt. Sie hat diese Stellung erobert durch die rücksichtslose Ausbeutung der Wissenschaft und ungehemmte Unternehmungslust. Die Vorherrschaft Englands auf diesem Gebiete ist in den neunziger Jahren gebrochen worden. Deutschland bringt heute ein Drittel der Weltproduktion an schwefelsaurem Ammoniak hervor. Die Teerfarbenerzeugung ist fast unbestrittenes deutsches Monopol. Aus dieser Monopolstellung hat die chemische Industrie ungeheure Profite gezogen. So groß waren die Gewinne, dass sie aus ihnen immer wieder die Anlagekosten ihrer stürmischen Entwicklung decken und sich so dem Einfluss der Großbanken fast vollkommen entziehen konnte. Der Krieg hat das Ausland nun in außerordentliche Schwierigkeiten wegen der Farbenversorgung gebracht. Es musste die Abhängigkeit von Deutschland stark empfinden und das hat in Amerika und Japan, in England, Russland, Frankreich und Italien zu Maßregeln geführt, die diese Länder von der deutschen chemischen Industrie unabhängig machen sollen. Gegen diese Gefahr rüstet sich die Industrie, indem sie den Konkurrenzkampf im Innern vollkommen ausschaltet. Bisher war es schon stark eingeengt dadurch, dass sich die bedeutenderen Werke in zwei Konzerne zusammengeschlossen hatten. Jetzt haben diese zugleich mit zwei Außenseitern einen Farbentrust geschlossen, wenn auch nicht der Form, so doch dem Wesen nach. Die wirtschaftliche Bedeutung dieses Unternehmens erhellt aus folgender Übersicht über die Machtstellung der beteiligten Firmen:

	Ak- tienkapi- tal Mill.	Re- serve Mill.	Anlei- hen Mill.	Divi- dende für 1915 Proz.	Divi- dende für 1914 Proz.
Badische Anilin u. Sodafabrik	54	31,43	21,11	20	19
Farbenfabr. Bayer	54	28,32	25	20	19
A.-G. für Anilin- fabrikation	19,8	10,49	7,83	18	16
Farbwerke Höchst	54	28,98	6,75	20	20
Leopold Cassella & Co., G. m. b. H.	30	?	10	?	?
Kalle & Co., Bieberich	6	1,73	3,58	10	9

Chemische Fabrik Weiler ter Meer	8	2,61	2,56	12	8
Chem. Fabr. Gries- heim-Elektron	16	11,60	8,87	16	14
Zusammen	241,8	115,16	85,70		

Das wäre also die Zusammenfassung eines Kapitals von etwa 440 Millionen Mark. In Wirklichkeit ist es bedeutend höher, weil die stillen Reserven nicht berücksichtigt sind. Das tatsächlich arbeitende Kapital wird etwa den Kurswert der Aktien entsprechen und das gibt eine Kapitalmacht von weit über einer Milliarde Mark. Damit behauptet dieser neue Riesenbetrieb getrost eine Stelle neben den führenden Montanunternehmen.

In der *schweren Industrie* selber jagt eine Fusion und eine Betriebserweiterung die andere. Die Firma Krupp hat in der Nähe Münchens große Terrains erworben, um dort auf jungfräulichem Boden ein Riesenwerk zu errichten. Die Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft (Kirdorf) hat ihr Kapital um 8 Millionen auf 188 Millionen Mark erhöht und die Hüstener Gewerkschaft und die Düsseldorfer Röhrenindustrie aufgesaugt. Damit hat sich dieser riesenhafte Apparat einige neue Fabrikationszweige angegliedert. Die Firma Thyssen & Cp. (in Beziehung zur Gewerkschaft Deutscher Kaiser) hat mit den Vereinigten Kammerichschen Werken eine Betriebsgemeinschaft geschlossen. Die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-A.-G. (Stinnes) kaufte das Eisenwerk Rote Erde bei Aachen auf. Das Stahlwerk Becker in Krefeld hat sein Aktienkapital verdoppelt, auf 16 Millionen Mark. Das Brauneisensteinwerk Fernie, Gießen, soll von dem Kölner Bankhaus aufgesaugt werden, angeblich für die Phönix A.-G. in Hörde, die ihren Hochofenbetrieb erweitern will und sich bereits die Erzgewerkschaft Fachinen angegliedert hat. Erwerbungen von Kohlengruben sind an der Tagesordnung. Mannesmann hat das Steinkohlenbergwerk Königin Elisabeth ganz übernommen, die Heinrich-Hütte in Hattingen, die Kohलगewerkschaft Fröhliche Morgensonne, die Berliner Elektrizitätswerke, die Braunkohlengrube Auguste bei Bitterfeld. Von besonderem Interesse ist, dass die Stadt Berlin im Begriffe steht, das Kohlenbergwerk Westfalen und die Bohrgesellschaft Anneliese anzukaufen, um ihren riesigen Kohlenbedarf für die Zukunft sicherzustellen.

In der *Spinnmaschinenbranche* haben sich die beiden Chemnitzer Fabriken Hartmann und Schimmel verschmolzen, in der Automobilbranche Benz u. Co. mit der Rheinischen Automobil-Gesellschaft. Kapitalserhöhungen nehmen zahlreiche Gesellschaften vor.

Von ganz besonderer Bedeutung für die künftige Entwicklung unserer Wirtschaft ist das Eindringen der schweren Industrie in Schifffahrt und Schiffbau. Hugo Stinnes ist jetzt an der Woermann- und der Ostafrika-Linie beteiligt und er steht damit in engen Beziehungen zur Hamburg-Amerika-Linie und dem Norddeutschen Lloyd. August Thyssen hat ein Viertel der Schiffswerft Bremer Vulkan übernommen.

Dieser riesige Konzentrationsprozess, der für die Kriegszeit durchaus noch nicht abgeschlossen ist, ist die Frucht der eigenartigen Kriegswirtschaft, in der schwere Krise und Hochkonjunktur nebeneinander auftritt. Er bedeutet die Rüstung der deutschen Industrie auf die kommende Friedensperiode. Der deutschen Arbeiterklasse bringt er eine gewaltige Steigerung der Macht ihres schärfsten Gegners, des Großkapitals, und damit eine Erschwerung ihrer Kämpfe.

Aus unserm politischen Tagebuch.

Ende Mai.

In den höchsten Beamtenstellen des Deutschen Reiches sind einige Änderungen erfolgt, die politisch von weitgehendem Interesse sind. Der bisherige Staatssekretär des Innern, Dr. Delbrück, wurde durch den bisherigen Schatzsekretär, *Dr. Helfferich*, ersetzt. Herr Helfferich war Direktor der Deutschen Bank und stand als Direktor des Bagdadunternehmens im Mittelpunkt der weltpolitischen Bestrebungen Deutschlands. Als Vizekanzler ist er nunmehr zum direkten Berater des Reichskanzlers aufgerückt. Seine bisherige Stellung in der Finanzwelt weist ihn unmittelbar auf die Bahn der auswärtigen Politik. Einstweilen ist in seiner Ernennung der wachsende Einfluss des deutschen Finanzkapitals auf die innerpolitischen Verhältnisse des Reiches verkörpert.

Um die Lebensmittelkalamitäten zu bannen, ist ein besonderes *Lebensmittelzentralamt* geschaffen worden. An den Grundfesten der kapitalistischen Ordnung wird es nicht rütteln. An die Spitze des neuen Amtes wurde ein Agrarier berufen, und Herr v. Batocki warnte im Reichstage selbst vor zu großen Hoffnungen, die gewisse Kreise vielleicht auf seine Tätigkeit setzen könnten.

6. Juni.

Mit dem Kriegsschiff „Hampshire“ ist auch der englische Kriegsminister Lord Kitchener untergegangen. Seine Laufbahn als Militär ist verknüpft mit der englischen Kolonisationstätigkeit in Afrika und Indien. Der Kampf um Ägypten, um den Sudan, um das Burenland, die Namen Karthoum, Omdurman, Faschoda, Kimberley und Bloemfontain: diese wichtigsten Etappen in der englischen Kolonialgeschichte, sind unlösbar mit dem Namen Kitcheners verbunden. Die bürgerlichen Blätter Deutschlands müssen das große organisatorische Talent Kitcheners anerkennen; aber sie beeilen sich, in holdem Einklang mit der sozialpatriotischen Presse, seine Grausamkeiten hervorzuheben, die er sich besonders gegen die Mahdisten geleistet hat, und die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ schrieb in ihrem Nekrolog auf Kitchener über die Kämpfe in Südafrika: „Die Wildheit und Rücksichtslosigkeit der Kolonialkriegführung behielt Kitchener auch hier bei, wo seine Gegner heldenhafte Söhne eines nahverwandten germanischen Stammes waren; die Konzentrationslager für Frauen und Kinder, die Tausenden Frauen und Kindern ein frühes Grab bereiteten, blieben ein unverwischbarer dunkler Fleck auf seinem Feldherrnamen.“

Kitchener handelte im Namen und im Sinne des englischen Imperialismus; sein kolonialpolitisches Debut als Befehlshaber englischer Truppenteile fällt in dasselbe Jahrzehnt, in dem die deutsche Kolonialpolitik in Ostafrika unter Carl Peters ihre ersten Schritte unternahm.

9. Juni

Der *Reichstag* ist in die Ferien gegangen, nachdem er noch schnell neue *zwölf Milliarden* Kriegskredite bewilligt hatte. Die *sozialpatriotische Reichstagsfraktion* stimmte den Krediten zum fünften Male zu; um sich den Massen gegenüber aber wieder in empfehlende Erinnerung zu bringen, lehnte sie den Etat ab. Klobiges Schwindelmanöver, hervorgegangen aus der steigenden Angst vor der Abrechnung, weiter nichts! Das *Parteizentrum*, die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft, lehnte die Kredite wieder ab. Ihre Begründung ist zum Teil eine platonische Liebeserklärung an die alten sozialistischen Grundsätze, zum Teil wimmelt sie von den Halbheiten und Widersprüchen des Sozialpazifismus, der das Hauptgewicht auf die Herbeiführung des Friedens legt, dabei auf Annexionen verzichtet, die Regierung anruft,

Friedensvermittler nicht ausschlägt und sich eine vage Hindeutung auf die Massen leistet. Um alle Zweifel über den Nationalismus der S. A. G. zu zerstreuen, beteuerte Haase lebhaft, dass auch ihr die Unversehrtheit des Vaterlandes am Herzen liege. Herr Helfferich konnte diesen Erfolg auf das Konto seines schneidigen Angriffs auf Haase buchen. Tags zuvor hatte Ledebour, der andere große Mann der S. A. G., den ganzen alten Kohl der Geyerschen Erklärung vom 21. Dezember 1915 aufgewärmt. Die Erklärung Haases vom 9. Juni vermied dagegen den Hinweis auf die günstige militärische Lage. Ein plumper Täuschungsversuch, hervorgegangen aus der Angst vor der linksradikalen Kritik, weiter nichts!

10. Juni

Herr Dr. *Paul Lensch* hat sich in der Deutschen Kolonialgesellschaft bemerkbar gemacht. Er redete über seine Stellung zur Kolonialpolitik, und die Herren Bassermann, Westarp, der Herzog zu Mecklenburg zollten ihm Beifall. War es nur seine persönliche Stellung? Ist es nicht auch die Meinung der David, Südekum, Heine? Ist es nicht auch die Meinung der Ebert, Scheidemann, der Cunow, Winnig und Schulz? Lensch debütierte in der Deutschen Kolonialgesellschaft im Namen des Sozialpatriotismus und des Sozialimperialismus. Und die feudale Gesellschaft spendete ihm ihren aufrichtigen Beifall. Wie mag sich in den Köpfen der Parteizentrumsleute wohl die Einheit der Partei malen, die von Lensch und Heinemann bis nach Mehring und Rosa Luxemburg reichen soll! Nein, nein, *die Spaltung wird und muss kommen*, Denn dann erst kann jene Einheit erwachsen, für die Marx durch seine historische Leistung die theoretische Grundlage geschaffen hat; die Einheit nämlich von *Sozialismus* und Arbeiterbewegung.

Wie mag sich Lensch in der Kolonialgesellschaft wohl vorgekommen sein! Wie anders ist es doch, das Parfüm der feudalen Herrschaften einzusaugen, als vom Schweißgeruch der Arbeiterversammlungen umgeben zu sein!

Denselben Tag.

WTB. *Berlin*, 9. Juni. Wie nunmehr bestimmt verlautet, ist gegen den seit dem 1. Mai in Haft befindlichen Reichstags- und Landtagsabgeordneten Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht die Anklage wegen versuchten Kriegsverrats auf Grund des § 89 des Strafgesetzbuchs erhoben worden. Die Verhandlung dürfte in nächster Zeit vor dem Berliner Kommandanturgericht in der Lehrter Straße stattfinden.

*

§ 89: Ein Deutscher, welcher vorsätzlich während eines gegen das Deutsche Reich ausgebrochenen Krieges einer feindlichen Macht Vorschub leistet oder der Kriegsmacht des Deutschen Reiches oder der Bundesgenossen desselben Nachteil zufügt, wird wegen Landesverrats mit *Zuchthaus bis zu zehn Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft*. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft bis zu zehn Jahren ein.

Neben der Festungshaft kann auf Verlust der bekleideten öffentlichen Ämter, sowie der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte erkannt werden.

*

Kein Datum.

Lensch - Liebknecht!

Feudalklub - Zuchthauszelle!

„Der Sozialdemokratie Ende und Glück!“

Feuilleton

Früher!

Von Guy de Maupassant.

Das Schloss in altem Stile liegt auf einem bewaldeten Hügel, mächtige Bäume hüllen es in dunkles Grün und der endlose Park gewährt bald einen Durchblick auf tiefen Wald, bald auf das weite Land ringsum. Einige Meter vor der Schlossfront befindet sich ein Steinbecken, in dem sich Marmordamen baden; andere Becken folgen terrassenförmig bis zum Fuße des Hügels und eine eingefasste Quelle springt in Kaskaden von einem zum andern.

Von der Gartenvenus, die sich graziös verrenkt, wie eine Kokette aus früherer Zeit, bis zu den mit Muscheln eingelegten Grotten, in denen manch kleiner Amor aus früherem Jahrhundert schläft, hat alles in diesem alten Besitztum das Angesicht eines verklungenen Zeitalters behalten; alles scheint von den alten Sitten, verrauschten Galanerien, dem leichten, eleganten Gebaren zu reden, in dem unsere Großmütter Meisterinnen waren.

In einem kleinen Salon im Stile Ludwigs des Fünfzehnten, dessen Wände mit neckischen Schäferscenen und den Bildern schöner Damen in Rokokotracht und galanter lockiger Herren bedeckt sind, liegt eine ganz alte Frau in einem großen Lehnstuhl, liegt so bewegungslos, als sei sie auch schon tot, und lässt ihre knöchernen Mumienhände zu beiden Seiten desselben herabhängen.

Ihr verschleierter Blick verliert sich in der Ferne, als sähe sie durch das offene Fenster Visionen aus ihrer Jugend weit hinten im Park verflattern. Ein leiser Lufthauch bringt manchmal frischen Grasgeruch und Blumenduft zu ihr herein. Er scheucht die weißen Haare auf ihrer runzeligen Stirn und alte Erinnerungen in ihren Gedanken auf.

An ihrer Seite auf einem Taburett sitzt ein junges Mädchen mit langen blonden Zöpfen und stickt eine Altardecke. Sie hat verträumte Augen und man merkt, dass ihre Gedanken, trotzdem die Finger fleißig arbeiten, sich mit anderem beschäftigen.

Doch die Greisin wandte den Kopf: „Berta,“ sagte sie, „lies mir doch ein wenig aus der Zeitung vor, damit ich auch weiß, was jetzt in der Welt vorgeht.“

Das junge Mädchen nahm die Zeitung und überflog sie.

„Es steht so viel Politik darin, Großmutter, darf ich die überschlagen?“

„Gewiss, gewiss, Kleinchen. Steht keine Liebesgeschichte da? Oder ist die Galanterie in Frankreich ausgestorben, dass man nichts mehr von Entführungen und Liebesabenteuern hört, wie früher immer?“

Das junge Mädchen sagte: „Ja, da steht etwas mit der Überschrift: Liebesdrama.“

Die alte Frau lächelte mit all ihren Falten: „Lies es mir vor.“

Und Berta begann: „Ein Bitriol-Attentat“ [Vitriol?] ... Eine Frau hatte, um sich an der Geliebten ihres Mannes zu rächen, dieser das Gesicht und die Augen mit Vitriol begossen. Sie wurde unter den Beifallsrufen der Menge von dem Schwurgericht freigesprochen.

Die alte Frau richtete sich in ihrem Sessel auf und rief: „Aber das ist ja entsetzlich; Das ist entsetzlich! Lies mir doch etwas andres vor, Kleinchen!“

Berta suchte weiter unter der Rubrik „Aus dem Gerichtssaal“ und las schließlich: „Düsteres Dramam ... Ein schon älteres Ladenfräulein hatte sich von einem jungen Manne verführen lassen; um sich an ihrem Geliebten, dessen Herz sich als flatterhaft herausgestellt, zu rächen, gab sie einen Revolverschuss auf ihn ab. Der Unglückliche wird kaum mit dem Leben davonkommen. Die Geschworenen nahmen jedoch Partei für die illegitime Liebe der Mörderin und sprachen sie frei.

Diesmal empörte sich die alte Großmutter noch mehr und rief mit zitternder Stimme: „Aber sind die Menschen denn heute verrückt? Sie sind verrückt! Der liebe Gott hat ihnen die Liebe gegeben, das einzig Reizvolle am Dasein, und der Mensch fügte die Galanterie hinzu, die einzige Zerstreuung im Leben, und nun kommt ihr und mischt Revolver und Vitriol hinein. Es ist, als werfe man Schmutz in eine Flasche alten spanischen Wein!“

Berta schien den Unwillen der Großmutter nicht zu verstehen: „Aber Großmutter, die Frau hat sich doch nur gerächt; denke doch, sie war verheiratet und ihr Gatte betrog sie.“

Die Großmutter fuhr auf: „Was für Ideen bringt man euch jungen Mädchen denn jetzt bei!“

Berta antwortete: „Aber die Ehe ist doch heilig, Großmutter!“

Die Alte zitterte bis in ihr Herz, das in dem großen Jahrhundert der Liebe und Galanterie geboren war.

„Die Liebe ist heilig,“ sagte sie. „Höre mich an, Mädchen, ich bin eine alte Frau, die drei Generationen gesehen hat und über die Männer und Frauen gut Bescheid weiß. Die Ehe und die Liebe haben nichts miteinander zu tun. Man verheiratet sich, um eine Familie zu gründen und man gründet Familien, um die Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Wenn die Gesellschaft eine Kette ist, so ist jede Familie ein Glied dieser Kette. Um diese Glieder zusammenzulöten, sucht man immer nach zweien von gleichem Material. Wenn man sich verheiratet, sucht man Aussichten, Vermögen, gleiche Rassen zu verbinden, denn man arbeitet im Interesse der Gemeinsamkeit, und dieses Interesse heißt: Reichtum und Kinder. Man verheiratet sich nur einmal im Leben, Mädchen, weil die Welt es will, doch kann man zwanzig Mal im Leben lieben, weil die Natur uns so gemacht hat. Die Ehe ist ein Gesetz, siehst du, die Liebe ein Instinkt, der uns bald nach rechts, bald nach links drängt. Man hat Gesetze gemacht, um die Instinkte zu bekämpfen, es war nötig; doch sind die Instinkte immer die stärkeren gewesen, und man sollte ihnen nicht allzu sehr widerstreben, da sie von Gott kommen, während die Gesetze nur von den Menschen stammen.

Wenn man das Leben nicht mit Liebe anfüllte, mit so viel Liebe wie nur möglich, Kleintchen, wie man Zucker in Arznei für Kinder tut, kein Mensch möchte es so, wie es ist, nehmen.“

Berta öffnete erschrocken ihre großen Augen und flüsterte: „O Großmutter, Großmutter, man kann nur einmal lieben!“

Die Alte erhob ihre zitternden Hände zum Himmel, als wolle sie noch einmal den verschwundenen Gott der Galanterie anrufen. Dann brach sie unwillig aus: „Ihr seid eine Gesellschaft von Elenden geworden! Seit der Revolution ist die Welt nicht mehr wieder zu erkennen. Ihr legt große Worte in alle Handlungen, lästige Pflichten in alle Ecken und Winkel des Daseins. Ihr glaubt an Gleichheit und an eine ewige Leidenschaft. Und Menschen haben gar Verse gemacht, die zeigen sollen, dass man vor Liebe sterben könne. Zu meiner Zeit machte man Verse, um die Männer anzuspornen, alle Frauen zu lieben. Und wir! ... Wenn uns ein Edelmann gefiel, Mädchen, dann schickte man ihm ein Briefchen. Und wenn uns eine neue Laune

angeflogen kam, so verabschiedete man den ersten Liebsten eben – wenn man sie nicht beide behielt.“

Die Alte lächelte spitz und in ihren grauen Augen zwinkerte eine Bosheit, die geistvolle und skeptische Bosheit der Menschen ihrer Klasse und ihres Zeitalters, die sich nicht aus demselben Stoff glaubten, wie die andern, die als ihre eigenen Herren lebten, und für die die allgemeinen Gesetze nicht gemacht waren.

Das junge Mädchen stammelte ganz bleich: „Da hatten die Frauen ja keine Ehre!“

Die Großmutter lächelte, nicht mehr. Wenn ihre Seele etwas von der Ironie Voltaires hatte, so kannte sie auch die glühende Philosophie Jean Jacques: „Keine Ehre?! Weil man liebte und offen gestand, dass man liebte, und sich sogar seiner Liebe noch rühmte?! Wenn eine von uns, die wir zu den vornehmsten Damen Frankreichs gehörten, keinen Geliebten gefunden hätte, der ganze Hof würde darüber gelacht haben. Die anders leben wollten, mochten ins Kloster gehen. Und ihr bildet euch ein, dass eure Gatten nur euch, ihr ganzes Leben hindurch, lieben würden? Als ob das überhaupt möglich wäre! Ich sage dir, die Ehe ist nötig, damit die Gesellschaft bestehe, doch liegt sie nicht in der Natur unserer Rasse. Hörst du? Es gibt nur ein Gutes am Leben, und das ist die Liebe!

Wie schlecht ihr sie versteht, wie ihr sie verderbt! Ihr macht etwas daraus, was ernst und feierlich ist wie ein Sakrament, oder etwas, was man kauft wie ein Kleid.“

Das junge Mädchen nahm die faltigen Hände der Alten in ihre eigenen zitternden: „Still, Großmutter, ich bitte dich darum.“

Und sie sank auf die Knie und bat mit träumenden Augen den Himmel um eine große Leidenschaft, um eine einzige ewige Leidenschaft, wie sie die modernen Dichter träumen, während die Alte sie auf die Stirne küsste und noch ganz von der reizvollen und gesunden Denkungsort durchdrungen, mit der die galanten Philosophen das achtzehnte Jahrhundert geleitet hatten, murmelte: „Nimm dich in acht, arme Kleine. Wenn du an solche Dummheiten glaubst, wirst du recht unglücklich werden.“

Das Lied vom Sturmvogel.

Von Maxim Gorki.

Über der grauen Ebene des Meeres treibt der Wind die Wolken zusammen. Zwischen Wolken und Meer durchschneidet stolz der Sturmvogel, einem schwarzen Blitze gleich, die Lüfte.

Bald streift er die Wogen mit dem Flügel, bald schnellt er wie ein Pfeil zu den Wolken empor, laut kreischt er auf, und die Wolken vernehmen die Freude in dem kühnen Schrei des Vogels.

Aus diesem Schrei vernimmt man die Sehnsucht nach dem Sturm! Die Kraft des Zornes, der Leidenschaft Flamme und des Sieges Gewissheit hören die Wolken in diesem Schrei.

Die Möwen stöhnen vor dem Sturm, – stöhnend flattern sie über dem Meere und möchten ihre Angst vor dem Sturm in der Tiefe des Meeres verbergen.

Auch die Taucher stöhnen, – unbekannt ist ihnen der Genuss des Lebenskampfes; sie fürchten die dröhnenden Donnerschläge.

Der dumme Pinguin verbirgt ängstlich den fetten Körper in den Felsen ...

Aber der stolze Sturmvogel schnellst kühn und frei dahin über dem schäumenden Meer!

Immer tiefer sinken die finsternen Wolken über das Meer, und die Wogen singen und streben brausend dem Donner entgegen.

Der Donner dröhnt. Wild schäumend stöhnen die Wellen und ringen mit dem Wind. Mit fester Umarmung erfasst er den Wogenberg, in wildem Zorn schleudert er ihn gegen die Felsen, an denen die smaragdgrünen Massen in Staub und Schaum zerschellen.

Der Sturmvogel schnellst schreiend durch die Luft, einem schwarzen Blitze gleichend, durchschneidet er pfeilschnell die Wolken und streift mit den Flügeln den weißen Schaum von den Wellen.

Wie ein Dämon, ein schwarzer, stolzer Dämon des Sturmes schwebt er dahin, er lacht und ächzt ... Über die Wolken lacht er, und er weinet vor Freude!

Aus dem Zorne des Donners hat er – der feinfühlige Dämon – längst die Müdigkeit vernommen: nie können die düstren Wolken die Sonne verbergen, nein, niemals sie verdrängen.

Der Sturm heult ... Der Donner kracht ... Mit blauer Flamme lodern die Wolkenscharen über dem abgrundtiefen Meer. Das Meer fängt die Pfeile der Blitze auf und löscht sie in seine Tiefe aus. Gleich Feuerschlangen versenkt sich der Widerschein der Blitze ins Meer und bohrt sich tiefer und tiefer, bis er ganz verschwunden.

„Der Sturmwind! Bald wird er wild toben!“

Der Sturmvogel eilt stolz durch die Lüfte, durchschneidet die Blitze und schwebt über dem brüllenden Meer. Ein Prophet des Sieges ist er und schreit:

„Immer wilder tobte der Sturm! ...“

Das Licht vom Himmel lässt sich nicht versprengen,
noch lässt der Sonnenaufgang sich verhängen
mit Purpurmänteln oder dunklen Kутten;
den Albigensern folgen die Hussiten
und zahlen blutig heim, was jene litten;
nach Huß und Ziska kommen Luther, Hutten,
die dreißig Jahre, die Cevennenstreiter,
die Stürmer der Bastille und so weiter.

Lenau.

Verantwortlich: A. Dannat; Verleger: Karl Lüth; Herm. Sturm; sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 2/1916

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

1. Jahrg.

Bremen, den 1. Juli 1916.

Nr. 2

Redaktion und Expedition: Waller Heerstr. 52 (Eing. Torweg).
Erscheint wöchentlich einmal.

Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft.

Als nach langem Drängen am 24. März endlich 18 Reichstagsabgeordnete dem Beispiel Karl Liebknechts folgten und sich als besondere Reichstagsfraktion konstituierten, da hofften die oppositionell gesinnten Arbeiter Deutschlands, dass nunmehr ihr Wollen im Reichstage einen Ausdruck bekommen, dass nunmehr die 18 sozialdemokratischen Abgeordneten, denen als einer Fraktion stärkere Mittel des parlamentarischen Kampfes zur Verfügung stehen, als einem einzelnen, als der bis dahin Liebknecht aufgetreten war, mit Wucht für die Arbeiterinteressen eintreten würden. Sie hofften in erster Linie, dass die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft die parlamentarische Tribüne ausnutzen werde, um den Sozialpatrioten die Maske vom Gesicht zu reißen, um so den Massen zu helfen, sich wieder zurechtzufinden in all den verwickelten Fragen der Zeit, die dringend eine Lösung erfordern.

Die *entschiedene Linke* verhielt sich der neuen Fraktion gegenüber von vornherein zurückhaltend. Sie konnte nicht vergessen, dass die „neue“ Fraktion in ihrer Mehrheit aus Anhängern des *Parteizentrums* besteht, d. h. jenes Teils der Partei, dessen Politik des Schwankens zwischen Radikalismus und Opportunismus, des Verdeckens der opportunistischen Tat mit radikalen Phrasen, vor dem Kriege die Massen eingeschläfert hatte, um sie dann, am 4. August 1914, den Sozialpatrioten auszuliefern. Sie konnte nicht vergessen, dass die Achtzehn sich erst unter dem Druck breiter Kreise der Arbeiterschaft entschlossen hatten, am 21. Dezember die primitivste Pflicht der sozialdemokratischen Abgeordneten zu erfüllen, und dass sie erst von den Sozialpatrioten der Fraktionsmehrheit mit Stockprügeln gezüchtigt werden mussten, bevor sie sich entschlossen, sich von ihnen zu trennen. Die *entschiedene Linke* durfte nicht vergessen, dass die Gründer der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft wie ihre theoretischen Berater einen grundsätzlichen Standpunkt einnehmen, der nur als inkonsequenter Sozialpatriotismus anzusprechen ist. Deswegen war es kein Sektierertum, keine Wortgläubigkeit, als die „Bremer Bürger-Zeitung“, der „Braunschweiger Volksfreund“, der Stuttgarter „Sozialdemokrat“, die „Lichtstrahlen“ und das Flugblatt „Die Lehren des 24. März“, erklärten: *nach euren Taten wollen wir euch beurteilen!* Es war das demokratische Misstrauen, das in der Arbeiterbewegung immer am Platze war, das nach den Erfahrungen der letzten zwei Jahre aber eine unerlässliche Vorbedingung des Wiederaufbaus der Internationale ist.

Nun sind viele Wochen des parlamentarischen Kampfes vorüber, in dessen Mittelpunkt die wichtigsten Fragen standen: die Fragen des Krieges und des Friedens, der Steuern, der Bürgerrechte. Die Arbeitsgemeinschaft hatte reichlich Gelegenheit, zu zeigen, was sie ist. Und sie hat es gezeigt! Es gilt jetzt, die Bilanz ihrer Tätigkeit zu ziehen. Die Organe, die auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft stehen, tun es bereits. Der „Vorwärts“ schreibt in einem „Klarheit und Wahrheit“ überschriebenen Artikel, der von verschiedenen Parteiblättern nachgedruckt wurde:

Wenn die Dinge in späterer Zeit einmal aus historischer Perspektive betrachtet werden und alles Beiwerk dabei in den Hintergrund tritt, dann dürfte man in der Partei allseitig die letzte Tagung des Reichstages als diejenige während des Krieges betrachten, in der die Sozialdemokratie sich selber wiedergefunden und die ihr das Vertrauen der Volksmassen wiedergewonnen hat.

Das Vertrauen, das die Sozialpatrioten in zwei Jahren des Verrats am Sozialismus zerstörten, konnte die Arbeitsgemeinschaft nicht in ein paar Wochen parlamentarischer Arbeit gewinnen, selbst wenn sie sich tausendmal „wiedergefunden“ hätte. Statt dieses Wortgeklingels gilt es zunächst festzustellen, worin die Aufgabe einer sozialdemokratischen Parlamentsfraktion im Kriege besteht; denn erst dann sind die Voraussetzungen eines Urteils über die bisherige Arbeit der Arbeitsgemeinschaft, wie über den Charakter ihrer Politik gewonnen. Die Sozialdemokratie ist eine Massenpartei. Die Aufgabe einer sozialdemokratischen Parlamentsfraktion besteht also darin, der Arbeitermasse an den aktuellen politischen Ereignissen den Charakter der kapitalistischen Gesellschaft zu enthüllen und ihr Wege und Ziele ihres politischen Kampfes zu zeigen. Gestützt auf die Bekundung des Willens der hinter ihr stehenden Massen hat eine sozialdemokratische Fraktion im Parlament zu versuchen, Reformen durchzusetzen, wobei ihr Kampf um die Reformen ebenfalls einen grundsätzlichen Charakter zu tragen hat, den Charakter des Sozialismus, dessen Grundbedingung für seine Existenz der Gegensatz zur bürgerlichen Welt ist. Der Kampf der Fraktion im Parlament und die Willenskundgebungen der Arbeiter müssen sich so gegenseitig stützen und fördern.

Wurde die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft diesen Aufgaben gerecht? *Nein!* Wir wollen, um das zu beweisen, uns nicht an Einzelheiten halten, wie sehr auch fast jede Rede der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft eine Kritik erfordert. Wir wollen uns an die wichtigsten Fragen halten. Die erste Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft war, von der parlamentarischen Tribüne her den Massen die sozialistische Auffassung von diesem Kriege zu zeigen, die ihnen die Sozialpatrioten so wenig zeigen können wie Herr Bassermann, Herr Westarp oder Herr Helfferich. Diese Aufrollung der sozialistischen Auffassung vom Kriege war nicht nur absolut notwendig, nicht nur von der größten internationalen Bedeutung, sondern sie war für die Arbeitsgemeinschaft geradezu eine Lebensnotwendigkeit. Die Arbeitsgemeinschaft trennte sich von der sozialpatriotischen Fraktion. Über die Gründe dieser Trennung wissen die Volksmassen blutwenig. Die Spaltung der Fraktion ist aber nur dann berechtigt, wenn zwischen der Arbeitsgemeinschaft und der alten Fraktion *grundsätzliche Unterschiede* in der Beurteilung des Krieges und der Arbeiterpolitik während des Krieges bestehen. Die Rechtfertigung der Spaltung erforderte direkt eine gründliche Auseinandersetzung mit den Sozialpatrioten über Kriegsfragen. Die Tagung des Reichstages gab dazu glänzende Gelegenheiten: die Etatberatung, die neue Krieganleihe, die große Rede des Reichskanzlers gegen die „Ultraimperialisten“. Die Arbeitsgemeinschaft ergriff diese Gelegenheit nicht. Sie begnügte sich mit der bloßen Betonung des Friedenswillens. Und wie sie den Arbeitern nicht sagte, wie der Krieg entstanden ist und um welche Ziele er geführt wird, so gab sie ihnen auch mit keinem Worte eine Parole. Die Arbeitsgemeinschaft wandte sich nur an die Regierung mit der Mahnung: Gib uns möglichst bald den Frieden! Ja, Haase suchte die Kapitalisten davon zu überzeugen, dass ihre eigenen Interessen den Frieden erfordern! Es genügt, den Schluss der Rede *Liebknechts* beim

Justizetat im Preußischen Landtage mit diesem Appell Haases an die Regierung zu vergleichen, um den grundsätzlichen Unterschied zwischen Parteizentrum und Linksradikalismus mit Händen greifen zu können: Haase wandte sich an die Einsicht der Regierung und des Bürgertums – Liebknecht redete zu den Arbeitern. Dabei wärmte Haase alle die alten Utopien von den Rüstungseinschränkungen, deren einschläfernden Charakter der Zusammenbruch der Internationale gerade ebenso schlagend bewiesen hat, wieder auf. Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft entfaltet die Fahne des Sozialpazifismus an Stelle des Sozialismus.

Dieselben Schwächen, die den grundsätzlichen Standpunkt der Arbeitsgemeinschaft charakterisieren, zeigen sich auch in ihrer Stellungnahme zu den Fragen der *inneren Politik*. Gewiss: sie kritisierte scharf den Lebensmittelwucher, die Maßnahmen der Zensur, den Regierungszustand. Aber taten das die Sozialpatrioten nicht auch? Ja, fanden nicht selbst Nationalliberale, Konservative und Zentrumsvertreter sehr scharfe Worte gegen diese Zustände? Worin besteht in diesen Fragen der Unterschied zwischen der Arbeitsgemeinschaft und den Sozialpatrioten? Die Sozialpatrioten appellieren an die Regierung, sie möge doch Abhilfe schaffen. Und was tut die Arbeitsgemeinschaft? Dasselbe! Wie weit sie sich in ihrer Sucht, auf dem Boden des Parlamentarismus zu verbleiben, verstricken kann, das zeigten am besten die Debatten über den Belagerungszustand. Anstatt dem Volke zu sagen, was der Wydener Parteitag nach dem Inkrafttreten des Sozialistengesetzes den Arbeitern sagte, appellierte der Redner der Arbeitsgemeinschaft, Dittmann, an das Parlament, es möge doch nicht weniger auf sein Recht der Kontrolle dieses Zustandes bedacht sein, als es der Preußische Landtag der Kontrerevolution war. Die Scheu vor den Arbeitern und ihrem Willen – das ist es, was das innerste Wesen des Parteizentrums ausmacht.

Und weil die Arbeitsgemeinschaft sich von der sozialpatriotischen Fraktion grundsätzlich nicht abzugrenzen wusste, weil sie es nicht wagte, gegen die Politik des 4. August sich an die Arbeiter zu wenden, so wagte sie auch nicht, gegen die Sozialpatrioten scharf aufzutreten. Sie behandelte den Kampf zwischen Sozialdemokratie und Sozialpatriotismus als einen häuslichen Streit, als Bruderkampf; während er ein grundsätzlicher Kampf zwischen proletarischer und bürgerlicher Welt, also ein Klassenkampf ist. Den krassesten Beweis für dieses Verhältnis zwischen Arbeitsgemeinschaft und Sozialpatrioten lieferte Stadthagen, als er einen Beweis für seine Behauptung in den Händen hielt, dass die Regierung die Sozialpatrioten beschirme. Anstatt diese Gelegenheit zum schärfsten grundsätzlichen Kampfe gegen die Sozialpatrioten auszunutzen, ersuchte Stadthagen die Regierung, sich doch nicht in den Streit einzumischen! Natürlich zollten ihm die Sozialpatrioten für diesen Liebesdienst den wohlverdienten Beifall, weil sie so aus dem Munde ihres Gegners bezeugt bekamen, dass sie keine Schützlinge der Regierung seien.

So war die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft Wegweiser im Kampfe gegen den Sozialimperialismus. Und weil sie sich nicht an die Arbeiter wandte, weil sie ihnen nicht Wegweiser war, so blieben ihr oppositionellen Reden in der Luft hängen, waren sie Bekundungen einer passiven Unzufriedenheit. Wenn der „Vorwärts“ als das Wesen der Sozialdemokratie die parlamentarischen Klagen über die „Schlechtigkeit“ des Kapitalismus hält – das ist jedoch nur das Wesen des Parteizentrums, wie es in den letzten Jahren vor dem Kriege in der Partei herrschte – nun, dann hat sich die Sozialdemokratie in der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft wiedergefunden. Wenn man sich aber erinnert, wie schon vor dem Kriege immer größere Massen der organisierten Arbeiterschaft sich von dieser Politik abwandten, so kann man sicher sein, dass sie nach ihrem Bankerott im Kriege den Vorderreihen des Proletariats nicht akzeptabler wird. Die theoretischen Kämpfe, die jetzt in *Bremen* ausgefochten werden, sind nur ein Vorbote der Opposition, die die Sumpfpolitik der Arbeitsgemeinschaft notwendig erwecken muss.

Rührselige Leute werden die gegen die Arbeitsgemeinschaft sich wendende Kritik mit dem bekannten Hinweis auf die Notwendigkeit der Einigkeit im Kampfe gegen den Sozialpatriotismus zum Verstummen zu bringen suchen. Das wird misslingen; denn die Ursache dieser Kritik ist eben, dass die Arbeitsgemeinschaft den Sozialpatriotismus nicht grundsätzlich bekämpft. Das Proletariat, das in den Kriegsjahren so manches erlebte, wovon die Philosophen sich nichts träumen ließen, wird ganz gewiss jeden Versuch, an die Stelle der so schmählich gestürzten alten Götzen neue zu setzen, vereiteln. Wer da will, dass die Arbeitsgemeinschaft dem Kampfe des Proletariats diene, muss jede sachliche Kritik an ihr begrüßen, als Mittel einer notwendigen Klärung, die sich erst in den Anfängen befindet.

Der Erfolg dieser Kritik wird zeigen, ob sich in der Arbeitsgemeinschaft noch Elemente befinden, die gewillt und fähig sind, die Lehren des Krieges noch während des Krieges zu beherzigen; die gewillt und fähig sind, jetzt wenigstens, wenn auch nach bald zwei Jahren, parlamentarisch den Weg zu gehen, den Liebknecht kühn und bahnbrechend beschritten hat. Sollte sich diese Aussicht als trügerisch erweisen, so würde das nur ein Beweis mehr dafür sein, wie grenzenlos die Parteiführerschaft zerfressen war, dass auf 110 Abgeordnete nur zwei in der schwersten Zeit des Proletariats ganz auf seiner Seite standen. Aber auch diese Möglichkeit darf nicht entmutigen. Umgekehrt: sie muss die Arbeiterschaft nur noch mehr davon überzeugen, dass die große historische Epoche angebrochen ist, wo das Proletariat, führerlos, sein eigener Führer sein muss. Und das vor allem im selbständigen Denken.

Sektiererei oder Klärung?

Lange, bevor das deutsche Parteizentrum sich während des Krieges öffentlich zu einer oppositionellen Stellungnahme entschließen konnte, hatte der Linksradikalismus die alte Fahne des Klassenkampfes vor aller Welt entrollt. *Liebknecht* brach gleich nach dem 4. August 1914 auch in der Öffentlichkeit mit den Sozialpatrioten, nachdem er in der Fraktion seinen grundsätzlichen Standpunkt den Fragen des Krieges gegenüber präzisiert hatte. Obgleich Liebknecht lange Zeit der einzige Vertreter einer konsequenten proletarischen Politik im Reichstage blieb, bis sich Rühle ihm zugesellte, prallten doch alle Versuche der Sozialpatrioten, sein Vorgehen als Sektiererei zu verdächtigen, an dem Felsen seiner unter größten Opfern verteidigten sozialistischen Grundsätze wirkungslos ab. Führte so Liebknecht im Parlament die Opposition, so gaben *Mehring* und *Rosa Luxemburg* die „Internationale“ heraus, die bekanntlich nach dem Erscheinen des ersten Heftes bereits verboten wurde und den Beteiligten eine schwere Anklage einbrachte. In den „*Lichtstrahlen*“ wurde von Anfang des Krieges an eine grundsätzliche Politik im Sinne des Linksradikalismus propagiert. Die „*Bremer Bürger-Zeitung*“ brachte bereits in den ersten Kriegsmonaten Artikel aus der Feder Karl Radeks, die trotz des Belagerungszustandes den Arbeitern zu sagen wussten, was ihnen vom Standpunkte des Sozialismus über die Fragen des Krieges zu sagen war. Es waren Muster sozialistischer Journalistik, die dem politischen Teil der „*Bremer Bürg. Zeitung*“ den Ruf eines ausgezeichnet geleiteten linksradikalen Organs eintrugen. Seit Thalheimers Eintritt in die Redaktion des „*Braunschweiger Volksfreund*“ zeichnete sich dieses Blatt durch Elan in der Behandlung politischer Fragen im Sinne des Linksradikalismus aus. Das *Duisburger* Parteiblatt unter Minsters, der Stuttgarter „*Sozialdemokrat*“ unter Crispins Leitung schlossen sich der linksradikalen Opposition an. Der Kampf aller dieser Elemente, unter denen auch das „*Gothaer Volksblatt*“ nicht zu vergessen ist, richtete sich in erster Linie gegen den Sozialpatriotismus, dann aber auch gegen jede neu auftauchende Halbheit in der Parteiopposition.

Während dieser ganzen Zeit, in der die Grundlinien der linksradikalen Politik immer klarer hervortraten, schlug sich das Parteizentrum in ungezählten Fraktionssitzungen mit den Sozialpatrioten herum. Ob seine Vertreter sich nun scheuten, der Öffentlichkeit das Gaudium

des Bruderkampfes zu bieten, ob sie die Hoffnung hegten, die Sozialpatrioten durch das Vortragen von Gründen zur Umkehr zu bewegen, ob sie der Illusion verfallen waren, in der alten Fraktion die Mehrheit gewinnen zu können, gleichviel: in jedem Falle vermochten sie den entscheidenden Schritt der Trennung von den Sozialpatrioten nicht zu tun. Sie alle knieten vor dem Götzen Fraktionsdisziplin, während die Arbeiter längst kein Verständnis mehr für eine Disziplin hatten, die nur um den Preis des Verrats am Sozialismus zu erkaufen war. Je mehr aber das Parteizentrum hinter den verschlossenen Türen des Fraktionszimmers mit den Sozialpatrioten schacherte, desto weniger dachten diese daran, mit der Politik des 4. August zu brechen. Erst als das Maß der sozialpatriotischen Schmähungen voll war, wagte das Zentrum die Aktion des 24. März. Achtzehn Abgeordnete konstituierten sich zur „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“. Wiederum erscholl der Ruf der Sozialpatrioten: Sektiererei! Und wiederum ging der Ruf wirkungslos an den Ohren der Arbeiter vorbei. Allein, die „Arbeitsgemeinschaft“ bestand von vornherein aus den verschiedenartigsten Elementen, die zunächst nur in der Frage der Ablehnung der Kriegskredite einig waren. Während aber der Standpunkt Liebknechts und Rühles von vornherein vom Standpunkte der Sozialpatrioten grundsätzlich verschieden war, hat der Standpunkt des Parteizentrums bis heute noch keinen prinzipiellen Unterschied zur Politik der Ebert und Scheidemann erkennen lassen. Wohl aber bewegt er sich in allerlei Widersprüchen, da zwar die Kredite abgelehnt wurden, zur Frage der Landesverteidigung aber entweder, wie in der Erklärung Geyers, die in ihren wesentlichen Zügen im März wiederholt wurde, eine schiefe und darum unhaltbare, oder, wie in der jüngsten Erklärung Haases, überhaupt keine Stellung eingenommen wurde. Und darum ist es nur konsequent, wenn ein Teil des Parteizentrums unter Hochs Leitung vorerst noch bei der Fraktionsmehrheit verblieben ist. Diese Leute sehen keinen zwingenden Grund zur organisatorischen Scheidung, solange die geistig-prinzipielle Scheidung, die grundsätzliche Abgrenzung, nicht vollzogen war.

Unter diesen Verhältnissen wäre es Selbstentmannung gewesen, wenn der Linksradikalismus sich mit den Achtzehn eingelassen hätte. Naive Gemüter glaubten freilich, Liebknecht und Rühle zum Eintritt in die „Arbeitsgemeinschaft“ bewegen zu können. Sie blieben, wo und was sie waren. Der Linksradikalismus beantwortete das Liebeswerben des Parteizentrums mit seiner wachsenden Kritik an den trostlosen Halbheiten der „Arbeitsgemeinschaft“. In den „Lichtstrahlen“, den „Spartacusbriefen“, der „Bremer Bürger-Zeitung“, dem „Braunschweiger Volksfreund“, dem Flugblatt der I. S. D. trat diese Kritik immer wieder hervor. So zimperlich nun aber die „Arbeitsgemeinschaft“ in der Bekämpfung der Sozialpatrioten war und bis heute geblieben ist, so empfindlich wurde sie jetzt gegenüber der linksradikalen Kritik. Woher rührte diese Empfindlichkeit? Lediglich daher, weil die S. A. G. keinen grundsätzlichen Boden unter den Füßen hatte und sich unsicher und schwach fühlen muss. Zu den beliebtesten Argumenten gegen die linksradikale Kritik aber gehört die Verdächtigung, als handle es sich bei den hauptsächlichsten Vertretern des Linksradikalismus, den I. S. D. und der Gruppe „Internationale“ um weiter nichts als bedeutungslose Sektiererei, abgesehen davon, dass die Vertreter der S. A. G., die doch auch nur ihre 19 Männer umfasst, gewiss nicht berufen sind, diesen Vorwurf zu erheben, so ist er den obenerwähnten Gruppen gegenüber am wenigsten berechtigt. Sowohl die internationalen Sozialisten Deutschlands wie die Gruppe Internationale stehen auf demselben grundsätzlichen Boden, der für erstere im Zimmerwalder Manifest der Linken, für letztere in den Leitsätzen der Spartacusbriefe gegeben ist. Damit haben beide Gruppen nicht allein für Deutschland, sondern selbst für die neue Internationale die Bedeutung der Orientierung im Sinne des Linksradikalismus gewonnen: Nicht um Sektiererei handelt es sich dabei, sondern um das Festlegen einer bestimmten Richtung innerhalb der neuen Internationale. Und diese Richtung kann nur gewonnen werden im Gegensatz zum Parteizentrum. Nur so kann sich die Klärung vollziehen, die zur Gesundung der sozialistischen Parteien aller Länder nötig ist, wenn die neue Internationale vor der Wiederholung des

Zusammenbruchs bewahrt bleiben soll. Nicht Sektiererei, sondern Richtungskampf, nicht Verwischen der Grenzen, sondern Klärung, das ist theoretisch der Sinn des Linksradikalismus.

Aus dem Lager des deutschen Imperialismus

II.

Welches ist nun die Stellung der Englandhasser, deren Wortführer Graf *Ernst zu Reventlow* in der „Deutschen Tageszeitung“ und Professor *Otto Hoetzsch* in der „Kreuz-Zeitung“ sind? Sie sehen in England die treibende Kraft der Entente, die nicht nur für den Kriegsausbruch verantwortlich ist, sondern auch in der Zukunft Deutschlands Hauptfeind bleiben wird. Was Russland betrifft, so erklärte Hoetzsch schon in den ersten Kriegsmonaten, als die Parole lautete: Gegen den Zarismus! folgendes:

Die wirklichen Streitpunkte (zwischen Deutschland und Russland) waren sämtlich nicht derart, dass sich nicht eine Einigung über sie finden könnte!

Während er in dem Gegensatz: Hie Bagdad – dort Transarabische Bahn (die Ägypten mit Indien verbinden soll) einen unüberbrückbaren Gegensatz sieht, erklärt er, dass die deutschen Orientinteressen wohl mit „den alles Maß verlierenden Orientträumen Russlands nicht veröhnlich seien“, „mit seinen realen Lebensinteressen aber kaum zusammenstoßen“ (Russland als Gegner Deutschlands. Leipzig 1914, S. 61). Und in seiner großen politischen Übersicht in der „Kreuz-Zeitung“ vom 7. Juni 1916 schrieb er:

Dass das russische Wirtschaftsleben einen freien Ausgang durch die Meerengen zum Weltmeere und den Weltmärkten haben muss, haben auch wir immer anerkannt.

Bei diesen Anschauungen sind die Englandfeinde bis heute geblieben. Das bedeutet natürlich nicht, dass sie Russland im Kriege irgendwie schonen wollen oder dass sie nicht an die militärische Stärkung Deutschlands im Osten denken; aber die wichtigsten Kriegsziele sehen sie im Westen. Und hier stoßen sie hart mit den Rohrbachianern zusammen. Auch sie sind Anhänger Mitteleuropas und eines dauernden Bündnisses mit der Türkei, auch sie möchten England am Suezkanal packen. Aber sie überschätzen die sich daraus ergebenden Folgen nicht.

Wir wissen nämlich nicht – schreibt Reventlow im „Größeren Deutschland“ vom 5. Februar 1916 – ob selbst unter der Voraussetzung aller nötigen Vorerfolge jene Möglichkeit gesichert fortbestehen wird: Großbritannien am Suezkanal den Daumen auf das Auge zu drücken. Auch Dr. Paul Rohrbach zählt unter seinen „Voraussetzungen nicht nur die militärisch-wirtschaftliche Kräftigung der Türkei, sondern auch die Fortdauer des gegenwärtigen Bündnisses zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn, Bulgarien und den Türken auf. Er lässt aber in seinen späteren Schlussfolgerungen die hypothetische Voraussetzung stillschweigend zur Tatsache werden, denn er baut auf ihr das praktisch-politische Programm der Vertreter der Mitteleuropa-Lehre auf, dessen Kernpunkt wird Verständigung mit Großbritannien ... Kann und darf ein deutscher Staatsmann, ja darf das deutsche Volk, verantworten will, selbst an seiner Zukunft mitzuarbeiten, immerhin recht komplizierte Bündniskombinationen und deren Entwicklung als eine reale Garantie für etwas ansehen, was für Deutschland eine Lebensfrage bedeutet, nämlich die Freiheit der Meere? Die Frage beantwortet sich ohne weiteres mit Nein! ... Für die Beständigkeit großer Bündnisgruppen gibt es nach innen wie nach außen ebenso wenig absolute Zukunftsgarantien, wie etwa für die Entwicklung der Technik und mit ihr der Waffen.

Deswegen erklärt Reventlow zum Schluss:

Die Freiheit der Meere kann nur auf der Grundlage *eigener* Macht im deutschen Sinne gelöst werden. Diese Grundlage muss mithin auch vom *deutschen* Boden von *Deutschen* oder unerschütterlich deutschem Einfluss unterstehenden Küsten aus sich befinden.

Von diesem Standpunkt ausgehend, fordern die Reventlow den rücksichtslosen Unterseebootkrieg gegen den England und die Annexion Belgiens, dessen Küste sich zur maritimen Basis eines Kampfes gegen England sehr eignen würde.

Das sind die Gegensätze im Lager des deutschen Imperialismus, wie sie von seinen publizistischen Vertretern dargestellt werden. Obwohl beide Richtungen gleichzeitig in allen Lagern ihre Anhänger haben, lässt sich doch eine gewisse Trennungslinie bemerken: während Rohrbach in erster Linie aus den Finanz- und Reedereikreisen Zustimmung findet, sieht die schwere Industrie- und die Landwirtschaft mehr in Reventlow ihren Wortführer. Von den politischen Parteien stehen die Konservativen, die Freikonservativen und die Rechtsnationalliberalen auf Seiten der Englandhasser, der linke Flügel der Nationalliberalen, die Mehrheit des Zentrums und der Freisinn auf Seiten der Russenhasser. Aus diesen Verhältnissen erklärt sich der Zusammenstoß des Reichskanzlers mit den Konservativen. Aber erst die Sozialpatrioten waren nötig, um aus dem häuslichen Zwist im Lager des Imperialismus über die Ziele und Wege seiner Politik einen prinzipiellen Gegensatz zwischen dem Kanzler und den Annexionisten zu konstruieren. Und das, obgleich der Kanzler trotz aller Differenzen in der Beurteilung der Situation, die ihn von der Rechten trennen, in seiner Schlussrede die Konservativen doch zu versöhnen suchte, in der ganz richtigen Erkenntnis, wo schließlich die Basis seiner Politik zu suchen ist.

Die sozialistische Jugend.

Unsere Arbeiterjugendbewegung ... ist streng unpolitisch, kann also auch nicht als sozialdemokratisch bezeichnet werden.

„Arbeiter-Jugend“ vom 3. Juni 1916.

Die entscheidende Frage, vor der die proletarische Jugendbewegung steht, ist, ob sie politisch oder unpolitisch sein soll. Die offizielle Sozialdemokratie hat bekanntlich auf mehreren Parteitaggen vernehmlich genug verkündet, dass die Jugendbewegung, deren sie sich angenommen habe, nicht politisch sei, und tatsächlich ist von der proletarischen Jugendbewegung durch die Sozialdemokratie alles ferngehalten worden, was ihr irgendwie direkt den Charakter des Politischen geben könnte. Weder sind die Jugendlichen bei Beratungen über Gesetze, die sie in erster Linie angingen, gefragt worden, noch haben sie einen direkten Kampf um die Eroberung politischer Rechte führen dürfen. Die Jugendlichen waren zu völliger Passivität verurteilt. Die Partei, die die Jugendlichen unter ihre politische Vormundschaft stellte, handelte damit lediglich unter dem Zwange des Reichsvereinsgesetzes, das durch den sogenannten Jugendparagrafen allen Jugendlichen unter 18 Jahren die Teilnahme an politischen Vereinen und Veranstaltungen verbietet. Sie glaubte durch die Waffenstreckung vor diesem Gesetz die behördlichen Instanzen, insbesondere die Polizeigewalt, zur Milde gegenüber den Jugendorganisationen bewegen zu können. Die Wirkung dieser Taktik ist allgemein bekannt. Die Polizeibehörde ließ sich bei ihrem Vorgehen gegen die Jugendorganisationen der Sozialdemokratie von der ganz richtigen Erkenntnis leiten, dass diese Jugendorganisationen schon deshalb nicht unpolitisch sein konnten, weil sie in weitgehendem Maße von einer politischen Partei unterstützt werden, die, wenigstens ihrem Programm und ihren Worten nach, auf die grundsätzliche Umgestaltung der bestehenden Gesellschaftsordnung hinarbeitete, und die, wenigstens ihren Parteitagsbeschlüssen gemäß, die Arbeiterjugend im Sinne des Klassenkampfes und des Sozialismus erziehen wollte. Jede erzieherische Maßnahme in dieser

Richtung war damit von vornherein ein politischer Akt. Die herrschenden Klassen ließen sich auch diesmal nicht täuschen, zumal, da sie aus eigener Erfahrung wussten, dass eine Jugendbewegung niemals unpolitisch sein kann.

Trotzdem blieb die Partei bei ihrer Formel. Und das oben angeführte Zitat aus der „Arbeiter-Jugend“, dessen Grundgedanke fast in jeder Nummer dieser parteioffiziösen Zeitschrift wiederkehrt, zeigt, dass offiziell von diesem Standpunkt, dessen Haltlosigkeit klar vor aller Augen liegt, nicht abgewichen werden soll. Eine Jugendbewegung, die sich das parteioffizielle Programm zu eigen machen würde, müsste aufhören, der organisatorische Apparat der sozialistischen Jugend zu sein. Denn die sozialistische Jugend kann nimmermehr darauf verzichten, politisch zu sein und ihren politischen Charakter auch offen zu bekunden. Eine Jugendbewegung, die nicht politisch sein soll, ist in der Tat nicht sozialdemokratisch, sondern sozialpatriotisch. So kann man die redaktionelle Äußerung der „Arbeiter-Jugend“ als ein offenes, wenn auch unfreiwilliges Bekenntnis begrüßen.

Wir wollen jetzt nicht die Gründe untersuchen, die die Sozialdemokratie zwingen, auf die Politisierung ihrer Jugendbewegung wenigstens nominell zu verzichten. Es muss das einer besonderen Untersuchung vorbehalten bleiben. Es mag die Feststellung genügen, dass durch die parteioffizielle politische Strangulierung der Jugendbewegung in Wirklichkeit die Macht des Bürgertums ganz eminent gestärkt wird. Nur durch die politische Erkenntnis – in Verbindung mit der politischen Betätigung – ist es möglich, die proletarische Jugend im Sinne des Klassenkampfes zu erziehen. Indem die offiziöse Partei auf die politische Betätigung der Jugendlichen verzichtet, raubt sie sich selbst die einzig fruchtbare Grundlage, auf der die Erziehung zum Klassenkampf und Sozialismus gedeihen kann. Will also die Partei wirklich ernst mit ihrer unpolitischen Jugendbewegung machen, so muss sie vor allem ihr Programm aufgeben, die Jugend im Sinne des Sozialismus und des Klassenkampfes erziehen zu wollen; dann muss sie auf alle Erziehung im Sinne der proletarischen Weltanschauung verzichten. In Wirklichkeit hat die offizielle Partei freilich längst auf diese Erziehung verzichtet, und jetzt, wo sie sich endgültig zum Sozialpatriotismus entwickelt hat, ist auch die letzte Spur sozialistischer Denkweise aus ihrem geistigen Fonds geschwunden. Jede Nummer der „Arbeiter-Jugend“ bietet auf jeder Seite eine Fülle von Belegen hierfür. Indem aber die offiziöse Sozialdemokratie immer noch auf dem Scheine besteht, als bezwecke sie die Erziehung der Arbeiterjugend im Sinne des Sozialismus und des Klassenkampfes, täuscht sie die Proletariatsmassen genauso, wie sie den Staat zu täuschen sucht, indem sie ein über das andere Mal erklärt, ihre Jugendbewegung sei unpolitisch. Täuschung nach rechts und Täuschung nach links! Das bedeutet nicht allein die moralische, sondern auch die politische Versumpfung. Der Staat wird nun von der Sozialdemokratie verlangen müssen: Wenn wir deiner Behauptung glauben sollen, dass deine Jugendbewegung unpolitisch sei, dann vernichte zunächst dein sozialistisches Erziehungsprogramm! Die Arbeiterschaft aber wird von ihr verlangen müssen: wenn wir dir glauben soffen, dass es dir ernst ist mit deiner Erziehung unserer Jugend zum Sozialismus und zum Klassenkampf, so entrolle zunächst offen die Fahne der Politik! Folgt der Sozialpatriotismus dem Gebote des Staates, dann ist es aus mit seiner Freundschaft bei den Arbeitern. Folgt er dem Verlangen der Arbeiter, dann ist es vorbei mit seiner Freundschaft beim Staate. Mit keinem von beiden möchte es der Sozialpatriotismus verderben, und darum hat er beide zum Feinde.

Nun haben sich auch Vertreter des *Parteizentrums* gelegentlich mit der Frage: Jugend und Politik befasst. Als fortschrittlich und oppositionell gesinnte Elemente können sie sich natürlich die sozialpatriotische Formel der unpolitischen Jugendbewegung nicht zu eigen machen. Sie würden sonst, wie der Sozialpatriotismus, allen Kredit bei den Massen einbüßen. Geschult an Marx und vertraut mit seiner Literatur, ist ihnen auch der Satz des Kommunistischen Manifestes geläufig, dass jeder Klassenkampf notwendig ein politischer Kampf sein muss, und daraus folgern sie mit unwiderleglicher Logik, dass dann auch die Jugendbewegung als Teil

des proletarischen Klassenkampfes politisch sein muss. Allein die Vertreter des Parteizentrums sind unbedingte Anhänger der Parteieinheit. Die Einsicht des Linksradikalismus, dass die Spaltung kommen muss, wird auch von der äußersten Linken des Parteizentrums bekämpft. Damit steht nun aber das Parteizentrum vor dem Problem: wie ist die Forderung der politischen Jugendbewegung mit der Parteieinheit zu verbinden? Es verrät eine sehr oberflächliche Kenntnis vom Wesen der jetzigen Arbeiterorganisationen, wenn man glaubt, dass eine politische Jugendbewegung mit der jetzigen Partei- und Gewerkschaftsorganisation vereinbar wäre. Und wenn die Ebert und Scheidemann und der ganze große Generalstab der Gewerkschaften diktieren: unsere Jugendbewegung sei unpolitisch!, so handeln sie nicht aus Laune, sondern in der völlig richtigen Erkenntnis, dass sowohl die jetzigen Jugendorganisationen, also auch die Parteiorganisationen, als auch die Gewerkschaftsorganisationen aufs Spiel gesetzt werden, wenn die Parole der Politik in der Jugendbewegung ausgegeben und ein sozialrevolutionäres Programm für sie veröffentlicht würde. Was will nun aber das Parteizentrum unternehmen, wenn die Partei ihrer Forderung der politischen Jugendbewegung nicht nachgeben wird, weil sie ihr nicht nachgeben kann? Will das Zentrum dann von seiner Forderung ablassen, um die Einheit der Partei nicht zu gefährden? Oder will es seine Auffassung von der Einheit der Partei revidieren und die Spaltung wollen, weil sie kommen muss? Indem das Parteizentrum sich jetzt um diese unzweideutige Stellungnahme drückt, gibt es dem Sozialpatriotismus Zeit, seine Macht zu stärken, da es die Aufklärung der Köpfe der Arbeiter verhindert. So kämpft das Partei-zentrum auch in dieser Frage gegen den Linksradikalismus, indem es sich schützend vor den Sozialpatriotismus stellt.

Der Linksradikalismus erkennt die Politisierung der Jugendbewegung als historische Notwendigkeit, und er opfert ihr alles, was ihrer Verwirklichung hindernd in den Weg tritt; und sei es auch die „Einheit“ der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen. Er steht aber auch in dieser Frage im Gegensatz zum Parteizentrum, in dem er ebenso wie im Sozialpatriotismus den Gegner einer neuen Taktik in der Arbeiterbewegung erblickt.

Aus unserm politischen Tagebuch.

12. Juni.

Generalstreik in Norwegen! An die 80 000 Arbeiter im Kampf! Im Kampfe für ihre Sache! Im Kampfe gegen das ausbeutende Kapital Norwegens. Obgleich Norwegen nur ein kleines Land ist, obgleich es nicht in der Reihe der modernen imperialistischen Großstaaten marschiert, zeigen sich in diesem Kampfe doch alle Symptome moderner Arbeiterkämpfe, die in den hochentwickelten Ländern noch weit mächtigere Formen annehmen müssen. Der Kampf beginnt um den Tarif, um wirtschaftliche Fragen. Er springt von einem Beruf auf den andern über; er umfasst schließlich das ganze norwegische Wirtschaftsleben und zum Teil das Verkehrsleben. Die Arbeiter ergreifen im Streik die Initiative; die Unternehmer antworten mit noch größeren Aussperrungen; weitere Streiks sind die Folge. So setzt sich die Kette fort. Aber zu eng ist selbst im kleinen Norwegen die Staatsgewalt mit dem Wirtschaftsleben verbunden. Sie greift ein, vermittelnd. Es gelingt ihr, die Arbeitervertreter zu gewinnen, natürlich! Die Arbeiter bleiben fest. Es geht jetzt auch um eine wichtige Gesetzesfrage. Der *politische* Streik ist da! Durch das Schiedsgerichtsgesetz will die Bourgeoisie jeden wirklichen Kampf der Arbeiter ersticken. Das Streikrecht ist in höchster Gefahr! Das Gesetz wird angenommen. Der Kampf der Arbeiter konnte es nicht hindern. Aber das Gesetz wird trotzdem die Arbeiterkämpfe nicht aus der Welt schaffen; es wird sie nur noch erbitterter machen. Das Wesen des Streiks besteht im zunehmenden Machtbewusstsein der norwegischen Arbeiter. Sie reißen selbst die Unorganisierten mit. Und auch das „ausländische“ Kapital zeigt sich mächtig interessiert. So treten in

diesem Kampfe alle Symptome deutlich hervor, die für moderne Arbeiterkämpfe kennzeichnend sind.

20. Juni

Es geht jetzt an die *Massenspeisung* in Deutschland. In vielen Städten wird die Frage bereits lebhaft erörtert, gewichtige bürgerliche Autoritäten treten für sie ein, in manchen Städten wurden auch schon die ersten Schritte getan und hier und dort ist sie bereits eingeführt. Man hat, so wird berichtet, mit dieser Einrichtung gute Erfahrungen gemacht. Das will besagen, dass die Bevölkerung, der der alte Zustand unerträglich geworden war, nunmehr wieder zufriedengestellt ist. Das ist in der Tat eine gute Erfahrung und ein guter Erfolg; denn das ist der Sinn der Massenspeisung. In einzelnen Städten wird die Zwangsmassenspeisung propagiert. Ob ihre eifrigen Verfechter wohl selbst an ihre Durchführung glauben? Das wäre eine böse Illusion. Glauben sie selbst nicht daran? Das wäre eine böse Demagogie; es sei denn, dass diese Forderung von ihren Vertretern im Sinne der internationalen Beschlüsse von Stuttgart und Basel ausgenützt werde. Doch davon war bislang selbst bei ihren beredtesten Vertretern nichts zu spüren.

22. Juni.

Die Entente fordert von *Griechenland* die allgemeine Demobilisierung der Armee, die Abdankung des Ministeriums Skuludis die Auflösung der Kammer und Neuwahlen, die Ersetzung der Polizeibeamten, die ihr Ohr zu sehr nach der Seite der Zentralmächte neigten. Das sind stramme Forderungen, aber sie sind nichts Ungewohntes. Neben manchen anderen Umwälzungen wird in diesem Kriege auch das Schicksal der kleinen Nationen besiegelt. Und die Sozialdemokratie muss sich beeilen, mit ihrer Forderung der staatlichen Autonomie der Völker ins Reine zu kommen.

26. Juni.

In der Generalversammlung des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins erklärte Ledebour: Im U-Bootskampfe haben selbst amerikanische Zeugen, die alles Interesse hatten, zugunsten Englands auszusagen, gegen die Engländer Zeugnis abgelegt. Die sozialdemokratischen Abgeordneten hatten die Verpflichtung, diese englischen Greul aufs energischste zu verurteilen. Wenn jemals, so hatte in diesem Punkte die deutsche Reichsregierung korrekt gehandelt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion musste infolgedessen für die deutsche Reichsregierung eintreten.

28. Juni.

WTB. Berlin, 28. Juni. Das Urteil im Prozess Liebknecht lautet auf 2 Jahre 6 Monate 3 Tage Zuchthaus und Entfernung aus dem Heere wegen versuchten Kriegsverrats, erschwerten Ungehorsams und Widerstands gegen die Staatsgewalt.

Dieses Urteil wurde mit Gründen nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit heute gegen 4 Uhr nachmittags verkündet. Bei der Strafzumessung war das Gericht von der Ansicht ausgegangen, dass Liebknecht nicht aus ehrloser Gesinnung gehandelt habe, sondern dass politischer Fanatismus die Triebfeder bei seinen Verfehlungen gewesen sei. Aus diesem Grunde hat es auf die mindest zulässige Strafe erkannt und auch von der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte abgesehen. Gegen dieses Urteil steht Liebknecht das Rechtsmittel der Berufung zu. Ohne Datum.

Ledebour - Liebknecht!
Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft - Linksradikalismus!

Feuilleton

Die Gretchentragödie

Lässt man die Gretchentragödie nicht nur poetisch als erschütterndes Weibesschicksal auf sich wirken, so ist man erstaunt über die Fülle sozialer Beziehungen und Probleme, die in diesem dichterisch feinsten Teil des Faustdramas zusammenfließen. Unwiderstehlich drängt sich dann als erste die Frage auf: Worin besteht die schwere Schuld, die Gretchen in Verzweiflung und geistige Umnachtung treibt? Es ist von vornherein klar, dass die Tat Gretchens, an sich betrachtet, nichts Verwerfliches ist. Der biologische Akt der Liebe unterliegt überhaupt nicht moralischer Wertung, er ist amoralisch, wie alles Geschehen in der Natur. Erst im Rahmen des gesellschaftlichen Lebens ist die Liebe den Begriffen der Moral unterworfen, und hier erst bietet sie die Fülle von Konfliktmöglichkeiten, die den Gegenstand poetischer Gestaltung gebildet haben, von den ersten dichterischen Urkunden des Menschengeschlechts bis in unsere Zeit. Aber auch ganz allgemein, vom Standpunkt der Erhaltung der Gesellschaft, hätte Gretchen noch nichts Verdammenswertes getan, indem sie sich dem Manne hingab. Im Gegenteil: sie hätte nur eine elementare Pflicht des Weibes gegenüber der Gesellschaft erfüllt. Und so wäre denn die Gretchentragödie unter anderen gesellschaftlichen Verhältnissen, wie sie heute noch unter primitiven Volksstämmen bestehen mögen, gar nicht denkbar gewesen. Es musste der für die Zeit Goethes typische Komplex sittlicher Anschauungen vorhanden sein, um dieses Drama zum Leben zu erwecken.

Betrachten wir die Sache vom Standpunkt Gretchens aus. Sie wirft sich nicht weg. Vielmehr sammelt sie erst alle ihre sittliche Kraft, all die Flut ihre Gefühle, um des einen seligen Augenblicks würdig zu sein. Ihr gesamtes sittliches Empfinden ist in vollem Einklang mit ihrem Tun. So ist von ihrem Standpunkt aus alles in bester Ordnung. Aber durch ihre Umgebung wird ihr Erlebnis zur Schuld. Und Goethe hat die sozialen Verhältnisse, die den Hintergrund der Gretchentragödie bilden, im ganzen ersten Teil seines Faustdramas mit äußerster Sorgfalt, Strich um Strich gezeichnet.

Lange bevor das Gretchendrama einsetzt, spüren wir die muffige Atmosphäre, in die Goethe seine feinste Mädchengestalt gestellt hat. Die engherzigen Begriffe des Famulus Wagner von Wissenschaft und Philosophie, die Borniertheit in der Auffassung von den großen Fragen der Welt kennzeichnen ihn als den typischen Spießler im Reiche des Geistes. Was hier begonnen, wird im Osterspaziergang in ergötzlichen Szenen fortgesetzt: die Darstellung beschränktesten Philistertums, verlottertesten geistigen Lebens. Und dann das Konterfei des Famulus im Schüler, der von Mephisto genasführt wird; ein vollendeter geistiger Trottel. Trotzdem sind Famulus und Schüler noch Blüten ihres Faches. Der Sumpf tut sich erst auf in Auerbachs Keller. Es ist jener schlimme Zustand geistigen Lebens, wie er uns in grausamer Realistik in den Lebensaufzeichnungen des Magisters Laukhardt als unvergängliches Zeitdokument hinterlassen worden ist, wie er einem Lessing und einem Bürger im Kampfe um die Zukunft der bürgerlichen Klasse in Deutschland klaffende Wunden schlug. In dieser Welt, die ganz im Banne finsterster Anschauungen lag, mussten Engherzigkeit und Klatschsucht, wild emporschießen. Und wiederum zeichnet Goethe mit äußerster Sorgfalt: die Engherzigkeit der Mutter, die Klatsch- und Schmähsucht Lieschens in der prächtigen Szene am Brunnen, die völlige Fassungslosigkeit des Soldaten Valentin. Was bringt den Bruder so ganz außer Fassung? Sieht er in der Tat Gretchens an sich die große verdammenswerte Sünde? Schwerlich! Derartige Dinge sind ihm aus seinem Landsknechtleben sicher nicht unbekannt geblieben. Aber dass er sich nun nicht mehr mit der Sittenreinheit der Schwester brüsten kann, dass sie nun nicht mehr „die Zierde vom ganzen Geschlecht“ ist, dass nun das Gespött der Kameraden umso größer sein wird, je größer vordem seine Prahlerei mit Gretchens Tugend war, das erstickt plötzlich

alle Geschwisterliebe in ihm und lässt ihn in die wütesten Schmähungen gegen die Schwester ausbrechen. Sein Ansehen als Soldat, das er zu einem guten Teil auf dem Ansehen der Schwester aufbaute, bricht mit Gretchens „Fall“ zusammen. Deshalb kommt er nicht über ihre Schande hinweg. Der kleinlichste Egoismus ist die Triebkraft seines Denkens und Handels. Schwerer noch aber lastet auf Gretchens Tat die Auffassung der Kirche, die sie mit ihrem Fluch belegt, weil der Liebesakt ohne ihre vorherige ausdrückliche Genehmigung vollzogen war.

Aber auch Gretchen selbst ragt über ihre Zeit nicht im mindestens hinaus. Der erste Eindruck, den sie auf Faust macht, und der für Faust ebenso charakteristisch ist wie für sie selbst, zeigt bereits ihres Wesens Wesen:

Beim Himmel, dieses Kind ist schön!
So etwas hab' ich nie gesehn.
Sie ist so sitt- und tugendreich,
Und etwas schnippisch doch zugleich.
Der Lippe Rot, der Wange Licht,
Die Tage der Welt vergess ichs nicht!
Wie sie die Augen niederschlägt,
Hat tief sich in mein Herz geprägt;
Wie sie kurz angebunden war,
Das ist nun zum Entzücken gar.

Damit ist Gretchen als die tugendsame Bürgerstochter gezeichnet, und Goethe fügt nun Zug um Zug hinzu, das Bild, das er hier skizzenhaft entworfen, bis in alle Einzelheiten auszumalen. Er lässt Gretchen bei ihrer ersten Begegnung mit Faust „von ihrem Pfaffen“ kommen. Allein der Kirchgang ist ihr schwerlich tieferes Bedürfnis. Mephisto sagt:

Es ist ein gar unschuldig Ding,
Das eben für nichts zur Beichte ging.

Es ist also gewiss mehr die Macht der Tradition, als der innere Drang eines seiner Sünden bewussten Herzens, was sie in die Kirche treibt. Und darum konnte sie Faust auch die Antwort geben, die ihn so sehr entzückte: es war die Antwort eines unschuldigen, naiven Wesens, das den neuen Eindruck mit frischer Empfänglichkeit aufnimmt und der bewirkt, dass sie beim Betreten des Hauses mit keiner Silbe mehr der Andacht gedenkt, sondern noch ganz unter dem Eindruck der Begegnung mit Faust steht:

Ich gäb was drum, wenn ich nur wüsst',
Wer heut der Herr gewesen ist!

Und statt einer kirchlichen Litanei singt sie die Ballade vom König in Thule. Es ist sicher: die Religion hat keine entscheidende Gewalt über sie. Ihre Seele geht ganz auf in der Liebe. Die Frage nach Faustens Religion kommt ihr erst ganz zuletzt über die Lippen, da sie unmittelbar vor der Erfüllung ihrer Sehnsucht steht. Und als Faust ihr seinen Pantheismus vorgetragen hat, gibt sie sich mit den Worten zufrieden:

Das ist alles recht schön und gut,
Ungefähr sagt das der Pfarrer auch,
Nur mit ein bisschen anderen Worten.

Ist so Gretchen in den Fragen der Religion ein „arm, unwissend Ding“, so nicht minder allen andern großen Fragen des gesellschaftlichen Lebens gegenüber. Ihr Lebenszweck erschöpft sich in den allerengsten Beschäftigungen, die die häuslichen Bedürfnisse erfordern:

Ja, unsre Mitschaft ist nur klein,
Und doch will sie versehen sein.
Wir haben keine Magd, muss kochen
Und näh'n und laufen früh und spät;
Und meine Mutter ist in allen Stücken
So akkurat.

Und das übrige Interesse konzentrierte sich auf die Erziehung des Schwesterchens, das aber trotz aller Pflege starb.

So kann man Gretchens Psyche analysieren, Zug um Zug: immer zeigt sich dieselbe Enge der Welt, die sie umgibt und deren Teil sie ist. So hatte sie vor ihrem „Fall“ auch dieselben beschränkten Anschauungen über das Illegale der Liebe, wie ihre Umgebung:

Wie konnt ich sonst so tapfer schmälern,
Wenn tät ein armes Mädchen fehlen!
Wie konnt ich über andrer Sünden,
Nicht Worte genug der Zunge finden!
Wie schien mir's schwarz und schwärzt's
Und segnet mich und tat so groß,
Und bin nun selbst der Sünde bloß!

Und ihr schmerzdurchwühltes Gebet an die Mutter Gottes klingt in die verzweifelten Worte aus:

Hilf! rette mich von Schmach und Tod!

Die Angst vor der Schande raubt ihr das Gleichgewicht der Seele, löst ihr Seelenleben bis zur Vernichtung auf. In keinem Punkte überragt Gretchen ihre Mitwelt; sie hat dieselben beschränkten Anschauungen wie ihre Umgebung. Es ist das ewigalte Gegenspiel der natürlichen und gesellschaftlichen Mächte im Menschen, das sich in der Gretchentragödie an einem erschütternden Beispiel wiederholt, und es hilft Gretchen nichts, dass sie diesen vernichtenden Gegensatz ahnt:

Doch - alles, was mich dazu trieb,
Gott, war so gut! ach, war so lieb!

Sie vermag sich nicht über die engen Schranken ihrer Zeit hinwegzusetzen, da sie selbst in den Vorurteilen ihrer Zeit befangen ist. Ihr fehlt jede Spur eigener Entschlussfähigkeit, wie ihr jede Spur eigenen Denkens fehlt. Eine übergroße Bewunderung trennt sie von der Welt des Mannes:

Du lieber Gott! was so ein Mann
Nicht alles, alles denken kann!
Beschämt nur steh ich vor ihm da,
Und sag zu allen Sachen ja.

Das ist die Gretchentragödie! Es ist die Tragödie des Weibes in einer Zeit, da die sozialen Verhältnisse die unüberbrückbare Kluft errichteten zwischen der sozialen Funktion des Mannes und der sozialen Funktion des Weibes:

Der Mann muss hinaus ins feindliche Leben
Und drinnen waltet die züchtige Hausfrau.

Darum konnte das Gretchenerlebnis nur Episode in der Entwicklungsbahn Faustens sein, wie das Erlebnis der Pfarrerstochter zu Sesenheim nur Episode im Entwicklungsgange Goethes sein konnte. Die Tragödie Gretchens hätte erst ihren Anfang genommen, wenn sich ihr Erlebnis in das Wohlgefallen der bürgerlichen Ehe aufgelöst hätte. Goethe sah das rechtzeitig und breitete deshalb armherzig über Gretchens Geist den Schleier der Umnachtung.

Wir stehen vor den tiefsten Problemen der Liebe und Ehe, die freilich nicht zu lösen sind nach den Gesetzen des Individualismus Ellen Keyscher Richtung. Eine Gretchentragödie ist heute nur noch in gesellschaftlich rückständigen Verhältnissen möglich, und Wedekind musste schon in die Anomalien der Pubertät flüchten, um einen verwandten Konfliktstoff aufzustöbern. Nicht mehr Gretchen ist typisch für den Inhalt der modernen Liebe, sondern Lulu, der Weibsteufel und die Weiber Strindbergs.

Aber gleichviel: ob Gretchen, Lulu oder Fräulein Julie, es ist in jedem Falle die Tragödie der bürgerlichen Gesellschaft. Und nur von diesem Boden aus sind die Probleme, die alle diese Tragödien aufwerfen, zu erfassen: als Bestandteile des sozialen Lebens.

Geh deine Bahn

Geh deine Bahn und lass die Leute schwätzen,
die Bahn ist lang die Leute schwätzen viel
Mag Unverstand von Ort zu Ort dich hetzen
Geh deine Bahn! Denk an dein hohes Ziel!
Mag mancher Hieb dich hart und schwer verletzen,
der schonungslos in deine Seele fiel,
Wirf ab von dir, was deine Seel umwittert!
Geh deine Bahn, aufrecht und unerschüttert!

Geh deine Bahn, ob sich mit tausend Krallen
der blinde Hass an deine Ferse hängt,
ob die Verleumdung dich, geflohn von allen,
bis an den Rand des tiefsten Abgrunds drängt.
Geh deine Bahn! Du kannst, du darfst nicht fallen,
obs deine Seele auch zusammenzwängt.
Kopf in die Höh! Mit keinem Glied gezittert!
Geh deine Bahn, aufrecht und unerschüttert!

Geh deine Bahn! Lass die Philister schwätzen,
dass dies nicht möglich, das nicht tunlich sei,
lass sie getrost sich hintern Ofen setzen
mit ihrer blöden Kannegießerei.
Geh deine Bahn und folge den Gesetzen,
in deren Sieg die Welt wird schön und frei,
vor deren Macht das Sklavenjoch zersplittert
Geh deine Bahn, aufrecht und unerschüttert.

Hermann Greulich.

Zeugen und Rufer.

Das parlamentarische Regime lebt von der Diskussion, wie soll es die Diskussion verbieten! Jedes Interesse, jede gesellschaftliche Einrichtung wird hier in allgemeine Gedanken verwandelt, als Gedanken verhandelt, wie soll irgendein Interesse, eine Einrichtung sich über

dem Denken behaupten und als Glaubensartikel imponieren? Der Rednerkampf auf der Tribüne ruft den Kampf der Pressbengel hervor, der debattierende Klub im Parlament ergänzt sich notwendig durch debattierende Klubs in den Salons und in den Kneipen, die Repräsentanten, die beständig an die Volksmeinung appellieren, berechtigen die Volksmeinung, in Petitionen ihre wirkliche Meinung zu sagen. Das parlamentarische Regime überlässt alles der Entscheidung der Majoritäten, wie sollen die großen Majoritäten jenseits des Parlaments nicht entscheiden wollen? Wenn ihr auf dem Gipfel des Staates die Geige streicht, was anders erwarten, als dass die drunten tanzen?

Karl Marx: „Die Achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“.

Der Dienst der Freiheit ist ein strenger Dienst,
er trägt nicht Gold, er trägt nicht Fürstengunst,
er bringt Verbannung, Hunger, Schmach und Tod,
und doch ist dieser Dienst der höchste Dienst.

Uhland.

Verantwortlich: A. Dannat; Verleger: Karl Lüth; Druck: Herm. Sturm; sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 3/1916

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

1. Jahrg.

Bremen, den 8. Juli 1916.

Nr. 3

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23

Erscheint wöchentlich einmal.

Preis pro Nummer 15 Pfg.

Die Macht des Kapitals.

Die Arbeiterklasse steht in den Anfängen ihres neuen Aufstieges. Was man früher glaubte, an Macht gewonnen zu haben, stürzte beim Kriegsausbruch jäh zusammen, und der internationale Sozialismus erlebte einen Tiefstand der Machtlosigkeit, über den die Redensarten der Führer nicht hinwegtäuschen konnten. Auf's Neue muss der Weg von unten auf beschritten, mühsam muss alles neu aufgebaut werden. Aber ist es da zweckmäßig, in erster Linie auf die gewaltige Macht des Gegners hinzuweisen? Braucht das Proletariat nicht vielmehr Ermutigung, damit es sich zum Betreten seines neuen Weges entschließt?

Selbstbetrug stärkt den Kämpfer nicht. Wahrheit braucht das Proletariat, vor allem Wahrheit über sich selbst. Der von den überlieferten Größen früherer Zeit sorgsam genährte *Wahn der Macht* ist das schlimmste Hemmnis für die Erringung *wirklicher Macht*. Dieser Wahn muss zerstört werden, schonungslos. Man muss der Arbeiterklasse sagen: und wenn du auch Alles sein könntest, jetzt bist du Nichts. Und nur dadurch, dass du erkennst, nichts zu sein, kannst du Etwas, kannst du Alles werden!

Selbsterkenntnis, Aufhebung des Wahns und des Selbstbetrugs ist immer Fortschritt der Erkenntnis. Die Einsicht, dass jetzt das Proletariat ohnmächtig, das Kapital allmächtig ist, ist nur ein erster Schritt, die Abstreifung törichter Illusionen. Sozialistische Einsicht beschränkt sich nicht auf die Feststellung dieser harten Tatsache: sie will die Ursachen erkennen. Wenn wir wissen, weshalb die Macht des Kapitals so riesenhaft wuchs, und woher es kam, dass die Macht des Proletariats, statt mitzuwachsen, so jämmerlich zusammenbrach, nur dann werden wir imstande sein, neu und besser aufzubauen.

Daher ist es zuallererst nötig, den Blick auf den Gegner zu richten und die Quellen seiner Macht zu erkennen.

Vor einem Vierteljahrhundert schien es anders. Damals schien die Sozialdemokratie auf einem rüstigen Vormarsch zur Herrschaft, und der Kapitalismus hatte ihr nichts gegenüberzustellen, weder geistige Argumente noch dauerhafte materielle Macht. Das Selbstvertrauen der bürgerlichen Welt war erschüttert durch die wirtschaftliche Depression und des Fehlschlagens aller Versuche, den Sozialismus zu vernichten; stolz und zukunftsicher eroberte die

Sozialdemokratie eine Million nach der anderen, und sogar weite Kreise der Intelligenz, die im Kapitalismus keine Ideale mehr fanden, schlugen sich, wenn auch im Stillen, auf unsere Seite.

Wie hat sich das alles so gewandelt? Erstens durch die *Prosperität*, die vor 20 Jahren einsetzte und eine Grundstimmung der Zufriedenheit in die Massen brachte, während der Bourgeoisie ein endloser Goldstrom zufluss. Und dann durch den *Imperialismus*, der stets mehr die ganze Politik und den Geist der Klassen umschuf. Die Wirkungen des Imperialismus auf die Politik sind oft genug dargestellt worden: die Rüstungen, das Aufhören der Sozialreform, der Verfall des Parlamentarismus, das Aufhören aller bürgerlichen Opposition. Aber zu diesen Wirkungen gehört zugleich eine Konzentration und Vergrößerung der Macht des Kapitals, eine Zusammenfassung aller bürgerlichen Parteien für die nationale Sache (den Kampf um Weltmacht gegen andere Mächte), eine tiefere Einheit von Bourgeoisie und Militärstaat. Hand in Hand damit ging ein ungeahntes Wachstum an Selbstvertrauen in der bürgerlichen Klasse; die ganze Intelligenz begeisterte sich für die neuen Weltmachtideale, die neuen großen Ziele der Kapitalexpansion über die Welt, ideologisch verklärt als das Streben nach nationaler Größe, nach Geltend machen des Deutschtums in der Welt, wecken mächtige Energien in der bürgerlichen Klasse. Und wenn dann in dieser stürmisch und energisch emporstrebenden Welt die sozialdemokratischen Wortführer über die Altersschwäche und Unfähigkeit des Kapitalismus schwadronierten, zeigten sie damit bloß, wie sehr diese Bezeichnungen auf sie selbst zutrafen; die bürgerliche Welt konnte diesen Redensarten nur entnehmen, wie völlig rückständig und ungefährlich eine solche Opposition war. Sah man in der Sozialdemokratie gar nicht, wie gewaltig die Bourgeoisie an Macht gewachsen war? Gewiss, man kann sagen, dass eigentlich alle das, wenn nicht klar erkannten, so doch instinktiv fühlten. Aber sie zogen verschiedene Konsequenzen aus diesen Tatsachen. Einige sagten: gegen diese neue Macht muss das Proletariat neue Machtmittel, neue Kampfmethoden setzen, um alte Rechte zu verteidigen und neue zu erobern. Das war freilich nur eine Minderheit von Linksradi kalen. Andere (zumeist die Gewerkschaftsbeamten und die hinter ihnen stehenden Arbeitermassen) nahmen die Tatsache der gewaltig überlegenen Macht des Kapitals als ein vorläufig unabänderliches Verhältnis an und gaben die Losung aus: auf diesem gegebenen Boden möglichst viel direkte Vorteile, Reformen, Arbeitsverbesserungen erhandeln – sie vergaßen, dass Verbesserungen nicht erhandelt werden können, und dass die Zahlstärke der Verbände noch nicht dasselbe ist wie Macht. Revisionisten und Linksradi kalen standen einander am schärfsten gegenüber, indem sie beide von derselben Tatsache ausgingen, von der Riesenmacht des Kapitals – die einen um zum neuen Kampf, die anderen um zum Nichtkämpfen zu raten.

Und die dritte Gruppe, die „richtige Mitte“, die nach Kautsky die marxistische Wahrheit bewahrt? Sie sah nichts und erkannte nichts, sie wiederholte immer nur die alten Losungen, schwörte auf die „alte bewährte Taktik“, beschwörte die Arbeiter, nur ja keine Massenaktionen zu probieren, weil sie zu „schwach“ seien; wollte nur abwarten, bis durch das Wachstum der Organisation von selbst die Welt für den Sozialismus reif werden sollte, und arbeitete so praktisch für dieselbe Taktik, die der Revisionismus offen predigte. Und als dann der Tag der Probe kam, waren die Massen der Arbeiter gar nicht auf irgendwelche Selbständigkeit vorbereitet, schlug die Rechte sich offen auf die Seite des Imperialismus, wollte das Parteizentrum von keinem bestimmten Auftreten wissen und wurden sogar viele, die zum Linksradi kalismus hielten, übertölpelt und, zu schwach zu irgendeiner Tat, mit in den Strudel hineingerissen. Und damit wuchs die Macht des Kapitals auf einmal riesengroß empor. Der einzige Feind, mit dem der Imperialismus zuvor noch glauben zu müssen, war zusammengeklappt; das Proletariat war widerstandslos, teilweise sogar begeistert mitgegangen und sog mit vollen Zügen die imperialistische Ideologie ein. Der Imperialismus war allmächtig; er war

unumschränkter König, *weil* die anderen sich als seine machtlosen Untertanen bekannt hatten. Denn das Machtgefühl, das Selbstvertrauen ist ein wesentliches Element in der Macht einer Klasse.

Aber damit ist auch gesagt, dass dieses Verhältnis der Kapitalmacht zur Arbeitermacht nicht bleiben wird. Zuerst hat die Arbeiterklasse die Ursache ihres Sturzes zu erkennen: das Festklammern an alte Losungen und Traditionen, während die Welt des Kapitals zu neuer Macht emporwuchs. Aber daraus ergibt sich nun der Weg zum neuen Aufstieg: Der Sozialismus muss sich erneuern, seine Losungen, seine Grundanschauungen, seine Ziele, seine Kampfmethoden der neuen Welt anpassen. Fort mit allem „Altbewährten“! Öffnet die Augen, die Gehirne! Der Kapitalismus geht daran, in gewaltigen Zuckungen und Kämpfen die Erde zu erobern und umzuwälzen, er reckt sich riesenhaft in die Höhe, steigert all seine Kraft und alle seine Scheußlichkeiten zu gigantischer Größe, um dann einer anderen Gesellschaftsordnung Platz zu machen. In diesem Prozess wird dem Proletariat die wichtigste und größte Aufgabe zufallen. Aber es kann sie nur erfüllen, wenn es sich selbst zu der Höhe dieser Aufgabe erhebt.

Klein, nichtig ist jetzt der Sozialismus neben der Allgewalt des Imperialismus. Aber aus der tiefen Einsicht in diese Allgewalt wird dem Proletariat neue Kraft zufließen. Dann wird es sich aller der alten Schlagworte erinnern, die aber nun einen ganz neuen Inhalt bekommen müssen, weil sie im Einklang mit der Praxisbewegung stehen werden.

Die sozialistischen Parteien Englands im Kriege.

Die Kongresse der Britischen *Sozialistischen Partei* (B. S. P.) und der *Unabhängigen Arbeiterpartei* (I. L. P.), über die seit einiger Zeit ausführlichere Berichte vorliegen, gewähren manche Einblicke in die Gärung, in der sich die beiden sozialistischen Organisationen des englischen Proletariats befinden.

In beiden besitzen von Anfang an die internationalistischen Elemente die Mehrheit. Man braucht das nicht durch die höhere sozialistische Einsicht der englischen Genossen zu erklären, sondern man muss die Insellage Englands berücksichtigen, die eine ernste Sorge vor der fremden Invasion in den Volksmassen nicht aufkommen ließ und so den Druck der Umgebung auf die sozialistischen Elemente minderte. Wenn es trotz der Tatsache, dass in beiden Parteien die Mehrheit der organisierten Genossen gegen den Krieg war, nach außen hin lange so aussah, als ob die alte sozialdemokratische Partei (jetzt B. S. P.) nationalistisch geworden wäre, so lag das daran, dass die Führung dieser Partei sich in den Händen Hyndmans und seiner Clique befand, die bekanntlich schon vor dem Kriege nationalistisch waren. Die intellektuellen Führer der Unabhängigen Arbeiterpartei rekrutierten sich aus dem radikalen, pazifistischen Flügel des Liberalismus und waren deswegen einerseits für die opportunistische Politik des Zusammengehens mit den Liberalen, den gefährlichsten Feinden der selbständigen Klassenaktion des Proletariats in England, aber auf der anderen Seite waren die Gegner des Krieges nicht mehr, aber auch nicht minder als ein bürgerlicher Pazifist wie Angel Norman, ihr jetziger Kampfgenosse.

Hyndman, der Gründer der Sozialdemokratie, stammt aus konservativen Kreisen. Das erlaubte ihm, die Tücken des Liberalismus besser zu durchschauen, aber gleichzeitig blieb in ihm ein Rest des stock-englischen nationalen Dünkels übrig, der den alten Ankläger des englischen Imperialismus jetzt zu seinem Helfershelfer macht. Bei dem geringen Umfang der englischen sozialistischen Parteien hatte die Haltung der Führer eine große Bedeutung. Die I. L. P. richtete von Anfang an ihre Front gegen den Krieg, in der B.S. P. musste sich die internationalistische Mehrheit erst gegen die Hyndman-Clique durchringen.

Ebenso wie im Kampfe der I. L. P. gegen den Krieg, wie in den Kämpfen der Internationalisten gegen die B. S. P., gegen die Hyndmanclique, zeigte es sich, dass die Masse der Genossen radikaler ist als selbst ihre internationalistischen Führer. Zweiundzwanzig Monate lang erlaubten die internationalistischen Führer der B. S. P., obwohl sie die Mehrheit in den Parteinstitutionen hatten, der Hyndmanclique, die englische Sozialdemokratie zu kompromittieren. Sie ließen von Zeit zu Zeit Verwahrungen los, in denen sie die Verantwortung für das Treiben der Chauvinisten ablehnten, aber sie stellten sie nicht außerhalb der Partei, erklärten die Justice nicht für ein gegen die Partei gerichtetes Organ. Obwohl die Organisation der B. S. P. klein, ihre materiellen Errungenschaften gering sind, hielt sie – zusammen mit der Rücksicht auf die Autorität Hyndmans, des Gründers der Partei – die internationalistischen Führer vor jedem energischen Schritt zurück. Erst die Konferenz der Partei macht Schluss mit dieser Kompromisstaktik, und als das geschah, was die internationalistischen Führer, die Fairchild et. Co. mit Angst kommen sahen, als Hyndmann mit seinem Trupp die Konferenz verließ, da kam es – wie der „Call“ vom 9. Mai berichtete – zu einer spontanen Demonstration der Mehrheit der Delegierten, die den Bruch mit den Sozialpatrioten durch Hochs und das Absingen der roten Jahne feierten.

Und wie steht es in der I. L. P.? Ihre Führer, Ramsay Macdonald, Bruce Glasier, Filip Snowden sind ausgesprochene Opportunisten. Aus pazifistischen, humanitären, religiösen Gründen, als „little Engländer“ (Gegner des Imperialismus) sind sie gegen den Krieg. Aber der Krieg selbst ist für sie nur eine Episode, nach der man weiter opportunistische Politik treiben wird. Nun, die Arbeiterpartei (Labour Party, Vertretung der Gewerkschaften, Genossenschaften, der auch die I. L. P. angeschlossen ist) ist Regierungspartei. Ihr Vorsitzender Henderson ist Minister und hilft Lloyd George, die Munitionsstreiks zu bekämpfen, alle ihre Führer sind Werbeagenten für das englische Heer. Aber trotzdem wehren sich die Führer der I. L. P. dagegen, dass man dieser Organisation des Verrats der Arbeiterinteressen den Rücken kehrt, ja dass man sie rücksichtslos bekämpft. Nach dem Krieg will man nicht nur mit dieser Organisation der Arbeiteraristokratie zusammengehen, sondern man wird es auch mit Lloyd George versuchen, den man auch bisher unterschätzte und der auch jetzt öffentlich Ramsay Macdonald seinen Freund nennt. Natürlich muss dieser Wille zur Weiterführung der opportunistischen Politik den Kampf der Führer der I. L. P. gegen den Krieg beeinflussen. Sie dürfen keine Kluft zwischen sich und den zukünftigen Bundesgenossen aufkommen lassen. Deswegen machen sie die Intensität ihrer Angriffe gegen die Regierung, ihres Kampfes gegen den Krieg abhängig von der militärischen Lage, wie es ihnen Clifford Allen auf dem Osterparteitag vorwarf. Ramsay Macdonald bekennt sich in seinem jüngsten offenen Schreiben an die französischen Sozialisten grundsätzlich zur Landesverteidigung in „überfallenen“ Ländern, nur möchte er, dass sie als Not, nicht als Freude empfunden würde. Anders die große Mehrheit der I. L. P. Mag sie theoretisch noch so unklar sein, was den opportunistischen Führern zugutekommt, sie ist nicht nur für rücksichtslosen, scharfen Kampf – die Führer sind für Legalität um jeden Preis –, sondern sie beginnt über die Frage: Was weiter? nachzudenken. Das trat auf der Osterkonferenz sehr klar zutage, als der Tolstoianer Dr. Sattler den Antrag stellte, die Konferenz möge beschließen, dass die Parteien der Internationale in der Zukunft „allen Kriegen, in die ihre Regierungen eintreten, die Unterstützung zu versagen haben, ohne Rücksicht auf die angeblichen Ziele und auf den angeblichen Abwehrcharakter solcher Kriege“. Trotz des Einsprechens einiger Führer nahm die Konferenz den Antrag mit über 200 gegen 3 Stimmen an. Das bedeutet eine Lossagung von der Ideologie der Landesverteidigung. Natürlich soll man diesen Beschluss nicht überschätzen und ihn vor allem nicht als Produkt einer Klarheit über die Fragen des Imperialismus halten, noch annehmen, dass die Teilnehmer der Konferenz sich über seine taktische Tragweite Rechenschaft gaben. Sie müssten sonst auch mit der pazifistischen Ideologie brechen, von der die I. L. P. durchdrungen ist. Aber was man ohne alle Überschätzung von diesem Beschluss sagen kann, ist, dass er einer geistigen Gärung in

den Vorderreihen der Arbeiterschaft Ausdruck verleiht, dass er ein Anzeichen ihres Dranges nach links ist.

Die Bedeutung all dieser Erscheinungen im englischen Sozialismus suchten die deutschen Sozialpatrioten herabzumindern durch den Hinweis auf die geringen Massen, die hinter den englischen sozialistischen Parteien stehen. Allein die Ereignisse im Clydebezirk, dem Hauptmunitionsbezirk Englands, zeigen, dass auch in dieser Hinsicht sich schon jetzt, mitten im Kriege, eine Wandlung vorbereitet.

Alldeutschland bot sein Jungvolk auf.

Eine gewaltige Bewegung ging im Sommer 1914 durch die bürgerliche Jugend aller in den Krieg verwickelten Staaten. Die echt bürgerliche Idee der nationalen Landesverteidigung fand ihren stärksten Widerhall in den Herzen der leicht entzündbaren Jugend. Schon vor Kriegsausbruch, als sich die Temperatur der imperialistischen Begeisterung allmählich dem Siedepunkte näherte, wurde die deutsche Bourgeoisjugend vom nationalen Taumel ergriffen. Der Nationalismus endete vielfach im extremsten Chauvinismus. Aber sei's drum! Die Jugend liebt das Extreme. Wer wollte ihr das zum Vorwurf machen? Und schließlich: was hat die bürgerliche Jugend bei Kriegsausbruch getan? Nichts, als die ureigensten Interessen derjenigen Klasse wahrgenommen, der sie angehört. Diese Jugend machte ihren Empfindungen in lauten Demonstrationen in den Straßen der Großstädte Luft. Diese Jugend war zur Tat bereit, als es galt, das Leben für die deutsche Weltmachtstellung zu opfern. Im Nu füllten sich die Freiwilligenkompagnien. Und dann – im Herbst des ersten Kriegsjahres – konnte der deutsche Heeresbericht triumphierend die Nachricht in die Welt senden: „Westlich Langemarck brachen junge Regimenter unter dem Gesange ‚Deutschland, Deutschland über alles‘ gegen die erste Linie der feindlichen Stellungen vor und nahmen sie“.

Die bürgerliche Jugend hat unendlich viel zur Popularität dieses Krieges beigetragen. Sie hat politische Taten von weittragendster Bedeutung verrichtet, innerpolitische wie weltpolitische, aber stets im Sinne des modernen Imperialismus. So himmelhoch flammte das nationale Feuer der bürgerlichen Jugend auf, dass selbst ein Teil der proletarischen Jugend davon verzehrt wurde. Mochten für letztere auch noch andere Momente hinzukommen – wirtschaftliche Notlage, Arbeitslosigkeit – zum guten Teil war es auch bei der Arbeiterjugend aufgespeicherte Kampflust, angesammelter Tatendrang, was sich irgendwie äußern wollte und so für die Kriegszwecke nützlich wurde.

Diese Tatsachen zwingen zum Nachdenken, zum Vergleich der bürgerlichen und proletarischen Jugendbewegung. Denn daran ist kein Zweifel, dass die Haltung der Jugend in diesem Kriege ein eminenter Erfolg der planmäßigen Erziehungsarbeit des Bürgertums ist. Schimmert nicht durch alle Arbeit, die irgendwo und irgendwie von Bürgerlichen an der Jugend geleistet wird, die Vaterlandsidee hindurch? Werden nicht alle bürgerlichen Erziehungsinstitutionen, Kleinkinderschulen, Volksschulen, Fortbildungsschulen, alle Jugendvereine, konfessionelle wie interkonfessionelle, Jünglingsvereine wie Pfadfinderbünde, im nationalen Sinne geleitet? Krönt dieses patriotische Erziehungswerk nicht der Jungdeutschlandbund, der zu dem ausgesprochenen Zweck, die Jugend für den kommenden Krieg körperlich und geistig vorzubereiten, gegründet wurde? Wahrlich, das Bürgertum ist großzügig in der Erziehung seines Nachwuchses gewesen, und der Erfolg ist nicht ausgeblieben.

Wo bleibt demgegenüber die Arbeiterjugend? Denkt einmal über die Ursachen des teilweisen kolossalen Rückgangs der proletarischen Jugendorganisationen nach! Die „Zentralstelle“ in Berlin macht sich die Sache äußerst bequem. Um den Rückgang ihrer eigenen Bewegung zu entschuldigen, erklärt sie: „Die bürgerliche Jugendbewegung ist nach denselben beiden

Richtungen, in ihrem Umfange wie in ihrer Tätigkeit, mindestens ebenso schlimm betroffen wie wir“. O sancta simplicitas! Den Stand einer Bewegung an den dürren Mitgliederzahlen einer Organisation abschätzen, das kann nur dem St. Bürokratius einfallen. Ach nein, liebe „Arbeiter-Jugend“, die *bürgerliche Jugendbewegung feiert zurzeit ihre größten Triumphe auf dem Felde der Tat. Der Geist der bürgerlichen Jugendbewegung hat in diesem Kriege gesiegt!* Demgegenüber ist der Rückgang der bürgerlichen Vereine von ganz nebensächlicher Bedeutung. Diese Organisationen haben einfach ihre Schuldigkeit getan und sind im Augenblick nahezu überflüssig. Anders auf der Gegenseite. Die proletarischen Jugendorganisationen haben sich gerade an dem Punkte schwach gezeigt, worauf es ankommt, wo die bürgerlichen so stark sind. Denkt einmal über die Ursachen nach! Sie führen in die tiefsten Fragen der Jugendbewegung überhaupt⁵, und nichts ist für die arbeitende Jugend heute von so großer Bedeutung, wie die klarste Orientierung über Wesen, Aufgaben und Ziele der sozialistischen Jugendbewegung. Fr. W.

Pessimismus oder Optimismus?

Das Proletariat ist die Klasse der Zukunft. In der Gegenwart ist es nichts, in der Zukunft alles. Sein Blick ist unablässig nach vorn gerichtet. Mögen im wilden Urwald des sozialen Kampfes Schlinggewächse seinen Fuß hemmen, gestürzte Baumriesen seinen Weg versperren, Sumpflöcher seinen beschwerlichen Pfad noch unwegsamer machen – das Proletariat wird die sonnige Lichtung des Sozialismus trotz allem erreichen. Mögen unter den gewaltigen Schlägen der Zeit Organisationsformen in Trümmer gehen, überwundene Theorien zum alten Plunder geworfen werden – über allem Wirrwarr, allen Leiden und ärgerlichen Zwischenfällen steht leuchtend – das Ziel.

Ein sieghafter Optimismus liegt in der sozialistischen Weltanschauung. Mag der Kampf innerhalb der Arbeiterbewegung zeitweilig notwendiger als alles andere erscheinen, mögen hartnäckige Verräter am Sozialismus an die Wand gedrückt werden – das bedeutet die Häutung des Körpers der Arbeiterbewegung, seine Reinigung. Mag kommen, was da kommen will, unsern Glauben an die Zukunft lassen wir uns niemals rauben.

Das Proletariat hat ein Recht auf Optimismus. Weil es die Klasse der Zukunft ist. Die herrschenden Klassen hängen mit allen Fasern an der Gegenwart. Der Erhaltung der bestehenden Zustände gelten alle ihre Bemühungen. Was sie bekämpfen, ist die Klasse, die nichts ist, aber alles werden will.

Das ist die Tragödie des Kleinbürgertums, dass es sich weder in der Gegenwart noch in der Zukunft wohl fühlen kann. Es schlägt sich im Zeitalter des Hochkapitalismus schlecht und recht durchs Leben und sieht die Zukunft trübe vor sich liegen. Seine Blütezeit liegt in der Vergangenheit. Damals, im Mittelalter, als das Handwerk noch goldenen Boden hatte, konnten die wohlhabenden Meister als herrschende Schicht der Städte mit Recht „große Bogen spucken“. *Tempi passati.* Das Scheidewasser des Kapitalismus fraß sich in die Ruhe des Mittelalters. Hie Proletariat! Hie Bourgeoise! donnert der Schlachtruf des Klassenkampfes. Was tut das Kleinbürgertum? „Wenn die Reibung der feindlichen Kräfte im Leben stärker wird, dann verbergen die Kleinbürger ängstlich ihre Köpfe unter dem Fittig irgendeiner versöhnenden Theorie“. So *Maxim Gorki*, der in seinen politischen Betrachtungen über Russland Wesen und Psychologie des Kleinbürgertums im Allgemeinen trefflich kennzeichnet.

⁵ Im Zusammenhange sind alle diese Probleme dargestellt in der Broschüre „Zur Jugendfrage“ von Alfred Nußbaum. Fr. W.

Der Kleinbürger will nichts als Ruhe. Zu seiner notorischen Kampfunlust kommt der krasseste Pessimismus namentlich der bedeutenderen Geister aus seinen Reihen. *Arthur Schopenhauer* gilt bekanntlich als der Philosoph des modernen Pessimismus. Nach Schopenhauer stellt sich die durchgängige Beschaffenheit des Lebens dar als darauf abgesehen und berechnet, die Überzeugung zu erwecken, dass gar nichts unseres Strebens, Treibens und Ringens wert sei, dass alle Güter nichtig seien, die Welt an allen Enden bankrott und das Leben ein Geschäft, das nicht die Kosten deckt: „auf dass unser Wille sich davon abwende“. Bürgerliche Autoren haben diese trostlose Weltanschauung die eines verbitterten alten Hagestolzes genannt. Aber damit ist nicht alles gesagt. Vielmehr treffen Mehring und andere das Richtige, wenn sie als Ergänzung dazu von der „Borniertheit des verkümmerten Spießbürgers“ sprechen.

Welch typisch kleinbürgerlich-spießerhafte Natur der alte Schopenhauer war, zeigt sich besonders auch in seinem Rasonieren auf die Revolution von 1848. Seine gesammelten Briefe bieten dafür ergötzliche Beispiele. „Aber was haben wir erlebt!“ – schreibt der aus seiner beschaulichen Ruhe aufgeschreckte Gelehrte z. B. am 2. März 1849 an seinen „hochwürdigen Erz-Evangelisten“ Dr. Frauenstädt – „denken Sie sich, am 18. September eine Barrikade auf der Brücke und die Schurken bis dicht vor meinem Hause stehend, zielend und schießend auf das Militär in der Fahrgasse, dessen Gegenschüsse das Haus erschüttern; plötzlich Stimmen und Geboller an meiner verschlossenen Stubentür, ich, denkend, es sei die souveräne Kanaille, verrammle die Tür mit der Stange; jetzt geschehn gefährliche Stöße gegen dieselbe: endlich die feine Stimme meiner Magd: „Es sind nur einige Österreicher!“ Sogleich öffne ich diesen werten Freunden; 20 blauhosige Stockböhmern stürzen herein, um aus meinen Fenstern auf die Souveränen zu schießen, besinnen sich aber bald, es ginge vom nächsten Hause besser. Aus dem ersten Stock rekognisiert der Offizier das Pack hinter der Barrikade, sogleich schicke ich ihm den großen doppelten Operngucker, mit dem Sie einst den Ballon sahn“. –

In den politischen Kampf wollte sich Schopenhauer um keinen Preis einmischen. Er würde es für eine Herabwürdigung seiner selbst halten, schreibt er einmal, eine so enge und kleinliche Sphäre als die gerade gegenwärtige Zeit und ihre Umstände zum Wirkungskreis seines Geistes zu nehmen. Das Streben und Denken des eigentlichen Gelehrten müsse auf die Menschheit im Ganzen, zu allen Zeiten und in allen Ländern gerichtet sein. Also jener beschränkte Standpunkt, der von Marx mit dem bekannten Wort abgefertigt wird, die Philosophen hätten die Welt nur verschieden interpretiert; es käme aber darauf an, sie zu verändern. Gerade Marx ist ja auch das lebendige Beispiel dafür, das höchste philosophische Veranlagung sehr wohl mit der Psyche des Kämpfers verbunden sein kann, wie *H. Roland-Holst* in ihrem Werke über Dietzgen auseinandersetzt.

Der Weltkrieg mit seinem Ozean von Blut und Tränen ist wahrlich dazu angetan, manch armes Gemüt dem schwärzesten „Schopenhauerianismus“ in die Arme zu treiben. Nichts liegt auch gerade uns Sozialisten ferner, die Welt, wie sie heute besteht, etwa als die beste aller möglichen anzusehen. Ganz im Gegenteil. Aber deshalb dem Trübsinn verfallen und in verzweifelnder Untätigkeit womöglich auf ein besseres Jenseits harren?: Das wäre ein arger Rückfall in den hoffnungslosen Pessimismus des echten Kleinbürgers. Der Sozialist kann sein höchstes Glück, seine schönste Befriedigung nur im Kampf, im Kampf für eine neue Gesellschaftsordnung finden. Wir wissen, dass eherner Notwendigkeiten die Weltgeschichte gestalten. Unser Optimismus entspringt der klaren Erkenntnis, dass der Sozialismus kommen wird, weil er kommen muss. Das heißt, zuvor müssen wir ihn wollen und in seinem Sinne tätig sein.

Friedrich Wilhelm.

Ist der Kapitalismus reif?

Der Krieg wird heute gepriesen als ein gewaltiger Zerstörer wirklichkeitsfremder Theorien und Illusionen. Wer wollte ihm dies Verdienst auch absprechen? Ist nicht sein Dasein die radikalste Widerlegung all jener flauen Schwärmereien von der Überwindung der Kriegsgefahr durch die bürgerliche Demokratie, durch den wachsenden Einfluss humanitärer Ideen, durch das Umsichgreifen ethisch-ästhetischer Seichtbeuteleien? Wie jämmerlich ist die die gang und gäbe Auffassung zusammengebrochen, dass nur Panzerplatten-Fabrikanten und verrannte Ideologen, als deutschtümelnde Professoren, Revanchards und Panslawisten hoffnungslose Kriegstreiber seien, während die Entwicklung immer siegesfroher der friedlichen Verständigung entgegeneile! Mit eherner Wucht haben die Tatsachen die Wahrheit in die Köpfe gehämmert, dass der Krieg die notwendige Entladung der großen Interessengegensätze unter den kapitalistischen Klassen ist. Immer klarer wird auch die Erkenntnis, dass die gegenwärtige Entladung nicht die Spannung beseitigen kann, sondern nur neue blitzesschwangere Wolkenmassen heraufholen muss.

Aber von diesen zerstörten Illusionen wird nicht gesprochen. Gerade jene „praktischen Politiker“, die nie ihren Blick über die Reichweite ihrer Brillengläser hinausgehoben, die jedem neuen Eindruck wie weiches Wachs nachgeben, sind es ja, die mit unendlichem Mitleid auf die starren Dogmatiker herabsehen, welche angeblich Illusionen nachjagen. Sie haben aus der gigantischen Kraftanstrengung des Kapitalismus in diesem Kriege die Überzeugung gewonnen, dass die heutige Gesellschaftsordnung so innerlich fest ist, dass sie auf lange Zeit hinaus nicht zu erschüttern ist. Gewiss ist alle Welt überrascht von den Riesenkräften, welche die moderne Gesellschaft einzusetzen vermag. Aber ist daraus nun jener Schluss gerechtfertigt? Er beruht auf der Meinung, die wirtschaftlichen Kräfte des Kapitalismus müssten zerfallen sein, ehe die heutige Gesellschaftsordnung abgelöst werden könnte. In unzähligen Variationen ist dieser Gedanke in letzter Zeit wiederholt und lächerlich gemacht worden. Wir finden ihn verschiedene Male in dem Buche der Gewerkschaftsführer: Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis. Dort sagt z. B. Robert Schmidt: „Die fast tägliche Berührung der Gewerkschaften mit der Industrie schützt sie vor der seichten Auffassung, dass die kapitalistische Entwicklung bereits starke Merkmale ihres Verfalls erkennen lässt“. Seicht ist diese Auffassung gewiss. Es fragt sich nur, wer für sie die Verantwortung trägt. Hie und da mag sie von unklaren Köpfen angesprochen worden sein, Theoretiker von Ruf haben sie nicht gehabt. Wohl haben Mehring und andere immer wieder auf den Niedergang des Geisteslebens und der Moral in der Bürgerklasse hingewiesen und sie mögen dabei die vorübergehende Entfaltung eines sehr zweifelhaften Idealismus in der imperialistischen Epoche zu wenig beachtet haben. Aber ihre Kritiker sollten sich den fundamentalen Unterschied zwischen Verfall des moralischen Habitus der Bürgerklasse und Verfall der kapitalistischen Wirtschaft klar machen, ehe sie lächerliche Angriffe gegen die Marxisten richten. Der Unterschied klafft so weit, dass jener Verfall des Bürgertums gerade die Folge der riesigen Entfaltung der Produktivkräfte ist, welche breiten Schichten die Möglichkeit einer Schmarotzerexistenz gewährt.

Die Arbeiterklasse hat auch gar kein Interesse am Verfall des Kapitalismus. Vielmehr muss ihr daran liegen, ihn auf einer möglichst hohen Stufe der Entwicklung in den Sozialismus zu überführen.

Die Vorbedingungen für den Sozialismus sind intensive Konzentration der wirtschaftlichen Kräfte und Entfaltung einer wirklichen Weltwirtschaft. Jene Konzentration ist am stärksten in Amerika und Deutschland. In der deutschen schweren Industrie, der Elektrizitäts- und der chemischen Industrie, in der Seeschifffahrt und auf den Werften und in vielen von ihnen abhängigen Branchen sowohl der Urproduktion wie der Verfeinerungsindustrie haben sich

die Kartellierungs- und Vertrustungsbestrebungen so stark durchgesetzt, dass nur Rücksichten der Industriediplomatie einzelne Betriebe in scheinbarer Selbständigkeit nebeneinander bestehen lassen und ihre Verschweißung zu einem Betrieb verhindern. So wird die gesamte schwere Industrie: Kohlenbergbau, Eisenverhüttung, Stahlproduktion mit ihren zahlreichen und bedeutungsvollen Überbetrieben schon heute von wenigen Leuten, den Krupp, Stinnes, Thyssen, Mannesmann, Haniel, kommandiert. So stehen der Verschmelzung der beiden Elektrizitätskonzerne nur gewisse Eifersüchteleien unter ihren Leitern und die Furcht vor dem Reichsmonopol entgegen. So ist die deutsche Seeschiffahrt durch Personalunionen in den Aufsichtsräten, durch Interessengemeinschaften und andere Verträge innerlich verkettet und versippt, dass die Konkurrenz untereinander fast ganz ausgeschaltet ist. So durchziehen die Blut- und Nervenstränge des Bankkapitals den ganzen industriellen Körper. Internationale Kartellverträge und ausländische Tochtergesellschaften und Filialunternehmungen zeugen davon, wie dieser Konzentrationsprozess schon längst über die Landesgrenzen hinauswirkt. Das System der Aktiengesellschaft hat den Kapitalisten vollkommen in einen armseligen Rentner ohne jede wirtschaftliche Funktion verwandelt. Die Bank, bei der sich die Aufhäufung des in neues Kapital verwandelten Mehrwerts vollzieht, beherrscht den ganzen wirtschaftlichen Prozess und sie ist damit der Ausdruck dafür, dass die Produktion in ihren wichtigsten Teilen schon vergesellschaftet ist, wenn auch die alten, den wirtschaftlichen Tatsachen widersprechenden Rechtsformen noch bestehen.

Diese Entwicklung vollzog sich in engem Zusammenhang mit der Entwicklung der Weltwirtschaft. Es gibt Leute, die unter dem Einfluss der nationalen Hochspannung von einem geschlossenen Handelsstaat träumen. Die Träume werden niemals Wahrheit werden, selbst wenn sie ein großes, Kolonien umspannendes Imperium erwarten. Die Welt ist ein wirtschaftliches Ganzes geworden, in dem Millionen Fäden unlöslich durcheinander wirken. Das alte Prinzip, rückständige Länder in ihrer Rückständigkeit zu erhalten, indem man das Entstehen einer Industrie künstlich unterdrückt (Musterbeispiel: die englische Kolonialwirtschaft in Nordamerika im 18. Jahrhundert), ist jetzt vollkommen erledigt durch den ungestümen, keine Schranken duldenden imperialistischen Entfaltungsdrang. Wo Schienenstränge die Länder der Huri und der Geisha, der Lotosblume und der Liane durchschneiden, da weckt der Lokomotivenpfeiff das wirtschaftliche Leben. Wo das Gold des europäischen Kapitals eingeführt wird, da düngt es den Boden und Industrien schießen auf. Die vielfachen Erschütterungen und Umwälzungen seit der Jahrhundertwende sind Folgen dieser stürmischen Entwicklung. Es ist erfüllt, was Marx am 8. Oktober 1858 in einem Briefe an Engels als Voraussetzung des Sozialismus bezeichnete, indem er schrieb: „Die eigentliche Aufgabe der bürgerlichen Gesellschaft ist die Herstellung des Weltmarktes, wenigstens seinen Umrissen nach, und einer auf dieser Basis ruhenden Produktion. Da die Welt rund ist, scheint dies mit der Kolonisation von Kalifornien und Australien und dem Aufschluss von China und Japan zum Abschluss gebracht“. Mit der Geburt des Kapitalismus wurde der Atlantische Ozean zum Meere des Weltverkehrs. Er erfüllt seine Tage, indem er den Stillen Ozean aus einer völkertrennenden Waserwüste in den Träger des Weltverkehrs verwandelt.

Es ist unsinnig anzunehmen, dass diese Umwälzungen, die sich in immer beschleunigtem Tempo durchsetzen, nun erst bis zum höchsten und letzten Punkt getrieben werden müssten, ehe eine neue Gesellschaftsform die alte verdrängt. Diese undialektische Auffassung lässt die psychologischen Wirkungen des Prozesses außer Acht. Sie sieht in ihm nur ein blindwirkendes Schicksal. Sie vergisst, dass dieser ganze Werdeprozess durch das bewusste Wirken und Kämpfen der Menschen getragen wird. Sie ist ganz und gar formalistisch, ohne Leben.

Nun sind die Leute, die dem Kapitalismus noch große Entwicklungsmöglichkeiten vorausagen, natürlich auch genötigt, einiges von diesen Möglichkeiten zu sagen. Da erfährt man weiter nichts von den Cunow und Lensch, den Hauptverfechtern dieser These, als dass die

Entwicklung auf das Staatsmonopol hingeht. Das Staatsmonopol ist aber durchaus keine höhere ökonomische Kategorie als das Privatmonopol, das sich immer mehr durchsetzt. Auch das Staatsmonopol ändert nichts am Wesen aller großkapitalistischen Monopole, dass sich in ihnen das Finanzkapital auswirkt. Es hat den Zweck, die indirekten Steuern in anderer, wirksamerer Form durchzuführen. Es verwandelt Aktienrentner in Staatsrentner und hebt in keiner Hinsicht das kapitalistische Wesen auf. Staatssozialismus ist ein trügerisches Reklameschild dafür, Staatskapitalismus, das heißt Beherrschung des Staates durch das Finanzkapital, sein Wesen. Es ist auch nicht wahr, dass das Staatsmonopol die Entwicklung mehr fördere als das Privatkapital. Es setzt ihr vielmehr die nationalen Schranken, hemmt sie deshalb und beschwört dadurch neue Konflikte herauf. Die Möglichkeiten für den Sozialismus gehen schon über den Staatskapitalismus, der sich nur in beschränktem Maße durchsetzen kann, hinaus.

Bei diesem Problem handelt es sich nicht um eine Doktorfrage; aus seiner Lösung ergeben sich praktische Folgerungen. Die Auffassung von der unabsehbaren Lebensfähigkeit des Kapitalismus muss herhalten zur Rechtfertigung einer Politik des Kompromisses in allen sozialen und innerpolitischen Fragen, zur Unterstützung der Kolonial-, Rüstungs- und Kriegspolitik des Bürgertums, zu einer Politik des Paktierens mit der eignen Bourgeoisie gegen die Bourgeoisie und das Proletariat anderer Länder auf wirtschaftlichem Gebiete, zu einer Politik der Unterwerfung und nicht des Kampfes. -

Aus unserm politischen Tagebuch.

5. Juli

Halt, wohin? Stampfer gegen Lensch. Der Sozialpatriot gegen den Sozialimperialisten. Lensch hat aus dem Sozialpatriotismus die nötigen Konsequenzen gezogen, Konsequenzen, die aus der Idee der bloßen Vaterlandsverteidigung zur imperialistischen Expansion führen. Darum geht Lensch in die Kolonialgesellschaft und in die Kreise der Herren Ballin und Stinnes. Darum ist Lensch zum imperialistischen Kolonialpolitiker geworden. Darum steht er mit den Militaristen Schulter an Schulter. Halt, wohin? ruft Stampfer nun. Er wiederholt nur, was sein hoher Herr, der Parteivorstand, schon einmal rief, als Lensch auf eigene Faust in der Kolonialgesellschaft redete. Damals rückte der Fridolin des Herrn Bethmann von Lensch ab. Jetzt setzt Stampfer das Spiel fort. Ihnen graut vor ihren eigenen Konsequenzen. Nun spielen sie das Rattenfängerlied von den Grundsätzen der Partei und glauben, dass unter den Arbeitern genügend politische Kinder sind, die ihnen folgen. Der Weg des Sozialpatriotismus geht zu Lensch und Cunow, zum Sozialimperialismus, zur Deutschen Gesellschaft. Er geht zur Politik des Herrn Bethmann-Hollweg. Lensch und Cunow sind die Wegweiser dieser Politik, Stampfer, Ebert und Scheidemann sind ihre Agenten. Und sie sind es, weil ihr Kampf nicht gegen Lensch geht, sondern gegen den Linksradikalismus. Wohin? fragt Stampfer? Die Antwort lautet sehr einfach: entweder zu Lensch oder ... zu uns!

Feuilleton

Urkommunismus. Von H. Anders.

Die frühere Auffassung vom Urzustande der Menschheit wurde, bevor die Ethnologie nähere Aufklärung gab, lebhaft beeinflusst von der biblischen Legende. Es gab in der Urgesellschaft wie im glücklichen Eden keinen Streit um Mein und Dein; man hatte an allem Überfluss. Das Wort „Urkommunismus“ löste die Vorstellung von einem Kreise unschuldsvoller Menschen mit kindlichem Tun und Wesen aus. Als Urzelle der Menschheit galt die Familie, nebenbei eine gutbürgerliche, behagliche Familie. Und selbst dann, als in der

umherschweifenden Jägerhorde die älteste soziale Gemeinschaft entdeckt war, wollte man sich und will man noch jetzt nur ungern sich den Glauben an eine in der Urgesellschaft herrschende völlige, harmonische, gewissermaßen gottgesetzte Gütergemeinschaft nehmen lassen. Dass diese Anschauung erheblicher Einschränkungen bedarf, wird heute kein ernsthafter Mensch bezweifeln. Im Gegenteil hat man eher Grund zu der Annahme, dass die Menschenhorden ursprünglich vielleicht ähnlich auf Gütergemeinschaft und -gleichheit gehalten haben, wie etwa ein Rudel Wölfe, die ebenfalls gemeinschaftlich jagen, wie die Urmenschen es taten, und sich nur darum in die Beute teilen, weil nach Erlegung des Wildes jeder genügend mit dem Fraße zu tun und nicht noch Zeit hat, seine Kameraden fortzubeißen; Wenn man sich so in etwas auch gewöhnt, dem Jagdgenossen das Seine zu gönnen, weil man stets wieder auf dessen Mitwirkung und Hilfe im Nahrungserwerb angewiesen ist, so gilt doch im allgemeinen das Recht des Stärkeren. Von freiwilligem Abgeben und Teilen anfangs keine Spur. Wer auf der Jagd und Nahrungssuche nicht recht mehr zu folgen vermochte, der Alte und Schwache, konnte darüber zu Grunde gehen.

Nun lag beim Menschen die Sache insofern besonders, als er gemischte Kost suchte, und soweit er Tiere jagte, die großen und starken zunächst aus dem Spiele ließ. Im Nahkampf konnte er ihnen mit seinen primitiven Waffen nicht entgegentreten, wo er nicht ausnahmsweise durch besondere Umstände begünstigt war, und die Fernwaffen fehlten oder waren noch zu mangelhaft entwickelt. Das Beschleichen und Umstellen des Wildes war des Jägers Taktik. Da diese große Gewandtheit und Leichtigkeit der Bewegungen erforderte, konnten die Männer, denn diese waren es ausschließlich, die die eigentliche Jagd und zwar gemeinsam betrieben, nicht noch mit allerlei Geräten des Haushalts, sofern solche überhaupt vorhanden waren, beladen werden. Die Aufgabe, solches Gerät, dazu die kleinen Kinder, den Männern nachzuschleppen, verblieb den Weibern. Diese bildeten mit den Kindern den Nachtrab und sammelten, langsam folgend, Beeren, Wurzeln und sonstige genießbare Pflanzenteile, dazu auch leicht zu erreichende tierische Nahrung, als Vogelei, Insekten, Würmer; im Großen und Ganzen aber war durch die Scheidung der gesamten Horde in zwei Trupps auch die Arbeitsteilung zwischen den Beschaffern der Fleischkost und solchen der Pflanzenkost gegeben. Man findet diese Verhältnisse noch bei den Urbewohnern des australischen Kontinents, die allerdings zu den auf niederster Entwicklungsstufe befindlichen Naturvölkern zählen.

Zu den Mahlzeiten mussten sich die getrennten Gruppen natürlich vereinigen. Fleisch- und Pflanzennahrung wurde ausgetauscht und jeder erhielt, wie wir allgemein zunächst sagen wollen, nach seinem Bedarf. Gütergemeinschaft und Hütergleichheit erscheinen ganz natürlich bedingt durch die Gemeinsamkeit der Produktion des Lebensunterhalts. Wollte ein besonders tüchtiger Jäger vielleicht sich einfallen lassen, auf eigene Faust dem Nahrungserwerb nachgehen zu wollen, so würde er bald zu viel, bald zu wenig für den eigenen Bedarf erzielen, würde vor allem auch zu wenig Abwechslung in der Kost erhalten und eines Tages verhungert sein.

Wie tief infolge davon die kommunistischen Gewohnheiten den Naturvölkern eingewurzelt sind, dass sie auch z. B. bei den auf höherer Entwicklungsstufe als die Australier stehenden melanesischen Inselbewohnern noch lebendig sind, können wir u. a. aus Tappenbek, Deutsch-Neuguinea, entnehmen: „So habgierig der Papua im Verkehr mit Fremden auch zu sein scheint, so anspruchslos ist er innerhalb seiner Dorfgemeinde. Der Kontraktarbeiter, der sich drei Jahre placken und mühen muss, dient nicht für eigene Interessen, sondern sein ganzer Stolz geht dahin, bei seiner Rückkehr möglichst viel an die Verwandtschaft verteilen zu können. Das geht so weit, dass der Mann oft selbst gar nichts behält. Mitunter hat zwar solch ein in die Heimat zurückkehrender Held inzwischen das Verständnis für diese Art von Großmut verloren, – dann wird er aber seine Habe unfreiwillig los. Die Sucht zu teilen, erstreckt sich – warum nicht auch bei uns! – sogar auf die seltensten Leckerbissen, und kauft einer oder

mehrere zusammen ein Schwein, so erhalten auch die an der Stiftung nicht Beteiligten einen gleichen Anteil daran“.

Natürlich haben nicht alle, vor allem nicht die Kinder, den gleichen Anteil an der Produktion; auch war die von den Männern betriebene Jagd auf Tiere in ökonomischer Hinsicht der Sammeltätigkeit der Frauen erheblich überlegen. In der Tat mussten in Zeiten der Not die wirtschaftlich schwächeren Hordenmitglieder von dem Mangel zuerst betroffen werden. Diesen schwächeren Elementen kam aber in steigendem Maße das immer mehr erstarkende soziale Gefühl, das alle umschlang, zugute. Auch Kranke ließ man nicht ohne weiteres mehr hilflos zurück, obgleich der Nahrungserwerb die Jäger zum täglichen Umherwandern trieb.

Vor allem aber – und das ist ein ganzes Kapitel für sich – ist in diesem Zusammenhange der alten, zur eigentlichen Jagd untüchtig gewordenen Gefährten zu gedenken. Sie schlossen sich dem Trupp der Frauen und Kinder an, sich an der nützlichen Sammelarbeit derselben beteiligend. Ihre produktive Tätigkeit war damit aber bei weitem nicht erschöpft; vielmehr werden wir sehen, dass die Alten gerade die eigentlichen Leiter der ganzen Produktion für den Bedarf der Urgemeinde waren und auch dementsprechend respektiert wurden.

Das Wort Jagd umschließt für den Urmenschen eine ganze Welt, die komplizierter ist, als man denkt. Gibt es doch viele Arten Jagdtiere, denen die Horde nachstellt, und mancherlei Methoden müssen angewandt werden, um mit List oder Gewalt das Wild zu Strecke zu bringen. Der Naturmensch muss daher in vielerlei Künsten erfahren sein und die Gewohnheiten der Tiere, sowie das Jagdgebiet genau kennen. Die Jagd ist eben nicht nur ein Handwerk, sondern auch eine Kunst und eine Wissenschaft. Das Gleiche gilt vom Suchen und Sammeln der pflanzlichen Nahrung. Da bilden nun die Alten gleichsam den Kopf der Horde, den denkenden Teil, in dem Erfahrung und Rat aufgespeichert sind. Sie sind auch die Bewahrer aller Tradition bei den Primitiven und benutzen ihren Einfluss, wie wir sehen werden, nicht zu ihren Ungunsten. Wir müssen da also von einer neuen Art der Arbeitsteilung und in deren Gefolge von einer sozialen Schichtung in der Urhorde berichten, die, wie gleich gesagt werden soll, für unsere Untersuchung ein ganz besonderes Interesse beansprucht. Wir zitieren über die diesbezüglichen australischen Verhältnisse H. Cunow (Zur Urgeschichte der Ehe und Familie, Ergänzungsheft Nr. 14 der „Neuen Zeit“) besonders aus dem Grunde, weil wir zu seinen späteren Darlegungen vielfach in Gegensatz treten werden:

„Mit der fortschreitenden Entwicklung fallen ganz naturgemäß einzelnen Teilen der Horde besondere Verrichtungen zu: der Kampf gegen fremde Horden, die Teilnahme an den Jagdzügen usw. wird vorwiegend eine Angelegenheit der Erwachsenen und Starken, die Beratung über Wanderungen und feindselige Unternehmungen sowie die Bewahrung und Vollziehung der herkömmlichen Gebräuche fällt den Erfahrenen und Alten zu. So bilden sich langsam gewisse Alters- oder Generationsunterschiede heraus. Es entsteht eine Schicht der noch nicht für den Kampf und die Jagd befähigten Jugendlichen, eine Schicht der kriegstüchtigen, geschlechtsreifen Erwachsenen, eine Schicht der Alten“.

In der hier angedeuteten neuen Form der Arbeitsteilung haben wir den Keim zu wichtigen sozialen Abstufungen in der Urhorde, deren ökonomische Grundlage unverkennbar ist. Diese ökonomischen Tatsachen, die wir noch näher kennen lernen, sind auch imstande zu erklären, warum die Abgrenzung der einzelnen Altersschichten gegeneinander so scharf und peinlich genau innegehalten wird. Bei den Australnegern finden wir, mehr oder minder deutlich ausgeprägt, jede Horde in drei Generationsschichten geteilt:

„1. eine Schicht der Minderjährigen, die bei dem männlichen Geschlecht gewöhnlich bis zum Hervortreten des Bartes, bei den Mädchen bis ein oder zwei Jahre nach dem ersten Eintritt der Menstruation dauert;

2. eine Schicht der Erwachsenen, die bei den Männern wie Frauen meist so weit reicht, bis ihre ältesten Kinder selbst wieder als erwachsen gelten oder sich gewisse Alterserscheinungen einstellen (bei den Männern ungefähr bis zum vierzigsten oder fünfundvierzigsten, bei den Frauen etwa bis zum fünfunddreißigsten Jahre):

3. eine Schicht der Alten, das heißt derjenigen, die das obengenannte Alter überschritten haben“. (H. Cunow, Ebenda).

Wir sahen, dass die Entstehung dieser Generationsschichtung sich aus den verschiedenen Funktionen der Altersklassen im Produktionsprozess ergibt. Schon äußerlich trennte die Nahrungssuche die Horde in zwei Gruppen: die eigentliche Jagdgesellschaft und den Nachtrab. Erstere umschlang als Produktions- und Kampfgesellschaft ein natürliches Band. Unter den Nachzüglern aber bildeten die alten Männer, die gegenüber den jungen und stärkeren ihre soziale Position zu behaupten hatten, zuerst eine Art politischer Interessengemeinschaft. In dem sie u. a. Ort und Zeit der Jagd, des Einsammelns von reifen Früchten usw. und damit die Richtung der Wanderzüge bestimmten, hatten sie die Leitung der Lebensmittelgewinnung inne. Bei der Verteilung der Beute an den Lagerplätzen hatten sie auf die Befolgung der Speisegesetze zu achten. Als Inhaber der primitiven Wissenschaft und Bewahrer der alten Traditionen rührte die Speisegesetzgebung natürlich von ihnen selbst her und konnte stets zu ihren eigenen Gunsten gehandhabt werden. In ihrer Hand endlich lag die „äußere Politik“, die Regelung des Verhältnisses zu anderen Horden, der friedlichen und feindlichen Beziehungen, die im Laufe der Zeit sich mehrten. Der sozialen Funktionen, die diese Altersklasse besaß, waren also nicht wenige.

Zweifellos also bedeutet diese Generationsschichtung in der australischen Horde zugleich eine Gruppierung nach sozialen und ökonomischen Gesichtspunkten. Das wird nicht nur die Betrachtung der Speisegesetzgebung bei den australischen Eingeborenen lehren, sondern auch die eigenartigen Verwandtschaftsbeziehungen der primitiven Völker, sowie Ursprung und Entwicklung der religiösen Ideologie, lassen sich befriedigend erklären allein durch die Wertung dieser ökonomischen Tatsachen im Sinne des historischen Materialismus. Nur dem oberflächlichen Betrachter erscheint die erwähnte Schichtung der Urhorde nichts als eine unwesentliche Abwandlung des ökonomischen Grundprinzips, obgleich nicht geleugnet werden soll, dass dieses Prinzip der kommunistischen Gleichheit durchaus die starke Unterminierung zu den in scharfen Umrissen sich darüber erhebenden Interessengegensätzen darstellt. Erst die richtige Würdigung der überragenden Stellung, die die Klasse der Alten in sozialer Beziehung bei den primitiven Völkern einnimmt, kann zur Lösung der mannigfachen Probleme auf dem Gebiete der Urgeschichtsforschung führen, die auf anderen Wegen bisher vergeblich gesucht wurde.

Zeugen und Rufer.

Sobald die kapitalistische Produktionsweise auf eigenen Füßen steht, gewinnt die weitere Vergesellschaftung der Arbeit und weitere Verwandlung der Erde und anderer Produktionsmittel in gesellschaftlich ausgebeutete, alte gemeinschaftliche Produktionsmittel, daher die weitere Expropriation der Privateigentümer, eine neue Form. Was jetzt zu expropriieren, ist nicht länger der selbstwirtschaftende Arbeiter, sondern der viele Arbeiter exploitierende Kapitalist. Diese Expropriation vollzieht sich durch das Spiel der immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion selbst, durch die Konzentration der Kapitalien. Je ein Kapitalist schlägt viele tot.

*

Die Verwandlung des auf eigener Arbeit der Individuen beruhenden, zersplitterten Privateigentums in kapitalistisches ist natürlich ein Prozess ungleich mehr langwierig, hart und schwierig als die Verwandlung des faktisch bereits auf gesellschaftlichem Produktionsbetrieb beruhenden kapitalistischen Privateigentums in gesellschaftliches Eigentum. Dort handelt es sich um die Expropriation der Volksmasse durch wenige Usurpatoren, hier handelt es sich um die Expropriation weniger Usurpatoren durch die Volksmasse.

*

Die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion ist das Kapital selbst.

Karl Marx: „Das Kapital“.

Noch wollen wir kämpfen.

Von Iwan Turgeniew.

Welch geringfügige Kleinigkeit vermag doch zuweilen einen Menschen völlig umzustimmen!

Tief in Gedanken verloren ging ich einst auf der Landstraße.

Drückende Ahnungen lasteten auf meiner Brust; Mutlosigkeit hatte sich meiner bemächtigt.

Ich erhob den Kopf. ... Vor mir, zwischen zwei Reihen hoher Pappeln lief der Weg schnurgerad in die Ferne.

Und darüber hin, über eben diesen Weg, etwa zehn Schritt vor mir, von der hellen Sonne goldig umstrahlt, hüpfte im Gänsemarsch eine Spatzenfamilie, so recht keck, vergnügt und unbesorgt.

Besonders einer von der Schar plumpste mit so verwegenen Quersprüngen einher, blähte sein Kröpfchen und zwitscherte so froh, gerade als schere er sich um keinen Zweifel! Ein Held – Zoll für Zoll!

Und unterdessen kreiste hoch am Himmel ein Habicht, der vielleicht gerade die Bestimmung hatte, diesen Helden aufzufressen.

Ich sah mir das an, schüttelte mich vor Lachen – und augenblicklich waren die trüben Gedanken verflogen: Ich fühlte wieder Mut, Widerstandskraft und Lebenslust.

Mag doch auch über meinem Haupte ein Habicht kreisen ...

Noch wollen wir kämpfen – Teufel auch!

Zuschriften für die Redaktion sind zu richten an:

A. Dannat, Bremen, Bremerhavenerstraße 33. –

Verantwortlich: A. Dannat; Verleger: Karl Lüth; Druck: Herm. Sturm; sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 4/1916

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

1. Jahrg.

Bremen, den 15. Juli 1916.

Nr. 4

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Preis pro Nummer 15 Pfg.

Das Zentrum der Partei.

Fort mit dem Brei!

Ich brauch' ihn nicht: mit Bappe back' ich kein Schwert!

Wagner.

Am 4. August 1914 siegten in der deutschen Reichstagsfraktion die Gewerkschaftsführer und Revisionisten, indem sich die Abgeordneten des Zentrums der Partei mit fliegenden Fahnen zu ihnen schlugen. Was stellte das Zentrum der Partei dar? Den Teil der Parteibureaucratie (Abgeordnete, Redakteure, Organisatoren), der zwar an den Worten festhielt, an die die Arbeitermasse gewöhnt war, aber in der Praxis dieselbe Politik trieb, wie die Revisionisten und Gewerkschafter: Mandatspolitik, Kultus der kleinen Organisationsarbeit der Organisationen wegen, Usurpierung aller Initiative durch die „Instanzen“. Natürlich war er für die Revolution – wenn die ganze Arbeitermasse organisiert sein werde. Allein, er wusste auch, dass dieser Zeitpunkt nie eintreten wird. Trotzdem verhütete er alles, was über den Rahmen der bisherigen isolierten Gewerkschafts- und Parlamentsaktion, deren Abwirtschaft angesichts der imperialistischen Entwicklung vor aller Augen lag, hinausging. Der Krieg verdirbt das Heer! Diese Weisheit des russischen Zaren übertrugen sie auf die Sozialdemokratie, indem sie schrien: die Aktionen der Masse könnten die Organisationen dieser Masse ins Verderben stürzen. Da jedoch eine Millionenpartei ihre Tätigkeit nicht im Bau von Organisationen erschöpfen kann, die in hundert Jahren vielleicht einmal in Bewegung gesetzt werden sollten, musste der Zentrum der Partei die Existenz eines anderen Weges, als ihn die Befürworter der neuen Taktik zeigten, vortäuschen: innere Reformen durch einen Block mit den Liberalen („Dämpfungswahlen“), Bannung der imperialistischen Gefahr durch Übereinkommen mit den Regierungen, was die Arbeiterklasse zusammen mit den friedliebenden Elementen der Bourgeoisie erreichen sollte: die Abrüstungsparole Kautskys und Ledebours. Die Sozialdemokratie als beste Maklerin unter den Staaten, wie sich Ledebour ausdrückte.

Schon vor dem Kriege bewiesen die Linksradiakalen, dass diese Ermattungsstrategie nichts anderes ist als die Praxis des Revisionismus. Am 4. August zeigte sich beim Übertritt des Zentrums der Partei auf die Seite der Rechten nur das, was schon vor dem Kriege war. Indem Ledebour, Haase dagegen Einspruch erhoben und einen kleinen Teil der

Zentrumsabgeordneten für den Protest gegen die Politik des 4. August gewannen, protestierten sie nur gegen die Konsequenzen der eigenen bisherigen Politik.

Nun ist die Politik kein gewöhnliches Rechenexempel und kein logischer Syllogismus: der linke Flügel des Parteizentrums, der der Rechten die Gefolgschaft versagte, konnte sich nach links entwickeln. Hat er es getan? Das erste Wort, das er an die Partei richtete, war Kautskys Ruf: Vertrauen für die Instanzen, die den Sozialismus verraten haben! Man kann den Sozialismus aus sozialistischen Motiven verraten. Dann kamen die Schriften Kautskys, die die sozial-imperialistische Politik als notwendige Vaterlandsverteidigung erklärten, dann weitere, die die alten, die Massen irreführenden sozialpazifistischen Losungen der Versöhnung des Kapitalismus statt seiner Überwindung von neuem aufstellten. Im Parteivorstand machte Haase, in den Organisationen machten seine Freunde den Kampf gegen die sich regende Opposition als gegen eine Zerrüttung der Partei mit. Die Vaterlandsverteidigung, die Achse der ganzen Politik des 4. August, wurde verteidigt. Von diesem Standpunkt aus musste das Zentrum die Bemühungen zur internationalen Zusammenfassung der entschiedenen Opposition scheel ansehen. Wie es an der Einheit mit Scheidemann und Legien festhält, musste es Verständnis für Renaudel und Vandervelde haben. Die Zentrumsführer wissen von den Vorbereitungen zur Zimmerwalder Konferenz, aber sie lassen sich nicht sehen. Dafür kommen sie in die Schweiz und verhandeln mit Jouhaux, dem Agenten des französischen Kapitals. Zur Zimmerwalder Konferenz erscheint nur Ledebour, um dort jeden radikalen Antrag zu bekämpfen. Neben diesem Kampf gegen jede entschiedene Opposition in den Organisationen, führen die Zentrumsleute in der Fraktion anderthalb Jahre lang eine Fronde gegen die Sozialpatrioten, aber sie wagen nicht, offen die Kredite abzulehnen. Der äußerste linke Flügel des Zentrums mag in der Fraktion scharf genug gegen die sozialpatriotische Politik opponiert haben; trotzdem vermochte er nicht über die kleinlichsten Bedenken hinwegzukommen und seine Stellung auch öffentlich zu bekennen. Er schützte vor, erst eine größere Zahl für die Oppositionspolitik gewinnen zu wollen, um so parlamentarisch in den Kommissionen wirken zu können; aber er vergaß dabei, dass er sich durch diese Argumentation nicht um Haases Breite vom Boden des bürgerlichen Parlamentarismus entfernte, und er verfiel dabei dem unvermeidlichen Schicksal, in die parlamentarische und politische Korruption der „Arbeitsgemeinschaft“ mit hineingezogen und von den Arbeitern mit verantwortlich gemacht zu werden. Schließlich entschieden sich die Zentrumsvertreter zu der rein parlamentarischen Demonstration des 21. Dezember. Aber indem sie sie wagten, versetzten sie der französischen und deutschen entschiedenen Opposition einen Schuss in den Rücken: sie erklärten nämlich, sie lehnen die Kredite ab, weil die Grenzen des Reiches gesichert seien. Natürlich auch nur aus taktischen Gründen, um die Sozialpatrioten mit ihrer eigenen Argumentation zu schlagen. Nur dass diesen gewiegten Taktikern das Malheur passiert, dass sie die Scheidemanns schlagen wollen, Merrheim und Liebknecht aber treffen.

Nach dieser Heldentat legen sie sich auf ihre Lorbeeren nieder. Inzwischen wird Liebknecht durch die Männer des 4. August aus der Fraktion entfernt. Die Dezembermänner protestieren; bleiben aber ruhig in der Fraktion. In Berlin, Leipzig, Bremen, Rheinland-Westfalen machen die entschiedenen Radikalen die Arbeiterschaft gegen sie mobil: age, quod agis, was du tun willst, tue ganz. So tun sie nun ganz: sie suchen die Entschiedenen zu knebeln, ihnen das Recht der freien und selbständigen Kritik zu rauben, und als das nicht gelingt, werfen sie zuerst in Berlin, dann in Frankfurt a. M. die Anhänger der Internationalen Gruppe aus den oppositionellen Geheimorganisationen. Aber bald erreicht sie das Geschick. Nach dem 21. Dezember verblieb ihnen nichts übrig, als im Parlament ihre Proteste gegen die Regierungspolitik zu erneuern. „Am 24. März tut dies Haase unter vollkommenem Verzicht auf jeden Angriff gegen die Sozialpatrioten. „Würdig und ohne Polemik“, wie es der Knigge des Zentrums, Karl Kautsky, riet. Die Sozialpatrioten, die auf die guten Absichten pfeifen, und sich in der Politik

an die Wirkungen halten, wissen, dass sich daraus, entgegen dem Willen der Zentrumspolitiker, die Diskreditierung des Sozialpatriotismus ergibt; sie werfen Haase die Vorwürfe des Treubruchs, der Landesverräterei vor versammeltem Parlament an den Kopf, um ihn ein paar Stunden später samt seinen siebzehn Freunden mit Fußstritten aus der Fraktion zu jagen. So entsteht eine neue Fraktion des Zentrums, und Haase, der sich am 4. August zur Vorlesung der sozialpatriotischen Erklärung drängen ließ, der sich anderthalb Jahre dazu drängen ließ, die Ukase des Parteivorstandes gegen die Opposition zu unterzeichnen, lässt sich jetzt aus dem Parteivorsitz drängen, welche Fähigkeit zum Sichdrängenlassen manche klugen Diplomaten als einen Beweis dafür ansehen, dass er sich auch zum entschiedenen Kampf gegen die Sozialpatrioten drängen lassen wird.

Am 6. April entfaltet die Reichsfraktion des Zentrums, die sog. Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft, ihre Fahne. Nach einer Kritik der inneren Politik der Regierung, die schließlich nur eine Rebellion gegen die Folgen der sozialpatriotischen Politik darstellt, schweigt sich Haase vollkommen über das grundsätzliche Verhältnis der neuen Fraktion zum Weltkriege aus und stellt als Friedenslösung die Abrüstung auf; legt er den Kapitalisten die Frage vor, ob denn ihre Interessen nicht besser ohne Krieg gewahrt werden könnten.

Das Zentrum der Partei war vor dem Kriege die Richtung der Parteibureaucratie, die jeden wirklichen Kampf aus dem Wege gehen wollte.

Die Mehrheit dieser Bureaucratie wurde aus Angst vor diesem Kampf in das Lager der Konterrevolution geschleudert. Die Minderheit lehnte die konterrevolutionäre Politik des Imperialismus ab, aber sie weiß ihr nichts anderes entgegenzustellen als die Seufzer nach dem Frieden. Und weil das Spinnwebgewebe des Sozialpazifismus keine Antwort auf die eiserne Politik des Imperialismus bildet, so stehen die Zentrumsleute ohne Waffe, ohne jeden Kompass da, sodass sie den Imperialismus durch unkontrollierbaren pazifistischen Tratsch zu bekämpfen suchen müssen, oder direkt auf seinen eigenen Boden flüchten, so z. B. wenn Ledebour sich für Mitteleuropa erwärmt, ohne zu bemerken, dass er damit seinem Gegner nicht nur einen Finger, sondern gleich beide Hände reicht. (p. b.)

Einheit oder Spaltung der Partei.

1. Sozialdemokratie und Sozialimperialismus.

Als die große Krise über den internationalen Sozialismus hereinbrach, glaubte mancher, es handle sich um eine vorübergehende Epidemie: man sprach von Kriegspsychose. Man hoffte, dass sie unter dem Einfluss der Folgen des Krieges bald vorübergehen würde. Jetzt geht schon das zweite Kriegsjahr zu Ende. Von einer Umkehr ist nicht das Geringste zu bemerken. Immer größer wird der Zusammenbruch der offiziellen Parteiinstanzen in allen Parteien der Internationale.

Beginnen wir mit *England*. Die Führer der *Labour Party*, der Vertretung der Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, sind in die Regierung eingetreten. Sie können nicht, wie die Franzosen, sagen, sie hätten es getan, nur weil der Feind vor den Toren der Hauptstadt stand. Sie haben also eine andere Ausrede. Die Arbeiterschaft müsse helfen, den preußischen Militarismus niederzuwerfen. Und sie helfen dazu, indem sie entgegen dem Beschluss der Konferenz der eigenen Partei darauf hinarbeiten, den Militarismus ... in England einzuführen. Sie stimmen der Aufhebung des Streikrechts zu und helfen die Streiks niederwerfen. Sie protestieren nicht gegen den Aushungerungskrieg gegen Deutschland, sie protestieren nicht gegen die Gräueltaten in Irland, sie protestieren nicht einmal gegen die Verfolgung der Sozialisten. Ja, sie beginnen schon jetzt den Wirtschaftskrieg gegen Deutschland in der zukünftigen

Friedenszeit zu propagieren, zu welchem Zwecke sich die konsequentesten von ihnen mit dem Schutzzoll, den die englische Arbeiterklasse bisher immer bekämpft hat, aussöhnen. Das alles tun sie, um die Stellung des englischen Kapitals in der Welt, das heißt seinen Anteil an der Welt, zu verteidigen. Die konsequentesten von ihnen sagen es auch klar, dass die „Bedeutung des englischen Namens“ in der Welt nicht gemindert werden darf.

In Frankreich sitzen drei Vertreter der Sozialdemokratie in der Regierung. Einer von ihnen ist Munitionsminister: er spornt die Arbeiter an, möglichst viel Mordgeschosse zu produzieren. Mit Zustimmung seiner sozialistischen Ministerkollegen, der *Guesde* und *Semlat*, stattet dieser *Thomas* dem Hängezaren einen Besuch ab. Die Partei protestiert dagegen nicht. Im Lande herrscht die Polizei. Die demokratischen Rechte (Press-, Versammlungs- und Streikrechte) sind aufgehoben. In den Fabriken herrscht der weiße Terror. Auf den Schlachtfeldern verblutet Frankreich. Aber die Partei wehrt sich mit Händen und Füßen gegen jede Friedensaktion, bis der deutsche Imperialismus ein für allemal vernichtet ist. Und wer glauben würde, dass es sich für die Führer nur um eine vorübergehende Politik handelt, der lese die Artikel *Herves*, die Reden von *Thomas*, *Jouhaux*, *Semlat*, in denen die Solidarität der Klassen auch in Zukunft propagiert wird.

In *Deutschland* unterstützt die Mehrheit der Parteiführer den Imperialismus nicht nur, sondern sie hat sich in dem Junibeschluss des Parteiausschusses von 1915 ein imperialistisches Programm zugelegt. Sie hat den politischen wie gewerkschaftlichen Kampf vollkommen aufgegeben und begnügt sich mit Eingaben und Verhandlungen. Wenn angesichts dessen ein *Cunow* den Arbeitern im „*Hamburger Echo*“ (vom 12. Juni) vorhält, „die Wahrnehmung (der Klasseninteressen) könne gar nicht ‚inhibiert‘ werden, da sie ein Lebelement der heutigen Gesellschaft seien“, so ist das wahr, nur handelt es sich darum, dass die offiziellen Partei- und Gewerkschaftsinstanzen diese Wahrnehmung der Arbeiterinteressen „inhibiert“ haben, so dass sich ihrer andere annehmen müssen. Denn wenn er unter Berufung auf die parlamentarischen Proteste der Sozialpatrioten gegen die Teuerung usw. sagt, nicht der Klassenkampf, sondern nur „bestimmte Formen“ seien einstweilen aufgegeben, so trifft das nicht zu. Wenn man jeden Druck der Arbeitermassen auf ökonomischen und politischen Gebieten ausschaltet, ja ihm entgegenwirkt, so sind die Proteste im Parlament auch kein Klassenkampf. Und wieder erklären die konsequentesten Vertreter der Mehrheit – die Führer der Partei wie der Gewerkschaften – es handle sich nicht um eine vorübergehende Kriegspolitik, sondern der Krieg habe das Wesen der Partei ans Licht gebracht. Sie sei schon früher eine reine Reformpartei gewesen, nur habe sie sich die radikalen Phrasen nicht abgewöhnen können. Nach der Praxis der zwei Kriegsjahre werde sie jedoch einsehen müssen, dass man nur durch ein Zusammengehen mit dem Liberalismus, nur durch eine ruhige parlamentarische und gewerkschaftliche Reformarbeit vorwärtskommen könne, wobei das Proletariat sich mit der Bourgeoisie dem Auslande gegenüber als ein einig Volk von Brüdern fühlen und somit allen imperialistischen Notwendigkeiten (Rüstungen, Kolonialpolitik) zustimmen müsse.

Selbst in *Russland*, was man am Anfang des Krieges für unmöglich gehalten hätte, hat ein Teil der sog. Menschewiks (so die bekannten Parteischriftsteller *Maslow*, *Potresow*, *Wera Sasulitsch*, *Plechanow*) alles getan, um einen Teil der Arbeiter in die Kriegskomitees zu treiben, wo jetzt die *Gwozdieffs* nicht nur dafür sorgen, dass der Zar möglichst viel Munition bekommt, sondern Huldigungstelegramme an die Generäle absenden. Alles das natürlich in der Hoffnung, dass man es durch eine derartige Politik leichter haben werde, irgendwelche Zugeständnisse zu ergattern. Die Freiheit, die die russischen Arbeiter im Kampfe gegen die zarischen Bajonette bisher nicht erobert haben, hofft man durch Fabrikation der Bajonette zu ergattern. In dem Sammelwerk, das diese Politik begründet und das „*Selbstverteidigung*“ heißt, erklären die Führer, dass, wenn die westeuropäischen Arbeiter, die 50 Jahre Sozialisten sind,

sozialpatriotische Politik treiben, so wäre es eine Anmaßung, wenn die junge russische Arbeiterbewegung dies als Verrat am Sozialismus bezeichnen würde.

So sieht die Politik der Sozialpatrioten und Sozialimperialisten in den hauptsächlichsten kriegführenden Ländern aus. Ihre gemeinsamen Kennzeichen sind: 1. vollkommenes Aufgeben des Klassenkampfes, 2. Unterstützung des Krieges unter der Losung der Landesverteidigung, obwohl man weiß, dass man im Falle des Sieges keine Kraft haben wird, den imperialistischen Expansionsdrang einzudämmen, 3. die wachsende Erkenntnis, dass es sich nicht um eine vorübergehende Abirrung von der bisherigen Politik handelt, sondern um den Anfang einer neuen Politik des Zusammengehens mit der Bourgeoisie. Da die Politik des Sozialpatriotismus im Widerspruch steht mit den Grundsätzen des Sozialismus, die nach einem genialen Worte von Engels nichts anderes darstellen als die „Lehre von den Bedingungen der Befreiung des Proletariats“, so hat sich dieser Politik ein Teil der Internationale auch in den kriegführenden Ländern entgegengestemmt. So die Unabhängige Arbeiterpartei Englands, die italienische Sozialdemokratie, die serbischen und bulgarischen Genossen, die polnische Sozialdemokratie, die russischen radikalen Sozialdemokraten (Bolschewiks). Aber auch in der deutschen und französischen Arbeiterbewegung gab es unter der Führerschaft selbst an dem historischen Tag des Zusammenbruches einen Teil, dem es klar war, dass die neue Politik das Ende des Sozialismus bedeutet. Verblüfft, durch den Zusammenbruch Partei vollkommen überrumpelt, haben sie sich ihm am 4. August nicht entgegengestemmt. Sie haben dadurch den Prozess des Wiedererwachens verlangsamt. Aber ein Teil von ihnen suchte den Schaden gut zu machen, indem er sich sofort an die Massen wandte und sie gegen die Mehrheit der Führer aufzurütteln versuchte. So haben sich allmählich zu den dem Sozialismus treugebliebenen Parteien Minoritäten von gleichgesinnten Genossen in den Ländern gesellt, wo die Mehrheit der Parteiführer die Bourgeoisie unterstützt. Sie haben sich später in Zimmerwald zu einer internationalen Aktionsvereinigung zusammengeschlossen. In England führen die beiden sozialistischen Parteien den Kampf weiter. In *Frankreich* besteht eine aus den revolutionären Gewerkschaftlern und Sozialdemokraten gebildete Aktionsgemeinschaft. In *Italien* kämpft die Partei als Ganzes. Die Lage in *Deutschland* ist den Lesern bekannt. Wir brauchen nicht zu beweisen, dass die Partei in zwei Lager praktisch zerklüftet ist und dass die Opposition in der Partei mit jedem Tage wächst. In Russland sind die Bolschewiks tätig.

Diese Sachlage bedeutet: *sachlich besteht schon heute die Spaltung, im internationalen, wie im nationalen Maßstabe.* Was kann die radikale russische Sozialdemokratie oder die italienische Partei gemeinsam mit dem deutschen oder französischen Parteivorstand unternehmen? Nichts. Sie treiben entgegengesetzte Politik. Die einen kämpfen gegen ihre Regierungen, die anderen bilden deren politische Stütze. Und ebenso ist es in den einzelnen Parteien, in denen die Politik der „Oppositionen“ im strikten Gegensatz zu denen der offiziellen Instanzen steht. Diese Tatsache wird verhüllt dadurch, *dass die Menschen noch nicht überall und nicht mit genügender Schärfe die Sprache der Tatsachen verstehen.* Ein Teil der an Zimmerwald angeschlossenen Parteien glaubt noch, dass sich die „irrenden Brüder“ zurechtfinden. Diese Parteien fordern immer wieder den Zusammentritt des bankerotten Internationalen Sozialistischen Bureaus im Haag, um durch eine Aussprache eine Verständigung der Sozialpatrioten herbeizuführen. Gleichzeitig hofft ein Teil der Opposition – in Deutschland und Frankreich, den ausschlaggebenden Ländern wird es wohl die Mehrheit der oppositionellen Führer sein – dass die sozialdemokratischen Parteien als Ganzes sich noch zurechtfinden werden. Die Folgen des Krieges werden schließlich auch die Führer zum Umschwenken zwingen. Wer von ihnen so sehr „umgelernt“ hat, dass ihm der Rückweg verlegt bleibt, der wird eben draußen bleiben: aber das wird nur eine unbedeutende Absplitterung sein. Andere wieder sehen zwar klar, dass die Spaltung unvermeidlich ist, aber sie halten es für verfrüht, dies auszusprechen, um die Massen, die an der Einheit der Organisation hängen, nicht vor den Kopf zu stoßen, bevor ihnen

die eigenen Erfahrungen die Unmöglichkeit der organisatorischen Einheit mit den Sozialpatrioten beweisen. Wir halten die Spaltung (*im nationalen wie internationalen Maßstabe*) nicht nur für unvermeidlich, sondern für eine Vorbedingung des wirklichen Wiederaufbaus der Internationale, des Wiederaufwachens der proletarischen Arbeiterbewegung. Wir halten die Vorenthaltung dieser unserer tiefen Überzeugung den Arbeitermassen gegenüber für unzulässig und schädlich. Wir wollen unsere Überzeugung in den folgenden Artikeln begründen und fordern unsere Gegner auf, uns nicht mit moralischen Beschwörungen oder Verwünschungen zu kommen, sondern unsere Darstellung der Frage sachlich Punkt für Punkt zu widerlegen.

Wir beginnen mit der Frage von dem *sozialen Hintergrund der Spaltungen in der Arbeiterbewegung überhaupt, wie der jetzigen Spaltung der Internationale.*

Der Anarchismus und die Internationale.

Der Zusammenbruch der Internationale hat natürlich in vielen Köpfen die größten Verwüstungen verursacht. Die Gefahr der chauvinistischen Verseuchung auf der einen, der anarchistischen auf der andern Seite ist jetzt zweifelsohne größer als früher. Denn bis die Ereignisse den Volksmassen ebenso sehr die Unmöglichkeit eines Fortschrittes auf dem Wege einer Anpassung an die imperialistische Politik, wie ihrer Bekämpfung durch anarchistische Mittel, zeigen werden, wird eine Periode der Irrungen und Wirrungen in der internationalen Arbeiterbewegung platzgreifen, und mancher wird daran irre werden, was er bisher für richtig gehalten hat. Allen diesen Gefahren gilt es ständig entgegenzutreten. Wir ergreifen daher gern die Gelegenheit, dem anarchistischen Versuch, die Arbeiterklasse der Sozialdemokratie abspenstig zu machen, entgegenzuwirken. Sie wird geboten durch eine in Kopenhagen erschienene anarchistische Broschüre „*Die Sozialdemokratie und der Krieg*“ von Paul Schreyer. Trotz des Namens des Verfassers ist die Broschüre ruhig und sachlich geschrieben, so dass man sie wohl der Antwort würdigen kann.

Die Mitglieder der Internationale, die ihren jetzigen Zustand für einen völligen Zusammenbruch halten, behaupten, es handle sich nicht um einen Bankerott der sozialdemokratischen Grundsätze, sondern um die Liquidierung einer Epoche der internationalen Arbeiterbewegung. Kein einziger Grundsatz der Internationale, die im Marxismus ihren geistigen Ausdruck hat, habe sich in der großen Krise, die wir erleben, als unrichtig gezeigt. Nur die Taktik, wie sie sich nach dem französisch-deutschen Kriege herausgebildet hat, war den an die Arbeiterbewegung gestellten Anforderungen nicht gewachsen. Und in den taktischen Auffassungen, zu denen sich der linke Flügel der Sozialdemokratie in den taktischen Kämpfen der letzten fünf Jahre durchgerungen hat, sehen sie die Grundlage der dritten Internationale, die jetzt im Zeitalter des Imperialismus entstehen wird. Ganz anders der Verfasser der anarchistischen Broschüre: er verkündet den Bankerott der sozialdemokratischen Auffassungen.

Der Marxismus sieht in der Entwicklung der Wirtschaftsverhältnisse, in der ununterbrochenen Steigerung der Produktivität die Grundlage der zukünftigen sozialistischen Gesellschaft. Der Sozialismus wird erst möglich sein, wenn der Kapitalismus die Produktivität der menschlichen Arbeit aufs höchste gesteigert hat. Der Imperialismus ist die Form der Ausbreitung des Kapitalismus, der Steigerung der Produktivität in der ganzen Welt.

„Daraus ergibt sich, sagt der Verfasser, nun als logische Forderung, dass der Mensch oder die Partei, die den Sozialismus will, darauf hinarbeiten muss, dass die imperialistischen Tendenzen sich möglichst schnell entwickeln können, um so ihren Zusammenbruch zu beschleunigen. Baut nun die Sozialdemokratie ihre Anschauungen auf obige Lehren des Marxismus auf, so ist es nicht zu verwundern, wenn sie auch den Weltkrieg unterstützt. Denn liegt

derselbe zunächst zwar im unmittelbaren Interesse des Imperialismus, so ist seine weiterliegende Folge doch (in Konsequenz marxistischer Lehren) ein Näherrücken des Sozialismus.“

Da aber der Verfasser die jetzige Politik der sozialdemokratischen Parteien Deutschlands, Frankreichs, Osterreichs als den Interessen der Arbeiterklasse zuwiderlaufend hält, sieht er ihr den Bankerott der *Grundlehre* des Marxismus.

Nur dass er nicht den Marxismus mit seiner Philippika trifft, sondern ein *Zerrbild des Marxismus*, wie es in den Köpfen seiner revisionistischen und anarchistischen Kritiker herumspukt.

„Solange der Kapitalismus noch nicht das Stadium der Entwicklung erreicht hat, wo er sich selbst aufzugeben im Begriff ist, verfügt er noch über die Macht, und sein Gegenpol, der Sozialismus, ist ihm unterlegen... Dem Kapitalismus zu helfen, die letzte höchste Stufe zu erklimmen, bis er sich selbst auflöst, ist Aufgabe des Sozialismus.“

So hat seinerzeit das Harburger Parteiblatt die Aufgabe des Sozialismus definiert und es mag sich mit dem anarchistischen Kritiker auseinandersetzen, ob der Weltkrieg ein Triumph oder eine Niederlage dieser Theorie ist. Der Marxismus aber hat mit der ganzen Sache nichts zu tun. Als Marx vor zirka 70 Jahren die Grundlagen zu seiner Theorie legte, stand der Kapitalismus noch in seinen Anfängen. Aber Marx fiel es nicht ein, seine Aufgabe könne darin bestehen, dem Kapitalismus helfen, seine höchste Stufe zu erklimmen. Diese Aufgabe überließ er getrost den Kapitalisten, und er ging an die Arbeit der Organisierung und Aufklärung des Proletariats zur Schulung seiner historischen Aufgabe; denn er war niemals so töricht anzunehmen, der Kapitalismus werde sich jemals selbst „aufgeben“. Die Entwicklung des Kapitalismus schafft nur die wirtschaftliche Möglichkeit des Sozialismus. Damit dieser zur Wirklichkeit wird, muss es eine soziale Macht geben, die durch ihren Kampf die Widerstände der an der Erhaltung des Kapitalismus interessierten Klassen bricht. Die Arbeiterklasse kann sich zu dieser Macht nur in einer langen Periode der Kämpfe ausbilden, in der sie die zur Leitung der Produktion nötigen geistigen Kräfte entwickelt. Auf Grund der Erfahrungen der Kommune sprach doch Marx aus, dass die Arbeiterklasse nicht imstande ist, die kapitalistische Staatsmacht direkt und fertig zu übernehmen, ohne sich dazu in langdauernder Arbeit vorbereitet zu haben. *Der Marxismus war niemals eine Theorie, die die Arbeiterschaft lehren sollte, wie sie den Kapitalismus entwickelt, sondern wie sie sich im Kampfe gegen den Kapitalismus entwickelt.* Wenn der Marxismus dabei lehrte, dass jeder Versuch der Zurückschraubung der Entwicklung zu vorkapitalistischen Verhältnissen, wie es z. B. die Zerstörung der Maschinen oder die künstliche Konservierung des Handwerks war, schädlich ist, so hatte dies nichts mit der Unterstützung des Kapitalismus gemein, sondern es war die Bekämpfung einer Politik, die den Prozess der kapitalistischen Entwicklung nur verlängern konnte.

Aber wir leben heute nicht anno dazumal, der Kapitalismus tut jetzt nicht die ersten Schritte, sondern er hat ein Jahrhundert der Entwicklung in West- und Mitteleuropa hinter sich, während welcher Zeit er in diesen Ländern zur Blüte gelangte. Muss nun die Arbeiterklasse mit dem Kampf um den Sozialismus warten, bis der Kapitalismus sich die ganze Welt unterworfen hat? Ist der Sozialismus nur dann möglich, wenn der letzte Tunguse in Sibirien und der letzte Basuto in Afrika Fabrikproletarier und eingeschriebenes Mitglied der tungusischen resp. basutischen Sozialdemokratie wird? Der Imperialismus selbst widerlegt durch seine Existenz eine solche Auffassung der Geschichte. Denn er stellt doch einen Versuch dar, Wirtschaftsweisen dem Kapitalismus zu unterwerfen, die im Zeitalter des Kapitalismus nicht nur auf vorkapitalistischer, sondern selbst vorfeudaler Stufe sich befinden. Also kennt die Geschichte ein Nebeneinanderbestehen verschiedener wirtschaftlicher Stufen: wenn der Feudalismus nicht dem Kapitalismus in Europa erst dann Platz machte, bevor er ganz Asien und

Afrika ergriff, wenn der Kapitalismus sich zur Blüte entfalten konnte, bevor selbst die vorfeudale Wirtschaft restlos verschwand, warum sollte der Sozialismus in den kapitalistischen Staaten nicht möglich sein, bevor der Kapitalismus seinen Siegeszug beendet hat? Marx und Engels hielten es für möglich, dass, falls der Sieg des Sozialismus in Westeuropa stattfinden würde, bevor Russland von der kapitalistischen Entwicklung ergriffen wäre, Russland die Möglichkeit hätte, sich den Weg der kapitalistischen Entwicklung zu ersparen. Karl Kautsky entwickelt in seinem Büchlein „Sozialismus und Kolonialpolitik“, in dem er die Frage von der Notwendigkeit des Überganges aller Länder durch den Kapitalismus untersucht – es war im Jahre 1907 – ganz ähnliche Gedanken (S. 59). Die Ausführungen Kautskys bilden bis auf den heutigen Tag die Grundlage der Haltung der Marxisten dem Imperialismus gegenüber. Die Theorie des Marxismus hat also mit den vom Anarchisten Schreyer gezeißelten Sünden nichts zu tun. Sie bleibt von seiner Kritik unberührt. Das Unglück Schreyers besteht darin, dass er die Ansichten der Kritiker des Marxismus, Davids, van Kols usw., für die des Marxismus hält.

Aber schau wir uns die anderen geborstenen Säulen des Marxismus an.

Die Jugendbewegung in Hamburg.

Die Jugendbewegung in Hamburg leidet noch immer unter den Wirren, die mit dem Beschluss vom 3. März, die Tätigkeit der Organisation wegen Geldmangels „zeitweise einzustellen“, ihren Höhepunkt erreichten. Die Jugend hat sich bekanntlich durch die Gründung einer freien Jugendorganisation geholfen, deren Tätigkeit nur eine Fortsetzung der alten Organisation ist. Außer den Beiträgen der Jugendlichen gehen auch aus den Kreisen der erwachsenen Arbeiter laufend kleinere und größere Beiträge ein. Die Ortsgruppe des Freidenkerbundes gab Mk. 300.–, eine der beiden Verwaltungsstellen des Transportarbeiterverbandes, (Hausdiener, Kontorboten und Packer) ebenfalls Mk. 300.– und neuerdings die Ortsgruppe des Vereins der Naturfreunde Mk. 100.–. Die Verwaltungsstelle des Transportarbeiterverbandes hatte einstimmig zwei Resolutionen angenommen, die sich gegen die Auflösung der Jugendorganisation und dagegen richteten, dass Parteivorstände und Kartellkommission mit 21 gegen 18 Stimmen beschlossen hatten, der „Sonderorganisation“ das Gewerkschaftshaus nicht zur Verfügung zu stellen. Das Hamburger Echo hatte den Bericht aus der Transportarbeitserversammlung und den Abdruck der Resolutionen abgelehnt. Bald mehrten sich die Proteste aus der Partei und den Gewerkschaften. Die Mitgliederversammlungen der Holzarbeiter und der Handlungsgehilfen nahmen Entschließungen an, die sich gegen die Beschlüsse der kombinierten Vertreterversammlung aussprachen. Die Vertreterversammlung hatte auch beschlossen, dass die Zentralkommission für das Arbeiterbildungswesen, die sich aus je drei Vertretern der Partei, der Gewerkschaften und der Jugendorganisation zusammensetzte, aufzulösen sei und dass Parteivorstände und Kartellkommission „nach Möglichkeit und Bedarf Vorträge im Gewerkschaftshause“ veranstalten sollten. Ein neu eingesetzter Bildungsausschuss, in dem die Jugend nicht vertreten ist, lud zum 30. April zu einer Veranstaltung nach dem Gewerkschaftshause ein. Neben einem bekannten Rezitator war Schulz (Berlin) als Redner erschienen. Eine Liedertafel vervollständigte das Programm. Der Besuch durch Jugendliche war sehr schwach. Die Jugendorganisation hatte an ihre mehr als 30 Abteilungen ein Zirkular gerichtet, dass sie diese Veranstaltung nicht empfehlen könne; die Abteilungen sollten ihre üblichen Veranstaltungen nicht unterbrechen. Darauf verweigerte auch das Hamburger Echo die Wiederholung einer Anzeige, in der zur jährlichen großen Jugendfeier am 7. Mai eingeladen wurde. Dennoch war Hamburgs größter Saal (Sagebiel) am 7. Mai von etwa 3000 Personen gefüllt. Die Jugendlichen hatten das Programm selbst aufgebaut und bestritten es selbst bis auf die Ansprache und ein Klaviersolo. Ein am 1. Juni veranstaltetes Treffen der Jungwanderer im oberen Alstertal vereinigte 1200 Jugendliche. Seit Anfang April kommt ein monatliches Mitteilungsblatt heraus.

Von Anfang Mai ab werden aus Parteikreisen Einigungsversuche unternommen. Die Jugendorganisation hat Verhandlungen zugestimmt, die die Erhaltung der alten Organisation (unter Ausschluss der Zuschlüsse) zur Voraussetzung hätten. Die Vorstände hatten am 17. Mai ebenfalls Verhandlungen zugestimmt. Trotzdem wurde in Altona und Ottensen versucht, die seit 1909 geeinte Jugendbewegung zu sprengen und dort besondere Gruppen zu bilden. Im Hamburger Echo No. 127 wurde in diesem Zusammenhang gegen „eine gewisse Richtung“ polemisiert und behauptet, diese Richtung habe „die erwachsenen Arbeiter als Feinde der Jugend hingestellt“. Die Jugendorganisation will unter allen Umständen an der seit Bestehen der Bewegung bewährten Form der Selbstverwaltung festhalten. Dagegen wird geschrieben: „In unserer Jugenderziehung aber wollen wir uns hüten vor dem widerlichen Massenbyzantinismus, der seine schlimmste Steigerung erfährt, wenn er zum Jugendbyzantinismus wird. „Schweifwedelei vor der Jugend“ wird der „Richtung“ vorgehalten. Schließlich noch die Blüte: „In der Menschheit bilden die Urteilsfähigen und Charaktervollen leider eine Minderheit.“ Aber trotzdem man pädagogische Heiligtümer mit alten, sehr alten Ladenhütern gegen das allgemeine Wahlrecht durcheinandermengt und offenbar nicht übel Lust zeigt, die Debatte über Massen und Führer (wie zeitgemäß!) wieder aufleben zu lassen, „zieht“ das alles nicht. Die gewohnte Arbeit in der Jugendorganisation nimmt ihren Fortgang. Die Sprengungsversuche sind vorläufig an dem Widerstand der Jugendlichen gescheitert. Sie schwören halt auf die Einheit der Bewegung. Nun brachten die Vorstände in den ersten Tagen des Juni zur Verteidigung ihrer Maßregeln eine in großer Auflage gratis verteilte Schrift „zur Aufklärung“ heraus, an die sich nun abermals Auseinandersetzungen knüpfen. Da die einfachsten Tatsachen aber so laut gegen das Geschwätz von der „Sonderorganisation“ sprechen, wird wohl alles Bohren und Wühlen nichts daran ändern, dass die auf eine schöne zehnjährige Entwicklung zurückblickende Jugendorganisation in Hamburg-Altona nicht „zeitweise eingestellt“, sondern durch den Krieg erhalten wird. Die Kreisgeneralversammlung im dritten Hamburger Wahlkreis, die im Übrigen ihren zur „erweiterten Minderheit“ zählenden Abgeordneten Heinrich Stubbe deckt, hat am 4. Juni gegen vereinzelte Stimmen doch einem Antrag zugestimmt, nach dem der Jugendorganisation das Gewerkschaftshaus wieder zur Verfügung gestellt werden soll. Damit ist der Beschluss allerdings noch nicht ausgeführt. Zwar repräsentiert nach den jetzt so geläufigen Auffassungen die Kreisgeneralversammlung des großen 3. Wahlkreises mehr organisierte Sozialdemokraten als die übrigen Kreise zusammengenommen. Aber die Instanzen sprechen das entscheidende Wort – das heißt, vorläufig. Die Mitglieder sind in dieser äußerst wichtigen Angelegenheit heute noch nicht gefragt.

Soweit der Bericht. Der Mensch ist in gewissem Sinne ein Tier, oder wenn man es feiner ausdrückt: ein Stück Natur. Als solches hat er Frühling, Sommer, Herbst und Winter – wenn alles gut geht. Und solange Frühling ist, solange ist kein Sommer, und solange Sommer ist, solange ist kein Herbst; das merkt euch besonders, ihr lieben jungen Leute. Denn die Folge von alledem ist, dass – unsere Jugendbewegung (sie lebe!) unpolitisch sein muss. Die Jugendbewegung ist nämlich auch ein Stück Natur. ...

Dieses „wundervolle Gleichnis machte zweifellos einen tiefen Eindruck“ berichtet die „Arbeiterjugend“ über die Rede des Genossen Schulz auf der Hamburger Frühlingsfeier. Der langen Rede kurzer Sinn: die Jugend ist ebenso unreif, wie der Kapitalismus unreif ist. Nur die Logik des Genossen Schulz ist reif, sogar überreif.

Aus unserm politischen Tagebuch.

6. Juli.

Die Frage: Was wird mit Mexiko? steht wieder einmal auf der weltpolitischen Tagesordnung. Kommt es zum Kriege mit den Vereinigten Staaten oder nicht? In den Zeitungen findet sich das übliche Nachrichtenwirrwarr. So oder so, eins steht fest: über kurz oder lang wird der Yankeestaat seinen südlichen Nachbarn so in seine Netze verstrickt haben, dass ein Befreien unmöglich sein wird. Die Folge? Es wird auch hier lediglich der Samen gesät, aus dem nach dem Kriege neue imperialistische Händel erwachsen und die Welt in Atem halten werden. („Der Ideologe denkt und der Krämer lenkt. Tragische Ironie der Weltgeschichte!“ schrieb Marx in der Neuen Rheinische Zeitung).

*

8. Juli

Belgische Expansionspolitiker (es soll auch solche geben) haben sich jüngst über ein nach dem Kriege zu schaffendes „Größerbelgien“ unterhalten. Deutsche Zeitungen haben die Äußerungen der „belgischen Annexionisten“ registriert, und das ist wieder dem Grafen Reventlow von der Deutschen Tageszeitung auf die Nerven gefallen. „Es stimmt auch wahrlich nicht zur Größe und Stellung des Deutschen Reiches“, ruft er, sich mit diesen Dingen wichtig abzugeben! ... Belgien ist als Staat eine geschichtliche Erinnerung. Eine Nation ist es nie gewesen. Bis auf einen ganz kleinen Teil belgischen Gebiets ist der Boden des früheren belgischen Staates seit mehr als anderthalb Jahren durch die deutschen Heere besetzt und untersteht deutscher Verwaltung

*

10. Juli.

Nichts amüsanter, als wenn die Sozialpatrioten den Arbeitern die Verdorbenheit der Sozialpatrioten „von drüben“ entgegenhalten. Die (geschäfts)tüchtige IK.-Korrespondenz merkt in ihrem Eifer natürlich nicht, dass, wenn sie den Chauvinisten Herve zitiert, sie sich selbst mang die Backenzähne haut. Aber die Arbeiter lassen sich nicht gruselig machen; sie wissen: die Politik Herves gleicht der der IK. wie ein Ei dem andern, nur dass die eine in Frankreich, die andere in Deutschland gemacht wird. Was sich vom internationalen Standpunkt aus gleichbleibt.

Feuilleton

Von Kriegen und Rechtsgelehrten.

Aus dem „Gulliver“ von Jonathan Swift.

Der Leser muss gütigst beachten, dass der folgende Auszug vieler Gespräche, die ich mit meinem Herrn hielt, den Inbegriff der wesentlichsten Punkte enthält, die ungefähr zwei Jahre lang zu verschiedenen Malen besprochen wurden. Seine Gnaden verlangte nämlich häufig eine genügende Auskunft, nachdem ich in der Hauyhnhnmsprache größere Fortschritte gemacht hatte.

Ich stellte meinem Herrn so gut wie möglich den ganzen Zustand von Europa dar; ich sprach von Handel und Manufakturen, von Künsten und Wissenschaften, und die Antworten, die ich ihm auf alle Fragen gab, welche bei den verschiedenen Gegenständen sich darboten, lieferten unerschöpflichen Stoff zum Gespräch. Ich werde hier jedoch allein die Hauptsache von demjenigen niederschreiben, was mein Vaterland betrifft, indem ich es so gut wie möglich

ordne, wobei ich jedoch auf Zeit und andere Umstände wenig Rücksicht nehme und mich allein streng an die Wahrheit halte.

Um den Befehlen Seiner Gnaden zu gehorchen, erzählte ich Ihr deshalb die Revolution unter dem Prinzen von Oranien, den langen Krieg mit Frankreich, welchen der genannte Fürst begann, und den seine Nachfolgerin, die gegenwärtige Königin (Anno 1702–1714) erneuerte; wie alle großen Mächte der Christenheit daran teilnahmen und wie er jetzt noch fortgesetzt wird (der spanische Erbfolgekrieg 1701–1714; in diese Zeit verlegt der große englische Satyriker seine geistreiche Erzählung). Ich berechnete auf seine Bitte, dass ungefähr eine Million Yähus im Verlaufe derselben umgekommen seien, ungefähr hundert Städte oder eine größere Anzahl, sei eingenommen und fünfmal so viel Schiffe verbrannt oder versenkt worden.

Mein Herr fragte mich alsdann, welche Beweggründe dergleichen Kriege gewöhnlich bewirkten. Ich erwiderte, die Ursachen seien unzählig; ich würde nur einige der hauptsächlichsten erwähnen. Bisweilen würden Kriege durch Fürsten bewirkt, welche niemals glaubten, dass sie Land und Leute genug zu beherrschen hätten; bisweilen auch durch die Verderbnis der Minister, welchen ihren Herrn in einen Krieg verwickelten, um das Geschrei der Untertanen über eine schlechte Regierung zu ersticken, oder demselben eine andere Richtung zu geben; Verschiedenheit der Meinungen haben mehrere Millionen Leben gekostet, ob Fleisch Brot oder Brot Fleisch sei; ob der Saft einer gewissen Beere in Blut oder Wein bestehe; ob man das Pfeifen als Laster oder Tugend annehmen müsse, ob es besser sei, einen Pfahl zu küssen oder in das Feuer zu werfen; wie man sich am besten bekleiden müsse, schwarz, weiß, rot oder grau; ob der Rock lang oder kurz, eng oder weit, schmutzig oder reinlich sein solle. Auch seien keine Kriege so wütend und blutig und dauerten so lange, wie diejenigen, welche durch Verschiedenheit der Meinungen erregt würden, besonders wenn die streitigen Gegenstände unbedeutend seien.

Bisweilen entstehe der Zank zwischen zwei Fürsten, um zu entscheiden, welcher von ihnen einen Dritten außer Besitz, in Betreff seiner Länder, setzen solle, wo jedoch keiner auf ein Recht Anspruch machen dürfe; bisweilen zanke der eine Fürst mit dem andern aus Besorgnis, dieser werde Zank mit ihm anfangen; bisweilen, weil er zu schwach sei; bisweilen fuhr ich fort, wollen unsere Nachbarn etwas haben, was wir besitzen, oder sie besitzen die Dinge, die wir haben wollen, und dann kämpfen wir beide, wie sie unsere Dinge nehmen oder wir die ihrigen haben. Es ist eine leicht zu rechtfertigende Ursache des Krieges, ein Land anzugreifen, wenn das Volk durch Hungersnot geschwächt, durch Pest zerstört und durch bürgerlichen Parteikampf verwirrt ist. Es ist leicht zu rechtfertigen, wenn wir unsern nächsten Alliierten den Krieg erklären, sobald eine seiner Städte für uns sich eignet, oder wenn ein Landstrich eine solche Lage hat, dass er unsere Besitztümer abgerundet und zusammenhängend macht. Wenn ein Fürst seine Streitkräfte einer Nation sendet, wo das Volk arm und unwissend ist, so darf er mit Recht die eine Hälfte töten und die andere zu Sklaven machen, um sie zu zivilisieren und sie von ihrer barbarischen Lebensweise abzubringen. Es ist ferner, im Fall ein Fürst die Hilfe eines andern nachsucht, um sich vor fremden Angriff zu retten, ein königliches, ehrenvolles und häufiges Verfahren, dass der Bundesgenosse, wenn er den angreifenden Feind vertrieben hat, das Land für sich selbst in Besitz nimmt und den erretteten Fürsten tötet, verhafte oder verbannt. Verbindung durch Blutsverwandtschaft oder Ehe ist eine häufige Ursache zu Kriegen zwischen Fürsten, und je näher die Verwandtschaft ist, desto größer ist auch die Neigung zu Zwist. Arme Nationen sind hungrig, reiche sind stolz; Hunger und Stolz wird stets miteinander in Streit geraten. Deshalb wird das Handwerk eines Soldaten für das ehrenvollste von allen gehalten. Ein Soldat ist nämlich ein Pähu, der gemietet wird, so viele Individuen seiner Gattung wie möglich, die ihn nie beleidigt haben, mit kaltem Blute zu töten.

Es gibt ferner eine Art bettelhafter Fürsten in Europa welche nicht selbst imstande sind, Kriege zu führen, und deshalb ihre Truppen an reichere Nationen für einen bestimmten Sold vermieten. Davon behalten sie drei Viertel für sich selbst, und dies ist das beste Einkommen für ihren Unterhalt. Dergleichen gibt es in mehreren Teilen Europas.

Mein Herr erwiderte: Was Ihr mir über den Krieg gesagt habt, zeigt wirklich auf bewunderungswürdige Weise, dass ihr der Vernunft entbehrt, worauf ihr dennoch Anspruch macht; es schein jedoch ein glücklicher Umstand, dass die Scham größer ist als die Gefahr, und dass die Natur euch so gebildet hat, dass ihr nicht viel Unheil anrichten könnt. Da nämlich euer Mund flach am Gesichte liegt, so könnt ihr, ohne gegenseitige Einwilligung, einander nicht beißen. Eure Klauen ferner, an euren Vorder- und Hinterpfoten sind so kurz und weich, dass einer unserer Pähus ein Dutzend der euren vor sich hertreiben kann. Berechne ich deshalb die Anzahl derjenigen, die ihr als in einer Schlacht getötet anführtet, so muss ich glauben, dass ihr etwas gesagt habt, was nicht existiert.

Ich konnte es nicht unterlassen, über seine Unwissenheit den Kopf zu schütteln und ein wenig zu lächeln. Da ich nun selbst in der Kriegskunst nicht unbekannt war, gab ich ihm eine Beschreibung von Kanonen, Feldschlangen, Musketen, Karabinern, Kugeln, Pistolen Pulver, Degen, Schlachten, Belagerungen, Rückzügen, Angriffen, Minen, Kontreminen, Bombardements, Seeschlachten, Schiffen mit tausend Mann, die untergingen, zwanzigtausend Mann, die auf beiden Seiten fielen, dem Wimmern der Sterbenden, Gliedern, die in die Luft auflögen; von Rauch, Lärm, Verwirrung, wie Menschen durch Pferdehufe zertreten würden, von Flucht, Verfolgung, Sie wie die Felder alsdann mit Leichen besät seien, welche als Futter für Wölfe, Hunde und Raubvögel liegen blieben; vom Plündern, Berauben, Notzüchten, Verbrennen und Zerstoren.

Um die Tapferkeit meiner teuren Landsleute darzulegen, fügte ich hinzu: ich habe gesehen, wie sie hundert Feinde bei einer Belagerung auf einmal in die Luft sprengten und dieselbe Zahl auf einem Schiffe; die toten Körper seien stückweise von den Wolken, zur großen Ergötzung der Zuschauer, herabgefallen.

Ich wollte noch mehr Einzelheiten hinzufügen, als mein Herr mir zu schweigen befahl. Er äußerte: Jeder, welcher mit der Natur des Pähus bekannt sei, werde bei einem so elenden Tier alles, was ich gesagt habe, für möglich halten, wenn Körperkraft und List ihrer Bosheit gleichkämen. Während nun aber mein Vortrag seinen Abscheu gegen das ganze Geschlecht vermehrt habe, sei dadurch zugleich in seiner Seele ein störendes Gefühl entstanden, das er bis jetzt durchaus nicht gekannt habe. Er glaubte, seine Ohren möchten sich allmählich an so schändliche Worte gewöhnen und sie dann auch mit 55 geringerem Abscheu anhören; obgleich er die Dähus dieses Landes hasse, tadle er sie nicht mehr wegen ihrer Eigenschaften als einen Gnnayh (Raubvogel) wegen seiner Grausamkeit, oder einen scharfen Stein, weil derselbe seinen Huf ritze. Wenn aber ein Geschöpf, welches Anspruch auf Vernunft mache, Fähigkeit zu solchen Scheußlichkeiten besitze, so besorge er, die Verderbnis dieser Eigenschaften werde noch schlimmer sein als die bloß tierische Rohheit. Er sei deshalb vollkommen überzeugt, dass wir, anstatt der Vernunft, nur irgendeine Eigenschaft besäßen, welche sich dazu eigne, unsere natürlichen Laster zu vermehren, so wie der Widerschein einer gestörten Wasserfläche das Bild eines schlecht gebildeten Körpers nicht allein größer, sondern auch verdreht wiedergebe.

Er fügte hinzu: Sowohl in dieser als in anderen Unterredungen habe er schon zu viel über Krieg gehört. Jetzt könne er noch einen anderen Punkt nicht recht begreifen. Ich habe ihm gesagt, einige Matrosen meiner Mannschaft hätten ihr Vaterland verlassen, weil sie durch das Recht ruiniert seien. Ich habe ihm die Bedeutung des Wortes schon erklärt, er könne jedoch

nicht begreifen, wie das Gesetz, welches man doch zur Erhaltung Aller bestimme, irgend Jemand zu Grunde richten könne. Deshalb wünsche er, ich möge, ihm eine weitere Erklärung von dem geben, was ich unter Recht und unter denjenigen verstehe, welche davon entbänden, und zwar nach dem gegenwärtigen Verfahren in meinem Vaterlande. Er glaube, Natur und Vernunft seien vernünftigen Tieren genügende Führer, und wir machten ja auf Vernunft sehr viel Anspruch. Beide zeigten uns ja, was wir tun und vermeiden müssten.

Ich gab Seiner Gnaden die Versicherung, das Recht sei eine Wissenschaft, wovon ich nicht viel erlernt habe; ich habe nur bei manchen mir erwiesenen Ungerechtigkeiten Advokaten genommen, jedoch würde ich ihm alle mir möglichen Aufklärungen geben.

Es gibt, fuhr ich fort, bei uns eine Gesellschaft Menschen, die von Jugend auf in der Kunst auferzogen werden, durch Worte, die man zu dem Zwecke vervielfacht, deutlich zu beweisen, Schwarz sei Weiß, und Weiß sei Schwarz, natürlich im Verhältnis wie man bezahlt. Zum Beispiel, wenn mein Nachbar meine Kuh zu haben wünscht, so findet er auch einen Rechtsgelehrten, welcher beweisen will, er müsse meine Kuh von mir erhalten, Alsdann muss ich einen andern Rechtsgelehrten mieten, der mein Recht verteidigt. Es widerstreitet nämlich allen Rechtsregeln, dass irgend Jemand für sich selbst sprechen darf. In diesem Fall bin ich, der rechtmäßige Eigentümer, zwei großen Nachteilen ausgesetzt; erstens ist mein Rechtsgelehrter, da er von der Wiege an gewöhnt war, Falschheiten zu verteidigen, durchaus nicht in seinem Elemente, soll er als Advokat der Wahrheit auftreten. Dies ist nämlich ein unnatürlicher Dienst, den er mit großer Ungeschicklichkeit, wo nicht mit bösem Willen, leistet. Zweitens muss mein Advokat mit großer Vorsicht verfahren, sonst erhält er einen Verweis von den Richtern und wird von den andern Advokaten als ein Mensch verabscheut, welcher die Rechtspraxis vermindern möchte. Deshalb kann ich nur durch zwei Verfahrensarten meine Kuh mir retten. Die erste besteht darin, dass ich den Rechtsgelehrten meines Gegners durch ein doppeltes Honorar für mich gewinne. Alsdann wird er seinen Klienten dadurch verraten, dass er ihm zu verstehen gibt, ich habe das Recht auf meiner Seite. Die zweite Verfahrensart besteht darin, dass mein Rechtsgelehrter meine Sache so günstig wie möglich darstellt, indem er zugibt, meine Kuh gehöre meinem Gegner; geschieht dies mit Geschicklichkeit, so wird dadurch die günstige Stimmung der Richter für mich gewonnen. Nun müssen Eure Gnaden wissen, dass diese Richter Personen sind, welche der Staat besoldet, um alle Fragen über Eigentum zu entscheiden, sowie auch die der Kriminalverbrecher. Man wählt sie aus den geschicktesten Rechtsgelehrten, welche alt und faul geworden sind. Da sie nun ihr ganzes Leben hindurch gegen Wahrheit und Billigkeit eingenommen wurden, sind sie der unglücklichen Notwendigkeit unterworfen, dass sie Betrug, Meineid und Unterdrückung begünstigen. Einige habe ich gekannt, welche lieber eine große Bestechung von derjenigen Partei, die Recht hätten, ausschlugen, als dass sie den ganzen Stand dadurch beleidigt hätten, wenn sie eine der Natur ihres Amtes unwürdige Handlung begingen.

Es ist Grundsatz unter diesen Rechtsgelehrten, dass alles, was früher geschehen ist, rechtmäßiger Weise wiedergeschehen darf. Deshalb notieren sie alle früheren Entscheidungen gegen Gerechtigkeit und den allgemeinen und gesunden Menschenverstand sorgfältig auf. Diese Urteile heißen Präcedentien, und werden fortwährend als Autoritäten vorgebracht, um die unbilligen Meinungen zu rechtfertigen, und die Richter unterlassen es nie, nach seinen Bestimmungen zu entscheiden.

Bei den Verhandlungen vermeiden die Advokaten und Richter sehr sorgfältig, auf die gute Seite ihres Prozesses einzugehen, sie werden laut, heftig und langweilig und verweilen bei allen Umständen, die nicht zum eigentlichen Zwecke führen. Zum Beispiel in dem oben erwähnten Falle wollen sie niemals wissen, welchen rechtlichen Anspruch mein Gegner auf meine Kuh besitzt, sondern ob er gesagt habe, die Kuh sei rot oder schwarz, mit langen oder

kurzen Hörnern, ob das Feld, worauf sie grase, rund oder viereckig sei; ob sie im Stalle oder auf der Weide gemolken werde; an welchen Krankheiten sie leide usw. Alsdann werden die Präcedentien um Rat gefragt, der Prozess wird von Zeit zu Zeit vertagt und nach zehn, zwölf, dreizehn Jahren endlich entschieden.

Ferner ist zu bemerken, dass diese Gesellschaft ein besonderes Rotwelsch oder einen Jargon besitzt, den kein anderer Mensch versteht, und worin alle Gesetze geschrieben sind. Mit besonderer Sorgfalt wird dasselbe vermehrt. Dadurch wird die wahre Essenz der Wahrheit und Falschheit des Rechtes und des Unrechtes durcheinandergemischt. Somit erfordert die Entscheidung, ob das Feld, welches von meinen Vorfahren durch sechs Generationen mir hinterlassen wurde, mir oder einem dreihundert Meilen weit entfernten Fremden gehört, die Zeit von dreißig Jahren.

In Prozessen der Personen, welche wegen eines Verbrechens gegen den Staat angeklagt wurden, ist die Verfahrensart bei weitem kürzer und empfehlenswerter. Der Richter sucht zuerst die Stimmung der Machthaber zu erforschen, und kann alsdann einen Verbrecher sehr leicht retten oder hängen lassen, indem er alle Rechtsformen mit der gehörigen Genauigkeit beobachtet.

Hier unterbrach mich mein Herr mit den Worten: Wie schade, dass Personen, welche nach meiner Beschreibung der Rechtsgelehrten so wunderbare Geistesfähigkeiten notwendig besitzen müssen, nicht besser angestellt werden, um andere in Weisheit und Kenntnissen zu unterrichten! Ich erwiderte, mit Ausnahme ihres eigenen Geschäftes seien sie die unwissendsten, dümmsten Bewohner meines Vaterlandes, im gewöhnlichen Gespräch durchaus verächtlich, erklärte Feinde aller Wissenschaft und Gelehrsamkeit, überall geneigt, den gesunden Verstand auf den Kopf zu stellen und jeden Gegenstand, worüber man spreche, in derselben Weise, wie in ihrem Geschäft, zu verdrehen.

Lied der Hunde.

Von Alexander Petöfi.

Vom Wolkengrau bedeckt
Pfeift der Orkan voll Wut,
Und Regen fällt und Schnee,
Des Winters Zwillingsbrut.

Was kümmert's uns! Es liegt
Ganz wohl sich's unterm Herd,
Wo unser gnäd'ger Herr
Ein Eckchen uns gewährt.

Ums Futter bangt uns nicht,
Nicht völlig wird verzehrt
Das Mahl, und was da bleibt,
Uns Hunden zugehört.

Zuweilen, das ist wahr,
Die Hundepeitsche knallt,
Und das tut weh, - ei nun,
Hundsknochen heilen bald.

Des Herren Zorn verraucht,
Er winkt uns wieder zu,
Und selig lecken wir
Des gnädigen Fußes Schuh.

Wer nicht für Freiheit sterben kann,
der ist der Kette wert.
Ihn peitsche Pfaff und Edelmann
Um seinen eignen Herd.

G. A. Bürger.

Wir haben eine große Übermacht vor uns. Er bleibe mir zur Seite. Falle ich, dann bedecke er mich mit seinem Mantel. Die Schlacht geht weiter und der Feind wird geschlagen.

(König Friedrich zu einem seiner Generale vor der Schlacht bei Leuthen).

Zuschriften für die Redaktion sind zu richten an: Frau A. Dannat, Bremen, Bremerhaven-
erstraße 33. Verantwortlich: C. Stucke; Verleger: Karl Lüth; Druck: Herm. Sturm; sämtlich in
Bremen.

Arbeiterpolitik 5/1916

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

1. Jahrg.

Bremen, den 22. Juli 1916.

Nr. 5

Redaktion und Expedition: Waller Heerstr. 52 (Eing. Torweg).
Erscheint wöchentlich einmal.
Preis pro Nummer 15 Pfg.

Die Reform des Führertums

Darin hat die Professorenweisheit recht:
Herrschaften waren bisher ein notwendiges Übel oder gar ein vernünftiges Faktum. Aber auch die eben angezogene Entwicklung zur Freiheit ist solch ein Faktum. ... Wir Sozialdemokraten behaupten, die ganze Herrlichkeit muss über Bord.

Dietzgen: „Die Moral der Sozialdemokratie“.

Das Schicksal jedes Führertums in der Geschichte hat sich auch an der Bureaucratie der Arbeiterbewegung bewährt. Zuerst Vertrauensmänner und gelegentliche Führer in Wort und Tat, dann mit der ständigen Führerschaft, dem Beamtentum bekleidet, wurden sie von Dienern zu Meistern der Organisation. Schon vor mehreren Jahren wurde auf diese Entwicklung hingewiesen. Der frühere Genosse, nachher syndikalistischer Schriftsteller, Robert Michels (jetzt Professor der Soziologie in Italien) hat in einer scharfen Analyse die Psychologie des Arbeiterführertums untersucht, allerdings ohne irgendwelche positiven Ergebnisse für die Arbeiterbewegung. Innerhalb der deutschen Partei sind auch schon vor dem Kriege Stimmen laut geworden, die betonten, dass die Entwicklung der Führermacht eine Sackgasse der Arbeiterbewegung sei, aus der sie sich nur durch die Praxis der Massenaktionen befreien könne. Aber erst die letzten Vorgänge innerhalb der deutschen Sozialdemokratie haben jedem klar gemacht, in wie hohem Maße die Leitung durch die Bureaucraten schon zu einer regelrechten Gewaltherrschaft geworden war. Und jetzt schallt auch als Losung zur Rettung aus dieser Gewaltherrschaft: die Reform der Bureaucratie.

Es war immer so in der Geschichte. Als die Sklaven fanden, dass sie bedrückt wurden und sich zu empören drohten, wurde ihnen gesagt: ihr habt vollkommen recht: eure Herren sind schlecht, ihr sollt bessere Herren haben; erkämpft euch bessere Herren. Denn – Herren hat es immer gegeben und wird es immer geben. Die so sprachen, waren die Vernünftigen unter den Herrschenden, die einsahen, dass sonst „die ganze Herrlichkeit über Bord“ gehen würde. Der Terrorismus des Berliner Parteivorstandes – das sehen die nicht völlig verbohrtten Führer und Bureaucraten ein – muss die Partei geradezu ruinieren, muss bewirken, dass die besten

Elemente, dass breite Schichten des Proletariats ihr den Rücken kehren. Und wo blieben sie dann? Was wären all jene Sekretäre, Parlamentarier, Beamten, Redakteure ohne die große Organisation der Millionenpartei? Daher müssen sie daran gehen, die alten Funktionäre, die den Karren in den Dreck fuhren, zu beseitigen und sich selbst an ihre Stelle zu setzen. Mit Groß-Berlin ist der Anfang gemacht; das höchste Ziel wäre die Erneuerung des Parteivorstandes; und in der „Neuen Zeit“ wird über die Reform des Führertums theoretisiert.

Wie ist eine solche Reform möglich? Die erste, einfachste Lösung heißt: neue Männer an die Stelle der alten. Wie früher alles Heil von dem Herrscher erwartet wurde, so hatte die deutsche Sozialdemokratie nach dieser Auffassung das Pech, dass in der Schicksalsstunde gerade die Scheidemänner an ihrer Spitze standen, sonst. ... Nun ist es sicher richtig, dass mit anderen Leuten manche Dummheit unterblieben wäre: statt imperialistische, hätte man zahme pazifistisch-nationalistische Kundgebungen erlassen. Aber das sind doch nur Kleinigkeiten. Wie hätte es dann aber um die große Sache gestanden? Wie hätten die Stadthagen, Ledebour, Haase gehandelt, als die Frage des großen Kampfes um Leben und Tod, um die wichtigsten Lebensinteressen herankamen? Man braucht nur auf die Haltung des Parteizentrums und ihres geistigen Führers Kautsky vor dem Kriege zu achten: wie sie die Massen von großen Kämpfen zurückhielten, die „Vorsicht“ der Führer als notwendige Korrektur zu dem kopfloßen Tatendrang der Massen priesen und nicht in Phrasen, sondern – praktisch mit den Revisionisten Hand in Hand gingen! Die Revisionisten wollten mit der Bourgeoisie zusammengehen; das Parteizentrum wollte nicht gegen die Bourgeoisie kämpfen – siehe da den ganzen Unterschied.

Aber das ist noch nicht das Wesentliche. Man könnte sich noch bessere neue Leute aussuchen. Allerdings wäre damit für den Augenblick eine wichtige Änderung vollzogen. Aber nicht auf die Dauer. Im Grunde lag es nicht an den Leuten, sondern am Amt. Im beamteten Führertum muss sich eine ganz andere Auffassung des Arbeiterkampfes entwickeln, als dem Wesen einer Massenbewegung entspricht. Sie können sich den Klassenkampf nur als klug besprochene und beschlossene Aktion der von ihnen geleiteten Organisationen vorstellen, als ein Kampf, der ohne diese Organisation – d. h. ihre Leitung – unmöglich ist, wobei also um jeden Preis diese Organisation erhalten bleiben muss. Massenkämpfe aufs Messer, bei denen diese Organisationen selbst vernichtet werden können, sind ihnen undenkbar; der Boden, auf dem sie stehen, würde dabei verschwinden. Diese Auffassung setzen sie durch ihre Bürokratenmacht als offizielle Taktik der Bewegung durch.

Soweit, bis zur Ersetzung der heutigen Beamten durch Männer der äußersten Linken, gehen nun die Vorschläge zur Reform des Führertums natürlich nicht einmal. Aber sie bleiben allerdings nicht bei der Losung: neue Männer stehen. Sie fügen erstens hinzu: mehr Bildung, mehr Marxismus. Und zweitens: mehr Demokratie in der Arbeiterorganisation.

Die Bildung können wir auf sich beruhen lassen. Vielleicht in der Redaktionsstube der „Neuen Zeit“, aber sonst nirgends kann man glauben, dass mit mehr Kursen über (kastrierten) „Marxismus“ der Zusammenbruch im Weltsturm verhindert wäre. Gewiss, mehr Marxismus! sagen auch wir: mehr von dieser weltumwälzenden Philosophie der Tat! Aber diesen Marxismus meinen die Herren nicht.

Kann denn die Demokratie nicht ein Gegengewicht gegen die Führermacht sein? Man braucht ja nur Garantien für die Rechte der Mitglieder (wie das nach dem alten zaghaften Liberalismus schmeckt!), und diese sollen auf jede Machtüberschreitung der Führer eifersüchtig achten! Aber ... das geht alles sehr schön in einer idealen, friedlichen Welt – wir stehen jedoch in einer Welt von Feinden ringsum. Und da – seufzt der Zentrumsman in der „Neuen Zeit“ – ist es leider so, dass die Schlagfertigkeit, die Angriffskraft unter dem Zuviel an

Demokratie leidet, so dass unter diesen Verhältnissen der Führerabsolutismus unvermeidlich emporwächst. Auch im Kriege muss einer kommandieren und müssen die andern gehorchen; und nicht umsonst vergleichen sich die Führer der Arbeiterbewegung gern mit Generälen und Offizieren – sie denken sich die Arbeiterbewegung am liebsten als eine von oben kommandierte Armee. So schwankt das Herz hin und her zwischen Liebe zur „Demokratie“ und verstandesmäßiger Einsicht in die Bedeutung des einheitlichen Führertums.

In Wirklichkeit ist der Befreiungskampf des Proletariats ganz was anderes. Er ist die Lösung der Masse aus dem Banne der Knechtseligkeit, der Unwissenheit, des kleinlichen Egoismus; er ist ihre Erhebung zu fester Einheit des Handelns, zur höchsten Disziplin, d. h. Aufopferung des Einzelnen für die Gesamtheit, also zum gesellschaftlichen Denken und Handeln. Wenn die Masse der Proletarier sich soweit emporkämpft, zu solcher Begeisterung und Hingabe, dass sie *alles* für die Freiheit ihrer Klasse gibt und wagt, – dann wird sie fähig sein, die sie bedrückende Macht des Kapitals zu brechen.

In diesem Kampfe braucht sie keine „Führer“. Echte Führer können da nur große Vorbilder sein, die wecken, aufklären, vorangehen, entzünden. Auf die Massen kommt es an. Nicht gehorsame Werkzeuge in der Hand kluger Befehlshaber, sondern nur völlig selbständige, selbst denkende, selbst handelnde, innerlich freie, sich ganz der gemeinsamen Sache widmende Menschen können die Klassenherrschaft beseitigen.

Also: wenn Demokratie nicht ein zu schwaches, bürgerliches Wort für jene Selbständigkeit der Massen wäre, könnte man sagen (gerade umgekehrt wie oben): je mehr Demokratie, umso größer die Angriffskraft.

Aber es ist klar, dass eine Reform des Führertums mit der großen Frage des Sozialismus ebenso wenig zu tun hat, wie alle „Reformen“, die höchstens Anknüpfungspunkte in den ersten Anfängen des Kampfes sind, dann aber zugleich Losung zur Ablenkung der Massen vom wirklichen großen Kampf werden. In diesem großen Kampfe spielen die Führer – auch die reformierten – keine Rolle.

Bedenken wir immerhin, dass dieser „große Kampf“ nicht in ferner Zukunft liegt, sondern in nächster Nähe. Alle kommenden Bewegungen, politische wie gewerkschaftliche, bilden einen Teil davon. Was hier gesagt wurde, gilt also für sie alle. –

Beitragssperre.

Als die offizielle Sozialdemokratie in ihrer Politik vom 4. August die Grundsätze des Sozialismus preisgab und das große nationale Verbrüderungsfest mit dem Bürgertum feierte, war es die erste Pflicht aller oppositionellen Elemente, die Arbeitermassen über die Ursachen des Zusammenbruchs der Sozialdemokratie aufzuklären. Es galt nachzuweisen, dass der Sozialpatriotismus nicht eine momentane Verirrung vom Wege des Sozialismus bedeutete, dass auch das Verhalten der Scheidemänner, letzten Endes nicht in moralischer und politischer Korruption wurzelte, sondern dass die Politik des 4. August das notwendige Ergebnis der ganzen bisherigen Arbeiterbewegung war. Wenn in den Spartacusbriefen das moralische Moment gelegentlich stark in den Vordergrund geschoben wurde, wenn der laute Ruf des Verrätertums am Sozialismus in anonymen Flugblättern, in hitzigen Versammlungsreden seinen Widerhall fand, so war das nur der Ausdruck der wachsenden Empörung über das Verhalten der Führer. Das Wesen der opportunistischen Politik wurde dadurch nicht erfasst. So hat sich denn allmählig, gefördert durch die klärenden Artikel der „Lichtstrahlen“, der Flugblätter der I. S. D. usw., eine ruhigere grundsätzliche Auffassung über das Wesen dieser

Politik Bahn gebrochen. Man begriff, dass die Führer nicht aus Laune, nicht aus persönlicher Ängstlichkeit und anderen subjektiven Motiven handelten, sondern dass der Zwang der Notwendigkeit hinter ihren Entschlüssen stand.

Die Politik der Sozialdemokratie war, abgesehen von manchen Faktoren, deren Bedeutung wir bereits in früheren Artikeln gekennzeichnet haben, in den letzten Jahren mehr und mehr in Abhängigkeit von den Gewerkschaften geraten. Die Generalkommission Gewerkschaften hatte nicht nur in der Reichstagsfraktion entscheidenden Einfluss, sondern sie wusste ihren Willen durch mancherlei Zwischenstufen auch im Parteivorstand, ja selbst auf den Parteitag, durchzusetzen.

Die Auffassung, dass die Gewerkschaften unpolitisch seien, wurde durch die tatsächliche Entwicklung immer gründlicher ad absurdum geführt. So wenig die gewerkschaftlichen Kämpfe ihren rein gewerkschaftlichen Charakter bewahren konnten, so wenig war die Gewerkschaftsbewegung von der politischen Bewegung mehr zu trennen. Gewerkschaften und Sozialdemokratie wurden in der Tat eins, nur, dass nicht die Sozialdemokratie, sondern die Gewerkschaftsbewegung die politische Führung übernahm. In diesen Verhältnissen, die noch dadurch unterstützt wurden, dass sich innerhalb der Sozialdemokratie der Gewerkschaftsbewegung verwandte organisatorische und bürokratische Tendenzen ausbildeten, lag im Wesentlichen die Stärke des Revisionismus begründet, der daher auch bereits vor dem Kriege so sehr erstarkt war, dass er die Parteitagebeschlüsse immer entscheidender beeinflusste und große Teile des Parteizentrums, dessen Führerschaft sich aus den Funktionären, Angestellten und anderen an der Arbeiterbewegung unmittelbar interessierten Elementen zusammensetzten, an sich zu reißen vermochte. So bekam das reformistische Element, mit dem die jetzigen Organisationsformen stehen und fallen, das Übergewicht. Über diese Tatsachen vermochten auch nicht die radikalen Phrasen hinwegzutäuschen, mit denen das Parteizentrum seinen Hang zum Reformismus vor dem Kriege bemäntelte. Die Politik des 4. August und ihre Folgen waren nur Abschluss und Konsequenzen dieser Entwicklung.

Der Kampf gegen den Sozialpatriotismus und seine konsequente Weiterführung, den Sozialimperialismus, bestand zunächst in der theoretischen Aufhellung dieser Tatsachen. Er musste aber notwendig auf die praktische Frage überspringen, welche Folgen der Bruch mit dem Sozialismus für die Organisationen der Arbeiterbewegung haben muss. Die Sozialpatrioten und an ihrer Spitze der Parteivorstand, realpolitisch im Denken und im Handeln wie sie waren, witterten von vornherein die Folgen, die eine gegen sie gerichtete Opposition haben musste. Es geht um die Einheit der Partei! schrien sie daher bereits, als das Parteizentrum seinen ersten bescheidenen Schritt auf dem Weg der Opposition tat. Es geht um die Einheit der Partei! schallte es aus dem sozialpatriotischen Blätterwald zurück, und in diesem Ruf offenbarte sich immer deutlicher das große Interesse, das die sozialpatriotischen Führer an der Einheit der Arbeiterorganisationen haben, weil die Funktionen dieses Organisationskörpers mit den Funktionen des Staates zusammenfielen. Allein die Sozialpatrioten ließen es nicht bei ihren Aufrufen. Sie schritten zur Tat und entfernten rücksichtslos die konsequenten oppositionellen Elemente, wo sie nur irgend die Macht dazu besaßen. Gegenüber diesen Maßnahmen besann sich die Opposition alsbald auf einen Gegenschlag. Sie führte ihn in der Propaganda für die Beitragssperre, die in verschiedenen Organisationen auch bereits Erfolge gezeitigt hat. Dieser Schlag brachte die Sozialpatrioten natürlich zum Toben. Indisziplin, Statutenbruch, Sprengung der Parteieinheit, Parteischädlinge und Parteiverräter! so hagelte es auf das Haupt der Sünder herab. Das Parteizentrum vermochte sich bis heute noch nicht einheitlich zu entschließen, welche Stellung es gegenüber dieser Frage einzunehmen habe. Der Vorstand der S. A. G. ist gegen die Beitragssperre, andere, radikalere Mitglieder der Fraktion sind dafür, wenn auch unter besonderen Bedingungen und Voraussetzungen. Sie alle aber zerbrechen sich den Kopf darüber, ob die Beitragssperre mit dem Statut vereinbar sei oder nicht, wobei die ganze

Aktion dann schließlich auf die Frage der Auslegung hinausläuft und jede der streitenden Parteien ebenso viel Für und Wider ins Feld führen kann, wie die andere. Der Linksradikalismus kümmert sich um dies advokatorische Possenspiel nicht. Die Einheit der Partei ist durch die Politik des 4. August nur mehr eine Farce. Die Tatsache, dass Sozialpatrioten und Linksradikale noch in derselben Partei sind, überliefert die Sozialdemokratie, wie sie bis heute da steht, unrettbar dem Fluch der Lächerlichkeit. Für den Linksradikalismus ist jede Maßnahme im Kampf gegen den Sozialpatriotismus nur eine Etappe in der Richtung auf das Ziel organisatorische Trennung zwischen Sozialpatrioten und Linksradikalen. So betrachtet der Linksradikalismus auch die Frage der Beitragssperre grundsätzlich. Selbst wenn die Sozialpatrioten statutarisch alles Recht auf ihrer Seite hätten, selbst wenn es wahr wäre, dass die Organisationen, die ihren Tribut nicht leisten, sich außer halb der Partei stellten, selbst dann wäre die Beitragssperre eine selbstverständliche Maßregel im Kampfe gegen den sog. Parteivorstand. Nicht die Herren Scheidemann, Ebert usw. sollen als Personen kaltgestellt werden, sondern der Parteivorstand und seine Gefolgschaft soll in seiner sozialen Funktion bekämpft werden. Die Arbeiterschaft, die die Beitragssperre durchführt, spricht dadurch dem Parteivorstand das Vertrauen ab, als Vertreter ihrer Interessen wirken zu können; sie drückt aber auch zugleich aus, dass sie mit dem Sozialpatriotismus keine organisatorische Gemeinschaft mehr haben kann. So werden die Beiträge in letzter Linie nicht dem Parteivorstand allein, sondern der sozialpatriotischen Partei gesperrt. Erst wenn sich die Arbeiterschaft über diese Konsequenzen klar ist, wird sie die Beitragssperre als eine wirksame Waffe im Kampfe gegen den Sozialpatriotismus verwenden können.

Einheit oder Spaltung der Partei?

2. Die Spaltung in der Arbeiterbewegung.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung ist voll von Spaltungen. Die deutsche Sozialdemokratie, der es vergönnt war, vierzig Jahre lang eine Organisation aufrechtzuerhalten, hat sich gewöhnt, auf die gespaltenen Bruderparteien herabzusehen und ihre erbitterten organisatorischen Kämpfe als Kinderkrankheiten zu betrachten. Es war eine etwas sonderbare Methode, die französische Arbeiterbewegung bis in das Jahr 1905, in dem die Vereinigung der sozialistischen Fraktionen Frankreichs erfolgte, während die Gewerkschaften weiterhin feindlich der Partei gegenüberstanden, im Kindesalter zu wännen. Es ist lächerlich, anzunehmen, dass die russischen „Gruppen und Grüppchen“ – in Wirklichkeit handelt es sich um zwei Parteien – die hohe Weisheit nicht verstehen, dass es besser ist, wenn die sozialistischen Arbeiter einig sind. Nun, jetzt, wo die deutsche Partei trotz ihres hohen Alters und ihrer großen Organisation es nicht hat verhindern können, dass ihre parlamentarische Vertretung, ihre Organisationen in sich bekämpfende Teile zerfallen sind, ist es Zeit, sich nach dem Wesen der Spaltungen zu fragen, über die die Geschichte des Sozialismus klare Auskunft gibt. Überall, wo die sozialistische Arbeiterbewegung sich spaltete, lagen den ideologischen Gegensätzen, um die äußerlich gekämpft wurde, soziale Gegensätze zugrunde. Die erste große moderne Arbeiterbewegung, auf Grund welcher Marx sich seine taktischen Ansichten bildete, die *Chartistenbewegung* in England, zerfiel in zwei Teile: der eine wollte die Befreiung der Arbeiterklasse auf dem Wege der moralischen Überzeugung der Bourgeoisie erreichen, der andere proklamierte die Gewalt als den Weg zum Ziele. Die gesamte Praxis der Chartistenbewegung hallte von diesem Gegensatz wider. Die Untersuchungen von Beer, Pumpiansky, Schlüter hellten die Quellen dieses Gegensatzes auf. Auf der einen Seite stand die große Masse des Fabrikproletariats aus dem englischen Norden, der unerhörten Ausbeutung unterworfen, die Engels in seiner „Lage der arbeitenden Klassen in England“ so klassisch darstellt, rücksichtslos von der Staatsgewalt niedergehalten, wenn sie sich nur rührte. Ihre Kraft sah sie nur in ihrer großen Masse. Wie

konnte sie da anders auf den Sieg hoffen als durch Einsetzung ihrer physischen Macht? Auf der andern Seite standen die Arbeiter des Londoner Handwerks, verhältnismäßig gebildet, in ihren Klubs in ununterbrochener Föhlung mit den Föhren des radikalen Kleinbürgertums. Eine geschlossene Macht, die durch ihre Zahl wirkte, stellten sie nicht dar; trotzdem ist es ihnen oft gelungen, die bürgerlichen radikalen Herren nach links zu treiben. Aus dieser Sachlage ergab sich ihre Überzeugung, das Hindernis liege in der mangelnden Bildung der Arbeiter, die es zu fördern gelte, wonach man durch Einwirkung auf die bürgerlichen Radikalen als ihre Bundesgenossen zum Ziele gelangen könne. Der Chartismus ging zugrunde, bevor die wirtschaftliche Entwicklung die soziale Quelle der Spaltung der Chartisten, den Unterschied zwischen der Lage der qualifizierten Handwerks- und der qualifizierten Fabrikarbeiter, verschüttet hatte.

Woran ging die erste Internationale zugrunde? An den Intrigen Bakunins, einer „politischen Verbrechernatur“, erklären Freunde politischer Kinostücke. An dem Gegensatz zwischen Marxismus und Anarchismus, sagen die andern. Aber was war die Quelle dieses Gegensatzes? Es genügt, die ganz gewiss nicht sehr tief schürfenden Arbeiten von Jaeckh, Steklow, Brupbacher kritisch zu lesen, und man sieht diese Quelle. Wie konnten sich die Lumpenproletarier Spaniens, Italiens, Arbeiter aus Ländern, in denen der Kapitalismus erst seine zerstörende Arbeit begonnen, aber noch keine Fabriken geschaffen hatte, die qualifizierten Uhrenarbeiter der stillen Juraberge, die Kunsthandwerker von Paris, die Intelligenzen dieser Länder, wie konnten diese sich befreunden mit der Lehre, die den unaufhaltsamen Konzentrationsprozess des entwickelten Kapitalismus zur Grundlage hatte, der Lehre, die nur in dem an Zahl und Geschlossenheit mit jedem Tag zunehmenden Proletariat die Kraft sah, die die Staatsgewalt der Bourgeoisie in langem, systematischen Kampfe besiegen konnte, um die konzentrierten Kräfte in ihren Dienst zu stellen. Die Konzentration der Produktion war für Italien, Spanien, ein Teil der Schweiz, Frankreich ein Märchen aus Tausend und eine Nacht. Deswegen musste auch der Gedanke an die zentralisierte sozialistische Produktion für die Arbeiter dieser Länder willkürlich scheinen, als ein Irrwahn des preußischen „Staatssozialisten“ Marx, der Bismarcks Politik auf die Internationale übertrug. Nein, freie Genossenschaften freier Arbeiter, wie sie die Handwerker dieser Zeit oft bildeten, das war das Ziel, oder bestenfalls sozialistische Gemeinden ohne jede zentralisierte Gewalt, die als reine Tyrannei galt. Und wie das Ziel, das Marx der modernen Arbeiterbewegung steckte, so mussten auch die Kampfmethoden, die er empfahl, unbrauchbar erscheinen. Für das Lumpenproletariat gibt es nur ein Hinvegetieren im Elend oder eine Revolte, wovon in den romanischen Ländern auch das Kleinbürgertum Beispiele in Hülle und Fülle gab. Für die Handwerksarbeiter war die Genossenschaft der Kampfsweg. Dem systematischen politischen Kampfe überhaupt, dem parlamentarischen Kampfe als seinem wichtigsten Mittel, mussten die genannten Arbeiterschichten fremd gegenüberstehen: sie waren zu schwach, um an einen allgemeinen Aufstieg zu glauben, zu schwach, um am politischen Kampfe mit Erfolg teilzunehmen. Und weil sie zu schwach waren, wurden sie bei jedem Versuch der Teilnahme an Wahlen usw. von kleinbürgerlichen Demagogen übers Ohr gehauen. Deshalb sahen sie in den von Marx empfohlenen Kampfmitteln Illusionen oder Trugbilder und hofften auf einen Aufstand aller Unterdrückten, Ausgebeuteten, vom Kleinbauern bis zum Dieb und der Prostituierten. Auf ihn galt es zu warten, ihn zu propagieren; und da er nicht kam, suchten sie ihn durch Putsche zu beschleunigen, Putsche, die natürlich resultatlos verliefen. Während so ein großer Teil der damaligen Arbeiterbewegung die Marxsche Politik ablehnen musste, sammelten sich die Teile, die sie später durchführen sollten, sehr langsam.

Die erste Internationale zerfiel. Und es vergingen zwanzig Jahre, bis die kapitalistische Entwicklung in Frankreich, Italien, der Schweiz, Deutschland große Massen der Arbeiterbewegung schuf, deren Klassenlage sie für den Marxismus empfänglich machte.

Und was lag dem Kampf der Lassalleaner und Eisenacher zugrunde? Lange bestand in der Partei die Legende, die Eisenacher seien die „Marxisten“ gewesen, die Lassalleaner aber hätten eine „Sonderpolitik“ entweder aus einer religiösen, sektenhaften Anbetung des Lassalleandenkens getrieben, oder weil sie der schlechte Schweitzer verhetzte, der obendrein dafür den Judaslohn von Bismarck empfing. Nach den Arbeiten Mehrings, Laufenbergs, G. Maiers ist diese Legende verflogen. Jeder weiß jetzt, was die verschiedene Haltung verschiedener Teile der Arbeiterklasse zur Frage der Einigung Deutschlands verursachte. In den kapitalistisch am meisten entwickelten Teilen Deutschlands, in Berlin, Rheinland-Westfalen usw. empfand die Arbeiterschaft die Notwendigkeit des Aufräumens mit der Kleinstaaterei am lebhaftesten. Als sich die preußischen Bajonette zu lösen begannen, sagte sie mit – Recht oder Unrecht –: gut oder schlecht, der Schutt wird weggeräumt, wer es auch tun mag.

In Sachsen, Süddeutschland war der Partikularismus dank der wirtschaftlichen Zurückgebliebenheit dieser Länder noch sehr groß. Er ward auch genährt durch das Bestehen der kleinstädtischen Demokratie, mit der man vorwärtszukommen hoffte, wogegen in Preußen nicht nur der Absolutismus viel stärker, sondern auch der Liberalismus viel verlotterter war. Während sich bei den Lassalleanern dank der geschilderten Lage ein gewisses Hinneigen zu Kompromissen mit der Staatsgewalt, die Deutschland in ihrer Weise zu einigen suchte, mit einem viel schärferen Klassenbewusstsein der Bourgeoisie gegenüber verband, ging bei den Eisenachern der Partikularismus mit einer demokratisch-revolutionären Stimmung Hand in Hand. Obwohl der deutsch-französische Krieg die aktuelle Streitfrage, das Verhältnis zur Einigung Deutschlands, erledigte, vergingen noch viele Jahre bis zur Einigung der Eisenacher und Lassalleaner, weil die Verschiedenheit des Milieus, in dem beide Fraktionen wirkten, lange noch das Sichfinden erschwerte.

Um mit dem Ausflug in die Geschichte des Sozialismus zu enden, der naturgemäß nur sehr kurz sein konnte, alle Übergänge fortlassen, die Fragen krass herausarbeiten musste, erinnern wir uns, was die Grundlage der opportunistischen Politik in der zweiten Internationale bildete, die in England, Frankreich, Italien, Bulgarien usw. direkt zur Spaltung der Partei geführt hat. Hier können wir uns ganz kurzfassen, weil den Lesern die Ereignisse frisch in Erinnerung sind und sie sie auch in dem ausgezeichneten Büchlein von Pannekoek: „Die taktischen Differenzen in der Arbeiterbewegung“ beleuchtet finden können. Wer trat für die Politik des Opportunismus ein? Entweder waren es kleinstädtische Elemente der wirtschaftlich weniger entwickelten Länder (in Deutschland Bayern und Baden), die den unüberbrückbaren, sich immer mehr verschärfenden Gegensatz zum Kapitalismus nicht so scharf empfanden, oder es waren Intelligenzler, die kraft ihrer sozialen Lage, ihrem Berufe als Schriftsteller, Rechtsanwälte, der Bourgeoisie näher stehen und an die Möglichkeit der Mitarbeit mit ihrem linken Flügel glauben, oder es war die Arbeiterbureaucratie, die dank ihrer Arbeit in den politischen und ökonomischen Vertreterkörperschaften im Kleinkampf aufging und infolge ihrer zwar nicht glänzenden, aber gesicherten sozialen Lage in scharfen Kämpfen eine Störung ihrer ruhigen, „einzig aussichtsvollen Arbeit“ empfand. Die Proletariatsmassen der industriellen Zentren standen auf radikaler Seite, wo sie nicht, wie z. T. in Rheinland-Westfalen, noch in großen Massen frisch vom Dorfe eingewandert waren. Der Gegensatz, der auf Verschärfung des Klassenkampfes hinzielenden proletarischen und der auf eine Annäherung an die Bourgeoisie hinarbeitenden opportunistischen Taktik – der in der verschiedenen sozialen Struktur der verschiedenen Bestandteile der Arbeiterbewegung begründet war – sprengte überall die Hülle der einheitlichen Arbeiterorganisation, wo nur eine der Tendenzen sich voll entwickeln konnte. In Frankreich, Italien erlaubten die demokratischen Einrichtungen den Opportunisten, direkt oder indirekt an der Regierungsgewalt teilzunehmen. Der radikale Flügel konnte die Verantwortung dafür nicht übernehmen, wenn er vor den Massen die Verantwortung für die Politik der Bourgeoisie nicht tragen konnte. Nur dort, wo, wie in Deutschland, Österreich,

die politische Zurückgebliebenheit, gepaart mit den schärfsten sozialen Gegensätzen, den Opportunisten nicht erlaubte, an der Regierung teilzunehmen, kam es zu keiner Spaltung. Der Krieg hat auch hier eine Änderung der Bedingungen verursacht, über die wir demnächst sprechen werden.

Einstweilen unterstreichen wir zwei Schlüsse, die sich aus unseren Ausführungen ergeben: 1. die verschiedenen Richtungen in der Arbeiterbewegung waren immer in einer sozialen Verschiedenheit ihrer Bestandteile begründet, die zu Spaltungen führte; 2. diese Spaltungen konnten niemals in kurzer Zeit überwunden werden, der Einigungsprozess war immer ein langer Kampfprozess.

Der Anarchismus und die Internationale. (Schluss.)

Die Sozialdemokratie erstrebt die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Im Interesse der Gesamtheit sollen sie von der Vertretung der Gesamtheit verwaltet werden.

„Die Sozialdemokratie gebraucht also zur Verwirklichung ihres Zieles den Staat. Ist es da nicht selbstverständlich, dass sie die bestehenden Staaten benutzen will, um aus ihnen Träger ihrer Zukunftsorganisation zu machen? Deshalb in allen Ländern nationale Parteien, die in dem Rahmen ihres betreffenden Staates ihren Kampf führen ... Aus dieser Erkenntnis der Notwendigkeit freier, selbständiger Staaten ergibt sich aber nun die Pflicht, alles zu unterstützen oder zu unternehmen, was die Selbständigkeit derselben schützen kann, wenn diese von irgendeiner Seite bedroht ist.“

So stellt der Anarchist Schreyer siegreich seinen Fuß auf die zweite geborstene Säule des Marxismus.

Seit Bakunins Kampf gegen den „Staatssozialismus“ von Marx haben die Anarchisten viel Tinte verbraucht zur Klärung der Frage vom Verhältnis der Arbeiterbewegung zum Staate. Die Ausführungen Schreyers zeigen, dass all diese Arbeit nur das Chaos in ihren Köpfen vergrößert hat. Es ist wahr, dass die Sozialdemokratie aus dem immer mächtiger werdenden Produktionsprozess die Lehre schöpft, dass auch nach der Aufhebung der Klassengegensätze eine Organisation der Produktion notwendig sein wird. Dass diese Organisation und Leitung der Produktion von dem jetzigen Staate grundverschieden sein wird, ergibt sich schon daraus, dass des letzteren Aufgabe nicht in der Organisation der Produktion im Interesse der Gesamtheit besteht, sondern darin, dass die Leitung der Produktion dieser Gesamtheit vorenthalten wird: der jetzige Staat wacht darüber, dass die Produktion von den Besitzern der Produktionsmittel geleitet wird, die doch eine Minorität bilden. Indem Schreyer zwei verschiedene historische Gebilde mit demselben Namen Staat belegt, folgert er, dass „deshalb“ die Sozialdemokratie den heutigen Staat zu ihren Zwecken ausnützen will und darum ihn beschützen muss. Nun, das Verhältnis der Sozialdemokratie zum jetzigen Staat wurde nicht durch ihre Meinungen über die Organisation der Gesellschaft im Reiche des Sozialismus bestimmt – wir wissen doch nicht, wie sie aussehen wird –, sondern durch den Charakter der historischen Epoche, in der sich die Arbeiterbewegung seit dem Jahre 1870 entwickelt.

Die Bedingungen des Klassenkampfes bestimmten die Haltung des Proletariats zum Staate, und der Marxismus suchte sie nur zu erklären. Wie waren die Bedingungen? Die Bourgeoisie schuf nationale Staaten, die die Entwicklung des Kapitalismus fördern sollten. Wie konnte sich die Arbeiterklasse demgegenüber verhalten? Sie musste um ihre Interessen in den Grenzen dieser Staaten gegen den Kapitalismus kämpfen. Wenn die deutschen Arbeiter

Verkürzung der Arbeitszeit, Press-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit erringen wollten, so konnten sie sich mit ihren Forderungen weder gegen die kapitalistische Klasse überhaupt noch gegen die englische und französische wenden, sondern gegen die Klasse, von der diese Gesetze in Deutschland abhängig waren: d. h. gegen die deutsche Bourgeoisie und ihr Machtorgan, den Staat. Sie konnten noch so sehr mit ihren Brüdern im Auslande sympathisieren, mit ihnen für die Grundforderungen der Arbeiterklasse gemeinsam demonstrieren, ihr täglicher Kampf verlief im Rahmen des deutschen Staates, wie der der englischen und französischen Proletarier in den Rahmen ihrer Staaten verlief. Die verflossenen vier Jahrzehnte der Arbeiterbewegung waren in die Schranken der Staaten eingepfercht. Nur eine „Bewegung“ wie die anarchistische, die in keinem Lande tiefere Wurzeln gefasst hat, die nirgends mit dem täglichen Kampfe der Arbeiterklasse verwachsen war, konnte zum Teil diese Bedingungen ignorieren. Hat darum der Marxismus jemals die Arbeiterklasse und ihre Geschicke auf Ge-
deih und Verderb mit den Geschicken jedes einzelnen Staates mit all seinen Grenzen usw. zu verbinden gesucht, hat er ihr eine Staatsanbetung eingempft? Marx und Engels waren Verfechter der irischen Unabhängigkeit, Österreichs Dauerexistenz schien Kautsky sehr zweifelhaft usw. usw. Die gegebenen Grenzen der Staaten waren für den Marxismus, diese durch und durch historische Lehre, nichts mehr als der gegebene Rahmen der Tätigkeit, die, wenn sie nicht in der Luft schweben sollte, auf irgendeinem Boden sich abspielen musste. Diese Grenzen als heilige Steine zu betrachten, die ein für alle Mal das Bett bezeichnen, in dem sich der Strom der Geschichte hinwälzen wird, kam ihnen gar nicht in den Sinn. Man kann keine Zeile aus den Schriften unserer Altmeister anführen, die von einer solchen Absurdität zeugen würde. Sie, die sie es nicht für die Aufgabe des Proletariats hielten, die kapitalistische Entwicklung zu fördern, haben es desto weniger für seine Aufgabe gehalten, gegebene Grenzen zu konservieren. Ihr Verhältnis zu Bewegungen, die auf die Änderung der staatlichen Grenzen gerichtet waren, hing ganz davon ab, was für einen Charakter diese Bewegungen trugen. Frei von jeder idealistischen Auffassung des Staates überhaupt, wie sie z. B. noch Ferdinand Lassalle gewissermaßen charakterisierte, sahen sie in der Existenz des kapitalistischen Staates eine Notwendigkeit des Kapitalismus, aber keinesfalls in der Existenz jedes Staates, wie er einmal historisch gegeben war. Und weil sie den Sieg des Proletariats nur international für möglich hielten, d. h. für möglich hielten nur in dem Rahmen des ganzen kapitalistisch entwickelten Kulturkreises, so war ihr Bestreben auf die engere Verknüpfung des Proletariats der verschiedenen Länder gerichtet. Dadurch suchten sie das Proletariat über die Grenzen der Staaten zu verbinden.

Der Anarchist Schreyer hält die jetzige Haltung der französischen, deutschen, österreichischen Sozialdemokratie für unvereinbar mit den Interessen der Arbeiterklasse, für den Bankrott der Arbeiterbewegung. Das ist sein gutes Recht. Warum er aber die Grundsätze dieser Arbeiterbewegung dafür verantwortlich macht, ist nicht einzusehen, es sei denn, dass er wieder die Meinungen des rechten Flügels des Sozialismus mit denen des Sozialismus überhaupt vertauscht. Denn wie die Grundanschauungen des Sozialismus mit irgendwelcher Staatsanbetung und dazu der des konkreten Staates nichts gemeinsam haben, so unterliegt es keinem Zweifel, dass die opportunistische Richtung der Arbeiterbewegung, indem sie sich zur Losung bekannte: Das Ziel ist nichts, die Bewegung alles, auch ihren Gesichtskreis über die Rahmen der Staaten, in denen sie wirkte, nicht erheben konnte. Sie hoffte durch Mäßigung vom Staate Zugeständnisse zu erreichen, und da sie die Verwirklichung des Sozialismus als Summe kleiner Veränderungen ohne grundsätzliche Umwälzungen kommen sah, so sah sie auch in den gegebenen Staaten die Träger des Sozialismus. Neben dieser Hinneigung zum Staatssozialismus charakterisierte die opportunistische Richtung der Internationale ein gewisser Nationalismus. Die Rücksichtnahme auf die kleinbürgerlichen Wählermassen brachte manchen Opportunisten zur Darstellung des Sozialismus als einer Art Edelpatriotismus. Alle diese opportunistischen Anschauungen standen im bewussten Gegensatz zu den wissenschaftlichen

Grundsätzen der Arbeiterbewegung, zum Marxismus, und indem sie jetzt ihren Sieg feiern, feiern sie auch den Beginn einer neuen Periode der Arbeiterbewegung, deren geistige Grundlage nicht der Marxismus bilden soll.

Die Behauptung, dass der Zusammenbruch der Internationale ihre Grundsätze als irreführend zeigt, ist aus der Luft gegriffen. Wir leisten uns nicht einmal den Spaß, dem Anarchisten Schreyer mit der Gegenfrage zu dienen, wie er sich den Zusammenbruch solcher Gegner des Marxismus erklärt, wie Peter *Krapotkin*, den er schlaue den „früheren“ Anarchisten nennt, der jetzt für den Sieg Russlands schwärmt; wie der Anarchist *Cornelissen*, der im Auftrage der französischen Regierung nach Holland fuhr, um für die Teilnahme Hollands am Kriege zu agitieren, wie die Führer der französischen Syndikalisten, die dieselbe Haltung wie die französische Sozialdemokratie einnahmen. Wir verzichten auf diese Fragen, die jedoch die Anarchisten nötigen müssten, zuerst im eigenen Hause Ordnung zu machen, bevor sie vor unseren Türen zu kehren beginnen. Wichtiger ist zu untersuchen, warum die Internationale zusammenbrach, obwohl ihre Grundsätze ihr die Möglichkeit gaben, trotz des Kriegsausbruches solidarisch zu bleiben. Doch die Antwort auf diese Frage würde eine besondere Untersuchung erfordern.

Aus unserm politischen Tagebuch.

16. Juli.

Habent sua fata libelli! Auch Bücher haben ihre Geschicke! Herr Dr. Paul Lensch veröffentlicht in einem bürgerlichen Verlag ein Buch: „Die Sozialdemokratie, ihr Ende und Glück!“ Über dieses Buch schreibt Heinrich Cunow im „Hamburger Echo der bürgerlichen Presse“, es sei das Beste, was zur Verteidigung des Sozialismus geschrieben wurde. Die „Frankfurter Zeitung“ hat, natürlich, höhere Ansprüche; sie sagt, dass man der Argumentation des Herrn Lensch nicht ganz beipflichten könne; aber es sei dennoch vortrefflich und ausgezeichnet, dass er die Arbeiter für die Politik des 4. August bearbeite. Dagegen drücken die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ Herrn Lensch stürmisch an ihre alldeutsche Brust. Schreibt doch heute Herr Dr. Paul Lensch dasselbe, was einst jahrelang Herr Paul Liman geschrieben hat!

* * *

Paul Lensch, der in seinem neuen Buche über die Sozialdemokratie, wie er sie haben möchte, sich viel zugutetut, dass das von ihm geprägte Wort Kriegssozialismus internationale Berühmtheit erlangt hat, wird ob dieser Auslassung dem alten Brentano nicht grün sein. Nun, Madame Humbert wurde auch weltberühmt, weil sie einen Hosenknopf im Geldschrank für ein Vermögen ausgab.

Feuilleton

Der Sündenbock.

Der „Sündenbock“ spielt heute im politischen Leben eine große Rolle. Bald hier, bald da in Europa sehen wir, wie ein Staatsmann für den Misserfolg der Politik seines Landes büßen muss. Die öffentliche Meinung verlangt ein Opfer, und also muss einer der Sündenbock sein. Man gebraucht das Wort hier in einer übertragenen Bedeutung; ursprünglich ist der Sündenbock eine Erscheinung im religiösen und kultischen Leben und das ist eine recht interessante Erscheinung.

Im alten Israel gab es den „großen Versöhnungstag“. Da sollte das Volk, das leider immer sündige Volk, mit Gott versöhnt werden. Es musste sich durch Opfer freikaufen. Wenn der Hohepriester in das Innere der Stiftshütte ging, und zwar ins Allerheiligste, durfte er, wie er sagte, nicht mit leeren Händen vor Gott hintreten. Er durfte nicht zu jeder beliebigen Zeit vor die Deckplatte treten, die über der Bundeslade sich befand. Die Lade selbst war ein mit viel Gold verzierter Kasten aus Akazienholz, die Deckplatte darüber aus gediegenem Golde mit zwei Cherubim, zwei Engelfiguren.

Diese Deckplatte war der Stuhl Gottes; doch war Gott nicht immer zugegen, jedenfalls aber war er es zur Zeit der Opfer. Es war jedoch gefährlich, sich Jahwe zu nahen. Der Priester erklärte, dass er aus diesem Grunde von dem feingestoßenen, wohlriechenden Räucherwerk nehme, zwei Hände voll, es auf eine Pfanne glühender Kohlen schütte, damit eine Rauchwolke erzeugt werde, die den Anblick Jahwes verhülle. Sonst müsse der Priester sterben. Wenn das Volk diese Wolke über dem Zelte, – denn die Stiftshütte war ein großes Zelt, durch Vorhänge in mehrere Abteilungen geschieden – sich lagern sah, wusste es Gott gegenwärtig. Es hatte sich alsdann namentlich vor unzeitgemäßer Neugier zu hüten; das Kultgeheimnis musste gewahrt werden. Es ist dieselbe Wolke, die auf dem Sinai Moses einhüllte, da er die Gesetzestafeln empfing, die auch vor dem Volke herzog während der Wüstenwanderung, damit es den rechten Weg nicht verfehle. Die Wolken- und Feuersäule auf diesen Wanderungen ist durchaus sagenhaft, die Wolke in der Stiftshütte und im Tempel dagegen geschichtlich wohl verbürgt. Sie ist nicht nur symbolisch, sondern tatsächlich der Schleier des religiösen Mysteriums, bei Juden und anderen Völkern.

Was ist's mit dem Kultgeheimnis?

Nur unter der Bedingung darf Aaron, der Hohepriester, in das Heiligtum eingehen, dass er einen jungen Stier als Sündenopfer und einen Widder als Brandopfer darbringt. Das Opfer ist immer und überall das Wesentliche. Zwar wird mit wichtiger Gebärde vom heiligen linnenen Leibrock geredet, den der Hohepriester anhaben muss; linnene Beinkleider müssen seine Scham bedecken, mit einem linnenen Gürtel muss er sich gürten und einen linnenen Kopfbund umbinden. „Heilige Kleider sind es, er soll sie anlegen, nachdem er seinen Leib gebadet hat“. Zum Verständnis dieser Dinge gelangen wir nur, wenn wir den Blick auf das Opfer gerichtet halten. Ein junger Stier ist wohlschmeckend und ein Widder nicht zu verachten. Jahwe aber ist, menschlich betrachtet, genügsam. Er liebt vor allem das Blut des Tieres und genießt den aufsteigenden Duft des Opferfleisches. Die schwarzen afrikanischen Priester verfahren stellenweise gröber, indem sie den Zuschauern versichern, dass der große Geist, der ein Feinschmecker sei, vom geschlachteten Tiere die unsichtbaren Bestandteile bevorzuge, während er die sichtbaren gern seinem frommen Diener überlasse, dem Priester selbst.

Und nun der Sündenbock! Von der Gemeinde der Israeliten soll Aaron neben den anderen Opfertieren zwei Ziegenböcke nehmen zum Sündopfer. Er soll über beide das Los werfen: ein Los für Jahwe und ein Los für Asasel; also eins für den guten, eins für den bösen Geist. Sodann soll Aaron den Bock, der durch das Los für Jahwe bestimmt ist, zum Sündenopfer herrichten. Er schlachtet ihn, bringt sein Blut hinter den Vorhang und sprengt mit dem eingetauchten Finger das Blut auf Deckplatte, Boden, Zelt usw., wodurch alles entsündigt, das heißt, vom bösen Geiste gereinigt wird; denn in dem Blute ist Jahwes Geist, der den bösen vertreibt. Draußen soll er dann den anderen, den lebendigen Bock herzubringen, seine beiden Hände auf dessen Kopf aufstemmen und über ihm alle Beschuldungen und Übertretungen der Israeliten bekennen, die sie irgend begangen haben. Er soll die Sündenlast auf den Kopf des Bockes legen und diesen durch einen bereit gehaltenen Mann in die Wüste entsenden. So soll der Bock alle Verschuldung des Volkes hinwegtragen in eine abgelegene Gegend, man soll den Bock erst in der Wüste loslassen. Der ihn aber zu Asasel hinausgeschafft hat, soll nicht wieder ins

Lager kommen, bis er seine Kleidung gewaschen und seinen Leib gebadet hat. Eine ähnliche Reinigung nimmt auch Aaron mit sich vor.

In all diesen eingehenden Vorschriften ist keine Kleinigkeit ohne Bedeutung. Die meisten erklären sich uns, wenn wir die Fragen beantworten: Wer ist der Nutznießer des Opfers, das von der Gemeinde der Gläubigen dargebracht wird? Warum die Geheimnistuerei? Warum die große Zahl der Feste und Feiertage, der Brandopfer, Speiseopfer, Heilsopfer, Sündopfer, Schuldopfer? Warum muss jede Krankenbehandlung – der Priester ist auch Arzt von Anbeginn – mit irgendwelchen Opferpflichten für den Patienten verknüpft sein? Man sehe sich nur das dritte Buch Mose daraufhin an! Der Opferkult muss eine gewaltige Belastung der ärmeren Bevölkerungsklasse gebildet haben; noch die Geschichte des Juden Jesu bis zur Reinigung des Tempels von den Taubenkrämern und Geldwechslern ist ein steter Kampf dieses Vertreters der niederen Volksschichten gegen das organisierte Opferpriestertum im Lande.

Nach unserer Auffassung dürfte über die Beurteilung des Opferritus am großen Versöhnungstage in der Hauptsache kaum ein Zweifel möglich sein. Von den beiden Böcken erhielt den durchs Los dem Jahwe zugefallenen der Jahwepriester. Dabei mochte es von den Umständen abhängen, ob Aaron, wie der Hohepriester Jahwes in der Schrift generell benannt wird, nur die besten Stücke des Opfertieres an sich nahm oder aber das ganze Tier. Mit dem Bock des Asasel jedoch hat es eine Extrabewandnis. Dass man den guten Braten in die Wüste jagte, mögen schöne Seelen beweinen. Für uns lautet die Frage anders: Erhielt der Priester auch diesen zweiten Bock, oder bestimmte er ihn für sonst jemanden?

Zur Beantwortung dieser Frage müssen wir einen Augenblick auf die Verhältnisse afrikanischer oder anderer Naturvölker zurückgreifen. Die Unterscheidung von guten und bösen Geistern ist allen gemeinsam. Bemerkenswert aber ist eine häufig vorkommende, damit zusammenhängende Differenzierung im Priesterwesen, die Einteilung der Priester in höhere und niedere, wie sie in Afrika vielerorts, bei den Malayen usw., schon deutlich ausgeprägt ist. Die höheren Priester vertreten im Allgemeinen die anerkannte, innerhalb oder in nächster Nähe der Ortschaften wohnende Geistlichkeit; sie wirken in erster Linie durch Versprechungen, Segnungen usw. Die niederen hausen in der weiteren Umgebung in Busch und Wüste, vielfach als Wegelagerer und Plünderer; sie wirken hauptsächlich durch Drohung. Beide aber beuten auf ihre Weise die Ortseingesessenen aus. So steht bisweilen am Ausgange des Dorfes ein Strohhüttchen und darin ein Tischlein, das mit Gaben für gute Geister gedeckt sein will. Die Geister, heißt es, sind zwar von Natur unsichtbar, aber imstande, in menschlicher Gestalt zu erscheinen. Andererseits tut der Reisende, der das Dorf verlässt oder heimkehrt, gut, an gewissen Stellen des Waldes, der Wildnis, an Bäumen, Felsen, Quellen usw., wo sich Urnen, Opfersteine, Kreuze, bestimmt gezeichnete Bäume und dergl. finden, sein Scherflein niederzulegen, falls nicht etwa ein maskierter Waldteufel sich ihm in den Weg stellen soll.

Wir können hier diese Verhältnisse nur in den allgemeinsten Zügen andeuten; doch mag als Parallele zu dem beschriebenen neutestamentlichen Opfervorgange auf das Beispiel der Dinka hingewiesen werden. Aus ihren Bestattungs- und Opferriten sei erwähnt, dass die Angehörigen eines Gestorbenen trachten, die Geister, die guten und auch die bösen, zufriedenzustellen, da diese aus Anlass des Trauerfalles wie gewöhnlich ihre Ansprüche geltend machen. Es wird ein Feuer am Grabe angezündet und ein Schaf getötet. Das Tier wird langsam erwürgt, und der Geisterbanner besprengt die Angehörigen mit dem Blute, um sie gegen neue Überfälle der lebensfeindlichen Mächte zu sichern; denn ein Todesfall wird ebenso wie die Krankheit als von bösen Geistern verursacht angesehen. Da hätten wir also wieder das Besprengen mit dem Blut eines Opfertieres zur Bekämpfung feindlicher Geister. Aber es fehlt auch bei den Dinkas nicht am zweiten Opfertier, das den bösartigen, dämonischen Wesen der

Wildnis zugestanden wird. Ein Schaf oder ein Bock wird um das Grab geführt und darauf in den Wald getrieben; kein Zweifel, dass dort die Waldkobelde sich seiner annehmen werden.

Das Alte Testament der Bibel gibt uns Beweise massenhaft, dass bei den Juden die Opposition gegen das bestellte Priestertum nicht gering war. Es sei nur erinnert an den Baals- und „Götzendienst“ der Kanaaniter, sowie an die Propheten. Aber der dem Asasel in die Wüste geschickte Bock wird schwerlich wie in der Vorzeit eine Gabe an irgendeine niedere Priesterklasse gebildet haben. Wahrscheinlich wird ein Gehilfe „Aarons“, ein Diener am Heiligtum, ein Levit, vor allem wohl der Mann, der das Tier fortschaffte, damit beglückt worden sein. Die Reinigung seiner Kleider und seines Leibes, bevor er ins Lager zurückkehrte, mag vielleicht auch notwendig gewesen sein. Doch können wir diese Frage als nebensächlich auf sich beruhen lassen. So viel aber ist mit Sicherheit zu sagen, dass sich der Brauch, den Bock „in die Wüste zu jagen“ als ein Überbleibsel uralter Opferbräuche der Israeliten darstellt, von Gebräuchen, die bei den heutigen Naturvölkern noch hier und da in voller Ursprünglichkeit beobachtet werden können.

Der politische „Sündenbock“ von heute ist ebenfalls ein Opfer zu nennen, dem Teil des Volkes dargebracht, der der herrschenden politischen Richtung opponiert. Doch mag ein derartiger Sündenbock sich trösten, dass er nicht der erste seines Zeichens ist und nicht der letzte, und dass unter seinen Vorfahren leibhaftige Böcke waren, denen es schlimmer erging als ihm.

Sittenlos und unsittlich.

Aus den Ideen von Multatuli.

In Samojedien – ich weiß nicht, ob das Land so heißt; aber das ist eine Lücke in unserer Sprache, die wir ausfüllen müssen – in Samojedien besteht die Sitte, sich vom Kopf bis zu den Füßen mit ranzigem Teer zu beschmieren.

Ein junger Samojede tat dies nicht. Er beschmierte sich durchaus nicht, weder mit Teer noch mit sonst etwas.

„Er folgt unsern Sitten nicht,“ sagte ein samojedischer Weise, „er hat keine Sitten er ist sittenlos“.

Das war sehr richtig bemerkt. Selbstverständlich wurde der junge Samojede misshandelt. Er fing zwar mehr Robben als irgendein anderer, aber das machte nichts. Man nahm ihm seine Robben, gab sie Samojeden, die sich gehörig mit Teer beschmierten und ließ ihn hungern.

Aber es kam noch ärger. Der junge Samojede, nachdem er eine Zeitlang in diesem unbeschmierten Zustande fortgelebt hatte, fing endlich an, sich mit Eau de Cologne zu waschen. –

„Er handelt gegen die Sitten,“ sprach nun der Weise, „er ist unsittlich! Wohlan, wir wollen ihm auch weiter die Robben wegnehmen und ihn überdies schlagen. ...“

Dies geschah. Aber weil man in Samojedien weder Schmähreden kannte noch ein Druckrecht, noch Verdächtigung, noch eine dumme Orthodoxie oder einen falschen Liberalismus, weder korrupte Politik, noch korrumpierende Minister, noch eine verrottete Zweite Kammer so schlug man den Patienten mit den übriggebliebenen Knochen der Robben, die er selber gefangen hatte.

Vernunft

Von Joh. Gottfried Seume.

Vernunft, wann wirst du einst die wahre Freiheit setzen,
Vor welcher Recht und Ordnung geht?
Die kein Tribun, kein Fürst, kein Bonze zu verletzen
Sich frevelnd untersteht?

Erwärme du mein Herz, des Lebens Götterflamme,
Die tief durch meine Seele glüht,
Dass nicht mein Auge halt rund um sich her verdamme,
Wenn es die Greuel sieht;

Dass Kleinmut nicht und Angst zuletzt mich niederziehen,
Wenn höhrend Druck und Willkür siegt,
Wenn weit, weit aufgerollt, wohin die Blicke fliehen,
Die Sündenmappe liegt.

Bleib, Genius, damit uns nicht die Hoffnung schwinde,
Die über der Ruine schwebt,
Dass bald die Menschheit sich aus der Geburtsangst winde,
In der sie jetzt lebt.

Sie haben mich gepeinigt,
weil ich zu denken wagte;
sie haben mich gesteinigt,
weil ich mein Denken sagte,
weil ich es sang in Liedern
voll Wahrheit und voll Glut
sie konnten nichts erwidern,
daher die ganze Wut.

Lermontoff.

Zuschriften für die Redaktion sind zu richten an: Frau A. Dannat, Bremen, Bremerhaven-
erstraße 33. Verantwortlich: C. Stucke; Verleger: Karl Lüth; Druck: Herm. Sturm; sämtlich in
Bremen.

Arbeiterpolitik 6/1916

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

1. Jahrg.

Bremen, den 29. Juli 1916.

Nr. 6

Redaktion und Expedition: Aumunderstr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Preis pro Nummer 15 Pfg.

Kriegsparteitag.

Die Parteitage sind die höchste Instanz der Sozialdemokratie, die über alle Lebensfragen der Partei zu entscheiden hat. Sie sollen dem politischen Leben der Partei die Richtung geben. In ihnen soll aber auch die Demokratie ihren Ausdruck finden, die die Entscheidungen über die Geschicke der Partei nicht den Händen einiger Mitglieder in bevorzugter Stellung ausliefert, sondern sie in die Hände der organisierten Massen selbst legt. Die Parteitage sollen der Regulator sein, der die mit Notwendigkeit auftretenden Differenzen zwischen dem politischen Wirken der Instanzen und dem politischen Wollen der Massen immer wieder auszugleichen trachten soll. In jeder Hinsicht aber sollen sie die Diener der Partei sein, Mittel zur stetigen Steigerung ihrer Kampffähigkeit. Und das nicht nur dadurch, dass sie in ihren Beschlüssen durch eine frische, kühne Initiative vorangehen, sondern auch durch die Weckung und Kräftigung des demokratischen Bewusstseins der Arbeitermassen.

Haben die Parteitage der Sozialdemokratie diese elementarsten Aufgaben erfüllt? Abgesehen von einigen wenigen Tagungen, wie Dresden, Jena 1905, die grundlegende Bedeutung für die Parteientwicklung gewannen, sind die meisten Parteitage weit hinter ihrer Aufgabe zurückgeblieben. Schon ihre Zusammensetzung bot nicht die geringste Gewähr mehr dafür, dass eine wirkliche Vertretung der Massen über die Geschicke der Partei entschied. Abgesehen von den vollzählig vertretenen Fraktionsmitgliedern, wussten sich auf die Länge hin die Vertreter der Bürokratie zum ausschlaggebenden Element auf den Parteitag aufzuwerfen. Freilich wurden die Delegierten in den öffentlichen Parteiversammlungen gewählt; allein auch diese Versammlungen boten nicht mehr das Bild wirklicher Vertretungen der Arbeitermassen dar. Wenn man bedenkt, dass von vielleicht 20 000 organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen eines Ortes im günstigsten Falle 300 die Delegiertenwahlen vornahmen, die überdies nicht selten durch Cliquenmachinationen vorbereitet und im Grunde schon vorher entschieden waren, so kann man sich ein Bild davon machen, wie es um die demokratische Vertretung auf den Parteitag bestellt war. Wie die große Masse der Organisierten den Organisationen gegenüber gleichgültig war, so war sie es in steigendem Maße der höchsten Instanz dieser Organisationen gegenüber. So sind die Kundgebungen der Parteitage bei weitem nicht mehr der Ausdruck des politischen Willens der Massen gewesen. Ihre Politik wurde mehr und mehr zur

ausgeprägtsten Instanzenpolitik. Sie sanken von ihrer Bedeutung als Wegweiser im Kampfe der Arbeiterklasse zur Bedeutungslosigkeit bloßer Schaustellungen ohne jede politische Initiative herab. Mehr noch, jedes revolutionäre Vorwärtsdrängen war im höchsten Grade missbeliebt und wurde mit allen Mitteln der Parteitagsdiplomatie unterdrückt. In den Berichten des Parteivorstandes an die Parteitage traten die politischen Momente immer mehr zurück, während das Verwaltungstechnische sich in gleichem Maße in den Vordergrund drängte. Wie die Bürokratie erstarkte und von der Dienerin zur Beherrscherin der Partei wurde, so entwickelten sich die Parteitage zu reinen Machtfaktoren der Bürokratie. Und wie die Bürokratie sich in der notwendig mit ihr verbundenen Parteidiplomatie eine Waffe im Kampfe gegen den ungefügen Klasseninstinkt der breiten Massen schuf, so fing die Parteidiplomatie an, die Parteitage zu beherrschen und den robusten Massenwillen auszuschalten. Das eigentliche Arbeiterelement war auf den Parteitagen so gut wie gar nicht mehr vertreten.

In alledem spiegelte sich zunächst die Tatsache ab, dass sich zwischen der Masse der Parteigenossen und den Vertretern der Bürokratie eine geistige Distanz gebildet hatte, die in den Arbeitern die Überzeugung festigte, dass zur Verwaltung des Parteiapparates und zur Bestimmung seiner politischen Richtung ein solches Maß von Kenntnissen gehöre, dass sie selbst für diese Funktionen nicht mehr in Betracht kämen, so dass es ihnen ratsam erscheinen musste, die Entscheidungen über das Wohl und Wehe der Partei in die Hände der Bürokratie zu legen. So betrachteten die Arbeiter die Parteitage und ihre Beschlüsse mit einer ähnlichen Ehrfurcht wie die Tätigkeit ihrer Reichstagsabgeordneten, und so wurden die Parteitage von Dienern der Partei zu ihren Beherrschern. Sie entwickelten jenen Parteiabsolutismus, der seinen krassesten Ausdruck in der Verfolgung und Vergewaltigung von Vertretern der revolutionären Minderheit fand. Die Demokratie schwand mehr und mehr dahin, wie sie innerhalb der Arbeiterbewegung selbst immer mehr zur bloßen Formel, der Bürokratenabsolutismus aber immer mehr zur vollendeten Tatsache wurde.

Unterstützt wurde diese Entwicklung durch den Einfluss der *Presse*, deren Geschäfts- und Redaktionsapparat der Bürokratie ebenso eingeordnet war, wie jedes beliebige Gewerkschaftsbureau. Glaubte man noch vor dem Kriege, dass die Parteipresse noch nicht so völlig dem Bürokratismus und seine entwicklungshemmenden Tendenzen verfallen sei, so hat der Krieg auch diese Verhältnisse geklärt.

Heute stehen wir vor der Tatsache, dass die Parteipresse entweder ganz ins Lager des Sozialimperialismus abgescwenkt ist oder sich doch höchstens zum oppositionellen Standpunkt des Parteizentrums aufzuschwingen vermag. *Linksradikale Blätter gibt es in der deutschen Parteipresse nicht.* Auch nicht eine Ausnahme bestätigt diese Regel. Das ist ein Faktum, das für die Entwicklung der Parteiverhältnisse im Sinne des Linksradikalismus von größter Bedeutung sein wird.

Wie der Gewerkschafts- und Parteiapparat, so ist auch die Parteipresse an einem möglichst ungestörten Bestand der heutigen Organisationsformen interessiert. Daher ist auch zwischen Parteizentrum und Sozialpatriotismus in den wichtigsten politischen und parteitaktischen Fragen kein grundsätzlicher, sondern nur ein gradueller Unterschied. Für die Bedeutung der Parteitage ergab sich hieraus, dass sie in ihrer Funktion als Beherrscher des Parteiapparats, des bloßen organisatorischen Mechanismus, den Massen immer plausibler gemacht wurden. Die Behandlung der großen politischen Fragen auf den Parteitagen orientierte sich im Laufe der Zeit immer deutlicher an der Frage nach dem Wohl und Wehe des Organisationskörpers. Kein Wunder, dass sie alle revolutionäre Kraft verlor und immer entschiedener den Weg des Opportunismus einschlug. So wurden die Parteitage, wie die Organisationen, von Mitteln zur Hebung, zu Mitteln der Hemmung des Kampfes.

An diesen Tatsachen gemessen, hätte die Einberufung eines *Kriegsparteitages* durch die Sozialpatrioten weder etwas Überraschendes noch etwas Unzulässiges an sich. Vor allem aber hat das *Parteizentrum* nicht den leisesten Grund, über Vergewaltigung zu toben, wenn die Sozialpatrioten nichts anderes unternehmen wollen, als die Organisationen durch die Verhinderung des Kampfes, zu dem der Linksradikalismus drängt, vor der Zerstörung zu bewahren, woran die Zentrumsleute ebenso wie der verstockteste Sozialpatriot aus der Gewerkschaftsbureaukratie mit allen Fasern ihrer leiblichen und geistigen Existenz interessiert sind. Es steht überdies außer aller Zweifel, dass sich auf einem Kriegs- wie auf jedem anderen Parteitage Sozialpatrioten und Zentrumsvertreter in brüderlicher Eintracht wieder zusammenfinden können, nachdem sie sich doch nur brüderlich entzweit hatten. *Die Interessen des Sozialpatriotismus und des Parteizentrums sind die gleichen.* Beide sind auf Gedeih und Verderb mit den heutigen Parteiorganisationen verbunden, die sie denn auch vor jeder Spaltung, sei es von innen durch die Austragung der Gegensätze, sei es von außen durch das Wagen des Kampfes, bewahren möchten. Über diese Tatsache täuscht auch nicht das kleinbürgerlich-radikale Phrasentum gewisser Zentrumsleute hinweg, das eine tatsächliche Interessengemeinschaft durch einen ideologischen Gegensatz zu verschleiern trachtet.

Es hatte seine tieferen Ursachen, aber auch seine eigene Ironie, dass die Bezirksführer von Berlin 2 bereits vor Monaten die Wiedervereinigung der beiden Fraktionen ausdrücklich forderten, und es ist nicht von ungefähr, dass die „*Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft*“ bis heute jeden prinzipiellen Kampf gegen die sozialpatriotische Mehrheit vermieden hat. Auch der Revisionist Stampfer machte wiederholt den Vorschlag, dass Mehrheit und Minderheit sich wiederfinden möchten, und er führte den Nachweis, dass das wohl möglich sei, wenn nur die Form des Kampfes erträglich bliebe. Daran hat es nun seitens des Parteizentrums gewiss nicht gefehlt, das mit wahrer Lammsgeduld alle Knüffe und Püffe ertragen hat, die ihm von rechts, wie von links in reichlichem Maße verabfolgt worden sind.

Es ist auch bezeichnend, dass der „*Vorwärts*“, das führende Organ des Parteizentrums, nach der Sezession der Achtzehn alsbald beruhigend nachwies, dass die Fraktionsspaltung durchaus nicht die Parteispaltung bedeute. Damit stimmt völlig überein, dass selbst der äußerste linke Flügel des Parteizentrums, wie er am typischsten durch die Abg. *Henke* und *Herzfeldt* vertreten wird, die Spaltung der Partei nicht mitmachen will. Das bedeutet aber, dass selbst dieser Teil des Zentrums die Wiedervereinigung mit den Sozialpatrioten wollen muss. Ein anderes gibt es nicht. Darauf machte vor langer Zeit bereits Stampfer in einem von der Parteipresse viel beachteten Artikel aufmerksam. Er schrieb: „Eine Organisation mit zwei Fraktionen ist ein Unding. Entweder kommen die beiden Fraktionen in absehbarer Zeit wieder zusammen, oder die Parteiorganisation geht entzwei.“ Und da das Parteizentrum vor der Spaltung zurückschreckt, muss es sich halt mit den Sozialpatrioten wieder vertragen. So ist auch die Kundgebung des *Parteiausschusses* zu bewerten, dass, nachdem von einem Kriegsparteitag Abstand genommen wurde, nunmehr eine Konferenz der Parteiorganisationen zusammentreten solle, um der fortschreitenden Zerrüttung der Partei vorzubeugen, und es ist selbstverständlich, dass dieses Ziel nur durch den Ausgleich zwischen Sozialpatriotismus und Parteizentrum erreicht werden soll.

Ist dieser Ausgleich möglich? Zweifellos! Es bestehen zwischen diesen beiden Richtungen in allen wichtigen Fragen keinerlei grundsätzliche Differenzen. Beide sind sich einig in der Frage der Landesverteidigung, wenn sie auch in der Auffassung über das Wie?, Wann? und Warum? differieren; beide stimmen überein in der Frage der Einheit der Partei; beide verwerfen die Beitragssperre, höchstens macht ein Teil des Parteizentrums ihre Anwendung von besonderen äußeren Umständen abhängig; beide lehnten den Etat ab. Das Zentrum kann noch wieder zur Bewilligung der Kredite kommen, solange es sich nicht grundsätzlich ablehnend zur Frage der Landesverteidigung geäußert hat; es hat in der Steuerfrage keine erschöpfende

grundsätzliche Stellung eingenommen, da es die Steuern als Mittel zur Weiterführung des Krieges zwar ablehnte, gleichzeitig die Welt aber darüber im Unklaren ließ, ob seine Stellung zur Verteidigung des Landes nicht derart sei, dass die Bewilligung von Mitteln zur Weiterführung des Krieges zwecks Sicherung der Grenzen wieder notwendig werde. Die ganze bisherige Haltung des Parteizentrums ist so unklar, inkonsequent und widerspruchsvoll, dass sie von Anfang an von den Sozialpatrioten schonungslos zerpfückt worden ist, ohne dass das Zentrum sich irgendwie hieb- und stichfest dagegen hätte wehren können. Wenn das Parteizentrum keinen Kriegsparteitag will, so hat es dafür keinen anderen triftigen Grund als die Furcht vor der sozialpatriotischen Kritik, die alle seine erbärmlichen Halbheiten rücksichtslos ans Licht der Öffentlichkeit zerren und die schwankenden Zentrumsgestalten als reuige Sünder vor aller Welt bloßstellen würde.

Ein Kriegsparteitag der Sozialpatrioten wäre nichts Ungewöhnliches; er wäre etwas ganz Selbstverständliches. Er könnte aber keinen anderen Sinn haben als die natürliche und daher durchaus mögliche Sammlung der Rechten und des Zentrums gegen den Linksradikalismus. Es ist auch nicht weiter verwunderlich, dass man es, da man einen offiziellen Parteitag einstweilen noch nicht beliebte, zunächst mit einer außerstatutarischen Konferenz der Parteiorganisationen versuchen will. Udemokratisch, wie der ganze offizielle Apparat der Partei schon seit Jahren ist, hat er nicht die mindeste Ursache, plötzlich demokratisch zu werden, da er sich zur wirksamsten Stütze des Imperialismus entwickelt hat. Vielmehr muss ihm daran liegen, die Demokratie durch Schaffung einer neuen Instanz, eben jener Sonderkonferenz, der sehr bald der Prunkmantel der Parteilegalität umgehängt ist, noch mehr in den Staub zu treten.

Der *Linksradikalismus* wird durch alle diese Tatsachen in der Auffassung bestärkt, dass nur die Spaltung der Partei die Gesundung der Arbeiterbewegung herbeiführen kann. Der Riss geht zwischen Rechte und Linke. Mögen die Vertreter des Zentrums, je nachdem es ihnen zweckmäßig für die Sicherung von Haut und Herd erscheint, sehen, wie sie's treiben und wo sie bleiben. Die Einberufung eines Kriegsparteitages oder einer Kriegskonferenz macht es allen Anhängern des Linksradikalismus zur Pflicht, überall und mit allem Nachdruck die Beitragssperre zu propagieren und durchzuführen. Je ausgedehnter das geschieht, umso mehr bricht die Drohung des Parteivorstandes in sich zusammen, die Organisationen, die die Sperre beschlossen haben, als außerhalb der Partei stehend zu erklären. Mit einem Parteiapparat ohne die dazu gehörige Mitgliedschaft der Massen kann selbst der geriebenste und skrupelloseste Parteivorstand nichts beginnen. Man lasse sich nicht durch den Einwand des Parteizentrums verblüffen, dass die Durchführung der Beitragssperre die Auslieferung aller der schönen Errungenschaften an die Sozialpatrioten bedeuten würde. Man entgegne darauf: Erstens wären alle diese schönen Errungenschaften in den Händen der Ebert und Scheidemann nichts anderes als Waffen zur Niederhaltung des Proletariats und darum wert, dass sie zugrunde gehen. Zweitens ist es dem Parteizentrum nicht ernst mit dem Kampf gegen den Sozialpatriotismus, so dass es diesen Einwand immer wieder erheben wird, um sich nicht zu dem ersten Schritt, zum wirklichen Handeln entschließen zu müssen. Drittens aber zeigt sich in dieser Auffassung die völlige geistige Übereinstimmung zwischen Zentrum und Rechte. Beide wollen die schönen Errungenschaften, die Organisationen, für sich retten. Wenn aber der Einwand des Zentrums zu Recht besteht, dass man die Organisationen nicht aufs Spiel setzen soll, dann hat der Parteivorstand tausendmal mehr recht mit seiner Politik des 4. August, die ja gerade verhindern sollte und wohl auch tatsächlich verhindert hat, dass die Organisationen von Staats wegen gefährdet wurden. Der Einwand des Zentrums deckt daher die Haltung der Mehrheit und des Parteivorstandes, und Mehrheit und Parteivorstand können sich jederzeit auf das Zentrum berufen, das, um die Organisationen für sich zu erhalten, nicht einmal gegen die eigenen Parteiinstanzen zu kämpfen, nicht einmal die Beitragssperre durchzuführen wagte. Womit die Politik des Parteivorstandes glänzend gerechtfertigt wäre.

Sollte dennoch ein Kriegsparteitag oder eine Konferenz zustande kommen, so würde keine Organisation, die auf sich hält, sich an einem solchen Unternehmen beteiligen, geschweige dessen Beschlüsse durchführen. Es wäre eine der größten Komödien der Weltgeschichte, wenn die Arbeiterschaft sich nach den Erlebnissen des Weltkrieges in ihren Handlungen an den Spinnfäden einer Disziplin leiten ließe, die von den eigenen Instanzen zum Gespött der Welt gemacht wurde. Man nutze Kriegsparteitag und Kriegskonferenz zum Krieg gegen die sozialpatriotische Partei aus, und man hat den Erfolg auf seiner Seite.

Einheit oder Spaltung der Partei?

3. Die Politik des 4. August.

Die Politik des 4. August, die Politik des Burgfriedens mit der Bourgeoisie und der Unterstützung ihrer imperialistischen Unternehmungen, ist, wie wir im ersten Artikel gezeigt haben, eine internationale Erscheinung. Und sie ist nicht nur eine grausam harte Tatsache zweier Jahre, sie ist auch ein Programm der Zukunft. Eine Politik, die gleichzeitig getrieben wird von London bis Petersburg, von Paris bis Wien muss schließlich gleicher Quellen entströmen. Welches sind diese Quellen?

In seinem letzten Buche „Die Sozialdemokratie, ihr Ende und Glück“, das alle Erkenntnisse des Linkradikalismus mit imperialistischen Auffassungen vereinigt, um aus ihnen eine Begründung der Politik des 4. August zu fabrizieren, erklärt Paul Lensch die Haltung der englischen Trade-Unionisten und der Labour-Party in folgender Weise:

„Diese Herrschaft (Englands auf dem Weltmarkt), die in den letzten Jahrzehnten nicht mehr völlig unerschüttert war, hatte allen in Betracht kommenden Gesellschaftsschichten Großbritanniens Vorteile gebracht, nicht zum mindesten auch der Arbeiterklasse. Ihre privilegierte Minderheit, das heißt die Gewerkschaftswelt, steckte den größten Teil ein, aber auch die große unorganisierte Masse hatte dann und wann vorübergehend ihr Teil. Hier haben wir den Schlüssel zum Geheimnis, dass die englischen Gewerkschaften die stärksten Stützen der englischen Kriegspolitik wurden. Sie wussten sehr wohl, worum es geht und dass sie nur ihre eigenen Privilegien ihre eigene Ausnahmestellung in der internationalen Gewerkschaftswelt verteidigen, wenn sie Englands Weltherrschaft verteidigen. Ihre gegen kontinentale Verhältnisse immer noch beträchtlich höheren Löhne und durchschnittlich besseren materiellen Lebensverhältnisse fußen auf dieser Weltherrschaft, wer diese angriff, der griff sie selber an.“

Die Auffassung von Lensch ist zwar nicht neu – sie ist eine seiner bekannten Anleihen bei den radikalen Sozialdemokraten – aber sie ist ohne Zweifel richtig. Die Politik der Trade-Unionen war immer die Politik der Arbeiteraristokratie, und sie bestand immer in einem Haschen nach den Brocken, die vom Tische der weltbeherrschenden englischen Bourgeoisie fielen. So hat sie Marx, so hat sie Engels auch bewertet. Es ist klar, dass sich die englische Arbeiteraristokratie beim Ausbruch des Krieges nicht aus kurzfristigen Nutznießern der privilegierten Lage der englischen Bourgeoisie in eine Klasse voll Idealismus verwandelt hat, die für die Befreiung der „kleinen Nationen“ blutet. Aber wie kommt es, dass dieselbe Politik von der deutschen Sozialdemokratie und den deutschen Gewerkschaften getrieben wird, die bisher in der Welt als der strikte Gegensatz der englischen Trade-Unionisten galten? Wo liegt der Schlüssel zu diesem Geheimnis? Dieses Geheimnis wurde schon lange vor dem Kriege entschleiert und Lensch half einst dabei, es täglich zu tun. Der Unterschied zwischen den englischen Gewerkschaftlern und der deutschen „sozialdemokratischen“ Arbeiteraristokratie bestand schon vor dem Kriege nur in der verschiedenen politischen Phraseologie

Die Oberschicht der deutschen Arbeiterschaft, die dank der stürmischen Entwicklung der deutschen Industrie verhältnismäßig hohe Löhne bekam, der staatliche und gewerkschaftliche Versicherungseinrichtungen eine verhältnismäßig sichere Lebenslage boten, die gewissermaßen an der bürgerlichen Kultur teilnahm, hat durch den Mund der Revisionisten und Gewerkschaftsführer seit gut fünf bis zehn Jahren immer häufiger erklärt, sie habe mehr als Ketten zu verlieren, ihr langer Kampf habe bereits Erfolge gezeitigt. Im revisionistischen Lager spielten zwar die kleinbürgerlichen Elemente aus dem Süden eine bedeutende Rolle, aber die wachsende Macht des Revisionismus im Parteileben bestand eben darin, dass die Gewerkschaftsführer sich zu denselben kleinbürgerlichen Idealen bekannten.

Die Politik der Arbeiteraristokratie ist schließlich eine rein kleinbürgerliche, weil sie an den Grundlagen des Kapitalismus nicht rüttelt, sondern möglichst viel von seinen Vorteilen zu erhaschen sucht. Natürlich bekannten sich die deutschen Gewerkschaftler und Revisionisten zum Sozialismus; denn im Gegensatz zu den englischen Trade-Unionisten, die in liberalen Auffassungen aufgewachsen sind, sind sie in sozialistischen Auffassungen erzogen worden, und – was noch wichtiger ist – die breiten Arbeitermassen waren in Deutschland von der sozialistischen Ideologie durchtränkt. Aber der Sozialismus ward ihnen zu einem fernen Ideal oder nur zur Phrase. Ihre tägliche Arbeit erschöpfte sich in dem Kampf um kleine Vorteile. Von diesem Standpunkt beurteilen sie auch die Politik: sie stemmen sich jedem Versuch einer Massenbewegung, die breiten Kreisen der Arbeiterschaft politische Rechte und Besserung der Lebenslage bringen sollte, entgegen. Sie begründeten ihren Protest gegen die „Revolutionsromantik“ zwar mit der angeblichen Unmöglichkeit solcher Aktionen, aber in Wirklichkeit handelte es sich um die *Angst vor der Gefährdung der bisherigen Errungenschaften der Arbeiteraristokratie*. Nicht um ihre *Verallgemeinerung* durch diese Massenbewegung, sondern um ihre Steigerung handelte es sich für die Arbeiterbureaukratie, die sich aus der Arbeiteraristokratie rekrutierte und ihre Interessen vertrat. Deswegen waren sie alle Anhänger der revisionistischen Politik der Annäherung an die Bourgeoisie, die den „ruhigen, sachlich vorgehenden“ Elementen Zugeständnisse machen sollte, während sie durch die „radikalen Phrasen“ nur erschreckt und in die Arme der Reaktion getrieben wird. Auch hatten die Gewerkschaftsführer und die Revisionisten nichts dagegen, wenn die Bourgeoisie ihnen die *Zugeständnisse auf Kosten der Volksmassen anderer Länder* machen würde.

Die Gewerkschaftsführer und die Revisionisten waren durch die Bank Anhänger der Kolonialpolitik, die nichts anders ist, als die Verwendung fremder Volksmassen zu kapitalistischen Zwecken. Bewiesen sie nicht, dass die Kolonialpolitik im Interesse der deutschen Arbeiter liege? Wenn es sich um die breiten Kreise der Arbeiter handelt, um die Arbeiterklasse als Ganzes, so stimmte die Rechnung zwar nicht, aber eine kleine Schicht der am qualifiziertesten Arbeiter ergattert Abfälle von den Riesenprofiten der Unternehmer. Diese Abfälle sind nicht nur das Ideal der deutschen Gewerkschaften in der Zukunft, sondern sie bildeten schon vor dem Kriege ebenso wie in England die Butter auf dem Brot der deutschen Arbeiteraristokratie, nur dass sie in Deutschland eine kleinere Schicht betraf als in England. Denn das deutsche Kapital näherte sich mit Riesenschritten der Lage, die das englische Kapital bereits erobert hat: durch seinen Industrieexport, der dem englischen fast gleicht, durch seinen mit jedem Jahre wachsenden Kapitalexport, hatte sich das deutsche Kapital schon vor dem Kriege, nach England, den größten Anteil an der Weltbeute gesichert. Und auch die deutsche Arbeiteraristokratie hatte sich den Platz dicht neben der englischen erobert. Wie die deutsche Bourgeoisie in diesem Kriege versucht, durch die Erringung der „Freiheit der Meere“, durch die Gründung Mitteleuropas wenigstens die gleiche Lage wie die englische zu gewinnen, träumen die Gewerkschaften von den Fleischtöpfen Ägyptens.

Wie in England, so sind auch in Deutschland Arbeiteraristokratie und -bureaukratie die Träger der Politik des 4. August. In Frankreich, Italien und Russland sind diese Schichten

schwächer entwickelt, wie auch diese Länder weit hinter Deutschland und England auf dem Weltmarkt hertröten. Aber auch in *Frankreich* stand die organisierte Arbeiteraristokratie hinter den sozialpatriotischen Führern, deren Patriotismus, wie Herve schon in seinem Buche „Das Vaterland der Reichen“ (1907) einwandfrei bewiesen hat, in der Angst vor dem Verlust der Mandate bestand, deren Erlangung von dem Kleinbürgertum abhängig ist. Das Interesse der Politikaster, die die Abgeordnetenstellung weit über ihre bisherige soziale Lage erhebt, verbindet sich mit dem ihrer Klientel, der sie kleine Beamtenstellen, Läden der Monopolverwaltung usw. zuschanzen. Der Köder für die Massen aber bildet die größere politische Freiheit in Frankreich, wie seine revolutionären Traditionen. In *Italien* und *Russland* ist der Kreis der bevorrechteten Arbeiter sehr klein, weswegen dort die große Mehrheit der Partei dem Sozialismus treu geblieben ist. Aber selbst in diesen Ländern gruppiert sich um die Sozialpatrioten – die Reformisten und Mussolianer in Italien, die Gruppe der „Selbstverteidigung“ in Russland – ein Kern qualifizierter Arbeiter, der rein reformistisch denkt und deswegen mit der Bourgeoisie geht.

Die Politik des 4. August stellt die Krönung der Politik des Opportunismus dar, wie er sich in der zweiten Internationale entwickelt und unter dem Namen des Revisionismus und Reformismus auftrat. Schon im Jahre 1903 nannte der damals auf der Höhe seines Radikalismus stehende *Parvus* diese Politik der Arbeiteraristokratie *nationalliberale Arbeiterpolitik*; denn ebenso wie die Nationalliberalen die Ziele der Bourgeoisie im Bündnis mit den Junkern, nicht im Kampfe gegen sie zu erreichen suchten, so sucht die Arbeiteraristokratie und Bureaukratie ihre Ziele im Bündnis mit der Bourgeoisie zu erreichen. Dass diese Politik unvereinbar mit dem Sozialismus ist, wussten wir schon vor dem Kriege. Aber wir glaubten, dass es sich bei dieser Politik nur um Illusionen der Führer handelt, die unter dem Druck der sich verschärfenden Klassengegensätze verflattern werden. Die Erfahrung zeigte, dass wir uns geirrt haben. Erstens war diese *Politik nicht nur die der Führer*. Es stand hinter ihr ein Stamm von Arbeitern, der nichts anderes als die Führer wollte. Und es wäre eine verhängnisvolle Illusion, wenn wir uns einreden wollten, dass jetzt hinter diesen Führern keine Massen ständen, oder wenn sie hinter ihnen stehen, dass sie dies nur tun, weil sie nicht genügend aufgeklärt sind. *Die Spaltung geht durch die Arbeitermassen selbst*; überall hält zu den Sozialpatrioten ein Teil der Arbeiter, und er tut dies nicht aus mangelnder Aufklärung, sondern weil er nur Reformen will. Ohne dass man dies erkennt, ist man verurteilt, eine illusionäre Parteipolitik zu treiben, weil man die Kraft des Gegners unterschätzt.

Nun unterliegt es keinem Zweifel, dass sich die Träume der Sozialpatrioten *nicht erfüllen* werden: die Kosten des Krieges, der nach ihm einsetzende Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkte, die Konzentration des Kapitals, die wachsende politische Reaktion wird in keinem Lande die Bourgeoisie geneigt machen, der Arbeiteraristokratie irgendwelche bedeutenderen Zugeständnisse zu machen. Die Tragikomödie des Sozialimperialismus besteht darin, dass er den Sozialismus verriet, um durch ein Bündnis mit der Bourgeoisie Reformen zu erlangen; zu diesem Zwecke unterstützt er sie im Kriege. Aber der Krieg zerstört alle Illusionen des Sozialimperialismus.

Nun könnte man schließen: obwohl der Sozialimperialismus den Verrat am Sozialismus darstellt, werden Arbeiteraristokratie und -bureaukratie nach dem Kriege einsehen müssen, dass sie sich geirrt haben, und sie werden von neuem den Weg des Kampfes betreten. Lasst uns also nur ihre Illusionen kritisieren, wodurch wir ihr Ende beschleunigen; aber brechen wir nicht mit ihr, spalten wir die Arbeiterbewegung nicht; denn der Gang der Ereignisse wird uns recht geben und so die ganze Arbeiterschaft in geschlossenen Kolonnen in den Kampf führen.

Diese Schlüsse sind *unrichtig*. Das wollen wir demnächst beweisen.

Im Fangnetz der Widersprüche.

I.

Einer der hervorragendsten Theoretiker der deutschen Sozialdemokratie veröffentlichte vor kurzem unter dem Pseudonym „Junius“ eine Broschüre über die Krise der Sozialdemokratie, in der er zwar die Gründe dieser nunmehr seit nahezu zwei Jahren tobenden Krise ununtersucht lässt – nebenbei auch ein Mangel der „Leitsätze“ der Gruppe Internationale – in der er aber in ausgezeichnete Weise mit dem Flitterkram der Argumente aufräumt, mit denen die Sozialpatrioten Deutschlands ihre Preisgabe des Klassenkampfes und des Sozialismus verteidigen. Wir wollen uns hier nur an diejenige Frage halten, die der Verfasser natürlich auch behandelt, die nach einem treffenden Worte Karl Liebknechts die Achse aller Fragen des Weltkrieges bildet: die Frage der Landesverteidigung. Diese Frage ist für die ganze Internationale von der größten Bedeutung, nicht nur jetzt im Kriege, sondern auch nach Friedensschluss, wo es sich darum handelt, die geistige Bilanz des Krieges zu ziehen. Um es gleich zu sagen: wir können nicht anders, als die Auffassung von Junius über diese Frage kritisch behandeln. Der Standpunkt von Junius befindet sich im Gegensatz nicht nur zu den Auffassungen der Vertreter der radikalen Internationalisten in anderen Ländern, sondern auch Deutschlands, z. B. Karl Liebknechts. Was aber noch auffallender ist, Junius befindet sich, wie wir noch sehen werden, in ununterbrochenem Gegensatz zu sich selbst. Die Aufdeckung der Widersprüche des Verfassers dient keinen polemischen Zielen, sondern der Beleuchtung dieser höchst wichtigen Frage.

Über den Charakter des Weltkrieges ist Junius sich vollkommen klar. Das demokratische Programm der nationalen Vereinigung war das Programm des aufsteigenden Kapitalismus. „Seitdem hat der Imperialismus das alte bürgerlich demokratische Programm vollends zu Grabe getragen, indem er die Expansion über nationale Grenzen hinaus und ohne jede Rücksicht auf nationale Zusammenhänge zum Programm der Bourgeoisie aller Länder erhoben hat“. Und nun analysiert Junius die nationale Parole, deren realer Inhalt und Funktion sich gegen früher in ihr Gegenteil verkehrt hat. Junius verfolgt dann den imperialistischen Charakter des Krieges bis in alle Schlupfwinkel, beweist in ausgezeichneten Ausführungen über die Lage der kleinen Staaten, dass auch sie, einmal durch die Flut des Weltkrieges mitgerissen, keinen nationalen, sondern einen imperialistischen Krieg führen würden, weil der Weltkrieg sich unter den jetzigen Bedingungen „ganz mechanisch unabwendbar zum imperialistischen Welteinteilungsprozess auswachsen musste“.

Aus diesen Voraussetzungen zieht Junius nun ganz unerwartete Schlüsse. „Gewiss nichtswürdig das Volk, das vor dem äußeren Feinde kapituliert, wie nichtswürdig die Partei, die vor dem inneren Feinde kapituliert. Nur eines haben die Feuerwehrleute des brennenden Hauses (d. s. die Sozialpatrioten. D. R.) vergessen: dass im Munde des Sozialisten die Vaterlandsverteidigung etwas anderes bedeutet. Etwas anderes nämlich als die Rolle, die ihm durch den imperialistischen Krieg zudiktirt wurde. Also nicht Ablehnung der Vaterlandsverteidigung, sondern eine andere Vaterlandsverteidigung!

Worin besteht sie? Nachdem Junius gezeigt hat, wie oft in der Geschichte die herrschenden Klassen, die die feindliche Invasion den Volksmassen als den Schrecken aller Schrecken darstellen, eben diese Invasion herbeiriefen, um die aufsteigenden Klassen der eigenen Nation niederzuhalten, schreibt er: „Wenn für die herrschenden Klassen die Invasion ein erprobtes Mittel gegen den Klassenkampf, so hat sich für die aufstrebenden Klassen der schärfste Klassenkampf noch immer als das beste Mittel gegen die Invasion erwiesen“. Er beweist das mit dem Hinweis auf die mittelalterliche Geschichte der italienischen Städte, auf die französischen

Jakobiner, die, um die gegen das revolutionäre Frankreich heranstürmenden feudalen Mächte niederzuringen, zum rücksichtslosen Kampfe gegen die Vertreter des Feudalismus in Frankreich selbst übergehen mussten und schließt dann mit der Untersuchung der Frage nach dem Verhalten der Sozialdemokratie im heutigen Kriege. „Sollte sie etwa erklären: da dieser Krieg ein imperialistischer, da dieser Staat nicht dem sozialistischen Selbstbestimmungsrecht, nicht dem idealen Nationalstaat entspricht, so ist er uns gleichgültig und wir geben ihn dem Feinde preis?“ Junius verneint diese Frage: „Das passive Gehen- und Geschehenlassen kann niemals Richtschnur für das Verhalten einer revolutionären Partei wie der Sozialdemokratie abgeben“. Er verlangt dann, dass die Sozialdemokratie eine selbständige Klassenpolitik hätte einschlagen sollen, die in jeder großen Krise über sich hinaustreibt. Und worin sollte diese selbständige Klassenpolitik bestehen? Es galt gerade mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und mit der nationalen Verteidigung ernst zu machen. Und der erste Schritt dazu sei die Miliz; d. h. unter anderem die Beseitigung aller politischen Entrechtung, da die größte politische Freiheit als Grundlage der Volksverteidigung nötig sei. „Die wirklichen Maßnahmen der nationalen Verteidigung zu proklamieren, ihre Verwirklichung zu fordern, das wäre die erste Pflicht der Sozialdemokratie“. Es galt, so meint Junius, der europäischen Reaktion das alte wahrhaft nationale Programm der Patrioten und Demokratie von 1848, das Programm von Marx, Engels, Lassalle entgegenzustellen. „Das war die Fahne, die dem Lande vorangetragen werden musste, die wahrhaft national, wahrhaft freiheitlich gewesen wäre und in Übereinstimmung mit den besten Traditionen Deutschlands, wie mit der internationalen Klassenpolitik des Proletariats“.

Das ist der Standpunkt von Junius. Bevor wir zur Prüfung seiner historischen Voraussetzungen übergehen, möchten wir auf folgende Tatsachen aufmerksam machen. Der Standpunkt von Junius hat während vieler, vieler Monate der inneren Entwicklung der entschiedenen Linken diese nahezu unberührt gelassen. Zwar finden sich in den „Leitsätzen“ der Gruppe Internationale leise Spuren dieses Standpunktes; aber ihr Kern hat mit ihm nichts gemein. Ebenso fehlt dieser Standpunkt in allen anderen Kundgebungen der entschiedenen Linken, von den I. S. D. gar nicht zu reden. Wie kommt es nun, dass zwanzig Monate der Entwicklung der Linken so sehr an dem Programm von Junius vorübergehen konnten, obwohl er selbst und seine Freunde diese Entwicklung offenbar stark beeinflussten? Weil dieses Programm nur eine historische Reminiszenz ist, den Voraussetzungen der imperialistischen Epoche aber vollkommen widerspricht. Wir wollen das im zweiten Artikel nachweisen.

Aus unserm politischen Tagebuch

16. Juli.

Über den *Kriegssozialismus* lässt sich Professor Lujo Brentano im „Berliner Tageblatt“ also vernehmen:

„Unser Sozialismus ist ein Sozialismus, statt zugunsten der Armen, zugunsten gewisser Klassen der Besitzenden; er führt, statt zum Vorteil der Gesamtheit, zur weiteren Bereicherung einzelner Monopolisten, auf Kosten der Gesamtheit. Was dagegen nötig ist, wäre, dass dem neuen Wirtschaftsdiktator, oder wie man den Leiter der neugeschaffenen Zentralstelle nennen will, die Befugnis erteilt werde, die Gesamtproduktion so zu leiten, dass einer jeden einzelnen Wirtschaft und insbesondere einem jeden Landwirt das vorgeschrieben wird, was er produzieren muss. Heute produziert ein jeder das, wovon er erhofft, den größten Vorteil zu ziehen; ob dies gerade das ist, was das für den Augenblick Wichtigste wäre, steht ihm hinter seinem Rentabilitätsstandpunkt zurück. Und der ja auch sonst vielfach angezweifelte Satz der theoretischen Nationalökonomie, dass das, was für den Einzelnen das Rentabelste ist, auch für die

Gesamtheit das jeweilig Vorteilhafteste sei, hat für einen Zustand, in dem, wie gegenwärtig, die freie Konkurrenz ausgeschlossen ist, jedenfalls keine Geltung. Nachdem der „Diktator“ die einzelnen so gezwungen hat, das, was für das Ganze das Nötigste ist, zu produzieren, muss er ferner dafür sorgen, dass sie das Produzierte nicht zurückhalten. Heute aber sorgen viele Produzenten nicht nur unter Vernachlässigung aller von den Behörden erlassenen Verbrauchsvorschriften in erster Linie für sich, sondern verstehen es auch, sich als Folge der allgemeinen Not auf Kosten der übrigen zu bereichern. Da setzen wir Höchstpreise fest, aber da diese Höchstpreise den Produzenten und Händlern nicht genügen, bringen sie ihre Ware nicht auf den Markt, um durch Zurückhalten eine Steigerung der Höchstpreise herbeizuführen. Das Einzige, was dem abhelfen kann, ist, dass man alle Produkte nach ihrer Fertigstellung sofort für das Ganze beschlagnahmt und dann dafür sorgt, dass nun auch allen das, was ihnen zukommt, zuteilwerde. Was nützt uns das Dutzend Karten, das wir jetzt als Anweisung auf so und so viel Brot oder Mehl, Schweinefleisch, Zucker, Butter, Milch, Reis und Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Eier, Petroleum, Spiritus usw. verteilen, wenn die Masse der Bevölkerung, teils weil die Preise zu hoch sind, teils weil die betreffende Ware überhaupt nicht auf den Markt kommt, die Lebensmittel doch nicht erhält?“

19. Juli.

Der Streit um die Richtung der deutschen imperialistischen Politik geht rüstig weiter. Herr Ballin, der Direktor der Hamburg-Amerika-Linie, erklärt einem Vertreter der „Berlinske Tidende“ gegenüber: „Wir kämpfen dafür, dass die Freiheit auf den Meeren und unsere Stellung als Kolonialmacht zukünftig derart sind, dass wir nicht mehr bei England zur Miete wohnen.“

Das hört Graf Ernst zu Reventlow sehr gern. In der „Deutschen Tageszeitung“ schreibt er deshalb zu dieser Erklärung Ballins:

„Unsere Leser wissen, dass gerade die Redewendung und das Bild des „Zurmietewohnens“ bei England von der „Deutschen Tageszeitung“ seit langem angewandt worden ist. Wir haben stets darzulegen versucht, dass eine wirkliche Freiheit der Meere für Deutschland nur auf dem Boden der Machtfrage und ihre entsprechende Beantwortung durch Beschaffung und Organisation der erforderlichen Machtmittel fester und schwimmender Natur erreicht und gesichert werden kann. Wenn Herr Ballin sich mithin der Wendung bedient, die Freiheit der Meere müsse für uns derart sein, dass wir nicht mehr bei England zur Miete zu wohnen brauchten, so sind die Konsequenzen aus dieser Anschauung für das Maß und die Art dessen, was erreicht werden muss, ebenso klar wie unausweichlich. Ebenso geht aus dem Ballinschen Worte „nicht mehr“ hervor, dass er den bestehenden Zustand – und zwar vollkommen richtig – als ein Zurmietewohnen Deutschlands bei England ansieht. Ballin vertritt also den Standpunkt, dass der bisher geltende Zustand, welcher aus *nicht genügender Flottenmacht* einerseits, andererseits aus der beispiellosen Ungunst der deutschen Seeküsten sich mit Notwendigkeit ergeben hat, unbedingt einer Änderung bedürfe, wenn für die Zukunft eine wirkliche „Freiheit der Meere“ für Deutschland erreicht werden solle.“

Herr Ballin, der Vertreter des Reedereikapitals, und der Graf zu Reventlow, sind in diesem Punkte also durchaus einer Meinung.

Feuilleton

Himmelfahrt

Seitdem die Kirche alt geworden, hat sich mancher müde Mann den Weg nach Damaskus entlanggeschleppt, den einst der jugendliche, schwertgürtete Paulus dahingestürmt war.

Was bei Paulus das Bekenntnis zur revolutionären Tat war, das wurde bei vielen, die von Athen nach Rom zogen, zum Eingeständnis entsagungsvoller Schwäche nach übermütigem, götterstürzendem Treiben.

Auf dem Ozean schiffte mit tausend Masten der Jüngling.
Still auf gerettetem Boot treibt in den Hafen der Greis.

Wieder hat einer, der sich vermaß, den Himmel zu stürmen, die Himmelfahrt angetreten. *Hermann Bahr*⁶ hat seinen Frieden mit der alleinseligmachenden Kirche geschlossen. Er, der in der Berliner Freien Bühne dem frechen Naturalismus die Wege ebnete, der Kant, Marx, Mach zu seinen größten Erlebnissen rechnete, der sein politisches Glaubensbekenntnis dahin zusammenfasste: „Früher Sozialdemokrat, jetzt aber Anarchist, da es mein fester Glaube ist, unsere Kultur müsse zugrunde gehen, wenn es ihr nicht gelingt, zur vollen Freiheit zu gelangen, welche durchaus keine Gewalt mehr nötig hat“, der es für gut fand, aller Welt zu sagen, dass er anno soundsoviel die katholische Kirche verlassen habe, er hat jetzt einen Roman geschrieben, in welchem er die Geschichte seiner Bekehrung erzählt.“ Nicht, dass er glaubte, die christlich-germanische Seligkeit schon ergriffen zu haben oder gar vollkommen zu sein, wie es jene naiven Seelen sind, die nicht grübeln und nicht kritteln, sondern in Gottesfurcht ihr ewiges Gleichgewicht erhalten, noch wie jener Kirchenfürst seines Romans, der sein Geschäftstalent wie sein diplomatisches Geschick nur verwendet ad majorem dei gloriam. Aber er trägt sein Bühnengewand von neumodischem Schnitt mit tragischem Ernst. Und er schreckt vor keiner Konsequenz zurück. Mit Gott und seinen Engeln und Heiligen akzeptiert er zugleich die ganze göttliche Weltordnung, die er so oft als trauriges Pfluschwerk kritisierte. Er sieht sich gar gezwungen, dem Adel seine gottgewollte Stellung in der Gesellschaft zuzugestehen. Da nun freilich die Rolle des Adels unter der Herrschaft des Finanzkapitals als gesellschaftliche Notwendigkeit total ausgespielt ist, so bringt er ihm eine rein ästhetische Rechtfertigung dar: „Die größte Dummheit des Adels ist es, wenn er auf einmal ein schlechtes Gewissen hat. Habt ihr die Kraft nicht mehr, das den Völkern unentbehrliche Bild des reinen, zwecklosen, schönen Sinnes zu geben, dann packt ein und werdet Meier oder Müller; es wird dann schon ein neuer Adel kommen, oder das Rad steht überhaupt still! ... Das Leben wäre unerträglich, wenn die Menschheit nur aus Nutzvieh besteht!“ Das Nutzvieh wird Herrn Bahr ewig dankbar sein, dass er ihm die Augen geöffnet hat für das große Glück, welches ihm im Dasein jener nichts-nutzigen Nippfiguren beschert worden ist. Mit dieser Rechtfertigung des Adels haben wir nun den ganzen romantischen Himmel – immer freilich modern zugestutzt – beieinander. Und der Stellvertreter Bahrs im Roman, der Graf Flayn, ist selbst ein durchaus romantischer Geselle. Er hat sein Leben lang herumirrlüchert, hat von allen Kochtöpfen der Wissenschaft genascht, hat in allen Künsten mit seinem Talentchen dilettiert, sich an manchem Liebesfeuer verbrannt und ist schließlich von der Liebe und dem Spiritismus gleichermaßen betrogen worden. Nun er nicht mehr ein noch aus weiß, „schickt Gott die grässliche Prüfung dieses Krieges über die Menschheit, ein verlorenes Geschlecht im letzten Augenblick noch zu retten.“ Und Hermann Bahr findet seinen Gott. Er kehrt zurück, ein reuiger Sünder, in den Heilsschoss der katholischen Kirche.

Es ist das alte Problem der Romantik, das sich hier auftut. All die Romantiker sind den Weg Bahrs gegangen. Soll man Kant schon dazu rechnen, der dem Gottesglauben die Hintertür seiner Ethik öffnete, nachdem er seine Unvereinbarkeit mit der menschlichen Vernunft nachgewiesen hatte? Dann ist Schelling. Ausgehend von einer kühnen Naturphilosophie, endete er im Katholizismus. Und Görres. Im „Rheinischen Merkur“ pfiff er recht jakobinisch die

⁶ Hermann Bahr: Himmelfahrt. S. Fischers Verlag, Berlin. 6.00 Mk.

Carmagnole, um später als Jesuit die ewige Litanei der alleinseligmachenden Kirche zu dozieren. Die beiden Schlegel, die in der Luzinde ein frühes Beispiel naturalistisch-unbekümmerter Schilderung gaben und dennoch nach Canossa gingen. Selbst Heine, der jene so scharf gestriegelt, ist auf seine alten Tage gläubig geworden. Und auch ein ganz Moderner zog nach Damaskus: Strindberg.

Heine, Strindberg und dann Bahr. Wie breit klafft die Kluft zwischen diesem und jenen. Von Heine kann man sagen, er sei vorsichtig genug gewesen, schon beizeiten die Gründe für seinen Sündenfall anzugeben. In seiner Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland sagt er: „Mögen immerhin die Altgläubigen ihre Glocken läuten und Kyrie eleison singen ob solcher Bekehrung – es beweist aber nichts für ihre Meinung, es beweist nur, dass der Mensch sich dem Katholizismus zuneigt, wenn er müde und alt wird, wenn er seine physischen und geistigen Kräfte verloren, wenn er nicht mehr genießen und denken kann. Auf dem Todbede sind so viele Freidenker bekehrt worden – aber macht nur kein Rühmens davon! Diese Bekehrungsgeschichten gehören höchstens zur Pathologie und würden nur schlechtes Zeugnis geben für eure Sache.“ Dem Katholizismus ist Heine bis ans Ende seiner Tage feind geblieben, aber zum persönlichen Gotte hat er sich zurückgefunden. Das nun geschah, als ihm die physischen und geistigen Kräfte dahinfließen, als er mit tausend Gebrechen, gelähmt und fast blind, in seiner Matratzengruft lag. Da tat für den Poeten der Dichtergenius ein Übriges, der geheimnisvoll und silberhell dem Buche der Bücher, der Bibel, entquillt. Der Kämpfer Heine war von einer tückischen Krankheit gefällt, da musste das träumerische Gemüt in ihm überhandnehmen.

Noch deutlicher zeigte sich diese Quelle der Bekehrung bei Strindberg. Dieser faustische Grübler, dem die Erkenntnis von der Bedingtheit alles Erkennens abging, der stets nach absoluter Wahrheit suchte, der stets, wenn er sie gefunden zu haben glaubte, mit ungestüme Energie, mit hehrem Bekennermut für sie eintrat und sie rücksichtslos bis zu den letzten Konsequenzen trieb, der musste freilich einen Zusammenbruch seiner Weltanschauung nach der andern erleben. Und als so jedes Fundament zerbarst, auf dessen eherne Festigkeit er sich verlassen, da ward er immer weitergetrieben auf dem schwankenden, schwabbenden Boden des Ungewissen und Unwirklichen. Da er kein reines, ungebrochenes Licht fand, trieb es ihn immer tiefer hinein ins Dunkle und unwahrscheinlich Geheimnisvolle, bis zum plumpen Köhlerglauben der Alchimie, hinein in die Kirche. In einem Leben voll loderndem Brand hatte sich sein Feuer verzehrt. Er starb im Wahnsinn.

Wie arm steht Hermann Bahr, der eigentlich immer nur die Trommel für andere geschlagen hat, neben den beiden. Und es wäre eine Blasphemie, diesen wienerischen Naturburschen neben ihnen zu nennen, wenn sein Fall nicht von symptomatischer Bedeutung wäre. Bahr ist nämlich nicht der erste, der in dieser Zeit zum Katholizismus zurückgekehrt ist. Und so mancher aus seinem Kreise steht nahe davor. Der Naturalismus, jene Strömung in der Kunst, die in den achtziger und neunziger Jahren aufkam, erst als Frevel am heutigen Geist der Kunst stark bekämpft wurde und sich dann doch kräftig durchsetzte, hat eine wunderliche Entwicklung durchgemacht. Von der krassen, wahrheitsernsten Schilderung der sozialen Zustände im Kleinbürgertum und der Arbeiterschaft ist er stetig auf einem immer ausgeprägteren Symbolismus und Mystizismus herabgesunken, der die mannigfaltigsten Formen angenommen hat. Deutlich zeigt sich das bei Hauptmann, der seine Kette sozialer Dramen durchflocht mit den Blüten symbolischer Dichtungen und dabei immer mehr verflachte. Von seinen Webern bis zur tanzenden Pippa ist ein einziger konsequenter Abstieg. Dehmel verlor sich nach einigen prächtigen sozialen Liedern mehr und mehr in ein abstrus-sinnliches Jesus-Venus-Geklingel, um schließlich über die Geschmacklosigkeit seines Michel Michael zu bismarckscher Heldenverehrung zu gelangen. Fidus schenkte uns erst seine reinen kraftvollen Sonnenkinder. Jetzt zeichnet er ölige Sonnen, die indischen Mystizismus nur so ausschwitzen. Bölsche schilderte

in dichterischer Verklärung die Natur. Der erste Teil seines Liebeslebens ist die Frucht der Vermählung von Kunst und Wissenschaft. Aber er träumte sich stets tiefer hinein in einen verschwommenen Pantheismus, der tief unter dem lebensfreudigen Heidentum Goethes steht. Und so könnten wir die ganze Reihe der Chorführer des jüngsten Deutschland durchgehen, um überall verwandte Erscheinungen zu finden.

Noch einen wollen wir erwähnen, der in naher Beziehung zur naturalistischen Schule steht: John Henry Mackay. Er hat der Arbeiterklasse die kraftvollsten Lieder von ungestümem, revolutionärem Feuer gegeben. Aber auch er hat abgeschworen und aus seiner Gesamtausgabe die kühnsten dieser Gesänge verbannt. Konrad Haenisch hat ihm darob den geistigen Tod beurkundet. Und wo steht Konradin der Staufer jetzt?

Wunderlicher Wechsel der Zeiten!

Worauf ist nun diese eigenartige Wandlung zurückzuführen, die doch offenbar eine allgemeine Erscheinung ist? Es spricht sich darin die ganze unbefriedigende Ziellosigkeit im Dasein unserer Intellektuellen aus. Der Künstler muss Bannerträger für eine große Idee sein, sonst wird er in Künstelei und allerhand philosophische Marotten verfallen. Im Anschluss an die kämpfende Arbeiterklasse hätte sie fast diese große Idee gepackt. Und das Beste, was sie schufen, ist in der Zeit ihrer engsten Verbindung mit der Arbeiterschaft entstanden. Aber sie waren nicht für den zähen Kleinkampf geschaffen, der die historische Notwendigkeit seit den neunziger Jahren bis an den Weltkrieg heran gewesen ist. Statt in der Klasse gingen sie in der Clique auf. Außerdem hatte die Moderne das Pech, modern zu werden. Das verpflichtete sie zur Unterhaltungsliteratur oder zu exzentrischen Faxen. Mit dem klingenden Erfolg musste sich der Ekel einstellen, denn man schreibt nicht ungestraft für Bourgeoisweibchen, Modejünglinge und ästhetische Klubs. Einmal muss die Erkenntnis von der Sinn- und Zwecklosigkeit des ganzen literarischen Treibens kommen, und dann hält am Ende die Kirche ihre Pforten offen für alle, denen das irdische Dasein nichts mehr zu bieten hat. Durch die imperialistische Epoche, die auch im Bürgertum wieder etwas, wie einen Idealismus geweckt und dadurch gerade die Schicht der Intellektuellen herangezogen hat, konnte dem Prozess für einige Zeit Einhalt geboten werden. Aber dass gerade in dieser Kriegszeit sich bei einem von ihnen, Hermann Bahr, die letzte Wandlung vollzog, deutet darauf hin, dass die Frist nur kurz sein kann. Gerade wenn die Arbeiterbewegung neue, stärkere Formen annehmen wird, werden sie erst recht in den Schutz der heiligen Kirche flüchten.

Erinnerung aus Krähwinkels Schreckenstagen

Wir, Bürgermeister und Senat,
Wir haben folgendes Mandat
Stadtväterlichst an alle Klassen
Der treuen Bürgerschaft erlassen:

Ausländer, Fremde sind es meist,
Die unter uns gesät den Geist
Der Rebellion. Dergleichen Sünder,
Gottlob! sind selten Landeskinder.

Auch Gottesleugner sind es meist;
Wer sich von seinem Gotte reißt,
Wird endlich auch abtrünnig werden
Von seinen irdischen Behörden.

Der Obrigkeit gehorchen, ist
Die erste Pflicht für Jud und Christ.
Es schließe jeder seine Bude,
Sobald es dunkelt, Christ und Jude.

Wo ihrer drei beisammen stehn,
Da soll man auseinandergehn.
Des Nachts soll niemand auf den Gassen
Sich ohne Leuchte sehen lassen.

Es liefre seine Waffen aus
Ein jeder in dem Gildehaus;
Auch Munition von jeder Sorte
Wird deponiert am selben Orte.

Wer auf der Straße räsoniert,
Wird unverzüglich füsiliert;
Das Räsonieren durch Gebärden
Soll gleichfalls hart bestrafet werden.

Vertrauet eurem Magistrat,
Der fromm und liebend schützt den Staat
Durch huldreich hochwohlweises Walten;
Euch ziemt es, stets das Maul zu halten.

Heinrich Heine.

Selbständigkeit.

Wer heut' frech genug ist, selbständig zu sein, für den gibt's weder Stellung noch Brot;
mag er verhungern, der Lump!

Xanthippus.

Aus dem Drama „Franz von Sickingen“ von Ferd. Lassalle.

Ich kann nicht schweigen, kann durch Schweigen nicht
mir Obdach und des Leibes Sicherheit erkaufen!
Mich treibt der Geist! Ich muss ihm Zeugnis legen,
kann nicht verschließen, was so mächtig quillt.

Je härter anwächst die gemeine Not,
dass in Verzweiflung, wie wenn Pest uns schreckt,
ein jeder still ins eigne Haus sich birgt,
lautlos am andern vorüberschleichend –
nur umso mehr treibt mich des Geist's Gewalt,
entgegen der Verheerung mich zu werfen,
je mehr sie droht, je mehr sie zu befehlen!

*

Die Besten müssen springen in den Riss der Zeit,
nur über ihren Leibern schließt er sich,
nur ihre Leiber sind der seltne Samen,
aus dem der Völkerfreiheit üppige Pflanze
grünend hervorschießt, eine Welt befruchtend.

Zuschriften für die Redaktion sind zu richten an: Frau A. Dannat, Bremen, Bremerhaven-
erstraße 33. Verantwortlich: C. Stucke; Verleger: Karl Lüth; Druck: Herm. Sturm; sämtlich in
Bremen.

Arbeiterpolitik 7/1916

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

1. Jahrg.

Bremen, den 5. August 1916.

Nr. 7

Redaktion und Expedition: Aumunderstr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Preis pro Nummer 15 Pfg.

An der Schwelle des dritten Kriegsjahres.

Zwei Jahre schon donnern die Kanonen. Und niemand weiß den Tag des Friedens. Die Leiter der Tripelentente rechnen noch immer darauf, dass den Zentralmächten wirtschaftlich und militärisch der Atem ausgeht; die führenden Kreise der Zentralmächte hoffen, dass, wenn die neue allgemeine Offensive zu keinem Resultat führt, die Gegner einsehen werden, dass sie den Sieg nicht mehr erringen können. Aber es liegt im Wesen jedes Krieges, dass ohne Entscheidung keine der kriegführenden Parteien abbrechen kann und will.

Es hat keinen Sinn, in Klagen über den Krieg und seine Wirkungen auszubrechen. Es gilt, den Tatsachen kühl ins Auge zu schauen. Die materielle und geistige Macht des Bestehenden, die gestärkt wurde durch die Haltung der offiziellen sozialistischen Parteien in Deutschland, Frankreich und Österreich, hält die Volksmassen noch fest in ihren Banden. Zwar haben sich in allen Ländern Teile des arbeitenden Volkes zu den alten sozialistischen Anschauungen zurückgefunden. Aber es handelt sich zumeist im Wesentlichen um eine rein geistige Orientierung, nirgends ist sie so weit, dass von dem Beginn der historischen Mission des Proletariats geredet werden könnte. Es ist nicht die Sache der Sozialdemokratie, ihre Politik auf Prophezeiungen aufzubauen, und darum hat auch das Prophezeien über die Frage: wird das Proletariat in seine historische Mission eintreten oder nicht, keinen Sinn. Die Sozialdemokratie hat lediglich die Interessen der Arbeiterklasse zu verfechten, ohne zu fragen, ob der Sieg sich sofort an ihre Fahnen heften wird. Hätten wir selbst am Anfang des Krieges in die Sibyllinischen Bücher der Geschichte schauen und aus ihnen vernehmen können, dass die Arbeiterklasse dazu verurteilt ist, bis ans Ende des Krieges und darüber hinaus keine selbständige historische Rolle zu spielen, so könnten wir trotzdem nicht darauf verzichten, unsere Aufgabe im Interesse der Arbeiterklasse zu erfüllen, täglich und stündlich den Kampf zu führen. Und das selbst dann, wenn wir eine kleine Gruppe bleiben müssten, wenn wir in den breiten Kreisen der Arbeitermassen kein Echo auslösen würden. Denn eine Partei, die in der Zukunft eine Entwirrung des Knäuels der gesellschaftlichen Widersprüche, das sich kapitalistische Gesellschaftsordnung nennt, erringen will, eine Partei, die in der Zukunft die Kraft der Befreiung der Menschheit zu sammeln hofft, eine solche Partei darf in der Schicksalsstunde der Geschichte, wo um die Gestaltung der nächsten Jahrzehnte mit eisernen Kugeln gewürfelt wird,

nicht auf die eigene Stellung verzichten. Eine Fahne, die vom Feinde heruntergeholt und in Fetzen geschossen wird, hat nicht aufgehört, als anfeuerndes Symbol zu existieren, das zum Kampfe ruft. Entehrt ist nur die Fahne, die sich selbst bedingungslos vor dem Feinde senkt. In den Kämpfen der Zukunft würden unsere Parolen wie hohle Worte klingen, unsere Signale, die den Weg zeigen sollen, wie Irrlichter wirken, wenn wir uns nicht legitimieren könnten, dass wir für unsere Ideale gekämpft haben auch in der Stunde äußerster Gefahr. Nur das Banner, das Männer und Frauen in der Stunde der Gefahr mit eigener Brust zu decken für wert hielten, wird auch in der Zukunft Vertrauen erwecken.

Aber wenn wir auch noch so kühl Umschau halten und noch so sehr jede Illusion zu vermeiden trachten: die Opposition hat in keinem Lande Ursache, sich als bloße Wacht beim Banner der Zukunft zu betrachten. Sie ist jetzt, am Schlusse des zweiten Kriegsjahres, nirgends nur mehr ein kleiner Stab von Ideologen, der die Hände nach den Massen ringt, die sie verlassen hat, um neuen Zielen zuzustreben. Überall ist der Boden der Opposition in Breite und Tiefe gewachsen und dehnt sich ständig weiter aus. Und es ist jetzt schon klar zu erkennen, dass diese Opposition in allen Ländern kein Zufallsprodukt ist, sondern das Ergebnis objektiver historischer Entwicklung. Und darum wird die Opposition von heute die Sozialdemokratie von morgen sein. Als das zweite Kriegsjahr anbrach, bestand die Opposition in allen Ländern wirklich nur aus kleinen Gruppen. Jetzt sammelt sie weite Kreise der Arbeiterschaft um sich. Und so ist sie es auch, die bereits den Ansatz zur neuen Internationale gebildet hat.

Wie wir die materielle Macht der Opposition keineswegs unterschätzen, so wollen wir auch nicht die Tatsache verhüllen, dass, was Tatkraft und Einsicht betrifft, sich nur erst in den ersten Ansätzen befindet. Der Weltkrieg bedeutet nicht nur eine äußere Katastrophe, den Zusammenbruch des alten Vertrauens in den Reihen der Arbeiterbewegung; er bedeutet auch eine neue Ära, neue Fragen. Mag es einzelnen Theoretikern schon vor dem Kriege gelungen sein, diese Fragen in Umrissen zu klären – die Linksradikalen haben es in Deutschland, Holland, Polen getan –, die Arbeitermasse selbst kann die Klärung nicht aus ein paar Broschüren und Zeitungsartikeln gewinnen. Erst im politischen Kampfe, tagtäglich durch Ereignisse belehrt, wird sie für die vorausseilenden Lehren der Theorie empfänglich, weitet sie ihre Horizonte, erkennt sie greifbare Ziele. Und weil der Massenkampf des Proletariats erst in den ersten Anfängen steckt, ist ihr Bewusstsein noch durchsetzt von alten Auffassungen, vom Vertrauen zu alten Parolen. Das erklärt das zahlenmäßige Übergewicht der Zentrumsleute, die äußerlich, ihren Worten nach, dem Sozialismus die Treue gewahrt haben, die aber nicht imstande sind, zu verstehen, dass die neuen Bedingungen des Klassenkampfes auch neue Kampfmethoden, einen neuen Geist erfordern. Die Sozialpatrioten höhnen, die Opposition sei die Schutztruppe des status quo ante bellum, des Zustandes, wie er vor dem Kriege war; sie wache darüber, dass kein Grenzstein durch die Weltkatastrophe versetzt werde. Dieser Vorwurf kann nur die Zentrumsleute treffen. Aber eine Bewegung ist nicht frei in der Zielsetzung. Eine Lawine, die von den Bergen stürzt, nimmt den Weg, der durch die Hindernisse und ihr eigenes Schwergewicht bestimmt wird. Die Ziele, um die die jetzt allmählich sich in Bewegung setzende Internationale wird kämpfen müssen, werden durch die Verhältnisse selbst bestimmt. Natürlich: je schneller, je schärfer sie erfasst werden, desto bewusster werden sie erstrebt und daher desto schneller erreicht. Darin besteht eben die Arbeit der Linksradikalen, der Arbeitermasse die Richtung der eigenen Bewegung zum Bewusstsein zu bringen. Mag dies schneller oder langsamer geschehen: die Richtung selbst hängt von den Illusionen, die die Zentrumsleute über sie verbreiten, nicht ab.

Nicht Schutz der Grenzsteine ist die historische Aufgabe der sozialistischen Opposition, sondern die Verwirklichung der Grundsätze der Internationale. Nur wenn die Einteilung der Gesellschaft in Klassen verschwindet, wird auch der Kampf um die Grenzsteine, aus Mangel an Objekten, verschwinden. Und diese grundsätzliche Änderung des status quo, der vor dem

Kriege war und vielleicht auf den Krieg folgt, setzt eine Umwälzung in den Köpfen der Arbeitermassen voraus, eine Umwälzung, an der zu arbeiten die Aufgabe der entschiedenen Elemente der Internationale ist. Mögen die David, Scheidemann, die Cunow und Lensch, die sich alle für große Staatsmänner und noch größere historische Köpfe halten, weil sie den Mut haben, gegen die Arbeit des Wiener Kongresses vom Jahre 1815 aufzumucken, nur höhnen: sie werden noch Kräfte an der Arbeit sehen, für die auch die Resultate des Kongresses, der die Arbeit der Jahre 1914 - 15 - 16 usw. liquidieren wird, keine Heiligtümer sein werden. Das Höhnen wird den Herren noch vergehen! Denn sie, die sich als die großen Neuerer fühlen, sie, die für die Änderung der Grenzsteine schwärmen, die der Imperialismus auch ohne sie vorrücken wird, sie möchten den Geist der Arbeiterklasse im Zustande der alten Unselbständigkeit erhalten. Aber das wird ihnen nicht gelingen. Jawohl, es ist undenkbar, dass der große Weltsturm die alten Grenzsteine unberührt an ihren alten Stellen liegen lässt. Aber tausendmal undenkbarer ist es, dass er den Geist der Arbeitermassen nicht erschüttert und nicht umwälzt.

An der Schwelle des dritten Kriegsjahres donnern die Kanonen auf den Schlachtfeldern des Völkerkrieges weiter. Die innere Gesetzmäßigkeit des Krieges will, dass ihr Donnergekrach gerade jetzt gewaltiger tobt als zu irgendeiner Zeit dieses an riesigen Schlachten überreichen Krieges. Die Menschen lauschen, ob die Kraft des Donners nicht abnimmt, um ganz zu verhalten. Sie lauschen mit verhaltenem Atem. Auch wir lauschen: nach dem Echo, das der Donner der Kanonen in der Brust der Völkermassen wecken wird.

Einheit oder Spaltung der Partei?

4. Für die Spaltung!

Die Sozialpatrioten und Sozialimperialisten repräsentieren die Politik der Arbeiteraristokratie, jener Schicht, die sich im letzten Vierteljahrhundert dank der wirtschaftlichen Prosperität vermittlels der gewerkschaftlichen und politischen Organisation und Aktion eine verhältnismäßig hohe und sichere Lebenslage errungen hat. Aber dieselbe Entwicklung, die dieser Schicht die Besserung ihrer Lebenslage gebracht hat, wird ihr die Grundlage dafür auch wieder entziehen. Die Vervollkommnung der Technik, die Rationalisierung des Betriebes (Taylor- und verwandte Systeme) werden bei wachsender Konzentration des Kapitals, bei wachsender Masse der von Osten stammenden „Hände“, bei wachsender Frauenarbeit, die Lage der Arbeiteraristokratie gefährden. Die unmittelbaren Wirkungen des Krieges werden das übrige tun. Der Sieg des Sozialismus erforderte das Vorhandensein einer intelligenten, physisch nicht gänzlich aufgeriebenen Arbeiterschaft, die die Führerin der gesamten Arbeiterschaft im Kampfe sein muss. Der Aufstieg aber dieser bevorrechteten Arbeiterschaft führte zu ihrer Verspießerung. Dieser Gegensatz wird durch die kapitalistische Entwicklung in der Weise aufgehoben, dass sie die verbürgerlichte Arbeiterschicht in soziale Lebensverhältnisse versetzt, in denen diese ihre kleinbürgerlichen Methoden des Kompromisses mit der Bourgeoisie aufgeben, zum grundsätzlichen Klassenkampfe greifen muss, wenn sie nicht auf die niedrigste Stufe der Gesellschaft, zu ihren Parias, geschleudert werden will. Und somit wird dieselbe imperialistische Entwicklung, die den Sozialimperialismus geboren hat, ihm auch ein Ende bereiten.

Aber diese Entwicklung kann sich nicht in einem Jahre oder Jahrzehnt vollziehen. Eine Ideologie, die durch ein halbes Jahrhundert der Geschichte sich in einer Schicht festsetzte, die eine lange Vorgeschichte hat, die durch die bürgerliche Umgebung in der Arbeiterschaft genährt wird, eine solche Ideologie hat an und für sich schon ein zähes Leben. Dabei kommt noch in Betracht, dass die Bourgeoisie sehr gut weiß, was sie im Sozialimperialismus hat. Sie hat es sich in der ganzen Welt jahrzehntelang Opfer genug kosten lassen, um sich in den christlichen, liberalen, gelben Arbeiterorganisationen eine Truppe zu erziehen, die die

selbständigen Bewegungen des Proletariats im Interesse des Kapitals zu durchkreuzen hatte. Wie die Arbeiter vom Geiste des Sozialismus durchdrungen waren, hat das alles nicht viel genützt, weil sie das Ziel aller dieser „Arbeiterbewegungen“ nur zu leicht erkannten. Der Sozialimperialismus aber entstand inmitten der sozialistischen Bewegung selbst; an seiner Spitze stehen Männer, die sich in jahrzehntelanger Arbeit klingende Namen in der sozialistischen Arbeiterwelt erworben haben. Die Bourgeoisie hofft, dass es den Scheidemann und Legien besser gelingen wird, die Arbeiterbewegung in einem für sie günstigen Sinne zu beeinflussen, als es den Lebius und Stegerwald gelang. Darum findet die Politik der Scheidemann und Legien ihren vollen Beifall und ihre volle Unterstützung.

In parlamentarisch regierten Ländern werden die sozialimperialistischen Führer zur Regierung, in Ländern wie Deutschland werden sie zu verschiedenen Magistraten, zu verschiedenen hohen Beiräten zugelassen; kleinere Führer erhalten Verwaltungsposten. Schon jetzt kennzeichnet sich diese Entwicklung mit aller Deutlichkeit. Der frühere radikale bremische Parteisekretär Wellmann bekommt vom Bremer Staat die Stelle des Geschäftsführers der Massenspeisungen; der Führer der Konsumgenossenschaften, Dr. August Müller, sitzt mit Batochi und dem General Braun im Lebensmittelbeirat. So wird die Bourgeoisie noch viele der bisherigen Arbeiterführer für sich gewinnen. Sie werden dann, wie es Müller schon jetzt in den „Sozialistischen Monatsheften“ tut, versuchen, ihre in der Arbeiterbewegung, also im Kampfe gegen die Bourgeoisie errungene Autorität, auszunutzen, um die Arbeiter für die Interessen der Bourgeoisie zu gewinnen. Aber das wird natürlich die breiteren Kreise ihrer Anhänger nicht befriedigen können. Hier müssen politische Konzessionen helfen.

Eine „Neuorientierung“ in dem Sinne, dass den Forderungen der Vorderreihen der Arbeiterschaft Genüge geschähe, wird nicht vorgenommen werden können; aber Zugeständnisse von der Art der letzten Gewerkschaftsnovelle, der Art eines Pluralwahlrechts in Preußen nach sächsischem Vorbild, werden immerhin gemacht werden.

Dann werden die sozialimperialistischen Führer jede ähnliche Reform, deren Zweck die Befriedigung eines Teils der Arbeiter, also die Zerklüftung der Arbeiterklasse ist, als einen „verheißungsvollen Anfang“ darstellen und so den Prozess der Abbröckelung ihrer eigenen Anhänger aufhalten. Und je weniger Zugeständnisse die Bourgeoisie machen wird, desto inbrünstiger werden die Führer der Sozialimperialisten gegen die radikalen „Krakeeler“ eifern, die die Bourgeoisie mit ihren Redensarten schrecken, desto eifriger werden sie ihren Anhängern „Mäßigung“ und „Besonnenheit“ predigen. Und Jahre werden vergehen, bevor sie vollkommen abwirtschaften.

Wer das im Auge behält, der lässt sich nicht von Hoffnungen betören, dass, wenn einmal der Krieg zu Ende ist, wenn man wieder frei reden kann, wenn die Masse selbst wieder entscheidet: dass wir dann die Sozialimperialisten mattsetzen werden; wenn nicht auf dem ersten, so doch sicher auf dem zweiten Parteitag. Abgesehen davon, dass wir heute, noch im Kriege reichlich zu tun haben, und dass wir zu dieser Arbeit eine Zentralisation unserer Kampfmittel bitternotig gebrauchen, abgesehen davon, dass wir heute noch gar nicht wissen, wie es in den verschiedenen Ländern mit der Freiheit des Wortes und der Schrift auch nach dem Kriege bestellt sein wird, abgesehen davon, dass die Arbeitermassen selbst auch nach der „Klärung“ gespalten sein wird, abgesehen von alledem vergisst man bei dieser schönen Rechnung noch zwei wichtige Umstände. Man vergisst zunächst die Tatsache, dass die Mehrheit der Partei- und Gewerkschaftsbureaukraten auf der Seite des Sozialimperialismus steht, dass sie die Mehrheit der Parteipresse in der Hand hält, dass sie der Demokratisierung des Parteikörpers den verzweifeltsten Widerstand entgegensetzen wird und damit lange Zeit die Vorderreihen der Arbeiterklasse hindern wird, das Ruder der Partei in die eigene Hand zu bekommen. Und zweitens vergisst man etwas noch Wichtigeres: *Die Aufgaben der Partei*. Unsere

Aufgabe kann doch nicht nur darin bestehen, dass wir mit den Sozialimperialisten kämpfen. Vielmehr fassen wir den Kampf mit ihnen nur als Vorbedingung des allgemeinen Klassenkampfes auf, da der Sozialimperialismus die Schutztruppe des Kapitalismus ist. Wenn also die formelle Einheit der Partei erhalten bleibt, und die Sozialimperialisten die Partei und ihre Politik beherrschen, so sind wir entweder genötigt, jahrelang den wirklichen Kampf gegen unsere Klassengegner aufzugeben, oder wir führen ihn ohne Rücksicht auf die Parolen der imperialistischen Instanzen. Im ersten Falle, wenn wir den wirklichen Kampf gegen die äußeren Gegner aufgeben und uns mit der Kritik an den Sozialimperialisten begnügen, verliert diese Kritik jede Bedeutung: sie wird durchkreuzt, vernichtet durch die Taten, die wir dann gemeinsam mit den Sozialimperialisten im Reichstage, in der Gewerkschaftsbewegung zu verrichten genötigt sind; durch das Fehlen der Aktion, die den Arbeitermassen die Richtigkeit unserer Kritik beweist. Im andern Falle aber werfen die Sozialimperialisten uns kurzerhand aus der Partei hinaus: denn, wie auf die Länge hin keine Parteimehrheit eine geschlossene Gruppe ertragen kann, die ihre Politik als einen Verrat an den Parteigrundsätzen geißelt, so kann sie es noch weniger dulden, dass diese Gruppe jede ihrer Aktionen durchkreuzt und die Masse zu Taten in entgegengesetzter Richtung auffordert. Eine Partei mit zwei sich bekämpfenden Reichstagsfraktionen, mit Parteigruppen, die sich allerorts scharf entgegenstehen, kann nicht bestehen.

Aber gesetzt den Fall, dass es uns gelingt, entgegen all den genannten Momenten, auch auf dem Parteitag die Mehrheit zu gewinnen. Was dann? Wollen wir die Politik des 4. August durch eine bloße Resolution verdonnern, radikale Richtlinien annehmen, wie schon so oft schon, und ihre Ausführung den Scheidemanns und Legiens anvertrauen? Zwar ist nicht ausgeschlossen, dass diese „gewandten Politiker“ oder irgendwelche ihrer Handlanger diese Aufgabe übernehmen würden, um das Ruder der Partei in der Hand zu behalten, wie die Revisionisten in Dresden die radikale Resolution, die die Politik des Revisionismus ablehnte, annehmen, um die revisionistische Politik desto ungestörter ausführen zu können.

Jeder Arbeiter, der sah, wie der auf die Dresdener Resolution verpflichtete Parteivorstand und die Reichstagsfraktion am 4. August die in ihr festgelegten Grundsätze mit Füßen traten, wird sich sagen: opportunistische Führer an der Spitze einer revolutionären Partei, das bedeutet die dauernde Hemmung jeder Aktion dieser Partei und in der Stunde der historischen Entscheidung die Auslieferung dieser Partei an ihre Klassengegner. Wer es für möglich hält, dass wir nach den Erfahrungen des 4. August die Ebert und Scheidemann, die Legien und August Müller an der Spitze der Arbeiterbewegung dulden könnten, der ist entweder ein gutmütiger Tropf (wenn er wirklich wähnt, der Sache des Sozialismus dadurch dienen zu können) oder er ist ein bewusster Schrittmacher des Sozialimperialismus, d. h. der Bourgeoisie. Wer aber will, dass wir die Männer des 4. August vom Parteiruder verdrängen sollen, der muss es für sicher halten, dass sie sich nicht gutwillig fügen, dass sie die Partei spalten werden.

Es beweist nichts von Kühle und Besonnenheit in der Einschätzung der Verhältnisse, wenn Genossen, die annehmen, dass die Sozialimperialisten sich uns, falls wir die Mehrheit haben, nicht fügen werden, gleichzeitig erklären, es werde sich dabei nur um eine geringe Absplittierung handeln. Man lasse diese Kindereien! Hinter den Sozialimperialisten wird ein großer Teil der Arbeiter der Kleinstädte stehen, die sich unter dem starken Einfluss ihrer kleinbürgerlichen Umgebung befinden; hinter ihnen wird auch ein Teil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter stehen. Von welcher Seite die Spaltung auch kommen mag: sie wird notwendig eine Spaltung in der Arbeitermasse selbst sein.

Wie man auch die Sache drehen mag: *Die Spaltung ist nicht zu umgehen*. Bilden wir die Mehrheit in der Partei, so spalten sie die Sozialimperialisten, bilden wir die Minderheit, so müssen wir sie spalten; es sei denn, dass wir uns löblich unterwerfen, die Verantwortung für

die Politik des 4. August übernehmen, und nur in nebensächlichen Punkten nörgeln wollen. Aber die Spaltung ist *nicht nur historisch notwendig*, sie ist der Arbeitersache *direkt nützlich*. Ohne Spaltung mit den Sozialimperialisten ist eine einheitliche sozialdemokratische Agitation und Aktion unmöglich. Nur wenn wir durch die Spaltung die Verantwortung für die Politik des 4. August abgelehnt haben, werden wir gegen die Folgen des Weltkrieges wirken können. Nur nach der Trennung von den Sozialimperialisten wird ein Wiederaufbau der Internationale möglich sein, einer Internationale, deren Zweck nicht die Aussöhnung derer, die sich im Kriege mit dem Kapital ausgesöhnt haben, sondern die Zusammenführung des Proletariats zum gemeinsamen Kampfe sein wird. Nur wenn die Spaltung freie Bahn für den rücksichtslosen Kampf zwischen Sozialismus und Sozialimperialismus schafft, werden wir diesen besiegen können.

Wer da erklärt, dass die Spaltung uns im Kampfe gegen das Kapital schwächen wird, der spekuliert auf Gedankenlosigkeit oder unklare Gedanken. Natürlich, zwei Millionen kämpfender Arbeiter sind stärker als eine Million. Aber wenn die zwei Millionen geführt werden von Leuten, die bewusst oder unbewusst Werkzeuge der Gegner sind, wenn von diesen zwei Millionen eine Million den Werkzeugen der Gegner blind gehorcht, und die zweite Million dasselbe aus unangebrachter Solidarität tut, dann kämpfen die zwei Millionen überhaupt nicht und die eine Million kann den Kampf erst beginnen, wenn sie sich von der anderen und ihren verräterischen Führern trennt.

Die Spaltung der Internationale in das sozialdemokratische und sozialimperialistische Lager ist geistig längst vollzogen; die organisatorische Spaltung wird und muss folgen. Wer das erkannt hat, der muss sie auch erstreben. Und was man als Sozialdemokrat erstrebt, das muss man den Arbeitern auch sagen. Es ist noch eine Schwäche der Linksradikalen, dass sie es nicht in allen Teilen offen sagen. Zweifellos sieht die Gruppe Internationale die Notwendigkeit der Spaltung ein. Wenn sie sie nicht in allen ihren Teilen konsequent propagiert, so weil in diesen Teilen noch damit gerechnet wird, dass auch die radikalen Arbeiter noch an der Illusion der Niederringung der Scheidemänner innerhalb der einheitlichen Partei festhalten. Man fürchtet, diese Arbeiter durch die offene Propaganda der Spaltung noch abzuschrecken. Man sucht sie zu organisatorischen Maßnahmen zu treiben, die äußerlich keine Spaltung bedeuten und trotzdem zur Spaltung führen müssen: so die Propaganda der Beitragssperre.

Aber eben die Erfahrungen dieser Propaganda beweisen, dass, wo die Arbeiter die Unversöhnbarkeit der Sozialdemokratie und des Sozialimperialismus, d. h. die Notwendigkeit der Spaltung noch nicht eingesehen haben, sie auch gegen die Beitragssperre sind. Je klarer, je rücksichtsloser man die politische wie organisatorische Unversöhnbarkeit der beiden Hauptrichtungen in der Partei den Massen zeigt, desto eher greifen sie auch zu den notwendigen organisatorischen Kampfmitteln. Aus dem Verschweigen der Tatsachen ziehen nur die Sozialimperialisten Profit, denn jeder Unsicherheit unsererseits, jedes Schwanken macht die Masse irre, erlaubt ihnen, im Trüben zu fischen.

Mag die Spaltungspropaganda momentan auch unklare Elemente gegen uns richten, sie sammelt dennoch um uns den kampffrohen und kampffähigen Teil der Arbeiter, flößt ihnen Mut ein, gibt ihnen Zielklarheit, und wenn später die Ereignisse uns und nicht den Zentrumsmitgliedern Recht geben werden, werden auch die noch schwankenden Elemente unter den Arbeitern sich um uns sammeln.

Die Propaganda der Spaltung bedeutet keinesfalls, dass wir jetzt aus der Partei austreten sollen. Umgekehrt: unsere Bemühungen müssen darauf gerichtet sein, alle möglichen Organisationen und Organe der Partei in die Hände zu bekommen. Sie wurden in einem halben Jahrhundert des Kampfes für den Kampf geschaffen und gehören uns von wegen des historischen

Rechts. Wir haben alles zu tun, um die Sozialimperialisten zu nötigen, für ihre neuen bürgerlichen Zwecke sich neue Organisationen zu schaffen. Unsere Pflicht ist, so lange wie möglich auf den Posten auszuharren, denn je länger das geschieht, desto größer wird der Teil der Arbeiter sein, der mit uns geht, falls die Sozialimperialisten, die natürlich unsere Taktik ausgezeichnet verstehen, auch wenn wir sie verschweigen würden, uns ausschließen. Aber wie berechtigt es auch ist, alle Machtmittel der Partei für ihre historischen Ziele aus den Händen der Sozialimperialisten zu retten, so darf dieser Wille doch nicht Selbstzweck und Selbstziel sein. Wir dürfen auf keine politische Aktion verzichten, die notwendig ist, auch wenn es deswegen schon früher zur Spaltung kommen sollte, als wir es vielleicht wünschen; denn diese Aktion ist die Quelle unserer Kraft und der Grund unserer Existenz.

Und wo die Sozialimperialisten zu lokalen Ausschlüssen greifen, da müssen sofort lokale selbständige Organisationen entstehen. Ein Gebot der Stunde ist es, dass sich die auf dem Boden der Opposition stehenden lokalen Parteiorganisation, wie die in Mehrheitsorganisationen wirkenden ergänzenden Minderheitsorganisationen zusammenschließen und eine provisorische Leitung der entschiedenen Opposition einsetzen. Der darauf hinzielende, von der Berliner Verbandsversammlung abgelehnte Antrag der Genossin Luxemburg muss von lokalen Organisationen, die auf dem Boden der entschiedenen Linken stehen, verwirklicht werden. Lokal abgesondert, nicht verbunden, sind wir ein Spielball in den Händen der Sozialimperialisten. Deswegen gilt es, alle sich bietenden Gelegenheiten zu benutzen, um die Zentralisation der Opposition durchzuführen.

Damit kommen wir zu der Frage vom Verhältnis der entschiedenen Linken zum Parteizentrum. Darüber im Schlussartikel.

Im Fangnetz der Widersprüche.

2.

Sein Aktionsprogramm im Kriege spricht Junius selbst als „Aktion nach dem Vorbilde der französischen Jakobiner“ an. Sehen wir näher zu.

Die Jakobiner stellten den linken Flügel des französischen Bürgertums während der großen Revolution dar. Aus den Massen des Kleinbürger- und Handwerkertums bestehend, führten sie den Kampf gegen den Feudalismus viel energischer als die durch Eigentumsrücksichten, durch die Angst vor dem Volke an Händen und Füßen gefesselten Vertreter des besitzenden Bürgertums. Als die feudalen Mächte Europas im Bunde mit den feudalen französischen Emigranten ihren Kreuzzug gegen das revolutionäre Frankreich begannen, verteidigten die Kleinbürger und Arbeiter Frankreichs ihr Werk mit großem Elan: handelte es sich doch nicht nur um die von ihnen eroberten Freiheiten, sondern um die Besserung ihrer sozialen Lage, die sie von der Revolution erwarteten. Für die Bauern handelte es sich um den Boden, den die Revolution den feudalen Grundherren genommen und ihnen gegeben hatte. Im Kriege gegen das feudale Ausland mussten die Jakobiner mit allen Gewaltmitteln die Überreste der feudalen Kräfte im Lande selbst niederhalten. Der Krieg gegen das feindliche Ausland schöpfte seine Kraft aus dem Bürgerkriege, wie dieser seine Vehemenz aus der nationalen Gefahr zog. Das Programm des Krieges, wie es sich aus der objektiven Sachlage ergab, war das Programm, das die Jakobiner gemäß ihrem sozialen Wesen zu verwirklichen suchten.

Junius beschwört auch die Schatten der Revolution vom Jahre 1848, das Programm von Marx, Engels und Lassalle herauf, die selbst im Schatten der Titanen von 1792 wandelten. Wir erinnern an die Worte, die Marx unter dem 11. Juli 1848 in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ schrieb (Nachlass, Band 3, Seite 114). Österreich war damals daran, die nationalen

Revolutionen der Tschechen, Italiener und Ungarn zu ersticken. Ein Teil der bürgerlichen Demokratie bejubelte die Windischgraetz als Helden des Deutschtums. Demgegenüber stellte Marx fest, dass diese Helden als Sieger sofort der deutschen Revolution an den Hals springen würden. Er sah voraus, dass die niedergerungenen Tschechen sich dem Zarismus in die Arme werfen würden; und eben dieser Zarismus war auf dem Sprunge, gegen die Revolution zu marschieren. Ihm galt es also zuvorzukommen; es konnte nur geschehen durch das Hinaustragen der Revolution nach dem Osten; dadurch, dass die Polen gegen ihn auf die Beine gebracht wurden.

In diesem Kampfe gegen den Gendarmen der Reaktion mussten alle Kräfte des deutschen Volkes entfesselt werden, Kräfte, die, angesichts der Machtmittel Russlands, um nach außen hin siegreich zu werden, alle feudalen Widerstände im Innern niederringen müssten.

Wir wissen, wie Engels später das auswärtige Programm der „Neuen Rheinischen Zeitung“ im Jahre 1848 definierte, und wir wissen, was Engels während des österreichisch-italienischen Krieges an Lassalle schrieb (Nachlass, Band 4, Seite 185). Engels tritt hier direkt für einen Krieg mit Russland ein in der Hoffnung, dass die äußeren Schwierigkeiten der Revolution im Innern zum Siege verhelfen würden. Das „wahrhaft nationale Programm der Patrioten und Demokraten von 1848“ war aus der *Schwäche* der deutschen bürgerlichen Revolution geboren.

Weil das preußische Junkertum keine abgestorbene, sondern eine im Prozess der kapitalistischen Umformung und Anpassung begriffene Klasse war, weil das schwache zersplitterte Kleinbürgertum die Bauern verriet, statt sich auf sie gegen den Feudalismus zu stützen, weil das Kleinbürgertum und seine Vertreter, statt zu kämpfen, schwatzten, propagierten Marx und Engels den Krieg mit Russland in der Hoffnung, dass er die Volksmassen aufrütteln und so zum Durchbruch der Revolution führen werde. Das Programm unserer großen Meister blieb unverwirklicht. Die Reaktion hütete sich, mit dem Zarismus, ihrem großen Beschützer, anzubändeln.

Um sie dazu zu nötigen, müsste das Kleinbürgertum sie besiegen, d. h. es müsste die revolutionäre Kraft besitzen, die ihm eben fehlte und deren Weckung die Folge des Krieges sein sollte. Marx und Engels wollten die Politik der Jakobiner wiederholen; aber der Zarismus ging nicht zur allgemeinen Attacke gegen die europäische Revolution über; er begnügte sich mit ihrer Erdrosselung in Ungarn. Es entstand keine verzweifelte Situation und kein deutsches Jakobinertum. Das Jahr 1793 wiederholte sich nicht.

Die Politik von Marx und Engels scheiterte, aber sie war trotzdem eine revolutionäre und realistische Politik: der Zarismus bedrohte wirklich die europäische Revolution; die Propaganda des Krieges mit dem Zarismus war die Propaganda einer revolutionären Offensive mit einem positiven Programm der Republik, einem Programm, das damals das revolutionärste war, weil der Sozialismus noch unmöglich war. Die Politik der Jakobiner war die der bürgerlichen Revolution. Die von Marx und Engels war es nicht minder. Im einen wie im andern Falle war das Kleinbürgertum der Träger dieser Politik; das Proletariat als Klasse mit einer eigenen historischen Aufgabe war noch nicht vorhanden: bildete doch die Freimachung des Weges für die ungestörte kapitalistische Entwicklung die historische Aufgabe der Revolutionen und der nationalen Frage.

Damit kommen wir zum Sündenfall von Junius; d. h. zu der Frage, ob in der Ära des Imperialismus eine „revolutionäre Aktion nach dem Vorbilde der französischen Jakobiner“ überhaupt möglich ist.

Die Väter des 4. August.

Über die Vorgänge in der deutschen Sozialdemokratie am 4. August des Jahres 1914 kursieren die verschiedensten Nachrichten. Dass selbst der Parteivorstand noch wenige Tage zuvor seine spätere Politik nicht für selbstverständlich hielt, ergibt sich aus der Tatsache, dass er sein Mitglied *Müller* nach Paris sandte, um mit der französischen Sozialdemokratie über die gemeinsame Haltung zu beratschlagen. Lang und breit wird in den Broschüren der Sozialpatrioten dargestellt, wie am 3. August 1914 die Abgeordneten aus allen Teilen des Reiches herbeieilten, wie sie dann in der Sitzung der Reichstagsfraktion die Haltung besprachen usw. usw. Aber wer glaubt, dass erst dort, in der Sitzung der Reichstagsfraktion, die neue Politik beschlossen wurde, der lese in dem Buche *Paul Umbrechts: „25 Jahre der deutschen Gewerkschaftsbewegung“*, das im vorigen Jahre von der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften herausgegeben worden ist, auf Seite 141 folgende Stelle: „Aber auch die Arbeiterschaft hat das ihrige getan, um das Vaterland über die schwierigste Zeit hinwegzuhelfen. Bereits am 2. August 1914 traten die Gewerkschaftsvorstände zur Beratung der Lage zusammen und beschlossen zunächst, alle Maßnahmen der Reichsregierung zur Einbringung der Ernte und zur Instandsetzung der notwendigen Verteidigungsarbeiten zu unterstützen ... Um die Einmütigkeit der Abwehr gegenüber den äußeren Feinden zu gewährleisten, schlossen sie sich dem Burgfrieden an und hoben alle Streiks und Sperren auf, wogegen sich die Unternehmer verpflichteten, während des Krieges die Tarifverträge aufrechtzuerhalten.“

Hier wird also seitens der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften offiziell festgestellt, dass, während die parlamentarischen Vertreter der Gesamtarbeiterbewegung noch über die Haltung zum Kriege berieten, die Gewerkschaftsbureaukratie den Burgfrieden schon beschlossen hatte. Würde die Reichstagsfraktion die Ablehnung der Kriegskredite beschlossen haben, die Regierung würde wissen, dass dies nur eine Geste sein konnte, denn sie hatte schon die materielle und moralische Hilfe der größten Arbeiterorganisationen zugesagt erhalten. Wir wissen nicht einmal, ob die Herren Gewerkschaftsbureaukraten den im Schweiß ihres Angesichts diskutierenden Abgeordneten gesagt hatten: lasst doch das Reden, wir haben die Sache schon gedeichselt. Vielleicht haben sie sich den Streifen Papier mit den „L. S.“: „lass schwätzen“, herumgereicht, jener durch die Offenherzigkeit des Abg. Bauer auf dem Jenaer Parteitag bekannt gewordenen Parole der Gewerkschaftsbureaukratie. Wie auch sein mag, die Festung der Sozialdemokratie war schon in den Händen der politischen Gegner, als die angeblichen Offiziere noch Kriegsrat hielten.

Indem wir diese historische Tatsache feststellen, wollen die Ebert und Scheidemann allein das Werk nicht vollbracht haben würden. Wer nicht versteht, dass die Parteibureaukratie aus demselben Holze geschnitzt ist wie die Gewerkschaftsbureaukratie, dass beide zusammen den Sozialismus aufgeben, von dem haben die Herren Recht, geringschätzig zu sagen: L. S.! Lass schwätzen!

Aus unserm politischen Tagebuch.

Noch Einer! Herr *Eduard Meyer*, Geheimer Regierungsrat und ordentlicher Professor der Geschichte an der Universität Berlin, schreibt in seinem Buche über England:

„Unser Volk weiß seit dem 4. August 1914, dass England unser Todfeind ist, mit dem es eine Versöhnung nicht geben kann und nicht geben darf, ehe Englands Anspruch auf Welt-herrschaft gebrochen und es gezwungen ist, sich in ein neues Staatensystem zu fügen, das uns den nötigen Raum auf der Erde gibt. Ob dieses Ziel schon in diesem Kriege erreichbar sein

wird, kann kein Mensch voraussagen, und so sind wir völlig gefasst darauf, dass ihm eine Reihe weiterer Kriege mit England folgen mag, bis zur letzten definitiven Entscheidung.“

28. Juli.

Es wird heute viel von Dr. Paul Lensch geredet; d. h. er macht selbst viel von sich reden. Der Mann hat das Bedürfnis, und natürliche Bedürfnisse müssen befriedigt werden. Dennoch soll man ihm nicht unrecht tun. Er hat nicht so plötzlich umgelernt, wie es den Anschein hat. Im Dezember 1912 nämlich brachte er im Reichstage in der Etatsdebatte folgendes Kauderwelsch über den Nationalismus hervor:

„Der Klassenkampf, den gerade die nationalen Parteien verwünschen, ist es, der aus den Völkern bewusste, geschlossene Nationen mit einheitlicher Kulturgemeinschaft macht. Genauso wie die Ausbreitung des Kapitalismus die geschichtslosen Völker, die Tschechen, Slowenen, Ruthenen, erst zum Bewusstsein ihrer Existenz gebracht hat, ebenso ist es die Ausbreitung des Sozialismus, der Klassenkampf, der innerhalb dieser zum Bewusstsein erwachten Völker nach und nach den nationalen Aufstieg und eine nationale Kulturgemeinschaft herbeiführt. Es ist selbstredend, dass diese Kulturgemeinschaft erst voll erreicht werden kann, wenn der Klassenkampf sein Ziel erreicht hat, wenn die Klassenherrschaft beseitigt ist. Erst dann wird eine Nation wirklich imstande sein, ihre eigenen Geschicke zu leiten. Nicht so stehen die Dinge, als ob die Sozialdemokratie einen wirren Völkerbrei herstellen wolle. Wir wissen, und die geschichtliche Entwicklung beweist es, dass die Nationen ihre besonderen Eigentümlichkeiten, ihre besonderen Gaben und Vorzüge haben. Sie zur vollen Entfaltung zu bringen, ist unser Ziel. Sie aber, meine Herren, wünschen dauernd die Zerreißung der Nationen, Sie wünschen, dass die große Masse des Volkes in kulturlosem Dämmerdasein dahinglebt, über die Sie gebieten können. Daraus ergibt sich die Konsequenz: wer den Klassenkampf bekämpft oder das allgemeine Wahlrecht, dieses so vorzügliche Hilfsmittel, um die Massen zur Kulturgemeinschaft heranzubilden, der ist nicht national, der ist antinational im eigentlichen Sinne des Wortes.“

Genau so reden die Heine, David und Kolb auch. Und das meinte Herr Lensch bereits im Jahre 1912. Es ist diesmal freilich eine Anleihe bei dem Zentrumsmanne Otto Bauer. Woraus die geistige Verwandtschaft zwischen Zentrum und Sozialpatriotismus aufs Neue belegt wird.

29. Juli.

Zum *Ministerwechsel in Russland* bemerkt der Graf zu Reventlow in der „Deutschen Tageszeitung“, nachdem er als das „Kriegsziel“ Russlands die *Eroberung Konstantinopels* bezeichnet hat:

Es liegt nun auf der Hand, dass ein so beschaffenes russisches Kriegsziel einen Friedensschluss mit Russland unmöglich machen würde. Deshalb müsste ein zum Frieden geneigtes russisches Kabinett den Besitz von Konstantinopel folgerichtig aus seinem Kriegs- und Friedenszielprogramm streichen. Da die von Sasonow repräsentierte Politik aber, wie gesagt, fortwährend den Besitz von Konstantinopel im Munde führte und als das Ziel Russlands bezeichnete, so wäre wohl nötig, dass das neue Kabinett eine andere Haltung zeigte, denn sonst wäre einfach folgerichtig, dass Russland weiterkämpfte, um sein Kriegsziel im Orient zu erreichen. Ein zum Frieden geneigtes russisches Kabinett würde mithin nur so eine solche Bezeichnung glaubhaft rechtfertigen können.“

Für Reventlow und seine Freunde folgt daraus: Durchhalten, bis Konstantinopel von der „russischen Gefahr“ befreit ist. Dasselbe folgt daraus für die Sozialimperialisten.

Feuilleton

Columbus und seine Zeit.

Jenseits der grauen Wasserwüste
Wie liegt die Zukunft winkend da!
Eine grüne, lachende Küste,
Ein geahndet Amerika!

Freiligrath.

Ein romantischer Schimmer hat sich über das Zeitalter der Entdeckungen und besonders über die kühnen Fahrten Christoph Columbus' gelegt. Der sausende Webstuhl der Zeit webt Schleier, die die Ereignisse der Weltgeschichte bedecken, so dass sie späteren Geschlechtern in ganz anderer Beleuchtung erscheinen als den unmittelbar beteiligten Menschen. Zum großen Teil ist daran die ideologische bürgerliche Geschichtsschreibung schuld. Der historische Materialismus hat die Aufgabe, den wirklichen, materiellen Kern der geschichtlichen Entwicklung herauszuschälen. Die bürgerliche Geschichtsschreibung hält sich gewöhnlich nicht an diesen Kern, sondern dringt über dessen Schale, das sind die Ideologien der Menschen, nicht hinaus. Der Lauf der Weltgeschichte wird von einem Heer von Ideologien und Illusionen begleitet. Uns aber ist es um die Wahrheit zu tun! Denn je tiefer unser geschichtliches Verständnis ist, desto klarer können wir die Richtlinien unseres Handelns in der Gegenwart erkennen.

In Wirklichkeit waren die Entdeckungszüge des Columbus, sowie die seiner Vorgänger und Nachfolger, höchst nüchterne Angelegenheiten. Die materiellen Beweggründe jener Entdeckungsfahrten sind in dem unstillbaren Hunger nach Reichtümern zu suchen, der damals mit dem Aufblühen der Warenproduktion die herrschenden Klassen Europas ergriffen hatte. In Spanien und Portugal war dieser Prozess zu der Zeit am weitesten fortgeschritten. Den Besitzenden, den reichen Grundherren, die ihre Leibeigenen schindeten, den Adel, die hohe Geistlichkeit und endlich die Krone, sie alle hatte die Sucht gepackt, Reichtümer aufzuhäufen, zu prunken und zu glänzen. Die Geldgier jener Zeit hatte ihren besonderen Grund in dem Umstand, dass die im 14. und 15. Jahrhundert so gewaltig ausgedehnte europäische Industrie und der ihr entsprechende Handel mehr Tauschmittel erforderten, die Deutschland – das große Silberland von 1450 bis 1550 – nicht liefern konnte.⁷ Es bestand damals schon eine Handelsbourgeoisie, ein Kaufmannskapitalientum das die Vermittlung fremder Schätze aus der Ferne in die Heimat besorgte, den Besitzenden die exotischen Produkte zuführte. Auf nach Indien, dem Wunderlande! war die Parole. Der Portugiese Vasco de Gama hatte 1498 bereits den Seeweg nach Ostindien um das Kap der Guten Hoffnung entdeckt. In diese Situation fällt das Auftreten des Columbus, der auch nur Indien entdecken wollte und bis ans Ende seiner Tage selbst nicht wusste, dass er einen ganz neuen Erdteil entdeckt hatte.

Obwohl sich heutzutage die materialistische Geschichtsauffassung – wenn auch unbewusst – weiter Kreise des Bürgertums bemächtigt hat, obwohl das Zeitalter des Imperialismus die ökonomischen Triebkräfte der Kolonialpolitik als solche mit offenen Augen betrachtet, pflegen sogar die Sozialimperialisten vielfach noch einen Impuls zur Kolonialpolitik im Drang zum Zivilisieren und Kultivieren zu suchen. In ähnlicher Weise waren auch die Entdeckungsfahrten des Columbus mit Ideologie nur so durchtränkt. *Was heute oft die nationalistische*

⁷ Engels, Brief an Conrad Schmidt (27. Oktober 1890).

Ideologie tut, hat damals die religiöse getan. Der englische Historiker Washington Irving schreibt in seiner Geschichte des Lebens und der Reisen Christoph Columbus'⁸: „Er (Columbus) bekannte sich offen zu der Ansicht, dass alle Nationen, welche nicht den christlichen Glauben bekennen, der natürlichen Rechte beraubt seien; dass man die härtesten Maßregeln zu ihrer Bekehrung brauchen und die strengsten Strafen über ihr halsstarriges Verharren im Unglauben verhängen könne. In diesem Geiste der Bigotterie hielt er sich für berechtigt, die Indianer zu Gefangenen zu machen und sie nach Spanien zu transportieren, um sie in den Lehren des Christentums unterrichten zu lassen, sie auch als Sklaven zu verkaufen, wenn sie seinen Eroberungen widerständen.“ Natürlich hatte die Sklaverei damals wie zu allen Zeiten ihre materiellen Triebkräfte. Columbus war auf jeden Fall das Werkzeug dieser Triebkräfte, mag er es nun bewusst oder unbewusst gewesen sein. Irving müht sich in seinem ganzen Werke ab, zu beweisen, dass Columbus in gut religiösem Glauben gehandelt hat. „Leider wurde seine Frömmigkeit von der Bigotterie (also doch wohl Scheinheiligkeit! F. W.) des Zeitalters verdunkelt.“

Die Spanier brachten ihr europäisches Grundherrschaftssystem nach Amerika hinüber, nur dass sie die in ihrer Gewalt befindlichen Leibeigenen draußen viel scheußlicher ausbeuten konnten, weil sie völlig schutzloses Freiwild waren. Kamen die Seefahrer mit den Eingeborenen in Berührung, forschten sie zunächst nach Gold, Perlen und anderen Schätzen. Dann entwickelte sich ein kleiner Tauschhandel, wobei die Weißen gegen europäische Kleinigkeiten: Spielsachen, Scheren, Messer, Käämme, Glasperlen, Fischangeln, Falkenschellen usw. Klumpen Goldes und andere Wertsachen, aber auch Lebensmittel für die Reise, eintauschten. Oft war das Gold so massenhaft vorhanden – wenigstens wird so erzählt –, dass die Reisenden es nur aufzusammeln brauchten. Als der Bruder des Columbus, der Adelantado, Veragua erforschte, schien an einer Stelle der „ganze Boden mit Gold geschwängert zu sein“. „Sie zogen das edle Metall aus den Wurzeln der Bäume, die von ungeheurer Höhe waren und ein prächtiges Laub besaßen. In Zeit von zwei Stunden, dass sie hier verweilten, hatte jeder Mann eine kleine Quantität Gold gesammelt, die sie nur von der Oberfläche der Erde zusammenrafften.“ Solche Berichte stachelten natürlich eine Menge gieriger Spekulanten an, in der Neuen Welt ihr Glück zu versuchen, und ein Strom dieses goldhungrigen Gesindels ergoss sich dahin. Kaum ans Land gekommen, stürzte alles nach den Minen. Oft kehrte man nach kurzer Zeit wieder heim, denn man hatte mit seiner Spekulation auf den Goldbergbau einen Reinfluss erlebt.

Was den Handelsaustausch zwischen Spaniern und Indianern anbetrifft, so bewegte er sich keineswegs immer in friedlichen Bahnen. Im Gegenteil, wenn die Spanier nicht sofort, wie sie der Rothäute ansichtig wurden, ein Kesseltreiben gegen sie veranstalteten, raubten, mordeten und die Wilden niederknallten wie die Hasen, dann kamen sie todsicher nach Verlauf einer kleinen Zeitspanne in Konflikt mit ihnen. Der Anlass zum Blutvergießen war bald gegeben. Die Spanier konnten sich noch so friedlich gebärden: wenn sie sich in einem neuen Lande niederließen und alle Schätze zusammenrafften, mussten die Eingeborenen misstrauisch werden und darauf bedacht sein, die Weißen wieder hinauszubugsieren.

Besonders schnell gab die Vergewaltigung indianischer Weiber Anlass zu ernstesten Zwistigkeiten. Dort, wo die Eingeborenen die Manieren der zivilisierten Nation kannten, waren sie in diesem Punkte sehr vorsichtig. So war der Cazike (Häuptling) Quibian auf Veragua sehr besorgt, „dass die Spanier seine Weiber erblicken möchten; denn Fernando Columbus deutet an, dass die Indianer dieses Ortes sehr eifersüchtig seien. Es ist wahrscheinlich, dass das Betragen

⁸ Einem 1828 in Frankfurt a. M. in deutscher Übersetzung erschienenen Werke, dem die folgenden Zitate entstammen.

der Spanier gegen ihre Weiber ihnen genügenden Anlass dazu gab.“ Columbus verbot seiner Mannschaft zuweilen, das Land zu betreten, wenn er vor Anker ging. Auf Veragua ereignete sich ein Fall, der typisch sein wird: „Die Nähe der Schiffe an der Küste gab den Seeleuten Gelegenheit, in der Nacht ohne Erlaubnis ans Land zu gehen. Die Eingeborenen empfingen sie in ihren Häusern mit der gewohnten Gastfreundschaft, aber die rauen Abenteurer begingen, von Habsucht und Sinnlichkeit getrieben, bald Exzesse, welche ihre großmütigen Wirte zur Rache reizen mussten.“ Es kam zu blutigen Konflikten, und als die Indianer in großer Menge die Schiffe angriffen, befahl Columbus, „ein oder zweimal geladen unter sie schießen zu lassen“. Jedenfalls waren kriegerische Auseinandersetzungen an der Tagesordnung, wobei die Spanier allemal die agents provokateurs waren.

Die Eingeborenen, die dem Gemetzel entgingen, wurden zu Sklaven gemacht. Als Columbus Statthalter von Haiti war, wies er den spanischen Kolonisten freigebig Ländereien an „und schenkte ihnen viele indianische Sklaven, die in den Kriegen zu Gefangenen gemacht worden“. Als aber der Bedarf an Arbeitskräften auf den Anpflanzungen, vor allem aber in den Gruben, größer wurde, wählte Columbus einen kürzeren Weg. „Er traf ein Abkommen mit den Caziken in der Nähe, dass sie, statt Tribut zu zahlen, einen Teil ihrer Untertanen, freie Indianer, verpflichten sollten, den Kolonisten bei dem Anbau ihrer Länder hilfreiche Hand zu leisten; eine Art von Lehnsdienst, welcher zu den Repartimientos oder der Verteilung der freien Indianer unter den Kolonisten den Grund legte, ein Gebrauch, der später allgemein eingeführt und, von den spanischen Kolonisten schamlos missbraucht, die Quelle unsäglichen Drucks und Elends unter den unglücklichen Eingeborenen wurde, auch hauptsächlich dazu beitrug, sie auf der Insel Hispaniola auszurotten.“

Vom Tributzahlen kam man also zur Zwangsarbeit, von hier zum ständigen Vasallen- und Leibeigentum und sank schließlich in die völlige Sklaverei. Natürlich führten die Unterdrückungen der Indianer, vom bewaffneten Eintreiben der Tributzahlungen bis zum Durchpeitschen der Sklaven, nur zu Meutereien und Empörungen, die jedes Mal wieder im Blute erstickt wurden. Einmal erteilte Columbus bezeichnenderweise einem Freunde die Erlaubnis, „zum Anbau des Gutes diejenigen Untertanen des Caziken zu verwenden, denen Alonzo de Ojeda auf seinem ersten kriegerischen Zuge ... die Ohren hatte abschneiden lassen“. War die spanische Kolonialbehörde schon brutal in ihrer Herrschaft über die Eingeborenen, wie benahmen sich dann erst die Privaten! Wurde doch nach Amerika auch der Auswurf der spanischen Bevölkerung gebracht. Die Spanier überboten sich in der grausamen Behandlung der Indianer. Als dieses Treiben zum Aussterben der Indianer führte, transportierte man Neger hinüber, die man aus Afrika raubte.

Die Krone sicherte sich natürlich alle möglichen Vorrechte in den Kolonien. So hatte sie dort ein Handelsmonopol. Außerdem betrachtete sie alle Minen als ihr ausschließliches Eigentum, ebenso wie alle Edelsteine und anderen Gegenstände von kostbarem Wert, auch das Färbholz. Die Krone verpachtete die Minen an ihre Untertanen, die zuerst die Hälfte, später ein Drittel, dann ein Fünftel usw. der Erträge abgeben mussten.

Als der spanische Absolutismus anfang, Appetit an überseeischen Eroberungen zu bekommen, waren seine Finanzen schon ziemlich in Unordnung. Das war den vielen Kriegen geschuldet, die Gut und Blut verschlangen und Geld, Geld, Geld kosteten. Die spanische Krone hoffte durch die Kolonialpolitik ihre Kassen wieder füllen zu können. Doch wurde sie hierin schwer enttäuscht. Bald entpuppten sich die neuentdeckten Länder als eine Quelle von Ausgaben statt Gewinn. Diejenigen, welche im Reichtum wühlten, waren immerhin an Zahl gering. Für die ganze spanische Nation hatte die Kolonialpolitik große Nachteile. Der mühelose Gewinn verhinderte das Aufkommen einer Industrie in Spanien, dieses musste seine industriellen Produkte aus dem Auslande beziehen, und so floss der Reichtum aus Amerika durch

Spaniens Vermittlung wieder anderen Völkern zu. Das Fehlen einer nennenswerten Industrie hat die wirtschaftliche Entwicklung Spaniens bis heute hintangehalten. Weiter haben dann die Kriege, die Folgen der Kolonialpolitik waren, das Land gänzlich ruiniert.

Das ist ein Bild aus der Zeit des Columbus. Wo bleibt die Romantik, die Poesie des Heldenzeitalters der Entdeckungen? Die Weltgeschichte wurde schon immer mit Blut geschrieben.

Fr. Wilhelm.

Ich singe den Leib, den elektrischen.

Von Walt Whitmann.

Eines Mannes Leib steht zur Versteigerung.

(Denn vor dem Kriege geh' ich oft zum Sklavenmarkt und sehe dem Verkauf zu.)

Ich helfe dem Auktionator; der Esel versteht sich nicht halb auf sein Geschäft

Meine Herren, schaut euch dieses Wunder an.

Welche Angebote auch gemacht werden; hierfür können sie nicht hoch genug sein.

Um seinetwillen lag die Erdkugel Quintillionen von Jahren ohne Lebewesen oder Pflanzen in Vorbereitung.

Um seinetwillen rollten treu und stet die kreisenden Zeitalter dahin.

In diesem Kopf das allesbesiegende Gehirn.

In ihm und unter ihm der Stoff, Helden zu bilden.

Prüfe diese Gliedmaßen, rot, schwarz oder weiß, kunstvoll sind sie gefügt in Nerv und Sehne, Sie sollen entblößt werden, dass ihr sie sehen könnt.

Erlesenste Sinne, lebensstrahlende Augen, Mut und Wille;

Lage der Brustmuskeln, biegsam Rückgrat und Hals, Fleisch nicht schlaff, wohlausgebildete Arme und Beine,

Und noch andre Wunder im Innern.

Da im Innern rollt Blut.

Das alte, gleiche Blut! Das gleiche, rotrinnende Blut!

Dort schwillt und schlägt ein Herz; da sind alle Leidenschaften, Begierden, Strebungen, Inbrust.

(Meinst du, sie seien nicht dort, weil sie nicht in Salons und Vortragssälen zum Ausdruck gelangen?)

Dies ist nicht nur ein Mann, dies ist der Vater derer, die in ihrer Folge gleichfalls zu Vätern werden sollen,

In ihm harren völkerreiche Staaten und reiche Republiken.

Aus ihm zahllose unsterbliche Menschenleben in zahllosen Verkörperungen und Freuden.

Wie weißt du, wer da um die Nachkommenschaft von seinen Nachkommen auf Jahrhunderte hin betrogen wird?

(Wen könntet ihr wohl finden, von dem ihr eurerseits abstammt, wenn ihr die Spur durch die vergangenen Jahrhunderte verfolgen könntet?)

Viel Klagen hör ich oft erheben
vom Hochmut, den der Große übt.
Der Großen Hochmut wird sich geben,
wenn unsre Kriecherei sich gibt.

G. A. Bürger

Zuschriften für die Redaktion sind zu richten an: Frau A. Dannat, Bremen, Bremerhaven-
erstraße 33. Verantwortlich: C. Stucke; Verleger: Karl Lüth; Druck: Herm. Sturm; sämtlich in
Bremen.

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Bremen, im September 1916.

An unsere Leser!

Die Reichskonferenz hat ihre Tagung beendet. Welches auch ihr Ergebnis sein mag: in keinem Falle hat sie die Spaltung der Partei verhindern oder auch nur aufhalten können. Im Gegenteil: gerade durch diese parteiillegale Aktion der geschworenen Legalisten ist die Parteisplaltung ihrer Vollendung um einen bedeutenden Schritt nähergebracht worden. Für die unterschiedene Linke besteht jetzt als wichtigste Aufgabe *die organisatorische Vereinheitlichung ihrer Anhänger in ganz Deutschland*. Möglich, dass die Teilnehmer der Linken im Anschluss an die Konferenz bereits Gelegenheit nahmen, einige Vorarbeiten zu leisten. So wenig dieselben unterschätzt werden dürfen, so wenig könnte ihnen irgendwelche allgemeine Bedeutung zukommen, schon aus dem Grunde nicht, weil die Linke auf der Konferenz nur sehr schwach vertreten sein konnte, eine allgemeine Einladung an die Linksradikalen aber leider nicht ergangen ist. Die Zusammenfassung der *gesamten Linken* (Anhänger der Gruppe „Internationale“, der I. S. D., vereinzelt Gruppen etc.) das ist das Gebot dieser Stunde. Unter Wahrung der ganzen prinzipiellen Schärfe hat alles Kleinliche und Persönliche, alles Ehrgeizige und Konkurrenzklüsterne, was sich zwischen den Gruppen noch erhalten haben mag, hinter der organisatorischen Aufgabe zurückzutreten.

Die Organisierung der Linken vorzubereiten und zu fördern, vor allem: die Linke gegen die Rechte und das Parteizentrum scharf abzugrenzen, ist von Anfang an das Streben der „Arbeiterpolitik“ gewesen, und mit Stolz können wir sagen, dass sie schon heute für dieses Ziel erfolgreiche Arbeit geleistet hat. In ganz Deutschland hat sie ihre Leser und überall wird ihrer taktischen und prinzipiellen Auffassung Zustimmung zuteil, ein Beweis, dass sie schon jetzt das *geistige Band der Linksradikalen* geworden ist. Das zeigt sich auch besonders darin, dass der Duisburger „Kampf“ und der „Stuttgarter Sozialdemokrat“ zu unserer Freude eine große Reihe taktischer Artikel aus der „Arbeiterpolitik“ entnahm und dass es uns gelungen ist, vom Genossen Mehring die Zusage zur Mitarbeit zu erhalten. Wir hoffen, dass auch die übrigen führenden Köpfe der Gruppe „Internationale“ bereit sein werden, an unserer Zeitschrift mitzuarbeiten, sobald es ihnen nur die Verhältnisse erlauben werden. Wir werden das umso mehr begrüßen, als dadurch jede weitere Zersplitterung der Linksradikalen vermieden würde.

Die „Arbeiterpolitik“ hat schon jetzt einen internationalen Stab berufener Mitarbeiter; ihre Bedeutung ist längst international geworden. Wer die Aufgaben des internationalen Sozialismus erkannt hat, wird weiter für die „Arbeiterpolitik“ und ihre Ideen Propaganda machen, wird für ihre Verbreitung sorgen und neue Abonnenten werben, wird vor allem jedem Zersplitterungsversuch innerhalb der unterschiedenen Linken, der ohne Not betrieben würde, mit Energie entgegentreten.

Darum wenden wir uns in dieser für die Arbeiterbewegung bedeutungsvollen Stunde der Sammlung der Linken an unsere Leser, dass sie unserer Zeitschrift auch weiterhin die Treue

bewahren und alles von ihr abwenden helfen mögen, was zu ihrem Einstellen führen könnte. An uns wird es jedenfalls nicht fehlen, die Sache des Linksradikalismus mit dem Maß von Verantwortungsgefühl zu verwalten, das die Größe und Bedeutung der Zeit von uns fordert.

Redaktion und Verlag der „Arbeiterpolitik“.

Arbeiterpolitik 8/1916

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

1. Jahrg.

Bremen, den 12. August 1916.

Nr. 8

Redaktion und Expedition: Aumunderstr. 23.
Erscheint wöchentlich einmal.
Preis pro Nummer 15 Pfg.

Der neue Parlamentarismus.

Das hinter uns liegende Zeitalter der Arbeiterbewegung hieß die Zeit des Parlamentarismus. Es brachte Aufschwung, Gewinne, Machtillusionen und Zusammenbruch. Eine neue Periode des Sozialismus beginnt. Welche Rolle wird das Parlament, wird das Auftreten in den Parlamenten darin spielen?

Wozu diente das Parlament bisher? Erstens dazu Reformen zu erringen. Die Vertreter des Proletariats deckten dort die Übelstände auf, zeigten die Notwendigkeit von Verbesserungen, stritten um jeden Paragraphen, beantragten Verbesserungen. War dies für die Masse der Arbeiter auch der Hauptzweck, die sozialistische Vorhut sah darin nur Mittel zum höheren Ziel: die Eroberung der politischen Macht. Durch die parlamentarische Tätigkeit im Interesse der Arbeiter werden stets mehr Wähler gewonnen, werden stets mehr Mandate, wird stets mehr Macht erobert bis schließlich, sobald die Mehrheit, wenn nicht im Parlament, so doch im Volke gewonnen ist, die Kapitalherrschaft ihre Krise erlebt.

Dass beide Vorstellungen über den Zweck des Parlaments überholt sind, weiß jetzt fast jedermann. Dass Reformen nicht durch das Parlament gewonnen werden, haben uns die letzten Jahrzehnte gezeigt: je mehr Mandate man bekam, umso weniger Reformen. Der Imperialismus verschlang alles Geld und hob das Selbstgefühl der Bourgeoisie. Und dass die politische Macht nicht mit dem parlamentarischen Maß gemessen werden kann, zeigt uns die Jetztzeit.

Also? was sollen wir noch weiter mit dem Parlament? Keine Reformen bringt uns der Parlamentarismus und keine Macht. Hatten daher nicht die Syndikalisten am Ende Recht, als sie vor der Kraftvergeudung des Parlamentarismus warnten?

Wollen wir diese Frage beantworten, dann müssen wir tiefer graben. Was oben angeführt wurde, ist eine oberflächliche Betrachtungsweise, die nur die äußere Seite sieht.

Die Reformen kamen nie durch das Reden oder die Anträge der Sozialdemokraten im Parlament. Sie kamen, weil die herrschende Klasse es zweckmäßig fand, sie zu geben. Sie tat es unter dem Druck des Wachstums der Opposition gegen ihr System. Und zu diesem Wachstum

trug der parlamentarische Kampf, die parlamentarische Kritik am meisten bei. Sie weckte die Massen, belehrte sie über ihre Interessen, klärte sie auf über die anderen Parteien, zeigte das Wesen der Politik der herrschenden Klassen. Auf diesem Umwege war das Auftreten im Parlament Ursache der Reformen. Und damit sammelte die Partei auch die Massen hinter sich, feuerte sie zum Kampf für große Ziele auf.

Daher kam es auch: als sie selbst dieses Ziel aus dem Auge verlor und Reformen durch Anpassung zu erhaschen suchte, als die proletarische Macht weniger und die bürgerliche Macht stark wuchs, da hörten die Reformen auf. Denn die Macht wurde zur Scheinmacht.

Wie wird das nun sein unter den künftigen Verhältnissen?

Was die Zukunft auch Unsicheres in sich birgt, auf Folgendes wird man bestimmt rechnen müssen: Der Imperialismus wird die wirtschaftliche Lage des Proletariats nicht grundsätzlich verändern, er wird von ihm neue große Opfer fordern; seine Macht liegt in den Händen des konzentrierten Großkapitals, gegen das das Parlament machtlos ist. Neue Macht kann das Proletariat nur gewinnen, wenn es selbst als Klasse, als Masse auftritt. Nur so wird es auch Reformen durchsetzen können.

Also noch einmal: wenn es doch nur auf die Masse und ihre Aktion ankommt, soll da ein wirklicher Sozialdemokrat, der zufällig im Parlament sitzt, nicht sagen: ich kann hier nichts ausrichten; das Parlament ist ja doch bedeutungslos; ich gehe hinaus, mit der Masse mitzutun?

Nein, er kann dort, wo er ist, sehr Wichtiges für seine Sache tun.

Es ist gar nicht wahr, dass das Parlament unter dem Imperialismus bedeutungslos ist. Es ist machtlos *gegen* den Imperialismus, gegen die Herren des Großkapitals. Aber es ist höchst wichtig und machtvoll *als Instrument des Imperialismus*. Das Parlament erfüllt eine sehr wesentliche Funktion unter dem Imperialismus: es ist eine seiner besten geistigen Machtmittel, um die Volksmassen im Banne und so im Dienste des Imperialismus zu halten. Die feierlichen Reden, die öffentlichen Erklärungen, die Abstimmungen der Parteien – sie haben alle zusammen eine starke suggestive Wirkung auf die Massen hinter ihnen. Darin besteht auch der große Dienst, den die Sozialpatrioten dem Imperialismus leisten. Der Absolutismus des Finanzkapitals ist nur möglich unter der äußeren Form der Parlamentsbeschlüsse – sogar eine redselige Wortopposition gereicht ihm zum Vorteil, da sie die Massen mit Redensarten befriedigt. Daher hat es eine gewaltige Bedeutung, wenn in diesem imperialistischen Parlament wirkliche Sozialdemokraten auftreten und es aus einem Instrument des Imperialismus in einen Kampfboden gegen den Imperialismus verwandeln. Was sie dort über die Wirklichkeit des Imperialismus und seine Ziele sagen, dringt von jener Tribüne in die breitesten Schichten des Volkes. Ihre Worte sind keine langatmigen Reden, voll der breitgetretenen Gelehrsamkeit, sondern scharf Kritik, die wie ein Blitz dazwischenfährt. Es ist ein anderer Parlamentarismus als der frühere. Aber verglichen mit dem parlamentarischen Auftreten der besten Vorkämpfer aus der Zeit vor 30 Jahren ist nur die Form verschieden – Wesen und Ziel ist dasselbe. Wesen und Ziel sind hier wie dort: *die Massen wecken und belehren* und so die proletarische Macht aufbauen helfen. Und vor allem unter Verhältnissen, da die gewöhnlichen Agitationsmittel in ihrer Anwendung beschränkt sind, kann ein solches parlamentarisches Auftreten von größter Wichtigkeit sein.

Das ist nicht einfach Theorie und Deduktion über eine mögliche Zukunft.

Und auch darin unterscheidet sich der neue Parlamentarismus von dem vorigen – und nähert sich darin dem Zustande unter den Anfängen des Parlamentarismus –, dass der Beruf des Parlamentariers viel schwieriger wird. Der Imperialismus weckt so starke Leidenschaft,

einen so energischen Machtwillen, dass seine Bekämpfer sich den tiefsten, rücksichtslosen Hass aller seiner Anhänger, vom Konservativen bis zum Sozialpatrioten, zuziehen. Die neuen Parlamentarier bilden den Gegensatz zu jenen Bürokraten, die sich als „Führer“ für unentbehrlich halten: gerade weil sie sich selbst für entbehrlich erklären, bewähren sie sich als wirkliche Führer, die dem Proletariat den Weg der Zukunft zeigen.

Einheit oder Spaltung der Partei?

5. Linksradikale und Zentrum.

Als in Bremen die Linksradikalen um die Klärung der Auffassung der Arbeiterschaft rangen, und dabei auf den Widerstand des Abg. Henke stießen, höhnte die „Chemnitzer Volksstimme“: Wenn man einmal die Geschicke der Partei abhängig macht von den Beschlüssen der Versammlungen, dann bekomme in ihnen der Oberhand, der sich am wildesten gebärdet. Und so oft aus Berlin Nachrichten kommen über die Kämpfe zwischen den Anhängern des Zentrums und der Gruppe „Internationale“, ruft die ganze sozialpatriotische Presse triumphierend: da seht ihr, wenn erst einmal die Spaltung da ist, dann gibt es kein Ende der Spaltungen, dann frisst die Montagne (die Entschiedenen) die Gironde (die Gemäßigten) und dann kommt der Terreur! Also lobet den Herrn, und folgt Scheidemann.

Diese ganze Philosophie zeigt trefflicher als irgendetwas anderes den konterrevolutionären Charakter der sozialpatriotischen Clique, die über die Krise des Sozialismus und der Arbeiterbewegung nichts anderes zu sagen hat, als was die reaktionärsten Historiker über die Kämpfe der französischen Revolution sagten. Aus dieser, den Taines abgeguckten historischen Anschauung, spricht nicht nur eine bodenlos geringe Einschätzung der Arbeitermasse, die jedem wilden Mann zum Opfer fällt – das behauptete die bürgerliche Presse bekanntlich immer, als sie von der Verhetzung sprach –; es spricht daraus nicht nur die Überzeugung, dass nur die Bürokratie imstande ist, eine „kluge“ Politik zu treiben, die geringe Einschätzung der Masse charakterisierte noch immer jede Bürokratie. Diese Auffassung ist überhaupt nicht imstande, das *Wesen der Krise* zu erfassen, in der sich die Arbeiterbewegung befindet.

Die die imperialistische Ära charakterisierende Vertrustung und Kartellierung der Industrie, die Bildung der Unternehmerverbände erschwerte den abgesonderten Gewerkschaftskampf, machte die Erfolge durch ihn immer seltener. Die seit Jahren bestehende Teuerung machte die bisherigen Errungenschaften des Gewerkschaftskampfes illusorisch. Man blickte auf das Parlament: dieses sollte helfen. Aber die Konzentration des Kapitals entsprach die Zusammenballung der bürgerlichen parlamentarischen Parteien zu einer reaktionären Masse. Die wachsenden Rüstungsausgaben machten diese Reaktion für die Forderung der Sozialreformen noch unzugänglicher; die Stärkung des Militarismus bedeutete die Stärkung des Widerstandes gegen die Demokratie. Die Arbeiterbewegung stand vor einer Mauer.

Die Opportunisten redeten dem Proletariat ein, man könne sie umgehen durch ein Bündnis mit den Liberalen; die Linksradikalen sagten, dass dies unmöglich sei: erstens waren die Liberalen selbst zu schwach, um selbständig ihrerseits irgendetwas durchzusetzen; zweitens würde ein Bündnis mit den Liberalen zur Verwischung und Verwaschung des Klassenkampfes führen, also das Proletariat schwächen. Es blieb nur der Versuch, durch einen starken Druck der Massen, durch ihre Anstürme die Mauer zu nehmen. Wie lange der Kampf dauern wird, ob die Massen bereits reif seien zur Erfüllung ihrer historischen Mission, darüber konnten wir keine Wechsel ausstellen. Wir wussten nur, *dass es keinen anderen Weg gibt*, und deshalb forderten wir von der Partei durch Wort und Tat zu versuchen, das Proletariat auf seine historische Aufgabe vorzubereiten. Dem widersetzte sich das Zentrum der Partei: es

proklamierte die „Ermattungsstrategie“, das Agitieren, Organisieren, Warten, da die Masse noch nicht weit genug sei, und ein „Putschismus“ ihre Organisationen gefährden könnte.

Während dieser Auseinandersetzungen kam der Weltkrieg. In vierundzwanzig Stunden schwenkte die Mehrheit der Zentrumsleute auf die Seite der Opportunisten und mit ihnen zusammen auf die Seite der Bourgeoisie. Das, was die Linksradikele über das Zentrum vor dem Kriege behaupteten, es bestehe aus derselben Partei- und Gewerkschaftsbureaukratie wie das Lager des Revisionismus und unterscheide sich von ihr nur durch sozialistische Phrasen, bewahrheitete sich voll und ganz. Es zeigte sich, wie Recht wir hatten, als wir die „Ermattungsstrategie“ als Resultat der Angst vor jeder Aktion kennzeichneten, weil diese die soziale Grundlage der Existenz der Partei- und Gewerkschaftsbureaukratie, die Organisation vorübergehend gefährden könnte, wobei wir dahingestellt lassen, worum es der Bureaukratie mehr ging: um die eigene Existenzsicherheit oder um die Organisationen. Ein nur sehr geringer Teil der Zentrumsführer hielt sich fern von der Politik des 4. August. Aber er wagte lange Zeit keinen Kampf gegen die Sozialpatrioten. Erst als in der Arbeiterschaft selbst, dank der Arbeit der entschiedenen Linken und den Folgen des Krieges, die Gegnerschaft gegen den Sozialpatriotismus wuchs, wagten diese von Ledebour geführten Zentrumsleute einen Kampf gegen den Sozialpatriotismus. Zu ihnen schlug sich dann ein Teil der Zentrumsleute, die am 4. August sich direkt auf den Boden des Sozialpatriotismus gestellt haben. Was bedeutet diese Zentrumsopposition, was bezweckt sie? Sie erklärt, sie wolle die Hochhaltung der alten Grundsätze, der alten bewährten Taktik, aber der Kampf um sie müsse in den Rahmen der Organisation ausgekämpft werden.

Aber die alte bewährte Taktik des nur parlamentarischen Kampfes war bankrott schon vor dem Kriege! Der Weltkrieg wirft eine große Masse neuer Fragen auf, die die Entwicklung, Fortbildung der alten Ideologie („Grundsätze“) erfordern! In dem Rahmen der Organisation? Aber wie kann man in dem Rahmen einer Organisation gleichzeitig *für* den Sozialismus und *gegen* ihn kämpfen? All das zeigt, dass sich das Wesen auch des Rumpfzentrums, obwohl es einen Teil seiner Führer an die Sozialimperialisten abgegeben hat, gar nicht geändert hat. Wohl befinden sich auch unter den Zentrumsführern Leute, die die Zentrumspolitik nur deswegen mitmachen, weil sie noch nicht im Klaren sind über die Tiefe der Krise, die aber immerhin noch zu uns kommen können. Die Mehrheit der Zentrumsführer ist unwandelbar. Die einen, weil sie trotz ihrer Uneigennützigkeit, trotz ihres redlichen Wollens Überbleibsel aus alter Zeit sind und sich in den neuen Bedingungen nicht mehr zurechtfinden können, daher an allem Alten starr festhalten – es genügt, nur Kautsky, Ledebour zu nennen, denen wir trotz aller Erbitterung des Kampfes menschlich nie nahetreten wollen –, die andern aus Rechnungsträgererei: sie wollen mit den Sozialpatrioten nicht brechen, von denen sie materiell abhängig sind, und werden so lange gegen die Spaltung kämpfen, wie es nur möglich ist. Wir sind überzeugt, dass diese Behauptung eine große Entrüstung hervorrufen wird; aber es ist Zeit, dass die Arbeiterschaft lernt, mit offenen Augen die Dinge anzuschauen. Wie viele, die die „Organisationen“ retten wollten und dabei nur an ihre eigene Existenz dachten. So schreien viele: Einheit der Partei! und denken dabei an ihre eigene Existenz. Wie dem aber auch sei, wie groß das zahlenmäßige Verhältnis der nur dank geistiger Erstarkung nicht mehr entwicklungsfähigen Elemente zu den „Rechnungsträgern“ sein mag, *objektiv, selbst unabhängig von dem Willen der Einzelpersonen*, bedeutet die Politik des Zentrums eine Täuschung der Massen in dreifachem Sinne: sie täuschen die Massen über den Kapitalismus, indem sie in ihnen den Glauben erwecken, man könne ihm den Imperialismus austreiben und ihn zum Pazifismus bekehren, kurz, es sei ein Kapitalismus ohne Kriegsgefahren möglich. Sie täuschen die Massen, indem sie ihnen vorreden, man könne diese Reform des Kapitalismus gemeinsam mit den Sozialpatrioten erstreben, die sich unter dem Drucke der Massen bessern werden. Sie täuschen die Massen,

indem sie ihnen vorreden, als gebe es einen andern Weg zum Ziele als den der Befreiung der Arbeiterklasse durch die Arbeiterklasse selbst.

Die Propaganda der Reform des Kapitalismus an Stelle seiner Überwindung, die Propaganda der Parteieinheit, die Gegnerschaft zu Massenaktionen, diese Merkmale des Zentrums machen es notwendig, dass wir einen ununterbrochenen und rücksichtslosen Kampf gegen das Zentrum führen.

Hinter ihm stehen noch breite Massen der Arbeiterschaft, die dank der alten Autorität der Zentrumsführer, dank den alten sozialistischen Losungen, die diese gebrauchen, ihnen folgen. Dadurch werden diese Arbeitermassen von den wirklichen Aufgaben, von der wirklichen Einsicht zurückgehalten. Um sie von den Zentrumsführern zu trennen, gilt es, jeden Schritt, den das Zentrum im Kampfe gegen den Sozialpatriotismus zu führen sich genötigt sieht, zu unterstützen, aber gleichzeitig jede Halbheit zu geißeln und ihre Ursachen aufzeigen. Man lasse jede Hoffnung auf das Herüberziehen der Führer durch „pädagogische“ Behandlung fahren. Nicht um die Gewinnung der Führer handelt es sich, sondern um die Gewinnung der Massen.

Aber selbst, soweit es sich um die wenigen Zentrumsführer handeln kann, die zu gewinnen es sich verlohnt, so sind auch sie nur durch die schärfste Kritik zu gewinnen. In der Politik waren Prügel (natürlich geistige) noch immer das beste Erziehungsmittel.

Die *Arbeiterbewegung* zerfällt jetzt wirklich in *drei* Teile: Sozialimperialisten, Zentrum, Linksradikale: erstere sind Arbeiter, die auf Brocken vom Tische der Bourgeoisie warten; die Unentschiedenen, die zwar wissen, dass mit der Bourgeoisie für die Arbeiterklasse als Ganzes nichts zu erreichen gibt, aber noch nicht wissen, wie man gegen sie zu kämpfen hat; und solche, die wissen, dass nur im Massenkampfe gegen die Bourgeoisie ihr sozialistisches Ziel zu erreichen ist. Mit den ersten haben wir nichts zu tun, wir müssen uns von ihnen trennen. Vielleicht kommen sie später zu uns, nachdem ihnen die Illusionen der Mitarbeit mit der Bourgeoisie diese selbst durch Nackenschläge austreibt. Um die Unentschiedenen ringen wir, indem wir, ohne nach rechts und links zu schauen, unsern Weg gehen. Wir wollen versuchen, sie zu uns zu ziehen. Sollten sie aber, von der Propaganda des Zentrums demoralisiert, uns jetzt schon nicht folgen können, sollte ihre Orientierung später eintreten, als die Notwendigkeiten der Politik uns organisatorische Selbständigkeit zum Gebot machen werden, nun, dann ist dagegen nichts zu machen. Dann werden wir unsern Weg gehen müssen und ihnen überlassen, ob sie noch ein Stück Weges mit den Sozialpatrioten gehen wollen, um später, bitter enttäuscht, zu uns zu stoßen, oder ob sie sich als selbständige Partei der Mitte konstituieren wollen, einer Partei, die über kurz oder lang zwischen den Mühlsteinen der entschiedenen Rechten und Linken zerrieben werden würde. Wir hoffen, dass die Erfahrungen der Rücksichtnahme auf das Zentrum, die in Berlin und anderswo gemacht wurden, diesen Kreisen, die aus Rücksicht auf die zahlenmäßige Schwäche der Linken „Vorsicht“ predigten, die Augen geöffnet haben.

Das Chaos, das jetzt in der Arbeiterbewegung herrscht, kann nur dann überwunden werden, wenn wir mit offener Klarheit unsern Standpunkt entwickeln und mit voller Entschiedenheit ihn durchführen. Dadurch nötigen wir die Sozialpatrioten zur Klarlegung ihres Standpunktes und das Zentrum zur Aufdeckung seiner völligen Grundsatzlosigkeit. Eine Massenkraft werden wir erst, wenn die Arbeiterschaft in Fluss kommt. Dieses Ziel gefährden wir, wenn wir durch die Kompromisse mit dem Zentrum „Massen“ fangen wollten. Wenn dies erreichbar wäre, so würde es uns nichts nützen, weil in diesen Massen ohne Einsicht und Kampfwillen keine Kraft stecken würde. Je klarer und entschiedener wir sind, desto schneller werden die Nebel verschwinden, werden die Arbeiter sich auf ihre historische Aufgabe besinnen.

Spaltung mit den Sozialpatrioten, *Kampf* gegen das Zentrum, das ist die organisatorische Aufgabe der nächsten Zukunft. Ihre Erfüllung erfordert die Einheit der Linksradikalen. Wir werden dieser Frage noch einen besonderen Artikel widmen müssen.

Im Fangnetz der Widersprüche.

3.

Die erste Voraussetzung der Jakobinertaktik, wie sie auch Marx später anzuwenden versuchte, war der Gegensatz zwischen den in der bürgerlichen Umwälzung begriffenen Ländern und denen des Feudalismus. Dass dieser Gegensatz heute nicht die geringste Rolle spielt, ist offensichtlich. Wie groß auch die verfassungsmäßigen Gegensätze zwischen England, Frankreich, Deutschland und Österreich sein mögen: keines dieser Länder stellt den anderen gegenüber dem Fortschritt dar: die Unterschiede in ihrer sozialpolitischen Struktur sind quantitativ, nicht qualitativ. Keines stellt ein neues soziales Prinzip dar. Das einzige Land, das im Verhältnis zu den anderen als rückständig gelten kann, Russland, wäre, auch nach der Meinung von Junius, nicht imstande, die andern zu bedrohen, nur das französische und englische Geld ermöglichte es ihm, mit den Anstoß zum Kriege zu geben. Dabei marschirt es so schnell in der Richtung auf die kapitalistische Entwicklung, dass es auf die Länge hin die gegebenen sozialpolitischen Zustände in Mittel- und Westeuropa nicht bedrohen kann.

Der Gegensatz, der Europa in zwei Lager teilt, ist nicht der zweier verschiedenen sozialen Formationen, einer fortschrittlichen und einer rückschrittlichen, es ist vielmehr ein imperialistischer Gegensatz, d. h. der Gegensatz der in den Grundlinien gleichartigen sozialen Organismen, die sich bekämpfen, eben weil sie dank ihrem gleichartigen kapitalistischen Charakter den gleichen Anspruch darauf erheben, die unentwickelten Länder zu „durchdringen“. Daraus ergab sich, dass die innere Umwälzung in keinem der Staaten einen Krieg benötigte, dass also erstens das Proletariat kein Kriegsprogramm hatte, während die Jakobiner und die Demokraten ein solches besaßen. Daraus ergibt sich zweitens, dass, wenn der Krieg und seine Folgen die inneren Umwälzungen in einem der Staaten oder in allen auf die Tagesordnung setzen sollten, diese nicht nationaler Natur sein werden, sondern dass es sich um internationale Aufgaben handeln wird. Und drittens werden es nicht bürgerlich-demokratische, sondern sozialistische Veränderungen sein, die sich zu vollziehen haben.

Der Krieg des revolutionären Frankreich wurde von den Volksmassen im Interesse des historischen Fortschritts geführt, ja, er begann geradezu als solcher. Der Weltkrieg begann als imperialistischer Krieg. Kann sein Charakter geändert werden? Ganz offenbar nicht; wobei es ganz gleich wäre, ob die Bourgeoisie am Ruder bliebe oder nicht. Der Krieg kann wohl beendet werden, aber seinen imperialistischen Charakter ändern, dazu ist keine Macht der Welt imstande. Sollten aber etwa die Proletarier Englands in diesem Kriege zur Herrschaft gelangen können, und sollten die übrigen Staaten sie dann weiter bekriegen, dann ständen die englischen Arbeiter vor der Aufgabe, den siegreichen Sozialismus ihres Landes zu verteidigen. Nicht eine „wahrhaft nationale“, sondern eine wahrhaft internationale, Aufgabe hätten sie zu lösen: die Einleitung der sozialen Umwälzung in Europa.

Internationale, sozialistische Aufgaben sind es, die vor dem Proletariat stehen, keine nationalen, bürgerlich-demokratischen. Und diese Aufgaben werden sozialistisch sein, weil die wirtschaftlichen Bedingungen für den Sozialismus reif sind. Sie werden international sein, weil keine einzige der großen sozialen und politischen Fragen jetzt mehr im nationalen Rahmen gelöst werden kann.

Den Ausgangspunkt der proletarischen Politik dem Kriege gegenüber bildet also die klare Erkenntnis der Frage der Vaterlandsverteidigung. Das Mittel zur Überwindung der gegebenen allgemeinen Verhältnisse ist die Anwendung einer neuen Taktik, deren Wesen bereits vor dem Kriege ausführlich dargelegt wurde. Kein Teil des Proletariats aber könnte sich bei seinem Siege mit der Einrichtung des eigenen Hauses begnügen, sondern es müsste an die Lösung aller Fragen herantreten, die der Imperialismus aufgeworfen hat. Sonst würde es in seinem eigenen Hause, und sei es die „einzigste“ Republik, erdrückt werden. Dies nicht eingesehen zu haben, in der Epoche des Imperialismus eine Losung mit einem national begrenzten Programm aufgestellt zu haben, das ist es, was wir Junius zum Vorwurf machen. Dadurch verdunkelt er das Wesen der Krise der Sozialdemokratie, wie er den Arbeitern das Verständnis ihrer historischen Aufgaben verdunkelt. Denn was sollten etwa die französischen Arbeiter mit dem „wahrhaft nationalen“ und „wahrhaft fortschrittlichen Programm“ der deutschen Demokraten vom Jahre 1848 anfangen? Und in letzter Linie verdunkelt die Auffassung von Junius auch das Wesen der Weltkrise, die jetzt die Welt erschüttert, indem der Verfasser wohl sagt, wie er die deutschen, nicht aber die übrigen Arbeiter beglücken will.

Das bedeutet, dass Junius in Wirklichkeit gar keine Perspektive der allgemeinen Entwicklung hat. Und deshalb kann sein Standpunkt auf die Frage, was die Internationale weiter tun soll, nichts sagen. Von richtigen Voraussetzungen ausgehend, verstrickt er sich in so viele Widersprüche, dass er zu der Frage, wie die Krise der Sozialdemokratie zu überwinden ist, gar nichts zu sagen weiß. Er überlässt die Arbeiterklasse sich selbst, steuerlos. Würde sie den Standpunkt von Junius akzeptieren, sie würde praktisch dieselbe Irrfahrt durchmachen, die er theoretisch durchgemacht hat. Auf historische Reminiscenzen baut man keine Arbeiterpolitik auf, sondern nur auf dem Boden harter Tatsachen, die Junius übersehen hat.

Aus Holland.

Krise und Entwicklung der Arbeiterbewegung findet in allen Ländern in einigermaßen analogen Formen statt. Die neutral gebliebenen Länder unterscheiden sich darin von den kriegführenden, dass zwar die Gewalt der Weltkrise weniger direkt erschütternd auf das Proletariat einwirkt, dafür aber durch die größere Bewegungsfreiheit die Arbeiterbewegung rascher und offener den neuen Einwirkungen nachgeben kann.

Der Druck des Krieges in Holland bestand erstens in der bald schwer empfundenen Mobilisation der Armee, zweitens in der langsam wachsenden Teuerung. Die S. D. A. P., die zuvor in den letzten Wahlkämpfen schon verbündet mit den Liberalen aufgetreten war gegen die Klerikalen, trat für das Vaterland ein, stimmte der Mobilisation zu, bezeugte der liberalen Regierung ihr Vertrauen und proklamierte den Burgfrieden. Demgegenüber war in Holland seit 1909 die linksradikale Richtung in einer kleinen selbständigen Partei, der S. D. P., vertreten, die gut 500 Mitglieder zählte, und ein Wochenblatt, die „Tribüne“, ein vorzügliches marxistisches Organ mit gut 1000 Abonnenten, herausgab. Diese Partei stellte sich dem Nationalismus entgegen, beleuchtete scharf den imperialistischen Charakter des Weltkrieges und stellte die Forderung der *Demobilisierung* auf; sie wurde dabei unterstützt von einer Anzahl syndikalistischer Gewerkschaften, auf die sie einigen Einfluss gewann. Diese Forderung stützte sich auf die Erwägung, dass der Schutz der Neutralität nur die populäre Losung sei, da die holländische Bourgeoisie, die durch den Besitz Indiens auf eine aktive imperialistische Politik angewiesen war, die Armee in Wirklichkeit bereithalten wollte, um zur gelegenen Zeit an der einen oder der anderen Seite aktiv eingreifen zu können. Zugleich wurde von der S. D. P. darauf hingewiesen, dass das freie Schalten der Spekulanten und Exporteure sicher zu einer Teuerung der notwendigsten Lebensmittel führen müsse.

Aber ihr Einfluss blieb vorerst noch gering. Die Arbeiterklasse, deren bestorganisierte Schichten entnervt waren durch die regierungsfreundliche Politik der S. D. A. P. und der mit ihr verbündeten Gewerkschaftszentrale und noch dazu durch kleine Anerkennungen geködert, blieb unbeweglich. Das Machtgefühl des Militärs wuchs, die Spekulanten und Reeder verdienten Millionen, alles wurde verteuert, das Volk verarmte – und statt von kämpfenden Proletariern ging der Widerstand gegen die Militarisierung von einigen vereinzelt Pfarrern und Ethikern aus, die persönlich Gewissensbeschwerden hatten, und wegen „Aufreizung zur Dienstverweigerung“ eingesperrt wurden. Bis endlich die Lage zu drückend wurde.

Als Ende März 1916 das Militärkommando allen Urlaub wegen der „gefährdeten Lage“ aufhob und Gerüchte über Krieg herumschwirrten, kam auf einmal Bewegung in die Massen. Stark besuchte Versammlungen wurden von der S. D. P. und ihren Gesinnungsgenossen abgehalten. Mit einigen syndikalistischen Gewerkschaften und einer Vereinigung von Christen-Sozialisten wurde ein Aktionskomitee gebildet. Durch die Vereinigung mit einigen, bisher von ihr getrennten, revolutionären Gruppen (unter Führung von Henriette Roland-Holst) gewann die S. D. P. an agitatorischer Kraft. Jetzt wurde auch (im April) die „Tribüne“ in eine Tageszeitung umgewandelt und dadurch konnte sie einen bedeutend größeren Einfluss auf die Massen ausüben. Nun traten diese in Aktion.

Es war die unerträgliche Teuerung, von uns längst vorausgesagt, die die Massen trieb. Die Preise der agrarischen Produkte stiegen rapid zu unerschwinglicher Höhe, verursacht durch den enormen Export; und als dann im Mai eine Kartoffelnot entstand, lehnten sich die Arbeiterfrauen, von einem spontan entstandenen Komitee geleitet, dagegen auf. Auch die S. D. A. P. musste jetzt mittun, berief Versammlungen ein und richtete im Parlament Interpellationen an die Regierung. Jetzt griff auch die Regierung ein, nachdem sie so lange untätig zugesehen hatte. Sie erließ rasch ein Ausfuhrverbot, in größter Eile wurden Kartoffeln nach den Großstädten geschafft. Halbverfaulte Vorräte aufgestöbert, beschlagnahmt und billig verkauft. Nun hatten die Behörden das Ihrige getan: die Stadtbehörde Amsterdams, in der neben dem freisinnigen Bürgermeister zwei S. D. A. P.-Genossen: Wibaut und Vliegen, als Schöffen Sitze haben, erklärte dem Wortführer der Massen, dass jetzt die Demonstrationen aufhören müssten, sonst würde man das Militär eingreifen lassen. Aber dessen bedurfte es nicht. Als die neuen Kartoffeln an den Markt kamen, und die Hungersnotpreise fielen, legte die Erregung sich, worauf die Grenzen wieder der Ausfuhr geöffnet wurden.

Diese Kartoffel-Bewegung war ein plötzliches Aufflammen, übrigens ungeschulter, bisher indifferenter Massen gewesen. Nebenher ging eine, vom Aktionskomitee geleitete Agitation. Als Teil eines systematischen Kampfes gegen die Teuerung wurde eine Adresse mit nahezu 80 000 Unterschriften bei dem Minister eingereicht, bei welcher Gelegenheit der Wortführer Wynhoop auf die üblen Folgen hinwies, falls die Regierung nicht kräftig eingreifen würde. Der Minister suchte zu beschwichtigen und die S. D. A. P. half durch Versammlungen die Massen zu beruhigen. Zeigt sich, dass im kommenden Winter Teuerung und Not zunehmen, so wird die Volksbewegung sicher aufs Neue auflodern.

Was haben uns diese Ereignisse gelehrt? Erstens, dass nur die Haltung der Massen die holländische Regierung nötigte, einen Augenblick kräftig einzugreifen. Zweitens zeigte sich die Konsequenz der nationalen Haltung der S. D. A. P. Die S. D. A. P. jubelt über die Menge der neueroberten Sitze in den Provinzialständen. In der Tat aber sieht man, wie überall die Bourgeoisie diese „Sozialdemokraten“ als ihre Vertrauensmänner wählt und empfiehlt, während in Arbeiterdistrikten die Stimmenzahl der S. D. A. P. bedeutend zurückging. Also ein Sieg mandatslüsterner Führer, ein unaufhaltsamer Verfall; geistig und sittlich dagegen, vom sozialistischen Standpunkt – die Konsequenz der bösen Tat, der Aufgabe des Klassenkampfes. Inzwischen gewinnt die junge S. D. P. allmählich an Boden, da sie in der glücklichen Lage ist,

den Trennungsprozess bereits vor dem Kriege durchgemacht zu haben, sodass sie unbeirrt und ungehemmt sofort klare Stellung nehmen konnte.

Aus unserm politischen Tagebuch.

7. August.

Im Sommer 1913 hielt Professor H. Delbrück vor seinen Studenten Vorlesungen, die er bald darauf unter dem Titel „Regierung und Volkswille“ in Buchform erscheinen ließ. Man kann immer wieder in diesem Buche blättern und findet jedes Mal Anregung zu Widerspruch und Zustimmung. Manche Stellen sind in unser politisches Tagebuch übergegangen. Hier ist eine. Sie handelt von der *Oligarchie in der deutschen Sozialdemokratie*:

„Ich mache Sie aufmerksam auf das Buch von Robert Michels, Professor in Turin: ‚Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie‘ 1911... Michels hat nämlich sein Buch dem eingehenden Nachweis gewidmet, dass sogar innerhalb der sozialdemokratischen Partei die Demokratie bereits völlig aufgehoben und durch eine regierende Oligarchie (d. i. eine Herrschaft weniger. D. R.) ersetzt ist. Er sagt gleich in der Vorrede: Die Demokratie besteht in einer Oligarchie. Eine Parteivertretung bedeutet eine Herrschaft der Vertretenden über die Vertretenen. ... Wir sehen unsere Sozialdemokratie in einer doppelten Organisation vor uns: 1. die eigentliche Parteiorganisation, 2. die Gewerkvereine. Die Gewerkvereine sind ja prinzipiell nicht Parteiorganisationen, praktisch aber sind sie es dennoch. Es ist ja das Wort geprägt worden: ‚Gewerkschaft und Sozialdemokratie sind eins‘. Nun sind die Gewerkvereine sehr viel stärker und zahlreicher als die Partei, und da sie praktische Zwecke verfolgen, haben sie viel größere Mittel. Sie sind aber ganz scharf zentralistisch organisiert. Der Gewerkschaftsvorstand ernennt die Vorstände der Lokalorganisationen. Die Lokalorganisationen wählen Abgeordnete, die wieder den Gewerkschaftsvorstand bilden. Das scheint durchaus demokratisch. In Wirklichkeit aber dirigieren die vom Zentralvorstand ernannten Beamten die Wahlen, der sich also dadurch in seinen eigenen Wählern gefügige Werkzeuge schafft. ...

In den großen Städten sondert sich durch den Prozess spontaner Selektionen ein enger Kreis von regelmäßigen Versammlungsbesuchern und Teilnehmern an den Beschlüssen der Organisation von der organisierten Masse ab. Dieser setzt sich, den Bigotten in der Kirche vergleichbar, aus Pflichtbewussten und Gewohnheitsläufern zusammen. Der Kreis ist in allen Ländern ein enger, die Mehrzahl der Organisierten bringt der Organisation dieselbe Gleichgültigkeit entgegen wie die Mehrheit der Wählerschaft den Parlamenten.

Die Aufstellung der Parteikandidaten zu den Parlamentswahlen hängt fast stets von einer kleinen, durch die lokalen Ober- und Unterführer gebildeten Clique ab, welche dem Gros der Parteigenossen die ihr genehmen Kandidaten suggeriert. Häufig wird der Wahlkreis geradezu als Familiengut betrachtet. Im demokratischen Italien ist es nicht selten, dass beim Ableben oder Verhindertsein des Vaters, älteren Bruders usw. der Wahlkreis ohne weiteres auf den Sohn, jüngeren Bruder usw. übergeht, also in der Familie bleibt.

Mit der Bildung des Führertums zugleich beginnt durch die langjährige Amtsdauer sein kastenmäßiger Abschluss. Nur wenn die herrschende Klasse (der Führer. D. R.) den Bogen gar zu sehr überspannte, könnte einmal die Parteimasse revolutionieren und aktiv dagegen auftreten.

Die Verehrung und Nachahmungssucht der Massen, sagt Michels, gegenüber den Führern sei ganz ähnlich wie in der höfischen Gesellschaft; sie würde, wie jemand von dem Hofe Ludwigs des Vierzehnten gesagt hat, in komplette Idolatrie (Götzendienst) ausarten, wenn die

Führer sich auch noch einfallen lassen sollten, gute Menschen zu sein. Aber wie am Hofe seien die Führer in einem fortwährenden Kampfe untereinander um die Führerstellen...

Je mehr die Massenorganisation wächst, desto mehr, stellt Michels mit Bedauern fest, verliert sie an revolutionärer Dynamis; man vermeide ängstlich, den Staat gar zu sehr zu reizen, damit er die kostbare Parteiorganisation, die so vielen Leuten Brot gebe, nicht etwa gar zerstöre.“

Jeder Sozialdemokrat weiß, was an diesen Auslassungen stimmt. Und er weiß, dass so ziemlich alles zutrifft.

8. August.

Ich sei, gewährt mir die Bitte ...!

In einem kürzlich erschienenen Buche „Deutsche Politik“ schreibt Fürst Bülow:

„Der Schutz, den Deutschland in Zukunft gegenüber der Feindseligkeit, dem erneuerten und neuen Revanchegefühl in West, in Ost und jenseits des Kanals findet, kann nur liegen *in seiner eigenen vermehrten Macht*. Die Rüstung zu Land und zu Wasser werden auch die Gegner stärken. *Wir aber müssen uns an unsern Grenzen und an unserer Küste stärker, schwerer angreifbar machen*, als wir es zu Beginn dieses Krieges waren. Nicht in dem uns angedichtete Streben nach Weltherrschaft, sondern uns zu behaupten. Das Ergebnis des Krieges darf kein negatives, *es muss ein positives sein*. Es handelt sich nicht darum, dass wir nicht vernichtet, noch zerstückelt, noch ausgeraubt werden, sondern *um ein Plus* in Gestalt realer Sicherheiten und Garantien als Entschädigung für nie gesehene Mühen und Leiden, wie als Bürgschaft für die Zukunft. Gegenüber der Stimmung, die dieser Krieg uns zurücklassen wird, würde die einfache Wiederherstellung des „Status, quo ante bellum“ für Deutschland nicht Gewinn, sondern Verlust bedeuten. Nur wenn die Verstärkung unserer politischen, wirtschaftlichen und militärischen Machtstellung durch den Krieg die durch ihn entzündete Feindschaft erheblich überwiegt, werden wir uns mit gutem Gewissen sagen, dass unsere Gesamtlage durch den Krieg verbessert wurde.“

Fürst Bülow, Herr Ballin, Graf Reventlow! Drei hervorragende Vertreter der deutschen imperialistischen Politik in einem wesentlichen Punkte über die Richtung dieser Politik ein Herz und eine Seele! Anderer Meinung freilich ist – Herr *Ernst Heilmann*, der Redakteur der sozialpatriotischen „Chemnitzer Volksstimme“. Er schreibt nämlich zu den Auslassungen des Fürsten Bülow:

„Der Staatsmann muss eben verstehen, sich zu entscheiden. Bismarck nahm 1866 Hannover, Hessen, Nassau und Frankfurt a. M., aber er nahm keinen Fetzen Land von Bayern und Österreich. So wird auch der Staatsmann der Gegenwart unter keinen Umständen darauf verfallen dürfen, Deutschlands Macht nach allen Seiten hin erweitern zu wollen. Das trieb unsere jetzigen Feinde nur in eine untrennbare Einheit zusammen und verhinderte nicht die Wiederkehr dieses Krieges, sondern machte sie ganz gewiss. Der Verlauf der Kriegereignisse selber hat gezeigt, gegen welchen der Gegner sich Deutschland dauernd sichern wird, nicht durch Annexionen, sondern auf einem moderneren Wege. Die Reden des Reichskanzlers über Polen zeigen die Richtung an.“

So zu lesen in der Nr. 151 des Chemnitzer Blattes. Woraus zu folgern ist, dass Herr Heilmann auch nehmen will. Nur sagt er:

„Ich gehe zu Hindenburg!“

Wenn es aber über das Nehmen zur Entscheidung kommt, so ist es nicht zweifelhaft, auf wessen Meinung der Reichskanzler mehr geben wird; auf die des Herrn Ballin, des Fürsten Bülow und des Grafen Reventlow oder auf die des Herrn Heilmann von der „Chemnitzer Volksstimme“. Womit wir keineswegs bestreiten wollen, dass Herr Heilmann zur Familie gehört. Er ist gewiss von den Seinen und wird erkannt von den Seinen. Nur ist er ein Kleiner!

9. August.

Wir blättern am Sonntag ein wenig in *Marx* herum und verleiben folgende Lesefrüchte unserem Tagebuch ein: Neue Rheinische Zeitung vom 21. August 1848. „Will man auf der entschiedenen Linken“ sitzen, so ist das erste Erfordernis, dass man alle schonende Milde beiseitelegt und dass man darauf verzichtet, irgendetwas, sei es auch noch so gering, bei der Majorität durchzusetzen“.

Daselbst am 26. August 1848. „Wir haben nie nach der Ehre geegizt, ein Organ irgendeiner parlamentarischen Linken zu sein. Wir haben es bei den vielfachen verschiedenen Elementen, aus dem sich die demokratische Partei in Deutschland gebildet hat, im Gegenteil für dringend nötig gehalten, niemand schärfer zu überwachen, als gerade die Demokraten“.

Daselbst am 2. September 1848. „Und wir sollen uns für eine Line begeistern, die davon hingerissen wird, wenn man sagt, sie solle „im Ganzen dasselbe“, wie die Rechte ... für eine Linke, die sich selbst vor Entzücken nicht mehr kennt, die alles vergisst, sobald sie ein paar Kohle Schlagworte hört ...?“

Ändert die Namen und es passt für heute, wie es denn auch nicht fehlen kann, dass das Folgende heute wie vor drei Dutzend Jahren noch gilt:

Marx an Engels am 10. September 1879. „Die Leipziger ihrerseits sind schon so „parlamentarisiert“, dass öffentliche Kritik eines Gliedes ihrer Koterie im Reichstag ihnen als Majestätsverbrechen erscheint“.

Berichtigung.

In dem Artikel „An der Schwelle des dritten Kriegsjahres“ muss es auf S. 50, erste Spalte, 2. Zeile von oben heißen: diese Fragen in Umrissen zu klären, statt Unwissen. [Korrigiert!, d. Hrsg.]

Feuilleton

Die Folter.

Aus dem „Ulenspiegel“, von Charles de Coster.⁹

⁹ Wir entnehmen dieses Kapitel mit Erlaubnis des Verlags dem Roman „Tyll Ulenspiegel und Lamm Goedzak“ des flämischen Dichters Charles de Coster. Der Dichter stellt die alte deutsche Schwankfigur mitten in die welt-historischen Begebenheiten hinein, die zum „Abfall der Niederlande“ führten und entwirft so ein Kultur-gemälde von überwältigender Wucht. Es steht neben dem „Abenteuerlichen Simplizissimus“ des Dichters Grim-melshausen. Die Übersetzung des „Ulenspiegel“ besorgte für den Verlag Eugen Diederichs in Jena Friedrich von Oppeln-Bronikowsky. Er schuf ein Meisterwerk der Übersetzungskunst, das alle anderen Übertragungen des Romans weit hinter sich lässt. Die Ausgabe ist geschmückt mit Bildern von Rops und anderen und kostet bei einem Umfang von 600 Seiten in starkem Pappband 3,50 Mk.

Gegen die zehnte Stunde des Vormittags wurden Ulenspiegel und Soetkin in die Folterkammer geführt.

Allda befanden sich der Amtmann, der Gerichtsschreiber und die Schöffen, der Henker von Brügge, sein Knecht und sein Wundarzt.

Der Amtmann fragte Soetkin, ob sie kein dem Kaiser gehöriges Gut vorenthalte. Sie antwortete, dass sie nichts vorenthalten könne, da sie nichts habe.

„Und du?“ fragte der Amtmann Ulenspiegel.

„Vor sieben Monaten,“ versetzte er, „erbten wir siebenhundert Karolus, etliche davon haben wir verzehrt. Was die andern angeht, so weiß ich nicht, wo sie sind; ich vermeine jedoch, dass der Wanderer, der zu unserm Unglück bei uns wohnte, den Rest mitgenommen hat; denn ich habe seither nichts mehr gesehen.“

Der Amtmann fragte wiederum, ob alle beide darin beharrten, sich für unschuldig zu erklären.

Sie antworteten, dass sie kein dem Kaiser gehöriges Gut vorenthielten.

Darauf sagte der Amtmann ernst und traurig:

„Da die Aussagen euch schon belasten und die Anklage begründet ist, müsst ihr, so ihr nicht bekennt, die hochnotpeinliche Frage erliden.“

„Schonet der Witwe,“ sprach Ulenspiegel, „der Fischhändler hat alles gekauft.“

„Armer Schelm,“ sagte Soetkin, „die Männer vermögen den Schmerz nicht so zu ertragen, wie die Frauen.“ Da sie sah, dass Ulenspiegel um ihretwillen bleich wie ein Toter ward, sagte sie noch:

„Ich habe Hass und Kraft.“

„Schonet der Witwe,“ sprach Ulenspiegel.

„Nehmt mich statt seiner,“ sprach Soetkin.

Der Amtmann fragte den Henker, ob er die Werkzeuge bereithalte, die zur Erkenntnis der Wahrheit erforderlich seien.

Der Henker antwortete: „Sie sind alle hier.“

Nachdem die Richter Rat gehalten hatten, bestimmten sie, dass mit der Frau begonnen werden müsse, um die Wahrheit zu erfahren.

„Denn,“ sagte einer der Schöffen, „es ist kein Sohn, der grausam genug wäre, seine Mutter leiden zu sehen, ohne das Verbrechen zu bekennen und sie solchergestalt zu erlösen. Desgleichen wird jede Mutter für die Frucht ihres Leibes tun, hätte sie gleich das Herz einer Tigerin.“

Zum Henker sprechend, sagte der Amtmann:

„Setze die Frau auf den Stuhl und lege ihr die Schraubstöcke an Hände und Füße.“

„O, tut nicht also, ihr Herren Richter!“ schrie Ulenspiegel. „Bindet mich an ihrer statt, zerbrecht mir die Finger und die Zehen, aber schont die Witwe!“

„Der Fischhändler,“ sagte Soetkin. „In mir ist Hass und Kraft.“

Ulenspiegel ward noch bleicher. Er zitterte verstört und schwieg.

Die Schraubstöcke waren Stäblein von Buchsbaumholz, welche mit Schnüren verbunden waren und zwischen die Finger gesteckt die Knochen berührten. Durch eine Vorrichtung von so scharfsinniger Erfindung konnte der Henker nach Belieben des Richters die Finget zusammenpressen, die Knochen von ihrem Fleisch entblößen, sie zermalmen oder dem Delinquenten nur einen geringen Schmerz verursachen.

Er legte die Schraubstöcke an Soetkins Hände und Füße.

„Schnürt,“ befahl ihm der Amtmann.

Er tat es grausam.

Drauf sprach der Amtmann zu Soetkin:

„Bezeichne mir den Ort, wo die Karolus verborgen

„Ich kenne ihn nicht,“ antwortete sie ächzend.

„Schnürt stärker“, sagte er.

Ulenspiegel versuchte seine Arme, die auf dem Rücken gebunden waren, vom Strick loszureißen, um Soetkin zu Hilfe zu kommen.

„Schnürt nicht, Ihr Herren Richter,“ sagte er, „es sind zarte, zerbrechliche Frauenknochen. Ein Vogel möchte sie mit seinem Schnabel zerbrechen. Schnürt nicht, Herr Scharfrichter, ich rede nicht zu Euch, dieweil Ihr den Befehlen der Herren gehorsam sein müsst. Schnürt nicht, habt Erbarmen!“

„Der Fischhändler“, sprach Soetkin.

Und Ulenspiegel schwieg.

Da er aber sahe, dass der Henker die Schraubstöcke noch stärker anzog, schrie er von neuem:

„Erbarmen, Ihr Herren, Ihr zerbrecht der Witwe die Finger, deren sie zur Arbeit bedarf. Wehe, ihre Füße! Wird sie nicht mehr gehen können? Erbarmen, Ihr Herren!“

„Du wirst eines elendigen Todes sterben, Fischhändler,“ schrie Soetkin.

Und ihre Knochen krachten und das Blut troff von ihren Füßen.

Ulenspiegel nahm alles wahr, und vor Schmerz und Zorn zitternd, sagte er:

„Zerbrecht sie nicht, die Knochen eines Weibes, Ihr Herren Richter!“

„Der Fischhändler,“ ächzte Soetkin

Und ihre Stimme war leise und erstickt wie die eines Geistes

Ulenspiegel zitterte und rief: „Ihr Herren Richter, die Hände bluten und die Füße auch. Man hat der Witwe die Knochen gebrochen.“

Der Wundarzt berührte sie mit dem Finger, und Soetkin stieß einen lauten Schrei aus.

„Bekenne für sie,“ sprach der Amtmann zu Ulenspiegel.

Aber Soetkin blickte ihn mit weit offenen Augen an, die denen einer Dahingeschiedenen glichen. Und er merkte, dass er nicht sprechen dürfe, und weinte, ohne ein Wort zu sagen.

Aber der Amtmann sagte darauf: „Da dieses Weib mit der Festigkeit eines Mannes begabt ist, so muss ihr Mut vor der Tortur ihres Sohnes auf die Probe gestellt werden.“

Soetkin hörte nicht, denn sie war ohnmächtig ob des großen Schmerzes, den sie erlitten.

Mit viel Essig ward sie wieder zu sich gebracht. Dann ward Ulenspiegel entkleidet und nackt vor die Augen der Witwe gestellt. Der Henker schor ihm das Haupthaar und alles Haar ab, um zu sehen, ob er nicht ein Teufelsmal habe. Dabei ward er des schwarzen Pünktleins auf dem Rücken gewahr, so Ulenspiegel seit der Geburt an sich trug. Er stach zu unterschiedlichen Malen eine lange Nadel hinein, aber da Blut herauskam, erkannte er, dass in diesem Pünktlein keinerlei Zauberei sei. Auf Befehl des Amtmanns wurden Ulenspiegels Hände an zwei Striche gebunden, so über eine an der Decke befestigte Rolle liefen, also dass der Henker ihm nach Belieben der Richter hochziehen und herunterlassen konnte, indem er ihn heftig schüttelte. Solches tat er an die neun Male, nachdem er ihm an jedes Bein ein Gewicht von fünfundzwanzig Pfund gehängt hatte.

Beim neunten Stoß zerriss die Haut der Handgelenke und Fußknöchel, und die Knochen der Beine traten aus ihren Gelenken.

„Bekenne,“ sagte der Amtmann.“

„Nein,“ antwortete Ulenspiegel.

Soetkin blickte ihren Sohn an und fand nicht die Kraft zu schreien noch zu sprechen; sie streckte nur die Arme aus und bewegte ihre blutenden Hände und bezeigt durch diese Gebärde, dass man dieser Marter ein Ende machen solle.

Der Henker zog Ulenspiegel abermals hinauf und herunter. Und die Haut der Fußknöchel und Handgelenke zerriss stärker und die Knochen der Beine traten noch weiter aus ihren Gelenken; aber er schrie nicht.

Soetkin weinte und schüttelte ihre blutenden Hände.

„Bekenne die Unterschlagung,“ sprach der Amtmann, „und dir soll verziehen sein.“

„Der Fischhändler braucht Verzeihung,“ antwortete Ulenspiegel.

„Du willst der Richter spotten?“ sagte einer der Schöffen.

„Ich spotten? Ach,“ antwortete Ulenspiegel, „ich stelle mich nur so, glaubet mir.“

Soetkin sah nun, dass der Henker auf Befehl des Amtmanns ein Becken mit glühenden Kohlen anfachte und dass ein Knecht zwei Unschlittkerzen entzündete.

Sie wollte sich auf ihren zerquetschten Füßen erheben, doch sie fiel in den Sitz zurück und rief aus:

„Schafft das Feuer fort! Ach, ihr Herren Richter, schont seiner armen Jugend. Schafft das Feuer fort.“

„Der Fischhändler!“ rief Ulenspiegel, da er sie schwach werden sah.

„Ziehst Ulenspiegel einen Schuh hoch vom Boden,“ sagte der Amtmann „stellet ihm das Kohlenbecken unter die Füße und haltet eine Kerze unter jede Achsel.“

Der Henker gehorsamte. Was an Haar unter den Achseln übrig war, knisterte und rauchte in der Flamme.

Ulenspiegel schrie und Soetkin sagte weinend:

„Schafft das Feuer hinweg!“

Der Amtmann sprach: „Bekenne die Hehlerei und du sollst erlöst sein. Gestehe für ihn, Weib.“

Und Ulenspiegel sagte: „Wer will den Fischhändler in das ewig brennende Feuer werfen?“

Soetkin schüttelte den Kopf zum Zeichen, dass sie nichts zu sagen hätte. Ulenspiegel knirschte mit den Zähnen und Soetkin schaute auf ihn mit verstörten Augen, in Tränen aufgelöst.

Indessen, nachdem der Henker die Kerzen ausgelöscht und das Becken mit glühenden Kohlen unter Ulenspiegels Füße gestellt hatte, schrie sie: „Ihr Herren Richter, habt Erbarmen mit ihm, er weiß nicht, was er sagt.“

„Warum weiß er nicht, was er sagt?“ fragte der Amtmann voll Arglist.

„Fragt sie nicht, ihr Herren Richter; ihr sehet wohl, dass sie vor Schmerz von Sinnen ist. Der Fischhändler hat gelogen,“ sprach Ulenspiegel.

Soetkin nickte mit dem Kopfe. „Verbrennt den Fischhändler!“ schrie Ulenspiegel.

Soetkin schwieg, aber sie hielt die geballte Faust hoch, als wollte sie ihn verfluchen.

Da sie jedoch die Kohlen in hellerer Glut unter den Füßen ihres Sohnes aufflammen sah, schrie sie:

„Herrgott, heilige Jungfrau, die ihr im Himmel seid, mach dieser Marter ein Ende. Habt Erbarmen! Nehmt das Kohlenbecken fort!“

„Der Fischhändler!“ ächzte Ulenspiegel.

Und er brach das Blut in Strömen durch Nase und Mund aus, neigte den Kopf und blieb über den Kohlen hängen.

Da schrie Soetkin: „Mein armes Kind ist tot! Sie haben ihn gemordet! Wehe, auch ihn! Nehmt die Kohlen fort, ihr Herren Richter. Lasset mich ihn in die Arme nehmen, um bei ihm zu sterben. Ihr wisset, dass ich auf meinen gebrochenen Füßen nicht entfliehen kann.“

„Gebet der Wittib ihren Sohn,“ sprach der Amtmann. Dann ratschlagten die Richter untereinander.

Der Henker band Ulenspiegel los und legte ihn nackend und blutüberströmt auf Soetkins Knie, derweil der Wundarzt ihm die Knochen wieder einrenkte. Indessen umarmte Soetkin Ulenspiegel und sagte weinend:

„Mein Sohn, du armer Märtyrer! Wenn die Herren Richter es gestatten, werde ich dich heilen; aber wach auf, Tyll, mein Sohn! Ihr Herren Richter, wenn ihr ihn mir umgebracht habt,

so werde ich zu Seiner Majestät gehen, denn ihr habt gegen jedes Recht und Gerechtigkeit gehandelt, und ihr sollt sehen, was die arme Frau wider die Bösen vermag. Aber ihr Herren, lasset uns mitsammen frei. Wir haben nur einander in der Welt, wir armen Leute, auf die Gottes Hand schwer herabfällt.“

Nachdem die Richter Rat gepflogen hatten, sprachen sie das Urteil wie folgt:

„In Ansehung dessen, dass Ihr, Soetkin, eheliche Witwe von

Klas, und Ihr, Tyll, Sohn von Klas, mit dem Beinamen Ulenspiegel, trotz grausamer Tortur und genugsamer Proben nichts bekannt habt auf die Anschuldigung, das Vermögen unterschlagen zu haben, so kraft Konfiskation und ohngeachtet aller dem zuwiderlaufenden Privilegien, Seiner Königlichen Majestät gehörte, so erklärt der Gerichtshof euch für frei, mangels ausreichender Beweise, und bei dir, Frau, des jammervollen Zustandes deiner Glieder, und bei dir, Mann, der peinlichen Folter wegen, so du erlitten hast. Er erlaubt euch, bei dem Manne oder der Frau aus der Stadt, denen es genehm sein wird, euch unangesehen eurer Armut zu beherbergen und niederzulassen.“

„So gegeben zu Damm, den dreiundzwanzigsten Tag des Weinmonats Anno Domini 1558.“

„Seid bedankt, ihr Herren Richter,“ sagte Soetkin.

„Der Fischhändler,“ ächzte Ulenspiegel.

Und Mutter und Sohn wurden in einem Karren zu Katheline gebracht.

Du hast einen viel zu geschmeidigen Rücken,
mein Freund, um die Menschheit zu beglücken!
Die Zeit will Männer, die sich erheben,
nicht solche, die sich mit Anstand bücken.

Leuthold.

Zuschriften für die Redaktion sind zu richten an: Frau A. Dannat, Bremen, Bremerhaven-
erstraße 33. Verantwortlich: C. Stucke; Verleger: Karl Lüth; Druck: Herm. Sturm; sämtliche in
Bremen.

Arbeiterpolitik 9/1916

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

1. Jahrg.

Bremen, den 19. August 1916.

Nr. 9

Redaktion und Expedition: Waller Heerstraße Nr. 52.

Erscheint wöchentlich einmal.

Preis pro Nummer 15 Pfg.

Kriegsrüstungen und Kriegslisten.

Um von vornherein keine Irrtümer aufkommen zu lassen, wir reden von den Sozialpatrioten.

Die sozialpatriotischen Instanzen fühlen sich immer ungemütlicher. Sie wissen wohl, warum! In den Parteiorganisationen wächst mit jedem Tage die Zahl der mit ihrer Politik Unzufriedenen. Da gilt es, wie die „Chemnitzer Volksstimme“ dieser Tage schrieb, „von den Parteiorganisationen zu retten, was noch einigermaßen zu retten ist“. Wie das? Durch die Rückkehr der Sozialpatrioten zur alten Politik des Klassenkampfes? Sie denken nicht daran! Sie können nicht daran denken! Sie müssten sich selbst aufgeben. Sie wollen das brennende Haus, die Parteiorganisation, retten, diesmal nicht, indem sie die Feuerwehrleute, die entschiedene Opposition, unterstützen, sondern indem sie sie von ihrer Arbeit abzudrängen versuchen und selbst neues Öl in die emporlodernenden Flammen gießen. Sonderbare Käuze! Die eigene Not, die Not der Organisationen, zwingt sie zum Vorgehen gegen die Opposition, gegen die einzigen, die noch retten können, was irgendwie zu retten ist!

So kam die Idee eines *Kriegsparteitages* auf. Was wollte man durch seine Einberufung erreichen? Der Karlsruher „Volksfreund“, das Organ des lobenswert offenen und konsequenten und daher jedem konsequent Denkenden sympathischen Sozialpatrioten Kolb hatte es offen ausgeplaudert: nicht die ganze Opposition sollte da massakriert werden. Gott behüte! Nur die Entschiedenen, die Linksradikalen, die man allein fürchtet. Man sieht, die Gegensätze bekämpfen sich immer am schärfsten. (Das Zentrum, das nirgends anstoßen möchte, nennt das: die Extreme berühren sich; genauso, wie der Liberalismus einstmals von der Sozialdemokratie sagte, sie berühre sich mit den Konservativen, den Extremen von rechts!) Das Zeichen, an dem die Unverbesserlichen von den Verbesserungsfähigen zu unterscheiden sein werden, haben sich die Sozialpatrioten mit Instinkt gewählt: „Die Parteispaltung muss, wenn irgend möglich, verhütet werden. Das besagt aber nicht, dass auch denjenigen Elementen gegenüber Rücksichten genommen werden müssten, die in der Bewilligung der Kriegskredite ein Aufgeben der sozialistischen Prinzipien erblicken. Mit den Anarchosozialisten gibt es keine Gemeinschaft mehr. Darüber muss man sich klar sein“. Wer den Sozialpatriotismus nur als eine vorübergehende Verirrung betrachtet, wer den Kampf gegen ihn nur als einen Bruderkampf

behandelt, der legt eine solche Vertrauensseligkeit an den Tag, dass die Sozialpatrioten sich sagen können, und sich tatsächlich sagen: mit dem ist noch umzugehen; mit dem werden wir schon fertig. Ja, es liegt ihnen geradezu daran, diese vertrauensseligen Elemente zu behalten, weil sie in ihnen wertvolle Helfer sehen: Denn wer in den Massen die Hoffnungen auf die Wandelbarkeit der Sozialpatrioten stärkt, der kettet in Wirklichkeit die Massen an den Wagen des Sozialpatriotismus. Mag er im Übrigen so radikal reden, wie er will.

Die Sozialpatrioten hätten auf einem Parteitag, der unter dem Schutze des Belagerungszustandes stattfände, eine sichere Mehrheit: sie hätten die entschiedene Linke ausgeschlossen. Was das Zentrum tun würde, ob es sich löblich unterworfen hätte, um „weiterzukämpfen“, ob es mit der Linken gegangen wäre, darüber sich jetzt den Kopf zu zerbrechen, wäre unsinnig. Durch die schöne Rechnung der Sozialpatrioten hat derjenige Faktor einen Strich gemacht, von dem die sog. „Internationale Korrespondenz“ in einem bemerkenswerten Anfall von Schwäche eingesteht, dass auch die Sozialpatrioten keinen Einfluss auf ihn haben: die Regierung. Worauf ihr Eifer gedämpft wart und der Beschluss gefasst wurde, dass eine Reichskonferenz einberufen werden solle. Da das Parteistatut eine solche nicht kennt, werden ihre Beschlüsse natürlich statutarisch nicht die geringste Bedeutung haben. Wollten die Herren Ebert und Scheidemann die Arbeit des Hinauswerfens beginnen, so müssen sie vorerst auf die angebliche Legalität verzichten, mit deren Schein ihr Werk durch einen Belagerungszustandsparteitag umgeben werden sollte.

Die Sozialpatrioten ließen sich trotz allem natürlich nicht im mindestens behindern. Zwar war Fridolin ein treuer Knecht, aber doch kein dummer. So wenigstens glaubten sie von sich selbst. Und darum suchten sie den Zeitumständen gemäß zu dienen; siehe da: sie machen sich zum Mundstück der Opposition in den Volkskreisen. Sie kritisieren die Regierungspolitik, man denke! Und da die Opposition Stellung gegen die Annexionisten nimmt, verwerfen sie „prinzipiell“ (jawohl: prin-zi-pi-ell!) jede Annexionspolitik!

Ist das nicht eine Kampfansage? Man braucht gar nicht die Artikel eines ihrer Vertrauensmänner, des Herrn Dr. August Müller, ihres Vertreters im Lebensmittelamte zu zitieren, der die Lebensmittelpolitik der Regierung verteidigt, man braucht auch nicht erst an die Rede des Herrn Scheidemann im Reichstag zu erinnern, in der die prinzipiellen Annexionsgegner als Kindsköpfe (wir würden das Wort nicht hinschreiben, wenn es nicht gefallen wäre) verlacht wurden – das alles ist nicht erst nötig, um die Sozialpatrioten zu entlarven. Es genügt die Stimmen der bürgerlichen Presse zu lesen, um zu zeigen, wie die Bourgeoisie, die ihren sozialpatriotischen Pappenheimern mit der ihr eigenen Sicherheit ihres Klasseninstinktes tief genug ins Herz geblickt hat, ihre angebliche Schwenkung beurteilt.

Als die Tapferen den Etat ablehnten, um der Regierung ihr Misstrauen auszudrücken, fiel kein Scheltwort gegen sie. Die Bourgeoisie weiß, dass man nicht in jedem Augenblicke die gleichen Dienste leisten kann. Am 4. August mussten sie alles geben. Sie protestieren jetzt gegen die Annexionen, sogar prinzipiell. Aber aus den Arbeiten der Cunow und Lensch, aus den Reden Scheidemanns weiß man, dass das alles nur ein Manöver ist, um die Arbeiter zu beruhigen. Und gleichzeitig beweisen die Sozialpatrioten den Arbeitern, dass auch Herr Bethmann-Hollweg gegen Annexionen ist. So wird der „prinzipielle“ Protest gegen die Annexionen im Handumdrehen zum Vertrauensvotum für die Regierung!

Aus guter Kenntnis aller dieser Schliche konnte Herr *Georg Bernhard*, der frühere Revisonist und jetzige Gönner der Sozialpatrioten, in der „Vossischen Zeitung“ auseinandersetzen, wie sehr die Grundsätze der Sozialpatrioten: die Verteidigung der Unabhängigkeit und der Freiheit der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands genügen, um aus ihnen die

Berechtigung der schönsten Annexionen abzuleiten, und die alldeutschen „Leipziger Neueste Nachrichten“ schreiben: Beim Friedensschluss wird sich alles, alles finden!

Selbst als Schnock, der Schreiner, zum ersten Male vor den athenischen Hof als Löwe verkleidet hintrat, war es nicht nötig, dass er erklärte:

Wenn Löwe, rau vor Wut, lässt sein Gebrüll heraus,
So wisset denn, dass ich Hans Schnock der Schreiner bin,
Kein böser Löw' fürwahr, noch eines Löwen Weib!

Niemand verwechselt Hans Schnock, den Schreiner, mit dem König der Wüste. Wenn er aber zum zweiten Mal brüllend die Szene betritt, so wissen's selbst die Dummen.

Nun, die oppositionellen deutschen Arbeiter sind nicht dumm: sie hielten die Scheidemanns auch beim ersten Gebrüll nicht für Löwen. Die Ablehnung des Etats durch die Sozialpatrioten machte keinen einzigen Arbeiter der Opposition abspenstig. Dass ihr jetziges oppositionelles Getue nur ein Gefühl des Abscheus vor den Demagogen erzeugen wird, dafür sorgen nicht nur ihre vergangenen Taten, sondern auch der sofort nach der Sitzung des Parteiausschusses veröffentlichte Aufruf des Parteivorstandes und der Generalkommission gegen alle jene Massenaktionen, die allein imstande wären, den Protesten des Parteiausschusses Kraft zu verleihen, falls diese Proteste eben nicht das wären, als was wir sie gekennzeichnet haben: elende Ausflüchte von Demagogen, denen das Wasser bis zum Halse gestiegen ist.

Der Teil der Opposition, der das fest im Auge behält, braucht weder den Kriegsparteitag noch die Kriegsreichskonferenz zu fürchten, wie er alle Ursache und Pflicht hat, den Versuch des Sozialpatriotismus, den Belagerungszustand für seine Rettung auszunutzen, in den schärfsten Kampf gegen den Sozialpatriotismus umzuprägen. Der Linksradikalismus brauchte den Kriegsparteitag nicht zu fürchten, weil es ihm auch nicht einmal im Traume eingefallen wäre, sich seinen Beschlüssen zu unterwerfen. Und so wird der Linksradikalismus auch eine Reichskonferenz auszunutzen wissen, um den Sozialpatriotismus zu demaskieren, um die entschiedene Linke zum Kampfe gegen ihn zu organisieren und so die neue Partei und mit ihr die neue Arbeiterbewegung vorbereiten helfen. Eins aber mögen sich die Sozialpatrioten schon jetzt gesagt sein lassen: ihre Beschlüsse, mögen sie aussehen, wie sie wollen, sind Zwirnsfäden, über die die Linksradikalen ganz gewiss nicht stolpern werden.

Die Konferenz der „neutralen“ Sozialpatrioten und das Parteizentrum.

In der Stadt, wo zwischen den grünen Gärten still der Friedenspalast träumt, ein Denkmal der Ohnmacht des Pazifismus, haben sich auch die Sozialpatrioten aus Neutralien versammelt, um über den Frieden, die Internationale und andere schöne Sachen zu beraten. Der Vertreter der Schweizer Sozialdemokratie blieb weit vom Haager Gefilde der Seligen entfernt, die rumänischen Genossen hielten es für wichtiger bei der gespannten Lage in ihrem Lande zu verbleiben, die Norweger konnten nicht kommen, der schwedische Ungdomsforbund und die holländischen Marxisten hielten sich von der Veranstaltung fern. So war die Ruhe der Stätte nicht gestört

Anfangs schien es, dass sich die Herren nicht verständigen werde. Der Führer der holländischen Opportunisten, *Troelstra*, der seinerzeit nach der Besetzung Belgiens nach Berlin ging, um aus dem Munde des Unterstaatssekretärs des Auswärtigen zu vernehmen, wie wohlgesinnt Deutschland den kleinen Nationen sei, hielt, obwohl in etwas gedämpftem Tone, eine deutschfreundliche Rede. *Branting*, der Führer der schwedischen Opportunisten, dessen

Enthusiasmus für die Trippelentente selbst die Angst vor dem Zarismus nicht mindert, wartete mit einer frankophilen Rede auf, einer Solidaritätserklärung mit der Haltung der französischen Sozialpatrioten. Nach dieser vielversprechenden Ouvertüre zogen sich alle zurück, um nach einem Tage der Welt einmütige Resolutionen zu unterbreiten, Resolutionen, die ebenso charakteristisch sind durch das, was sie verschweigen, als durch das, was sie sagen.

In der Resolution wird kein einziges Wort über die Haltung der früher sozialistischen Parteien der kriegführenden Länder gesagt. Das bescheidene Schweigen war notwendig nicht nur, um den Gegensatz der Sympathien zu überbrücken, sondern auch, weil doch die Konferenzteilnehmer selbst auf dem Boden des Sozialpatriotismus stehen: die holländischen Opportunisten unterstützen die holländische, die schwedischen die schwedische Regierung. Die einen wie die anderen haben die Bereitschaft erklärt, ihr Vaterland zu verteidigen. Was könnten sie da gegen die Politik der Sozialpatrioten grundsätzlich einwenden! Und deswegen mussten sie auch die Politik Huysmans gutheißen, der als Sekretär der Exekutive des Internationalen Sozialistischen Bureaus die Preisgabe der Stuttgarter und Baseler Verpflichtungen durch die Parteileitungen Deutschlands, Frankreichs und Österreichs ohne weiteres anerkannten und nur auf der Basis der sozialpatriotischen Politik eine Aussöhnung unter den Sozialpatrioten Frankreichs und Deutschlands vergeblich herbeizuführen suchte.

Dieselben frommen Wünsche nach der Aussöhnung der Sozialpatrioten äußerte die Konferenz. Der Krieg dauere schon zwei Jahre, es sei unwahrscheinlich, dass es einem der Kriegslager gelingen könnte, den Gegner auf die Knie zu zwingen – was auch unerwünscht sei – ergo sollen die Herren Sozialpatrioten an den Frieden denken. Sie sollen zusammenkommen und beraten. Um das zu ermöglichen, soll die deutsche Sozialdemokratie anerkennen, dass eine elsass-lothringische Frage existiere, was sie bisher ablehnte.

Das sind fromme Wünsche: die Sozialpatrioten der kriegführenden Länder können sich nicht verständigen, solange es ihre Regierungen nicht tun, weil sie mit ihnen verbunden sind. Die deutsche Regierung würde den Scheidemanns und Eberts niemals erlauben, über die elsass-lothringische Frage zu diskutieren. Aber angenommen, dass sie es täte, und dass die deutschen Sozialpatrioten darauf eingingen und die Arbeiter durch die Forderung, die elsass-lothringische Frage solle durch Volksabstimmung gelöst werden, aufzuklären, würde das die französischen Sozialpatrioten zum Kampf gegen die eigene Regierung veranlassen? Niemals! Sie würden erklären: das ist sehr schön, ihr habt euch gebessert, aber da ihr nicht die deutsche Regierung seid, so müssen wir einstweilen Joffre helfen, die Deutschen zu besiegen, umso mehr, als es sich nicht nur um Elsass-Lothringen handelt. Und die deutschen Sozialpatrioten würden antworten: es freut uns sehr, dass ihr uns nicht mehr für schlechte Kerle haltet, aber da ihr nicht die französische Regierung seid, und wir nicht wissen können, ob diese, wenn sie die deutsche besiegen sollte, der Unabhängigkeit und der Entwicklungsfähigkeit unseres Landes nicht an den Kragen gehen würde, so müssen wir unsere Durchhaltepolitik weiterführen. Und beide hätten von ihrem Standpunkt aus recht, aber dieser Standpunkt erlaubt keine gemeinsame Friedensaktion.

Deswegen ist auch alles, was die „neutrale“ Konferenz über die Friedensbedingungen verzapfte, ohne jeden Wert, auch wenn die ganze Friedensresolution nicht so widerspruchsvoll wäre, wie sie ist.

Unabhängigkeit Belgiens und Serbiens als Friedensbedingung bedeutet die Verpflichtung der Tripelentente-Sozialisten zum Kampf, bis die Tripelentente siegt. Freiheit der Meere, die ohne Niederrückung der englischen Seeherrschaft eine reine Phrase ist, bedeutet Kampf der Zentralmächte-Sozialisten auf der Seite ihrer Regierungen, bis England besiegt wird. „Autonomie Polens!“ Autonomie bedeutet Selbstverwaltung oder Selbstregierung innerhalb eines

größeren Staatsverbandes. Welche Autonomie forderte die Konferenz: die im Rahmen Russlands oder Deutschlands? Im ersteren Falle bedeutet das eine Solidarität mit den Generalen Kuropatkin, Ewers, Brussilow, die Russisch-Polen den Deutschen zu entreißen suchen, im andern Falle bedeutet es die Solidarität mit dem Feldmarschall Hindenburg. In diese Widersprüche muss man sich verstricken, wenn man alle die Fragen auf dem Boden der jetzigen Situation, nicht in der Perspektive des Kampfes gegen sie, zu lösen versucht.

Über die Aufwärmung der alten pazifistischen Utopien der Abrüstung, Schiedsgerichte und den Protest gegen den Wirtschaftskrieg brauchen wir nicht viele Worte zu verlieren. Die ersten bleiben eine Utopie, solange der Kapitalismus existiert, und dienen den Sozialpatrioten nur als Mittel zur Beruhigung der Massen, dass man nicht immer für den Krieg eintreten wird; die Proteste gegen den Wirtschaftskrieg werden eine ohnmächtige Phrase, solange man den Krieg unterstützt.

Was soll man aber sagen, wenn diese Konferenz der „neutralen“ Sozialpatrioten, die gegenüber den Kriegs- und Friedensproblemen nicht aus und nicht ein weiß, die vollkommen vor den Sozialpatrioten der kriegführenden Länder kapituliert, die kein Wort zu sagen weiß, wie, die Sozialdemokratie der neutralen Länder gegen die Kriegsgefahr kämpfen soll, wenn diese Konferenz erklärt, die alte Internationale existiere, und wenn sie zwar gnädig den Zimmerwaldisten erlaubt, Friedensaufrufe herauszugeben, aber die „Zwietracht“ verurteilt, die sie in den Parteien säen. Ja, wenn sich die Herren Branting und Troelstra, die keine Lippe gegen die Sozialpatrioten zu riskieren wagten, weil sie selbst Sozialpatrioten sind, gegen jeden Versuch protestieren, „das Vertrauen des sozialistischen Proletariats in seine Parteien und Organisationen zu erschüttern, in diesen Spaltungen herbeizuführen, und neue internationale, auf den Ausschluss gewisser Parteien oder Nationen gerichtete Organisationen zur Bekämpfung der bestehende Internationale zu bilden.“ Darauf ist zu antworten, dass die Herren die Unwahrheit sagen: niemand in den Reihen von Zimmerwald bezweckt den Ausschluss irgendwelcher „Nation“ oder „Partei“. Und was den Kampf gegen die „bestehende Internationale“ anbelangt, so besteht sie aus sich gegenseitig bekämpfenden Verleugnern der Internationalität des Proletariats und ein Kampf gegen sie, ein rücksichtsloser Kampf, ist die Vorbedingung der Aufrichtung der Internationale des Kampfes gegen den Kapitalismus. Die Proteste der angeblich neutralen Sozialpatrioten gegen die Zimmerwalder Aktion beweisen nur, dass ihnen daran gelegen ist, diesen Kampf zu verhindern, denn mit dem Vertrauen zu den Legien, Ebert, Renaudel, Hyndman und Plechanow ist er unvereinbar.

Die Konferenz vom Haag hat noch einmal bewiesen, dass der Kampf gegen den Krieg, die Wiederaufrichtung der Internationale, nicht das Werk der Sozialpatrioten sein kann. Auch die Propaganda, die *Bernstein* und *Kautsky* (der erstere in der „Leipziger Volkszeitung“, der letztere im „Vorwärts“) für eine Aussöhnung zwischen den deutschen und den französischen Sozialpatrioten treiben, ein *direkter Schlag gegen die Opposition in Deutschland und Frankreich*, wie es die „neutrale“ Konferenz ist, auf die sie so viel Hoffnungen setzten. Beide erkennen die besondere Stellung der französischen Partei an, weil Deutschland Frankreich den Krieg erklärt hat und Teile dieses Landes besetzt hält. Bernstein solidarisiert sich in der Hauptsache mit den französischen Sozialpatrioten, was eine Konsequenz der Begründung der Kreditablehnung durch die *Arbeitsgemeinschaft* war, mit der von ihnen betonten Sicherheit der deutschen Grenzen. Dadurch wird die wachsende französische Opposition desavouiert, die trotz der Kriegserklärung durch Deutschland und der Besetzung der Norddepartements den Kampf gegen die Regierung fordert, dadurch wird Brizon, Blanc, Raffin-Dugans desavouiert. Gleichzeitig fordert Bernstein, man solle den Kampf gegen die Sozialpatrioten so führen, dass keine zu große Erbitterung entstehe, die ihnen das Friedenswerk erschweren könnte.

Das ist im Grunde genommen dasselbe wie der Protest der Brantings und Troelstra, gegen die Untergrabung des Vertrauens zu den Scheidemanns und Renaudels; denn ein Kampf, wie ihn Bernstein will, kann nur das Vertrauen zur Voraussetzung haben, dass die Scheidemanns und Renaudels sich zu Instrumenten des Klassenkampfes machen lassen. Dass mit diesem Vertrauen die Arbeiterschaft verraten und verkauft wäre, brauchen wir nicht erst zu beweisen.

Wie die Haltung der Konferenz der Neutralen, so basiert auch die des *Zentrumsführers* Bernstein darauf, dass er auf demselben Boden wie die Sozialpatrioten steht, dem Boden der Vaterlandsverteidigung. Und darum ist die Logik auf seiner und nicht auf der Seite des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft, der „rücksichtslosen Kampf“ gegen die Instanzen ankündigt. Wie die „Neutralen“ das Proletariat mit ihrem Friedensgerede einschläfern, solange sie auf dem gleichen Boden mit den Sozialpatrioten stehen, so ist auch der „rücksichtslose Kampf“, mit dem die „Arbeitsgemeinschaft“ den Sozialpatrioten droht, solange nur ein Wort, bis sie nicht einen von ihnen grundsätzlich verschiedenen Boden betritt. Und solange das nicht geschieht, werden wir ihre Halbheiten bekämpfen, ihre sozialistischen Bekenntnisse als kraft- und saftlose Phrasen betrachten und vor den Arbeitern enthüllen.

Etwas Hegelsche Philosophie.

Wir müssen den alten Verhältnissen ihre eigene Melodie vorspielen, um sie zum Tanzen zu zwingen. Marx.

In seinem Anti-Dühring hat Friedrich Engels an Beispielen dargelegt, dass die Hegelsche Dialektik kein abstrakter Formelkram ist, sondern die immer und überall auftretende Entwicklung in Gegensätzen zum Ausdruck bringt. Durch die Entwicklung wird alles anders, es wird zu seinem Gegenseite, seiner Negation. Dieses Resultat der Entwicklung aber kann auch nicht bleiben; der Gegensatz muss aufgehoben, negiert werden. Nicht, indem einfach das Produkt der Entwicklung vernichtet, zum Verschwinden gebracht wird, oder der Ausgangspunkt durch eine Rückentwicklung wieder hergestellt wird, sondern dadurch, dass es seiner Natur entsprechend umgestaltet und durch Fortentwicklung das Erste in einer höheren Form, auf einer höheren Stufe wieder erzeugt. Engels nahm als Beispiel das Samenkorn, aus dem die Pflanze aufwuchs. Diese Pflanze soll nicht als Endpunkt der Entwicklung bestehen bleiben; sie soll verschwinden, sie soll negiert werden. Aber nicht in sinnloser Weise, indem man sie z. B. zertritt, sondern in der ihr entsprechenden Weise, indem sie neue Samenkörner erzeugt; während die tote Hülle stirbt und verschwindet, ist der Keim des neuen jungen Lebens in erweiterter Form ausgesät.

Etwas Hegelsche Philosophie lehrt uns den Sinn der Welt verstehen. Noch mehr gilt das, wo es sich um unsere eigene Welt handelt, in der wir selbst die Samenkörner sind – die Welt, in der unser eigenes Wirken Triebkraft und Lebenshauch ist. Da brauchen wir etwas alte Weisheit, um unter den stürmenden Leidenschaften besonnene Klarheit zu behalten und den Weg deutlich zu sehen.

Das Alte stirbt und muss sterben; es muss aufgehoben, negiert werden. Aber nicht in der Weise, dass es einfach zerstört wird. Es muss so aufgehoben werden, dass die Aufhebung der Anfang einer neuen Entwicklung ist. Unsere Negation ist der Aufstieg zu neuen Formen.

Verfolgen wir die Entwicklung. Die Sozialdemokratie hat sich bis zum Gegensatz ihrer selbst entwickelt. Ihre Alterssymptome traten schon hervor. Die „Negation“ war das Aufheben des alten Zieles, der Umschwung zum Sozialpatriotismus, unter Beibehaltung alter Namen und Phrasen. Die strotzenden Triebe sind dürres Stroh geworden. Was nun?

Einige sagen: Jetzt ist das Ziel der Entwicklung erreicht; nur soll die Partei noch offener national, das Stroh noch dürrer werden! Andre sagen: zurück! Das tote Holz soll wieder zum grünen Spross werden; es soll nicht einmal ausgeschnitten (in der Einheit liegt die Kraft!), sondern verjüngt werden! Sonderbare Marxlehre.

Wieder andere sagen: die Partei hat sich nicht bewährt, als sozialistische Partei ist sie nicht mehr, und ein Wechselbalg nimmt ihre Stelle ein. Also fort mit ihr; wir wollen nichts mehr damit zu tun haben und kehren ihr den Rücken! Das heißt also, wenn wir bei unserm Bilde bleiben: Zertritt die Pflanze, da sie ihren grünen Reiz verloren hat! Das ist die sinnlose Negation, die die Aufhebung nicht zum Ausgangspunkt einer neuen Entwicklung zu machen weiß. Erbitterte Eingänger schaffen keine neue Bewegung.

Nein, man muss die Frucht reifen lassen in weiterer Entwicklung. Entwicklung in der Menschenwelt heißt Kampf. Kampf heißt weitere Zersetzung, damit das neue Leben kräftig hervorspriest.

Schon ist die Zersetzung weit gediehen. Was ist aus der stolzen Millionenpartei geworden? Äußerlich bröckelt es mit reißender Schnelligkeit ab. Die Organisationen sind auf die Hälfte und weniger zurückgegangen; die Arbeiter werden stets gleichgültiger gegen sie, während im Innern das schleichende Gift der Aufgabe des Klassenkampfes die Organe zersetzt. Den stolzen Körper, dessen Aufbau so viele Tausende ihr Glück opferten, ihre beste Arbeit spendeten, so lange unsere Hoffnung und unsere Zuversicht, sehen wir dahinsiechen und innerlich vermodern. Was wollen wir da tun? Wir sollen aus dem verwesenden Körper alle gesunden Atome sammeln; Arbeiter, die den richtigen Sinn bewahrt haben, zu einer Kampfgenossenschaft für die neuen Ziele zusammenbringen. Überlassen wir sie tatenlos ihrem Schicksal, so geht der gute Samen massenhaft mit zugrunde, ohne zu reifen.

Nur der Kampf innerhalb der alten Organisation kann aus ihr die neue entstehen lassen. Dieser Kampf bedeutet ihre weitere Entwicklung bis zu dem Grade, dass der reife Samen sich austretet. Wir benutzen die alte Form, nicht um sie zu erhalten, sondern um die Hülle zu brechen, damit der Sozialismus wieder lebendig wird. Wir führen den Kampf, indem wir die Partei zwingen, klar zu werden über sich selbst. Die alte Larve muss abgerissen werden, indem man die Partei auffordert, zu sein, was sie scheinen möchte. Indem wir an sie die Forderung des umwälzenden, kühnen Handelns stellen, zeigen wir den Arbeitern, was jetzt eine sozialistische Partei sein muss und sein soll. Aus ihrem Versagen mögen die Arbeiter dann die Schlüsse ziehen. Ihre eigene alte Melodie soll man der Partei vorspielen.

Also nicht abseitsstehen; noch ist unser Kampfplatz die alte Organisation. Vielleicht, dass sich dann herausstellt, dass die Verhältnisse schon viel reifer sind, als wir dachten. Der Parteitag, mittelst dessen die Sozialimperialisten nach listig ausgeklügeltem Plane glauben, eine ganz ungeheure geistige Umwälzung des Proletariats hinwegeskamotieren zu können, wird die Entscheidung wahrscheinlich sehr beschleunigen. Die Toren! Sie mögen damit die Hoffnungen der jammernden Zentrums männer auf die einstmalige Gewinnung der Mehrheit in der Tat zerstampfen. Aber indem sie so bewusst die Pforte hinter sich verrammeln, graben sie eine tiefe Kluft zwischen dem kämpfenden Proletariat und der Partei, die dann zu dem wird, was die liberale Partei seit 1866 und die englische Arbeiterbewegung seit 1850 ward. Dann müssen die wirklichen Sozialisten dabei sein, um unter den zu Dienern des Imperialismus gewordenen Arbeiterbureaukraten dieselbe Rolle zu spielen, wie die ersten Sozialdemokraten in den Bourgeoisparlamenten. Dann kommt Klarheit.

Das wird die Negation der Negation, die Geburt des neuen Lebens sein!

„Unter der alten Fahne“.

Eine Antwort an die russischen Sozialpatrioten.

Unter dem Titel „Selbstverteidigung“ haben die russischen Sozialpatrioten – Potressow, Maslow, Sassulitsch, Tschewanin, Liewitzky u. a. – vor einem halben Jahre ein Sammelbuch herausgegeben, das ein offenes sozialpatriotisches „Creds“ darstellt, und ganz im Geiste der Renaudels, Plechanows und Vanderveldes geschrieben ist. Die gesamte bürgerlich-chauvinistische russische Presse lobte und umschmeichelte die Autoren dieses Sammelwerkes und erklärte, es sei eine echt „patriotische“ Schrift.

Nun haben die russischen Internationalisten (Anhänger der Bolschewiks) ihre Antwort auch auf legalem Wege gegeben.

In Russland (Saratow-Moscau) erschien ein umfassendes Sammelbuch, das den vielsagenden Titel „Unter der alten Fahne“ trägt und das eine vernichtende Antwort an die russischen Sozialpatrioten darstellt.

Es ist leicht zu begreifen, mit welchen Schwierigkeiten unsere Genossen jetzt in Russland zu rechnen haben. Und dennoch ist es ihnen gelungen, trotz der dreifachen zarischen Zensur ein marxistisch-internationalistisches Buch in Russland selbst erscheinen zu lassen, das gegen die Sozialchauvinisten das Banner des Internationalismus mit Entschiedenheit entfaltet.

Das Buch enthält Artikel der Genossen Awilow, Witimsky, Lomow, Pawlow, Stepanow, Fabritschny – Genossen, die sämtlich in Russland selbst literarisch tätig sind, und die zu den Mitarbeitern der Petersburger Tageszeitung „Prawda“ (Organ der Bolschewiks) gehörten.

Die Genossen stehen entschieden auf dem Standpunkt, dass der gegenwärtige Krieg ein imperialistischer Krieg ist. Schon im ersten Artikel, der der „Kampf um die Kolonien“ betitelt ist, wird gesagt:

„ ... Alle europäischen Mächte haben mit allen Mitteln die Rüstungen fortgesetzt. Überall hat man sich vorbereitet. Deutschland ... befestigte den Kieler Kanal ... in Frankreich wurde der 3-Jahr-Dienst eingeführt ... Belgien hatte im Jahre 1912 die Dienstpflicht – wie es ihm (von der Entente) befohlen war – auf alle 19jährigen ausgedehnt ... England beendete den Bau seiner Dreadnoughts. In Russland wurde die Reorganisation der Armee fortgesetzt, ebenso wie die Vollendung des Marine-Programms.

„Überall hat man sich beeilt.“

In einem weiteren Artikel „Zwei Richtungen“ wird gesagt: „Wir haben gegenwärtig zwei Richtungen in der Arbeiterbewegung: eine *nationale* und eine *internationale* ... Die Politik des Kapitals fordert die Verteidigung seines Wirtschaftsgebiets durch Zollmauern. ... Dieses Postulat wird von den Sozialpatrioten aller Länder voll und ganz akzeptiert. Ganz klar ausgesprochene Bestrebungen der Bourgeoisie des betreffenden Landes, sich Kolonien anzueignen ... werden als eine, Art der bloßen Verteidigung der eigenen nationalen Unabhängigkeit dargestellt.

„Die sozial-nationalistische Richtung hat in dieser Beziehung ein allgemeines Programm. In *allen* Ländern sind ihre Ziele, wie auch ihre Mittel, dieselben. In dieser Beziehung stehen Heine und David auf demselben prinzipiellen Boden wie Jules Guesde und Marcel Sembat.

„Und die internationale Richtung steht auch jetzt auf dem Boden des Klassenkampfes.“

In einem weiteren Artikel entlarvt Genosse Witimsky die Politik unserer Sozialpatrioten mit besonderer Schärfe. Die Halb- und Ganz-Sozialpatrioten haben in Russland die Formel „Rettung des Landes“ geprägt. Das sei dasselbe wie die Formel der „Vaterlandsverteidigung“. „In Wirklichkeit handelt es sich nur um den Verzicht auf einige schon früher vollzogene territoriale Erwerbungen und gar nicht um die „Rettung“ des eigenen Landes. Plechanow, Potressow und Konsorten sprechen vom „Selbstbestimmungsrecht“ der Nationen. In ihrem Munde, wie auch im Munde der deutschen Sozialpatrioten, ist das nur Täuschung. Die Herrschaften predigen das Selbstbestimmungsrecht nur für die feindlichen Länder. Im eigenen Lande sind sie tatsächlich gegen das Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Nationen, sie helfen ihren eigenen Imperialisten, für Annexionen zu kämpfen. Potressow, Plechanow, Maslow, Liewitzky, Majewski sind „nur etwas weniger aufrichtig“ als die offenen bürgerlichen Annexionisten. Ihre Aufgabe sei nur, die offenen Räuberpläne der Annexionisten etwas zu beschönigen. Der Freund Plechanows, Nicolas Jordansky, der Redakteur des sozialpatriotischen „Sowremenny Mir“, ist jetzt ganz offen als Diener der Bourgeoisie aufgetreten.“

Der Führer der russischen liberal-imperialistischen Bourgeoisie, Professor Miljukow, tritt als Wilhelm der Eroberer auf und vertritt ein umfassendes Programm der russischen Annexionen. Er fordert die Annexion Galiziens, eines Teiles von Ungarn, Ost-Schlesiens, Posens, Ostpreußens, einen Teil des Balkans mit Konstantinopel, Adrianopel, Gallipoli, der Dardanellen, des Bosphorus, Groß-Armeniens usw. Plechanow und Potressow wollen praktisch dasselbe. Mit Recht spricht Genosse Wittinsky von der einheitlichen „Methode Potressow-Plechanow-Miljukow“ ...

In andern Artikeln wird ausführlich die politische Lage in Russland beleuchtet. Mit Geschick und guter Kenntnis der Sachlage wird bewiesen, dass der sogen. „progressive Dumablock“, den die Sozialpatrioten und ihre „linken“ Freunde unterstützen, in Wirklichkeit eine *anti*-demokratische, eine volksfeindliche, eine kontrerevolutionäre Vereinigung ist. Die Hauptaufgabe dieser „progressistischen“ Gesellschaft ist in Wirklichkeit die Unterstützung der imperialistischen Unternehmungen der russischen Regierung.

Im September 1915 musste der bekannte gemäßigte Liberale Fürst Trubetzkoy konstatieren, dass „in Russland in den letzten Tagen *revolutionäre* Stimmungen sich laut machen“ („Rußkoje Slowo“, 11. 9. 1915). Daher die Zusammenfassung der „progressistischen“ Gesellschaft – zum Kampfe *gegen* die revolutionären Stimmungen.

Auch darum gilt es *gegen* den Burgfrieden zu kämpfen. „Die Kraft der unterdrückten Klassen kann nicht wachsen unter der Einwirkung der Propaganda der Klassen-Harmonie“, – sagt mit Recht unser Genosse Witimsky.

Zwei Artikel sind der Lage der Arbeiterklasse in England, Frankreich, Deutschland und Italien gewidmet, wo bewiesen wird, dass für die Arbeiterschaft die ökonomische Lage während des Krieges sich nur verschlechtert hat. ...

Das Erscheinen eines solchen Sammelbuches bei der jetzigen Lage in Russland ist wirklich eine Tat. Es war nur möglich, weil die große Masse der klassenbewussten Arbeiter in Russland auf unserer Seite, auf Seite der entschiedenen Internationalisten steht.

Nur zwei wirkliche Richtungen gibt es in Russland. Sozialpatrioten und entschiedene Internationalisten. Alles andere – die „Versöhner“, die Halb-Patrioten – werden von keiner der beiden Richtungen ernst genommen.

In seiner soeben in Petersburg erschienenen Broschüre sieht sich unser Gegner Potressow (der russische Wolfgang Heine) genötigt, anzuerkennen, dass unsere Richtung (Potressow

nennt sie die Richtung des „antinationalen Kosmopolitismus“) „eine große Popularität in Russland hat“. (Seite 7 der Broschüre von Potressow „Krieg und Fragen der Internationalität“)

Desto besser für die russische Arbeiterklasse! Desto besser für die kommende neue Internationale!

„Unter der alten Fahne“, unter dem alten Banner des revolutionären Internationalismus kämpft das russische Proletariat auch in der jetzigen schwierigen Stunde.

G. Zinowiewf.

Aus unserm politischen Tagebuch.

18. August.

Berlin, d. h. die Berliner Parteiorganisation, steht bekanntlich im Zeichen der Opposition. Die Vertreter dieser Opposition haben die wichtigsten Parteiämter in der Hand. Also sind sie die Herren der Lage. Ist nun nicht alles in bester Ordnung? Funktioniert der schöne große Apparat jetzt nicht nach dem Willen der Opposition? Freilich! Es fragt sich nur: welcher Opposition. Im Mitteilungsblatt vom 12. Juli, das zum ersten Male unter der neuen Redaktion erschien, hieß es am Schlusse eines feierlich-schwungvollen Leitartikels, dass die Berliner Genossen verpflichtet seien:

„gleichermaßen Front zu machen gegen Anmaßung und Gewaltstreiche der oberen Parteinstanzen wie gegen unbesonnene und das Wesen unserer deutschen Organisationseigenart nicht achtende Vorstöße von unten her.“

Nun weiß man's also ganz genau: die Opposition der goldenen Mitte, die in Adolf Hoffmann ihren Major Domus gefunden hat, weiß nichts Eiligeres zu tun, als den Kampf gegen rechts und links zu proklamieren. Das ist im höchsten Maße erfreulich; denn nun erkennen auch diejenigen, die es noch nicht wussten, dass der neue Oppositionsverband am Wesen der alten Organisation: Unterdrückung jeder grundlegenden Opposition, wie sie durch die Linke vertreten wird, nicht das geringste geändert hat. In Berlin nennt man die Opposition des Linksradikalismus „unbesonnen“; in Bremen nennt Henke sie „heißspornig“. An anderen Orten nennt man sie „unhistorisch“. So sammelt das Zentrum auf den Linksradikalismus allmählich alle jene Bezeichnungen, mit denen einst der Liberalismus die Sozialdemokratie beehrte. Recht so: das schafft Klarheit!

*

An der Schwelle des dritten Kriegsjahres hat sich der staunenden Mitwelt ein neuer Ausschuss vorgestellt. Ein Conglomerat verschiedenster Männer, doch alle beseelt von dem einen Gedanken: Durchhalten und siegen!

Der deutsche National-Ausschuss, wie er sich nennt, sieht seine Aufgabe darin, den Geist der Zuversicht im Volke daheim zu pflegen und damit den Rückhalt für unsere Kämpfer im Felde zu stärken. Er hält es deshalb für seine vaterländische Pflicht, allen Bestrebungen entgegenzutreten, welche unter Verkennung des Ernstes der Stunde die siegverheißende Eintracht gefährden. Sein Leitspruch heißt: Geschlossenheit nach innen, Entschlossenheit nach außen!

In diesem Geiste wird er auch, wenn die Zeit gekommen ist, im Vertrauen auf unsere militärische und politische Leitung seine Kräfte für einen Frieden einsetzen, der unsern Opfern entspricht und die Gewähr der Dauer in sich schließt.

Neben den Sozialpatrioten Fendrich und Dr. Aug. Müller ist auch Dr. Südekum Mitglied dieses neuesten imperialistischen Ausschusses. – Vergangene Zeiten steigen herauf und zeigen uns den Genossen und Deutschnationalen Dr. Südekum als Revolutionär. 1904 auf dem Parteitage in Essen sagte er:

Die Aufgaben, die die Sozialdemokratie zu lösen hat, müssen in dem Maße an Bedeutung wachsen, wie die bürgerliche Opposition sich von der Regierung einfangen lässt. Daher wird die Sozialdemokratie immer mehr zur einzigen Oppositionspartei.

O Wandel der Zeiten! So hat der Krieg den alten Revisionismus zu seinen sozialpatriotischen, rein bürgerlichen Konsequenzen getrieben. Ihm steht der Linksradikalismus als die Konsequenz der proletarischen Politik nach links gegenüber.

Feuilleton

Eine Rousseau-Biographie.

Bereits vor dem Kriege erschien in holländischer Sprache ein Buch über Jean Jacques Rousseau, das unsere geschichtsmaterialistische Literatur um einen wertvollen Beitrag bereichert. Es entstammt der Feder der Genossin *Henriette Roland-Holst* und ist inzwischen auch schon – nebenbei gesagt in vorzüglicher Weise – ins Deutsche übersetzt worden.¹⁰

Jean Jacques Rousseau ist der Vorläufer der großen französischen Revolution, dessen Leben und Lebenswerk auf den ersten flüchtigen Blick so voll Widersprüche steckt, dass es schier unmöglich erscheint, in das Labyrinth dieser Widersprüche auch nur einigermaßen Ordnung zu bringen. Die bürgerliche Geschichtsschreibung ist denn auch, soweit sie ihn überhaupt ernsthaft unternommen hat, unrettbar an dem Versuch gescheitert, dieses seltsamen Menschen Wesen und Wirken in all seiner scheinbaren inneren Zerfahrenheit zu ergründen. Mag sie das Werk Rousseaus verurteilen oder anerkennen, mag sie in ihm den sozialen Revolutionär verdammen oder den Individualpädagogen preisen: immer fällt dabei auf Rousseau, den Menschen, ein breiter und tiefer Schatten moralischer Verurteilung. Und doch ist die Person Rousseaus in allen ihren feinsten Regungen und Äußerungen von seinem Werk nicht einen Augenblick zu trennen, wenn das eine oder das andere nicht zur Karikatur werden soll. Aber wie konnte auch ein Philosoph, der es verschmähte, seine Erkenntnis als stummes Geheimnis in seines Busens Tiefen zu hüten, der sie vielmehr zur schneidigen und wuchtigen Waffe gegen die gesamte bestehende Ordnung der Dinge zuspitzte und sie den Hütern dieser Ordnung mit tödlicher Sicherheit ins Herz stieß, der die philosophische Erkenntnis zum Weck- und Kampfruf gegen den kirchlichen und weltlichen Absolutismus des vorrevolutionären Frankreich machte; wie konnte ein Pädagoge, der in einer Zeit schmachvollster Unterdrückung und Ausbeutung der arbeitenden Klassen durch eine Clique moralisch und intellektuell gleich verkommener Parasiten das Postulat vom Werte der Persönlichkeit jedes Menschen als leuchtendes Fanal aufrichtete; wie konnte ein Sozialrevolutionär, der einer degenerierten und prostituierten Damenwelt das Evangelium einer reinen, den natürlichen Trieben folgenden Liebe entgegenhielt, der in der Zeit der hoffnungslosesten Versklavung des Weibes die Lehre von der Befreiung und von der Freiheit des Weibes in glutheißen Briefen predigte; der auf die grundstürzende Änderung aller gesellschaftlichen Verhältnisse hinarbeitete: wie konnte Jean Jacques Rousseau, der Revolutionär, der Sprecher der Verachteten und Geknechteten, auf vorurteilsloses Verständnis bei seinen bürgerlichen Biographen stoßen! War er nicht überdies

¹⁰ Jean Jacques Rousseau. Ein Bild seines Lebens und seiner Werke, von Henriette Roland-Holst.

alles unstet und flüchtig auf Erden? Lebte er nicht jahrelang mit einem niedrig geborenen Geschöpfe in wilder Ehe? Und zeugte er mit Therese Levasseur nicht Kinder, die er ins Findelhaus schickte? Verachtete er nicht solchermaßen die göttliche Einrichtung der Heiligen Familie? Wurde er nicht von den kirchlichen und weltlichen Behörden als gemeingefährlicher Umstürzler verfolgt und gebrandmarkt? Wurden seine Schriften nicht als gottes- und staatslästerlich öffentlich verbrannt? Galt die „Neue Heloise“, dieses wundersam sittenreine Buch, nicht als unsittlich und sittenverderbend? Knüpfte er nicht Freundschaften mit hochgeborenen Herren und Damen an, um sie wieder zu brechen? Haben sich nicht selbst die Koryphäen des Materialismus, die Encyklopädisten, von ihm abgewandt? Und zog nicht selbst Voltaire, der große Freund seines königlich-preußischen Gönners, gegen ihn zu Felde; ja war nicht eben Voltaire sein erkorenster Feind? Und war es nicht Blasphemie, wenn gerade Rousseau, der Gott- und Kirchenlose, im Namen der Religion sprach? Und dieser sonderbare Schwärmer litt bei alledem an dem unheilbaren Wahn, der Apostel einer neuen Zeit und einer neuen Menschheit zu sein! Die ideologische Geschichtsschreibung kann unmöglich aus dem Netz der inneren Widersprüche und Verworrenheiten des Menschen und Revolutionärs Rousseau entringen.

Es war eine Probe ersten Ranges für die den historischen Stoff durchdringende Kraft der materialistisch-dialektischen Geschichtsmethode, als die Genossin Roland-Holst ihre Rousseau-Biographie in Angriff nahm. Es musste ein Ringen werden mit ganzen Heeresmassen borniertester Vorurteile, die den Charakter Rousseaus in dichtem Wall umlagerten; ein Durchdringen kompliziertester gesellschaftlicher Vorgänge, die vor dem Ausbruch von Revolutionen noch weit verschlungener zu sein pflegten als in der Revolution selbst; ein Aufsuchen der feinsten Äderchen in dem Organismus eines äußerst sensiblen Menschen, dessen seelische und geistige Verfassung oft genug haarscharf auf der Grenzscheide zwischen gesundem und krankhaftem Zustande sich bewegte. Es galt, den Menschen einer Übergangszeit aus dieser Übergangszeit selbst zu erfassen; einen Philosophen, Naturwissenschaftler, Pädagogen, Dichter, Musiker, der in allem, was er sah und dachte und fühlte, das Alte zu überwinden und das Neue zu finden strebte: einen sozialen Revolutionär, in dem eine ganze, von inneren Widersprüchen strotzende Zeit sich in reichstes inneres Leben und Erleben umgesetzt hatte.

Die geschichtsmaterialistische Methode hat durch den Geist und durch die Feder der Genossin Roland-Holst ihre schwere Probe glänzend bestanden. Auf dem Grunde einer scharfsinnigen Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse des vorrevolutionären Frankreich, jener Auflösung der feudalistischen Produktionsverhältnisse, die, wie jede Produktionsweise, die ihre historische Aufgabe erfüllt hat, sich in tausend Widersprüche verstrickt und aus diesen Widersprüchen die Bedingungen und Grundlagen einer neuen Wirtschaftsordnung schafft, erhebt sich das komplizierte Gebäude der Ideologien, die das Alte stützen und zugleich stürzen, das Neue vorbereiten und schaffen helfen. Aber nirgends zeigt sich die neue Ideologie in ihrer vollkommenen Klarheit und Reinheit. Es sind Vorboten einer neuen Zeit; aber ihre Bedingungen wurzeln in den gegebenen Verhältnissen, die noch mit dem Alten verwachsen sind. So bietet das Geistesleben im Frankreich des 18. Jahrhunderts zunächst das Bild größter Verworrenheit dar. Die Materialisten räumen mit den religiösen Ideologien des kirchlichen Absolutismus auf; aber sie sind gesellschaftlich dennoch keine Revolutionäre. Wenn der Materialismus auch eine der stärksten Stützen des Feudalismus erschütterte, so lag in seinem Wesen doch bereits jener reaktionäre Kern, der im Siege der Revolution schon den Sieg einer neuen Knechtung der arbeitenden Massen einschloss, einer neuen und weit furchtbareren Knechtung der Massen, als sie unter dem Feudalismus möglich war. Und wenn im Idealismus Rousseaus auch das soziale Sehnen des französischen Kleinbürgertums aufbrach, so konnten sich im Laufe der Ereignisse doch alle Revolutionsparteien, von den Royalisten bis zu den „Schreckensmännern“, auf ihn als ihren Propheten berufen. Es war das Charakteristikum der

bürgerlichen Revolution, das in diesen Tatsachen handgreiflich in die Erscheinung trat. Es galt, den gesellschaftlichen Bau der vorrevolutionären Zeit zu zergliedern und die Vorläufer der Revolution in ihrer sozialen Eigenart als Vertreter sehr verschiedener gesellschaftlicher Schichten zu erfassen. So treten die Enzyklopädisten, die Diderot, d'Alembert und Voltaire als die Sprecher der Großbourgeoisie auf, die in ihrem Schoße bereits alle Keime ihrer zukünftigen Herrschaft und damit der Unterdrückung des ländlichen und städtischen Proletariats entwickelte. So erscheint Rousseau als der leidenschaftliche Vertreter des Kleinbürgertums mit dem viel gründlicheren und umfassenderen Aktionsprogramm seiner revolutionären Propaganda; aber auch mit all den Halbheiten und Widersprüchen, die das historische Erbteil dieser Klasse gerade da ist, wo sie als revolutionärster Faktor die weltgeschichtliche Bühne betritt. Von diesem sicheren Standpunkt der Klassenanalyse öffnet sich dem Blicke des Historikers und Biographen die ganze Weite und Tiefe des Wesens selbst eines so seltsamen Menschen, wie Rousseau war; von hieraus erst vermag er aber auch das in seinem Wesen zu erkennen, was gesellschaftliches und was individuelles Gut in ihm war. Und hier nun setzt die Kunst des Historikers ein, von dem Komplex des Seelenlebens des Einzelmenschen so viel dem gesellschaftlichen Sein zurückzugewinnen, als irgend in seiner Kraft liegt. Hier offenbart sich ebenso wie die historisch-dialektische die psychologisch-dialektische Fähigkeit des Biographen. Es ist wundervoll, der Genossin Roland-Holst auf ihren Wegen in die Psyche des Künstlers Rousseau zu folgen. Man gelangt in verborgene Tiefen, bis unmittelbar vor jene dunkle Pforte, durch die die unerforschten Kräfte der Natur den Quell des menschlichen Seelenlebens emportreiben, bis zum Urgrund des dichterischen Schaffens überhaupt. Nur eine sensible Dichterseele, die doch auch wieder nicht Dichter, sondern eben Philosoph und Historiker ist, konnte uns diese verschlungenen Pfade in geheimnisvolle Tiefen führen. Die Wahnvorstellung, wenn es nicht bewusste Täuschung ist, dass die dialektisch-materialistische Geschichtsmethode die Psychologie nicht voll zu erfassen vermöge und dass, um die Psychologie in der Geschichtsschreibung wieder zu ihrem Rechte zu verhelfen, erst ein neuerer bürgerlicher Historiker eine neue große Entdeckung machen musste, wird durch die Arbeit der Genossin Roland-Holst, wenn auch sicher nicht zum ersten Mal – jede historische Abhandlung von Marx selbst, von Mehring, Laufenberg, manche von Kautsky kann als Zeuge angerufen werden – so doch ganz gewiss am feinsinnigsten widerlegt. Und dabei handelt es sich nicht nur um die Psychologie des Individuums, obgleich die Geschichtsmethode des revolutionären Proletariats in diesen Fällen ihre Kraft an den sublimsten Objekten zu bewähren hat, sondern auch, und in nicht geringerer Zuverlässigkeit, um die Psychologie ganzer Klassen und ganzer Zeitalter.

Die Rousseau-Biographie der Genossin Roland-Holst ist ein Ehrendenkmal materialistisch-dialektischer Denkweise doppelt wertvoll in einer Zeit, in der falsche Propheten emsig am Werke sind, dem kämpfenden Proletariat eine seiner besten Waffen als abgestumpft und abgetan zu verdächtigen und zu verleiden.

Die Schwelle.

Ich sehe ein gewaltiges Gebäude, an den vorderen Wänden eine schmale Tür weit auf; hinter der Tür finsternste Finsternis. Vor der Schwelle steht ein Mädchen ... ein russisches Mädchen.

Kalt atmet die undurchdringliche Finsternis, und mit dem eisigen Strom kommt aus der Tiefe des Gebäudes eine langgezogene, dumpfe Stimme:

„O du, die verlangt, diese Schwelle zu übertreten, weißt du, was dich erwartet?“

Ich weiß, antwortet das Mädchen.

„Kälte, Hunger, Hass, Hohn, Verachtung, Beleidigung, Gefängnis, Krankheit, selbst Tod?“

Ich weiß.

„Völlige Entfremdung, Vereinsamung?“

„Ich weiß ... Ich bin bereit. Ich werde alle Leiden ertragen, alle Schläge. „Nicht nur von Feinden, selbst von Nächsten, Freunden?“

Ja ... auch von diesen.

„Gut. Du bist auf ein Opfer gefasst?“

Ja.

„Auf ein namenloses Opfer? Du wirst zugrunde gehen und niemand ... niemand wird wissen, wes Gedächtnis er verehren darf.“

Ich brauche nicht Dank, nicht Mitleid. Ich brauche keinen Namen.

„Bist du gefasst auf ein Verbrechen?“ Das Mädchen senkte den Kopf.

Gefasst auch auf ein Verbrechen

Die Stimme erneute nicht sobald ihre Fragen.

„Weißt du,“ begann sie endlich, „dass du noch den Glauben verlieren kannst, den du geglaubt, erkennen kannst, dass du dich getäuscht und umsonst dein junges Leben verdorben hast?“

Auch das weiß ich. Und doch will ich eintreten.

„Tritt ein!“

Das Mädchen überschritt die Schwelle – ein schwerer Vorhang fiel hinter ihr herunter.

„Närrin!“ knirschte einer hinter ihr drein.

„Heldin!“ kam es irgendwo als Antwort zurück.

Iwan Turgenjeff.

Zeugen und Rufer.

Diejenigen täuschen sich, die mit der Berufung auf die ökonomische Auslegung der Geschichte alles zu verstehen glauben. Diese Berufung passt besser und ausschließlich auf gewisse analytische Versuche, die, getrennt voneinander, auf der einen Seite die ökonomischen Formen und Kategorien, auf der andern zum Beispiel das Recht, die Gesetzgebung, die Politik, die Sitten untersuchen und dann die wechselseitigen Einflüsse der verschiedenen, in abstrakter Weise betrachteten Seiten des Lebens aufeinander studieren. Ganz anders ist unsere Stellung. Wir stehen einer organischen Auffassung der Geschichte gegenüber. Vor unserm Geiste steht das Ganze des einheitlichen sozialen Lebens. Die Ökonomie selbst löst sich im Laufe einer Entwicklung auf, um in ebenso vielen morphologischen Stadien zu erscheinen, in deren jedem sie als Unterbau für alles Übrige dient. Es handelt sich, alles in allem, nicht darum, den

sogenannten ökonomischen Faktor, in abstrakter Weise isoliert, auf den ganzen Rest auszu-
dehnen, wie es sich unsere Gegner einbilden, sondern es handelt sich vor allem darum, die
Ökonomie historisch zu verstehen und durch ihre Änderungen die anderen Änderungen zu
erklären. Das ist die Antwort auf alle die Kritiken, die uns von allen Gebieten der gelehrten
Unwissenheit kommen, mit Einschluss der ungenügend unterrichteten, sentimental und
hysterischen Sozialisten.

Antonio Labriola.

Indischer Spruch.

Wer Bücher liest, verdient den Preis vor einem, der unwissend ist,
Und der ist jenem vorzuziehen, der das Gelesene nicht vergisst;
Ein solcher ist von höherem Wert, der das Gelesene auch versteht,
Und höheren als dieser hat der Mann, der frisch ans Handeln geht.

Gesetz und Not.

Gesetz ist mächtig, mächtiger ist die Not.

Goethe

Zuschriften für die Redaktion sind zu richten an: Frau A. Dannat, Bremen, Bremerhaven-
erstraße 33. Verantwortlich: Frau Ahrens; Verlag: Karl Lüth; Druck: Herm. Sturm; sämtlich in
Bremen.

Arbeiterpolitik 10/1916

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

1. Jahrg.

Bremen, den 26. August 1916.

Nr. 10

Redaktion und Expedition: Waller HeerstraÙe Nr. 52.

Erscheint wöchentlich einmal.

Preis pro Nummer 15 Pfg.

Die alte und die neue Bewegung.

Viele von denen, die die große Krisis der Arbeiterbewegung denkend durchleben, die mit dem bisherigen gebrochen haben, die die Baumeister des Alten waren und nun den großen Zusammenbruch sehen, fragen sich: welchen Sinn hatte nun all unsere mühselige Arbeit, der wir Tage und Nächte geopfert haben, an der wir mit der ganzen Begeisterung hingen, von der nur ein Herz erfüllt wird, das für den Dienst einer großen, menscheitsbefreienden Sache schlägt? Welchen Sinn hatte überhaupt die ganze bisherige Arbeiterbewegung, da sich herausgestellt hat, dass sie gar nicht im Dienste der Arbeiter, sondern im Dienste ihrer Klassengegner stand? Alle unsere Hoffnungen, die wir auf diese große, stolze Bewegung setzten, sind zuschanden geworden. Unsere Ideale lösten sich in Dunst und Nebel auf.

Als die große Stunde der historischen Entscheidung schlug, fand sie ein erbärmlich kleines Geschlecht, aus dessen Kopf und Herzen die Begeisterung für die eigene Sache gerissen, – nein, wie Flugsand verweht war. Statt der proletarischen die patriotische Begeisterung; statt der sozialistischen die imperialistischen Ideale; statt des Kampfes bedingungsloses Unterwerfen: das ist die Frucht all unserer opferreichen Arbeit. Hat sich der Sinn der bisherigen Arbeiterbewegung nicht in Unsinn verkehrt? Waren wir überhaupt auf dem richtigen Wege zum Sozialismus, da unsere Bewegung selbst uns in die Bahn des Imperialismus geworfen hat? Ist unsere ganze Arbeit nicht ein einziger ungeheurer Unsinn gewesen, eine riesige Selbsttäuschung, ein phänomenaler historischer Unsinn?

So fragt wohl mancher, der die alte Bewegung mit aufbauen half und nun den großen Zusammenbruch des einst so stolzen Gebäudes erlebt. Und er ist versucht, das Alte überhaupt nicht mehr zu beachten. Fühlt er noch die Kraft in sich, Neues mit aufrichten zu helfen, so ignoriert er leicht das Alte und seine Lehren. Ist er ein müder Kämpfer, so hat das Alte, dem er den besten Teil seiner Kraft gewidmet, den schmerzenden Stachel zurückgelassen, einer verlorenen und vergeblichen Sache gedient zu haben.

Gewiss, wir erleben den völligen Zusammenbruch der alten Bewegung. Aber wer ihre Entwicklung, ihren Inneren und äußeren Mechanismus vorurteilsfrei verfolgt hat, war längst davon überzeugt, dass sie wert war, zugrunde zu gehen. Sie war nicht mehr die Bewegung der

gesamten Arbeiterklasse; sie war die Bewegung ihrer gehobenen und sozial bevorrechteten Schichten. Sie barg die Keime einer neuen Klassenherrschaft in ihrem Schoße, und sie hätte zur Errichtung einer neuen Klassenherrschaft geführt, wenn es überhaupt möglich gewesen wäre, dass das Proletariat mit ihrer Hilfe die politische Macht hätte erobern können. Sie wollte das Werk der Befreiung der Arbeiterklasse durchsetzen unter Ausschaltung des aktiven Auftretens der Arbeiter selbst. Die von den Arbeitern geschaffene Bürokratie sollte die Arbeiter befreien; sie hat längst zu ihrer neuen Unterjochung geführt. Weil die Arbeiter ihre historische Mission mit Hilfe dieser Organisationen nicht selbst erfüllen konnten, mussten die Organisationen, ihr gesamter Apparat, zu Mitteln der Unterdrückung werden.

Allein so gewiss es ist, dass die ursprüngliche Bestimmung der Arbeiterorganisationen dialektisch in ihr Gegenteil umgeschlagen ist, so gewiss ist auch, dass sie trotz allem im Dienste der Arbeiterschaft gestanden haben und dass sie gerade durch ihr Versagen, durch ihre Entwicklung zu Organen der Bourgoisherrschaft den Kampf um den Sozialismus mächtig fördern helfen. Worin lag die Bedeutung der Arbeiterorganisationen? Sie weckten und entwickelten in Millionen von Arbeitern das Klassenbewusstsein. Sie gaben Tausenden von Arbeitern die Elemente einer sozialistischen Bildung. Sie pflanzten in die Arbeiter den Sinn für die Organisation hinein; sie befähigten sie zum Organisieren. Hierin waren sie eine Vorschule des Sozialismus. Aber es blieb bei der Vorschulung. Die bedeutsamen Einwirkungen der Organisationen verschmolzen nicht mit dem Kampf der Arbeiter zu organischem Leben. Es wurde organisiert, um zu organisieren. Die Massen wussten nicht mehr, zu welchem Zwecke. Sie organisierten und organisierten; aber den Sinn ihres Tuns sahen sie nicht mehr ein. Die Führer, freilich, die kannten den Sinn. Sie sagten den Massen, die Organisationen seien nötig für den Kampf; für einen Kampf, den sie selbst nicht wollten, nicht wollen durften. Die Gerissenen unter ihnen verstanden auch die innere Dynamik der Organisationen: dass sie, je größer sie wurden, umso mehr an Schwerfälligkeit zunehmen, dass ihre Kampffähigkeit schließlich ganz schwinden musste. Das Organisieren wurde das wirksamste Mittel zur Verhinderung des Kampfes. Also galt es zu organisieren und die Arbeiter zum Organisieren zu begeistern. Je gewaltiger die Organisationen wurden, desto mehr musste den Arbeitern die Lust zum Kampfe schwinden, da die Organisationen mehr und mehr dem Gesetz der Beharrung verfielen, ganz ähnlich dem Staate selbst, über den sie sich unmöglich erheben konnten.

Der erste große Kampf der Massen hätte die Grundfesten der Organisationen erschüttert. Je mehr auf den Kampf verzichtet wurde, umso mehr festigten sich die Grundlagen der Organisationen, wurden die Grundlagen der Arbeiterorganisationen zu Grundlagen des Staates und die Grundlagen des Staates zu Grundlagen der Arbeiterorganisationen. Es ist vollkommen richtig: diese Organisationen konnten beim Ausbruch des Krieges den Staat nicht im Stich lassen; sie hätten sich selbst abwürgen müssen. Kampf gegen den Staat, das bedeutet heute und in Zukunft die Zerstörung der Arbeiterorganisationen. Das ist eine der wichtigsten Lehren, die wir aus den Erlebnissen der Kriegszeit ziehen. Es ist nicht mehr möglich, die jetzigen Organisationen ihrer ursprünglichen Bestimmung gemäß zu verwenden. Die Lehren einer fünfzigjährigen Entwicklung der Arbeiterbewegung verbieten uns der Illusion hinzugeben, als seien die bestehenden Organisationen als Kampfmittel gegen den Staat zu gebrauchen.

Wenn wir von der Zerstörung der Organisationen reden, so meinen wir damit nicht jene Desorganisation, in der der Anarchismus Heil und Zukunft erblickt. Vielmehr ist die Zerstörung die unvermeidliche Begleiterscheinung der Entwicklung der Organisationen gewesen. Es ist ein zu schroffer innerer Widerspruch, in der Theorie den schärfsten Klassenkampf gegen die bestehende Gesellschaft zu predigen und in der Praxis sich dem Klassengegner mehr und mehr zu nähern; ein Widerspruch, an dem Organisationen unrettbar, getrieben durch die innere Dialektik ihrer eigenen Entwicklung, zugrunde gehen mussten.

Und dieser Widerspruch selbst war nicht das Ergebnis einer moralischen Minderwertigkeit der Führer, so sicher auch ist, dass mancher unter ihnen bewusst im Dienste der Täuschung der Massen stand. Im Wesentlichen standen die Führer selbst unter dem immer drohender werdenden Drucke der Entwicklung, die jenen Widerspruch gebar. Die wirtschaftliche und die ideologische Entwicklung der Arbeiterbewegung hielten nicht gleichen Schritt. Stürmte die wirtschaftliche Entwicklung im Banne des rapiden Tempos der kapitalistischen Entwicklung in der Richtung auf den Kapitalismus voran, so blieb die Ideologie noch lange im Banne der alten, von den Meistern des Sozialismus festgelegten Richtung. Zwar wurde diese Ideologie mehr und mehr zur Phraseologie; aber auch als solche blieb sie nicht unwirksam. Selbst als Phraseologie musste sie den schärfer Blickenden den unvereinbaren Widerspruch zwischen Worten und Taten, zwischen Theorie und Praxis zum Bewusstsein bringen.

Allmählich fühlten gewisse Schichten der Arbeiterbewegung die Notwendigkeit, die reformistische Praxis radikal zu begründen. In seinem Buche über den Massenstreik fand Kautsky die Formel für die Wandelbarkeit des wissenschaftlichen Sozialismus im Sinne des Reformismus. Das Zentrum der Partei unterzog sich der Aufgabe, in Theorie und Praxis jenen klaffenden Widerspruch zu verschleiern, während die Linksradiكالen gerade ihre Aufgabe darin erblickten, ihn den Massen immer mehr zum Bewusstsein zu bringen. Die kapitalistische Entwicklung zwang die Wirtschaftsgebarung der Arbeiterorganisation immer mehr in ihre Kreise; diese selbe Entwicklung aber trieb die Arbeitermassen selbst in die entgegengesetzte Richtung, wenn dieser Prozess durch die Prosperität der letzten Jahre auch vorübergehend gehemmt wurde. Daher war die radikale Phraseologie notwendig, wenn das Organisationswerk nicht stocken und endlich ganz stillstehen sollte; aber aus dieser Notwendigkeit entsprang dann wieder der innere Widerspruch, an dem es dennoch zugrunde gehen musste.

Der Zwiespalt zwischen Worten und Taten; die Annäherung und Anlehnung der Arbeiterorganisationen an die Bedürfnisse des Kapitalismus und des Staates unter Fortführung der theoretischen Aufklärung im Sinne des Sozialismus, das Organisieren zum Zwecke der Kampffähigkeit unter Vorgabe des Zieles erhöhter Kampffähigkeit; die tatsächliche Kapitalisierung der Arbeiterorganisationen unter dem Deckmantel einer phrasenhaft-radikalen Sozialisierung: das ist eines der wichtigsten Kennzeichen der alten Bewegung. Sie hat ihre Dienste für die Arbeiterschaft getan. Ihr Wirken ist nicht vergeblich gewesen.

Heute aber gibt es nur zwei Wege: entweder man folgt der wirtschaftlichen Entwicklung der bisherigen Arbeiterorganisationen; dann hat man selbst die radikal-revolutionäre Phraseologie aufzugeben, und die Ideologie dieser Entwicklung anzupassen. Der konsequente Sozialimperialismus der Herren Kolb, Heine, David hat diesen Weg bereits eingeschlagen. Er fürchtet auch die Spaltung mit den Linksradiكالen nicht. Oder aber man verfolgt den Weg des revolutionären, internationalen Sozialismus. Dann hat man die Praxis den Worten anzupassen. Hier liegen die Anfänge der neuen Bewegung. Sie kennzeichnet sich durch die Verschmelzung von Theorie und Praxis, derart, dass beide einander durchdringen und durch einander gefördert und entwickelt werden.

Dabei werden die bestehenden Organisationen als erstes Opfer fallen; denn ihre Existenz ist durch die alte Bewegung längst unterhöhlt worden. Die alte Bewegung war die Bewegung des Truges; die neue ist die Bewegung der Tat. In ihr werden Theorie und Praxis zum ersten Male zu einer organischen Einheit verschmelzen. Sie wird erst in Wahrheit den organisatorischen und geistigen Boden für die Welt des Sozialismus abgeben. Welche Formen die Organisationen der neuen Bewegung haben werden, hängt in erster Linie von den Mächten des Widerstandes ab, den sie zu überwinden haben wird. Wir können darüber nur Vermutungen anstellen. Nur so viel ist sicher: in langem Prozess schwerer innerer und äußerer Kämpfe wird

sich die internationale Arbeiterschaft zu der Höhe emporarbeiten, auf der sie stehen muss, wenn sie ihre letzte historische Aufgabe erfüllen will.

Einheit oder Spaltung der Partei?

6. Die Aufgaben der Linksradikalen.

Die Linksradikale Richtung in der deutschen Sozialdemokratie entstand in den letzten fünf Jahren vor dem Kriege im Kampfe gegen den Scheinradikalismus der Mehrheit der Partei, dessen Hohlheit klar wurde, als er angesichts der steigenden Reaktion auf allen Gebieten des inneren Lebens auf die Agitation für Massenaktionen, als er angesichts der wachsenden Kriegsgefahr auf ebensolche Aktionen gegen den Imperialismus verzichtete. Die Linksradikalen sahen von Anfang an, dass es sich von vornherein nicht um die Differenzen in einzelnen Punkten handelte, sondern um das *Versagen einer ganzen Richtung in einer neuen Situation*, in der sich die Arbeiterbewegung seit dem Anfang des 20. Jahrhunderts befand. Die Neuheit der Situation bestand darin, dass die Konzentration des Kapitals, seine Zusammenfassung unter der Leitung des Finanzkapitals auf der einen, das Anschwellen der Arbeiterbewegung auf der anderen Seite die Klassengegensätze ungeheuer verschärfte, ihre wirkliche Austragung auf dem parlamentarischen Boden unmöglich machte und das Schwergewicht des Kampfes in das direkte Ringen der Klassen verlegte.

Dieselben Wandlungen in dem Aufbau des Kapitalismus geben ihm Kraft zur imperialistischen Politik, die die Gegensätze zwischen den kapitalistischen Schichten verschiedener Länder verschärfte, und wiederum war das Parlament als Mittel der Zählung des Imperialismus ohnmächtig, wieder lag das Schwergewicht des Kampfes draußen: in den Massen. Der alte Radikalismus, dessen historische Aufgabe unter dem Sozialistengesetz und den nachfolgenden Jahren in der vorbereitende Arbeit der Aufklärung des Proletariats über seine Klassenlage bestand, in seiner Aufklärung über die Unmöglichkeit der Kürzung des langen Kampfes vermittle der anarchistischen Putsche wie der revisionistischen Schleichwege, konnte sich geistig der neuen Situation nicht anpassen, obwohl er in den Arbeiten Kautskys ihr Wesen erkannte. Dazu kam noch, dass die hinter den geistigen Führern des alten Radikalismus stehenden Kreise der Organisatoren und Parlamentarier ganz in der Kleinarbeit aufgingen und sich in ihr so wohl fühlten, dass sie in jeder Massenaktion ein Abenteuer sahen.

So musste der Linksradikalismus in seinem Kampf gegen den Altradikalismus in erster Linie den Arbeitern das Bewusstsein von den Änderungen in den Bedingungen des Klassenkampfes beibringen, die die imperialistische Epoche charakterisieren. Die Linksradikalen fanden in der Arbeiterschaft ein starkes Echo: der Drang zu Massendemonstrationen aus Anlass des preußischen Wahlrechts zeigte, dass schon in ihren Anfängen die linksradikale Richtung kein Häuflein von Ideologen darstellte, sondern dem Gefühl weiterer Arbeiterkreise, dass man mit der „alten bewährten Taktik“ nicht auskommen kann, Ausdruck gab. Aber die Selbständigkeit selbst dieser Vorderreihen war noch zu klein, die Autorität der alten Parteiführer und die Bremskraft der Parteibureaucratie zu groß, als dass es gelingen konnte, die Partei auf neue Bahnen zu drängen. In seiner Vorrede zur Neuauflage der Marx'schen „Klassenkämpfe in Frankreich“ wies im Jahre 1911 August Bebel, der politische Vertreter der altradikalen Taktik, auf die Möglichkeit hin, dass bereits in nächster Zukunft „jene welthistorischen Momente“ eintreten könnten, „die der Entwicklung eines großen zahlreichen und intelligenten Volkes, wie es das deutsche ist, neue Wege aufzwingen, mögen die herrschenden Klassen wollen oder nicht“; aber gleich darauf erklärte er: „Für die Sozialdemokratie ist die Richtschnur gegeben: sie wird sich nicht, komme was will, von dem bisherigen Boden abdrängen oder verleiten lassen, ihr bedenklich erscheinende Wege zu betreten; sie hat keinen Grund, ihren Feinden

gegenüber sich zu Unbesonnenheiten und gewünschten Gewaltstreichen verleiten zu lassen“. Er vergaß dabei nur, dass, wer nicht vorwärts marschiert, wie es die Verhältnisse erfordern, zurückkrebst. Und er sah nicht, dass das Bündnis mit den Liberalen im Jahre 1912, die Nahrung der Illusionen in der Arbeiterschaft auf die Abrüstung nichts anderes war, als das Verlassen des alten Bodens. Nur dass die Partei, statt zu höheren Kampfmitteln zu greifen, zu einer historisch längst überwundenen Politik zurückkehrte: durch die Hilfe eines Teils der Bourgeoisie die Arbeiterschaft vorwärts bringen zu wollen.

Was in gewissem Umfange möglich war zur Zeit der Kämpfe zwischen den feudalen Junkern und der fortschrittlichen Bourgeoisie, das war eine Utopie in der Zeit, wo die Junker ihr Leben als die Vorkämpfer der kapitalistischen Reaktion fristen. Und als angesichts der Inaktivität der Arbeiterklasse kam, was kommen musste, der Weltkrieg, da zeigte sich, dass die Mehrheit der Radikalen aus reinem Opportunismus die neuen Wege scheute, und dass deswegen von einem Verbleiben auf dem alten Boden keine Rede sein konnte: weil die Partei darauf verzichtete, die Arbeitermassen vorwärtszubringen, wurde sie zurückgeschleudert auf den alten Boden der Klassensolidarität. Die Revisionisten, die immer die Tendenz zu dieser Politik zeigten, rissen das Ruder der Partei an sich, und jetzt treibt sie gespalten, historisch entehrt, als Wrack auf den Wellen der Geschichte, ein Spiel ihrer Launen.

Die Linksradikalen begannen schon am historischen Tag des Zusammenbruchs der „alten bewährten Taktik“ ihren Kampf. Nicht die Ledebours, Haases, Kautskys waren es, die die Fahne der Rebellion erhoben, sondern die Linksradikalen. Als aber später, wo sich die Arbeitermassen zu rühren begannen, und so den linken Flügel des Zentrums zu Protesten gegen die neue Politik des Sozialimperialismus im Namen der alten Taktik nötigte, glaubte ein Teil der Linksradikalen, diese frondierenden Zentrumsleute weiterführen zu können, wenn sie sich mit ihnen verbänden.

Der bekannte Protest der Tausend im Juli 1915 war das gemeinsame Werk eines Teils der Linksradikalen und des linken Flügels des Zentrums. Und auf der Zimmerwalder Konferenz konnte man das Schauspiel erleben, dass ein Teil dieser Linksradikalen, die Vertreter der Gruppe, die im März 1915 das erste Heft der „Internationale“ herausgab, mit Ledebour zusammen half, die Linksradikalen Russlands, Polens, Schwedens, Hollands und des anderen konsequenten Teils der deutschen Linksradikalen niederzustimmen. Die Folge davon war die Entstehung der *Internationalen Sozialisten Deutschlands* (I. S. D.), eine geistige Gemeinschaft, die von vornherein einen Strich zwischen sich und dem Zentrum zog, und für eine selbständige Taktik der Linksradikalen focht. Sie war klein, ihr Einfluss numerisch nicht groß. Aber die jämmerliche Taktik des linken Flügels des Zentrums im Dezember 1915 nötigte auch den größeren Teil der Linksradikalen, die sich um die Zeitschrift „Internationale“ sammelten, zur Abgrenzung von dem linken Flügel des Zentrums, die in den *Leitsätzen* der Internationalen Gruppe und den *Spartacusbriefen*, erfolgte.

Darüber erst kam es zum Bruch mit den Ledebourianern. Und wenn auch einzelne Führer der Gruppe Internationale sich noch wieder der Illusion hingaben, der Bruch sei nicht endgültig, wenn andere aus Angst vor dem „ewig gestrigen“ die Vereinsamung fürchteten, so zeigten schon die nächsten Monate, dass sie irrten. Die Politik der zentrierten „Arbeitsgemeinschaft“ bewies, dass aus der „Pappe“ der alten Führerschaft kein Schwert für den proletarischen Massenkampf zu bilden ist, und andererseits sammelte sich überall, wo die Linksradikalen sich direkt an die Massen wandten, wo sie ausdauernd ihre Aufklärungsarbeit leisteten, ein tüchtiger Schlag von Arbeitern, die sich durch das Chaos und den Nebel geistig hindurchgearbeitet haben. *Heute ist ein guter Teil der Gegensätze, die zur Bildung der I. S. D. führten, die die Bremer Linksradikalen veranlassten, der Internationale Gruppe nicht beizutreten, nach unserer Meinung - wir sprechen nur im eigenen Namen - überwunden.* Die Genossen aus der

Internationalen Gruppe haben nicht nur durch ihren unermüdlichen Kampf gegen den Sozialpatriotismus, durch die unerschrockene allgemeine Aktion, durch die großen Opfer, die sie der Sache bringen, sich den Ruhm erworben, einer der besten praktischen Vortrupps der neuen Internationale zu sein, sondern sie haben durch die Losung der Beitragssperre, durch das Eintreten für höhere Kampfmittel, durch ihre Leitsätze bewiesen, dass sie nicht in der Rückkehr zum alten, nicht in passiven Protest die Aufgaben des Linksradikalismus sehen, sondern in wirklichem Kampfe für die Aktivierung der Arbeiterschaft, im Kampfe für eine neue Internationale.

Mögen sie noch den Fehler begehen, nicht ausdrücklich zu sagen, dass sie für die Spaltung sind, mögen einzelne ihrer besten Vertreter in einer erstaunlichen Anwendung von Schwäche der offiziellen Parteipresse den Rat geben, die Spaltung nicht offen zu propagieren, auch da, wo die Redakteure sie als unvermeidlich erkannt haben, mögen die „Leitsätze“ noch manche Halbheit aufweisen, mag in den Arbeiten einzelner ihrer Mitglieder die neue historische Lage des Proletariats nicht ganz klar aufgefasst sein, mögen sie noch auf internationaler Arena bedenklich mit den Zentrumselementen operieren – das Preisen der englischen pazifistischen „Independent Labour Party“, die Telegramme an Tscheidse, den Vertreter des russischen Parteizentrums in der Duma, der keinen Kampf mit den Sozialpatrioten führt – wir werden sie freundschaftlich kritisieren, aber wir erkennen in ihnen den Kern des deutschen Linksradikalismus an. Unsere Kritik der Internationalen Gruppe gegenüber entspringt keinen Konkurrenzneigungen, sondern der Einsicht, dass in dieser Zeit der tiefen Krisis, der Notwendigkeit der Neuorientierung, diese nur durch eine offene Aussprache, einen rückhaltlosen Austausch der Gedanken zu erreichen ist.

Aber dieser Austausch der Gedanken soll angesichts der mutigen Praxis der Internationalen Gruppe kein Grund zum Kampfe gegen sie sein, umgekehrt soll er nach unserer Meinung für unsere Freunde einen Weg bilden zur rücksichtslosen Unterstützung der Internationalen Gruppe in ihrem Kampfe gegen den Sozialpatriotismus und das Zentrum. Je größer ihre Verluste sind, desto mehr gilt es, sich praktisch um sie zu scharren, gemeinsam mit ihr die Aufgaben zu erfüllen, die vor den Linksradikalen stehen.

Diese Aufgaben bestehen einstweilen im Kampf um die Köpfe der Arbeiter innerhalb der Partei und um die Auswirkung der angesammelten Kraft nach außen hin. Aus der Erfüllung diesen Aufgaben wird sich die Möglichkeit und die Notwendigkeit der Aufrichtung eines eigenen Hauses für den proletarischen Sozialismus, der Schaffung einer sozialistischen Partei, die die Politik des Linksradikalismus führen wird, ergeben.

Diese Partei wird keine Sekte sein, wie die Gegner höhnen. In der Zeit der Stürme, die die Wolken am historischen Horizont ankündigen, wird sie, dank ihrer klaren Orientierung in den Wegen und Zielen des Kampfes, dank ihres Mutes und ihrer Rücksichtslosigkeit, die Führerin der Arbeitermassen sein. Sie hat schon die historische Probe bestanden, indem sie in der Zeit des größten Zusammenbruchs ihr Banner mutig aufpflanzte. Die Zeit, die sie jetzt durchlebt, ist die schwierigste. Noch nicht abgelöst von den Sozialpatrioten, ohne eigene Organisationskader, in dem Chaos wirkend, den der Zusammenbruch der alten Sozialdemokratie geschaffen hat, inmitten der Überbleibsel einer absterbenden Zeit, wo sich ihren Bemühungen die ganze Maschine der alten Partei entgegenstellt, muss sie wie Herkules schon in der Wiege mit der Hydra kämpfen.

Aber sie wird aus diesen Kämpfen siegreich hervorgehen, denn gewitzt durch die historischen Lehren des Zusammenbruchs der Jahre der Schmach, werden die Arbeiterscharen, die sich in ihren Reihen sammeln, ihren Geist zu selbständiger Arbeit anstrengen, sie werden,

indem sie der Führer beraubt, sich selbst durch das historische Dickicht hin durchzuschlagen suchen, mit jedem Tag an Kräften zunehmen.

Die Spaltung der Partei, der Kampf mit dem Zentrum, in dem Friedensduselner nur das Tohuwabohu sehen: sie sind *die Geburtswehen einer neuen Partei*, in der das Proletariat das Bewusstsein seiner Aufgaben in der Periode des Imperialismus finden wird. Je größer die Aufgaben, je größer die Hindernisse, je größer der Druck, desto größer müssen unsere Anstrengungen sein, und aus desto härterem Stahl werden die Waffen sein, die wir schmieden.

Zur Krisis in der Jugendbewegung.

Der Richtungskampf in der Sozialdemokratie hat sich auch auf die Jugendbewegung ausgedehnt. Das war unvermeidlich; denn die Richtungskämpfe der Arbeiterbewegung entspringen letzten Endes verschiedenen Interessen der verschiedenen Schichten innerhalb der Arbeiterschaft; sie sind also im Grunde Machtkämpfe. Der Kapitalismus hat wohl das Heer der Lohnproletarier geschaffen; aber er schuf es nicht als eine homogene Masse. Ist der Lohnproletarier der Fabrik von dem Lohnproletarier des Landes schon nach Tradition, Arbeitsbedingung, Lohnverhältnis, allgemeiner geistiger Verfassung und materieller Lage verschieden, so bestehen innerhalb des Fabrikproletariats nach denselben Gesichtspunkten ebenfalls die erheblichsten Unterschiede, die die Interessen der verschiedenen Schichten in verschiedene, nicht selten sogar entgegengesetzte Richtungen treiben.

Das Lohnproletariat ist keine kompakte Majorität; es ist selbst wieder ein vielgliedriger Organismus. Aus diesen Verhältnissen erklären sich die Richtungskämpfe innerhalb der Arbeiterschaft, erklärt sich vor allem die Heftigkeit, mit der sie ausgefochten werden. Zwar sind ihre Wortführer meist die sogenannten Führer; aber es ist ein verhängnisvoller Irrtum, wenn man glaubt, es handle sich dabei nur um die Führer. Ein Führer ohne Masse ist in der Arbeiterbewegung ebenso wie anderswo eine totale Unmöglichkeit. Er braucht nicht immer die Majorität hinter sich zu haben, aber auf alle Fälle kann er sich auf so viel Arbeiter stützen, die sich mit ihm solidarisch erklären, weil sie in ihm den Vertreter ihrer Interessen sehen, dass er als Führer bestehen kann. Im andern Falle ist er als Führer erledigt.

Diese Verhältnisse, die dem augenblicklichen Stand der Arbeiterbewegung das eigentümliche Gepräge scheinbar totaler Verworrenheit geben, finden sich auch in der Jugendbewegung. Auch die proletarische Jugend ist keine homogene Masse. Auch hier bewahrheitet es sich, dass der Kapitalismus kein Schusterleisten ist, der allen Arbeitern dieselbe Form gibt. Als lebendiger, stetem Wechsel unterworfenen Organismus schafft der Kapitalismus in allen seinen Formen und gesellschaftlichen Begleiterscheinungen lebendige Organismen, die, wie er selbst, dem Gesetze der Entwicklung unterworfen sind. So sehen wir die Proletarierjugend als einen vielgestaltigen und vielgliedrigen Organismus vor uns, mit ganz verschiedenen Interessen, Anschauungen, geistigen und materiellen Bedürfnissen. So erklärt es sich auch, dass die proletarische Jugendbewegung, einmal in die allgemeine Krisis hineingestürzt, die schärfsten Kämpfe in ihrem Innern und nach außen entfesseln mussten.

Es wird nun oft gesagt, dass es ein Frevel an der Jugendbewegung und vor allem an der Jugend selbst sei, wenn man sie in die Wirrungen der Arbeiterbewegung hineinspiele. Der Jugend, so wird erklärt, fehle noch die nötige Einsicht in die schwierigen Fragen, um die innerhalb der Organisationen der Erwachsenen gerungen wird; sie folge kritiklos dem, der ihr mit den radikalsten Phrasen zu dienen wisse; sie werde nur zu leicht das Opfer gewissenloser Hetzer und Demagogen. Man solle die Jugend mit diesen Streitigkeiten verschonen; es sei schon gerade schlimm genug, dass die Organisationen der Erwachsenen durch sie zersplittert und zerklüftet werden.

Die Erfahrung hat gelehrt, dass die Jugendbewegung nicht von der Krisis fernzuhalten ist, mit keinem Mittel sorgsamer Verhütung oder brutaler Gewalt. Die Krisis in der Jugendbewegung trat vielmehr schon weit früher ein als die Krisis innerhalb der Partei. Gleich nach Ausbruch der Krisis, als gewisse Führer die proletarische Jugend mit dem Feuer der nationalen Begeisterung zu taufen versuchten – das Wirken Adlers war typisch hierfür – entstanden in der Jugendbewegung die heftigsten Kämpfe; sie blieben selbst da nicht aus, wo die Jugendleiter die Teilnahme an den Bestrebungen des Jungdeutschlandbundes auch nur leise befürworteten. Ja, sogar vor dem Kriege gab es bereits eine Krisis in der Jugendbewegung. Die Kritik an dem offiziellen Jugendorgan nahm an verschiedenen Orten bedrohliche Formen an; die Proteste gegen das Überhandnehmen der Bureaucratie, des Einflusses der beamteten Erwachsenen, führten hier und dort zur offenen Auflehnung gegen das bestehende System; offizielle Jugendwanderinger, denen der Ruf besonderer Befähigung voraufging, die als warmherzige Jugendfreunde angepriesen wurden oder sich selbst anpriesen, enttäuschten bei ihrem Auftreten die Jugendlichen so gründlich, dass das Bedürfnis nach ihren ethisch-pastoralen Festreden ein für alle Mal befriedigt war. Mit einem Worte: die proletarische Jugendbewegung war längst inmitten der inneren Auflösung, als die Väter des Sozialpatriotismus mahnend und drohend den Finger erhoben, die Jugendlichen von der allgemeinen Krisis fernzuhalten.

Die Ironie des Schicksals der Sozialpatrioten aber wollte es, dass sie selbst den Kampf um die Zukunft der Jugendbewegung in die Reihen der Jugendlichen hineinbringen mussten. Nicht nur, dass sie, wie in Hamburg, Stuttgart, Berlin, den Kampf innerhalb der Jugendbewegung selbst führten, indem sie die Jugendorganisationen um den letzten bescheidenen Rest ihrer Selbstverwaltung und Selbstbestimmung zu bringen suchten; nicht nur, indem sie, wie in Hamburg, Braunschweig, ihre pädagogischen Sendboten in die Lande schickten, um die Abtrünnigen zum alten Glauben zurückzurufen; nicht nur, indem sie geheim und offen durch ihre Helfershelfer die Jugendlichen vor den bösen Jugendverderbern und Organisationszerstörern warnten: auch das offizielle Jugendorgan, die „Arbeiter-Jugend“, brachte wiederholt polemische Artikel gegen die Opposition, die, abgesehen von einem blamablen Tiefstand der Auffassung, selbst vor den schäbigsten Denunziationen nicht zurückschreckten. So sollte die arbeitende Jugend moralisch gehoben, so vor der allgemeinen Krisis bewahrt werden!

Es war von vornherein ein unsinniges Beginnen, die Jugendbewegung von den inneren Kämpfen fernzuhalten. Die Jugendbewegung war Glied der allgemeinen Arbeiterbewegung; sie musste deren Geschicke im Guten wie im Bösen teilen. Begann die Zersetzung der Arbeiterbewegung, dann konnte an diesem morschen Baume unmöglich eine Jugendbewegung als lebenskräftiger Trieb gedeihen. Der Zersetzungsprozess musste sich diesem Trieb, der den Todeskeim bereits in sich barg, als er ansetzte, naturnotwendig mitteilen. Es verriet aber auch eine namenlos niedrige Einschätzung der Jugendlichen selbst, ihrer geistigen und moralischen Fähigkeiten, wenn man beabsichtigte, sie vor dem zu bewahren, was sie wie eine gewaltige Lebenswohle täglich und stündlich umbrandete. Es hieß, sie von einem Kampfe fernhalten, der sie zur tiefsten Einsicht in das Wesen und die Bedeutung ihrer eigenen Organisationen bringen musste; es hieß, die letzte Spur von selbständigem Denken und Handeln in ihnen ertönen, wo ein weites, fruchtbares Feld der Selbsterziehung durch inneren und äußeren Kampf vor ihnen lag. Niemals trat die Tendenz der Jugendbewegung in so brutaler Offenheit zutage, wie jetzt: die Erziehung der Jugendlichen zu willfährigen Werkzeugen der Partei- und Gewerkschaftsbureaucratie. Niemals aber haben sich die Jugendlichen, geleitet von der zuverlässigen Witterung ihres proletarischen Instinktes, so energisch und rücksichtslos gegen diese entwürdigende Zumutung der Instanzen aufgelehnt. Die Unterdrückungsmaschinerie der Bureaucratie versagte bereits, noch ehe sie in vollem Umfange in Betrieb gesetzt worden war. Ihr Funktionieren scheiterte an dem lebendigen Material, das sie zwischen ihren Rädern zu Kreaturen verarbeiten wollte, ohne dass sie selbst aber nutz- und zwecklos war. Die einstige und

organisatorische Unterdrückung durch die Instanzen setzte zu spät ein. Sie war von dem größten Teil der Jugendlichen bereits erkannt, als die Bureaucratie sich noch in den beglückenden Träumen der Sicherheit wiegte.

Wie groß die Fähigkeit der Jugendlichen zur Teilnahme an den gesellschaftlichen Vorgängen ist, wird durch nichts so schlagend bewiesen als durch das patriotische Verhalten der bürgerlichen Jugend während des Krieges. Nicht allein der angeborene Tatendrang trieb diese Jugend zu Tausenden in die Freiwilligenkompagnien; ebenso stark wirkte die Begeisterung für die nationalen und politischen Ziele des Krieges. Und es ist ganz sicher, dass der Jungdeutschlandbund spätestens nach dem Kriege seinen ganzen inneren Mechanismus den Bedürfnissen des Imperialismus durch das vollkommen bewusste Mitwirken der Jugendlichen einrichten wird. Jede Störung in diesem großartigen Getriebe wird von den Jugendlichen selbst reguliert werden müssen, wenn der Bund überhaupt seine Lebenskraft bewahren soll. Die Jugendlichen selbst werden die Entscheidungen über das Wohl und Wehe ihrer mächtigen Organisation fällen müssen, und vor allem die führenden Schichten des Bundes, die Jugendlichen der am Gedeihen des Imperialismus am stärksten interessierten Großbourgeoisie, besitzen schon jetzt, durch Tradition und Erziehung, ein so hohes Maß von Selbständigkeit, dass sie jeden Unterdrückungsversuch als einen Eingriff in die gedeihliche Fortentwicklung des Bundes empfinden und abwehren werden.

Die innere Krisis der proletarischen Jugendbewegung ist das Produkt dieser Bewegung selbst, ihrer inneren Dynamik, ihres organischen Zusammenhangs mit der Partei und Gewerkschaftsbewegung. Sie wird gefördert und auf die Spitze getrieben durch dieselben Kräfte der Partei, die sie bis in das organisatorische Getriebe gebracht haben, das die Krisis aus sich heraus gebären musste. Sie wird ihr Ende finden mit dem Ende der allgemeinen Krisis der Partei- und Gewerkschaftsbewegung. Und in dieser Krisis, die ihren Höhepunkt erreichen wird in den großen äußeren Kämpfen der Arbeiterschaft, wird die proletarische Jugendbewegung in Wahrheit ein lebendiges Glied der Arbeiterbewegung werden.

Aus unserm politischen Tagebuch.

21. August.

Die Bremer Jugendorganisation ist dank dem unermüdlichen Wirken der Linksradikalen gegenüber der sozialpatriotischen „Zentralstelle“ erwacht. Sie nahm in einer Monatsversammlung folgende Resolution an:

Die Versammelten erklären: Dass die Schreibweise des „Zentralorgans der Arbeitenden Jugend Deutschlands“ nicht derartig ist, wie es für eine proletarische Bewegung erforderlich ist. Sie erwarten, dass die Arbeiterjugend gegen das Umsichgreifen der „Jugendwehr“ scharf Front macht. Die Artikel „Der Stern, der Stern“, sowie „Der Wille zur Tapferkeit“, „Wer ist ein Held“ und „Unser Vaterland“ entsprechen nicht den Anforderungen der Versammelten. Diese bringen der Zentrale in Vorschlag, jetzt mehr Artikel über folgende Themen bringen zu lassen:

1. Erziehung im Sinne des wahren Sozialismus;
2. Bekämpfung der Jugendwehr;
3. über bürgerliche Jugendbewegung (christliche sowie Jugendgewerkvereine);
4. über Jugendschutzbestimmungen. (Hierzu fordern wir die Einrichtung der Rubrik „Lehrlings-Leidenschronik“.)

Sollte die Zentrale unseren Wünschen nicht entsprechen können, so sind wir gewillt, uns von der Zentrale loszulösen, und, unseren Zielen Vertrauen entgegenbringend, unsere Sache selbst zu vertreten. Die Versammelten bitten um baldige Nachricht.

Außerdem wurde folgende EntschlieÙung angenommen:

Die Versammlung kann sich mit der Einberufung der Konferenz der Bezirksleitungen durch die Zentrale nicht einverstanden erklären. Da dieselbe von der Jugendkommission und nicht von der Jugend selbst beschickt werden soll. Da auf der Konferenz die Meinung der Jugendlichen nicht von den Jugendlichen vertreten werden kann, protestieren wir energisch gegen die Abhaltung der Konferenz der Bezirksleitungen. Lehnen gleichfalls die Abhaltung einer Jugendkonferenz für ganz Deutschland während der Kriegszeit ab.

Es ist schon jetzt vorauszusehen, dass Männer wie Schulz und Ebert sich kurzerhand über das Verlangen der Bremer Jugendorganisation hinwegsetzen werden, wie sie es mit der Hamburger, Frankfurter, Leipziger und noch vielen anderen gemacht haben.

Vorstand und Mitgliederversammlung konnten es gegenüber der bremischen Arbeiterbewegung nicht weiter mitmachen, dass man den jungen Proletarier für dumm hält und ihm nicht das Notwendigste, was er über Gewerkschafts- und Parteibewegung mit auf den Weg bekommen muss, in seiner Zeitung bietet.

Der Vorstand des Bildungsvereins richtet daher an die bremische Arbeiterschaft die Bitte, mit allen Kräften in den Betrieben, in denen junge Arbeiter beschäftigt werden, für die Sache der Jungen Garde zu wirken. Es gilt, den vielen jungen Arbeitern, welche jetzt mehr denn je der bürgerlichen Jugendbewegung zuströmen, Einhalt zu bieten und dafür zu sorgen, dass die Jugendlichen sich der Jungen Garde anschließen zum Wohle der Partei- und Gewerkschaftsbewegung, die nach dem Kriege stark und gefestigt dastehen müssen.

Beide EntschlieÙungen sind nicht nur für die bremische Arbeiterjugend, sondern auch für die Arbeiterjugend ganz Deutschlands von Bedeutung, Sie verdienen eine eingehendere Beleuchtung unter allgemeinen Gesichtspunkten.

24. August.

Eine typische *Zentrumsresolution* nahmen die *Vertrauensmänner* des Wahlkreises *Nordhausen* an:

„Die aus allen Teilen des Wahlkreises Nordhausen, Grafschaft Hohenstein, zahlreich besuchte Konferenz der Vertrauensleute der Parteiorganisationen billigt einstimmig die politische Haltung der Fraktion der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft. Sie bekundet das außerordentliche Misstrauen gegen die Politik des Parteivorstandes und der Fraktionsmehrheit, die geeignet ist, die Interessen der Arbeiterklasse zu schädigen, die Kampfkraft der Arbeiterorganisationen zu schwächen, der Verbreitung und Vertiefung sozialistischer Auffassung entgegenzuwirken. Die Vertrauensleute des Kreises Nordhausen, Grafschaft Hohenstein, sprechen ihre Überzeugung aus, dass nur der Abschluss des sofortigen Friedens, wie die europäische Kultur, so auch die deutsche Arbeiterklasse vor der Vernichtung retten kann.

Sie beauftragen den Abgeordneten des Kreises, Genossen Dr. Oscar Cohn, auch in der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft mit jedem geeigneten Mittel für die schleunigste Beendigung des Krieges zu wirken.“

Wie komisch, dass Genosse Dr. Oscar Cohn in der Arbeitsgemeinschaft mit jedem geeigneten Mittel für die schleunigste Beendigung des Krieges wirken soll; wie unsäglich komisch!

*

Wir zitieren aus einem hervorragenden *sozialpatriotischen Parteiblatt*:

„Wäre der entsetzliche Krieg nicht dazwischengekommen, hätten wir in Deutschland sicher die allerhärtesten imperialistischen Kämpfe erlebt.“

Feuilleton

Petrus na Jerusalem¹¹

Dar is mal 'n lütten Bur'n weiß, so 'n ol'n Katenmann, de hett en Koh hatt.

Nu is he mal na Kirch Sünndags, un dar predigt de Prester: Wer einfältig gibt, dem wird siebenfältig wieder vergolten werden.

As de Bur wedder to Hus kümmt, meddags, Mudder, secht he, weiß wat?

Na, wat denn, Vadder?

Ja, de Prester, de se, de einfälti gift, de kricht söbenduvvelt wedder. Nu hebbt wi je en Koh; denn will ick de den Prester hen bring'n hüt namdag. Denn kriegt wi je söben Kög wedder.

O Vadder, segt se, mens dat? Ja, secht he, de Prester hett at je vun de Kanzel predigt; dat mutt je doch wahr wesen.

Ja, Vadder, secht se, wenn du dat mens, denn do dat.

As se wat eten hebbt, do kricht de Bur sin Koh bi de Hörn un treckt dar je mit hen. Gu'n Dag, Herr Pastör, secht he, Se hebbt ja predigt hüt morgen, de enfölti gift, de kricht söbenduvvelt wedder.

Ja wul, secht de Prester, so heff ik predigt. Un dat is uk wahr. Ja, secht de Bur, un nu dach'n wi, wi wull'n den Herrn Pastör'n us en Koh geben; denn seg'n uns' Herrgott uns dat je söbendavvelt wedder.

Süh, dat is je schön, secht de Prester, vel'n Dank! Denn reck er man in'n Stall un binn ehr bi min Kög an. De Prester hett söben Kög hatt.

Abens, da lat se de Köh je ut to'n Börn 'n, un do nimmt de frömm Koh – de het immer bet'n Kantüffelschell kregen to Hus un 'n beten i'n Emmer – den Stert up'n Nacken un dat vun de Hofstell raff, na ehr'n Stall wedder hen. Un den Prester sin söben Kög' wo een Koh hengeiht, dar gaht se je immer all' hen –, de lopt all' achter ehr an.

De Bur hett de Port un de Stall'ndör al apen stell't vorher, un do de ganz Schör dribens na'n Stall herin. Un de Bur binn't ehr all' an. Süh, Mudder, segt he, de Prester het richti wahr secht. Nu hebbt wi uns' Koh al söbenduvvelt wedder.

¹¹ Diese Erzählung ist mit Erlaubnis des Verlags Eugen Diederichs der Sammlung „Deutsche Volksmärchen“ entnommen. Die Sammlung veranstaltete W. Wisser. Sie enthält zum größten Teil Märchen, die der Herausgeber auf seinen Streifzügen durch das Holsteinische selbst sammelte. Wir brauchen das Buch nicht besonders zu empfehlen, es ist eine Gabe voll derbköstlichen Volkshumors.

Dat durt ne so lang', da kümmt den Prester sin Köksch; se schall de Köh' wedderhal'n. Ne, secht de Bur, se schall man to ehr'n Herrn segg'n. de Kög', dat wer'n sin, de gev he ne wedder raf.

De Dern, de bestellt dat je, un do kümmt de Prester sülb'n.

Na, wat hett dat denn to bedüd'n? So geiht dat doch man ne!

Ja, Herr Pastör, secht de Bur, de Kög' kriegt Se ne wedder, de het un's Herrgott mi toschickt. Se wet je doch, wat Se predigt hebbt.

Ja, ne, secht de Prester, so het he dat je ne meent.

Ja, secht de Buhr, denn kann 'n dar je gar ne up to Wark gahn, wat Se segg'n dot, wenn Se dat gar ne so meent. Denn kann 'n Ehr na dissen je nicks mehr to glöben.

De Prester kann je nicks mit den Burn upstell'n, un sin Wort kann he ok je ne unmünni maken; na, secht he toletzt, denn wi' 'k di wat segg'n. De morn fröh toers den annern 'gun Morgen secht, den schüllt de Kög' tohörn. He denkt je, he will den ol'n Bur'n anföhrn.

Ja, man to! secht de Bur. Dat go ik ünner. Nu will de Prester je nich to lang' slapen, un do secht he to de Mamsell – dat's so'n smuck Dern weiß, de em den Husstand föhrt –, se schall em morn fröh betits wecken.

De ol Buhr is awer noch klöker; de geiht gar nich ers to Bett, de makt sik al üm midd'n Nacht ut'n up'n Steg.

Nu hett de Prester so'n grot Linn'nböm hatt vör sin Kökenfinstern, un na de en Linn', dar kladdert de Bur sik herin, dat he grad' na de Kök rin kiken kann, un dar geiht he in sitten.

Klock hen to dre, do kümmt de Dern je up un weckt den Prester. Un do geiht se na Kök un bött Für an. De Prester schall je ers 'n Taß Kaffi hebb'n.

As de Prester sik antrocken hett, do kümmt he dar uk in de Kök an. Na, secht he, is de Kaffi bald trech?

Ja, glik in 'n Ogenblick, secht se. Nu kricht he ers dat Dammeln mit de Dern, un toletzt, do secht he: Du, schall Petrus ne ers mal na Jerusalem fahrn?

Na, de Dern hett dor uk je wul över wesen mücht, un do lat se Petrus denn je ers mal na Jerusalem fahrn.

De ol Bur – de hett je vun baben to in't Finster kiken kunnt –, de sücht sik dat Spillwark je mit an. Un hett dat uk je all mit anhört. Dat en Finster hett apen stahn.

As se dar mit dör sünd, de beiden, do makt de Prester de Kötendör apen un will mal utkiken, wat de Bur uk wul al to sehn is.

He het de Dör man ers half apen: Gun Morgen, Herr Pastör! röppt he baben in'n Bom.

Gun Morgen, gun Morgen! secht de Prester. Wat, büß *du all dar*?

Ja, secht he, ik wer hier al, as Petrus na Jerusalem fahren dee.

Man still, man still! secht de Prester. Sech man niks na! Da Kög' sünd din.

Do hett de ol Bur den Prester sin Kög' je all' söben behol'n kunnt. Do hett he sin Koh je richtig söbenduvvelt betahlt kregen.

Inwiefern ein Fürst sein Wort halten muss.

Aus Macchiavellis „Buch vom Fürsten“.

Jedermann weiß, wie lobenswert es ist, wenn ein Fürst sein Wort hält und rechtschaffen lebt, nicht mit List. Dennoch sieht man aus der Erfahrung unserer Tage, dass diejenigen Fürsten, welche sich aus Treu und Glauben wenig gemacht haben, und mit List die Gemüter der Menschen zu betören verstanden, große Dinge ausgerichtet und am Ende diejenigen, welche redlich handelten, überwunden haben. Wisset also, dass es zwei Arten gibt zu kämpfen: eine durch die Gesetze, die andere durch Gewalt – das erste ist die Sitte der Menschen; das zweite die Weise der Tiere. Oft aber reicht das Erste nicht zu, und so muss zu der zweiten Manier gegriffen werden. Einem Fürsten ist daher nötig, den Menschen und das reißende Tier spielen zu können. Diese Lehre wird von den Alten dadurch angedeutet, dass sie berichten, wie Achilles und viele andere Helden vom Centauren Chiron aufgezogen und unterwiesen wurden. Einen solchen Lehrer haben, halb Mensch, halb Tier, heißt nichts anderes, als dass ein Fürst beide Naturen, die menschliche und die tierische, gut zu gebrauchen wissen soll, weil eine ohne die andere nicht lange besteht. Weil es dann notwendig ist, dass ein Fürst sich darauf verstehe, die Bestie zu spielen, so muss er beides davon nehmen, den Fuchs und den Löwen; denn der Löwe entgeht den Schlingen nicht, und der Fuchs kann sich gegen den Wolf nicht wehren. Die Fuchsgestalt ist also nötig, um die Schlingen kennen zu lernen, und die Löwenmaske, um die Wölfe zu verjagen. Diejenigen, welche sich allein darauflegen, den Löwen zu spielen, verstehen es nicht. Ein kluger Fürst kann und darf sein Wort nicht halten, wenn die Beobachtung desselben sich gegen ihn selbst kehren würde, und die Ursachen, die ihn bewegen haben, es zu geben, aufhören. Wenn die Menschen insgesamt gut wären, so würde dieser Rat nichts wert sein. Da sie aber nicht viel taugen, und ihr Wort gegen dich nicht halten, so hast du es ihnen auch nicht zu halten: und einem Fürsten kann es nie an Vorwand fehlen, wenn er es bricht. Hiervon könnte man viele neue Beispiele anführen und zeigen, wie viele Friedensschlüsse, wie viele Versprechungen durch die Untreue der Fürsten vereitelt sind und dass derjenige, der den Fuchs am besten zu spielen gewusst hat, auch am weitesten kommt. Aber es ist notwendig, sich darauf zu verstehen, wie diese Eigenschaft beschönigt wird, stark in der Kunst zu sein, sich zu verstecken und zu verlarven. Die Menschen sind so einfältig und hängen so sehr von dem Drucke des Augenblicks ab, dass derjenige, der sie hintergehen will, allemal jemand findet, der sich betrügen lässt. Ein einziges Beispiel will ich hier anführen, Papst Alexander der Sechste tat gar nichts anderes als betrügen, dachte an nichts anderes und fand immer Leute, die sich anführen ließen. Niemals hat jemand eine größere Fertigkeit gehabt, zu versichern und mit großen Schwüren zu beteuern und weniger zu halten. Dennoch gelangen ihm seine Anschläge, Hinterlisten nach Wunsch, weil er die Welt von dieser Seite gut kannte. Ein Fürst muss also nicht die vorhin beschriebenen Tugenden haben, wohl aber das Ansehen davon. Ich wage es zu behaupten, dass es sehr nachteilig ist, stets redlich zu sein: aber fromm, treu, menschlich, gottesfürchtig, redlich zu scheinen ist sehr nützlich. Man muss sein Gemüt so bilden, dass man, wenn es notwendig ist, auch das Gegenteil davonvorbringen könne. Ein Fürst, und absonderlich ein neuer Fürst, kann nicht immer alles das beobachten, was bei anderen Menschen für gut gilt; er muss oft, um seinen Platz zu behaupten, Treue, Menschenliebe, Menschlichkeit und Religion verletzen. Er muss also ein Gemüt besitzen, das geschickt ist, sich so, wie es die Winde und wechselnden Glücksfälle fordern, zu wenden, und zwar nicht eben den geraden Weg allemal verlassen, so oft es Gelegenheit dazu gibt; wohl aber

den krummen Weg betreten, wenn es sein muss. Ein Fürst muss sich daher wohl hüten, dass nie ein Wort aus seinem Munde gehe, das nicht von obgedachten fünf Tugenden zeugt. Alles, was von ihm herkommt, muss Mitleid, Treue, Menschlichkeit, Redlichkeit, Frömmigkeit atmen. Nichts aber ist notwendiger als der Schein der letztgenannten Tugend. Denn die Menschen urteilen im Ganzen mehr nach den Augen als nach dem Gefühle. Die Augen hat jeder offen; wenige haben richtiges Gefühl. Jeder sieht, was du zu sein scheinst; wenige merken, wie du beschaffen bist, und diese Wenigen wagen es nicht, der Stimme des großen Haufens zu widersprechen, denen der Glanz großer Würde immer für einen Grund der Bewunderung gilt. Bei den Handlungen der Menschen, absonderlich der Fürsten, welche keinen Gerichtshof über sich anerkennen, wird immer auf den Endzweck gesehen. Der Fürst suche also nur sein Leben und seine Gewalt zu sichern: die Mittel werden immer für ehrenvoll gelten und von jedermann gelobt werden; denn der große Haufe hält sich stets mit dem Scheine und mit dem Ausgange. Die ganze Welt ist voll von Pöbel, und die wenigen Klügern kommen nur zu Worte, wenn es dem großen Haufen, der in sich selbst keine Kraft hat, an einer Stütze fehlt. Ein Fürst unserer Zeit, den ich besser nicht nenne, predigt nichts als Frieden und Treue und wäre doch um seine Herrschaft gekommen, wenn er sie selbst beobachtet hätte.

Fichte (1762–1814) über Macchiavelli.

Macchiavelli ruht ganz auf dem wirklichen Leben und dem Bilde desselben, der Geschichte, und alles, was der feinste und umfassendste Verstand und praktische Lebens- und Regierungsweisheit in die Geschichte hineinzulegen und eben darum wieder aus ihr heraus zu entwickeln vermag, leistet er mustermäßig und, wie wir zu glauben geneigt sind, vorzüglich vor den andern neueren Schriftstellern seiner Art.

Zeugen und Rufer.

Wenn es darauf ankommt, die treibenden Mächte zu erforschen, die bewusst oder unbewusst hinter den Beweggründen der geschichtlich handelnden Menschen stehen und die eigentlichen letzten Triebkräfte der Geschichte ausmachen, so kann es sich nicht so sehr um die Beweggründe bei einzelnen, wenn auch noch so hervorragenden Menschen handeln, als um diejenigen, welche große Massen, ganze Völker und in jedem Volk wieder ganze Volksklassen in Bewegung setzen; und auch dies nicht momentan zu einem vorübergehenden Aufschnellen und rasch verlodernden Strohfeuer, sondern zu dauernder, in eine große geschichtliche Veränderung auslaufenden Aktion. Die treibenden Ursachen zu ergründen, die sich hier in den Köpfen der handelnden Massen und ihrer Führer der sogenannten großen Männer als bewusste Beweggründe klar oder unklar, unmittelbar oder in ideologischer, selbst in verhimmelter Form widerspiegeln –, das ist der einzige Weg, der uns auf die Spur der die Geschichte im Ganzen und Großen, wie in den einzelnen Perioden und Ländern beherrschenden Gesetze führen kann. Alles, was die Menschen in Bewegung setzt, muss durch ihren Kopf hindurch; aber welche Gestalt es in diesem Kopfe annimmt, hängt sehr von den Umständen ab. Die Arbeiter haben sich keineswegs mit dem kapitalistischen Maschinenbetrieb versöhnt, seitdem sie die Maschinen nicht mehr, wie noch 1848 am Rhein, einfach in Stücke schlagen.

Engels, Ludwig Feuerbach (1886).

Das Verhältnis des Fabrikanten zum Arbeiter ist kein menschliches, sondern ein rein ökonomisches. Der Fabrikant ist das „Kapital“, der Arbeiter ist die „Arbeit“. Und wenn der

Arbeiter sich nicht in dieser Abstraktion hineinzwängen lassen will, wenn er behauptet, dass er nicht „die Arbeit“, sondern ein Mensch ist, der unter anderm auch die Eigenschaft des Arbeiters hat, wenn er sich einfallen lässt zu glauben, er brauche sich nicht als „die Arbeit“, als Ware im Markte kaufen und verkaufen zu lassen, so steht dem Bourgeois der Verstand still. Er kann nicht begreifen, dass er mit den Arbeitern noch in einem andern Verhältnis steht als in dem des Kaufs und Verkaufs.

Engels, Die Lage der arbeitenden Klassen Englands (1845).

Lumpentum.

Die reichen Leute, die gewinnt
man nur durch platte Schmeichelei'n
Das Geld ist platt, mein liebes Kind,
und will auch platt geschmeichelt sein.

Das Weihrauchfass, das schwingt keck
vor jedem göttlich goldnen Kalb;
bet an im Staub, bet an im Dreck
vor allem aber lob nicht halb.

Das Brot ist teuer dieses Jahr,
jedoch die schönsten Worte hat
man noch umsonst. Besinge gar
Mäcenas Hund, und friss dich satt!

Heine

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Lüth);
sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 11/1916

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

1. Jahrg.

Bremen, den 2. September 1916.

Nr.11

Redaktion und Expedition: Waller Heerstraße Nr. 52. (Eing. Torweg).

Erscheint wöchentlich einmal.

Preis pro Nummer 15 Pfg.

Der Bittgang der Sozialpatrioten.

Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie richtet an die deutsche Regierung eine Petition, in der ihr bezeugt wird, dass sie den Feinden die Friedenshand gereicht hat, ohne jedoch Gegenliebe bei ihnen zu finden. Weiter werden alle Annexionen grundsätzlich abgelehnt, der Krieg dargestellt als deutscherseits für die Unabhängigkeit, Unversehrtheit des Reiches, sowie für die Freiheit der wirtschaftlichen Entwicklung geführt. Nur wenn diese Bedingungen von den Feinden garantiert werden, soll die Regierung Frieden schließen. Wenn nicht, dann gilt es eben durchzuhalten.

Diese Petition stellt den Rückzug des Sozialimperialismus auf die sozialpatriotische Linie dar. Das hat *Paul Lensch* sofort herausgefunden. Während die übrigen Sozialimperialisten aus taktischen Gründen die Petition unterstützen, erklärt der sozialimperialistische Durchbruchstaktiker, der auf so kleinliche Manöver wenig gibt, den Beschluss des Parteiausschusses, auf Grund dessen die Petition stattfindet, als einen „Rutsch zur Opposition“ (Heft 21 der „Glocke“, 2. Jahrgang). Er erinnert den Parteiausschuss an die Leitsätze vom August 1915. Und das mit vollem Recht. In diesen Leitsätzen wurde als Kriegsziel der deutschen Arbeiterklasse nicht nur die Unversehrtheit und Unabhängigkeit Deutschlands, sondern auch Österreichs und der Türkei, die Freiheit der Meere, die offene Tür in allen Kolonien gefordert: die Annexionen wurden nicht „grundsätzlich“ abgelehnt. Der Kampf für die Freiheit der Meere bedeutet jedoch den Kampf für die Niederringung der englischen Seeherrschaft; die offene Tür in allen Kolonien kann nur errungen werden durch die Nötigung Frankreichs und Russlands, in ihren Kolonien das Schutzzollsystem abzubauen; die Garantie der Unversehrtheit Österreichs und der Türkei durch deutsche Waffen war nur ein Bekenntnis zum imperialistischen Programm Mitteleuropas. Durch das Fehlen der grundsätzlichen Ablehnung der Annexionen sollte freie Hand gewonnen werden für die Stellungnahme zu den Formen der indirekten Angliederung fremder Gebiete, zur Bildung eines Pufferstaates im Osten, zur Herstellung militärischer und wirtschaftlicher Sicherungsmaßregeln in Belgien. Natürlich genügte auch dieses Programm den konsequenten Sozialimperialisten noch nicht, die das volle und klare Bekenntnis zum Imperialismus fordern; aber selbst die „Post“, das Bannerorgan der Imperialisten, begrüßte die Leitsätze vom August 1915 als einen guten Anfang. Jetzt begnügt sich der Parteiausschuss und der Parteivorstand mit einem rein sozialimperialistischen Bekenntnis zum status quo. Unabhängigkeit, Unversehrtheit? Das Wesen und die Ziele des Imperialismus sind positiverer Art.

Nur das Wort von der „Freiheit der wirtschaftlichen Entwicklung“ ist als der bekannte kleine Finger geblieben, den man einem gewissen Jemand nur zu reichen braucht, damit er die ganze Hand nimmt.

Und dieser gewisse Jemand meldet sich denn auch bereits. Diesmal in der Person des Grafen Reventlow, der in der „Deutschen Tageszeitung“ vom 18. August in folgender Weise über die Sozialpatrioten urteilt:

Auch wir verlangen als zu erreichendes Kriegsziel nichts als die politische Unabhängigkeit des Deutschen Reiches, als seine territoriale Unversehrtheit und alle Bedingungen, welche ihm seine wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit gewährleisten.

Aber, aber ...

Wir sehen von aller Polemik ab und möchten den Sozialdemokraten, welche diese Bedingungen stellen, nur die Frage nahelegen, ob sie wirklich glauben, dass Dinge wie die politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit möglich sind und sein werden, ohne das Reich auch seiner Grenzen und seiner Küstenstellung nach auf eine entsprechende Grundlage zu stellen. Der deutsche Reichskanzler hat vor einer Reihe von Monaten gesagt: einen status quo gebe es nicht mehr. Wir unterschreiben dieses Wort. Der neue status quo muss derart sein, dass er dem deutschen Reiche und Volke politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit gewährleistet. Um diesen Eierkuchen zu machen, müssen die erforderlichen Eier zerschlagen werden.

So Graf Reventlow. Es ist in der Tat leicht, die Inkonsequenzen der armen Herren Ebert und Legien zu beleuchten, wo ihm das imperialistische bürgerliche Publikum umjubelt, wenn er konsequent den imperialistischen Standpunkt entwickelt. Es ist auch für Herrn Lensch leicht, über die „so wenig frische und fast zaghafte Haltung des Parteivorstandes“ zu rasonieren, wo er als freier Konsequenzenmacher keine Sorgen mehr hat. Der sozialpatriotische Parteivorstand ist ganz gewiss intelligent genug, um zu wissen, dass man in der Ära der imperialistischen Politik entweder nach vorne blicken und um den Sozialismus kämpfen oder sich auf den Boden des Imperialismus stellen muss. Er ist intelligent genug, um zu wissen, dass es kein Beharren in den Rahmen eines unabhängigen Reiches gibt, das sich durch Verträge die Freiheit der wirtschaftlichen Entwicklung sichert, wo die übrigen Staaten Stücke der Welt an sich reißen. Es gibt nur die Überwindung des Imperialismus oder die Unterwerfung unter seine Macht. An die Möglichkeit der Überwindung glauben die Herren Sozialpatrioten nicht und wollen wegen des Risikos eine entsprechende Politik nicht einmal versuchen: Da bleibt nur die Unterwerfung. Und sie haben sich am 4. August 1914 löblich unterworfen. Im August 1915 aber haben sie in den Leitsätzen das Banner des Imperialismus gehisst. Aber der Krieg dauert bereits zwei Jahre, und immer größere Massen der Parteigenossenschaft wenden sich von der Politik des Parteivorstandes ab. Diesen Abbröckelungsprozess gilt es aufzuhalten, im eigenen Interesse wie im Interesse des Imperialismus; und das suchen die Herren Legien und Ebert zu erreichen, indem sie an Stelle der sozialimperialistischen die sozialpatriotische Fahne aufziehen. Wer will, dass sein Land abhängig, zerschnitten, in der Entwicklung aufgehalten wird? Niemand! Also – so spekulieren sie – werden uns die Massen wieder zuströmen. So dachten die „Realpolitiker“ des Sozialimperialismus, als sie den Petitionsrummel inszenierten.

In manchen Punkten haben sie freilich gut gerechnet. Die sog. Opposition in der alten Reichstagsfraktion, jene tapferen Männer, die unentwegt bei den Etatabstimmungen aus dem Saal flüchten und den Sozialismus durch „Disziplin“ vertreten, haben sofort zur Unterstützung der sozialpatriotischen Petition aufgefordert. Aber nicht genug: die „*Leipziger Volkszeitung*“, das Organ der Arbeitsgemeinschaft, erklärt treu und bieder: „Mit dem Ziel dieses

Aufrufes und der Eingabe des Parteivorstandes kann sich auch die Opposition einverstanden erklären. Nicht aber mit allen Einzelheiten des Aufrufs. Doch sehen wir angesichts des gemeinsamen Zieles davon ab, unsere Einwände gegen jede Einzelheiten jetzt geltend zu machen.“ Mein Liebchen, was willst du noch mehr? Auf diese Weise die Erklärung des Parteizentrums zu bekommen, dass es in der Hauptfrage der Politik mit den Sozialpatrioten einverstanden ist und nur gegen Einzelheiten Einwendungen hat! Mit diesen Knappen kann der Parteivorstand zufrieden sein.

Aber noch mehr: die „*Bremer Bürger-Zeitung*“, das Organ der Herren Ebert und Müller, in welchem der Abg. Henke die Massen über seine Zugehörigkeit zum Parteizentrum täuscht, dieser tapfere Held, der den Genossen Liebknecht und Rühle einstmals sein Wort verpfändete, mit ihnen tun zu wollen und es sich unter dem durchschlagenden Grunde zurückerbettelte, dass er aus Rücksicht auf Weib und Kinder nicht mittun könne, der den Bremer Arbeitern vorflunkert, er wolle die Einigung der Linken und dabei im Parteivorstand die Frage stellte, die er öffentlich bereits angedeutet hatte, ob es möglich sei, dass die beiden seiner Kollegen, die an der Gründung der „*Arbeiterpolitik*“ beteiligt seien und an ihr mitarbeiteten, auch zugleich in der Redaktion der „*Bremer Bürger-Zeitung*“ sitzen könnten, der die Polemik der Linksradikalen gegen das Parteizentrum kurzerhand unterbindet, nachdem er die Fußtritte der Sozialpatrioten monatelang erduldet, der in der entscheidenden Frage der Parteispaltung öffentlich, zum höchsten Wohlgefallen des Parteivorstandes, von den Linksradikalen abrückte, weil er wusste, dass das öffentliche Eintreten für die Spaltung den Bruch mit den Sozialpatrioten, und also auch mit seinen Arbeitgebern Ebert und Müller bedeuten würde, der, um die Massen der kleinbürgerlichen Wähler nicht zu verlieren, sich um jede klare Entscheidung herumdrückt: das alles und noch mehr zum Gaudium der Sozialpatrioten, mit denen er liebäugelte, während er zur Mundtotmachung der Linksradikalen wesentlich beitrug: die „*Bremer Bürger-Zeitung*“, das Organ der Herren Ebert und Müller und ihres Angestellten, des Abg. Henke, fand bis heute kein Wort der grundsätzlichen Kritik an dem Aufruf des Parteivorstandes, warnte mit keiner Silbe vor dem Scheinmanöver, mit dem der Parteivorstand die Massen aufs Neue zu gewinnen trachtet. Selten hat sich der Scheinlinksradikalismus des Abg. Henke so unverkennbar in seiner zentrierten Blöße gezeigt, wie in dieser stillschweigenden Unterwerfung unter den Willen der Sozialpatrioten im Parteivorstand. Aber den Knospen der Freude über diese zentrierte Geneigtheit zu einer gemeinsamen Politik mit den Sozialpatrioten ist nicht beschert aufzugehen.

Die Massen erkennen mehr und mehr das Techtelmechteln des Zentrums mit den Sozialpatrioten, trotz aller radikalen Phrasen. Und Abgeordnete, die da meinen, ihre Stellung durch Unentschiedenheit der Haltung sichern zu können, irren sich in doppelter Hinsicht. Weder werden sie die kleinbürgerlichen Wähler gewinnen, denn ihnen geht jedes Abweichen vom Pfad der Vaterlandsverteidigung schon zu weit, noch wird ein Linksradikaler ihnen ihre Stimme geben, denn sie geben auf radikale Worte keinen Deut, wenn sie nicht das Ergebnis radikaler Taten sind. Die Tage der zentrierten Abgeordneten sind gezählt. Das mögen sich selbst die gewiegtsten Demagogen vom Schlage eines Henke gesagt sein lassen. Wer das Vertrauen der Arbeiter gewinnen will, muss ihnen jetzt, in ihrer schwersten Zeit, unter Opfern kämpfend vorangehen; aber er darf sie nicht erst um ihre Zustimmung bitten, darf nicht die Verhältnisse, d. h. die ändern für sich arbeiten lassen in der Hoffnung, sich dann in ein wohlberechtigtes warmes Nest setzen zu können. Der Linksradikalismus bereitet keine solchen Nester. Sein Boden ist hart und unbequem und ein eisigrauer Wind fegt über ihn hinweg. Die behäbige Ruhebedürftigkeit findet sich auf ihm nicht zurecht.

Es ist wahr, dass den oppositionellen Massen eine klare Einsicht in die sozialpatriotischen Winkelzüge noch fehlt, weil sie das Wesen der historischen Situation noch nicht klar erfassen. Aber mit dem Schrei: Gegen die Annexionen! dem sich auch das Parteizentrum anschließt,

kann man sie nicht gewinnen. Sie werden nicht danach fragen, was die Antiannexionisten schreien, sondern was sie tun. In dieser Hinsicht sind die Vorderreihen der Arbeiterschaft weiter als die Staatsmänner des Parteizentrums. Dass dem so ist, zeigte, um nur ein Beispiel zu nennen, die Braunschweiger Parteigenossenschaft, die sich weigerte, die Bittschrift zu unterzeichnen.

Nun handelt es sich nicht darum, dass man sich lächerlich macht, wenn man die Bourgeoisie und die Regierung ersucht, sie möchten ihre Politik doch nach den Wünschen der Arbeiterklasse einrichten. Es handelt sich darum, dass der Grundgedanke der Bittschrift sozialpatriotisch und als solcher abzulehnen ist. Es ist eine Unwahrheit, wenn Heilmann, der Leiter der „Chemnitzer Volksstimme“, in Nr. 20 der „Glocke“ behauptet, die entschiedene Opposition halte die Niederlage Deutschlands für nützlich und erstrebenswert. Das ist eine vollkommene Verkennung des Standpunktes der entschiedenen Opposition, der Gruppe Internationale wie der Internationalen Sozialisten Deutschlands. Nach ihrer Überzeugung kann die Arbeiterklasse weder für den Sieg noch für die Niederlage einer der Koalitionen die Verantwortung übernehmen noch sich mit frommen Wünschen begnügen – wie es das Zentrum tut –, dass niemand siege. Die entschiedenen Internationalisten arbeiten für den Sieg der Arbeiterklasse, der jedes Volk vor den Folgen des Imperialismus bewahren würde, indem er die Quellen des Imperialismus, die kapitalistischen Gegensätze, aufheben wird. Von diesem Standpunkte aus lehnen sie die „Bedingungen“ der sozialpatriotischen Petition ab.

Staat, Nation, Imperialismus und Sozialdemokratie.

Die Fragen.

Für die west- und mitteleuropäische Arbeiterklasse schien es vor dem Kriege keine nationalen Fragen mehr zu geben. Mitleidig schaute man auf die Österreicher und Russen, bei denen es national rumorte. Man wunderte sich, warum sich die Proletarier dieser Länder eigentlich noch mit dem „nationalen Spektakel“ so viel abgaben. Nun hat der Weltkrieg auch das Proletariat Mittel- und Westeuropas vor die nationalen Fragen gestellt. Wenn es auch eine historische Legende ist, dass der Zusammenbruch der zweiten Internationale in der Überwältigung der Parteien durch nationale Gefühle besteht, beginnt und endet jetzt in den geistigen Kämpfen um eine neue Politik der Internationale jede Auseinandersetzung mit der Frage: alles schön und gut, aber *wie stellt ihr euch zur Frage der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit?* Wenn das der Fall in der Arbeiterklasse der Nationen ist, die staatlich frei sind, so hat der Krieg im Osten eine Reihe schon in Gärung begriffener Völker von unten auf aufgewühlt, das internationale Proletariat hat zur Frage der Bildung von Nationalstaaten Stellung zu nehmen. Gleichzeitig ist die Existenz von Kleinstaaten in Frage gestellt und wieder ist es die Frage ihrer Wiederherstellung oder Einverleibung, die eine Klärung erfordert. Und neben der Tendenz zur Einverleibung fremdnationaler Gebiete ist eine andere zum Zusammenschluss großer imperialistischer Staaten in mehr oder minder klarer Form sichtbar.

Flinke Geister haben für die Beurteilung aller dieser Fragen die Losung: Selbstbestimmungsrecht der Völker, die auch, wenn sie richtig und ausführbar wäre, nur den Vorbehalt ausdrücken würden, dass den Völkern selbst die Lösung der Fragen ihrer Existenz vorbehalten werden muss, dass keine fremde Gewalt sie willkürlich lösen darf. Aber für welche Lösung der Fragen die Sozialdemokratie vor dem Forum der Völker eintreten, welches Banner sie selbst aufpflanzen soll, das besagt diese allrettende Losung nicht. Andere flinke Geister klammern sich an die Erkenntnis, dass jetzt nicht der Wille der Völker ihre Geschichte regiert,

sondern dass es die Kanonen sind, die darüber entscheiden, und sie halten jedes weitere Nachprüfen des Urteils der Kanonen für Kinderei.

Was brauchen die Cunow, Lensch, Winnig, Cohen „Grundsätze“ zu haben, wenn die Kanonen brüllen! Wenn es trotzdem manchmal scheint, als hätten sie mit ihrem Gepolter Recht gegen das Gejammer der Ledebour und Haase über das vergewaltigte Selbstbestimmungsrecht, so weil jeder denkende Arbeiter fühlt, dass man bei großen historischen Entscheidungen, wie sie der Weltkrieg mit sich bringt, mit dem Pochen auf allgemeine Rechte nicht auskommt, dass die Arbeiterklasse ein historisch begründetes Urteil haben muss, und erst von ihm ausgehend zu den konkreten Fragen Stellung nehmen kann. Die Grundsätze, die sie in nationalen Fragen zu wahren hat, sind nichts anderes als die Erkenntnis ihrer jeweiligen internationalen Interessen. In erster Linie handelt es sich also um die Erkenntnis des allgemeinen Charakters einer historischen Epoche, die die Arbeiterklasse vor gewisse Aufgaben stellt. Diese Erkenntnis wird uns gleichzeitig den Weg zur Lösung der gestellten Aufgaben zeigen.

Die Bildung des Nationalstaates und die Sozialdemokratie.

1. Die Einigung Frankreichs und Englands.

Die nationale Frage stand vor den Denkern der jungen europäischen Arbeiterklasse in der Mitte des 19. Jahrhunderts als Frage von dem Kampf um die nationale Unabhängigkeit Deutschlands. Diese Frage war ein Überbleibsel, ein Spätling der seit dem 15. Jahrhundert mit dem Aufkommen des Kapitalismus sich durchsetzenden Tendenz zur Bildung großer wirtschaftlicher Territorien. „Die Bourgeoisie hebt mehr und mehr die Zersplitterung der Produktionsmittel, des Besitzes und der Bevölkerung auf. Sie hat die Bevölkerung agglomeriert, die Produktionsmittel zentralisiert und das Eigentum in wenigen Händen konzentriert. Die notwendige Folge hiervon war die politische Zentralisation. Unabhängige, fast nur verbündete Provinzen mit verschiedenen Interessen, Gesetzen, Regierungen und Zöllen wurden zusammengedrängt in eine Nation, eine Regierung, ein Gesetz, ein nationales Klasseninteresse, eine Duanenlinie (Zolllinie).“

So stellte Karl Marx im Jahre 1847 im *Kommunistischen Manifest* die Tendenz zur Bildung des „Nationalstaates“ dar, wie sie in England und Frankreich bereits verwirklicht war. Die Grundlage dieser Tendenz bildete das bürgerliche Interesse an einem großen einheitlichen Produktions- und Absatzgebiet. Dass die Menschen, die auf diesem, gewöhnlich geographisch geschlossenen Gebiete eine und dieselbe Sprache sprechen, war für die Bourgeoisie Frankreichs und Englands in der Zeit, in der sich die Bildung ihres Staatswesens zuerst unter der Leitung des absoluten Königtums, dann durch die Revolution vollzog, keinesfalls eine unumgängliche Notwendigkeit. Die englische Bourgeoisie ließ sich durch die fremde Nationalität der Iren von ihrer Einverleibung nicht abhalten, als einerseits das Interesse der stark verbürgerlichten Junker nach Grund und Boden, andererseits die Angst vor der Existenz eines Staates, der, im Rücken Englands liegend, die Herrschaft der englischen über die Seewege bedrohen würde, die Eroberung Irlands als vorteilhaft erscheinen ließ. Und weder der französische Absolutismus noch die französische Bourgeoisie nahm Anstoß an der deutschen Nationalität von Elsass-Lothringen, ja des ganzen linken Rheinufer, die sie für eine bessere strategische Grenze hielten als die Vogesen.

Überhaupt handelte es sich für die junge Bourgeoisie nicht um die Bildung des nationalen Staates, sondern des Staates überhaupt, als eines Instrumentes zur Förderung ihrer Entwicklung. Dass dieser Staat in England und Frankreich Menschen beherbergte, die in ihrer Mehrheit eine Sprache sprechen, war das Resultat der Tatsache, dass während der Völkerwanderungen die Stämme, Gebiete, die eine geographische Einheit bildeten, auszufüllen, ganz zu besetzen suchten; nicht aus Einsicht in die Vorzüge des zukünftigen Nationalstaates, sondern

dem Drucke der Ereignisse folgend: die natürlichen Grenzen waren auch die besten Abwehrgrenzen. Natürlich war die Gleichsprachigkeit der Bewohner eines Gebietes ein wichtiges Moment der wirtschaftlichen Entwicklung: sie förderte den Verkehr. Wo er aber über diese Sprachgrenze hinausging, oder die Sprachgrenze sich mit der Zeit nicht als die beste strategische Grenze herausstellte, suchte sich die Bourgeoisie schon in diesen Muster-Nationalstaaten über die Grenzen der Nation hinaus auszubreiten. Der Begriff der Nation bildete sich überhaupt erst viel später heraus, als die kapitalistische Wirtschaftsweise wirklich das ganze Gebiet des Staates durchgeackert hatte, als die Mehrheit der Bewohner an der Politik teilzunehmen begann.

Wie war die Haltung des Proletariats der Bildung des Nationalstaates in Frankreich und England gegenüber? Die Bourgeoisie war erst im Entstehen begriffen, der zentralisierte Staat sollte doch ihre Stütze sein. Der erst entstehenden Bourgeoisie entsprach ein völlig unentwickeltes Proletariat, ein Proletariat, das erst im Entstehen begriffen war. Es entstand aus Bauern, die vom Grund und Boden vertrieben waren, aus Lehrlingen, die die Hoffnung, einmal Meister zu werden, verloren hatten, aus Häuslern, die sich von dem kleinen Stückchen Erde nicht ernähren konnten und sich deswegen von dem Verlagskapitalisten als Hausarbeiter ausbeuten lassen mussten.

Worin bestand für sie die Bildung des „Nationalstaates“? Darin, dass an Stelle der geregelten kurzen Arbeitszeit im Handwerk, des gemeinsamen Tisches mit dem Meister, der Hoffnung auf die Hand seiner Tochter, die Manufaktur kam, über die der Staat wachte, damit der Arbeiter ja möglichst lange zur Hebung des „nationalen Wohlstandes“ beitrage. Darin, dass an Stelle des lokalen Brauches und Gesetzes, der lokalen Verfassung, eine allgemeine, staatliche, harte und kalte kam, die nur das Interesse der Bourgeoisie beachtete! Darin, dass mit der Aufhebung der Provinzzölle, der Niederlegung der städtischen Grenzen eine Konkurrenz auf dem Waren- und Arbeitsmarkte begann, eine Steigerung der Steuern. Kurz und gut, da die Entwicklung zum Nationalstaat nichts anderes war, als die Entwicklung des Kapitalismus selbst, da die ersten nationalen Zeichen, mit denen die Proletarier Englands und Frankreichs zu tun bekamen, die Vagabundenzeichen waren, die man ihnen auf die Stirn brannte, wenn sie nicht ohne weiteres unter das Joch des Kapitalismus gingen, so widersetzte sich das Proletariat dieser ganzen Entwicklung, soweit seine Kraft es irgend erlaubte. Es konnte vor dem Wagen der historisch-notwendigen Entwicklung keine Freudentänze aufführen, weil es durch ihre Bourgeoisie vor ihren Wagen gespannt war, die, hoch auf dem Kutscherbock sitzend, es mit der Peitsche zum scharfen Trab antrieb.

2. Die Einigung Deutschlands.

In Mittel- und Südeuropa, in Deutschland, Österreich, Italien, verlangsamte sich die wirtschaftliche Entwicklung eben in der Zeit, wo sich in Westeuropa die „Nationalstaaten“ auszubilden begannen. Seit dem 16. Jahrhundert, seit der Entdeckung Amerikas und der Versiegelung des Handels mit dem Oriente durch die Türken, wurde das Atlantische Meer zum Hauptweg des Handels, wodurch die Länder am Mittelmeer und der Ostsee ins Hintertreffen gerieten. In Italien verkam der Handel immer mehr, Österreich musste sich seiner Haut gegen die Türken wehren, in Deutschland waren die Interessen der Bourgeoisie schon vordem nicht einheitlich: während ein Teil vom Handel mit Italien lebte, neigte ein anderer dem Osten, ein anderer wieder Flandern und England zu.

Die Habsburger, die die deutsche Kaiserkrone innehatten, herrschten gleichzeitig in Spanien, Österreich und Deutschland, und konnten ihre Kraft auf die Ausbildung einer zentralen Gewalt in Deutschland nicht konzentrieren. Dazu zerriss die Reformation Deutschland in zwei Lager. Die Zeit zur Bildung eines deutschen Staates war noch nicht gekommen, der historische

Fortschritt ging auf dem Wege der Bildung kleiner deutscher Staaten, der Fürstentümer, die erst auf kleinerem Gebiete die Besonderheit der Städte, Provinzen usw. aufheben mussten. Ihre Schwäche erlaubte dem erstarkenden Nachbarn, Deutschland zum Tummelplatz aller möglichen Kriege zu machen. Wenn dies alles die kapitalistische Entwicklung hemmte, so blieben deswegen die alten mittelalterlichen Verhältnisse nicht bestehen; diese wurden zerstört. Das Handwerk war verkümmert, die fremden Manufakturwaren töteten es, die Lage des Handwerksproletariats war miserabel: die Bauern, die von den immer mehr Getreide für Ausfuhr produzierenden Junkern von Grund und Boden gejagt wurden, fanden keine Industrie vor, in der sie Unterschlupf finden konnten. Zu dieser Misere kam noch die Plünderung während der Kriege hinzu, von der wir in Grimmelshausens *Simplicius* ein schreckliches Bild bekommen.

Erst als Napoleon in seinem Kampfe gegen England zur Sperrung der englischen Einfuhr nach Europa griff, begann Anfang des 19. Jahrhunderts eine moderne wirtschaftliche Entwicklung auch in Mittel- und Südeuropa. Die damals ihren Siegeszug feiernde moderne Maschinerie, die Einführung der Eisenbahnen hieß das wirtschaftliche Leben in schnellerem Tempo sich entwickeln; es entsteht auch in Deutschland und Österreich eine moderne Bourgeoisie, deren Interessen die Einigung Deutschlands, die Bildung eines modernen Staates mit gleichen Münzen, gleichen Gefäßen, Zöllen, kurz die Herrschaft der deutschen Bourgeoisie über das deutsche Wirtschaftsgebiet erfordern. Seit der Bildung des Zollvereins ist die Frage der Einigung Deutschlands nicht mehr von der Tagesordnung verschwunden.

Wie war die *Haltung des deutschen Proletariats* diesen Bestrebungen gegenüber? Die deutsche Arbeiterklasse, die in ihrem intelligenteren Teile noch aus Handwerksburschen bestand, hatte nicht nur unter der kapitalistischen Entwicklung zu leiden, sondern auch unter dem Fehlen der kapitalistischen Ordnung. Die fehlende Freizügigkeit, die Überbleibsel des alten Zunftwesens, das Mosaik der Gesetze, alles das lastete auf der Arbeiterklasse. Sie hatte die Idylle der mittelalterlichen Gewerbeverfassung schon lange vergessen, alle Bitternisse des Kapitalismus zu kosten bekommen, nur der große Kampfboden, den ein einheitlicher Staat abgibt, war ihr vorenthalten. Deswegen fühlten sich die intelligentesten Kreise der deutschen Arbeiterschaft mit dem Streben des Bürgertums nach einem einigen deutschen Reiche vollkommen solidarisch. Darin äußerte sich auch die Tatsache, dass diese Arbeiterschaft noch als selbständig denkende und handelnde Klasse nicht organisiert, ja nicht einmal vom Bürgertum getrennt war. Weder im Jahre 1848 noch in den 60er Jahren, als die „nationale Bewegung“ mit dem neuen wirtschaftlichen Aufschwunge von neuem erstarkte.

Nur ein ganz kleiner Kreis von Arbeitern sammelte sich um Marx im Jahre 1848, und klein war die Zahl der Anhänger von Lassalle und Liebknecht, als sie ihre Agitation begannen. Marx kannte alle die nationalen Illusionen, die die Arbeitermassen belebten. Er kannte ausgezeichnet den bürgerlichen Charakter des Staates: das Vaterland bedeutete für Marx nichts anders als den kapitalistischen Staat, und da die Arbeiter in ihm nicht die Herrschaft haben, erklärte er im Kommunistischen Manifest am Vorabend der Revolution: die Arbeiter haben kein Vaterland.

War es also eine Verleugnung dieser Sätze des Manifestes, wenn er ein paar Monate später die Losung der einigen und einzigen deutschen Republik aufstellte, also die Forderung nach der Einigkeit Deutschlands in rücksichtslosester konsequentester Form? Mitnichten! Marx verstand nur, dass man mit dem Kosmopolitismus von Weitling, der die Nationen als Erfindung der Bourgeoisie geißelte und aus dem vormärzlichen Deutschland in den Sozialismus hineinspringen wollte, nichts anfangen kann. So kurz sich Marx damals die noch bevorstehende Epoche der bürgerlichen Gesellschaft vorstellte – er stellte sie sich kürzer vor, als es dem damaligen Sachverhalt entsprach – so hat er schon im Kommunistischen Manifest

ausgesprochen: „Obgleich nicht dem Inhalt, ist der Form nach der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zunächst ein nationaler. Das Proletariat eines jeden Landes muss natürlich zuerst mit seiner eigenen Bourgeoisie fertig werden.“

Da die Bourgeoisie in Deutschland noch nicht am Ruder war, da das herrschende Regime feudal war, so musste sie zuerst mit dem Feudalismus mit der partikularen Zersplitterung fertig werden, bevor ihr Erbe, das Proletariat, an die Reihe kam. Aber eben, weil sie die Herrschaft noch nicht in den Händen hatte, konnte sie sich in den Augen des Proletariats noch nicht kompromittiert haben – um nur dieses äußere Element herauszugreifen – und so hatte sie noch in seinen Augen eine große Autorität, die sich in den nationalen und liberalen Illusionen des Proletariats ausdrückten. Marx und seinen Anhängern standen in dieser Situation zwei Wege offen. Entweder sich auf die Aufdeckung des bürgerlichen Charakters der Revolution, der Einigungsfrage zu beschränken, in dieser kritischen Position zu verbleiben, bis der Gang der Ereignisse rein proletarische Fragen auf die Tagesordnung bringen musste, oder aktiv in die bürgerliche Bewegung einzugreifen, sie über sich hinauszutreiben, im Kampfe gegen den Feudalismus jede Schwäche, jedes Schwanken der Bourgeoisie auszunutzen, um das Proletariat als selbständige Klasse zu organisieren, es für die – wie Marx damals wählte – nahe Aufgabe der selbständigen Machtergreifung vorzubereiten.

Der erste Weg war der der *Sekte*, der Propaganda, die nur auf einen sehr geringen Teil der Arbeiter Einfluss haben konnte, der zweite war der einer *Aktion*. Aber in dieser Aktion rollte Marx keinen Augenblick die besondere proletarische Fahne zusammen. Er predigte in der „Neuen Rheinische Zeitung“ die Lehren des Sozialismus in der eindrucksvollsten Art und Weise, indem er von dem Standpunkt der Interessen der Arbeiterklasse alle Ereignisse beleuchtete, die Politik der Bourgeoisie, die auf kraftloses Poltern oder auf ein Kompromiss mit dem Junkertum hinauslief, aufs schärfste kritisierte. Auf dem Boden der Bewegung zum bürgerlich-nationalen Staate bekämpfte Marx alle bürgerlichen und nationalen Illusionen, kämpfte Marx um die volle Demokratie, als die Form des kapitalistischen Staates, die am leichtesten unter sonst gleichen Bedingungen dem Proletariat die Erreichung seiner selbständigen Ziele erlaubte.

Nicht die Bildung des selbständigen bürgerlichen deutschen Staates war die oberste Aufgabe, sondern, wenn einmal seine Bildung das war, was die Stunde gebot, eine notwendige historische Etappe, so galt seiner Demokratisierung die Mühe der Vorhut der Arbeiterklasse. Die Einigung Deutschlands, das war die besondere historische Aufgabe des Bürgertums; der Kampf um die Demokratie schon in dem Prozess der Einigung, das war die Aufgabe der Arbeiterklasse. Diese Aufgabe war nur zu verwirklichen im Klassenkampfe, nicht nur gegen die feudalen, sondern auch die bürgerlichen Elemente. Und indem Marx die Bildung des deutschen Staates für eine historische Notwendigkeit hielt, der sich die Arbeiterklasse nicht widersetzen konnte, weil er den Boden ihres eigenen Kampfes, das Feld, auf dem sie ihre eigenen Aufgaben erfüllen wird, bildet, widersetzte er sich auch den Notwendigkeiten dieses Staates nicht im Namen eines ausspintisterten „Nationalitätenprinzips“. Er sah die Notwendigkeit des Verbleibens der Polen in den preußisch-deutschen Staatsgrenzen, wenn diese irgendwie tragfähig sein sollten, er sah die Notwendigkeit für Österreich, seine südslawische tschechische Bevölkerung beizubehalten, ein. Die Bakunins, die im Namen des „Nationalitätenprinzips“ die Welt in Parzellen zerschlugen, behandelte er mit Spott und Hohn. Aber er konnte dies nur tun, weil er sich nicht zum Trabanten der bürgerlichen wie feudalen Reaktion machte, sondern auf dem Boden des historischen Prozesses der deutschen Staatsbildung den revolutionären Kampf führte um volle Demokratie, also um eine Staatsform, in der alle die Völker sich frei entwickeln könnten. Und wie er kühl den reaktionären Bestrebungen der slavischen Völker gegenüberstand, so geißelte er mit Feuer die gegen sie durch die Reaktion verübten

Gewalttaten. Es genügt nur an den Artikel der „Neuen Rheinischen Zeitung“ über die Bombardierung Prags durch Windischgrätz zu erinnern.

Der Ausgang der Kämpfe des Jahres 1848 zeigte, dass die deutsche Bourgeoisie zu schwach war, um ihre historische Aufgabe zu erfüllen, die feudale Zersplitterung Deutschlands zu überwinden. Die Schwäche der Bourgeoisie, die letzten Endes in dem Überwiegen des Kleinbürgertums lag, bedingte auch die Schwäche des Proletariats: weil die Bourgeoisie den deutschen Staat nicht zu schmieden wusste, konnte das Proletariat in ihm nicht die Demokratie erobern. Was die Bourgeoisie als Klasse nicht vermochte, das vollbrachte später ein Teil der Junker – der am meisten modernisierte – mit der Großbourgeoisie zusammen: die Notwendigkeit der Bildung eines deutschen Großstaates war so evident, dass ein Teil der junkerlichen Bürokratie und des preußischen Militarismus, kurz die feudalen Beherrscher Preußens, die Aufgabe der Bourgeoisie erfüllen mussten, wenn sie weiter herrschen wollten. Aber das bedingte, dass die Einigung Deutschlands – eigentlich eines Teiles Deutschlands – unter reaktionärer Führung stattfand: in einem unter preußischer Spitze geeinigten Deutschland gab es einstweilen keinen Platz für die Demokratie.

Deswegen fiel es Marx nicht im Traume ein, als Trabant vor dem Wagen des siegreichen Preußen, das den deutschen Staat auf den Schlachtfeldern erkämpfte, herzulaufen. Er hütete sich ebenso vor dem Verkennen des historischen Fortschritts, der sich in der Bildung des Deutschen Reiches selbst unter Bismarcks Leitung äußerte, – was der Fehler des Standpunktes Liebknechts war – wie vor der Glorifizierung der preußischen Bajonette, die den Kräften der Reaktion den historischen Fortschritt dienstbar machten, was Schweitzer sich oft zuschulden kommen ließ.

Aus unserm politischen Tagebuch.

27. August.

Der *Deutsche Nationalausschuss* hat seine „Kriegsziele“ bekannt gegeben. Es war kein neues Lied dabei. Jeder Wissende weiß, um welche Ziele dieser Krieg geht. Und die es noch nicht wissen, denen wird es wohl auch nicht mehr beigebracht werden, und wenn es auf allen Fronten die 42 Centrimetrigen verkünden würden.

Der „*Manchester Guardian*“ antwortet nun noch einmal auf die Rede Harnacks. Auch diese Antwort enthält keinen neuen Ton. Hier ist sie:

„Es ist unmöglich, von Frieden zu sprechen, *solange Deutschland von Annexionen und Entschädigungen spricht*. Das ist nicht bloß das überhebende Gerede der Extremen, wie die Rede Harnacks, der zu den Gemäßigten gehört, beweist. Auch er sagt seinen Hörern, dass der Krieg nicht mit dem Status quo ante enden kann. Belgien darf nicht von England abhängig sein. Das bedeutet, genau genommen, nichts. Aber Äußerungen solcher Art werden oft mit Absicht gebraucht. Und die einzige Absicht, die man hier entnehmen kann, ist, dass Belgien nicht gestattet sein soll, sich selbst zu beschützen, sondern dass es für *Deutschland eine Straße an das Meer oder nach Frankreich hinein bleiben soll. Die wirkliche Gebietserweiterung soll im Osten erfolgen*, und es steht ganz im Einklang mit der Ansicht eines deutschen Staatsmannes über einen „ehrenvollen“ Frieden, wenn Harnack Russland die Möglichkeit einer Entschädigung im Osten anbietet, das heißt natürlich auf Kosten von Deutschlands Verbündeten. Weder Russland noch die Westmächte haben zu diesem Vorschlage etwas zu sagen. Wir werden es nicht ruhig hinnehmen, dass Polen und die Baltischen Provinzen mit über 10 Millionen Einwohnern dazu benutzt werden, Deutschlands Zwangsheere aufzufüllen und ihm zu ermöglichen, mit verdoppelter Kraft über das, was von Europa übrigbleibt, herzufallen. *Wir werden, solange wir*

Schiffe und Männer haben, dass, sei es durch Waffen oder unter dem Namen eines Bündnisses, der Balkan und die Türkei von Deutschland annektiert werden.“

Was sagen nun die deutschen Sozialpatrioten? Ganz einfach! Ihr seht, dass wir keinen Frieden schließen können; denn die Engländer wollen nicht! Und die englischen Sozialpatrioten? Ebenso einfach: Ihr seht, es geht nicht, denn die Deutschen wollen nicht!

28. August.

In der „Glocke“ tobt sich der Sozialpatriotismus in allen Tönen aus. Es ist wertvoll, immer wieder zu vernehmen, wie unlösbar die Interessen des Proletariats mit den Interessen des Unternehmertums verbunden sind. Sobald das Unternehmertum sich frei und ungehindert entwickeln kann, hat auch die Arbeiterschaft gute Fahrt. Aber wehe, wenn dem Unternehmertum Unheil droht: Dann muss die Arbeiterschaft zuspringen und ihm in seiner Not helfen, damit es wieder gute Fahrt bekommt! Lassen wir Herrn August Winnig reden:

„Unser Kampf hat uns bessere Löhne, kürzere Arbeitszeit, ein besseres und festeres Recht im Arbeitsverhältnis gebracht. Jetzt will äußerer Einfluss, sagen wir ein neuer Zolltarif oder eine neue Steuer, diesem Kapital die Erwerbsmöglichkeit nehmen. Im gleichen Augenblick erhebt sich auch die Arbeiterschaft zum Widerstande gegen diesen Eingriff – augenscheinlich um das Unternehmerkapital zu schützen, aber im Grunde doch den eigenen proletarischen Interessen folgend, weil der Schlag, der dem Kapital gilt, auch die Arbeiterschaft treffen muss. Gewerkschaften und Unternehmerverbände schließen eine Arbeitsgemeinschaft zur Abwehr der Gefahr.“

Zu lesen im 20. Heft des 2. Jahrgangs der „Glocke“. Der Fall, dass dem Kapital durch Steuern die Erwerbsmöglichkeiten genommen würden, ist für Winnig hoffentlich nur Problema. An diesen Hokusfokus glaubt er doch selbst nicht. Aber man braucht den Gedanken nicht gleich auf die Spitze zu treiben. Jede direkte Steuer trifft das Kapital an verwundbaren Stellen. So hat denn, nach Winnig, die Arbeiterschaft sofort sich zum Widerstand zu erheben, wenn dem Kapital durch äußeren Einfluss, sagen wir durch die Sozialdemokratie, direkte Steuern drohen. Die Theorien Winnigs und Cunows über die Gefährdung der Produktion durch direkte Steuern, Theorien, von denen der Glockengedanke Winnigs nur ein Wildling ist, sind der Arbeiterschaft längst als Deckungen für die Einführung indirekter Steuern im Interesse des Proletariats bekannt und hinreichend verdächtig.

29. August.

Noch eine hübsche Kleinigkeit. In demselben Heft der „Glocke“ fährt Winnig fort:

„Zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden herrscht von Haus aus ein Verhältnis grundsätzlicher Gegnerschaft. Beide kämpfen Jahrzehnte hindurch gegeneinander. Als das Ergebnis dieser Kämpfe bildet sich ein Tarifwesen, das ganze Reich umfassend, das in dem anarchischen Durcheinander der Arbeitsbedingungen Ordnung schafft, das von Organisationen vereinbarte und geschützte Recht an Stelle der Willkür setzt und durch den Druck der Organisationsdisziplin auch die widerstrebenden Unternehmer zur Innehaltung der Vertragsbedingungen zwingt. Nun bleiben zwar die Organisationen beider Teile Gegner wie zuvor; aber keiner hat nun ein Interesse mehr an des andern Vernichtung, weil ja mit der Organisation auch der Träger der vertraglichen Ordnung fallen würde, die als die Diagonale der Kräfte die Grundlage des gewerblichen Friedens bildet.“

Wenn man den anarchonihilistischen Ausdruck „Vernichtung“ in unsere Sprache mit „Sozialisierung“ übersetzt, so zeigt sich in dieser horrenden Überschätzung des Tarifwesens die ganze staats- und kapitalerhaltende Tendenz der Gewerkschaftsbewegung. Sie führt zur

Aufhebung des Kampfes überhaupt und wagt höchstens noch Verhandlungen. Aber auf dem Wege der Verhandlungen lässt sich dem Kapitalismus ebenso wenig beikommen, wie auf dem Wege des Parlamentshandels

Feuilleton

Faust.

Hier wurde, zum ersten Male seit Dante, der Versuch gewagt, die ganze geistige Habe des Zeitalters poetisch zu gestalten.

Treitschke: „Deutsche Geschichte“.

Es ist noch in aller Erinnerung, dass der letzte Krieg um den literarischen Fortschritt vornehmlich unter der Parole geführt wurde: zurück zu Goethe! Bölsche, Wille, Conrad zogen durch die Lande und hielten ihre Vorträge über Goethe, den Menschen und Künstler, sein Leben, sein Werk und seine Weltanschauung; die Goetheforschung nahm einen neuen Aufschwung; neue Goethebiographien entstanden; die letzten Fetzen Goethe'schen Manuskriptes wurden aus den Privatarchive aufgestöbert und von den Kärrnern der Philologie mit Bienenfleiß zusammengetragen; Lienhardt und Bode suchten den Geist des alten Weimar zur Auferstehung zu zwingen; Goethekalender, Goethebreviere, Goetheausgaben in Volks- und Liebhaberformat überschwemmten den Büchermarkt; es entstanden Goethegesellschaften und Goethebünde; von der Kanzel wurde das Evangelium Goethes gepredigt: an Goethes Wesen sollte die Welt genesen.

Eine so weit- und tiefgreifende goethophile Bewegung war natürlich mehr als Mode. Sie war der Ausdruck der Wahlverwandtschaft zwischen Goethe und dem jüngsten Deutschland, dessen Dichtergeneration den letzten geistigen Aufstieg des Bürgertums poetisch verkümmerte und verklärte. Der Geist des Individualismus, der diesem Zeitalter eignete und in den Dichtern mächtig aufbrach, suchte und fand seinen Ahnherrn in dem größten Dichter, den das Bürgertum hervorbrachte, noch ehe es zu politischem und sozialem Selbstbewusstsein erwacht war. Allein bei aller Ähnlichkeit der Verhältnisse war doch die Zeit eine andere geworden. Fast hundert Jahre waren verflossen, seit die Sonne Goethes in ihrem Zenith stand. Und diese Zeit gehörte der Entwicklung des Bürgertums zu Macht und Größe. Das Zeitalter Goethes sah den größten Tiefstand alles wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens in Deutschland; die neue Dichtergeneration erlebte die Festigung der bürgerlichen Macht; die Entwicklung der nationalen Einheit, einen gewaltigen Aufschwung des Wirtschaftslebens, den Siegeszug der Technik und der Naturwissenschaften, die Ankündigung der Ansprüche der deutschen Bourgeoisie zunächst unter den europäischen, dann unter den Weltmächten überhaupt. Ein starkes Selbstbewusstsein bemächtigte sich der jungen Dichtergeneration; sie suchte den Übermenschen, den Nietzsche gepredigt hatte, und da sie ihn in der Gegenwart nicht fand, lenkte sie ihren Blick in die Vergangenheit zurück. Goethe war der Dichter dieses Individualmenschen, Faust war seine dichterische Verklärung.

Allein, es war nicht bloß der Individualismus, der die Dichtung „Faust“ in den Mittelpunkt all der Strömungen rückte, die von dem letzten Gipfel der bürgerlichen Entwicklung ausgingen. Im Faust war die ganze geistige Habe des Zeitalters poetisch gestaltet worden. Er brachte nicht nur vieles, sondern alles, und darum brachte er jedem nicht nur etwas, sondern viel. Und Treitschke, der große Historiker des deutschen Nationalismus, fand auch den letzten Rest der geistigen Habe, die den Faust der modernen Bourgeoisie so hochwertig machte. „Seltsam, niemand hat diese große Wandlung im deutschen Volksgemüte, das Erstarken des freudigen nationalen Selbstgefühls, mächtiger gefördert als Goethe. Er tat es fast wider seinen Willen,

durch ein Werk, das ursprünglich einem ganz anderen Zeitalter angehörte.“ Und dann: „Die Erlösung der Menschen durch die Tat, durch die liebende Hingabe des Ich an das Ganze, der Triumph des Göttlichen über den Geist der Verneinung, der stets das Böse will und stets das Gute schafft – das war der freudige Glaube dieses größten Optimisten, das war das Thema der Dichtung seines Lebens.“ Und endlich: „Den Deutschen aber fesselte der Faust durch einen anheimelnden Zauber, den bis zum heutigen Tage kein Ausländer ganz verstanden hat. Das Gedicht erschien wie ein symbolisches Bild der vaterländischen Geschichte. Hier war des deutschen Lebens Überschwang; der wilde Teufelsspek unser Volksaberglaubens und die zarte Innigkeit deutscher Frauenliebe, der Humor der Studenten, der Schlagkraft der Soldaten und die Sonnenflüge des deutschen Gedankens – fast alles, was unser Leben ausmacht.“ Mit dieser Auffassung war der Faust aus der Enge philologischer Tüfteleien befreit und in die Weite des sozialen Gesichtsfeldes gestellt.

Es handelt sich im Faust um die Auseinandersetzung eines Menschen mit dem gesamten Kulturbesitz seiner Zeit. Das eben machte ihn zur Menschheitsdichtung; das verlieh ihm seine Größe und die Tiefe seiner Gedanken. Faust, der Gelehrte, müht sich an den wissenschaftlichen theologischen und philosophischen Problemen! Er muss die Erfahrung machen, dass man des Lebens Tiefen nicht erlernen kann, sondern dass man ein Mensch wird nur im Kampf mit dem Leben selbst. Die Studierstube war seine Welt; jetzt muss die Welt seine Studierstube werden. Verjüngt, nur mit dem einen naturmächtigen Trieb zum Leben und Lieben, beginnt er seinen Weg. Es ist der radikale, dichterisch-symbolisch vollzogene Bruch mit der scholastischen Weisheit, der am Beginn seiner Laufbahn steht. Er erlebt das Leben: in Auerbachs Keller das verlumpete Studententum – den Humor der Studenten, wie Treitschke gefühlvoll sagt; in der Gretchentragödie den ganzen Komplex niederdrückendsten spießbürgerlichen Lebens, das in den Banden kirchlicher Intoleranz gefangen liegt; in der Begegnung mit dem Kaiser und dem Hofe das höhere politische Getriebe; in der Helenenaffäre den antikisierenden Zug seiner Zeit; im Kriege das Leiden der Völker. Er erlebt die Liebe und den Hass, Hoffen und Verzweifeln, Sehnen und Verzagen. Er durchlebt die ganze unendliche Skala der Gefühle und Empfindungen, die nur irgendeines Menschen Seele hinauf- und hinabsteigen kann. Und mitten durch alles Erleben hindurch zieht sich das reiche Geäder philosophischer Gedanken, die das Drama zu dem tiefstinnigsten Produkt der Weltliteratur gemacht haben.

Aber sein ganzes Erleben ist ein einziger großer Protest gegen die Welt, mit der er ringt. Faust sucht das Glück. Er findet es nicht, weder im Genuss noch in der Begierde. Wo findet der Mensch das Glück, das allein das Leben lebenswert macht? Das ist die große Frage, der immerfort fließende Quell aller tragischen Konflikte in allen großen Erzeugnissen der Weltliteratur: der Kampf des Menschen mit den gesellschaftlichen Gewalten; der Zwiespalt der Mächte, deren wir Herr sind und derer, die uns beherrschen; der Konflikt zwischen dem Wollen und Wollen müssen. So sucht Don Quichote das Glück der Menschen: ein sprudelnder Optimismus wird zur Farce, ein herrlicher Utopismus zur Narretei, weil er sich nicht in die Wirklichkeit schicken kann. So sucht Hamlet sein Glück: ein drückender Pessimismus tobt sich aus; ein glänzender Geist versiegt, weil er die Wirklichkeit nicht anzupacken wagt. Sie alle suchen das verlorene Paradies. Faust endlich findet, ganz am Schlusse seiner Laufbahn, den Anfang des Weges. Die Gegenwart hat nicht Raum für ihn. Die individuelle Tat im Dienste der Allgemeinheit, die Selbstbeglückung durch die Beglückung der Menschheit, das ist der Traum, in dessen sanfter, seliger Umarmung Faust von der Erde scheidet.

Goethe hat im Faust nur die Abrechnung mit seiner Zeit gegeben. Die Utopie hat er nicht gestaltet. Er hat in seinem gewaltigsten Werke doch nur das Gedankenmaterial seiner Zeit aufspeichern können. Und den Gedanken der Befreiung aus der Enge des bürgerlichen Lebens, das in Deutschland doch nur ein beschränktes kleinbürgerliches Leben sein konnte, hat er nur in seiner allgemeinsten Form angedeutet. Der größte Dichter der Deutschen musste

zum Utopismus flüchten, wenn er von der Menschheit Glück singen und sagen wollte. Den genialsten Wurf, das deutsch-kleinbürgerliche Leben in den reißenden Strom größter gesellschaftlicher Begebenheiten zu stellen, tat er in dem Epos von Hermann und Dorothea. Er zeigte den Dichter in seiner gänzlichen Unfähigkeit, das gewaltigste politische Ereignis seiner Zeit zu begreifen. Und der andere Held, dessen Entwicklungsgang er uns geschildert hat, Wilhelm Meister, steht inmitten einer rudimentären gesellschaftlichen Schicht: er will unter Schauspielern zum Weltenmenschen reifen. Die deutschen Verhältnisse erlaubten dem Dichter nicht, anders zu dichten, und eben diese Verhältnisse machten, dass er trotz des Faust und der Iphigenie, trotz des Wilhelm Meister, trotz des Hermann-Epos und des Reineke Fuchs doch der größte Lyriker, der Dichter subjektivster Seelenregungen wurde.

Die Tat Faustens ist Wirklichkeit geworden. Sie hat ihre Verwirklichung in der technisch-kapitalistischen Entwicklung unserer Tage gefunden. Das deutsche Bürgertum fühlt mit der ganzen Sicherheit seines Klasseninstinktes, dass der Dichter des Faust Fleisch von seinem Fleisch und Blut von seinem Blute ist. Und es ist sehr bezeichnend, dass die entwickelteste philosophische Lehre der modernen Bourgeoisie, der energetische Monismus, ihn geradezu „ihren“ Dichter nennt.

Das moderne Proletariat erkennt in Goethe die Größe des Genies unumwunden an. Aber es weiß auch, dass seine Gedanken- und Gefühlswelt nicht die Gedanken- und Gefühlswelt Goethes ist und sein kann. Es findet keine poetische Verherrlichung seines Aufstieges und bedarf ihrer auch nicht, und es weiß, dass jeder Versuch in Goethes Werk, und besonders im Faust, Keime des Sozialismus aufzuspüren, immer wieder ins Erdreich bürgerlicher Denkweise zurückführen muss, sehr zum Schaden seines Aufstieges. In keinem Dichter der klassischen Epoche der bürgerlichen Literatur war das Klassenbewusstsein so wenig entwickelt wie in Goethe. Darin war er ein ganz anderer als Schiller, wie Herder darin ein anderer als Lessing war. Und wenn das moderne Proletariat der Dichtkunst Stimme zur Erträglichmachung seines Loses bedarf, so vernimmt es noch immer am liebsten die Stimme der Dichter, in denen, wenn auch bürgerlich, das Klassenbewusstsein am kräftigsten und heißesten pulsierte. Aber kein Dichter kann ihm Lehrmeister und Wegführer im Kampfe um seine Befreiung sein. Es muss den Weg der Tat, den Faust am Abend seines Lebens als den Weg zum persönlichen Blicke fand, von allem Anfang an selbst beschreiten und darf nicht einen Augenblick sagen: verweile doch, du bist so schön! Ihm nützt keine symbolische Übertragung der Faustideen auf seine Verhältnisse; es schafft sich seine Verhältnisse in jeder Stunde seines Kampfes wie seiner Rast neu. Es lässt Goethe und seinen Faust, die ganze geistige Habe des Zeitalters, neidlos der bürgerlichen Klasse und weiß, dass es diese Klasse nur überwinden kann, wenn es sich auch geistig von ihr emanzipiert hat.

Der geheimnisvolle Trompeter.

Von Walt Whitman.

Hört, ein wilder Trompeter, ein fremder Musikant;
Unsichtbar schmettert er nächstens seltsam vibrierende Töne in die Luft.

Ich höre dich, Trompeter! Aufmerksam lausch ich und bewahre deine Klänge

Jetzt schwellen sie an, umwirbeln mich wie Sturm; Jetzt tönen sie leise, halblaut; verlieren sich nun in der Ferne.

Blase, Trompeter, frisch und hell; ich folge dir.

Während unter deinem sanften, heiterfrohen Vorspiel

die tosende Welt, die Straßen, die lärmenden Tagstunden versinken, Senkt sich der Tau heiliger Ruhe auf mich nieder.

In kühler, erfrischender Nacht wandle ich paradiesische Pfade; Grasduft atme ich, frischfeuchte Luft und Rasen;

Dein Lied befreit meinen starren, gefesselten Sinn, Du lässt ihn schweifen und schweben, sich sonnen auf himmlischem See.

Blas weiter, Trompeter! Kriegslärm beschwör herauf. Auf dein magisches Wort gleich erhebt sich dumpfes Gedröhn wie rollender Donner.

Sieh, Bewaffnete stürmen. – Sieh, durch Staubgewölk die Bajonette gleißen!

Ich gewahre grimmig blickende Kanoniere; Feuerlohe seh ich durch Pulverdampf schlagen; ich höre das Knattern der Gewehre.

Nicht nur Krieg – dein schauerlich Lied, du wilder Spieler, bringt jegliches Schreckensgesicht;

Untaten fühlloser Mörder, Raub, Mord. – Ich höre den Schrei um Hilfe.

Schiffe seh ich scheitern im Meer; auf und unter dem Deck erblick ich grausige Szenen.

O Trompeter! bin ich selbst das Instrument, auf dem du spielst?

Du schmelzest mein Herz, mein Hirn – du erschütterst mich, ziehst mich an; spielst mit mir, wie du willst.

Mit Finsternis jetzt durchdringt mich dein düstres Lied.

Du beraubst lieblichen Lichts und jeglicher Hoffnung.

Ich sehe die Geknechteten, die Unterdrückten, Geschlagenen der ganzen Erde;

Fühle der Menschheit endlose Schmach und Erniedrigung, alles betrifft mich;

Auch die Rache der Menschheit, der Zeitalter Sünden, verheerende Fehden und Zwietracht;

Gänzliche Niederlage lastet auf mir! alles verloren; siegreich der Feind.

Doch unter Trümmern unerschütterlich steht und gigantisch der Stolz bis zum äußersten,

Ausdauer und äußerste Entschlossenheit.

Jetzt, Trompeter! Zum Schluss.

Stimm' ein höheres Lied an als alle bisher!

Sing' meiner Seele, belebe ihr schwindend Vertrauen und Hoffen;

Stärk meinen schwachen Glauben; gib mir ein Zukunftsbild; Gib mir mit Vorahnung zugleich Wonne der Erfüllung.

O frohes, jauchzendes Lied der letzten Höhe!

Mehr als irdische Kraft lebt in dem Klang.

Siegesmärsche! – Freiheit! – Endlich Sieger der Mensch!

Hymnen *einem* Gott von *allen* Menschen! – Freude!

Eine neugeborene Rasse im Licht! – Eine vollkommene Welt! Freude!

Männer und Frauen in Weisheit, Unschuld und Gesundheit! – Freude!
Laute, lachende Feste erfüllt mit Freude!

Krieg, Sorgen, Leiden dahin! Vom Übel gereinigt die Erde! –

Nichts blieb übrig als Freude!

Die Ozeane erfüllt mit Freude! – Die Luft voll Freude!
Freude! Freude in Freiheit, Anbetung, Liebe! Freude in des Lebens höchster Steigerung!
Genug zum Sein! Genug zum Atmen!
Freude! Freude! Überall Freude!

Zeugen und Rufer.

Hinstehen und Klagen über das Verderben der Menschen, ohne eine Hand zu regen, um es zu verringern, ist weibisch. Strafen und bitter höhnen, ohne den Menschen zu sagen, wie sie besser werden sollen, ist unfreundlich. Handeln! Handeln! Das ist es, wozu wir da sind.

Fichte. (1762–1814.)

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Lüth);
sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 12/1916

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

1. Jahrg.

Bremen, den 19. September 1916.

Nr.12

Redaktion und Expedition: Waller Heerstraße Nr. 52. (Eing. Torweg).

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

Es geht aufs Ganze.

„Der Eintritt Rumäniens in den Weltkrieg bedeutet nicht einfach eine Vermehrung der Zahl der Feinde der Zentralmächte um eine halbe Million, obgleich das Auftauchen der rumänischen Armee, die sich zwei Jahre lang auf den Krieg vorbereiten konnte, militärisch und strategisch von erheblicher Bedeutung ist, der Eintritt Rumäniens in den Weltkrieg bedeutet mehr, und dieses Mehr hängt mit der geographischen Lage des Bojarenlandes zusammen. Es handelt sich dabei um die Frage, ob es den durch Rumänien marschierenden russischen Truppen gelingen wird, Hand in Hand mit dem rumänischen Verbündeten die von Saloniki her operierenden Truppen Frankreichs, Englands, Italiens und Serbiens zu erreichen, was allerdings nur nach der Zertrümmerung der deutsch-österreichisch-bulgarisch-türkischen Streitkräfte geschehen könnte. Ohne uns auf die strategischen Momente, die sich aus einer solchen Perspektive ergeben könnten, einzulassen, wollen wir uns nur an die politische Seite der Sache halten. Das einzige vom Kontinente her erreichbare große Gebiet der deutschen imperialistischen Expansion ist Vorderasien, mit der Türkei an der Spitze. Das „unabhängige“, d. h. unter russischem Einfluss stehende Serbien, bildete einen Riegel gegen diese Expansion, deren Bedeutung nicht nur in den wirtschaftlichen Möglichkeiten der Erschließung der Türkei bestand, sondern auch darin, dass diese Expansion frei vom Druck der englischen Seeherrschaft war; ja, dass sie ihrerseits sogar einen Druck auf die englische Seeherrschaft ausüben konnte, und zwar an einer sehr empfindlichen Stelle, nämlich am Suezkanal. Darum jubelten die imperialistischen Kreise der Zentralmächte, als im Sommer 1915 Serbien niedergerungen und mit Hilfe Bulgariens eine Verbindung mit der Türkei hergestellt wurde. Das erkannten auch die führenden Kreise der Tripelentente.“

So erklärte vor kurzem der Ideenmacher der englischen Imperialisten, *L. Garvin*, der Herausgeber der „Pall Mall Gazette“ und des „Observer“, in einem Vortrag, wenn es der Tripelentente nicht gelinge, von Saloniki und Rumänien her die Verbindung zwischen der Türkei und den Zentralmächten zu unterbrechen, so müsste der Weltkrieg für England als verloren gelten: dann werde sich den Zentralmächten Rumänien und Griechenland anschließen und Serbien werde seinen Frieden mit ihnen suchen müssen. „Ohne ein gänzlich Umstoßen der jetzigen Tatsache des deutsch-türkischen Zusammenhanges kann es für die Verbandsmächte keinen wirklichen Sieg, für keinen von ihnen eine zukünftige Sicherheit geben. ... Für England

würde es von geringem Nutzen sein, die Herrschaft zur See aufrechterhalten zu haben, die es jetzt hält, wenn seine Feinde zu Lande in einer Stellung belassen würden, die auf der einen Seite sowohl Ägypten als auch Indien bedroht und beide in der nahen Zukunft unhaltbar machen würde, während auf der andern Seite die britische Seemacht in der Zukunft viel weniger wirksam gegenüber Deutschland und sogar an sich von größerer Unsicherheit sein würde.“ Diese Gedankengänge Garvins, deren Richtigkeit von der „Deutschen Politik“, dem Organ Jaeckhs und Rohrbachs, voll anerkannt wurde (in der Nummer vom 26. Juli 1916), zeigen die Bedeutung der Kämpfe, die jetzt kommen, in vollem Lichte.

Aber damit ist ihre Bedeutung nicht erschöpft. Der Weltkrieg wird bei allen seinen Teilhabern um Ziele geführt, die außerhalb ihres nationalen Bestandes liegen: nicht um die nationale Unabhängigkeit, sondern um die imperialistische Expansion über die Grenzen der bisherigen Staaten hinaus. Aber das Misslingen der imperialistischen Ziele würde für viele zu nationalen Einbußen führen. Siegen die Zentralmächte in vollem Umfange, dann wird das von der erheblichsten Bedeutung für die Selbständigkeit Serbiens und Belgiens sein. Umgekehrt würde der Sieg der Tripelentente nicht nur die Existenz Bulgariens in Frage stellen, den heutigen Bestand Österreichs bedrohen (Galizien und Bukowina würde an Russland, Siebenbürgen an Rumänien, südslavische Teile an Serbien, italienische an Italien fallen), sondern Frankreich würde auch die Hand auf Elsass-Lothringen legen, ohne den Renaudels die Freude zu machen, dies von dem sehr fragwürdigen Resultat einer Volksbefragung abhängig zu machen. Die Niederlage jeder der beiden Koalitionen wird nicht nur die imperialistischen Ziele des Besiegten, sondern auch seinen nationalstaatlichen Bestand in greifbarster Weise beeinflussen. Die nationalstaatlichen Fragen hängen politisch und imperialistisch unzertrennbar miteinander zusammen.

Die Tripelentente jubelt zu früh. Die Katz ist noch nicht im Sack. Friedrich der Große hat sich mit dem Degen in der Hand den Weg durch eine Welt von Feinden gebahnt. Und die ihm drohenden Gefahren haben den historischen Charakter des Sieben-Jährigen Krieges nicht im Mindesten geändert. Aus der jetzigen Situation ergeben sich wichtige Momente für die sozialdemokratische Opposition. Das Zentrum der Partei, das seine Opposition mit der Sicherheit der deutschen Grenzen begründet hat, wird durch die Ereignisse vor eine Probe gestellt, wie man sie sich ernster nicht denken kann. Dass die deutschen Heere unerschüttert auf belgischem, französischem und polnischem Boden stehen, ändert nichts an der Tatsache, dass sich im Südosten schwarze Wolken sammeln, dass die Zentralmächte jeden Muskel und jeden Nerv anspannen müssen, wenn sie die drohenden Gefahren bannen wollen. Das bisherige sich in Sicherheitwiegen, der Wunsch, dass es keine Sieger und Besiegte gebe, kann jetzt weniger als je eine Grundlage für die Opposition bilden. Ohne eine klare Stellungnahme zu den grundsätzlichen Fragen, ohne hiebteste Antworten auf sie, wird das Zentrum der Partei wie ein Wrack auf den Wellen treiben, keine Kraft haben, selbst in den bisherigen Positionen zu verharren. Was man für eine Frage hielt, die nach dem Kriege zu erledigen sein wird, die Frage einer prinzipiellen Orientierung, ist jetzt die Frage der Existenz der Opposition.

Staat, Nation, Imperialismus und Sozialdemokratie.

3. Der Nationalitätenstaat und die Sozialdemokratie.

Das Jahr 1871 endete für Mitteleuropa die Ära, die man fälschlich die Ära der „nationalen“ Kriege nennt und die in Wirklichkeit die Ära der modernen Staatsbildung war. Die weitere Entwicklung des Kapitalismus in Österreich, Russland und auf dem Balkan enthüllte noch

krasser das Wesen der Staatsbildungsfrage und der sich daraus für die Arbeiterklasse ergebenden Schlüsse. In den Rahmen der national gemischten Staaten wie Österreich und Russland erstarkte der Kapitalismus, ohne Tendenzen zur Bildung besonderer Nationalstaaten zu zeitigen. Eben weil der österreichische und russische Staat der national gemischten Bourgeoisie die Einheit der Wirtschaftsgebiete, die Einheit der Gesetze usw., kurz, die wichtigsten Bedingungen der kapitalistischen Wirtschaft bot, erstrebten die verschiedenen nationalen Bourgeoisien die Bildung der Nationalstaaten nicht. Der Kampf der nationalen Bourgeoisien in Österreich, der bei oberflächlichen Beobachtern den Eindruck erweckt, als sei er ein Kampf gegen den Staat, ein Kampf um seinen Zerfall, war in Wirklichkeit ein Kampf um den Staat: jede nationale Bourgeoisie suchte nach einem Mittel, das ihr einen möglichst großen Einfluss auf die Staatsmaschine geben sollte. Und was man jetzt auch herumtuscht über die angeblichen Absplittertendenzen der Tschechen und Ruthenen im Kriege, so können diese Legenden die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, dass sich der durch die kapitalistische Entwicklung Österreichs erzeugte Staatszusammenhalt der national-verschiedenen Bourgeoisien viel stärker erwies, als man es vor dem Kriege annahm. In der Erklärung dieser Erscheinung aus der Tatsache, dass Österreich-Ungarn eine geographisch-wirtschaftliche Einheit bildet, hat Karl Renner zweifelsohne sich große wissenschaftliche Verdienste erworben, wie man sich auch zu seinen sonstigen sozialpatriotischen Kriegsprodukten stellen mag. Selbst in Russland, wo der Zarismus der fremdnationalen Bourgeoisie keinen Anteil an der Macht gewährt, weil er ihn auch der russischen nicht gab, selbst in Russland, wo das bürokratisch-autokratische Regime ein Hemmnis der wirtschaftlichen Entwicklung war, entstanden in der Bourgeoisie der Grenzlande keine Bestrebungen nach staatlicher Absonderung. Wie sehr die autokratische Staatsform auf die Länge hin den Interessen der bürgerlichen Entwicklung widerspricht, diente sie trotzdem den kapitalistischen Interessen: statt in die Wälder zu flüchten und nationalen Aufstände zu organisieren, freute sich die Bourgeoisie des großen Wirtschaftsgebiets, das so viel Gelegenheit zu Geschäften gab und suchte die zarische Maschine durch „Schmieren“ in Bewegung zu halten.

Selbst als die Wogen der Revolution des Jahres 1905 hoch gingen, sehen wir nirgends in der Bourgeoisie Absonderungstendenzen, ja, bürgerliche Ideologen, die vor der Revolution dem Unabhängigkeitsprogramm huldigten, ließen es im Stiche, als sie in dem Teil der „Verfassung“, die ein öffentliches politisches Leben ermöglichte, zu Vertretern breiter Schichten der Bourgeoisie wurden. So die Wandlung der Nationaldemokraten in Russisch-Polen. Nicht Aufteilung Russlands, sondern Autonomie, d. h. Selbstverwaltung in seinen Grenzen, die die nationale Unterdrückung aufheben würde, so lautete das nationale Programm der polnischen, deutschen, lettischen, armenischen usw. Bourgeoisie Russlands. Und was in der Zeit der Revolution sich offenbarte, das bestätigte die Haltung der national verschiedenen Bourgeois Russlands im Weltkriege. Alle nationalen bürgerlichen Aufstände stellten sich als Fabeln heraus.

Aber vielleicht liefert die Geschichte des Balkans den Beweis, dass der Nationalstaat – die Form der Herrschaft der Bourgeoisie – ihr Ziel ist. Die Kämpfe der jungen Balkanbourgeoisien bilden ganz gewiss ein Beispiel des Strebens jeder Bourgeoisie zur Macht und Herrschaft. Aber die Tatsache, dass die serbische Bourgeoisie um den bulgarischen Teil Mazedoniens, um den albanischen Zugang zum Adriameere Kriege führte, dass die Bulgaren heute nicht nur Pirot, sondern auch Nisch nehmen wollen, das alles bildet eine glänzende Bestätigung dafür, dass es nicht die nationalen, sondern die wirtschaftlichen, militärischen Ziele sind, die das Maß des bürgerlichen Strebens bilden, dass es nicht der Nationalstaat, sondern der wirtschaftlich möglichst entwickelungsfähige, d. h. der Entwicklung des Kapitalismus am meisten fördernde Staat ist, den die Bourgeoisie zu bilden sucht.

Wenn die Geschichte Österreichs, Russlands, des Balkans diese wirtschaftliche nicht national-kulturelle Bestimmung der Staatsziele der Bourgeoisie so klar zeigt, so wirft sie ein nicht minder charakteristisches Licht auf die Haltung der Arbeiterklasse der Frage des Nationalstaates gegenüber. Der Arbeiterklasse Österreich-Ungarns ist, seitdem sie den ersten Schritt auf der politischen Bühne getan hat, kein einziges Mal in den Kopf gekommen, dem angeblich mit dem Streben nach Demokratie so eng verwachsenem Streben nach dem Nationalstaat auch nur einen Tag ihres Kampfes zu opfern. Nicht die Zerreißung Österreichs in ein Dutzend humoristischer Nationalstaatchen war ihre Losung, sondern die Demokratisierung Österreichs, eine Form seiner Einrichtung, die mit der nationalen Unterdrückung enden würde. Die deutsche Arbeiterklasse Österreichs, die doch den Anschluss an ein großes Reich finden konnte, kümmerte sich um den österreichischen Alldeutschen, die ihn propagierten, nicht den Teufel. Und die polnischen Arbeiter Österreichs, deren Führer an Sonntagen die Unabhängigkeit Polens im Munde führten, ließen sich dies zwar bei ihrem geringen Grade der Entwicklung gefallen, aber ihr wirklicher, täglicher Kampf galt der Demokratisierung Österreichs, der Eroberung von Sozialreformen usw.

In Russisch-Polen schien es, als ob die Arbeiterklasse sich die Eroberung der staatlichen Unabhängigkeit zum Ziele gemacht hätte. In der Zeit von 1893–1903 hatte in der polnischen Arbeiterbewegung die Polnische Sozialistische Partei (P. P. S.), die die Unabhängigkeit Polens zum Ziele des proletarischen Klassenkampfes machen wollte, zweifelsohne das zahlenmäßige Übergewicht. Aber kaum geriet die Arbeitermasse wirklich in Bewegung, kaum beginnen wirkliche Massenkämpfe und nicht die Propaganda sozialpatriotischer Intelligenzler ihre Ideologie zu formen, da zeigte sich, dass die polnische Arbeitermasse den Kampf Arm in Arm mit der russischen um die Republik, um die demokratische Autonomie führte. Es ward offenkundig, dass ihre Interessen nicht die Bildung eines besonderen, sondern die Demokratisierung des bestehenden Klassenstaates, in dessen Rahmen sie sich entwickelt hat, erforderten. In dieser Zeit – es waren die Jahre der Revolution – übte nach einem Ausspruch des „Przedswit“, des theoretischen Organs der Poln. Soz. Partei, die Sozialdemokratie Russisch-Polens die Diktatur in der polnischen Arbeiterbewegung aus, jene Partei, die seit ihrer Gründung (1893) klarer als irgendein anderer Teil der Internationale das Verhältnis des Proletariats zum nationalen Problem erfasst hat.

Das junge Proletariat des Balkans nahm als letztes Stellung zum Problem der Staatsbildung. Es erfasste schon in der ersten Balkankonferenz des Jahres 1909 in erster Linie dank der Arbeit des unvergesslichen jungen Theoretikers der serbischen Sozialdemokratie, Dymitri Tutzowitz, dass ihm die Aufgabe gebührt, in dem historisch notwendigen bürgerlichen Prozess der Balkanstaatsbildung die Interessen der Demokratie zu verteidigen. Während die Bourgeoisie jedes Balkanlandes aus dem Balkangebiet ein möglichst großes Stück herauszuschneiden suchte, was zur Stärkung des Militarismus der Dynastien, zur Verschlimmerung der Bedingungen des zukünftigen Klassenkampfes führen musste, stellten die Balkansozialdemokraten die Losung der föderativen Balkanrepublik auf. Durch diese Losung trennten sie sich von der Bourgeoisie schon in dem Prozess der Lösung des Balkanproblems. Sie suchten diesen historisch-fortschrittlichen Prozess nicht zu hemmen, aber machten sich in ihm nicht zu Trabanten der Bourgeoisie, sondern erstrebten auf seinem Boden das Ziel, das für das Proletariat in der ganzen Epoche der Staatsbildung das wichtigste ist: die Demokratie. Ihre Kräfte waren zu schwach, um ihr Programm zu verwirklichen, wie die Kräfte der sich im Jahre 1848 um Marx sammelnden Arbeiter zu schwach waren, um die Losung der einzigen deutschen Republik zu verwirklichen.

Aber durch ihre Losung der föderativen Balkanrepublik erzielten die Balkansozialisten ein zweifaches: sie blieben nicht außerhalb der Kämpfe, die den Balkan seit Jahren aufwühlten, als kleine propagandistische Sekte; durch die Entfaltung ihrer Fahne sammelten sie einen Teil

der Volksmassen um sich, aber sie sammelten sie für eigene Ziele, verhüteten, dass die junge Arbeiterklasse nur die Rolle des Chors der Bourgeoisie spielte.

4. Das Proletariat und die Staatsbildung.

Wir sind am Ende des ersten Teils unserer Ausführungen. Es gilt, in kurzen Worten das Resultat unserer Untersuchungen zu unterstreichen.

Der bürgerliche Staat ist ein Produkt der kapitalistischen Entwicklung, er ist die Form, in der die über den Feudalismus siegende Bourgeoisie die Herrschaft ergreift, um sie als Hebel der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise zu gebrauchen. Der „Nationalstaat“, d. h. der Staat mit einsprachiger Bevölkerung, bildete niemals das Ziel der Bourgeoisie, sondern sie erstrebte immer ein geographisch und militärisch möglichst günstiges Gebiet. Wo ihre Interessen im Rahmen eines fremden Staates befriedigt wurden, suchte die Bourgeoisie keinen besonderen nationalen Staat zu bilden.

Das Proletariat war, als seiner besonderen Interessen bewusste Kraft, niemals eine staatsbildende Kraft: als die Staatsbildung auf der historischen Tagesordnung stand, befand es sich eben erst im Entstehen. Soweit es schon in diesem seinem Zustande bewusst eigene Politik trieb, sorgte es auf dem Boden des historisch-fortschrittlichen Prozesses kapitalistischer Staatsbildung für seine eigenen Interessen, für die demokratische Ausgestaltung des sich bildenden Staates. Wo es auf dem Boden des Nationalitätenstaates entstanden war – was schon ein Beweis dafür war, dass der Rahmen dieses Staates kein Hindernis für die kapitalistische Entwicklung war –, jagte es nicht dem Ideal eines besonderen Nationalstaates nach, sondern kämpfte mit seinen anderssprechenden Klassenbrüdern für die Demokratisierung des national gemischten Staates, für die Aufhebung der nationalen Unterdrückung, die es in seiner kulturellen Entwicklung hemmte, seinen Klassenkampf aufhielt. Die nationale Frage hatte für das Proletariat in den Nationalitätenstaaten die Bedeutung einer Frage der kulturellen Entwicklungsmöglichkeit und der Demokratie. Das Staatsproblem war also für die Bourgeoisie die Frage der Herrschaft über die Produktionskräfte, ohne Rücksicht auf die Nation ihrer Träger, für das Proletariat die Frage der Schaffung der besten Bedingungen für den Klassenkampf um den Sozialismus. Das klassenbewusste Proletariat war niemals solidarisch mit der Bourgeoisie in den national-staatlichen Fragen.

Die Gewerkschaftsbewegung.

1.

Dass der Imperialismus, und namentlich seine gewaltigste Äußerung, der Weltkrieg, die sozialistische Bewegung völlig umwälzt und ihr neue Bedingungen schafft, ist allmählich wohl jedem klar geworden. Wir stehen ja mitten in dem Prozess der Zerrüttung, der Neuorientierung und des Neuaufbaus. Die Gewerkschaftsbewegung scheint weniger davon berührt; aber in Wirklichkeit ist hier die Umwälzung der Grundbedingungen nicht geringer.

Schon vor dem Kriege trat das hervor. Das letzte Jahrzehnt vor dem Kriege brachte bereits eine *Krise der Gewerkschaftsbewegung*, langsam erst emporkommend, aber desto mehr Unruhe und Konflikte erzeugend, in ihrer Ursache wie in ihren Konsequenzen unverstanden.

Welches waren die äußeren Erscheinungen? Der rasche und gewaltige Aufstieg der deutschen Gewerkschaften im vorigen Jahrzehnt (1895–1905) hörte auf. Während die Preise unter der Wirkung der Prosperität stiegen, gelang es kaum mehr, den Geldlohn zu steigern: der Reallohn sank, die Lebenshaltung ging zurück. Jeder Kampf um bessere Löhne wurde mit Riesenaussperrungen beantwortet; jeder Ablauf eines Tarifvertrags bedeutete die Wahl

zwischen Annahme der Unternehmerbedingungen und einem erschöpfenden Abwehrkampf. In den Organisationen wuchs mit der Zentralisation die Macht der Führer, während Unruhe und Unzufriedenheit in den Massen emporkamen. Wo diese sich in spontanen Streiks entluden, stemmten sich die Beamten dagegen und suchten mittels ihrer Führermacht den Kampf abzuwürgen. Die Diskussionen über Massen und Führer spiegelten diesen inneren Konflikt wider.

Es ist damals oft gesagt worden, dass beide Seiten Recht hatten, und dass der stürmende Drang der Massen ebenso nötig sei, wie die weitblickende Vorsicht der Führer. Jetzt ist es wohl klar, in welchem Sinne das gilt: es waren und sind eben zwei Standpunkte, zwei Weltanschauungen, zwei Richtungen, die hier aufeinanderstoßen. Auch die Bourgeoisie hat von ihrer Lage aus genauso gut Recht, wie das Proletariat von seiner Lage aus. Nichts geistloser als die Redensart, die Bourgeoisie mit ihrem Konservatismus sei ebenso nötig wie das Proletariat mit seinem Sozialismus. Dagegen ist es wichtig einzusehen, dass man in der Frage der Gewerkschaftstaktik nicht mit der Frage zu tun hat: was ist Wahrheit?, sondern mit dem Kampf zweier Richtungen in der Arbeiterbewegung, mit dem nämlichen Gegensatz, der jetzt zwischen Sozialpatrioten und Sozialisten besteht.

Aus dem Aufschwung und der Prosperität der 90er Jahre entwickelte sich die Methode des Gewerkschaftskampfes zu einer festen Doktrin, die das damals praktisch als zweckmäßig befundene zu einer absolut gültigen Wahrheit auf die Spitze trieb. Zuerst große Organisationen bilden, bevor der Kampf möglich ist, möglichst alle Arbeiter vereinigen, starke Zentralisation, durch hohe Beiträge starke Kassen bilden, die Mitglieder als gutgedrillte Bataillone in den Kampf führen oder vom Kampfe zurückhalten, je nachdem die höhere Einsicht und die Geheimdiplomatie der Führer es gebot – das war das Ideal und die Doktrin der Gewerkschaftsbeamten, die in der Konjunktur eine materielle Grundlage fanden. So näherte sich die deutsche Gewerkschaftsbewegung demselben Typus, der sich früher in Amerika und England ausgebildet hatte. Er entspricht der Gewerkschaftsbewegung unter einer ruhigen, qualitativ gleichbleibenden, günstigen kapitalistischen Entwicklung. Dann bildet sie ein notwendiges Glied der bürgerlichen Gesellschaft, das nicht dazu bestimmt ist, den Kapitalismus zu untergraben, sondern in ihm eine Art Gleichgewicht zwischen Unternehmer- und Arbeiterinteressen herbeizuführen.

Während sich aber diese Vorstellung einer organisierten, gut finanzierten, klug geleiteten, nicht umstürzlerischen Gewerkschaftsbewegung in den Köpfen der Führer und breiter Kreise der Arbeiter festsetzte, untergrub die fieberhafte Entwicklung des Kapitalismus zum Imperialismus gerade ihre materielle Grundlage. Sie steigerte die Geschlossenheit und Kampfkraft des Unternehmertums, wälzte die Technik um, schuf in der Herrschaft der Banken über die Industrie kolossale Kapitalmächte, gegen die die Gewerkschaften machtlos waren, und stellte riesige Armeen ungelernter und unorganisierter Arbeiter in den Dienst dieser Betriebe.

Alle diese Erscheinungen, die das Kampffeld zu Ungunsten der Gewerkschaften verschoben, traten schon vor dem Kriege hervor. Aber der Krieg wird sie in seinen ökonomischen Wirkungen noch hundertfach verstärken. Während die kleinkapitalistischen Unternehmungen schwer daniederliegen, wird die Konzentration des Großkapitals durch den Krieg mächtig gesteigert. Und die Gewerkschaften, die sich sofort beim Kriegsausbruch in den Dienst des Imperialismus stellten, sehen ihre gutgefüllten Kassen zur Steuerung der Not dahinschwinden, und werden am Ende des Krieges machtloser denn je zuvor dastehen.

Aber das ist noch nicht alles. Die Entwicklung wird auch eine viel festere Verknüpfung von Staat und Industrie hervorrufen. Seit jeher hat die kapitalistische Privatindustrie in Deutschland sich als Pflegekind des Staates gefühlt: die Interessen der Industrie fördern, galt

schon lange als öffentliches Interesse, und die privaten Industrien fühlten sich selbst als Glied eines nationalen Ganzen: ja sie fühlten sich als den Kern der Nation, als die Nation schlechthin. Die Privatindustrie schädigen, hieß daher das Vaterland schädigen, und die Privatindustrie verteidigen, hieß das Vaterland verteidigen. In der Förderung der Industrie sahen die Großindustriellen die vornehmste Aufgabe des Staates, und der Staat erblickte seinerseits in der Erfüllung dieser Aufgabe den stärksten Hebel zur Entfaltung seiner Macht.

Versah doch gerade die große Industrie den Staat mit demjenigen Machtmittel, auf dem Existenz und Macht des modernen Klassenstaates beruhen: mit der Ausrüstung der ungeheuren Heeresmassen. Die wichtigsten Zweige der schweren Industrie wurden Rüstungsindustrie, dies Wort in seinem umfassendsten Sinne gebraucht. Und auch die Elektro- und chemische Industrie standen ganz wesentlich im Dienste der Rüstungen. Brachte so die Industrie das wichtigste Machtmittel des Staates auf die Höhe der Zeit, so war es wiederum der Staat, dessen Bedürfnisse diese gewaltige Steigerung seiner Macht erforderten. Und je mehr der Staat aus der Enge des Nationalstaates herauswuchs und sich zum Weltstaat entwickelte, je größer dadurch die Reibungsflächen der Weltmächte oder der Weltmachtkoalitionen untereinander wurden, desto riesiger wuchs das Bedürfnis des Staates nach Macht an; desto mehr bedurfte er der durch die Industrie vermittelten Rüstungen, desto mehr lag ihm der Schutz der Industrie am Herzen.

Da seine Entwicklung ihm selbst aber doch erst durch die Entwicklung der Großindustrie und des mit ihm liierten Großkapitals der Banken vorgeschrieben war, so empfand die Industrie die Notwendigkeit einer weltgebietenden Staatsgewalt in erster Linie. Die Bedürfnisse des Staates und der Industrie durchdrangen, bedangen, erhöhten und förderten einander. Und jetzt geht, unter der Wirkung der Kriegsindustrie und der durch den Krieg geschaffenen Finanzlage, diese gegenseitige Durchdringung noch weiter; man weiß dabei kaum noch, wo die Privatwirtschaft aufhört, und die Staatswirtschaft beginnt: der Staatssozialismus ist das offene Bekenntnis bürgerlicher Staatswissenschaftler.

So sehen wir eine mächtige Koalition heranreifen: Die Verbindung von Kapitalmacht und Staatsmacht.

Die letzten großen Gewerkschaftskämpfe, vor allem die Bergarbeiterbewegung, zeigten deutlich, welche Rolle der Staat bei diesen Gelegenheiten, wo der ungestörte Fortgang der industriellen Produktion bedroht war, zu spielen hat. Es gab keinen Streik mehr, und wird in aller Zukunft keinen mehr geben, der nicht politisch wäre. Diese Verhältnisse mussten die alte Gewerkschaftsbewegung in eine tiefe Krise stürzen, umso mehr, als die kapitalistisch-staatliche Entwicklung in lebendigem Flusse war und sich die Einrichtungen und Erscheinungen der Gesellschaft leicht und biegsam anzupassen verstand, während die Gewerkschaftsbewegung dieser Entwicklung gegenüber in der Auffassung ihrer Organisation und ihrer Kampfmethoden doktrinär blieb, nicht ahnend oder doch wenigstens nicht zugebend, dass gerade diese Doktrin die Entwicklung des Kapitals begünstigte.

Kartellpolitik der Gewerkschaften.

In der großen, jahrzehntelangen Auseinandersetzung zwischen der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften sind die Gewerkschaften Sieger geblieben. Sie haben sich die Partei botmäßig gemacht, und man kann die Parteiwirren nicht behandeln, ohne zugleich ihren Mutterboden, die Gewerkschaftsorganisationen, zu durchhackern. Ebenso kann an eine Gesundung der Parteiverhältnisse nicht gedacht werden, wenn man nicht in erster Linie auch an die Gesundung der Gewerkschaftsverhältnisse denkt. Wir werden auf diese Fragen noch oft und eingehend zurückkommen.

Während man früher den „freien“ Gewerkschaften durch die Politischerklärung, durch Zwangsschiedsgerichte das Lebenslicht auszublenden gedachte, sollen sie jetzt fürstlich belohnt werden für die treuliche Bewahrung des Burgfriedens, für die unschätzbaren Dienste, die sie vom Beginn des Krieges geleistet haben und noch leisten. Sie haben diesen Lohn reichlich verdient. Man unterbreitet ihnen den Plan, sich mit Hirsch-Dunckerschen, nationalen, neutralen, nationalpolnischen und christlichen wie katholischen Fachvereinsgelben zu einer untrennbaren Einheit zu verschmelzen, eine „einheitliche“ Gewerkschaftsorganisation zu schaffen, und auf diese Weise die Kampfparole des Kommunistischen Manifestes „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“, vorerst im Rahmen der deutschen Arbeiterschaft zu verwirklichen.

Der Vertreter dieser zwar nicht ganz neuen, für die Bourgeoisie aber doch ganz plausiblen Gewerkschaftstheorie ist Herr Bethmann-Hollweg. Der Präsident des internationalen Gewerkschaftsbundes, Karl Legien, teilt diese Auffassung des deutschen Reichskanzlers zwar nicht vollständig, da ja die Gewerkschaften unter dem Einflusse der politischen Parteien entstanden wären und dieser lebendige politische Einschlag erhalten bleiben müsse; aber zu einem *Kartellverhältnis*, der Minimalforderung des Kanzlers, einem Kartell des gesamten werktätigen organisierten Arbeitervolkes in Deutschland, könne man sich geneigt zeigen, wenn nur die Zentrumsmatadoren ebenso burgfriedlich gestimmt wären. Natürlich: Für Zölle und indirekte Steuern könne man nicht eintreten, und die Bundesbrüderschaft mit den Gelben ließe sich keine Stunde länger aufrechterhalten, wenn die Christlichen auch in dieser Hinsicht „gelbe“ Politik trieben. Aber mit Hirsch-Dunckers Nachfahren, die auf der Grundlage einer echtnationalen Arbeiterpolitik stehen – warum sollte man schließlich nicht mit diesen auf das allerbeste zusammenleben können, und überhaupt: wodurch unterscheidet man sich denn von ihnen?

Der Klassenkampf – aber Genossen, bitte keine Phrasen! Dienen wir dem Klassenkampf nicht eben dadurch, dass wir uns mit unsern bisherigen Gegnern verbinden, um sie zu erziehen? Der Gedanke ist überdies gar nicht neu. Lange vor Bethmann-Hollwegs und Legiens neuer „Theorie und Praxis“ des Gewerkschaftswesens hatte man beim Ausbau der Textilarbeiterinternationale daran gedacht, auch die außerhalb der freien Gewerkschaften stehenden Verbände zur „Mitarbeit“ heranzuziehen; aber – die Gelben blieben gelb und die Hirsche wurden keine Klassenkämpfer. Auch bei Schaffung der Bergarbeiterinternationale hatte man energisch den Versuch unternommen, die gesamte organisierte Bergarbeiterschaft zu vereinen. Neben der freien Gewerkschaft, unter Führung des Abg. Hue, zogen die Hirsche und die Polen in die Internationale ein, auch die Christlichen entsandten 1906–1907 ihren Delegierten zur Tagung des Bergarbeiterparlaments. Da brach 1912 im Ruhrgebiet der Bergarbeiterstreik aus. Streng „neutral“ war, wie es 1905 schon Hue vertrat, die Massenlohnbewegung geführt worden; auf jederlei politische Beeinflussung der Aktion wurde – wenigstens seitens der Arbeiterschaft – verzichtet. Doch die Christen blieben christlich: ihre Führer erließen einen Aufruf zum Streikbruch und der gewaltigste Kampf der Bergleute in deutschen Landen brach erfolglos zusammen. Ja, die Kartellpolitik ...

Legien ist ein Opfer seines Berufs. Als Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes sah er sich veranlasst, wenn nicht gezwungen, den altenglischen Gewerkschaftstendenzen entgegenzukommen, mit dem Mitgliede der bürgerlich-harmonischen Civic-Federation, mit *Samuel Gompers*, als Gleicher unter Gleichen zu verkehren. Nach Amerika gerufen, um die Verbindung mit der Internationalen fester zu gestalten, ward er zum begeistertsten Verherrlicher seines Gastgebers und brachte altunionistischen Geist heim in die alte Heimat. Auf dem Münchener Kongress sehen wir ihn gegen die Mehrheit der deutschen Gewerkschafter bereits die Berufsorganisation wider den Industrieverband verfechten. Die deutschen Arbeiter lehnten den Amerikanismus ab; sie scheinen auch jetzt noch nicht dazu entschlossen, die alten

Erfahrungen ihres eigenen Kampfes fremden Einflüsterungen, und seien diese auch noch so verlockend, zu opfern.

Danach sehen wir Legien den Weg gehen, der ihn weitab vom Sozialismus mitten ins Lager der Bourgeoisie hineinführte, der Mitschöpfer der deutschen Generalkommission der Gewerkschaften, der Mitarbeiter der Sozialistischen Monatshefte musste zum Vorkämpfer der Politik des 4. August werden, jener Auffassung, die Legien zum Siege geführt hat, als er am 2. August die bekannten Beschlüsse der deutschen Gewerkschaftskommission verkündete. Der 2. August, die Verzichtserklärung auf den Klassenkampf, hat dem 4. August erst seine Bedeutung verliehen. Den Burgfrieden aber hat das Kartell der reichstreuen Parteien geschaffen, wenn auch die Fraktion der sozialdemokratischen Abgeordneten gespalten wurde. Der Burgfriede macht Bethmann-Hollweg zum erfolgreichen Theoretiker des deutschen Gewerkschaftswesens, den internationalen, praktischen Gewerkschafter Legien aber zum Befürworter eines Kartells mit Nationalliberalen und Christlichen. Dennoch steckt Sinn und Konsequenz in dieser Entwicklung. Die „freien“ Gewerkschaften sind reif für die Kartellpolitik. Es fragt sich nur, ob die in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter in ihrer Masse diese Politik der nationalen Verbrüderung zur Zertrümmerung der Internationale in Permanenz mitmachen werden. Wollen sie es nicht, dann bleibt ihnen kein anderer Weg, als die allgemeine Krisis in die Gewerkschaften zu tragen und sie auch dort bis zu allen Konsequenzen zu treiben.

Aus unserm politischen Tagebuch.

4. September.

In der „Berner Tagwacht“ und dem Stockholmer „Politiken“, dem Organ der schwedischen Internationalisten, veröffentlicht Genosse Radek einen Artikel „Hände weg!“, in dem er in schärfster Weise sich gegen den Versuch wendet, Liebknecht zum Schwurzeugen für den Sozialpatriotismus der Tripelentente und somit der Ententemächte zu machen. Anhand der Erklärungen und Artikel Liebknechts beweist Radek, dass Liebknecht nicht nur den deutschen Imperialismus, sondern den Imperialismus der Tripelentente bekämpft hat, dass er von den Sozialisten Frankreichs, Englands und Russlands dieselbe Politik forderte, die er in Deutschland vertrat. Die Tripelentente-Sozialisten wissen es, wenn sie sich in ihrem Kampfe gegen die eigene Opposition auf Liebknecht berufen, so treiben sie schmachvollen Missbrauch. Aber sie werden sich verrechnen: Die Prinzipientreue Liebknechts lässt sich nicht für den Dienst bei den englischen und französischen Kapitalisten ausnützen.

6. September.

Wir zitieren aus einem hervorragenden *sozialpatriotischen Parteiblatt*: „Die Forderungen nach einer Beseitigung des Reichstagswahlrechts, die Versuche, das Koalitionsrecht einzuschränken und andere reaktionäre Wünsche mehr sind keineswegs vergessen.“

*

„Das deutsche Volk in seiner weit überwiegenden Mehrheit hatte es satt, auf vielen Gebieten (!) nur Objekt der Betätigung einer kleinen Minderheit von Besitzenden und Bevorzugten, einer Bureaucratie und des Junkertums zu sein.“

*

„Wäre der entsetzliche Krieg nicht dazwischen gekommen, hätten wir in Deutschland sicher die allerhärtesten innerpolitischen Kämpfe erlebt.“

*

„Wir haben nicht einen Augenblick lang die Auffassung gehegt, dass nach dem Kriege in Deutschland eine Art von paradiesischem Zeitalter mit dauerndem Burgfrieden herrschen werde.“

*

„Politische Fragen sind Machtfragen!“

*

„Die herrschenden Klassen geben nur so viel von ihren Vorrechten gutwillig preis, wie sie glauben doch nicht mehr auf lange Dauer verteidigen zu können.“

*

„Durch die Gewährung von kleinen Zugeständnissen haben herrschende Klassen oft genug vermocht, ihre sonst viel rascher erledigte Herrschaft weiter aufrechtzuerhalten.“

*

„Die Volksmassen, die heute noch vielfach (!) minderen Rechts sind, werden es nicht leicht haben, ihren Forderungen Geltung zu verschaffen.“

*

„Die reaktionäre Anschauung von der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen und politischen Klassenscheidung, die gleichbedeutend ist mit der Auslieferung der Regierungsgewalt an eine ganz dünne Schicht der Besitzenden, erscheint uns als der brüchigste Grundsatz, der aufgestellt werden kann.“

*

„Die Neuorientierung Deutschlands, das heißt die Demokratisierung in Gemeinde, Staat und Reich, ist, wie Preuß ganz richtig erkannt hat und wovon die breitesten Volksmassen schon längst überzeugt waren, die notwendige Voraussetzung für Deutschlands zukünftige Weiterentwicklung und auch für seine angemessene Stellung im Rate der Völker. Wenn unsere Konservativen das auch während des Krieges noch nicht zu begreifen vermochten, dann dürfen sie sicher sein, dass das Volk verstehen wird, ihnen die Sicherheit dieser Anschauung und die Notwendigkeit der daraus zu ziehenden Folgerungen im Guten oder im Bösen beizubringen.“

*

Der beißende Witz der Geschichte besteht darin, dass so ernste Dinge in der *Chemnitzer „Volksstimme“* des Herrn Heilmann stehen. Um dem Proletariat Macht zu verschaffen, um ihm den Kampf zu erleichtern, um die Herrschaft der Konservativen zu brechen, gab Herr Heilmann die Parole aus: Auf, zu Hindenburg! Das war damals. Heute schreibt er:

„Einer großen Zahl von rechtsstehenden deutschen Politikern und Zeitungen ist nicht wohl bei dem Gedanken daran, wie sich nach dem Kriege in Deutschland die innerpolitischen Verhältnisse gestalten werden.“

Ja ja, Herr Heilmann, es kommen schwere Zeiten für eine große Zahl von „rechtsstehenden deutschen Politikern und Zeitungen“, schwere Zeiten! Und das „Volk“ wird eine genaue

Bilanz fordern über ihre Worte und ihre Taten, und dann dürfen sie sicher sein, dass das Volk verstehen wird, ihnen die Richtigkeit seiner Anschauungen und die Notwendigkeit der daraus zu ziehenden Folgerungen beizubringen.

Berichtigung.

Im Artikel „Der Bittgang der Sozialpatrioten“ in Nr. 11 muss es in der 2. Spalte 9. Zeile von oben heißen: mit einem rein sozialimperialistischen Bekenntnis zum status quo. Im „Faust“ auf Seite 87, Spalte 2, 1. Absatz, vorletzte Zeile muss es heißen philologischer Tüfteleien befreit statt philosophischer Tüfteleien, und auf Seite 88 muss es im dritten Absatz 4. Zeile heißen: „Es findet keine poetische Verherrlichung seines Aufstieges und bedarf ihrer auch nicht, und es weiß, dass jeder Versuch, in Goethes Werk, und besonders im Faust, Keime des Sozialismus aufzuspüren, immer wieder ins Erdreich bürgerlicher Denkweise zurückführen muss, sehr zum Schaden seines Aufstieges.“ [Korrigiert, d. Hrsg.]

Feuilleton

Ein dunkles Kapitel.

Am 14. Juli 1789 stürmte das Volk von Paris die Bastille, und am 4. August einem andern – denkwürdigen 4. August! – fiel der französische Feudalismus. Und nun brach die Revolution dem Sieg der Bourgeoisie, ihrer Herrschaft über die Produktion, die Bahn auf dem ganzen europäischen Kontinent. Zwar stemmten sich die europäischen Mächte mit allen Kräften der Revolution entgegen. Überall fürchteten die Herrschenden um ihr Sein. Die Ostmächte taten sich zur kriegerischen Koalition, glorreichen Angedenkens für die französischen Revolutionäre, zusammen. Der Riesenstrom der größten Volkserhebung der Weltgeschichte ließ sich nicht in seine Quellen zurückdrängen. Er brach die hindernden Dämme und befruchtete den Boden, auf dem die politische und ökonomische Macht der europäischen Bourgeoisie gedeihen konnte. Aber die Furcht war ihnen jäh in die Glieder gefahren, und selbst in England, dem anderen klassischen Lande des bürgerlichen Aufstieges, suchte man Dämme gegen die Hochflut der Revolution zu ziehen. Wie es zu dieser Zeit in England aussah, erzählt uns Buckle im ersten Bande seiner geistvollen „Geschichte der Zivilisation in England“. Jenes Kapitel aber, das von der Einwirkung der französischen Revolution auf die Verfassung Englands handelt, ist eines der lehrreichsten aus der englischen Geschichte. Es verdient gerade jetzt, da der mitteleuropäische Imperialismus mit dem englischen Rivalen seinen gewaltigsten Kampf um die Weltgeltung auskämpft, in mehr als einer Hinsicht sorgfältig gelesen zu werden. Lassen wir also Buckle reden:

„Wir können uns einen Begriff von der Bedeutung der Krisis dadurch machen, dass wir die Schritte gegen unsere zwei bedeutendsten Einrichtungen beachten, nämlich gegen die Presse und gegen das Recht der Versammlung, um öffentliche Angelegenheiten zu erörtern. Sie sind die beiden hervorstechendsten Eigentümlichkeiten, die uns politisch von allen andern Völkern Europas unterscheiden. Solange sie unversehrt erhalten, furchtlos und oft angewendet werden, wird hinlänglich Schutz gegen die Eingriffe der Regierung vorhanden sein, die man nicht zu eifersüchtig bewachen kann, und denen auch das freieste Volk unterworfen ist. Außerdem führen diese Einrichtungen noch andere Vorteile von höchster Bedeutung mit sich. Sie regen politische Erörterung an und vermehren dadurch die Masse der Intelligenz, die auf

die politischen Geschäfte des Landes verwendet wird. Sie vermehren auch die Stärke der Nation im Allgemeinen, denn sie veranlassen große Abteilungen des Volkes, Kräfte anzustrengen, die sonst brach liegen würden, auf diese Weise aber belebt und in Tätigkeit gesetzt und zu anderen Zwecken und Interessen der Gesellschaft nutzbar gemacht werden.

Aber in dieser Periode galt es für rätlich, den Einfluss des Volkes zu schwächen, und folglich für unangemessen, dass das Volk seine Kräfte durch Übung stärkte.

1795 wurde ein Gesetz gegeben, das offenbar die Absicht hatte, allen öffentlichen Erörterungen, sowohl religiöser als politischer Gegenstände, für immer ein Ziel zu setzen. Denn es verbot alle öffentlichen Versammlungen, wenn sie nicht fünf Tage vorher in einer Zeitung angekündigt wären, und diese Ankündigung sollte eine Angabe der Gegenstände der Versammlung, sowie der Zeit und des Ortes, wo sie stattfinden werde, enthalten. Und um die ganze Sache völlig unter die Aufsicht der Regierung zu bringen, wurde befohlen, dass eine solche Ankündigung von den Hauswirten unterzeichnet und das ursprüngliche Manuskript zur Nachsicht für die Friedensrichter, die vielleicht eine Abschrift davon brauchen möchten, aufgehoben werden solle, eine vielsagende Drohung, die damals sehr leicht zu verstehen war. Dann wurde noch zum Gesetz gemacht, dass selbst nach solchen Vorsichtsmaßregeln jeder einzelne Richter die Versammlung auflösen könne, wenn nach seiner Ansicht die Sprache der Redner den König oder die Regierung in Verachtung bringen könnte, wobei er auch noch das Recht erhielt, diejenigen zu verhaften, die er für die Schuldigen hielt. So wurde die Macht, eine öffentliche Versammlung aufzulösen und ihre Häupter zu verhaften, einer gewöhnlichen Gerichtsperson und zwar ohne alle Sicherheit gegen Missbrauch übertragen. Mit anderen Worten, das Recht, öffentliche Erörterungen der wichtigsten Gegenstände ein Ende zu machen, wurden in die Hände eines Kronbeamten gelegt, den die Regierung nach Gefallen absetzen konnte. Hierzu kam, wenn die Versammlung aus zwölf oder aus mehr als zwölf Personen besteht, und länger als eine Stunde nach dem Befehl, sich zu trennen, zusammenbleiben sollte, so stand hierauf Todesstrafe, und sollten auch nur zwölf diesem willkürlichen Befehl einer einzelnen unverantwortlichen Gerichtsperson nicht gehorchen.

Im Jahre 1799 wurde noch ein Gesetz gegeben, welches verbot, irgendein offenes Feld oder irgendeinen öffentlichen Platz zu Vorlesungen oder zu Debatten zu benutzen, ohne eine spezielle Erlaubnis dazu von der Behörde erlangt zu haben. Ebenso wurde das Gesetz gegeben, dass alle Leihbibliotheken und alle Lesezimmer denselben Bestimmungen unterworfen werden sollten; niemand sollte ohne Erlaubnis der Behörden in seinem Hause Zeitungen, Flugschriften, ja nicht einmal Bücher irgendeiner Art für Geld ausleihen. Ehe Anstalten dieser Art eröffnet werden konnten, musste eine Erlaubnis von zwei Friedensrichtern eingeholt sein, und jährlich wenigstens einmal erneuert werden. Sie konnte aber unterdessen zu jeder Zeit zurückgenommen werden. Wenn jemand ohne Erlaubnis der Gerichtspersonen Bücher auslieh oder Vorlesungen und Debatten, worüber es auch sei, unter seinem Dache halten ließ, so sollte er für ein so schweres Verbrechen mit 100 Pfund für den Tag bestraft werden, und jeder, der ihm dabei half, sei es als Vorsitzender bei der Verhandlung oder durch Mitteilung eines Buches, sollte für jedes Verbrechen der Art mit 20 Pfund bestraft werden. Der Eigentümer einer so schädlichen Anstalt sollte nicht nur unter diesen erdrückenden Strafen leiden, sondern konnte auch noch weiter als der Inhaber eines unsittlichen Hauses bestraft werden.

Modernen Ohren klingt es einigermaßen sonderbar, dass der Besitzer eines öffentlichen Lesezimmers nicht nur unmäßiger Geldstrafen unterworfen sei, sondern auch noch als einer, der ein unsittliches Haus hält, bestraft werden, und dass ihm dies alles widerfahren musste, bloß weil er seine Anstalt ohne Erlaubnis der Obrigkeit eröffnet. So sonderbar dies aber auch erscheint, so war es jedenfalls folgerichtig, denn es gehörte nur zu einem förmlichen Plane, nicht nur die Handlungen der Menschen, sondern auch ihre Ansichten unmittelbar in die

Gewalt der Regierung zu bringen. Darum waren die Gesetze, die jetzt zuerst gegen Zeitungen gegeben wurden, so strenge, und die Verfolgung der Schriftsteller so unnachsichtlich, weil es offenbar die Absicht war, jeden politischen Schriftsteller, der eine unabhängige Meinung aussprach, zu Grunde zu richten.

Diese und ähnliche Maßregeln, die nachher erwähnt werden sollen, erregten eine solche Unruhe, dass nach der Meinung vorzüglicher Beobachter der Zustand der öffentlichen Angelegenheiten ein verzweifelter, vielleicht ein hoffnungsloser geworden war. Die äußerste Niedergeschlagenheit, womit am Ausgange des 18. Jahrhunderts die besten Freunde der Freiheit in die Zukunft blickten, ist sehr bemerkenswert und bildet einen auffallenden Zug in ihrer Privatkorrespondenz. Und obgleich verhältnismäßig wenige solche Gesinnungen auszusprechen wagten, tat es doch *Fox*, dessen unerschrockenes Herz ihn alle Gefahr verachten ließ, und drückte öffentlich aus, was die Regierung hätte zurückschrecken müssen, wenn so etwas möglich gewesen wäre. Denn dieser ausgezeichnete Staatsmann, der mehr als einmal Minister gewesen war und nachher wieder Minister wurde, nahm keinen Anstand, im Jahre 1795 von seinem Platz im Parlamente aus zu erklären, wenn diese und andere schmachvollen Gesetze, die in Vorschlag gebracht wurden, wirklich durchgehen sollten, so würde gewaltsamer Widerstand gegen die Regierung bloß noch eine Frage der Klugheit sein, und wenn sich das Volk dem Kampfe gewachsen fühlte, so würde es vollkommen berechtigt sein, sich den Willkürmaßregeln zu widersetzen, durch die seine Regierung die Freiheit zu ersticken suche.

Die Regierung jedoch ließ sich in ihrem unsinnigen Lauf nicht aufhalten. Die Minister hatten eine sichere Mehrheit in beiden Parlamentshäusern und konnten ihre Maßregeln, dem Volke zum Trotz, durchbringen. Dieses freilich widersetzte sich ihnen auf jede Weise, die nur nicht wirkliche Gewalt war. Der Zweck dieser neuen Gesetze war, den Geist der Forschung zu zügeln und die Reformen zu hintertreiben, welche durch den Fortschritt der Gesellschaft unumgänglich gemacht werden. Neben ihnen wurden noch andere Mittel zu dem Ende angewendet. Es ist keine Übertreibung, dass England einige Jahre hindurch mit absolutem Terrorismus regiert wurde. Die Minister des Tages verwandelten einen Parteikampf in Proskriptionen, füllten die Gefängnisse mit ihren politischen Gegnern und ließen sie dort mit der schändlichsten Strenge behandeln. Wenn einer als Reformler bekannt war, so war er in steter Gefahr, verhaftet zu werden, und wenn er dem entging, so wurde er überall bewacht und seine Privatbriefe geöffnet, wenn sie durch die Post gingen. In solchen Fällen machte man sich aus nichts Gewissen. Selbst das Vertrauen der Häuslichkeit wurde verletzt. Kein Gegner der Regierung war unter seinem eigenen Dache sicher gegen die Berichte von Horchern und das Geklatsch der Dienerschaft. Zwietracht wurde in den Schoß der Familien eingeführt und Zerwürfnisse zwischen Eltern und Kindern verursacht. Nicht nur die stärksten Versuche zur Unterdrückung der Presse wurden gemacht, sondern auch die Buchhändler so unausgesetzt verfolgt, dass sie nicht wagten, ein Werk zu veröffentlichen, wenn sein Verfasser sich schlecht mit dem Hofe stand. Und wirklich wurde jeder, der sich mit der Regierung in Opposition setzte, für einen Feind des Vaterlandes erklärt. Politische Gesellschaften und politische Versammlungen waren scharf verboten. Jeder Volksführer war in persönlicher Gefahr, und jede Volksversammlung wurde entweder mit Drohungen oder mit Soldaten auseinandergelacht. Das verhasste Werkzeug, mit dem die schlimmsten Tage des 18. Jahrhunderts vertraut waren, wurde in Bewegung gesetzt. Spione wurden bezahlt, Zeugen angestiftet, Geschworene ausgesucht. Die Kaffeehäuser, die Gasthäuser, die Klubs waren voller Emissäre der Regierung und sie berichteten jedes Wort, das einem in der Unterredung entschlüpfte. Konnte so kein Beweis zusammengebracht werden, so gab es noch ein Mittel, das schonungslos angewandt wurde. Die Habeas-Corpus-Akte war beständig suspendiert, und so konnte die Krone ohne Untersuchung und ohne Ende jeden einsperren, der dem Ministerium verhasst war, aber von dessen Verbrechen man keine Beweise vorzubringen unternahm.

Auf diese Weise unterdrückten die Regierer Englands am Ende des 18. Jahrhunderts unter dem Vorwande, die Verfassung des Landes zu schützen, das Volk, zu dessen Besten allein diese Verfassung doch existieren sollte, und dies war noch keineswegs der ganze Schaden, den sie wirklich anrichteten; ihre Versuche, den Fortschritt der Meinungen aufzuhalten, waren aufs Genaueste verknüpft mit jenem monströsen System auswärtiger Politik, wodurch uns eine Schuld aufgebürdet worden ist, die ihresgleichen nicht hat. Um die Zinsen davon zu bezahlen und die laufenden Ausgaben einer verschwenderischen und gewissenlosen Verwaltung zu decken, wurde fast jedes Erzeugnis der Industrie und der Natur besteuert. In den allermeisten Fällen fielen diese Steuern auf die große Masse des Volkes, die dadurch in eine ungewöhnlich harte Lage gebracht wurde. Denn die höheren Klassen schlugen dem übrigen Teil der Nation nicht nur die dringend nötigen Reformen ab, sondern zwangen auch noch das Land, die Vorsichtsmaßregeln zu bezahlen, die infolge dieser Weigerung nötig wurden. So verminderte die Regierung die Freiheit des Volkes und verschwendete den Ersatz seiner Industrie, um dieses Volk gegen Ansichten zu beschützen, zu welchen es durch die Zunahme seiner Kenntnisse unwiderstehlich getrieben worden war.“

So wars in England unter dem Eindruck der großen französischen Revolution und der Kriege, in die England mit Frankreich verwickelt wurde. Es ist schon lange her. Aber es ist eines der zahlreichen dunklen Kapitel aus der Geschichte des Inselreiches.

Zeugen und Rufer.

Das ökonomische System ist kein Gewebe von Vernunftgründen, sondern ein zusammenhängender Komplex von Tatsachen, der ein verwickeltes Gewebe von Tatsachen erzeugt. Es ist töricht, zu glauben, dass dieses System von Tatsachen, das die herrschende Klasse mit großer Mühe, Jahrhunderte lang, durch Gewalt, List, Talent und Wissenschaft eingerichtet hat, abdanken, und sich selbst zerstören werde, um den Ansprüchen der Armen, die ihre Rechte wiederfordern, und den Vernunftgründen ihrer Fürsprecher Platz zu machen. Wie kann man die Unterdrückung des Elends fordern, ohne den Umsturz des ganzen Restes zu fordern? Es heißt, eine abgeschmackte Forderung stellen, wenn man von dieser Gesellschaft beansprucht, das Recht zu wechseln, wodurch sie sich verteidigt. Es heißt im Mangel an Logik ertrinken, wenn man vom Staate beansprucht, dass er aufhören solle, der verteidigende Schild dieser Gesellschaft und dieses Rechtes zu sein. Der einseitige Sozialismus, der, ohne gerade utopisch zu sein, von der Annahme ausgeht, dass die Gesellschaft die Verbesserung einzelner Fehler zulasse ohne Revolution, das heißt ohne gründliche Umwandlung in dem allgemeinen und elementaren Bau der Gesellschaft selbst, ist nur eine harmlose Einbildung.

Antonio Labriola.

In den europäischen Staaten, die unverjüngt geblieben, fürchten die Herrscher jede Geisteskraft, die ungebunden und frei nur sich selbst lebt, und suchen sie durch verstellte Geringschätzung in wirklicher Geringschätzung zu erhalten. Wo sie dieses nicht vermögen, wo ein Talent sich durchgeschlagen und sich Hochachtung erbeutet, da schmieden sie es an die Schulbank, um es festzuhalten, oder spannen es in die Regierung, um es zu zügeln. Ist die Regierung voll und kann keiner mehr darin untergebracht werden, zieht man den Schriftstellern wenigstens die Staatslivree an und gibt ihnen Titel und Orden; oder man sperrt sie in den Adelshof, nur um sie von der Volksstadt zu trennen.

Börne (Aus meinem Tagebuch).

Human! Das ist das Feldgeschrei,
Das Wort, damit man feige sei.
In das hüllt jeder Stümper sich,
Dem beugtet jeder Krümper sich,

Dem Schwächling passet es als Schöße,
Er deckt damit die eigne Blöße.
In seinem Schutz wird feig' gebrochen,
Was eben man noch leicht versprochen
Den trägen Zwergenseelen ist
Der Mensch vor allem Humanist.

Ibsen (Brand).

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Lüth);
sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 13/1916

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

1. Jahrg.

Bremen, den 16. September 1916.

Nr.13

Redaktion und Expedition: Waller Heerstraße Nr. 52. (Eing. Torweg).

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellschein

Unser Kampf gegen das Zentrum der Partei.

Als die Opposition gegen den Sozialpatriotismus einsetzte, wandte sie sich zunächst gegen die Politik des 4. August. Denn in der Zustimmung der Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten, in der Anerkennung des Burgfriedens trat das Wesen des Sozialpatriotismus, das Aufgeben der selbständigen proletarisch-sozialistischen Politik, die Solidarität mit der Bourgeoisie an Stelle des Klassenkampfes, am sinnfälligsten in die Erscheinung. Allein der Kampf gegen die Aufgabe der sozialistischen Grundsätze zwang die entschiedene Opposition des Linksradikalismus sofort zu einer Kritik der gesamten parteilichen wie allgemeinen gesellschaftlichen Verhältnisse, als deren Produkt sich die bürgerliche Politik der offiziellen Parteinstanzen von selbst ergab.

So trat die Tatsache immer klarer hervor, dass die Politik des 4. August die natürliche Konsequenz der bisherigen Arbeiterbewegung war, wie sie sich unter der Einwirkung der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung der bürgerlichen Welt gebildet hatte. Es galt also, den Kampf gegen den gesamten Komplex aller in der Arbeiterbewegung zutage getretenen Erscheinungen zu führen, wollte man das Übel, das bei Kriegsausbruch wie eine schwere, unheilbare Krankheit am Körper der bisherigen Arbeiterbewegung aufgebrochen war, mit seinen Ursachen ausrotten. Es galt, den Arbeitern zu zeigen, dass die Organisationen, die sie sich im Laufe von Jahrzehnten unter schweren Opfern und Mühen geschaffen, nicht mehr, wie es ihr ursprünglicher Sinn war, Hebel des Klassenkampfes, sondern Hindernisse waren, die die Arbeiterschaft, statt sie über die Bourgeoisie zu erheben, unter den Wagen der Entwicklung des Großbürgertums brachten.

In der Aufdeckung dieser Tatsache als einer der Ursachen im Versagen des Proletariats in einer unvergleichlich gewaltigen historischen Situation stieß die entschiedene Opposition auf den Widerstand des Parteizentrums, und dieser Widerstand musste zum offenen Bruch und damit zum Kampfe gegen das Zentrum führen, sobald die Kritik an dem Bestehenden in die Kundgebung der positiven Ziele des Linksradikalismus umschlug. Um es klar und ungeschminkt zu sagen: das nächste Ziel des Linksradikalismus, die Anwendung seiner neuen, auf verschiedenen Parteitagungen vor dem Kriege bereits klar bekannten Taktik in der jetzigen und künftigen Epoche der Arbeiterbewegung, verträgt sich nicht nur nicht mit den heutigen

Organisationsformen der deutschen Arbeiterklasse; es ist nur zu erreichen durch den Kampf gegen diese Formen. Und erst die Überwindung der jetzigen Organisationsformen macht die Bahn frei für den Kampf, für den ersten und wirklichen Kampf der Arbeiter um die Eroberung der politischen Macht, während die stolzen Organisationen sie zur politischen Machtlosigkeit verdammt haben.

Die Kundgebung dieses ersten und nächsten Zieles des Linksradikalismus musste notwendig das Parteizentrum an die Seite der Parteireaktion treiben; denn die Vertreter des Parteizentrums rekrutierten sich zum überwiegenden Teile aus Elementen, die entweder an dem Bestand der heutigen Organisationsformen unmittelbar interessiert sind oder die an der Tradition der bisherigen Arbeiterbewegung noch hängen und sich nicht von ihnen loszumachen verstehen. Sie begreifen nicht, dass jetzt eine neue Epoche im Kampf der Arbeiter angebrochen ist, eine Epoche, die eine neue geistige wie organisatorische Orientierung der Arbeiterklasse nötig macht. Was vor dem Kriege auf einzelnen Parteitagungen in Artikeln, in Polemiken als Probleme von den Linksradikalen behandelt wurde, nimmt jetzt, durch die Wirkungen des Krieges mächtig gefördert, die Former praktischer Fragen an.

Jene Zukunft ist Gegenwart geworden. Das begreifen die Vertreter des Zentrums nicht. Sie halten an dem alten Radikalismus fest; sie schwören auf die alten Formeln; sie suchen die Gegenwart an den Wahrheiten der Vergangenheit zu orientieren. Sie gebärden sich in Worten radikal wie vor dem Kriege, aber sobald die erste praktische Probe auf das radikale Exempel gemacht werden soll, versagt ihre Rechnung. Ihr Radikalismus entpuppt sich als leeres Wortgedröhn, das höchstens die Luft, aber nicht die Feste der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung erschüttern kann. Und ganz konsequent richtet das Zentrum von jetzt ab seinen Kampf mit einer viel größeren Beredsamkeit und Kraft gegen die Linke, als er jemals gegen die Rechte aufzubegehren wagte. Das Zentrum hat in den Sozialpatrioten seine natürlichen Bundesgenossen, mit denen es durch Bande der Interessengemeinschaft verknüpft ist. Der Linksradikalismus jedoch ist ihm wesensfremd.

Nun hört man aus den Reihen des Zentrums selbst oft die bittersten Klagen darüber, dass es von der Linken angegriffen und so an seinem Kampfe gegen die Rechte gehindert wird. Die Linke, so lamentieren die Zentrumsleute vor den Arbeitern, zersplittert die Opposition und macht so jeden Kampf gegen die Rechte unwirksam, zum Gaudium der Rechten und zum Gaudium des Bürgertums. Diese Argumentation hat auf den ersten Blick etwas Bestechendes. Ist es nicht die erste Pflicht jedes Parteigenossen, der mit der Politik des 4. August gebrochen hat und die Arbeiterbewegung in gesunde Bahnen lenken will, dass er alle Kräfte sammelt, die gegen diese Politik in Opposition stehen? Heißt es nicht sammeln, anstatt immer weiter spalten, um die Kraft der neuen Bewegung möglichst schnell und umfangreich zusammenzubringen? Ist der nicht ein schlechter Feldherr, der angesichts der wachsenden Macht des Feindes die eigenen Kräfte durch unausgesetzte Kritik in immer kleinere Häuflein teilt und so den Kampf völlig unmöglich macht? Gebieten nicht gerade taktische Gründe das Zusammenfassen aller oppositionellen Elemente?

Ganz sicher wäre der ein Tor, der die Kräfte, die wirklich kämpfen wollen und können, zersplitterte. Allein er wäre auch unschädlich, denn niemand würde ihn ernst nehmen. Er wäre praktisch ohne jede Bedeutung. Allein wir sahen schon, dass das Zentrum weder objektiv in der Lage ist, noch seine Vertreter subjektiv gewillt sind, den Kampf gegen die Sozialpatrioten zu führen. Zwei Kriegsjahre sind jetzt ins Land gegangen, und in all den zwei Jahren vermied das Parteizentrum alles, was zum organisatorischen Bruch mit den Sozialpatrioten führen musste; wohl aber wandte es sich selbst in seinen radikalsten Vertretern gegen diejenigen, die die Spaltung mit den Sozialpatrioten als notwendig, unvermeidlich und daher auch als praktisch zu erstreben behandelten. Das heißt: das Zentrum bekämpfte bereits die erste

Vorbedingung des Kampfes gegen die Sozialpatrioten. Das Zentrum redet von der Sammlung der Linken, aber seine Taktik und seine praktische Politik läuft auf die Verkoppelung der Linken mit der Rechten hinaus. Im Verhältnis zur Linken bedeutet die Sammlungsparole also nichts als Phrase; im Verhältnis zur Rechten jedoch bedeutet sie praktische Politik. So besorgt das Zentrum die Geschäfte der Rechten.

Mag das Zentrum erst durch seine Taten beweisen, dass es reif ist zur Sammlung mit der Linken, dann wird kein Linksradikaler einen Zentrumsman mehr von sich stoßen. Die ganze Vergangenheit des Parteizentrums, jene Haltung im ganzen letzten Jahrzehnt vor dem Kriege beweist, dass es jedes Opfer der Selbstentmannung zu bringen bereit ist, nur nicht das Opfer, das ihm der zur Spaltung führende Kampf gegen die Sozialpatrioten auferlegt. Alle Argumente aber, deren sich das Zentrum im Kampfe gegen den Linksradikalismus bedient, gleichen aufs Haar den Argumenten, mit denen sich der Liberalismus ehemals gegen die Sozialdemokratie verwehrte, um desto ungestörter das Bündnis mit den reaktionären Parteien eingehen zu können. In der Tat: man könnte das Zentrum den Liberalismus der Partei nennen. Es bedient sich revolutionärer Schlagworte, hinter denen sich die Politik der Reaktion verbirgt. Es ist bereits die Konkubine der Sozialpatrioten, ohne es einstweilen noch selbst zu wissen.

Noch einem anderen Einwand begegnet man oft: Was soll der allgemeine Kampf gegen das Parteizentrum, da es doch durchaus nicht überall vertreten ist und zum mindestens nicht überall seine Wortführer hat? Ist es nicht Kraftvergeudung und gefährdet es nicht die Stellung der Opposition, wenn man gegen das Zentrum dort kämpft, wo als einziger Feind nur die Rechte in Betracht kommt? Und ist dies nicht die Situation in einer ganzen Reihe von Großstädten? In Chemnitz, Hannover, Hamburg? Überall dort, wo das Parteiorgan ausgesprochen sozialpatriotisch ist? Soll man dort den Kampf gegen das Zentrum nicht lieber einstellen, um alle Kraft auf den Kampf gegen den einzigen Feind, den Sozialpatriotismus, konzentrieren zu können.

Diese Auffassung übersieht zunächst, dass der Kampf gegen das Zentrum nur deshalb geführt wird, weil es sich als schützendes Schild vor den Sozialpatriotismus stellt; weil man, wenn man die Zentrumstaktik befolgt, zum Kampf gegen die Rechte unfähig wird. Es ist aber auch ein großer Irrtum anzunehmen, dass das Parteizentrum irgendwo nicht existiere. Das Zentrum vertritt die Form der Opposition, die vor dem Kriege parteioffiziellen Kurs hatte. Diese Form ist seit Jahrzehnten die einzige gewesen, die die Sozialdemokratie in ihrer politischen Praxis kannte. Sie hat sich überall eingenistet: dort, wo sie am Ruder war, bildete sie die Hochburg des alten Radikalismus; dort, wo sie gegen den Revisionismus in der Minderheit war, bildete sie den Sammelpunkt der radikalen Elemente. Selbst dann war das Zentrum die vorherrschende Oppositionsform, wenn sich in seinem Schoße bereits die Opposition des Linksradikalismus zu regen begann.

Und diese Oppositionsform, die Jahrzehnte lang die deutsche Sozialdemokratie beherrscht und ihr den Ruf der radikalsten und prinzipienfestesten Partei der Internationale eingetragen hat, ist kein Zufallsprodukt. Sie ist das Ergebnis der ganzen bisherigen wirtschaftlichen, organisatorischen, politischen Entwicklung der Arbeiterbewegung. Diese Opposition steht und fällt, genau wie der Sozialpatriotismus, mit den heutigen Organisationsformen, die einen Kampf in Worten wohl noch zulassen, die aber durch den Kampf der Massen selbst unrettbar in die Brüche gehen. Und diese Opposition hat überall ihre Wortführer gehabt.

Aber selbst wenn es einmal stimmte, dass das Parteizentrum irgendwo keinen Boden und keinen Wortführer hätte, dann wäre die Aufklärung der Arbeiter über das Wesen des Parteizentrums immer noch die erste Vorbedingung ihrer wirksamen Vorbereitung auf den Kampf im Sinne des Linksradikalismus. Denn das Parteizentrum würde auch dort zu werben

versuchen, wo es bislang keinen Boden gehabt hätte. Es heißt also die Periode des inneren Konflikts verlängern, wenn man den Kampf gegen das Zentrum nicht auf der ganzen Linie führen will. Und man kann diesen Kampf schließlich doch nur dadurch vermeiden, dass man selbst den Standpunkt des Zentrums einnimmt. Das Zentrum schonen, heißt den Sozialpatriotismus schonen. Den Sozialpatriotismus bekämpfen, heißt auch das Zentrum bekämpfen. Das eine lässt sich nicht vom andern trennen. Und man täusche sich nicht: die Arbeitermassen, die den Sozialpatriotismus einmal als ihren Klassenfeind erkannt haben, sind ein gewaltiges Stück im Klärungsprozess ihres Klassenbewusstseins weitergekommen. Sie haben zu schweres Lehrgeld bezahlen müssen, als dass sie noch Neigung haben könnten, ihre Haut an die unzuverlässigen Krämerseelen des Parteizentrums zu verkaufen, und sie misstrauen heute jedem, der sie jetzt nicht die Bahn des letzten entscheidenden Kampfes um den Sozialismus führt. Sie lassen sich nicht mehr mit den Phrasen von den Verdiensten ihrer Führer einfangen, so wenig sie noch etwas auf das Vertrauen geben, das ihre radikalen Führer sich früher einmal erworben haben. Fürs Gewesene gibt der Jude nichts. Die Arbeiter haben ihren Sinn für Halbheiten geschärft; sie wollen keine zarten Rücksichtnahmen gegen die Sozialpatrioten jetzt, wo wahrhaftig keine Zeit für zarte Rücksichtnahmen ist. Die Arbeiter erkennen im Zweckmäßigkeitsradikalismus denselben Feind, wenn nicht einen noch schlimmeren, den sie im Sozialpatriotismus erkannt haben. Jetzt ist die Zeit, ganze Arbeit und reine Bahn zu machen. Wer das nicht mitmachen will oder kann, muss sich nicht wundern, wenn er mit zum Kehricht geworfen wird.

Staat, Nation, Imperialismus und Sozialdemokratie.

In der Ära des Imperialismus.

Der Weltkrieg, der eine große Anzahl neuer Fragen aufwirft, stellt auch die alten in ein neues Licht. Das empfinden alle, die nicht aus Angst vor den Konsequenzen sich krampfhaft einreden, die große Welterschütterung sei nur eine kleine Unterbrechung, eine Episode, nach der man in alter Weise wird fortwursteln können. Das empfinden die Sozialimperialisten wie die Linksradikalen.

In Bezug auf die Probleme, die uns hier interessieren, weisen die Sozialimperialisten auf zwei Momente hin: einerseits auf die Tatsache, dass sich die Kraft der Staaten in diesem Kriege als außerordentlich groß erwies. Der Staat überwand die Erschütterung der Volkswirtschaft durch den Krieg, indem er sie kraft seines Organisationsvermögens in eine Kriegswirtschaft überleitete. Er wird sie auch unter möglicher Vermeidung von Erschütterungen wieder in die Friedenswirtschaft hinüberführen, indem er den Prozess der Organisation der Produktivkräfte mächtig fördern wird. Daraus ziehen die Sozialimperialisten den Schluss, dass es unsinnig wäre, gegen ihn und die kapitalistische Wirtschaft den Kampf aufzunehmen. Die kapitalistische Wirtschaft habe noch große Aufgaben im Interesse der sozialen Entwicklung zu leisten. It is a long way to Tipperary! singen sie gemeinsam mit Tomy Atkins. Also fort mit der Utopik der Kampfpolitik, der Sozialdemokratie Ende und Glück! Denn der Staat wird die große Arbeit der Organisation erledigen und die Sozialisten werden nur die Aufgabe haben, durch allmähliche Reformarbeit darauf hinzuwirken, dass die Arbeiterklasse in diesem Organisationsprozess nicht versklavt werde und dass die vom kapitalistischen Staate geschaffene Organisation allmählich den Interessen des ganzen Volkes angepasst werde. In dieser Verflechtung der Interessen des Proletariats mit denen des noch nicht überrennbaren Kapitalismus, des Kapitalismus, der noch große Aufgaben zu erfüllen hat, sehen sie die historische

Wurzel und die historische Berechtigung der Politik des 4. August, die das Proletariat an die Seite des kapitalistischen Staates gestellt hat.

Die Linksradikalen sehen die Lehren des Weltkrieges in einem ganz anderen Lichte. Die Haltung der Arbeiterklasse im Weltkriege ist für sie das Produkt des in der vorhergehenden, verhältnismäßig ziemlich friedlichen Epoche vorherrschenden Opportunismus, der vor dem Kriege aus Angst um die bisherigen Errungenschaften die Arbeiterklasse von der Anpassung ihrer Kampfweisen an die Bedingungen der imperialistischen Epoche zurückhielt, ihren Kampf gegen die Gefahren des Krieges im Zustande des platonischen Protestes beließ. Nur dieser Verzicht auf jeden Kampf erlaubte allen Regierungen, den Erschütterungen des Übergangs in die Kriegszeit, die sie alle befürchteten und, wie sehr gute bürgerliche Kenner des Wirtschaftslebens – so Plenge – zugeben, zu befürchten alle Ursache hatten, zu widerstehen.

Nachdem jeder Versuch des Kampfes ausblieb, gelang die Organisation der Kriegswirtschaft. Was bedeutet sie? Sie stützte sich auf die schon vor dem Kriege bestehende Organisation der Industrie durch die Aktiengesellschaften, Kartelle, Syndikate und Trusts. Sie entwickelt sie während des Krieges noch mehr, ohne an ihrem Wesen, als der dem Profit dienenden kapitalistischen Organisation irgendetwas zu ändern. Der Krieg wird in allen Ländern diese Unterwerfung der Produktivkräfte unter die Leitung vereinigter Kapitalisten ungeheuer beschleunigen. Wenn auch Finanzverhältnisse den kapitalistischen Staat nötigen werden, einen Teil der Produktivkräfte unter eigene Leitung zu nehmen und Staatsmonopole an die Stelle der Privatmonopole zu setzen, so wird am Wesen dieser Organisation der Produktion dadurch nichts geändert. Der Staat wird die hohen Profite der Privatfabriken als Rente kapitalisieren, er wird aus Rücksicht auf die finanziellen Bedürfnisse, die doch die treibende Kraft für die Verstaatlichung bilden, in demselben Verhältnis zu den Arbeitern verbleiben, das durch das Verhältnis von Kapital und Arbeit gekennzeichnet ist. Die Idee der Unterstützung dieses „Organisationsprozesses“, um auf seinem Boden gute Arbeitsbedingungen für das Proletariat, niedrige Preise für die Verbraucher, Freiheit der Organisation zu erwirken, ist utopisch. Nachdem man durch die Politik des 4. August, die doch nach dem Kriege fortgesetzt werden soll, die Kapitalisten und den Staat mächtig gestärkt hat, hat man sich ausgeliefert. nichts kennzeichnet diese Tatsache besser und nichts gewährt einen so tiefen Blick in die Zukunft, wie das Verhalten der freien Gewerkschaften gegenüber den Eisenbahnern. Die Eisenbahnen bilden im Kriege ein noch bedeutungsvolleres Machtmittel als in Friedenszeiten. Kein Wunder, dass der Staat mit peinlichster Sorgfalt darauf achtet, dass die Eisenbahner keinen Organisationen angehören, die das Streikrecht für ihre Mitglieder beanspruchen. Nun ist die Zahl der Eisenbahnarbeiter und -arbeiterinnen naturgemäß sehr gestiegen, und zwar um zahlreiche Arbeitskräfte, die bisher in den freien Gewerkschaften organisiert waren. Das für den Staat ganz selbstverständliche Verbot des Streikrechts für die Eisenbahner bedeutet für die freien Gewerkschaften also eine schwere Probe. Ihre Führer sind der Haupttrupp der Politik des 4. August gewesen: sie haben sich dadurch als durchaus vaterlands- und kaisertreu erwiesen. Was tun sie nun gegenüber dem Streikverbot der Eisenbahner? Sie können nichts tun; denn sie haben die Waffen aus der Hand gelegt. Darum verzichten sie auf die Organisation der Eisenbahner je nach ihrer Arbeitsweise in den freien, streikberechtigten Organisationen und fordern sie zum Eintritt in die Eisenbahnerorganisationen auf, die kein Streikrecht kennen. So wird es ganz naturgemäß auch in andern durch den Staat monopolisierten Betrieben gehen, die für den Staatsbetrieb Bedeutung haben können: z. B. in der Elektrizitätsindustrie. In den Privatmonopolen wird vielleicht keine formelle Aufhebung des Streikrechts erfolgen; aber die Macht des organisierten Unternehmertums wird die Ausnutzung dieses Rechtes ungeheuer erschweren.

Eine Unterstützung der Organisation der Produktion durch die kapitalistischen Vereinigungen und den Staat seitens des Proletariats würde in erster Linie den Verzicht auf den

Kampf um den Sozialismus bedeuten, von der Wirkung auf den Kampf um Besserung der Lebensbedingungen ganz zu schweigen. Obligatorische Schiedsgerichte, hinter denen keine Kampfmöglichkeit und keine Kampforganisationen stehen würden, das wäre die Konsequenz. Also Kampf gegen die kapitalistische Privat- und Staatsorganisation der Produktion? Aber auf welches Ziel soll sie gerichtet sein? Auf die Rückkehr zum Einzelbetrieb?

Es ist klar, dass dies nicht das Ziel der Sozialdemokratie sein kann. Was ihr Ziel sein muss, das zeigt die weitere Untersuchung der Organisationsfrage. Das, was die Sozialimperialisten als Beweis der Stärke, der noch großen Lebensfähigkeit des kapitalistischen Staates ansehen, nämlich seine organisatorische Übernahme der Produktion, ist gerade ein Beweis dafür, dass er seine historische Aufgabe als Förderer der kapitalistischen Entwicklung in den hochentwickelten Ländern bereits erfüllt hat. Ungeheure Produktivkräfte sind schon geweckt und in den für den wirtschaftlichen Gesamtbetrieb wichtigsten Teilen organisiert. Soweit dies nicht der Fall ist – so in der Lebensmittelproduktion – können die Aufgaben, die hier zu lösen sind, nicht gelöst werden. Die Übernahme der Landwirtschaft durch den Staat, ihre Nationalisation, ist theoretisch zwar wohl mit dem Kapitalismus vereinbar; aber praktisch würde sie an zwei Momenten scheitern: die Umschlagszeit des Kapitals in der Landwirtschaft ist viel langsamer, die Aussichten auf sprunghaft wachsenden Profit sind viel geringer als in der Industrie, weil die Technik in der Landwirtschaft nicht die Rolle spielt wie in der Industrie, weswegen das Kapital ihr nicht in genügender Höhe zufließt. Außerdem befindet sie sich in den Händen einer Klasse, die als Mittel- wie auch als Großgrundbesitz zu den wichtigsten Stützen der kapitalistischen Gesellschaft gehört, also für den Staat ein *Noli me tangere* ist. Deswegen wird der Staat niemals an die Organisation der landwirtschaftlichen Produktion gehen. Was die staatlichen Monopole betrifft, so stellen sie, wie früher bereits ausgeführt wurde, den privatkapitalistischen Monopolen gegenüber keinen Fortschritt dar. Der Staat ist also kein Förderer der Organisation der Produktion, weder im qualitativen noch im quantitativen Sinne, wo ihm, wie in der Landwirtschaft, der Mechanismus des Kapitalismus und seine Interessen selbst Halt gebieten. Darum kann die Sozialdemokratie nur vom Standpunkt des Sozialismus dem Staat gegenüber, nur im Besitze der politischen Macht kann die Arbeiterklasse die Organisation der Produktion fördern und gleichzeitig der Unterordnung der lebendigen Kräfte der Produktion unter die versachlichten entgehen. Was die Sozialimperialisten als Grundlage des Methusalemlebens des kapitalistischen Staates ansehen, ist in Wirklichkeit nichts anderes als seine Reife zum Übergang in den Sozialismus. Und dieser Übergang wird erfolgen durch die praktische Stellungnahme der Arbeiterklasse zum Staate, die ihr in der Theorie längst geläufig ist; sie wird erfolgen genau in der entgegengesetzten Haltung der kapitalistischen Organisation der Produktion gegenüber, als die Sozialisten für richtig halten.

Diese Stellungnahme des Proletariats wird in allen Ländern zum Durchbruch kommen. Wenn ein *Lensch* mit einem Anschein von Recht das England vor dem Kriege als das Land des „Individualismus“ Deutschland, dem Lande der Organisation gegenüberstellen konnte, so kann er sich trösten: Der niedrigere Grad der Vertrustung und Kartellierung der englischen Industrie, dem Freihandel gedankt, der diesen Prozess verlangsamt, verschwindet im Kriege: ein Hervorstampfen einer Fünfmillionenarmee während des Krieges, ihre Ausrüstung usw. wäre unmöglich, ohne dass England im Kriege die Bahn der kapitalistischen Organisation der Produktion rüstig beschritt. Und in anderen Ländern des Kapitalismus wird die Entwicklung durch den Weltkrieg sich in derselben Richtung in beschleunigtem Tempo entwickeln.

Damit ist der Ausgangspunkt für die Stellungnahme des Proletariats zum Staatsproblem in der Ära des Imperialismus gewonnen. Auch in der Ära des jungen Kapitalismus, des entstehenden kapitalistischen Staates, war das Proletariat, wie wir bereits sahen, kein staatsbildender Faktor. Es konnte sich zwar dem wirtschaftlichen und politischen Fortschritt, der sich in der Bildung der Staaten äußerte, soweit es sich dabei über seine eigenen Interessen zu

orientieren wusste, nicht widersetzen; aber nur die Erringung demokratischer Verhältnisse auf dem Boden der stattfindenden Staatsbildung war die besondere Klassenaufgabe des Proletariats. In der Ära des entwickelten Kapitalismus, seiner Organisation der Produktionskräfte, strebt das Proletariat über den kapitalistischen Staat hinaus zur sozialistischen Organisation der Produktion.

Die Gewerkschaftsbewegung.

2.

Wie wird sich nun die Arbeiterklasse dieses allseitigen Druckes der zu fester Einheit verschmolzenen Staats- und Kapitalmacht, des Organs des staatlich organisierten, vereinheitlichten Riesenkapitals, erwehren können? Das ist das große Problem, das die Zukunft der Arbeiterklasse, ihre Existenzbedingungen, ihre äußeren Formen und ihr inneres Wesen in sich birgt.

Wenden wir unseren Blick nach Amerika, dem andern Lande einer hochentwickelten Industrie und eines hochkonzentrierten Kapitals. Millionen ungelernter Arbeiter werden dort in Riesenunternehmungen ausgebeutet. Eine entwickelte Staatsmacht, deren eigentliche Tendenz der Erhaltung und Förderung der Kapitalgewalt durch die Nebel einer Scheindemokratie den Blicken der unaufgeklärten Arbeiter verhüllt wird, steht skrupellos im Dienste der Trustgewaltigen, unterdrückt schonungslos, mit allen Mitteln rohester Rücksichtslosigkeit jede selbstständige Regung der Arbeiter, während die Korruption der Organe dieser Staatsmacht üppig und geil in die Halme schießt. Man sagt nichts neues, wenn man diese weltbekannten Dinge ausspricht: aber man macht sich zum Mitschuldigen, wenn man sie verschweigt oder unterdrückt.

Wie gestalteten sich nun die Kämpfe der Arbeiter in diesem Lande des hochentwickelten Industrie- und Finanzwesens? Wiederholt traten die Arbeiter gegen die Ausbeutung auf. Aber diese Kämpfe nahmen doch ganz eigenartige Formen an. Sie begannen meist als spontane Revolten in der Gestalt von Streiks. Mit der größten Zähigkeit wurden sie durchgehalten, mit bewunderungswürdiger Disziplin und Opferfreudigkeit, mit unbeugsamer Solidarität durchgeführt. Sie begannen vielfach regellos und gewannen erst in ihrem Verlaufe Form und Organisation. Wiederholt brachten diese Kämpfe Erfolge, oft brachen sie zusammen. Aber die amerikanischen Arbeiter sahen in ihnen doch diejenige Kampfform, die den entwickelten staatlich-kapitalistischen Verhältnissen am meisten entsprach. Und so war es natürlich, dass zu gleicher Zeit die konservativen Trade Unions immer weiter zurückgingen.

In unserer Fachpresse wurde wiederholt mit Bedauern darauf hingewiesen, dass diese Aktionen doch wieder resultatlos verliefen, da oft nach einiger Zeit die aus dem Kampfe geborene Organisation wieder zerfiel. Aber abgesehen davon, dass die amerikanischen Verhältnisse nicht schematisch als Vorbild dienen können für die Verhältnisse anderer Länder, dass also auch die Kampfformen der amerikanischen Arbeiterbataillone nicht einfach auf die Kämpfe etwa der europäischen Arbeiterschaft übertragen werden können, soll man sich doch hüten, die Erscheinungen einer neuen Periode mit dem Maße einer vergangenen Zeit zu messen. Aktionen wie die der amerikanischen Arbeiterschaft bilden nicht das Vorspiel, das einer Gewerkschaftsaktion nach hergebrachtem Format vorangehen und sie vorbereiten soll: sie bilden vielmehr einen neuen Typus von Arbeiterkämpfen, der sich überall dort entwickeln wird, wo die gleichen oder doch ähnliche Verhältnisse vorhanden sind.

Es handelt sich nicht um die *Frage*, ob das gut ist oder ob es nicht besser wäre, wenn die großen Massen sich zu festen Verbänden vereinen würden, die den Kampf planmäßig vorbereiteten. Sondern es handelt sich um die *Tatsache*, dass unter den herrschenden Verhältnissen

Amerikas eben diese Methode der spontanen Ausbrüche natürlich, und dass nur in ganz besonderen Fällen die Form der festen Organisation und des lange vorbereiteten Kampfes möglich ist.

In Deutschland, wissen wir, liegen die Verhältnisse nicht wörtlich so, wie in den Vereinigten Staaten; aber wir wissen auch, dass bei uns große Arbeitermassen, breite Schichten unorganisiert und wenig organisationsfähig sind. Dass die Arbeiter gerade der schweren Industrie und der Staatsbetriebe so wenig Organisationskraft haben, ist nicht einfach Rückständigkeit, sondern auch das unbestimmte Empfinden, dass mit der bisherigen Gewerkschaftsmethode gegen diese Riesenunternehmungen, deren ungeheure Macht gerade sie aus nächster Nähe kennen lernen, doch nicht aufzukommen ist, und dass das Geld, das sie den Kassen zuführen sollen, zum guten Teile weggeworfen, zur bloßen Unterhaltung einer Bureaucratie, die schließlich doch nur als Organ der Unternehmer- und Staatsgewalt wirkt, aber zu schade wäre. Ihrer Lage entspricht eben eine andere, modernere Kampfform, die sich in Deutschland noch nicht hat ausbilden können. Andererseits zeigte sich aber auch schon längst in den großen Verbänden, dass die alte Methode überholt ist, dass das Pochen auf sie die Arbeiterklasse eher schwächt als stärkt.

Das klassischste Beispiel für diesen Stand der Dinge bildet der letzte Werftarbeiterstreik vom Jahre 1913. In der spontanen Einleitung des Streiks zeigte sich das instinktive Bestreben der Arbeiter, die Form des Kampfes zu wählen, die sie für die den neuen Bedingungen am meisten entsprechende hielten. In dem Widerstande der Bureaucratie offenbarte sich mit aller Deutlichkeit das Bestreben der Führer, die Organisationen durch den Streik nicht gefährden zu lassen und die Unfähigkeit der Organisationen, sich den neuen Bedingungen anzupassen. Kein Streik hat die gewerkschaftlichen, ja selbst die Parteiorganisationen so heftig erschüttert wie diese Werftarbeiterbewegung. Das Vertrauen der Werftarbeiter zu ihren Führern schwand. Das war das eine wesentliche Ergebnis. Der Massenaustritt aus den Organisationen, das Aufbestellen der Gewerkschafts- und Parteipresse, das war die unmittelbare Folge. Das Emporkommen der Gelben, das war eine notwendige Konsequenz. Alles Zureden, alles Mahnen an die Disziplin, an die Organisationspflichten half nichts, da das Versagen der Organisationen vor aller Augen lag.

Die Arbeiterschaft lässt sich nicht durch noch so gutgemeinte Predigten leiten; sie schöpft ihre Erkenntnis aus den harten Tatsachen ihrer eigenen bitteren Erfahrungen und bestimmt danach ihr Handeln. Selbst radikale Parteiführer – die Kniebeuge der „Bremer Bürger-Zeitung“ unter Henkes Leitung vor der Macht der Bureaucratie, ist typisch hierfür – sahen in dem selbständigen Auftreten der Werftarbeiter einen Rückfall in die alte Methode der sog. wilden Streiks. Sie vermochten nicht zu erkennen, dass dieses Auftreten der Beginn einer neuen Epoche der Arbeiterkämpfe war. Die Werftarbeiter waren aufgeklärt und als Arbeiter modernster industrieller Betriebe weitblickend genug, um sich davor zu bewahren, von den radikal-demagogischen Phrasen dieser Führer wieder eingefangen zu werden.

Der Weg zu den neuen Kämpfen und den neuen Erfolgen geht, in geistigem Sinne natürlich, über die Leichen der bisherigen Führer, ganz gleich, ob sie reformistisch oder altradikal, d. h. zentriert sind. Führer sein heißt jetzt: Opfer bringen, auf gut dotierte Ämter und ruhige Lebenslage von vornherein verzichten. Zu dieser Führerschaft sind die bisherigen Führer grundsätzlich unfähig. Die neuen Führer werden erst aus der neuen Bewegung und aus der Arbeitermasse selbst hervorgehen. Sie werden auf gleichem sozialen Niveau mit der Masse selbst stehen; denn die neue Bewegung wird keine neuen Versorgungsanstalten für Ruhebedürftige einrichten. Sie werden keine Aussicht auf lebenslängliche Amtsführung haben; ihre Führerschaft wird immer nur von kurzer Dauer sein. Und eine fortwährende Erweiterung des Kampffeldes: das wird das Ergebnis jedes Kampfes sein. Und auch hierin werden die neuen

Formen in schärfsten Konflikt mit den alten Organisationen geraten; denn vom Standpunkt der Kassen, den Altären der alten Bewegung, ist jede Erweiterung des Kampffeldes vom Übel, da sie die Finanzen erschöpft und zerrüttet. Aber in Wirklichkeit liegt darin das einzige Mittel, um das koalierte Riesenkapital zu Konzessionen zu nötigen. Mit Hilfe der Kassen jetzt noch, im Zeitalter der Herrschaft des Finanzkapitals, dieses Kapital zu bezwingen, ist eine nahezu ans Komische grenzende Utopie. In den modernen Kämpfen der Arbeiterklasse werden die Kassen sehr schnell erschöpft sein. Aber erst in den zukünftigen Kämpfen werden die Arbeiter imstande sein, eine Welt zu gewinnen.

Der Kern des Jugendkonflikts.

1.

Vorbemerkung der Redaktion: Die Bremer Jugendorganisation hat zwei Entschlüsse veröffentlicht, die gegen die sozialpatriotische Haltung der „Arbeiter-Jugend“, sowie gegen die neue Vergewaltigungsabsicht der „Zentralstelle“, mit Hilfe einer Konferenz der Bezirksleitungen den Jugendlichen ihren sozialpatriotischen Willen aufzuzwingen, protestieren. Die Bremer Jugendlichen haben damit den Weg des Kampfes gegen die Sozialpatrioten beschritten. Zwar muss von vornherein betont werden, dass es sich noch um einen ersten Schritt handelt, dem die Zaghaftheit deutlich genug anhaftet, mit der die Bremer Jugendlichen ihn auf das ihnen bislang unbekanntes Gebiet gesetzt haben. Aber die Jugend ist zum Glück nicht gewohnt, sich an Halbheiten zu erfreuen, und darum werden diesem ersten Schritt weitere und energischere folgen. Um den Jugendlichen den Weg ebnen zu helfen, veröffentlichen wir einen Artikel aus der Feder eines Genossen, der in den Fragen der Jugendbewegung bewandert ist. Da der Verfasser seit einer Reihe von Jahren den Verhältnissen der Bremer Jugendorganisation entfremdet ist, sind ihm bei der Beurteilung dieser Verhältnisse einige Ungenauigkeiten untergelaufen, die wir nach eingehenden Informationen an zuständiger Stelle im Artikel selbst richtigstellen werden. Es sei noch bemerkt, dass wir den Inhalt des Artikels völlig unterschreiben.

Die proletarische Jugend Deutschlands befindet sich mitten in einer Periode innerer und äußerer Umwandlung. Mancherorts hat sich die Krisis derart verschärft, dass sie bereits zur Gründung neuer Jugendorganisationen geführt hat. Die Zahl der eigenen Mitteilungsblätter wächst unaufhörlich, und sie zeigen immer deutlicher die Tendenz, eine eigene sozialistische Auffassung gegenüber der bürgerlichen des „Zentralorgans“ zum Ausdruck und Durchbruch zu bringen. Das Gebäude der Jugendorganisation, das ja eigentlich nie ganz fertig geworden ist, steht in hellen Flammen, und es ist schon jetzt aussichtslos, dass noch etwas von ihm zu retten ist; war doch das Material, aus dem es errichtet wurde, von Anfang an morsch und brüchig, und war doch der Grund, auf dem gebaut wurde, unsicher und schwankend. Ich will ohne Bild reden: Die Partei glaubte, eine Jugendorganisation bilden zu können, ohne zunächst einmal das Recht auf Organisierung für alle Jugendlichen zu erkämpfen. Und die vorhandenen Teilorganisationen glaubte sie halten zu können, ohne den Jugendlichen die Entscheidung über die wichtigsten Fragen ihrer eigenen Organisation einzuräumen. Sie redete in einem fort von ihrer *Jugendbewegung*; aber sie brachte es nur bis zur *Jugendpflege*.

Wie hat sich diese Jugendpflege gestaltet? Sie begann mit der löblichen Absicht, die Jugendlichen zum Sozialismus zu erziehen. Vom Sozialismus unzertrennlich aber ist der Klassenkampf. Also musste die Partei die Jugendlichen auch zum Klassenkampf erziehen. Wie geschah das? Zunächst durch vielfältige Unterweisung in den Lehren des Sozialismus. Zahlreiche Vorträge und Kurse sollten den Jugendlichen die Kenntnis der sozialistischen

Denkweise und Weltanschauung vermitteln. Aber eine Weltanschauung lässt sich nie erlernen; sie kann nur dem Erleben entwachsen. Und was erlebten die Jugendlichen? Nichts als das Wesen des Kapitalismus in seiner ganzen ungeheuren Wuchtigkeit. Sie erlebten es in den Fabriken und in ihren Wohnungen, an ihrer Kleidung und an ihrer Nahrung, an ihrer Schulung und an ihrer Bildung, in ihrer Familie und ihrem Freundeskreise; sie erlebten es tagaus tagein, im Wachen und Schlafen. Erlebten sie aber auch den Sozialismus? Wie hätte das nur möglich sein sollen! Der Sozialismus war ja nur eine Lehre; der Kapitalismus aber war die Wirklichkeit. Der Sozialismus erfasste bei einigen wenigen wohl den Intellekt, den Verstand, und sie fanden sich in seinen großartigen Gedankengängen nach und nach zurecht und fanden darin ein eigentümlich glückliches Behagen. Bei manchen aber drang die neue Lehre nur ins Gemüt; sie ahnten dumpf, dass der Sozialismus etwas Fernes, Großes, Beglückendes sei. Aber dadurch fanden sie den Weg zum Sozialismus noch lange nicht; vielmehr verlegten sie ihn sich selbst. Sie waren auf dem besten Wege, im Sozialismus ein neues Himmelreich und in seiner Lehre eine neue Religion zu erblichen. An den meisten aber ging die Lehre klanglos vorüber. Sie erlebten den Kapitalismus; was vermochten dagegen noch so schöne Worte!

Dennoch ist der Sozialismus auch bereits ein Stück Gegenwart. Er ist es sogar in seinen beiden entscheidenden Punkten. Er ist es ökonomisch und gesellschaftlich. Ökonomisch; weil die Entwicklung des Kapitalismus, die riesenhaft fortschreitende Konzentration des Kapitals, den Sozialismus längst vorbereitet hat. Gesellschaftlich, weil immer wieder die Tatsache hervorbricht, dass der Klassenkampf nicht umzubringen ist. Im Klassenkampfe erlebt das Proletariat, das jugendliche nicht minder wie das erwachsene, ein Stück Sozialismus bereits als Gegenwart. Und je mächtiger dieser Kampf, desto mächtiger und tiefer das Erleben. Nur in den Wehen des Klassenkampfes kann die sozialistische Weltanschauung, kann die sozialistische Welt geboren werden.

Aber den Klassenkampf wollte die Partei nicht mehr. Sie wollte ihn schon nicht für die Erwachsenen, wieviel weniger also für die Jugendlichen! Und darum machte die Erziehung zum Sozialismus auf der ganzen Linie bankrott. Um aber den geistigen Bankrott in der Jugendbewegung zu verbergen, wurden allerlei Veranstaltungen in den Vordergrund geschoben, an denen sich die Jugendlichen belustigen sollten. Man vermied, das Proletarische in den Jugendlichen zu entwickeln und besann sich auf das Allgemein-Menschliche in ihnen, auf den „jugendlichen Geist“, der zu Lust und Lebensfreude neigt. Die Jugendlichen zwar merkten sehr wohl, dass alle diese Herrlichkeiten, die Spiel- und Unterhaltungsabende, die Mandolin- und Gitarrenklubs, die Schach-, Halma- und Schwarzepeterzirkel nur Pappkulissen waren, hinter denen sich das Elend der ganzen Bewegung verbarg. Sie konnten beim besten Willen nicht einsehen, was das Zupfen der Darmsaiten, was die Sprünge der Schachfiguren, was das Auftrumpfen der Spielkarten mit der Erziehung zum Sozialismus und zum Klassenkampfe zu tun haben sollten. Umso deutlicher aber empfanden sie, dass sie durch diese Veranstaltungen vom eigentlichen Ziel abgelenkt wurden; denn das alles konnte man in der bürgerlichen Jugendbewegung doch auch und viel besser haben.

Schließlich lief der ganze Gegensatz zwischen diesen beiden Bewegungen, den die Partei so pomphaft angekündigt hatte, darauf hinaus, dass die einen mit dem Lied des Jungen Deutschland, die andern mit dem Lied der Jungen Garde zum Klang der Mandolinen ins Freie zogen. Das, war aber auch schon das höchste der Gefühle. Was sonst in den Kursen an sozialistischer Weisheit verzapft wurde, konnte, von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, auch ebenso gut durch die Fortbildungsschule als Staatslehre vermittelt werden. Der Krieg hat unwiderleglich den Beweis erbracht, wie staatsertreu die Partei und ihre Lehren geworden war. Ihre Jugendbewegung konnte nimmermehr zum Sozialismus erziehen; sie bildete ja keinen grundsätzlichen Gegensatz mehr zur bürgerlichen Welt. Sie konnte also auch den

Jungdeutschlandbund nicht mehr bekämpfen, denn sie mied den Boden, auf dem er einzig und allein bekämpft werden konnte.

Aus unserm politischen Tagebuch.

13. September.

Als Herr *Paul Lensch* mit allem Sack und Pack seiner marxistischen Weisheit ins Lager des Imperialismus überlief, musste er sich natürlich für eine der beiden imperialistischen Richtungen entscheiden. Als guter Marxist kannte er seinen Marx und zitierte das Wort vom „Despoten des Weltmarktes“. Was kann es für einen echten Marxisten Natürlicheres geben, als dass er im Jahre 1916 seine Politik nach den Aussprüchen des Meisters aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts richtet! England, der Despot des Weltmarktes! also wusste Herr Dr. Paul Lensch, dass er sich im Weltkrieg, den übrigens ja auch Marx prophezeite, auf die Seite des – Grafen Ernst zu Reventlow zu stellen habe. Und folglich kommt er zu diesem Schluss: „Alles in allem betrachtet, scheinen uns die größten und gefährlichsten Feinde deutscher Zukunft und zentraleuropäischer Sicherheit im Westen, genauer im Nordwesten, in England, zu sitzen. Hat man diese Einsicht gewonnen, so regeln sich die Konsequenzen daraus von selbst.“ Diesmal steht's noch im „Hamburger Echo“. Es könnte ebenso gut in der „Deutschen Tageszeitung“ stehen, allwo Herr Lensch auch bereits „die Konsequenzen“ lesen kann.

Über die englischen Arbeiter weiß Herr Dr. Lensch zu berichten: „Sie sind und bleiben fanatische Anhänger dieses englischen Handelskrieges. Ihre Führer bleiben im Kabinett und unterstützen von da aus den Krieg, der für England kein Kampf um die Existenz ist ...“ Nun macht es im Wesen der Sache keinen Unterschied, ob die englischen Arbeiterführer im Kriegskabinett sitzen oder Herr Dr. Lensch auf der Seite der Imperialisten um Reventlow steht und den deutschen Arbeitern einen imperialistischen Kriegsartikel nach dem andern serviert. Was aber die englischen Arbeiter betrifft, so weiß sicher auch Herr Dr. Lensch, dass sie einen langen und zähen Kampf gegen die Dienstplicht geführt haben, und dass die großen Bewegungen im Clyde doch wohl etwas mehr waren als „ein gewisses Friedensbedürfnis“ „in den unteren Mittelschichten“, die „politisch nicht allzu schwer ins Gewicht fallen“. Diese beiden, aller Welt bekannten Tatsachen, schlagen die Behauptung Dr. Lenschs, die englischen Arbeiter sind und bleiben fanatische Anhänger dieses Krieges, glatt zu Boden.

15. September.

W. Sollmann gehört zu denen, die in der Jugendbewegung Bescheid wissen. Darum wendet er sich im 22. Heft der „Glocke“ gegen die Auffassung, dass in der augenblicklichen Krise der Jugendbewegung von einer Rebellion „junger Brauseköpfe“, von „Jugendlichen“ oder „jungen Genossen“ als Trägern der Spaltungsbewegung gesprochen wird. Sollmann weiß eine tiefere Auffassung über die Krisis zu verkünden: „Es ist vielmehr der regelrechte Richtungsstreit, der von Erwachsenen, die längst über die Sturm- und Drangjahre hinaus sind, in die Jugendbewegung, getragen wird“. Und zum Schluss erfährt man es dann noch einmal recht deutlich: „Es ist eine Aktion der Richtungsstreithähne, keine Rebellion der Jugendlichen“. Diese Tiefe der Auffassung ist umso verblüffender, als Sollmann selbst in früheren Zeiten ungezählte Male gegen sie als Seichtbeutelei und Verdächtigungsmanie zu Felde gezogen ist. Nämlich in seiner Agitation gegen die Angriffe der bürgerlichen Welt auf die proletarische Jugendbewegung, die sie als eine reine Aktion der sozialdemokratischen Streithähne, nicht aber als eine Rebellion der Jugendlichen darstellten. Das eine stimmt so wenig wie das andere. Mag es drum sein. Schließlich ist die Hauptfrage: Durch welche Mittel werden die Jugendlichen am wirksamsten zu Klassenkämpfern erzogen? Sollmann meint: durch die geselligen Veranstaltungen und durch die vorbereitende Erziehungsarbeit, wie wir sie seit Jahren betrieben haben.

Wir meinen: durch den Klassenkampf selbst. Nun mag alle Welt behaupten, die Jugendlichen sind für den politischen Kampf noch nicht reif. Der Kapitalismus kümmert sich einfach nicht darum, sondern stürzt sie mitten in den politischen Trubel hinein. Und sie verstehen das Rudern ganz vortrefflich. Man hat Exempel von Beispielen! Die Lehrmeister der alten Bewegung stehen immer noch, den Finger bedeutsam an die Nase gelegt und demonstrieren ihre Weisheit und sinnieren über Verbesserungen. Unterdessen ist die Jugend längs davongestürmt und lacht die Zipfelmützen aus.

Berichtigung.

In der Nr. 12 muss es auf Seite 94 im politischen Tagebuch vom 4. September heißen: In der „Berliner Tagwacht“ und dem Stockholmer „Politiken“, dem Organ der schwedischen Internationalisten, statt Imperialisten. [Korrigiert, d. Hrsg.]

Feuilleton

Die Tat

Emile Verhaeren. (Aus „Hymnen an das Leben“.)

Müde der Bücher, müde der Worte,
Die mir den Willen versengten, verdorrten,
Such ich im Grund meiner Selbstbewusstheit
Die Tat, die rettet, die Tat, die befreit.

Das Leben, dort stürmt es, schäumend im Rasen,
Gleich einem galoppierenden Pferde,
Stark und spendend über die Straßen
Der Erde.
Die Starken unter den Menschen wissen
Dort im Staub und Sturm seine Mähne zu fassen
Und von Wunder zu Wundern hin fortgerissen,
Von ihm sich schwingen und tragen zu lassen,
Und die Berge der Wagnisse trotz aller schlimmen
Winde und Stürme beherzt zu erklimmen.

Die Tat!
Ich weiß von solchen, die in dem verstürmten
Gewitterhimmel sie drohend und grad
Mit blutigen Händen und Wutschreien türmten.

Und solche, die sie sich unfasslich
Träumen gleich urgründigen Meeren,
Deren Tiefen jedem Senkblei sich
Schweigend verwehren.

Und weiß wieder solche, für die sie kalt,
Aber trotzig und zielbewusst ist
Und mit klaren Ziffern den dunklen Gehalt

Das schwarzen Schiffes Schicksal misst,
Und solche, denen sie sich mit dem Schweigen
Das Blumen und Büsten umkleidet, zeigen.

Und weiß von solchen, die allerwegen
Sie finden, wo Zorn und Wahnsinn sich regen.

Und weiß von solchen, deren Unrast noch
Ihr nach durch die Nacht ins Morgenrot hetzt,
Da sie sich längst an die Schwelle doch
Ihres ernsten und ruhigen Stolzes gesetzt.

Das Leben, das leise, das Leben, das wilde,
Das sanfte und jenes, das allezeit
Mit sich und dem Tode in ewigem Streit,
Das bittere und das vollgefühlte,
Es ist dort, wo am Pol zwischen eisigen Bänken
Der Mensch sich erst mühsam die Wege schafft,
Und ist hier im Hassen und sich Verschenken
Der purpurn schwellenden Leidenschaft,
Ist in Strömen und Meeren, an Stranden verloren,
Der Schrecknis noch keiner erfuhr, sie zu schildern,
Es ist in den Wäldern, den tropischen Floren,
Die Afrikas Berge und Flüsse umwildern.
Es ist, wo immer, Welle an Welle,
Ein heiliger Wille in Ewigkeit schäumt,
Es ist, wo das Genie arbeitet,
Die falschen Werte vom Wege räumt
Und mit Klarheit und Wahrheit an ihrer Stelle
Die gewaltigen Wandlungen neu vorbereitet.

Der Bücher müde, der Worte satt,
Such ich in meiner Selbstbewusstheit,
Die Tat,
Die Tat, die rettet, die Tat, die befreit.

Ich will, dass sie kraftvoll und trotzig sei,
Wie ein schöner Eisblock durchsichtig und rein,
Ohne Trug, ohne Scheu
Um aller derer würdig zu sein,
Die irgendwo einsam, ohne der Menschen Wissen,
Sich selber die Flagge des Stolzes hissen.

Ich will sie getauft in einem klaren
Quell umfassender Menschlichkeit,
Ich will, dass sie allen den restlos wahren
Willen ihrer Aufrichtigkeit weiht
und alles, was heut noch die Güte beschränkt,
Mit einer äußersten Anstrengung sprengt
Und grenzenlos sie dann an die Welt verschenkt.

O, leben, leben und sich selbst gesteigert
Empfinden mit des Herzens heißerm Takte

O, klarer leben, wenn ins nie Gewagte
Zaum ersten Male unsre Straße weist,
Und stolzer nur, wenn sich das Schicksal weigert
Und unsre Hände von dem Werke reißt.
O, nur helläugig träumen, was an Reinem

Und Großem man in jenen Paradies leisten könnte.
Die einst am Ende
Der heiligen Bemühung golden glorreich scheinen.
O, leben und leben, ekstatisch und trunken
In diesen Stunden festlicher Einsamkeit,
Da Geist und Begierde den zündenden Funken
Der tollen Hoffnung ins Leben streut
Und die Flamme des Überirdischen erneut.

Müde der Worte, der Bücher satt,
Such ich die Tat.
Das schneidende Schwert
Das meine Kraft für den Sieg bewehrt.

Und ich denke so glühend wie andere beten
An all jene Helden, die göttlichen, milden,
Die an der Spitze der menschlichen Gilde
Führend hintreten
Funkelnden Regenbogen gleich
Stehen sie über dem armen Reich
von Neiden und Hassen.

Die Strahlen der Botschaft, die sie uns bringen
Durchdringen
So leuchtend die Mauern, die Tempelgelasse,
Dass die Masse, gierig den neuen Sinn
Zu erfassen,
Den ihr Wesen den Rätseln des Schicksals umlegt,
Sich ihn
Nach ihres eigenen Bildes Formen
Einprägt
Indes noch die Schar der Klugen und Weisen
Mit Wortbeweisen
Über tote Texte, vergessne Normen
Sich streitet und schlägt.

Dann werden die Worte, die panzerbewehrten,
Hochschweben, ob Kämpfen und Heldentum,
Die Stirnen aufglänzen, die Stimmen aufklingen
Und mit goldenen Blitzen der Ruhm
Beflügelt sich in die Ferne schwingen.
Und die ihre Seele am traulichen Herde
Alter Erinnerung wärmen und hegen,
Springen nun auf, greifen zum Schwert
Und stürmen ekstatisch der Zukunft entgegen.

Zeugen und Rufer.

Nur in Deutschland, wo politisch nichts gründlich erledigt wird, und wo eben deswegen auch die Vorstellungen vergangener, aber erst halb überwundener Zeiten in den Köpfen unsterblich fortvegetieren (weshalb die Deutschen sich das Denkerfolk nennen) – nur in Deutschland kann es vorkommen, dass man von einer Partei verlangt, sie solle sich durch den bestehenden sog. Rechtszustand nicht nur tatsächlich, sondern auch moralisch gebunden halten; sie solle im Voraus versprechen: was auch kommen möge, sie wolle diesen von ihr bekämpften Rechtszustand nicht umwerfen, selbst wenn sie es könne. Mit anderen Worten, sie solle sich verpflichten, die bestehende politische Ordnung am Leben zu erhalten in alle Ewigkeit. Das und nichts anderes heißt es, wenn man von der deutschen Sozialdemokratie verlangt, sie solle aufhören, „revolutionär“ zu sein.

Engels: Vorrede zu „Karl Marx vor den Kölner Geschworenen“ (1885).

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Lüth); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 14/1916

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

1. Jahrg.

Bremen, den 23. September 1916.

Nr. 14

Redaktion und Expedition: Waller Heerstraße Nr. 52. (Eing. Torweg).

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

Die Parteikonferenz der Sozialpatrioten.

Wenn die Druckerschwärze dieses Artikels trocken ist, tagt bereits die vom deutschen Parteivorstand einberufene Parteikonferenz. Sie tagt hinter verschlossenen Türen, von jeder lästigen Kontrollmöglichkeit seitens der Massen durch die Gunst der Verhältnisse glücklich befreit. Im Parteistatut nicht vorgesehen, zu keinen legalen Parteibeschlüssen berufen, entspricht sie dennoch nicht ganz dem Sinne der entschiedenen Sozialpatrioten. Ohne Rücksicht auf die Proteste eines großen Teiles der Partei wollten sie den ihnen durch die gegenwärtigen Verhältnisse beschiedenen natürlichen Schutz durch einen regelrechten Parteitag ausnutzen, der ihre Gegner, die Linksradikalen, ausschließen und die Zentrumsleute zur Ordnung rufen sollte. Es konnte aus bekannten Gründen, deren intimere Delikatesse später aufgedeckt werden wird, nicht zum Parteitag kommen, und so müssen die Sozialpatrioten sich mit einer Parteikonferenz begnügen.

Die entschiedene Linke wird auf der Konferenz fast gar nicht vertreten sein. Aber der natürliche Schutz genügt den Sozialpatrioten noch nicht. Sie suchten ihre Klassengegner durch einen Wahlmodus lahmzulegen, dem gegenüber selbst das rückständigste Wahlrecht der Welt noch ein Juwel politischer Gerechtigkeit ist. Mitgliedschaften von 50 Mann bekamen einen Delegierten, wie solche mit 3000 Mann; Mitgliedschaften von 3000 bis 10 000 Mann haben zwei Delegierte, Mitgliedschaften von über 10 000 Mann höchstens drei Delegierte erhalten. Da es der Opposition am schwersten ist, in die kleinen Nester einzudringen und die Mitglieder aufzuklären, so sichern diese blutleeren, politisch zurückgebliebensten Organisationen den Sozialpatrioten eine ansehnliche Gefolgschaft. Die englischen „Faulen Flecke“, die zu Anfang des 18. Jahrhundert den Junkern die Herrschaft über die Städte garantierten, feiern ihre Auferstehung. Aber doppelt genährt, hält besser. So haben die Reichstagsabgeordneten und selbst der Parteiausschuss volles Stimmrecht bekommen.

Wozu dieses ganze Aufgebot, da, wie gesagt, die Parteikonferenz nach dem Statut kein Recht besitzt, irgendwelche bindende Beschlüsse zu fassen? Wurde sie einberufen zwecks einer klärenden Diskussion, zwecks eines Versuchs eine Einigung der Partei in den politischen Hauptfragen herbeizuführen? Die Tatsache allein, dass der Parteiausschuss anfangs beabsichtigte, den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft keinen Zutritt zur Konferenz zu gewähren,

dass er selbst dem Zentrum keinen Koreferenten zubilligen wollte, zeigt, dass es den Herren um keine Verständigung geht. Und wie wäre sie möglich? In der Reichstagsfraktion, in der die Führer aller Richtungen saßen, und wo es an Zeit zur Aussprache gewiss nicht fehlte, konnte man die Spaltung nicht hindern, in der Berliner Organisation, der doch führende Sozialpatrioten in großer Anzahl angehören, trauten sie der Überzeugungskraft ihrer Argumente so wenig, dass sie es vorgezogen haben, eigene Organisationen zu gründen, d. h. die alte einige zu spalten. Sollten die Sozialpatrioten die Konferenz einberufen haben, um dort Tränen zu vergießen über die Schlechtigkeit der Opposition, um ihr, wie es Graf Gloucester im „König Lear“ der schlechten Regana sagt, die Klage entgegenzuwerfen:

Beim gütigen Himmel, es ist höchst unedel, zu raufen meinen Bart!“

Dazu sind die Eberts und Scheidemann zu wenig sentimental. Wollten sie etwa sich untereinander verständigen, die sozialimperialistischen Annexionspolitiker vom Schlage Lensch, Cunow, Quessel, Haenisch zur sozialpatriotischen mittleren Linie zurückzupfeifen? Wenn das möglich wäre, so brauchten sie dazu nicht erst 400 Delegierte zusammenzutrommeln!

Weder zur Verständigung unter sich noch zur Verständigung mit der Opposition haben die sozialpatriotischen Instanzen die Konferenz einberufen. Sie haben sie zum Kampfe gegen die Opposition organisiert. Sie werden sich zuerst ein Vertrauensvotum ausstellen lassen, um sagen zu können: nicht nur die Instanzen stehen auf dem Boden der Politik des 4. August, sondern die Vertretung der Gesamtpartei hat diese Politik gutgeheißen. Mag der Beschluss formell bindend sein oder nicht, sie hoffen, aus ihm neue Kraft zu schöpfen. Aber wenn nicht alles trägt, so werden sie weiter gehen.

In einem Artikel der „Leipziger Volkszeitung“, die bekanntlich auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft steht, hieß es: „Gegen eine Aussprache hat auch die Minderheit nichts einzuwenden. Gegen jede missbräuchliche, undemokratische Ausschächtung etwaiger Beschlüsse oder Resolutionen hat sie dagegen von vorneherein den schärfsten Protest einzulegen“. Darauf antwortet das „Hamburger Echo“, eines der Hauptblätter der Sozialpatrioten: „Es geht nicht an, dass man mitberät und mitbeschließt, solange man erwartet, seinen Willen durchzusetzen, um dann, wenn die Hoffnung enttäuscht wird, zu sagen: ich füge mich den Beschlüssen nicht, denn die ganze Versammlung war nicht ordnungsmäßig.“ Das bedeutet nichts anderes, als dass die konsequenten Sozialimperialisten gewillt sind, über die Zwirnsfäden des Parteistatuts nicht zu stolpern, sondern politische und organisatorische Beschlüsse gegen die Opposition zu fassen. Aus den Andeutungen der sozialpatriotischen Presse kann man schließen, dass es sich dabei politisch um die Anerkennung der Vaterlandsverteidigung, organisatorisch um das Verbot der Ausgabe von Flugblättern, um das Verbot sogen. „Sonderorganisationen“ und der Spaltungspropaganda handeln wird.

Die entschiedene Opposition kann dem Ausgang der Konferenz mit vollkommener Ruhe entgegensehen. Mögen die Herren Sozialpatrioten auf ihre Schwächung durch äußere Eingriffe, auf die Schwächung ihrer Organisationen durch die Einberufungen spekulieren. Mögen sie sich Heil versprechen von den Gewaltmaßregeln, die sie auf der Konferenz gegen sie zu beschließen gedenken. Wie die Instanzen ihr stetes Wachsen nicht aufhalten konnten, so wird auch der Bannstrahl eines Konventikels dazu nicht imstande sein. Sie wurzelt in der eigenen Einsicht in die Verhältnisse, sie ist geschirmt durch ihre Grundsätze, die die des Sozialismus sind. Keinen Tag wird sie sich durch die sozialpatriotischen Beschlüsse von ihrer Arbeit abhalten lassen. Spottend über die Bemühungen der Sozialimperialisten, wird sie tun, was die Klasseninteressen des Proletariats von ihr erfordern.

Die Wandlung des Sozialimperialismus.

Unter dem Zeichen des Kampfes gegen den Zarismus wurde der deutsche Sozialpatriotismus geboren. Nieder mit dem blutbefleckten Zarismus! so hallte es aus dem sozialpatriotischen Blätterwalde. Nieder mit dem Zarismus! so endeten alle Reden der Vertreter der Politik des 4. August. Und nach vier Monaten nach dem Kriegsausbruch schrieb einer der gewandtesten Verteidiger dieser Politik, der Redakteur der Chemnitzer „Volksstimme“, Herr Heilmann, in seiner Besprechung der Trotzky'schen Broschüre, die Haltung der deutschen Sozialdemokratie werde sich als historisch berechtigt erweisen, wenn der Krieg mit dem Zusammenbruch des zarischen Systems enden werde. Es ist reichlich oberflächlich, wenn behauptet wird, dass die Haltung der deutschen Arbeitermassen beim Kriegsausbruch durch ihre revolutionäre, antizarische Stimmung erklärbar sei. Sie wurde vielmehr durch zwei Momente bestimmt: positiv durch das Gefühl des untrennbaren Zusammenhanges der Geschicke der Arbeiterbewegung mit denen des deutschen Kapitalismus; negativ durch das Gefühl der politischen Ohnmacht, der Unfähigkeit zur selbständigen Politik auch den Losungen der Parteiführerschaft entgegen. Aber als Mittel der Selbsttäuschung, der Erleichterung des Sprunges vom Klassenkampf in den Burgfrieden, spielte die antizarische Parole ohne Zweifel eine große Rolle.

Nachdem diese ihre Aufgabe erfüllt war, konnte sie samt den sie begründenden Marxtexten in die Rumpelkammer wandern oder höchstens für den Gebrauch in abgelegenen Provinzen beibehalten werden, wo bekanntlich die „letzte“ Berliner Mode noch lebt, wenn sie in Berlin selbst längst ausgespielt hat. „Gott strafe England!“ das wurde nun der Kriegsruf, wodurch der Charakter des Weltkrieges, der letzten Endes durch den Kampf zwischen dem deutschen und englischen Imperialismus charakterisiert wird, ganz gewiss treu ausgedrückt wurde. Die Lensch, Cunow, Schippel, Quessel arbeiteten im Schweiße ihres Angesichts – die einen anhand der unvermeidlichen Marxzitate; die andern frisch-fröhlich ohne den alten Plunder – um zu beweisen, dass die Niederringung des englischen Imperialismus die historische Aufgabe des deutschen, ja des internationalen Proletariats bilde. Jetzt, wo im Lager des deutschen Imperialismus die Auseinandersetzungen über die zukünftige Gestaltung der deutschen auswärtigen Politik stattfinden, ziehen die Herren Sozialimperialisten die handgreiflichen, bisher aber klüglich verschwiegenen Schlüsse aus ihrem Standpunkt.

Der Streit im Lager des deutschen Imperialismus dreht sich bekanntlich nicht so sehr um das Maß der Annexionen, um die Anwendung dieser oder jener Kampfmittel, sondern darum, gegen wen man politisch sich richten will: gegen Russland oder gegen England, da man schließlich nicht annehmen kann, die Zentralmächte könnten in aller Zukunft nach allen Richtungen in gleicher Kampfposition bleiben. Je nachdem, wie man über diese Zukunftsfrage denkt, nimmt man zur konkreten Kriegsmittelfrage Stellung. Die sozialpatriotischen Instanzen standen bisher auf der Seite der gouvernementalen Politik, die in letzter Zeit von dem sog. Nationalausschuss vertreten wird und sich gegen Russland richtet und von der Annahme der Möglichkeit eines Einvernehmens mit England, in der Zukunft, auszugehen scheint. Die konsequenten Sozialimperialisten sind jetzt dabei, eine Schwenkung in der Politik der Instanzen herbeizuführen.

Wer die Arbeiten von Lensch las, dem war es klar, dass sie die Stimmung für eine Propaganda des Bündnisses mit Russland vorbereiten. Aber der Mut des tapferen Mannes von Neubabelsberg reichte nicht hin, die Fahne unverhüllt zu hissen. Der erste, der dies offen tat, war Max Schippel, der Ratgeber der Gewerkschaftskommission. In einer Besprechung des Bülow'schen Buches über die deutsche Politik verspottet er die „vermeintlich gut revolutionären“ Traditionen des Kampfes gegen den Zarismus; er lobt seine kolonialisatorischen

Leistungen, wendet sich gegen „Zerrbildvorstellungen von einem großen hochbegabten Volk“ (von dem man bekanntlich in den ersten Kriegsmonaten nicht anders als von wilden Kosaken, Kalmückenhorden und dergleichen sprach), wendet sich gegen eine „Gleichsetzung Gesamt-Russlands mit dem einen abstoßenden Auswuchs Zarismus“, um schließlich, nach einer Darstellung der weltpolitischen Entwicklung vor dem Kriege, mit der Frage zu enden, ob sich der russische Imperialismus nicht nach dem persischen Golf, statt nach den Dardanellen wenden könnte. „In dem Streben nach dem persischen Golf liegen die gleichgerichteten Interessen Russlands und Deutschlands, gegen Englands willkürliche Einspruchs- und Vormachtsforderungen, geradezu auf der flachen Hand.“ Und er schließt seinen Artikel mit der Frage: „Vielleicht schließt auf diese Weise der Krieg mit einer Mächtegruppierung ab, die der unnatürlichen Verstärkung des englischen Übergewichts durch die russische Unterstützung ein wohlverdientes Ende bereitet und die es Deutschland gestattet, nach Österreich-Ungarn mit dem wichtigsten Nachbarn, einem großen und zukunftsreichen Volk besser als in der letzten Zeit, in den Jahren der Tripelentente, auszukommen, vielleicht sogar auf wertvollen Betätigungsgeländen zusammenzuarbeiten.“

Auf diesen, am 17. August in den „Sozialistischen Monatsheften“ veröffentlichten Artikel, folgte am 2. September ein Artikel Wilhelm Janssons in der „Glocke“. Er trug den Titel: „Deutschland-Russland“. Jansson, der, gleich Schippel, Angestellter der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften, Redakteur ihres Korrespondenzblattes ist, erklärt:

Die Gestaltung der inneren Verhältnisse Russlands ist Sache der russischen Völker; wir können das nicht ... wir haben vielmehr alle Ursache, eine Verständigung mit den russischen Völkern zu suchen. Sie haben die Zukunft für sich, England die Vergangenheit. ... Das Geschrei von einem Bündnis mit dem Zarismus darf uns nicht irritieren. Der Zarismus ist etwas Temporäres, Vergängliches, und ich würde nicht viel auf seine künftige Lebensdauer geben. Aber die Völker Russlands sind stationär, sie repräsentieren Ewigkeitswerte. ... Solange der Zarismus ihr politischer Ausdruck ist, müssen die deutsche, und die mit ihr verbündeten Regierungen mit diesem die gegenseitigen Verhältnisse regeln. Kommt später ein anderes Regime, wird man mit dem verkehren.

Es sei die Aufgabe der deutschen Diplomatie, einen Weg zur Verständigung mit dem Zarismus zu suchen. So Jansson im Organ des früheren russischen Revolutionärs Parvus, desselben Parvus, der seinen Anschluss an die Politik des 4. August mit der Notwendigkeit der Niederrückung des Zarismus begründete und die „Glocke“ eigens zwecks Schaffung des Kontaktes zwischen dem bewaffneten deutschen Volke und der unbewaffneten russischen Revolution herauszugeben begann.

Als dritter im Bunde meldet sich der Reichstagsabgeordnete Ludwig Quessel und führt in Heft 17 der „Sozialistischen Monatshefte“ in einem Artikel, den er pathetisch: Quo vadis Germania? überschreibt, folgendes aus:

Welche Lehren lassen sich nun aus diesem Sachverhalt ziehen? Ich meine, dass angesichts der sich unter Englands Führung im Westen bildenden gewaltigen Koalition, der gegenüber das neue Mitteleuropa nach dem Kriege seine junge Existenz zu verteidigen haben wird, der Weg, den wir gehen müssen, klar vorgezeichnet ist. Alle politische Kunst muss heute dem Zwecke dienen, uns vor einem zweiten Koalitionskrieg zu schützen, den das Angelsächsentum jetzt schon vorbereitet. Die gewaltigen Rüstungen in den Vereinigten Staaten gelten *uns* und *Japan*, so schreit die angelsächsische Presse laut durch die Gassen. ... Dass Russland dann nicht noch einmal den englischen Interessen dient, dafür hat die deutsche Politik zu sorgen. Die russische Gefahr für Mitteleuropa kann, soweit sie wirklich vorhanden und nicht bloß eingebildet ist, durch

gerechte Schonung russischer Lebensinteressen behoben werden. Wie Deutschland und Russland als Nachbarreiche wirtschaftlich einander bedürfen, so ist der russisch-japanische Zweibund machtpolitisch auch darauf angewiesen, dass ihm im Westen keine Gefahr droht. Nur wenn England nicht mehr in der Lage ist, Russland gegen Deutschland und Deutschland gegen Russland auszuspielen, wird es auch Entgegenkommen gegen unsere Lebensinteressen zeigen müssen und vielleicht die Zwecklosigkeit eines zweiten Koalitionskrieges einsehen. Wie die Entwicklung der Weltwirtschaft und Weltpolitik sich gestaltet hat, scheint es fast unmöglich zu verkennen, dass für Mitteleuropa der Weg zum dauernden Frieden nicht der sinkenden, sondern der aufgehenden Sonne zuführt.

Sie zogen ins Feld gegen den Zarismus, um jetzt, nach zwei Jahren blutigen Ringens, das deutsche Proletariat für ein Bündnis mit Russland zu gewinnen. Nur vor dem barbarischen Zarismus galt es, die deutsche Kultur, das deutsche Vaterland zu verteidigen; der Krieg gegen die Völker des Westens war ihnen eine zwar harte, aber schmerzliche Notwendigkeit. Jetzt lassen sich die Gefahren, die der deutschen Kultur vom Zarismus drohen, „soweit sie wirklich vorhanden und nicht bloß eingebildet sind“, durch „gerechte Schonung russischer Lebensinteressen“ leicht beheben; ja, man erkennt, dass der Zarismus kurzlebig ist! Das ist die neue Melodie der Rattenfänger, die jeden einen Russenknecht, einen Agenten des Zaren schalten, der ihnen früher entgegentrat.

Wir verzichten gern auf jede moralische Entrüstung, da es sich hier um wichtigere Dinge handelt: um das Verständnis wichtiger politischer Entwicklungsansätze. Die Propaganda des Bündnisses mit Russland, die von einflussreichen Sozialimperialisten jetzt so offen betrieben wird, wie sie bisher die Hötzsch und Reventlow nicht einmal zu führen wagten, zeigt, wie sehr sich der Sozialimperialismus den imperialistischen Bedürfnissen des deutschen Kapitals anpasst. Die Sozialimperialisten sind nicht nur Echo des Imperialismus, sie werden zu Vorkämpfern seiner Bedürfnisse, sie bereiten für sie in der Arbeiterklasse bereits den Boden, bevor noch die Vertreter des Imperialismus selbst ihre Hauptgedanken offen aussprechen. Unter diesem Gesichtspunkte, nicht zwecks einer Propaganda des Bündnisses Deutschlands mit Russland muss die Politik der Jansson, Schippel, Quessel bekämpft werden, wenn sich die Opposition nicht zum Schrittmacher der zweiten imperialistischen Clique Deutschlands machen lassen will.

Die Propaganda eines Bündnisses mit England, wie sie vor dem Kriege die Bernstein, Kautsky und Hilferding betrieben, war ebenso wenig proletarisch, wie die jetzige der Sozialimperialisten, die für ein Bündnis mit Russland eintreten. Auf dem Boden des Kapitalismus in seiner imperialistischen Epoche dient kein Staatenbündnis anderen Zielen als denen des Imperialismus, und jede Aufhebung eines Gegensatzes auf der einen Seite bedeutet seine Verschärfung auf der andern. Das Proletariat kann sich auf den Boden keines imperialistischen Bündnisses stellen, weil alle die Weiterführung der imperialistischen Politik bezwecken und die Gefahren neuer Kriege in ihrem Schoße bergen. Aber auch durch Phrasen von Völkerversöhnung, wie sie vom Zentrum der Partei gebraucht werden, kann man diesen Gefahren nicht entgegentreten. Die Versöhnung der Völker ist eine Utopie, solange ihre Geschicke mit dem in konkurrierende Gruppen zerfallenden Kapitalismus verkettet sind. Darum kann nur die klare, offene Losung des Sozialismus als einer aktuellen Aufgabe, um deren Erfüllung schon jetzt gerungen werden muss, eine Antwort auf die Zarenbündnispropaganda der Sozialimperialisten bilden. Wer ihnen das Zusammengehen mit den Westmächten entgegenhält oder die Versöhnung aller Völker, wird von ihnen leicht geschlagen, weil er sich mit dem Sozialimperialismus auf demselben imperialistischen Boden befinden oder im Reiche der Phantasie schweben würde.

Die Gewerkschaftsbewegung.

3.

Das Beispiel der amerikanischen Arbeiterkämpfe kann, wie gesagt, nicht einfach als Vorbild dienen für die künftige Arbeiterbewegung überhaupt. Es entstammt den besonderen amerikanischen Verhältnissen: Riesenmassen von Arbeitern, die aus allen Ländern, zum Teil aus primitivstem Bauerntum zusammengewürfelt sind, unorganisiert, im Dienste eines riesigen Großkapitals, neben einem verknöcherten Arbeiteraristokratentum. Das Beispiel zeigt nur, wie solche Massen in gewerkschaftlichen Massenaktionen eine machtvolle Waffe gegen ein scheinbar allmächtiges Unternehmertum besitzen.

In Europa wird sich die künftige Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit wahrscheinlich – soweit sich darüber überhaupt etwas voraussagen lässt – enger an die bestehenden Organisationen anknüpfen. Das muss schon deshalb so sein, weil die Gewerkschaftsverbände hier nicht eine kleine Aristokratie, sondern viel breitere Massen umfassen. Dadurch ist das Organisationsprinzip den Massen schon viel mehr in Fleisch und Blut übergegangen. Die Gewerkschaftskämpfe alten Stiles werden auch nicht gleich völlig verschwinden, sondern allenfalls als ständiges Geplänkel die Zeit zwischen den großen Kämpfen ausfüllen, zur möglichsten Deckung des gewonnenen Terrains. Sie leiten dann jedes Mal über zu den großen Auseinandersetzungen.

Die Frage, ob und in welchem Maße die bestehenden Verbände zu Organen dieser massalen Auseinandersetzungen werden können, wird vor allem davon abhängen, ob und in welchem Maße die Masse der Arbeiter diese Taktik wird durchzusetzen wissen, auch gegen den Willen der Bureaucratie, und als Vorbedingung dazu, ob und in welchem Maße breite Arbeiterschichten die Notwendigkeit und die Bedingungen dieser Taktik mit klarem Bewusstsein erfassen. Restlos wird die Rechnung nicht aufgehen: die Lebensbedingungen eines Verbandes als solcher weisen ähnlich denen der Partei auf Duldung seitens des Staates, auf Anpassung an das Bestehende, auf das Verzichten auf revolutionäre Kämpfe gegen das Vorhandene hin. Darauf beruht seine Form, und diesem Zwange kann er sich nicht entziehen. Die Massenaktionen können also nicht als im Voraus geplante Aktionen entstehen. Aber in jedem Falle werden die alten Verbände, sobald sie sich, wie im letzten Werftstreik von 1913, als Hemmnisse des Kampfes erweisen, einen Grad ihrer Festigkeit nach dem andern verlieren; denn in jedem Falle werden die Arbeiter von ihnen verlangen, dass sie sich hinter die Kämpfenden stellen und nicht, wie bisher, in einer möglichst raschen Beendigung des Kampfes ihr Ziel suchen. Von ihrer Haltung in solchen Fällen wird in erster Linie ihre eigene Zukunft abhängen: ob sie zu rein bürgerlichen, konservativ-reaktionären Gebilden werden, nur Machtmittel in der Hand der Führer, nur Hemmnisse der Entwicklung, denen die kämpfenden Arbeiter den Rücken kehren oder Organisationen, in denen die Bedürfnisse der Mitgliedermassen den Ausschlag geben und die daher eine gewisse Rolle in dem Befreiungskampfe des Proletariats spielen werden.

In diesen Kämpfen aber werden die Gewerkschaften auch ihren politischen Charakter unverhüllt offenbaren. Es ist ein arger Selbstbetrug, wenn man glaubt, die Gewerkschaften seien auch heute unpolitisch. Die enge Verbindung der großen industriellen Unternehmungen mit dem Staate macht jeden rein gewerkschaftlichen Kampf von vornherein illusorisch. Jede Einwirkung der Gewerkschaften auf die Arbeitsbedingungen der Arbeiter berührt die Interessen des Staates. Und wenn jetzt von Gesetzes wegen die freien Gewerkschaften als gleichberechtigt anerkannt werden sollen, so geschieht das nicht, weil sie unpolitisch sind, sondern weil sie sich als verlässliche Stützen der bürgerlich-imperialistischen Politik bewährt haben.

Darum ist den Gewerkschaften auch gestattet worden, nicht nur auf dem Gebiete der Sozialpolitik, des Arbeiterschutzes, der Arbeiterversicherung, des Kinder- und Frauenschutzes, sowie des Wohnungs-, Gesundheits- und Ernährungswesens, sondern auch, unter besonderer Betonung, der Steuern und Zölle mitzutun. Man hat die Politik der Gewerkschaften schätzen gelernt und darum räumt man ihnen ein so weites Feld hochgradig politischer Betätigung ein. Werden sie sich eines Tages weiter bewähren, so ist auch nicht einzusehen, weshalb ihnen dann nicht auch die politische Einwirkung auf die Fragen der Verfassung und der auswärtigen Politik gestattet sein sollte. Man könnte ihnen diese Gebiete schon jetzt anvertrauen; sie werden auf ihnen nichts unternehmen, was den Interessen des Imperialismus zuwiderlaufen könnte. Die Gewerkschaftsführer sind doch schon jetzt durch die Bank kolonialbegeistert und zukunftsfrohe Mehrer des Reiches; sie sind von der Notwendigkeit der Rüstungen ebenso überzeugt wie von der Sicherung der Grenzen, und sie werden jedweden Wahlreformvorschlag genauso als fortschrittlich akzeptieren, wie sie die Vereinsgesetznovelle akzeptiert haben. Des Reiches Geschicke sind in ihren Händen wohlverwahrt. Trotzdem ist es klug, ihnen noch nicht das Ganze zu geben und die Anwartschaft auf den Rest vorerst verklausuliert anzudeuten.

Nie ist den freien Gewerkschaften so einhelliges Lob wegen ihrer vaterländischen Haltung gespendet worden wie in diesem Kriege, der gewaltigsten politischen Betätigung der europäischen Bourgeoisie. Nie ist auch die starke politische Betätigung der Gewerkschaften von bürgerlicher Seite wohlwollender gewürdigt worden. Und es ist doch auch bemerkenswert, dass die Gewerkschaftsführer durch die Bank Politiker sind, dass ein großer Teil der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten aus Gewerkschaftsbeamten besteht und dass die Politik der Reichstagsfraktion in der Generalkommission der Gewerkschaften gemacht wird.

Es gibt kein politisches Ereignis von Bedeutung, zu dem die Gewerkschaftspresse nicht Stellung nimmt und es gibt keine sozialdemokratische Versammlung, in der die Gewerkschaftsbeamten nicht ihren politischen Willen zum Ausdruck bringen und ihn durchzusetzen versuchen. Kein sozialdemokratischer Parteitag ist noch vergangen, dessen politische und taktische Stellungnahme die stets zahlreich vertretene Gewerkschaftsbureaucratie nicht sehr wesentlich, wenn nicht sogar entscheidend beeinflusst hätte.

Die Gewerkschaften waren seit jeher politisch durch und durch. Denn auch die Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter waren in ihrer überwiegenden Mehrheit zugleich politisch organisiert, und die gewerkschaftlichen Fragen wurden mehr und mehr von politischen Gesichtspunkten behandelt und beurteilt. In der Parteipresse aber bot sich, ganz besonders während des Krieges, das interessante Schauspiel dar, dass der Leiter des gewerkschaftlichen Teiles bei der Behandlung der gewerkschaftlichen Fragen in vollem Umfange gegen die Leitung des politischen Teiles politisch polemisieren konnte, wenn der eine den Mehrheits- und der andere den Minderheitsstandpunkt vertrat, und umgekehrt.

Der Krieg hat bisher auf politischem Gebiete dahin gewirkt, dass die äußersten Richtungen klarer als bisher ihr eigenes Wesen und ihre Ziele erkennen. Die Rechte der Sozialimperialisten will den festen Anschluss an die bürgerliche Welt, will ein Glied der bürgerlichen Gesellschaft werden, um die Arbeiterorganisationen konsequent in den Dienst des Imperialismus zu stellen. Die Linksradiakalen wollen unter Anwendung neuer taktischer Methoden das Proletariat zu Selbstbewusstsein und Selbständigkeit bringen und damit den alten sozialistischen Grundsatz von den Klassengegensätzen und den Klassenkämpfen wieder zu seinem Rechte in Theorie und Praxis verhelfen.

Ähnliches zeigt sich auch auf gewerkschaftlichem Gebiete. Die Linksradiakalen haben auch in der Gewerkschaftsbewegung schon vor dem Kriege die Bedeutung der Aktion der Massen

hervorgehoben. Die Konsequenz des Sozialimperialismus für die Gewerkschaftsbewegung zeigt sich in dem Bestreben Winnigs, die freien Gewerkschaften mit den Christlichen und Hirsch-Dunckerschen zu vereinigen zu einer Einheitsgewerkschaft. In der Tat trennt ihn davon nur noch ein Etikett. Wenn Legien, der in der Gewerkschaftsbewegung lieber alles beim Alten lässt, bei dieser Gelegenheit von einer Verschiedenheit der „Weltanschauung“ redet, die die Arbeiter der freien Gewerkschaften von denen der christlichen und liberalen trennt, so ist das auch nur so zu verstehen, dass für die Arbeiter, wie er sie haben will, die „sozialistische Weltanschauung“ ein Etikett, ein liebgewordenes Dogma ist. Denn die wirkliche Weltanschauung ist bei Legien und Winnig genau dieselbe bürgerlich-kapitalistische wie bei Stegerwald und Lebius: beide wollen dem Imperialismus dienen. Während aber Winnig scheinen will, was er ist, erkennt Legien mit Recht den Wert der alten überlieferten Ideologien an; denn was müssen die Arbeiter, die die Organisationen für den Kampf aufbauten, davon denken, wenn ihnen jetzt erzählt wird, die Christlichen und die Liberalen wollen dasselbe wie sie! Und vielleicht bekommt Legien noch mehr Recht, als ihm selbst lieb ist, wenn die Mitglieder der freien Gewerkschaften eines Tages Ernst mit ihrer sozialistischen Weltanschauung machen.

Aufgabe der sozialistischen Arbeiter wird es sein, innerhalb der Gewerkschaftsorganisation gegen die Engherzigkeit der Gewerkschaftsdogmatik zu kämpfen und Klarheit zu schaffen und zu verbreiten über die neuen Kampfbedingungen.

Der Kern des Jugendkonflikts.

2.

Die Krisis in der Jugendbewegung war unvermeidlich. Sie hatte ihre objektiven Ursachen, die ich in dem Artikel „Zur Krisis in der Jugendbewegung“ aufgezeigt habe. Sie ist der Ausdruck des Gegensatzes zwischen der proletarischen und bürgerlichen Welt, der den Jugendlichen namentlich der industriereichen Großstädte allmählich zum schärferen Bewusstsein kommt und sie das sozialpatriotische Wesen der alten Jugendbewegung als bürgerlich klarer erkennen lässt. So ist sie ein erfreuliches Symptom der Gesundung der Arbeiterbewegung, für die die Jugendbewegung eine weitaus größere Bedeutung gewinnt als jemals zuvor.

Der Protest der Jugendlichen wendet sich zunächst gegen die Jugendpflege, bei der sie Objekt, aber nicht Subjekt sind. Sie verlangen nach Selbständigkeit der Verwaltung und der Entscheidungen. Das ist gewiss sehr wichtig; denn überall griffen die Herrschgelüste der Bürokratie störend und zerstörend in den Betrieb ein. Es gibt keine größere Stadt in Deutschland, wo die Gegensätze zwischen den Alten und den Jungen, zwischen den Instanzen und den Jugendlichen nicht mehr oder minder scharf hervorgetreten wären. In Berlin, Hamburg, Dresden, Stuttgart, Bremen¹², Frankfurt a. M. suchte die Bürokratie beizeiten die Früchte der

¹² Diese Behauptung des Verfassers erfordert eine nähere Beleuchtung: Die bremischen Jugendlichen erfreuten sich seit jeher verhältnismäßiger Selbständigkeit in ihren Entschlüssen. Zwar waren die Jugendlichen in finanzielle Abhängigkeit von Partei und Gewerkschaft geraten, und insofern war ihre Selbständigkeit ziemlich fragwürdig; aber zu einem offenen Vorstoß fehlte den bremischen Instanzen doch der Mut. Sie wären auch sofort auf den entschiedensten Widerstand der Parteigenossenschaft gestoßen. Weit gefährlicher und unmittelbarer als durch die Instanzen wurde die Selbständigkeit der Jugendlichen bedroht durch die Art, wie der frühere Jugendleiter, Genosse Schulze, sein Amt versah, indem er mit feinen, fast unmerklichen Mitteln die Jugendlichen unter seinen Willen zu beugen verstand. Einen offenen Vorstoß wagten die Instanzen erst in letzter Zeit, als sie durch die Gewerkschaften einige der beschränktesten Sozialpatrioten, unter ihnen den in der Jugendbewegung weiterhin bekannt gewordenen E. Sonnemann, als Jugendschriftsteller unter dem Namen Jürgen Brand bekannt, in den Jugendausschuss wählten, um so die Jugendlichen zu Konflikten mit ihnen zu reizen. Die Jugendlichen haben einstweilen ihre Antwort in der von uns veröffentlichten Resolution gegeben, die auch gegen

Jugendbewegung in ihre Scheuern zu bringen. Die Bureaukratie wollte keine Klassenkämpfer, sondern sittlich-schickliche Parteiuntertanen erziehen. Die Jugendlichen aber hatten keinen Sinn für die Parteitugenden des unbedingten Gehorsams, der in das schöne Wort „freiwillige Disziplin“ gehüllt wurde. Was durch die Bureaukratie zu verhindern gesucht wurde: die Erziehung zur Selbständigkeit, das wurde durch die ökonomische Stellung der Jugendlichen, ihre horrend steigende Bedeutung im Produktionsprozess, ihre soziale Lage mit unhemmbarer Wucht besorgt. Diese Schule war scharf aber wirksam. Sie machte die Jugendlichen selbst der Familie gegenüber selbständig. Da halfen die Paragraphen der Parteistatute nicht, um sie an die Interessen der Bureaukratie zu fesseln.

Diese Konflikte lenkten den Blick der Jugendlichen von den kleinlich-persönlichen Katzbalgereien ab, die oft genug die Versammlungen ausfüllten und so manchen wehevollen Festvortrag entweihten; sie lenkten ihn auf die Fragen der Organisation. Der Kampf bekam dadurch einen sachlichen Boden, wenn er auch längst nicht immer gleich in sachlichen Formen ausgefochten wurde. Aber er bot die Möglichkeit, den Blick von den Personen weg auf die Sache hinzulenken. Nun musste die Frage erörtert werden: wieso kommt die Bureaukratie dazu, sich die Macht, nach der sie strebt, anzumaßen? Es war klar, dass die Frage der Selbstverwaltung noch längst nicht die letzte der zu erledigenden Fragen war, dass hinter dieser Frage noch andere, weit schwierigere, weit wichtigere standen. Hin zu ihnen, wenn das Tor der Probleme erst gesprengt wurde! Die Arbeiterbewegung, die in den Händen der Bureaukratie lag, konnte keine Jugendbewegung erzeugen, in der die Bureaukratie ausgeschaltet wurde. Die Herrschaft der Bureaukratie war gewiss kein sittlicher Makel der Bureaukraten, sie war in den objektiven Verhältnissen begründet. Wohl konnten die Ansprüche der Bureaukratie eingeschränkt, nie aber konnten sie beseitigt werden. Mit der Bureaukratie brechen hieß also mit den Organisationen brechen. Das Beispiel *Hamburgs* hat alle Illusionen zerstört, die sich an eine Reform der Jugendbewegung in der Richtung auf die Entbureaukratisierung knüpften.

Im Zusammenhange mit dem Kampfe gegen die Form der Jugendbewegung musste der Kampf gegen ihren Geist einsetzen. Die „Arbeiterjugend“, die vielversprechend genug ihre Laufbahn begann, endete in den Wassern des Sozialpatriotismus. Auch hier galt es, die Ursachen zu finden. Das „Zentralorgan“ der arbeitenden Jugend Deutschlands war von Anfang an Bildungsorgan. Der Geist, in dem diese Bildungsarbeit einsetzte, war durchaus sozialistisch. Man blättere die ersten Jahrgänge dieser Zeitschrift durch und man ist erfreut über die Fülle sozialistischer Erkenntnis, die sie vermittelte. Nach und nach versandete der Strom. Man kann nicht unausgesetzt den Sozialismus predigen, wenn die Praxis der Arbeiterbewegung in entgegengesetzter Richtung tendiert. Die „Arbeiterjugend“ war wohl Bildungs-, aber kein Kampforgan.

Und der Kampf der Jugendlichen kann nur ein politischer sein. *Das ist der Kern des ganzen Jugendkonfliktes*. Die Organisationen verzichteten auf ihre Politischerklärung; die Erziehungsarbeit verzichtete darauf, und die „Arbeiterjugend“ ging hin und tat desgleichen. Mehr noch als das: sie verzichtete nicht nur; sie verleugnete sogar. Damit hatte die Bewegung ihr eigenes Urteil gesprochen. Es lautete auf Hinrichtung.

Die Jugendpflege zur Jugendbewegung machen heißt nicht, die Selbstverwaltung an die Stelle der Bureaukratie setzen, wie die Schlaumeier der „Glocke“ bedachtsam empfehlen, sondern es heißt, die Jugendorganisationen für politisch erklären. Dann wird mit einem Male ein mächtiges Leben in die Bude kommen. Dafür wird von sehr verschiedenen Seiten gesorgt

Artikel Sonnemanns („Der Stern, der Stern!!“) protestiert.
Redaktion der „Arbeiterpolitik“.

werden. Jede neue Bewegung, die nicht von vornherein ihre politische Flagge hisst; jedes neue Jugendorgan, das nicht in seiner ersten Nummer politisch ist, kann sich von der alten Bewegung nicht grundsätzlich unterscheiden.¹³ Der erste Akt der neuen Bewegung hat in einer haarscharfen Abgrenzung gegen Sozialpatriotismus und Parteizentrum zu bestehen. Es kann in Zukunft nur ein einheitliches Programm zwischen Sozialdemokratie und Jugendbewegung geben; denn es gibt in Zukunft nur einheitliche Kämpfe. Der Kampf um die politische Freiheit ist der erste bedeutsame politische Kampf der Jugendlichen überhaupt; der Kampf um die Selbstverwaltung, gegen den Geist des Sozialpatriotismus, ist nur Vorbedingung dieses großen politischen Kampfes. Selbstverwaltung, nicht um ihrer selbst willen, sondern als Mittel zum Zwecke des politischen Kampfes; Sozialismus an Stelle des Sozialpatriotismus, nicht um des sozialistischen Geistes willen, der wieder zu Ehren kommen soll, sondern zum Zwecke der politischen Ertüchtigung, die sich betätigen soll nicht in einer späteren Zeit, wenn es „erlaubt“ ist, sondern in der arbeits- und opferreichen Gegenwart. Das ist die Kernfrage. Ihre Lösung erfordert die Trennung der Jugendlichen von der alten sozialpatriotischen Bewegung, von der für die Proletarierjugend niemals Hilfe zu erwarten ist. Ihre Lösung erfordert ferner die Zustimmung der Jugendlichen zum politischen Programm des Linksradikalismus und die Bekundung des gemeinsamen Kampfwillens. Hier oder nirgends liegt die Zukunft des Proletariats und seiner Jugend.

Aus unserm politischen Tagebuch.

20. September.

Der „Vorwärts“ leitartikelte kürzlich über den Weg zum Ziel. Ein halbes Jahrhundert lang haben sie den Sozialismus propagiert. Nun kommen sie zu dem Schluss, dass leider nur ein kleiner Volksteil ihn kapiert hat. „Das haben uns die Augusttage des Jahres 1914 nur zu deutlich gezeigt.“ Ach, du lieber Schulmeister, du! Wenn die Augusttage bewiesen haben, dass die Haltung der Volksmassen an traditionellen Gefühlen und Gedanken hängt, warum haben dann die Schulmeister des Sozialismus selbst in jenen Tagen versagt? Und wo liegt die Garantie, dass sie nicht immer wieder versagen werden? Die Tatsache des Versagens der Partei müsste den braven Schulmeistern doch zeigen, dass es sich hier um etwas anderes handelt, um Dinge, die man nicht durch Propaganda überwindet. Aber verrannt in die Idee, die Massen seien beim Examen schon gleich im Abc des Sozialismus durchgefallen, gelobt der „Vorwärts“, seine Propaganda von neuem beginnen zu wollen. Er will in „zielklarer, mühevoller, planmäßiger Aufklärungsarbeit“ machen, sozusagen tausend Heinrich Schulz auf die Arbeiter loslassen. „Bevor nicht diese Arbeit geleistet ist, bevor sich nicht die Masse der Bevölkerung zur sozialistischen Weltanschauung bekennt, kann der Sozialismus weder durch Parlamentsbeschluss noch durch sogenannte revolutionäre Mittel zur Tatsache gemacht werden.“ „Sogenannte revolutionäre Mittel“! An den Klauen erkennt man – den Zentrumsesel, und kratzt man ihn hinter den Ohren, dann erschallt dasselbe I-a, das wir früher von den Scheidemännern schauernd vernahmen. Haben diese nicht auf dem Jenaer Parteitage 1913 in ihrer

¹³ Leider lässt die neue, sonst vortreffliche Zeitschrift „Die freie Jugend“ diese entscheidende Note fast ganz vermissen, so dass die „Internationale Korrespondenz“ Baumeisters beruhigt schreiben konnte, dass das Organ den Kampf gegen die Zentralstelle zu führen nicht beabsichtige. Sie ist daher, als reines Bildungsorgan, vorerst nur eine Wiederholung der Anfänge der „Arbeiterjugend“. Die Zeitschriften der neuen Jugendbewegung dürfen nicht nur Bildungsorgane, sie müssen in erster Linie Kampforgane sein. In dieser Hinsicht ist das Mitteilungsblatt für Hannover, das von vornherein den Kampf gegen die sozialpatriotische Jugendzentrale aufgenommen hat, durchaus auf dem richtigen Wege. Hoffen wir, dass die „Freie Jugend“ sich in ihrer zweiten Nummer ebenfalls zu dieser wichtigsten Aufgabe hinfindet.

Massenstreikresolution erklärt, Massenaktionen seien nur möglich, wenn das ganze Proletariat sozialistisch denken werde? Die Linksradikalen haben damals diese Idee ausgelacht und sie als einen Trick der Opportunisten erkannt. Niemals wird im Kapitalismus das ganze Proletariat sozialistisch denken können. Aus dem sehr einfachen Grunde, weil es den Sozialismus im Kapitalismus nicht erleben kann. Doch wozu noch einmal sagen, was bereits mehr als tausendmal gesagt wurde. Sozialistische Bildung und Weltanschauung kann für das ganze Volk nur Resultat des Sozialismus, niemals aber seine Vorbedingung sein. Und wer den Sozialismus vertagt, bis „die Masse der Bevölkerung eine sozialistische Weltanschauung hat, der ist ein Schulmeister, der das Abc der Geschichte selbst erst lernen muss.

23. September.

In der Chemnitzer „Volksstimme“ wurde kürzlich ein Artikel des Generals Perein aus der „Humanite“ vom 12. August als „interessant zitiert. Es stand darin zu lesen:

„In der französischen Armee war es jedermann bekannt, dass, wenn die Deutschen gegen uns in den Krieg gehen, sie in Belgien einfallen werden. Ihre Bahnbauten und die Eingeständnisse ihrer Militärschriftsteller ließen darüber keinen Zweifel.“

Der Fettdruck, in dem dieser Satz gesetzt ist, stammt nicht von uns her, auch nicht von der „Humanite“, sondern von der patriotischen Chemnitzerin. Aber gehen wir vorerst weiter. General Perein führt aus, dass der Irrtum des französischen Generalstabes nur darin bestand, dass er annahm, die Deutschen würden durch das rechte Ufer der Maas und nicht über Lüttich, Charleroi und Mons marschieren. Dank diesem Irrtum musste der französische Generalstab „schon während des Krieges eine Neugruppierung der Truppen vornehmen, um Nordwestfrankreich zu schützen, was jedoch nur teilweise gelang“. Die Chemnitzer „Volksstimme“ benutzt die Ausführungen des französischen Generals, um noch einmal zu beweisen, dass „die grenzenlos flammende Entrüstung (nämlich über den Bruch der belgischen Neutralität) war und bleibt eine Komödie“, weil doch Perein zugibt, dass die Franzosen damit gerechnet haben.

Als wir das lasen, stellten wir dem Patriotismus des Herrn Ernst Heilmann eine sehr schlechte Note aus. Im Eifer, den Franzosen ihre Heuchelei zu beweisen, nahm er unversehens die Behauptungen Pereins für bewiesen an, dass die deutschen Eisenbahnbauten dem französischen Generalstab die Möglichkeit gaben, mit einem deutschen Marsch durch Belgien schon jahrelang vorher zu rechnen. Der französische General muss gelogen haben; Herr Heilmann durfte sonst den Chemnitzer Arbeitern das Märchen von dem seit langem vorausgesehenen und vorbereiteten Einmarsch der Deutschen in Belgien nicht vorsetzen, ohne dagegen zu protestieren. Das war jedenfalls wichtiger als der Beweis, dass die Franzosen Heuchler sind, was wir schon lange wussten.

Homer soll manchmal geschlafen haben; aber Herr Heilmann darf es nicht. Einmal, weil er kein Homer ist, und zweitens, weil ihm seine verschiedenen Beweise sonst durcheinanderlaufen. Cave consul!

Die verehrlichen Post-Abonnenten werden ersucht, bis zum 1. Oktober ihr Abonnement bei der Post zu erneuern, damit keine Unterbrechung in der Zustellung der Zeitung erfolgt.

Die Expedition.

Feuilleton

Die Schule der Zukunft.

Die Einheitsschule. Ein Vorschlag zu einer den Forderungen der Gegenwart entsprechenden Umgestaltung des gesamten Schulwesens von Leopold Lang. Schulwissenschaftlicher Verlag A. Haase in Leipzig. Preis geh. 1,25 Mk., geb. 1,50 Mk.:

Die vorliegende Schrift ist einer der zahlreichen Beiträge, die während des Krieges aus bürgerlicher Feder zur Frage der Einheitsschule geliefert worden sind. Da das Erfurter Programm der Sozialdemokratie alten Stiles, wie bekannt, auch die Forderung der Einheitsschule enthält, so ist es von mehr als rein pädagogischem Interesse, die bürgerlichen Auffassungen über dieses Schulsystem kennen zu lernen. Das eigenartige Parteigemengel, das sich immer noch Sozialdemokratie benamst, kommt dadurch, dass nun auch bürgerlicherseits eine eifrige Propaganda für die Einheitsschule entfaltet wird, einigermaßen ins Gedränge, zumal eine Reihe bürgerlicher Autoren an Radikalismus der Auffassung den Sozialpatrioten keineswegs nachstehen und so beim besten Willen keinerlei Differenzen zwischen der bürgerlichen und der sozialpatriotischen Auffassung der Einheitsschule mehr zu entdecken sind. Und das umso weniger, als die Sozialpatrioten bekanntlich den einzig gangbaren Weg zur Erreichung dieses Schulzieles, den Klassenkampf, grundsätzlich aufgegeben haben. Die Schrift von Leopold Lang ist wohl geeignet, das Verhältnis der bürgerlichen zur sozialpatriotischen Denkweise an einer auch das Proletariat tief interessierenden Frage darzulegen. Wir widmen ihr daher gern eine eingehendere Besprechung, als unter anderen Umständen angebracht wäre.

Lang *definiert* die Einheitsschule folgendermaßen: „Die Einheitsschule ist demnach eine Schule, die für alle den gleichen Bildungsweg vorschreibt – die Menschen sind nach den Anlagen, die sie ererbt haben, und nach dem Tempo, in dem sie sich entwickeln, so grundverschieden, dass eine Schule mit einem einheitlichen Lehrplane ganz unmöglich ist –, sondern ein einheitlich geordnetes Schulwesen für die gesamte Jugend des Volkes, das *allen* Kindern ohne Unterschied des Standes der Eltern gleich zugänglich ist und das Berechtigungswesen nach der erklommenen Höhe ordnet, nicht aber bevorzugte und minder bevorzugte Anstalten für das gleiche Lebensalter unterscheidet. Bis zur Berufswahl führt die Einheitsschule alle Kinder den gleichen Weg, dann spaltet sie sich und leitet in jedem Fache bis zur höchsten Ausbildung. Die Differenzierung der mittleren und höheren Schulen kann noch vielgestaltiger sein als heute, ja eine höhere Kulturstufe wird dies bestimmt herbeiführen, *aber sie darf nicht auf Standes- oder Besitzprivilegien beruhen. Nur die Befähigung* soll für den Eintritt in die höhere Anstalt entscheiden, denn es sollen die Tüchtigsten und Charaktervollsten emporkommen. Eine solche Differenzierung ist nur in einer einheitlich geordneten allgemeinen öffentlichen Schule möglich und umfassend für alle Schüler durchzuführen.“

Begründet wird die Forderung der Einheitsschule durch „das gleiche Bildungsrecht aller Angehörigen des Volkes“. Aber nicht nur das: ebenso gewichtig sprechen ökonomische und soziale Gründe für ihre Einführung. Ökonomische, da die modernen Produktions- und Austauschverhältnisse die höchste Energieleistung jedes Einzelnen erfordern. Soziale, damit der „klaglose Verlauf und die fortschrittliche Entwicklung unseres gesellschaftlichen Lebens“ gesichert wird. Die *erzieherische Tätigkeit* der Einheitsschule soll individuell und sozial zugleich sein. Das Individuum soll sich im Dienste der Allgemeinheit entwickeln. Das Interesse des Ganzen steht über dem Interesse des Einzelnen; aber erst das Bewusstsein der Pflichten des Einzelnen gegenüber der Gesamtheit führt auch zur höchsten Entfaltung der Persönlichkeit. Der Individualismus der modernen Schulreformer, der alles nur von den Bedürfnissen des einzelnen Kindes abhängig machen will, führt in seiner letzten Konsequenz zum

pädagogischen Nihilismus. Die *äußere Gliederung* der Einheitsschule sieht so aus: den Unterbau bildet die Volksschule. Sie hat „die Aufgabe, der Jugend jenes unerlässliche Mindestmaß von volkstümlicher allgemeiner Bildung zu vermitteln, das die Gesamtheit von jedem ihrer Glieder zur Sicherung des sozialen Lebens fordern muss“. Sie umfasst vier oder fünf Schuljahre. Die zweite Stufe bildet die Bürgerschule; sie ist der „Schuloberbau innerhalb der Schulpflichtigkeit und umfasse vier aufsteigende Jahrgänge“. Auf der höheren Stufe der Bürgerschule werden „von selbst Arbeitsgemeinschaften erstehen, die ein elementares Bild von der großen Arbeitsgemeinschaft des Kulturvolkes bieten und die beste Vorbereitung für die bevorstehende Berufswahl sowie der beste Boden für das Kennen der Berufspflicht sind.“

Die nächste Stufe bildet die Mittelschule, die wieder vier Stufen umfasst. Jetzt ist die Berufswahl. Sie spaltet sich in zwei Teile; je nachdem die Schüler geistig oder praktisch tätig sind. „Darum werden wir einerseits Schulen brauchen für die gelehrten Berufe, Schulen für die höheren technischen Berufe und für das Militär, Schulen für Künstler und Schulen für solche, die nach leitenden Stellen in der Landwirtschaft, im Gewerbe und im Handel streben, also Gymnasien, Realschulen, Lehrerbildungsanstalten, militärische Mittelschulen, Kunstgewerbeschulen, Handelsschulen usw. Die fortschreitende Kulturentwicklung wird vielleicht eine noch weitergehende Differenzierung der Schule nach der Berufswahl notwendig machen.“ „Für jene Kinder nun, die sich nach Vollendung der Schulpflicht sofort oder nach dem Versuche, in einer Mittelschule Aufnahme zu finden, der Landwirtschaft, dem Handwerke oder dem Handel widmen, muss die *Fortbildungsschule* bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres verpflichtend sein.“ Die Absolventen der Fortbildungsschule würden das große Heer für die niederen Stellen in allen Berufszweigen bilden, von den Absolventen der Mittelschule träte ebenfalls der größere Teil ins berufliche Leben ein, um dort die mittleren Stellen zu besetzen, die tüchtigsten von ihnen aber wären dazu berufen, in die Hochschule überzutreten. Sie würden dort zu den führenden Köpfen herangebildet, die die höchsten leitenden Stellen im sozialen Organismus zu versehen hätten.“

Die Hochschule ist nun das letzte Glied der Einheitsschule. Sie gliedert sich in die Universität, die Hochschulen für Technik, Bodenkultur, die Handelshochschule, die Militärakademie und die verschiedenen Kunsthochschulen.

Dies, nach Lang, der äußere Aufbau der Einheitsschule. Allein bedeutungsvoller noch als diese äußere Einheit des Schulwesens ist seine innere Einheit, der erzieherische Grundgedanke, der sich durch das Ganze zieht, der Geist, der das gesamte Schulwesen durchdringt. Die Einheitsschule „muss dafür sorgen, dass unsere gesamte Bildung von einem Elemente völlig durchtränkt werde: vom völkischen Bewusstsein“.

„Darum muss neben der deutschen Sprache die deutsche Volkskunde und ihr wesentlicher Bestandteil, die deutsche Geschichte, in unserer Schule einen hervorragenden Einfluss gewinnen.“ „Die Pflege der deutschen Sprache und Geschichte bildet den Geist der völkischen Solidarität ... Ihn in die Herzen unserer Jugend zu pflanzen, ist das Wichtigste in der Frage der Wehrhaftmachung unserer Jugend.“ „Unsere Schule muss in erster Linie die Fortpflanzungsstätte der deutschen Gesellschaft sein, *die Einheitsschule muss national sein.*“ Lang verspricht sich von der Einheitsschule eine hervorragende Wirkung gegen das Überhandnehmen der Klassengegensätze und des daraus entspringenden Klassenhasses. Er ist sich freilich auch bewusst, dass sie „den Klassengegensatz, den die gegenwärtige Organisation unseres Schulwesens geradezu züchtet und verschärft,“ niemals wird bannen können. „Das Bestehen der Klassen gründet sich auf die geistige Ungleichheit (!) und auf das biologische Gesetz (!) der Arbeitsteilung, und darum wird es immer und in jedem Volke auch eine wirtschaftliche Ungleichheit und eine Unter- und Überordnung geben wie in jedem lebenden Organismus.“

Das wären im Ganzen die Gedanken Langs über die Einheitsschule. Sie wären noch zum Abschluss zu bringen durch die flüchtig auftauchende Einsicht, dass diese Schulreform von einer anderen Reform werde begleitet sein müssen: von der Sicherung des Familienlebens, „von solchen Maßregeln, die die Familie davor bewahren, dass ihre Mutter in die Fabrik entführt wird.“

Was die Gedanken über die Einheitsschule selbst anbetrifft, so gehen sie insofern über das gewöhnliche bürgerliche Maß hinaus, als Lang nicht nur einigen wenigen Befähigten die Möglichkeit einer besseren Bildung eröffnet wissen will – diesen beschränkten Gedanken der Auslese der Tüchtigsten verfocht bekanntlich Heinrich Schulz in seinem im Jahre 1911 erschienenen Buche „Die Schulreform der Sozialdemokratie“; in seinen späteren schulpolitischen Schriften tritt er dann immer bestimmter auf – sondern die konsequente Einheitsschule fordert. Nun ist es, auch nach Lang, einigermaßen belanglos, welche äußere Form die Einheitsschule erhält; immerhin lässt der Plan Langs erkennen, dass die Einheitsschule sich ganz an das gegenwärtige Schulsystem anlehnt, dass sie also keineswegs ein revolutionäres Schulprinzip ist; ferner, dass es auch Lang nicht gelingt, die ungeheure Masse der für den Produktionsprozess unentbehrlichen ungelernten Arbeiter in der Einheitsschule unterzubringen; ferner, dass die Einheitsschule, da sie die Klassengegensätze nicht aufheben kann, schließlich doch auf die Züchtung von „leitenden Köpfen“ im Produktions- und Verwaltungswesen hinarbeitet; endlich, dass sie als „nationale“ Einheitsschule auch in ihrer äußeren Form den Verhältnissen des Klassenstaates entsprechen muss. Entscheidend aber ist, dass die von der Bourgeoisie und den Sozialpatrioten angestrebte Einheitsschule letzten Endes der körperlichen und geistigen Ertüchtigung des „deutschen Volkes“, seiner inneren und äußeren Wehrhaftmachung dienen soll. In dem bekannten Buch der Zwanzig entwickelt Heinrich Schulz das ganze Schulprogramm der Sozialdemokratie von diesem Gesichtspunkt der nationalen Wehrhaftmachung. Der General v. Bernhardt könnte es nicht besser und überzeugender entwickeln, und es ist ganz natürlich, wenn Lang in einem Anhang seines Buches unter den Zeugnissen eines Julius Ziehen, einer Gertrud Bäumer, eines Wolgast' Oncken, E. Francke und Kuckhoff auch Heinrich Schulz als Zeugen aufführt: „Natürlich wird es und muss es in alle Zukunft hinein verschiedene Schularten geben, die einander über- und untergeordnet sind. Je entwickelter ein Volk wird, je mehr seine kulturellen Ansprüche steigen, je mehr es diesen Ansprüchen durch kluge Vorbereitung und Schulung des Nachwuchses gerecht werden will, um so vielgestaltiger und gegliederter wird es sein Schulwesen einrichten. ... Es ist gar nicht abzumessen, welcher ungeheure Schaden dem deutschen Volke dadurch erwächst, dass die heutige Schule nur einen bescheidenen Bruchteil der im Volke vorhandenen Kräfte und Fähigkeiten aufsprießen lässt und zur Reife bringt.“ Dieselben Besorgnisse hat Lang auch, und darum fordert er die Einheitsschule: „Wir wissen, dass wir nach dem Kriege auf die sorgfältigste Ausnutzung aller im Volke vorhandenen Anlagen und Kräfte angewiesen sein werden, und darum fordern wir die Einheitsschule, ein Schulsystem, das jeder Begabung die ihr entsprechende Ausbildung sichert.“

So läuft die Frage der Einheitsschule jetzt auf die Tatsache hinaus, dass die Einheitsschule dasjenige Schulsystem ist, das den Bestand des Klassenstaates, der bürgerlichen Gesellschaft und des Kapitalismus am wirksamsten sichert? Dass sie ein Mittel zur Niederhaltung der Arbeiterklasse ist? Es ist klar, dass diese Zuspitzung des Problems eine besondere Behandlung erfordert. Es in dieser Schärfe zunächst einmal zu stellen, war unsere Absicht bei der Besprechung des vorliegenden Buches.

G. Dt.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Lüth); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 15/1916

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

1. Jahrg.

Bremen, den 30. September 1916.

Nr. 15

Redaktion und Expedition: Waller Heerstraße Nr. 52. (Eing. Torweg).

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

Im Zeichen der Ohnmacht.

Man könnte von einer Komödie sprechen, wenn inmitten der Tragik des Weltkrieges die Zeit zu Komödien wäre. So ist die verflossene Reichskonferenz nichts weiter als ein neuer Beweis für die totale Unfähigkeit der Sozialdemokratie zu irgendwelchen Taten. Selbst die Sozialpatrioten wagten keinen entscheidenden Schritt, obgleich es ihnen bislang doch gewiss nicht an Mut in der Verfolgung ihrer Ziele gemangelt hat.

Man betonte, dass die Konferenz keine bindenden Beschlüsse fassen solle, die über die Befugnisse der Parteitage hinausgingen. Es ist nicht klar ersichtlich, ob die sozialpatriotischen Instanzen ihres Erfolges nicht von vornherein ganz sicher waren, dass sie vor den Konsequenzen ihrer politischen Haltung zurückschreckten, oder ob sie am Ende aus wohlüberlegter Schonung der imperialistischen Interessen auf entscheidende Taten verzichteten. Denn nichts kann den Interessen des Imperialismus so sehr zuwiderlaufen, als die Abdankung der sozialpatriotischen Instanzen von der Führung der Gesamtpartei; weshalb denn auch die Einheit der Partei nur eine Formel ist, unter der die Instanzen ihr bourgeoisfreundliches Treiben fortsetzen können. Diese Einheit wäre aber in dem Augenblicke vor die Hunde gegangen, wenn die sozialpatriotische Mehrheit sich zur Forderung des Ausschlusses der Linksradiكالen hätte hinreißen lassen. So vermied sie sogar, ihre Absicht auch nur entfernt zu bekunden, ja, Ebert konstatierte am Schlusse der Tagung, dass die Gegensätze ja in Wirklichkeit gar nicht so groß seien, dass die Einheit nicht in vollem Umfange wiederhergestellt werden könnte.

So redeten die Sozialpatrioten auf der Konferenz, um das Wrack der Partei noch durch die tobenden Stürme hindurch in den Hafen der imperialistischen Politik zu bringen. In der sozialpatriotischen Presse klingt es hinterher anders, und da kommt die Meinung der Instanzen unverhüllt zum Ausdruck. Gleich am Tage nach der Konferenz schrieb die „Chemnitzer Volksstimme“, die Konferenz habe den Spaltungsprozess der Partei nicht aufhalten können und nach wie vor sei ein Zusammenarbeiten und ein organisatorisches Zusammensein mit den Linksradiكالen nicht möglich. Aber auf der Konferenz selbst wagte man diesen Schritt nicht und schreckte so vor den eigenen Konsequenzen zurück. Unfähig zur Tat gegen die Linksradiكالen begnügten sich die Instanzen mit dem „moralischen“ Eindruck, den die Zustimmung der Mehrheit zu ihrer Politik bei den Arbeitern und sonstwo erwecken sollte. Allein

mit diesem moralischen Eindruck ist es nicht weit her. Kein mit fünf halbwegs gesunden Sinnen begabter Mensch wird sich durch die Verrenkungen imponieren lassen, durch die die Instanzen erst die Mehrheit erlangen konnten.

Bei aller Diplomatie waren die Instanzen doch nicht diplomatisch genug, um ihrem Verfahren den Anstrich eines höheren politischen Geniestreichs geben zu können, geschweige es dazu zu machen. So werden weder die Arbeiter auf diesen Mehrheitsbeschluss etwas geben, noch wird die Bourgeoisie und ihre politische Sachwalterin sonderlich mit ihm zufrieden sein. Die Sozialpatrioten verzichteten auf die Tat; ihre Worte wird niemand, ausgenommen vielleicht sie selbst, ernst nehmen.

Waren schon die Instanzen nicht imstande, den Ausschluss der Linken vorzubereiten, so war von dem Zentrum der Partei noch weniger zu erwarten. Zwar rückte der Sprecher der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, Haase, von der Auffassung der Mehrheit in wesentlichen Punkten ab; aber sein Vorstandskollege, Ledebour, sprang sofort in die Bresche, nicht, um den Angriff gegen die Sozialpatrioten fortzusetzen und zu verschärfen, sondern um die Versöhnung wieder anzubahnen, sodass die Mehrheitspresse schreiben kann, dass in der entscheidenden Frage der Vaterlandsverteidigung, zu der sich Ledebour nach wie vor bejahend bekennt, während Haase seinen Standpunkt modifiziert hat, zwischen Mehrheit und Minderheit, die entschiedene Linke ausgenommen, keine Differenzen bestehe. So irreführend das nun auch sein mag, es bleibt im Wesentlichen doch zurecht bestehen, solange die Arbeitsgemeinschaft nicht eine geschlossene klare Stellungnahme zu dieser Frage formuliert, was angesichts der Tatsache, dass innerhalb der neuen Fraktion die verschiedensten Auffassungen einträchtig trostlos nebeneinander bestehen, kaum jemals zu erwarten ist.

Das Parteizentrum vermochte trotz der Rede Haases die Mehrheit der Sozialpatrioten nicht zu entschlossenem reaktionärem Handeln anzutreiben. Es fehlte ihm die Möglichkeit, die Abgrenzung gegen die Rechte mit solcher Schärfe vorzunehmen, dass den Sozialpatrioten nur das Entweder – Oder übrigblieb. Es begnügte sich mit der Begründung seines Standpunktes; als dann aber die Abstimmung über die vorliegenden Resolutionen von der Minderheit bekämpft wurde, verzichtete das Zentrum der Partei auf jede programmatische Festlegung. So kam es denn nur zu einem Wortgefecht, bei dem es weder Tote noch Verwundete gab.

Die Linke war auf der Konferenz, wie vorauszusehen war, mit nur wenigen Stimmen vertreten. Da keinerlei Vorbereitungen getroffen waren, so bestand auch innerhalb der kleinen Gruppe nicht einmal völlige Einigkeit. Allein auf nebensächliche Dinge braucht dabei noch nicht einmal Gewicht gelegt zu werden. Weit bedenklicher ist, dass die Sprecherin der Gruppe „Internationale“, Käthe Duncker, sich zu der taktischen Formel bekannte, dass die Opposition zwar getrennt marschieren, aber vereint schlagen wolle. Wenn diese Formel die taktische Stellung der Gruppe Internationale gegenüber dem Parteizentrum ist, so ist sie in höchstem Maße geeignet, Verwirrung in dem eben erst unter größter Mühe begonnenen Klärungsprozess zwischen Linksradikalismus und Parteizentrum zu bringen. Wir nehmen einstweilen an, dass es sich nur um eine persönliche Meinung der Genossin Duncker handelt. Die Gruppe wird aber gut daran tun, zur Vermeidung von Missverständnissen und um den Linksradikalen ihren ohnehin schwierigen Kampf nicht noch mehr zu erschweren, eine klipp und klare Stellungnahme in dieser Frage zu bekunden. Den Sammlungsagenten der Arbeitsgemeinschaft ist bis dahin ein wichtiges Propagandamittel mehr in die Hand gegeben.

So waren die Auseinandersetzungen auf der Konferenz ein einziger Beweis für die Ohnmacht der Sozialdemokratie, und daraus mögen ihre Klassengegner immer noch Trost schöpfen, wenn ihre Hoffnung auf einen glänzenden Sieg der Mehrheit auch getäuscht worden ist.

Staat, Nation, Imperialismus und Sozialdemokratie.

Im Zeitalter des Imperialismus.

Die imperialistischen Aufgaben des Staates.

Die Sozialimperialisten weisen darauf hin, dass der imperialistische Staat dabei ist, über die bisherigen Grenzen hinauszuwachsen. Seine wirtschaftlichen Kräfte sprengen die bisherigen staatlichen Grenzen. Die wachsende Produktion sucht gesicherte Absatzmärkte, Rohstoffquellen, und so erfolgt ein *Zusammenschluss zu großen Imperien*. Neben dem englischen, russischen, französischen ist das mitteleuropäische im Entstehen begriffen. Sie stellen einen großen wirtschaftlichen und politischen Fortschritt dar: Produktion auf großer Stufe, die Niederreißung der Grenzen auf großen Gebieten. Und die Kolonialpolitik dieser Kolosse bedeutet die Verbreitung der kapitalistischen Produktionsweise über die ganze Welt. Diesem historischen Prozess sich zu widersetzen, wäre kindisch. Ebenso wie die Organisation der Produktion durch die Kartelle und Trusts die Vorbedingung für den Sozialismus innerhalb der kapitalistischen Staaten war, so bereitet sie ihre imperialistische Expansion in der ganzen Welt vor. Nur nachdem der Kapitalismus siegend die ganze Weltkugel durchheilt haben wird, wird die Zeit des Sozialismus gekommen sein. Aber nicht nur deswegen darf sich das Proletariat den imperialistischen Zusammenschlüssen, den Annexionen und der Kolonialpolitik nicht widersetzen. Bevor die Stunde des Sozialismus geschlagen hat, wird von dem Gedeihen jeder dieser imperialistischen Staaten das Wohl und Wehe des Proletariats abhängen: das Stocken des Absatzes, das Ausbleiben der Rohstoffzufuhren, bedeutet Arbeitslosigkeit, Notwendigkeit der Auswanderung, und somit Niedergang der Arbeiterbewegung des betreffenden Landes.

Wie der Ruf: Deutschland, das Land der Organisation!, den die Lensch ausstoßen, nur eine Wiederholung desselben Rufes bürgerlicher Imperialisten ist – man lese nur Naumanns: „Mitteleuropa“ und Plenges: „1789 und 1914“ – so sind auch diese ungeheuerlich neuen Entdeckungen der Cunow, Renner und Lensch, deretwegen sie nicht nur von der Mitwelt der Haenisch, Grunwald, Cohen, Heilmann, sondern von sich selbst als große Köpfe gefeiert werden, Gedanke für Gedanke ganz gedankenlos von den Naumann, Rohrbach, Jaeckh abgeschrieben. Diese Feststellung enthebt natürlich nicht der Pflicht, die Unrichtigkeit ihrer Gedankengänge zu beweisen

Es unterliegt keinem Zweifel, dass die Grenzen der kapitalistischen Staaten ebenso zu eng wurden für die Entwicklung der Produktivkräfte wie der Kapitalismus selbst. Aber wie der Kapitalismus durch Kartelle und Trusts den Krisen nicht entgehen kann, so kann er ihnen auch durch die imperialistische Expansion nicht entgehen. Die Erweiterung des Marktes wird immer durch das Wachstum der Produktion überflügelt, eine Folge der Unreguliertheit der Produktion. Die Idee eines kapitalistischen Welttrustes, der nicht nur jeden einzelnen Produktionszweig beherrscht, sondern auch die Produktionskräfte nach den Bedürfnissen der Menschheit verteilt, ist vollkommen utopisch. Ihre Voraussetzung bildet die Konzentration des Weltkapitals in ein paar Händen; denn solange dies nicht der Fall wäre, würde jeder neue technische Fortschritt die außerhalb der einzelnen Kartell stehenden Kapitalisten zur Errichtung von Konkurrenzwerken reizen. Einen Zustand aber, in dem das Weltkapital sich nur in ein paar Händen befinden würde, also die Weltproduktion vollkommen konzentriert wäre und der Kapitalismus noch herrschen würde, einen Zustand also, in dem ein paar Kapitalisten die ganze riesengroße Aufgabe des Sozialismus erledigt haben, wagen selbst die pessimistischen Sozialisten nicht anzunehmen.

Worin besteht also die Aufgabe der Imperien? Sie können die Produktion in dem Maßstabe des Weltmarkts nicht organisieren. Umgekehrt, suchen sie sie nur in den eigenen Staatsgrenzen zu organisieren, um den Bewohnern des Imperiums höhere Monopolpreise diktieren zu können, obwohl die Vergrößerung des inneren Marktes erlauben müsste, die Preise zu ermäßigen. Aber die Monopole erstreben eben die Ermäßigung der Produktionskosten und die Erhöhung der Preise auf dem vergrößerten inneren Markt, um desto erfolgreicher, weil zu ermäßigten Preisen, auf dem Weltmarkt zu konkurrieren. Das sagt gleichzeitig, dass es eine Lüge ist, wenn man von der Aufrichtung der Imperien die Sicherung des Absatzes erhofft. Kein noch so großes Imperium wird sich als Absatzgebiet genügen. Besteht es aus kapitalistisch entwickelten Ländern und Eingeborenenkolonien, nun, dann muss es damit rechnen, dass sich angesichts der Zurückgebliebenheit der Eingeborenen und ihrer großen Ausbeutung ihre Konsumkraft sehr langsam entwickelt. Besteht es aus kapitalistischen Industrie- und kapitalistischen Agrarländern (wie die englischen Selbstverwaltungskolonien Kanada, Südafrika, Australien und Neuseeland), so muss es damit rechnen, dass jedes dieser Länder selbst zur Industrie übergeht.

Aber nicht nur den Absatz, den Bezug von Rohstoffen kann kein Imperium sichern, wenn es nicht die halbe Welt umfasst, was auf die Länge hin unmöglich ist. Denn die Bedürfnisse jedes großen Industrielandes sind so groß und mannigfaltig, dass sie nur durch die ganze Welt gedeckt werden können. Und die Rohstoffländer sind dank der geographischen und klimatischen Bedingungen ihrer Produktion gewöhnlich an gewisse Spezialkulturen gebunden: für die kann wieder auch das große Imperium allein kein genügendes Absatzgebiet bilden. Während England seine Baumwolle trotz des Besitzes von Indien und Ägypten größtenteils aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika bezieht, braucht Australien für seine Wolle auch Deutschland als Absatzmarkt. Die Weltwirtschaft bildet ein unzerreißbares Ganzes. Nur ihre Organisation würde einen historischen Fortschritt bedeuten. Der Imperialismus vollzieht ihn nicht, er kann es nicht, weil konkurrierende kapitalistische Gruppen seine Grundlage bilden, die nur möglichst große Stücke aus dem weltwirtschaftlichen Zusammenhänge zu reißen suchen.

Die auf diese Weise gebildeten Imperien bilden keineswegs irgendetwas Neues vom Standpunkt der Produktionsweise, sie bilden nur eine verschiedene Einteilung der bereits bestehenden Produktionskräfte. Es gibt keinen Grund, dank dem man annehmen müsste, dass sie eine historisch notwendige Übergangsstufe zum Sozialismus sind, für den in West- und Mitteleuropa, in Nordamerika die wirtschaftlichen Bedingungen auch ohne die weitere imperialistische Entwicklung reif sind.

Aber die Kolonialpolitik, die Entwicklung des Kapitalismus in den Kolonien, ist das kein wirtschaftlicher Fortschritt? Jawohl: der europäische Kapitalismus kann noch dazu beitragen, in den unentwickelten Ländern die Produktivkräfte zu entwickeln. Er kann es aber nur durch die kapitalistischen Methoden der Arbeit, die wir hier nicht zu schildern brauchen. Das Proletariat könnte diese Politik nicht unterstützen, selbst wenn die Zeit des Kapitalismus noch nicht abgelaufen wäre, weil es seine Hand nicht zur Vergrößerung der Proletariermassen bieten kann. Ethische Floskeln! erklärt Herr Lensch. Aber wenn das Proletariat Europas sich z. B. nicht zur Sklavenhalterei bekennen würde, so würde es dadurch doch nur seine heutigen und morgigen Interessen wahren. Denn es würde sich von selbst verstehen, dass die Sklaverei in den Kolonien nur auf Kosten des Proletariats stattfinden würde, und es würde sich dadurch Arbeitskonkurrenten schaffen, die unter der Peitsche zu arbeiten gewohnt wären und seine Lebenslage herabdrücken würden, sobald sie, was gar nicht ausbleiben könnte, auf dem europäischen Arbeitsmarkte erscheinen würden. Und würde das Proletariat heute helfen, die afrikanischen und asiatischen Hirten und Bauern zu Sklaven zu machen, wie sollte es dann später versuchen können, sie zu organisieren, um ihren Druck auf die eigene Lebenshaltung zu

verringern? Selbst wenn der Kapitalismus die einzige jetzt mögliche Entwicklungsform der Produktivkräfte wäre, das Proletariat könnte die Kolonialpolitik dennoch nicht unterstützen. Seine Aufgabe würde sich natürlich nicht in platonischen Erklärungen gegen die Kolonialpolitik ausdrücken. Es musste mit voller Energie für die Interessen seiner zukünftigen Kampfgenossen eintreten.

Die Pflicht der Bekämpfung der Kolonialpolitik ist umso größer, weil in Europa die Bedingungen für den Übergang zum Sozialismus bereits reif sind. Das Interesse des Proletariats an der kolonialen Produktion, die der sozialistischen Wirtschaft Europas wie Amerikas manches bieten können wird, was sie selbst zu produzieren aus klimatischen Gründen außerstande wäre, wird es nicht zur Konquistadorenpolitik anregen, sondern zu wirklicher Kulturhilfe an die unentwickelten Völker, die ohne Peitsche und Alkohol in den europäischen Kulturkreis eintreten würde.

Der Behauptung der Sozialimperialisten, dass die unentwickelten Völker durch den Kapitalismus hindurchmüssen, bevor sie zum Sozialismus gelangen können, ja, bevor die europäischen Völker den Kapitalismus niederringen können, widerspricht die ganze Weltgeschichte. Immer existierten nebeneinander Kulturkreise von verschiedener Stufe und niemals musste jedes Volk alle Stufen durchheilen, die andere durchheilt haben. Der Kapitalismus existiert in Europa, obwohl es noch in Afrika Völker gibt, die sich auf der Stufe der Entwicklung der alten Germanen befinden und er sucht ihnen die moderne kapitalistische Produktionsweise aufzupropfen, ohne zu fragen, ob sie die Zeit des Zunfthandwerks usw. durchgemacht haben.

Die imperialistischen Ziele, die sich die kapitalistischen Staaten in Europa, wie in den unentwickelten Ländern stellten – die Bildung imperialistischer Großstaaten, die Entwicklung des kolonialen Kapitalismus –, sie sind keine Vorbedingungen für den Sieg des Sozialismus, wie es die Sozialimperialisten behaupten. Umgekehrt, sie sind Mittel, zu denen das Kapital greift, um den Widersprüchen seiner Wirtschaftsweise zu entgehen, sein Leben zu verlängern. Sie können deswegen keine Ursache sein für die Unterstützung des Imperialismus durch das Proletariat.

Wissenschaftlicher Sozialismus.

Der „Arbeiterpolitik“ ist von ihren Gründern der Untertitel beigegeben worden: Wochenschrift für *wissenschaftlichen Sozialismus*. Sie ist dadurch zu einem Zeichen geworden, dem widersprochen wird. Ihr Freunde und Anhänger, deren Zahl erfreulicherweise in stetem Steigen begriffen ist, haben hier und da das Bedenken geäußert, dass die Arbeiterbewegung von allem Anfang an ja unter der Fahne des wissenschaftlichen Sozialismus ihren Weg gegangen sei, ohne dass durch alle noch so strenge Wissenschaftlichkeit, deren sich insbesondere die deutsche Sozialdemokratie gerühmt hat, und um derentwillen sie von den übrigen Parteien der Internationale beneidet wurde, der Zusammenbruch gerade der deutschen Arbeiterbewegung verhindert worden sei. Es sei also im Grunde nur eine Wiederholung, und besser als aller „wissenschaftlicher Sozialismus“ sei die Belehrung der Arbeiterklasse durch das eigene Erlebnis. Ja, das Extrem dieser Auffassung gipfelt in der These: Fort mit aller wissenschaftlichen Belehrung, da sie der Entwicklung der neuen Bewegung, des Auftretens der Arbeiterklasse selbst, nur neue Hindernisse in den Weg legt. Auf der andern Seite werden durch ihre Gegner der „Arbeiterpolitik“ und ihrem Geiste alle wissenschaftlichen Grundlagen rundweg abgesprochen. Selbst die dem Linksradikalismus am nächsten stehenden Teile des Parteizentrums kennzeichnen, wenn sie die „Arbeiterpolitik“ überhaupt erwähnen, ihren Geist durch die ironische Anwendung von Gänsefüßchen als unwissenschaftlich. Es erscheint also wohl angebracht, über den wissenschaftlichen Sozialismus erneut einige orientierende Bemerkungen zu

veröffentlichen, zumal sich heute, ganz ähnlich den Verhältnissen jener Zeit, da die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus im „Kommunistischen Manifest“ sein erstes und bleibendes Denkmal errichteten, allerhand Auffassungen mit großer Wichtigtuerei als die allein richtigen im Geiste des wissenschaftlichen Sozialismus aufgetan und so eine endlose Verwirrung in die Köpfe der Arbeiter getragen haben. Die Cunow und Lensch, die Winnig und Schulz beanspruchen ebenso die allein wahren Vertreter des wissenschaftlichen Sozialismus zu sein, wie die Schippel, David und Kolb. Es leuchtet aber selbst bei oberflächlichster Betrachtung ein, dass, wenn man sich zum wissenschaftlichen Sozialismus bekennen will, man allerdings wählen und sich entscheiden muss: man kann nicht Anhänger von Kolb, Lensch, Kautsky und Radek zugleich sein, oder, was dasselbe ist: man kann nicht Sozialpatriot, Sozialimperialist, Sozialpazifist und Linksradikaler in einer Person sein. Und zwar geht die Grenzscheide ziemlich haarscharf zwischen die drei ersten Kategorien und die letzte hindurch, wenn die äußersten Punkte der Gegensätze auch Sozialimperialismus und Linksradikalismus heißen.

Der wissenschaftliche Sozialismus ist die Philosophie des Proletariats; aber nicht des Proletariats schlechthin, sondern des seiner Klassenlage bewussten und von der Notwendigkeit des Klassenkampfes in der Richtung auf den Sozialismus überzeugten Proletariats. Diesem Proletariat gibt der wissenschaftliche Sozialismus die theoretische Grundlage und den Wegweiser für seinen Kampf ab. Und da dieser Kampf nicht ein zufälliger, von Zeit zu Zeit unterbrochener Zustand der Arbeiterklasse, sondern ein ununterbrochener Prozess ist, in dem sie sich befindet und ständig weiterentwickelt, da dieser Kampf also die Lebensgrundlage der Arbeiterklasse überhaupt bildet, so ist der wissenschaftliche Sozialismus mehr als eine bloße Theorie, er ist die Lebens- und Weltanschauung der modernen Arbeiterschaft, er ist eben ihre Philosophie. Aber er unterscheidet sich von der klassischen Philosophie des Bürgertums nicht allein durch seine ökonomisch-materialistische Grundlage, nicht allein durch seine dialektische Auffassung des Gesellschaftsprozesses in Vergangenheit und Gegenwart, sondern vor allem dadurch, dass er sich nicht damit begnügt, die gesellschaftliche Welt zu erklären, dass er vielmehr das gesamte Beweis- und Aktionsmaterial für die Notwendigkeit ihrer Veränderung liefert. Er ist die Aktionsphilosophie des kämpfenden Proletariats. Jedes bloße Erklären läuft auf Passivität hinaus. Alles verstehen, heißt alles verzeihen. Für den wissenschaftlichen Sozialismus ist das Verständnis der Gegenwart nur erst der Ausgangspunkt für den wichtigsten Teil seines Wesens: die Veränderung des Bestehenden.

Nun ist auch die klassische Philosophie auf dem besten Wege, neuerdings durch eine höhere Auffassung des Bürgertums, durch die Energetik, verdrängt zu werden, wenn dieser Prozess auch noch durchaus in seinen Anfängen steckt. Die Energetik unterscheidet sich von der klassischen Philosophie im Wesentlichen eben auch darin, dass sie, unter der Einwirkung des Entwicklungsgedankens, nicht nach irgendeinem absoluten Prinzip, sondern nach den bewegenden Kräften sucht. Sie glaubt sie gefunden zu haben auf naturwissenschaftlichem Gebiete, in der Energie und ihren Transformationen. In der Energetik stellt sich der zur Zeit höchste Stand der bürgerlichen Denkweise dar. Sie ist durchaus und in ausschließlichem Sinne eine Philosophie der Tat, und sie hat ganz folgerichtig ihr höchstes ethisches Gesetz in dem energetischen Imperativ gefunden: Vergeude keine Kraft, verwerte sie! Sie geht, wie alle Wissenschaft, von dem Grundsatz aus, die Welt der Erscheinungen in Vergangenheit und Gegenwart zu erforschen, um aus dem Ergebnis der Forschung die Richtlinien für die Gestaltung der Zukunft zu finden. Sie ist so, wie jede Wissenschaft, die unlösbare Verschmelzung von Theorie und Praxis, von Wissen und Handeln. Die Energetik ist nicht nur ein auf naturwissenschaftlicher Basis unternommener Versuch, das Leben in allen seinen Äußerungen und Formen einheitlich zu begreifen, sondern es ebenso auch einheitlich zu gestalten. So nimmt der energetische Monismus zu allen Fragen der Gesellschaft Stellung, aber immer zu dem ausgesprochenen Zwecke, die Gesellschaft nach dem Prinzip der Energie so rationell wie nur möglich

umzuformen, um so auch im Leben des Einzelnen die Auslösung der in ihm ruhenden Energien möglichst zu steigern. Das bloße Wissen genügt nicht; es muss erst in Energie, in Tat umgesetzt werden, wenn es gesellschaftliche Bedeutung erlangen soll.

Dieser Stand der bürgerlichen Denkweise entspricht völlig der Kraftentwicklung, die der Imperialismus auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens erfordert. Die Energetik ist die Philosophie des Imperialismus. Ihr gegenüber kann es als gleichwertigen Faktor, als Philosophie der Tat, nur den wissenschaftlichen Sozialismus geben.

Wenn nun die Sozialimperialisten den Anspruch erheben, dass sie die wahren Vertreter des wissenschaftlichen Sozialismus sind, so übersehen sie dabei oder erkennen es nicht, dass ihre Auffassung, der der Wille zur Tat allerdings auch eigen ist, ganz in die bürgerliche Auffassung von der Notwendigkeit und daher auch von der Unterstützung des Imperialismus zu seiner höchsten Steigerung einmündet. Die praktische Politik der Sozialimperialisten, ihre Zustimmung zur Kolonialpolitik, zu den Rüstungen, zum Kriege, ihre Rechtfertigung indirekter Steuern unter dem Hinweis, dass durch die übermäßige Steigerung der direkten Steuern der Produktionsprozess gefährdet, wenn nicht gehemmt oder untergraben wird: das alles redet zu überzeugend, als dass man das bürgerliche Wesen des Sozialimperialismus jetzt, nach mehr als zweijähriger Kriegezeit, noch besonders zu erläutern brauchte. Und die Sozialpazifisten? Sie haben die Phraseologie des wissenschaftlichen Sozialismus beibehalten; aber ihnen fehlt gerade der Wille zur Tat. Sie wollen durch Verständigung erreichen, was nur durch Kampf ausgetragen werden kann. Kautsky hat in seinem Sammelbuch über den politischen Massenstreik die Formel dafür gefunden, dass der wissenschaftliche Sozialismus allemal da seine Kraft zu bewähren habe, wo es gelte, die Tat zu verhindern. Im Sinne des Sozialpazifismus, des Parteizentrums, soll die Wissenschaft das Handeln gerade überflüssig machen; ja, ist das Handeln gar der Feind der Wissenschaft. Der Linksradikalismus vereinigt das Rüstzeug des wissenschaftlichen Sozialismus mit der Tat. Analog dem entwickeltsten Standpunkt des Bürgertums, analog der Energetik als der Philosophie des Imperialismus, entwickelt er den Marxismus zur gegenwärtig höchsten Erkenntnis des klassenbewussten Proletariats, um aus dem wirklichen Kampf dieser Gegensätze die höhere gesellschaftliche Einheit, den Sozialismus zu entwickeln. Im Linksradikalismus verwirklicht sich zum ersten Mal die Weltanschauung des Sozialismus. Alle die heroischen Kämpfe des modernen Proletariats, von den Anfängen der Chartisten bis über die russischen Riesenstreiks hinaus, finden die nächste Stufe ihrer Steigerung im bewussten Sinne des Sozialismus durch den Linksradikalismus verwirklicht. Die rein theoretische Schulung des Proletariats hat mit dem Linksradikalismus endgültig ihr Ende erreicht: es erfolgt die erste umfassende Verschmelzung von sozialistischer Theorie und sozialistischer Praxis, und damit die erste Verwirklichung des wissenschaftlichen Sozialismus. Als erste Stufe dieser Entwicklung haben die Linksradikalen die Säuberung der Arbeiterbewegung von den Resten und Trümmern bürgerlicher Elemente im Sozialpatriotismus, Sozialimperialismus und Sozialpazifismus erkannt. Hier hat die erste Probe des Linksradikalismus einzusetzen. Die Spaltung der Partei: das ist das erste Kampffeld, auf dem sich bürgerliche und proletarische Denkweise scheiden; das ist die Vorbedingung für allen weiteren Kampf und alle weitere Entwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus. Hier entscheidet sich zunächst, wenn der wissenschaftliche Sozialismus bloß Phrase, und wenn er die unlösliche Einheit von Theorie und Praxis, wenn er wirklich und in der Tat Weltanschauung ist, die sein ganzes Leben bestimmt, sein Denken *und* sein Handeln.

Die russische Arbeiterschaft gegen den Sozial-Chauvinismus.

1.

Seit vier Jahren wird in Petersburg eine Arbeiter-Zeitschrift herausgegeben, genannt „Woprosy Strachowania“ („Fragen der Arbeiterversicherung“). Die Schrift erscheint auch während des Krieges – obwohl nicht ganz regelmäßig. Es ist *keine* Parteizeitung, aber dennoch die *einzig* jetzt in Russland existierende legale Zeitung, die in engster Fühlung mit der klassenbewussten Arbeiterschaft Russlands steht. Die Zeitschrift „Woprosy Strachowania“ wird herausgegeben unter Mitarbeiterschaft der gesamten Arbeiterdelegation zum allrussischen Arbeiterversicherungsamt. Diese Delegation, von der Arbeiterschaft Petersburgs am Anfange 1916 wiedergewählt, besteht aus klassenbewussten Proletariern, die entschieden auf den Standpunkt des Marxismus stehen und dem Sozial-Chauvinismus gegenüber feindlich sind.

Es ist leicht zu begreifen, dass die Zeitschrift „Woprosy Strachowania“ während der jetzigen Krise der Arbeiterbewegung sich nicht nur mit speziellen Fragen der Arbeiterversicherung beschäftigt. In jeder ihrer Nummer finden wir auch Artikel, die die Krise des Sozialismus besprechen. Viele Spalten der Zeitschrift sind der allgemeinen Lage der Arbeiterklasse in Russland, dem Kampfe der Richtungen innerhalb der russischen Arbeiterschaft gewidmet. Aus dieser authentischen Quelle wollen wir hier einige Tatsachen und Äußerungen mitteilen. Es wird im Auslande über die russische Arbeiterbewegung während des Krieges so viel dummes Zeug (ebenso wie „diplomatische“ quasi „Nachrichten“) kolportiert, dass es einmal gut ist, das Organ der russischen Arbeiterschaft selbst zu hören.

Über die Stimmung der Vortruppe der Petersburger Arbeiterschaft kann man auf Grund folgender Tatsache urteilen. Die Putilow-Werke beschäftigen jetzt etwa 25 000 Arbeiter. Es sind die Krupp-Werke Russlands. Die Arbeiterschaft der Putilow-Werke stand immer an der Spitze des Petersburger Proletariats, wie auch des Proletariats von ganz Russland. Seit dem blutigen Sonntag von 9.-22. Januar 1905 bis zu den letzten politischen Streiks gehen die putilowschen Arbeiter der Arbeiterklasse des ganzen Reiches mutig voran. Und nun teilt die Zeitschrift „Woprosy Strachowania“ (Nr. 52) folgendes mit:

Am 20. Januar - 2. Februar (1916) fanden neue Wahlen der Arbeiterbevollmächtigten zur Krankenkasse der Putilow-Werke statt. Die Wahl-Kampagne war sehr lebhaft und ist unter der Fahne des konsequenten Marxismus durchgeführt worden. Am 18. und 19. Januar fanden in den Werkstätten der Putilow-Werke Wahlversammlungen statt. Gewählt sind 100 Arbeiter-Bevollmächtigte, in der *erdrückenden Mehrheit sind es konsequente Marxisten* (so werden in der legalen Presse immer die Anhänger der Bolschewiks genannt, die aufs entschiedenste den Sozial-Chauvinismus bekämpfen).

Ungeachtet aller zaristischen Repressalien, ungeachtet aller Treibereien der russischen Sozial-Chauvinisten, die sich mit der Bourgeoisie vereinigt haben, ungeachtet aller „patriotischen“ Manifeste des Herrn Plechanoff, die massenhaft von den Reaktionären verbreitet werden, ungeachtet der chauvinistischen Reden der „s. d.“ Dumaabgeordneten Burianow, Tschenkeli und Co., ungeachtet alles dessen wählen die putilowschen Arbeiter streng internationalistisch. Die Putilow-Werke – eine Feste des Internationalismus! Die Putilow-Werke demonstrieren gegen den Sozial-Chauvinismus! Diese einzige Tatsache besagt mehr als hundert reklamehafte Artikel der Plechanowleute. Die Putilow-Werke haben sich nochmals für *unsere* Richtung entschieden. Für jeden der einigermaßen die russische Arbeiterbewegung kennt, besagt diese einzige Tatsache mehr als zehn „diplomatische Berichte“. Die Putilow-Werke auf

Seiten der Bolschewiks; das bezeichnet genügend die allgemeine Stimmung der Arbeitermassen, und das ist ein sicheres Barometer für die Stärkeverhältnisse der Richtungen innerhalb der russischen Arbeiterschaft.

Von noch größerer Wichtigkeit ist die Mitteilung über die allgemeinen Wahlen zum Reichsversicherungsamt, die am 31. Januar - 13. Februar 1916 stattgefunden haben. Es galt zwei Vertreter und acht Kandidaten der Arbeiterschaft zu wählen. Die Zeitschrift „Woprosy Strachowania“ (vom 16.-29. März 1916) teilt darüber folgendes mit: Im Namen der 79 in Petersburg funktionierenden Arbeiterkrankenkassen erschienen 71 Arbeiter-Bevollmächtigte. Darunter Vertreter dreier Richtungen: konsequente Marxisten (d. h. Bolschewiks), Liquidatoren (in Russland, mit einigen Ausnahmen, sämtlich Sozial-Chauvinisten) und Narodniki (d. h. „Sozialisten-Revolutionäre“, in Russland die Mehrheit, patriotisch“ gesinnt). Zwei dieser Richtungen (die Liquidatoren und die Narodniki) haben sich geeinigt und einen Wahlblock gebildet. Vor der Eröffnung der Versammlung sind zwei Kandidatenlisten verteilt worden: die konsequent-marxistisch (internationalistische) und die liquidatorische. Die konsequenten Marxisten haben in ihren Reden darauf hingewiesen, dass die Liquidatoren die Arbeiter-Lösungen nur im Munde führen, tatsächlich aber bleiben sie im Schlepptau der Bourgeoisie.

Es gab eine umfangreiche Diskussion zwischen den beiden Richtungen. Dann fanden die geheimen Wahlen statt. Das Resultat: vollständiger Sieg der konsequenten Internationalisten; beide Arbeiterabgeordneten (Segorow, von den Putilow-Werken, Krolikow, von den Leßner-Werken) und sieben von acht Kandidaten sind aus der konsequent-marxistischen Liste gewählt. Die Anhänger der Bolschewiks erlangten eine fast zwei Drittel Mehrheit über beide anderen vereinigten mehr oder minder „patriotischen“ Richtungen.

Die Lage der Internationalisten in der legalen Arena ist momentan wirklich nicht leicht. Die ganze bürgerliche Presse unterstützt selbstverständlich die Sozialpatrioten. Und dennoch hat der Internationalismus diesen Sieg davongetragen! Der Eindruck war in Petersburg sehr groß. Die Herren Liberalen aus der „Retsch“ und den „Russka Wiedemosti“ waren außer sich und schimpften gehörig auf die „Anti-Patrioten“.

Eine andere Mitteilung - aus der *Stadt Baku*, dem einzigen großen Arbeiterzentrum des Kaukasus. Dem „Woprosy Strachowania“ (Nr. 50) schreibt man aus dieser Stadt: Als in Samara (eine Stadt an der Wolga) die Zeitung „Nasch Golos“ erschien (die Zeitung war „gemäßigt“ sozialpatriotisch) haben die Vorstände des Buchdruckerverbandes und des Schneiderverbandes beschlossen, die Zeitung zu verbreiten. Die Not an einer Arbeiterzeitung war groß, und einige Namen der Mitarbeiter des „Nasch Golos“ schienen Garantien zu geben. Als die Richtung der Zeitung aber bekannt wurde, haben beide genannten Gewerkschaften fast einstimmig beschlossen, auf das Verbreiten des „Nasch Golos“ zu verzichten und darüber der Redaktion ein motiviertes Schreiben zu senden.

So verhalten sich legale Arbeiterorganisationen zu den „gemäßigten“ Sozialpatrioten, die die Teilnahme an den berüchtigten Kriegsindustriekomitees propagieren. Die illegalen Arbeiterorganisationen sind den Sozial-Chauvinisten noch feindlicher gesinnt.

„Die Zeitschrift „Woprosy Strachowania“ druckt eine Reihe von Briefen der nach Sibirien deportierten fünf Duma-Abgeordneten ab. Es ist bemerkenswert, dass die russischen Arbeiter schon mehr als 5000 Rubel zur Unterstützung dieser ihrer fünf Vorkämpfer gesammelt haben. Die Sammlungen dauern fort. Von allen Orten gehen den fünf Genossen Sympathieerklärungen seitens der Arbeiter zu.

Ebenso ergreifend sind die vielen Briefe und Sympathieerklärungen der s. d. Verbannten aus Sibirien. Die Nr. 54 der „Woprosy Strachowania“ (vom 31. Mai - 13. Juni 1916) druckt eine

Reihe solcher Sympathieerklärungen aus Turuchansk, Jenisseisk, Jalansk usw. ab. Die verbannten Genossen senden der Zeitschrift ihre letzten Groschen – nur soll sie öfter erscheinen. Sie solidarisieren sich mit der Zimmerwalder Linken und senden Gefühle ihrer internationalen Solidarität den Internationalisten aller Länder.

Aus unserm politischen Tagebuch.

25. September.

Der bayrische Ministerpräsident *v. Hertling*, der gleichzeitig Vorsitzender des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten ist, erklärte dem Vertreter der „New York World“: „Wir wünschen nicht, irgendein Volk zu vernichten oder irgendeine Nation zu zerschmettern.“

Sir *Eduard Grey* erklärte dem Vertreter der „Chicago Daily New“ auf die Frage, ob es wahr ist, dass England die Zertrümmerung Deutschlands erstrebe: „Wir haben uns nie mit einem solchen Wahnsinnsgedanken getragen. Wir wünschen nicht derartiges, und Herr *v. Bethmann-Hollweg* weiß das.“

Und trotzdem können sie sich nicht finden. Vielleicht verstehen sie beide was anderes unter demselben Worte Zertrümmerung.

Der *deutsche Parteivorstand* und Parteiausschuss haben sich grundsätzlich gegen Annexionen erklärt.

Die *französischen Sozialpatrioten* erklären sich grundsätzlich gegen Annexionen und organisieren einen Kongress der Entente-Sozialisten, der das bekräftigen soll.

Und trotzdem können sie sich nicht finden. Vielleicht verstehen sie beide etwas anderes unter demselben Wort Annexionen, oder wissen beide aus eigener Erfahrung, dass man sich heiser gegen Annexionen schreien und doch dem Imperialismus trefflich helfen kann, sie vorzubereiten.

*

In dem in der Presse veröffentlichten Aufruf der „Zentralstelle Völkerrecht“, der auch von *Eduard Bernstein* gezeichnet ist, heißt es:

„Der Friede, der diesen Krieg beendet, soll selbstverständlich nach Auffassungen der Zentralstelle die Freiheit des deutschen Volkes, die Unabhängigkeit des Deutschen Reiches, die Unversehrtheit des deutschen Bodens, die Wahrung der deutschen Interessen im Auslande und die Erhaltung der wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten des deutschen Volkes sicherstellen.“

Punkt für Punkt sind dieselben Forderungen in der Friedenspetition des Parteivorstandes enthalten. Man muss also feststellen, dass zwischen dem sozialpatriotischen Parteivorstand und dem Führer der zentrierten Opposition eine *grundsätzliche Übereinstimmung* herrscht. Ihre Wege gehen nur auseinander, wo die Rede auf die Durchführungsmittel kommt. Die Sozialpatrioten glauben das Ziel nur durch den deutschen Waffensieg erreichen zu können, *Eduard Bernstein* hofft, dass es schon jetzt Zeit ist zu Friedensverhandlungen. Aber inzwischen steht er auf dem Boden der Vaterlandsverteidigung, die „nur von einer kleinen Sekte verneint wird.“ Zwischen *Eduard Bernstein*, dem Führer der zentrierten Opposition, und den Führern der Sozialpatrioten herrscht nur eine kleine Differenz über eine Tatsachenfrage. Lohnt es sich deswegen so viel Krach zu schlagen?

Feuilleton

Helden.

Ein Volksmärchen

Vor ein paar Hundert Jahren, als die Leute noch lange nicht so klug und verschmitzt waren, als sie heutzutage sind, hat sich in einer kleinen Stadt eine seltsame Geschichte zugetragen. Von ungefähr war eine von den großen Eulen, die man Schuhu nennt, aus dem benachbarten Walde bei nächtlicher Weile in die Scheuer eines Bürgers geraten und wagte sich, als der Tag anbrach, aus Furcht vor den andern Vögeln, die, wenn sie sich blicken lässt, ein furchtbares Geschrei erheben, nicht wieder aus ihrem Schlupfwinkel heraus. Als nun der Hausknecht morgens in die Scheuer kam, um Stroh zu holen, erschrak er bei dem Anblick der Eule, die da in einer Ecke saß, so gewaltig, dass er fortlief und seinem Herrn ankündigte, ein Ungeheuer, wie er Zeit seines Lebens keins erblickt hätte, säße in der Scheuer, drehte die Augen im Kopfe herum und könnte einen ohne Umstände verschlingen.

„Ich kenne dich schon,“ sagte der Herr, „einer Amsel im Felde nachzujagen, dazu hast du Mut genug, aber wenn du ein totes Huhn liegen siehst, so holst du dir erst einen Stock, ehe du ihm nahekommst. Ich muss nur selbst nachsehen, was das für ein Ungeheuer ist,“ setzte der Herr hinzu, ging ganz tapfer zur Scheuer hinein und blickte umher. Als er aber das seltsame Tier mit eigenen Augen sah, so geriet er in eine noch größere Angst als der Knecht. Mit ein paar Sätzen sprang er hinaus, schrie und lief zu seinen Nachbarn und bat sie flehentlich, ihm gegen ein unbekanntes und gefährliches Tier Beistand zu leisten; die ganze Stadt könne in Gefahr kommen, wenn es aus der Scheuer, wo es säße, herausbräche. Es entstand ein großer Lärm und Geschrei in allen Straßen; alle Bürger, Männer und Weiber und Kinder, stürzten hervor und kamen mit Spieß und Heugabeln, Sensen und Äxten und wollten gegen den Feind ausziehen. Zuletzt erschienen auch die Herren des Rats mit dem Bürgermeister an der Spitze. Sie zogen alle nach dem Markt, allwo sie sich ordneten. Und der Geistliche kam und segnete sie mit einem frommen Spruch. Als sie sich gestärkt und geordnet hatten, zogen sie zu der Scheuer, voran die Knechte, dann die Mägde, dann die Kinder, und zuletzt die großen Herren und Räte der Stadt. Hinterher aber ging der Geistliche und redete viel vom Mut, den der Gottesfürchtige hat und von der Kraft des Herrn, so den erfüllt, der auf ihn baut. So kamen sie zur Scheuer und umringten sie von allen Seiten. Es mochte aber keiner der erste sein, der hineinging. Da trat einer der Beherztesten hervor, der einen langen Spieß trug, fällte ihn und ging hinein, kam aber gleich darauf mit einem Schrei und totenbleich wieder herausgelaufen und konnte kein Wort hervorbringen, und sie trugen ihn fort und netzten ihm Stirn und Brust mit Wasser. Noch zwei andere wagten sich hinein; es erging ihnen aber nicht besser. Endlich trat einer hervor, der war ein großer und starker Mann und wegen seiner Kriegstaten weit und breit berühmt; der sprach: „Mit bloßem Angaffen werdet ihr das Ungetüm nicht vertreiben; hier muss Ernst gebraucht werden; aber ich sehe, dass ihr alle zu Weibern geworden seid und keiner den Fuchs beißen will.“ Und er ließ sich Harnisch, Schwert und Spieß bringen und rüstete sich. Alle rühmten seinen Mut, obgleich auch viele um sein Leben besorgt waren und etliche unter den Weibern weinten. Die beiden Scheuertore wurden aufgetan, und man erblickte die Eule, die sich indessen in die Mitte auf einen großen Querbalken gesetzt hatte. Er ließ eine Leiter herbeibringen, und als er sie anlegte und sich bereitete, hinaufzusteigen, so riefen ihm alle zu, er solle sich männlich halten und empfahlen ihn dem heiligen Georg, der den Drachen getötet hatte. Als er bald oben war, und die Eule sah, dass er an sie wollte, auch von der Menge und dem Geschrei des Volkes verwirrt war und nicht wusste wohinaus, so verdrehte sie die Augen, sträubte die Federn, sperrte die Flügel auf, gnappte mit dem Schnabel und ließ ihr „Schuhu, schuhu“ mit rauer Stimme hören. „Stoß zu, stoß zu!“ rief die Menge

draußen dem tapferen Helden zu und der Bürgermeister rief am lautesten. „Wer hier stände, wo ich stehe,“ antwortete der Held, „der würde nicht ‚stoß zu‘ rufen.“ Er setzte zwar den Fuß noch eine Staffel höher; dann aber fing er an zu zittern und machte sich halb ohnmächtig auf den Rückweg.

Nun war keiner mehr übrig, der sich in die Gefahr hätte begeben wollen. „Das Ungeheuer,“ sagten sie, „hat den stärksten Mann, der unter uns ist, durch sein Gnappen und Anhauchen allein vergiftet und tödlich verwundet, sollen wir andern auch unser Leben in die Schanze schlagen?“ Sie ratschlagten, was zu tun wäre, wenn die ganze Stadt nicht sollte zu Grunde gehen. Lange Zeit schien alles vergeblich, bis endlich der Bürgermeister einen Ausweg fand. „Meine Meinung geht dahin,“ sprach er, „dass wir aus dem Gemeindegeld diese Scheuer samt allem, was darin liegt, Getreide, Stroh und Heu, dem Eigentümer bezahlen und ihn schadlos halten, dann aber das Ganze und mit ihm das fürchterliche Tier abbrennen, so braucht doch niemand sein Leben daran zu setzen. Hier ist keine Gelegenheit zu sparen, und Knausererei wäre übel angewendet.“ Dieser Rat gefiel allen wohl. Also ward die Scheuer an allen vier Ecken angezündet. Wie aber die Eule merkte, dass es ihr zu heiß wurde, entfloh sie stracks in den nahen Wald. Die Scheuer aber brannte bis auf den Grund nieder und weil gerade ein heißer Tag war und alle Scheuern bis oben voll Heu und Stroh lagen, brannte alsbald die halbe Stadt und auch der Gemeindegeld ging verloren und man hat ihn nicht gefunden bis auf den heutigen Tag.

Der Pass.

Von Iwan Bunin.

Es ist schon lange Nacht und ich wandere noch immer über die Berge, zu dem Pass, ich wandere unter Wind und kaltem Nebel und hoffnungslos, doch voll Gehorsam folgt mir am Zügel das nasse, müde Pferd, mit den leeren Steigbügeln klirrend. Als ich in der Dämmerung am Fuße der Kiefernwälder ausruhte, hinter denen der baumlose und öde Steig beginnt, sah ich noch weiter hinab in die unermessliche Tiefe unter mir, mit jenem eigenen Gefühl des Stolzes und der Kraft, mit dem man aus einer großen Höhe hinunterschaut. Dort weit unten im dunkelnden Tale konnte man noch Lichter sehen, am Strande des Meerbusens, der sich gen Osten weiter und weiter dehnte und sich gleich einer Wand von nebelhaftem Blau erhob, die den Himmel umarmte. Auf die Berge aber sank schon die Nacht herab. Es wurde schnell dunkel, und je näher ich den Wäldern kam, um so düsterer und majestätischer wuchsen die Berge empor und in die Tiefen zwischen ihren Gipfeln stürzte in langen, wallenden Streifen der dichte, graue Nebel, vom Sturm gepeitscht. Er ward hinuntergerissen von der Höhe des Plateaus, das er gleichsam mit einem losen, gigantischen Zaune umgab und durch dessen Pfähle er die düsteren Tiefen der Schluchten zwischen den Bergen scharf hervortreten ließ. Der Wald begann schon zu rauchen, indem er vor mir emporwuchs unter tiefem, dumpfem, weltfremdem Rauschen der Kiefern. Es ward winterkühl. Wind und Schnee setzten ein. ...

Die Nacht sank ganz herab und ich ging lange unter dem dunklen und nebligen Gewölbe des raunenden Bergwaldes und suchte mich wenigstens etwas vor dem Winde zu schützen. „Bald ist der Pass erreicht,“ sagte ich mir, „die Gegend ist gefahrlos und bekannt, und in zwei bis drei Stunden werde ich in der Stille hinter den Bergen sein in einem lichten, bewohnten Haus. Jetzt wird's doch schon früh dunkel.“ Aber es vergeht eine halbe Stunde, eine ganze Stunde. ... Jeden Augenblick scheint es mir, dass der Pass nur noch zwei Schritte von mir ist, der kahle, steinige Steig aber nimmt kein Ende. Drunten liegen schon lange die Kiefernwälder hinter mir, schon lange war das niedrige, vom Sturm gebeugte Buschwerk vorüber und ich beginne müde zu werden und zu frieren in dem kalten Nebel und Winde. Mir kommt der Friedhof derer, die auf dieser Höhe umgekommen, in Erinnerung - etliche Gräber inmitten

eines Kiefernstandes, nicht weit vom Passe, in denen tatarische Holzhauer, die unter dem Wintersturm von der Jajla abgestürzt sind, begraben liegen... Diese Gräber sind nicht mehr fern – und ich fühle, auf welch weltfremder, wilder Höhe ich bin, und bei dem Bewusstsein, dass rings um mich jetzt nur Nebel und Abgründe sind, krampft sich mir das Herz zusammen. Wie werde ich an den einsamen Stein- und Denkmälern vorübergehen, wenn sie im Nebeldunkel menschliche Gestalt annehmen? Werde ich denn erst in tiefer Mitternacht den Pass erreichen? Und werde ich genug Kraft besitzen, von den Bergen hinunterzusteigen, wenn ich schon jetzt die Vorstellung von Zeit und Raum verliere? Aber zum Nachdenken ist keine Zeit, – ich muss vorwärts...

Weit in der Ferne vor mir hebt sich dunkel etwas aus dem dahinziehenden Nebel ... Da liegen finstere Hügel, schlafenden Bären gleich. Ich steige hinüber, von Stein zu Stein, und mir folgt das Pferd, wobei es immer wieder sich losreißt und klirrend mit den Hufen auf die nassen Kieselsteine tritt. Da merke ich plötzlich, dass von neuem der Weg langsam ansteigt! Ich bleibe stehen – und Verzweiflung fasst mich an. Ich zittere am ganzen Körper vor Anstrengung und Müdigkeit, meine Kleidung ist ganz vom Schnee durchnässt und der Wind durchdringt sie durch und durch. Soll ich um Hilfe schreien? Aber jetzt haben sich sogar die Hirten in ihre homerischen Hütten mit den Ziegen und Schafen verborgen. – Kein Mensch wird mich hören. Und mich umschauend denke ich fast mit Entsetzen:

„Mein Gott! Habe ich mich verirrt? Ist es vielleicht meine letzte Nacht? Und wenn nicht, wo und wie werde ich sie zubringen?“

Es ist spät, der Kiefernwald rauscht dumpf und schlaftrunken in der Ferne. ... Die Nacht wird immer unheimlicher und unheimlicher, und ich fühle es, ob ich auch nichts mehr von Zeit und Raum weiß. Jetzt erlosch das letzte Licht drunten im tiefen Tale und allgewaltig deckt alles der graue Nebel, wissend, dass die Stunde seiner Macht gekommen, – die unendliche, unheimliche Stunde, wo alles auf der Erde vergeht und kein Morgen mehr tagt und nur die Nebel steigen und die Berge verschlingen, die majestätisch auf einsamer Mitternachtswache stehen, und das Rauschen der Wälder wird über die Berge gehen, und dichter und dichter werden die Schneeflocken sinken auf den verödeten Pass. Indem ich mich gegen den Wind schützte, wende ich mich zu meinem Pferd. Das einzige lebendige Wesen, das um mich geblieben ist! Aber das Pferd schaut mich nicht an. Nass, erfroren, gebeugt unter dem Sattel, der traurig auf seinem Rücken hängt, steht es, demütig den Kopf zu Boden, mit gesenkten Ohren. Und ich reiße es erbittert am Zügel und setze von neuem mein Gesicht dem nassen Wind und Schnee aus und gehe ihnen von neuem entgegen. Versuche ich mit meinem Blick meine Umgebung zu durchdringen, sehe ich nur die grau dahinwallende Finsternis, die einen mit ihrem Schnee blendet ... und ich fühle unter den Füßen den schlüpfrigen, steinigen Boden. Horche ich, so vernehme ich nur das Sausen des Windes in meinen Ohren und das monotone Klirren hinter meinem Rücken ... Die Steigbügel schlagen aneinander.

Aber merkwürdig, – meine Verzweiflung macht mich stark! Ich schreite kühner aus, und der erbitterte Vorwurf gegen einen, der dies alles verschuldet hat, freut mich. Ja, er geht schon über in jenen düsteren und hartnäckigen Gleichmut gegen alles, was kommen mag. Ein Gleichmut, der die steigende Sorge und Hoffnungslosigkeit süß empfinden lässt. ...

Da endlich ist der Pass! Jetzt ist es klar, dass ich die Höhe des Steiges erreicht habe, aber mir ist es gleich. Ich gehe über die glatte Fläche, der Wind jagt den Nebel in langen Fetzen und wirft mich hin und her, aber ich beachte ihn nicht. Schon aus dem Sausen des Windes und dem Nebel allein fühlt man, wie tief die Nacht sich der Berge bemächtigt, schon längst, längst schlafen in dem Tale in ihren kleinen Hütten die kleinen Menschen, aber ich eile nicht, ich gehe mit zusammengebissenen Zähnen und murmele, mich zum Pferde wendend: „Macht

nichts, macht nichts, vorwärts! Wir gehen, bis wir hinunterstürzen. ... Wieviel solcher schwerer und einsamer Pässe gab es schon in meinem Leben.“ Von früher Jugend an geriet ich von Zeit zu Zeit in ihren Bannkreis. Wie die Nacht schlichen an mich heran Kummer und Sorge, Krankheit und Elend, an mich und meine Nächsten; Treubruch und Verrat, von denen, die ich liebte, der Freundschaft bitteres Leid und die Stunde des Abschieds von allem, was mir lieb und teuer geworden. Aber unentwegten Herzens nahm ich den Wanderstab und ging ... und die Pfade zu neuem Glück waren steil und beschwerlich. Nacht, Nebel und Wind überfielen mich auf der Höhe und die unheimliche Einsamkeit packte mich auf den Pässen. ... Macht nichts, vorwärts!“

Jeder muss über seinen Pass.

Stolpernd wandle ich wie im Schläfe. Bis zum Tagesanbruch ist es noch weit. Die ganze Nacht werde ich hinuntersteigen müssen durch die Täler, und erst am frühen Morgen vielleicht werde ich schlafen können, einen Totenschlaf – zusammengekauert; nur eins zu fühlen – die Wonne der Wärme nach der eisigen Kälte – und die süße Ruhe nach dem qualvollen Wege.

Der Tag wird mich wieder mit Menschen und Sonne erfreuen und wieder mich auf lange Zeit betrügen und mich zwingen, der Pässe zu vergessen. Aber sie werden von neuem kommen und der schwierigste und einsamste wird der letzte sein ... Wo werde ich hinunterstürzen und für immer in der Nacht und in dem Sturm auf den nackten, urewig öden Felsen bleiben?

Befreiung.

Nützt es, dass ihr uns von leichten Banden befreit, und dagegen uns ganz zwingt in den eisernen Stock?
Herder.

Bereit war alles, Feuer, Schwert und Hand,
Um sie zu schwingen, als furchtbare Wehr.
Mit Sehn und Nerv zum Morden angespannt,
Wie vor der Höhl' ein Löwe steht das Heer,
Die Menschen – Hydra! Unheil atmend wand
Sie sich aus ihrem Pfuhl und kroch daher,
Statt Köpfen Helden, die umsonst gemäht,
Sich stets erneuern mit Rapidität.

Geschichte nimmt die Dinge nur en gros;
Wenn wir sie im Detail vor Augen sähen,
Wie viel der Krieg arm macht, wie wenig froh,
So würden wir fortan den Kriegeruhm schmähen,
Der so viel Korn vergeudet bloß um Stroh,
Um etwas mehr Gebiet und mehr Trophäen.
Das Trocknen einer Träne ist wahrer Ehre
Näher, als das Vergießen blutger Meere.

Byron („Don Juan“).

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Lüth);
sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 16/1916

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

1. Jahrg.

Bremen, den 7. Oktober 1916.

Nr. 16

Redaktion und Expedition: Waller Heerstraße Nr. 52. (Eing. Torweg).

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

Nach der Parteikonferenz.

1. Die organisatorische Lage.

Die Konferenz, die der sozialpatriotische Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie zur Stärkung seiner Position abhalten ließ, legt die politische und organisatorische Linie seiner Politik für die nächste Zukunft fest. Wie wenig neues Material sie auch zur Beleuchtung der Politik des 4. August liefert, so zeigt sie doch, wie er seine Linie durchzuführen gedenkt. Und eben weil die entschiedene Linke keine Absicht hat, sich von den Sozialpatrioten irgendwie beeinflussen zu lassen, hat sie alle Ursache, ihre Absichten zu verstehen zu suchen

Auf organisatorischem Gebiete beweist die Parteikonferenz, *dass der Parteivorstand einstweilen die Spaltung vermeiden will*. Er hatte dank den äußeren Umständen, in denen die Konferenz tagte, dank dem Wahlmodus auf der Konferenz eine sichere Mehrheit. Trotzdem wagte er keine Resolution annehmen zu lassen, die die Arbeitsgemeinschaft außerhalb der Partei stellen würde. Er begnügte sich mit einer Resolution, die die Spaltung der Reichstagsfraktion verurteilt. Ja, er wagte keine Resolution einzubringen, die die Mitglieder der „Sonderorganisationen“ wie z. B. der Gruppe „Internationale“, der „I. S. D.“ –, die Herausgeber der Flugblätter, die Propagandisten der Spaltung, außerhalb der Partei stellt. Er verdonnerte sie nur „moralisch“. Es wäre lächerlich, anzunehmen, dass Herr Ebert und seine Gefolgschaft, nachdem sie alle Grundsätze des Sozialismus mit Füßen getreten haben, auf einmal einen Heidenrespekt vor dem Parteistatut bekommen haben, der dem Parteitag allein solche Beschlüsse zu fassen erlaubt. Die Auffassung ist irrig, die der „Vorwärts“ ausspricht: „Der Verlauf der Reichskonferenz und das Verhalten der nominellen Mehrheit scheint uns Gewähr zu bieten, dass die Zeit der parteioffiziösen Verfemung der Minderheit, der instanzmäßigen Verurteilungen endgültig vorüber ist, und dass dem Kampf der Geister und der Prinzipien freier Spielraum gegeben wird.“ Wer das annimmt, der nimmt erstens an, dass die Sozialpatrioten von der Güte ihrer Sache so überzeugt sind, dass sie sich nur auf die Kraft ihrer Argumente verlassen werden, zweitens, dass sie gewillt sind, vom Ruder der Partei zurückzutreten, sich ihrem Anteil zu unterwerfen, falls die Mehrheit der Partei auf dem Parteitage sich gegen sie ausspricht.

Eine solche Annahme widerspricht allgemein bekannten Tatsachen, wie der sich aus ihnen ergebenden Einsicht in das Wesen der Politik des 4. August. Würden sich die Sozialpatrioten auf die Güte ihrer Sache verlassen, so wäre die Reichstagsfraktion heute nicht gespalten. Sie würden den Zentrumsleuten ruhig erlauben, ihren entgegengesetzten Standpunkt von der Reichstagstribüne herunter vorzubringen, was diese veranlassen würde, jeden scharfen Kampf gegen sie einzustellen. Aber die Sozialpatrioten gingen weiter: sie suchten die Minderheit mundtot zu machen. Das bezweckten sie auch durch die Maßregelung der Redakteure in Stuttgart und Duisburg. Wer aber annimmt, dass sie in der Zukunft bereit sind, sich einer sozialistischen Mehrheit der Partei zu unterwerfen, der hält sie für reine Geschäftspolitiker, denen es nur um ihre Stellungen geht.

Nun mag die Korruption in ihren Reihen noch so blühen, mögen sie noch so viele Stellenjäger in ihrem Tross zählen: man darf trotzdem nicht übersehen, dass sie die revolutionäre proletarische Politik für eine Verrücktheit, dass sie dagegen die reformistische Politik für richtig, notwendig halten, also den Versuch, sie dauernd auszuschalten, mit der Spaltung der Partei beantworten müssten. Ja, wer das U und X ihrer Politik in dem ruhigen ungestörten Einheitsen der Gehälter sieht, der darf umso weniger annehmen, dass sie sich jemals der Gefahr aussetzen werden, in die sie von der Verfolgung einer grundsätzlichen proletarischen Politik versetzt werden müssten.

Wenn dem so ist, wenn sie nicht gewillt sind, ihre Politik zu ändern, und auch nicht gewillt sind, auf Amt und Würden zu verzichten, falls sich die Mehrheit der Partei gegen sie erklärt, wie ist dann ihre Toleranz zu erklären? Sie ergibt sich aus der politischen Lage und den in ihr verborgenen Möglichkeiten. Sie haben auf der Konferenz – wie wir noch zeigen werden – eine rein sozialpatriotische Linie festgelegt, die im Gegensatz zu der sozialimperialistischen der Lensch und Quessel, nach der Überzeugung des Parteivorstandes, leichter die Massen verwirren, und in ihrem Bann festhalten kann. Das Zentrum der Partei ist dieser Linie gegenüber wehrlos, weil es ihr grundsätzlich zustimmt. Ist der Krieg vorüber, so wird der Streit über die Wege der Durchsetzung der sozialpatriotischen Ziele verstummen. Dann werden doch die Scheidemänner – Demagogen wie sie sind – gegen die Rüstungen wettern, für die „Völkerverbrüderung“ eintreten: schloss doch Scheidemann schon jetzt seine Rede für das Durchhalten mit dem Ruf: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! Dadurch hoffen sie die Zentrumsleute, die doch nichts mehr als sozialistische Phrasen fordern, so weit zu bringen, dass sie nach dem Kriege mit ihnen zusammengehen werden. Dann wird auch die Zeit kommen für den Hinauswurf der Internationalisten der Tat, von denen sie in ihrer Kurzsichtigkeit annehmen, dass sie keine großen Massen hinter sich haben werden.

Einstweilen also verzichten sie auf das allgemeine Hinausdrängen der Linksradikalen. Die bisherigen lokalen Mittel genügen ihnen einstweilen: der linksradikale Meyer ist aus dem „Vorwärts“ hinausgeworfen und er wird nicht mehr zurückkehren; dem Zentrumsmann *Stroebel*¹⁴ aber kann man erlauben, gegen die Politik des 4. August zu schreiben, wenn er nur im „Vorwärts“ gegen die Spaltung auftritt und den Arbeitern einredet, dass sich nach dem Kriege alles, alles wieder finden wird. So werden sie es überall machen. Nicht Einsicht in die

¹⁴ Um jedes Missverständnis zu vermeiden, sei hier gesagt, dass wir mit diesen Ausführungen keinesfalls den Genossen Ströbel als bewusstes Werkzeug des Parteivorstandes hinstellen wollen. Obwohl Ströbel niemals Anhänger der Gruppe Internationale war, wie mancher aus seiner Mitarbeit in der ersten Nummer der „Internationale“ und aus seinen freundschaftlichen Beziehungen zu manchem ihrer Führer geschlossen haben, ist er persönlich ein überzeugter und mutiger Gegner der Politik des 4. August. Leider lassen ihn die Illusionen über die Möglichkeit der Umkehr der alten Partei zur proletarischen Politik wie die Befangenheit in sozialpazifistischen Gedankengängen, nicht die Grenzen überschreiten, die die Politik des linken Flügels des Zentrums (die Le-debour-Gruppe) von uns trennen. So ist er mitsamt seinem subjektiven Radikalismus unbewusst zum Mittel geworden, die Massen an den Parteivorstand zu ketten.

Notwendigkeit, dem Ideenkampfe freien Spielraum zu geben, nicht Wille zu einer eventuellen Unterwerfung unter den sozialistischen Willen der Partei, sondern rein taktische vorübergehende Erwägungen waren es, wenn die Sozialpatrioten einstweilen der Spaltung aus dem Wege gingen.

Der biedere „Vorwärts“ erklärt in seiner Besprechung der Reichskonferenz, dass die Opposition „erst recht keine Veranlassung hatte, irgendetwas zu unternehmen, was zur Sprengung des Rahmens der Partei führen könnte. Alle Teile der Opposition bewiesen damit, wie falsch die Anschuldigung war, dass das Bestreben der Kritiker der Haltung der Fraktions- und Instanzenmehrheit auf eine Spaltung der Partei hinausläuft.“

Nun hat Genosse *Fraisek* im Namen der Linksradikalen¹⁵, die an der Konferenz teilnahmen, offen erklärt, dass sie es für richtig hielten, die Herren Sozialpatrioten auf der Konferenz allein unter sich zu lassen. Nachdem aber die Arbeitsgemeinschaft (Zentrum) nicht den Mut gefunden habe, von der Konferenz fernzubleiben, seien sie erschienen, „um den wahren Charakter der Konferenz vor den Genossen zu entlarven“. Dass das ein Zeichen des liebevollen Verhältnisses zum „Rahmen der Partei“, d. h. der Einheit mit den Sozialpatrioten, sei, von dem der „Vorwärts“ mit Emphase spricht, können wir nicht finden. Herr Ebert dagegen sprach auf der Konferenz von der „heuchlerischen Spitzbubentaktik“ der Linksradikalen, die sich ein eigenes Programm geben und im ganzen Lande vom Verrat des Parteivorstandes, der sich nicht am Parteiprogramm und Parteitagsbeschlüsse halte, schreien. Wir wollen mit Herrn Ebert über Spitzbuben und Heuchelei nicht streiten, noch uns darüber entrüsten: die moralischen Aufwallungen dieses kühlen Rechners sind der Art, dass sie jeden, der ihm einmal ins Weiße des Auges geschaut hat, ganz kalt lassen. Aber der Parteigenossenschaft wegen wollen wir über die organisatorischen Schlüsse, die unserer Meinung nach die Linksradikalen aus der Konferenz ziehen müssen, noch ein paar Worte sagen.

Wir haben verschiedene Male offen erklärt und begründeten es ausführlich, dass wir die Spaltung mit den Sozialpatrioten für unumgänglich notwendig halten. Könnten wir die Eberts und Legiens heute aus ihr entfernen, wir würden es herzlich gern tun. Aber wir sind einstweilen Minderheit und als solche stehen uns zwei Wege offen: aus der Partei austreten oder einstweilen in ihr zu verbleiben. Viele unserer Anhänger wollen aus Ekel vor der auch nur äußeren Gemeinschaft mit den Eberts und Legiens aus der Partei austreten und eine neue gründen. Wir sind, wie schon früher betont, *Gegner* dieser Taktik, und zwar aus folgenden Gründen:

Die deutsche Sozialdemokratie ist als proletarische Partei durch die Mühen vieler Generationen aufgebaut worden. Wir, die einzigen, die wirklich ihren Kampf weiterführen können, haben kein Recht, ihre alte Organisation aufzugeben, sie den Gegnern des proletarischen Klassenkampfes in die Hände zu spielen, damit sie sie als Trugmittel der Massen gebrauchen. Wir haben umgekehrt die Pflicht, alles zu tun, um ihr Haus von den Verrätern ihrer Ideale zu reinigen. Das ist ein prinzipieller Grund für das Verharren in der Partei, bis sie selbst auf einem Parteitag sich schändet oder ihre sozialpatriotischen Verderber aus ihren Reihen hinausweist. Zu dem Grunde kommen andere, praktische: wir haben von der alten Partei so viel wie irgend möglich an Menschen und Mitteln herauszuholen für den Kampf um ihre alten Ziele. Jetzt, wo uns die äußeren Bedingungen den Appell an die Arbeitermassen so sehr erschweren, wäre es

¹⁵ Wenn die Sozialpatrioten aus der geringen Vertretung der Linksradikalen auf ihre numerische Schwäche in der Partei schließen, so werden sie eine Enttäuschung erleben, inwieweit es sich dabei nicht um Heuchelei handelt. Es bestand kein Übereinkommen unter den Linksradikalen über die Beschickung der Konferenz: ihre Mehrzahl boykottierte sie. Im anderen Falle wäre die Vertretung der entschiedenen Linken trotz aller äußeren Hindernisse viel größer gewesen.

unsinnig, den Boden der Partei, deren Organisationen für uns ein Rekrutierungsfeld bilden, zu verlassen. Diese beiden Gründe müssten zurücktreten, wenn wir als Preis für das Verbleiben in der Partei das Einstellen der Spaltungspropaganda wie die Propaganda unserer positiven Ideen, zu entrichten hätten.

Nun haben die Sozialpatrioten aus Rücksicht auf die Zentrumsleute, die sie, solange sie selbst im Kampfe gegen die Instanzen stehen, in dem Hinauswerfen nicht unterstützen können, nicht gewagt, zur zentralen Attacke auf die Linksradikele überzugehen. Wir wären dumm, wenn wir diese Schwierigkeiten unserer Gegner nicht ausnützen würden. Wir müssen in der Partei bleiben und in ihr den Kampf um jeden Mann führen. Entweder werden wir dadurch so stark, dass wir die Männer des 4. August aus der Partei treiben können, oder wir werden stärker als wir jetzt sind und verlassen die Partei, nachdem wir in ihr nichts unterlassen haben, was wir als selbständige Partei tun würden.

Dies alles sagen wir nicht aus irgendeinem Bedürfnis, dem Herrn Ebert zu beichten – wir sagen ihm kaum etwas Neues –, sondern um unseren Anhängern die Gründe auseinanderzusetzen, die gegen das Verlassen der Partei sprechen, was viele der besten unserer Anhänger für notwendig halten.

Staat, Nation, Imperialismus und Sozialdemokratie.

Im Zeitalter des Imperialismus.

Die nationalen Fragen.

Wir zeigten im ersten Kapitel unserer Auseinandersetzung, wie wenig sich schon der junge Kapitalismus um die nationalen Grenzen kümmern konnte, wo er bei der Staatsbildung durch militärische oder wirtschaftliche Gründe über die Grenzen der eigenen Nation hinausgetrieben wurde. Der Imperialismus verstärkte aber ungeheuer den Drang der kapitalistischen Bourgeoisien, die nationalen Grenzen zu überschreiten. Dieser Drang ist die grundlegende Tatsache des Imperialismus, seine grundlegende Tendenz. Der Imperialismus beginnt eben dort, wo sich die Bourgeoisie nicht mit der Ausnutzung der Ware Arbeitskraft der eigenen proletarischen Volksgenossen, der Heranziehung fremder Proletarier in das eigene Land, der Ausbeutung fremder Völker durch friedlichen Warenexport begnügt, wo ihre wirtschaftlichen Kräfte so gewachsen sind, dass sie sich an die Aufgabe wagt, in fremde, noch unentwickelte Länder Kapital zu exportieren, um sie später politisch zu beherrschen, unter eigener Staatshoheit ihre Volkskraft und ihre Produktionsmittel sich nutzbar zu machen. Was im Zeitalter des jungen Kapitalismus Resultat des Zwanges gewisser geographischer Tatsachen war, nämlich die Überschreitung der nationalen Grenzen, das ist jetzt Grundtatsache.

Sie äußert sich in der mannigfachsten Form. Die imperialistischen Staaten erobern *Kolonien*, d. h. Länder auf so niedriger Stufe wirtschaftlicher Entwicklung, dass sie keine eigene Bourgeoisie, kein eigenes Kapital haben. Da aber das nationale Bewusstsein ein Produkt der kapitalistischen Entwicklung ist, und ohne sie nicht existiert, so äußert sich die koloniale Tätigkeit vorerst nicht in nationaler Unterdrückung, ja, oft führt erst die koloniale Tätigkeit zum Verschmelzen des Bewusstseins besonderer Stammeszugehörigkeit in ein allgemeines nationales Bewusstsein. Was natürlich erst Resultat eines langen Prozesses ist.

Wenn *Karl Kautsky* in seiner Broschüre über „Nationalstaat und Imperialismus“ daraus schließt, dass somit der Besitz von Kolonien einen imperialistischen Staat nur zum Kolonialstaat macht, aber keinesfalls zum Nationalitätenstaat, so vergisst er dabei zwei Tatsachen, die

den Zweck seiner Feststellung aufheben. Erstens ist es eine Frage der Zeit, wann die wirtschaftliche Entwicklung in den Kolonien bei den Eingeborenen das nationale Bewusstsein schafft. In Indien und Ägypten bildet es sich schon bei der Oberschicht der Eingeborenen, und die koloniale Tätigkeit beginnt dort schon als national empfunden zu werden. Das wird das englische Imperium vor nationale Fragen stellen. Ebenso liegen die Dinge in Niederländisch-Indien. Aber schließlich ist das nicht das Wichtigste. Der Zweck der Kautsky'schen Feststellung war, den Nationalstaat als die beste und dauernde Form des kapitalistischen Staates vorzuführen. Aber unabhängig von der Entstehung kolonialer Nationalfragen, die ihm diesen Charakter rauben, gibt der Besitz der Kolonien auch dem Nationalstaat einen ganz anderen Charakter.

Frankreich ist der „ideellste“ Nationalstaat Europas. Würde es sich aber wegen seines Kolonialbesitzes in den Krieg stürzen, so würden, selbst wenn eine Niederlage die nationale Unabhängigkeit Frankreichs in Frage stellen würde, die französischen Proletarier, indem sie die Unabhängigkeit „ihres“ Staates verteidigen, auch den Besitz der Kolonien, um die der Krieg ausgebrochen wäre, verteidigen. Denn würden sie unter der Leitung der herrschenden Klassen in den Krieg treten, so würden die Ziele dieser Klassen ihm den Charakter des nationalen Verteidigungskrieges nehmen. Es handelt sich nicht um die nackte Frage, ob der imperialistische Staat vorerst national „rein“ bleibt, sondern um das, was er besitzt, was er verteidigt; ganz abgesehen von der Frage der historischen Notwendigkeit des kapitalistischen Staates überhaupt bei dem jetzigen Grad der wirtschaftlichen Entwicklung, die wir schon kurz behandelt haben.

Vor dem Weltkriege nahm man an, dass die staatlichen Änderungen, die der Imperialismus mit sich bringt, nur in den fremden, unzivilisierten Kontinenten, in Afrika und Asien, vor sich gehen werden. Die Erfahrungen des Krieges haben gezeigt, dass, wenn auch die Ziele des Imperialismus außerhalb Europas liegen, die Wege zu ihnen über die Änderung der europäischen Staats- und Machtverhältnisse führen. Der deutsche Imperialismus erkannte auf einmal, dass alle seine außereuropäischen Erfolge Scheinerfolge sind, solange die englische Flotte die Nordsee beherrscht, weil sie ihn jederzeit von seinen Kolonien, von den Weltmärkten abschneiden kann. Will er eine wirkliche Freiheit des Handelns, der Expansion, besitzen, dann muss er durch die Verlängerung der deutschen Küsten, durch Schaffung von maritimen Stützpunkten, durch eine starke Flotte die „Freiheit der Meere“ für sich erlangen.

Wenn der deutsche sozialdemokratische Parteiausschuss in seinen vorjährigen Leitsätzen die Freiheit der Meere als Ziel der deutschen Arbeiterklasse aufstellte, es aber auf dem Wege des Vertrages erreichen wollte, so ist das nichts als pure Flunkerei. Wenn der Parteiausschuss wirklich recht hätte, so dürfte man dennoch nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, dass Englands Kapital niemals auf dem Wege des Vertrages auf so bedeutende Druck- und Herrschaftsmittel verzichten wird, wie es die Möglichkeit der Blockade seines größten Konkurrenten ist. Die Freiheit der Meere bedeutet in erster Linie Entscheidung über die Zukunft Belgiens und somit die Entstehung einer nationalen Frage inmitten Westeuropas. Darin haben die Reventlows tausendmal mehr recht, und wenn die Sozialpatrioten sie deswegen schelten, so nur, weil sie selbst ein Interesse daran haben, diese Konsequenzen zu verhüllen. Aber nicht nur nach Westen will der deutsche Imperialismus freie Hand haben: er muss auch einen sicheren Rücken haben im Osten, wenn er frei operieren will.

So entstand für ihn die Frage eines unabhängigen Polens, d. h. eines von Russland unabhängigen Polens, wie sich der Sozialimperialist Haenisch kürzlich mit unbewusst naiver Ironie ausdrückte. Wenn diese Frage im Sinne des deutschen Imperialismus gelöst wird, so wird für Deutschland eine neue nationale Frage im Osten entstehen oder verstärkt werden. Da das unabhängige Polen ein militärisches Vorwerk gegen Russland sein würde – die deutsche

Regierung hat diesen seinen Charakter offen bekannt –, so könnte sie den Polen beim besten Willen keine Entscheidungen über alle die Fragen überlassen, die irgendwie die Existenzfragen des deutschen Imperialismus berühren. Und weiter: welche Einwirkungen die Existenz auch nur eines solchen Polens auf die nationalen Stimmungen und Bewegungen in Preußisch-Polen haben wird, welche Konsequenzen ein polnischer Pufferstaat für die preußische Politik haben würde, das alles bildet Bestandteile der Polenfrage, wie sie jetzt die deutsche Regierung eingestandenermaßen beschäftigt und die, im Sinne des Imperialismus gelöst, zur belgischen eine polnische Frage gesellen, den Charakter Deutschlands als eines Nationalstaates also völlig aufheben würden.

Die russische Arbeiterschaft gegen den Sozial-Chauvinismus.

2.

Gegen den Sozial-Chauvinismus sind alle wichtigsten Artikel der „Woprosy Strachowina“ gerichtet, seit ihrer ersten Kriegsnummer. Keine einzige Minute hat dieses Arbeiterorgan geschwankt. Gegen die Opportunisten, gegen die Renegaten – sowohl die russischen wie auch die westeuropäischen – das ist unsere Parole. So schreibt die Redaktion noch in der Nr. 11 der Zeitschrift.

Vor dem Kriege genoss die deutsche Sozialdemokratie besonderes Ansehen bei der russischen Arbeiterschaft. Darum galt es, das Verhalten der offiziellen deutschen „Sozialdemokratie“ in erster Linie zu geißeln. Das hat die Zeitschrift auch getan. Aber schon im ersten programmatischen Artikel, der dieser Aufgabe gewidmet ist, lesen wir:

„Die deutschen Sozialpatrioten ergehen sich jetzt gerne über die französischen Sozialpatrioten und umgekehrt. Auch die russischen Sozial-Chauvinisten – die Herren Potressow, Tscherewanin – üben gerne Kritik an den deutschen Sozial-Chauvinisten. Aber tatsächlich propagieren diese Herren ganz dieselben Ideen. Und darum ist eine solche „Kritik“ durch und durch gefälscht. Die deutschen Sozialpatrioten zu geißeln haben nur diejenigen Sozialisten das Recht, die nicht selber ganz dasselbe Verhalten gezeigt haben.“

„Plechanow“, lesen wir in demselben Artikel, „ist der russische Südekum, Scheidemann ist der russische Plechanow. Alle Sozial-Chauvinisten in allen Ländern sind einfach Zwillingenbrüder.“ Guesde, Scheidemann, Hyndmann, Legien, Plechanow, Vandervelde werden in der schärfsten Weise angegriffen.

In einem andern Artikel erklärt sich der Autor solidarisch mit den Linksradikalen. Der Artikel polemisiert gegen die nationalliberale Monatsschrift des Herr Peter Struwe, die erklärte: die Position der *offiziellen* deutschen und französischen Sozialdemokratie gegenüber dem Krieg sei „natürlich und vernünftig“, aber das Auftreten von Luxemburg und Liebknecht sei „widersinnig“ usw. Ganz gewiss habt ihr Recht von eurem bürgerlichen Standpunkt aus! – erklärt die Zeitschrift „Woprosy Strachowania“. Die Scheidemänner und Südekums sind nur vorübergehend eure Feinde. Aber in der Hauptsache sind sie eure besten Freunde. Sie wollen die Arbeiterschaft vom Sozialismus zum Liberalismus führen. Und das ist ein Sieg der ganzen Bourgeoisie – der deutschen, wie der russischen. Wir verstehen, warum ihr, russische kontrarevolutionäre Nationalliberalen, für Scheidemann und Südekum, aber gegen die Linksradikalen auftrittet. Die Anhänger der Linksradikalen sind die einzigen Sozialisten in Deutschland. Und nicht nur die Südekums, sondern auch die Linksradikalen finden zu eurem Bedauern Nachfolger in Russland.

„Der Nationalliberalismus, das ist die richtige Quelle, aus der der jetzige Sozial-Chauvinismus seine Argumente schöpft. Das ist eine Tatsache, die man jetzt nicht nur in Russland konstatieren kann, sondern auch im allgemein europäischen Maßstabe“.

In zwei weiteren Artikeln, betitelt „Zur Frage der Ursachen des Zusammenbruches“, wird bewiesen, dass der Sozial-Chauvinismus ein Ausfluss des Opportunismus und eng mit demselben verbunden ist. Noch in den berüchtigten „Voraussetzungen des Sozialismus“ hatte der Vater des Revisionismus, Eduard *Bernstein*, schon im Jahre 1899 ein umfassendes Programm der „sozialdemokratischen Auslandspolitik“ aufgestellt, das sämtliche sozialpatriotischen Postulate enthält. Im Jahre 1907, auf dem internationalen Kongress zu Stuttgart, ist die ganz opportunistische Richtung, d. h. die Revisionisten aller Länder, für die „sozialistische“ Kolonialpolitik aufgetreten. Das war der Anfang des jetzigen Sozial-Chauvinismus.

Aber Guesde, Plechanow, erwidert man uns, sie waren doch keine Opportunisten. Es kommt nicht auf einzelne Personen an, antworten wir, sondern auf die Richtungen. Eduard Bernstein war auch einst eine Stütze des Marxismus und dessen ungeachtet ist er später Führer des Opportunismus geworden. Struwe war früher Sozialdemokrat. Leo Tichomirow war Revolutionär und Terrorist, jetzt aber ist er frommer Monarchist.

Die Zeitschrift der russischen Arbeiterschaft kritisiert weiter auch die Richtung des „Zentrums“. Das deutsche „Zentrum“ stimmt jetzt sogar gegen die Kriegskredite; denn jetzt hat Hindenburg das deutsche Vaterland schon genügend „verteidigt“. „Haase, Bernstein und Kautsky begnügen sich mit friedlichen pazifistischen Phrasen; Südekum, David, Legien und Scheidemann – das sind Männer der sozial-chauvinistischen *Tat*.“

Das Blatt bekämpft auch in Russland nicht nur die offenen Sozial-Chauvinisten – die Plechanow, Potressow, Maßlow, Lewitzki, Gwosdiew – sondern auch die „gemäßigte“ patriotische Richtung von Tscheidze u. a. m., die sämtlich für die freiwillige Teilnahme der Arbeiter an den Kriegsindustriekomitees auftreten.

Bisher pflegte die Pariser russische s. d. Zeitung „Nasche Slowo“ den Abgeordneten Tscheidze in Schutz zu nehmen. Sie meinte, er sei ein „gemäßigter“ Internationalist. Jetzt hat sich aber dieser Tscheidze als gemäßigter „Patriot“ öffentlich entpuppt. Er ist im Kaukasus in Volksversammlungen aufgetreten, um Beschwichtigungsreden zu halten und Resolutionen zu erwirken, die von den zarischen Behörden (den Gubernatoren) gutgeheißen sind. Die Redaktion des „Nasche Slowo“ (3. September 1916) schreibt jetzt darüber:

„Wir müssen offen erklären: Die Rolle des Abgeordneten Tscheidze in dieser Fahrt (nach dem Kaukasus), die unter dem Protektorate eines Gubernators, eines Hauptmannes, eines Pfaffen und eines Pristaws stattfand, sieht im höchsten Maße traurig aus. ... Um in den heutigen Verhältnissen eine solche Rolle zu spielen, brauchte man sich wirklich nicht an Zimmerwald anzuschließen. ...“

In Petersburg war die Rolle der „Richtung“ Tscheidze schon früher ganz klar. Ein aufrichtiger russischer Internationalist konnte nicht umhin, diese Richtung zu bekämpfen. Darum hat es auch die Zeitschrift „Woprosy Strachowania“ getan.

Wir wiederholen: Die „Woprosy Strachowania“ ist keine Parteizeitung, aber es ist eine Zeitung, die mit der Arbeiterschaft Russlands aufs engste verbunden ist. Ohne massenhafte Unterstützung seitens der Arbeiter, ohne Geldbeiträge könnte sie keinen einzigen Monat existieren. Viele Seiten sind von der Zensur vollkommen gestrichen. Aber auch das, was in der Zeitschrift stehen blieb, beweist zur Genüge, wie die russische Arbeiterschaft den Sozialpatriotismus hasst und verachtet.

Schwierig, unmenschlich schwierig, ist die Lage der revolutionären Internationalisten im zaristischen Russland. Aber die Avantgarde der Arbeiterklasse steht zu uns. Und das verleiht unserer Bewegung unausrottbare Lebensfähigkeit und Stärke. Die russische Arbeiterschaft wird ihre Pflicht gegenüber der Arbeiterinternationalen erfüllen.

G. Zinowiewf.

Sozialpatriotismus und Parteiopposition.

1. Die Notwendigkeit der Klärung.

Die Sitzung des französischen Parteyausschusses, die mit der Annahme einer Resolution endete, in der die festere Gestaltung der Kriegführung zwecks Erlangung eines schnellen und entscheidenden Sieges gefordert wird, macht es der deutschen Opposition in allen ihren Teilen zur Pflicht, eine klipp und klare Antwort zu geben, wie ihre Stellung zur Politik der französischen „Sozialdemokratie“ ist. Die deutsche Parteiopposition hat diese Pflicht der deutschen wie der internationalen Arbeiterbewegung gegenüber. Denn, um nur ein Beispiel zu nennen, die französischen Sozialpatrioten suchen den Kampf der deutschen klassenbewussten Arbeiter als Bestätigung für die Richtigkeit der Haltung des französischen Sozialpatriotismus auszunutzen, indem sie so die Prinzipientreue der deutschen sozialdemokratischen Arbeiter missbrauchen, um die Schädlichkeit der oppositionellen Tätigkeit der Vorkämpfer des Klassenkampfes in Frankreich zu beweisen; um die Durchhaltepolitik in Frankreich zu stützen, schädigen sie den Kampf der deutschen Arbeiter. Und dadurch wird die Frage von der Haltung der französischen Sozialpatrioten zur eigenen Frage der deutschen Opposition. Weiter: Die deutschen Sozialpatrioten berufen sich ihrerseits auf die Haltung der französischen, um zu beweisen, dass sie keine andere Politik, als die des Durchhaltens treiben können. Die deutsche Parteiopposition kann somit den deutschen Sozialpatriotismus nicht bekämpfen, ohne Stellung zum französischen Sozialpatriotismus genommen zu haben.

Bisher haben sich nur einzelne Genossen zu dieser Frage geäußert. So vor kurzem *Kautsky* und *Bernstein*. Beide erklären, dass die Politik der Sozialdemokratie im überfallenen Lande ganz anders sein müsse als die der Sozialdemokratie des überfallenden Landes. Dieser Standpunkt wurde vor einigen Monaten von einem pseudonymen „*Germanicus*“ in einer in Zürich herausgegebenen Broschüre, „*Der springende Punkt*“, vertreten. Der Verfasser gab ausdrücklich zu verstehen, dass die Haase, Kautsky und Bernstein seine Meinung teilen. *Germanicus*, der den Standpunkt der französischen Sozialpatrioten grundsätzlich teilt, wurde von der „*Humanite*“ als Schwurzeuge angeführt, obwohl der „*Humanite*“ bestimmt bekannt ist, dass *Germanicus* bis zum Kriege bürgerlicher Pazifist war, als Interpret des sozialistischen Standpunkts also von höchst zweifelhaftem Wert ist.

Mit desto größerer Wonne stürzt sie sich jetzt auf Ausführungen so bekannter Vertreter eines Teils der deutschen Opposition wie Kautsky und Bernstein. Dadurch fällt der *Arbeitsgemeinschaft*, als deren Vertreter die beiden Genossen gelten, die Pflicht zu, zu sagen, ob sie mit diesem Standpunkt einverstanden ist. Aber auch die entschiedene Opposition, die Gruppe „*Internationale*“ und die Internationalen Sozialisten Deutschlands (I. S. D.), müssen ihre Meinung äußern, obwohl für jeden Menschen mit gutem Willen der Standpunkt in der Frage eigentlich klar sein sollte. Denn selbst Liebknecht wird von den Renaudels in Anspruch genommen. Hier kann der Einspruch einzelner Genossen nicht genügen; hier ist eine offizielle Antwort nötig. Diese Antwort zu fordern, hat die unter sehr schweren Bedingungen kämpfende französische Parteiopposition alles Recht. Und wir wissen, dass ihr entschiedener Teil sie auch

erwartet. Und die Antwort muss klar und unzweideutig sein. Jede Rücksicht darauf, dass man in erster Linie mit den eigenen Sozialpatrioten zu kämpfen hat, ist hier verhängnisvoll.

Unser jetziger Kampf kann nur international geführt werden, und von den Schritten der sozialdemokratischen Opposition in Deutschland hängen die der französischen ab, und umgekehrt. Wie die französische sich nicht zum Schrittmacher des deutschen, so will sich auch die deutsche nicht zum Schrittmacher des französisch-englisch-russischen Imperialismus machen. Wir wollen hier kurz die Auffassung entwickeln, die nach unserer Überzeugung die der entschiedenen deutschen Opposition in diesen Fragen sein muss und tatsächlich ist.

2. Die Schuldfrage.

Die französischen Sozialpatrioten erklären in ihrem letzten Beschluss, dass es internationale sozialistische Pflicht sei, festzustellen, welche Regierung die angreifende war, um die Kraft der Proletarier aller Länder gegen sie zu richten, um die Völker vor der Entfesselung oder der langen Dauer des Krieges zu bewahren. Dieser Standpunkt ist als durch und durch schädlich abzulehnen!

Der Standpunkt des Sozialismus zum Kriege kann sich nicht auf die Frage beschränken, welche der kämpfenden Parteien der Angreifer war. Im Jahre 1848 propagierte Marx einen Angriffskrieg gegen Russland. Ob die Sozialisten einen Krieg unterstützen können oder nicht, hängt nicht davon ab, ob er ein Angriffs- oder Verteidigungskrieg ist, sondern vom Charakter des Krieges. Wenn die Revolution des Jahres 1848 ohne Krieg gegen Russland, das damals wirklich der Hort der Revolution war, nicht siegen konnte, so war es die Pflicht der Revolutionäre, diesen Krieg zu propagieren. Damit hat aber die jetzige Haltung des Proletariats zum Kriege nichts zu tun, da die heutigen Kriege unter völlig veränderten Situationen entstehen und keiner von ihnen imstande ist, dem sozialen Fortschritt zu dienen, der nur noch in sozialistischen Formen möglich ist.

In der Ära des Imperialismus geboren, war der jetzige Krieg das Ergebnis der Politik aller Regierungen, wurde er durch diese Politik vorbereitet. Diese Abc-Wahrheit musste doch selbst die Konferenz der Ententesozialpatrioten in London anerkennen. Welche Bedeutung kann angesichts dieser fundamentalen Tatsache die Frage haben, wer nun gerade den Funken in das gefüllte Pulverfass geschleudert hat? Gleichgültig ist sie gewiss nicht. Der Weltkrieg musste nicht absolut notwendig im August 1914 ausbrechen.

In der kurz nach dem Kriegsausbruch veröffentlichten Arbeit: „Der Krieg und die deutsche Politik“ schrieb Paul Rohrbach; „Wir brauchen nicht zu versichern, dass uns die Möglichkeit bewusst ist, wie unerwartete Ereignisse auch noch im letzten Augenblick eine andere Entwicklung der Dinge herbeiführen können. Die Zustände in Russland sind in innerpolitischer Beziehung so kritisch, dass unterrichtete Leute meinen, die russische Revolution habe noch gar nicht stattgefunden, sondern sie stehe noch bevor.“ (S. 67.) Das bedeutet: wäre der Krieg nicht im August 1914 ausgebrochen, die Zuspitzung der Verhältnisse in Russland hätte ihn eventuell auch im Jahre 1916 unmöglich machen können. Der Krieg hätte also auch eventuell an dem Termin nicht ausbrechen können, von dem die deutsche imperialistische Publizistik mit einem gewissen Recht behauptet, dass er der Termin sei, auf den die imperialistischen Kreise der Entente zum Losschlagen gewartet hätten.

Und Fürst Bülow schreibt in seinem Buche über die „Deutsche Politik“, es lasse sich nicht mit Sicherheit sagen, „ob, wenn im Juli 1914 die allgemeine Konflagration nicht eingetreten wäre, wir den Weltbrand später bekommen hätten, oder ob nicht vielleicht Ereignisse

eingetreten wären, die die Gefahr des allgemeinen Krieges wieder für absehbare Zeit ausgeschaltet hätten“ (S. 119.)

Wer die historische Notwendigkeit des Imperialismus für den Kapitalismus und die sich aus seinem Wesen ergebenden Kriegsgefahren hervorhebt, der muss keinesfalls deswegen in dem jetzigen Weltkrieg eine absolute Notwendigkeit sehen. Würde aber dieser Weltkrieg im Jahre 1914 noch verhütet worden sein, so hätte am Ende unter dem Einfluss der sozialen und politischen Entwicklung die Radikalisierung der Arbeiterbewegung, wenn doch wenigstens den Zusammenbruch der Internationale verhüten können. Der Weltkrieg ist also nicht nur das Produkt der allgemeinen imperialistischen Politik, sondern auch bestimmter Taten bestimmter Regierungen. Die Sozialdemokratie desjenigen Landes, die ihrer Regierung wird beweisen können, dass sie nicht nur durch ihre allgemeine Politik den Krieg hat vorbereiten helfen, sondern ihn durch bestimmte Taten zum Ausbruch gebracht hat, wird sich natürlich nicht mit allgemeinen Anklagen gegen das kapitalistische System begnügen dürfen, sondern sie wird die betreffende Regierung mit besonderer Wucht angreifen können. Aber das könnte trotzdem nicht in der Weise geschehen, dass dabei Regierungen von Schuld freigesprochen würden, die zwar jahrzehntlang den Krieg mit vorbereiten halfen, aber die Zeit zum Losschlagen im August 1914 noch für verfrüht hielten.

Es handelt sich für uns nicht um die ausgleichende Gerechtigkeit oder um agitatorische Bedürfnisse, sondern um viel wichtigere Dinge. Stellen wir uns einmal einen Augenblick auf den Standpunkt der französischen Sozialpatrioten, dass nämlich Deutschland der Angreifer in diesem Weltkriege gewesen sei. Hätte Frankreich, Russland, England deswegen, weil sie angegriffen worden wären, auf ihre bisherige imperialistische Politik verzichtet? Erstrebt Russland nicht den Besitz der Dardanellen und Armeniens, England nicht den Besitz Syriens usw.? Solange ein imperialistisches Land, weil es angegriffen wurde, seine imperialistischen Ziele nicht aufgibt, würde die ausschließliche Richtung der allgemeinen internationalen proletarischen Front gegen den noch so zweifelsfrei festgestellten Angreifer nichts anderes bedeuten, als die Solidarisierung der Internationale mit den imperialistischen Zielen des angegriffenen Lagers.

Natürlich werden uns die Renaudels, Sembats, Guesdes versichern, Frankreich verfolge in diesem Kriege keine imperialistischen Ziele, es verteidige sich nur. Aber wer von den französischen Sozialpatrioten wagt zu behaupten, dass die englische und russische Regierung keinen ausgesprochen imperialistischen Krieg führt? Sasonoff hat die Teilung der Türkei und Österreichs in der Duma offiziell als Regierungsprogramm verkündet; in England drischt Asquith zwar nur allgemeine Phrasen über die Vernichtung des preußischen Militarismus, aber in der einflussreichsten Presse werden die annexionistischen Programme mit einer Ungeniertheit propagiert, die den Vergleich mit der Tätigkeit der Schäfer, Reventlow usw. wohl aushält. Würden die Briand, Poincare auch wie Engel so rein sein, was könnten sie gegenüber dem Willen der englischen und russischen Regierung, die imperialistische Ziele in Europa und Übersee verfolgen, ausrichten? Wer sich in diesem Weltkriege rücksichtslos an die Seite des „angegriffenen Frankreich“ stellt, der stellt sich damit auf die Seite des Imperialismus der Entente, der Unterjochung von Völkern in Europa, Asien und Afrika, möge er auch noch so ehrlich glauben, dass er der „Menschheit“ und dem „Rechte“ diene. Die deutsche entschiedene Opposition darf sich nicht auf diesen Boden stellen und sie tut es auch nicht. Würde sie es tun, so würde sie sich zum Handlanger des Imperialismus der Entente machen und für ihre Taten vor dem Proletariat aller Länder verantwortlich sein. Sie würde mithelfen, die französischen Proletarier dem französischen Kapital auszuliefern. Denn wenn sie ihre Stellungnahme zum Kriege nur von der „Schuldfrage“ abhängig machen, die Politik des französischen Sozialpatriotismus als den Grundsätzen des Sozialismus entsprechend erklären würde, so würde mit zur Fortdauer des Krieges beitragen, in dem auch die französische Arbeiterklasse verblutet, in

dem das französische Kapital die Lasten den Rücken der französischen Proletarier aufbürdet, Lasten, unter denen es zusammenbrechen wird. Diesen Weg wird die entschiedene deutsche Opposition nicht betreten. Sie wird wie bisher ihren Kampf als einen solchen führen, der sich gegen das ganze kapitalistische System richtet. Sie wird mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln und Kräften den Kampf der sozialdemokratischen Opposition in den Ländern der Entente stützen, nicht vom Standpunkte einer nationalen Rückversicherung aus, sondern weil sie weiß, dass der Sieg des Proletariats über den deutschen Imperialismus allein, auch wenn er möglich wäre, die Quellen der imperialistischen Kriege nicht verschütten könnte. Das kann nur der Sieg des internationalen Proletariats überhaupt erreichen. Ebenso ist die Unterbrechung dieses Krieges durch die Bemühungen des abgesonderten Proletariats eines Landes unmöglich. Selbst wenn sich die deutsche Opposition zu der Rolle hergeben würde, dass sie im Einverständnis mit den Renaudels, die ihre Regierung stützen, die eigene stürzen wollte – es gibt in der deutschen Opposition keine so schlechten Internationalisten –, so wäre und bliebe das eine unmögliche Aufgabe. Das Bewusstsein der internationalen Isoliertheit würde der deutschen Opposition nicht erlauben, irgendwelchen nennenswerten Einfluss auszuüben.

Die französischen Sozialpatrioten werden mit ihrer Auffassung der Schuldfrage kein Gehör bei der deutschen Opposition finden, trotz der pseudosozialistischen Germanicusse, die in Wirklichkeit bürgerliche Pazifisten sind und waren, trotz der Kautsky und Bernstein, die den französischen Sozialpatrioten unbewusst in dieser Frage helfen.

Aus unserm politischen Tagebuch.

3. Oktober.

Der „Grundstein“, das Organ des Deutschen Bauarbeiterverbandes, veröffentlicht in seiner Nr. 19 dieses Jahres einen Artikel, in dem er die Zulassung ausländischer Arbeiter in Deutschland behandelt. Der Artikel schließt mit folgenden Worten des Verfassers, der zwar nicht genannt, von der Redaktion aber als „einen ganz besonders guten Kenner des Ausländerunfugs in Deutschland“ bezeichnet wird: „Die Erfahrungen während des Krieges haben wieder bestätigt, was wirkliche Kenner des Auslandes schon lange vorher behauptet haben: dass man nämlich die romanischen Herrschaften und auch die andern nicht durch Vernunftgründe zu einer gerechten Stellungnahme uns gegenüber bewegen kann, und auch nicht durch anständiges Verhalten. Viel mehr Erfolge erzielt man durch einen gutgezielten Fußtritt.“

Auf diese Weise legen die Sozialimperialisten um August Winnig den Grundstein zur neuen Internationale!

*

Es ist immer nützlich, in den Protokollen der *Sozialdemokratischen Parteitage* zu blättern. Da hat in Mannheim 1906 ein Genosse aus Berlin den Antrag gestellt, in der Präsenzliste des Parteitages außer Namen, Wohnort, Wahlkreis und Parteistellung auch die jeweiligen Berufe der Delegierten (ob Parteibeamter, Gewerkschaftsbeamter, Kaufmann, Tischler usw.) möglichst genau anzugeben. Der Antrag wurde nicht genügend unterstützt. Man wusste wohl, warum! Man könnte sonst heute einwandfrei feststellen, dass die Parteitage nur noch Tagungen der Bürokratie waren, woraus sich freilich vieles sehr leicht erklärt hätte.

Feuilleton

Eine Freundschaft.

Von W. Rüscher (Berlin).

Richard Wagner: Briefe an Hans von Bülow. Jena 1916. Eugen Diederichs Verlag. Preis brosch. 7 Mk; geb. 9,20 Mk.

Hans von Bülow, der geniale Kapellmeister, der der Kunst Wagners in Deutschland kühn die Bahn brach, verhetzt und verfolgt von einem Heer von Feinden, ist eine der tragischsten Gestalten im Leben Wagners. Während Wagner, als die Deutschen seine Kunst verfemten, immerhin noch im Auslande Stätten seiner Wirksamkeit finden konnte, wo er wenigstens von der unmittelbaren Wirkung der allgemeinen Hetze verschont blieb, hatte der Kapellmeister keine andere Wahl, als entweder den Kampf gegen das gesamte musikalische Offiziösentum Deutschlands aufzunehmen, oder auf seine Lebensaufgabe zu verzichten. Bülow wählte den Kampf und er hat ihr unter unsagbaren Opfern geführt, bis zu dem Augenblicke, da sein tragisches Geschick sich erfüllte. Aber da war Wagners Stern auch für Deutschland aufgegangen und eilte seinem Zenith zu: der sieghaften Tat von Bayreuth. Bülow war ein Kämpfer, einer, der keine Widerstände kannte, die nicht zu überwinden gewesen wären, um der verfemten Sache zum Siege zu verhelfen, der seine Mission mit lodender Begeisterung durchführte, nachdem er sie einmal als seine Lebensaufgabe erkannt hatte. Selbst ein produktiver Künstler, wenn auch untergeordneten Grades, eine feinsinnige musikalische Natur, besaß er alle Fähigkeiten des geborenen Dirigenten, die Kunstwerke zu seinem eigenen persönlichen Besitz zu machen und das Erworbene der Mitwelt in seiner ganzen ungetrübten Klarheit und Kraft zu vermitteln. Die Kunst Wagners war ihm Erlebnis geworden, und als Erlebnis bot er sie seiner Zeit dar. Man muss dies Verhältnis Bülows zur Kunst Wagners fest im Auge behalten, man muss darüber im Klaren sein, dass Bülow durch diese Kunst erst selbst wurde, dass sie in ihm erst alle seine großen Künstler- und Kämpfergaben auslöste, wenn man das Freundschaftsverhältnis Bülows zu Wagner in seinen rätselvollen Eigenheiten begreifen will. Es ist wahr: Bülow opferte Wagner alles, und die Eigenart Wagners, seine Freundschaft in jedem Falle ganz wesentlich von der Opferwilligkeit der Freunde bestimmen zu lassen, forderte von Bülows restloser Hingabe schließlich mehr, als er jedem anderen seiner Freunde zuzumuten gewagt hätte. Aber man kommt über das Oberflächlichste dieser Freundschaft nicht hinweg, wenn man nicht bis auf den Grund des gemeinsamen Werkes dringt, das die beiden Künstler einte; zudem verliert man sich sonst in übelste Leumundereien, die weder zum Verständnis des einen noch des anderen irgendetwas beitragen. Gewiss: Wagner presste seine Freunde aus und trug auch nicht die geringsten Bedenken, sie wie verbrauchte Zitronen beiseite zuwerfen, wenn sie ihm nicht mehr nützen konnten. „Wagner weiß nur so lange von den Menschen, als er sie braucht,“ berichtet Peter Cornelius über ihn. Der „Meister“ war darin ein über alle Skrupel erhabener Egoist. Aber dieser Egoismus wurzelte trotz allem in dem Künstlertum Wagners. Die Opfer, die er von seinen Freunden forderte, forderte er letzten Endes nicht für seine Person, sondern für seine Kunst. Es ist über alle Maßen ergreifend, wie alle seine Gedanken, alle seine Wünsche und Hoffnungen, seine Klagen, Enttäuschungen und Verzweiflungen, seine unscheinbarsten Worte, alle seine Empfindungen, all sein Ringen und Kämpfen aus der einen Quelle fließt: der Sorge um seine Sache, und immer wieder dahin zurückströmt. Und wenn er schließlich mehr forderte, als sich mit den landläufigen Begriffen von Anstand und Sitte verträgt, so muss man bedenken, dass er als Verbannter, Verachteter, Verfemter im Auslande ein unstabiles Leben führen musste, dass er, voll galliger Ironie, von Paris aus schreiben durfte, sich eines Tages noch an den Kaiser der Franzosen wenden zu müssen: Ich heiße so und so, und von mir stammen Werke, welche jeder Deutsche angehört hat und anhört, mit einziger

Ausnahme desjenigen, der sie geschaffen hat und der Sie nun angeht, ihm die Möglichkeit zu verschaffen, seine eigenen Werke zu hören. Man mag bedenken, dass Wagner lange Jahre hindurch, in denen in seiner Künstlerseele die grandiosesten Musikwerke reiften, als armseliger Schlucker in der Verbannung ein trostloses Dasein fristen, dass er selbst seiner Kunst die unerhörtesten Opfer bringen musste. Die Zeit forderte von ihm die letzten Reste seiner Kraft; warum sollte er von seiner Umwelt weniger verlangen? Warum vor allem von denen, die seine Freunde waren?

Die Briefe Wagners an Hans von Bülow verraten auf jeder Seite, dass es Wagner in seinem Verhältnis zu Bülow ganz wesentlich um die Sache ging. Es sind wenige Briefe in dieser Sammlung, die nicht von den täglichen und stündlichen Sorgen zeugen, die dem Künstler aus seinen Werken erwachsen: immer wieder das Verhandeln mit Verlegern, Direktoren, Sängern; immer wieder das Drängen nach Taten, nach Aufführungen und Arrangements, das verzweifelte Sehnen nach einer ungestörten Arbeitsstätte; immer wieder die materielle Not. Und immer wieder der Ruf nach dem Freunde, dass er ihn in seiner Einsamkeit und psychischen Verstimmung aufheitere, damit er wieder Kraft zum Schaffen schöpfe. Nur wenige Briefe, in denen er mit Bülow, dem Kapellmeister, über den musikalischen Gehalt seiner Werke, nur ganz vereinzelt, in denen er mit ihm über seine Weltanschauung spricht. Es sind die Sorgen und Nöte des alltäglichen Lebens, die er dem Freunde mitteilt; aber aus solchem Tatsachenmaterial gewinnt man tiefere Einblicke in die sozialen Notwendigkeiten, die bestimmend auf des Künstlers Wesen einwirkten, als aus seinen Abhandlungen über seine Weltanschauung und seinen gänzlich verworrenen Gedanken über soziale Fragen. Es ist eine alte Erfahrung, dass Künstler über sich selbst nur selten hinreichend orientiert sind. Ihr Gebiet ist das künstlerische Gestalten, nicht aber die philosophische Reflexion. Und schließlich beruht der eigentliche Wert brieflicher Dokumente doch darin, dass sie als authentisch-biographisches Material das Verständnis für das künstlerische Schaffen vertiefen helfen. Zwar ist bekannt, dass gerade das dokumentarische Erbe Wagners nicht mit der Gewissenhaftigkeit und Vorurteilslosigkeit verwaltet wird, die eine allseitige und gründliche Kenntnis des Künstlers erfordert. So ist mit einiger Sicherheit anzunehmen, dass auch die vorliegende Briefsammlung nicht vollständig, sondern durch die Zensur des Hauses Wagners erheblich zurechtgestutzt worden ist. Denn gerade das Verhältnis Wagners zu Bülow berührt jenen empfindlichen Punkt, der selbst eifrigen Wagnerverehrer einige Schmerzen bereitet. *Dass* und weit mehr noch *wie* Cosima von Bülow Frau Cosima Wagner wurde, ist eine der peinlichsten Angelegenheiten im Leben des „Meisters“; denn erstens war das Verhältnis Wagners zu Frau von Bülow von Anfang an weit ernster als sein Verhältnis zu irgendeiner anderen Frau, selbst zu Mathilde Wesendonck, was in Bezug auf Wagners Frau eine höchst heikle Sache war. Durch alle die Schmähungen und Verleumdungen, Verdrehungen und Entstellungen, mit denen eine feile Wagnerkamarilla Frau Minnas Andenken beschmutzt hatte, konnte doch nicht verhindert werden, dass das Bild dieser armen, schlichten Frau in allen seinen tragischen Zügen klar erkennbar freigelegt wurde. Nachdem der Bann von Bayreuth gebrochen ist, haben sich auch unter den bürgerlichen Wagnerbiographen die Stimmen gemehrt, die der ersten Frau des Künstlers die Gerechtigkeit widerfahren lassen, die ihr nach all den ungeheuren Opfern, die sie ihrem Manne gebracht hat, gebührt. Danach ist es nichts als eitel Legende, deren Quellen gewiss trübe genug fließen, dass Frau Minna der Kunst Wagners verständnislos gegenübergestand, womit dann von einem „erhöhten“ Standpunkte aus dem „Meister“ für seinen Verkehr mit gleichgesinnten und geistig ebenbürtigen Frauen der erwünschte Freibrief ausgestellt ist.

In Wahrheit hat Frau Minna den Künstler Wagner geheiratet, wie er die Künstlerin nahm. Und diese Frau hat ihrem Gatten in den schwersten Jahren seines Lebens, da der Bann einer ganzen Welt auf ihm lastete und der Hunger sein ständiger Gast war, treu und opfermutig zur Seite gestanden. In diesen Jahren bitterster Not nahm sie vollen Anteil an dem Schicksal des

Gatten wie an seiner Kunst. Und bis zuletzt hat sie in Verehrung zu dem Künstler Wagner aufgeschaut. Ihre krankhafte Gereiztheit hat ihr – je länger je mehr – gewiss den klaren Blick für die tatsächlichen Verhältnisse geraubt; allein Wagner bot ihr durch seinen Verkehr mit den Frauen auch stets neuen Anlass zum Misstrauen, so sehr er sonst auch um ihre Gesundheit besorgt war. Er folgte hemmungslos seinen Liebestrieben, deren Konflikte eine wesentliche Quelle seiner Schaffenskraft waren. Und so schonte er Frau Minna auch nicht, als sein Verhältnis zu Cosima von Bülow sich immer entscheidender gestaltete. Dieses Verhältnis wird aber dadurch noch besonders kompliziert, dass es sich um die Frau des Freundes handelte, der Wagner am treuesten ergeben war.

Es ist wohl richtig, dass Frau Cosima zu Hans von Bülow nicht passte. Als Tochter Liszts, dessen Künstlerschaft auf der Höhe ihres Ruhmes stand, als eine Herrschernatur von seltener Energie, ein ungestümes Temperament, das Wagner einmal scherzhaft aber treffend Ma-zepparoß nannte, mochte sie in der Tat mit ihrem Los, die Gattin eines Künstlers untergeordneten Ranges zu sein, heftig genug hadern. Auch hatte Peter Cornelius wohl recht, indem er schrieb: „Bülow's Heirat war ein Freundesopfer, das er seinem Meister Liszt brachte“. Aber alles das rechtfertigt noch nicht das Verhalten Wagners, dem Freunde gegenüber in der persönlichsten Angelegenheit selbst dann nicht einmal das nötige Vertrauen zu schenken, als alle Welt bereits hinter sein und der Frau von Bülow Geheimnis gekommen war. Und Bülow dachte nicht entfernt daran, dass der Freund sein Vertrauen irgendwie missbrauchen könnte. Selbst als Frau Cosima im Jahre 1865 einem Kinde Wagners das Leben schenkte, hatte er noch nicht den geringsten Verdacht. So musste der Schlag, als das Geheimnis nicht mehr zu verheimlichen war, doppelt schwer treffen. Bülow willigte in die Ehescheidung, nur stellte er die Bedingung, dass erst zwei Jahre bis zur Verheiratung Wagners und Cosimas vergehen sollten. Die beiden schlugen ihm diese Forderung ab.

Es ist ohne Zweifel, dass Bülow auch in diesem Falle im Wesentlichen der Sache, der er sein Leben geweiht hatte, zu dienen suchte. Er fürchtete, dass der Skandal, der unvermeidlich war, es ihm unmöglich machen würde, fernerhin für Wagners Werk kämpfen zu können. Und er hatte sich nicht getäuscht. „Indem nach dem Verlauf, den die Dinge nunmehr im Angesicht der Welt genommen hatten, seine Münchener Stellung unhaltbar geworden, es ihm überhaupt nicht mehr möglich war, künftighin als Pionier für Wagners Kunst zu wirken, war die Axt an seine Lebenswurzel gelegt. Nicht die Ehetragödie, die Freundestragödie hatte ihn gebrochen, ja fast an den Rand des Todes geführt. Mitte Juni 1869 schloss er mit einer Wiederaufnahme des Tristan, der ersten nach Schnorrs Tode, seine ruhmreiche Münchener Tätigkeit ab, schickte auch seine beiden Töchter zur Mutter nach Tribschen, um selbst einsam und heimatlos in die Fremde zu ziehen“ (Julius Kapp „Richard Wagner und die Frauen“.)

Für Bülow war das Schaffen im Dienste Wagners, der Kampf für seine Kunst, Lebensbedingung. Das wars, was ihn mit Wagner verband; das wars auch, was ihn zu jedem Opfer befähigte. Für Wagner war Bülow eines der vielen Opfer, die er forderte, um sein Lebenswerk beenden zu können; Bülow kannte nur den Meister und sein Werk; sein Glück floss aus dieser einen Quelle. Er förderte sich, indem er den Meister förderte, und er beglückte sich, indem er ihn beglückte. Sein Blick war ausschließlich auf das Werk des Freundes und damit auf den Freund gerichtet. Wagner wusste das und erwiderte die Freundschaft um dieser Eigenschaft Bülows willen. Aber er dachte nicht daran, dass der Freund auch ein Anrecht auf seinen Lebensboden hatte. Er entzog ihm diesen Boden kurzerhand, um den Weg zu seinem eigenen Glück nicht zu verlängern. Wagner konnte ohne Bülow leben; Bülow ohne Wagner niemals. Es ist die Tragödie einer Freundschaft, die auf der Gemeinsamkeit der künstlerischen Interessen beruhte, aber nicht den Weg zum Herzen fand. Wagner beklagt sich oft in seinen Briefen an Bülow über dessen kurze, wenig herzliche Art, zu antworten. Bülows Leben war dem Künstler Wagner gewidmet. Wagner, der Mensch, lag nicht im Brennpunkt seiner Lebensglut.

Diese Freundschaft war voll Treue und Verehrung auf der einen, voll Zuneigung und Hingabe auf der andern Seite. Aber keiner fand den Weg zum Herzen des andern. Trotz all der herzlichen Worte, die Wagner in seinen Briefen an Bülow verschwendet. Es fehlte in dieser Freundschaft die Ebenbürtigkeit der Kräfte, und darum konnte sie nicht von Dauer sein.

Man mag Wagner verurteilen, weil er den Freund verriet, und man mag über Bülow gering denken, weil er dem Freund gegenüber nicht die nötige Selbständigkeit bewahrte: das Wesen dieser Freundschaft ist damit nicht ergründet. Man findet den Schlüssel für ihr Verständnis erst, wenn man das Verhältnis der beiden Männer zu dem gemeinsamen Interessenkreis aufsucht und die besonderen Zeitumstände in Betracht zieht, die das Werk Wagners so eigenartig umgaben und beeinflussten. Die vorliegende Briefsammlung bietet ein wertvolles Hilfsmittel zum tieferen Eindringen in das Wesen Wagners. Schade nur, dass man ihrer Vollständigkeit und Vorurteilslosigkeit mit einigem Misstrauen begegnen muss, das noch vergrößert wird durch die zwar sehr umfangreiche, aber ebenso tendenziöse Einleitung, deren Verfasser sich ebenso im Verborgenen hält wie der Herausgeber der Sammlung. Ein Namen- und Sachregister, sowie Anmerkungen zum Text wären für das Verständnis der Briefe auch für den wertvoll, der in der Wagnerliteratur über das normale Maß hinaus bewandert ist.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Lüth); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 17/1917

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

1. Jahrg.

Bremen, den 14. Oktober 1916.

Nr. 17

Redaktion und Expedition: Waller Heerstraße Nr. 52. (Eing. Torweg).

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

Nach der Parteikonferenz.

2. Sozialpatriotismus gegen Sozialimperialismus.

Alle Reden der Vertreter der Politik des 4. August auf der Reichskonferenz bewegten sich in rein sozialpatriotischen Geleisen. Bei ihrer Lektüre fühlt man sich versetzt in die Atmosphäre des 3. August 1914, des Vorabends des Tages, von dem eine neue Karte in der Geschichte des deutschen Sozialismus beginnt. Damals entschloss sich die große Mehrheit der Reichstagsfraktion rein instinktiv für die Verteidigung des Vaterlandes. Sie fragte nicht nach dem Charakter des Krieges, nach seiner sozialen Bedeutung, sie erkannte auf einmal, dass sie – wie sehr auch früher die Scheidemänner auf Preußen als Sibirien schalten – innerlich zu diesem Staat gehört, durch ihre Interessen mit ihm verbunden ist, und trat für ihn ein. „Das Vaterland in Gefahr“ – das war für sie die einzige und vollkommen genügende Begründung. *Der Sozialpatriotismus war geboren.*

Dann begannen seine konsequentesten Köpfe, die Winnig, Kolb, Bloch, über den Sinn des 4. August zu spekulieren, sich und den andern seine Bedeutung klarzumachen. Sie entdeckten zuerst, dass ihre Tat die Vollendung der Entwicklung vom revolutionären zum reformistischen Sozialismus sei. Schon im September 1914 veröffentlicht Winnig im „Hamburger Echo“ einen Artikel, in dem er den 4. August als den Übergang auf den Boden des kapitalistischen Staates zwecks seiner allmählichen Reform erklärt – natürlich mit dem Ziele, ihn später einmal sozialistisch zu machen. Schon damals gibt er allen Revolutionsgedanken den Abschied. Und wie richtig er das Wesen des 4. August erfasste, beweist die Tatsache, dass der frühere radikale Konrad Haenisch in den Tagen, wo er noch über die Stellungnahme zum Kriege mit sich rang, in seinem an den Genossen Radek gerichteten, und dann gedruckten Brief sich zwar dagegen wehrte, dass die Politik des 4. August Reformismus sei, aber trotzdem sie faktisch ebenso erklärte wie Winnig.

Jetzt galt es, diesen Übergang der Partei rück- und vorwärtsschauend zu begründen. Der radikale Cunow gibt die historische, allgemeine Begründung, indem er in seiner Broschüre über „Parteizusammenbruch“ den Kampf gegen den Imperialismus mit dem Ziele, in

absehbare Zeit den Sozialismus zum Durchbruch zu verhelfen, als Marotte erklärt und als Ziel der Arbeiterklasse proklamiert, aus dem Boden des Imperialismus möglichst viel für sich herauszuholen. Paul Lensch konkretisiert die historische Begründung Cunows, indem er den Sieg des deutschen über den englischen Imperialismus als die Aufgabe der Arbeiterklasse darstellt. Kolb aber, und mit ihm der ganze alte revisionistische Stab, legen daraufhin die Rechnung vor: Wie wollt ihr, nachdem ihr euch jetzt mit voller Kraft für den kapitalistischen Staat eingesetzt, nachdem ihr auf jeden grundsätzlichen Kampf gegen ihn verzichtet habt, ihn in der Zukunft prinzipiell bekämpfen? Ihr müsst euch bewusst zum Reformismus bekennen, zusammen mit den Liberalen um Teilreformen kämpfen, aber für die Notwendigkeiten des Staates eintreten: für Kolonialpolitik, Rüstungen, Schutzzoll.

Dass die Revisionisten damit den Männern vom 4. August nicht mehr als die Konsequenzen der Politik des 4. August vorlegten, zeigt die Tatsache, dass bisher Radikale wie Lensch, Haenisch, Heinrich Schulz, Heinrich Cunow diese Konsequenzen akzeptierten. Lensch, indem er offen für die Kolonialpolitik eintritt, Haenisch und Schulz, indem sie den Bruch mit der „Demonstrationspolitik“ proklamieren, Cunow indem er mit keinem Worte dagegen protestiert, sondern Hand in Hand mit den genannten arbeitet. Wenn man bedenkt, dass es sich bei Cunow, Lensch und Haenisch um Männer handelt, die ein Vierteljahrhundert als radikale Sozialdemokraten gekämpft haben, dass ihnen der Bruch mit dem alten Standpunkt ganz gewiss nicht leicht wurde, dass sie aber als ehrliche Ideologen nichts anderes tun konnten, als bekennen, was ihre Politik bedeutet, so ist es klar, dass der Sozialimperialismus eine unentrinnbare Konsequenz des Sozialpatriotismus ist: der seiner selbst bewusst gewordene Sozialpatriotismus.

Wenn das Proletariat ein Interesse hat, den kapitalistischen Staat zu verteidigen, weil er erst die Bedingungen für den Sozialismus entwickeln soll, so kann es ihm die Notwendigkeit seiner Entwicklung nicht versagen, es würde doch sonst die Entwicklung der angeblich für den Sieg des Sozialismus notwendigen, jetzt noch nicht bestehenden Bedingungen hintertreiben, also den angeblichen Zweck der jetzigen „Verteidigung des Vaterlandes“ selbst zunichtemachen. Wie die kapitalistische Welt jetzt gestaltet ist, gelangt sie in vollkommene Stagnation, wenn sie sich nicht über ihre Grenzen hinaus entwickelt, die unentwickelten Völker nicht unterwirft. Sie muss imperialistische Politik treiben. Wenn diese Politik zum Wettrüsten, Schutzzoll, ja zum Weltkrieg führt, so muss das hingenommen werden, wenn man sich einmal auf den Boden des kapitalistischen Staates gestellt hat. Da diese sozialimperialistische Ideologie sich kristallisiert hat in der Zeit der großen Siege über Russland, der Vorbereitung der Balkanexpedition, kurz gesagt: in einer außerordentlich aussichtsreichen militärischen Situation, so fand sie einen sehr günstigen Boden in dem Lager des 4. August.

Wie sehr auch ein reiner Demagoge wie Scheidemann, oder ein reiner Taktiker-Organisator wie Ebert ein Grauen vor jeder theoretischen Festlegung empfinden, sie konnten nicht umhin, die Konsequenzen zu ziehen. In den Leitsätzen, die der Parteiausschuss im vorigen Sommer angenommen hat (die Sozialpatrioten möchten jetzt diese Leitsätze vergessen, es ist daher gut, wenn man sie immer an sie erinnert), erklärt der Parteivorstand als Kriegsziel der deutschen Sozialdemokratie die freie Tür in den Kolonien, die Freiheit der Meere, die weitere Existenz Österreich-Ungarns und der Türkei. Wie sehr er diese Ziele pazifistisch verbrämt, sie sind das Bekenntnis zu der imperialistischen Expansion. Dass der Parteiausschuss sich gegen die Angliederung Belgiens wendete, änderte nichts an dieser Tatsache, da das Lager der deutschen Imperialisten, das in Russland den Hauptfeind sieht, und an die Möglichkeit der Verständigung mit England glaubt, die *Rohrbachianer*, auch gegen die Annexion Belgiens ist. Auch die pazifistischen Phrasen änderten nichts an der Sache: *Der Sozialimperialismus war Trumpf*.

Diese offene Fahrt ins imperialistische Land wurde unterbrochen durch das Wachstum der Opposition innerhalb der Reihen der Sozialdemokratie. Die man eine kleine Sekte, Quertreiber wählte, entpuppten sich als die alten Kerntruppen der Partei. Die Herren vom Hauptstab sagten sich: wir verlieren den Einfluss auf die Arbeitermassen, wenn wir ihnen unser wirkliches Gesicht zeigen. Wozu sie reizen! Auf einmal werden sie doch die „neuen Notwendigkeiten“ nicht kapieren. Wir können sie nur abstoßen. Also besser, all die Kolonien, Garantien, Mitteleuropa, die auf sie wirken, wie das rote Tuch auf den Stier, beiseitelassen, und her mit den einfachen Losungen: Unabhängigkeit, Unversehrtheit und Freiheit der wirtschaftlichen Entwicklung! Dadurch dienen wir auch am besten dem Imperialismus, der nicht so sehr Bekenntnisse zu seinen Zielen, wie Unterstützung fordert. So hissen sie die rein sozialpatriotische Fahne.

Ja, sie beteuern, niemals für andere Zwecke eingetreten zu sein: Heilmann beteuerte es und Landsberg auch, und Noske ebenfalls. Es fehlt noch, dass es auch Lensch beschwört. Alle sind sie Männer nur der reinen Verteidigung. Aber da sie nicht sehr darauf rechnen können, dass man ihnen glaubt, kann man doch jedem mit einem Stoß „Papier“ aufwarten –, so erklären sie: die militärische Lage sei so, dass sie die Möglichkeit jeder imperialistischen Politik ausschließe. Aber diese Sachlage hat die „Frankfurter Zeitung“, ein dem Reichskanzler sehr nahestehendes, keinesfalls eisenfresserisches Organ, nicht gehindert, in ihrem Kommentar zu seiner Rede vom 28. September folgendes zu schreiben:

„Ob Herr v. Bethmann-Hollweg sich die Karte des neuen, aus dem Kriege geborenen Europa noch ungefähr mit der gleichen Grenzlinie denkt, wie er damals (am 5. April) unbestimmt andeutete, ließ sich aus seinen gestrigen Äußerungen nicht entnehmen. Er hat seine früheren Worte aber nicht zurückgenommen, so dass man bis aufs weitere zu glauben hat, seine auswärtigen Ziele seien im Wesentlichen dieselben geblieben.“

Das Blatt hat vollkommen Recht. Falls es den deutschen Heeren gelingt, den Ansturm der Ententetruppen abzuwehren, wird die deutsche Regierung nicht nur imstande sein, die Unabhängigkeit und Unversehrtheit des Reiches zu erhalten, sondern sie wird Kolonien bekommen, mehr oder weniger große Änderungen in Europa durchsetzen, freie Bahn für das mitteleuropäische Bündnis schaffen. Denn wenn es den Gegnern nicht gelingt durchzubrechen, so müssen sie mit den Tatsachen rechnen und Zugeständnisse auf dem Gebiete machen, um desentwegen es zum Kriege kam: auf dem Gebiete der imperialistischen Expansion. Keine der Regierungen kann nach Hause zurückkehren mit dem „status quo“, mit dem Zustand vor dem Kriege. Wenn eine Koalition die andere besiegt, dann wird sie auch ihr nationales Territorium nicht schonen, wenn es ihr zu ihren Zielen notwendig sein wird. Siegt keine, nun dann schonen sich die auf beiden Seiten ausschlaggebenden Großmächte und schließen den Frieden auf Kosten anderer. Wie denn der Reichskanzler mit vollem Recht am 5. April gesagt hat: „Einen status quo ante kennt man nach solchen Geschehnissen nicht“. Es kommt also aufs Durchhalten an, alles andere ergibt sich von selbst.

So ist die Lage. Indem die Sozialpatrioten gegen den Sozialimperialismus die Front der Konferenz gerichtet haben, haben sie ihm und der Regierung den größten Dienst geleistet, den sie ihm in dieser Beziehung leisten konnten. Wenn manche Zentrumsblätter der Sozialimperialisten spotten, sie hätten auf der Konferenz nicht gewagt, sich offen zu ihren Zwecken zu bekennen, so spotten sie ihrer selbst. Die Sozialimperialisten wussten sehr gut, was sie taten, als sie auf der Konferenz alle schwiegen und für die Resolution stimmten, die gegen die Annexionen protestiert, nachdem sich Haenisch kurz vor der Konferenz im „Vorwärts“ und Lensch in der „Glocke“ offen für Annexionen erklärt hatten. Die Herren sagten sich: Zuerst sollen die Delegierten, die bisher auf die Politik des 4. August nicht festgelegt waren, sich festlegen, dann werden wir ihnen allmählich zum Bewusstsein bringen, was dies bedeutet; auf diese

Weise werden die Instanzen gestärkt in der Durchhaltepolitik, auf die es den Sozialimperialisten und der Regierung in erster Linie praktisch ankommt. Alles andere kann man später in der Presse und in der Agitation nachholen, imperialistische Propaganda nach Herzenslust treiben. Der gute Parteivorstand wird wohl mal eine Lippe dagegen riskieren, unternehmen wird er jedenfalls nichts: er hat genug mit den Minster und Meyer zu schaffen oder anderen, die da glauben, die sozialdemokratische Presse sei wirklich für den Kampf um den Sozialismus da. Und wir sehen, wie Kolb, nachdem er auf der Konferenz für die Resolution gestimmt hat, die Konferenz verhöhnt, dass sie um den Hauptpunkt herumgeredet habe.

Was die „Sozialistischen Monatshefte“ und „Die Glocke“ noch sagen werden, wird sich gewiss in diesem Gleise bewegen. Aber trotz aller Kritik an der Konferenz, die die Sozialimperialisten der Zukunft wegen treiben, sind sie mit dem praktischen Ausgang der Konferenz zufrieden. Nicht minder die bürgerliche Presse. Kein einziges imperialistisches Blatt hat sich durch das Geschrei der Konferenz gegen die Annexionen irreführen lassen. Sie wissen, in der Politik kommt es auf Taten an, nicht auf Worte. Heißt die Tat: Durchhalten, so kümmert man sich um die Begründung nicht.

Das verstehen nur unsere braven unentwegten Zentrumsleute nicht, obwohl sie glauben, dass sie durch die Ablehnung der Davidschen Resolution gegen die Durchhaltepolitik kämpfen. Ihre Position auf der Konferenz wollen wir im Schlussartikel prüfen.

Staat, Nation, Imperialismus und Sozialdemokratie.

Im Zeitalter des Imperialismus.

Die nationalen Fragen.

Mit der Frage der Angliederungen erschöpft sich die Zahl der nationalen Veränderungen, zu denen der Imperialismus in Europa drängt, jedoch nicht. An den großen Imperien Englands, Russlands, der Vereinigten Staaten Amerikas gemessen, sind die Grundlagen des deutschen Imperialismus zu schmal. Militärisch wie wirtschaftlich. Die Idee eines mitteleuropäischen Bündnisses ist zwar erst im Weltkriege mit voller Wucht herausgearbeitet worden; trotzdem ist sie die Schicksalsfrage des deutschen Imperialismus. Als eine den großen Imperien Russland, England, Vereinigte Staaten ebenbürtige Macht steht und fällt er mit der Frage der Schaffung Mitteleuropas als einem staatswirtschaftlichen Organismus, womit weder gesagt ist, dass dieses Ziel verwirklicht wird, geschweige, dass es mit einem Schlage verwirklicht wird. Nur ein großes Gebiet kann dem deutschen Imperialismus die Produktion in einem großen Maßstabe ermöglichen, der für jeden Fall des zollpolitischen Zusammenschlusses Englands eine Konkurrenz mit großer Aussicht auf Erfolg erlauben und die Konkurrenz mit der wachsenden Industrie der Vereinigten Staaten ermöglichen wird. Nur eine solch großen Gebieten entsprechende Zahl von Einwohnern stellt die Zahl von Soldaten, die den großen kommenden Kämpfen des Imperialismus entspricht. Wohl würde diese Zahl auch auf Grund der Bündnisse erreicht, aber die bloßen Bündnisse gewähren kein entsprechend einheitliches Anziehen der Rekrutierungsschraube, noch eine einheitliche Ausbildung und Leitung der Heere. Selbst wenn der Weltkrieg nur mit einer militärischen Annäherung der mitteleuropäischen Mächte enden würde, müsste sie zu einer wirtschaftlich-rechtlichen Ausgleichung der Verhältnisse und schließlich zu einem engeren Zusammenschluss der Mächte führen, weil die militärische Vereinheitlichung eine entsprechende Regulierung der Kosten, des Eisenbahnwesens, der Militärgesetzgebung nach sich ziehen würde. Man kann der Idee Mitteleuropas noch so kritisch gegenüberstehen, es ist doch lächerlich, ihre Lebenskraft zu unterschätzen, wie es

Kautsky in seinem Buche über Mitteleuropa tut, wenn man nicht annimmt, dass das Proletariat schon heute oder morgen den Kapitalismus liquidieren wird. Und das kann keiner annehmen, selbst wenn er, wie wir es tun, die wirtschaftlichen Verhältnisse für reif hält, vom Sozialismus abgelöst zu werden. Der Prozess des Sieges über den Kapitalismus ist die Frage von Jahrzehnten, selbst wenn das entscheidende Ringen schon heute beginnen würde. Diese Zeit wird gleichzeitig die des Kampfes des Proletariats um seine, wie der Bourgeoisie um ihre historischen Ziele sein.

Die Verwirklichung des mitteleuropäischen Bundes wird aber selbst bei weitgehendster Selbständigkeit der bisherigen Staaten aus Mitteleuropa einen national gemischten Staatenbund machen. Denn wie die Dinge auch formell liegen werden, so wird die Erledigung der nationalen Fragen der Donau- und Balkanländer von entscheidendem Einfluss auf die Weltlage der deutschen Bourgeoisie sein, und die wird sich ihrerseits einen Einfluss auf sie sichern müssen. Irgendeine Beamtensprache in Böhmen oder Kroatien wird den Wiener Reichsrat nicht lahmlegen dürfen, wenn er eine Militärfrage zu erledigen habend wird. Aber nicht genug damit. Die Schaffung eines mitteleuropäischen Bundes ohne ein gemeinsames Parlament wird die Macht der Bureaucratie ungeheuer stärken und so die Reibungen der aufsteigenden bürgerlichen und kleinbürgerlichen Demokratie der jungen Nationen an der Donau mit der Staatsgewalt und untereinander – was schon bisher den Inhalt der nationalen Fragen im Südosten bildete – sehr vermehren. Wir sehen so, wie mit dem siegreichen Vormarsch des deutschen Imperialismus auf den von ihm beherrschten Gebieten eine nationale Frage nach der andern auftaucht.

Wäre das anders, wenn es den Mächten der Entente gelänge, zu siegen? Keineswegs! Sie würden ihre Position zu stärken suchen, damit der deutsche Imperialismus nicht mehr imstande wäre, gegen sie aufzustehen. Sie würden versuchen, ihn durch Annexionen, durch entsprechende Gestaltung der nationalen Dinge im Osten und Südosten zu schwächen. Die Annexion Elsass-Lothringens würde den Zweck verfolgen, der Entente zu ermöglichen, Süddeutschland von Norddeutschland im Falle eines nächsten Krieges militärisch zu trennen. Selbst wenn es wahr wäre, was die Presse der Entente behauptet, dass Elsass-Lothringen heute den Anschluss an Frankreich wünscht, so kann es doch keinem Zweifel unterliegen, dass ein Teil der dortigen Bevölkerung keinesfalls wünscht, dass er nach einer Annexion seitens Frankreichs an seinem Deutschtum festhalten würde und von der französischen „Demokratie“ schon aus militärischen Gründen unterdrückt wäre. Der russische Zarismus als Befreier „aller Polen“ würde ihnen gegenüber von seiner Nationalitätenpolitik nicht ablassen.

Was die Ruthenen Ostgaliziens (Ukrainer) betrifft, so erstrebt er die Herrschaft über sie direkt zum Zwecke der Unterdrückung ihrer nationalen Bewegung, die angesichts der Existenz von 20 Millionen Ruthenen in Russland den Charakter des russischen Staates bedroht, da die Großrussen nur dann eine knappe nationale Mehrheit besitzen, wenn die Ruthenen sich nicht zu einer selbständigen Nation entwickeln. Die Verwandlung Russlands in einen bürgerlichen Verfassungsstaat würde an all den Tendenzen nichts ändern, wie selbst die Demokratisierung Österreichs, in dem keine Nation eine Mehrheit besitzt, die nationalen Kämpfe nicht abgeschafft hat. Auf dem Balkan wird jeder Zustand, den dieser Weltkrieg bringen kann, die erbittertsten nationalen Kämpfe hervorrufen: der Sieg der Zentralmächte würde die Serben den Bulgaren und Österreich ausliefern; der Sieg der Entente würde die Unterdrückung der Bulgaren bringen.

So zeigt sich, dass der Imperialismus, der der Frage der Verteidigung selbst der reinsten Nationalstaaten ein ganz anderes Gesicht gegeben hat, zugleich einen ganzen Rattenkönig von nationalen Fragen gebildet hat oder noch bilden wird, die keinesfalls mit der Frage der Vaterlandsverteidigung erschöpft sind. Es handelt sich in Europa um das Verhältnis der

Verteidigung des Nationalstaates zur Verteidigung des kolonialen Besitzes, um die Bildung der Staatenbündnisse, um das Verhältnis zur nationalen Unterdrückung. Außerhalb Europas wird der Weltkrieg koloniale Bewegungen auslösen, sei es die der Auflehnung gegen die kapitalistische Herrschaft, sei es die des Zusammenschlusses mit den kapitalistischen Staaten.

Wir haben so kurz, wie es der Raum unseres Blattes erforderte, die Tatsachen und Tendenzen skizziert, die Rahmen dargestellt, in denen die Fragen behandelt werden müssen. Es ist nun nötig, die Stellung des Proletariats allen diesen neuen Fragen gegenüber zu untersuchen.

Sozialpatriotismus und Parteiopposition.

3. Die Kernfrage.

Von der Schuldfrage ausgehend, proklamiert der Nationalausschuss der französischen Sozialdemokratie als Prinzip der Internationale die „Anerkennung des Verteidigungsrechtes des Proletariats des angegriffenen Landes und die Pflicht des internationalen Proletariats, diese Anstrengungen zu unterstützen“. Wir wollen uns hier mit der Frage, inwieweit die französischen Sozialpatrioten das Recht haben, sich in dieser Frage auf den Standpunkt der Zweiten Internationale zu berufen, nicht befassen. Das würde wieder zur konkreten Besprechung der Schuldfrage führen, die wir uns an dieser Stelle versagen müssen. Wir wollen nur die Unsinnigkeit dieses Standpunktes kurz beweisen. Stellen wir uns also für einen Augenblick auf den Standpunkt der Landesverteidigung, unabhängig vom historischen Charakter des Krieges. Warum wollen die französischen Sozialpatrioten Frankreich verteidigen? Weil es angegriffen ist, antworten sie. Aber das ist noch keine Antwort. Würde es angegriffen werden, weil es einem andern Volke den Weg zur Freiheit versperrt, so würden sie es doch nach ihrer eigenen Ideologie urteilend nicht verteidigen dürfen. Jawohl, werden uns die französischen Sozialpatrioten antworten, wir verteidigen es, weil es niemand den Weg zum Lichte versperrt, weil es ein friedliches Land ist.

Ja, warum ist es nach der Meinung der Renaudel unfähig zu einer Gewaltpolitik? Weil es eine Demokratie, eine Republik ist – antworten sie. Wir teilen den Aberglauben nicht, als sei die bürgerliche Republik nur weil sie Republik ist, geschützt vor der imperialistischen Gewaltpolitik, und als sei dies besonders bei der französischen Republik der Fall. Aber angenommen, dass dem in der Tat so wäre, so verteidigen also die französischen Sozialpatrioten ihr Vaterland nicht aus irgendwelchen moralischen Gründen, aus reiner Entrüstung gegen den Überfall, sondern aus purem Interesse an der Republik und Demokratie, also einer Staatsform, die dem Proletariat gewisse Vorteile sichert.

Nun werden ihnen die deutschen Sozialpatrioten antworten: wir haben freilich keine Republik, unsere Staatsform ist noch nicht demokratisch. Aber verglichen mit dem russischen Zarismus sind unsere politischen Verhältnisse entschieden fortschrittlicher; sie ermöglichen dem deutschen Proletariat, den Klassenkampf mit geringeren Opfern zu führen, als das russische Proletariat unter der Knute des Zarismus vermag. Würde Russland einen Teil Deutschlands an sich reißen, so würde das deutsche Proletariat die Verschlechterung der politischen Bedingungen des Klassenkampfes erdulden müssen. Aber, werden die deutschen Sozialpatrioten weiter sagen, die politischen Bedingungen sind nicht die einzigen, die ökonomischen sind ganz gewiss nicht weniger wichtig. Würde Deutschland durch eine Niederlage in seiner wirtschaftlichen Entwicklung zurückgeworfen werden, so würde dieser Schlag auch die deutsche Arbeiterbewegung zurückwerfen. Und deswegen müssen wir unser Vaterland verteidigen, ohne Rücksicht auf die Frage, wer an dem Kriegsausbruch am meisten schuld sei; denn die unglückseligen Folgen der Niederlage sind unabhängig davon, ob ein Staat den Krieg

angefangen hat oder nicht. Vielleicht sind sie noch größer für den Fall, dass die Niederlage der angreifende Staat erleidet, denn dann erlaubt die Rächstimmung im siegreichen Volk kein Mitleid mit dem Besiegten. Deshalb, so würden die deutschen Sozialpatrioten erklären, steht für uns die Frage der Landesverteidigung über der Schuldfrage; sie ist die Frage der Verteidigung realer Interessen.

Vom Standpunkte der französischen Sozialpatrioten kann man den Standpunkt der deutschen Sozialpatrioten nicht ablehnen. Alle darauf hinzielenden Versuche – so die bereits erwähnte von Germanicus, wie die Schrift von Grumbach „Der Irrtum von Zimmerwald und Kienthal“ – sind total kindisch: sie stellen nämlich die Sache so dar, als ob die Triebkraft des Standpunktes der französischen Sozialpatrioten in der Überzeugung läge, dass Frankreich überfallen worden sei. Wir zweifeln nicht, dass diese Überzeugung bei vielen französischen Sozialpatrioten die Brücke vom Kampfe gegen den Imperialismus zu seiner faktischen Unterstützung gebildet hat. Das war auch bei vielen deutschen Sozialpatrioten der Fall. Konrad Haenisch ist dafür ein Musterbeispiel. Aber den letzten Grund, die historische Wurzel des Sozialpatriotismus bildet in Frankreich wie in Deutschland die Überzeugung von der Möglichkeit und Notwendigkeit der Verteidigung der bisherigen Errungenschaften der Arbeiterklasse mit den Mitteln des Krieges an der Seite der Bourgeoisie.

Dass dem so ist, beginnen die französischen Zentrumsleute, die sich um Longuet, Pressemann gruppieren, und deren Organ das Wochenblatt „Populaire“ ist, einzusehen. Und wie die Führer des deutschen Parteizentrums die Haltung der französischen Sozialpatrioten grundsätzlich akzeptieren oder zu entschuldigen suchen, so beginnen die Führer des französischen Parteizentrums dasselbe Spiel im Verhältnis zu den deutschen Sozialpatrioten. So erklärt Mistral, der Abgeordnete des Isere-Departements, im „Populaire“ die Politik des 4. August aus der Überrumpelung der deutschen Reichstagsfraktion durch die Ereignisse; man könne beim Kriegsausbruch nicht wissen, wer der Schuldige sei; allen Regierungen sei es leicht, zu behaupten, dass sie die Angegriffenen seien, und es sei zweifelhaft, ob die französische Sozialdemokratie anders gehandelt hätte als die deutsche, wenn sie sich in gleicher Lage befunden hätte. Und schließlich handelt es sich beim Kriegsausbruch für alle darum, der Gefahr der Invasion entgegenzutreten. So das französische Zentrum der Partei.

Die Zentrumsleute hüben und drüben glauben durch diese ihre Ausführungen für die Annäherung der feindlichen Brüder und so für die Wiederherstellung der Internationale zu arbeiten. Wie aber leicht zu beweisen ist, und wie die Erfahrung tatsächlich beweist, arbeiten sie für die Sozialpatrioten, für die dauernde Spaltung der Internationale. Denn was antworten die Renaudels auf die Ausführungen der Bernstein und Kautsky? Sie berufen sich auf sie, um den Arbeitermassen in Frankreich zu beweisen, dass sie Recht haben, wenn sie weiter für den Sieg der Tripelentente kämpfen. Ihr Land sei doch angegriffen worden, und der Angegriffene sei im Rechte, wenn er sich wehrt. Sie seien keinesfalls abgeneigt, mit der deutschen Sozialdemokratie zu verhandeln; aber diese soll zuerst durch Taten beweisen, dass sie bereit ist, zum Sieg der Tripelentente beizutragen. Darauf wieder erklären die deutschen Sozialpatrioten: sieh da! die französische Minderheit erkennt die Richtigkeit unserer Haltung. Die guten Zentrumsleute wollten die Sozialpatrioten zusammenführen – das Resultat ist, dass sie sie zwar nicht zusammengeführt haben, aber sich gegenseitig bestätigt haben, dass sie in beiden Ländern im Rechte sind, wenn sie rufen: Durchhalten! Durchhalten!

Die Internationalen Sozialisten Deutschlands setzen ihre Hoffnung nicht auf die Friedensaktion der Sozialpatrioten; denn sie haben gelernt zu verstehen, warum die sozialpatriotischen Führer nicht umkehren können. Sie wollen im Frieden mit der Bourgeoisie leben, sie wollen Früchte vom Baume der nationalen Solidarität ernten. Die Anerkennung der Vaterlandsverteidigung ist für sie nur der ideologische Ausdruck dieses Willens zum

Zusammengehenwollen. Aber es gibt auch breite Kreise der Arbeiterschaft, die mit den Renaudels und der Bourgeoisie deswegen gehen, weil sie keine andere Form der Verteidigung ihrer Interessen kennen als die der Vaterlandsverteidigung. Dieser Teil der Partei wird durch seine sozialpatriotische Ideologie an die Renaudels gebunden. Will die entschiedene französische Opposition sich von den Renaudels trennen, so genügt dazu der praktische Kampf gegen die Bourgeoisie nicht; vielmehr muss sie der sozialpatriotischen Ideologie eine einheitliche eigene Ideologie entgegenstellen. Deswegen muss dem Willen zum Kampfe gegen die Bourgeoisie eine entsprechende Ideologie folgen, es muss ihm die Erfassung der Probleme des Imperialismus entsprechen.

Siegrunen sollst du wissen,
Willst du Sieg erwerben!

So ruft Brunhild in der alten nordischen Edda dem Sigurd zu. Diese Worte rufen wir unseren Freunden vom linken Flügel der französischen Opposition zu, jener Opposition, die, wie Merrheim, Brizon, Raffin-Dugens, wirklich den Kampf gegen die französische Bourgeoisie führt, theoretisch aber gleichzeitig auf dem Boden der Vaterlandsverteidigung verbleibt. Ihr könnt die Massen nicht von dem Einfluss der Renaudels und Jouhaux befreien, wenn Ihr sie durch die gleiche Ideologie an die Sozialpatrioten kettet. Diese Massen sind unzufrieden; aber die Ideologie, der Ihr nicht entgegnet, erlaubt den Renaudels, sie immer wieder zu verwirren.

Brizon, Raffin-Dugens, Alexander Blane haben den Mut gefunden, nicht nur entgegen den Sembat, Jules Guesde, sondern auch entgegen den Zentrumsleuten Longuet, Pressemane und Mistral gegen die Kredite zu stimmen. Aber gleich ihnen stärken sie die Hoffnungen der französischen Arbeiter auf die Versöhnung der Sozialpatrioten von Berlin und Paris. Sie gingen nach Kienthal, um die Sozialpatrioten nach dem Haag zu treiben. Nun, die Sozialpatrioten werden nicht nach dem Haag gehen. Und die weitere Hoffnung darauf in den Massen zu kultivieren, bedeutet, den Einfluss der Sozialpatrioten zu stärken. Und weiter: die Longuets und Pressemanes in ihrer Arbeit zu unterstützen, die an die Versöhnung der Sozialpatrioten gerichtet ist, bedeutet nicht nur unnütze, sondern sogar schädliche Arbeit leisten, den Einfluss des Zentrums stärken, das zwar furchtbar gegen die Renaudels wettet, im Parlament und in den Massen aber dieselbe Politik treibt. Will aber die in Taten entschiedene französische Opposition die Sozialpatrioten wie die Zentrumsleute bekämpfen, so muss sie eine klare Stellung einnehmen in den grundsätzlichen Fragen, muss sie den Massen sagen, was sie will und wie sie es zu erreichen gedenkt.

Sturmrunen sollst du wissen,
willst du dein Segelross
in der See geborgen haben!
In den Bug sollst du sie ritzen
und in des Schwertes Blatt!

Dieser Worte muss die entschiedene Opposition tief gedenken, und sie wird zur Macht. Denn es ist eine lächerliche Idee, anzunehmen, dass, wie Bernstein in der „Leipziger Volkszeitung“ schrieb, die Opposition, weil sie nur einen Teil der Partei hüben und drüben bildet, deswegen ohnmächtig sei oder nur als Versöhner der Sozialpatrioten wirken soll. Sie wäre ohnmächtig, wenn sie sich mit der Überredung von Leuten befassen würde, die, an ihre Regierungen gekettet, nicht überzeugt werden können. Aber die Arbeitermasse ist ein weiterer Begriff als die bisherige sozialdemokratische Mitgliedschaft. Ohne den Kampf um die Köpfe dieser Masse aufzugeben, gestützt auf die Kerntuppen, die schon unter dem Banner des unverfälschten Sozialismus kämpfen, hat sich die Opposition an alle die Volkskreise zu wenden,

in denen, begünstigt durch die allgemeinen Verhältnisse, der Boden für ihre Taktik vorbereitet ist. Nicht der pflichtvergessene Teil der Partei, die leidende Klasse ist das Reservoir unserer Kraft. Um aber diese Kraft zu politischer Bedeutung zu erheben, um aus ihr eine Bewegung zu machen, muss die Opposition eine gemeinsame Basis haben: Es ist die Einsicht, dass man die Interessen des Proletariats in keinem Lande gemeinsam mit den Gegnern des Proletariats verteidigen kann.

Aus unserm politischen Tagebuch.

9. Oktober.

Aus Warschau wird uns geschrieben: Die deutsche sozialpatriotische Presse berichtete vor kurzem über den Besuch der skandinavischen Sozialisten in Deutschland, die, geführt von den Vertretern der Regierung, Gelegenheit bekamen, sich von der Organisation der Lebensmittelversorgung in Deutschland wie von der Nichtigkeit aller Klagen gegen das deutsche Walten in Belgien zu überzeugen. Auch den Vertretern des polnischen Proletariats ist wenigstens Gelegenheit gegeben, die deutschen Internierungsläger und Gefängnisse kennen zu lernen. Nachdem schon vor zirka zwei Monaten die Genossen Joseph *Rothstadt* (einer der Führer der sozialdemokratischen Opposition), Adolf *Warski* (vom Hauptvorstand der S. D.), mit einem Dutzend anderen Genossen sich auf die Studienreise nach Deutschland begaben, folgt ihnen jetzt der Genosse Johann *Kronberg*, der einzige Vertreter der radikalen Sozialdemokraten („Opposition“) in dem neugewählten Warschauer Stadtrat.

Die polnischen Genossen, die aus eigener Erfahrung die russischen Verhältnisse gut kennen (*Rothstadt* war kurz vor dem Kriege nach Absitzung einer fünfjährigen Zuchthausstrafe von Sibirien geflüchtet), werden so Gelegenheit haben, den Unterschied zwischen der russischen Barbarei und deutscher Freiheit kennen zu lernen, und ihre Erfahrungen werden nicht wenig zur Hebung der Sympathien für Deutschland im polnischen Proletariat beitragen.

Das Schweigen der sozialpatriotischen deutschen Presse über die Studienreise unserer Genossen ist uns desto unverständlicher, als dieselbe Presse im vorigen Jahre die Genossen, die nach der Einnahme Warschaus durch die Deutschen aus den zarischen Gefängnissen entlassen wurden, aufs Herzlichste begrüßt hatte. Weshalb also das jetzige Schweigen?

11. Oktober.

Ein tapferer Kämpfer liegt auf der Strecke! Dem „*Nasche Slowo*“, dem täglich erscheinenden russischen internationalistischen Organ, das seit Kriegsausbruch in Paris erscheint, hat die Regierung des völkerbefreienden Frankreichs das Lebenslicht ausgeblasen. Genosse *Leo Trotzky*, die Hauptkraft des Blattes, wurde nach Spanien ausgewiesen.

„*Nasche Slowo*“ hat sich zweifellos ein Ruhmesblatt in der Geschichte der erwachenden Internationale erworben. In den Tagen des Zusammenbruchs der Internationale durch russische Schriftsetzer in Paris gegründet, anfangs geleitet von *L. Martor*, dem gemäßigten russischen Internationalisten, diente es zuerst der Verselbständigung der russischen sozialistischen Emigration. Mit der Zeit begannen die sich um das Blatt gruppierenden Genossen Fühlung mit der erwachenden französischen Opposition zu bekommen. *Losowski*, *Martow*, *Lassinski*, *Trotzky*, die einen viel weiteren internationalen Horizont hatten als die *Merrheim*, *Monatte*, *Rosmer*, *Pressemane* usw., suchten die französischen oppositionellen Genossen zu einer bestimmten klaren Stellungnahme zu bringen, was auch teilweise gelang. Ohne Rücksicht auf die ihnen drohenden Gefahren geißelten sie nicht nur die russischen Verhältnisse, nicht nur das französisch-russische Bündnis, sondern auch die Lüge des französischen

Verteidigungskrieges. Sie zeigten, dass er auf französischer Seite ebenso ein imperialistischer Krieg ist; sie geißelten Schritt für Schritt die Selbstentmannung der französischen Sozialdemokratie. Die russisch geschriebenen Artikel des „Nasche Slowo“ kursierten in französischer Übersetzung in weiten Kreisen der französischen Partei und beeinflussten sie. Die Redaktion des „Nasche Slowo“ hat auch viel zum Zustandekommen der Zimmerwalder Konferenz beigetragen. Mit Recht sagte Genosse Merrheim von ihr, dass Trotzky und seine Kameraden durch diese Arbeit der Geschichte der französischen Arbeiterbewegung angehören.

Geringer war die Bedeutung des „Nasche Slowo“ in der russischen Arbeiterbewegung. Nicht, weil es nur in wenigen Exemplaren nach Russland gelangte, sondern dank der unklaren, sich nur allmählich verschärfenden Stellungnahme zu den Kämpfen innerhalb des russischen Sozialismus. Wie scharf es auch die Sozialpatrioten aller Richtungen in Russland bekämpfte, so wagte sie es lange nicht, die Dumafraktion anzugreifen, die unter der Führung von Tscheidse einerseits internationalistische Phrasen gebrauchte, gegen die Kredite stimmte, andererseits aber auf den Kampf gegen die Sozialpatrioten in den Massen, wie auf die Organisation des Kampfes dieser Massen gegen den Zarismus verzichtete. Scharf war der „Nasche Slowo“ gegen die Sozialpatrioten, dagegen schwächlich im Verhältnis gegen das Zentrum in Russland (der Dumafraktion und dem Organisationskomitee). Und es waren nicht zuletzt die irrtümlichen Informationen des „Nasche Slowo“, wenn die Gruppe „Internationale“ ein Begrüßungstelegramm an die russischen Ledebours, die Fraktion Tscheidse absandte, was diese dann zum Kampfe gegen die Linksradikele Russlands, die Bolschewiks, ausnutzte. Erst am Ende seines Lebens hat der „Nasche Slowo“ einzusehen begonnen, wie Recht die Bolschewiks hatten, als sie in ihrem Organ, dem „Sozialdemokrat“, immer wieder erklärten: es gibt keinen Kampf gegen die Sozialpatrioten ohne rücksichtslosesten Kampf gegen das Zentrum.

Der „Nasche Slowo“ ist als Kämpfer auf der Strecke geblieben. Trotzky wird jetzt als *gefährlich* für Frankreich nach Spanien ausgewiesen. Auf seinem Rücken bewiesen die beiden Mächtekoalitionen, dass sie einig sind in ihrem Gegensatz zum revolutionären internationalen Sozialismus. Das ist eine internationale Ehrung, die den Genossen Trotzky hinweghelfen mag über alle persönliche Unbill des zweifachen Exils, der er und seine Familie ausgesetzt ist.

Es wird eine ewige Schmach der französischen „sozialistischen“ Minister sein, dass sie die Ausweisung Trotzky nicht verhindert haben. Es trennt uns manches Grundsätzliche und Taktische von Leo Trotzky, aber das hindert uns nicht, dem tapferen Kämpfer im fernen Spanien unsere Grüße und Wünsche zu übersenden, dass wir bald wieder von seiner Arbeit hören im Interesse der Sache, die uns allen gleich teuer ist.

12. Oktober.

Wie bekannt, würde ein Sieg der Zentralmächte allen Völkern Freiheit bringen. Er würde jede Vergewaltigung ausschließen. Denn die Zentralmächte führen einen reinen Verteidigungskrieg. Diese vom deutschen Parteivorstand vertretene Auffassung bestreitet der führende Theoretiker des Sozialimperialismus Heinrich Cunow, der Ratgeber desselben Vorstandes. Er schreibt im „Hamburger Echo“ (Nr. 210) in einem Artikel: *Das Balkanproblem*:

„... denn siegten die Mittelmächte, dann würde Bulgarien Mazedonien, *ein ansehnlicher Teil Westserbiens* (soll wohl heißen Ostserbiens. Red. der „Arbeiterpol.“) und die westlich der Donau gelegene an Ungarn stoßende Kraina zufallen. Damit aber wäre *Bulgarien zum maßgebenden, herrschenden Staate*, zur Vormacht auf der Balkanhalbinsel geworden.“

Und Konrad *Haenisch*, der Trompeter des Parteivorstandes, der, seitdem er seine früheren Grundsätze verloren hat, das Wort Grundsatz, Prinzip nur in Anführungszeichen schreibt, der sich für einen furchtbaren Kenner der Weltpolitik hält, seitdem er Schumachers Buch über Antwerpen gelesen hat, erklärt sich im „Vorwärts“ für einen von Russland unabhängigen polnischen Staat. Aber ein Polenfreund, wie er ist, will er diesem Staat sofort das Gebiet am Narew abknöpfen, ein Stück Litauens zulegen, um so die ostpreußische Grenze zu sichern. Belgien soll auch unabhängig bleiben, nur muss Deutschland Garantien haben, dass es seine Unabhängigkeit nicht gebraucht. Sonst ist Haenisch entschieden gegen die Annexionisten.

Der lyrische Konrad begründet seinen Standpunkt höchst realpolitisch damit, dass, „solange die Völker unter kapitalistischen Wirtschafts- und Herrschaftsverhältnissen stehen, es niemals ein Selbstbestimmungsrecht geben wird“. Gut gebrüllt, Haenisch. Solange der Kapitalismus besteht, wird die Prostitution existieren. *Deswegen muss die Sozialdemokratie für die Prostitution eintreten*. Wir hoffen, dass Haenisch das demnächst in einem Werke beweisen wird, das als erste Veröffentlichung des Glocke-Verlags erscheinen wird.

Ein noch prinzipiellerer Gegner der Annexionen ist Ernst Heilmann, der Leiter der Chemnitzer „Volksstimme“. Er lehnt es „angesichts der ungeheuren feindlichen Überzahl und der ganzen Kriegslage“ ab, die Frage der Annexionen zu erörtern. „Ob ich gern Millionär würde, ist eine ziemlich belanglose Überlegung, wenn ich ums Brot für den nächsten Tag kämpfen muss“ so begründet Heilmann seinen Standpunkt. (Chemnitzer „Volksstimme“ vom 6. September.) Wir glauben ihm: er möchte Millionär sein. Herze, verzage nicht!

Feuilleton

Die Gefangenen.

Aus dem Zeitbild „Der hinkende Teufel“ von Rene Le Sage.¹⁶

Wir sind hier an einem sehr geeigneten Orte, unsere Beobachtungen fortzusetzen, sagte Asmodi. In diesen Gefängnissen befindet sich eine große Zahl Schuldiger und Unschuldiger, es ist dies ein Aufenthaltsort, welcher dazu dient, die Strafe des Einen zu beginnen und die Tugend der Andern zu läutern. Ich will euch einige Gefangene von diesen beiden Arten vorführen und euch erzählen, warum man sie hier eingekerkert hält.

Ehe ich aber auf diese näheren Auseinandersetzungen eingehe, beobachtet ein wenig die Wächter am Eingange dieses schrecklichen Ortes. Die Dichter des Altertums haben nur einen Cerberus an die Pforten der Unterwelt gestellt; hier sind, wie ihr seht, viel mehr. Diese Kerkermeister sind Wesen, die jedes menschliche Gefühl verloren haben, und der boshafteste meiner Mitbrüder vermöchte kaum einen von ihnen zu ersetzen. Aber ich bemerke, setzte er hinzu, dass ihr mit Entsetzen diese Gemächer betrachtet, in denen nichts als ein elendes Lager ist. Diese schrecklichen Löcher scheinen euch ebenso viele Gräber zu sein. Ihr seid mit Recht

¹⁶ Rene Le Sage, einer der geistreichsten Schriftsteller Frankreichs, lässt den Studenten Don Cleophas Leandro Perez Zambullo durch Asmodi, den hinkenden Teufel, die Menschen und Zustände seiner Zeit schauen. Er entwirft dabei ein Zeitgemälde von packender Realistik. Das Kapitel über die Gefangenen mag einen Einblick in die Art der Schilderung Le Sages gewähren, dessen großer Roman „Gil Blas“ ein Gegenstück zum „Don Quichote“ des spanischen Dichters Cervantes bildet. Beide Werke des Franzosen, die denkenden Lesern – und andere sollten sich Zeit, Mühe und Kosten des Lesens sparen – eine Fülle von Anregungen bieten, sind in billigen Ausgaben in den bekannten Volksbibliotheken zu haben.

über das Elend erstaunt, das ihr hier seht, und ihr beklagt das Los der Unglücklichen, welche die Gerechtigkeit hier verschlossen hält; doch sind sie nicht alle auf gleiche Weise bedauernswert, und wir wollen dies sogleich untersuchen.

Zuerst seht ihr hier in diesem Gemache rechts vier Menschen, die in zwei schlechten Betten liegen: der eine ist ein Schenkwirt, den man angeklagt hat, dass er einen Fremden vergiftet habe, der kürzlich in seiner Kneipe verschied. Wie man behauptet, soll der Mensch an der Qualität seines Weines gestorben sein; der Wirt sagt aber, es sei an der Quantität geschehen, und man wird ihm dies vor Gericht glauben, denn der Fremde war ein Deutscher. – Und wer hat recht? Der Wirt oder sein Ankläger? sprach Don Cleophas. – Die Sache ist problematisch, antwortete der Teufel. Allerdings war der Wein tüchtig verfälscht, aber auf meine Treue! Der Herr Deutsche hat auch so tapfer getrunken, dass der Richter den Wirt mit gutem Gewissen freisprechen könnte.

Der zweite Gefangene ist ein Mörder von Profession, einer jener Bösewichter, die man Bravos nennt und die für vier oder fünf Pistolen einem jeden bereitwillig ihre Dienste weisen, der sich für dies Geld heimlich irgendjemand vom Halse schaffen will. Der dritte ist ein Tanzmeister, der sich wie ein Stutzer trägt und der eine seiner Schülerinnen einen faux pas hat machen lassen. Der vierte endlich ist ein Galan, der in der vergangenen Woche eben von der Wache aufgegriffen wurde, als er in das Zimmer einer ihm bekannten Dame steigen wollte, deren Mann abwesend ist. Es hängt nur von ihm ab, sich aus dem Handel zu ziehen, indem er sein Liebesverhältnis entdeckt; aber er will lieber für einen Räuber gelten und sich der Gefahr aussetzen, als ein solcher sein Leben zu verlieren, als die Ehre seiner Dame bloßzustellen.

Das ist ein wacherer Liebhaber, sprach der Student, man muss doch gestehen, dass wir Spanier in Sachen der Galanterie den Vorzug vor allen anderen Völkern behaupten. Ich wette darauf, dass ein Franzose z. B. nicht fähig wäre, sich wie wir aus Diskretion hängen zu lassen. Nein, gewiss nicht, antwortete der Teufel, er würde viel eher geradezu auf einen Balkon weisen, um ein Frauenzimmer zu beschimpfen, das sich gütig gegen ihn zeigte.

In einem Kabinett nahe bei diesen vier Personen, fuhr Asmodi fort, befindet sich eine berühmte Zauberin, welche in dem Rufe steht, die unglaublichsten Dinge verrichten zu können. Durch die Macht ihrer Kunst, sagt man, sollen alte Weiber junge Leute finden, die sie wie rasend lieben; die Männer sollen ihren Frauen treu werden und die Koketten wahrhaft verliebt in die reichen Herren, welche sich an sie hängen; aber von alledem ist nicht ein Wort wahr. Sie besitzt kein anderes Geheimnis als das, die Leute zu überreden, dass sie eins besitzt und so bequem von dieser Meinung zu leben. Die heilige Inquisition hat dieses Geschöpf einziehen lassen, das leicht möglich bei dem ersten Autodafé verbrannt wird.

Unter diesem Gemach ist ein schwarzes Loch, das einem jungen Wirt zum Aufenthalt dient. – Noch ein Gastwirt! rief Leandro, will denn dieses Volk alle Welt vergiften? – Dieser, erwiderte Asmodi, ist nicht in demselben Falle; man fing ihn vorgestern ein und die Inquisition reklamiert ihn ebenfalls. Gott soll leben! rief Don Cleophas, die heilige Inquisition ist recht hübsch auf dem Platze! Sobald sich nur eine Aussicht zeigt, einigen Nutzen ziehen zu können ... – Stille! stille! unterbrach ihn der Hinkende, hütet Euch wohl, gegen dieses Tribunal zu reden; es hat überall seine Spione, und man hinterbringt ihm sogar Dinge, die nie gesprochen worden sind; ich selbst wage es nur mit Zittern, von ihm zu sprechen.

Über dem unglücklichen Wirt in dem ersten Gemache links befinden sich zwei Personen, die Eures Mitleids wert sind: der eine ist ein junger Kammerdiener, den die Frau seines Gebieters im Stillen wie einen Liebhaber behandelte; eines Tages überraschte der Mann beide. Sogleich fing die Frau an, um Hilfe zu rufen, als wenn man ihr Gewalt angetan hätte. Man

nahm nun den armen Unglücklichen fest, der jetzt allem Anschein nach für den guten Ruf seiner Gebieterin geopfert wird.

Der Gefährte des Kammerdieners steht, obgleich noch unschuldiger als dieser, auf dem Punkte, sein Leben zu verlieren. Er war Stallmeister bei einer Herzogin, der man einen großen Diamanten gestohlen hat; morgen wird er vor Gericht gestellt und man wird ihn so lange foltern, bis er gesteht, den Raub begangen zu haben; die wahre Spitzbübinnen ist dagegen die Lieblingskammerfrau der Herzogin, die man nicht in Verdacht zu ziehen wagt.

O, Sennor Asmodi, sprach Leandro, helft, ich bitte Euch, dem Stallmeister – seine Unschuld flößt mir Teilnahme für ihn ein; entzieht ihm durch Eure Macht der grausamen und ungerechten Strafe, die ihm droht; er verdient, dass ... – Wo denkt Ihr hin, mein Herr Student? fiel ihm der Teufel ins Wort; wie könnt Ihr verlangen, dass ich mich einer ungerechten Handlung widersetzen und einen Unschuldigen vom Untergang retten soll? Das ist ebenso, als wenn Ihr einen Advokaten bitten wolltet, Witwen und Waisen nicht zu betrügen. Überhaupt bitte ich Euch, setzte er hinzu, verlangt nicht von mir, dass ich etwas tun soll, das gegen mein Interesse läuft, oder wenigstens, wenn es Euch nicht einen bedeutenden Vorteil bringt.

In der nächsten Kammer auf derselben Seite befindet sich ein Chirurg, der überwiesen ist, dass er seiner Frau aus Eifersucht einen Aderlass beigebracht hat, wie den des Seneca; er ist heute im peinlichen Verhör gewesen und nachdem er das Verbrechen, dessen man ihn angeklagt, gestanden, hat er zugleich erklärt, dass er sich seit zehn Jahren eines etwas seltsamen Mittels bediente, um sich Kunden zu verschaffen. Er verwundete nämlich nachts die Vorübergehenden mit einem Bajonett und flüchtete sich dann durch eine Hintertür in sein Haus. Die Verwundeten stießen natürlich ein lautes Geschrei aus, wodurch die Nachbarschaft zu ihrer Hilfe herbeigezogen wurde; der Chirurg kam dann selbst mit den andern, und indem er hier einen Menschen im Blute schwimmend fand, ließ er ihn in sein Haus bringen, wo er ihn mit derselben Hand verband, mit der er die Wunde schlug.

Obgleich dieser grausame Wundarzt diese Erklärung selbst gegeben hat und tausendmal den Tod verdiente, so schmeichelt er sich dennoch, Gnade zu erhalten, und dies kann wohl geschehen, weil er der Verwandte der Wickelfrau des Infanten ist; außerdem bereitet er ein wunderbares Wasser, dessen Geheimnis kein anderer kennt, ein Wasser, welches die Eigenschaft hat, die Haut weiß und aus einem runzeligen Gesicht ein Kinderantlitz zu machen, und dieses unvergleichliche Wasser dient drei Damen des Palastes zur Quelle der Jugend, weswegen sie sich denn auch geeinigt haben, ihn zu retten. Er selbst baut so fest auf ihren Einfluss, oder wenn Ihr lieber wollt, auf sein Wasser, dass er ganz ruhig in der sicheren Hoffnung eingeschlafen ist, bei seinem Erwachen die angenehme Nachricht von seiner Befreiung zu erhalten.

Ich sehe da auf einem Lager in derselben Kammer, sprach der Student, einen Mann, der, wie es mir scheint, ebenfalls sehr ruhig schlummert; seine Sache muss daher wohl nicht übel stehen. – Sie ist sehr delikate, antwortete der Dämon. Dieser Kavalier ist ein biscayischer Edelmann, der sich durch einen Flintenschuss bereichert hat, und zwar auf folgende Art: Vor ungefähr vierzehn Tagen war er mit seinem ältesten Bruder, der ein bedeutendes Vermögen besaß, in einem Walde auf der Jagd, und tötete ihn zufällig, indem er nach Rebhühnern schoss. – O welche ein glückliches Quid pro quo für einen jüngeren Bruder! rief Don Cleophas lachend aus. – Da habt Ihr recht, versetzte Asmodi; aber die Seitenverwandten, die sich gern der Erbschaft des Verstorbenen bemächtigen möchten, haben nun den Mörder angeklagt und beschuldigen ihn, den Schuss getan zu haben, um der einzige Erbe der Familie zu werden. Er hat sich hierauf selbst in das Gefängnis gestellt, und er scheint so betrübt über den Tod seines Bruders zu sein, dass man sich nicht denken kann, er habe die Absicht gehabt, ihm das Leben

zu rauben. – Und hat er in der Tat sich in dieser Beziehung weiter nichts vorzuwerfen als seine Ungeschicklichkeit? entgegnete Leandro. – Nein, versetzte der Hinkende, er hat keine böse Absicht gehabt; aber wenn ein ältester Sohn das ganze Vermögen eines Hauses besitzt, dann rate ich ihm doch nicht, mit seinem jüngeren Bruder auf die Jagd zu gehen.

Werfen wir aber jetzt einen Blick in einen großen Kerker unter den Gefangenen, die ich Euch zeigte, und betrachten wir, was da vorgeht. Seht Ihr die drei Elenden da? Es sind Straßenräuber, die eben im Begriff stehen, sich zu retten. Man hat ihnen eine Feile in einem Brote zugesteckt und sie haben bereits eine dicke eiserne Fensterstange durchgearbeitet und können sich nun in einen Hof hinablassen, von welchem sie in die Straße zu gelangen vermögen. Schon seit länger als zehn Monaten sitzen sie im Gefängnisse und seit länger als acht hätten sie bereits den öffentlichen Lohn, der Heldentaten wie den ihrigen gebührt, empfangen können, aber dank der Langsamkeit der Justiz werden sie von neuem Reisende ermorden.

Folgt mir jetzt in jenen niedrigen Saal, wo Ihr zwanzig bis dreißig Menschen auf Stroh liegen seht; es sind Spitzbuben und anderes liederliches Gesindel; aber bemerkt Ihr wohl dort Fünfe oder Sechse, die eine Art von Tagelöhner zausen, den man heute deswegen eingesperrt hat, weil er einen Häscher mit einem Steinwurfe verwundete? – Warum schlagen sie denn den Mann? sprach Zambullo. – Weil er noch nicht seinen Willkomm bezahlt hat, antwortete Asmodi. Aber, setzte er hinzu, lassen wir alle diese Elenden und entfernen wir uns selbst von diesem schrecklichen Ort, wir wollen den Blick zu erfreulicheren Gegenständen wenden.

Zeugen und Rufer.

Jede Zeit hat so eigentümliche Umstände, ist ein so individueller Zustand, dass in ihm aus ihm selbst entschieden werden muss und allein entschieden werden kann. Im Gedränge der Weltbegebenheiten hilft nicht ein allgemeiner Grundsatz, nicht das Erinnern an ähnliche Verhältnisse, denn so etwas wie eine fahle Erinnerung hat keine Kraft gegen die Lebendigkeit und Freiheit der Gegenwart.

* * *

Ein Zweck, für welchen ich tätig sein soll, muss auf irgendeine Weise auch mein Zweck sein; ich muss meinen Zweck zugleich dabei befriedigen, wenn der Zweck, für welchen ich tätig bin, auch noch viele andere Seiten hat, nach denen er mich nichts angeht. Dies ist das unendliche Recht des Subjekts, dass es sich selbst in seiner Tätigkeit und Arbeit befriedigt findet. Wenn die Menschen sich für etwas interessieren sollen, so müssen sie sich selbst darin haben und ihr eigenes Selbstgefühl darin befriedigt finden.

* * *

Denn verlangen die Menschen auch, wenn sie für eine Sache tätig sein sollen, dass die Sache ihnen überhaupt zusage, dass sie mit ihrer Meinung, es sei von der Güte derselben, ihrem Rechte, Vorteil, ihrer Nützlichkeit, dabei sein können. Dies ist besonders ein wesentliches Moment unserer Zeit, wo die Menschen wenig mehr durch Zutrauen und Autorität zu etwas herbeigezogen werden, sondern mit ihrem eigenen Verstande, selbständiger Überzeugung und Dafürhalten den Anteil ihrer Tätigkeit einer Sache widmen sollen.

* * *

So sagen wir also, dass überhaupt nichts ohne das Interesse derer, welche durch ihre Tätigkeit mitwirkten, zustande gekommen ist, und indem wir ein Interesse eine Leidenschaft nennen, insofern die ganze Individualität mit Hintansetzung aller anderen Interessen und

Zwecke, die man auch hat und haben kann, mit allen ihr innewohnenden Adern von Wollen sich in einen Gegenstand legt, in diesen Zweck alle ihre Bedürfnisse und Kräfte konzentriert, so müssen wir überhaupt sagen, dass nichts Großes in der Welt ohne Leidenschaft vollbracht worden ist.

Hegel.

Es werde Licht, sprach Gott, da wurde Licht.
Blut fließe! spricht der Mensch, da fließt es in Meeren.
Ein Stündchen kann so viel verheeren,
dass hundert helle Sonnenmond' es nicht
erneuern, wenn es auch die Sommer wären,
die Edens Früchte reiften; denn der Hauch
des Krieges verzehrt die Wurzel mit dem Strauch.

Ein stolzer Tag, der Schluss der Session,
vorausgesetzt, das Volk ist wirklich frei:
Ein König und das Recht auf einen Thron,
mich dünkt, dass solch ein Thron der höchste sei.
Despoten fassen's nicht sie lernen's schon,
die Freiheit bringt es ihnen langsam bei.
Der Pomp ist's nicht, woran wir uns erbauen
mit Herz und Aug', es ist des Volk's Vertrauen.

Byron: „Don Juan“.

Ein Volk, sich selber treu, sonst allen feind,
es folgt dem angebor'nen Hang doch nur.
Zum Kriege zwingt den Menschen die Natur
er mordet und erobert, bis hienieden
nur Wüsteneien sind und nennt es Frieden.

Byron: „Braut des Abydos“.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Lüth);
sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 18/1916

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

1. Jahrg.

Bremen, den 21. Oktober 1916.

Nr. 18

Redaktion und Expedition: Waller Heerstraße Nr. 52. (Eing. Torweg).

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

Nach der Parteikonferenz.

3. Das Gesicht des Zentrums.

In der Politik entscheidet die organisierte Macht des Heeres und die unorganisierte des Volkes. In der Kriegszeit schlagen sich die Quellen der Tat, die allein entscheidend ist, nicht anders. Deswegen ist eine Partei, eine Richtung das, was sie von der im Heere organisierten Volksmasse und von den breitesten, größtenteils unorganisierten Kräften des Volkes an Taten fordert.

Als der aus dem Felde zurückgekehrte Anhänger der Politik des 4. August, Saenger, auf der Parteikonferenz sich an das Zentrum wandte mit der Frage, ob sie draußen im Felde weiter ihre Pflicht tun sollten, antwortete der Zentrumsführer Ledebour: „Selbstverständlich.“

Die zentrümliche Agitation bezweckt keinesfalls die Schwächung des Bewusstseins, dass der Arbeiter im Waffenrock die Pflicht habe, das Vaterland zu verteidigen.

Was Haase und Ledebour von den Arbeitern im Felde forderten, ist dasselbe, was Scheidemann von ihnen fordert. Das Zentrum steht ebenso wie die Sozialpatrioten auf dem Boden der Vaterlandsverteidigung. Und da der Krieg nicht nur im Schützengraben, sondern auch in der Munitionsfabrik geführt wird, so entsteht die weitere Frage, was die Zentrumsführer von dem zweiten entscheidenden Faktor, der Arbeitermasse in der Fabrik, fordern. Die Sozialpatrioten fordern von ihnen das, was Herr Ballin in die schönen Worte kleidete: durchhalten und Maul halten. Die Zentrumsleute sind gegen das Maul halten, sie wollen, dass Versammlungen einberufen werden, in denen gemault wird usw. Aber damit Schluss. Haase führte nach dem offiziellen, in der ganzen Presse abgedruckten Bericht folgendes aus:

„Das Antistreichflugblatt hat tief verbitternd gewirkt. ... Der Redner weist auf die Sympathiekundgebungen für Liebknecht hin und wendet sich gegen die Abschüttelung derartiger Regungen. ... Durch Aufrufe und Warnungen kann der Parteivorstand nicht eine Bewegung niederschlagen, die aus solcher Zeit entsteht. Keiner von uns empfiehlt wilde Streiks, aber man soll Verständnis für die darin ausbrechenden Gefühle haben.“

Da jeder von den Gewerkschaftsvorständen nicht bewilligte Streik ein „wilder“ ist, und da die Gewerkschaftsvorstände in der Kriegszeit gegen jeden Streik sind, so bedeuten die Ausführungen des Abg. Haase die Ablehnung jeder Streikbewegung im Kriege. Es herrscht eine vollkommene Eintracht in dem, was das Zentrum und die Sozialpatrioten von der Masse an Taten fordern. Das Zentrum unterscheidet sich von den „Instanzen“ nur dadurch, dass es keine Agitation gegen spontane Bewegungen führt, weil es ihren Nährboden kennt und eine solche Agitation für unnütz hält.

In den Taten, die sie von den Massen fordern, vollkommen den Sozialpatrioten gleich, unterscheiden sich die Zentrumsleute von ihnen in den Gesten, die sie im Parlament ausführen. Während die Sozialpatrioten die Kredite annahmen, entschlossen sich die Zentrumsleute schließlich, die Kredite abzulehnen. Weswegen? Weil sie annehmen, dass die Regierung einen Sieg erstrebt, den sie zu Annexionen ausnützen könnte. Das Zentrum dagegen will das Vaterland nur so weit verteidigen, dass es keine Einbuße an Unabhängigkeit und Gebiet erleide; es will also die Niederlage abwenden, befürchtet aber den Sieg.

„Es gibt einen dritten Weg, die Verständigung unter den Völkern, bei der keines eine Niederlage erleidet. Der Friede ist nur zu erreichen, wenn mit aller Rücksichtslosigkeit diejenigen bekämpft werden, die dem sozialistischen Frieden, dem Frieden der Verständigung, sich in den Weg stellen. Der Hebel ist bei England anzusetzen; Minister Cecil hat kürzlich erklärt, dass an England niemals etwas anderes an Friedensangeboten herangetreten ist, als was in den Kanzlerreden enthalten war.“

Diese Worte Haases bilden die politischen Hauptgedanken des Zentrums: Verständigung „der Völker“, „sozialistischer Weg“. Da weder Sir Cecil noch Herr Bethmann Hollweg Vertreter der Völker, geschweige denn des Sozialismus sind, so besteht der ganze Irrtum des „sozialistischen Weges“ Haases und des Zentrums darin, dass sie von den Regierungen den Beginn der Verhandlungen fordern.

Kautsky gab schon Herrn Bethmann Hollweg die Friedensbedingungen mit auf den Weg: die Wiederherstellung Belgiens und Serbiens, Anerkennung internationaler Schiedsgerichte, Verständigung mit England über die Rüstungen. Das bedeutet: Anerkennung des status quo und pazifistische Maßregeln für die Zukunft. Kautsky rechnet aber in seiner Rede selbst damit, dass die Regierung Englands und Frankreichs – Russlands verschwie er – sich mit seinen Bedingungen vielleicht nicht ganz einverstanden erklären würden, sie haben mit Deutschland noch kleine afrikanische und asiatische Rechnungen, die er wohlweislich verschwie, weil es ihm nicht passte, sie als Schacherobjekt für den „sozialistischen Frieden“ anzubieten. Seine Hoffnung wendet sich nicht so sehr an die Regierungen, sondern er setzt sie darauf, dass ein ähnliches Angebot seitens Deutschlands unwiderstehbare Friedensstimmungen in den Völkern Frankreichs und Englands auslösen würde. Aber Stimmung hin, Stimmung her; mit welchen Mitteln das französische und englische Volk ihre Regierungen zur Verständigung nötigen sollen, sagt Kautsky nicht, wie er auch über die Mittel der Gewinnung Herrn Bethmann Hollwegs für seine Bedingungen nichts aussagt. Er denkt wahrscheinlich nur an die Ablehnung der Kredite hüben und drüben.

Also als Weg zur Unterbrechung des eisernen Ganges des Krieges bleibt der parlamentarische Protest. Die Sozialpatrioten glauben an dieses Wunder nicht. Wir wollen ihnen im Widerwillen gegen den heutigen Parlamentarismus nicht nachstehen und sagen ausdrücklich: der Parkettweg zum „sozialistischen Weg der Verständigung der Völker“, d. h. eine Verständigung zwischen Herrn Grey und Bethmann Hollweg scheint uns wenig verheißungsvoll. Falls sich keine dritte Kraft meldet, die nicht auf dem parlamentarischen Parkettboden lebt, wird der Krieg trotz aller Proteste weitergehen, bis es einer Seite gelingt, die andere zu

besiegen, oder beide den Glauben an den Sieg verlieren. Aber in der Forderung der Verständigung werden die Sozialpatrioten nicht hinter dem Zentrum bleiben. Sie haben diese Verständigung schon gefordert und werden sie immer fordern. Der Unterschied wird nur der sein, dass die Sozialpatrioten glauben, wenn die Regierung erklärt, die andern wollten die Verständigung nicht, und dass sie ihr deswegen die Kredite bewilligen, während das Zentrum ihr den Glauben nicht schenkt und die Hände in Unschuld wäscht, d. h. die Kredite ablehnt.

Aber halt, da macht der Zentrumsführer Ledebour eine Einschränkung. Er gibt auf der Konferenz zu, dass, „wenn die Russen an der Oder und die Franzosen am Rhein stehen,“ dann müsste man die Kredite bewilligen. Auf die Frage, weswegen man die Feinde erst ins Land lassen sollte, gab er erläuternd zu: „Das sollte aber nicht heißen, dass man so lange warten musste“. So eröffnete das Zentrum auf der Konferenz schließlich die Aussicht, dass es auch den letzten Unterschied, durch den es von den Sozialpatrioten getrennt ist, bei Verschlechterung der militärischen Lage aufgeben wird.

Zwischen dem Zentrum und den Sozialpatrioten bestehen keine prinzipiellen Unterschiede: beide erkennen die Vaterlandsverteidigung an, beide lehnen sie Annexionen ab; beide fordern die Arbeiterschaft zum Durchhalten auf. Während die Sozialpatrioten schon jetzt die Verantwortung für den Krieg übernehmen zu können glauben, lehnen die Zentrumsleute sie einstweilen ab, bis es die militärische Situation erfordert. Inzwischen wollen sie die Regierung mahnen, die Verständigung zu versuchen. Aber dieser Druck darf keine Formen annehmen, die die Vaterlandsverteidigung stören würden. Kein Wunder, dass sie angesichts dessen zwar einen grundsätzlichen Gegensatz zu den Sozialimperialisten empfinden, aber nicht zu den Sozialpatrioten. Sie alle betonten den Willen zur Einheit, und Kautsky begrüßt es in der „Neuen Zeit“ vom 6. Oktober, dass es „glücklicherweise“ zur Spaltung nicht gekommen sei, deren „Gefahr nahe lag“. Das Zentrum der Partei hat von seinem Standpunkt aus vollkommen Recht, wenn es keine Spaltung will. Wegen vorübergehender Unterschiede spaltet man die Partei nicht. Dass das Zentrum aber von den Sozialpatrioten nur durch solche Unterschiede getrennt ist, hat es glänzend auf der Parteikonferenz bewiesen.

Eine andere Frage ist es, ob so die Sache vor den Arbeitern, die von den Zentrumsführern in Bewegung gebracht, bestehen kann. Aber die objektive Wirkung der Zentrumsagitation bildet nicht den Gegensatz dieser Betrachtung, wie man z. B. bei der Darstellung des historischen Charakters der bürgerlichen Demokratie, ihres Wollens und Wesens nicht auf ihr Konto setzen kann, dass sie schließlich zum Aufkommen der sozialistischen Bewegung beigetragen hat.

Vor dem Parteitag der Schweizer Sozialdemokratie.

Von Arnold Struthahn.

Zum dritten Male während des Weltkrieges tritt der Parteitag der Schweizer Sozialdemokratie zusammen. Als er im Oktober 1914 als erster sozialdemokratischer Kriegsparteitag stattfand, da hallten die „alten Worte“ von Bern in die Welt aufmunternd hinaus, sie zeigten ihr, dass sie noch leben, von dem Kanonengebrüll nicht übertönt worden sind. Auf dem zweiten Parteitag des Krieges bekannte sich die Schweizer Sozialdemokratie zur Zimmerwalder Konferenz.

Nun hat diese der Internationale kein neues Wort gesagt, sie hat dem Proletariat nicht gesagt, wie es seine Politik in den neuen Bedingungen gestalten soll. Aber weil sie die alten Losungen der Solidarität und des grundsätzlichen Klassenkampfes im Gegensatz zu den alten

Organisationen der zweiten Internationale in die Welt hinausrief, wurde sie von den Sozialpatrioten aller Länder mit Recht als Keim der neuen Internationale empfunden und bekämpft. Das Bekenntnis der Schweizer Sozialdemokratie zu Zimmerwald hatte demnach die Bedeutung einer Kundgebung des Willens, auch im Gegensatz zur alten Internationale für die Grundsätze des Sozialismus zu kämpfen. Seitdem hat die Kienthaler Konferenz stattgefunden, deren Bedeutung in der Aufstellung der programmatischen Richtlinien für den Kampf der Internationale in den neuen imperialistischen Bedingungen besteht. Ablehnung der Pflichten dem bürgerlichen Staate gegenüber, Ablehnung der Utopien, als könnte man auf dem Boden des Kapitalismus den „dauernden Frieden“ durch pazifistische Quacksalbereien sichern, der Hinweis auf den Weg des Massenkampfes um den Sozialismus als den einzigen Weg zum Frieden, das war das Werk von Kienthal.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass, wie sich der Aarauer Parteitag zu Zimmerwald bekannt hat, so wird sich der Züricher zu Kienthal bekennen. Denn obwohl die Mehrheit der Schweizer Parteiführer sich der Arbeit der „Zimmerwaldisten“ gegenüber feindlich oder skeptisch benimmt, steht die Arbeiterschaft der ausschlaggebenden Großstädte zu Zimmerwald-Kienthal, selbst wenn sie sich noch nicht klar über alle Konsequenzen dieses Standpunktes ist. Aus ihrem Klasseninstinkt heraus, der durch den tobenden Weltbrand, durch alle Nöte der Kriegszeit geschärft wurde, fühlt sie: gegen dieses Ungeheuer können nur die mit aller Rücksichtslosigkeit eingesetzten Kräfte der Volksmassen aller Länder etwas ausrichten.

Würde es dem Schweizer Proletariat beschieden sein, nur als Zuschauer dem kommenden grandiosen Kampfe zwischen dem Sozialismus und dem Imperialismus beizuwohnen, die Gefühle der Sympathie für die in Geburtswehen zuckende neue Internationale würden genügen. Aber das Schweizer Proletariat ist ein Teil des Objektes der imperialistischen Politik und muss seinen Teil beitragen zum Kampfe gegen sie. Darum darf es sich nicht mit instinktiven Gefühlen, mit Sympathiekundgebungen begnügen, es muss sich zur klaren Einsicht über die Rolle, die ihm zufällt, durchringen. Und es ist die Sache der Schweizer Zimmerwaldisten, der radikalen Schweizer Sozialdemokraten, den Vorderreihen der Schweizer Arbeiterklasse zu helfen, diese Einsicht zu gewinnen. Es soll hier kurz untersucht werden, wie diese Aufgabe bisher von den Schweizer radikalen Genossen erfüllt wurde.

Das Zentralproblem, das vor der Schweiz seit dem ersten Tage des Weltkrieges stand, war: wie wird sich die Schweiz im Kriege verhalten? Der Bundesrat beantwortete die Frage sofort mit der Neutralitätserklärung. Die Sozialdemokratie votierte ihm darauf am 4. August 1914 die Vollmachten zur Durchführung aller notwendigen Maßregeln. Darin äußerte sich nicht nur der Wille zur Neutralität, zum Frieden, sondern auch die Überzeugung, dass der Bundesrat ihr rücksichtsloser Wahrer sein wird. Noch mehr: Wenn auch nicht klar ausgesprochen, so enthielt das Votum der Sozialdemokratie die Bereitschaft, die Schweizer Neutralität mit den Waffen in der Hand zu verteidigen. Diese Haltung entsprach nicht nur dem formellen Beschluss des Oltener Parteitages, der ausdrücklich die Pflicht der Verteidigung der Schweiz anerkennt, sondern auch der damaligen Überzeugung fast aller Schweizer Sozialdemokraten, dass, wenn die Schweiz in den Krieg eintreten würde, sie es nur in Verteidigung gegen den räuberischen Überfall eines fremden Imperialismus tun würde. Wenn einzelne Genossen, wie *Naine*, *Graber* oder *Platten* damals schon gegen die Haltung der Fraktion im August 1914 waren, so geschah dies nicht aus der Erkenntnis, dass auch die kapitalistischen, kolonierbaren Kleinstaaten an der imperialistischen Politik interessiert sind, sondern aus allgemeiner antimilitaristischer Gesinnung.

Allmählich wuchs das Misstrauen zu der „Neutralität“ der Bourgeoisie. Man sah, wie sie sich in ihren Sympathien auf die Seite dieses oder jenes Kriegslagers stellte, und entdeckte, dass es sich dabei nicht nur um Stammessympathien handelte, sondern dass dahinter ihre

Versippung mit dem imperialistischen Kapitalcliquen der Nachbarn steckte. Die Geschehnisse Belgiens und Serbiens zeigten wieder, dass die Teilnahme am Kriege für das Proletariat eines Kleinstaates glatte Vernichtung bedeutete. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten aller Kleinstaaten zeigten, wie illusorisch die zu verteidigende Unabhängigkeit ist. Schon zur Zeit der Zimmerwalder Konferenz waren die führenden radikalen Kreise der Schweizer Sozialdemokratie überzeugt, dass die Sozialdemokratie der Kleinstaaten keine andere Politik treiben kann, als die der Großstaaten, dass der Kampf gegen die Teilnahme am Kriege unter allen Umständen zu führen sei. Wenn sie trotzdem auf dem Aarauer Parteitag der Aufrollung dieser Frage aus dem Wege gingen, so geschah es aus zwei Gründen. Erstens hofften sie, dass der Krieg, dessen nahes Ende sie erwarteten, die Stellungnahme erleichtern würde, indem er die praktische Unmöglichkeit der Verteidigung der Kleinstaaten selbst den größten Patrioten vor-demonstrieren würde. Zweitens wollten sie den Grütlianern eine Waffe gegen die Verschmelzung ihrer Organisation mit denen der Partei aus der Hand nehmen.

Die Entwicklung der Ereignisse nach dem Parteitage zeigte die Gefahr der Politik des Verschiebens der Stellungnahme in dieser wichtigsten politischen Frage. Der Krieg dauert weiter, und man weiß nicht, wann er zu Ende geht. Die Affäre der Generalobersten Egli und Wadewill, und dann die des Divisionärs de Loys bewies, dass in den führenden Kreisen der Armee entweder eine Strömung für die Teilnahme am Kriege herrscht oder eine Art der Wahrung der Neutralität beliebt ist, die eines Tages die Schweiz in einen Krieg hineinpraktizieren kann, selbst wenn die politischen Behörden des Landes – wie wir annehmen – neutral bleiben wollten. Es zeigte sich, dass die Frage der Landesverteidigung keine Frage ist, zu der man erst nach dem Kriege Stellung nehmen könnte. Sie steht schon jetzt vor der Partei, denn es ist klar, dass, falls die Schweiz in den Krieg hineingezogen wird, die Partei nicht als steuerloses Wrack treiben soll, sondern wissen muss, was sie dann tun will. Ja, will sie, dass es nicht zum Kriege kommt, dann muss sie jetzt die Parteigenossen gegen jede Kriegshetze geistig waffnen, was ohne klare Stellungnahme unmöglich ist. Ist die Partei gewillt, unter allen Umständen gegen die Teilnahme am Kriege zu kämpfen, so muss sie die Losung der Demobilisation in die Massen werfen und für diese Losung kämpfen. Selbst wenn sie ihr Ziel nicht erreicht, würde sie dadurch die Massen zur künftigen Stellungnahme vorbereiten.

Die Tribüne des Nationalrates war der weit sichtbare Ort, von dem die neue Stellungnahme verkündet werden musste, die Affäre Egli und Wadewill und dann die de Loys der beste Moment dafür. Die Angriffe der ganzen Bourgeoisie würden dann erlauben, den Standpunkt der Partei zu entwickeln. Die Nationalratsfraktion ergriff diese Gelegenheit nicht und konnte sie als Körperschaft nicht ergreifen, weil sie in ihrer Mehrheit auf dem Boden der Landesverteidigung steht. Aber während im Ständerat Scherrer (St. Gallen), im Nationalrat Greulich sich klar zur Vaterlandsverteidigung bekannten, bekannten sich die Radikalen zu ihrem Standpunkt nicht. Das tat nicht nur Grimm nicht, obwohl er persönlich prinzipiell auf linksradikalem Boden steht und die Landesverteidigung ablehnt, sondern auch die französischen Genossen Naine und Graber, die man Grimm als radikalere Genossen entgegenstellt. Sie bekundeten im Allgemeinen ihre antimilitaristische Gesinnung, Grimm bereitete in einer großzügigen Rede seine schärfere ablehnende Stellung, ohne jedoch die politischen Schlüsse offen zu ziehen und sie als Parole in die Masse zu werfen.

Zur Begründung dieses taktischen Ausweichens wird gesagt: erstens muss die Sache in den Massen reifen; ihre Stellungnahme kann nicht von oben kommandiert werden; zweitens können nicht einzelne Parteigenossen von der parlamentarischen Tribüne aus auf eigene Faust Losungen in die Massen werfen, zu denen sich die Partei noch nicht bekannt hat. Um mit dem letzten Einwand abzurechnen, genügt es, die Frage zu stellen: Was haben die radikalen Genossen vor, wenn der Krieg ausbricht und der Parteitag eine Resolution in der Frage der Landesverteidigung noch nicht angenommen hat? Wollen sie dann angesichts des Oltener

Beschlusses, der die Verteidigung der Schweiz anerkennt, die von ihnen verpönte sozialpatriotische Politik treiben? Wir glauben das nicht; sie würden sich über dieses tote Papier des Programms zu den Lehren der schrecklichen Erfahrung zweier Jahre bekennen. Wollen sie dann dieser Erfahrung gemäß handeln, dann dürfen sie aber auch jetzt nicht zaudern, dann müssen sie die Parole in die Massen werfen. Denn eben, weil man die Massen nicht von oben kommandieren kann, muss man sie durch klare Stellungnahme zu einer richtigen Auffassung bringen. Diese Auffassung wächst von selbst aus den Massen nicht heraus, denn zu einer klaren Stellungnahme ist die Erkenntnis von verwickelten Zusammenhängen nötig, die der Masse fehlen: die Masse kann von selbst nur Stimmungen, Gefühle entwickeln, die durch äußere Bedingungen ihres Lebens erzeugt, ihre Vorderreihen zur Annahme eines Standpunktes vorbereiten, nicht aber ihn fertig erzeugen.

Aber beide Argumente, die für die Ausweichtaktik angeführt werden und, wie wir sehen, sehr leicht widerlegt werden können, sind nur Scheinargumente, nicht der wahre Grund des Verhaltens der Führer unserer radikalen Freunde. Das ergibt sich klar aus der Tatsache, dass auch auf der Tagesordnung des Züricher Parteitages sich nicht die Frage der Vaterlandsverteidigung befindet; sie soll erst auf dem außerordentlichen Kongress im Februar behandelt werden. Wenn man die Notwendigkeit einer klaren Politik der Partei gegenüber der Kriegsgefahr versteht – und keinem einzigen der führenden Genossen konnte sie entgangen sein – wenn man aber trotzdem diese klare Politik nicht treiben konnte, weil dem, wie man angab, ein alter Parteitagbeschluss im Wege stand, dann musste man doch die Frage der Änderung dieses Programmpunktes an die erste Stelle der Tagesordnung des Parteitages stellen. Denn nichts ist wichtiger für eine politische Partei als eine klare Politik. Warum verschob man die Frage wieder? Es geschah aus Rücksicht auf eine Organisationsfrage, die Frage der sog. Parteieinheit.

Als der Krieg ausbrach, stand die Partei vor der Verschmelzung ihrer Organisationen mit denen des Grütlivereins. Diese Frage wurde vor dem Kriege dadurch immer reifer, dass die Mitgliedschaften des früher kleinbürgerlich-demokratischen Grütlivereins mit jedem Tage mehr aus den gleichen proletarischen Elementen bestehen wie die Partei. Die Führer des Grütlivereins sträuben sich gegen die Einigung, weil sie kleinbürgerlich-demokratisch sind und wissen, dass sie bei einer einheitlichen demokratischen Organisation der Partei die Grundlage ihrer opportunistischen Politik verlieren. Als der Weltkrieg die Mitgliedschaften der Partei immer mehr nach links drängte, als die Wahrscheinlichkeit immer näher rückte, dass die Partei sich klar gegen die Vaterlandsverteidigung ausspricht, wurde den Opportunisten in der Grütlivereinsleitung zweierlei klar: erstens erkannten sie, dass eine solche Stellungnahme das Tischtuch zwischen der Partei und dem Bürgertum zerschneidet, dass die Möglichkeit einer Kompromisspolitik mit all ihren Herrlichkeiten, den Amtsstellen usw. verschwindet. Sie ziehen dieser Gefahr die Spaltung vor und erklären es klipp und klar. Zweitens hoffen sie bei dieser Spaltung einen Teil der Masse zu behalten, die noch voll der demokratisch-patriotischen Illusionen ist, und die Führer aus der Partei zu sich herüber zu ziehen, die dank den Bedingungen ihrer Existenz – Lehrer, Mitglieder der kantonalen und städtischen Behörden – die neue Stellungnahme der Partei weder verstehen noch akzeptieren können. Gegenüber dieser Politik der Grütlivereinsführer galt es eine rein grundsätzliche Haltung einzunehmen. Die Vaterlandsverteidigungsfrage mit voller Klarheit aufzurollen, den Massen zu zeigen, welche Quellen die „patriotische“ Stellung der Grütliführer hat, an Hand der Erfahrungen des Krieges die Folgen des Sozialpatriotismus zu zeigen. Es galt, offen zu sagen: Jawohl, wer sozialpatriotische Politik treiben will, für den gibt es keinen Platz in einer Arbeiterpartei.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass diese prinzipielle Politik auch die praktischste wäre: sie würde zwar die Spaltung nicht vermieden haben, die, wie das „Volksrecht“ zugibt, nicht zu vermeiden ist. Sie würde die nationalistischen Elemente in der Partei wie im Grütliverein

abstoßen, aber die internationalistischen Elemente in der Partei wie im Grütliverein zur wahren Einheit zusammenfassen. Die radikalen Genossen glaubten, dass sie unter der Losung der Parteeinheit leichter die Organisationsfrage durchführen könnten, gleichzeitig aber die nationalistischen Arbeiter des Grütlivereins zu behalten, um sie später mit internationalistischen Gedanken zu erfüllen.

Sie haben sich verrechnet: die Grütliführer kämpfen unter ihrem Banner; sie erklären offen: hier Nationalismus, dort Internationalismus. Die Internationalisten dagegen kämpfen ohne politisches Banner für eine organisatorische Einheit ... mit den Sozialpatrioten.

Das Resultat dieser unklaren, inkonsequenten Stellungnahme der Radikalen ist: Schwächung der politischen Aktion der Partei gegen die Bourgeoisie, Schwächung unserer Position den Sozialpatrioten gegenüber. Mit dieser Politik müssen die Radikalen brechen. Es ist keine Schande, dass sie sich durch den organisatorischen Opportunismus verleiten ließen. Es hängen uns allen noch viele Zöpfe der alten „Diplomatie“ an, deren Wesen uns nicht immer von vornherein klar ist. Aber man muss aus gemachten Fehlern lernen, sie gut zu machen.

Der Parteitag hat die Möglichkeit, die „Einheitsfrage“ gemeinsam mit der der politischen Stellung der Partei durchzukämpfen, freie Bahn für die Politik der Partei, wie für den Kampf gegen die Sozialpatrioten zu schaffen. Man komme nicht mit dem Einwand, die Partei sei theoretisch noch nicht genügend vorbereitet. Denn abgesehen davon, dass jeden Tag die politische Situation die Instanzen nötigen kann, eine klare Position einzunehmen, steht doch auf der Tagesordnung des Parteitages das Verhältnis zu den Kienthaler Beschlüssen. Wenn die Partei genügend vorbereitet ist, zu ihnen Stellung zu nehmen, so kann sie auch die sich aus ihnen für die Schweiz sich ergebenden Schlüsse ziehen.

Also: Klar zum Gefecht, denn die Unklarheit schwächt die Radikalen, stärkt die Opportunisten, die nur im Trüben fischen können.

Staat, Nation, Imperialismus und Sozialdemokratie.

Die Haltung der Arbeiterklasse.

Der Sozialpatriotismus.

Als der Weltkrieg ausbrach, schien die Mehrheit der Parteiführer in Österreich, Deutschland und Frankreich alles das vergessen zu haben, was sie vorher über die internationalen Gefahren des Imperialismus gelehrt hatte. Sie erklärten in jedem Land dieses Land als ohne Schuld angegriffen, nur bei dem anderen, dem Feinde spielte der Imperialismus eine Rolle. Da sie so die Kriegsursachen auf der Seite ihres Landes für außerhalb des Imperialismus stehend erklärten, fiel nach ihrer Meinung die Frage ihrer eigenen Parteipolitik in ein ganz anderes Kapitel: das der nationalen Verteidigung, die von der Internationale anerkannt war. Aber bald begnügten sie sich nicht mehr mit diesem Argument, sondern gaben auch an, was sie verteidigen wollen: *den Nationalstaat*.

So erklärten in erster Linie die französischen Sozialpatrioten, deren Staat äußerlich den Typus des Nationalstaates am nächsten steht, wenn man seinen Besitz an Kolonien mit dem Mantel patriotischer Vergesslichkeit verhüllt. Obwohl Deutschland kein reiner Nationalstaat ist – besitzt es doch polnische, französische und dänische Mitbürger, um wieder von den Kolonien abzusehen – bekannte sich auch die Mehrheit der deutschen Parteiführerschaft zum Nationalstaat, und setzte über die Politik des 4. August die Flagge der Nation. Vom Bürgertum

wurde diese Politik als Wiederkehr des verlorenen sozialdemokratischen Sohnes in den Schoß des Vaterlandes begrüßt. Die neugeborene *sozialpatriotische* Richtung lehnte diese Begrüßung ab. Sie wies nach, dass Marx, Engels und Lassalle immer gute Patrioten waren, dass die Internationale immer die Existenz der Nationen und die Pflicht ihrer Verteidigung anerkannt habe.

Wie die Sache um Marx, Engels und Lassalle bestellt ist, zeigten wir in dem ersten Kapitel dieser Auseinandersetzung, und daraus ergibt sich, dass die Darstellung der David, Haenisch und der kleineren Götter eine reine historische Fälschung ist: historische Köpfe wie sie waren, haben Marx und Engels weder den Nationalstaat als die einzige Form der staatlichen Existenz angesehen, die jeder Nation zukommt, noch haben sie an und für sich um den deutschen Nationalstaat gekämpft, sondern sie haben in der Ära, wo seine Bildung einen historischen Fortschritt darstellte, auf dem Boden der zu ihm führenden Strömungen um die Demokratie gekämpft. Was aber die Beweisführung anbetrifft, dass die Internationale immer die Existenz der Nationen anerkannt hat, so ist diese mit großer Verausgabung von Kleister geführte Beweisführung ebenso notwendig, als wenn die David und Haenisch beweisen wollten, dass die Internationale das Bestehen von Händen und Füßen bei den Menschen anerkannte. Die Existenz von Nationen als historisches Produkt und die Unmöglichkeit ihrer künstlichen Verwandlung in einen anationalen Menschenbrei wird von niemandem bestritten. Die Frage besteht nur darin, für welche Form des Zusammenlebens der Nationen die Sozialdemokratie jetzt im Anfang des 20. Jahrhunderts in den kapitalistisch entwickelten Ländern einzutreten hat.

In der Mitte des 19. Jahrhunderts sahen Marx, Engels und Lassalle im Nationalstaat die staatliche Form, die für die Entwicklung der Volkswirtschaft und damit für das Proletariat Deutschlands am entsprechendsten war, wobei sie, weil sie für die volle Demokratie nicht mit Worten, sondern mit Taten kämpften, keine Ohnmachtsanfänge zu bekommen brauchten, wenn die Entwicklungsbedingungen dieses Nationalstaates auch Splitter fremder Völker umfassten. Was bei Marx und Engels ein historisch begründeter Standpunkt war, das bekommt aber bei den Sozialpatrioten diesseits und jenseits der Vogesen ein gewaltiges Loch nach dem andern, was nur ein Beweis dafür ist, dass ihr Standpunkt im Widerspruch zu den jetzt obwaltenden historischen Tendenzen sich befindet.

Wenn der Grund der Pflicht der Verteidigung des deutschen und französischen Staates darin liegen soll, dass sie Nationalstaaten sind und die Nationalstaaten eine notwendige Bedingung des Sieges des Sozialismus bilden sollen, dann dürften die Proletarier Russlands und Österreich-Ungarns sich um ihre Staaten nicht kümmern, sind sie doch nicht nur Nationalitätenstaaten, sondern beherbergen Teile von Nationen, bedeuten also die Zerreißung von Nationen. Aber zu dieser Konsequenz erheben sich die französischen Sozialpatrioten nur in Bezug auf ... Deutschland, Österreich und die Türkei, deren Zerlegung in nationale Teile sie propagieren, während die deutschen Sozialpatrioten wieder die ... von Russland unterworfenen Nationen „befreien“ wollen, selbst wenn das Proletariat dieser Nationen nicht die geringsten Wünsche in dieser Hinsicht ausdrückt. Dagegen erkennen die französischen Sozialpatrioten an, dass es als Bedingung für den Sieg des Sozialismus in Russland genügen wird, wenn dort die Unterdrückung der Nationen verschwinden und die Demokratie siegen würde. Und der Wortführer der österreichischen Parteimehrheit, Karl Renner, bekennt sich zu der Auffassung, „dass im Wettstreit der Staaten die Geographie stärker ist als die Nationalität“ (Österreichs Erneuerung, Wien 1916. S. 7); und die österreichische Sozialdemokratie setzt sich mit dem größten Eifer für die Verteidigung des österreichisch-ungarischen Staates ein, der doch ein Gemisch von einem Dutzend Nationen ist.

Schon diese Tatsachen zeigen, was von den Salbadereien der reinen Sozialpatrioten, die Verteidigung der Nation sei der Grund für die Verteidigung des Staates, zu halten ist. Der

Sozialpatriotismus fordert doch vom Proletariat die Verteidigung von nationalen, wie von nationalgemischten Staaten. Aber noch mehr. Selbst wenn der Sozialpatriotismus dies nicht tun würde, wenn er unter der Führung der Bourgeoisie nur den Nationalstaaten zum Siege über die Gegner verhelfen würde, so könnte er nicht verhüten, dass der Sieger die Hand ausstreckt nach dem Preise, um den er kämpft: nach der Angliederung von Kolonien, ja von fremdnationalen Gebieten in Europa, wenn das seine wirtschaftlichen oder politischen Interessen erfordern.

Um dieser offensichtigen Konsequenz zu entgehen, müssen die Sozialpatrioten zu einem politischen Kunstgriff greifen: sie erklären, dass sie nur für die Verteidigung des Vaterlandes kämpfen, aber beileibe nicht für Annexionen, gegen die sie protestieren, dass es nur so kracht. Aber man braucht nur zu sehen, wie wenig die Bourgeoisie sich um ihre Proteste kümmert, solange sie sich eben zur Verteidigung bereit erklären. Denn hat sie den Sieg in der Hand, dann können seine Folgen nicht ausbleiben. Und man kann die Sozialpatrioten nicht für solche Kindsköpfe halten, dass sie diese Zusammenhänge nicht erfassen.

Was bei einzelnen von ihnen anfangs noch eine ideologische Marotte sein mochte, das ist jetzt beim Sozialpatriotismus, als einer politischen Richtung, ein taktisches Manöver; sie glauben durch die Vorspiegelung einer rein nationalen Verteidigungspolitik am leichtesten den Einfluss auf die Volksmassen behalten zu können.

Selbst in der Jugend des Kapitalismus war der Nationalstaat keinesfalls die einzige Form der staatlichen Entwicklung des Kapitalismus. Im Zeitalter des Imperialismus besitzt jeder kapitalistische Staat die Tendenz, über den Rahmen einer Nation – auch der größten – hinauszuwachsen, er sucht sich fremde Gebiete zu unterwerfen. In dieser Zeit als Politik des Proletariats die Zerschlagung der kapitalistischen Welt in nationale Parzellen zu propagieren, hieße zur Vorbedingung des Sozialismus eine willkürliche Zerreißung der wirtschaftlichen Zusammenhänge zu machen. Der Sozialismus, der die Organisation der Produktion gemäß ihren natürlichen Grundlagen und entsprechend den Bedürfnissen der Gesellschaft bedeutet, würde durch eine Desorganisation der Produktion gemäß einem ausgedachten „Nationalprinzips“ eingeleitet werden. Der Widerspruch zwischen dieser sozialpatriotischen Ideologie und der Tendenz der Entwicklung ist so offenkundig, dass die sozialpatriotische Ideologie ununterbrochen in Gegensatz zu Tatsachen geraten muss, die sie durch Anleihen beim Sozialpazifismus zu verdecken sucht, um schließlich beim Sozialimperialismus anzulangen, der ideologisch ihr Antipode ist.

Verteidigung der Unabhängigkeit des Landes! schreien die Sozialpatrioten, und da stoßen sie auf die harte Tatsache der wirtschaftlichen Abhängigkeit jedes kapitalistischen Landes von dem Weltmarkt. So ergänzen sie flugs ihre erste Losung durch die zweite: Freiheit der wirtschaftlichen Entwicklung, und erläutern sie mit dem Hinweis, dass sie eine Verständigung der Völker erstreben, die allen die gemeinsame Ausbeutung der Kolonien – „offene Tür“ – die Freiheit der Zufuhren – „Freiheit der Meere“ – sichern wird. Ihr tretet für die Unabhängigkeit und Unversehrtheit des Landes ein, antworten die Sozialimperialisten den Sozialpatrioten – das ist sehr schön, aber wenn zu ihrer Sicherung in diesem Zeitalter der Kämpfe eine kleine „Befreiung“ im Osten, und eine kleine „Garantie“ im Westen notwendig ist, so muss man sie halt fordern! Ihr erkennt das Interesse des deutschen Proletariats an der „Entwicklung der kolonialen Produktivkräfte“; wir auch. Nun, dann muss dieses Interesse auch gesichert werden; man darf sich nicht auf solche Illusionen verlassen, dass die französischen oder russischen Kapitalisten die Zölle in ihren Kolonien aufheben, wo die Engländer daran sind, in den ihrigen den bisherigen Freihandel abzuschaffen. Da muss man schon eigene Kolonien haben.

Ihr wollt die Freiheit der Meere? Aber worauf ist ihre Unfreiheit begründet? Auf der großen englischen Flotte, auf den vielen englischen Stützpunkten in allen Meeren. Wer glaubt daran, dass England auf all dies verzichtet? Wenn ihr also die Freiheit der Meere im Interesse des Proletariats verlangt, so müsst ihr auch die dazu führenden Wege wollen: die Niederringung der englischen Flottenmacht durch eine entsprechend große eigene, die auf eine besser gestaltete Küste, auf eroberte Flottenstützpunkte gestützt, mit England den Kampf aufnehmen könnte. Also, also! So singen die sozialimperialistischen Sirenen.

Die Herren Scheidemann und Stampfer mögen sich gegen diese Konsequenzen noch so sehr sträuben, sich auf die Grundsätze des Sozialismus berufen, es hilft ihnen nichts. Praktisch dienen sie vom ersten Tag ihres Umfalls dem Imperialismus, theoretisch können sie ihm, sobald sie sich in der Ära des Imperialismus auf den Boden des Vaterlandes gestellt haben, nichts entgegenstellen als pure Demagogie, die sich die Sozialimperialisten, hinter denen nicht nur die logischsten Köpfe des Lagers des 4. August, sondern, was weit wichtiger ist, die ganze Gewerkschaftsbureaukratie, und was noch wichtiger, die Logik des Standpunktes steht, auf die Länge hin nicht gefallen lassen werden. Sie mögen aus taktischen Gründen noch eine Zeitlang den Eiertanz der Sozialpatrioten dulden, wie sie der Resolution der Parteikonferenz zugestimmt haben; sich damit begnügen, dass sie ihnen von Zeit zu Zeit etwas in die Zähne geben, schließlich werden sie sie doch an die Kandare nehmen. Der Sozialpatriotismus ist nur ein Agitationsmittel, der Sozialimperialismus ist der Kern. Und ihn gilt es jetzt näher anzusehen.

Aus unserm politischen Tagebuch.

17. Oktober.

In der „Bergarbeiter-Zeitung“ erschien unlängst ein „Aufruf zur Besonnenheit“, der die Bergleute dringend vor Streiks warnte. Der Aufruf war unterzeichnet von allen vier Bergarbeiterverbänden. Neben dem christlichen, dem polnischen und dem Hirsch-Dunckerschen prangte auch der Name des „freien“ Bergarbeiterverbandes mit dem „sozialdemokratischen“ Abgeordneten Sachse. Sachse gehört zur Fraktionsmehrheit. Aber auch Vertreter der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft mahnen die Arbeiter zur „Besonnenheit“, dann nämlich, wenn die Linksradikalen zum schärfsten Kampfe gegen die Sozialpatrioten drängen. Man sieht also, wie das Parteizentrum den Sozialpatrioten in die Hände arbeitet und was schließlich hinter der Aufforderung zur „Besonnenheit“ steckt. Es ist eine ununterbrochene Kette vom linken Flügel des Parteizentrums über die Sozialpatrioten zu den Christen und Hirschen. Vielleicht begreifen die Arbeiter jetzt, weshalb die Linksradikalen nicht die Vereinigung mit dem Parteizentrum wollen dürfen und wessen Geschäfte das Parteizentrum besorgt.

Feuilleton

Ein Freiheitssieg.

Von Maxim Gorki.

Frei wie die Vögel der Lüfte waren einst die Wellen des Meeres ... Von Liedern des Sturmes gewiegt und getragen, rollten sie fröhlich in blauende Ferne ...

Doch neidete der Mensch, ein böser Tyrann, den Wellen das glänzende, glitzernde Los. Der Freiheit berauben wollt' er die stolzen, die glücklichen Kinder des Sturmes ...

Nicht sollten sie mehr über grausigen Tiefen sich glitzernd in sorglosen Spielen erfreuen. Nicht sollten der Sonne sie lächeln, dem blauenden Zelte des Himmels die glitzernden Grüße des freudevollen Daseins entsenden! ...

Er schickte gehorchende Sklaven; und kaltes Gestein aus dem Schoße der Erde begannen sie wuchtig dem Meer in den Grund zu versenken ... Es zuckte das Meer, erzitterte, sträubte sich schäumend. – Die Wellen jedoch, die lachen darüber, wie Felsen so groß und so wuchtig sich drehend bemühen, den Grund ihres Meeres zu erreichen. Sie springen, sie stoßen einander, sie winden sich lachend herum; sie streicheln die Felsen, umschwärmen sie flink ... Wie ist sie doch herrlich, die Freiheit der Kinder, beschattet noch nicht von ahnendem Sehnen!

„Dem Schoße der dunklen Erde entnommen, sind düstere Gäste erschienen bei uns; wir wollen sie jubelnd mit Liedern empfangen, sie wärmen, erheitern mit munterem Spiel. Wir wollen genießen die Zauber des Meeres, sein Leuchten, sein Rauschen, sein Märchenreich schau: besingen mit euch in rauschenden Liedern die schöne, die herrliche Freiheit des Meeres! ...“

Finster jedoch, die Gäste betrachtend, heult leise der Sturm in Böses verkündendem Ton!

Es fallen die Blöcke in immer dichterem Reihen ins Meer; sie türmen sich auf, sie wachsen zur Wand, zur festgefügt zusammen, versperren die Straße der Freiheit, der längstgewöhnten Bewegung den staunenden Wellen des Meeres.

Es schwanken die Wellen, sie schrecken zurück vor der hohen, der finsternen Wand; sie haben noch nie eine Schranke gesehen, sie kannten nie ein Hemmnis des freien Laufs.

Gleichmäßig vorsetzend den schwungvollen Lauf, schlagen sie am Damm sich wund ihre Brust ... Sie werfen sich heulend zurück, die Wand ist so kalt, die Wand ist so hart! ...

Bis weit in die Ferne erzittert das Meer ... Es werfen die Wellen sich hin und zurück in grauenvoll schrecklicher Angst und es sterben so viele zerschellt an der Wand ...

Ein Stöhnen, ein banges, schallt klagend einher, und finster gekräuselt bewegt sich die Flut. „Verraten, verraten!“ ertönt es darin, „von denen, die liebevoll empfangen als Freunde wir, wird jetzt uns die Freiheit gestohlen!“

Dem Sturme entrinnen die Tränen. ... Er fliegt mit Geheul zu der düsteren Wand: „O Felsen, o Blöcke, auch ihr wart einst frei, auch euch war ja einstmal die Freiheit das Leben. O saget, warum erschienet ihr hier, den Wellen die Freiheit zu stehlen?!“

Noch finsterner blickten die Felsen.

„Nicht freier Wille trieb uns her! Wir stehlen auch, wird's uns befohlen,“ es finster zur Antwort erklang ... Und wuchtiger stand, die Wellen beherrschend, die Wand.

Der Sturm flog heulend übers Meer, versammelte die Wellen, zu künden die Nachricht, die böse, dass dauernd das Joch, das drückende, sei.

„O, arme Wellen, Wellen mein! Sklaven, Sklaven seid ihr nun, denn eure Freiheit ist gestorben! ...“

Und weiter fuhr er übers Meer, das eine Weil' wie abgestorben in Schreck und Trauer lag...

Die alten, die mächtigen Wogen senkten tief sich zum Grund hinab ... Kein Orkan und kein Sturm lockt wohl die mehr empor!

Die Wellen, die jungen, die rollen umher so finster, so schweigsam wie nie; das Lachen, das frühere Singen und Lärmen der Freiheit erschallt jetzt nicht mehr. ... Die Sonne nur trübe leuchtet am Himmel, der selbst wie betrübt ist so grau und so matt.

Nur manchmal die jüngsten der Wellen, erbost vom lange dauernden Joch, drängen sich in Ketten und einzeln hinauf auf die drohende Wand. – Die zuckt nicht einmal, sie steht wie im Meere der Felsen ... Das Echo erweckt mir ein stöhnender Laut, der kommt aus der Kämpen erschlagener Brust.

Jetzt weint das Meer...

Gar viele der Jahre vergingen, und Tausende von Wellen zerschlugen sich kläglich am Widerstand leistenden, trotzigem Stein.

Stets dunkler und dunkler wird es umher ... und zagend sprechen die Wellen: „Wir warten, wir sammeln die Kräfte aufs Neue!“

Die Jahre vergingen ...

Die jüngsten der Wellen erstarkten zur Tat. Sie sandten die flüchtigen Boten in alle Teile des Meeres; sie sollten die Zagenden wecken, ermuntern zu rettender Tat. Sie sollten sie alle ermuntern zum Kampf, zum Sturm gegen die knechtende Wand. Zur Tiefe sie senkten sich hoffend hinab, die Alten, Enttäuschten zu mahnen. Doch schüttelten diese das grauende Haupt: „Die Kraft und der Schwung sind gebrochen, geschwunden, wie sollen den Kampf wir noch wagen mit jener gewaltigen Wand! ...“

Die Boten der Wellen ergossen sich weiter. Sie suchten den Wind und den Sturm. Nirgends im Meere fanden sie diese, sie lagen verborgen in finsternen Schluchten so eng. Erscheinet bei uns und fliegt übers Meer! Die Ketten zerreiet, den Geist unserer Brüder befreit. Wir haben gewartet, nun sind wir erstarkt; erweckt in den Alten den Mut ihr aufs neu' und sammelt uns alle zur siegenden Schar. Wir fürchten den Kampf nicht, der Tod ist uns lieb, den Brüdern die Freiheit erringend! ...“

Dem Winde vor Freude erzittert das Herz in der mächtigen Brust; die Augen erglänzen dem Vater Sturm. Die Reden der Boten erwecken aufs neue vergangener Zeiten gewaltiges Hoffen ...

Zärtlichen Blickes umfassen sie freudig der Jünglinge Schar; die Schluchten verlassend, durchmessen sie pfeifend den trennenden Raum, wo uferlos wartet das lebende Meer. Gewaltig erschallet ihr weckender Schrei: „Wir kommen, wir kommen, zu retten die Freiheit; wir rufen, wir sammeln euch alle, sie wiederzusehn! Ihr mächtigen Wellen, erhebt euch zum Kampf, zerreiet die Ketten, entfesselt die Freiheit, bereitet den Weg ihr zum Sieg!“

Die Schlafenden wecket der mächtige Schrei; er schenket aufs Neue den Alten die Jugend, den Mut und die Kraft!

Die Wellen erwachen, erheben die schäumigen Häupter, und folgend gehorchend zum Kampf.

Die Nacht und bleierne Wolken darüber bedeckten das wogende Meer ... als plötzlich erschallte der Ruf zum Kampf ...

Von Osten nach Westen, von Norden nach Süden versammeln die Wellen sich und stellen sich auf in glänzende Reihen. Die jüngsten der Wellen, entbrennenden Muts, verlangen die Ersten im Kampfe zu sein! ...

Stürmend das Meer sie durcheilend, wie Blitz und wie Donner zugleich, und schiebend und fördernd begleitet sie freudig der Vater Sturm ... Vorwärts, ihr Wellen, ihr mächtigen Streiter! Erkämpfet der Freiheit den Sieg oder auch sterbet, wie so viele vor euch!

Die finsternen Felsen erbeben ... Schon naht die gewaltige Schar und stürmt voran, zerschellend die Brust an den Felsen ... Wie sinken sie sterbend dahin!... Die Wand ist bedeckt von blutigem Schaum, vom Blute der tapferen Kämpen!

Es heulet der Sturm: „O Kinder, o teuren Kinder! Es sanken die Ersten schon hin! Noch stürzt so mancher, doch heute noch siegen wir hier! ...“

Es kocht das Meer...

Die Toten ersetzen der anderen Reihen. Wie drohend die Wellen, wie tapfer, wie herrlich zu schau! – Sie brechen sich krachend und heulend den Weg zu der Wand, sie fluten zurück und stürzen aufs Neue sich wild in den Kampf: sie sinken zu Haufen und rufen noch sterbend die Scharen der Brüder herbei ...

Wohl stehet die Wand und wanket noch nicht ... doch finster und furchtbar fluten die Wellen herbei. Kein Ende zu schauen, kein Ende der Zahl der drohenden Wellen zu sehen! ...

Die Ufer des Meeres entblößen sich fast; die Wellen sind alle an einziger Stelle versammelt zum Kampf, und sehnd erfüllt ein einziger Schrei die heiße, die dampfende Luft ...

Wie mächtige Löwen zur Hilfe der Jungen erscheinen die Alten, aufs Neue verjüngt. Sie fliegen dahin, gekrönt von weißem, von flockigem Schaum; sie stürzen sich wütend hinein in den Kampf, sie packen die trotzigen Blöcke, und ahnend und schauernd erzittert die Erde vom schrecklichen Kampfesgetöse! ...

Schon graut der Morgen zum trüben und traurigen Tage. Doch unbezwungen stehen die Felsen trotzig noch da ... Noch peitschet der Sturm das rasende Meer, noch sinken zu Tode, an Felsen zerschlagen, die Reihen der mutigen, mächtigen Wellen.

Die Menschen versammeln erschreckt sich am Ufer des Meeres. Mit Wehmut erblicken die Fischer, wie mutig die Wellen zergehen im Kampf, der ihnen so ungleich erschien. Voll Mitleid erglänzten die Augen der festesten Männer. Zum Himmel erhob sich gar mächtig ein flehend Gebet: „Erlöse die Kämpfer, beende den Streit, den Wellen verleihe den Sieg!“

Sogar der Tyrann, der Mensch, der die Felsen ins Meer einst gestellt, sogar jener erzittert, von Schauer erfüllt. Es zuckt ihm zusammen das selbstische Herz beim Anblick der Leiden, des Todes des Meeres. Mit welchem Entzücken möchte wohl jetzt er die Felsen, die starren, entfernen, den Wellen die Freiheit von neuem verleihn! ...

Zu spät ist's jetzt! ... Nicht stöhnen die Wellen, nicht bitten sie mehr ... Zu schrecklich der Freiheit getragner Verlust, zu zahlreich der Opfer im Grabe, zu süß für die Toten die Rache!
...

Und nochmals, wie finster und kühn, vom Sturm gerufen, vom Sturme gepeitscht die riesigen Scharen sich sammeln und drängen gewaltig den finsternen Fels!

Man fühlt es: jetzt gilt es, entweder zerschellt jetzt der kalte, der trotzig Fels, oder das Meer wird zum einzigen, riesigen Grab! ...

Sie rücken heran, so stolz und so kühn! Sie schlagen vereint mit gewaltigem Stoß an die Wand, die Felsen erbeben davon! Die Wellen erstarren, sie fluten zurück und stoßen aufs Neue mit wütender Kraft! ... Ein Chaos entstand! ... Im Nebel verschwand, was Form vor kurzem noch war; ein Stöhnen, ein Donnern erhebt sich vom Meer, das, wie von Grund aus gehoben, den Himmel zu berühren scheint ...

Niedergeschmettert die Felswand! ...

Dem Stoße, dem letzten, kein Widerstand mehr! ... Die Blöcke, sie stürzen, versinken ins schluckende Meer, sie sinken zum Grunde, wo Ruhe die Wellen, die Helden gefunden ...

„Schaumbedeckte Leichen, weg!“ erschallt des Meeres dröhnender Ruf, „dieses Grab gehört den Wellen, die ihr Heldenleben gaben, damit es andern lebenswerter sei!“ ... Und fern davon, im tiefsten Grunde des Meeres, wo nie ein Strahl der Sonne je gespielt, da öffnet sich der Grund des Meeres, lässt durch, was da im Knechtskampf fiel, und schließt sich wieder, ohne Spur ...

Es jauchzet das weite, das glänzende Meer: Besiegt ist der Feinde knechtende Kraft! Die Wellen in Freiheit, wie rollen sie sanft, wie glänzen und glitzern sie froh! Sie singen wie früher, doch höher das Lied! Sie singen zum Ruhme gefallener Helden, die sterbend den Brüdern die Freiheit erkämpft ...

„Den Toten, die Freiheit von neuem geschafft
Sei ewig bleibende Ehr’!
Lebenden treue strebende Kraft,
Freiheit beste Gewähr!“

Zeugen und Rufer.

Ihr verlasst euch auf die gegenwärtige Ordnung der Gesellschaft, ohne zu bedenken, dass diese Ordnung unvermeidlichen Revolutionen unterworfen ist und dass es euch unmöglich ist, diejenige, die eure Kinder betreffen kann, vorauszusehen oder ihr vorzubeugen. Der Große wird klein, der Reiche wird arm, der Herrscher zum Untertan; und sind Schicksalsschläge so selten, dass ihr darauf rechnen könnt, davon ausgenommen zu sein? Wir nähern uns einem kritischen Zustand und dem Jahrhundert der Revolutionen. Ich halte es für unmöglich, dass die großen Monarchien von Europa noch von langer Dauer sein werden: alle haben ihre Glanzzeit gehabt, und jeder Staat, der glänzt, ist im Abnehmen begriffen. Wer kann euch sagen, was dann aus euch wird? Alles, was Menschen gemacht haben, kann von Menschen zerstört werden.

Rousseau. (1712–1778.)

*

Die Massen stehen zu ihrem Führer häufig in dem Verhältnis jenes Bildhauers im griechischen Altertum, welcher, nachdem er einen Jupiter Donnergott modelliert hatte, vor seinem eigenen Machwerk auf die Knie fiel, um es anzubeten. Anbetung aber erzeugt im angebetenen Objekt leicht Größenwahn. Die maßlosen, bisweilen eines komischen Anstrichs nicht

entbehrende Selbstüberhebung, auf die wir bei den Führern moderner Massen so häufig stoßen, hat ihre Quelle außer im Selfmadetum eines Teiles von ihnen, in der dauernd enthusiastischen Aufnahme, die sie bei den Massen finden. Die Selbstüberhebung aber wirkt, da sie eine suggestive Macht ausübt, wieder auf die Massen zurück und bildet so, durch die erhöhte Bewunderung, die sie inspiriert, ein neues Element der Herrschaft.

Robert Michels: „Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie“.

Was mich in Paris am meisten ansprach, war die Vermischung der Stände. Ich sah in einem Glase alle Bestandteile der bürgerlichen Gesellschaft vereinigt: Das zog sich an, stieß sich ab, gährte, zischte, schäumte, und am Ende musste jeder von seiner Natur etwas ablassen und von der fremden etwas annehmen. Ich sah das Leben einmal auf dem nassen Wege, ich kannte früher nur das auf dem trockenen. Aber nicht bloß dieser chemische Prozess machte mir Freude, sondern auch so mancher unauflösliche Deutsche, der daran keine Freude fand.

Von den Vielen unter uns, die keinen neben sich dulden können und die, wenn sie keinen Herrn vor sich und keinen Diener hinter sich haben, sich für verlorene Menschen halten und wimmern – traf ich mehrere in der Pariser Gesellschaft.

In ihrer Angst, die feindlichen Stoffe zu vermeiden und die freundlichen im Wirrwarre aufzufinden, wussten sie gar nicht, wo sie sich hinwenden sollten, und gleich einer vom Wasserstrudel angegriffenen Nusschale drehte sie sich um sich selbst und kamen nicht von der Stelle. Diesen gefiel es gar nicht in Paris, und sie waren recht froh, als sie wieder nach Hause kamen, jeder in seine heimatliche Schublade, worin jeder trocken blieb und alles galt.

Börne: Aus meinem Tagebuch.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Lüth); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 19/1916

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

1. Jahrg.

Bremen, den 28. Oktober 1916.

Nr. 19

Redaktion und Expedition: Waller Heerstraße Nr. 52. (Eing. Torweg).

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

Krieg und Frieden.

Kurz vor dem Zusammentritt des Reichstages war der Teufel wieder los. Herr *Tirpitz*, der Baumeister der deutschen Flotte, beklagte sich beim Reichskanzler, dass ihm dessen Freunde die Belügung der Regierung nachsagen. Er forderte Schutz gegen diese „infamen Treibereien“. Die Reichskanzlerpresse wartete darauf mit Beispielen der Hetze auf, die gegen den Reichskanzler seitens der Tirpitzfreunde getrieben wird. Immer wütender bollerte man gegeneinander, und als Kern der gegenseitigen Anklagen stellte sich die Behauptung heraus, der Reichskanzler gebrauchte nicht alle Mittel, die ihm zur siegreichen Beendigung des Krieges zur Verfügung stehen, da er immer noch an eine Annäherung an England nach dem Kriege denke.

Mit England oder mit Russland – so formulierte Herr Bernhard von der „Vossischen Zeitung“ den politischen Kern des Streites, dessen Begleiterscheinung der Streit über die Kriegsmittel ist. Dies ist auch unsere Meinung, wie wir sie hier in unserm Artikel „Aus dem Lager des deutschen Imperialismus“ vor mehr als einem Vierteljahr (Nr. 1 u. 2) dargestellt haben. Man sieht, es handelt sich dabei nicht nur um Fragen der Kriegführung, von deren Beantwortung die Länge des Krieges abhängt, sondern auch um die Richtung der gesamten zukünftigen auswärtigen Politik Deutschlands. Als der Kampf der Bethmannleute mit der Tirpitzfronde auf den Siedepunkt gelangte, schlug die „Frankfurter Zeitung“, am 26. September, mit der Faust auf den Tisch, und erklärte: „So wie jetzt kann es nicht weitergehen. Uns scheint, dass der Reichstag diesmal dem Problem ganz ins Gesicht sehen muss, und dass auch der von allen anderen angegriffene Mann Anlass hätte, den Stier bei den Hörnern zu packen. Eine Regierung, die in jahrelanger Wühlarbeit um das Vertrauen beim Volke gebracht wird, kann zu ernster Zeit allerdings eine Gefahr werden, weil man bei ihr zuletzt keine Stärke mehr vermutet und selbst gegen ihre besterwogenen Beschlüsse der lähmende Verdacht sich regt, dass sie gefasst worden seien nicht im Geiste der Kraft, sondern in dem der Unkraft, der Schwäche gegen diesen Einfluss oder gegen jene Clique.“ Sie forderte vom Reichstag eine klare Entscheidung für den Reichskanzler oder gegen ihn. „Wenn ja (wenn der Reichstag zu Herrn Bethmann-Hollweg steht), so mögen die durch die Berührung mit dem Volkswillen neugestärkten leitenden Männer endlich mit den widrigen Schlinggewächsen aufräumen, über die Deutschlands Fuß zu straucheln droht. Personen von Rang und Stellung dürfen eine wilde und lähmende Agitation gegen die Reichsleitung, deren Mittelpunkt der Kaiser ist, dauernd

fortsetzen, eine Agitation, die den zum zerschmetternden Schlage gegen den Feind ausholenden Arm der deutschen Wehrkraft voller Zweifel zurücksinken lassen müsste, wenn ihr nicht Halt geboten wird.“

Nach solchen Tönen eines offiziös bedienten Blattes glaubten naive Geister: jetzt geht die Regierung der „Fronde“ an den Kragen. Und Herr Heilmann, der sozialpatriotische Chorführer, schlug wie wild um sich, forderte entweder die Freilassung Liebknechts oder die Einkerkierung der Ankläger Bethmanns. Inzwischen kam der 28. September, Herr Bethmann-Hollweg hielt seine Rede, in der er sich zu der Auffassung bekannte, dass England der gefährlichste Feind sei, in der er in unmissverständlicher Absicht erklärte, Deutschland habe sich niemals in die inneren russischen Verhältnisse eingemischt. Nach diesen Erklärungen, die beweisen sollten, wie unberechtigt die Angriffe der Fronde seien, wie nahe ihrem Standpunkt der seinige ist, drückte der Reichskanzler seinen Verleumdern die Verachtung aus. Der Stier wurde nicht bei den Hörnern gepackt.

Aber nicht nur der Reichskanzler ging dem offenen Kampfe gegen die „Fronde“ aus dem Wege. Dies taten auch seine Freunde aus den bürgerlichen Parteien und brachten den Antrag auf die Vertagung der Diskussion ein. In den geheimen Sitzungen der Budgetkommission sollte ein Kompromiss gesucht werden. Und siehe da, die Herren Sozialpatrioten, die Gift und Galle gegen die Tirpitzleute spuckten, die ihnen die furchtbarste Fehde ansagten, sie willigten ein, dass die „schicksalsschweren Fragen“ in der parlamentarischen Dunkelkammer verschwanden. Dann vergingen zwei Wochen in geheimen Verhandlungen, an denen nicht einmal alle Abgeordneten teilnehmen durften, an den Küsten der Vereinigten Staaten begann ein scharfer Kampf gegen die englischen Handelsschiffe, und als Mitte Oktober der Reichstag seine öffentlichen Verhandlungen über die auswärtige Politik wieder aufnahm, da säuselte in den dürren Blättern der Herbstwind. Von einem Sturme gegen die Fronde war keine Rede. Weder der Reichskanzler noch ein bürgerlicher Vertreter packte den Stier bei den Hörnern. Herr Scheidemann mimte nochmal den brüllenden Löwen, aber er hütete sich wohlweislich, irgendetwas aus dem Häuschen zu plaudern. Auf der anderen Seite benahmen sich die parlamentarischen Vertreter der Tirpitzfronde, Herr Bassermann und Westarp, sehr brav und milde. Der Tomahawk, der dem Reichskanzler seines Kopfschmuckes berauben sollte, er blitzte nicht in ihren Händen.

Es kam zu keiner Auseinandersetzung mit der „Fronde“ und wird nicht kommen. Nicht nur weil die sogen. Fronde zwar weiter geheime Projekte gegen den Reichskanzler herausgeben, aber niemals gegen ihn die Entscheidung des Reichstages anrufen wird, sondern auch weil die Regierung niemals mit ihr offen abzurechnen gewillt sein wird. Die Fronde ist der einflussreichste Teil der besitzenden Klassen. Sie glaubt, dass die Regierung nicht genug entschieden und bewusst ihre Interessen vertritt. Nun, so suchen sie durch Geheimkonventikel, Geheimschriften, durch persönliche Beeinflussung verschiedener Regierungsvertreter ihr Ziel zu erreichen. Und wie im Frieden so suchen sie jetzt auf ihre Rechnung nicht durch den Reichstag, – was einen Appell ans Volk bedeuten würde, – sondern durch den Einfluss auf die Krone zu kommen. Aber ebenso wenig wie sie den Reichstag nicht stärken und nicht an die Öffentlichkeit appellieren wollen, ebenso wenig kann es die Regierung tun. Es ist ein lächerlicher Gedanke, dass sich die Regierung gegen die Junker und Nationalliberalen auf Herrn Scheidemann und sein Gefolge stützen könnte.

Zum Kleinkrieg gegen die Tirpitzleute kann irgendein günstiger Wind Herrn Scheidemann selbst einen Immediatbrief eines Reichsfürsten auf den Tisch wehen, aber keine Regierung kann im Ernste daran denken, gegen die ökonomisch ausschlaggebenden Schichten die Politik des deutschen Reiches zu führen. Man liebt es, Herrn Bethmann-Hollweg als ahnungslosen Engel darzustellen. Würde er es sein, und würde er den Reichslag gegen die Fronde

mobilisieren, er wäre längst gewesen. Aber warum sollte er den Gegensatz zu den Junkern und Nationalliberalen so zuspitzen? Weil sie „maßlos“ sind, den Krieg verlängern wollen, erklären die ganz naiven Sozialpatrioten. Auch die Tirpitzleute werden nicht höher springen, als sie können, und Herr Bethmann nicht niedriger. Und was die Differenzen über die zukünftige auswärtige Politik anbetrifft – ob mit England oder Russland –, so wird er durch die Tatsache entschieden werden, von wem man bessere Bedingungen bekommt. Hier handelt es sich nicht um Fragen, über die sich die Besitzenden, wenn die Frage wirklich aktuell wird, im Ernste spalten könnten.

Das, was die Sozialpatrioten den Massen als heroischen Kampf der Regierung mit den Imperialisten darzustellen suchen – einen Kampf, in dem sich die Arbeitermassen auf die Seite der Regierung stellen müssen – ist ein gemeinsames Suchen nach dem Weg, den man in der schwierigen Sachlage nicht ohne weiteres findet. Wenn diese Art der Verständigung durch den Kampf der Konventikel für die Beteiligten gewisse persönliche Unannehmlichkeiten hat, so hat sie für den Imperialismus überhaupt auch sehr gute Folgen. Wenn die Tirpitzfronde als das Lager des Imperialismus gilt, so profitiert davon die Regierung, die als bar jeder imperialistischen Tendenz der Arbeiterklasse dargestellt werden kann. Gäbe es keine Tirpitzfronde, Herr Scheidemann müsste sie für die Zwecke des Sozialpatriotismus beschaffen. Und wie angenehm ist es, wenn man, „um mit der Tirpitzfronde abzurechnen“, alle Fragen der auswärtigen Politik von der öffentlichen parlamentarischen Diskussion ausschalten kann. Gäbe es keine Tirpitzfronde, die Scheidemann ständen da als Leute, die dazu beitragen, dass die Volksmassen keinen Einblick in die wichtigsten Angelegenheiten bekommen. Dank der Tirpitzfronde stehen sie als Retter des Vaterlandes da, die die öffentliche Behandlung gefährlicher Dinge verhütet haben.

So wird die Tirpitzfronde weiter „wühlen“, d. h. auf dem ihr entsprechenden Wege ihre Ziele zu erreichen suchen, die Regierung wird ihr kein Leid antun, und die Sozialpatrioten werden sie unentwegt bekämpfen, so lange – bis sie siegt.

*

So sieht die angebliche Kluft aus, die den deutschen Imperialismus zerreißt. Und wie sieht die äußere Lage aus, welche Aussichten eröffnet sie?

Der *dritte Winterfeldzug* steht vor der Tür. Das, was man vor kurzem noch als einen Alp empfand, der verschwinden kann, das wird bald Tatsache sein. In der französischen Kammer erhob sich Genosse Brizon, berechnete die ungeheuren Verluste, die der Krieg dem französischen Volke gebracht hat, zeigte, dass der Sieg, mit dem jetzt die Entente rechnet, noch größere Anstrengungen erfordern wird. *Verhandelt!* – rief Brizon. *Verhandelt!* – ruft Genosse Haase im Reichstag. *Verhandeln?* – antworten ihm die Vertreter der deutschen Regierung; aber die Entente will nichts von Verhandlungen wissen, sie will uns auf die Knie zwingen. *Verhandeln?* – höhnen die Briand und Lloyd George, wo uns der Sieg erst zu winken beginnt. Wenn ihr die nationale Unabhängigkeit Deutschlands nicht zerstören wollt, dann könnt ihr die französischen und belgischen Gebiete ohne weiteres Blutvergießen bekommen, offerierte Herr Scheidemann von der Reichstagstribüne herab. Aber abgesehen davon, dass Herr Scheidemann einstweilen noch kein Reichskanzler ist und Herr Westarp im Gegensatz zu ihm Belgien behalten will, warum schwieg Herr Scheidemann über die zukünftigen Gebiete Polens, Serbiens, der Türkei, der afrikanischen Kolonien? Wenn er all diese Fragen verschwieg, um den Eindruck zu erwecken, als handle es sich um die reine Beibehaltung des status quo ante bellum, so ist das eine kurzsichtige Spiegelfechterei; denn dadurch verschwinden diese Fragen als Hindernisse des Friedens nicht aus der Welt. Statt zu deklamieren, statt sich zu entrüsten, gilt es, kühl der Wirklichkeit in die Augen zu schauen. Desto kühler, je schrecklicher sie ist, es sei

denn, dass man wie die Sozialpatrioten ein Interesse daran hat, dass möglichst viel Nebel über und um die Dinge schwebt. Welcher Meinung man auch über den Ausbruch des Krieges sein mag, so kann es für keinen Menschen mit gesunden Sinnen einem Zweifel unterliegen, dass die Regierungen aller am Kriege beteiligten Länder sich in ihm weitere Ziele steckten als die Rückkehr zum Zustande vor dem Kriege. Falls es Wahrheit ist, dass eine Koalition die andere überfallen hat, dann mussten ihr doch dabei Änderungen auf der Karte vorgeschwebt haben. Die Überfallene wieder musste sich als Ziel einen solchen Machtzuwachs stecken, dass die Ziele der andern durchkreuzt wären. Ist der Krieg aber nicht auf einen bewussten Willen einer Mächtegruppe zurückzuführen, sondern nur ein Resultat des blinden Drängens aller imperialistischen Kräfte nach Expansion, dann sind die Änderungen der Machtverhältnisse desto mehr ein Kriegsziel aller Regierungen.

In der ersten Periode des Weltkrieges hat auch die deutsche Regierung durch den Mund des Herrn Bethmann-Hollweg mehrere Male ausdrücklich festgestellt, dass es keinen status quo ante bellum nach diesem schrecklichen Kräftemessen geben kann. Jetzt, wo die Entente glaubt, dass ihre Stunde naht, will sie wieder vom Verhandeln nichts wissen. Denn trotz allem Geschreies von dem sichern Sieg hat sie ihn noch nicht errungen. Die Zentralmächte stehen noch unerschüttert da. Würde es jetzt zu Verhandlungen kommen, sie müsste ihnen größere Zugeständnisse machen, als es der Fall sein wird, wenn sie ihnen Niederlagen beibringt. Wenn Herr Scheidemann ihnen den status quo in Westeuropa anbietet, so weiß sie ebenso gut wie die deutsche Regierung, dass der Westen Europas nicht die Welt ist, und dass der Schwerpunkt des Krieges im Südosten liegt. Und so ist es.

Die belgische Frage, als die der Machtstärkung Deutschlands gegen England in der Nordsee hat nur die Bedeutung *eines* Weges zur Stärkung der Lage des deutschen Imperialismus in der Welt. Das mitteleuropäische Bündnis, das einen Landweg nach Asien sichern soll, und das ohne Annexionen des Teiles der serbischen Gebiete, der Bulgarien mit Österreich verbindet, ohne weiteres Bestehen der Türkei unmöglich ist, das ist doch der *zweite* Weg. Ein Deutschland, das über ein Gebiet von Hamburg nach Bagdad gebieten würde, würde nicht nur Russland den Weg zu den Dardanellen, England den nach Mesopotamien verlegen, sondern es würde eine Macht darstellen, der man große koloniale Zugeständnisse in Afrika machen müsste. Dass aber Deutschland nicht gewillt ist, trotz aller Anstürme der Tripelentente, sich seine Orientpläne durchkreuzen zu lassen, das beweist die mit eiferner Energie geführte Offensive Falkenhayns gegen Rumänien. Würde die Entente jetzt die Verhandlungen beginnen, sich mit der Wiederherstellung des status quo im Westen Europas begnügen, Deutschland würde als Sieger aus dem Kriege hervorgehen. Solange die Entente noch ihre Angriffskraft steigern kann, wird sie nicht nachgeben. Die ungeheuren Opfer, die ihr bisher der Krieg kostete, spornen sie zum Festhalten an ihren positiven Kriegszielen ebenso an wie die deutsche Regierung.

Das ist die Lage. Alle Vernunftgründe fallen hier ab; die eisernen Würfel werden weiterrollen, bis eine Koalition siegt, beide erschöpft daliegen, oder eine dritte Kraft ihnen Halt gebietet. Das schließt nicht aus, dass einzelne kriegführende Mächte schon jetzt versuchen könnten, Fühlung zu nehmen über die Bedingungen eines zukünftigen modus vivendi. Deswegen sind alle Beschwörungen: Verhandelt miteinander! Nur eine Erschütterung der Luft, nichts mehr.

Es handelt sich für das Proletariat um die klare Erkenntnis, dass alle Beschwörungen den Gang der Dinge nicht aufhalten können, dass es sich um ein Kräftemessen handelt, dem nur die Gefahr von Seiten einer dritten Macht ein Ende bereiten kann.

Die Beschwörungen: Verhandelt doch! sind direkt gefährlich, schädigend in ihrem Einfluss. Sie erwecken Hoffnungen, als ob die Regierungen umkehren könnten. Wenn sie noch verkuppelt werden mit Programmen des Pazifismus, des „dauernden Friedens“, so wirken sie doppelt verwirrend. Die Sozialpatrioten suchten die Massen über die Sachlage zu täuschen, indem sie ihnen einredeten, die Sache des Friedens scheitere nur an der Schlechtigkeit der Ententeregierungen. *Aber nicht minder verwirrend wirkte die Arbeitsgemeinschaft.*

Nicht um Friedensseufzer, nicht um Predigten unter der Adresse der Regierungen handelt es sich, die alle unter dem Zwang der Situation stehen, sondern um die Schaffung einer neuen Kraft, deren Kommen verzögert wird, wenn man die Meinung verbreitet, als könnten die Regierungen selbst frei aus dem Handgelenke eine andere Politik treiben, wenn man das narrende Bild eines kommenden irgendwie dauernden Friedens vorgaukelt, der sich durch pazifistische Maßregeln erreichen lässt.

Staat, Nation, Imperialismus und Sozialdemokratie.

Die Haltung der Arbeiterklasse.

Der Sozialimperialismus.

Während der Sozialpatriotismus die Verteidigung der Nation, die Abwehr der Gefahr nationaler Zerstückelung und Unterdrückung zum Angelpunkte der proletarischen Politik macht, geht der Sozialimperialismus von ganz anderen Gesichtspunkten aus. Wohl benutzt er die nationalen Instinkte, um das Wesen seiner Politik zu verschleiern, aber nicht um sie geht es ihm. Die Sozialimperialisten erklären die Vereinigung Deutschlands und Österreichs, Bulgariens und der Türkei, also die Zusammenschließung deutscher, slavischer, ungarischer und türkischer Völker zu einem wirtschaftlichen Gebiet – Mitteleuropa – als Kriegsziel, obwohl dadurch mit der Zeit ganz gewiss die nationale Selbständigkeit jeder der vereinigten Nationen aufgehoben wäre. Indem sie sich mehr oder weniger klar für Annexionen aussprechen, nehmen die Sozialimperialisten nicht nur die Aufhebung des nationalen Charakters mit in den Kauf, sondern auch die gewaltige Verkoppelung von Völkern. Obwohl sie diese ihre Haltung oft mit nationalen Gründen erklären, weil angeblich nur durch die Bildung eines großen mitteleuropäischen Staatenbundes Deutschland der ihm von allen Seiten drohenden Gefahr entgegen gehen kann, so ist es klar, dass es sich hier nur um die Schaffung einer breiteren Basis für die imperialistische Politik handelt, als Deutschland allein darüber verfügt; denn die Gefahren, denen die Sozialimperialisten durch Gründung Mitteleuropas entgegen wollen, entstehen eben aus dem Drang zur imperialistischen Expansion, nicht aus der bloßen Existenz Deutschlands, und Mitteleuropa soll der Stärkung des deutschen Imperialismus dienen. Es soll eine einheitliche massive militärische ein großes wirtschaftliches Gebiet abgeben, dass es mit den Kolossen des englischen, amerikanischen und russischen Imperiums aufnehmen könnte.

Indem die Türkei diesem Staatenbunde angegliedert wird, bekommt der deutsche Imperialismus nicht nur ein großes Gebiet wirtschaftlicher Ausbreitung, sondern auch die Möglichkeit, auf England zu drücken, es zu kolonialen Zugeständnissen zu nötigen, und im Falle eines neuen Weltkrieges soll ein einheitliches Gebiet von Hamburg bis nach Bagdad, dessen Wirtschaft schon in Friedensjahren auf den Krieg vorbereitet würde, der englischen Blockade ganz anders trotzen können als jetzt. Mit diesem historischen Inhalt ist die Frage von Mitteleuropa im Feuer des Krieges geboren worden, und mit keinem andern. Das geben alle bürgerlichen Befürworter des mitteleuropäischen Gedankens ohne weiteres zu, denn sie wissen, dass eben in dem imperialistischen Charakter dieses Kriegszieles nicht nur propagandistische Kraft für

die Bourgeoisie liegt, sondern die einzige Möglichkeit seiner Verwirklichung: die dynastischen und bürokratischen Elemente, die über die Verwirklichung in erster Linie entscheiden werden, können nur durch die Schwierigkeiten, denen ihre imperialistische Politik ausgesetzt wird, wenn sie weiter selbständig betrieben wird, zum Aufgeben eines Teils ihrer bisherigen Selbständigkeit gebracht werden.

Die Sozialimperialisten suchen diesen Charakter des mitteleuropäischen Programms zu verwischen, um es bei den Arbeitern einzuschmuggeln. Wie sie den Ursprung des mitteleuropäischen Programms mit der Aureole eines Versicherungsmittels gegen nationale Gefahren umgeben, so erklären sie: nicht dem Imperialismus, sondern dem freien Verkehr soll Mitteleuropa dienen. „Die Hände weg! müssen wir der politisch-militärischen Machtpolitik wie der nationalistischen Expansionspolitik zurufen. Behandlung der Sache als reine Wirtschaftsfrage!“ rief der Führer der österreichischen Sozialimperialisten, Herr *Renner*, auf der Konferenz der deutschen sozialpatriotischen Instanzen, die am 9. Januar 1916 zur Erörterung der Mitteleuropafrage einberufen wurde.

Während es bei anderen Imperialismen um Gewaltpolitik, Unterdrückung galt, handele es sich bei dem mitteleuropäischen Programm um einen „freien Bund“ von Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei. „Das ist etwas ganz anderes als Imperialismus“ erklärte *Renner*. („Die Bestrebungen für eine wirtschaftliche Annäherung Deutschlands und Österreich-Ungarns“. Berlin 1916. Vorwärtsverlag S. 22) Herr *Renner* ist ein zu kluger und klarer Kopf, als dass wir diesen seinen Ausführungen guten Glauben zubilligen könnten. *Renner* weiß sehr gut, auf welche Veränderungen der Landkarte auf dem Balkan hingearbeitet wird. Und dass der „freie Bund“ morgen die bisherige imperialistische Politik aufgibt, eben weil er die Kraft zu ihr bekommen hat, das ist eine solche Zumutung an den gesunden Verstand, dass man gegen dieses „Argument“ des Herrn *Renner* gar nicht erst zu polemisieren braucht.

Das mitteleuropäische Programm, zu dem sich alle Sozialimperialisten bekennen, ist das Hauptziel des deutschen Imperialismus, wie er sich im Kriege der Bedingungen seiner Entwicklung bewusst wurde. Aber es ist nicht das einzige. Der deutsche Imperialismus begnügt sich keinesfalls mit der ihm durch dieses Programm gesicherten friedlichen Expansion im Nahen Osten, er erstrebt Kolonien in Afrika. Und die Herren Sozialimperialisten folgen ihm auch dahin. Die Artikel der *Severing* und *Lensch* werden von der Kolonialgesellschaft als Propagandaschriften verbreitet, und Herr *Noske*, der – mit Respekt zu sagen – Hauptsachverständige der Sozialimperialisten in Kolonialfragen, tritt in der „Glocke“ mit allen Argumenten der Kolonialpolitiker für einen deutschen Kolonialbesitz ein.

Will man aber Kolonien, will man imperialistische Politik treiben, so muss man sich zum Rüsten zu Land und zu Meer bekennen. Sie tun es auch. Nicht nur für die Zukunft. Herr *Quessel* preist in den „Sozialistischen Monatsheften“ *Tirpitz*, den Schöpfer der deutschen Flotte, und leistet Abbitte für die bisherige ablehnende Haltung der Sozialdemokratie. Zieht man aber die Möglichkeit neuer Kriege in Betracht und will man für ihren Fall rüsten, so muss man auch für die wirtschaftlich Rüstung für den Kriegsfall eintreten: und so sehen wir Herrn *Kaliski* die deutsche Schutzzollpolitik loben, die Deutschland ermöglicht, sich so glänzend während des Krieges zu ernähren: Schutzzollpolitik immerdar und allewege, sie soll Deutschlands selbständige Ernährung im nächsten Kriege sichern.

So stellt der Sozialimperialismus ein abgeschlossenes, konsequentes System der Politik dar, das im Ganzen wie in allen seinen Stücken dem bisherigen System der Sozialdemokratie entgegengesetzt ist. Während der Sozialpatriotismus die Sache so darstellt, als handle es sich bei seiner Politik um einen rein vorübergehenden Zustand, der mit dem Kriege gekommen und mit ihm verschwinden wird, erklärt der Sozialpatriotismus [Sozialimperialismus?] offen

und klar: nein, nach diesem Kriege drohen die Gefahren neuer Weltkriege, weil die imperialistische Politik weitergeführt werden muss, zu diesen Kriegen müssen wir rüsten; die Arbeiterklasse muss an der Seite der Bourgeoisie auch nach dem Kriege stehen.

Wir haben die Argumente der Sozialimperialisten, ihre Behauptung, dass die wirtschaftliche Entwicklung für den Sozialismus noch nicht reif sei, dass der Weg zum Sozialismus durch den Imperialismus auch weiterhin führen muss, und dass deswegen die Arbeiterklasse den Imperialismus unterstützen muss, schon untersucht; wir brauchen also auf die Begründung der sozialimperialistischen Politik weiter nicht einzugehen. Auch die Untersuchung ihrer Folgen kann sehr kurz sein.

„Der sozialdemokratischen Arbeiterpartei erwächst ... die Aufgabe, die schädlichen Folgen des Imperialismus möglichst abzuwehren, hingegen jene wirtschaftlichen Neugestaltungen, aus denen sich etwas für die Arbeiter herausholen lässt, rücksichtslos im Interesse der Arbeiterschaft auszunutzen, ihre Organisation auszubauen, und, wenn es sein muss, den neuen Zwecken entsprechend umzubilden, kurz die Arbeiterschaft möglichst wohlbehalten, körperlich wie geistig, durch die neue Entwicklungsperiode zu bringen.“ So definierte Heinrich Cunow in seiner Broschüre „Parteizusammenbruch“ (S. 19), die die theoretische Grundlage der sozialimperialistischen Richtung bildet, die Aufgaben der Arbeiterklasse. Wir sahen, wie das sozialimperialistische Programm diese Aufgabe lösen will: Schutzzölle, Rüstungsausgaben im Frieden, Teilnahme an neuen Kriegen in der Zukunft, das ist die Abwehr der schädlichen Folgen des Imperialismus für die Arbeiter. Und da man nicht gleichzeitig für die Trennung der Völker durch Schutzzölle für die Rüstung zu neuen Kriegen und für die internationale Verbrüderung eintreten kann, so bedeutet das sozialimperialistische Programm die dauernde internationale Spaltung der Arbeiterklasse.

Da es aber ausgeschlossen ist, dass doch die Arbeiterschaft auch innerhalb der Grenzen eines Staates in ihrer Gesamtheit sich zu diesem Programm bekennt, so bedeutet es auch ihre Spaltung im nationalen Maßstab. Die Praxis der letzten zwei Jahre zeigt vollauf, dass es sich hier nicht um Hirngespinnste, sondern um die traurige Wirklichkeit handelt. Was eine so „wohlbehaltene“ Arbeiterschaft an politischer Macht darstellen würde, sieht auch ein Blinder. Würde das sozialimperialistische Programm von größeren Teilen des Proletariats akzeptiert werden, es wäre zur Ohnmacht verurteilt, schutzlos allen Folgen des Imperialismus ausgeliefert.

Der Sozialimperialismus bedeutet somit nicht nur Preisgabe des Sozialismus, er bedeutet die Preisgabe der einfachsten täglichsten Arbeiterinteressen. Die Sozialimperialisten verspotten uns als die, die wegen Träumens von einer fernen Zukunft die gegenwärtigen Interessen des Proletariats übersehen. In Wirklichkeit liefern sie diese Interessen den Klassengegnern des Proletariats aus, und sind als solche zu behandeln.

Die nationale Einheitsschule.

Ein geschätzter Mitarbeiter der „Arbeiterpolitik“ hat kürzlich in einer Buchbesprechung das Problem der Einheitsschule in einer bemerkenswerten Weise zugespitzt. Ausgehend von der Tatsache, dass die Forderung der Einheitsschule augenblicklich auch von weiten Kreisen des Bürgertums wieder erhoben wird, stellte er die Frage so: wird die Einheitsschule nicht am Ende gar die Herrschaft der Bourgeoisie, also den Bestand des Klassenstaates verlängern und den Aufstieg und Sieg der Arbeiterklasse hemmen? Es ist freilich nicht anzunehmen, dass die Bourgeoisie aus freien Stücken Reformen durchsetzen wird in dem vollen Bewusstsein, dass diese Reformen ihre Herrschaft untergraben werden. So selbstmörderisch veranlagt war noch keine herrschende Klasse.

Wenn also bürgerliche Autoren heute die Einheitsschule fordern, so kann das letzten Endes nur der Erkenntnis dieser Intellektuellen entspringen, dass damit dem Staate und seiner Zukunft am besten gedient sei. Und um gerade dieses staaterhaltende Moment der Einheitsschule ins Vordertreffen zu rücken, wird mit aller Schärfe betont, dass nicht die Einheitsschule schlechtweg, sondern eine besondere Art, nämlich die nationale Einheitsschule gefordert wird. Damit hat der Begriff Einheitsschule freilich eine wesentliche Einschränkung erfahren, und nur mit dieser Einschränkung ist er für die Bourgeoisie denk- und vorstellbar. Die nationale Einheitsschule forderten die deutschen Lehrer auf ihrer Kieler Tagung, nachdem jahrelang nur ihre fortgeschrittensten Elemente unter heftigsten Protesten der Mehrheit ihrer Kollegen und namentlich ihrer führenden Kreise die Forderung der Einheitsschule zu erheben wagten. 1913 fand der Vortrag Kerschensteiners und die aus dem Vortrag folgende Entschlie- ßung der deutschen Lehrer, wenn auch nicht gleich den vollen Beifall, so doch mindestens die Zustimmung der höchsten Stellen im deutschen Schulwesen.

Die nationale Einheitsschule wurde seitdem immer wieder in der pädagogischen Fach- und politischen Tagespresse erörtert und mehr oder minder eifrig propagiert. Während des Krieges ist nun diese Propaganda noch weit lebhafter geworden und es vergeht kaum ein Monat, wo nicht aus „berufener“ Feder eine Abhandlung über dieses Schulsystem auf dem Bro- schürenmarkte erscheint. Welch eine Wendung, da man noch vor wenigen Jahren das Wort Einheitsschule nicht von den Lippen geben durfte, ohne als roter Umstürzler hinreichend ver- dächtigt zu erscheinen! Allein die Formel *nationale* Einheitsschule hat alles wieder gutgemacht.

Man muss nun, um zu dem Kern dieser bürgerlichen Schulforderung zu gelangen, von all dem schönen Gerede von Gerechtigkeit und Billigkeit, von dem Recht auf Bildung für alle Volksgenossen, von der sittlichen Läuterung und politischen Reife, die der Krieg dem Volke beschert hat, ganz abgesehen. So wenig man zu bezweifeln braucht, dass diese Argumente in bester Absicht und aus vollster Überzeugung vorgetragen werden, so wenig darf man bezwei- feln, dass sie irgendwelche Beweis- und Durchschlagskraft besitzen. Es kommt letzten Endes nicht darauf an, mit welchem ideologischen Buntstoff wohlmeinende Menschenfreunde ihre Forderungen umhängen, sondern wie das lebendige Wesen aussieht, das unter diesen Hüllen verborgen gehalten wird und welches seine Lebensbedingungen sind. Nicht die ethischen und ästhetischen Träume entscheiden darüber, was in der Gesellschaft werden kann und werden soll, sondern die politischen und ökonomischen Wirklichkeiten.

Was also ist die nationale Einheitsschule? Sie ist oder soll sein: Die einheitliche Schulung aller Volksgenossen, ohne Unterschied des Standes der Eltern, ohne Unterschied der Klassen- zugehörigkeit, in nationalem Geiste. Dabei wird nicht nur zugegeben, sondern sogar beson- ders hervorgehoben, dass die nationale Einheitsschule die bestehenden Klassenunterschiede nicht im Mindesten berühren werde. Die nationale Einheitsschule setzt also voraus, dass es möglich wäre, die Klassenscheidung, in der das tiefste Wesen der bestehenden Gesellschafts- ordnung ruht, in einem einzelnen Falle, dem der Bildung, auszuschalten und so ein Schulsys- tem zu schaffen, das oberhalb der Klassen im freien Raume der allgemeinen Volksverbrüde- rung schwebt. Abgesehen davon, dass ein solches Phänomen noch nie und an keinem Orte der bewohnten Erde existiert hat, scheidet seine Verwirklichung überdies an dem einen klei- nen Umstand, dass die nationale Einheitsschule selbst ein Klassengebilde vom reinsten Wasser und weit davon entfernt ist, der Bildungshimmel der Volksverbrüderung zu sein. Doch davon später.

Einstweilen muss noch bedacht werden, dass selbst die nationale Einheitsschule ganz er- hebliche Anforderungen an den Geldsack des Vaters Staat stellt. Es geht nämlich auch in der nationalen Einheitsschule nicht ohne die Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehr- und Lernmittel, eine erhebliche Vermehrung des Lehrer- und einen noch weit erheblichere

Verminderung des Schülerbestandes in den einzelnen Klassen, nicht ohne eine ganz ungeahnte Erhöhung und Modernisierung des Lehrmittelfundus, eine Vermehrung der Schulen auf mindestens das Fünf- und Zehnfache der gegenwärtigen Schulbautenzahl, nicht ohne die Schulspeisung, eine ausgedehnte Schulhygiene, einen tüchtigen Ausbau der Turn-, Schwimm- und Spielhallen ab und was dergleichen Kleinigkeiten mehr sind. Doch das ist längst nicht alles.

Selbst die nationale Einheitsschule hätte zur Voraussetzung eine Sozialreform, davor selbst ihren begeistertsten Befürwortern der Mut bis unter die Stiefelsohlen rutschen dürfte. Um nur das aller Bescheidenste zu nennen: den unwiderruflich gesetzlich festgelegten höchstens achtstündigen Normalarbeitstag, die Errichtung von Arbeiterwohnungen nach den Ergebnissen der modernen Wohnungshygiene unter Anwendung aller Errungenschaften der modernen Bautechnik, die radikale Durchführung des Frauen-, Mutter- und Säuglingsschutzes, Abschaffung der Kinderarbeit, Regelung der Volksernährung dem Stande der anthropologischen und physiologischen Forschung entsprechend, angemessene Bekleidung der Arbeiterkinder, Errichtung von Kindergärten, Kinderheimen, Arbeits-, Schwimm-, Turn- und Lesehallen, von Spiel- und Sportplätzen, Veranstaltung von Wanderungen und Reisen usw. usw., das ganze Register elementarster Forderungen auf dem Gebiete der Sozialreform von A bis Z. Und das alles auf Staatsunkosten.

Nun ist es eine alte Erkenntnis, dass die Schule ein Politikum ist. Und auch die nationale Einheitsschule ist weit davon entfernt, politisch neutral zu sein. Sie soll ausgesprochenermaßen der Hebung und Entwicklung des Nationalbewusstseins dienen. Darauf ist ihr ganzer Habitus zugeschnitten. Darum soll die vaterländische Geschichte im Mittelpunkt des ganzen Unterrichts stehen; er soll also die überragende Stellung einnehmen, die bis heute noch der Religionsunterricht innehat. Darum soll die nationale Sprache und Literatur mehr als bisher gepflegt werden; darum soll der Unterricht in der Geographie sich zum Kolonialunterricht umwandeln; darum soll statt der bisherigen dürren Staatengeographie die Handels- und Verkehrsgeographie betrieben werden; darum soll das Formale des Unterrichts in den Naturwissenschaften dem Praktischen in der angewandten Technik, Dynamik, Chemie Platz machen.

Das alles dient zunächst nationalen und damit politischen Zwecken. Es soll zur Hebung und Förderung der „Volkskraft“ und damit zur wirtschaftlichen und politischen Konkurrenzfähigkeit der Bourgeoisie des eigenen Landes gegenüber der Bourgeoisie der anderen Länder auf dem Weltmarkte führen. Dazu ist nötig, dass die Ausnutzung der Arbeitskraft einen möglichst hohen Grad erreicht, und dass die Gesinnung der Volksmassen in die Bahnen eines unerschütterlichen Nationalismus gelenkt wird. Beidem soll die nationale Einheitsschule dienstbar sein.

Noch krasser aber tritt ihre Klassentendenz in der Forderung hervor, dass sie die Wehrhaftmachung der Nation erhöhen soll. Sie soll in allererster Linie im Dienste der geistigen und materiellen Rüstungen stehen. Darum wird eine erhöhte körperliche Ausbildung gefordert; darum soll der Unterricht nicht vor dem 8. Lebensjahre einsetzen und nicht vor dem 16. Lebensjahre beendet werden; darum sollen Übungen im Weitsehen und Entfernungsschätzen vorgenommen werden; darum soll der Turnunterricht mehr ins Freie verlegt und den militärischen Anforderungen angepasst werden; darum wird an der ausschließlich sitzenden Beschäftigung der Kinder im heutigen Schulwesen, die zu Rückgratverkrümmungen und Kurzsichtigkeit führt, schonungsloseste Kritik geübt.

So sieht die nationale Einheitsschule vom politischen Standpunkt aus. Vom pädagogischen macht sie sich durchaus nicht anders. In einem Vortrag, den Professor Ostwald im Jahre 1910

vor dem Leipziger Lehrerverein hielt,¹⁷ wird die These entwickelt: „Der ganze Inhalt des niederen und höheren Schulunterrichts ist durchaus durch die Kulturbedürfnisse unserer gegenwärtigen Zeit zu bestimmen“. Das ist nun zweifellos richtig, und übrigens nie anders gewesen, nur, dass man den ganz unklaren Begriff „Kulturbedürfnisse“ durch den bestimmteren „Herrschaftsbedürfnisse der jeweils herrschenden Klassen“ ersetzen muss. Diesen Sinn hat die gesamte Pädagogik zu allen Zeiten gehabt, und sie kann auch heute keinen anderen haben.

Diese Bedürfnisse haben zu allen Zeiten Inhalt und Form der Pädagogik bestimmt und sind heute erst recht für sie richtunggebend. Die „Kultur“ ist letzten Endes doch immer nur der gesamte geistige Inhalt, den die herrschenden Klassen ihrer Zeit geben; und die „Kultur“ fördern, heißt im Grunde nichts anderes, als die Interessen der herrschenden Klassen fördern. Denn alle Wissenschaft und Kunst, alle Philosophie und Religion, die den wesentlichsten Inhalt der „Kultur“ ausmachen, sind nie so voraussetzungslos gewesen, dass sie von den Interessen der herrschenden Klassen unberührt geblieben wären, wenn diese Zusammenhänge auch bei weitem nicht immer unmittelbar zu erkennen und von den „Kulturträgern“ bewusst hergestellt waren.

So entsprach die alte, noch jetzt übliche Pädagogik mit ihrer Tendenz der Willensuniformierung durchaus den Bedürfnissen des preußischen Staates, der als Militärstaat emporgekommen ist, als Militärstaat sich durchgesetzt hat und heute als Militärstaat auf der Höhe seiner Entwicklung steht. Und wenn heute die Vertreter der Wissenschaft diese alte Pädagogik als „kulturhemmend“ bekämpfen und eine neue, auf die Auslösung der in jedem Kinde ruhenden Energien abzielende Pädagogik propagieren, so entspricht das total den Bedürfnissen des modernen kapitalistisch-imperialistisch entwickelten Staates, in den Deutschland in den letzten Jahrzehnten hinübergewechselt ist. Diesen Bedürfnissen soll auch die Pädagogik der nationalen Einheitsschule gerecht werden. Sie soll deshalb nicht mehr auf die Uniformierung des kindlichen Willens, sondern auf seine energielösende Individualisierung im Dienste der „Allgemeinheit“, d. h. des Staates und der gesamten bürgerlichen Gesellschaft abzielen. Sie soll ihre Kunst fürderhin nicht mehr an den formalen Wissenschaften der Logik und damit der reinen Worterziehung, sondern an den energetischen Wissenschaften der Physiologie, Psychologie, Kulturologie und Genieologie [?], um die von Oswald aus der Systematisierung der Wissenschaften durch Comte entwickelte Übersicht beizubehalten, erproben. Die Ansätze dieser Pädagogik sind heute bereits vorhanden, und über diese Ansätze wird sie weder im gegenwärtigen Schulsystem, noch in der nationalen Einheitsschule hinauskommen. Jedenfalls ist die Pädagogik der nationalen Einheitsschule durchaus den Bedürfnissen der gegenwärtigen „Kultur“ angepasst; denn die besondere Weise, der Weg oder die Methode, in der den Schülern Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt werden, sowie das Maß und die Art dieser Fähigkeiten und Kenntnisse – und das alles versteht man unter Pädagogik – werden ganz und gar, wie die Schulorganisation selbst, durch die „Kulturbedürfnisse“ der Zeit bestimmt. Und gerade die energetische Pädagogik läuft, soweit sie überhaupt unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen Anwendung finden kann, auf die Erfüllung der Ansprüche des Imperialismus hinaus.

So stellt sich die nationale Einheitsschule, von welcher Seite man sie auch betrachten mag, als die Schule des Imperialismus dar, eine Schule, die ausschließlich und in einem bisher nie gesehenen Grade die Interessen der Bourgeoisie vertritt.

¹⁷ Der Vortrag ist unter die gesammelten Aufsätze aufgenommen worden, die 1912 unter dem Gesamttitel „Der energetische Imperativ“ in Buchform erschienen sind. „Der energetische Imperativ“ von Wilhelm Ostwald. Erste Reihe. Leipzig 1912. Akademisch Verlagsgesellschaft m. b. H. (Seite 370–403.)

Nun wird freilich auch die nationale Einheitsschule nicht ohne weiteres nach den Wünschen und Plänen der fortschrittlichen Schulreformer Wirklichkeit werden. Die unvermeidliche Verkoppelung der Schulreform mit den militärisch-imperialistischen Zielen birgt von vornherein die unüberwindlichsten Hindernisse ihrer Verwirklichung. Wer auf diesen Gebieten halbwegs bewandert ist, weiß, dass Rüstungen und Sozialreform in ihrem Wachstum in umgekehrtem Verhältnis zueinanderstehen. Die nationale Einheitsschule wird an dem heutigen Schulsystem im Prinzip nicht das geringste ändern. Sie wird die bürgerlich-patriotischen Tendenzen der Volksschule durch die bürgerlich-imperialistischen Tendenzen der höheren Schule ergänzen und insofern zwar nicht eine Vereinheitlichung des Schulorganismus, wohl aber des Schulgeistes in die Wege leiten. Außerdem aber wird sie unter den Kindern der Arbeiter eine Auslese der Tüchtigsten, d. h. der für Kapitalismus und Staat Brauchbarsten treffen, indem sie ihnen die Möglichkeit einer höheren Bildung gewährt. So wird sie dem Bürgertum aus der Intelligenz der Arbeiterklasse neue schätzbare Kräfte zuführen, die in demselben Maße der Arbeiterklasse verloren gehen. So wird sie in der Tat die Herrschaft der Bourgeoisie verlängern, den Aufstieg der Arbeiterklasse aber hemmen helfen.

Die nationale Einheitsschule widerspricht in allem den Interessen der Arbeiterklasse, die ihr infolgedessen nur mit Ablehnung und Kampf begegnen kann. Und wenn die Sozialpatrioten schon jetzt in den Wonnen dieser Schulreform schwelgen und sie als die reife Frucht ihres vaterländischen Wohlverhaltens schon jetzt preisen und anpreisen, dann bewahrheitet sich darin nur aufs Neue, dass sie auch in dieser Frage zum Vortrupp der Bourgeoisinteressen emporgestiegen und zu Klassengegnern des Proletariats herabgesunken sind und dass die Sozialdemokratie sie ebenso rücksichtslos und grundsätzlich zu bekämpfen hat, wie die von ihnen verhätschelte nationale Einheitsschule.

Eine Resolution des Linksradikalismus.

In der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Bremen brachten die linksradikalen Genossen folgende Resolution ein:

Die seit Kriegsbeginn in der Sozialdemokratie herrschende unheilvolle Verwirrung legt uns die Pflicht auf, alles zu versuchen, um die Partei auf den Weg des Klassenkampfes zu bringen, da nur durch den wirklichen Kampf, eingedenk des Wortes, dass die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann, eine Gesundung der Parteiverhältnisse herbeigeführt und die Arbeiterklasse selbst auf die Höhe ihrer historischen Aufgabe gebracht werden kann.

Als wichtigste Vorbedingung hierzu erachten wir die Klärung der augenblicklichen verworrenen Verhältnisse durch die rücksichtsloseste Kritik an allem, was einer konsequenten sozialistischen Politik nicht entspricht. Diese Kritik hat sich auf folgender Grundlage zu bewegen:

1. Die Zustimmung zu den Kriegskrediten am 4. August 1914 war kein einmaliger Akt und auch nicht das Werk des Zufalls, vielmehr war sie das Ergebnis der ganzen bisherigen Entwicklung der Arbeiterbewegung, deren Tätigkeit sich wesentlich auf das organisatorische Moment beschränkte, die jedoch die Hauptsache, den wirklichen Kampf um die Macht, je länger je mehr zu vermeiden suchte.
2. Der Abstimmung vom 4. August folgt die konsequente sozialpatriotische Politik der Fraktionsmehrheit, die noch kürzlich von der Reichskonferenz ausdrücklich gutgeheißen wurde.

3. Die Politik der Fraktionsmehrheit und des Parteivorstandes, die ihre Konsequenz im Sozialimperialismus findet, ist ein Bestandteil der Klassenpolitik des Bürgertums und steht damit im absoluten Gegensatz zum Sozialismus und zu den Interessen des klassenbewussten Proletariats. Der Kampf gegen diese Politik ist mithin ein Bestandteil des allgemeinen Klassenkampfes gegen das Bürgertum.
4. Die Vertreter der sozialpatriotischen Politik (Fraktionsmehrheit und Parteivorstand) sind daher nicht mehr als die Vertreter der Interessen der Arbeiterschaft anzusehen. Ihre Entfernung aus der Partei ist unter unausgesetzter Propaganda der Spaltung mit den Sozialpatrioten und den Sozialimperialisten die erste Vorbedingung der Rückkehr der Partei geordneten Verhältnissen und zum Klassenkampf. Als Mittel des Kampfes gegen die arbeiterfeindliche sozialpatriotische Politik der offiziellen Instanzen ist die Propaganda und Durchführung der Beitragssperre anzusehen.
5. Die auf dem Boden des Parteizentrums und der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft stehende Opposition bewegt sich nicht im grundsätzlichen Gegensatz zur Politik des Sozialpatriotismus. Weder erblickt sie in dieser Politik eine der Arbeiterschaft feindliche Klassenpolitik, noch hält sie die Spaltung mit den Sozialpatrioten für notwendig. Weder lehnt sie die Landesverteidigung konsequent ab, noch erblickt sie im Kampfe der Arbeiterklasse selbst die nächste Stufe des Kampfes um den Sozialismus. Statt der offenen Losung dieses Kampfes propagiert sie die utopischen, die Kampfkraft des Proletariats lähmenden Illusionen der Schiedsgerichte und der Abrüstungen, der Verständigung und des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen, wie es der Führer der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, Haase, noch in seiner Rede vom 11. Oktober 1916 besorgte.
6. Die Entwicklung der Arbeiterschaft zu einer konsequenten sozialistischen Politik kann nur im grundsätzlichen Gegensatz zum Sozialpatriotismus und zum Parteizentrum (S. A. G.) erfolgen. In diesem Sinne wirkten Liebknecht und Rühle, sowie die verschiedenen linksradikalen Gruppen (Gruppe „Internationale“, I. S. D. [Internationale Sozialisten Deutschlands]).
7. Um die Partei in diesem Sinne mit Erfolg beeinflussen zu können, erachten wir den Kampf auf dem Boden der Partei für unerlässlich, bis eine wirkliche Entscheidung die Situation geklärt hat. Erst dann wird sich zeigen, ob wir oder ob unsere Klassengegner, die Sozialpatrioten und Sozialimperialisten, die Partei verlassen müssen. So lange gilt es auszuharren auf dem Posten, auf dem uns eine jahrzehntelange, historisch höchst bedeutsame Entwicklung gestellt hat.

Aus unserm politischen Tagebuch.

16. Oktober.

Eduard Bernstein hat sich bekanntlich mit ein paar bürgerlichen Damen und Herren zu einem Verein zusammengetan, um das Völkerrecht zu reparieren. In Spanien gibt es Spezialisten, die die verlorene Jungfernschaft reparieren, damit die Herren, die sich's leisten können, später die Freude an ihrer nochmaligen Zerstörung genießen können. Wenn man nun dem guten Ede solche schlechten Absichten auch nicht nachsagen kann, so ist immerhin festzustellen, dass er mit dem genannten Verein wie mit seinem Eintreten für den Pazifismus die Aufgabe erfüllt, die Arbeiter über die Möglichkeit der Bannung der Kriegsgefahr unter der Herrschaft des Kapitals zu täuschen. Obwohl die kurzsichtigen Imperialisten jetzt diese Propaganda verfolgen, dient sie letzten Endes doch dem Imperialismus: sie schläfert nämlich die

Arbeiter ein und wiegt sie in Hoffnungen, die sie vom grundsätzlichen Kampfe gegen den Kapitalismus abhalten. Nun ist das beileibe keine persönliche Sünde Bernsteins, es ist vielmehr die Aufgabe des Parteizentrums überhaupt. So suchte in der „Neuen Zeit“ der unheimliche *Spectator* (er könnte sich besser *blinder* Zuschauer nennen) zu beweisen, dass es „wohl denkbar sei, dass auf die Epoche des kriegerischen Imperialismus eine Zeit des friedlichen Verkehrs unter den Ländern eintritt“. Wohlgemerkt: ohne den Sieg des Sozialismus! Der Brave plappert einfach nach, was Papa *Kautsky* vor dem Kriege uns schlimmen Linksradikalen vorerzählt hat, und was er auch heute noch erzählt, mit all der Redseligkeit, die an ihm zu entschuldigen ist.

Der Pazifismus gehört zum Zentrum, wie die Laus zum Schützengraben. Wer den Kampf meiden will, der muss sich selbst und andern zu beweisen suchen, dass die Gefahren gar nicht so groß sind.

18. Oktober.

In *Danzig* sitzt ein Parteisekretär, der den Sinn seines Amtes begriffen hat. Er verfolgt nämlich Mitglieder der Opposition auf ihren sonntäglichen Spaziergängen, um festzustellen, „wer dabei gewesen sei“. Diese Worte stammen von jenen Parteipolizisten selbst her, und auch die andern, dass er es als seine Pflicht betrachte, die Spaziergänge der Minderheit zu überwachen. Seine vorgesetzte Behörde, der hohe Parteivorstand, wird mit dem Wackeren zufrieden sein. Seine Auszeichnung soll bereits beim Parteiministerium erwogen werden.

19. Oktober.

In *Köln a. Rh.* ist ein eigenes *Parteipressegesetz* geschaffen worden. Die hochlöbliche Parteiobehörde in Berlin hat bekanntlich die beiden Duisburger Redakteure Minster und Schoch wegen ihrer sozialdemokratischen Gesinnung an die Luft gesetzt. Darauf haben die Duisburger Sozialdemokraten ihr eigenes Blatt gegründet, das den Titel „Kampf“ führt und übrigens mit uns derselben Meinung ist, dass die Parteispaltung der erste Schritt zur Besserung der Parteiverhältnisse ist. Dieses Blatt erfreut sich nun in den Kreisen des Niederrheins einer zunehmenden Beliebtheit und auch in Köln hat es seine Anhänger. Das hat den Vorstand des dortigen Sozialdemokratischen Vereins zu dem Beschluss bewogen, die Verbreitung des „Kampf“ in den Parteiversammlungen einfach zu verbieten. Die militärische Zensurbehörde hat gegen die Verbreitung dieses Organs bislang nichts einzuwenden gehabt. Die Zensurbehörde der Partei denkt anders.

Was sich übrigens die sozialpatriotischen Instanzen Kölns leisten, das plant in Bremen der Abgeordnete Henke, der in der Öffentlichkeit verkündete, er werde, solange er die Verantwortung dafür trage, nicht dulden, dass in der „Bremer Bürger-Zeitung“ Propaganda für die Ideen der „Arbeiterpolitik“ gemacht werde. Natürlich duldet er täglich, dass in „seinem“ Blatte an den verschiedensten Stellen Propaganda für den Sozialpatriotismus gemacht wird. Das hat er sogar geduldet, als er noch Chef der Zeitung war. Nun, das ist freilich auch etwas anderes; denn hinter den bremischen Sozialpatrioten steht der Berliner Parteivorstand. Und es ist immer ein gutes Beispiel für die Arbeiter, wenn man ihnen zeigt, dass man sich seinem Arbeitgeber gegenüber fügen muss. Böse Beispiele verderben gute, und gute Beispiele veredeln böse Sitten. Die Kölner Sozialpatrioten und das bremische Parteizentrum: man sieht, verwandte Seelen finden sich.

23. Oktober.

Wie wir voraussagten, reißen die konsequenten Sozialimperialisten das Resultat der Reichskonferenz, dem sie dort zugestimmt haben, nach allen Noten herunter. Sie erklären sich in den „Sozialistischen Monatsheften“ und in der „Glocke“ für die imperialistische Politik, für die

Annexionen, als ob die Reichskonferenz und der von ihnen angenommene Beschluss gar nicht da wären. Herr Leimpeters nimmt sogar 90 Prozent der Arbeiter für die sozialimperialistische Politik in Anspruch. Der sozialpatriotische Parteivorstand wagt natürlich nicht, gegen sie Stellung zu nehmen, die auch nur Heuchelei wäre. O, wie schön ist es, unter der Losung Unabhängigkeit, Unversehrtheit usw. – oder wie die Mittel des schmerzlosen Zahnziehens sonst heißen – die Massen für den Sozialimperialismus einzufangen!

25. Oktober.

Wie Sozialdemokraten sich und andere informieren. Zu den hässlichen Erscheinungen dieses Krieges gehören auch die Informationsreisen von Sozialdemokraten in die kriegführenden Länder und in die besetzten Gebiete. Jedenfalls ist noch nicht bekannt geworden, dass solche Informationsreisen dazu beigetragen hätten, die Verständigung in der Internationale zu befruchten, zu fördern. Das Gegenteil ist vielmehr eingetreten. Zu den eifrigsten sozialdemokratischen Reise- und Informationsaposteln gehört der Abg. Gustav Noske. Seine Reisen hinter der Front erregten lebhaften Unwillen, seine Besuche der Kriegsmarine wurden nicht mit Freuden aufgenommen. Seine Informationstour in Belgien entfesselte unter den belgischen Genossen einen Entrüstungssturm. Genosse Noske hatte aber bei all seinen Touren nie das Gefühl, dass er auf falschem Wege sei, denn sonst würde er nicht so viel Aufhebens von seiner Tätigkeit machen. In der letzten Zeit hat der Abg. Noske sich in den besetzten Gebieten Russlands informiert und der staunenden deutschen Arbeiterschaft seine dort gemachten Erfahrungen aufgetischt. In Nachstehendem sei gezeigt, wie von dem mit seinem Besuch beglückten Warschauer Proletariat Noskes Mission aufgenommen wurde.

Ein deutscher Landsturmmann, der in Warschau Dienst leistet und mit den dortigen Genossen Fühlung genommen, schreibt über Noskes Besuch in einem Arbeiterklub:

„Noske kam eines Tages in einem Automobil der Heeresverwaltung vorgefahren und begab sich zu den zufällig im Lokal versammelten Arbeitern, um mit ihnen über die Verhältnisse in Warschau zu sprechen. Sein Besuch dauerte nur eine Viertelstunde. Die anwesenden Arbeiter ersuchten Noske, er solle doch mit ihnen nach der Organisationsleitung und zu den führenden Genossen gehen, da werde er genügende Auskunft über die Verhältnisse des Warschauer Proletariats erhalten. Trotzdem die Genossen inständigst baten, diesen Weg zu machen, bedauerte Noske, davon Abstand nehmen zu müssen, weil er zum Gouverneur fahren müsse. Er stieg wieder in das Automobil der Heeresleitung, und damit hatte sich seine Informationsreise bei der Warschauer Arbeiterschaft erledigt. Man hätte von der Sache nicht viel gehalten und bald sei sie vergessen gewesen, wenn nicht zum Erstaunen der Warschauer Genossen bald darauf ein Bericht des Genossen Noske über die Warschauer Juden in der deutschen Parteipresse erschienen wäre. Der Inhalt des Artikels hat den größten Unwillen hervorgerufen, die Genossen in Warschau sind erstaunt darüber, wie ein sozialdemokratischer Abgeordneter es fertigbringt, mit solcher ‚Gründlichkeit‘ über die dortigen Verhältnisse zu berichten“.

Zu dem Artikel Noskes nahm auch das Warschauer sozialdemokratische Blatt „Lebensfrage“ Stellung. Die Ansicht und die Stimmung der dortigen Genossen zeigt der Artikel genügend.

Was ist denn zollfrei?

Besteuert ist die ganze Welt
Und alles drum und dran:

Gewerbe, Handel, Gut und Geld,
Weg, Wasser, Weib und Mann
Wem wäre nicht das Leben teuer,
Wofür man zahlt so manche Steuer

Besteuert ist der Bissen Brot,
Den man im Schweiß gewinnt;
Besteuert ist sogar der Tod,
Weil wir am Ziele sind.
Nur zu erzeugen unsresgleichen
Ist frei den Armen und den Reichen.

Hoffmann von Fallersleben.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Lüth);
sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 20/1916

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

1. Jahrg.

Bremen, den 4. November 1916.

Nr. 20

Redaktion und Expedition: Waller Heerstraße Nr. 52. (Eing. Torweg).

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

Die Tragödie des 21. Oktober.

Während die bürgerliche und sozialpatriotische Presse glaubt, das Attentat des Genossen Friedrich Adler auf den österreichischen Ministerpräsidenten nur als Werk eines Verrückten verstehen zu können, hat die Arbeiterklasse ein Interesse daran, die wahren Kräfte kennen zu lernen, die dem ruhigen, keinesfalls exaltierten Kämpfer den Revolver in die Hand gedrückt haben. Nicht um Neugierde handelt es sich, nicht einmal um das schmerzliche Bedürfnis, durch die Aufdeckung der wahren Quellen der Tat den Mann gegen all die Vorwürfe zu verteidigen, die nicht nur die bürgerliche Presse, sondern auch die Stampfer und Austerlitz gegen ihn erhoben. Die Aufdeckung der Triebkräfte der Tat Friedrich Adlers wird gleichzeitig ihre politische Bedeutung darstellen.

Würde zur Erklärung der Tragödie des 21. Oktober nur die allgemeine Not des Krieges oder die besonderen politischen und wirtschaftlichen Kriegszustände Österreichs genügen, man brauchte zu ihrer Darstellung keinesfalls zum Manifest der österreichischen Internationalisten zu greifen, das unter Mitverfasserschaft Friedrich Adlers im Dezember 1915 erschien: die bürgerlichen und sozialpatriotischen Quellen, die alle die Wiener Zensur passierten, genügen vollkommen.

Hugo Ganz, der langjährige Wiener Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ telegraphierte diesem Blatte eine Woche vor dem Attentat: „Man kann einem Volke, das so behandelt wird, als wäre es *stumm und unmündig*, nicht zumuten, die Opfer zu bringen, die drei furchtbare Kriegsjahre von ihm fordern. Man kann nicht das Gift, das sich in drei Kriegsjahren im Lande angesammelt hat, im Dunkeln weiter schwären lassen.“ Und die Wiener „Arbeiterzeitung“ schrieb einen Tag vor dem Attentat: „In einer Höhe thront der Graf Stürgkh, die es ihm überflüssig macht, die Stimmungen und Gärungen im Volke zu beachten, geschweige mit ihnen rechnen zu müssen. Der Tadel erreicht ihn nicht, die Kritik wird weißer Fleck, die politische Forderung darf nicht laut werden. Wir wissen nicht, ob unsere Klage ihn erreichen wird; aber kann sich der verantwortliche Staatsmann der Frage entschlagen, ob dieser Zustand, der für das Verhältnis von Regierung und Volk die *unbegrenzte Macht auf der einen, das zermürbende Gefühl der absoluten Ohnmacht auf der andern Seite* als das einzig sachgemäße Verhältnis kennen

will, ob dieser Zustand auf die Dauer haltbar ist und vor allem, ob er auch dem Staate frommt?“

Der in diesen beiden, jeder „subversiven“ Tendenz baren Auslassungen geschilderte Zustand erklärt keinesfalls schon, weswegen Friedrich Adler zum Revolver, griff. Die Erklärung für diese Tatsache kann auch nicht im Charakter des Genossen Adler gefunden werden, der das ruhige Temperament eines Gelehrten besaß. Nur in den *besonderen* Verhältnissen der österreichischen Sozialdemokratie, in denen Adler für die Sache der Internationale kämpfte, liegt die Erklärung.

Als der Krieg ausbrach, lag die österreichische Sozialdemokratie zerschmettert und zerklüftet am Boden. Die tschechische Sozialdemokratie konnte, vom Nationalismus zerfressen, selbstverständlich keine Kämpfe für die Internationale liefern. Die polnischen und ruthenischen Sozialdemokraten waren von jeher sozialpatriotisch. Die deutsche Sozialdemokratie Österreichs war seit Jahren vollkommen im Banne des Opportunismus. Ihre Führer waren teils durch ununterbrochene Kompromisse mit der Regierung zu einer unabhängigen Politik völlig unfähig geworden, teils durch ihren großdeutschen Patriotismus (Leuthner, Pernerstorffer, Austerlitz), teils durch ihren schwarzgelben Patriotismus (Renner) an die Bourgeoisie gekettet. Dazu kam noch die politische *Unselbständigkeit* der Arbeiterklasse, die in Österreich viel größer als sonst irgendwo war.

Im Jahre 1904 schrieb Fritz Austerlitz aus Anlass des Goehre-Konfliktes in der deutschen Partei, in der österreichischen Partei gebe es keine öffentliche Meinung. Das ist bis auf den heutigen Tag so geblieben. Der Nationalitätenkampf verleidet nicht nur den Arbeitern die Teilnahme am politischen Leben, sondern er erschwert ungeheuer sein Verständnis. Die Politik wird gemacht durch eine Handvoll Führer, die im Café und Fraktionszimmer sich über die Taktik verständigen. Diskussionen über politische wie taktische Fragen in den Organisationen wie in der Presse waren äußerst selten. Was für ein Wunder, dass die deutsch-österreichische Arbeiterklasse nicht nur keine Kraft hatte, angesichts der Haltung der Führer selbständig aufzutreten – nirgends besaß sie diese Selbständigkeit –, sondern sie hatte nicht einmal genügend Kraft, sich auch nur zu einem Teile zu ermannen und die kleine Schar der der Internationale treugebliebenen Männer zu sammeln.

Dieses Fehlen eines wachsenden Kerns oppositioneller Arbeiterorganisationen erlaubte der österreichischen Parteiopposition nicht, ihre Aufgabe richtig zu erfassen. Man lese die beiden Kriegsjahrgänge des „Kampf“, die vielen in ihnen zerstreuten Artikel Fritz Adlers, man lese das Manifest der österreichischen Opposition. Bis ans Ende des Jahres 1915 stehen sie vollkommen auf dem Boden der Landesverteidigung. Erst in dem Manifest und später im offenen Schreiben Adlers an Huysmans im Juni 1916 beginnt es der österreichischen Parteiopposition klar zu werden, dass im Zeitalter des Imperialismus die Landesverteidigung unzertrennlich verknüpft ist mit den imperialistischen Zielen des Krieges. Aber noch jetzt entscheidet Adler diese Frage für sich und seine Freunde nicht, sondern er erklärt: „Die Internationale wird in Zukunft zu dieser Erkenntnis Stellung nehmen und die Frage entscheiden müssen.“ Aber das mag man für theoretische Unklarheit ohne praktische Bedeutung halten, obwohl es lähmend auf die österreichische Opposition wirken musste. Aber diese Unklarheit ging Hand in Hand mit dem völligen Fehlen jeder anderen Aussicht.

Im Januar 1915 schrieb Adler in einem Artikel über die deutsche Sozialdemokratie: „*Während die Kanonen donnern, bleibt dem Sozialismus nur die Politik des Schweigens übrig*“. Er forderte von der Sozialdemokratie keinen Kampf, sie solle nur die Arbeit der Kanonen nicht beweihräuchern. Die „Internationale der Tat“ werde erst das Werk der Zeit nach dem Kriege sein („Kampf“, April 1915).

Als der Krieg immer länger und länger dauerte, als Friedrich Adler einsah, dass man nicht schweigen darf, da forderte er wieder keinen Kampf, sondern nur sozialistische Propaganda: „Man kann weder den Ausbruch des Krieges mit Gewalt verhindern noch ihm durch Gewalt ein Ziel setzen. Trotzdem hat die Sozialdemokratie eine wichtige Funktion für die Wiederherstellung des Friedens zu erfüllen. Sie allein wäre in der Lage gewesen, die geistige Disposition für eine gemeinsame Auffassung der Völker von den Bedingungen des Friedens herzustellen.“ Nichts mehr. Man glaube nicht, dass diese Beschränkung durch die Zensurverhältnisse verursacht wurde. In seinem Bericht über die Lage in Österreich, den Adler am 1. August dieses Jahres in einem intimen Kreise der Zimmerwaldisten in Zürich abstattete, sprach er ebenfalls mit tiefstem Pessimismus über die Aussichten des proletarischen Kampfes in Österreich während des Krieges, von der rein propagandistischen Arbeit der Opposition.

Wenn seine Auffassungen in hohem Maße die vollkommene Zertrümmerung der österreichischen Sozialdemokratie widerspiegelten – das Wort der „Arbeiterzeitung“ von der „absoluten Ohnmacht“ der Partei bestätigt es –, so erlaubten sie ihrerseits Adler und seinen Freunden nicht, diesen Zustand auch teilweise zu überwinden. Nur der Kampf kann Leben schaffen.

In diese Stimmung, die durch ununterbrochenen, aber zwecklosen Hader mit den Instanzen noch mehr gedrückt wurde, fielen irgendwelche aktuellen Vorfälle, die wir nicht kennen. Am 20. Oktober, einen Tag vor dem Attentat, fordert Adler in einer Vertrauensmännersitzung in Wien die Veranstaltung von Kundgebungen. Die Massen werden die Partei für das Schweigen verantwortlich machen – ruft er. Die Vertrauensmänner lehnen nach scharfem Kampfe seine Forderung mit Stimmenmehrheit ab. Die bisherige rein propagandistische Arbeit der Opposition hat aber keinen separaten Aktionskörper geschaffen. Friedrich Adler kann nicht schweigen, glaubt nicht schweigen zu dürfen; er entschließt sich, da die Massen schweigen, zu seiner Tat. Er begeht sie nicht in einer Exaltation, er begeht sie mit eiserner Ruhe. De Profundis clamavi!

Die Chemnitzer „Volksstimme“ (Nr. 297) erklärt, Friedrich Adler sei dem Beispiel Karl Liebknechts gefolgt; sie übersieht vollkommen die grundlegenden Unterschiede, die zwischen dem deutschen und österreichischen Milieu und den Wegen, die die beiden Männer beschritten haben, bestehen. Friedrich Adler hatte keine Massen hinter sich, glaubte an ihre Bewegung während des Krieges nicht, jedenfalls glaubte er nicht, dass man sie mit gewöhnlichen Mitteln aufbieten, sammeln könnte. Deswegen griff er zur individuellen Gewalt, die, wie wir sehen werden, nicht nur in ihren Angriffspunkten, sondern auch in ihren Resultaten strikte der Massentaktik entgegengesetzt ist.

Es ist eine tiefe menschliche und sozialistische Tragödie, die sich in der Nacht vom 20. auf den 21. Oktober im Herzen Friedrich Adlers abspielte. Eine menschliche, weil er zum Revolver gegen einen andern Menschen griff; eine sozialistische, weil er einen Menschen tötete, den für den Krieg verantwortlich zu machen ihm seine sozialistische Einsicht nicht erlaubte. Er wollte in dem Ministerpräsidenten Stürgkh nur einen der Vertreter des Systems treffen, das in allen Ländern Europas herrscht und den Krieg mit all seinen schrecklichen Folgen verursacht hat. Es war die Tragödie eines der Idee bis in das Grab ergebenen Mannes, dem die Worte des alten, griechischen Dichters: „Liebe die Sonne nicht zu sehr und nicht zu sehr die Sterne; komm, folge mir ins dunkle Grab hinab“ in dem Herzen klangen, als es von Leid überfloss.

Friedrich Adler gehört zum Geschlecht der Sazonow und Kalajew, die die Schwäche, den Unglauben, das Misstrauen zu den Massen und eines Teiles der revolutionären Elemente besaßen. Und wie die Tat jener die russische Sozialdemokratie vor die Frage des Verhältnisses der Partei zum politischen Terror stellte, so stellt die Tat Adlers die Zimmerwalder Bewegung vor diese Frage. Denn auch in anderen Ländern können Situationen entstehen, die ähnliche

Taten auszulösen imstande wären. Das tiefe menschliche Mitgefühl mit dem Genossen Adler, der einer der unsrigen war, darf uns nicht hindern, der Arbeiterschaft die Gefahren vor Augen zu führen, die ihrem Kampfe auf dem Wege drohen, den Friedrich Adler beschritt. Ja, selbst auf die Gefahr hin, viele unserer Freunde momentan gegen uns zu haben, müssen wir den Arbeitermassen sagen, was die Erfahrungen der russischen Revolution, der großen proletarischen Massenbewegung, über den politischen Terror lehren.

Gegen den politischer Terror.

In allen Epochen, wo die Volksmassen sich unterdrückt fühlten, entstanden aus ihren Reihen oder aus den mit ihnen fühlenden Schichten Männer, die gegen die Gewalt von oben selbst zur Gewalt griffen. Sie wandten sich gegen private oder offizielle Vertreter des unterdrückenden Systems, sei es, um der Verzweiflung, die sich in ihrer Brust angesammelt hatte, Ausdruck zu geben, sei es, um Schandtaten zu rächen. Die Geschichte des kämpfenden Bauerntums ist ebenso reich an Beispielen des politischen Terrors, wie die des Bürgertums. Die Geschichte der Arbeiterklasse, deren Proletarisierungsprozess traurig, deren Aufstiegsprozess unermesslich schwierig ist, ist reich an einzelnen Taten, wie ganzen Epochen des politischen Terrors aller genannten Schattierungen. In der Chartistenbewegung, wie während des Sozialistengesetzes in Deutschland und Österreich praktiziert, fand er in der anarchistischen Bewegung, wie in der der russischen Terroristen eine abgeschlossene Theorie.

Die west- und mitteleuropäische Sozialdemokratie bekämpfte ihn zur Zeit der ersten, wie der zweiten Internationale aus prinzipiellen wie aus taktischen Gründen. Prinzipiell, indem sie erklärte, dass die Befreiung der Arbeiterklasse nur ihr eigenes Werk sein kann: die Arbeiterklasse könne nur allmählich im selbständigen Klassenkampfe Einsicht und Kraft erwerben, die ihr zur Eroberung der politischen Macht und zur Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische notwendig seien. Es sei unmöglich, durch Gewalttaten der Einzelnen die politische Gewalt zu erobern. Und diese Gewalttaten seien, selbst wenn ihr Anlass noch so empörend ist, geeignet, unaufgeklärte Arbeiterschichten abzustößen, sie verzögern also – das war der taktische Grund der Ablehnung des politischen Terrors – den Zusammenschluss der Arbeiter zu einer schlagfertigen Klasse.

Gleichzeitig aber mit dieser Ablehnung des politischen Terrors, der Gewaltakte von Einzelpersonen, für die Länder des entwickelten Kapitalismus, erkannten ihn Marx und Engels in Russland an, als die Narodnaja Wola (die terroristische Partei des „Volkswillen“) ihn in Russland zu praktizieren begann. Sie erkannten damals den politischen Terror für Russland an, nicht deswegen, weil Russland keinen Parlamentarismus, keine Press- und Versammlungsfreiheit besaß – auch für West- und Mitteleuropa war es in jener Zeit um diese Volksfreiheiten sehr schlecht bestellt –, sondern weil Russland damals noch keinen entwickelten Kapitalismus und keine Arbeiterklasse hatte. Die Versuche, die Bauern gegen den Zarismus zu mobilisieren, schlugen fehl: die zersplitterte, kulturell außerordentlich niedrigstehende Bauernmasse zeigte sich unfähig zum Kampfe. Die einzige Kraft, die sich gegen den Zarismus auflehnte, war die Intelligenz.

Zu wenig zahlreich, um durch Massenangriffe die Bastille des Zarismus zu erobern, suchte sie ihn durch Attentate auf seine höchsten Vertreter zu desorganisieren, zu überrumpeln. Ihr opferreicher Kampf schien Aussichten auf Erfolg zu eröffnen, und so zauderten unsere Altmeister nicht, ihn anzuerkennen, ihm ihre Sympathien zu schenken. Der terroristische Kampf der russischen Intelligenz erschütterte zwar momentan den Zarismus, aber schließlich gelang es diesem, der mutigsten Kämpfer habhaft zu werden, sie an den Galgen, in die Kasematten und nach Sibirien zu bringen. Nach einer Zeit der Friedhofsruhe in Russland begann sich mit

der fortschreitenden Entwicklung des Kapitalismus die Arbeiterklasse zu regen. Ihre Bewegungen lösten ein Echo auch in der Intelligenz aus, der aber der allmähliche Prozess des Erwachens der Arbeiterklasse zu langsam ging; sie wollte den Kampf der Arbeiterklasse durch Attentate unterstützen und beschleunigen. Sie wollte den Zarismus durch Bombenwürfe und Revolverschüsse mürbe machen; sie hoffte, dass die krachenden Bomben immer weitere Schichten des Volkes aus dem Schlafe wecken würden. Der Kampf der terroristischen sozialistischen Intelligenz Russlands erweckte heiße Sympathien in der europäischen Sozialdemokratie, die seine „Zulässigkeit“ mit dem Fehlen der gesetzlichen Kampfsmittel in Russland erklärte. Die russische Sozialdemokratie aber nahm in entschiedenster Weise Stellung gegen die Propaganda des politischen Terrors, indem sie in ihm ein politisches Kampfmittel sah, das mehr die revolutionäre Arbeiterklasse, als die zarische Regierung zu entnerven und zu desorganisieren imstande ist.

Die Masse als solche – erklärte die russische Sozialdemokratie – kann keine Attentate ausüben. Selbst wenn der Terrorist den Massen durch seine Tat nur ein Signal geben wollte, erweckt er in ihnen die Hoffnung auf die Wundertat der Befreiung von oben. Und falls sich in der Masse schon aufgeweckte Elemente befinden, die sich mit der Rolle der zu Befreienden nicht begnügen, die selbst mitkämpfen wollen, so lockt sie das terroristische Beispiel auf den terroristischen Weg. Sie schauen von oben auf die „träge Masse“, die sich so langsam in Bewegung setzt, auch ihnen ist der Weg der Massenorganisation zu lang, auch sie wollen der Masse durch ihre Opfertat den Weg bahnen, ihn kürzen. Der Terror hört auf, das Werk spontan handelnder Einzelpersonen zu sein, er wird zur Sache besonderer Organisationen, die dem Klassenkampf die besten, opferfreudigsten Elemente entziehen und so die Arbeitermasse entnerven.

Dieser Standpunkt der russischen radikalen Sozialdemokraten, die der Gewalt der einzelnen Persönlichkeit nicht die Legalität, sondern den revolutionären Massenkampf entgegenstellte, fand in vielen Kreisen der europäischen Sozialdemokratie keine Anerkennung. Besonders die Opportunisten, die für Westeuropa die Legalität um jeden Preis proklamierten, hatten große Sympathien für die Bomben in Russland, und schalten die russische Sozialdemokratie „doktrinär“. In Deutschland waren es eben die Herren Stampfer, in Österreich die Austerlitz und Leuthner, die es für wahnsinnig hielten, wenn man in Russland nicht für den Terror war.

Aber die russische Sozialdemokratie ließ sich nicht beirren. Zwar fiel es ihr nicht entfernt ein, zusammen mit den Schakalen der Kontrerevolution die Terroristen zu beschimpfen, die zwar irrten, aber in gutem Glauben ihr Leben opferten. Aber sie bekämpfte in rücksichtsloser Weise den politischen Terror als ein schlechtes Kampfmittel. Und die große Probe aufs Exempel, die russische Revolution, zeigte, wie Recht die Sozialdemokratie hatte.

Die Periode der Attentate, die wichtig war als politisches Symptom, war gleichzeitig das Resultat des Unglaubens an die Massenbewegung des Proletariats.

Sie war nicht imstande, diese Bewegung zu beschleunigen, obwohl z. B. das Attentat auf Plewe im Jahre 1904 ein großes Aufsehen erregte. Die Erschütterungen des russisch-japanischen Krieges, die Not, die er erzeugte, die unermüdliche, obwohl momentan keine sichtbaren Erfolge zeitigende geheime revolutionäre Agitation der Sozialdemokratie, die Unterstützung, die sie jeder Äußerung des Klassenkampfes verlieh: das alles erzeugte in Russland die Stimmung, die nach den großen Massakres vom 22. Januar 1905 die Stunde der Massenrevolution schlagen ließ. Und wenn auch diese nicht auf den ersten Hieb siegte, wenn sie dank der Unterstützung des Zarismus durch das russische und das internationale Kapital, dank den bauerlichen Bajonetten niedergeworfen wurde, so verdankt die russische Arbeiterbewegung alle die kolossalen Fortschritte, die sie in den letzten 10 Jahren gemacht hat, der Massenbewegung

der Revolutionsjahre allein. In der Zeit, als die Kräfte der Revolution zu versiegen begannen, suchten die Terroristen sie durch Attentate wie durch Morphiumeinspritzungen zu beleben. Aber selbst Produkt des Niederganges der Revolution, waren sie nicht imstande, ihr neue Kräfte einzuflößen: sie desorganisierte sie nur, indem ihre Organisationen der politischen Provokation zum Opfer fielen.

Wie selbst bürgerliche Politiker, wie Lord Courtney, oder opportunistische, wie Sidney Webb einsehen, geht die internationale Arbeiterbewegung großen Erschütterungen entgegen. Und der Reifegrad der sozialen Entwicklung, in dem sich West- und Mitteleuropa befindet, er wird der neuen Volksbewegung erlauben, sich höhere Aufgaben zu stellen, als es jemals früher der Fall war: ausgehend von dem Kampfe um den Frieden, gegen die Teuerung, gegen die neuen Steuern, gegen die politische Entrechtung, wird der Kampf der Volksmassen sich zum Kampf um den Sozialismus auswachsen. Wir befinden uns erst in den allerersten Anfängen dieses Kampfes. Wir erinnern das Proletariat an die Worte von Zimmerwald und Kiental, die sie zur rücksichtslosen Einsetzung ihrer gemeinsamen Kräfte als Masse, als Klasse, aufgerufen haben. Es war unserem Genossen Friedrich Adler nicht vergönnt, obwohl er diesem Ziele dienen wollte, im Sinne des modernen Kampfes der Arbeiterklasse durch seine Tat zu wirken. Wir wollen ihm folgen in der heißen Liebe zur Sache, aber nicht auf dem Wege, der nicht zum Ziele führt.

Die Sozialpatrioten bekämpfen den politischen Terror. Aber die Tendenzen zu ihm können nur die revolutionären Internationalisten ausrotten, indem sie durch ihren Kampf gegen den Imperialismus das Vertrauen der Massen, das Vertrauen zu den eigenen Kräften, zu der Zukunft des Sozialismus wiedergeben. Sie werden den politischen Terror bekämpfen, im Namen der historischen Aufgaben des Proletariats.

Staat, Nation, Imperialismus und Sozialdemokratie.

Die Haltung der Arbeiterklasse.

Die Sozialpazifisten.

Die Konsequenzen der sozialpatriotischen imperialistischen Politik liegen so klar auf der Hand, dass ein großer Teil der alten Parteiführer nicht ohne weiteres umlernen konnte. Er suchte gegen die neuen Methoden einen Stützpunkt in dem alten pazifistischen Standpunkt der Internationale zu finden.

Die alte Internationale verstand die Unvereinbarkeit der Interessen der Arbeiterklasse mit der imperialistischen Politik sehr wohl. Sie forderte das Proletariat in vielen Resolutionen zum Kampfe gegen den Imperialismus auf. Ein solcher Kampf setzt aber in erster Linie die Kenntnis des Zieles voraus. Man muss wissen, welchen Zustand man an die Stelle des bekämpften setzen will. Von dem Ziel hängen dann die Mittel des Kampfes ab. Die zweite Internationale nannte ein solches Ziel: es war die Organisation einer internationalen, eigentlich interstaatlichen Rechtsordnung. Heute entscheidet bei allen größeren Gegensätzen zwischen den Staaten die Gewalt. Wenn zwei Staaten Appetit auf fremdes Gut haben, dann nimmt es der stärkere, und wenn er dem schwächeren einen Teil abtritt, dann nur insoweit, als der schwächere ihm Hindernisse bereiten kann, also im Ausmaße seiner Macht. Sie müssen sich dabei nicht sofort bekämpfen. Es genügt, dass sie sich gegenseitig an ihre Macht, das heißt, an die Armeen erinnern. Nur bei Angelegenheiten, die eines wirklichen Streites nicht wert sind, lassen sie das Urteil der Schiedsgerichte gelten. Dazu haben sie im Haag ein internationales Schiedsgericht geschaffen, bei dem der Zar Pate stand.

Nun erstreben bürgerliche Friedensfreunde – Pazifisten nennt man sie, von pax, das heißt Friede – dass alle Streitfälle solchen Schiedsgerichten unterbreitet werden. Wenn das geschieht, wird man auf die Rüstungen verzichten können.

Die zweite Internationale machte sich dieses bürgerliche pazifistische Programm zu eigen, sie forderte die Einführung obligatorischer, d. h. alle verpflichtender Schiedsgerichte, allmähliche Rüstungsbeschränkung mit dem Ziele der Abrüstung, ein internationales Recht, auf Grund dessen die Urteile der Schiedsgerichte gefällt werden sollten. Von den bürgerlichen Pazifisten unterschied sie sich nur dadurch, dass, während diese die Erreichung dieser Ziele von der wachsenden Einsicht der Bourgeoisie und der Regierungen erhofften, die zweite Internationale diese Einsicht durch Klassenkampf, durch Druck auf die Bourgeoisie ersetzen wollte.

Der Weltkrieg zeigte, wie gering bei der Bourgeoisie die „Einsicht“, der „gute Wille“ war zur Verständigung: jede wollte einen möglichst großen Anteil an der Weltausbeutung haben, und da sie der andern nicht traute, so blieb ihr nichts anderes übrig, als zu versuchen, durch den Krieg das Ziel zu erreichen. Ein großer Teil der alten Internationale, der früher mit dem Wachstum der friedliebenden Elemente in der Bourgeoisie sehr rechnete, sieht sich dadurch keinesfalls veranlasst zum tieferen Nachdenken über die Gründe des Zusammenbruches seiner Hoffnungen, sondern baut sie von neuem auf den Ruinen auf: der Krieg werde eine solche Verwüstung bringen, solche Lasten allen Völkern auferlegen, dass sie schließlich einsehen werden, was für ein schlechtes Geschäft der Krieg ist. Das Streben nach einer dauernden interstaatlichen Rechtsordnung werde im Bürgertum sehr erstarren, und da müsse das Proletariat diese pazifistischen Bestrebungen mit seiner ganzen Kraft unterstützen, damit aus dem Weltkriege ein vereinigt Europa hervorgehe, die Vereinigten Staaten Europas.

Dieses Lied vom dauernden Frieden singen nicht nur die Sozialpatrioten aller Länder, um das Proletariat mit dem schon im dritten Jahr sich hinziehenden furchtbaren Krieg zu versöhnen, sondern auch Kriegsgegner: so die Vertreter des deutschen Parteizentrums Haase, Kautsky, Ledebour, die Unabhängige Arbeiterpartei Englands und andere kriegsfeindliche Genossen, die nicht einsehen wollen, was die Stunde geschlagen hat.

Ihre Rechnung beginnt mit einem großen Loch: es ist keinesfalls wahr, dass der Weltkrieg ein schlechtes Geschäft für das ganze Kapital ist. Der Krieg zerreibt und vernichtet die kleinen Kapitalisten, bringt manchen mittleren in Schwulitäten, wird ungeheure Lasten auf den Rücken der Arbeiter und Kleinbürger legen. Aber die großen Fabrikanten, das Finanzkapital und die Großhändler verdienen bei den Lieferungen, bei der Unterbringung von Anleihen, beim Lebensmittelhandel Milliarden über Milliarden. *Steinmann Bucher*, der Nationalökonom des Zentralverbandes der deutschen Industriellen, hat vor kurzem bezeugt, dass die Kapitalisten Geschmack am Kriege finden. Ja, aber nach dem Kriege wird es sich zeigen, erklären die Pazifisten in unseren Reihen, dass die Macht des amerikanischen Kapitals sehr gewachsen ist, dass weiter die Arbeiterklasse sich gegen die Abwälzung aller Lasten auf sie auflehnen wird. Wenn die Kapitalisten jetzt Geschmack an dem Kriege gewinnen, so wird er ihnen durch die Kriegsfolgen gründlich versalzen werden. Nun, das junge amerikanische Kapital macht in diesem Kriege glänzende Geschäfte, aber es war bisher an Europa sehr verschuldet: in allen Eisenbahnen, Gruben usw. Amerikas steckt ungeheures europäisches Kapital; wenn dies abgezahlt wird, so wird das wohl ein großer Fortschritt für die amerikanischen Kapitalisten sein, zum Übergewicht aber über Europa ist es noch weit. Aber wenn dies auch eintreten würde, so würden die großen Kapitalisten Europas ihr Kapital mit dem amerikanischen vereinigen, um unter der Flagge des amerikanischen „Vaterlandes“ ihre Interessen zu vertreten. Und was das zweite Argument betrifft: sollten sich nach dem Kriege die Proletarier Europas auflehnen, so würde das nur den Gegensatz des Kapitals zum Proletariat, nicht aber zum Kriege verstärken.

Aber vielleicht kann der Kampf des Proletariats dem Kapital die interstaatliche Rechtsordnung aufzwingen, selbst gegen den Willen der Bourgeoisie? Damit sind wir bei der Hauptfrage: bei der Frage der Möglichkeit des friedlichen Kapitalismus, bei der Frage der Durchführbarkeit des pazifistischen Programms überhaupt. Das pazifistische Programm setzt voraus, dass das Proletariat eventuell die Macht haben kann, die Bourgeoisie zu einer internationalen Friedensordnung zu zwingen, aber noch keine Macht haben wird, das Ruder aus den Händen der Bourgeoisie zu reißen, den Kapitalismus abzuschaffen; denn hätte es die Kraft, so würde es sich doch nicht damit abzuquälen haben, die Bourgeoisie zum Frieden zu zwingen, sondern würde die Ursache der Kriege, die kapitalistische Konkurrenz, aufheben.

Wenn dem so ist, so würde nach dieser pazifistischen Revolution die Bourgeoisie weiter herrschen und weiter ihre Macht über die unentwickelten Länder ausbreiten, um ihre Bevölkerung auszubeuten und ihre Naturschätze auszuplündern. Jawohl, so wird es sein, gab mehrmals Genosse *Kautsky*, der Haupttheoretiker des Sozialpazifismus zu. Wenn dem so ist, wenn die Bourgeoisie weiter bei der Herrschaft bleibt, so bleiben auch die Gesetze ihrer Wirtschaft bestehen. Diese bewirken aber, dass jede kapitalistische Gruppe nach möglichst großem Profit strebt. Um zu ihm zu gelangen, frisst das große Kapital das kleine auf.

Auf das Gebiet der auswärtigen Politik übertragen, bedeutet das, dass die großen Kapitalisten Deutschlands, Frankreichs, Englands, Russlands keine Ursache haben werden, den Kapitalisten der Schweiz, der Niederlande, Portugals, Belgiens ihre Kolonien zu öffnen, sie zur Ausbeutung Chinas und der Türkei zuzulassen. Und wenn sie Appetit auf die Kolonien der Kleinen haben werden, so werden sie sich den Teufel um internationale Rechte kümmern, desto mehr, wenn diese Kolonien so ungeheure Profite abwerfen wie die niederländischen, oder so große versprechen, wie Belgiens Kongo mit seinem Kupfergebiet Catarga, oder Portugiesisch-Angola mit dem ungeheuren Siedlungsgebiet. Wer soll darüber wachen, dass die Großmächte sich um irgendwelche durch das Proletariat geschaffenen Völkerrechte kümmern? Soll sich das Proletariat vielleicht zum Hüter des Rechts der Kleinstaaten auf Ausbeutung „ihrer“ Kolonien aufwerfen?

Aber gehen wir zu den Beziehungen der Großmächte selbst über: Angenommen, sie lassen sich unter dem Drucke des Proletariats dazu herbei, ihren Kolonialbesitz auszugleichen, sich überall in den unentwickelten Länder gleiche Bedingungen der Ausbeutung zu gewähren. Wenn morgen, nach ein paar Jahren des Friedens, der Druck der proletarischen Armeen weicht, das deutsche Kapital aber stärker ist als das französische, das amerikanische stärker als das englische, warum soll es nicht versuchen, auf eigene Faust die internationalen Satzungen umzustößeln? Aber das Kapital wird nicht immer staatlich getrennt bleiben, antworten die Sozialpazifisten, es durchdringt sich gegenseitig immer mehr, deutsches Kapital arbeitet in England, englisches in Russland usw., aus den nationalen Kartellen werden internationale Weltkartelle. Das sind Redensarten.

Der Weltkrieg hat eben gezeigt, dass die Verflechtung und Versippung des Kapitals im Verhältnis zu seiner Gesamtmasse sehr gering waren. Nach dem Weltkrieg wird die Konkurrenz, der Wirtschaftskrieg, noch verschärft werden. Und wenn die Kartelle Übereinkommen schaffen, wie sie die Preise gestalten, welcher Teil der Welt dem einen zur Ausbeutung zufällt, so sind das nur Ausnahmestände, Waffenstillstände, auf die der verschärfte Kampf folgt; jede Gelegenheit zu einem Sonderprofit veranlasst einen Teil des Weltkartells zum Bruch des Übereinkommens. Damit Weltkartelle wirklich die Aufhebung der Konkurrenz unter den Kartellen einzelner Länder bedeuten sollten, müsste sich das ganze Kapital in den Händen solcher Weltkartelle befinden, es müsste keine Möglichkeit bestehen, dass ein Outsider, ein außerhalb des Weltkartells stehendes Kapital, die Konkurrenz aufnehme. Dass aber das Proletariat eine

solche vollkommene Konzentration des Kapitals in ein paar Händen dulden sollte, ist ein unsinniger Gedanke.

Das ganze pazifistische Programm von Sozialisten geht von der Voraussetzung aus, dass das Proletariat die Macht haben wird, die Kapitalisten zu nötigen, sich an die unter dem Druck des Proletariats geschaffene Friedensordnung zu halten, aber keine Kraft haben wird, den Kapitalisten die Macht zu entreißen. Das ist offensichtlicher Unsinn. Wenn das Proletariat die Macht haben wird, den Kapitalisten die Friedensordnung aufzuzwingen und sie immerfort zu nötigen, sie einzuhalten, so wird es auch die Macht haben, dem Kapitalismus ein Ende zu bereiten, dem Sozialismus freie Bahn zu öffnen und so die Wurzel der Kriege auszureißen.

Ist das Proletariat zu schwach zur sozialen Revolution, so ist das ganze pazifistische Programm eine volle Utopie, undurchführbar. Ist das Proletariat aber reif zur sozialen Revolution, dann ist es lächerlich, von ihm zu fordern, es solle das Joch des Kapitalismus tragen und zu sehen, wie der Kapitalismus es neuen Völkern auferlegt, und solle nur dafür sorgen, dass es dabei zu keinen Kriegen kommt. Das Friedensprogramm der zweiten Internationale war ein Friedensseufzer des Proletariats, das sich zu schwach fühlte, wirklich um den Frieden zu kämpfen. Es hat auch nur für den Frieden demonstriert, niemals gekämpft. Wer dieses Programm wieder aufwärmt, der glaubt entweder weiter nicht an die Möglichkeit des Kampfes um den Frieden, oder er steckt diesem Kampf ein falsches und irreführendes Ziel. Der dauernde Frieden der kapitalistischen Staaten untereinander ist eine Utopie.

Das sozialpazifistische Programm verschleiert also dem Proletariat die wirkliche Sachlage, es stärkt in ihm die reformistischen Tendenzen, die den Zusammenbruch der zweiten Internationale verursachten, da es ihm das Bild eines friedlichen Kapitalismus vorgaukelt, es zu einer Allianz mit dem angeblich friedensfreundlichen Teil der Bourgeoisie anspornt. Aber darin erschöpft sich nicht das Wesen des Sozialpazifismus. Weil er über den Rahmen des Kapitalismus nicht hinausblickt, muss er den kapitalistischen Staat verteidigen, solange sich die „internationale Rechtsordnung“ nicht ausgebildet hat. Wir sehen eben, wie die Bernstein, Haase usw. erklären: ja wir sind Gegner des Krieges, erstreben seine Überwindung durch Verständigung der Staaten untereinander, aber solange eben jedes Vaterland durch eine solche pazifistische Rechtsordnung nicht gesichert ist, gilt die Pflicht der Verteidigung.

Damit wird der Sozialpazifismus zur Brücke zum Sozialpatriotismus. Und wenn der Krieg zu Ende ist, wird der Sozialpazifismus die Fahne sein, unter der sich die Herren Sozialpatrioten aller Länder gegen die Internationalisten sammeln werden. Sie werden nicht imstande sein, als dauernde Politik das gegenseitige Kriegführen zu proklamieren, und so werden sie erklären: nun sorgen wir gemeinsam für den Ausbau der Friedenseinrichtungen, damit wir nicht wieder in die unangenehme Lage kommen, uns befehlen zu müssen. Sie werden dann gegen den Imperialismus, gegen das Rüsten donnern, die Fahne des Friedens schwenken, das Proletariat damit verwirren und einlullen, damit sie es später, wenn das Kartenhaus des Pazifismus wieder zusammenbricht, wieder ausliefern können.

Natürlich ist keine Rede davon, dass Männer wie Kautsky, Ledebour, Haase, Bernstein, Philipp Snowden oder Modigliani, die das sozialpazifistische Programm verteidigen, kurz das Zentrum der **Internationale** bewusst die Rolle der Hehler des Sozialpatriotismus spielen. Sie sind tief überzeugt, dass sie dem Interesse des Proletariats dienen und den Sozialpatriotismus bekämpfen. Aber in der Politik entscheiden nicht die Absichten, sondern die Wirkungen, und die Wirkung des Sozialpazifismus ist so, wie wir sie hier geschildert haben.

Aus unserm politischen Tagebuch.

28. Oktober.

Unter dem Titel: „Mehr Aufmerksamkeit“ schreibt das in Warschau erscheinende jüdische sozialdemokratische Blatt „Lebensfragen“ folgendes:

Gefahren. – Gekommen. – Hingeblickt. – Ein paar Worte gewechselt, und dies soll für den Zweck ausreichen, eine Korrespondenz über die Warschauer Juden zu schreiben.

Es würde niemand Wunder nehmen, wenn ein gewöhnlicher bürgerlicher Reporter sich derart informieren würde. Aber von einem Genossen, und dazu von einer angesehenen, gesellschaftlich tätigen Person hätte man mehr Aufmerksamkeit erwarten können.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete *Noske*, der vor einigen Monaten Warschau mit besuchte, veröffentlichte in der Parteipresse einen „Im Warschauer jüdischen Viertel“ betitelten Aufsatz. („Görlitzer Volkszeitung“ Nr. 198.)

Einer, der die Warschauer Juden nicht genau kennt, wird aus diesem Artikel sehr interessante und wissenswerte Dinge erfahren können und zwar:

1. Dass die Juden in Warschau (ohne Vorstädte) die Hälfte der allgemeinen Bevölkerung bilden.

2. Dass die Warschauer Juden ganz indifferent sind in politischen Dingen.

3. Ausgerechnet die hebräischen Schulen der Zionisten sind es, die die politische Aufmerksamkeit Noskes auf sich lenkten, während ihm der Kampf der jüdischen Arbeiter für die jüdische Sprache absolut nicht interessierte.

4. Im jüdischen Viertel sind viele Läuse vorhanden, gegen die, nach Noske, nur ein Bad Abhilfe bringen kann.

5. Inbetreff der Lösung der jüdischen Frage schreibt Noske: „Über diese Frage hat noch niemand (?) eine klare Meinung, nicht einmal die genauen Kenner der Verhältnisse“. Unter diesen genauen „Kennern“ sind die jüdischen Arbeiter nicht vertreten gewesen. Mit diesen hatte nämlich Genosse Noske keine Zeit ausführlich zu reden. Aus diesem Zeitmangel ist ferner auch die merkwürdige Vorstellung vom jüdischen Arbeiter entstanden, die Genosse Noske in Warschau gewonnen hat. So erzählt dieser Genosse z. B., dass die geringe Zahl der bei den „Öffentlichen Arbeiten“ beschäftigten Juden lediglich daraus zu erklären ist, dass sich *nur* 200 bis 300 Juden dazu meldeten. Davon, dass die jüdischen Arbeiter zu den öffentlichen Arbeiten nicht zugelassen werden, weiß Noske nichts.

In einem Automobil der Heeresleitung angesaust, steigt Genosse Noske für einige Minuten in einem Arbeiterklub ab, spricht einige Worte mit den dort zufällig anwesenden Arbeitern, mit denen eine Verständigung schon deshalb nicht möglich, weil sie der Deutschen Sprache nicht mächtig sind, lässt sich nachdem informieren von den „besten Kennern“, die geradezu Märchen erzählen und werden diese Märchen dem deutschen Proletariat als Wissenschaft unterbreitet.

Etwas mehr Gründlichkeit, Genosse Noske, würde beiden Teilen dienlicher sein!

29. Oktober.

In *Bremen* geht es jetzt auch um die *Beitragssperre*. Die Linksradikalen haben der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins folgenden Antrag vorgelegt:

„Seit Beginn des Krieges verfolgt der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie eine Politik, die den offenen Bruch mit den Grundsätzen des Sozialismus bedeutet und den Interessen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft strikte zuwiderläuft. Das Festhalten an der Politik des Sozialpatriotismus hat die Partei bereits in die schwersten Krisen gestürzt und führt mit Notwendigkeit zur völligen Zerrüttung der Parteiverhältnisse. Im Besitze des bürokratischen Machtapparates der Partei hat der Parteivorstand seine Position wiederholt zu Gewaltstreichen missbraucht, die aller Demokratie Hohn sprechen. Von der Entlassung der Redakteure *Meyer* („Vorwärts“) und *Minster* (Duisburg) über die strikte Ablehnung eines auf demokratischer Grundlage ruhenden Entgegenkommens in der Angelegenheit der „Bremer Bürger-Zeitung“, bis zur politischen Strangulierung des „Vorwärts“ ist eine einzige Kette derartiger Gewaltstreiche. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft kann unter diesen Umständen den Parteivorstand nicht mehr als den berufenen Sachwalter ihrer Interessen anerkennen. Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Bremen beschließt daher, die im Parteistatut vorgesehene Verabfolgung von 20 Prozent der örtlichen Beiträge aufzuheben und in diesem Sinne die Beitragssperre unverzüglich durchzuführen.“

Gegen diesen Antrag wandten sich die Sozialpatrioten und – das Zentrum unter Führung Henkes. Zwar hatte Henke kurz vorher in der „Bremer Bürger-Zeitung“ geschrieben: „Er (nämlich der Parteivorstand) zwingt dazu, die Frage der Beitragssperre erneut zu prüfen; denn eine Verwaltungskörperschaft, die zu Gewaltstreichen wie dem eben verübten fähig ist, fernerhin zu unterstützen und die Mittel zu liefern, noch weiterhin die Massen vergewaltigen zu können, wäre Selbstmord der Demokratie.“ Aber das sind nur Worte. Sobald die Konsequenzen aus solchen Worten gezogen werden sollen, reichen die Zentrumshelden den Sozialpatrioten die Hand zum – Selbstmord der Demokratie.

30. Oktober.

In der *Reichstagsitzung* vom 27. Oktober erklärte *Otto Rühle* in der Debatte über den Antrag Bernsteins auf Aufhebung der über Karl Liebknecht verhängten Untersuchungshaft während der Dauer der Sitzungsperiode:

Rühle (bei keiner Fraktion): Liebknecht steht dem Antrag so fern wie möglich. Er wird die Ablehnung des Antrages als größte persönliche Genugtuung betrachten und als glänzendste Rechtfertigung der Politik, die er hier vertreten hat und die von Hunderttausenden draußen vertreten wird und die in Zukunft mit Entschiedenheit und Rücksichtslosigkeit fortgesetzt werden wird, trotz aller Verfolgungen und Unterdrückungen. Die Befreiung Liebknechts kann nicht das Werk dieses Parlaments sein, ebenso wenig wie die Herbeiführung des Friedens oder die Befreiung des Proletariats. Die Befreiung Liebknechts wird das Werk des arbeitenden Volkes sein, und zwar als eine Frucht des Klassenkampfes, der immer noch den Angelpunkt aller sozialdemokratischen Politik bildet. Die arbeitenden Massen werden sich auf ihre historische Pflicht besinnen und sie werden von ihrer Macht Gebrauch machen, um ihrem Willen zum Siege zu verhelfen. Wenn der vorliegende Antrag nicht benutzt wird, um durch das Fenster hindurch den Massen zuzurufen, was sie für ihre Befreiung zu tun haben, so bleibt er ein Spiel mit Worten. Diejenigen, die für diesen Antrag stimmen und gleichzeitig den Raubzug des Imperialismus unterstützen ...

Vizepräsident *Dove* ruft den Abg. Rühle wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung. (Abg. *Vogtherr* [S. A. G.]: Der Ausdruck war berechtigt.) Abg. *Vogtherr* wird ebenfalls zur Ordnung gerufen.

Rühle (fortfahrend): Diejenigen, die für diesen Antrag stimmen und gleichzeitig die Politik der herrschenden Klassen unterstützen, haben das Recht verwirkt, Vertreter der proletarischen Massen zu sein. Ich weiß, dass ich im Sinne Liebknechts spreche und in seinem Sinne handle, wenn ich nicht an dieses Parlament appelliere, sondern an die Millionen, die draußen stehen, und wenn ich diese Millionen aufrufe, ihre Pflicht zu tun. (Zuruf rechts: Das war sehr schön!)

31. Oktober.

Es wurden wieder zwölf Milliarden bewilligt. Nur die S. A. G. stimmte gegen die Bewilligung. Die Erklärung Bernsteins hinkte nach wie vor an den Krücken des Sozialpazifismus einher: Wir wollen klar und ohne Umschweife, dass statt der Gewalt der Waffen das *demokratische Selbstbestimmungsrecht der Völker* zur maßgebenden Grundlage der Beziehungen der Nationen gemacht wird – erklärte Bernstein. Aber darüber spottete doch Marx schon, dass man von einem Selbstbestimmungsrecht der Nationen rede, wo innerhalb der Nationen die Klassenherrschaft bestehe. Und nun erst ein demokratisches Selbstbestimmungsrecht! Auch will Bernstein und die S. A. G., dass die internationale Schiedsgerichtsbarkeit anerkannt wird, und dass mit diesem Krieg die allgemeine Abrüstung beginnen soll. Das alles erwartet die S. A. G. vom Imperialismus! Und da sage noch einer, die tapferen Arbeitsgemeinschaftler kämpfen nicht für den Sozialismus, da sie den Arbeitern das Paradies vom friedlichen Imperialismus vormalen!

Aber bei allen schönen Redensarten hat die brave S. A. G. doch ganz vergessen zu sagen, wie sie zur Frage der Vaterlandsverteidigung steht. Und darauf eben wartete man. Aber die Frage ist wohl noch nicht genügend geklärt, und dann ist es immer besser, man schweigt darüber, als dass man sich blamiert.

Feuilleton

Wie etliche von Pikrochollers Hauptleuten ihn durch hitzige Ratschläge in Gefahr brachten.

Von Francois Rabelais.¹⁸

Als sie die lieben Wecken hereinbugsiert hatten, traten der Herzog von Borzlingen, Graf Raufdegen und Hauptmann Schissenbutz vor ihren König und huben an: „Hoher Herr, heute noch machen wir Euch zum glücklichsten und ritterlichsten Fürsten, den die Sonne seit Alexanders des Großen Tagen beschienen hat.“ – „Bedeckt euch, bedeckt euch!“ – winkte Pikrocholler gnädig. „In aller Demut. Untertänigsten Dank! Mit schuldigem Gehorsam! Unser Plan ist so: Ihr lasset einen Hauptmann mit ein paar Soldaten zum Schutze dieses Platzes, der uns mit den Wällen, die nach Eurer Hoheit Plänen aufgeworfen sind, reichlich stark befestigt erscheint. Euren Heerhaufen teilt Ihr in zwei, wie Ihr das ja bei Eurer Weisheit von selbst angeordnet hättet. Die eine Schar fällt über diesen Graunzgoscher und sein Völklein her und wirft es, versteht sich, beim ersten Ansturm wie im Handumdrehen! Nun verstärkt Ihr Eure Kriegskasse; denn der Schuft hat Geld in Hülle und Fülle. Der Schuft, sagen wir, denn ein anständiger Fürst hat niemals Geld. Dukaten hüten ist schuftig.“

¹⁸ Ein zeitgemäßes Kapitel aus dem „*Gargantua*“ des französischen Aufklärers und Satirikers Rabelais, der im 16. Jahrhundert lebte. Wir benutzen die ausgezeichnete Übersetzung, die Engelbert Hegaur und Dr. Owlgläß vor einigen Jahren bei Albert Langen haben erscheinen lassen.

Die andere Abteilung zieht unterdes nach Onis, Angomois und Gaskonien, dann im Hui nach Medoc, Perigord und der Bordeauxer Heide. Ohne viel Federlesens nimmt sie Städte, Schlösser und Festungen. In Bayonne und Fontarabie seid Ihr Herr über alle Schiffe und segelt der Küste entlang nach der Baskei und Portugal. Ihr plündert alle Hafentplätze bis nach Lissabon und erbeutet im Hui alles, was ein Eroberer braucht. Potzhagelwetter! Spanien fällt Euch zu Füßen. Was sollen die Hundsfötter sonst tun? Ihr fahrt durch die sibyllinische Meerenge und pflanzt zum ewigen Gedächtnis Eures Namens zwei Säulen, die auf des Herakles seine herunterschauen wie auf Zwetschgenkerne. Und die Meerenge wird von Stund an die Pickerkoller Straße heißen.

„Ihr segelt da vorbei, und Khair Eddyn Rotbart übergibt Euch seinen Säbel und wird Euer Sklave.“ – „Ich werde ihn gnädig behandeln,“ nickte Pikrocholler. – „Wohl, wohl,“ pflichteten sie bei, „aber taufen muss er sich lassen! Darauf erobert Ihr die Reiche von Tunis, Hippdo, Algier, Karthago, Cyrene, kurzweg das ganze Berbergebiet. Majorka, Minorka, Sardinien, Korsika fallen Euch in die Hand samt den andern Inseln des ligurischen und balearischen Meeres. Ihr haltet Euch nach links und unterwerft das narbonnische Gallien, die Provence, die Allobroger, Genuesen, Florenz, Luecca, und dann gute Nacht, Rom! Der arme Herr Papst fällt schon in Todeskrämpfe vor Angst.“ – „Ha, bei meinem Bart, ich küß' ihm den Pantoffel nicht!“ kraelte Pikrocholler.

„Italien steckt Ihr in die Tasche, und Neapel, Calabrien, Apulien, Sizilien und Malta bindet Ihr als Deckel obendrauf. Schade, dass die netten Johanniterritter nicht mehr dort sind; ich möchte die Herrlein gar zu gern vor Angst ihr Wasser abschlagen sehen.“ – „Nach Loretto werd' ich gerne pilgern,“ meinte Pikrocholler. – „Keine Rede,“ wehrten sie ab, „erst auf dem Rückweg. Vorderhand machen wir Candien, Cypren, Rhodus und die Cykladen uns zu eigen und fallen dann über Morea her. Uns gehört es! Heiliger Truthahn! Gott schütze Jerusalem! Schon schmilzt der Sultan vor Eurer Allgewalt.“ – „Werd' ich,“ – warf der König ein, „den Tempel Salomonis aufbauen lassen?“ – „Nein, nein, noch nicht; wartet noch ein Weilchen. Ihr seid viel zu rasch und hitzköpfig. Wisst Ihr nicht, was Oktavianus Augustus sagte? Festina lente! Eile mit Weile! Erst müsst Ihr Kleinasien unterjochen und Carien, Lykien, Pamphilien, Cilicien, Lydien, Phrygien, Mysien, Bethynien, Charazien, Satalien, Castamena, Savastra, bis zum Euphrat.“ – „Bekommen wir,“ fragte Pinrocholler, „auch Babylon und den Berg Sinai zu sehen?“ – „Das brauch't's jetzt nicht. Habt Ihr denn nicht genug, wenn Ihr das hyrkanische Meer zu Schiff, beide Armenien und alle drei Arabien zu Pferd durchquert habt?“

„Ach du liebe Zeit, was sind wir für Toren,“ klagte der König plötzlich, „wir armen Würmer!“ – „Wieso denn?“ fragten sie. – „Ja, was sollen wir denn in der Wüste trinken? Julian Augustus und sein ganzes Heer ging dort vor Durst elendiglich zugrunde, wie die Geschichte vermeldet.“ – Da beruhigten sie ihn: „Dafür haben wir bereits gesorgt. Im syrischen Meer schwimmen Euch 9014 große Schiffe voll des besten Weines der Welt; sie steuern nach Jaffa. Dort warten schon 220 000 Kamele und 1600 Elefanten, die Ihr auf einer Treibjagd bei Sigeilmis gefangen habt, als Ihr nach Lydien rücktet, wobei Euch auch die ganze Karawane von Mekka in die Hände fiel. Das reicht doch wohl, um Euch nicht ohne Wein zu lassen?“ – „Ja, ja; aber er ist nicht sehr frisch, find' ich,“ meinte er kopfschüttelnd. – „Potz Karpfenleber,“ fluchten sie, „ein Held, ein Eroberer, ein Weltbezwinger kann nicht immer alles nach Wunsch gepolstert und gefüttert haben. Dankt Gott, dass Ihr mit Eurem Heer heiler Haut wenigstens bis zum Tigris vorgedrungen seid.“

„Aber,“ fragte er dazwischen, „was machen unterdes meine Soldaten, die das Bürschlein von Grandgosier durchgewalkt haben?“ – „O! die faulzen auch nicht,“ beruhigten sie; „die stoßen jetzt gleich zu uns. Sie haben nämlich inzwischen die Bretagne, Normandie, Flandern, Hennegau, Brabant, Artois, Holland und Seeland erobert. Sind über den Rhein gerückt, trotz

der Schweizer und Landsknechte; etliche haben auch Luxemburg und Lothringen, die Champagne und Savoyen bis Lyon zahm gemacht, und dort treffen sie Eure Besatzung, die von einem Mittelmeerzug triumphierend heimkehrt. Sie vereinen sich wieder im Böhmerlande, nachdem sie Schwaben, Bayern, Österreich, Mähren und Steiermark ausgebeutelt haben. Dann geht's lustig über Lübeck, Norwegen, Schweden, Dazien, Gotland, Grönland und Esthland bis zum Eismeer. Fallen drauf über die Orkaden her und machen Schottland, England und Irland zunichte. Fahren dann durchs Sandmeer und das Sarmatengebiet und werfen Preußen, Polen, Litauen, Russland, die Walachei, Ungarn, Bulgarien und die Türkei vor sich nieder und stehen, eh' man's denkt, in Konstantinopel.“ – „Ja! und da vereinen wir uns alsbald mit ihnen,“ bekräftigte Pikrocholler, „denn ich möchte noch Kaiser von Trapezunt werden! Und sollen wir nicht diese Hunde von Türken und Mohammedanern alle umbringen?“ – „Ei freilich! Was denn sonst? Potz Teufel! Und ihr Hab und Gut schenkt Ihr Euren getreuen Dienern.“ – „Ganz recht, so verlangt's die Billigkeit. Ich übertrag' Euch Caramanien, Syrien und ganz Palästina.“ – „O!“ wehrten sie, „Herr König, zuviel der Gnade! Untertänigsten Dank! Gott erhalte Euch seine Huld!“

Das alles hörte ein alter Rittersmann mit an, der im Kriege wohl erfahren und mit vielen Wassern gewaschen war. Er hieß Wismund und bemerkte auf die Großmäulereien der anderen: „Ich fürchte bloß, dies ganz Wegewesen nimmt ein Ende wie die Geschichte mit dem Milchtopf, von dem ein Schuhflicker träumte, wie reich er damit sei; da zerbrach am andern Morgen sein einziges Näpflein, und er hatte nichts zu beißen noch zu nagen. Was soll die ganze Erobererei? Was wollt Ihr denn mit Euren Kreuz- und Querfahrten?“ – „Behaglich ausruhen wollen wir uns, wenn wir wieder daheim sind,“ antwortete Pikrocholler. – „Und wenn Ihr gar nicht mehr heimkommt? Die Reise scheint mir lang und gefährlich. Wär's nicht gescheiter, jetzt gleich auszuruhen, ohne Eure Haut erst zu Markte zu tragen?“ – „Ei ja, warum nicht gar,“ höhnte Graf Haudegen, „das ist ein löblicher Vorschlag; setzen wir uns doch in den Ofenwinkel und helfen unseren Damen Perlen einfädeln oder Wolle wickeln, wie weiland König Sardanapal. Wer nicht wagt, der gewinnt weder Pferd noch Esel, sagt Salomo.“ – „Und wer zuviel wagt,“ gab Wismund zurück, „verliert Pferd und Esel, antwortet Markolf.“

„Basta! lassen wir das,“ rief Pikrocholler; „aber ich fürchte mich bloß vor diesen verteufelten Legionen des Grandgosier; was machen wir, wenn sie uns in den Rücken fallen, derweil wir in Mesopotamien liegen?“ – „Ganz einfach,“ bedeutete ihn Hauptmann Schissenbutz, „Ihr schickt den Moskowitern eine schöne Empfehlung und sie stellen Euch unweigerlich ein Heer von 450 000 auserwählten Soldaten auf die Beine. Macht mich zu ihrem Befehlshaber und ich töt' Euch eine Stopfnadel für einen Allerweltskrämer, verzeiht, nein, umgekehrt. Ich hau', ich mord', ich stoß', ich treff', ich schlag', ich beiß', ich reiß', ich schmeiß', ich schieß'“ ... – „Hurra,“ brüllte Pikrocholler, „auf, auf! Macht Euch fertig! Wer mich lieb hat, folgt mir nach!“

Vom Luxus.

Der Luxus steht immer in Verbindung mit der Ungleichheit der Vermögen. Wenn in einem Staate die Reichtümer gleichmäßig verteilt sind, gibt es keinen Luxus, denn derselbe beruht nur auf den Annehmlichkeiten, welche man sich durch die Arbeit der andern verschafft.

Wie ist doch die Zeitung interessant!

Wie ist doch die Zeitung interessant
Für unser liebes Vaterland!
Was haben wir heute nicht alles vernommen!
Die Fürstin ist gestern niedergekommen,
Und morgen wird der Herzog kommen,
Hier ist der König heimgekommen,
Hart ist der Kaiser durchgekommen,
Bald werden sie alle zusammenkommen
Wie interessant! wie interessant!
Gott segne das liebe Vaterland!

Wie ist doch die Zeitung interessant
Für unser liebes Vaterland!
Was ist uns nicht alles berichtet worden!
Ein Portepeefähnrich ist Leutnant geworden,
Ein Oberhofprediger erhielt einen Orden,
Die Lakaien erhielten silberne Borten,
Die höchsten Herrschaften gehen nach Norden,
Und zeitig ist es Frühling geworden
Wie interessant! wie interessant!
Gott segne das liebe Vaterland!

Hoffmann von Fallersleben.

Dem großen Lehrsatz des Pythagoras
galt einst der Griechenochsen bitterer Hass,
denn freudig opferte der große Finder,
so wird erzählt, den Göttern hundert Rinder.
Drum wird das Rindvieh heut noch aufgeschreckt,
wird eine Wahrheit irgendwo entdeckt,
und jeder Weise, der sie laut verkündet,
sieht alle Ochsen gegen sich verbündet.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Lüth);
sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 21/1916

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

1. Jahrg.

Bremen, den 11. November 1916.

Nr.21

Redaktion und Expedition: Waller Heerstraße Nr. 52. (Eing. Torweg).

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

Die Bilanz.

Zehn Monate sind vergangen, seit die Opposition des Parteizentrums zum ersten Mal die Kriegskredite öffentlich ablehnte, sieben Monate, seit sie sich zu einer selbständigen Fraktion konstituierte. Folgeschwere Kriegsmonate, in denen der Opposition reichlich Gelegenheit gegeben war, ihr Wesen zu enthüllen. Und sie hat es enthüllt. Für den denkenden Arbeiter, der sich nicht durch Worte einfangen lässt, der vielmehr weiß, dass in der Politik die Taten entscheiden, war freilich von Anfang an klar, dass die Zentrumsopposition nur ein fader Aufguss der gewiss noch nicht einmal kräftigen Opposition war, die von der Sozialdemokratie die Jahre vor dem Kriege getrieben wurde.

Welches war die Aufgabe einer wirklichen Opposition? Sie musste in erster Linie die Abgrenzung von den Sozialpatrioten vornehmen, von denen sie sich durch die Ablehnung der Kriegskredite und später durch die organisatorische Absonderung getrennt hatte. Sie musste bei jeder Gelegenheit, im Plenum wie in den Kommissionen, den rücksichtslosesten Kampf gegen die sozialpatriotische Mehrheit führen. Sie musste ferner die Parlamentstribüne ausnutzen, um den arbeitenden Massen das Wesen dieses Krieges zu zeigen; sie musste die Folgen des Krieges für die Arbeiterklasse schonungslos aufdecken; sie musste der Arbeiterschaft die Parole des Kampfes geben.

Hat die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft im Laufe der vielen Monate auch nur eine dieser Aufgaben erfüllt? Nein. Als erstes unterließ sie die Abgrenzung vom Sozialpatriotismus. Sie schuf sich kein Programm. Sie sagte zwar: wir stehen auf dem Boden des alten Parteiprogramms. Aber das behaupteten die Ebert und Scheidemann von sich auch. Und da die S. A. G. die Landesverteidigung nicht nur grundsätzlich nicht ablehnte, sondern sich ausdrücklich zu ihr bekannte, hatte sie im Grunde kein Recht, der Mehrheit die Bewilligung der Kriegskredite als Verrat an den sozialistischen Prinzipien anzukreiden. Umgekehrt hatte die Mehrheit alles Recht, der Minderheit Inkonsequenz vorzuwerfen. Die Bejahung der Landesverteidigung schließt die sozialpatriotische Politik mit allen ihren Konsequenzen in sich. Dagegen hilft alle Sophisterei nicht.

Aber auch über das Wesen des Krieges und seine Folgen hat die S. A. G. die Arbeiter nicht rückhaltlos aufgeklärt. Sie hat vielmehr alles ängstlich vermieden, was ihr das Leben als einer

kommissionsfähigen Fraktion sauer gemacht hätte. Sie blieb in den Formen des alten Parlamentarismus hängen. Die Lehre Liebknechts ist für sie vergeblich gewesen. Und schließlich verzichtete sie darauf, der Arbeiterschaft den Weg des Kampfes zu zeigen. Zwar erklärte Haase auf der Reichskonferenz: „Wir Sozialdemokraten haben nur ein Mittel, nämlich das, dass wir die Massen unserer Parteigenossen unter allen Umständen mobil machen, so gut es geht.“ Aber das war im Munde Haases nur eine tönende Phrase. Die Wirklichkeit zeigte die S. A. G. gerade an der Arbeit, dieses von Haase gesteckte Ziel so weit wie nur möglich zu verfehlen.

Angesichts der monatelangen Tätigkeit der S. A. G. ist es nötig, die Bilanz ihres Wirkens zu ziehen, zu untersuchen, ob und wie sie sich seit dem 21. Dezember 1915 entwickelt hat. Die derzeitige Erklärung Geyers mit ihrem sozialpatriotischen Grundton der Sicherung der Grenzen ist von der S. A. G. nur noch einmal wiederholt worden. Aber schon im Juni 1916 verzichtete Haase im Plenum auf dieses wenig zugkräftige Argument. Anstatt aber die Frage der Landesverteidigung erneut einer gründlichen Prüfung zu unterziehen, anstatt zu größerer Klarheit und Bestimmtheit ihr gegenüber vorzudringen, ließ die S. A. G. sie in ihren späteren Erklärungen völlig unter den Tisch fallen. Und selbst die Erklärung Bernsteins erwähnt sie mit keiner Silbe. Das ist der deutlichste Beweis, wie unfähig die S. A. G. zu jeder weiteren revolutionären Entwicklung ist. Und dreimal verlassen jeder, der sich auf sie verlässt.

Aber all den vermoderten sozialpazifistischen Plunder, den hat die S. A. G. getreulich beibehalten, und jetzt, wo die Regierungen der Zentralmächte ein neues, selbstständiges Polen proklamiert haben, gerät der brave Bernstein in dieselbe Verzückung, wie sein früherer Fraktionskollege Scheidemann, wie der ganze sozialpatriotische Parteivorstand. Nichts vergessen und nichts hinzugelernt hat die S. A. G. ferner in der Friedensfrage. Nach wie vor wendet sie sich an die Regierung, sie solle für baldige Herbeiführung des Friedens sorgen. Kein Zweifel, dass Bethmann-Hollweg das nach allen Kräften tut, nachdem die S. A. G. ihn angefleht hat. Ohne jede Spur sind alle sozialistischen Belehrungen über die Annexionsfragen an der S. A. G. vorbeigegangen. Keine Annexionen! so rufen die Arbeitsgemeinschaftler noch heute, während Herr v. Bethmann-Hollweg, von dem sie in gleichem Atem den Frieden fordern, mit der Überlegenheit des Weisen erklärt: Nach diesem Ringen kann man an einen status quo nicht mehr denken! Die Arbeitsgemeinschaftler aber merken immer noch nichts. Sie haben sich in ihren sozialpazifistischen Illusionen eingesponnen, und warten geduldig, dass die Sonne des friedlichen Imperialismus sie dereinst bescheinen wird, um sie zum Leben zu erwecken.

In keiner Frage hat die Opposition des Parteizentrums ihren alten Standpunkt aufgegeben; in keiner Frage hat sie sich nach links entwickelt. Darüber können auch so schöne Reden nicht hinwegtäuschen, wie sie Dittmann zum Belagerungszustand gehalten hat. Eine Fülle von Material, geschickt vorgetragen, ohne die politischen Konsequenzen, die vom Standpunkt des Sozialismus daraus zu ziehen sind. Ein Appell an den Reichstag, aber kein Appel [!] an die Massen. Und darum war die ganze Rede nur ein Sturm im Glase Wasser. Nichts anders erging es Stadthagen, als er den „Vorwärts“-Konflikt vor das Plenum des Reichstages zog. Anstatt diesen Konflikt als das aufzudecken, was er ist: ein Stück Handlangerdienst des Parteivorstandes für die Interessen der Bourgeoisie, anstatt den Parteivorstand in seiner Eigenschaft als Agent der imperialistischen Politik zu demaskieren, verflachte Stadthagen die ganze Angelegenheit zu einem häuslichen Zwist zwischen sozialpatriotischen und sozialpazifistischen Brüdern untereinander. So fehlte auch hier der entscheidende Gesichtspunkt: die Politik der Mehrheit und des Parteivorstandes den Massen als bourgeoisiefreundliche und arbeiterfeindliche Politik zu denunzieren und so den Kampf gegen die Sozialpatrioten zu verschärfen.

Indem das Zentrum auf diese Verschärfung des Kampfes verzichtete, ließ es sich in die Defensive drängen, und Herr Lensch kann mit gutem Recht sagen, dass die Ablehnung der

Kriegskredite heute nur noch mit einem Lächeln aufgenommen wird. Das Zentrum vergaß, die Konsequenzen aus dieser Handlung zu ziehen. Es vermied, dem einen politischen Akt neue politische Akte folgen zu lassen. Es verlegte sich statt aufs Kämpfen aufs Rasonieren und lieferte sich dadurch dem Fluch der Lächerlichkeit aus. Dazu passt ganz und gar, dass die S. A. G. diesmal in der Angelegenheit Liebknecht nicht über den Antrag der Sozialpatrioten hinauskam, dass Stadthagen nichts anders zu sagen wusste, Landsberg auch. Dazu passte vortrefflich, dass die S. A. G. dafür eintrat, dass die Beratung von Angelegenheiten der auswärtigen Politik und des Krieges statt vor das Forum des Plenums gestellt zu werden, in den Kommissionen verhandelt werden könnten. Ledebour glaubte das Wesen dieses Antrages der Budgetkommission dadurch verschleiern zu können, dass er Einspruch dagegen erhob, dass diese Kommissionssitzungen dazu ausgenutzt werden könnten, die Verhandlungen des Plenums zu verringern. Und er freute sich, in diesem Punkte mit seinem sozialpatriotischen Freunde Gradnauer einer Meinung sein zu dürfen. Es ist aber schwerlich anzunehmen, dass Gradnauer und Ledebour, ein paar alte Parlamentarier, den Sinn des Antrages nicht begriffen haben wollten.

So hat die S. A. G. auch in dieser Sitzungsperiode des Reichstages versagt. Und wer nun noch Hoffnungen auf sie setzt, dem ist nicht mehr zu helfen.

Einheit oder Aktionsfähigkeit unserer Organisationen?

„Für die Einheit der Partei!“ ist eine Redensart, der man jetzt auf Schritt und Tritt begegnet – und mit Recht! Denn die Einigkeit der sozialistischen Organisationen ist ebenso notwendig zur Führung des proletarischen Klassenkampfes wie die Disziplin den gefassten Beschlüssen der Partei gegenüber. Das Hintreiben auf eine Zersplitterung der Organisationen der Arbeiterschaft wird mit Recht als eine Versündigung an derselben betrachtet.

Doch wie die Disziplin nur dann noch gefordert werden kann, wenn sie den Voraussetzungen entspricht, unter denen sie gelobt wurde, aber zur Farce wird, wenn die Voraussetzungen nicht mehr zutreffen, so wird auch die Einigkeit zum Unding, wenn sie, statt den Kampf des Proletariats zu fördern, diesen behindert und verzettelt! Vergessen wir es nicht: Unsere Organisationen sind nur Mittel zum Zweck! Unser Zweck, unser Ziel ist die Verwirklichung des Sozialismus, d. h. die Ablösung der kapitalistischen Wirtschaft durch eine auf sozialistischer Grundlage aufgebaute Ordnung unseres Wirtschaftslebens. Nur zur Erreichung dieses Zieles hat sich die Arbeiterschaft in den sozialistischen Organisationen vereinigt. Die Einigkeit dieser Organisationen ist ein wichtiges Mittel, um die Kampfkraft und die Bedeutung derselben zu fördern und zu erhöhen. Jedoch nur so lange, als die Mitglieder dieser Organisationen *eines* Geistes, eines Sinnes sind, solange sie von einem *gemeinsamen* Willen beseelt sind.

Sobald dies nicht mehr der Fall ist, wird die Einheit der Organisation widersinnig, dient sie statt der Förderung des Klassenkampfes der Verzettelung der Stoßkraft und der Schlagfertigkeit des Proletariats. Denn es liegt doch klar auf der Hand, dass eine Organisation nur dann etwas Durchschlagendes erreichen und für ein großes Ziel mit größter Entschiedenheit eintreten kann, wenn ihre Mitglieder vom ersten bis zum letzten vom gleichen Streben durchdrungen sind. Im andern Falle sind alle ihre Äußerungen das Resultat von Kompromissen, die weite Kreise der Mitglieder unbefriedigt lassen. Hierdurch muss natürlicherweise die Organisationsfreudigkeit sinken. Man wird bei der Propaganda dem einen Teil der Genossen Äußerungen und Wünsche des anderen Teiles entgegenhalten. Bei allen einzuleitenden Aktionen wird es Auseinandersetzungen geben über die Umgrenzung des anzustrebenden Zieles, der

Wahl der Kampfmittel, die einzuschlagende Taktik usw. Ist die Aktion endlich eingeleitet, so geht sie dem einen nicht weit genug und er wird nicht die ganze Leidenschaft seiner Überzeugung einsetzen. Dem andern geht sie zu weit, und nur nach Überwindung vieler Bedenken wird er sich dafür einsetzen. Muss eine solche Organisation plötzlich in einer äußerst wichtigen Angelegenheit eine grundsätzliche, dabei kraftvolle Haltung einnehmen, so wird sie auseinanderfallen, wie unsere Partei seit dem 4. August 1914 beweist. Wie kautschukartig die Entschließungen einer Organisation sind, in der weitgehende Unterschiede in der Auffassung des Zieles bei den Mitgliedern bestehen, wird durch die Tatsache bewiesen, dass sowohl „Mehrheit“ wie „Minderheit“ der sozialistischen Parteien der kriegführenden Länder sich fortgesetzt auf die Beschlüsse der Parteitage und Kongresse berufen können. Mehr oder weniger auch mit Recht, denn alle diese Beschlüsse waren die unklaren Äußerungen auseinanderstrebender, aber „einiger“ Parteien, die durch Kompromisse zustande gekommen waren und bersten mussten, sobald sie in das Feuer eines unzweideutigen Kampfes kamen.

Wie ganz anders steht demgegenüber eine Organisation da, die, selbst wenn sie an Mitgliederzahl kleiner, doch in allen ihren Köpfen von einem Geist erfüllt ist und ein Wille die Mitglieder im Kampfe für das festumrissene Ziel anspornt. Hier kann jeder seine ganze Leidenschaft in der Propaganda entfalten, keine sich widersprechenden Äußerungen einzelner Teile behindern, die Werbekraft und der schärfste Kampf wird ihr gelingen.

Ich bin weit entfernt, hier etwa einer Zersplitterung unserer Organisationen das Wort zu reden. Sehr genau weiß ich, dass, je größer und einheitlicher die proletarischen Organisationen sind, um so machtvoller der Kampf sein wird. Aber ich möchte hier einer geistigen Klärung das Wort reden, ehe man immer und immer wieder von Einigkeit spricht. Die geistige Einheit ist die Vorbedingung der organisatorischen Einigkeit, und solange jene nicht erreicht ist, ist diese ein Unding, hemmt sie die Stoßkraft des Proletariats, behindert und verzettelt sie die Aktionsfähigkeit der Partei.

Wie sieht es aber mit der geistigen Einheit in der deutschen sozialistischen Arbeiterschaft aus?

Es ist ja eine bekannte Tatsache, dass die Gegensätze, die der Krieg innerhalb der deutschen Arbeiterschaft zutage gefördert hat, schon länger und klarer zwischen den Arbeitern aller übrigen hochentwickelten Industrieländer vorhanden sind. Die Ursachen dieser Erscheinung zu beleuchten wäre eine besondere Aufgabe. Im Augenblick können wir ja nicht besprechen, warum die Gegensätze in der deutschen Arbeiterschaft vorhanden sind. Dass diese aber sehr tiefgehend sind, ist jedem klar, der schon mal die Nase über sein Parteiblatt erhoben hat. Selbst in den meisten Ortsvereinen tritt ja eine Verschiedenheit in der Auffassung zutage.

Nur andeuten will ich hier die Unterschiede des Denkens innerhalb der Partei über die Fragen der nationalen Verteidigung, der Militär-, Flotten- und Kolonialpolitik, der Zoll- und Wirtschaftsfragen und der inneren Politik usw. Zum Teil sind diese Gegensätze schon aufeinandergeplatzt in den letzten Reichstagssessionen. So bei der Beratung der Zensur, der Novelle zum Reichsvereinsgesetz, beim Kapitalabfindungsgesetz u. a. Wie bei der Beratung der in Aussicht stehenden „Neuorientierung“ die Einigkeit zwischen Lensch und Liebknecht erhalten bleiben soll, kann ich mir nicht ausdenken. Oder glaubt jemand durch Beschlüsse, ähnlich denjenigen in der Budgetfrage, den Einigungskleister gefunden zu haben? Gerade die Geschichte der „Budgetfrage“ sollte schrecken.

Es ist auch bezeichnend, dass diejenigen am lautesten den Ruf nach „Einigkeit“ erschallen lassen, die am weitesten durch ihre Seitensprünge die Partei geistig zerrissen haben. Zuerst stimmten bekannte Kreise in der Partei in den Sang ein: „Deutschland, Deutschland über alles!“ und revidierten in diesem Sinne ihr politisches Verhalten. Als darauf die Genossen in

unerwünschter Weise reagierten, zeterte man über die bedrohte „Einigkeit“. Dasselbe Spiel, das mit dem Begriff der Disziplin getrieben wurde: Erst verlässt man den Boden des sozialistischen Ideals (des Programms oder der Beschlüsse kann man nicht gut mehr sagen, nachdem diese Dinge sich als so vielseitig und vieldeutig erwiesen haben), vergewaltigt die, die nicht so schnell „umlernen“ können, dann aber verlangt man Disziplin!

Unsere Genossen werden sich durch eine solche Taktik nicht irremachen lassen. Sie werden aus der Partei kein Sammelbecken für alle möglichen Politiker machen. Die deutsche Sozialdemokratie soll kein Zirkus werden, in dem großdeutsche Flottenschwärmer, revolutionäre Generalstreichpropagandisten, mitteleuropäische Staatentheoretiker und internationale Sozialisten im trauten Verein ihre dialektischen Kunststücke zum Besten geben. Der Block von Bassermann bis Bebel ist ja dank der politischen Einsicht und Schärfe derer um Bassermann eine Utopie geblieben, aber die Partei von weit rechts von Naumann (Fendrich z. B.) bis links zu Liebknecht ist Tatsache geworden und nennt sich „die deutsche Sozialdemokratie“. Und eine stets bereite Bürokratie bemüht sich, um das Ganze den Reif der „Einigkeit“ zu legen und spricht von Parteizerstörung, wenn das unnatürliche Gebilde auseinanderzufallen droht.

Mögen die Parteigenossen aber auf geistige Klarheit dringen. Mögen sie sich darüber klar sein, dass der deutschen Arbeiterschaft in den kommenden großen Auseinandersetzungen nichts mehr nottut, als eine unzweideutige Sozialdemokratie mit scharf umrissenen Zielen, die von dem einigenden Willen des gleichen Strebens beseelt ist. Dann wird sie auch rein äußerlich „einig“ dastehen. Mag immerhin ein großer Teil der Partei- und Gewerkschaftsbürokratie sich einen Götzen bauen, und ihn vom Öl der schönen Redensarten glänzen und triefen lassen, der aber beim ersten ernsthaften Windstoß zerfällt: wir jedoch wollen eine, klare, schlagkräftige, aktionsfähige und zum Handeln entschlossene Partei! Die Parteigenossen mögen sich bei ihren Auseinandersetzungen von der Frage leiten lassen: Einheitliche oder aktionsfähige Organisationen?

Ein Schulbeispiel.

Die Parteivorgänge in Bremen dürfen ein Interesse weit über die Grenzen dieser Stadt hinaus beanspruchen; in ihnen spiegeln sich die allgemeinen Parteiverhältnisse in allen ihren Abstufungen am getreulichsten wider. Bremen galt seit vielen Jahren als die Hochburg des Radikalismus. Hier wirkte Pannekoek als wissenschaftliche Lehrkraft der Partei und Gewerkschaften, während Radek als Hauptmitarbeiter der „Bremer Bürger-Zeitung“ deren politische und taktische Haltung festlegte. Hier wurde der Kampf gegen den Revisionismus mit seltener Schärfe geführt, so dass lange vor dem Kriege die bremische Parteiorganisation in zwei feindliche Lager gespalten war. Gestützt auf eine durch die zunehmende Industrialisierung Bremens stetig wachsende, in ihrem Kern politisch gesunde Arbeiterschaft, gefördert durch den Kampf gegen einen weit nach links gerichteten Liberalismus, haben die bremischen Radikalen alle Anschläge der Revisionisten immer wieder erfolgreich abzuwehren vermocht, haben sie sich innerhalb der Partei jene Stellung errungen, die sie zu Führern der Radikalismus überhaupt werden ließ. Im Kampfe gegen den Revisionismus haben die bremischen Radikalen ihre Probe glänzend bestanden. Es war eine Frage von höchster Bedeutung, ob sie auch der neuen historischen Situation, dem Kampfe gegen den Scheinradikalismus des Parteizentrums, gewachsen sein würden.

Schon vor dem Kriege begann es in der bremischen Sozialdemokratie zu kriseln. Als Pannekoek nach dem Parteitag von Chemnitz auf die schärfste Herausarbeitung des Gegensatzes zwischen Parteizentrum und Linke hinarbeitete, vertuschte Henke diesen Gegensatz, indem er ihn auf die frühere historische Linie des Gegensatzes zwischen Revisionismus und

Radikalismus zurückwarf. Nach Chemnitz siegte der Radikalismus in Bremen mit Hilfe der alten radikalen Phraseologie, unter Verzicht auf die fortschreitende Erkenntnis, dass sich innerhalb des Radikalismus eine Spaltung vollzogen hatte.

Es kam der Streik der Werftarbeiter. Jetzt galt es, die Lehren des Linksradikalismus auf den bedeutsamsten Kampf der Arbeiter in der letzten Epoche der Arbeiterbewegung anzuwenden, dem Kampfe selbst durch diese Lehren Weg und Ziel, erhöhte Bedeutung und Wucht zu geben. Die „Bremer Bürger-Zeitung“ stellte sich auf die Seite der Gewerkschaftsbureaucratie und half so den Kampf der Werftarbeiter unterdrücken.

Es war ein gewaltiger Schritt zur Klärung zwischen Parteizentrum und Linke in Bremen. Ein praktisches Beispiel des Kampfes hatte einen Gegensatz weiten Kreisen der Arbeiterschaft offenbart, der vorher nur einem kleinen, theoretisch geschulten und interessierten Genossenkreise klar geworden war. Der Radikalismus der bremischen Arbeiter sollte aber noch einer anderen, schweren Belastungsprobe ausgesetzt werden durch den Fall Radek. Hinter dem ganzen Schmutz der Anschuldigungen verbarg sich im Grunde nichts als der politische Gegensatz zwischen Rechte und Linke, der auch schon dem Fall „Göppingen“ die Richtung gegeben hatte. Es war ein politischer Prozess, der sich in diesem „Fall“ abspielte und der die höchste Instanz der Partei zwang, zu den gewagtesten und korruptesten Mitteln einer Parteikabinettsjustiz ihre Zuflucht zu nehmen, um ihn in einem für die Instanzen günstigem Sinne erledigen zu können.

Die bremische Parteiorganisation beugte sich dem Beschluss in Jena, nachdem in Chemnitz der Führer des bremischen Zentrums vor den Ebert und Scheidemann auf den Knien gelegen hatte. Mit einer Stimme Mehrheit wurde die Mitarbeit Radeks an der „Bremer Bürger-Zeitung“ durchgesetzt. Wer gewohnt war, Illusionen aus seinem Gedankenkreise zu verbannen, wusste nunmehr, dass die Stunde des bremischen Radikalismus geschlagen hatte. Das Parteizentrum bereitete sich auf seine künftigen Aufgaben vor. Der Krieg sollte ihm reichlich Gelegenheit geben, sie zu erfüllen. Am 4. August 1914 bewilligte die Fraktion die Kriegskredite. Unter den Dreien, die in der Fraktionsberatung gegen die Bewilligung mit besonderen Erklärungen auftraten und stimmten, war auch der Führer des bremischen Zentrums, Henke. Aber während Liebknecht alsbald die Konsequenzen seiner Auffassung zog, verblieb Henke in der Fraktion in der Hoffnung, dass die Verhältnisse einen Teil der Fraktion zur Besinnung bringen werde, mit dem gemeinsam Oppositionspolitik getrieben werden könnte. Am 21. Dezember endlich erfüllte sich diese Hoffnung. Aber wer auch nur eine geringe Ahnung vom Wesen des Parteizentrums hatte, gab sich keiner Illusion darüber hin, dass die neue Opposition nichts war als eine Pappkulisse, zwar rötlich angestrichen, aber wackelig und für die sozialpatriotische Mehrheit ein willkommenen Schutz, hinter dem sie ihre Liebesszenen mit den bürgerlichen Parteien aufführen konnte. Weder die Regierung noch die bürgerliche Mehrheit, noch die Fraktionsmehrheit fürchtete die Oppositionsmänner, die mehr als ein Dutzend Monate gebraucht hatten, um sich auf ihre allerelementarsten Pflichten zu besinnen.

Die Oppositionskomödie war inszeniert. Ihr erster Akt brachte die Ablehnung der Kriegskredite unter verkappter sozialpatriotischer Begründung. Ihr zweiter Akt brachte die Geburt der Arbeitsgemeinschaft unter Anrufung der Gottheiten des Pazifismus. Ihr dritter, vierter und so weiter Akt brachte Rodomontaden [übertriebenes Reden über eigene Taten und Vorhaben] über Zensur, Belagerungszustand, Krieg und Frieden, die weder Hörner noch Zähne hatten, brachte wiederholt Ablehnungen der Kriegskredite unter Verzicht auf jede revolutionäre Parole. Das Zentrum bewährte sich auf der ganzen Linie als Schutztruppe der Parteireaktion. Es fand sich vorzüglich in die Rolle, die es vor dem Kriege gespielt hatte. Es hat bis heute nichts vergessen und nichts gelernt.

In Bremen setzte sich der alte Gegensatz zwischen Parteizentrum und Linke sofort wieder durch. Zunächst in engen Zirkeln, dann auf offener Vereinstribüne werden die Fragen erörtert, über die nur das Ja oder Nein entscheiden konnte. Die bremischen Linksradiكالen begannen einen grundsätzlichen Kampf gegen die Sozialpatrioten. Sie brandmarkten ihre Politik als Klassenpolitik des Bürgertums. Sie forderten von der Opposition den Klassenkampf gegen diese Klassengegner in den eigenen Reihen. Das Parteizentrum warf sich den Linksradiكالen entgegen. Wir führen nur einen Bruderkampf! erklärte es und winkte den Sozialpatrioten freundschaftlich zu. Die Linksradiكالen trieben den Konflikt der „Bremer Bürger-Zeitung“, die in den Händen des Berliner Parteivorstandes ist, bis in alle Konsequenzen. Sie wiesen nach, dass weder die bremische Parteiorganisation, noch ihre Organe, Parteivorstand und Presskommission, den leisesten Einfluss auf die Haltung des Blattes hatten, sobald es sich darum handelte, die Haltung der Zeitung durch eine homogene Redaktion sicherzustellen.

Das Parteizentrum riegelte ab und suchte die Argumente der Linksradiكالen zu verschleiern. Die Linksradiكالen sprachen aus, was ist, indem sie auf die Notwendigkeit der Spaltung hinwiesen. Das Zentrum rückte von ihnen öffentlich ab. Die Linksradiكالen gründeten ihr eigenes Organ. Henke schrieb in der „Bremer Bürger-Zeitung“, die „Arbeiterpolitik“ werde den Lesern der „Bremer Bürger-Zeitung“ nichts neues bieten. Aber schon nach ein paar Monaten erklärte er öffentlich, er werde nicht dulden, dass für die Ideen der „Arbeiterpolitik“ in der „Bremer Bürger-Zeitung“ Propaganda gemacht werde. Die Linksradiكالen brachten zum Bericht über die Tätigkeit der Soziald. Arbeitsgemeinschaft eine prinzipielle Resolution ein. Das Zentrum bekämpfte sie und trat für eine Resolution ein, die sich zur Politik der Arbeitsgemeinschaft bekannte, obgleich der Vertreter der S. A. G. in seinem Referat erklärt hatte, dass die S. A. G. kein Programm habe und daher keine prinzipielle Politik treiben könne. Die Linksradiكالen forderten die Beitragssperre. Das Parteizentrum bekämpfte den Antrag im Bunde mit den Sozialpatrioten. Und so wird es weitergehen.

Als die Linksradiكالen im verflossenen Winter gegen die Sozialpatrioten kämpften, hatten sie sie bis zu völliger Ohnmacht zu Boden gedrückt. Sie gründeten ihr eigenes Wochenblatt, hielten ihre eigenen geheimen Zirkel und Versammlungen mit sozialpatriotischen Rednern ab, wagten in den Parteiversammlungen kaum noch zu erscheinen. Der frühere Parteisekretär, Wellmann-Apostata, wurde mit überwältigender Mehrheit von den Arbeitern seines Vertrauensamtes entsetzt.

Seitdem das Parteizentrum, begünstigt durch äußere Verhältnisse, das Heft der „Opposition“ in der Hand hält, haben die Sozialpatrioten ein Stück Boden nach dem andern wiedergewonnen. Sie bilden in den Versammlungen eine geschlossene Minorität: wie lange noch und – das Gleichgewicht ist hergestellt. Und es fehlte nicht viel, so wäre der vor ein paar Monaten entlassene Parteisekretär als Parteikassierer wieder in die Parteibeamtenschaft hineingeschlüpft. Unfähig, den Kampf gegen die Sozialpatrioten zu führen, weil es Bein von ihrem Bein ist, bereitet das Parteizentrum dem Sozialpatriotismus den Boden, hilft es, die Arbeiterschaft an den Wagen der Bourgeoisie zu ketten. Die Parteivorgänge in Bremen, im Rahmen des allgemeinen Parteikonflikts betrachtet, sind ein Schulbeispiel für diese Tatsache; ein warnendes Beispiel für alle, die auf die Opposition des Zentrums noch den Schimmer einer Hoffnung gesetzt haben.

Die Aufgaben eines neuen Jugendorgans.

Zu den wenigen Blättern der deutschen Sozialdemokratie, die zu Beginn des Krieges ihren sozialistischen Charakter bewahrten, gehörte auch die „Arbeiter-Jugend“, das Zentralorgan der arbeitenden Jugend Deutschlands. Allein als sich die Konsequenzen der Abstimmung vom

4. August 1914 durchzusetzen begannen, als der Kreditbewilligung die sozialpatriotische Politik des 4. August folgte, schwenkte auch die „Arbeiter-Jugend“ in das Lager des Sozialpatriotismus ab. An der Spitze der Zentralstelle für die arbeitende Jugend steht Ebert; d. h. der Wille des Parteivorstandes gebietet über die Haltung des Jugendorgans.

An dieser eisernen Tatsache hätte auch ein noch stärkerer Druck der Jugendlichen, hätte auch ein festerer Wille, als er dem Redakteur der „Arbeiter-Jugend“ eigen ist, im Wesen nicht das geringste ändern können. Der Parteivorstand muss die Politik des Sozialpatriotismus fortsetzen; er muss bestrebt sein, seine Macht unerschüttert dort zu behaupten, wo er eine gebietende Position innehat, sie dort zu vergrößern, wo er bereits den Grund gelegt hat, sie dort zur Geltung zu bringen, wo er ein geeignetes Feld vor sich sieht. Es geht in dem gegenwärtigen Kampfe innerhalb der Sozialdemokratie nicht in erster Linie um die Frage, ob die Herren Ebert, Scheidemann, Müller u. Co. ihre Brotstellen behalten, sondern um die Frage, ob die Arbeiterbewegung die Formen der vergangenen Epoche beibehalten, oder ob sie durch neue Kämpfe zu neuen Formen emporsteigen soll. Reformistische oder revolutionäre Arbeiterbewegung, das ist die Frage.

Im Kampfe um die Zukunft der Sozialdemokratie wendet der Parteivorstand und sein Stab jedes Mittel an, das ihm zur Erreichung seines Zieles zweckmäßig erscheint. Niemand kann ihm das verargen. Und so ist auch alles Geheul über den Gewaltstreich am „Vorwärts“ bestenfalls eine schöne oder auch wenig schöne Geste, solange nicht der Wille vorhanden ist, die Macht des Parteivorstandes zu brechen und solange die hierzu erforderlichen Mittel nicht angewendet werden.

Umso weniger ist die sittliche Entrüstung über den Vorwärtsstreich am Platze, als er bei weitem nicht der erste war, den der Parteivorstand am Gute der Partei ausheckte. Zu seinen ersten gehörte zweifellos die Erdrosselung der sozialistischen Haltung der „Arbeiter-Jugend“, indem er sie unter die Obhut des Salonpädagogen Heinrich Schulz gab. So schlug der allgemeine Parteikonflikt unmittelbar auf die Jugendbewegung über, wie denn der Jugendkonflikt nur als Teil des allgemeinen Parteikonflikts zu begreifen ist, ein Beweis mehr für die Tatsache, wie eng die Jugendbewegung mit der Partei verbunden war, wie politisch diese sogenannte unpolitische Bewegung war. Werden die Knoten der Verwicklungen der Jugendbewegung im allgemeinen Parteikonflikt geschürzt, so ist ihre Lösung ebenfalls nur im Rahmen der großen Krisis möglich, die jetzt die Sozialdemokratie, ja die die ganze Internationale durchwühlt. Jede Verschärfung der Parteikrisis hat notwendig die Verschärfung des Jugendkonflikts zur Folge.

Der Jugendkonflikt äußerte sich zunächst im Kampfe gegen die Instanzen, gegen Bureaукratisierung und Bevormundung durch die Jugendausschüsse. Damit knüpfte er an Missstände an, die längst vor dem Kriege von den Jugendlichen als unerträglich empfunden wurden und an verschiedenen Orten bereits zu unheil drohenden Zusammenstößen geführt hatten. Aus dem allgemeinen Gefühl der Rechtlosigkeit entwickelte sich während des Krieges die klare Erkenntnis, dass die Jugendbewegung in ihrer jetzigen Form unlöslich mit dem ganzen bürokratischen Machtapparat verbunden war, dass sie wie dieser nichts war als ein Machtmittel in den Händen der Parteiregierung. Und es war ganz selbstverständlich, dass die Parteioligarchie mit Eifersucht darüber wachte, dass dieses Machtmittel in vollem Umfange in ihren Händen blieb. So zog die Bürokratie die Zügel straffer an; so zwang der Parteivorstand die „Arbeiter-Jugend“ unter die Fahne des Sozialpatriotismus. Der Konflikt war aufgebrochen. Die Verhältnisse lagen zutage. Der Kampf um die Macht begann.

Die Jugendlichen führten den Kampf zunächst unter der Parole der Selbstverwaltung. Das Beispiel Hamburgs zeigte, dass die Selbstverwaltung in den bestehenden Organisationen nicht durchzuführen ist; Beschlüsse der Parteitage, gefasst unter dem Zwange des Vereinsgesetzes,

stellen ihr von Partei wegen unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen. Wird die Selbstverwaltung aber durchgeführt, so kann es nur um den Preis der Loslösung von der offiziellen Bewegung geschehen; dann aber sehen sich die Jugendlichen plötzlich neuen, weit größeren Widerständen gegenüber, denen sie rettungslos erliegen müssen.

Mit dem Kampf um die Selbstverwaltung ging aber sofort der Kampf gegen das sozialpatriotische Jugendorgan einher. Man wandte sich mit Resolutionen an die Zentralstelle, die alte Haltung des Blattes wiederherzustellen. Vergebens. Man drohte mit Abbestellungen. Vergebens. Man organisierte allgemeine Protestaktionen. Vergebens. Die Abbestellungen kamen. Vergebens. Man gründete eine neue Zentralstelle; man schuf ein neues Jugendorgan, selbständige Mitteilungsblätter wurden gegründet. Alles vergebens. Die Instanzen blieben fest, wie sie an ihrer sozialpatriotischen Politik festhielten. Es war eine Utopie, von ihnen zu erwarten, dass sie im Bereich ihrer sozialpatriotischen Machtvollkommenheiten ein sozialistisches Organ dulden könnten.

In dieser Lage der Verhältnisse blieb den Jugendlichen keine Wahl, als sich zu unterwerfen oder den Kampf bis zum äußersten zu führen.

So wurde das neue Jugendorgan, die „Freie Jugend“ gegründet. Zwei Wege blieben den Jugendlichen offen, nachdem sie sich für den Kampf gegen die sozialpatriotische Bewegung entschieden hatten: entweder mussten sie innerhalb der alten Organisationen unermüdlich im Sinne ihrer neuen Ideen kämpfen, unausgesetzt die Tätigkeit der Zentralstelle kritisieren, die Artikel der „Arbeiter-Jugend“ ihres sozialpatriotischen Charakters entkleiden, die in drängender Fülle auftauchenden Probleme der Jugendbewegung behandeln, die Spaltung mit den Sozialpatrioten planmäßig vorbereiten durch Aufklärung über das Wesen des Sozialpatriotismus, um so die Köpfe und Herzen der Jugendlichen für die Ideen des Sozialismus und damit für die neue Bewegung zu gewinnen oder die Jugendlichen müssten von vornherein den organisatorischen Bruch vollziehen und sich außerhalb der alten Organisationen anbauen.

Auf diesem Wege lag die Gründung einer neuen Zentralstelle. Wir brauchen nicht besonders zu betonen, dass wir den ersteren Weg des Kampfes innerhalb der Organisationen mit dem Ziele der Spaltung für den richtigen halten. Dieser Kampf hätte aber durchaus nicht ausgeschlossen, dass die sozialistische Jugend sich ihr eigenes Organ gegenüber der „Arbeiter-Jugend“ geschaffen hätte. Im Gegenteil: gerade der unausgesetzte Kampf hätte ein solches Organ nötig gemacht, und er hätte ihm von vornherein Richtung und Gepräge gegeben. Hier hätte die eigentliche Aufgabe des neuen Organs gelegen. Geboren aus den Nöten des Kampfes hätte es den Jugendlichen im Kampfe selbst Führer und Ratgeber sein müssen.

Die sozialistische Jugend steht in grundsätzlichem Gegensatz zur sozialistischen Jugendbewegung und ihrem offiziellen Organ. Alle Probleme der Jugendbewegung hätten sich im Kampfe vor den Jugendlichen aufgetan und nach Lösung gerufen. Ein Wegweiser im wirren Durcheinander der augenblicklichen Kämpfe hätte das neue Jugendorgan den Kämpfenden eine zuverlässige Hilfe sein müssen, Sammlungsorgan und Kampftruf zugleich.

Leider hat die „Freie Jugend“ diese Aufgabe bis jetzt nicht im mindestens erfüllt. Sie ist in der Tat nichts als eine Wiederholung der ersten Jahrgänge der „Arbeiter-Jugend“, sie unterscheidet sich von ihr grundsätzlich nicht, sie ist bis jetzt reines Bildungsorgan. Soll sie das führende Organ im Kampfe um die neue Bewegung werden, so ist das erste Erfordernis die Abgrenzung gegen den Sozialpatriotismus der „Arbeiter-Jugend“, der Kampf gegen das reine Bildungsprinzip, der Kampf für die politische Jugendbewegung. Man gewinnt den peinlichen Eindruck, als sei dieses Organ noch nicht aus dem Kampfe der Jugendlichen selbst hervorgegangen, als sei es nicht geworden, sondern gemacht.

Es war in der Tat die herbste Kritik, die an der „Freien Jugend“ geübt wurde, als die sozialpatriotische „Internationale Korrespondenz“ des Herrn A. Baumeister schrieb, die neue Jugendzeitung schein den Kampf gegen die Instanzen sich nicht zur Aufgabe gemacht zu haben, womit allen besorgten Sozialpatrioten gewiss ein schwerer Stein vom Herzen gefallen ist. Aber der Kampf gegen die Instanzen: das ist gerade die Hauptaufgabe des neuen Jugendorgans, wie er die Hauptaufgabe der oppositionellen Jugendlichen selbst ist.¹⁹ Erst wenn dieser Kampf auf der ganzen Linie entbrannt ist, wird die proletarische Jugend am Anfang einer neuen Bewegung stehen.

Es bleibt abzuwarten, ob die „Freie Jugend“ ihre Aufgabe noch wird erkennen und lösen können. Was an uns liegt, so werden wir tun, was wir können, um sie auf den rechten Weg zu bringen.

Aus unserm politischen Tagebuch.

31. Oktober.

Die „*Chemnitzer Volksstimme*“ zitiert eine Stelle aus einem Artikel, den Franz Mehring gelegentlich in der „*Leipziger Volks-Zeitung*“ veröffentlichte. Die Stelle lautet:

„Die deutsche Arbeiterklasse will den Frieden nicht schlechthin, nicht um jeden Preis, gewiss nicht um den Preis einer Niederlage. Wie käme sie dazu, die dem Kriege die schwersten Opfer gebracht hat, den Sieg des Feindes zu wünschen, mit dem teuren Blute von Hunderttausenden ihrer Klassengenossen die Äcker des englischen Imperialismus oder des russischen Despotismus zu düngen? Sie will den Frieden, der sowohl ein Lebensinteresse des deutschen Volkes wie der ganzen gesitteten Menschheit ist, den Frieden, der jeder der kämpfenden Nationen gestattet, sich mit ihm zu bescheiden.“ Das Blatt bemerkt dazu: Wir sind überzeugt, dass die deutsche Regierung keinen andern Frieden erstrebt. Es hieße den Genossen Mehring verkennen, wollte man ihn dagegen in Schutz nehmen, dass das Organ eines Heilmann ihn zum Kronzeugen der deutschen Regierung macht. Alle Welt weiß, wer Franz Mehring und wer Heilmann ist. Dennoch darf nicht verschwiegen werden, dass jene Äußerung in der Tat die prinzipielle Klarheit vermissen lässt, die vom Standpunkte des Linksradikalismus unbedingt erforderlich ist.

5. November.

In *Oschatz-Grimma* findet demnächst eine Ersatzwahl für den Reichstag statt. Der sozialdemokratische Kandidat *Lipinski* steht gegen den Konservativen *Dr. Wildgrube*. In einem Flugblatt für Lipinski heißt es u. a.:

„...Was will demgegenüber die Sozialdemokratie? Sie will Deutschland unversehrt und unabhängig erhalten wissen und tritt für die Forderungen einer internationalen Handelspolitik des ungehinderten Warenaustausches zwischen den verschiedenen Nationen nebst ihren Kolonien und Protektoraten ein. Sie lehnt alle Annexionen fremdsprachiger Völker und Länder ab, weil sie Keime zu neuen Kriegen enthalten.“

Die „*Leipziger Volkszeitung*“, die Lipinski sehr nahe und dem Inhalt des Flugblattes sicher nicht sehr fernsteht, gibt dazu folgende Erklärung:

¹⁹ Diese Aufgabe hat, soweit wir sehen können, das „*Mitteilungsblatt*“ für Hannover am klarsten begriffen. Es unterscheidet sich darin grundsätzlich von der „*Freien Jugend*“ wie von der „*Arbeiter-Jugend*“ und hat damit sein Recht auf Existenz in vollem Umfange begründet. Es ist sozusagen zum führenden Organ der neuen Bewegung geworden. Wir machen nachdrücklichst auf dieses Blatt aufmerksam.

„Die Darstellung (des Flugblattes) lässt keine Zweifel aufkommen. Sie ist die Auffassung der gesamten sozialdemokratischen Partei. Was die Fraktion der Arbeitsgemeinschaft von der Fraktion der sozialdemokratischen Partei trennt, liegt in der Wertung der einzelnen Tatsachen, die für die Beurteilung des Charakters des Krieges bestimmend sind. Die Arbeitsgemeinschaft tritt, wie die Fraktion, für die Verteidigung des bedrohten Vaterlandes ein, sie lehnt es aber ab, imperialistische Eroberungskriege zu unterstützen.“

Wie Lipinski erklärt, steht er auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft und er will sich, falls er gewählt wird, dieser bodenlosen Fraktion anschließen. Würdiger Zuwachs! Den guten Leuten aber, die sich zur Aufgabe gemacht haben, die S. A. G. weiter nach links zu drängen, wird mit Lipinski – falls er gewählt wird – ein neuer sozialpatriotischer Klotz am Bein gebunden. Sie glauben zu schieben und werden geschoben – nämlich nach rechts. Sah man je eine größere Komödie?

8. November.

Herr Scheidemann weiß seinen Weizen zu bestellen. Dittmann hält im Reichstage eine jener Reden, wie sie vor dem Kriege tausendmal von sozialdemokratischer Seite gehalten worden sind. Er findet, und das ist das Abweichende, Zustimmung auf fast allen Seiten des Hauses. Es ging nämlich gegen die Zensur. Da aber Dittmann das Wesentlichste in seinen Ausführungen vergaß, den Hinweis nämlich auf die Macht, die Genosse Rühle eben vorher aufgerufen hatte, ihre sozialistische Pflicht zu tun, so verzog sich der Rauch sehr bald wieder, den er gemacht hatte. Herr Scheidemann aber nahm die Gelegenheit, die Dittmann ihm bereitet hatte, wahr und eskamotierte der braven S. A. G. den Erfolg. In einem Artikel, an leitender Stelle des parteioffiziösen „Vorwärts“ gebracht, wie es sich gehört, donnert er gegen die Regierung Bethmann-Hollwegs los! Man denke: Scheidemann, dem besonders nahe Beziehungen zum Kanzler nachgerühmt werden, wie die bürgerliche Presse beteuerte, gegen den Kanzler! Scheidemann auf dem Wege zurück vom Sozialpatriotismus! Merkt auf, ihr Arbeiter! Die Sozialpatrioten lernen wieder um! Scheidemann macht den Anfang. Es soll alles wieder gut werden, damit Herr Scheidemann weiter regieren kann. Und die Möglichkeit zu diesem Arbeiterfang gab ihm die Rede des Arbeitsgemeinschaftlers Dittmann. Darum hütete sich der schlaue Parteidiplomat auch, gegen Dittmann ein Wort des Tadels zu sagen. So undankbar ist selbst ein Sozialpatriot nicht.

9. November.

Leo Trotzky ist, wie wir bereits meldeten, von der französischen Regierung ausgewiesen worden. Er wandte sich zunächst nach der neutralen Schweiz. Sie ließ den Sozialrevolutionär nicht über die Grenze. Er wandte sich nach dem neutralen Spanien. Es ließ den Sozialrevolutionär nicht über die Grenze. Wohin nun? Nach Russland zurück! das wird sein Los sein. Es ist das Schicksal derjenigen, die in der schwersten Zeit dem internationalen sozialistischen Gedanken die Treue bewahrt haben. Und es wird das Schicksal auch nach dem Kriege derjenigen sein, die dem Proletariat den Weg zu seiner Befreiung zeigen werden. Es ist das Schicksal der Helden der proletarischen Bewegung. Und Sibirien wird überall sein, wo die proletarischen Helden ihrer Klasse das Banner der Befreiung vorantragen werden.

Feuilleton

Ein Auftrag. Von Guy de Maupassant.

Die Herren begaben sich nach dem Diner plaudernd ins Rauch

Man sprach von unerwarteten Erbschaften, bizarren Klauseln. Le Brument, den man bald den „Meister,“ bald den „berühmten Advokaten“ nannte, lehnte sich bequem an den Kamin.

„Ich habe augenblicklich einen Erben zu suchen,“ begann er, „der unter sonderbar schrecklichen Umständen verschwunden ist. Die Geschichte ist eins der einfachen, bitteren Trauerspiele, wie sie sich täglich, ohne dass man etwas von ihnen erfährt, ereignen; eine Sache, die jeden Tag vorkommen kann, und die doch die schrecklichste ihrer Art ist, die mir zu Ohren gekommen.“

Ich wurde vor ungefähr sechs Monaten zu einer Sterbenden gerufen. Sie sagte: „Mein Herr, ich möchte ihnen einen schwierigen, langwierigen und ein wenig seltsamen Auftrag geben. Lesen Sie gütigst mein Testament auf dem Tisch dort durch. Ich verspreche Ihnen in demselben eine Summe von fünftausend Frank als Honorar, wenn Ihre Bemühung vergeblich sein und hunderttausend Frank, wenn Sie Erfolg haben sollten. Es gilt, nach meinem Tode meinen Sohn aufzufinden.“

Darauf bat sie mich, ihr behilflich zu sein, sich im Bett ein wenig aufzurichten, damit sie leichter reden könne. Denn ihre Stimme drang nur gepresst und keuchend aus ihrer Kehle hervor.

Ich sah, dass ich mich in einem sehr reichen Hause befand. Das prachtvoll eingerichtete Zimmer war mit dicken Stoffen vollständig ausgeschlagen, die so weich wie eine Liebkosung wirkten und so stumm schienen, als sögen sie den Klang der Worte in sich hinein, um ihn bei sich zu ertränken.

Die Sterbende begann: „Sie sind der erste Mensch, der meine furchtbare Geschichte erfahren soll. Ich werde all meine Kraft zusammennehmen müssen, um sie bis zu Ende erzählen zu können. Denn Sie, den ich als einen Mann von Herz sowohl als von den besten Formen kenne, müssen die ganze Wahrheit erfahren, wenn Sie den aufrichtigen Wunsch hegen sollen, mir aus allen Kräften zu helfen. Hören Sie mir also bitte zu: Vor meiner Verheiratung liebte ich einen jungen Mann, dessen Bewerbung meine Familie abwies, weil er nicht begütert genug war. Man verheiratete mich kurze Zeit nachher mit einem sehr reichen Manne. Ich heiratete ihn aus Furcht, aus Gehorsam ... wie die wohlherzogenen jungen Mädchen eben heiraten. Wir hatten ein Kind, einen Knaben. Mein Gatte starb nach einigen Jahren.“

Der Mann, den ich geliebt, hatte sich mittlerweile auch verheiratet. Als er erfuhr, dass ich Witwe sei, ergriff ihn der wildeste Schmerz, nun seinerseits nicht mehr frei zu sein. Er besuchte mich, weinte und schluchzte, dass mir das Herz brechen wollte. Er wurde mein Freund. Ich hätte ihn vielleicht nicht empfangen sollen. Und doch ... ich war allein, so einsam, so traurig, so verzweifelt! Und ich liebte ihn doch! Wie hart das Leben manchmal ist!

Ich hatte niemanden auf der Welt als ihn, meine Eltern waren inzwischen auch schon gestorben. Er kam oft zu mir, er brachte manchen Abend bei mir zu. Ich weiß, ich hätte es nicht zulassen dürfen, weil er verheiratet war. Aber ich hatte nicht die Kraft, seine Besuche zu hindern. Doch was rede ich viel? ... Er wurde mein Geliebter! Wie es gekommen ist, ich weiß es nicht; ich glaube, niemand weiß, wie es kommt! Und glauben Sie, dass es überhaupt anders kommen könnte, wenn zwei Menschenwesen durch die unwiderstehliche Macht erwideter Liebe zueinander hingezogen werden? Glauben Sie, mein Herr, dass es möglich ist, immer zu widerstehen, immer zu kämpfen, immer zu versagen, was der Mann, den man anbetet, den man glücklich sehen will, den man mit allen Wonnen überhäufen möchte, mit Bitten und Flehen, mit Kniefällen und Tränen, mit berausenden Worten und hinreißender Leidenschaft von uns verlangt? Und dass man verzweifelt, ehe man den Ehrbegriffen der Welt

zuwiderhandelt! Welche Kraft zum Verzicht auf das Glück gehörte dazu, um endgültig nein! zu sagen, und auch wohl welcher Egoismus aus Sucht, nur „anständig“ zu sein – nicht wahr?

Kurz, mein Herr, ich wurde seine Geliebte, und ich war glücklich. Zwölf Jahre hindurch war ich glücklich. Ich war, und das ist meine größte Schwäche und größte Feigheit, die Freundin seiner Frau geworden.

Wir erzogen gemeinsam meinen Sohn, wir machten ihn zum Manne, zu einem tüchtigen klugen Menschen, voll Verstand und Willen, voll großherziger und schöner Ideen. Das Kind wurde siebzehn Jahre alt.

Er liebte meinen ... meinen Geliebten fast ebenso wie ich, denn er wurde von uns beiden gleich liebevoll geleitet und erzogen. Er achtete und verehrte ihn von ganzen Herzen, da er ihm stets als ein Beispiel von Klugheit, Gradheit und Rechtlichkeit vorleuchtete. Er betrachtete ihn wohl als einen alten, treuen und ergebenen Freund seiner Mutter, als eine Art geistigen Vater, Vormund, Beschützer.

Oder vielleicht hat er sich nie über unsere Beziehungen Rechenschaft gegeben, da er seit frühester Jugend gewohnt war, diesen Mann in meiner Nähe, in unserem Hause, immer um uns bemüht zu sehen.

Eines Abends sollten wir drei zusammen speisen. Es kam zuweilen vor, und war mir immer ein großes Fest. Ich erwartete sie beide, und fragte mich, wer wohl zuerst kommen werde. Die Tür öffnete sich; es war mein Freund. Ich ging mit ausgebreiteten Armen auf ihn zu, und er drückte mir voll Glück einen langen Kuss auf die Lippen.

Da ließ mich ein Geräusch, ein Knistern, ein Nichts, die geheimnisvolle Empfindung, die uns die ungesehene Gegenwart einer Person anzeigt, zusammenschrecken. Wir fuhren beide mit einem Ruck herum: Jean, mein Sohn, stand leichenblass vor uns.

Es war eine Sekunde fürchterlichsten Entsetzens. Ich streckte wie zu einem Gebet die Hände gegen meinen Sohn aus. Aber ich sah ihn nicht mehr. Er war hinausgeeilt.

Wir blieben niedergeschmettert, unfähig ein Wort zu reden, voreinander stehen. Dann sank ich auf einen Lehnstuhl und hatte nur den drängenden dumpfen Wunsch zu fliehen und auf immer zu verschwinden. Ein krampfhaftes Schluchzen zog mir die Kehle zusammen und ich weinte, von rasender Angst hin- und hergeschüttelt, von der entsetzlichen Ahnung eines unausweichlichen Unglücks gefoltert und von jener furchtbaren Scham bedrängt, die ein Mutterherz in solch einem Augenblick peinigen muss.

Er stand verwirrt vor mir, wagte nicht näher zu treten, nicht mit mir zu sprechen, mich nicht anzurühren, aus Furcht, mein Sohn könne wiederkommen. Endlich sagte er: „Ich will ihn suchen ... ihm sagen ... ihm verständlich machen ... kurz, ich muss ihn finden ... muss mit ihm reden.“

Und er ging hinaus.

Ich wartete ... ich wartete außer mir, zitterte bei dem geringsten Laut, fuhr oft vor Angst empor, und geriet bei dem kleinen Geräusch, das das Feuer im Kamin machte, in immer größere, unaussprechliche, unerträgliche Aufregung.

Ich wartete eine Stunde, zwei Stunden, fühlte, wie in meinem Herzen eine unbekanntete Furcht eine Angst stieg, die ich dem schlimmsten Verbrecher nicht zehn Minuten lang gönnen möchte. Wo war mein Kind? Was tat es?

Um Mitternacht brachte mir ein Dienstmann einen Brief von meinem Geliebten. Ich weiß seinen Inhalt noch auswendig: „Ist Ihr Sohn zurückgekehrt? Ich habe ihn nicht gefunden. Ich bin unten, da ich zu dieser Stunde nicht zu Ihnen hinauf möchte.“

Ich schrieb mit Bleistift auf denselben Bogen: „Jean ist nicht zurückgekommen. Sie müssen ihn finden.“ Und ich wartete die ganze Nacht – die ganze Nacht. Ich wurde wie wahnsinnig, ich wollte schreien, laufen, mich auf die Erde werfen. Und doch machte ich keine Bewegung, sondern wartete, wartete. Was hatte geschehen können? Ich suchte es zu erraten. Und doch konnte ich es mir nicht vorstellen, trotz aller Anstrengungen, trotz aller Seelenqualen.

Ich hatte nun Furcht, dass sie sich treffen könnten. Was würden sie tun? Was würde das Kind tun? Schreckliche Zweifel, furchtbare Vermutungen folterten mich.

Können Sie sich diese Nacht vorstellen, mein Herr?

Mein Kammermädchen, das von nichts wusste, nichts ahnte, ging unaufhörlich herein und hinaus, sie hielt mich ohne Zweifel für wahnsinnig. Zum Schluss schickte ich sie mit einem Wort oder einer herrischen Bewegung fort. Sie lief zum Arzt, der mich in einer Nervenkrise fand.

Man brachte mich ins Bett. Ich bekam ein Nervenfieber. Als ich nach langer Krankheit wieder zu Bewusstsein gelangte, bemerkte ich neben meinem Bett meinen ... meinen Geliebten ... allein. Ich schrie: „Wo ist mein Sohn? Wo ist mein Sohn?“ Er antwortete nicht. Ich stammelte: „Tot? Tot? Hat er sich getötet?“

Er antwortete: „Nein, nein, ich schwöre es Ihnen. Doch haben wir seinen Aufenthaltsort trotz aller Anstrengungen noch nicht erfahren können.“

Da rief ich, plötzlich erbittert, unwillig – man hat zuweilen dergleichen unerklärliche und unvernünftige Zornesausbrüche: „Ich verbiete Ihnen, mich wieder zu besuchen, wenn Sie ihn nicht wiederfinden. Gehen Sie!“

Er ging.

Ich habe keinen von beiden wiedergesehen, mein Herr ... und so lebe ich seit zwanzig Jahren. Können Sie sich mein Dasein ausdenken, können Sie sich die fürchterliche Strafe vorstellen, diese beständige Todesqual meines Mutterherzens, meines Frauenherzens, dies furchtbare unendliche Warten ... das unendliche Warten ... Doch nein ... bald wird es kein Warten mehr sein, denn ich sterbe ... ich sterbe, ohne einen von ihnen wiedergesehen zu haben!

Er, mein Freund, schreibt mir seit zwanzig Jahren jeden Tag; doch habe ich ihn nicht empfangen wollen, nicht eine Sekunde lang, denn ich glaubte immer, dass in dem Augenblick, in dem ich ihn wiedersähe, auch mein Sohn vor mir erscheinen müsse! Mein Sohn! – Mein Sohn!

Ist er tot? Lebt er noch? Wo verbirgt er sich? Hinter weiten Meeren, in Ländern, deren Namen ich nicht einmal kenne? ... Denkt er an mich? ... Ach! wenn er wüsste?! ... Wie grausam die Kinder sind! Kann er auch nur begreifen, zu welcher fürchterlichen Leiden er mich verdammte, in welche Verzweiflung, in welche Qual er mich, die ich noch jung war, bis zu meinem Ende verstieß? Ahnt er auch nur, mit welcher heißer Mutterliebe ich ihn geliebt? ... Ist dies alles nicht zu grausam?

Erzählen Sie ihm, was ich Ihnen gesagt, mein Herr und wiederholen Sie ihm meine letzten Worte: „Mein Kind, mein liebes, liebes Kind, sei nicht so hart gegen die Menschen. Das Leben ist schon brutal und wild genug! Mein liebes Kind, erinnere dich oft daran, welches ein Dasein

deine Mutter von dem Tage an, da du sie verlassen, geführt hat. Mein liebes Kind, verzeihe ihr und liebe sie, nun da sie gestorben, denn sie hat die furchtbarste Buße getragen.“

Sie rang nach Atem und sprach abgerissen und zitternd, als stehe ihr Sohn, zu dem sie redete, vor ihr.

Dann fügte sie noch hinzu: „Sagen Sie ihm auch, mein Herr, dass ich ... dass ich den andern ... nie wiedergesehen habe.“ Sie schwieg wieder, dann raffte sie sich noch einmal zu den zitternden Worten auf: „Verlassen Sie mich jetzt, bitte. Ich will allein sterben, da sie nicht bei mir sind.“

Und M. Le Brument fügte hinzu: „Ich bin denn auch gegangen, meine Herren, aber ich heulte in meinem Wagen wie ein Schloßhund, und zwar dermaßen, dass sich mein Kutscher umdrehte, um nach mir zu sehen. Und zu denken, dass sich alle Tage ähnliche Tragödien abspielen!

Ich habe den Sohn nicht wiedergefunden ... diesen Sohn. Denken Sie von ihm, wie Sie wollen; ich nenne ihn diesen verbrecherischen Sohn!“

Es kommt der Tag der Rache,
Fürwahr, er kommt einmal,
Für die gerechte Sache,
Für unsere Not und Qual.

Dann gibt die Wahrheit Kunde,
Wer für und mit uns war,
Und alle Lumpenhunde,
Sie werden offenbar.

Dann haben wir gelitten
Umsonst für Freiheit nicht,
Und nicht umsonst gestritten
Den Kampf für Recht und Licht.

Hoffmann von Fallersleben.

Freilich, ein Fieber des Volkes, das revolutionäre, aber, wie seltsam, es stirbt immer der König daran.

Hebbel.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Lüth); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 22/1916

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

1. Jahrg.

Bremen, den 18. November 1916.

Nr. 22

Redaktion und Expedition: Waller Heerstraße Nr. 52. (Eing. Torweg).

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

Die Befreiung Polens.

Der Generalgouverneur von Warschau, Herr von Beseler, hat in seinen Ruhmeskranz ein neues Lorbeereis geflochten. Er, der Bezwinger Antwerpens und damit Belgiens, konnte am 5. November den Bewohnern Warschaus die zukünftige Befreiung Polens, die Wiedererstellung des Königreichs Polen verkünden. Der deutsch-österreichische Imperialismus, dem es in diesem Kriege gelungen ist, zwei kleine Staaten, Belgien und Serbien zu besetzen und damit ihre Selbständigkeit vorläufig aufzuheben, bekundet so den Willen, einen dritten Kleinstaat zu begründen. Das mögen ideologische Käuze als einen Widerspruch empfinden. In Wirklichkeit kann davon keine Rede sein. Eine und dieselbe Kraft löst unter denselben Umständen dieselbe Wirkung aus. Das unabhängige Königreich Polen dient demselben Ziel, dem das besetzte Belgien und Serbien dienen soll. Ohne die Eroberung Serbiens durch die Truppen Mackensens könnte der russische Imperialismus bei jedem Konflikt mit den Deutschen durch das Vorschicken Serbiens Deutschland an der südlichen Grenze seines Verbündeten, der österreichisch-ungarischen Monarchie, angreifen, ohne dass Serbien sein nordöstliches Gebiet an Bulgarien abtritt, könnte der deutsche Imperialismus sich nicht zum mitteleuropäischen ausweiten, weil er nicht unmittelbar an Bulgarien grenzt.

Wird ein polnisches Königreich gebildet, so hat der deutsche Imperialismus ein vorgeschobenes Vorwerk, das gegen Russland gerichtet ist: soll doch das zu bildende Königreich, wie Baron Burian, der österreichische Minister des Äußeren, erklärte, im „engen Anschluss“ an die beiden Zentralmächte „sowohl in politischer, wie in militärischer Beziehung die Garantien seines Bestandes finden“. Da das Königreich durch die Schaffung einer eigenen Armee dafür zu sorgen hätte, dass „die Erinnerung an die tapferen polnischen Mitstreiter in dem großen Kriege der Gegenwart fortlebe“, so würde die Bildung des Königreichs die Stärkung der Militärmacht Mitteleuropas um die Höhe einer 12 Millionenbevölkerung bedeuten, was natürlich in den kommenden großen imperialistischen Kämpfen nicht zu verachten wäre.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ spricht von den „jetzt und in Zukunft unauslöschlich zum preußischen Staate gehörigen Polen“. Und Österreich lässt Galizien weiter im österreichischen Staate, schlägt es nicht zu dem zu bildenden Königreich Polen: es verspricht den Galiziern nur eine größere Autonomie, was nach den Kommentaren der Wiener Presse

eine Stärkung der Deutschen in Österreich bedeuten wird. Angesichts dieses festen Willens der österreichischen wie der deutschen Regierung, die bisherigen Positionen zu halten, ja, sie zu verstärken, angesichts der Stärkung der Militärgewalt und der Bureaucratie durch den Krieg, brauchen die Konservativen nichts zu befürchten.

In konservativen Kreisen wird weiter gegen die Regierung auch der Vorwurf erhoben, dass sie sich endgültig dazu verurteile, eine Verständigung mit England zu suchen. Das nationalliberale „Leipziger Tageblatt“ erklärt, diese Befürchtungen seien von der Regierung natürlich wohl erwogen, aber doch zu leicht befunden worden. Schafft man im Osten eine vollzogene Tatsache, so kann dadurch der russischen Diplomatie die Arbeit erleichtert werden; denn dann braucht sie nicht erst die Verantwortung für die Abtretung Russisch-Polens zu tragen. Und schließlich: Der Wiener Kongress von 1815 hatte auch mit einem unabhängigen polnischen Staate zu tun und trat ihn an Russland ab. *Nec Hercules contra plures.*

Dann zum Schluss noch eine Bemerkung. Es wurde bemängelt, dass der deutsche Reichstag erst nach Hause gehen musste, bevor die Manifeste in der polnischen Frage veröffentlicht wurden. Die Polenfrage ist ein Teil des Krieges. Das leitende Organ der Sozialpatrioten, der „Vorwärts“, begrüßt den Schritt der verbündeten Regierungen als Erfüllung des Testaments von Marx und Engels. Wir können Herrn Bethmann-Hollweg vor dem Verdacht freisprechen, dass er jüdische und obendrein revolutionäre Testamente vollstrecke. Für Marx handelt es sich erstens um die einige polnische Republik, zweitens um ihr Bündnis mit einer deutschen, aus der Revolution hervorgegangenen Republik. Für Herrn Bethmann-Hollweg aber handelt es sich, wie er übrigens mit Recht erklärt, um die Stärkung des Deutschland, wie es ist, d. h. des imperialistischen Deutschland.

Kurz und gut: Das neue Werk verleugnet nicht die Meister; es lobt sie. Es ist ein Produkt des imperialistischen Krieges und wird ihm dienen, wenn die Geschichte des Krieges seine Krönung erlauben wird. Aber wenn das auch nicht geschehen sollte, wird es der provisorischen Regierung Polens erlauben, ein Heer zu bilden. Die Befreiung Polens erfordert nicht die geringste Korrektur in unserer Beurteilung des Weltkrieges.

Die Polenfrage und die Sozialdemokratie.

Die Redaktion der „Gazeta Robotnieza“ veröffentlichte im vorigen Jahre die folgenden Grundlinien, die die Auffassung unserer polnischen Kampfgenossen in der Polenfrage wiedergeben:

1. Die Haltung der besitzenden Klassen Polens während des Weltkrieges bewies mit voller Klarheit die Richtigkeit der Behauptung der Sozialdemokratie Russisch-Polens, dass die kapitalistische Entwicklung die Interessen des polnischen Kapitalismus in entgegengesetzte Teile zerschlugen und sie mit den Interessen der Bourgeoisie der Aufteilungsmächte verbunden hat. Der Weltkrieg hat bewiesen, dass die Periode der Bildung der Nationalstaaten in Europa vorüber ist. In der imperialistischen Periode des Kapitalismus strebt jeder Staat zur Ausbreitung seiner Grenzen vermittle der Annexionen. Die Haltung der polnischen Bourgeoisie in allen Aufteilungsstaaten hat krass gezeigt, dass das Ideal des Nationalstaates in der imperialistischen Periode ein Anachronismus ist, und sie bestätigt die Richtigkeit der Haltung der Sozialdemokraten Russisch-Polens den Unabhängigkeitsbestrebungen gegenüber.

Das polnische Proletariat hat niemals die nationale Unabhängigkeit zu seinem Ziel gemacht. Es entstand auf dem Boden der kapitalistischen Vereinigung aller drei Teile Polens mit den Aufteilungsmächten und führte seinen Kampf um die Demokratie, um Besserung seiner ökonomischen Lage, um den Sozialismus in den Rahmen der historisch gegebenen Staaten

gemeinsam mit den Proletariern aller anderen Nationen. Es suchte nicht die gegebenen staatlichen Rahmen, sondern den Charakter des Staates als Organ der Klassen und nationalen Unterdrückung zu vernichten. Heute wäre angesichts der Erfahrungen des Weltkrieges die Aufstellung der Losung der Unabhängigkeit als des Mittels des Kampfes gegen die nationale Unterdrückung nicht nur eine schädliche Utopie, sondern die Verleugnung der einfachsten Grundsätze des Sozialismus. Diese Losung würde das Bestreben zur Bildung einer neuen imperialistischen Macht bedeuten, die auch nach Unterjochung und Unterdrückung fremder Völker strebt. Das einzige Resultat eines solchen Programms wäre die Schwächung des Klassenbewusstseins, die Verschärfung der nationalen Gegensätze, die Spaltung der Kräfte des Proletariats und Stärkung der neuen Kriegsgefahren.

2. Die Programme der Vereinigung der polnischen Gebiete unter der Herrschaft eines der imperialistischen Staaten oder ihrer Koalition, ein Programm, wie es die polnischen Austro- und Russophilen aufstellen, entspringen dem Willen der polnischen Bourgeoisie, ihre eigene Position der Bourgeoisie der Aufteilungsmächte gegenüber zu stärken, um sich einen größeren Anteil an der imperialistischen Beute des Staates zu sichern.

Beiden Aufteilungsmächten entspringt die Tendenz zur Vereinigung der polnischen Gebiete strategischen wie auch allgemein imperialistischen Interessen, die eine Vergrößerung des Staatsgebietes erfordern. Geboren aus den imperialistischen Interessen der polnischen wie der in den Aufteilungsstaaten herrschenden Bourgeoisie, könnte die Vereinigung der polnischen Gebiete unter der Herrschaft einer Großmacht oder einer Koalition der Großmächte nur ein Instrument der imperialistischen Politik sein. Da diese imperialistischen Interessen, die allgemeinen wie besonders die wirtschaftlichen, erfordern, dass die polnischen Gebiete in voller Unterwürfigkeit erhalten werden, lassen sie ein demokratisches System in diesen Gebieten nicht zu. Es kann deshalb keine Rede davon sein, dass solch eine Vereinigung auch die minimalen Garantien der freien kulturellen Entwicklung gebe, dieser einzigen Seite der nationalen Frage, die mit den Interessen des Proletariats verbunden ist.

Der Krieg kann auch mit der Zerschlagung der polnischen Gebiete durch neue Annexionen, mit der neuen Zerschneidung der polnischen Karte enden. Zwar sind die Befürchtungen, als ob diese neuen Aufteilungen und die durch sie verursachten Änderungen der Markt-, Zoll- und Rechtsbedingungen die kapitalistische Entwicklung Polens und somit die sozialistische Bewegung Russisch-Polens erdrosseln könnten, übertrieben: der verhältnismäßig hohe Grad der wirtschaftlichen Entwicklung Polens hat schon Produktionskräfte erzeugt, die sich den neuen Bedingungen anpassen können, und die Schwächung der sozialistischen Bewegung in einem Teile Polens würde durch ihre Stärkung in einem andern wettgemacht werden. Trotzdem würde die Notwendigkeit einer solchen Anpassung eine lange ökonomische Krise verursachen, die sich mit ihrer ganzen Last auf den Rücken des Proletariats legen würde.

3. Die alte proletarische Politik, die durch das Klasseninteresse des Proletariats bestimmt war, muss unverändert bleiben, und die Arbeiterklasse hat nicht die geringste Ursache, sie zugunsten der bürgerlichen Kriegsprogramme zu verlassen. Durch keinen reellen Nutzen begründet, würde die Unterstützung dieser Programme den Verzicht auf die selbständige Klassenaktion, das Eingehen eines Bündnisses mit der Bourgeoisie für die ganze Kriegszeit bedeuten, und müsste schließlich für lange Jahre die Taktik des Proletariats aus der richtigen Bahn bringen. In der heutigen Epoche wird jeder kapitalistische Staat zum Hemmschuh der Entwicklung.

Ohne die Augen für all die oben aufgezeigten Gefahren zu schließen, die für das polnische Proletariat im Falle der neuen Zerklüftung Polens entstehen, muss das Proletariat sich darüber Rechenschaft geben, dass sie sich in den Rahmen der imperialistischen Epoche nicht beseitigen

lassen, wie man alle anderen Gefahren des Imperialismus ohne Sieg des Sozialismus nicht beseitigen kann.

4. Die Unlösbarkeit der allgemeinen durch den Krieg aufgerollten Fragen, wie die Unmöglichkeit der fruchtbaren Verteidigung der national-kulturellen Interessen des polnischen Proletariats in der Epoche des Imperialismus, bedeutet natürlich nicht, als ob das Proletariat mit verschränkten Armen auf den Sozialismus, als auf die Befreiung von den neuen Gefahren und Lasten des Krieges wie der neuen Gefahren der nationalen Unterdrückung „warten“ müsste. Der Imperialismus ist eine Politik des Kapitalismus auf einer Entwicklungsstufe, die die sozialistische Organisation der Produktion ermöglicht. Die Opfer, die das Proletariat dem Kriege bringt, die Vermehrung des Steuerdruckes, die politische Reaktion, die Verschlechterung der Arbeiterlage, all die Kriegsfolgen werden das Proletariat drängen zu Kämpfen um den Sozialismus, die die nächste historische Epoche ausfüllen werden. Der Kampf gegen den Krieg eröffnet diese neue Epoche.

Unabhängig davon, ob die Verschärfung der politischen Krise dem Proletariat schon während des Krieges erlaubt, eine aktive Rolle zu spielen, wird das polnische Proletariat keine separatistische Politik treiben (Verteidigung des Status quo, Kampf um Vereinigung unter einer Herrschaft): seinen Protest gegen die Kriegsfolgen (Opfer, ökonomische Schäden, Annexionen, die nationale Unterdrückung) wird es in den Kampf gegen die Ursachen des Imperialismus verwandeln. Diesen Kampf im Sinne eines bewussten Strebens zum Kampf um den Sozialismus wird das polnische Proletariat solidarisch mit dem internationalen Proletariat überhaupt, mit dem der Aufteilungsmächte im Besonderen führen. Dieser Kampf schließt keinesfalls das Bestreben zur Demokratisierung der politischen Bedingungen noch in dem Rahmen des Kapitalismus, wie z. B. in Russland zur Niederringung des Zarismus, er schließt keinesfalls die Eroberung nationaler Freiheiten, wie z. B. die Erweiterung der lokalen, provinziellen und Landesautonomie, aus. Umgekehrt müssen die Aussichten den Elan des Proletariats im Kampfe um sofortige Errungenschaften verstärken, denn das Bewusstsein, dass nur der Kampf um den Sozialismus den Weg zur vollkommenen Aufhebung der Klassen wie der nationalen Unterdrückung bildet, wird das Proletariat gegen jede Politik des Kompromisses wappnen, die die Wucht des Klassenkampfes mindert.

Die Auswahl der Tüchtigsten.

Das kürzlich gesprochene Wort des Reichskanzlers v. Bethmann-Hollweg, dass allen Tüchtigen die Bahn frei gemacht werden solle, hat ein vielstimmiges Echo im deutschen Blätterwalde geweckt und namentlich die kleinbürgerliche Phantasie zu kühnen Hoffnungen empor-schnellen lassen. Und in der Tat, wir sind die Letzten, die in dem Kanzlerwort nichts als ein leeres Versprechen erblicken möchten, bestimmt, die Masse des Volkes zu ködern. Nein, Herr v. Bethmann-Hollweg ist es ernst mit seinem Wunsche, die im Volke schlummernden Kräfte in den Dienst des Vaterlandes zu stellen, vielleicht sogar sehr ernst, denn nicht wenige von diesen Kräften hat der Krieg dahingerafft, und die noch vorhandenen werden daher ihr Licht nicht unter den Scheffel stellen dürfen.

Wenn man es hört, so möcht' es leidlich scheinen; fragt sich nur noch, wen man zu den Tüchtigen zählen und welche Bahn ihnen frei gemacht werden soll. Beide Fragen gehören eng zusammen; denn nach welchem Gesichtspunkt die Auslese vor sich gehen soll, wird durch das Ziel der Erziehung bestimmt. Letzteres ergibt sich aus den jeweiligen ökonomischen und politischen Bedürfnissen; in der kapitalistischen Epoche ist dieses Ziel daher ein anderes als in der sozialistischen. Dementsprechend wird auch in der sozialistischen Gesellschaft die Frage nach der Tüchtigkeit anders beantwortet werden als heute. Die offiziell begünstigte und

maßgebende Pädagogik wählt heute die Tüchtigen gemäß den ökonomischen und politischen Bedürfnissen des Kapitalismus aus.

Um bei letzterem zu beginnen, so weiß jeder, welche Bedeutung das politische Element in der heutigen Jugenderziehung hat. Das öffentliche Schulwesen der Gegenwart ist politisch, insofern es ein getreues Spiegelbild der heutigen Machtverteilung im Staate ist. Den herrschenden Schichten steht ein reichgegliedertes, wohldotiertes Bildungswesen zur Verfügung, während die große Masse des Volkes durch die stiefmütterlich behandelte „Volksschule“ geht, die im Verhältnis zu den höheren Schulen nur eine kümmerliche Elementar- und Allgemeinbildung vermittelt.

Die Tüchtigkeit wird daher entsprechend den politischen Bedürfnissen des Kapitals zunächst und vor allem Gesinnungstüchtigkeit sein müssen. Wo immer die herrschende Klasse den Aufstieg eines geringen Bruchteils von Kindern des Proletariats begünstigt, da wird zuerst das politische Milieu des Elternhauses der Prüfung standhalten müssen. Der Zögling selbst ist später materiell so sehr gebunden, dass keine Befürchtung gehegt werden kann, er werde vom staaterhaltenden Kurse irgendwie abirren. Dem Proletariat des Klassenkampfes werden solche gewiss begabten Elemente selbstredend entzogen.

Die politischen Gegensätze werden nach dem Kriege keineswegs verschwinden. Die Vernichtung der sozialen Mittelschichten, die Konzentration des Kapitals in wenigen Händen hat während der Kriegsjahre reißen Fortschritte gemacht. Die Masse der Besitzlosen ist dadurch stark vermehrt. Mit den ökonomischen Gegensätzen aber müssen unter allen Umständen die politischen sich verschärfen. Hinzukommt, dass infolge der Vereinheitlichung und Proletarisierung der großen Mehrheit des Volkes das Bildungswesen tatsächlich in gewissem Sinne auf eine neue Grundlage gestellt werden muss. Die besitzenden Kreise, an Kopffzahl verringert, können aus sich heraus nicht das Material an Arbeitskräften wie bisher stellen, das zur Leitung der Produktion und der Verwaltungsgeschäfte im Staate erforderlich ist. Man muss daher eine Methode finden, die große Masse in entsprechender Weise zu differenzieren, nicht, indem man die frühere Differenzierung der Eigentumsverhältnisse wiederherstellt, sondern indem man mehr als bisher die notwendigen Bildungsmittel dem ganzen Volke zugänglich macht und so auf diesem Gebiete eine Wandlung vollzieht, durch die man sich den neuen ökonomischen Bedingungen anpasst. Unterricht und Erziehung stehen also in Zukunft vor wichtigen Aufgaben, wie stets in Zeiten sozialer Revolution, aber niemals erkennen wir auch deutlicher als in solchen Epochen, dass die Schule nicht aus sich selbst marschiert und auf selbstgewählter Bahn, sondern den der Ökonomie entspringenden Impulsen folgt.

Die Folge der Ausschaltung der Mittelschichten und der Verschärfung jener Gegensätze müsste sein, dass die höheren Schulen in Zukunft weniger frequentiert werden, die Volksschulen dagegen im Verhältnis mehr als bisher. Nun würde sich eine Vermehrung der Volksschulen, wenn sie nötig werden sollte, ebenso wie eine eventuelle Umwandlung höherer Schulen in niedere unschwer bewerkstelligen lassen. Aber wesentliche Änderungen werden in dieser Hinsicht kaum getroffen werden dürfen; denn das bestehende Verhältnis der beiden Klassen von Schulen entspricht dem Stande der gegenwärtigen gesellschaftlichen Produktion, an dem natürlich nicht zu rütteln ist.

Was wird die Folge sein? Das Verhältnis des Bedarfs an mehr oder weniger geschulten Kräften in Gewerbe, Industrie, Handel usw. bleibt bestehen, die Eigentumsverhältnisse aber haben sich gewandelt. Man wird für die höheren Schulen das Schulgeld ermäßigen müssen oder die Zahl der Freistellen daselbst vermehren. Oder wird Fortbildungsschulen und Mittelschulen errichten. Wird auch die Übergänge aus einer Schulgattung in die andere erleichtern, indem man eine Angleichung der Lehrpläne durchsetzt. Oder alles dieses zugleich tun. Eine

reichere organisatorische Gliederung des Schulwesens wird in Erscheinung treten und die höhere Bildung den weniger Bemittelten mehr als früher zugänglich sein. Wir haben hier also zweifellos eine zur Einheitsschule drängende Tendenz, die jedoch darum nicht mehr als nur den notwendigen Ausgleich zu der entgegengesetzten Tendenz in der Entwicklung der Eigentumsverhältnisse bedeutet.

Denken wir uns diesen Prozess fortgesetzt, die Masse der Besitzlosen vergrößert und homogener zurechtgeknetet, dagegen die ganze Masse des Besitzes zuletzt in so wenigen Händen, dass er diesen entgleitet und Besitz der Gesamtheit wird, so wachsen wir in die sozialistische Gesellschaft hinein. Was nicht geschehen wird, da hier lediglich die Kopfbildung über und drüber zugrunde gelegt ist, dagegen die Machtverhältnisse außer Betracht gelassen sind. Die besitzende Klasse, so gering die Anzahl ihrer Mitglieder werden mag, hat durchaus keine Ursache, freiwillig abzudanken. Völlige Gleichberechtigung in der Aneignung aller Bildungsmittel setzt aber die völlig gleiche Anteilnahme aller an den Gütern dieser Erde voraus. Daher wird die Einheitsschule, sofern sie jedem das gleiche Recht auf Bildung garantieren will, nie Korrelat der kapitalistischen Gesellschaft, sondern erst der sozialistischen Gesellschaft sein können.

Einstweilen also wird jedem nur das an Bildung zuteilwerden, was man ihm an Bildung zuteilwerden lässt. Die besitzenden und herrschenden Klassen wollen nicht die Einheitsschule in dem angedeuteten Sinne zugestehen, sondern die „nationale“ Einheitsschule, d. h. Bildung ohne Besitz und ohne politische Macht, es sei denn, dass diese Macht im Interesse der Herrschenden verwandt werde. Freie Bahn jedem Tüchtigen! Das nationale Wirtschaftsleben nach dem Kriege verlangt die Entfaltung aller Talente und Begabungen. Man sagt wohl: ein Talent hat jeder, das ihm seine Existenz im Lebenskampfe sichert. In Wahrheit kann jeder sogar in mehreren Erwerbszweigen tüchtig werden, wenn er nur in die entsprechenden Wachstumsbedingungen gestellt wird. Diese Bedingungen wird nur eine sozialisierte Gesellschaftsordnung bieten können, weil in dieser die Ausbeutung wegfällt. Der Kapitalismus hat stets seine Reservearmee von Arbeitslosen, wodurch die Arbeitenden in der Abhängigkeit erhalten werden. Die sozialistische Gesellschaft wird alle Arbeitskräfte ausnutzen; sie hat nicht nötig, solche brach liegen zu lassen. Sie wird jedem eine so vielseitige Bildung geben, dass er auch vielseitig verwendet werden kann. Darum kann auch dem fortwährenden Wechsel der Arbeitsanfordernisse, der namentlich von der großen Industrie unzertrennlich ist, durch den fortwährenden Wechsel der Arbeitskräfte aufs Beste entsprochen und die allgemeine Produktivität der Arbeit immerfort erhöht werden.

Eine derart zweckmäßige Verteilung der Arbeitskräfte bringt das kapitalistische System nicht zuwege. Ein Wechsel der Arbeit hat gegenwärtig sehr leicht Elend und Arbeitslosigkeit im Gefolge. Dass er von den Arbeitern im Allgemeinen ängstlich gemieden wird, ist nur natürlich; die Furcht davor behindert aber den Einzelnen in seiner Weiterbildung, namentlich was die Vielseitigkeit seiner Ausbildung anbelangt. Unter dem Sozialismus, wo jede Sorge um die materielle Existenz wegfällt, verliert der Wechsel der Arbeit vollkommen seine unheilvolle Wirkung, bildet im Gegenteil das trefflichste Mittel der Erziehung zu erhöhter produktiver Arbeit. Da wird sich zeigen, was auch heute sich schon oft genug erwiesen hat, dass jedes Individuum seine Tüchtigkeit nach sehr verschiedenen Seiten bewähren kann, zum mindesten aber nach einer, und dass er jedenfalls nicht nötig hat, lebenslang auf dem Standpunkte des ungelerten Arbeiters zu verharren.

Die Auswahl der Tüchtigen hat eine Kehrseite: die Ausschließung einer großen Masse angeblich Untüchtiger von dem Aufstieg zu den Höhen der Bildung. „Bildung macht frei“, sei es auch nur frei denkend. Darum kann die gehobene Schulbildung heutzutage nur einer Auswahl, einer Minderheit des Volkes zuteilwerden; nicht eine das ganze Volk umfassende

Einheitsschule fordern die bürgerlichen Schulmänner, sondern die „nationale“ Einheitsschule, die sich mit den Interessen des modernen Staates verträgt, die vor allem nicht versäumt, der ungelerten Arbeit den breitesten Raum zu gewähren. Die neuen Schulforderungen zielen daher keineswegs auf eine Hebung der sogenannten Volksschule ab, die von mehr als 90 Prozent aller Kinder des Volkes besucht wird, wenn auch diese den Boden für den Aufstieg der Begünstigten bildet; sicher aber ist, dass der Volksschulunterricht von einer bildungswidrigen politischen Tendenz mehr und mehr durchdrungen und beherrscht werden wird, nach der auch die Erziehung des jüngsten Deutschlands dann sich orientieren wird.

Die Anfänge dieser Neuorientierung sind bereits da und nicht mehr bloß schüchtern; sie beschränken sich auch nicht etwa nur auf Geschichts- und Religionsunterricht. Wie diese Änderung, so bahnen sich auch die anderen, schon erwähnten Neugestaltungen im Bildungswesen zurzeit bereits an. Schon vor dem Kriege ging die Konzentration des Kapitals mit Riesenschritten vorwärts, und ihre sozialen Folgen traten auf verschiedenen Gebieten deutlich in Erscheinung, auch auf dem der Schule. Jetzt im Kriege geht diese Entwicklung wie im Sturm dem Endziel zu, und des Kanzlers Ruf: Bahn frei allem, was tüchtig ist, lehrt uns und alle, die Ohren haben zu hören: Die Zeit ist reif! Seid wachsam! Lassen wir uns nicht überflügeln von ihr! Es will ein Neues sich begeben!

Die alte Jugendbewegung.

Die große Umwälzung, in der sich unsere Jugendbewegung augenblicklich befindet, legt uns die Pflicht auf, nach den Ursachen dieser Erscheinung zu forschen. Erst wenn wir diese Ursachen kennen, sind wir imstande, auch die Mittel der Heilung anzugeben. Es ist wie bei einer Krankheit. Solange dem Arzt die Ursachen der Krankheit verborgen sind, kennt er ihr Wesen noch nicht; so lange ist er auch nicht in der Lage, mit Zuverlässigkeit die Mittel anzugeben, die den kranken Menschen wieder gesund machen. Oder denken wir an eine Katastrophe, etwa an ein großes Grubenunglück. Immer wird man zuerst nach den Ursachen fragen, und aus der Kenntnis der Ursachen ergeben sich erst die Mittel, die man anwenden muss, um die Wiederholung der Katastrophe nach Möglichkeit zu verhindern. Genau so liegt es auch bei der gegenwärtigen Krisis der Jugendbewegung.

Da wird nun oft gesagt, dass diese Krisis nur das Werk einiger Hetzer sei, die die Jugendlichen gegen die Zentralstelle in Berlin, gegen die „Arbeiter-Jugend“, gegen die Partei- und Gewerkschaftsbureaucraten aufwiegelten, und dass die Jugendlichen diesem ganzen Streit völlig fernständen. Allein jeder Jugendliche weiß, dass das nicht der Fall ist.

Als die Zentralstelle für den Krieg eintrat, als eine große Zahl von Jugendausschüssen und Jugendleitern die Jugendlichen zur Teilnahme am Kriege und an den militärischen Veranstaltungen des Jungdeutschlandbundes aufforderten, da war es den Jugendlichen selbst klar, dass hier etwas nicht stimmte. Dieses ganze Eintreten für die Bestrebungen und Ziele der bürgerlichen Jugendbewegung stand in direktem Gegensatz zu allem, was den Jugendlichen vor dem Kriege gesagt worden war. Vor dem Kriege hieß es: unsere Jugendbewegung steht im Gegensatz zur bürgerlichen Jugendbewegung, und wir wollen in allem genau das Gegenteil von dem, was diese will. Jetzt aber hieß es: wir müssen dasselbe wollen, was die bürgerliche Jugendbewegung auch will. Dieser völlige Umschwung ist den Jugendlichen sofort klar gewesen, und er hat gleich zu Beginn des Krieges dazu geführt, dass innerhalb der Jugendbewegung ein heftiger Streit darüber entbrannte, ob die alte oder die neue Lehre gelten sollte.

Die Jugendlichen sahen keine Möglichkeit, die bestehenden Gegensätze miteinander zu vereinigen. Und tatsächlich besteht eine solche Möglichkeit auch nicht. Vielerorts haben die Kämpfe, die aus der sozialpatriotischen Haltung der Zentralstelle und ihres Jugendorgans

folgten, eine solche Heftigkeit angenommen, dass die Jugendlichen sich von der alten Zentralstelle lossagten und eine eigene Zentralstelle gründeten, die der alten Lehre treu bleiben wollte. An anderen Orten führten die Kämpfe zur Absonderung von den örtlichen Instanzen; wieder an anderen Orten tobt der Kampf weiter, von den Jugendlichen selbst geführt, weil sie erkannt haben, dass die Maßnahmen der Instanzen ihren eigenen Interessen zuwiderlaufen.

Nun entsteht aber die Frage: Wie kamen die Instanzen, die Zentralstelle und die Ausschüsse, die vielen Jugendleiter und die „Arbeiter-Jugend“ dazu, den alten Weg zu verlassen und einen neuen, völlig entgegengesetzten Weg einzuschlagen? Wie kamen sie dazu, vor Kriege zu lehren, unser Weg führe die Jugendlichen einem Ziele zu, das den Zielen der bürgerlichen Jugendbewegung gerade entgegengesetzt sei, während sie jetzt Ziele aufrichten, die auch von der bürgerlichen Jugendbewegung anerkannt und mit großem Eifer verfolgt werden? Ist das nur auf einen Irrtum zurückzuführen, dem die Instanzen plötzlich, als der Krieg ausbrach, verfallen sind? Fehlt den Instanzen vielleicht die nötige Einsicht, sodass man ihnen ihren Irrtum nur klarzumachen braucht, um sie auf den richtigen Weg zurückzubringen? Oder ist es wohl gar die pure Schlechtigkeit, dass sie die alten Ideale so schnöde verraten haben? Nichts von alledem. Es handelt sich nicht um einen Irrtum, sondern um eine Notwendigkeit; die Instanzen sind klug genug, um zu wissen, was sie tun, und man kann sie jetzt und in aller Zukunft nicht überzeugen, dass sie verkehrt gehandelt haben; denn sie sind von der Richtigkeit ihres Handelns tief überzeugt. Und darum werden sie auch nicht auf den alten Weg zurückzubringen sein; sie werden ihren Weg weitergehen, wie wir unseren Weg weitergehen müssen. Eine Vereinigung dieser beiden Wege ist nicht denkbar.

Aber war denn der alte Weg überhaupt der richtige? Bestand nicht die Möglichkeit, von ihm aus die Richtung einzuschlagen, in der sich die Haltung der Instanzen heute bewegt? Und können deshalb die Instanzen nicht mit einem gewissen Rechte sagen, dass sie den alten Anschauungen gar nicht untreu geworden sind? Dass sie vielmehr nur den Weg fortgesetzt haben, auf dem sich die alte Jugendbewegung vor dem Kriege bereits befand? Dass wir sogar diejenigen sind, die den alten Weg verlassen haben? Diese Fragen führen uns unmittelbar an die Quellen der augenblicklichen Krisis der Jugendbewegung. Suchen wir sie also auf.

Die alte Jugendbewegung ist hervorgegangen aus einer Anzahl von Einzelbestrebungen der deutschen jugendlichen Arbeiter. Als die fortschreitende kapitalistische Entwicklung die Jugendlichen in immer steigender Zahl in die Fabriken zur Lohnarbeit zwang, als die jugendlichen Arbeiter die Wirkung dieser Lohnarbeit am eigenen Leibe spürten, da versuchten sie, durch den Zusammenschluss eine Macht zu bilden, um eine Verbesserung ihrer Lebenslage zu erzwingen. Diese Organisationen, wie sie in Süddeutschland und einigen Städten Norddeutschlands, sowie in Deutsch-Österreich bestanden, waren also Kampforganisationen. Aber neben diesem Zweck verfolgten sie auch noch den andern, durch Bildungsbestrebungen die Lücken auszufüllen, die die mangelhafte Schulbildung zurückgelassen hatte. Kampf um bessere Arbeitsbedingungen und Bildung, das waren die Aufgaben jener ersten Jugendorganisationen in Deutschland.

Je länger, je mehr machte sich aber das Bedürfnis geltend, einen allgemeinen Zusammenschluss der einzelnen Organisationen zu bewerkstelligen. Das geschah auf dem sozialdemokratischen Parteitag zu Nürnberg im Jahre 1908. Zugleich nahm sich auch der Hamburger Gewerkschaftskongress der Jugendbewegung an. In Nürnberg wurde der Grund zu der alten Jugendbewegung gelegt. Als Ziel der Bewegung wurde bestimmt: Erziehung im Geiste des Sozialismus zu dem Zwecke, klassenbewusste Proletarier heranzubilden. Das Mittel hierzu sollten die Bildungsbestrebungen sein. Darunter verstand man Vorträge, Kurse, Führungen, Theatervorstellungen usw. Auch wurde die Gründung eines Zentralorgans in die Wege geleitet.

Im Jahre 1909 erschien die erste Nummer der „Arbeiter-Jugend“, die im Sinne des angegebenen Zieles wirkte. Durch zahlreiche im Sinne des Sozialismus gehaltene Artikel sollte sie aufklären, bilden. Ferner wurde die Zentralstelle gegründet, die dafür sorgen sollte, dass das ganze Bildungswesen wie die ganze Organisation der Jugendbewegung einheitlich gestaltet wurde. Da die Zentralstelle ihrer Arbeit, die sich von Jahr zu Jahr häufte, nicht mehr allein gewachsen war, wurden Orts- und Bezirksjugendausschüsse gegründet, die die Vorarbeiten übernahmen. So war ein mächtiges organisatorisches System ausgebaut worden, in dem alles nach einem wohlgeordneten Plane sich abwickelte. Die Organisationen wuchsen. Die Abonentenzahl der „Arbeiter-Jugend“ stieg. Alles schien in bester Ordnung zu sein.

Nun war, ebenfalls im Jahre 1908, durch den Reichstag ein Gesetz beschlossen worden, das den Jugendlichen unter 18 Jahren verbot, an politischen Versammlungen teilzunehmen und politische Vereine zu bilden. Um diesem Gesetz aus dem Wege zu gehen, betonte die Sozialdemokratie, dass die proletarische Jugendbewegung nicht politisch sei, und sie vermied auch alles, was der Jugendbewegung den Charakter des Politischen geben konnte. Es stellte sich mit der Zeit aber immer klarer heraus, dass der Kampf der Arbeiter, ganz gleich, ob er nun in der Partei oder in den Gewerkschaften geführt wurde, ein politischer war, ja, dass es gar keine anderen Möglichkeiten des Kampfes mehr gab als die politische. Wenn also die Jugendbewegung darauf verzichtete, politisch zu sein, so hieß das in Wirklichkeit: sie verzichtete auf den Kampf. Und darum alleine war es den Herrschenden zu tun, als sie durch den Reichstag das Vereinsgesetz beschließen ließen. Keine Politik! das war nur ein anderer Ausdruck für: Kein Kampf! Diesem Gebot des Staates beugte sich die Sozialdemokratie, indem sie ihre Jugendbewegung für unpolitisch erklärte.

Das musste aber auf die Bildungsarbeit zurückwirken. Ein wichtiger Bestandteil der sozialistischen Lehre ist die Lehre vom Klassenkampf. Indem nun die Jugendbewegung selbst auf den Kampf verzichtete, strafte sie ihre eigene Lehre lügen. Sie lehrte, dass nur durch den Klassenkampf das sozialistische Ziel erreicht werden könne; gleichzeitig aber lehrte sie, dass die Jugendlichen an diesem Kampfe nicht teilnehmen sollten, dass sie auf ihn vielmehr durch Unterweisung erst vorbereitet werden müssten, dass sie für den Kampf noch nicht reif seien. Auf die Jugendlichen selbst also bezog sich die Lehre vom Klassenkampf nicht; für sie hatte sie noch keine Gültigkeit.

Indem der sozialistischen Lehre dieser wichtige Bestandteil genommen wurde, wurde sie eine rein bürgerliche Lehre. Auch die bürgerlichen Politiker und Schulmänner erklärten und erklären noch heute: die Jugendlichen sind noch nicht reif für die Politik, d. h. für den Kampf um ihre Klasseninteressen. Es war also keine Erziehung im Sinne des Sozialismus mehr, die in der Jugendbewegung getrieben wurde; es war eine rein bürgerliche Erziehung. Es waren nur noch die Worte des Sozialismus, die da gelehrt wurden; aber es war nicht mehr der Geist des Sozialismus. Es war, wie wenn in der Bibel steht: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“, und die Welt der Wirklichkeit ist voll des Hasses der Menschen untereinander.

Die alte Jugendbewegung hatte sich dem Staate restlos unterworfen. Ihre Einrichtungen passten sich den Einrichtungen des Staates genau an. Die Sozialdemokratie bekam ein Interesse daran, dass diese staatlichen Einrichtungen unangetastet blieben. Und darum war es kein Wunder, dass die Sozialdemokratie und an ihrer Spitze die Instanzen den Staat retten half, indem sie für die Vaterlandsverteidigung eintrat. Die alte Jugendbewegung war keine sozialistische mehr; deshalb konnten ihre Instanzen dem Kriege gegenüber keine sozialistische Stellung einnehmen. Sie haben in der Tat den Weg fortgesetzt, auf dem die Jugendbewegung vor dem Kriege bereits selbstzufrieden wandelte.

Es waren nur noch die Worte des Sozialismus, die den Jugendlichen in der alten Bewegung in die Ohren drangen; aber es war nicht mehr sein Geist. Dieser Geist kann nur lebendig werden, wenn die sozialistischen Worte auch der sozialistischen Praxis des Kampfes entsprechen. Und hier knüpfen wir wieder an, die wir für eine neue Jugendbewegung kämpfen. Uns sind die Worte mehr als bloße Ermahnungen. Sie bergen für uns die Notwendigkeit der ihnen entsprechenden Tat in sich. Die Instanzen setzen die alte Bewegung fort, indem sie sich an die alten Worte und an die alten Formen klammern. Wir wollen die alte Bewegung überwinden, indem wir den alten sozialistischen Geist wieder lebendig werden lassen wollen. Will man die alte Bewegung bestehen lassen, dann muss man auf den Sozialismus verzichten. Sie führt auf geraden und krummen Wegen ins Lager des Bürgertums. Will man die neue Bewegung zum Durchbruch bringen, dann gilt der erste Kampf der alten Bewegung und den alten Instanzen, den alten Phrasen und der alten Politik. Hier gibt es keine Versöhnung. Wer hier versöhnen will, verkauft die Jugendlichen an ihre Klassengegner, in deren Dienst die sozialpatriotischen Instanzen stehen. Wer das Wohl der Jugendlichen will, hilft ihnen im unerbittlichsten Kampfe gegen die Sozialpatrioten. Die erste und letzte Entscheidung aber liegt bei den Jugendlichen selbst. Alte oder neue Bewegung - Sozialpatriotismus oder Sozialismus - alte oder neue Zeit: Jugendliche, Ihr habt die Wahl!

(Aus dem Mitteilungsblatt der freien Jugendbewegung für Hannover, Linden und Umgegend.)

Eine Resolution zur Jugendfrage.

In der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Bremen brachten die Linksradikalen zur Jugendfrage folgende Resolution ein:

Der Kapitalismus zwingt die Jugendlichen aller Länder in immer größeren Massen in den Produktionsprozess zur Ausbeutung ihrer Arbeitskraft. Im Zeitalter des Imperialismus fordern alle kapitalistischen Staaten eine bis zur höchsten Steigerung entwickelte Anspannung der jugendlichen Kräfte für die Zwecke des Militarismus, Schule, Fortbildungsschule, private Veranstaltungen, als Turn- und Sportvereine, sowie die ganze bürgerliche Jugendbewegung wirken ausnahmslos und ausgesprochen in dieser Richtung. Der Kampf des Bürgertums um seine imperialistischen Ziele ist der Hauptinhalt eines Klassenkampfes; die Erziehung der Jugendlichen für die Interessen des Imperialismus, sowie ihre mittelbare Beteiligung an der Verwirklichung derselben ist daher ein politischer Akt. In ihrer Gesamtheit stehen die Interessen des imperialistischen Bürgertums im schroffen Gegensatz zu den Interessen der sozialistischen Arbeiterschaft.

Die proletarische Jugendbewegung ist ein Glied der sozialistischen Arbeiterbewegung. Sie hat zur Voraussetzung ihrer Existenz den Klassenkampf um den Sozialismus und ist deshalb politisch.

Die von der sozialpatriotischen Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands propagierte Auffassung, dass die Jugendbewegung unpolitisch sei, ist eine plumpe Irreführung der Staatsgewalt wie der Jugendlichen selbst. Hervorgegangen aus der Unterwerfung der Sozialdemokratie unter die Bestimmungen des Vereinsgesetzes, ist diese Formel der Ausdruck des Verzichtes auf den Kampf um die politische Gleichberechtigung der Jugendlichen, bewirkt sie die politische Entrechtung der Jugendlichen in Permanenz, läuft sie auf die Auslieferung der Jugendlichen an die Interessen des Staates und des Kapitalismus hinaus. Als unentbehrliche und an Bedeutung ständig wachsende Träger des Produktionsprozesses, werden sich die Jugendlichen ihrer Klassenlage wie ihrer Klasseninteressen in steigendem Maße bewusst,

verlangen sie nach gemeinsamer Vertretung dieser Interessen mit ihren erwachsenen Klassen-genossen.

Die proletarische Jugendbewegung ist politisch nicht im Sinne vorbereitender Erziehung auf eine spätere Zeit, in der der Staat die politische Betätigung der Jugendlichen erlaubt, sondern im Sinne der aktiven Teilnahme der Jugendlichen um den allgemeinen Klassenkampf des Proletariats, vornehmlich in der bevorstehenden Epoche der Massenaktionen, unter ständiger geistiger Beeinflussung im Sinne der sozialistischen Weltanschauung. Die Bildung hat nicht mehr, wie bisher, den Kampf zu ersetzen, sondern Kampf und Bildung haben sich gegenseitig zu durchdringen.

Die Vorbedingung für die Eroberung politischer Rechte ist der Kampf der Jugendlichen gegen die sozialpatriotische Zentralstelle und deren Organ, die „Arbeiterjugend“. Ohne den Boden der alten Jugendorganisation schon jetzt zu verlassen, ist dieser Kampf mit dem Ziele der Spaltung mit den Sozialpatrioten planmäßig durch Aufklärung und Agitation zu führen.

Der wirkliche Kampf der Jugendlichen ist die beste Waffe ...

Nur im wirklichen gemeinsamen Kampfe wird die proletarische Jugendbewegung ein lebendiges Glied der allgemeinen Arbeiterbewegung, nur so wird sie ein Kampforgan für den Sozialismus.

Aus unserm politischen Tagebuch.

12. November.

In *Chemnitz* starb kürzlich ein Parteigenosse, dessen Name in der breiten Öffentlichkeit wenig bekannt geworden ist. Und doch hat er die 25 Jahre, die er der Partei angehörte, unermüdlich für sie gewirkt. Und er wirkte für sie in der felsenfesten Überzeugung, dass sie eine Partei des Klassenkampfes sei. Als aber am 2. August 1914 die gewaltige historische Probe aufs Exempel kam und mit ihr die große Niederlage der Sozialdemokratie, da wurde die Enttäuschung *Emil Egers* so groß, dass er der Partei den Rücken kehrte. Er war sicher nicht der Einzige, der seiner Wut über die Haltlosigkeit der Sozialdemokratie in dieser Form sichtbaren Ausdruck gab. Wie manchem sind wir bis heute begegnet, der ebenso handelte, aus den gleichen Motiven. Und trotzdem wars nicht richtig, was sie taten. Die große historische Probe war auch eine Probe für diejenigen, die die Bedeutung der Stunde und die eigentliche Aufgabe der Sozialdemokratie begriffen hatten. Jetzt galt es, sich mit aller Kraft dem Strome entgegenzuwerfen, der die Arbeiter für einen Augenblick mitriss. Und das kann man nicht, wenn man ihre Reihen flieht. Emil Eger hat sich als aktiver Kämpfer nicht mehr an der Arbeiterbewegung beteiligt; aber mit stiller Freude beobachtete er das ständige, wenn auch langsame Wachsen der linksradikalen Bewegung in *Chemnitz*, und nach seinen Kräften hat er sie unterstützt. Er mochte in ihr wohl den Vorboten einer neuen Zeit, einer neuen großen Epoche der Arbeiterbewegung erblicken, in der die Ideale verwirklicht werden sollen, für die er die beste Kraft eines Lebens eingesetzt hatte, als die alte Bewegung von der historischen Bühne abtrat. Seine Enttäuschung ist die Enttäuschung vieler gewesen. Aber auch seine letzte Hoffnung wird die Hoffnung vieler sein.

Feuilleton

Spartacus.

Von *Albert Thomas*, dem sozialdemokratischen Munitionsminister in Frankreich.²⁰

Im Jahre 74 v. Chr. brach ein schrecklicher Sklavenaufstand aus. Rom hatte eben alle Staaten der Mittelmeerwelt erobert. Schritt für Schritt mit seinen Eroberungen entwickelte sich die Sklavenwirtschaft. Jeder reiche Mann hatte nicht nur Sklaven zu seiner Bedienung, sondern auch ungeheure Sklavenheere, die er zu den verschiedensten Arbeiten benutzte. Er hatte Diener aller Art, Köche, solche, die ihn bei Tische bedienten, Friseure, Ärzte, Musikanten, Sänger, Vorleser und Leute, die sein Gefolge auf der Straße bildeten. Auf den Feldern hielt er eine ungeheure Zahl Sklaven als Landarbeiter und Hirten. In der Stadt gebrauchte er sie als Arbeiter, die er vermietete oder deren Arbeitskraft er verkaufte. Oft hatte er selbst Sklaven, die er als Gladiatoren, d. h. als Kämpfer für die Zirkusspiele ausbilden ließ. Diese lebten in einer Art Kaserne unter dem Befehl von Turn- oder Ringlehrern, die zum Teil Freie, zum Teil selbst Sklaven waren, und die sie zu den grausamsten Spielen einübten.

Gladiatoren waren es, und zwar die des Lentulus Batuatus eines berühmten Fechtmeisters aus Capua, die in Campanien im Jahre 74 das Zeichen zum Aufstand gaben. Dort gab es ihrer aus allen Ländern, in erster Reihe aber Thraker und Gallier, Leute von kräftigem Körper und entschlossenem Sinn, oft von entgegengesetzten Charakteren, aber vereint in ihrem Hasse gegen ihren Herrn.

So kam es, dass die Gladiatoren von Capua, von ihren Herren grausam behandelt, sich erhoben.

Thraker und Gallier hatten einen Anschlag eronnen. Dreiundsiebzig Mann waren herausgegangen, hatten sich auf der Straße der Schlächter und Garköche bemächtigt, ihre Bratspieße und Küchenmesser ergriffen und mit diesen primitiven Waffen gesiegt und die Soldaten und Bürger von Capua, die sie angreifen wollten, entwaffnet. Räuber, Hirten, Sklaven von den Feldern, alle, deren stumme Geduld müde war, hatten sich ihnen angeschlossen.

In der ersten instinktiven Bewegung der Empörung hatten sie, um die Herren zu erschrecken, Dörfer geplündert, Felder verwüstet, Frauen und Kinder entführt. Dann hatten sie sich auf einer Höhe des Vesuvs niedergelassen und bedrohten die Ebene. Unter ihnen war ein entschlossener Mann, ein wirklicher Führer. Er kam aus Thracien. Kräftig und klug wie er war, war er geflohen, wieder Soldat geworden, dann wieder in Sklaverei gekommen: sein schöner Wuchs und seine Kraft hatten ihn zum Gladiatoren bestimmt. Aber in der engen Kaserne gedachte er der Freiheit, der reinen Luft der heimatlichen Berge. Er war es, der die Stunde des Aufbruchs festgesetzt hatte. Er hieß Spartacus.

Sobald das Vorgehen der Sklaven in Rom bekannt geworden war, hatte der Senat Truppen geschickt. Der Prätor Clodius Pulcher war in der Ebene angekommen und hatte seine 3000 Leute aufgestellt, um die kleine Schar der Auführer zu belagern und sie durch Hunger zu unterwerfen.

Der Weg zu der felsigen Plattform, auf der die Sklaven lagerten, war wohl bewacht. Auf der andern Seite ein jäher Abhang. Der Prätor glaubte sie gefasst zu haben. Aber Spartacus

²⁰ Übersetzt aus der *Histoire anecdotique du Travail*. Paris

ließ die Weinstöcke, in deren Mitte er lagerte, abschneiden. Die knotigen, verschlungenen Ranken bildeten eine Leiter. Einer nach dem andern stiegen alle hinab, überraschten beim Morgenrot die Römer und vernichteten die von einer Panik Ergriffenen.

Aber was aus diesem Siege machen? Ja, wenn es nur auf Spartacus angekommen wäre! Er würde sich nach dem Gebirge gewandt haben. Zu Lande, nach Norden zu, wären Thraker und Gallier in ihre Heimat gelangt.

Groß war nach diesem ersten Siege die Zahl derer, die sich den Aufrührern anschlossen. 10 000 waren es jetzt, die auf den Ruf des Spartacus ihre Ketten zerbrochen hatten – Männer aus allen Völkern, Gallier, Thraker, Numidier und Spanier. Neue Führer traten auf: Crixus, Denomäus. Bataillone bildeten sich – eine ganze organisierte Armee. Brennend und mordend zerstreuten sich die Sklaven über das entsetzte Campanien. Das war die Rache! Wo sollte der Sklave Mäßigung und Milde gelernt haben?

Spartacus aber litt; er wusste, dass die *Freiheit* das große, das einzige Gut der Menschen ist. Er wusste, dass man, um sie zu besitzen, um sie zu verteidigen, selbst wirklich innerlich frei sein muss. Er rief den Mut an; er zeigte allen, dass sie keine Wahl hatten: entweder mussten sie immer siegen oder sie würden einen schmachvollen Tod erleiden. Um zu siegen, musste man sich selbst beherrschen können, durfte man sich durch Plündereien nicht verderben lassen.

In einer süditalienischen Stadt, in Turium, wohin er seine Truppen nach den ersten Siegen geführt hatte, bemühte sich Spartacus, einen neuen und reinen Staat zu gründen, wie er ihn geträumt hatte, einen Staat, in dem es keine Sklaven gab, der einzig von freien Menschen gebildet wurde. Er lehrte seinen Gefährten, selbstdisziplinierte Soldaten zu sein, mit den Kaufleuten, die in das Lager kamen, ehrlich zu handeln, Gold und Silber zu verachten.

So verging der Winter. Aber Rom rüstete. Rom konnte nicht dulden, dass sich mitten in Italien ein neuer Staat bildete, dass Spartacus die ungeheure Masse der Sklaven in die Freiheit rief. Truppen wurden gesandt: die beiden Konsuln, d. h. die beiden Häupter der Regierung, waren beauftragt, die Sklavenheere zu schlagen. Crixus, der Gallier, wurde besiegt und getötet; aber Spartacus wandte sich nach Norden, traf mit den beiden Konsuln zusammen und besiegte sie.

Von neuem herrschte Schrecken in Rom.

„Wir wollen gegen Rom ziehen, sagten die meisten Sklaven. Wir wollen die Hauptstadt ihrer Reichtümer berauben, wir wollen die Herren der Herren töten.“ Aber Spartacus wandte sich, ohne seine Absicht zu sagen, nach Norden; er zog seine Gefährten mit sich nach den freien Ländern, fern von Italien, fern von diesem Herd der Schande und der Unterdrückung, nach den Weiden Thrakiens, um dort – so träumte er – mit reinen Menschen frei zu leben.

Aber bevor er Italien verließ, wollte auch er seine feierliche und furchtbare Rache. An den Ufern des Po errichtete er zu Ehren des Crixus, seines gefallenen Kameraden, einen ungeheuren Scheiterhaufen und zwang hier, während die Armee der Aufrührer frohlockte, die römischen Bürger, die er gefangen hatte, ihrerseits Spiele zu geben, wie Gladiatoren unter sich zu kämpfen.

Aber der Fluss war über seine Ufer getreten. Man musste warten, um ihn zu überschreiten, und während dieser Tage kam die Masse der Sklaven – es waren ihrer jetzt mehr als 100 000 – in Erregung. Stolz, von ihrem Triumpf erhoben, weigerten sie sich, Italien zu verlassen. Spartacus, gezwungen ihnen zu folgen, kehrt um.

Schrecken herrschte in der Republik. Wer würde die Sklaven züchtigen, wer den Staat retten?

Ein Mann bot sich dem römischen Volke an, Marcus Licinius Crassus. Er war einer der mächtigsten Kapitalisten Roms und stammte aus reicher Familie. Ein zäher und umsichtiger Geldmann, hatte er sehr große Geschäfte gemacht. Er war ehrgeizig, er suchte Ruhm. Er schien der zum Kampfe gegen die aufrührerischen Sklaven, die die Quelle der Reichtümer trocknen konnten, auserwählte Mann zu sein.

Lange Monate dauerte nun ein heftiger, unabsehbarer Krieg zwischen den Sklaven und den Heeren des Crassus. Crassus hatte seine Leute hart erzogen. Eine Legion war, von Furcht ergriffen, zurückgewichen. Crassus dezimierte sie, d. h. er ließ jeden zehnten, durch das Los bestimmten Mann vor den Augen der andern töten. Dann führte er seine Truppen gegen Spartacus, der, nach Süditalien zurückgekehrt, nach Sizilien gehen wollte, um dort den Aufruhr zu wecken, da die Sklaven dort zahlreich und der Empörung nahe waren.

Die Sklaven wurden mehrere Male geschlagen, ebenso Crassus. Die Römer hatten versucht, Spartacus zwischen dem Meer und einem von seinen Truppen gut verteidigten Graben einzuschließen. In einer stürmischen Nacht, als der Schnee in großen Flocken herunterfiel, ließ Spartacus den Graben an einer Stelle zuschütten und überschritt ihn mit einem Drittel seiner Armee. Es schien unmöglich, ihn festzuhalten.

Aber die Sklaven waren unter sich gespalten. Die lange Knechtschaft hatte zu demoralisierend auf sie gewirkt. Es war nicht möglich, sie zu einheitlichem Handeln zusammenzuhalten. Und selbst die Überlegenheit und Einsicht, die moralische Größe des Helden Spartacus vermochte es nicht. Ihrem rebellischen Drang stand die organisatorische Macht Roms gegenüber. Spartacus wurde geschlagen. Die Sklaven wurden zu Hunderten hingeschlachtet. Die übrigen mussten ins Sklavenjoch zurück. Es war die größte Sklavenrebellion Roms. Und sie ist eins der lehrreichsten Kapitel in der Geschichte der Befreiungskämpfe der Unterdrückten.

Zeugen und Rufer.

Alle große politische Aktion besteht in dem Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit. Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist.

Lassalle: Politische Aufsätze. (1863.)

Ihr nennt euch Christen und ihr gründet eure Macht noch auf die physische Gewalt, ihr seid nur noch die Nachfolger Cäsars. Ihr vergesst, dass die wahren Christen es sich zum Endzweck ihrer Arbeit setzen, der Macht des Schwertes, der Macht Cäsars, die ihrer Natur nach im Wesentlichen provisorisch ist, vollständig ein Ende zu machen.

Graf von Saint-Simon: „Das neue Christentum“. (1825.)

Der Kanzler spricht:

Natur und Geist – so spricht man nicht zu Christen.
Deshalb verbrennt man Atheisten,
weil solche Reden höchst gefährlich sind.

Natur ist Sünde, Geist ist Teufel!
Sie hegen zwischen sich den Zweifel,
ihr missgestaltet Zwitterkind.
Uns nicht so! Kaisers alten Banden
sind zwei Geschlechter nur entstanden;
sie stützen würdig seinen Thron;
die Heiligen sind es und die Ritter;
sie stehen jedem Ungewitter
und nehmen Kirch' und Staat zum Lohn

Goethe

Ruhe.

Ruh' um jeglichen Preis! So wills der besitzende Bürger!
Wär ihm die Freiheit wert, setzt er auch diese daran.

Hoffmann von Fallersleben.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Lüth);
sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 23/1916

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

1. Jahrg.

Bremen, den 25. November 1916.

Nr. 23

Redaktion und Expedition: Waller Heerstraße Nr. 52. (Eing. Torweg).

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

Friedensglocken.

1. Keine Annexionen! Befreiung der Völker!

Am 5. November verkündeten die Zentralmächte, dass sie gewillt sind, aus Russisch-Polen einen selbständigen Staat zu machen. Vier Tage später erklärte der Reichskanzler, dass es niemals in der Absicht der deutschen Regierung gelegen habe, Belgien zu annektieren. Darauf begannen von den Türmen der sozialpatriotischen Presse Deutschlands die Friedensglocken zu läuten. Müssen denn diese Kundgebungen der deutschen Regierung nicht selbst die verbohrtesten Köpfe der französischen und englischen Regierungsmänner überzeugen, dass Deutschland an keine Vergewaltigung schwächerer Völker denkt, dass es einen ehrlichen Frieden will? Und falls die französischen und englischen Staatsmänner den Krieg weiterführen wollen, weil sie selbst an Annexionen denken, wird das Friedensangebot Bethmann-Hollwegs nicht das französische, englische und russische Volk gegen seine Regierungen auf die Beine bringen?

Schon liegen die Stimmen der wichtigsten Pressorgane des Auslandes vor, und sie sind aller Welt bekannt geworden. Was also antwortet die Regierungspresse Frankreichs und Englands? Deutschland befreit Russisch-Polen vom russischen Joch? Das ist sehr menschenfreundlich, gewiss! Das Manifest der Zentralmächte erklärt jedoch, das befreite Polen müsse „im Anschluss an die beiden verbündeten Mächte verbleiben“, und Baron Buriau, der österreichische Minister des Äußeren, erklärt, „im engen Anschluss an die beiden Zentralmächte, und zwar sowohl in politischer als auch in militärischer Hinsicht.“ Die Befreiung Polens, so führt die Presse der Entente weiter aus, bedeutet die Errichtung eines polnischen Staates, der gegen Russland ein vorgeschobenes Vorwerk sein soll. Und die Ententepresse kann sich dabei auf den sozialpatriotischen Reichstagsabgeordneten *Noske* berufen, der in der „Glocke“ am 11. November sich sogar die Mühe gegeben hat, zu erklären, warum die deutsche Regierung als Form der staatlichen Zukunft Polens einen „selbständigen Staat“ und nicht eine glatte Annexion gewählt hat. Die von Noske äußerst klar ausgeführten Gründe, weshalb Russisch-Polen nicht mit dem deutschen Gebiet, sondern nur mit der deutschen Politik verbunden werden soll, sind vom Standpunkt des deutschen Imperialismus sehr plausibel, ändern aber für die

Entente nichts an der Tatsache, dass das „neue Polen“, wenn es Wirklichkeit geworden ist, eine Machtstärkung des deutschen Imperialismus bedeuten wird.

Die belgische Frage liegt ebenso. Die Erklärung des Reichskanzlers, die Regierung habe niemals an die Annexion Belgiens gedacht, sagte keinem Beobachter der innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland etwas Neues. Und zu diesen Beobachtern gehören die Ententeregierungen ganz gewiss. Der Reichskanzler sprach in der Tat niemals von der Annexion Belgiens; er sprach immer nur von Garantien, Sicherungen, die bewirken sollen, dass Belgien niemals mehr ein Ausfallstor gegen Deutschland, niemals ein Werkzeug der englisch-französischen Politik bilden könne. Und auch das ist vom Standpunkt des deutschen Imperialismus durchaus verständlich.

Da aber, wie der Krieg gezeigt hat, völkerrechtliche Verträge Papierfetzen sind, die nach Belieben zerrissen werden können, so müssen diese Garantien und Sicherungen wohl schon in etwas realeren, den Bedürfnissen des Imperialismus mehr entsprechenden Dingen bestehen. Der Entente geht es gewiss nicht um das Wort „Annexion“, sondern um die Sache, um die Frage, ob die deutsche Regierung auf die Sicherungen verzichtet. Aber die Presse berichtet nicht nur davon, dass die Vertreter aller bürgerlichen Parteien auf diesen Garantien bestanden, sondern der „*Deutsche Kurier*“, das Berliner Organ der Nationalliberalen, wusste zu berichten, dass der Reichskanzler „ferner ausdrücklich erklärt hat, dass er kein Wort von dem zurückzunehmen habe, was er früher über die Notwendigkeit der realen Garantien im Westen gebraucht hätte.“ Und der bestinformierte Offiziosus, Herr *Stein* von der „*Frankfurter Zeitung*“, telegraphierte am 10. November seinem Blatte diesen Bericht des Kuriers mit dem Kommentar, er bilde „eine beachtenswerte Ergänzung des offiziellen Berichts“. Die gesamte Presse der Entente sieht, da sie selbst annexionslüstern genug ist, in der Forderung nach den Garantien ein Programm der verkappten Annexion Belgiens.

Aber die belgische und polnische Frage bilden nicht die einzigen Kriegsfragen. Wir wiesen in unserem Artikel „Krieg und Frieden“ auf die *serbische* Frage als eine der wichtigsten Fragen hin, weil ihre Lösung über das Gelingen oder Misslingen des Mitteleuropaprogramms entscheidet. Dass wir die Lage richtig beurteilten, beweist die jüngste Rede des englischen Premiers *Asquith*. der daran erinnerte, dass die Entente auch Serbien die Wiederherstellung gesichert hat. Von deutscher Seite habe niemand, so führte *Asquith* weiter aus, auch nur angedeutet, dass Deutschland bereit sei, diesem Verlangen entgegenzukommen. Der „Vorwärts“, der, seitdem er unter der „geistigen“ Leitung *Scheidemanns* und *Stampfers* steht, sich als Kanzlerorgan fühlt, erklärte darauf am 11. November: „Diese Andeutung ist bisher wohl nur deshalb unterblieben, weil noch kein Mensch in Deutschland auf den Gedanken gekommen ist, dass die deutschen Soldaten an der Somme, am Stochod, in der Dobrudscha und in den Karpathen bluten könnten, um Serbien zu erobern.“ Vielleicht kennt Herr *Asquith* das Verhältnis der Herren *Stampfer* und *Scheidemann* zum deutschen Reichskanzler nicht; wohl aber weiß er, dass der Graf *Ernst zu Reventlow* kein Lakai des Herrn *Bethmann-Hollweg* ist, dass er sogar zu ihm in einem starken Gegensatz steht. Trotzdem wird Herr *Asquith* nicht den *Stampfers* und *Scheidemanns*, sondern dem Grafen *Reventlow* glauben, der auf diese Ausführungen des „Vorwärts“ antwortet:

„Sie (das *Stampfer-* und das *Mosseblatt*, das sich dem „Vorwärts“ anschließt) scheinen auch nicht zu wissen, dass die Teilnahme Bulgariens in der Reihe der Mittelmächte und der Türkei zu einem überaus wesentlichen Teile der Befreiung derjenigen bulgarischen Volksgenossen galt, welche innerhalb der serbischen Grenzen wohnten. Schon deshalb wäre die Wiederherstellung Serbiens ... ein Unding und eine Unmöglichkeit ... Eine Wiederherstellung Serbiens ist ausgeschlossen, weil eine solche den Zusammenhalt des mittel- und südosteuropäischen Vierbundes unmöglich machen würde, gar nicht zu reden von seiner weiteren

Konsolidierung und Stärkung in Zukunft außen und innen. Wiederherstellung Serbiens würde die Verbindung Berlin – Sofia – Konstantinopel usw. aufheben und das serbische Problem würde sich eines Tages wieder auf dem Balkan einstellen, nicht nur als Gefährdung Österreich-Ungarns, sondern als Sprengmittel des gesamten politischen Zustandes der Balkanhalbinsel.“ Diese Ausführungen der „Deutschen Tageszeitung“ vom 12. November bilden keine Sondermeinung der „Fronde“: sie sind Selbstverständlichkeiten vom Standpunkt des deutschen Imperialismus. Das weiß die Entente, die zwar viele zu belügen sucht, die sich aber selbst gewiss nicht irreführen lässt.

So sieht die Lage aus. Weder die Zentralmächte noch die Entente wollen die Rückkehr zum status quo ante bellum. Und weil keines der Lager bis heute völlig niedergedrungen ist, darum ist es gelinde gesagt ein Irrtum, wenn der „Vorwärts“ schreibt: „In der Rede des Reichskanzlers hört man die Schwingen der Zukunft rauschen, die uns das Ende dieser Schrecken bringt.“ Und es ist jene Dienstbeflissenheit, deren nähere Charakterisierung wir uns versagen können, weil sie jedem in ihrem Wesen offenbar sein dürfte, wenn Scheidemann in einem Artikel an die Parteipresse erklärt: „Durch die Erklärung des Reichskanzlers ist eine Grundlage gegeben, auf der über den Frieden verhandelt werden kann, wenn die andern verhandeln wollen ... Würden die Gegner nach der Erklärung des Reichskanzlers einen neutralen Vermittlungsversuch, der wohl nicht lange ausbleiben wird, zurückweisen, so würden sie damit vor aller Welt die Verantwortung für die Fortdauer des Krieges auf sich nehmen.“

Der Rede des Reichskanzlers folgte der Aufruf des deutschen und österreichischen Generalgouverneurs an die Polen zum Formieren eines neuen Heeres, folgten die Vorbereitungen zur Zivildienstpflicht, d. h. zur Anspannung aller Kräfte der Bevölkerung für den Krieg, folgte die Veröffentlichung eines Schreibens Hindenburgs an den Reichskanzler, das zur Entfesselung des furor teutonicus auffordert. Aus den Artikeln der sozialpatriotischen Presse aber hört man nur das „Rauschen“ des Willens, das Proletariat über diese Aufgaben der nächsten Zukunft zu beruhigen.

Die sozialpatriotische Presse und die Polenfrage.

Als die Proklamation der deutschen und österreichischen Regierung über die Errichtung eines neuen Königreichs Polen veröffentlicht worden war, bemerkte man in einem bedeutenden Teil der deutschen bürgerlichen Presse eine vielsagende Zurückhaltung. Nur in einigen liberalen Blättern, denen das Wort Freiheit schon genug ist, um in Verzückungen zu verfallen, ganz unbesehen des realen Inhaltes dieses viel gebrauchten und ebenso oft missbrauchten Wortes, fand man ungeteilte Zustimmung. Aber die rechtsstehende Presse, die nicht gewohnt ist, sich an Worten zu berauschen, sondern die Politik nach ihrem realen Wert misst, verhielt sich kühl und reserviert. Sie drückte damit nur aus, was ist.

Hatte doch selbst die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ zur Vorsicht gemahnt, indem sie schrieb: „Es wäre falsch, in dieser Stunde die Bedenken zu verhehlen, die manchen patriotischen Mann hindern, mit freudigem Herzen den kühnen Schritt gutzuheißen, der, mit dem Manifest getan wird.“ Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ kannte ihre Leute und wusste, was an der Lösung der Polenfrage durch das Manifest noch nicht gelöst war. Und so blieb die politisch einflussreichste Presse mit ihren Bedenken nicht im Hinterhalt. Sie trug sie frei und offen vor, soweit ihr das nur irgend möglich war. Deutlich trat in diesem Verhalten der konservativen Presse die Zweiteilung im Lager des deutschen Imperialismus hervor.

Was sie am meisten befürchtete, war, dass der Kurs der deutschen Politik sich durch diesen Schritt den Weg nach dem Osten für die Zukunft verbaut habe, und dass der deutsche Imperialismus nunmehr gezwungen sei, seinen Anschluss, dem Wunsche der Rohrbachianer

entsprechend, bei England zu suchen. Daneben aber waren es innerpolitische Bedenken, die die konservative Presse, deren Ideal die bisherige Polenpolitik Preußens ist, zu äußerster Zurückhaltung bewog. Jedenfalls glaubte sie die Interessen des deutschen Imperialismus durch das Manifest nicht in der nachdrücklichen Weise gewahrt zu sehen, wie es nach ihrer Meinung nötig gewesen wäre. Und andere als die Interessen des deutschen Imperialismus, kamen bei der Lösung der Polenfrage nicht in Betracht, weder für die konservative Presse, noch, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ ebenfalls unumwunden zugab, für die Väter des Manifestes. Noch auch für die liberale Presse, die diese Lösung im Interesse des deutschen Imperialismus begrüßte.

Umso mehr verdient es festgehalten zu werden, dass auch die sozialpatriotische Presse vorbehaltlos die Lösung der Polenfrage durch das Manifest der verbündeten Regierungen des deutschen und österreichischen Imperialismus anerkannte. „Ein neues Polen!“, „Ein neues, freies und selbständiges Polen!“, „Das freie Polen!“, „Die Wiedererstehung Polens!“: mit diesen Worten begrüßte sie das imperialistische Manifest als eine Tat von welthistorischer Bedeutung. Nun ist, vom Standpunkte des Krieges, zwar richtig, was Graf Reventlow einstmals im „Größeren Deutschland“ in einer Polemik gegen Herrn Kohrbach schrieb, als dieser das Fell bereits verteilen wollte, noch ehe der Bär erlegt war: Trachtet am ersten nach einem gründlichen, allseitigen Siege, so wird euch das andere alles zufallen. Aber diese für jeden ernsthaften Politiker selbstverständliche Klugheit braucht die sozialpatriotische Presse nicht zu beobachten. Sie hat andere Aufgaben zu erfüllen. Man kann den David, Kolb, Heine, Scheidemann nicht so viel Geistesabwesenheit zutrauen, dass sie bei aller Hochspannung in der Einschätzung ihrer eigenen Bedeutung nicht doch eine entfernte Ahnung davon haben sollten, dass die Politik des Imperialismus sich nicht nach ihren Wünschen richtet.

Politische Fragen sind Machtfragen, und die „Deutsche Tageszeitung“ traf in den letzten Tagen den Nagel mehrmals auf den Kopf, indem sie die *relative* Ungefährlichkeit Scheidemanns mit der Tatsache bewies, dass er keine Macht hinter sich habe. Immerhin ist damit auch nur seine relative Ungefährlichkeit erwiesen; denn wenn er auch sicher nicht mehr die Massen der deutschen Arbeiterschaft hinter sich hat, so steht ihm doch immer noch die sozialpatriotische Presse zu willfährigen Diensten, um entweder seine eigenen benebelnden Phrasen zu publizieren oder doch in ihrem Sinne Tag für Tag zu wirken. Und darin beruht die eigentliche Aufgabe des Sozialpatriotismus. Auf die reale Gestaltung der imperialistischen Politik ohne jeden positiven Einfluss, hat er dieser Politik durch die Umnebelung der Gehirne der Arbeiter mit sozialpatriotischen Phrasen die Wege zu ebnen. Und dieser Aufgabe hat er sich vom ersten Tage des Krieges bis heute als würdig erwiesen. So auch, und ganz besonders, in der Behandlung der Polenfrage.

„Der deutsche und der österreichische Generalgouverneur in dem durch Schwertgewalt Russland entrissenen polnischen Gebiet haben gestern ein Freiheitsmanifest verkündet, durch das den Polen die Errichtung eines selbständigen polnischen Verfassungsstaates durch das Wort der beiden Herrscher verbürgt wird. Mit Jubel ist diese Kunde in Warschau und Lemberg aufgenommen worden ... und mit den Vertretern von Universität und Geistlichkeit, Hochadel und Großindustrie haben die Vertreter der polnischen Legion, zum größten Teile auch kämpfende Sozialisten, die Stunde bejubelt, die Polen aus bitterer Unterdrückung von fünf Menschenaltern befreit und dem heimgesuchtesten, gequältesten Volke Europas den Weg ins Freie und zum Licht wieder öffnet.“ So schreibt das führende Organ des Sozialpatriotismus, die „Chemnitzer Volksstimme“, und es bekundet: „So ist die getroffene Entscheidung im Interesse Deutschlands und der deutschen Freiheit unter allen möglichen wohl als die beste zu begrüßen“, und schon begrüßen die Herren Heilmann und Noske „die befreite polnische Nation“.

Das „*Hamburger Echo*“, dieses würdige Geschwister der Chemnitzerin, erklärt: „Der Weltkrieg mit seinen gewaltigen Wandlungen ließ deutsche und österreichische Truppen als Befreier in Polen einrücken, ließ die Regierungen Deutschlands und Österreich-Ungarns die Gründung des neuen Staates aussprechen und dem polnischen Volk die Möglichkeit geben, sich in Unabhängigkeit von Russland ein eigenes Staatswesen zu gestalten. . . In diesem Sinne wird der Waffensieg Deutschlands und seiner Verbündeten von einem *moralischen Sieg* von weltgeschichtlicher Bedeutung begleitet sein. Ein *freies* Polen durch Deutschlands Macht wird Freund sein, und Freunde werben.“

Und *Eduard David*, nachdem er Ignaz Dascynski und Josef Pilndski neben Marx und Engels als Kronzeugen für das imperialistische Manifest angerufen, und den Segen der Lostrennung Polens von Russland in allen Zungen gepriesen hat, sagt befriedigt: „Aus diesen Gründen freuen wir uns der Ankündigung eines wiedererstehenden selbständigen Polens. Es ist die eine Frucht des Weltkrieges, die dem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritt dient.“

Hymnenartig grüßt die *Mannheimer „Volksstimme“* das „neue, freie und selbständige Polen“: „Heute sei nur das neue Polen begrüßt: als eine erste Erfüllung und als eine größere Hoffnung; seien auch unsere polnischen Genossen begrüßt, die, seit sie als politische Organisation bestehen, nie aufgehört haben, wie für die Interessen des Proletariats als solchen, so auch für die Interessen des ganzen polnischen Volkes, für die Autonomie und Selbständigkeit ihres Landes zu kämpfen.“

So jubelt die sozialpatriotische Presse den „welthistorischen Akt“. Sie jubelt ihn lauter als selbst die liberale Presse; sie kennt nicht die Bedenken der konservativen Presse; sie kennt überhaupt keine Bedenken. Wo aber einem Klugen unter ihnen eine leise Ahnung von solchen Bedenken aufsteigt, da ist er flugs mit Feder und Papier beflissen, sie im Interesse des Imperialismus zu zerstreuen. Siehe da, Herr *Wetzker* aus *Bochum!* Ihm sind Bedenken gekommen. „Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist ein Grundsatz der Demokratie.“ Aber nun ist die Befreiung Polens nicht der Selbstbestimmung der Polen entsprungen, sondern das Werk des deutschösterreichischen Imperialismus. Erstes Bedenken. Das Volk der Polen sitzt nicht nur in Kongress-Polen. Das Manifest aber spricht sich nicht über die Grenzen aus, und die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erklärt ausdrücklich, dass Preußisch-Polen natürlich bei Deutschland verbleiben werde. Zweites Bedenken. Wie hilft sich nun der Sozialpatriot *Wetzker*? Er erklärt, dass dieses scheinbar einfache, klare Naturrecht, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, auch seine Kehrseite haben kann, und die vollendetste demokratische Grundsätzlichkeit hilft nicht über die Wirklichkeit hinweg. Auch die Freiheit will gelernt sein. Und das polnische Volk muss sie noch erst lernen. Sein Lehrmeister in der Freiheit aber kann nur der deutsch-österreichische Imperialismus sein. Wenn seine Lektion sich an den Polen bewährt hat, dann, ja dann ist für das polnische Volk dereinst auch die Zeit des Selbstbestimmungsrechtes gekommen. „Das polnische Volk war nicht imstande, sich ohne fremde Hilfe von dem russischen Joch zu befreien, und es wäre höchstwahrscheinlich auch nicht imstande, eine Freiheit zu erhalten, die zu früh des Schutzes derer entraten müsste, die ihm zu der Freiheit verholfen haben. Polen bedarf der Hilfe und des Schutzes noch weiter. Es möge erst auf eigenen Füßen stehen lernen. Dann wird auch die polnische Arbeiterklasse einst in der Lage sein, sich den Grad von Gleichberechtigung zu erkämpfen, zu dessen Benützung sie sich reif fühlen wird.“ So schreibt Herr *Wetzker* aus Bochum, inmitten der rheinisch-westfälischen Bergarbeiterbevölkerung.

Um den Reigen der sozialpatriotischen Presse würdig zu beschließen, noch die beiden „Zentralorgane“: „Vorwärts“ und Wiener „Arbeiter-Zeitung“. Diese schreibt: „Ein großer Tag ist für das polnische Volk gekommen, und welche Vorbehalte immer gegen Form und Inhalt

des Geschehnisses zu erheben wäre: dass es ein geschichtliches Geschehnis ist, ein Ereignis von gewaltiger Tragweite, das sich mit der Bildung des selbständigen Staates Polen vollzieht, das fühlt jeder, der Geschichte zu erleben vermag. Das selbständige Polen, eingeeignet seit mehr als einem Jahrhundert, sprengt die Gruft und tritt in die europäische Völkerfamilie als unabhängiger und freier Staat wieder ein: das ist die Verheißung, die dem polnischen Volke wird! Möge der Verheißung die Erfüllung nicht versagt bleiben.“ Und auch der „Vorwärts“ begrüßt das Manifest als einen ersten Schritt auf dem Wege zu einem freien Polen.

So hat die sozialpatriotische Presse ihre Pflicht erfüllt, die Politik des imperialistischen Bürgertums mit Hilfe pseudosozialistischer Phrasen den Arbeitern mundgerecht zu machen. Sie verherrlicht die Gründungsfeierlichkeiten, preist den Imperialismus als den Befreier der Völker, führt die Agenten des Imperialismus als Vertreter des polnischen Volkes vor, identifiziert ein imperialistisches Manifest mit den Forderungen der Sozialdemokratie, verherrlicht die Regierungen als Vollstrecker des politischen Testaments von Marx und Engels. Im Namen des Sozialismus deckt sie den Imperialismus, im Namen der Arbeiterklasse die Politik des Bürgertums. Das ist die Arbeit des Sozialpatriotismus für den Imperialismus.

Die Presse der deutschen Opposition hat nicht mit einer Silbe auf diese neueste Leistung des Sozialpatriotismus hingewiesen. Selbst im Banne der Illusion von der Selbständigkeit der Nationen im Zeitalter des Imperialismus ist sie außerstande, dem Sozialpatriotismus gegenüber eine grundsätzlich abweichende Stellung einzunehmen; ja, auch Bernstein als namhafter Führer des Parteizentrums, anerkennt den Schritt der Regierungen im Namen der Demokratie. Den einen ist der Imperialismus der Befreier der Völker, den andern ist er der Bringer der Demokratie. Es ist kein Unterschied zwischen ihnen. Sie sind beide unheilbare Illusionäre.

Die Arbeiterklasse hat weder mit dem einen noch mit dem andern etwas zu schaffen. Sie weiß, dass die Befreiung Polens die Befreiung der polnischen Arbeiterklasse bedeutet und dass diese Befreiung das Werk der polnischen Arbeiter selbst sein wird, das zusammenfällt mit dem Kampf der internationalen Arbeiterschaft um ihre Befreiung.

Weshalb der Zusammenbruch kommen musste.

Für den Aufbau der sozialistischen Bewegung ist nichts so wichtig, als die Ursachen klar zu erkennen, die den Zusammenbruch der zweiten Internationale im Jahre 1914 bewirkt haben. Wenn wir untersuchen, welchen Anteil daran die verschiedenen Teile der Bewegung, die Massen selbst, die Führer, welchen Anteil daran die verschiedenen Richtungen, der Reformismus, des Radikalismus hatten, so handelt es sich natürlich nicht um einen Versuch, irgendwelche Verantwortlichkeiten für eine künftige Abrechnung festzustellen, sondern darum, die Einsicht zu klären.

Weshalb kam die Katastrophe, weshalb musste sie kommen?

Oft wird gesagt: Die Internationale, die Sozialdemokratie war nicht, was sie schien. Äußerlich sich als große Umsturzbewegung gebärdend, war sie im Innern damit beschäftigt, sich dem Kapitalismus anzupassen. Obgleich dem Scheine nach radikal, war sie in Wirklichkeit reformistisch. Das bedeutet, dass die Sozialdemokratie schon längst war, was jetzt als Sozialnationalismus hervortritt.

Aber bedeutet das, dass wir vorher wie im Nebel gewandelt sind und dass wir uns über uns selbst und unsere Bewegung in einer großen Täuschung befanden, dass erst der Weltkrieg uns die Binde von den Augen reißen musste? Bedeutet es, dass die Massen nur dem Scheine nach sozialistisch, dass sie in Wirklichkeit aber noch nationalistisch waren? Dass der

Klassenkampf nur eine Phrase war? Dass alles Gerede vom Kampf gegen den Kapitalismus nur Selbstbetrug war? Dass Internationalismus und Kriegsfeindschaft in den Massen nur Heuchelei war? Dass das Umschwenken zur Kriegsbereitschaft in Wirklichkeit gar kein Umschwenken, sondern nur Selbstbesinnung war? Dass also der Reformismus, die Richtung der jetzigen offiziellen Parteimehrheit, die Massen in Wirklichkeit beherrschte und dass er die große Ursache der Katastrophe war, während die andere Richtung, der Radikalismus, nur insoweit Mitursache war, als sie den Reformismus nicht genügend bekämpfte?

Auf alle diese Fragen muss man antworten: Nein, ganz so war es nicht. Zum Teil steckt richtiges darin, aber die eigentliche Ursache wird damit nicht aufgedeckt. Es gab, vor allem in den Großstädten, bedeutende Gruppen von Arbeitern, denen es durchaus ernst war mit dem Klassenkampf, mit allen seinen praktischen Konsequenzen auch dem Kriege gegenüber; Gruppen, die sich völlig klar waren über die historischen Aufgaben der Arbeiterklasse, wie über das Wesen des Imperialismus und des Krieges. Weshalb führten sie den Kampf nichts als es galt, die große historische Probe zu bestehen?

Als der Tag der Entscheidung kam, als es um die gewaltigen Lebensfragen des Proletariats ging, da fehlte es diesen Arbeitern nicht so sehr an Mut, das Große nun auch zu wagen, als vielmehr an Einsicht in das Wesen des Kampfes, als an Klarheit über den Weg, den sie jetzt zu beschreiten hatten. Das war's! Wohl kannten breite Arbeitermassen den ersten Schritt; aber sie wussten nicht, was nach diesem ersten folgen würde. Sie schreckten vor dem dunklen Ungewissen zurück, das da vor ihnen lag. Und sie fühlten instinktiv: Experimentieren und Probieren gibt es in solchen Schicksalsstunden nicht; da muss man sicher gehen; da muss man die Konsequenzen des ersten Schrittes erkennen und bereit sein, alle seine Folgen auf sich zu nehmen. Ist man dazu nicht imstande, so zögert man, schiebt auf, wartet ab, bis es zu spät ist.

Über Methode und Wirkung des Kampfes der Arbeiterklasse, wie er von den Linksradi- kalen lange vor dem Kriege als notwendig erkannt worden war, herrschte fast absolute Unkenntnis. Sogar die Wenigen, die die Sachlage einigermaßen überblickten, hatten keine Sicherheit über den Verlauf des Kampfes. Und woher sollten sie sie auch nehmen? Das Wichtigste, woraus sie diese Sicherheit hätten schöpfen können, fehlte: Die Praxis des Kampfes. Die radikalen Wortführer hatten möglichst wenig Zutrauen, dafür umso mehr Misstrauen in diese Methode gesät, und die Partei war bei jeder früheren Gelegenheit der praktischen Anwendung aus dem Wege gegangen. Es war also ganz anders als bei dem Kampf unter dem Sozialistengesetz, wo man eine Taktik befolgte, die man längst praktisch zu handhaben wusste, mit deren Gefahren und Aussichten und Erfolgen man im Voraus vertraut war und die man daher bald meisterhaft beherrschte.

Ebenso waren alle Einzelheiten des Gewerkschaftskampfes durchaus bekannt; jeder war praktisch erprobt und handelte instinktiv richtig. Aber von politischen Massenaktionen wusste man nicht viel mehr, als man in ein paar Leitartikeln oder Versammlungsreden oder in ein paar theoretischen Auseinandersetzungen darüber gehört hatte. Und die Beispiele anderer Länder, das wusste jeder, entsprachen, so lehrreich sie im Einzelnen sein mochten, doch nicht der gegebenen Situation. Sie konnten keine Lehren abgeben, wie denn die besten Lehren des Krieges aus der Praxis des Krieges selbst abzuleiten sind, wie wertvoll auch die Lehren sein mögen, die man aus den Kriegen der näheren und fernerer Vergangenheit zu schöpfen vermag. Daher konnte es nicht zu einem großen, allgemeinen Kampf um den Sozialismus kommen, und die spontanen Massenbewegungen, wo sie sich entwickelten, blieben in den Anfängen stecken und verpufften wirkungslos. Viele warteten auf ein Signal von oben, von der Leitung her: sie warteten vergebens. Vielmehr wiegelte nach den ersten Protestversammlungen in den letzten Juliwochen vor dem Kriege der Parteivorstand in einem ängstlichen vertraulichen Schreiben an die Redaktionen, Sekretariate und den ganzen bürokratischen

Klüngel ab; ganz abgesehen davon, dass die Aktionen selbst an Unentschlossenheit kaum zu überbieten waren. Aber auch die Massen selbst versagten in diesem Augenblicke. Ihnen fehlte jegliches Vertrauen zu ihren eigenen Kampfmitteln und damit zu ihrer eigenen Macht. So war der Zusammenbruch besiegelt.

Damit war auch der Sieg des Nationalismus perfekt. Es ist nicht richtig zu sagen: weil die Massen im Grunde nationalistisch waren, deshalb versagten sie. Umgekehrt: weil sie nicht kämpften, wurden sie nationalistisch. Aktion und Energie reißt mit, wirbt; Zögern und Tatenlosigkeit stößt ab, schwächt. Der Imperialismus siegte durch sein eigene Kühnheit; der Sozialismus brach zusammen an seiner eigenen Tatenlosigkeit.

Und die Besiegelung dieser Tatsache war die Abstimmung des 4. August. Es war kein Wendepunkt, keine selbständige Entscheidung; es war die notwendige Folge der Aktionslosigkeit des Proletariats vor dem Kriege.

Das alles soll man sich vergegenwärtigen zur Beurteilung der Richtungen, die auf den Trümmern der alten Sozialdemokratie den Kampf führen. Die Ursache des Zusammenbruches war nicht in erster Linie die nationalistische, reformistische Gesinnung der Partei und besonders ihrer führenden Elemente, sondern ihr Mangel an Kampffähigkeit. Darum waren die Väter des 4. August nicht allein die Reformisten, die den Anschluss der Partei an die Bourgeoisie erstrebten, sondern nicht minder die Zentrumsradikalen, die die Kampfkraft der Partei systematisch lähmten.

Und zugleich ergibt sich hieraus, was für den Wiederaufbau des Sozialismus nötig ist. Nicht, was man vielfach als Mittel anpreisen hört: die Selbstverständigung, das Wiederbesinnen auf die alten Grundsätze. Damit wäre man im günstigsten Falle wieder beim alten Wortradikalismus angelangt, der die alte Bewegung zu Machtlosigkeit und Untergang geführt hat. Sondern die neue Taktik, die allein die neue Macht aufbauen kann. Dazu muss zweierlei Hand in Hand gehen: die Praxis und die Theorie. Aus Reden und Schriften können die Massen nicht diejenige Vertrautheit in ihre eigene Kraft gewinnen, die zur Anwendung der neuen Taktik nötig ist. Nur durch die Praxis des Handelns lässt sich das Handeln erlernen. Aber dazu muss die theoretische Belehrung kommen, die den am klarsten denkenden Köpfen der Arbeiter erklärt, was ihr Handeln bedeutet, damit sie Möglichkeiten, Wirkungen, Hemmnisse und Erfolge mit Sicherheit beurteilen lernen. Klarheit bringen über das Wesen der neuen taktischen Methode, das ist die nächste Aufgabe der Linksradiakalen. Klarheit durch Tat und Wort.

Macht.

Eine Frage drängt sich in dieser an Fragen so überreichen Zeit immer wieder mit unwiderstehlicher Gewalt hervor: Wie kommt es, dass die bürgerliche Klasse, an der wir bereits tausend Zeichen des Verfalls glaubten entdeckt zu haben, deren Niedergang wir in ihrer gesamten Ideologie glaubten verfolgen zu können, die wir ihrem Untergange schon so nahe sahen: wie kommt es, dass sie sich jetzt zu so riesenhafter Größe emporreckt, dass sie das Wagnis eines Weltkrieges auf sich nehmen konnte? Worin besteht ihre Macht?

Die Macht der Bourgeoisie ist, wenn wir von ihrer realen Macht als Besitzer des Eigentums an den Produktionsmitteln, von den realen Machtfaktoren des Staates einstweilen absehen, in erster Linie eine geistige Macht.

Ihr Arbeiter, die ihr in den Großstädten, auf den Werften, in den Fabriken, in den Gruben arbeitet, fragt vielleicht: Was ist die geistige Macht?

Wir antworten: Ihr unterschätzt die Macht der Bourgeoisie, weil ihr sie nicht begreift.

Wir wollen an ein historisches Beispiel erinnern. Im alten Rom gab es Tausende von Sklaven, die in harter Arbeit frondeten. So unmenschlich wurden sie gepeinigt, dass Sklavenaufstände ausbrachen. Der gefährlichste unter ihnen war der Gladiatorenaufstand unter Spartacus. Mutige, tüchtige Leute, die den Tod nicht fürchteten, kämpften für ihre Freiheit, für ihr Leben. Eine römische Armee nach der andern schlugen sie, unaufhörlich breitete der Aufstand sich aus. Ganz Süditalien war in ihrer Gewalt, das Volk der Unzufriedenen kam in Bewegung. Rom schien verloren. Immer neue Armeen wurden formiert. Alles half nicht. Spartacus blieb Sieger.

Da gelang es Rom, Zwietracht unter die Sklaven zu säen; hier und dort eine Gruppe für sich zu gewinnen; hier und dort den Feind durch kleine Überfälle zu schwächen; hier und dort schlichen sich Entmutigung und Furcht ein, gegenseitiges Misstrauen: das Blatt wendete sich.

Wodurch überwand die herrschende Klasse Roms die Krisis? Durch ihre geistige Überlegenheit. Als herrschende Klasse war sie gewohnt, alles mit ruhigem Blick zu überschauen. Darum blieb sie kaltblütig. Als die Gefahr am größten schien, brauchte sie sich immer noch nicht entmutigen zu lassen: sie kannte ihre Hilfsquellen. Dadurch wusste sie Kleinigkeiten dem Großen, auf das es ihr ankam, zu opfern. Die Unterdrückten besaßen diesen weiten Blick nicht, übersahen nichts, tappten im Dunkeln, misstrauten einander und wurden durch den ersten Gegenschlag entmutigt. Dadurch konnten sie zersplittert werden und jeder Sieg lief auf nichts Positives hinaus. Mit schlauer List wurden sie betrogen – Wortbruch gegenüber aufständigen Ausgebeuteten haben herrschende Klassen noch nie gescheut. Gegen diese Schlaueheit konnte die dumm-gutmütige Masse nicht aufkommen; immer wieder lief sie in die Falle. Durch dieses geistige Übergewicht, diesen weiten Blick, diese Schlaueheit, diese Fähigkeit im Betrügen, im schnellen Geben und Nehmen seitens der herrschenden Klasse mussten Sklavenaufstände im Altertum, mussten Bauernaufstände im Mittelalter zuletzt immer wieder missglücken.

Nun ja, das war in der alten Zeit. Aber jetzt sind wir doch so viel weiter. Wirklich? Sehen wir uns das Heute an: Eine Arbeiterklasse, die vor ein paar Jahren noch so gefährlich schien, die schon von der Eroberung der Macht träumte, hat sich als völlig machtlos entpuppt. Da sehen wir das geistige Übergewicht der herrschenden Klassen. Und gegen diese geistige Übermacht ist die Anwendung der brutalen Gewalt völlig machtlos. Und das ist ganz selbstverständlich. Nicht durch seine Körperkraft, sondern durch seinen Geist hat der Mensch sich über das Tier erhoben, hat er die stärkste Bestie gezähmt, ist er zum Herrn der Welt geworden. Dieses Übergewicht des Geistes gilt auch in der Gesellschaft. Darin liegt der größte Quell der Macht und das Fundament der Herrschaft jeder herrschenden Klasse, dass sie die Erkenntnis, die Wissenschaft, die Entwicklung monopolisierte und die arbeitende Klasse geistig beherrschte. Das gilt von der Bourgeoisie noch mehr als von früheren herrschenden Klassen, da Erkenntnis und Wissenschaft in der kapitalistischen Gesellschaft eine so bedeutende Rolle spielen. Solange die Bourgeoisie herrscht, werden die Volksmassen durch mancherlei Mittel mit der bürgerlichen Weltanschauung erfüllt. Und seit ihrem Aufstieg sorgt die Bourgeoisie durch die verschiedensten Mittel dafür, ihren geistigen Einfluss auf die Massen zu behalten und zu vergrößern.

Dazu dient in erster Linie die Schule, wo den Kindern von klein auf schon eingepägt wird, dass die bestehende Gesellschaftsordnung mit ihren Gegensätzen von reich und arm, vornehm und gering, hoch und niedrig gar nicht anders sein kann, dass das seit jeher so war und auch niemals anders sein wird, dass jeder Mensch mit seinem Los zufrieden sein muss, dass jeder der Obrigkeit die nötige Ehrerbietung zu zollen habe, dass schwer arbeiten ehrenvoll ist und dass die Vaterlandsliebe nächst der Liebe zu Gott die höchste Tugend ist. Dazu kommt die *Kirche*, früher der Gegner, jetzt der Bundesgenosse der Bourgeoisie. Sie stellt ihren

geistigen Einfluss auf die Massen ganz in den Dienst der bestehenden Gesellschaftsordnung. Diesen beiden Mächten gesellt sich die *Presse* zu, von altersher ein mächtiges Hilfsmittel des Kapitals, um durch tägliche Propaganda die Gedanken der Volksmassen zu beeinflussen und zu lenken. Sie ist wohl das wichtigste und wirksamste Mittel von den dreien, sie wirkt auf die Volksmassen ein, Tag für Tag, fast merklos. Selbst die sog. neutrale, scheinbar harmlose Lokalpresse wirkt gerade dadurch im Dienste des Kapitals, dass sie den Geist der Leser, besonders der Arbeitermasse, auf das Kleinliche, Unbedeutende, Geistlose gerichtet hält, und die Arbeiter abhält von den großen, belangreichen Fragen, mit denen sie gerade vertraut werden müssen, um ihre historische Aufgabe zu begreifen und zu erfüllen.

Durch solche Mittel sichert sich die herrschende Klasse ihr geistiges Übergewicht über die Massen, unterstützt durch ein ganzes Heer von Intellektuellen. Aber außerdem hat sie ein zweites, ebenso großes, ja noch bedeutenderes Übergewicht. Der größte Machtfaktor der herrschenden Klasse ist ihre starke *Organisation*.

Die Organisation ist allezeit eine der gewaltigsten Machtquellen gewesen. Schon in der Tierwelt; aber weit mehr noch in der menschlichen Gesellschaft. *Organisation bedeutet Einheit des Willens und Handelns*. Eine große Anzahl von Individuen, von denen jeder etwas anderes will, kann die Einzelkräfte nicht zu einer großen, einheitlichen Macht zusammenfügen. Jeder geht seinen Weg, und jeder verdirbt, was der andere bewirkt. Ihr Streben hebt sich gegenseitig auf, wie die Kraft der Pferde, die vor, hinter und an den Seiten des Wagens ziehen. Allein, wenn ihr Wille in derselben Richtung geht, wenn sie ihre Kraft auf denselben Punkt vereinigen, wenn sie alle nach derselben Richtung ziehen, dann wird aus all den schwachen Einzelkräften eine gemeinsame Riesenkraft.

In der ganzen Geschichte der Menschheit spielt die Organisation nächst der geistigen Macht die Hauptrolle. Wer die beste, kraftvollste Organisation besitzt, die in jedem Augenblicke alle Kraft gerade dort weiß anzuwenden, wo sie am nötigsten ist, kann weniger gut organisierte Gruppen leicht überwinden.

Der konservative preußische Professor Hans Delbrück hat in seiner Geschichte des Kriegswesens überzeugend nachgewiesen, dass die Organisation in allen Kriegen den Ausschlag gegeben hat. Kleine, gut organisierte Heere wussten große, minder gut organisierte Massen zu überwinden. Und das gilt auch vom Klassenkampf. Eine gut organisierte Minderheit ist mächtiger als eine unorganisierte Mehrheit und kann diese ohne viel Mühe regieren und beherrschen. Darauf vor allem beruht die Herrschaft von Minderheiten in der Gesellschaft. Auch die Herrschaft der Bourgeoisie beruht vor allem neben ihrer geistigen Überlegenheit auf ihrer trefflichen Organisation. Und diese Organisation der Bourgeoisie heißt der Staat. Hier sind die Quellen ihrer Macht.

Aus unserm politischen Tagebuch.

20. November.

Herr *Curt Baake*, der tüchtige Geschäftsmann, von dessen Tüchtigkeit die Parteipresse seit vielen Jahren lebt, ist auf Einladung des Auswärtigen Amtes nach Warschau geeilt, um an den Feierlichkeiten des 5. November teilzunehmen. Herr Baake ist sozusagen Sozialdemokrat – Genosse. Man sollte diese beiden anrühigen Titulaturen unter anständigen Menschen bis auf weiteres vermeiden. Genosse Baake nahm also an den Befreiungsfeierlichkeiten für das neue Königreich Polen teil, von Gnaden des deutschen Auswärtigen Amtes. Es muss den Genossen Baake gut kennen und das nötige Vertrauen zu ihm haben. Er hat es auch diesmal nicht getäuscht. Denn er schrieb flugs irgendwelchen lesebuchreifen Kitsch über die Feierlichkeiten:

„Der Saal füllt sich; hohe deutsche Offiziere, ein paar Österreicher, die deutsche Zivilverwaltung in ihren führenden Vertretern haben sich rechts und links vom Podium aufgestellt. Vor ihnen stehen in zwei mächtigen Halbkreisen die Abordnungen der polnischen Körperschaften. Da sind die Studenten, die Miliz, die Bauern, die Schulvereine, die landwirtschaftlichen Gesellschaften, jüdische und evangelische Geistliche, die Veteranen, der Magistrat und die Stadtverordneten von Warschau, die katholische Geistlichkeit, der Senat der Universität und die alten Professoren, der Senat der Technischen Hochschule und der Landwirtschaftlichen Hochschule, die Gesellschaft der Wissenschaften, die Kunstakademie, die Handelshochschule und das Börsenkomitee, die Liga des polnischen Staatsgedankens, der Klub der Anhänger des polnischen Staatswesens und auch Vertreter der Rechten in der P. P. S.“ Und mittenrang Genosse Curt Baake, der rührige Inhaber eines Telegraphen-, Nachrichten- und Korrespondenzbureaus für die sozialdemokratische Presse. Das Auswärtige Amt kannte seinen Mann ...

Übrigens schreibt das Bureau in einer Vorbemerkung an die Redaktionen: „Der Bericht ist bereits in Warschau zensiert ... Sie bringen ihn am zweckmäßigsten als Original-Telegramm Ihres Blattes. Der Abdruck erfolgt unter den üblichen Bedingungen.“ Zwar kam die Vervielfältigung und Versendung des Telegramms „für die am Montag (d. 6.) erscheinenden Blätter nicht mehr in Betracht“. Was schadet das dem Bureau des Herrn Baake! Für die sozialdemokratische Presse genügt auch ein „Originaltelegramm“, das ein paar Tage nach dem großen Ereignis ankommt. Aber wie! Es gibt über ein halbes Hundert sozialdemokratischer Blätter. Jedes nimmt den Kitsch als „Originaltelegramm“ und jedes findet ihn als sein Originaltelegramm in so und sovielen Blättern wieder! Da sage noch einer, dass Herr Genosse Baake sein Geschäft nicht versteht. Zur Soziologie des Pressewesens in der Sozialdemokratie jedenfalls ein interessanter Beitrag. Die Firma Baake ist unerschöpflich an solch lehrreichem Material.

Feuilleton

Ein Jubiläum.

Die Sozialdemokratie hatte die Zeit des Sozialistengesetzes eben überstanden. Da erschien im November 1891 eine Schrift, die als satyrisches Pamphlet vollbringen wollte, was dem Sozialistengesetz zu vollbringen nicht vergönnt gewesen war. Sie stellte die Schrecken des sozialistischen Zukunftsstaates dar und suchte auf diese Weise die Sozialdemokratie zu vernichten. Ihr Verfasser war Eugen Richter, der große Freisinnsmann, und sie trug den Titel: „Sozialdemokratische Zukunftsbilder“.

Franz Mehring verfasste sogleich eine Gegenschrift, in der er kühnlichst behauptete, erstens, dass Eugen Richter von der Sozialdemokratie und der gesamten sozialistischen Literatur keine blasse Ahnung habe, und zweitens, dass er sich insofern in einem merkwürdigen Irrtum befinde, als er gar nicht die sozialistische Zukunft, sondern die kapitalistische Gegenwart geschildert habe. Letzteres zwar mit unverkennbarer Sachkenntnis.

Es liegt uns fern, den Streit um diese Frage heute, nach 25 Jahren, aufs Neue zu entfachen. Wir haben unsere Pflicht erfüllt, wenn wir die Schrift Eugen Richters der unverdienten Vergessenheit entreißen, wenn wir mit strengster Objektivität feststellen, dass das, was er schilderte, in der Tat der Zwangs- und Zuchthausstaat in Reinkultur war und endlich, wenn wir mit derselben strengen Objektivität feststellen, dass bis heute die gesamte bürgerliche Presse kein Sterbenswörtchen zum Jubiläum der Richterschen Schrift von sich gegeben hat, obgleich gerade sie alle Ursache hätte. Aber die Freunde sind immer am undankbarsten.

So mag nun der Film rollen.

Die neuen Gesetze.

Das bisherige Parteiprogramm, wie es 1891 von dem Erfurter Parteitage beschlossen wurde, ist als provisorisches Grundrecht des Volkes proklamiert worden. Damit ist die Umwandlung aller Arbeitsmittel, von Grund und Boden, der Bergwerke, Gruben, Maschinen und Werkzeuge, Verkehrsmittel in Eigentum des Staates oder, wie man es jetzt nennt, der Gesellschaft gesetzlich proklamiert. Ein weiteres Gesetz dekretierte allgemeine Arbeitspflicht mit gleichem Recht für alle Personen, männlich oder weiblich, vom vollendeten 21. bis 65. Lebensjahre. Jüngere Personen werden auf Staatskosten erzogen, ältere auf Staatskosten verpflegt. Die Privatproduktion hat aufgehört. Indes soll bis zur Regulierung der neuen sozialistischen Produktion jeder an der bisherigen Stelle auf Staatsrechnung fortarbeiten. Über dasjenige, was dem Einzelnen nach obiger Beschlagnahme für den Staat noch als Privateigentum bis auf weiteres verblieben ist, Hausgerät, gebrauchte Kleider, Münzen, Reichskassenscheine ist von jedermann ein Inventar einzureichen. Goldmünzen sind abzuliefern. Neue Goldzertifikate sollen demnächst ausgegeben werden.

Nach einer Reichstagssitzung.

Der Reichstag hatte die Entscheidung über die Sparkassengelder zu fällen. Bei der Abstimmung geht der Reichstag über die Petitionen auf Herausgabe der Sparkassengelder gegen wenige Stimmen zur einfachen Tagesordnung über.

Unwillige Rufe wurden vielfach von der Tribüne laut und pflanzten sich auf die Straße fort. Doch hatte die Schutzmannschaft die ganze Umgebung des Reichstagsgebäudes geräumt. Eine Anzahl tumultuierender Personen wurden verhaftet, namentlich viele Frauen. In größerer Entfernung vom Reichstagsgebäude sollen einzelne Abgeordnete, welche gegen die Herausgabe der Sparkassengelder gestimmt hatten, gröblich insultiert worden sein. Die Schutzmannschaft hat, wie erzählt wird, vielfach von ihren neuen Waffen, sogenannten Totschlägern, welche nach englischem Muster eingeführt worden sind, gegen das Publikum unbarmherzig Gebrauch gemacht.

Das neue Geld.

Die Photographen haben viel Arbeit bekommen. Alle Deutschen im Alter vom 21. bis 65. Lebensjahre, also alle diejenigen, welche nicht in Staatsanstalten unterhalten werden, sind angewiesen worden, sich fotografieren zu lassen. Es ist dies notwendig, um die neuen Geldzertifikate, welche an Stelle der bisherigen Münzen und Kassenscheine treten sollen, einzuführen.

Damit das Zertifikat im Ganzen und in seinen einzelnen Coupons nicht Dritten überlassen werden kann, sind die einzelnen Coupons bei dem Gebrauch nicht von dem Inhaber, sondern in Gegenwart desselben von dem den Coupon in Zahlung nehmenden Verkäufer oder sonstigen Beamten des Staates loszutrennen. Die Coupons, welche von 14 zu 14 Tagen in dem auf dem Deckel mit der Photographie des betreffenden Inhabers versehenen Büchlein von dem zuständigen Staatsbuchhalter neu eingehftet werden, sind verschiedenartig eingerichtet. Ein Wohnungscoupon oder eine Wohnungsmarke ist durch den Portier desjenigen Hauses, in welchem die Wohnung angewiesen ist, regelmäßig loszutrennen. – Die neue Wohnungsverteilung soll kurz vor der Eröffnung der Staatsküchen stattfinden, weil alsdann die bisherigen Küchen außer Gebrauch gesetzt werden können – eine Essmarke ist bei der Entnahme des Mittagmahls in den Staatsküchen vom Buchhalter daselbst loszutrennen, eine Brotkarte beim Empfang der Brotportion (700 Gramm pro Kopf und Tag). Die Geldmarken, welche sich außerdem noch in dem Zertifikat befinden, haben einen verschiedenen Nennwert und können vom Inhaber, je nach seinem persönlichen Belieben, verwandt werden zur Anschaffung von Früh- und Abendmahlzeiten, von Tabak und geistigen Getränken, für Reinigung der Wäsche

und Ankauf von Kleidungsgegenständen, kurzum für alles, was sonst sein Herz an Waren begehrt. Alles wird ja in den Staatsmagazinen und Verkaufsstellen zu haben sein. Der Verkäufer hat stets nur die dem festgesetzten Preis entsprechenden Coupons loszutrennen.

Die neuen Staatsküchen.

Es ist doch eine wahrhaft bewundernswerte Leistung, dass heute in ganz Berlin mit einem Schlage 1000 Staatsküchen, jede zur Speisung von je 1000 Personen, eröffnet werden konnten. Zwar wer sich eingebildet hat, dass es in diesen Staatsküchen hergehen werde, wie an der Table d'hôte der großen Hotels zur Zeit, als dort noch eine üppige Bourgeoisie in raffinierter Feinschmeckerei schwelgte, muss sich enttäuscht finden. Natürlich gibt es in den Staatsküchen der sozialistischen Gesellschaft auch keine schwarzbefrackten und geschniegelten Kellner, auch keine ellenlangen Speisekarten und dergleichen.

Alles ist für die neuen Staatsküchen bis in die kleinsten Einzelheiten hinein genau vorge-schrieben. Niemand wird vor dem andern auch nur im Geringsten bevorzugt. Eine Wahl unter den verschiedenen Küchen ist natürlich nicht gestattet. Jeder hat das Recht, in der Küche seines Bezirks zu speisen, innerhalb dessen die neue Wohnung gelegen ist. Die Hauptmahlzeit wird verabreicht zwischen 12 Uhr mittags und 6 Uhr abends. Jeder meldet sich bei derjenigen Küche, welcher er zugewiesen ist, entweder in der Mittagspause seiner Arbeitszeit oder nach Beendigung der Arbeit.

Alle Portionen sind für jedermann gleich groß. Ein Nimmersatt, welcher heute unter Verletzung des sozialdemokratischen Gleichheitsprinzips noch eine Zulage verlangte, würde herzlich ausgelacht. Auch der Gedanke, den Frauen kleinere Portionen zuzumessen, ist als der Gleichberechtigung beider Geschlechter und ihrer gleichen Arbeitspflicht widersprechend von vornherein zurückgewiesen worden. Freilich müssen auch die Männer von schwerem Körpergewicht mit derselben Portion fürlieb nehmen. Aber für diejenigen darunter, welche sich in ihrem früheren Wohlleben als Bourgeois gemästet haben, ist das Zusammenziehen des Schmachtriemens ganz gesund. Solchen Personen dagegen, welche durch sitzende Lebensweise und Naturanlage eine stärkere Leibesfülle gewonnen haben, ist bei dem achtstündigen Maximalarbeitstag freie Zeit gewährleistet, sich anderweitig zu trainieren. Auch kann sich ja jeder von Hause so viel von seiner Brotration als Zukost zur Mahlzeit mitbringen, wie er immer essen mag. Überdies ist es denjenigen, welchen ihre Portion zu groß ist, freigestellt, ihren Tischgenossen einen Teil davon abzugeben.

Wie unsere Nachbarin erzählt, hat das Ministerium für Volksernährung dem Küchenzettel die wissenschaftlichen Erfahrungen darüber zugrunde gelegt, wieviel Gramm dem Körper, um ihn in seinem stofflichen Zustand zu erhalten, an stickstoffhaltigen Nährstoffen (Eiweiß) und stickstofffreien Nährstoffen, (Fett und Kohlenhydrate) zuzuführen sind. Es gibt täglich für jedermann Fleisch (durchschnittlich 150 Gramm pro Portion) und daneben entweder Reis, Graupen oder Hülsenfrüchte (Erbsen, Bohnen, Linsen) fast immer mit reichlichen Kartoffeln. Donnerstag wird Sauerkohl mit Erbsen verabreicht. Was in Berlin an jedem Tage gekocht wird, ist an den Anschlagssäulen zu lesen. Dieselben veröffentlichen den Küchenzettel schon die ganze Woche, genauso wie früher den Theaterzettel.

Üble Erfahrungen.

Betrübend ist es, wie die Eigentumsvergehen zunehmen, trotzdem Gold und Silber verschwunden sind. In meiner Eigenschaft als Kontrolleur gewahre ich jetzt hinter den Kulissen so Manches, was sich bisher meinen Blicken entzog. Die Zahl der Unterschlagungen hat sich gegen früher versiebenfacht. Angestellte jeder Art verabfolgen gegen irgendeine private Zuwendung oder Dienstleistung zum Nachteil des Staates Waren oder üben den ihnen

berufsmäßig obliegenden Dienst aus, ohne in dem Geldzertifikat des Empfängers in vorgeschriebener Weise einen dem Wert entsprechenden Coupon loszutrennen und zur Buchhalterei abzuführen. Durch unrichtiges Maß oder durch Verfälschung der Ware beim Verkauf sucht man das Fehlende, was nicht durch entsprechende Coupons nachgewiesen werden kann, wieder auszugleichen.

Kanzlerwechsel.

Zum Nachfolger des Kanzlers ist der bisherige Reichsschatzsekretär gewählt worden. Er gilt als ein schneidiger Draufgänger und soll daneben ein guter Rechenmeister sein. Das ist umso notwendiger, als allerlei gemunkelt wird über das mangelnde Gleichgewicht zwischen den Ausgaben und Einnahmen in unserer sozialisierten Gesellschaft.

Ein großes Defizit.

Allmonatlich eine Milliarde oder 1 000 000 000 Mark mehr Ausgaben als Einnahmen, mehr Konsumtion als Produktion im Volkshaushalt, das ist die schlimmste Botschaft, mit welcher der Reichskanzler den neuen Reichstag eröffnet hat. Ein Wunder, dass es noch gelungen ist, diese Tatsache bis nach den Wahlen geheim zu halten. Für die Klarstellung und Abhilfe aber ist es jetzt die höchste Zeit.

Freilich, zu merken war es schon seit langer Zeit an allen Ecken und Enden, dass es nicht stimmte. Wollte man für sein Geldzertifikat etwas kaufen, so hieß es nur zu oft, der Vorrat davon sei eben ausgegangen und würde erst in einiger Zeit ergänzt werden können. In Wahrheit aber war nicht die stärkere Nachfrage, wie sich jetzt herausstellt, sondern die Abnahme der Produktion Schuld daran. Es war sogar schwer, sich für Ersparnisse auf dem Geldzertifikat auch nur die notwendigsten Kleidungsstücke zu erneuern. Bei anderen Bedarfsartikeln musste man mit erschrecklichen Ladenhütern fürliebnehmen, wenn man überhaupt etwas bekommen wollte. Die Preise für die aus dem Auslande bezogenen Artikel wie Kaffee, Petroleum, Reis waren nachgerade kaum mehr zu erschwingen.

Auch sonst hat wahrlich die Bevölkerung nichts weniger als in Saus und Braus gelebt. Für das Mittagessen ist zwar nach wie vor die Fleischration auf 150 Gramm verblieben; indessen scheinen Änderungen in Bezug auf Einrechnung von allerhand Abfällen auf die Gesamtheit der Portion stattgefunden zu haben. Auch hat sich der Gemüseetat sehr vereinfacht und ist auf Erbsen, Bohnen, Linsen und Kartoffeln eingeschränkt. Am Bebeltage ist die erwartete größere Fleischration und ein unentgeltliches Glas Bier ausgeblieben. Sogar bei den Gewürzen scheint immer mehr gespart zu werden. Vielfach hört man über die Geschmacklosigkeit und Fadheit der Speisen klagen, was Ekel erzeugt, der selbst durch starkes Hungergefühl sich nicht überwinden lasse. Von Erbrechen und Darmkatarrh war bei den Mahlzeiten immer mehr die Rede.

Zeugen und Rufer.

Die Lage der arbeitenden Klasse ist der tatsächliche Boden und Ausgangspunkt aller sozialen Bewegungen der Gegenwart, weil sie die höchste, unverhüllteste Spitze unserer bestehenden sozialen Misere ist.

Engels: Die Lage der arbeitenden Klassen Englands. (1845.)

Die Leute, welche man die gute Gesellschaft nennt, zeichnen sich oft nur durch die größere Verfeinerung ihrer Laster aus, und vielleicht verhält es sich mit diesen, wie mit den Giften, von denen die feinsten auch die gefährlichsten sind.

Montesquien (Persische Briefe).

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der VArbeiterpolitik“ (Karl Lüth); sämtlich in Bremen. 18

Arbeiterpolitik 24/1916

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

1. Jahrg.

Bremen, den 2. Dezember 1916.

Nr. 24

Redaktion und Expedition: Waller Heerstraße Nr. 52. (Eing. Torweg).

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

Nach dem Parteitage der Schweizer Sozialdemokratie.

Was angesichts der Politik der führenden Schweizer radikalen Genossen zu erwarten war, das brachte der Züricher Parteitag: ein Bild vollkommener Zerfahrenheit. Die Gärung in den Arbeitermassen hat sich noch nicht zu einer klaren radikalen Politik kristallisieren können, weil die radikalen Parteiführer zu einem Teile durch ihre Politik dieser Klärung direkt entgegenarbeiteten, zum andern Teile sie nicht energisch genug vorbereiteten. Statt eines Schrittes über Zimmerwald-Aarau nach Kiental, d. h. von der radikalen Demonstration zur radikalen Politik, trippelte man ängstlich auf derselben Stelle herum oder machte sogar einen Schritt rückwärts.

Kurz vor dem Parteitag trennten sich die konsequenten Sozialpatrioten, die Grütlianner, in Zug von der Sozialdemokratie. Sie erklärten offen, sie wollten eine nationale, reformistische Partei sein, gemeinsam mit der Bourgeoisie für die Reformierung des Vaterlandes eintreten und für seine Verteidigung kämpfen. Wie antwortete darauf die Sozialdemokratie, nachdem dieser Beschluss der Grütlianner den vollkommenen Bankrott der Politik herbeiführte, die sich geweigert hat, den Kampf mit den Sozialpatrioten grundsätzlich zu führen und sich aus „taktischen Gründen“ hinter der Einheitsfrage verkroch? Hat die Partei dem nationalen Banner der Grütlianner das internationale entgegengestellt? Hat sie erklärt: ihr wollt gemeinsam mit der Bourgeoisie das morsche Gebäude stützen, es verteidigen – nun, wir wollen an seine Niederreißung gehen? Diese Antwort konnte nur dann erteilt werden, wenn die Partei klipp und klar Stellung zur Frage der Vaterlandsverteidigung genommen hätte, die man in der Schweiz zu eng als reine Militärfrage auffasst. Aber diese Frage wurde schon vor dem Parteitag auf Februar vertagt, angeblich, damit sie erst „gründlich“ studiert werden solle, in Wirklichkeit – wie wir an dieser Stelle bereits gezeigt haben – aus opportunistischen Erwägungen. Da blieb nichts anderes übrig, als in der Stellungnahme zu den Kientaler Beschlüssen den internationalen und revolutionären Charakter der Partei klar zum Ausdruck zu bringen.

Der Antrag Grimm sprach die Zustimmung zu den Kientaler Beschlüssen im allgemeinen aus. Wenn man aber wusste, dass in den Sitzungen der Parteileitung die Führer der Rechten, wie Greulich, ausdrücklich erklärt haben, ohne den Widerspruch des Genossen Grimm

hervorzurufen, dass durch den Antrag Grimm die Stellungnahme zu der Militärfrage gar nicht berührt werde, so durften die Radikalen sich mit der Resolution Grimm nicht abspesen lassen. Sie brachten eine Resolution ein, die aus den Beschlüssen von Kiental drei Stellen zitierte, deren Bekräftigung das Minimum war, wenn die Zustimmung zu den Kientaler Beschlüssen keine Phrase sein sollte. Die Resolution beherzigte, dass die Stellung zum Krieg nicht abhängig sein kann von der strategischen Lage, dass die Sozialisten der neutralen Länder mit allen Mitteln gegen die Kriegsgefahr zu kämpfen haben und dass, falls er trotzdem ausbricht, weder die Massen noch ihre Führer den Kampf unterbrechen dürfen. Was konnte dagegen seitens Genossen angeführt werden, die auf dem Boden der Kientaler Beschlüsse stehen? Nichts! Trotzdem suchte Grimm, der Vorsitzende der Kientaler Konferenz, die Zurückziehung des Antrages zu erlangen, und als das nicht gelang, die Stellungnahme zu Kiental in einer Nachtsitzung durchzupeitschen. Die Radikalen widersetzten sich dem; sie stimmten dem Antrag auf Verschiebung der Frage bis zum außerordentlichen Parteitag zu, der Februar nächsten Jahres stattfinden soll. Sie hatten insofern recht, als die Verschiebung besser ist als die Durchpeitschung, die bezweckt wurde.

Dass es sich, soweit die Parteileitung in Betracht kam, bei der Annahme der Resolution Grimm um ein wirkliches internationales Bekenntnis handeln würde, das beweist am besten die Rede des typischen Zentrums politikers, des Genossen Otto Lang, der als offizieller Referent Tränen über die Spaltung zwischen den Sozialpatrioten aus dem Grütliverein und den „Internationalisten“ aus der Partei vergoss. Wir ehren die Gefühle dieses sehr verdienten Genossen; aber solange man bei der Scheidung von den Sozialpatrioten tiefes Leid empfindet, kann man sie trotz aller Resolutionen nicht ernsthaft bekämpfen.

Aber vielleicht legte der Parteitag nur in den „ungeklärten“ internationalen Fragen Zaghafigkeit an den Tag? Vielleicht war er entschieden und klar in den Fragen der inneren Politik? Wäre das der Fall gewesen, so könnte man der Meinung sein, dass die Genossen Grimm, Lang usw. sich nur deshalb scheuen, die Gedanken, zu denen sie sich international bekennen, konsequent in der Schweizer Parteipolitik anzuwenden, weil sie selbst in diesen Fragen noch nicht ganz klar sind. Und bis vor kurzem konnte man dieser Meinung sein. Wäre das aber tatsächlich der Fall, so wäre die Lage noch nicht gefährlich; aber siehe da: in den wichtigsten innerpolitischen Fragen tritt der Widerspruch zwischen Wort und Tat klaffend hervor.

Als seitens der entschiedener gestimmten Radikalen Kritik am Parteivorstand geübt wurde, dass er bei den wichtigsten, die Bevölkerung erregenden Fragen die Arbeiter nicht zu einheitlichen Demonstrationen aufrufe, als die opportunistische Zerfahrenheit der Nationalratsfraktion, die Tatsache, dass selbst ihre radikalen Mitglieder den radikalen Standpunkt nicht öffentlich vertreten, dargestellt wurde, trat Genosse Grimm als „Erklärer“ des unhaltbaren Zustandes auf. Von unten her müsse die einheitliche Stellung der Fraktion gegeben werden, von unten her müssten die Aktionen kommen, setzte Grimm auseinander und suchte durch Hervorhebung einzelner Schwächen der Argumentation der Dränger die Bedeutung ihrer unhaltbaren Aussetzungen zu mindern. Als ob er nicht wüsste, welche Bedeutung das Vorgehen der Radikalen, das klare Vertreten des radikalen Standpunktes für die Weckung des Drängens von unten habe. Wenn die Mahner schwach argumentierten, so hatte er die Pflicht, sie zu unterstützen, die Sache des Radikalismus besser zu vertreten, wenn er wirklich die Radikalisierung der Partei „von unten“ will.

Dass man daran zweifeln kann, zeigten die Debatten über die Finanzreform des Bundes. Die Bundesfinanzen sind auf indirekten Steuern und Zöllen basiert. Dank den Kosten der Mobilisation sind sie in Unordnung geraten und der Bundesrat schreit nach neuen Steuern. Angesichts der Rüstungen als der Quelle des Defizits und der Ermöglichung neuer Rüstungen als des Zwecks der Finanzreform mussten die Radikalen auf jede „Mitarbeit“ an der

„Finanzreform“ verzichten. Je mehr sie diesen Verzicht in den Massenkampf gegen die Mobilisation, gegen die weiteren Rüstungen umsetzen, in desto größerem Maße wird das Proletariat von neuen Steuern verschont. Leider haben sich die radikalen Genossen zu wenig mit der Steuerfrage befasst, und so konnte es kommen, dass in ihrem Namen von Grimm im Voraus der bekannte Zentrumsstandpunkt bezogen wurde, die Partei wurde festgelegt nur auf den Kampf gegen die indirekten Steuern.

Aber auch diesen Standpunkt hielt Grimm auf dem Parteitag nicht aufrecht. Als seitens eines der geschickten Vertreter der Rechten, des Rechtsanwalts Huber-Rohrschach, der Antrag gestellt wurde, der darauf hinauslief, dass die Partei der Regierung die Hand zur Mitarbeit bei allen möglichen Steuern, der direkten Bundessteuer, der Stempelsteuer, des Tabakmonopols, der Militärsteuer anbot, fiel Grimm um und beantragte, dass die Partei zur Mitarbeit an all die schönen Steuern erst dann bereit sein soll, wenn die Bundessteuer angenommen wird. Grimm glaubte dadurch der Rechten die Hände zu binden, weil er annimmt, dass der Bundesrat keine direkte Bundessteuer fordern wird. Zur Bindung der Rechten genügte aber ein Beschluss, der die indirekten Steuern ablehnt. Durch den Grimmschen Antrag wurde aber erstens die prinzipielle Zustimmung zum Tabakmonopol usw. ausgesprochen, zweitens der Rechten freie Bahn gegeben, falls der Bundesrat auch die kleinste direkte Steuer als Feigenblatt für die vielen indirekten Steuern vorschlagen würde. Grimm wollte die Rechte binden und wurde zu ihrer Geißel. Das ist die Frucht der Diplomatie. Da die Debatte schon geschlossen war, konnten die Radikalen nur durch Ablehnung des vereinigten Antrages Grimm-Huber ihren Protest ausdrücken.

Die Frage der *Statutenänderung* wurde nach einer längeren, von keinem prinzipiellen Gedanken belebten Diskussion vertagt. Sie zeigte aber, dass der frische, energische Kampf, den die *Jugendlichen* führen, manchem auch radikalen Führer unbequem wird. Die Statuten enthielten nämlich einen Absatz, der den Jugendlichen die selbständigen politischen Aktionen verbot. Wie gesagt, wurde diese Frage – in der sich die Linksradikalen von den Zentrumsleuten in allen Ländern prinzipiell trennen – vertagt. Aber die Wahl des Genossen Münzenberg, des tapferen Sekretärs der Jugendlichen in der Parteileitung, die mit großer Mehrheit erfolgte, bewies, dass die Arbeiterschaft die Aktionskraft der Jugendlichen wohl zu schätzen weiß.

Diese kurze Übersicht über die Arbeiten des Parteitages zeigt *zwei Tatsachen* auf. Erstens, dass sich in der Schweizer Partei ein *Zentrum* herausbildet, das sich zwischen Zug und Kiental auf dem Seil des Wenn und Aber produzieren will. Es will das Bekenntnis zu einer neuen revolutionären Internationale mit einer opportunistischen Politik vereinigen, die die Kientaler Grundsätze auf die Schweizer Politik erst dann zu übertragen bereit ist, wenn die Massen schon von selbst ganz klarsehen, also die Pionierarbeit der Vorderreihen nicht mehr brauchen.

Leider gerät Genosse *Grimm*, der bisherige autoritative Führer der Radikalen, auf diese Irrwege. Lange wollten wir nicht daran glauben; lange suchten wir sein Schwanken als vorübergehende Erscheinung zu erklären. dass es sich bei ihm um die reine Zentrums politik handelt, wie sie in allen Ländern die Arbeiterbewegung entnervt. Es ist klar, dass diese Haltung Grimms irreführend auf die Radikalen wirken musste. Das Vertrauen zu Grimm schwächte bei ihnen das Bedürfnis nach eigener, selbständiger Orientierung. Sie hatten auf dem Parteitage keine geschlossene Front – das ist das zweite Ergebnis des Parteitages – keine geklärte Haltung. Wollen sie nicht, dass der kommende außerordentliche Parteitag in den wichtigsten Fragen, in denen die Politik der Partei auf Jahre hinaus festgelegt wird, eine schwankende opportunistische Haltung einnehme, so müssen sie in allen Organisationen die Tagesordnung des Parteitages besprechen, die Köpfe der breiten Kreise der Arbeiter klären, einen Stamm von Arbeitern ausbilden, der weiß, was er will, und sich durch das Schwanken einzelner nicht beirren lässt. Die Radikalen müssen zum Parteitag mit geklärter Auffassung in

geschlossener Front kommen, die nicht nur durch eine einheitlich organisierte Propaganda gesichert, sondern auch durch Agitation in den breiten Massen gedeckt werden muss. Nur selbständiges Denken, nur selbständiges Wissen, nur selbständiges Handeln der radikalen Arbeitermassen kann die radikale Politik der Partei sichern.

Friedensglocken.

2. Der Völkerbund.

Herr Wilson, der bekannte amerikanische Menschheitsbeglucker, begnügt sich – wie bekannt – nicht damit, dass er den Vereinigten Staaten Amerikas zu einer Flotte verhilft, die selbst den englischen Flottenpolitikern ernsthafte Sorge zu bereiten beginnt, er begnügt sich auch nicht mit den Vorbereitungen für die Militarisierung der großen überozeanischen Republik, er gedenkt auch der Welt den Frieden zu schenken: durch eine Weltfriedensliga, an deren Spitze natürlich der biedere Bruder Jonathan stehen soll.

Als Lord Grey das vernahm, der bekannte englische Menschheitsbeglucker, der nach seinen Beteuerungen an diesem Weltkrieg nicht im mindestens schuld sein will, erklärte er: Zwar muss ich für das Glück von hundertmillionen Inder, Ägypter und Iren sorgen, aber wenn der Welt der Frieden gegeben werden soll, darf ich nicht fehlen. Er schloß sich dem Plane des Weltfriedensbundes an, was in Amerika auf den Mann von der Straße ganz gewiss keinen üblen Eindruck machen konnte: und dieser Einfluss ist nicht ohne Bedeutung, da man dort angesichts der steigenden Getreidepreise gegen die Ausfuhren zu murren begann.

In Deutschland hielt man sich bisher von dieser Art Menschheitsbeglückung fern. Das Schwert genügte. Aber schon am 9. November protestierte der geriebene Börsenmann und frühere Kolonialminister Herr *Dernburg* in der Morgenausgabe des „*Berliner Tageblattes*“ dagegen: „Warum muss man sich von Sir Edward Grey den Wind aus den Segeln nehmen lassen? Ja selbst wenn man glaubt, dass manche Mittel, besonders die, die man „pazifistische“ nennt, doch schließlich keinen Erfolg haben, so darf man sich schon aus Achtung vor den andern, die daran glauben, diesen Mitteln nicht hochmütig und ablehnend verschließen.“ Herrn *Dernburg* sollte noch an demselben Tage geholfen werden.

Herr *Bethmann-Hollweg* nahm in einer Rede Stellung zu der Völkerbundsfrage. Er, der im März 1911 sich in der schroffsten Weise gegen die pazifistischen Tendenzen ausgesprochen hatte, der während des Krieges den Grundsatz proklamierte: Wir haben die Sentimentalität verlernt, sagte jetzt: „Wenn bei und nach Beendigung des Krieges seine entsetzlichen Verwüstungen an Gut und Blut der Welt erst zum vollen Bewusstsein kommen werden, dann wird durch die ganze Menschheit ein Schrei nach friedlicher Verständigung gehen, die, soweit es irgend in Menschenmacht liegt, die Wiederkehr einer so ungeheuerlichen Katastrophe verhindern wird. Dieser Schrei wird so stark, so berechtigt sein, dass er zu einem Ergebnis führt. Deutschland wird jeden Versuch, eine praktische Lösung zu finden, ehrlich mitprüfen, an seiner Verwirklichung mitarbeiten ... Die erste Vorbedingung für eine Entwicklung der internationalen Beziehungen auf dem Wege des Schiedsgerichts und des friedlichen Ausgleichs entstehender Gegensätze wäre, dass sich keine aggressive Koalitionen mehr bilden. Deutschland ist jederzeit bereit, einem Völkerbunde beizutreten, ja, sich an die Spitze eines Völkerbundes zu stellen, der Friedensstörer im Zaume hält.“

Eine tiefe Rührung ergriff die Vertreter aller Parteien in der Budgetkommission des Reichstages, als sie diese Worte des Kanzlers hörten. Auch in ihnen vollzog sich flugs eine Wandlung. Mit einem Schlage waren sie alle Pazifisten: der Vertreter des Zentrums, das nach allen Kriegesiegen ein inbrünstiges *Te deum laudamus* anstimmte, der Vertreter der Konservativen, die

bisher bei jeder Gelegenheit mit dem Säbel rasselten; der Vertreter der Nationalliberalen wie der Freikonservativen, die bisher am liebsten selbst den Mond annektiert hätten, alle, alle waren sie plötzlich Gegner des Krieges und des Imperialismus geworden. So groß ist die Macht des Guten!

Als das Herr *Scheidemann* sah, zog er schnell ein in Schweinsleder gebundenes Exemplar des Erfurter Programms aus der Tasche, das er stets bei sich trägt, um die sozialistischen Grundsätze nicht zu vergessen, blätterte nach und fand folgende Stelle: „Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.“ Da schlug sein Herz höher, und er verkündete im „*Vorwärts*“: „Man lese nach, was ein deutscher Reichskanzler 25 Jahre später (nach dem Erfurter Parteitag) zur Begründung der sozialdemokratischen Forderung ausgeführt hat, die noch vor zwei Jahren als krasse Utopie galt. Trauriger Triumph! Die Völker mussten erst durch die Schule des Grauens gehen, bevor die Staatsmänner aller Länder – Grey wie Bethmann – lernten, sich für eine sozialdemokratische Forderung zu begeistern.“

Und die Flamme der Liebe zur Menschheit, die aus den Herzen der Vertreter aller bürgerlichen Parteien des bisher imperialistischen Deutschland aufloderte, war so mächtig, dass selbst in Leipzig, wo das grimme zentriert oppositionelle Organ der „Arbeitsgemeinschaft“ erscheint, dass selbst in der Redaktion der „*Leipziger Volkszeitung*“ das Eis des Misstrauens zur Regierung, zu den imperialistischen Parteien und zu den Sozialpatrioten schmolz, des Misstrauens, das doch die „Arbeitsgemeinschaft“ seit einem Jahre zur Ablehnung der Kriegskredite trieb. „Somit ist zum ersten Male über einen wichtigen Punkt der zukünftigen Regelung der Streitigkeiten ein Einverständnis zwischen den drei Hauptmächten der Kriegführenden erzielt, und man darf wohl annehmen, dass weder Russland noch Österreich-Ungarn sich gegen die Idee eines Völkerbundes erheben werden.“ Zu lesen in der Nummer vom 10. November a. c. Wie kann die „*Leipziger Volkszeitung*“ ausgerechnet an dem Zaren zweifeln? Der Zar war doch nicht nur der Vater der ersten Haager Konferenz, sondern er regte doch in den letzten Tagen vor Kriegsausbruch an, dass der österreichisch-serbische Konflikt schiedsgerichtlich erledigt werden sollte. Wie könnte der Zar unter den Beglückern der Menschheit fehlen! Nicht minder schien die Hoffnung des Zentrumsblattes der Partei berechtigt zu sein, „dass der Präsident der Vereinigten Staaten allein oder in Gemeinschaft mit den übrigen Neutralen die Übereinstimmung der Kriegführenden in diesem Punkte benutzen wird, um einen Ausgleich auch über andere Fragen herbeizuführen und so die Welt der Zeit entgegenzuführen, die von allen Völkern so heiß ersehnt wird, die Zeit der friedlichen Arbeit.“

Der Traum der „*Leipziger Volkszeitung*“, der in holder Eintracht mit dem „*Vorwärts*“ den Zug der Völker mit den Friedensfahnen sich nahen sah, der schon sah, wie Wilson das friedliche Europa segnet und alle Kriegslieferanten der Welt Gott danken, dass sie endlich durch „friedliche Arbeit“ und nicht mehr durch Kanonenfabrikation ihren Rebbach [Reibach] zu machen brauchen, dieser wunderschöne Traum zerstob leider. Da die führenden Kreise der Entente die rührenden Szenen in der Budgetkommission nicht sahen und sie selbst die pazifistischen Phrasen nur zum Betrug der Massen bei sich und im Auslande, zur Beruhigung und Dämpfung ihrer Angst vor dem dritten Winterfeldzug gebrauchten, glaubten sie, dass es auch bei den Zentralmächten so sei.

Sie wiesen auf die Errichtung des polnischen Königreichs, dass nach ihrer Meinung nur als Mittel einer Koalition gegen die anderen einen Sinn hat. Sie wiesen auf die Garantieforderungen für Belgien hin. Ja manche gingen so weit, dass sie in dem Angebot des Reichskanzlers, sich an die Spitze des Völkerbundes zu stellen, einen Beweis neuer Weltherrschaftsbestrebungen des deutschen Imperialismus zu sehen glaubten. Es unterliegt aber keinem Zweifel, dass, wenn die Ententemächte so viel guten Glauben hätten, wie die oppositionelle „*Leipziger Volkszeitung*“, wir keinen dritten Winterfeldzug mehr hätten.

So ist aber damit zu rechnen, dass die Friedensglocken bald verstummen werden. An den Fronten donnern die Kanonen mit unverminderter Heftigkeit weiter. In Polen wird die Werbetrömmel gerührt und in Deutschland soll die Zivildienstpflicht eingeführt werden. Der Krieg geht weiter und alles Friedensgerede ist eitel Geschwätz. Die Macht aber, die den Weg zum Frieden finden würde, sie ist immer noch nicht auf der historischen Bühne erschienen.

Staat, Nation, Imperialismus und Sozialdemokratie.

Die Haltung der Arbeiterklasse.

Die Linksradi kalen.

Wir haben die Haltung der Arbeiterklasse gegenüber der nationalen Frage in der Ära des jungen Kapitalismus dargestellt; wir haben die Änderungen in dem Charakter des Staates in der Epoche des Imperialismus geschildert, die Lösungen der von ihm aufgeworfenen Fragen, wie sie der Sozialpatriotismus, Sozialimperialismus und Sozialpazifismus gibt. Unsere historischen Ausführungen, wie die Kritik der genannten Fälschungen des Sozialismus, haben dem aufmerksamen Leser die Umriss e unseres positiven Standpunktes bereits gezeigt. Wir wollen ihn jetzt zusammenfassend darstellen.

Den Ausgangspunkt der linksradikalen Orientierung bildet die Überzeugung, dass die ökonomischen Verhältnisse in West- und Mitteleuropa sowie in Nordamerika für die sozialistische Organisation der Produktion schon jetzt reif sind. Der Sozialismus ist eine reine Machtfrage, die Frage der Eroberung der politischen Macht. Diese Auffassung war vor der Spaltung des radikalen Sozialismus in Linksradi kalen und Zentrums männer sein Gemeingut. In seiner Polemik gegen Cunow („Neue Zeit“ 1915) hält Karl Kautsky, der Theoretiker des Zentrums, zwar an dieser Überzeugung fest; nur zieht er aus ihr weder die grundsätzlichen noch die taktischen Schlüsse, die aus ihr zu ziehen sind, soll sie nicht eine reine Dekorationsphrase sein. Hier diese Schlüsse.

Die Entwicklung des Kapitalismus wie des kapitalistischen Staates bildete bis zur imperialistischen Epoche die Entwicklung der ökonomischen Vorbedingungen des Sozialismus. Deswegen hatte das Proletariat keine Möglichkeit, sich die Eroberung politischer Gewalt zwecks Durchführung des Sozialismus zum aktuellen Ziel zu setzen. Es konnte den Kapitalismus und den kapitalistischen Staat noch so sehr kritisieren, den Sozialismus als den Leitstern seiner Politik betrachten: sein Kampf aber war nur auf Ansammlung der Kraft durch Organisation und Reform gerichtet. Selbst wenn das Proletariat durch irgendwelches Zusammenfallen von günstigen Bedingungen an die Macht gelangen würde, konnte es damals seine historische Aufgabe, die Durchführung des Sozialismus, nicht erfüllen. Jetzt aber macht die Reife der kapitalistischen Verhältnisse den Kampf um die politische Gewalt zwecks Durchführung des Sozialismus zur Aufgabe der vor uns liegenden Epoche der Arbeiterbewegung.

Der Kapitalismus wird, je weiter, desto mehr, zum Hemmnis der wirtschaftlichen Entwicklung. Und wo er noch ein Faktor der Entwicklung ist – so in den überseeischen Ländern, in Ost- und Südosteuropa – dort vollzieht er sie unter den schrecklichsten Folgen für die Bevölkerung, unter Folgen, die die Arbeiterklasse ihr ersparen kann, wenn sie in West- und Mitteleuropa ans Ruder gelangt.

Das Proletariat kann deshalb in den kapitalistisch entwickelten Staaten ihren Schutz ebenso wenig übernehmen, wie es die Konservierung des Kapitalismus zu seiner Aufgabe

machen kann. Das Bedürfnis dieses Schutzes, der Verteidigung, erwächst aus den Gegensätzen, die zwischen den kapitalistischen Staaten aus ihrem Drange nach imperialistischer Expansion entstehen. Wenn das Proletariat an dieser Expansion kein Interesse hat, so kann es sich in den aus ihr entstehenden Kämpfen nicht an die Seite seines Staates stellen. Es hat seine eigenen Ziele zu erstreben, die Eroberung der politischen Gewalt zwecks Durchführung des Sozialismus in allen kapitalistischen Ländern. Nicht das britische Imperium, nicht Mitteleuropa, sondern der Sozialismus im kapitalistischen Kulturkreise ist unser Ziel.

Der imperialistische Großstaat ist keine Etappe zu diesem Ziel, nicht nur, weil er keinen Fortschritt der Produktion bedeutet, ohne den der Sozialismus unmöglich wäre, sondern auch, weil der Kampf zwischen den imperialistischen Großmächten eine schreckliche Verwüstung der Produktionskräfte, eine Sprengung der internationalen Solidarität des Proletariats bedeutet, also den Tag des Sozialismus zu verzögern imstande wäre, falls das internationale Proletariat nicht mit aller Kraft gegen den Imperialismus kämpfen würde. Aber ebenso wenig wie das Proletariat sich vor den Wagen des Imperialismus spannen kann, kann es die Verteidigung des staatlichen Seins der imperialistischen Mächte, ja der kapitalistischen Kleinstaaten übernehmen. Was die letzteren anbetrifft, so ist es offensichtlich, dass sie dank ihrer Kleinheit weder als Produktionsgebiete noch als politische Körper eine Basis für den Sozialismus bilden können, der zu seinem Siege und zu seiner Entfaltung großer Räume bedarf.

Da sie politisch nur Anhängsel der einen oder andern imperialistischen Koalition sind, könnte das Proletariat dieser Kleinstaaten sie nicht anders verteidigen als durch die Unterstützung der imperialistischen Koalition, die gerade ein Interesse an der Existenz des gegebenen Kleinstaates hat. Die Verteidigung der staatlich-nationalen Existenz eines imperialistischen Staates, der im Kampfe zu unterliegen droht, ist unmöglich, ohne dass dieselbe Kraft, die ihm aus der Gefahr hinaus helfen würde, ihm die Macht verleihen würde, die imperialistischen Zwecke zu verwirklichen. Aber das ist nicht der einzige Grund für die ablehnende Haltung der Linksradiكالen. Die Arbeiterpolitik der imperialistischen Epoche darf nicht konservativ sein, sie hat nicht ökonomische und politische Verhältnisse zu erhalten, die schon zu Hindernissen der sozialen Entwicklung wurden. Sie hat mit voller Kraft nach vorwärtszustreben. Weder der kapitalistische Nationalstaat noch der kapitalistische Nationalitätenstaat, noch die vereinigten Staaten des Kapitalismus können ein Verteidigungsobjekt des Proletariats sein in der Epoche, in der nur der Sozialismus den wirtschaftlichen Fortschritt sichern kann.

Aber dieses Ziel kann doch nicht auf einen Anrieb errungen werden, der Sozialismus kann doch nicht von einem Tage auf den andern eingeführt werden. Die „Soziale Revolution“ ist doch kein vereinzelter Akt, sondern ein langer Prozess, eine lange Reihe von Kämpfen, die Jahrzehnte dauern können – hören wir die Zentrumsleute einwenden. Nötigt dann die Gefahr der Invasionen, der nationalen Zerstückelung nicht zur Verteidigung des Bestehenden? Wir stehen nicht auf dem Boden des naiven Internationalismus, der behauptet, dem Arbeiter sei es gleichgültig, was für Kapitalisten ihn beherrschen und ausbeuten. Die Fremdherrschaft bedeutet, dass zu dem ökonomischen Druck noch der nationale hinzukommt, dass die nationale Unterdrückung im Proletariat das Gefühl der Solidarität mit den eigenen besitzenden Klassen stärkt. Wir wissen, dass jede Invasion am härtesten die Proletarier trifft. Aber all die großen Gefahren lassen sich durch die Solidarität mit dem Kapital des eigenen Landes nicht bannen, sondern umgekehrt, sie werden verewigt.

Wenn z. B. die französische Arbeiterklasse, um der Gefahr der nationalen Zerstückelung zu entgehen, der Tripelentente zum Siege verhilft, so wird sie zwar vielleicht die Gefahren von sich abwenden, aber sie wird dazu beitragen, dass ein Teil Deutschlands den nationalen Druck erleiden werde. Welche Folge wird das haben? Die deutsche Bourgeoisie würde auf neue Kriege sinnen, das Wettrüsten und die neuen Kriegsgefahren würden das französische

Proletariat dauernd an die französische Bourgeoisie ketten, es würde nicht imstande sein, gegen sie zu kämpfen. Die Rüstungskosten, die Unfähigkeit zum Klassenkampfe würden die Lage des Proletariats Frankreichs ungeheuer verschlechtern. Das Ziel, das es sich bei seinem Kriegsbündnis mit der eigenen Bourgeoisie stellte, nämlich die nationale Unterdrückung zu vereiteln, damit diese seinen Klassenkampf nicht behindere, seine Klassenlage nicht verschlechtere, dieses Ziel wäre vereitelt: obwohl es keine nationale Unterdrückung zu erleiden hätte, würden die Bedingungen seines Klassenkampfes und somit seine Klassenlage verschlechtert werden.

Aber ist nicht auch der Ausgang möglich, dass das Proletariat zwar der Bourgeoisie dazu verhilft, die Unversehrtheit des Staates zu erringen, aber ihr nicht erlaubt, fremde Länder zu zerstückeln? Es genügt, sich konkret den Gang der Dinge vorzustellen, um den Unsinn einer solchen Auffassung zu durchschauen. Die imperialistischen Großstaaten treten in den Krieg, weil alle ihr Gebiet erweitern wollen, in Europa oder in den Kolonien. Die Sozialdemokratie hilft ihrer Regierung. Sie kann es nur tun, indem sie das Gefühl der nationalen Solidarität in der Arbeiterklasse stärkt: kann sie es dann in beliebiger Stunde ausschalten? Und ist es denn bei der Erbitterung des modernen Weltkrieges, bei der steten Änderung der militärischen Lage möglich zu entscheiden, an welchem Punkte die Gefahr für die nationale Unabhängigkeit aufhört? Aber selbst angenommen, dass es möglich wäre, die Bourgeoisie in einem imperialistischen Kriege nur so weit zu unterstützen, als es die Wahrung der staatlichen Unabhängigkeit erfordert. Was würde das bedeuten? Millionen sollen sterben, Milliarden an Werten sollen verloren gehen, damit alles beim Alten bleibe, damit also der Zustand behalten werde, der zu den schrecklichen Opfern geführt hätte?

Das Argument von der Gefahr der Invasion, der nationalen Zerklüftung, spricht nicht für die Politik der Verteidigung des Bestehenden, es spricht für die linksradikale Politik des grundsätzlichen internationalen Kampfes gegen die Verhältnisse, die jene großen Gefahren gebären. Denn die Politik der Verteidigung des Bestehenden bedeutet das Weißbluten aller der Kräfte, die die Aufhebung der Gefahren herbeiführen sollen.

Aber was dann, wenn es in einem Kriege zu keinen gleichzeitigen Kämpfen des Proletariats in allen Ländern kommt, oder wenn sein Kampf keine gleichen Erfolge zeitigt, weil die eingesetzten Kräfte ungleich sind? Auch in diesem Falle, dessen Eintreten in den ersten Zeiten der erst vor uns liegenden Kampfesepeche nicht ausgeschlossen ist, sind die dem Proletariat drohenden Gefahren kleiner als in dem Falle, wenn es vor seinen Klassegegnern im vornherein kapituliert. Denn hat es versucht, sich in internationaler Front zu verteidigen, hat es im Kampfe für die eigenen Ziele auch die größten Opfer gebracht, so wird es auch fähig sein, sich gegen die Folgen seiner Niederlage zu wehren. Weil es die Internationale Verbindung bewahrt hat, wird es selbst in annektierten Gebieten zusammen mit dem Proletariat des siegreichen Staates für Demokratie, gegen die nationale Unterdrückung kämpfen können, es wird in Reih und Glied zusammen mit den neuen Kampfgenossen weiter gegen den Kapitalismus kämpfen können. Wenn die Bourgeoisie Kriegsentschädigungen, die ihr auferlegt wurden, auf seine Schultern abzuwälzen suchen wird, wird es sich wehren können. Sollte die Bourgeoisie durch neues Wettrüsten einen neuen Krieg vorbereiten, in internationaler Front kann der Kampf gegen die neue Gefahr geführt werden!

Die Politik des Sozialpatriotismus wie des Sozialimperialismus bedeutet dauernde Kettung des Proletariats an die Bourgeoisie, dauernde Sprengung der internationalen Solidarität des Proletariats, also seine dauernde Auslieferung allen Gefahren der imperialistischen Epoche. Die Politik der Linksradikalen sichert keinen sofortigen Sieg, sichert nicht ein für alle mal vor den Gefahren des Zeitalters des Imperialismus, aber sie ist dauernder Kampf gegen alle Gefahren, ein Kampf, der schließlich zum Siege führen muss. Die linksradikale Politik gaukelt

den Arbeitern keine Ära der Milderung der Klassenkämpfe vor, wie es der Sozialimperialismus, der Annäherung der Nationen, wie es der Sozialpazifismus verkündet. Sie sagt ausdrücklich: wir gehen einer Zeit verschärfter Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital in jedem Lande und dem Kapital verschiedener Länder entgegen. Und darum eben fordert sie von den Arbeitern aller Länder die Anstrengung aller Kräfte des Geistes und des Körpers, die Richtung der Energie auf das Ziel, das einzig der Menschheit ein friedliches Dasein und eine glückliche, harmonische Entwicklung sichern kann.

Aus unserm politischen Tagebuch.

26. November.

Th. Stauning ist in das dänische Ministerium eingetreten. Man braucht nicht anzunehmen, dass ein solcher Schritt bloßem Strebertum entspringe, dass er auf purer Korruption beruhe. Der Ministerialismus ist unter gewissen Verhältnissen eine objektive Erscheinung der Arbeiterbewegung; er ist also auch objektiv zu beurteilen. Wo er möglich ist, entspringt er der Auffassung, dass dem Proletariat durch ihn ein Stück wirklichen Einflusses auf den Gang der Staatsmaschine im Interesse der Arbeiterklasse gesichert werden könne. Nun ist aber der Staat das bedeutsamste Machtmittel der herrschenden Klassen, das sie ganz ausschließlich ausnutzen zur Vergrößerung, mindestens aber zur Erhaltung ihrer Macht. Die Macht des Proletariats steigt lediglich im grundsätzlichen Kampfe gegen den Staat; sie sinkt, sobald sie sich mit diesem Staate solidarisch erklärt. Gern erinnern wir uns in diesem Zusammenhange der Worte, die Karl Kautsky vor etlichen Jahren, da ihm der Weg zur Macht des Proletariats noch nicht durch pazifistische Illusionen in Nebel gehüllt war, schrieb: „Eine proletarische Partei in einer bürgerlichen Koalitionsregierung wird stets mitschuldig werden an Handlungen zur Niederhaltung des Proletariats, die ihr dessen Missachtung einbringen, und dabei doch stets durch das Misstrauen ihrer bürgerlichen Blockbrüder eingeengt bleiben und an jeder ersprießlichen Tätigkeit dadurch verhindert werden. Jedes derartige Regime kann nicht eine Stärkung des Proletariats bringen dazu gibt sich keine bürgerliche Partei her; es kann bloß eine proletarische Partei kompromittieren, das Proletariat verwirren und spalten.“ Das mögen sich nicht nur die Staunings, sondern auch die Scheidemanns gesagt sein lassen.

27. November.

In *Oschatz-Grimma* war Ersatzwahl für den Reichstag. Der Kreis war in den Händen der Konservativen und ist jetzt in ihren Händen geblieben. Anstelle des Herrn Giese Herr Dr. Wildgrube, von dem bekannt ist, dass er auf der Seite der ganz Unentwegten der Reventlow-Richtung steht. Die Sozialdemokraten hatten ihm den Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, Lipinski, gegenübergestellt. Lipinski bekannte sich zur Politik der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft. Er unterstrich diese Stellungnahme dadurch, dass er *gegen* die Kreditbewilligung, aber *für* die Landesverteidigung eintrat. Damit hatte er seinem Rivalen gegenüber von vornherein einen unmöglichen Stand; denn es musste für einen konsequent denkenden Politiker – und die Konservativen haben sich noch stets durch Konsequenz des Denkens wie des Handelns ausgezeichnet – ein leichtes sein, ihm die Unhaltbarkeit seiner politischen Auffassung Punkt für Punkt nachzuweisen. Wenn man sich schon zur Landesverteidigung bekennt, ist es besser, klüger und politisch reinlicher, man bekennt sich ganz zu ihr. Die Halbheiten richten sich nur gegen ihren Vertreter selbst.

Lipinski ließ sich als echter Zentrumsmann von dem Prinzip leiten: erst das Mandat und dann die Politik. Die Aufgaben des Augenblicks erfordern von der Sozialdemokratie die Zurückstellung aller Nebenfragen hinter die eine Hauptfrage: wie werden die Massen einer

konsequenten sozialistischen Politik zugeführt? Lipinski ist unterlegen und mit ihm das Prinzip der Prinzipienlosigkeit. Das Schicksal wird noch manchen Arbeitsgemeinschaftler ereilen.

28. November.

In *Köln* muss für Hofrichter neu gewählt werden. Es war eine Probe auf die Sozialdemokratie. Man wusste lange nicht, ob das Zentrum den Burgfrieden wahren werde. Selbstverständlich dachte es nicht entfernt daran, auf einen eigenen Kandidaten zu verzichten nur des Burgfriedens wegen. Es stellte ganz andere Bedingungen. Es erklärte: wenn die Sozialdemokraten einen Kandidaten von der Rechten, einen Sozialpatrioten und Richtungsgänger Scheidemanns aufstellen, gut, dann können wir auf einen eigenen Kandidaten verzichten. Es sagte sich vermutlich: Ein Sozialpatriot und ein Zentrumsmann – was für ein Unterschied besteht da! Weshalb sollen wir uns in die Unkosten eines Wahlkampfes stürzen, wenn wir es billiger haben können! Und so hing es nun bei der Sozialdemokratie, ob sie das Zentrum zum Wahlkampf zwingen, oder ob sie eine burgfriedliche Wahl mit dem Zentrum machen wollte. Sie hat sich wohl nicht lange besonnen. Sie nominierte Herrn J. Meerfeld, an dessen sozialpatriotischer Gesinnung bei Freund und Feind kein Zweifel ist. Und das Zentrum verstand den Freundschaftswink und verzichtete auf den eigenen Kandidaten. Sozialpatriotismus und Zentrum Arm in Arm! Wer nun noch nicht's merkt, muss wohl schon verdorrten Geistes sein.

29. November.

Die „*Gleichheit*“ bringt in ihrer Nummer vom 24. November eine Übersicht über die Tätigkeit des Reichstages. Sie nennt die Handlungen des Reichstages, eine um die andere, ein Hornberger Schießen. Dieses Hornberger Schießen bestand nun aber darin, dass eine Maßnahme nach der andern getroffen wurde, die gänzlich im Interesse des Imperialismus und des Krieges lag. Was das für die Arbeiterklasse bedeutet, ist jedem klar, der auch nur über die Kenntnis des politischen Abc verfügt. Es ist uns nicht erinnerlich, dass das imperialistische Bürgertum bislang eine Handlung von politischer Bedeutung begangen hätte, die ausgegangen wäre wie das Hornberger Schießen. Die Arbeiterschaft weiß davon mehr als ein Lied zu singen. Was aber bei den Reichstagshandlungen in der Tat auslief, wie das Schießen von Hornberg, das ist die Oppositionsmache der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft. So völlig verpufften die Raten [Taten?] der Zentrumsleute, dass die „*Bremer Bürger-Zeitung*“, von der „*Gleichheit*“ zitiert, schreiben musste: „Wer kann wirklich glauben, oder glauben machen wollen, die Reichsregierung werde nun ganz sicher für Abhilfe sorgen? Was über die Scheußlichkeiten der Schutzhaft oder über das Unerträgliche der Zensur gesagt worden ist, gehöre nun der Vergangenheit an, werde sich niemals wiederholen? Ein Heuchler oder Narr, der, der das glauben möchte; ein kompletter Narr ganz sicher, der das glauben würde!“ So schrieb die „*Bremer Bürger-Zeitung*“. Und die muss es doch wissen. Wie merkwürdig aber, dass die „*Gleichheit*“ an der Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft mit keinem Worte Kritik übt! Dass sie ihre Leistungen vielmehr mit unverkennbar zustimmenden Worten anerkennt! Das ist umso bemerkenswerter, als die „*Gleichheit*“ der Gruppe „*Internationale*“ sehr nahesteht, und wenn man bedenkt, dass die Genossinnen Zetkin und Duncker den rechten Flügel der Gruppe „*Internationale*“ bilden, so versteht man, dass das von der Genossin Duncker geprägte Wort vom getrennten Marschieren und vereinten Schlagen mehr als ein persönliches Bekenntnis der Rednerin war. Hat doch die „*Gleichheit*“ in ihrer Stellungnahme zur Reichskonferenz keinen Zweifel darüber gelassen, dass sie sich zu dieser Auffassung bekennt, und haben doch die Berliner Vertreter der Gruppe „*Internationale*“ bis heute noch kein Wort des Protestes gegen diese verwirrende Phrase verlauten lassen.

Berichtigung.

In der Nummer 23 in dem Artikel „Die sozialpatriotische Presse und die Polenfrage“ Seite 179, 1. Spalte, 22. Zeile von unten, muss es heißen: „imperialistische Politik ohne jeden positiven Einfluss, hat er dieser Politik durch die Umneblung der Gehirne“ usw. In dem Artikel „Friedensglocken“ Seite 178, 1. Spalte, 12. Zeile von unten, ist zu lesen statt „Und wie keines“: Und *weil* keines usw. [Korrigiert, d. Hrsg.]

Feuilleton

Der versetzte Charakter

Von Sv. Cech.

Unsere Schriftsteller leiden alle an einem Fehler – sie lassen zu viel Geld aufgehen, wie ich gleich hinzufüge – auf dem Papiere. Folgen wir irgendeinem Helden auf seiner 10 Bogen starken Laufbahn: was finden wir? Gewöhnlich ist er ohne Dienstposten, hat keine einträgliche Lebensstellung und doch wohnt er in den besten Hotels, speist die kostbarsten Leckerbissen, raucht ausschließlich duftende Havanna, hat für bettelnde Greise stets einen Dukaten bei der Hand, verabreicht als Trinkgeld ebenfalls jedes Mal nur Dukaten, zum Ritt in die finstere Nacht steht ihm immer ein mutiges gesatteltes Ross zur Verfügung, er gebraucht Seebäder, bereist Italien und wenn er so neun Bogen lang wie ein rechter Verschwender gelebt, verfügt er im zehnten immer noch über hinreichende Summen, um aus Verzweiflung über die Treulosigkeit seiner Geliebten sich in den schäumenden Strudel der Lust zu stürzen, in Strömen Champagners seine traurigen Erinnerungen zu ertränken und zu schwelgen, zu rasen im Tummel lärmender Orgien ...

Je nun, wie eben erwähnt, unsere Schriftsteller kennen halt nicht den Wert des Geldes.

Geringere Beträge verschmähen sie grundsätzlich. Findet man bei ihnen Summen angegeben, so sind es immer Millionen, 20 bis 30 Tausend jährliche Einkünfte – kleinere Zahlen halten sie für gar nicht der Rede wert. Hat wohl jemand von Ihnen je gelesen, dass Arthur z. B. 45 Gulden monatliche Einkünfte besaß?

Damit hängt noch ein anderer Fehler zusammen. Bei Personenbeschreibungen lassen sie stets ein wesentliches Merkmal aus.

Sie erzählen ein Langes und Breites von der Gestalt, dem Haare, der Nase, dem Anzug und Charakter nur einer einzigen, sehr wichtigen Sache gehen sie absichtlich aus dem Wege. Sie gönnen uns einen Einblick in die Garderobe-Geheimnisse ihres Helden, in die geheime Werkstätte seiner Gedanken, in die dunkelsten Tiefen seiner Seele, kurzum in alles, nur nicht in sein Portemonnaie. Und gerade dieses sollten sie zuerst tun. So würde der Leser auf den ersten Blick erkennen, mit wem er die Ehre hat, und die Charakterzeichnung wäre mit einem Schlage ins hellste Licht gesetzt.

Ich mache den ersten, schüchternen Schritt in dieser Richtung. Hier das Portemonnaie meines Helden, des Herrn Alfred N.

Bitte hineinzusehen – Sie erblicken einige Abteilungen und in denselben – nichts: hier ein besonderes Fach – darin wieder nichts; wir kehren das Portemonnaie mit dem Rücken nach oben, schütteln es – was fällt heraus? Nichts ...

Die anderen Personalien kann ich jetzt kurz abtun. Teilweise ergeben sie sich schon aus der inhaltsleeren Einleitung. Ein schlanker, regelrecht geformter Körper ein bleiches, träumerisches Gesicht auf den Lippen ein bitteres Lächeln und welterschütternde Ideen im Kopfe. An

den Füßen ein paar abgenutzte Pantoffeln, auf dem Leibe fragliche Beinkleider und drei Viertel eines Rockes, in der Hand eine zwei Ellen lange Pfeife, der ein letzter Seufzer in Gestalt eines blauen Rauchwölkchens entschwebt. Das Wölkchen steigt in die Höhe, rundet sich ab, die Phantasie webt ihr letztes schönes Bildchen hinein, dieses verblasst, erlischt, zerfließt mit dem Wölkchen ... Und die Pfeife und die Phantasie erkalten.

Und welches Bild zerging da mit dem Rauche? Das eines schönen, aber gefühllosen Mädchens

Jetzt ist es im Kopfe wüst wie im Zimmer. Die Dämmerung nistet sich ein in den leeren Winkeln; aus dem Kleiderschrank gähnt eine trostlose Leere entgegen; das Bett träumt einen schönen Traum von Polstern; auf dem Büchergestell fehlen die Bücher und Not grinst gespenstig aus allen Ecken: „Hi, hi! Die Welt hat dich verlassen, die Geliebte dich verschmäht, aber ich werde dich nicht verlassen, mein lieber Knabe!“

Die kalte Pfeife entfällt der Hand, das bittere Lächeln verschwindet von den Lippen, die Augenlider fallen zu – die goldenen Träume sind verblichen.

Da ließ sich ein sanftes Klopfen an der Tür vernehmen. Alfred sprang auf. Soll er öffnen? Ohne Zweifel irrte sich jemand in der Tür; von seinen Bekannten ist dies sicherlich niemand, denn die wissen, man könne bei ihm nichts borgen. Aber in Gottes Namen! Vorsichtig öffnet er die Tür, unter gehöriger Rücksichtnahme auf seine fraglichen Beinkleider und die drei Viertel seines Rockes.

In die Stube schlüpfte ein Männchen, dessen verwahrlostes Äußere ganz vortrefflich zu den Worten passte, mit denen es sich einführte: „Alte Kleider, alte Wäsche Herrchen! Aron zahlt gut, brillant.“

Auf den Lippen Alfreds zeigte sich das frühere, bittere Lächeln. „Ich habe nichts!“ fertigte er den Juden ab.

Aber dieser ließ sich nicht so leicht abweisen. Sich ins Zimmer hineindrängend, näselte er:

„Nu, vielleicht wird doch etwas sich finden. Alte Stiefel, alte Bücher – Aron kauft alles, alles, alles!“

„Überzeuge dich also selbst,“ sagte Alfred bitter. „Hier der Kleiderschrank, hier die Bücherstallage, hier –“

„Gott weiß, nichts, gar nichts!“ wunderte sich der Jude. „Wie ausgefegt. Schade, junger Mann! Schade. Aron zahlt gut.“ Bei diesen Worten zog er aus seinem beschmutzten Kaftan einen ledernen Beutel und schüttelte ihn.

Da ließ sich der helle volle Klang, die verführerische Stimme des Metalls vernehmen, verführerischer als das Lied einer Sirene.

Alfred erbebte bei diesem Klange; seine Augen hefteten sich gierig auf den schmutzigen Geldsack.

Über das Gesicht des Juden flog blitzschnell der Ausdruck der Genugtuung und Verachtung. Den mit der Hand erhobenen Beutel streichelnd, schwatzte er weiter: „Aron zahlt gut, junger Herr! Aron kauft alles, alles, alles!“

„Aber du siehst ja, dass ich nichts habe!“ schrie Alfred zornig.

„Nu, der Herr muss nicht gleich in Harnisch geraten! Der Herr hat doch etwas, wofür Aron viele, viele goldene Fuchse hergäbe –“

„Foppe nicht, Jude, sonst fliegst du von der Stiege geraden Weges in Abrahams Schoß!“

„Aron weiß, was er spricht,“ beschwichtigte ihn der Jude mit widerwärtiger Unterwürfigkeit. „Der Herr hat ein seltenes Kleinod bei sich, wofür Aron zahlen wird, was der Herr selbst wird wollen.“

Dabei fuhr er mit den gebogenen Fingern in den Beutel. Alfred verfolgte funkelnden Auges diese Bewegung und stieß die Worte aus:

„Wohlan sprich, was hab' ich, wovon ich nichts weiß? Was soll ich dir verkaufen?“

Der Jude trat einen Schritt näher, neigte sich zu seinem Ohre und flüsterte: „Den Charakter.“

Alfred glotzte ihn mit aufgerissenen Augen an: „Den Charakter? Bist du ein Narr?“

Der Jude trat zurück, richtete sich auf und sprach im prahlenden Tone: „Der Herr wundert sich. Nu, Aron kauft alles: abgetragene Kleider, Mädchentugend, alte Regenschirme, Ehre, Zöpfe, Geniefunken, Hasenbälge – Aron kauft die ganze Welt. Warum sollte er nicht Charaktere kaufen? Ein Charakter ist in unseren Tagen ein seltenes Ding. Charakterlose Leute gibt's überall genug ...“

Mit Schrecken blickte Alfred den Sprecher an.

Eben drangen durchs Fenster die letzten Strahlen der untergehenden Sonne und verliehen dem Juden ein gewisses gespenstiges Aussehen. Der Beutel in seiner Hand wurde glühend heiß, das zerzauste Haar und der Bart verwandelten sich in goldene Fäden, Gold schimmerte aus den Falten seines Kaftans und in den regellosen Zügen seines Gesichtes, seine großen Augen spielten im Metallglanz, blitzten wie zwei Dukaten. Es schien ihm, als sähe er den Dämon des Goldes vor sich, mit gebogenem Nacken, mit gierig gekrümmten Fingern, der sich auf sein mattes Opfer stürzen will, um das lebendige Blut daraus auszusaugen und in ihm den letzten göttlichen Funken zu ersticken ...

Er bedeckte das Gesicht mit beiden Händen. Als er wieder emporblickte, sah er den Juden in der früheren Gestalt, ohne den gespenstigen Nimbus - die Sonne war schon untergegangen.

„Nu, verkauft mir das Herrchen den Charakter? Aron bezahlt gut. Es ist eine starke Nachfrage nach denselben, weil die Wahlen vor der Tür sind ... Nu, verkauft der Herr? Aron zahlt eine riesige Summe.“

Bei diesen Worten zog der Jude einen Dukaten aus dem Beutel und hielt ihn zwischen den Fingern in die Höhe. Alfred blickte eine Weile gierig dem goldflimmernden Kreise nach, den jener im matten Dunkel blitzend beschrieb, doch plötzlich wandte er den Kopf und versetzte fest, entschlossen: „Nein, ich verkaufe ihn nicht!“

Der Jude schüttelte den Kopf: „Ei, ei, nicht? Gott weiß, ein schöner Charakter! Ich gebe zweimal so viel! Noch nicht? Dreimal so viel – ein lauterer Charakter! Nu, nichts? Ich mache den Herrn zu einem Millionär – er wird in Palästen wohnen, den edelsten Wein trinken, die süßesten Lippen küssen ...“

Alfred sah eine Weile in die Luft, als ob sich dort ein schönes Ideal vor seinen Augen erhebe, dann fuhr er mit der flachen Hand über die Augen und wiederholte unter einem Seufzer: „Ich verkaufe ihn nicht.“

„Nu, wie der Herr will. Behalte also der Herr seinen Charakter mit Not und Elend im Gefolge, Aron behält sein Geld. Ich empfehle mich!“ Und warf den herausgenommenen Dukaten wieder zu den andern, dass sie einen hellen Klang von sich gaben, steckte den Beutel langsam in den Kaftan und schickte sich an, wegzugehen. Doch an der Tür kehrte er um.

„Aron hat ein gutes Herz,“ plauderte er, „er kann einen rechtschaffenen Menschen in der Not nicht verlassen. Wissen Sie was, ich leih' Ihnen Geld, verpfänden Sie mir Ihren Charakter. Ich borge auf kleine Zinsen. 50 von 100 eine wahre Bagatelle. Nu, wie gefällt dem Herrn mein Angebot?“

Alfred überlegte: er blickte im Zimmer umher: im Kleiderschrank gähnende Leere, das Bett ohne Kissen, das Büchergestell ohne Bücher, und ringsum grinst das Elend: „Nie, nie werde ich dich verlassen!“

Er entschied. Indem er mit der Hand eine abwehrende Bewegung machte, rief er: „Nu, nimm ihn hin, ich versetze ihn!“

Plötzlich hielt er betroffen inne. Wie ist es möglich, einen Charakter zu versetzen? Das ist ja die Ausgeburts eines krankhaften Gehirns. Er schloss die Augen, öffnete sie – der Jude war noch da; er kniff die Augenbrauen – der Jude war nicht verschwunden; er stand noch immer hier und sprach: „Ich weiß, was dem Herrn Beschwerden verursacht. Doch da weiß Aron Rat.“ Mit diesen Worten zog er aus dem Kaftan ein gewöhnliches Pillenschächtelchen hervor, öffnete und schloss es nach einer kleinen Weile. „So, Ihr Charakter ist hier!“ sagte er höhnisch, auf den Deckel der Schachtel klopfend.

Erstaunt blickte Alfred das Schächtelchen an; in der Dämmerung buchstabierte er dessen Aufschrift:

„Edle Charaktere!“

„Sehen Sie,“ plauderte der Jude weiter, „welche ehrenvolle Etiquette Ihrem Charakter zuteilgeworden. Ich klassifiziere dieselben nämlich nach dem Werte. Hier“ – dabei zog er aus dem Kaftan eine andere Schachtel hervor – „haben Sie ehrliche, altböhmische Charaktere“, sie finden sich gewöhnlich bei alten Leuten mit langem Barte, die niemanden umgebracht haben; hier sind die „lauteren Charaktere“, verhältnismäßig billig, aber wenig dauerhaft; besonders gegen den Wind muss man sie gut verwahren. Übrigens machen politische Gesinnungsgenossen sich dieselben bei verschiedenen Gelegenheiten zum Präsent. In dieser Büchse halte ich „biedere Charaktere am Lager – größtenteils Ausschuss ... doch was liegt dem Herrn an meinen Büchsen, lieber das Geld aufs Brett, nicht wahr?“

Wieder zog er den Beutel heraus und legte die blitzenden Dukaten aufeinander. Plötzlich hielt er inne. „In fünf Jahren um dieselbe Zeit findet sich Aron bei Ihnen ein, wo Sie auch immer sein mögen. Zahlen Sie mir die Summe, die ich Ihnen hierherlege, samt Zinsen nicht zurück, dann gehört der Charakter mir. Einverstanden?“

Alfred nickte mit dem Kopfe. Und der gespenstige Jude griff tiefer in den Beutel, mit fabelhafter Geschwindigkeit wuchsen die goldenen Säulen zur Decke des Zimmers empor und der bodenlose Beutel wurde nicht leer, sein Inhalt blieb unerschöpflich. Schenke uns allen der Himmel einen solchen Geldbeutel! (Schluss folgt.)

Zeugen und Rufer.

Der Sozialismus hat für seine Entwicklung nicht nur in den allgemeinen Bedingungen der ökonomischen Konkurrenz und in dem Widerstande der politischen Macht Hindernisse gefunden, sondern auch in den Verhältnissen der proletarischen Masse selbst und in dem manchmal dunkeln, obgleich unvermeidlichen Mechanismus ihrer langsamen, veränderlichen, verwickelten, oft gegensätzlichen und widerstreitenden Bewegungen. Das hindert viele Leute zu erkennen, wie alle Klassenkämpfe in wachsendem Maße auf den einen Kampf zwischen den Kapitalisten und den proletarischen Arbeitern zurück gehen.

Antonio Labriola.

Aus der Tragödie Rateliff.

Und einem Manne ergreift der Zorn,
wenn er betrachtet, wie die Pfennigseelen,
die Buben, oft im Überflusse schwelgen,
in Samt und Seide schimmern, Austern schlürfen,
sich in Champagner baden, in dem Bette
des Doktor Grahams ihre Kurzweil treiben,
in goldnen Wagen durch die Straßen rasseln,
und stolz herabsehn auf den Hungerleider,
der mit dem letzten Hemde unterm Arm
langsam und seufzend nach dem Leihhaus wandert.

O seht mir doch die klugen, satten Leute,
wie sie mit einem Walle von Gesetzen
sich wohlverwahret gegen allen Andrang
der schreiend überläst'gen Hungerleider!
Weh dem, der diesen Wall durchbricht!
Bereit sind Richter, Henker, Stricke, Galgen
je nun! manchmal gibt's Leut', die das nicht scheun!

So dacht ich auch und teilte ein die Menschen
in zwei Nationen, die sich wild bekriegen,
nämlich in Satte und in Hungerleider.

Heine.

Arbeiterpolitik 25/1916

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

1. Jahrg.

Bremen, den 9. Dezember 1916.

Nr. 25

Redaktion und Expedition: Waller Heerstraße Nr. 52. (Eing. Torweg).

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

Der imperialistische Staat.

Von N. Bucharin.²¹

Theoretisches zum vaterländischen Hilfsdienst.

Der Staat ist eine *historische* Kategorie. Das heißt, dass der Staat nicht als ewiges Gesetz der Gesellschaft wirkt, sondern eine vorübergehende Erscheinung ist. Mit anderen Worten: der Staat entsteht nur auf einer bestimmten Entwicklungsstufe, und umgekehrt, auf einer anderen Stufe der Entwicklung muss er verschwinden. Er entsteht als eine Organisation der herrschenden Klasse, und darin liegt sein *Wesen*. Das ist die Organisation „der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klassen, die vermittels seiner auch politisch herrschende Klasse wird und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse“ (Fr. Engels, Ursprung der Familie usw. S. 137). Der Begriff des Staates hat also den Begriff der Klassenherrschaft als seine Voraussetzung. Klassenloser Staat ist ein ebensolches Unding, wie z. B. klassenloser Kapitalismus oder trocknes Wasser. K. Marx hat das mit folgenden Worten zum Ausdruck gebracht: „Selbst die radikalen und revolutionären Politiker“, schreibt er („Kritische Randglossen“ usw., Nachlass, B. 2, S. 50), „suchen den Grund des Übels nicht im Wesen des Staates, sondern in einer bestimmten Staatsform, an deren Stelle sie eine andere Staatsform setzen wollen.“ Ganz anders sind die Ziele der Sozialisten: „Alle Sozialisten behauptet F. Engels (italienischer Artikel: „Dele Autorita“, abgedruckt in der „Neuen Zeit“, 32, 1, S. 39) sind darin einverstanden, dass der Staat und mit ihm die politische Autorität infolge der künftigen sozialen Revolution verschwinden werden; das heißt, dass die öffentlichen Funktionen (Dienstleistungen) ihren politischen Ausdruck verlieren und sich in einfache administrative Funktionen verwandeln werden, die die sozialen Interessen überwachen“. Derselbe Engels

²¹ Der Verfasser dieses Artikels ist eine vielversprechende theoretische Kraft der russischen Linksradiكالen. Er ist der Verfasser einer ausgezeichneten, wenn auch knappen Arbeit über den Imperialismus, aus der wir noch Teile bringen werden. Genosse Bucharin, der auch in der Frage des Selbstbestimmungsrechtes im Gegensatz zu den älteren Führern der Bolschewiki auf demselben Boden wie wir steht, begab sich vor kurzem nach den Vereinigten Staaten Amerikas, um die Redaktion des „Nowy Mir“, des russischen sozialdemokratischen Tageblattes, zu übernehmen. Wir hoffen bald von ihm Artikel über die Lage in Amerika bringen zu können.

schreibt im „*Anti-Düring*“ (dem Werke, welches bekanntlich von Marx durchgesehen, fast redigiert und teilweise geschrieben wurde): „Der Staat stirbt ab.“ Dieselbe Prognose (Voraussage) stellt er auch im „*Ursprung der Familie*“. Die Gesellschaft, die die Produktion auf Grundlage freier und gleicher Vereinigung der Produzenten neu organisiert, versetzt die ganze Staatsmaschine dahin, wohin sie gehören wird: ins Museum der Altertümer, neben das Spinnrad und die bronzene Axt (Seite 140)²². Mit der Sprengung des Klassenverhältnisses wird auch sein politischer Ausdruck – der Staat – gesprengt, und es entsteht eine klassenlose und staatslose sozialistische Gesellschaft.

Der Staat ist die *allgemeinste* Organisation der herrschenden Klasse, d. h., dass das Ausbeutungsobjekt hier nicht nur einige Kreise, sondern die ganze ausgebeutete Klasse ist. Das ist eine riesige, ungeheure Maschine, welche selbst das Volk direkt exploitiert, sowie auch zum Zwecke hat, alle Bedingungen der „normalen“ Exploitation aufzubewahren, zu schützen und zu verbreiten. Wenn irgendwelche Gefahr droht, so geht der Staat mit seiner ganzen – letzten Endes militärischen – Gewalt gegen die Feinde los: nach außen sind das die Kriege, nach innen eine Niederwerfung der Rebellen. Die Waffengewalt ist also das eherner Gesetz des Staates, *jeder* Staatsform ohne Ausnahme. Nur die quantitative Seite dieser Erscheinung ist verschieden, und sie verändert sich mit dem Typus des Staates, was wiederum durch die welt- und volkswirtschaftliche Entwicklung bestimmt wird. Gerade in unserer Zeit, mit der Bildung *imperialistischer* Staaten, nimmt die allgemeine Militarisierung ein riesiges, nie dagewesenes Ausmaß an.

Der Staat ist allumfassende Organisation der Herrschenden. In der vorimperialistischen Epoche stellte er eigentlich die Organisation schlechthin dar. Ein besonders wichtiges Gebiet des gesellschaftlichen Lebens – die Wirtschaft – war völlig anarchisch, ungerregelt. Das individuelle Unternehmen, der Kapitalist, der ganz allein „arbeitet“ und nur seinen Arbeitern gegenübersteht, dem der Staat nur allgemeine Bedingungen seiner „Ausbeutungsrechte“ sichert – das ist das typische Bild der früheren Ökonomie.

Ganz anders ist es jetzt geworden. Der einzelne Kapitalist wird zum Verbandskapitalisten. Das rasche Verschwinden des Mittelstandes, der siegreiche Zug des Großkapitals hatte einige neue Formen des ökonomischen Lebens hervorgerufen, welche natürlich als besondere Formen des Klassenlebens aufgetreten sind. Die Bildung der Unternehmerverbände, der Trusts, der Syndikate usw., ihre gegenseitige Verbindung durch kombinierte Betriebe und die Großbanken, haben die alten Formen ganz verändert. Und wenn für die vorimperialistische Epoche das individuelle Kapitaleigentum charakteristisch war, so ist für die heutige finanzkapitalistische Wirtschaft das kollektive Eigentum miteinander organisatorisch verbundener Kapitalisten charakteristisch.

Denselben Prozess kann man aber nicht nur auf dem Gebiete der Ökonomie bemerken. Er erstreckt sich auf alle Gebiete des Klassenlebens. Und wenn die Arbeiterklasse sich die Gewerkschaften, die politischen Organisationen, die Genossenschaft, die Bildungsvereine usw. schafft, so macht das die Bourgeoisie in viel größerem Umfange. Auf diese Weise bilden sich verschiedenartige bürgerliche Klassenorganisationen: im ökonomischen Leben die Unternehmerverbände, Trusts usw., auf dem politischen Gebiete politische Parteien mit allen Abzweigungen, auf dem wissenschaftlichen Gebiete verschiedene wissenschaftliche Organisationen,

²² Bei dieser Gelegenheit möchten wir bemerken, dass es völlig verkehrt ist, den Unterschied zwischen den Sozialisten und den Anarchisten darin zu suchen, dass die ersteren staatsfreundlich und die letzteren staatsfeindlich sind. Der Unterschied liegt darin, dass die revolutionäre Sozialdemokratie die neue gesellschaftliche *Produktion als zentralisierte*, das heißt technisch-progressive einrichten will, während die *dezentralisierte* anarchistische Produktion nur ein Rückschritt zur alten Technik und Betriebsform bedeuten würde.

die sich in nötigen Fällen in die treuen und servilen Diener des Kapitalismus verwandeln usw. Endlich wird der Staat immer riesiger. Aber damit ist der Organisationsprozess nicht zu Ende.

Alle diese Reihen haben die Tendenz, miteinander zu verwachsen und sich in eine einzige Organisation der Herrschenden zu verwandeln. Das ist der neueste Schritt der Entwicklung, welcher besonders deutlich während des Krieges sichtbar wurde. Am wichtigsten ist das Verschmelzen der staatlichen Bourgeoisieorganisation mit denen der ökonomischen Gebiete. Die Produktion wird allmählich staatlich geregelt. Das geschieht in zwei wichtigen Formen: Erstens durch die Einführung der Staatsmonopole auf dem Gebiete der Produktion, was hauptsächlich aus finanziellen (die Deckung der Kriegsanleihen usw.) sowie auch aus staatlich-militärischen Gründen (Notwendigkeit der Kriegsmaterialien) gemacht wird; zweitens durch das besondere System der sog. „gemischten Betriebe“, wo der Staat und die ökonomische Unternehmerorganisation gemeinsamen Besitz haben.

Dasselbe geschieht auch in der Sphäre des Verkehrs: Die Einführung der staatlichen Handelsmonopole, die Verschmelzung der staatlichen und „privaten“ Kreditanstalten (Banken), fixierte Preise, das Eingreifen des Staates in die Produktionsverteilung – alles dies bedeutet die Aufsaugung des ökonomischen Lebens von der staatlichen Organisation. Die „Volkswirtschaft“ wird mehr und mehr eine „Staatwirtschaft“, ein staatskapitalistischer Trust.

Die *Verstaatlichung der Arbeitskraft*, wie sie im englischen Munitionsgesetz, im deutschen „Vaterländischen Hilfsdienst“ usw. stattfindet, ist eine unentrinnbare Konsequenz dieser Entwicklung. Aber nicht nur staatliche und rein ökonomische Organisationen der Bourgeoisie vereinigen sich, sondern auch alle anderen bürgerlichen Klassenorganisationen haben dieselbe Tendenz. Die Wissenschaft, die Parteien, die Kirche, die Unternehmerverbände usw. werden in den Staat hineingezogen.

So entsteht eine einzige, allumfassende Organisation, der moderne imperialistische Staat, als die omnipotent Herrschaftsorganisation der Bourgeoisie ist, mit unzähligen Funktionen, mit gigantischer Gewalt, geistiger (die Religion, die Presse, die Schule usw.) sowie auch materieller (die Polizei, das Militär). Diese Gewalt dringt in alle Poren der finanzkapitalistischen Gesellschaft hinein und gibt unserer Zeit ein besonderes, spezifisches Gepräge.

Hier sehen wir auch die Dialektik der Geschichte: der Staat, welcher zuerst die einzige Organisation der Herrscherklasse war, verwandelt sich in eine Organisation neben der andern, um sich wieder in eine einzige zu verwandeln durch die Aufsaugung aller andern. Das ist das heutige Monstrum, der moderne Leviathan der Staatlichkeit.

Die Entwicklung der Weltwirtschaft führt zum schroffsten gegenseitigen Bekämpfen der staatlich organisierten „Volkswirtschaften“. Die imperialistischen Kriege aber haben wieder eine Rückwirkung auf die Struktur der Staaten. Und wenn der oben geschilderte Typus sozusagen ein reelles Bild des imperialistischen Staates ist und nur die entwickelten Staaten eine solche Stufe erreicht haben, so führt doch jeder Tag und besonders jeder Tag des Krieges zur Verallgemeinerung dieser Tatsache.

Das stellt an das Proletariat die Aufgabe, sich an diese neue Situation anzupassen. Es ist klar, dass der imperialistische Staat die höchste Form der bürgerlichen Klassenorganisation darstellt. Die Gewaltmittel dieser Organisation sind riesig. Man erinnere sich nur an den heutigen Militarismus. Die Arbeiter sehen sich also den vereinigten Kräften der ganzen Bourgeoisie gegenüber.

Die Sozialpatrioten und Sozialimperialisten sehen in dem Staatsleviathan des Imperialismus den Anfang der sozialistischen Gesellschaft, weil er die Produktion regelt. Darum

unterwerfen sie sich ihm. Wir Linksradiكالen übersehen keinesfalls, dass hier das Kapital selbst eine große Vorarbeit für den Sozialismus leistet, indem es die wichtigsten Produktionszweige straff organisiert. Aber erstens übersehen wir dabei nicht die Wirkung auf die Arbeiterklasse, und zweitens ist die Unterwerfung dieser vom imperialistischen Staate geschaffenen Produktion unter die Interessen der Arbeiterklasse nur möglich durch den Sieg des Proletariats über den imperialistischen Staat. Der imperialistische Staat bedeutet die Sammlung aller Kräfte der Bourgeoisie. Der Sieg über ihn ist nur möglich durch die ganze proletarische Masse. Aber wie gegensätzlich die Auffassung der Sozialimperialisten und Linksradiكالen auch ist, in einem sind sie einig: bei Akten, wie die Mobilisierung der Arbeitskraft in allen kriegführenden Ländern, handelt es sich nicht um vorübergehende Erscheinungen, sondern um Erscheinungen, die die Lage der Arbeiterklasse in dieser oder jener Form von nun an bestimmen werden. Woraus sich unsere Stellung diesen Erscheinungen gegenüber von selbst ergibt.

Die polnische Frage in ihrer historischen Entwicklung.

M. Bronski.

„Die Menschheit stellt sich immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genauer betrachtet, wird sich stets finden, dass die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozess ihres Werdens begriffen sind.

Karl Marx. Zur Kritik der politischen Ökonomie. (Vorrede.)

Noch nie in seiner jahrzehntelangen Leidensgeschichte hatte Polen so viele Retter und Erlöser zu verzeichnen, als während dieser mit Hass erfüllten Zeit des Weltkrieges. Noch nie war der Wunsch, Polen zu befreien, so allgemein, noch nie bekundete man lauter und allseitiger die feste und entschlossene Absicht, die polnische Frage zu lösen, als jetzt, während des Weltkrieges, der so viele neue Unfreiheiten schafft und neue „Fragen“, der polnischen ähnlich, in die Welt setzt. Der zarische Minister und der gestrige Präsident der sozialistischen Internationale, der preußisch-deutsche Staatsmann und die Durchhaltepolitiker: sie alle sind bestrebt, die traurige Wirklichkeit des heutigen Tages mit den rosigen Hoffnungen der polnischen Zukunft zu umschleiern.

Es ist nun die höchste Zeit, alle diese Verheißungen, diese Versprechungen und Aussichten auf ihren realen Gehalt zu untersuchen.

1. Die bisherigen Befreiungsversuche.

„In unserm Lande ist die Meinung vorherrschend, dass wir der Übermacht unterlagen. Diese Meinung irrt, sie lügt. Es gibt keine Übermacht für ein Volk von mehr als zehn Millionen, sogar bei den ungünstigsten Verhältnissen. Sie war es nicht zur Zeit Koseinskis, auch nicht zur Zeit Napoleons ...“

Mochnatzki. Geschichte des polnischen Aufstandes 1830–31.

Die historische Tragik des hundertjährigen Kampfes des opferfreudigen Teiles der polnischen Gesellschaft bestand nicht nur darin, dass der wirtschaftliche Organismus Polens aus diesen Kämpfen zerstört und verwüstet durch Rache des Siegers hervorging, das könnte im Laufe der Zeit geändert werden. Was aber nicht geändert werden konnte, war die Tatsache, dass die Kräfte des Feindes immer stärker waren als die des Aufstandes. Und nicht darum,

weil eine 12–15 Millionen Seelen zählende Bevölkerung, wenn sie wie ein Mann aufgestanden wäre, nicht den Sieg über den starken Gegner hätte erringen können, sondern weil in *der Tat immer nur ein Teil des Volkes es war*, der zum Kampfe gegen den „Erbfeind“ ausgezogen war. Nie waren die Aufstände Kämpfe des gesamten Volkes, sondern immer nur eines Teils, und zwar des kleinsten, der die ganze Last der Insurrektion auf sich nahm und sich opferte. Nicht nur im Sinne des kämpfenden Materials, physisch, sondern, was noch wichtiger erscheint, *politisch* waren die Aufstände ein Kampf nur eines Teiles der polnischen Gesellschaft.

Die nationalistischen Ideologen hatten für diese Erscheinung nicht viel übrig. „Wenn das Leben sich unsern Idealen nicht fügt, desto schlimmer für das Leben.“ Man fand erfolglose Worte der höchsten Empörung – und stellte höhere Anforderungen an die einzelnen Heroen des Patriotismus. Jedoch diese Erscheinung forderte eine Erklärung, zwang zu praktischen Maßnahmen. Man griff zuerst ein vom strategisch-militärischen Standpunkt. „Vor allem müssen wir dafür Sorge tragen, dass mit dem Feinde des Vaterlandes mehr das Volk als der angebliche Soldat zu tun haben soll“ – schrieb 1835 *Mochnatzki*.

2. Der revolutionärer Taktiker der 30er Jahre.

Leider wurden diese Lehren von seinen Nachfolgern wenig beachtet. Sie konnten nicht beachtet werden. Auch 1863–64 kam nur ein winziger Teil des Volkes als Kampfheer in Betracht, wenn auch Anstrengungen nicht gescheut wurden, um den umfassendsten Teil der polnischen Gesellschaft, die Bauern, für den Aufstand zu interessieren. Die Bauern standen auch diesmal abseits des Kampfes um die staatliche Unabhängigkeit.

Wenn wir auf diese Erscheinung, die sich mit mathematischer Gesetzmäßigkeit bei jeder nationalen Bewegung in den letzten 120 Jahren einstellt, die Aufmerksamkeit lenken, so nicht nur, um das Geheimnis der ständigen Misserfolge der nationalen Bewegung zu entschleiern, sondern auch um das eigentliche *polnische Problem* schärfer hervorzuheben.

Seit mehr als hundert Jahren dreht sich der politische Gedanke der patriotischen Ideologen um die Frage: wo findet man die materiellen Kräfte zur Erlangung des Zieles, das im Voraus als die einzige und beste Lösung der polnischen Frage anerkannt wurde, nämlich zur Erkämpfung der Unabhängigkeit? In der gleichen Zeit, als die patriotischen Ideologen dieses politischen Versteckspiel trieben und innerhalb und außerhalb des Landes auf das Kommen des Messias warteten – wie einst die Utopisten des Sozialismus – bereitete sich eine gründliche Umwälzung der polnischen Wirtschaft vor. Diese wurde aber von den patriotischen Ideologen gar nicht beachtet. Mit einem ausgeklügelten Ideal in der Tasche – das überdies nur ein reaktionäres Ideal sein konnte, weil es eine Rückkehr zur Vergangenheit bedeutete – fuhr die patriotische Ideologie fort, durch Agitation des Patriotismus die Mächte aus dem Boden zu stampfen, die für ihr Ideal bereit waren zu kämpfen. Statt die *Ziele* des Kampfes den Notwendigkeiten, den Bedürfnissen der Gesellschaft unterzuordnen, wurden stets und immer die Bedürfnisse der Gesamtheit den Idealen der nationalistischen Ideologen untergeordnet.

Freilich, schon früher waren Versuche gemacht worden, dieser patriotischen Agitation eine materielle Grundlage zu verschaffen. *Mochnatzki* versuchte die wirtschaftlichen Momente des Novemberaufstandes aufzudecken. „Gewiss, mächtig ist der Name des Vaterlandes, seine Unabhängigkeit und seine Unversehrtheit, heilig ist es für jeden Polen, jedoch ist es auch gut zu wissen: was für Interesse, außer dieser edlen Gesinnung, die Massen belebte, und was die Massen zum Aufstand treiben konnte.“ Allerdings, dieser schüchterne Versuch führte zu keinen positiven Resultaten. Dazu war der adlige Revolutionär *Mochnatzki* allzu sehr in seiner Klasseideologie befangen, um das politische Ziel des Ausstandes zu ändern, nachdem er gesehen hatte, dass es nur einem kleinen Teile des Kleinadels wirtschaftlich entsprach. Er hat am entgegengesetzten Ende angegriffen. Er forderte soziale Reformen, er verlangte von

der aufständischen Regierung die Lösung der wichtigsten sozialen Frage jener Zeit, der Bauernfrage, um die Bauern an den Karren des Aufstandes zu schmieden. „Gebt doch endlich die verkehrte Ansicht auf“, rief er in den Sturmzeiten des Novemberaufstandes 1830, „mit einer Insurrektion das Land zu retten; nur solche Mittel dürfen angewendet werden, die eine soziale Revolution hervorrufen können“.

Dieser Weg war nicht neu. Schon *Kosciuszko*, der Diktator des ersten polnischen Aufstandes von 1794, war der erste, der in der richtigen Erkenntnis, dem Aufstande ein soziales Motiv zu geben, sein berühmtes Manifest von Polaniec (1794) erließ, wo er den Bauern etwaige Erleichterungen versprach, falls sie am Aufstande teilnehmen würden. Desgleichen auch die Führer des Aufstandes von 1863–64, die in ihrem Manifest vom 22. Januar zugleich mit der Proklamierung des Aufstandes den Bauern eine Bauernregulierung versprachen.

Immer aber waren die projektierten sozialen Maßnahmen, die unzweifelhaft eine wirtschaftliche Notwendigkeit für die gesamte Gesellschaft wurden, nicht das Ziel des politischen Kampfes, das nicht auf einem anderen Wege zu erringen war, sondern nur das Mittel, oft sogar nur noch ein Lockmittel.

Und wenn noch heute vielen unklar ist, warum Polen nicht solche Macht entfalten konnte wie das revolutionäre Frankreich in der großen Revolution²³, so waren es die Führer selbst, die dies bewusst taten.

„Gott ist mein Zeuge“, schrieb *Kosciuszko* Anfang 1794 an die hochadlige Fürstin Czartoryska, „dass wir keine französische Revolution unternehmen. Ich will nur den Feind vernichten“. So beruhigte er die Nutznießer der herrschenden sozialen Verhältnisse, dass die versprochene Bauernreform keine Gefahr für die Aufrechterhaltung der weiteren Herrschaft des Adels bedeutete. Sie war nur Mittel zum politischen Zweck, Lockmittel, das natürlich niemanden anzulocken imstande war. Die Bauern blieben stumm.

Das gleiche meinte auch der letzte adlige Revolutionär größeren Stils, *Mochmatzki*, „... als Mittel des Aufstandes, nicht als das einzige, aber als das Wichtigste, ist die soziale Revolution zu verstehen, die im nationalen Sinne gedacht den westeuropäischen Vorstellungen vollständig fremd ist. Das Ziel bildet die territoriale Wiederherstellung.“

Das gleiche geschah dreißig Jahre später, im Aufstande von 1863–64. Das wirtschaftssoziale Problem war nur Mittel, eine Zugabe zu den aufständischen Parolen. Nicht um die wirtschaftlichen Reformen grundlegender Natur durchzuführen, war der Aufstand inszeniert, sondern umgekehrt, um den Aufstand zum siegreichen Ende zu führen, war es notwendig, die Bauernmasse, damals noch der wichtigste und zahlreichste Bevölkerungsteil, durch das Lockmittel der Bauernreform an den Aufstand zu fesseln. Vollständig ohne Erfolg.

Und was noch schlimmer war: die kleinadligen Schichten des Aufstandes waren gar nicht imstande ihre Versprechungen einzulösen. Weder *Kosciuszko* konnte Polen durch den Weg zur kapitalistischen Entfaltung durch die Sprengung der feudalen Fesseln führen und es politisch befreien, noch der polnische Landtag des Aufstandsjahres 1830–31, endlich musste der Aufstand vom Jahre 1863–64 unterdrückt werden, um die Modernisierung der

²³ Der genialste neuzeitliche polnische Romanschriftsteller, der den patriotischen Ideologen der neuesten Observanz am nächsten steht, Stefan Zeromski, lässt seinen Helden Sulkowstzi folgendes sagen: „Wir konnten alle aufstehen, Dorf um Dorf, Stadt um Stadt, wie ein mutiger Mann zu seiner Verteidigung aufsteht. Wir konnten auf den Feind losgehen, ihn niederringen, gleich wie das französische Volk seine Feinde niederrang. Wir sind nicht aufgestanden, und nicht zum Kampf ausgezogen.“

wirtschaftlichen Verhältnisse Polens ausgerechnet durch den siegreichen Zarismus, seiner historischen Mission zum Trotz, durchführen zu lassen. Der Zar führte die Bauernregulierung in Polen durch und eroberte sich einstweilen die Herzen der breiten Schichten der Bauern.

Dieser klaffende Gegensatz zwischen den eigentlichen tiefgehenden Bedürfnissen der polnischen Gesamtheit und den Bestrebungen zur Aufrichtung des unabhängigen Staates dauert schon seit mehr als hundert Jahren. In keiner Phase des Kampfes war die staatliche Unabhängigkeit ein notwendiges Postulat zur Realisierung irgendwelcher wirtschaftlichen Notwendigkeiten größeren Stils, deren Nichterfüllung ein Hindernis in der Machtentfaltung des Landes von allen empfunden und die nicht in den bisherigen staatlichen Formen erfüllbar wären. Nicht hier lag das polnische Problem, nicht auf diesem Wege der hundertjährigen Kämpfe konnte die polnische Frage gelöst werden. Die wirtschaftliche Umwälzung Polens im 19. Jahrhundert hatte das polnische Problem vollständig umgeworfen, und darum waren die Versuche, die polnische Frage so zu stellen und sie zu lösen, wie sie am Ende des 18. Jahrhunderts beim Untergange des polnischen Staates stand, erfolglos, weil historisch verjährt.

Die polnische Frage hat im Laufe des 19. Jahrhunderts und zu Anfang des 20. Jahrhunderts einen vollständig anderen Inhalt bekommen, weil neue Bedürfnisse entstanden sind, die dem alten feudalen Polen des 18. Jahrhunderts vollständig fremd waren. Die Probleme des modernen kapitalistischen Polen sind himmelweit verschieden von denjenigen des alten Polen, und man kann nicht das moderne Polen mit Mitteln retten, die dem alten Polen womöglich zugutekommen konnten.

Um diese These zu erläutern, muss man auf die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, die zum Untergang Polens führten, näher eingehen.

Linksradikalismus, das Parteizentrum und die Polenfrage.

Die preußischen Granden haben bekanntlich dem Landtag einen Antrag vorgelegt, in dem sie erstens in dem befreiten Polen dauernd wirksame militärische, wirtschaftliche und allgemein politische Sicherungen Deutschlands forderten und in dem sie zweitens für den Abschluss der preußischen Polen von der Befreiung eintraten.

Diesen offenerzigen Antrag und die sich aus ihm ergebende Debatte benutzte der Abg. *Ströbel*, ein namhafter Vertreter des Zentrums der Partei, um Stellung zur Polenfrage zu nehmen.

Nachdem *Eduard Bernstein* in dem bekannten sozialistischen Organ, das Herr Mosse herausgibt, sich über die Polenfrage dermaßen ausgelassen hatte, dass man nicht wusste, ob er aus Anlass der Befreiung weinte oder lachte, nachdem die Organe des Parteizentrums über die ganze Angelegenheit nichts zu sagen wussten, war man natürlich erpicht darauf, was einer der radikalsten Parteizentrumsführer, Heinrich Ströbel, zu sagen haben werde. Genosse Ströbel hatte bereits das Manifest in Händen, das am 13. November von den ausländischen Vertretern aller drei sozialdemokratischen Organisationen in Russisch-Polen (Haupt- und Landesvorstand der Sozialdemokratie Russisch-Polens und Zentralkomitee des linken Flügels der P. P. S.) gemeinsam erlassen wurde. In Übereinstimmung mit diesem Manifest, das er teilweise zitierte, lehnte Ströbel die Befreiung Polens durch die Zentralmächte ab. Weiter griff er die preußische Polenpolitik heftig an. So weit, so gut. Aber wo es galt, über die Feststellung der Tatsachen hinaus, die misszuverstehen man entweder blind oder Eduard Bernstein sein muss,

zur Beantwortung der Frage: was weiter? überzugehen, da verließ der Abg. Ströbel den Standpunkt des polnischen Manifestes. Und das hatte seine guten Gründe: der Standpunkt des Manifestes nämlich ist linksradikal, Genosse Ströbel aber ist Zentrumsmann.

Der Linksradikalismus erklärt, dass in der Ära des entfesselten Imperialismus kein Staatensystem die Interessen des Proletariats sichern, dass daher der Staatenbau auch kein Ziel des proletarischen Klassenkampfes sein kann. Angesichts dieser Tatsache ist es nichts als eine Farce, wenn Sozialpatrioten und Sozialpazifisten ein gemeinsames „Friedensprogramm“ entwerfen und Europa in lauter souveräne Groß- und Kleinstaaten zerschneiden und zerstückeln wollen, damit nur das „Nationalitätenprinzip“ zu seinem Rechte kommt. Großstaat bedeutet heute Imperialismus, Kleinstaat bedeutet Opfer des Imperialismus. Das Proletariat hat an beidem kein Interesse. Darum erklären die Linksradikalen, dass kein noch so fein ausgeklügeltes Staatensystem das Ziel des Klassenkampfes sein kann. Sie weisen dabei auf die großen sozialen und politischen Umwälzungen hin, die der Krieg in Bewegung setzt, und erklären: Wir treten ein in das historische Zeitalter des Kampfes um den Sozialismus.

Was sagte aber Ströbel? Er lehnte die jetzige Befreiung Polens ab, erstens, weil er sie für eine andere Form der Annexion hält; zweitens, weil er Revanchegehlüste seitens Russlands befürchtet. Aber was will er selbst? Er proklamiert das Selbstbestimmungsrecht für die Polen. Wie aber, wenn die Polen sich nun selbst mit Hilfe Deutschlands befreien, würde sie das in der Ära des Imperialismus nicht etwa den Revanchegehlüsten Russlands ausliefern und den Krieg verlängern? Falls aber Ströbel die Polen zum Kampfe gegen den deutschen wie den russischen Imperialismus mit dem Ziel eines unabhängigen Großpolens auffordern wollte, wenn er dies als eine jetzt mögliche Lösung ansieht, so fordert er erstens eine unausführbare Sache, und zweitens eine Sache, durch die, wenn sie in der Ära des Imperialismus ausführbar wäre, ein neues Polen gebildet würde, für das die polnischen Proletarier morgen verbluten müssten, nachdem sie es heute hätten bilden helfen.

Aus diesem Dilemma hilft sich Ströbel mit einem kühnen Sprung. Er versetzt dieses so phantastisch entstandene Polen dahin, wohin es gehört: in die Welt der Phantasie, in die Vereinigten Staaten Europas, die keine Waffen kennen, wo die Wölfe keine Schafe, sondern Gras fressen. Soll dieses glückliche Gefilde das durch den Pazifismus gebesserte kapitalistische Europa darstellen, dann ist es ein Gaukelbild; denn niemals wird in der Zeit des Kapitalismus die Konkurrenz unter den Staaten aufhören, die die Kriege gebiert, und niemals wird im Kapitalismus der Starke den Schwachen schützen und ihm gleiche Rechte gewähren. Wo die ökonomische, politische und nationale Unterdrückung verschwindet, da werden die Völker keine Nationalstaaten bilden, sondern die Einteilung der Weltkarte, wenn eine solche notwendig wäre, in Produktionszweckverbände vornehmen.

Wie man die Sache auch drehen mag, zeigt es sich, dass der Zentrumsstandpunkt dem Genossen Ströbel nicht erlaubt, dem polnischen Proletariat irgendetwas über den Weg seines Kampfes, über seine Ziele zu sagen. Er hat ihm nicht gezeigt, welche Kräfte es aus der jetzigen Lage herausbringen, er hat ihm nicht gezeigt, welches das Ziel seines Kampfes sein soll, oder, falls dieses Ziel der polnische Nationalstaat sein soll, hat er ihm ein irreführendes Ziel gezeigt, das alle sozialdemokratischen Parteien des Königreichs Polen abgelehnt haben; er hat ihm ein Ziel gezeigt, das nur die polnischen Sozialpatrioten erstreben, die erst vor kurzem im Krakauer „Naprzod“ denselben Genossen Ströbel einen Russenknecht genannt haben, weil er der völkerbefreienden deutschen Regierung Opposition bereitet.

Auch die schönste Frau kann nicht mehr geben, als sie hat. Man kann vom deutschen Parteizentrum nicht fordern, dass es den polnischen Proletariern den Weg des Kampfes zeige, wo es die deutschen Proletarier im Dunkeln lässt, oder sie wie ein Irrlicht in Sümpfe lockt. Der

beste Wille, der beste Mut, das beste Gefühl des Protestes, was alles den Genossen Ströbel zweifelsohne belebt, kann über die Trostlosigkeit des Zentrumsstandpunktes in der Polenfrage nicht hinweghelfen.

Die französische Opposition.

Von Henri Guilbeaux.²⁴

Die „Mehrheit“ und die „Minderheit“ der französischen Sozialdemokratie rüstet zum Parteitag. Die „Minderheit“ arbeitet mit Schwung. Sie trägt einen Optimismus zur Schau, der mir übertrieben erscheint. Sie hofft, die Mehrheit in der Partei zu erlangen. Aber um welchen Preis? um welche Zugeständnisse? Für uns Zimmerwaldisten ist es ziemlich belanglos, ob es Herr *Renaudel* oder Herr *Longuet* ist, der am Steuer des sozialistischen Schiffes steht. Ihre Standpunkte unterscheiden sich wenig voneinander. Beide stehen auf dem Boden der Vaterlandsverteidigung, was Longuet und seine Freunde nicht hindert, die deutsche Mehrheit sehr über die Achsel anzublicken.

Im „*Populaire*“ äußert sich sehr klar die Zerfahrenheit der „Minderheit“. Sogar Raoul Verfeuil, der tapferste und radikalste unter ihnen, stellt die „Einheit“ der Partei über alles und hält sich der Idee der dritten Internationale gegenüber sehr reserviert. Trotz der Zugeständnisse, die sie auf Schritt und Tritt der Mehrheit macht, hat diese Minderheit einen nur geringen Anhang bei den Massen. Die Opposition der zu ihr stehenden dreißig Abgeordneten ist im Grunde genommen keine Opposition. Der Abg. *Raffin-Dugens* schrieb mir vor kurzem: „Ich suchte mit allen Mitteln, die Genossen aus der parlamentarischen Minderheit zur Lossagung von der abenteuerlichen Politik der Mehrheit zu bringen. Aber es ist von ihnen nichts zu erhoffen. Sie gehen zusammen bis zum Ende. Was uns „Pilger“ anbelangt (so nennen die Sozialpatrioten die Genossen Raffin-Dugens, Brizon und Blanc, die drei Abgeordneten, die an der zweiten Zimmerwalder Konferenz teilnahmen. Red. d. „Arbeiterpolitik“), so bekommen wir massenhaft zustimmende und anfeuernde Briefe von der Front wie aus dem Lande.“

Der Opportunismus und die Zaghaftheit der „Minderheit“ haben sich zur Genüge in der Frage der „Humanite“ gezeigt. Der Verband der Seine (Verband aller Parteiorganisationen von Paris und Umgebung. Red. d. „Arbeiterp.“) legt dem Parteikongress, der am 25. Dezember zusammentritt, folgenden Antrag vor: „Der Verband der Seine verlangt die Öffnung der Spalten der ‚Humanite‘ ... für alle Strömungen der Partei.“ Die Minderheit besitzt folgende Organe: „*Populaire*“ (Wochenblatt), „*Populaire du Centre*“ (Tageblatt für Limoges) und „*Droit du peuple*“ (Tageblatt in Grenoble). Den „*Midi Socialiste*“ lasse ich außer Betracht, obwohl man es oft als Minderheitsorgan ausgibt: es veröffentlicht von Zeit zu Zeit blasse oppositionelle Artikel, die jedoch den rein chauvinistischen nicht die Waage halten. Die Minderheit sollte doch für die Verbreitung ihrer eigenen Presse sorgen, statt auf die „Eroberung“ der „Humanite“ auszugehen, die von dem Budiker Renaudel im Geiste der ärgsten Hetzblätter redigiert wird.

²⁴ Genosse *Henry Guilbeaux*, der von Anfang des Krieges an in Frankreich zusammen mit Rosmer und Monatte gegen den Übergang der Arbeiterbewegung auf den Boden des Sozialpatriotismus kämpfte, ist den deutschen Delegierten zur Kientaler Konferenz persönlich bekannt. Er ist Redakteur der in Genf erscheinenden internationalistischen Revue „*Demain*“ (Morgen), die trotz des Verbots der französischen Regierung in Frankreich eine immer größere Verbreitung findet. Der uns vom Genossen Guilbeaux zugesandte Artikel ist ein Beweis der Sympathien, die sich unser Blatt in den Kreisen der entschiedenen Opposition auch im Auslande erobert.

Die Minderheit hat alle Ursache, mit der Haltung des Zentralorgans unzufrieden zu sein; besonders wendet sie sich gegen die Korrespondenzen über Deutschland, die Homo (Grumbach), der kleine Edward Grey der sozialpatriotischen Diplomatie, veröffentlicht, um aus allen Äußerungen der deutschen Opposition Material zur Verteidigung der französischen Mehrheit zu sammeln. Sie wendet sich gegen die Verlogenheit der Artikel von Cachin, Renaudel u. Co. Aber sie fordert nur ein bisschen Platz für sich in derselben „Humanite“ und verspricht dafür, dieses „sozialistische“ Blatt finanziell zu unterstützen. Was die „Minorität“ auch durch die Öffnung der Spalten der „Humanite“ gewinnen könnte, das Blatt bleibt unter der Redaktion Renaudels ein Organ Poincares und Briands, denen die Exzellenzen „Genossen“ Sembat und Thomas assistieren. Die guten Schafe aus der Minderheit hegen die naive Hoffnung, dass sie mit den Wölfen aus der Mehrheit im Frieden leben können. Die lange Erfahrung mit dem Burgfrieden genügte nicht, um ihnen den Gedanken an den Burgfrieden mit Leuten auszutreiben, wie dem Munitionsfabrikanten Albert Thomas, dem Schützling der Vickers (englische Rüstungsfirma. Red. d. „Arbp.“), dem Herr Alexandre Varenne²⁵, dem „Genossen“, der ehrenhalber in der Zensur arbeitet, und mit Destree, der für Belgien das Erzherzogtum Luxemburg, die holländischen Provinz Seeland und Limburg annektieren will.

Die französischen Zimmerwaldisten können natürlich diesen Opportunisten kein Vertrauen schenken. Mit Ausnahme Brizons, Raffin-Dugens und Blanes – der letztere ist von etwas matter Farbe – können sie auf keinen der Minderheitsabgeordneten rechnen. Die übrigen sind sämtlich einer Meinung mit der Mehrheit: für die Vaterlandsverteidigung und gegen die dritte Internationale. Sie fordern die Unterstützung des Internationalen Sozialistischen Bureaus, das von Verrätern geleitet wird, sie fordern seine Einberufung, was, nebenbei gesagt, nur in der Theorie möglich. Die einzige wirkliche Arbeit im Geiste des Internationalen Sozialismus leistet das „Komitee zur Wiederanknüpfung der internationalen Beziehungen“, die Organisation der Zimmerwaldisten.

In einer vor kurzem erschienenen Broschüre stellt das Komitee sich auf einen Standpunkt, der dem der Zimmerwalder Linken sehr nahesteht. Es lehnt jede Gemeinschaft mit der zentrümlichen Minderheit ab und erklärt, „dass alle Hoffnungen auf den Wiederaufbau der Internationale so lange trügerisch bleiben muss, wie der Sozialismus und Syndikalismus Gefangene der kapitalistischen Bourgeoisie bleiben und solange an Stelle des revolutionären Willens des Proletariats die Geheimdiplomatie der sozialistischen und syndikalistischen Führer einnimmt“. Die Broschüre erklärt, dass „die Vaterlandsverteidigung kein Zufall sei, den uns der Krieg beschert hat, sondern dass sie der ewige Krieg ist, in dem das Greifen zu den Waffen ein Zufall ist“. Und ohne Umschweife erklärt die Broschüre: „Die Vaterlandsverteidigung ist nicht die Sache des Sozialismus“.

Das so auftretende Zimmerwalder Komitee bildete sich unter dem Druck der Arbeitermassen, nach der Rückkehr der Genossen Merrheim und Bouderon von der ersten Zimmerwalder Konferenz. Die wachsende Tätigkeit dieses Komitees ist nur ein Ausdruck für die zunehmende Bewegung in den Massen.

Die sozialpatriotischen Abgeordneten haben eine viel geringere Fühlung mit den Arbeitermassen; sie haben alle Hände voll zu tun mit der Arbeit für den Militarismus und mit der lärmenden Agitation für die Entente. Zu den wichtigsten Elementen im Komitee gehören die Gewerkschaftler Merrheim, Pierre Monatte, Rosmer, Bouderon, die als erste ihren

²⁵ Der Sozialpatriot Varenne bekleidet neben dem Amt des Zensors noch das des Redakteurs der Zeitung „Evenement“, die dem Hause Vickers gehört und als Verleger den schmutzigen Börsenjobber Horatis Bothamley hat, der vor ein paar Jahren aus der liberalen Partei hinausgeworfen wurde.

entschiedenen Protest gegen den Krieg erhoben haben. Pierre Monatte wurde dafür sofort eingezogen, während der sozialpatriotische Kriegshetzer Albert Thomas fern von der Front die Munitionsfabriken leitet und an den Banketten der Presse teilnimmt.

Aber der Appell Monattes und seiner Freunde fand ein lautes Echo unter den Arbeitermassen. Groß ist schon die Zahl der Arbeiter, die auf die Kunde von Zimmerwald ihr Haupt erhoben haben, die parallel mit der entschiedenen Opposition der anderen Länder ihre Weckarbeit führen und die mit großer Freude die Arbeit der entschiedenen Opposition in Deutschland verfolgen, wie sie sich in der Tätigkeit der Gruppe „Internationale“, der „Internationalen Sozialisten Deutschlands“ und der „Arbeiterpolitik“ äußert.

Aus unserm politischen Tagebuch.

3. Dezember.

Es geht doch nichts über ein geistvolles Gleichnis: „Nehmen wir an, die Existenz eines Landes mit seiner gesamten Kultur hängt ab von der Erhaltung von Schutzdämmen gegen andrängende Wassermassen. Welche Stellung sollen die Sozialisten dieses Landes einnehmen, wenn die Dämme gefährdet sind? Sollen sie sagen: Die Not des Landes geht uns nichts an! Der Arbeiter hat kein Vaterland! Wir rühren keinen Finger!“ Ich bin so klug und weise und sage: Gewiss nicht. Also in den Pfuhl mit den Radikalen!

Wir ersterben vor so viel Logik und Witz, die unmittelbar in der hohen Parteiregierung produziert worden sind, und gestehen beschämt, dass wir so hohen Geistesflug dort nicht erwartet haben. Aber klar wird uns nun manches. Papa Gerisch hat sich lange und überflüssigerweise um den Nachweis bemüht, dass ein braver Parteikassierer nicht notwendig ein Dichter zu sein braucht. Jetzt hat er bewiesen, dass er auch kein Politiker ist. Möglich, dass er es einmal war. In einer Schrift voll greisenhaften Geschwätzes setzt er sich mit uns auseinander. Er zeigt darin, wie recht wir hatten, als wir in der Feigheit das vornehmste Motiv für das Handeln der ehemals radikalen Patrioten sahen. Seine These ist: Die Sozialdemokratie kommt unter den Schlitten, wenn sie sich gegen die allgemeine Volksstimmung stemmt, denn Jan Hangel ist ihr dann über. Geistvolles Gleichnis dazu: Die Bombenschmeißer von Chicago Anno 1886 rechneten nicht mit der Volksstimmung, und die amerikanische Partei ging so kaputt, dass sie heute noch nicht wieder auf die Beine gekommen ist. Wie das sprüht von Geist!

Das Grundübel der Parteizerfahrenheit ist darin zu finden, dass Schwarmgeister und Phantasten in Stuttgart die Hirne des braven Gerisch umnebelten und dort Beschlüsse durchsetzten, für deren Erfüllung jene niemals die Courage aufbringen konnten. Das ist die sittliche Schuld der Phantasten. Aber noch ist Polen nicht verloren. Die Renaudel und Sembat sind die besten Sozialisten nächst Ebert und Scheidemann. Sehen sie erst ein, dass der deutsche Parteivorstand keine Republik machen kann, dann steht der Gründung der neuen Internationale des Kneifens nichts mehr im Wege. Die aber wird die Proletarier aller Länder, ausgerüstet mit dem vom Kriegsgott gelieferten Agitationsmaterial, zum ewigen Heile führen – vorausgesetzt, dass Mars die Pastete nicht vorher wieder zerschlägt.

4. Dezember.

Die Bremer Parteiorganisation hat die Beitragssperre beschlossen. Sie ist damit die erste Organisation in Deutschland, die diesen Beschluss fasste, was durchaus kein besonderes Lob für sie sein soll, was desto mehr einen herben Tadel für die erbärmliche Opposition in der deutschen Gesamtpartei bedeutet. Der Einfluss der Ebert und Scheidemann wäre heute nur ein Zehntel so groß, wie er jetzt noch ist, wenn der flagrante Bruch der Sozialpatrioten mit den

Grundsätzen des Sozialismus im vornherein von der oppositionellen Arbeiterschaft mit der Sperre der Beiträge als weithin sichtbaren Ausdruck des Misstrauens gegen die Sozialpatrioten beantwortet worden wäre. Aber das charakterisiert die deutsche Opposition, dass die Sozialpatrioten die Parteigrundsätze mit Füßen treten dürfen, während sie sich den Kopf darüber zerbricht, ob sie auch einen ganz belanglosen Paragraphen des Organisationsstatuts außer Kurs setzen darf. Wann wird die deutsche Arbeiterschaft endlich von ihrem Organisationsfimmel geheilt sein!

Die bremischen Sozialpatrioten haben eine neue Organisation gegründet, die sie als die legitime Parteiorganisation anpreisen. Es wird eine Probe für das bremische Zentrum werden, die für die entschiedene Linke nur günstig ausgehen kann.

5. Dezember.

Aus Angst, dass ihnen nach der Entfernung Galiziens aus dem Reichsrat, die bekanntlich als die Folge der Befreiung Polens kommen soll, die deutsche Mehrheit des Parlaments an den Kragen gehen wird, haben sich alle bürgerlichen *tschechischen Parteien* innerhalb und außerhalb des Reichsrates zu einem Verband zusammengeschlossen. Und siehe da: die tschechischen Sozialpatrioten treten der Kumpanei bei. Und so sehen wir in den Leitungen der so vereinigten Vertretung „der ganzen tschechischen Nation“ neben Bankdirektoren, Agrariern und Pfaffen auch die Führer der tschechischen Sozialpatrioten sitzen: den alten Nemeč, noch immer Mitglied des Internationalen Sozialistischen Bureaus, dann Habermann, Tuzar, ja selbst Dr. Smeral, der eine Zeitlang den Radikalen markierte. „In der Überzeugung, dass wir nur den Willen der ganzen, nach nationaler Vereinigung heute mehr als je vorher verlangenden Nation erfüllen, und dass wir gleichzeitig im Interesse der glorreichen Industrie handeln“ – haben die Herren Sozialpatrioten getan, was sie nicht lassen konnten. Und nachdem sie sich als Erfüller des Willens der ganzen Nation und Verteidiger der Interessen der glorreichen Dynastie präsentiert haben, erklärt das „*Pravou Lidu*“, das Zentralorgan der tschechischen Sozialpatrioten: „Daraus geht hervor, dass der sozialdemokratische Klub ... durchaus nichts von der Freiheit einbüßt, die Arbeiter- und sozialen Klasseninteressen des Proletariats zu vertreten, dessen Ausdruck unsere Partei ist“. Hoch der einheitliche Wille der tschechischen Nation! Hoch die glorreiche Dynastie! Hoch die Klasseninteressen des tschechischen Proletariats!

Die tschechischen Sozialpatrioten sind alte Sünder. In Kopenhagen saß die Internationale über sie zu Gericht, als sie die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zerrissen hatten. Die deutschen Sozialdemokraten taten damals noch mächtig international, und Herr Legien machte in furchtbarer Entrüstung über den Nationalismus der Tschechen. Sollte er jetzt einmal wieder auf dem Richterstuhl sitzen, so wird ihm der alte Nemeč anders kommen.

Wie konnt' ich über anderer Sünden
Nicht Worte g'nug der Zunge finden ...
Und segnet mich und tat so groß
Und bin nun selbst der Sünde bloß!

Das müssten sich jetzt die deutschen und österreichischen Sozialpatrioten sagen, die früher so großspurig den tschechischen gegenübertraten und heute dieselbe Politik treiben. Denn warum soll es schlechter sein, mit den Bürgerlichen einen parlamentarischen Verband zu bilden, als ohne ihn gemeinsame Politik zu treiben? Die tschechischen Sozialpatrioten sind nur offenerherziger. Und Offenerherzigkeit wird kein Sozialdemokrat tadeln. Darum fügen wir zu den Hochs auf die tschechische Nation, die glorreiche Dynastie und das tschechische Proletariat noch ein viertes hinzu: Hoch der völkeraufklärende konsequente Sozialpatriotismus!

6. Dezember.

Die russischen Bolschewiks haben eine Sammlung von Artikeln herausgegeben, in denen neben sehr interessantem Material aus der russischen Arbeiterbewegung Genosse Lenin den Standpunkt der polnischen Linksradiكالen in der Frage des Selbstbestimmungsrechte einer Kritik unterzieht. So wird die Diskussion dieser sehr wichtigen Frage, die in der Nr. 2 des „Vorboten“ durch die Thesen einerseits der polnischen, andererseits der russischen Linksradiكالen begonnen hat, eine Fortsetzung erleben. Die Ansicht, als sei die Losung des sogen. Selbstbestimmungsrechts die entsprechende Formulierung unseres Gegensatzes zur nationalen Unterdrückung, die durch den Imperialismus noch vergrößert wird, lehnen die polnischen und holländischen Linksradiكالen, die deutschen Anhänger der Zimmerwalder Linken, deren Auffassung auch in dieser Frage wir übrigens völlig teilen, sowie ein Teil der russischen Linksradiكالen selbst (darunter drei Mitglieder der Redaktion des „Kommunisten“, der theoretischen Revue der russischen Linksradiكالen) ab. Wir werden unsere Leser kritisch mit dem Standpunkt Lenins bekannt machen.

Feuilleton

Der versetzte Charakter.

Von Sv. Cech. (Schluss.)

Es vergingen fünf Jahre. Wir sehen Alfred in einem von jenen wirbelnden Kreisen, wo schäumender Champagner in Strömen fließt, Brillanten blitzen und Samt und Seide rauschen. Taghellen Glanz, sprühende Wasserfälle, farbige Schatten in den Wässern, berausende Düfte, prachtvolle Gärten alles das hat hier der Dämon des Goldes an einen Ort zusammengetragen und es zum Abbilde einer märchenhaft schönen Landschaft geformt. Alfred sieht sehr gut aus. Die Umrisse seines Körpers haben an Rundung gewonnen, seine Wangen strotzen von Gesundheit, sein Auge strahlt von Zufriedenheit. Man sieht, dass er den Becher der Wollust in gemessenen Zügen schlürft, mit der Bedachtsamkeit eines echten Epikuräers. Der Mangel des Charakters schlägt ihm vortrefflich an. Dort seine Frau. Aber ist sie jenes schöne, gefühllose Mädchen, deren Bild vor fünf Jahren seine Phantasie in die letzten Rauchwölkchen hineingezaubert? O keineswegs! Das Eis ihres Herzchens war zwar im Glanze von Alfreds Dukaten gebrochen, aber Alfreds Herz hatte sich plötzlich in Eis verwandelt. Ihn lockte das holdselige Bild des Mädchens nicht mehr, das ihm aus dem Blau duftiger Rauchwolken einst entgegenlächelte, nein – von lauterem flimmerndem Golde war es jetzt umrahmt. Er liebte zwar sein Weib nicht, doch auch sie liebte ihn nicht; das störte beide aber nicht im geringsten. Vor der Welt liebten sie sich und in der Stille des Privatlebens – Pah! ein Tor, der sich den Lebensgenuss mit alten Vorurteilen vergällt!

Die Charakterlosigkeit Alfreds ist ein öffentliches Geheimnis: jeder kennt dieselbe, jeder liest sie ihm an der Stirne. Und doch hebt er seine Stirne stolz in die Höhe und alles beugt vor ihm demütig das Haupt. Seine Brust ist mit Orden geschmückt; die höchsten Ehren werden ihm zuerkannt; Würde, Schönheit, Klugheit liegt zu seinen Füßen. Rechtschaffene Väter stellen ihn ihren Söhnen als leuchtendes Vorbild vor die Augen: seht, wohin er sich emporgeschwungen! Durch welche Mittel – eh, was liegt daran, wenn sich nur alle vor ihm beugen. Graugelockte Greise, die über die Verderbtheit der jetzigen Welt eifern, verjüngen sich bei seinem Händedruck, griesgrämige Philosophen heitern ihr Gesicht auf bei seinem gnädigen Lächeln, die Beschützer des Rechts antichambrieren bei ihm, politische Parteien liefern seinethalben grimmige Kämpfe, sein Name wird in panegyrischen Artikeln, Journalen, Broschüren, Lexikis und Lesebüchern dem Volke aufgezwungen und in jenem Kämmerlein unter dem Dache, wo er seinen Charakter versetzt hat, sitzt wieder ein schlanker, blasser, Jüngling in abgenutzten Pantoffeln, in zerfetzten Kleidern und dediziert ihm beim letzten Aufflackern der

Talgkerze ein langes Gesicht, voll von Begeisterung für die erhabenen Ziele der Menschheit ...

Und ich – ich würde lieber eine Ode an das Gold schreiben! Eine solche wäre der Zeit würdig! Derzawins Ode an Gott hat sich schon überlebt; für unsere Zeit hat sie keinen Wert mehr außer in der Form, in welcher sie der Kaiser von China verewigt, nämlich mit goldenen Lettern auf seidenem Vorhang.

Ja, Gold ist der Abgott unseres Jahrhunderts! Der Himmel verkündet seinen Ruhm; über dem Monde – (dem Taler) und den Sternen – (der kleinen Silbermünze) strahlt ein riesiger Dukaten – die Sonne. Und auf Erden beugt sich vor dem Golde jedes Knie – in Monstranzen und auf Kreuzen beten wir es an. Unter verschiedenen Namen, auf die allermannigfaltigste Weise dienen wir ihm: die einen nennen es Glauben, die andern Liebe, andere Recht und Wahrheit, andere wieder sündhaften Mammon, alle aber verehren es mit gleicher Innigkeit. Des Goldes wegen predigen wir Moral, vergießen unser Blut auf Schlachtfeldern, opfern uns dem Vaterlande, lieben die Menschheit, arbeiten mit Hand und Hirn, satteln den Pegasus – des Goldes wegen schreibe auch ich mit stumpfer Feder meine Satyre. O helles, mächtiges, göttliches Metall – ich preise dich, vor dir im Staube liegend. Tag und Nacht wollt' ich auf goldner Harfe goldne Saiten rühren und den Lobgesang an dich mit deinem eigenen, himmlischen Klang begleiten!

Sicherlich verzeiht Ihr, herzlichste Brüder im Golde, diese Abschweifung von meiner Erzählung, die ich dem gewidmet habe, was mir und euch unter der Sonne am teuersten ist.

Ein gallonierter Diener meldete Alfred, draußen stehe ein schmutziger Jude, der mit aller Gewalt Einlass begehre. Alfred erinnerte sich seines vor fünf Jahren versetzten Pfandes.

„Führ' ihn in mein Kabinett,“ gebot er.

Es ist ein trauliches, wonneatmendes Gemach. Vom Fußboden bis zur Decke sind die Wände mit Bildnissen von schönen, feurigen, feinen, stolzen, zarten, üppigen Frauen geschmückt, alle in Stellungen und Toiletten, die ein keusches Mädchen dem Spiegel nicht anders anvertraut als bei verschlossener Tür.

Und wieder standen Alfred und der gespenstige Jude einander gegenüber.

„Du hast dich verspätet,“ sagte jener, indem er einen Blick auf die Uhr warf.

„Ja, bei Bestechungen,“ erwiderte ihm der Jude. „Und dabei kam ich um einen schönen Charakter, den ich im Ausland gekauft. An der Grenze konfiszierte man mir ihn. Man wusste nicht bestimmt, ob der Ankauf von Charakteren unter die Regalien des Staates gehöre. Und so schickte man den lieben Charakter sub sig. ein Eintel von einer Kanzlei in die andere – Gott weiß wohin, aber so viel weiß ich, dass der arme Charakter in der ersten Kanzlei wie Eis in der Sonne zu schmelzen begann und bevor er in die dritte eintrat, blieb von ihm nichts, als das Sig. ein Eintel und etwas Streusand darauf ...“

„Du bringst mir mein Pfand zurück, nicht wahr?“ fiel ihm Alfred ins Wort.

„Allerdings, Euer Gnaden!“ erwiderte der Jude und zog aus dem Kaftan eine schmutzige Büchse.

„Nun behalte ihn nur. Ich kümmere mich nicht mehr darum. Ich habe mich überzeugt, dass man ohne Charakter sehr gut leben kann, ja noch besser als mit ihm. Aber etwas würde ich dir noch verkaufen.“

„Nu?“

„Etwas Schamgefühl ist mir geblieben, das mir zeitweilig Unannehmlichkeiten bereitet. Das möcht' ich dir verkaufen.“

Aron zuckte die Achseln, schüttelte den Kopf und erwiderte unter widrigem Lachen: „Kein Geschäft! Dieser Artikel ist längst schon aus der Mode gekommen. Bitte Euer Gnaden nur die Wände Ihres Zimmers anzusehen ...“

Der Streber.

Wer nach Besitz nur lungert,
dem ist's schon recht,
dass stetig darbt und hungert
Werkmann und Ackersknecht;
er hängt sich an die Schöße
der Großen dieser Welt,
er gibt sich jede Blöße -
Ums Geld!

Audorf.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der Arbeiterpolitik“ (Karl Lüth);
sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 26/1916

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

1. Jahrg.

Bremen, den 16. Dezember 1916.

Nr. 26

Redaktion und Expedition: Waller Heerstraße Nr. 52. (Eing. Torweg).

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

Die Arbeitsgemeinschaft des deutschen Volkes.

1. Die Stellung des Bügertums.

Sämtliche deutsche Zeitungen erklären übereinstimmend, dass, solange der Reichstag existiert, er ein ähnlich einschneidendes Gesetz, wie das vom 2. Dezember über den sog. Vaterländischen Hilfsdienst, nicht angenommen hat. Alle Zolltarife, Gewerbeordnungen sind ein Papperlapapp verglichen mit dem Gesetz, dass der Regierung erlaubt, eine Fabrik stillzusetzen oder sie mit einer anderen zu verbinden, ihr eine beliebige Produktion zuzuweisen, dass die ganze Arbeiterklasse in Land und Stadt vollkommen der Verfügung der Regierung unterstellt. Und während bei jedem anderen wirtschaftlichen Gesetz die verschiedenen Gruppen der besitzenden Klassen monatelang über ihren Anteil am Profit und an der Last miteinander haderten, erledigten sie dies Gesetz in ein paar Tagen. Wie ist das möglich, wodurch wird das erklärt? Man komme uns nicht mit der Deklamation, dass der Patriotismus allein dies Wunder bewirkt habe. Denn wenn auch die Bourgeoisie alle Gründe hat, patriotisch zu sein, so hat ihr Patriotismus bisher keine Gruppe des Bügertums daran gehindert, mit voller Kraft und Ausdauer für ihre Interessen zu kämpfen. Die Eile, mit der die bürgerlichen Parteien das Gesetz erledigten, erklärt sich ganz anders.

Die überwiegende Mehrheit der Unternehmungen arbeitet bereits für den Krieg, sie steht zu diesem Zwecke vollkommen organisiert da. Nicht nur die Munitionsindustrie, sondern auch die Werkzeug-, Lebensmittel-, Bekleidungsindustrie arbeiten mit Volldampf für die Versorgung der Armee. Nur ein sehr kleiner Bruchteil der Mittelbetriebe in der Textil- und Luxusindustrie wird event. zu tiefergehenden Änderungen durch das Gesetz gezwungen. Und weil es sich nur um einen kleinen Bruchteil der Bourgeoisie handelt, besteht auch die Möglichkeit, ihn für alle eventuellen Verluste voll zu entschädigen. Die „Organisation der Produktion“, der „Kriegssozialismus“ und wie all diese schönen sozialpatriotischen Benamungen lauten, war schon vor dem Gesetz da. Die Periode des Imperialismus brachte schon vor dem Kriege die weitgehendste Kartellierung und Vertrustung der Hauptzweige der Industrie, der Krieg führte denselben Prozess bei den übrigen herbei, indem Lieferungskartelle usw. zwecks Verteilung der Regierungsaufträge gebildet wurden. In das Verhältnis zum imperialistischen Staat bringt das Gesetz keine Änderungen hinein, die die Bourgeoisie ängstigen könnten. Ihre

Produktion war schon früher „geregelt“ durch Kartelle und Trusts, die in den Banken eine höhere Einheit und in der Regierung eine Kontrollinstanz hatten. Die landwirtschaftliche Produktion war vor dem Kriege stark zersplittert und ist es geblieben. Wo der Staat sich nicht auf selbstständige siegreiche Konzentrationstendenzen der Wirtschaft stützen konnte, war er auch trotz des Belagerungszustandes nicht imstande, die Produktion zu organisieren, und ließ die Hände davon.

Die kapitalistische Produktion bleibt durch das Hilfsgesetz unberührt in dem Zustande, in dem sie sich bisher befand. Aber die allgemeine Arbeitspflicht, die das Gesetz proklamiert? Nun alle in staatlichen, kapitalistischen Betrieben beschäftigten Bourgeois, alle Ärzte, Rechtsanwälte usw., wie alle in allerhand Kriegsorganisationen (Rotes Kreuz) „philanthropischen“ Einrichtungen, patriotischen Komitees und in der Presse beschäftigten Personen gelten im Sinne des Hilfsgesetzes arbeitend. Ein kleiner Rest, der bisher noch nicht im Sinne dieses Gesetzes tätig war, braucht nicht zu fürchten, dass er zu einer nichtstandesgemäßen Arbeit genötigt wird, denn das Gesetz schreibt im § 8 vor: „bei der Überweisung zur Beschäftigung ist auf Lebensalter, die Familienverhältnisse, den Wohnort und die Gesundheit, sowie auf die bisherige Tätigkeit des Hilfsdienstpflichtigen nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen.“ „Ein unbeholfenes gelehrtes Haus werde ich nicht hinter den Schraubstock stellen“ erklärte unter allgemeiner verständnisvoller Heiterkeit des Reichstags der General Gröner, der Leiter des neuen Kriegsamt, das diese „Arbeitsgemeinschaft des deutschen Volkes“ wie er sich ausdrückte leiten wird. Die Heranziehung aller Frauen würde Hunderttausende der Damen aus der höheren und mittleren Bourgeoisie in Mitleidenschaft gezogen haben. Aber man hat darauf verzichtet. Die Arbeiterfrauen und Arbeitermädchen arbeiten auch ohne Zwang des Gesetzes, durch die Verhältnisse dazu gezwungen.

Auch in materieller Hinsicht bedroht das Gesetz die Kapitalisten nicht. Alle Anträge auf Besteuerung der Kriegsgewinne sind abgelehnt worden. Der Kriegsprofit bleibt unangetastet. Dagegen verschwindet die Angst vor den Streiks, denn die Arbeiter sind jetzt zur Arbeit verpflichtet. Es verschwindet auch die Notwendigkeit, erst durch Lohnerhöhung Arbeiter heranzuziehen: das Kriegsamt wird die Arbeiter verteilen. Die Agrarier sind jeder Angst vor der Arbeiterflucht enthoben, da der zweite Absatz § 2 erklärt; „Hilfsdienstpflichtige, die vor dem 1. August 1916 in einem Land- und wirtschaftlichen Betriebe beschäftigt waren, dürfen aus diesem Berufe nicht zum Zwecke der Überweisung in eine andere Beschäftigung im Vaterländischen Dienst herangezogen werden.“

Die Großindustriellen aus Rheinland-Westphalen und ihre junkerlichen Helfershelfer wandten sich nur gegen die Bildung von Arbeiterausschüssen, die ihnen die Wünsche der Arbeiter vorbringen sollen. Sie sahen darin die Durchbrechung des „Herr-im-Hause“-Prinzips. Aber bald beruhigten sie sich. Wenn die Arbeiter nicht streiken dürfen, wenn die Streitigkeiten von Schlichtungskommissionen aus der Welt geschaffen werden sollen, in denen die Beamenschaft das letzte Wort behält, so hat man von solchen Ausschüssen nichts zu befürchten: faktisch bleibt man Herr im Hause.

Das Mysterium der schnellen Zustimmung der Kapitalisten zum Vaterländischen Hilfsgesetz ist also kein Mysterium. Das Gesetz erlaubt, alle Kräfte des Landes für die Kriegführung aufs schärfste anzuspannen, es zieht neue Kräfte heran, erlaubt zentral über sie zu disponieren, hebt das Streikrecht auf. Dem steht keine Minderung der persönlichen Freiheit der Kapitalisten, keine Schmälerung ihres Profits gegenüber. Das Gesetz vollendet, was die ganze vorhergehende imperialistische Epoche vorbereitet hatte: den Ausbau eines *imperialistischen Feudalismus*, mit seiner Fesselung des Arbeiters an die Fabrik, der Aufhebung der Freizügigkeit, der Arbeitspflicht. Nur ein paar Ideologen des Liberalismus, wie der Abg. Gothein, konnten eine gewisse Unlust bei der Aufhebung der Verfassung des alten Kapitalismus mit seinem

freien Arbeitsverträge usw. nicht loswerden. Die Bourgeoisie als Klasse erstrebte schon seit 20 Jahren diesen „Kriegssozialismus“.

Die Beitragssperre in Bremen.

Die Bremer Parteioorganisation hat als erste in Deutschland die Beitragssperre beschlossen. Seitdem feststand, dass der Parteivorstand im Bunde mit der Generalkommission der Gewerkschaften, der Fraktionsmehrheit und dem Parteiausschuss die Politik des 4. August fortsetzen werde, entwickelte sich die Opposition in Bremen zu immer größerer prinzipieller Klarheit.

Es galt zunächst die Köpfe der Arbeiter über das Wesen der sozialpatriotischen Politik aufzuklären, um so die Grundlage für das oppositionelle Handeln zu gewinnen. Die bremischen Arbeiter wissen heute, dass die sozialpatriotische Politik nur eine mit sozialen Phrasen verbrämte Spielart der bürgerlichen Politik ist und dass es eine Versöhnung mit ihr nicht geben kann. Angesichts dieser Tatsache, die den bremischen Arbeitern trotz eifriger, die Sachlage vertuschender Gegenagitatio des Parteizentrums nicht verborgen geblieben ist, entwickelte sich immer mehr die Notwendigkeit, die Vertreter der Politik des 4. August nun auch als Klassegegner zu behandeln. So wurde der Parteisekretär, der zugleich Firmenträger des Geschäfts der „Bremer Bürgerzeitung“ ist, mit erdrückender Mehrheit von einer außerordentlichen Generalversammlung aus dem Amte entlassen. So beschloss die bremische Arbeiterschaft, sich von der sozialpatriotischen Politik der Fraktion des Kommunalparlaments, der bremischen Bürgerschaft, der sie zum Zwecke der Landesverteidigung und des Durchhaltens das Budget bewilligt hatte, loszusagen. So wurde der Beschluss gefasst, den sozialpatriotischen Geschäftsführer der Firma Schmalfeld u. Co., ein willfähiges Werkzeug in den Händen der Ebert und Müller, zu entlassen. So sollte zum 1. Januar 1917 den beiden sozialpatriotischen Redakteuren Donath und Sonnemann gekündigt werden. Alles Maßnahmen, die als Ausdruck des Willens zu betrachten waren, mit den Sozialpatrioten grundsätzlich zu brechen.

Die neuerliche Bewilligung der Kriegskredite, das Manöver des Parteivorstandes auf der Reichskonferenz, die Entlassungen am Vorwärts“, sowie endlich das zustimmende Verhalten der Fraktionsmehrheit zum Zivildienstgesetz wirkten zusammen, um den Boden für die Sperrung der Beiträge zu bereiten. Es bedurfte nur des Anstoßes und der Stein kam ins Rollen. Die Linksradi-kalen waren entschlossen, den Kampf bis zum äußersten zu führen. Die vorhergehenden Maßnahmen waren die Vorbereitungen; die Beitragssperre war der erste entscheidende Schritt.

Das Parteizentrum spielte zwar auch längere Zeit mit dem Gedanken der Beitragssperre; zum Handeln aber kam es nicht. Und als die Entscheidung bevorstand, beschworen die Vertreter des Zentrums die Arbeiter, den Beschluss nicht zu fassen. Sie sagten mit ihren Einwänden den Arbeitern nichts neues. Dass der Parteivorstand erklären werde, die Organisation, die die Beitragssperre durchführe, stelle sich außerhalb der Partei, dass er, der übrigens mit 75 000 Mk. als Firmenträger am bremischen Parteigeschäft beteiligt ist, sofort seine Gegenmaßnahmen treffen werde, dass die „Bremer Bürger-Zeitung“ endgültig in die Hände des Parteivorstandes übergehen werde: das alles haben die Linksradi-kalen den bremischen Arbeitern schon lange gesagt. Trotzdem ließen sie sich nicht von sogenannten taktischen Bedenken leiten wie das Zentrum, das durch sein Verhalten die Tatsachen immer wieder vertuschte und dadurch die Aufklärung der Arbeiter verhinderte.

Für die Linksradi-kalen war in jeder Phase des Kampfes der Grundsatz Lassalles maßgebend: aussprechen, was ist! in dem Bewusstsein aber, dass die Folgen unter allen Umständen für die Arbeiterklasse günstig sein werden. Es war der bewusste Bruch mit der diplomatischen

Feinarbeit, die die bisherige Instanzenpolitik auszeichnete; es war das bewusste Bekenntnis zum offenen Kampfe, wie er nur der Arbeiterpolitik eigen sein kann.

So traten die Linksradikalen für die Beitragssperre ein, im vollen Bewusstsein der Konsequenzen ihrer Propaganda. In einer ausführlichen Resolution legten sie ihren Standpunkt dar (wir bringen sie an anderer Stelle unseres Blattes. Red. d. „Arbeiterp.“). Es handelt sich für sie um einen bloß vorbereitenden Schritt zur Spaltung mit den Sozialpatrioten. Die bremische Arbeiterschaft hat über die Resolution nicht abgestimmt; die Sperre aber hat sie beschlossen. Was vorauszusehen war trat ein: Der deutsche Parteivorstand erklärte, die bremische Organisation stehe außerhalb der Partei, und beauftragte seine gehorsamen Diener in Bremen mit der Gründung einer neuen Partei, der er den Segen der Legitimität geben wird. Die „Bremer-Bürger-Zeitung“, ruhmreich radikalen Angedenkens, ist in die Hände der Sozialpatrioten übergegangen. Der Sozialpatriot Donath ist Chefredakteur geworden. Der linksradikale Redakteur Knief wurde entlassen. Der „Bremer-Bürger-Zeitung“ wurde durch einschneidende Bestimmungen das Genick der radikalen Politik gebrochen. Die beiden Vertreter des Parteizentrums, Henke und Holzmeier, wurden weiter in der Redaktion geduldet. Sie sind bis heute in der Redaktion verblieben.

Taten klären mehr und gründlicher auf als Worte. Jedem bremischen Arbeiter ist heute klar, dass die Arbeiterschaft nicht ein Jota Recht besitzt in der Organisation, die sie selbst unter Opfern und Mühen aufgebaut hat, dass dieses Recht und mithin die Macht in den Händen derer liegt, die sie als ihre juristischen Personen, vielfach als „Treuhänder“ in den Besitz der bürgerlichen Rechte gesetzt haben. Das ist entscheidend bei allen Konflikten, denen die Partei entgegengeht. Aufgebaut auf der Grundlage des bürgerlichen Rechtes, benutzt die Bureaukratie jetzt dieses Recht im Kampfe gegen das proletarisch-politische Recht der Arbeiterdemokratie. Und im Bunde mit dem bürgerlichen Recht wird die Partei- und Gewerkschaftsbürokratie über die Arbeiterdemokratie siegen, bis die Bureaukratie in den Kämpfen der Arbeiterschaft versinkt.

Die bremische Parteiorganisation hat sich durch ihren Beschluss außerhalb der Partei gestellt, erklärt der Parteivorstand. Der Parteivorstand hat sich seit dem 4. August 1914 außerhalb der Partei gestellt, erklären die bremischen Arbeiter. Sozialdemokrat ist, wer den § 5 des Organisationsstatuts erfüllt und 20 Proz. der örtlichen Beiträge an die Zentralkasse abführt, sagt der Parteivorstand. Sozialdemokrat ist, wer auf dem Boden der sozialistischen Grundsätze steht und den Klassenkampf in jeder Phase der historischen Entwicklung führt, sagen die Arbeiter. Das Wesen der Sozialdemokratie besteht in den Paragraphen des Parteistatuts, sagt der Parteivorstand. Das Wesen der Sozialdemokratie besteht im revolutionären Geist der Massen, sagen die Arbeiter. So steht Auffassung gegen Auffassung. Und wer entscheidet? Lediglich die Macht. Der Parteivorstand steht mit seinem ganzen Organisationsstatut allein, wenn er keine Macht über die Massen mehr hat, und seine Macht über die Massen schwindet in demselben Maße, wie die Arbeiter ihre Befreiung von der bürgerlichen Klasse durchführen, d. h. sie schwindet nicht eher als bis die Arbeiter durch ihren Kampf den Weg des Sozialismus beschreiten.

Die „Bremer Bürger-Zeitung“ ist in den Händen der Sozialpatrioten; sie ist endlich dort, wohin sie gehört. Niemals, solange die jetzigen Rechtsformen des bremischen Parteigeschäfts bestanden, hatten die bremischen Arbeiter irgendein wirkliches Recht über das Geschäft. Weder die Presskommission noch die Generalversammlung konnte ihren Willen durchsetzen, sobald ihr Streben gegen den Willen der Firmenträger und des beteiligten deutschen Parteivorstandes ging. Den Arbeitern fehlte jede Macht; sie hatten lediglich Pflichten. Sie haben jetzt völlige Klarheit über diese Tatsachen gewonnen. Und kein Preis ist zu hoch, mit dem diese Erkenntnis gewonnen werden muss.

Das bremische Parteizentrum hat auch in diesem Kampfe seine historische Rolle, die Verhältnisse zu vertuschen und zu verwirren, durchgeführt. Der Führer des Zentrums, Henke, vermied in der „Bremer Bürger-Zeitung“ alles, was den Kampf gegen den Sozialpatriotismus auf eine prinzipielle Grundlage hätte stellen können. Er bekannte sich gegen die Notwendigkeit der Spaltung, er vermochte in den Sozialpatrioten keine Klassengegner zu erkennen; er war für die Beitragssperre, wollte ihre Durchführung aber von gewissen Bedingungen abhängig machen; er verhinderte den aufklärenden Kampf gegen die Arbeitsgemeinschaft, diesen phrasenhaft aufgeputzten Deckmantel des Sozialpatriotismus; er wirkte im Vorstand der bremischen Organisation für die Aufhebung des Beschlusses der Beitragssperre, und der Parteivorstand entschied sich in seiner Mehrheit für den Standpunkt Henkes.²⁶

Jetzt ist Henke Mitglied der Redaktion geblieben und hilft so die Auffassung verbreiten, als könne er noch weiter in der Zeitung wirken. Das wird manchen Arbeiter hindern, den Kampf gegen die Zeitung prinzipiell zu führen, wird manchen Arbeiter hindern, die Zeitung, die nunmehr sozialpatriotisches Blatt geworden ist, abzubestellen. So wirkt das Zentrum überall verwirrend, wo es nur auftritt. Aber die Sozialpatrioten haben zu gründliche Arbeit gemacht, als dass sich noch viel vertuschen ließe. Die Leidtragenden werden die Zentrumsleute sein. Die Linksradikalen werden den Kampf konsequent weiterführen. Sie scheuen kein Opfer und sind bereit, wenn es sein muss, die Sache der Arbeiterbewegung ganz von vorne zu beginnen.

Der „Vorwärts“-Konflikt.

„Der Verlauf der Reichskonferenz und das Verhalten der nominellen Mehrheit scheint uns deshalb die Gewähr zu bieten, dass die Zeit der parteipolitischen Verfemung der ‚Minderheit‘, der instanzenmäßigen Verurteilungen endgültig vorüber ist, und dass dem Kampf der Geister und der Prinzipien freier Spielraum gegeben wird, wie es ja der demokratische Charakter der Partei ohnehin als selbstverständlich voraussetzt“. So schrieb am 24. September der „Vorwärts“, das damalige Hauptorgan des Zentrums der deutschen Sozialdemokratie. Als wir diese Auffassung als gefährliche Illusion zurückwiesen, wussten wir noch nicht, dass schon am 17. Oktober der deutsche sogen. Parteivorstand unter dem Schutz des Belagerungszustandes seine Faust auf den „Vorwärts“ legen, dass die gutgläubige Zentrumsredaktion unter die Leitung Hermann Müllers, als des Vertreters der physischen, und Friedrich Stampfers als des Vertreters der „geistigen“ Gewalt des sozialpatriotischen Generalstabes gestellt werden würde.

Nun, der „Vorwärts“ war gewesen, und seine zentrierte Redaktion tobte in den Spalten der „Leipziger Volkszeitung“ (vom 19. Oktober) ihren Katzenjammer aus: „Der Parteivorstand rückte mit eiserner Konsequenz ... auf das Ziel los, das er sich gestellt hat. Und dies Ziel war: die Berliner Organisation bei der Entscheidung vollständig an die Wand zu drücken“.

Die Entrüstung über die eiserne Konsequenz des politischen Gegners ist immer ein Zeichen der eigenen Inkonsequenz. Die Entrüstung über Sozialpatrioten, die sich des Belagerungszustandes gegen die Sozialdemokraten bedienen, ist nur ein Beweis, dass man den Zusammenhang zwischen dem Sozialpatriotismus und dem Belagerungszustand noch nicht

²⁶ Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, dass der Aufruf des bremischen Parteivorstandes auch die Unterschrift des linksradikalen Genossen *Ertinger* trägt. Selbstverständlich handelt es sich hier mindestens um ein Versehen, wenn nicht um die Absicht, durch die Unterschrift Ertingers Verwirrung zu stiften. Ertinger erklärte sich im Vorstand wohl für eine nochmalige Behandlung der Frage, war aber sonst gegen den Standpunkt des Aufrufs, über den jedoch gar nicht abgestimmt war.

erkennt. Aber wenn dem Verurteilten das Recht auf Schimpfen zuerkannt wird, so muss man den Enttäuschten das Recht auf Entrüstung zuerkennen, wenn er sich nur durch die erhaltenen Schläge belehren lässt.

Das schien der Fall zu sein; schrieben doch die Vorwärtsredakteure in dem zitierten Artikel: „Der Gewalthaufen des Parteivorstandes wird sich durch papierene Proteste verteufelt wenig imponieren lassen. Er versteht nur die Sprache der Gewalt, nur Handlungen können ihn eines Besseren belehren. Handlungen, die ihm beweisen, dass die Berliner Arbeiterschaft keine Masse urteils- und grundsatzloser Heloten ist, sondern dass sie nur ein Blatt lesen, das ihre Überzeugung, ihren Willen vertritt. Bleiben diese Beweise aus, so wird sich der Parteivorstand mit eisigem Lachen des Hohnes über alle Protestkundgebungen hinwegsetzen. Die Berliner Genossen haben jetzt einmal ihren Mann zu stehen.“ So schrieben der „Leipz. Volksztg.“ die Stroebel, Stadthagen und Däumig. Und sie gaben den Berliner Arbeitern das Beispiel, wie man seinen Mann steht. Sie *blieben in der Redaktion* des Blattes, das zum Regierungsorgan wurde, sie blieben, als dieses Blatt den unerhörten Artikel Stampfers über Friedrich Adler brachte. Nicht genug: *Ledebour* beginnt im „Vorwärts“ eine liebeliche Katzbalgerei über den Parlamentarismus: *Bernstein* lässt in diesem Blatte (schon nach dem erwähnten Stampferartikel) eine statutarisch-historische Belehrung drucken, die das „Unrecht“ der Ebert und Scheidemann beweisen soll. Sie diskutieren mit dem Eindringling, der sie aus ihrem eigenen Hause mit Hilfe der Staatsgewalt hinausgeworfen hat. Sie bemerken nicht nur das Würdelose ihres Vorgehens nicht, sondern sie bemerken nicht einmal, dass sie dem Vorstand durch ihr Geschreibsel den Beweis liefern, dass er gar nicht die „Meinungsfreiheit“ im „Vorwärts“ unterdrückt.

Nach diesem Anfang konnte man nicht im Zweifel sein über die „Taten“, die da folgen werden. Wie ist die Lage? Die Berliner sozialdemokratische Organisation hat den „Vorwärts“ endgültig verloren. Sie wird ihn nicht nur unter dem Belagerungszustand nicht zurückbekommen, sondern – wenn sie nicht kuschelt – auch nach dem Kriege nicht. Denn sucht sie die von den einzelnen Wahlkreisen gewählten Firmenträger, die juristischen Besitzer des Blattes, zu ändern, so werden die Sozialpatrioten parallele Wahlkreisvereine gründen. Die bürgerlichen Gerichte werden dann höchstwahrscheinlich entscheiden, dass die legitimen Vereine die sind, die von dem Parteivorstand anerkannt werden. Somit wird der „Vorwärts“ sein Eigentum bleiben.

Was hatte die Opposition demgegenüber zu tun? Sie hatte erstens die sozialdemokratischen Massen über den Zustand zu informieren. Dies kann nur geschehen, indem man die klipp und klare *Boykottparole* ausgibt. Sie hatte zweitens zwischen sich und den Nutznießern des Belagerungszustandes das Tischtuch zu zerschneiden: das geschieht durch die *Beitragsperre*, indem sie erklärt: diesem Parteivorstand keinen Groschen! Sie hatte sich drittens mit anderen oppositionellen Organisationen darüber zu verständigen, wie man die Partei von einem solchen Parteivorstande befreit, wie man der Opposition entsprechende Agitationsorgane sichert. Alle diese Maßregeln schlug die größte Berliner Wahlkreisorganisationen, Teltow-Beeskow, in der die entschiedene Linke die Mehrheit besitzt, vor. Auf Antrag *Borchardts*, *Zirkels*, *Frasseks* wurde von ihr, entgegen Kautsky u. Co., Boykott des „Vorwärts“, Beitragsperre, Verständigung der Opposition im ganzen Reiche vorgeschlagen. In der Generalversammlung von Großberlin gewannen die Wortführer des Parteizentrums: *Haase*, *Hoffmann*, *Ledebour*, *Stroebel* noch einmal die Oberhand. Sehen wir uns ihre Taten an!

Die Arbeiter sollen den „Vorwärts“ nicht boykottieren, sondern ihn nur nicht bezahlen. Falls die Zentrumsleute annehmen, dass der Vorstand daraufhin die Zustellung des Blattes an die Nichtzahlenden unterbricht, dann bedeutet das Ausweichen vor der Boykottparole: nur die Angst vor der eigenen Courage. Aber was werden sie tun, wenn der Vorstand den

„Vorwärts“ ruhig liefert, in der Überzeugung, dass, wer ihn nimmt, ihn auch später bezahlt? Statt der Diskreditierung der Sozialpatrioten ein Spiel also, ein Schäkern, das die Arbeiter irreführt. Das ist die erste Tat.

Die Vorwärtsredaktion soll dann unter der Leitung Stampfers und Müllers weiterbleiben und so in den Arbeitern die Überzeugung wecken, als ob im „Vorwärts“ trotz des Gewaltstreiches des Parteivorstandes noch irgendetwas sozialistisches stände. Sie soll aber gegen den Parteivorstand auf Kontraktbruch klagen. Denn nach dem Kontrakt ist die Redaktion eine kollegiale, der Parteivorstand aber habe einen Chefredakteur, Müller, eingeführt. Nun, das Gericht wird anerkennen, dass der Parteivorstand den Kontrakt gebrochen hat, und wird den Redakteuren das Recht zuerkennen, aus der Redaktion auszutreten und sich das Gehalt für ein Vierteljahr ausbezahlen lassen. Handelt es sich für die zentrierten Redakteure um das Gehalt, oder um die Erlangung der tödlichen Waffe gegen die Scheidemann und Ebert, nämlich um die gerichtliche Bescheinigung des Kontraktbruchs?

Zum Schluss schwangen sich die Zentrumsleute zu einer Resolution auf, die den Parteivorstand als ehrlos erklärt, unfähig in der Zukunft Parteiämter zu bekleiden. Aber sie lehnten die Beitragssperre ab, diesen Akt der organisatorischen Detrouisierung des Parteivorstandes, sie lehnten die Verständigung der oppositionellen Organisationen ab, den einzigen Weg seiner praktischen Bekämpfung!

So sehen die angekündigten *Taten* des Parteizentrums aus. Und dann wundern sich diese Leute, dass die Männer der eisernen Konsequenz – wie es die Sozialpatrioten sind – für sie nur Hohn übrig haben!

Indem die Zentrumsleute so dazu beitragen, dass die Entrüstung der Berliner Arbeiterschaft sich in hohlen Demonstrationen verpufft, stärken sie, ob sie es wollen oder nicht, die Position des Parteivorstandes. Aus allen oppositionellen Organisationen kommen Nachrichten, dass Arbeiter aus Ekel vor diesem „Kampfe“ austreten. Diejenigen, die bleiben, verlieren jeden Glauben an den Ernst der ganzen Protestiererei.

Wenn die „*Leipziger Volkszeitung*“, jetzt das Hauptorgan des Zentrums, die Berliner „*Taten*“ der Haase u. Co. als „Merkstein“ in der Geschichte der Arbeiterbewegung, als Zerschneiden des Tuches zwischen der Arbeitsgemeinschaft und dem Parteivorstand ankündigt, wenn sie schreibt: „Was die Ebert, Scheidemann, Müller und Konsorten getan haben, das scheidet sie von der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft für immer, und wer mit ihnen am selben Tische sitzen bleibt, der rechnet für uns zu Begünstigern ihrer Tat“ – so antworten wir dem „tapferen“ Blatt: das Zentrum fordert die Redakteure des „Vorwärts“ zum Verbleiben an demselben Tische mit den Müllers auf; das Zentrum ist gegen die Spaltung; es will also mit den Scheidemännern an demselben Tische bleiben. Will die „*Leipziger Volkszeitung*“ nicht als Hehler der Sozialpatrioten dastehen, will sie – und mit ihr das Zentrum – nicht als Begünstiger der Sozialpatrioten wirken, dann mögen die Führer des Zentrums sich beeilen, offen zu erklären: Wir werden niemals dulden, dass die Sozialpatrioten den Parteivorstand in den Händen behalten; sollten sie eine Mehrheit auf dem Parteitag erringen, so treten wir aus der Partei aus; die Spaltung muss kommen, und wir müssen sie schon jetzt vorbereiten. Solange die Zentrumsleute dies nicht sagen, sind sie die Hehler der Taten der Sozialpatrioten, die sie als ehrlos charakterisieren.

Würden die Zentrumsleute diese Versicherung abgeben, nun, dann sind sie politische Kinder, wenn sie in dem Bewusstsein, dass es zur Spaltung kommen muss, ihre bisherige Politik treiben. Aber sie werden eine solche Erklärung niemals abgeben. Ihr Gegensatz zu den Linksradikalen resultiert daraus, dass sie die Einheit mit den Sozialpatrioten über alles stellen. Und von ihrem Standpunkt aus haben sie Recht. Von den Linksradikalen trennt sie die Frage der

Massenaktionen, also die Tat. Von den Sozialpatrioten trennt sie nur die Geste der Opposition, während sie gleich ihnen die Massenaktionen ablehnen. Wegen der Geste aber trennt man sich nicht. Und darum mögen sie noch so sehr toben, sie werden nichts tun, was bewusst ihr Verhältnis zu den Sozialpatrioten in Stücke schlagen könnte.

Das wussten wir, und deshalb haben wir, als wir das Geschrei der Vorwärtsredakteure nach Taten vernahmen, uns keine Illusionen gemacht. Wir schwiegen, damit sich die Zentrumsleute ungestört kompromittieren könnten. Jetzt aber fragen wir diejenigen unter unsern Freunden, die gleich der Genossin Käthe Duncker annehmen, man müsse getrennt von den Zentrumsleuten marschieren, aber könne gemeinsam mit ihnen schlagen: *Warum schlägt Teltow-Beeskow nicht gemeinsam mit den Zentrumsleuten? Weil diese gar nicht ans Schlagen der Sozialpatrioten denken! Fort mit der Illusion von der gemeinsamen Kampffront mit dem Zentrum! Zusammenschluss der Reihen der Linksradikalen! Sie sind auf ihre eigene Kraft angewiesen!*

Die polnische Frage in ihrer historischen Entwicklung.

Von M. Bronski.

2. Polen in der Gründungsepoche der Nationalstaaten.

Das historische Polen wurde am Ende des achtzehnten Jahrhunderts das Opfer des merkantilen Imperialismus.

Es war eine Epoche der aufsteigenden modernen Staaten, eine Gründungsperiode der Nationalstaaten, die die Agonie des Polenreiches brachten. In Frankreich von Ludwig dem Vierzehnten inauguriert, in England von Cromwell mächtig in Fluss gebracht, um nachher auch in Mitteleuropa von Brandenburg-Preußen weiter gepflegt zu werden. Ludwig ist entschlossen, die Politik Mazarins fortzuführen, schreibt ein deutscher Geschichtsforscher, doch bereichert er sie um einen neuen Gesichtspunkt. Mazarin wollte nur die Grenzen Frankreichs verbessern. „Ludwig geht über Mazarin hinaus, indem er sich bemüht, Frankreich in die Reihe der Handelsmächte ersten Ranges einzuführen, die französische Industrie der Weltmacht zu erschließen. ... Dieser Absicht entsprach eine Handelspolitik, die in Zöllen, Sperrern, Prämien und dergl. geeignete Mittel zur Hebung des heimischen Handels und der Industrie sah.“²⁷

Der aufsteigende Kapitalismus brauchte eine starke Staatsmacht und ein ausgedehntes und sicheres Wirtschaftsgebiet. Das wurde das Ziel des aufgeklärten absoluten Herrschers Frankreichs, wie auch des Diktators Cromwell. „Festigung des Zusammenschlusses war das Motto von Cromwells Verfahren gegenüber Schottland und Irland; nie wurde das Inselreich fester zusammengeschmiedet und trug es mehr das Gepräge eines Einheitsreiches. ... Gleichzeitig sorgte Cromwell für die Ausdehnung der Handelsbeziehungen; hier lautete die Losung, England sei bestimmt, das größte Emporium, das allgemeine Warenhaus der Welt zu werden.“²⁸

Eine Epoche der merkantilistischen Kriege des 17. Jahrhunderts bricht herein, und eine Epoche der Kolonialkriege. Wer nicht zum Subjekt der merkantilistischen Entfaltung wurde –

²⁷ M. Immicht, Geschichte des europäischen Staatensystems von 1660–1789. S. 29.

²⁸ F. Salamon, Der britische Imperialismus. S. 67

war der Gefahr ausgesetzt, ihr Objekt zu werden, auf dessen Konto sich die anderen bereichern sollten.

„Dies wurde auch von den Staatslenkern der deutschen Duodezfürsten empfunden. Das Kurfürstentum Brandenburg, früher in beschaulicher Stille dahinlebend – sagt der schon zitierte Immich – war im 17. Jahrhundert durch eine Reihe von Erwerbungen auf Grund von Familienverbindungen in Deutschland zum größten Territorialstaat nach Österreich geworden. Durch den Besitz des Herzogtums Preußen war es gezwungen, im nordöstlichen Europa Stellung zu nehmen. ... Kurfürst Friedrich Wilhelm betrachtete es als seine Aufgabe, Brandenburg zu einer Handelsmacht zu erheben“ und zu diesem Zwecke eine Staatsabrundung vorzunehmen.

So bestand der Eroberungskrieg als Grundtendenz der Epoche des 17. und 18. Jahrhunderts, die als Epoche der Nationalstaaten im Westen bekannt ist. Diesen westlichen Nachbarn Polens gesellte sich in dieser Zeit im Osten Russland, das moskowitische Reich Peters des Großen, dessen Expansion grundverschieden war von der der westeuropäischen Staaten. Russland wollte als Lieferant seiner reichen Naturprodukte auf den Märkten Europas erscheinen, und suchte den kürzesten Weg dazu. Auf dem Wege nach Europa standen im Nordosten Schweden und Polen, die ihm den Zugang zum Baltischen Meer versperrten. Dabei war Polen selbst ein solcher Lieferant, schon älteren Datums und mit wohl gepflegten Handelsbeziehungen. Der aufstrebende russische Koloss wollte die Stellung Polens einnehmen und er fühlte sich dazu kräftig genug. „Wie in Deutschland kündigte sich auch in Russland die kapitalistische Periode auf dem Lande als Periode des landwirtschaftlichen Großbetriebs auf Grundlage der leibeigenen Fronarbeit an. Der Sieg der absoluten Monarchie über den alten Erbadel wurde auf Kosten des freien Bauernstandes erkaufte, der dem neuen Adel zum Opfer fiel. Und gerade zu der Zeit, da der russische Absolutismus im vollen Glanze seiner Macht auf die europäische Arena hinaustritt, wird er endgültig eine Waffe in den Händen des Adels.“ So urteilt Rjasanoff in seiner Untersuchung über den Ursprung der Vorherrschaft Russlands in Europa. Diese, wie wir sie nennen würden, feudal-kapitalistische Expansion Russlands im 17. und 18. Jahrhundert, die gut drei Jahrhunderte später auf den Plan trat als die gleiche Erscheinung Polens, wurde für Polen ebenso gefährlich, wie die modern-kapitalistische Expansion des merkantilen Imperialismus der westeuropäischen Staaten.

*

Bei Beurteilung des Untergangs Polens haben die polnischen Historiker eben den oben geschilderten Expansionsbestrebungen der Nachbarstaaten, ihrer „perfiden Politik“ und ihrer Eroberungssucht die ganze Schuld dieses historischen Dramas zugeschoben. Wie umgekehrt die Historiker der Teilungsmächte die Auflösung Polens der „polnischen Wirtschaft“ selbst zugeschrieben haben. Auf dieser und jener Seite wird nur mit einer halben Wahrheit operiert, denn das polnische Problem jener Epoche bestand nicht darin, dass der merkantile Imperialismus die westeuropäischen Staaten zur Abrundung ihres Wirtschaftsgebietes zwang, sondern eben darin, dass Polen dieser Tendenz der Konsolidierung und Festigung des staatlichen Gebäudes nicht unterworfen war. Warum ist Polen nicht in die Schranken getreten, als die Grundlagen der modern-kapitalistischen Wirtschaft gelegt wurden? Die Ursachen dieser historischen Erscheinung kann man nicht in der Wirtschaftsverfassung des Polens des 17. oder gar des 18. Jahrhunderts allein suchen, sondern man muss tiefergraben. Bereits im 14. Jahrhundert sind die Anfänge des Agrarexporthandels in Polen zu finden, die alle späteren Eigenschaften einer engherzigen, exklusiven Adelherrschaft mit sich brachten.

Nur auf den Agrarexport aufgebaut und auf ihn allein angewiesen, wurden die Agrarproduzenten die dominierende Schicht der Gesellschaft. Ihre Interessen wurden zu den

Staatsinteressen erhoben und ihnen die aller übrigen Schichten der Bevölkerung unterstellt. So wurde der Adel, der eben der Agrarproduzent war, zu dem einzigen Staatslenker, dem natürlich alles Übrige dienstbar gemacht werden musste. Zuerst wurde dem Adel, der Großgrundbesitzer und Gutsherr wurde, die Bauern geopfert. Den freien und nur wenig abhängigen Bauern des 12. und 13. Jahrhunderts nahm man allmählich bis Ende des 16. Jahrhunderts alle Rechte und unterstellte ihn vollständig der Macht des adligen Gutsherrn. Zur Zeit der glänzendsten Entfaltung des polnischen Staates, zur Zeit, wo Polen als Agrarexportland das ganze Europa versorgt hat, erreichte die Entrechtung der Bauern ihren Höhenpunkt. Der Bauer wurde schollenpflichtig und dann leibeigen, weil er die notwendigste Arbeitskraft war.

Eine weitere Folge dieser Entwicklungsrichtung der polnischen Wirtschaft war der Gegensatz des herrschenden gutswirtschaftenden Adels zu den Städten.

Zuerst kam der allgemeine Gegensatz von Stadt und Land. Und wenn in Westeuropa die Stadt als Sieger aus diesem Kampfe hervorging, freilich um gleich nachher den territorialen absoluten Fürsten weichen zu müssen und ein Baustein des Staatsgebäudes zu werden, war es in Polen anders geworden. Schon wegen der entlaufenden Bauern, die in der Stadt Zuflucht suchten – und dadurch überall, auch im Westen, zur Erweiterung der städtischen Bevölkerung das meiste beigetragen hatten – mussten die adligen Gutsherren die Stadt unter ihre Gewalt bekommen. Und sie erreichten es, noch ehe die Städte zur Macht gelangen konnten. So wurden die Fundamente des städtischen Handelsstandes und des städtischen Handwerks untergraben. Mit ihnen auch die Anfänge des Handelskapitals.

Nun ging die innere Entwicklung Polens in aufsteigender Linie weiter, – solange der Getreideexport sich erweitern konnte, wuchs Polen als Staat beständig im Ansehen. Mit ihm auch seine Expansionsbedürfnisse, feudal-agrarer Natur. Man suchte mehr Land und mehr Bauern in seine Gewalt zu bekommen. So ist die östliche Expansion Polens zu erklären, die tief in das 17. Jahrhundert hinein dauerte. Jedoch diese Expansion hatte mit dem merkantilen Imperialismus der Westmächte nichts gemein. Im Gegenteil, sie war nicht nur nicht staatsbauend, sondern wirkte dezentralistisch. „Die wirtschaftliche Expansion Polens nach Osten und die große Kulturarbeit, die darin steckt“, sagt ein bürgerlicher Historiker, der Lemberger Professor Dembinski, „erschwerte die Zusammenfassung der staatlichen Gewalt in festen Formen. ... Es werden Gedanken und Tendenzen der Staatsauflösung geboren. ...“ „Der wirtschaftliche Charakter des Landes“, sagt Dembinski weiter, „der agrikole Charakter der Gesellschaft, die in großen Ländereien zerstreut war, erschwerte die Kristallisation der Staatsidee ...“ Und tatsächlich ist aus den zeitgenössischen Aufzeichnungen zu ersehen, wie die Idee des Staates vollständig aufgelöst wurde. Das polnische Dorf, der adlige Herrschaftssitz, war schon am Ende des 16. Jahrhunderts ein Staat im Staate.

Nun konnte die Gefahr dieser Entwicklung so lange verborgen sein, wie Polen wirtschaftlich seinen Getreideexport weiter entfalten konnte, und solange die westeuropäischen Mächte zu keiner staatlichen Konsolidation gelangt sind und die merkantilistische Politik noch nicht ins Leben trat. Das änderte sich aber im 17. Jahrhundert. Die merkantilistische Idee der aktiven Handelsbilanz wurde von allen jungkapitalistischen Staaten aufgenommen, und entsprechend dieser Idee war man bestrebt, so wenig als möglich im Auslande zu kaufen und so viel als möglich zu verkaufen. Polen fing allmählich an, sein Absatzgebiet zu verlieren.

Nun fängt die Epoche des Niedergangs Polens an. Je schwieriger die äußeren Verhältnisse waren, desto reaktionärer wurde im Inlande gehaust. Die Bauern wurden vollständig versklavt, die Städte geplündert und mit Steuerlasten zu Boden gedrückt. Aus der Weltpolitik wurde Polen als selbständige Macht hinausgeschleudert. Es wurde nur ein Mittel der großen Politik der westeuropäischen Mächte und ein Degen der einen oder der anderen

Mächtegruppe in den großen Kämpfen des 17. Jahrhunderts, um endlich im 18. Jahrhundert ein Objekt der merkantilen imperialistischen Politik der führenden Mächte zu werden.

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurde diese einst so imponierende Macht durch die Nachbarstaaten so zermürbt, dass die Teilung zwischen diesen Nachbarn nur noch eine Frage der Zeit war; oder richtiger gesagt, man wartete ab, bis die Gegensätze und das Mißtrauen zwischen Preußen, Österreich und Russland der einheitlichen Auffassung in Bezug auf die polnische Beute Platz gemacht hat.

Die in dieser letzten Epoche sich bemerkbar machende Regenerierungsbewegung in Polen blieb aussichtslos, weil sie von der herrschenden Klasse selbst ausging und daher keine gründliche Arbeit vollbringen konnte. Diese Klasse musste selbst untergehen, wenn der Staat leben sollte. Dazu konnte sich kein Teil der Adelsklasse entschließen, er wollte von seinen Vorrechten und Privilegien nichts opfern. Die einzige Klasse, die die historische Rettung des Staates vollbringen konnte, der dritte Stand, gestützt auf die breiten Schichten der frei gewordenen Bauernschaft, meldete sich nicht als Erbnachfolger. Durch die Jahrhunderte dauernde Unterdrückung blieb er unmündig. Für eine langsame Reformierung dieses morschen Gebäudes war keine Zeit mehr da. Die Nachbarstaaten wollten ihrer Erbschaft nicht verlustig gehen, und tatsächlich ist ihnen die ganze polnische Erbschaft als reife Frucht der vielhundertjährigen Entwicklung in den Schoß gefallen. In den nacheinander folgenden Teilungen der Jahre 1772, 1793 und 1795 wurde die Adelsrepublik Polen vollständig zwischen Russland, Österreich und Preußen aufgeteilt.

Ehe aber die Freude über die Gebietserweiterung verklungen war, brauste durch ganz Europa die Französische Revolution. Auf dem Wiener Kongress 1815 wurde ein Königreich Polen geschaffen, das den größten Teil des aufgeteilten Polenreiches der russischen Herrschaft überließ. Die weitere Entwicklung dieses Teiles des alten Polens war bestimmend für die Formulierung des polnischen Problems in der nachfolgenden Zeit.

Die erste Wahlschlacht des deutschen Parteizentrums.

Ein geschätzter Mitarbeiter schreibt uns noch über die Ersatzwahl in Grimma-Oschatz:

Am 23. November fanden in dem zweiten sächsischen Wahlkreise Grimma-Oschatz Ersatzwahlen statt, in denen gegen den Konservativen Dr. *Wildgrube*, ein Anhänger der rückichtslosesten imperialistischen Politik, der Zentrumsführer Richard *Lipinski* kandidierte. Da Lipinski Führer der großen Leipziger sozialdemokratischen Organisation ist, die in ihrer Mehrheit auf Seiten der Arbeitsgemeinschaft steht, da ihm im Wahlkampfe so maßgebende Führer der Arbeitsgemeinschaft, wie Haase und Geyer unterstützten, da der Kampf unter dem geistigen Patronate der „Leipziger Volkszeitung“ stattfand, des wichtigsten Organs des Zentrums, so ist dieser Wahlkampf als Beispiel dafür zu betrachten, wie das Zentrum vor der Arbeitermasse aufzutreten gedenkt.

Was war die erste Aufgabe des sozialdemokratischen Kandidaten in dem Wahlkampfe während des wütenden Krieges? Den Charakter dieses Krieges zu enthüllen, die Stellungnahme der Sozialdemokratie zu ihm klar und ohne jede Floskel darzustellen und dann den Massen zu sagen, was sie zu tun haben. Denn selbst der blödeste Parlamentsanbeter kann nicht annehmen, dass, falls die 18 Männer der Arbeitsgemeinschaft um den neunzehnten vermehrt werden, sie irgendwas zur wirklichen Änderung der Sachlage tun könnten. Sie können die parlamentarische Tribüne nur dazu ausnützen, um den Volksmassen zu sagen, was ihre

historische Aufgabe ist. Nun, sehen wir zu, wie das Zentrum der Partei in der Person Lipinskis seine Aufgabe erfüllt hat.

Er erklärte (siehe „Leipz. Volksztg.“ vom 28. Oktober), die ganze Sozialdemokratie stehe auf dem Boden der Landesverteidigung und die ganze Sozialdemokratie sei gegen Annexionen. „Was die Fraktion Arbeitsgemeinschaft von der Fraktion der sozialdemokratischen Partei trennt, liegt in der Wertung der einzelnen Tatsachen, die für die Beurteilung des Charakters des Krieges bestimmend sind. Die Arbeitsgemeinschaft tritt, wie die Fraktion, für die Verteidigung des bedrohten Vaterlandes ein, sie lehnt es aber ab, imperialistische Eroberungskriege zu unterstützen.“ Und als Beweis der Richtigkeit, dass es sich um einen Eroberungskrieg handle, zitierte Lipinski die Ausführungen des Kanzlers. Punktum und basta. Das Zentrum der Partei will dasselbe, was die Scheidemänner wollen, nur traut es dem Reichskanzler nicht, während Scheidemann ihm traut. Auf die Frage, warum er, obwohl Anhänger der Vaterlandsverteidigung, gegen die Kredite stimme, erklärte Lipinski, das geschehe zum Protest gegen die Annexionspläne. Der Soldat habe aber seine staatsbürgerliche Pflicht zu erfüllen.

So sah der Zentrumskampf gegen den Imperialismus und seine Knechte, die Sozialpatrioten, aus. Wählt mich, ich werde die Kredite ablehnen, weil ich dem Kanzler misstrauere, ihr aber seid hübsch stille und helft dem deutschen Imperialismus, die Pläne auszuführen, die ich als Abgeordneter verurteile. Das alles zusammen ist sozialistische Politik auf dem Boden der Landesverteidigung; das ist der Kampf gegen den Imperialismus! So zeigte die Arbeitsgemeinschaft vor dem Angesicht der Massen, dass sie von den Sozialpatrioten nur die parlamentarische Geste trennt.

Die Wahl endete mit dem Sieg der Konservativen: dieser erhielt zirka 8000, Lipinski über 6000 Stimmen. Zwischen den Sozialpatrioten und den Arbeitsgemeinschaftlern ist nun ein Kampf über diesen Ausgang entbrannt. Die Sozialpatrioten behaupten, dass nur die Zweideutigkeit der Haltung Lipinskis, der Gegensatz zwischen seinem Patriotismus und seiner Ablehnung der Kriegskredite die Niederlage verursacht habe. Die „Leipz. Volksztg.“ betont stolz, dass es sich trotz allen Geschreis der Sozialpatrioten gezeigt habe, dass hinter den Kreditverweigern Massen stehen. Wir haben nur dazu zu bemerken: wie kann die „Leipziger Volkszeitung“ beweisen, dass die 6000 Stimmen auf Lipinski wegen der Kreditverweigerung gefallen seien und nicht wegen seines Patriotismus? Das ist eben das Wesen der Zentrums politik, dass sie ein Zwitter ist, dass man bei ihr nicht weiß, ob sie patriotisch oder nicht patriotisch ist. Und weil niemand das wissen kann, kann sie auch nicht zum Prüfstein der Stimmung der Massen werden. Sie hat nichts von den Massen im Wahlkampf gefordert, sie hat ihr Bewusstsein um nichts bereichert, als um die interessante Tatsache, dass Herr Lipinski aus Leipzig dem Reichskanzler nicht traut! Darum kann man auf Grund des Wahlausganges nicht wissen, was die 6000 Arbeiter selbst wollen, die für Lipinski gestimmt haben.

Die erste Wahlschlacht des Zentrums zeigt, dass es wie im Parlament so auch vor den Massen zu keiner eindeutigen Tat fähig, dass es die verkörperte Zweideutigkeit, d. h. Kampflosigkeit ist.

Aus unserm politischen Tagebuch.

12. Dezember.

Von den *Linksradikalen* wurde der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Bremen folgende Resolution unterbreitet:

Die Sozialdemokratie ist die politische Vertreterin des klassenbewussten Proletariats. Der auf dem sich verschärfenden Klassengegensatz zur Bourgeoisie beruhende Klassenkampf ist das Rückgrat der sozialdemokratischen Politik.

Die auf die Kreditbewilligung vom 4. August 1914 folgende sozialdemokratische Politik und die sich aus ihr ergebenden sozialimperialistischen Konsequenzen, sowie die Politik des Burgfriedens bedeuten einen schroffen Bruch mit der Politik des Klassenkampfes. Der Parteivorstand als hervorragendster Vertreter der Politik des Sozialpatriotismus, hat das Recht verwirklicht fernerhin als Vertreter der Interessen des Proletariats zu gelten, da die von ihm vertretene Politik eine den Interessen der Arbeiterschaft entgegengesetzte bürgerliche Politik ist.

Das Interesse der Arbeiterklasse erfordert mithin den schärfsten Kampf gegen den bewusst oder unbewusst im Dienste des Bürgertums und seiner imperialistischen Politik stehenden Parteivorstand. Zu diesem Kampf gehört nicht nur die unausgesetzte Aufklärung der Arbeitermassen über das Wesen des Sozialpatriotismus und Sozialimperialismus, sondern auch die Entwindung der organisatorischen Machtmittel aus den Händen des Parteivorstandes. Gestützt auf diese Machtmittel war es dem Parteivorstand möglich, vom ersten Tag des Krieges an bis heute seine Politik unter Anwendung rücksichtslosester Gewalt durchzusetzen. So brachte er die Opposition der Reichstagsfraktion monatelang um jedes parlamentarische Recht; so warf er, wo er nur irgend die Macht dazu hatte, unbequeme oppositionelle Parteidakturen skrupellos aufs Pflaster; so verweigerte er jedes Entgegenkommen zu gedeihlicher Arbeit auf demokratischer Grundlage in Parteigeschäften, an denen er als Firmenträger beteiligt ist; so nahm er den oppositionell gesinnten Berliner Arbeitern, ja der oppositionell gesinnten Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft das „Zentralorgan“ der Partei und wandelte es in ein Organ für die Interessen des liberalen Bürgertums um.

Gestützt auf die Machtmittel der Partei, spielt er sich Tag für Tag als der Vertreter des Willens der sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands auf.

Jeder Arbeiter Groschen in den Händen dieses Parteivorstandes verringert die Macht der Arbeiterklasse; jeder Arbeiter Groschen, diesem Parteivorstande anvertraut, wird von ihm missbraucht; jeder Arbeiter Groschen, diesem Parteivorstande übergeben, vergrößert das Ansehen des Parteivorstandes und vermindert das Ansehen der Arbeiterklasse, schenkt dem Parteivorstand noch weiteres Vertrauen, wo absolutes Misstrauen gegen ihn das Gebot der Selbsterhaltung der Arbeiterklasse ist.

Aus diesen Gründen ist die *Beitragssperre* eines der wenigen Kampfmittel, die der Arbeiterschaft unter dem Belagerungszustand gegen den Parteivorstand zu Gebote stehen. Nicht die Vollstrecker der Beitragssperre, die damit nur ihre elementarsten Klasseninteressen wahren, stellen sich außerhalb der Partei, sondern einzig und allein die Vertreter der Politik des 4. August.

Die Beitragssperre ist kein Mittel, die Macht des Parteivorstandes zu brechen: aber ihre Durchführung ist der sichtbare Ausdruck des schärfsten Misstrauens der Arbeiter zu der Politik des Parteivorstandes als einer Politik, die im Gegensatz zu den Interessen des Proletariats steht.

Ihre Durchführung ist zu betrachten als vorbereitender Schritt zur Spaltung mit den Sozialpatrioten. Die Beitragssperre das Mittel, die Spaltung der Zweck: nur unter dieser Parole entspricht die Durchführung der Beitragssperre den Interessen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft.

Zeugen und Rufer.

Es liegt schon in der Abstammung des Menschen aus dem Tierreich, dass der Mensch die Bestie niemals loswird, dass es sich also immer nur um ein Mehr oder Minder, um einen Unterschied des Grades der Bestialität resp. Menschlichkeit handeln kann.

Engels: Eugen Dühring. (1877–87.)

Nur im Streite kann die Wahrheit gedeihen. Es stehen noch ganz andere Kriege bevor über dieselbe, als wir bis jetzt erlebt haben.

Handeln, handeln, das ist die Sache. Was hilft uns das bloße Wissen?

Was hilft alles Wissen, hört man zuweilen sagen, wenn nicht danach gehandelt wird? In diesem Ausspruche wird das Wissen als Mittel für das Handeln und dieses letztere als der eigentliche Zweck angesehen. Man könnte umgekehrt sagen: wie kann man doch gut handeln, ohne das Gute zu kennen? und es würde in diesem Ausspruche das Wissen als das Bedingendes des Handelns betrachtet. Beide Aussprüche aber sind einseitig, und das Wahre ist, dass beides, Wissen sowie Handeln, auf dieselbe Weise unabtrennbare Bestandteile des vernünftigen Lebens sind.

Fichte. (1762–1814.)

Das Märchen vom Reichtum und der Not.

Es war einmal Bruder und Schwester:
Der Reichtum und die Not;
er schwelgte in tausend Genüssen,
sie hatte kaum trocken Brot.

Die Schwester diente beim Bruder
viel hundert Jahre lang;
ihn rührt es nicht, wenn sie weinte,
noch wenn sie ihr Leiden besang.

Er fluchte und trat sie mit Füßen,
er schlug ihr ins sanfte Gesicht;
sie fiel auf der Erde und flehte;
Hilfst du, o Gott, mir nicht?

Wie wird das Lied wohl enden?
Das ist ein traurig Lied!
Ich will's nicht weiter hören,
wenn nichts für die Schwester geschieht!

Das ist das Ende vom Liede,
vom Reichtum und der Not:
An einem schönen Morgen
schlug *sie* ihrem Bruder tot!

Glasbrenner.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Lüth);
sämtlich in Bremen .

Arbeiterpolitik 27/1916

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

1. Jahrg.

Bremen, den 23. Dezember 1916.

Nr. 27

Redaktion und Expedition: Waller Heerstraße Nr. 52. (Eing. Torweg).

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

Friede auf Erden!

Als Herr von Bethmann-Hollweg am 12. Dezember dem Reichstag in feierlicher Sitzung mitteilte, dass die Zentralmächte bereit sind, in Friedensverhandlungen einzutreten, durfte er sich als verantwortlicher Leiter der deutschen Politik keinen Augenblick im Unklaren darüber sein, welche Wirkung das Friedensangebot bei der Entente auslösen werde. Und so erklärte er von vornherein, dass im Falle der Ablehnung „bis in die letzte Hütte hinein jedes deutsche Herz aufs Neue aufflammen wird in heiligem Zorne gegen die Feinde, die um ihrer Vernichtungs- und Eroberungsabsichten willen dem Menschenmorden keinen Einhalt tun wollten“. Die Erregung dieses „heiligen Zornes“ in Deutschland, die Erregung des Furor teutonicus, wie Hindenburg es nannte, wird bei Abweisung des Angebots der Zentralmächte erwartet, und sobald die Ablehnung der Ententemächte in aller Form vorliegen wird, wird die patriotische Presse in diesem Sinne all ihre Kräfte anstrengen, nachdem sie schon jetzt das Hauptaugenmerk auf diesen Punkt gelenkt hat. Außerdem konnte noch die Hoffnung bestehen, dass das Friedensangebot die kriegsmüden Elemente der Ententemächte stärken und zur Aktion antreiben werde.

Herr von Bethmann-Hollweg kennt so gut wie keiner das Wesen dieses Krieges. Er weiß, dass dieser Krieg ein imperialistischer Krieg ist, in dem jede der beteiligten Koalitionen die Grundlagen ihrer Macht zu stärken sucht. Er kann den Ententeregierungen keinen Frieden anbieten, der für sie annehmbar wäre, solange sie nicht besiegt sind. Die von ihm nicht bekannt gegebenen Friedensbedingungen werden zwar nicht übereinstimmen mit den Forderungen der Wirtschaftsverbände; aber schon erklärte der russische Minister des Äußeren, dass von etwelchen realen Bedingungen in der deutschen Note überhaupt nicht die Rede sei. Trotzdem kann es die Absicht des imperialistischen Deutschlands nur sein, eine Stärkung der Weltposition Deutschlands im Westen und Osten, wie des ganzen Vierbundes im Südosten zu erstreben. Die Friedensbedingungen werden dem mitteleuropäischen Plane die Wege ebnen, den deutschen Kolonialbesitz vergrößern, die Freiheit der Meere sichern. Und etwas anderes ist vom Standpunkt des deutschen Imperialismus nicht möglich.

Deutschlands und seiner Verbündeten Waffen haben bis jetzt die Oberhand behalten. Die Zentralmächte können sich noch so sehr zur Mäßigung genötigt sehen: auf die Erweiterung

ihrer Macht werden sie nicht verzichten. Denn an dem Tage, wo die deutsche Regierung den maßgebenden Schichten sagen würde: die Kriegsschuld beträgt siebenzig Milliarden, ungeheuerere Opfer wurden draußen und daheim gebracht; aber es bleibt alles beim Alten: an dem Tage, wo sie das den besitzenden Klassen Deutschlands sagen würde, hätte sie diese sofort zu ihren Gegnern. Wenn aber keine Rücksicht auf die möglichen Schwierigkeiten des morgigen Tages die Zentralmächte zum vollen Verzicht auf die imperialistischen Pläne zwingen kann, so können auch die Ententemächte ohne endgültige Niederlage aus genau denselben Gründen den deutschen Friedensangeboten nicht zustimmen.

England trat freiwillig in den Krieg, es hat nicht einmal die Ausrede der übrigen, dass es angegriffen worden sei. Soll jetzt das englische Kapital nach zweieinhalb Jahren des Krieges, der seine Lage auf dem Weltmarkt, den inneren Aufbau seiner Industrie vollkommen geändert und die politischen Verhältnisse im Innern ungeheuer verschärft hat, erklären: alles das ist nur geschehen, damit Deutschland gestärkt werde? Solange England nicht auf die Knie gezwungen ist oder die City nicht die Faust der Revolution an der Kehle fühlt, wird es weiterkämpfen. Es wird weiter seine Milliarden in den russischen Rachen stopfen; es wird weiter Frankreich aufmuntern; es hofft noch immer auf die Besserung seiner militärischen Lage, auf die Erschöpfung der Zentralmächte. Es ist lächerlich, dem gegenüber Zweifel auszudrücken, ob die Hoffnungen Englands erfüllt werden, lächerlich in Entrüstung zu machen über seinen bösen Willen.

Für sie alle kommt nur Sieg oder Niederlage in Betracht, weil der Krieg jetzt seine eigene Logik hat, nachdem man schon so weit gegangen ist. Und deswegen können sie durch keine Zweifel – und mögen sie noch so berechtigt sein – von weiterem Kämpfen zurückgehalten werden, solange auch nur ein leichter Schimmer der Hoffnung auf Besserung ihrer Lage besteht. Der August 1914 war für alle Kriegsmächte ein Sprung ins Dunkle: jeder hoffte auf Stärkung seiner Macht. Und jetzt, nach 28 Monaten schrecklichsten Ringens, kann nur Deutschland eine Machtstellung buchen. Aber die anderen Mächte sind noch nicht besiegt. Darum geht der Kampf weiter.

Wenn am Tage der christlichen Weihnacht die Glocken den Frieden auf Erden verkünden werden, werden die Sozialpatrioten aller Länder gleichzeitig Krieg und Frieden predigen. Bis zum Ende! werden die Sozialpatrioten der Entente den französischen und englischen Arbeitern zurufen; denn noch ist Deutschland nicht geschlagen, und nur auf seinen Trümmern kann der dauernde Friede erblühen. Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen! Aber Krieg, Krieg den Deutschen! Und auf der andern Seite werden die Sozialpatrioten der Zentralmächte verkünden: Unsere Regierungen wollen den Frieden; die andern aber wollen ihn nicht! Haltet aus! Haltet durch!

Keine der kapitalistischen Regierungen kann der Welt den Frieden geben. Wer siegt, wird dem Besiegten Lasten auferlegen, wird seine Macht erweitern, wird neue Rüstungen betreiben müssen und wird den Besiegten anspornen, durch Rüstungen und aussichtsreichere Koalitionen die Revanche zu ermöglichen. Aber wenn auch keine Partei siegt, wenn sie ohne eigentliche Entscheidung unter ungeheuren Opfern zu einem Frieden gelangen, den ein kundiger bürgerlicher Publizist, Herr Theodor Wolf, einen „Geschäftsfrieden“, den die gefühlvollen sozialpazifistischen Phraseure aber einen „Verständigungsfrieden“ nennen, dann werden die kleinen Völker, die wehrlosen Einwohner der Kolonien die Opfer dieses Friedens sein. Es gibt genug Pfandgegenstände in der Welt, schrieb Herr Th. Wolf, und man kann sie zum Ausgleich gebrauchen. Und dieser „Verständigungsfriede“, der aus der Haut der Schwachen Riemen schneiden würde, er wäre nur ein vorübergehender Waffenstillstand, der durch Rüstungen für den nächsten Krieg ausgefüllt wäre.

Einen dauernden Frieden kann es im Zeitalter des Kapitalismus in Zukunft so wenig geben, wie er in der Vergangenheit bestanden hat. Dauernden Frieden gibt es nur, wenn die Herrschaft des Kapitalismus, die Herrschaft der Konkurrenz, die Jagd nach dem Profit aufgehoben ist. Das aber kann keine Regierung besorgen, das kann nur das Werk des internationalen Proletariats sein, indem es durch langen opferreichen Kampf die politische Macht erobert. Und der Irrtum der Sozialpatrioten aller Länder besteht eben darin, dass sie den Arbeitern einreden, diese oder jene Regierung könne den Frieden auf Erden bringen. „Im Kampfe für Frieden gefallen!“ so steht es auf den Gedenkblättern des Deutschen Metallarbeiterverbandes, und dasselbe sagen die Sozialpatrioten der Entente. Wie anders hat man sich dieses „Für den Frieden gefallen“ ehemals gedacht! Aber indem sie den Kampf für den Frieden kapitalistisch umgemünzt haben, haben die Sozialpatrioten dem Proletariat jede Möglichkeit der Abkürzung des furchtbaren Weltkrieges genommen, und sie suchen es ohnmächtig zu machen für die kommenden Jahrzehnte, in denen die Welt von Waffen starren und von Waffenlärm erfüllt sein wird, wenn die internationale Arbeiterklasse keine Selbständigkeit entfalten wird. Sie mögen in den Ministerien sitzen, wie die Henderson und Thomas, sie mögen vor dem Wagen des Herrn Bethmann als die Herolde seines Friedenswillens herlaufen, wie die Scheidemanns: all ihre wichtigtuerischen Gebärden können nicht über ihre Ohnmacht als Friedenskämpfer hinwegtäuschen. Sie sind nur ein Echo des Willens der Regierungen.

Darum mögen die Prediger der alten christlichen und der neuen sozialpatriotischen Kirchen den Frieden auf Erden verkünden: Krieg! Krieg! so dröhnt es als Echo zurück. Und die Kanonen werden weiter donnern. Der Imperialismus muss seines Daseins Kreise vollenden. Bis der Ruf der Menschheit erschallt: Friede auf Erden und den Menschen das Wohlgefallen des Sozialismus!

Die Arbeitsgemeinschaft des deutschen Volkes.

2. Die sozialimperialistischen Helfer in der Not.

Als der „Berliner Lokalanzeiger“ die Nachricht von der Vorbereitung des „Vaterländischen Hilfsdienstgesetzes“ brachte, die die Öffentlichkeit vollkommen überrascht hat, war die „Internationale Korrespondenz“, das Organ des Herrn Legien, das erste Blatt, das in der Lage war, eingehend über die Pläne der Regierung zu informieren. Die Regierung wusste im vornehinein, was der General Groener bei der Einbringung des Gesetzes offen erklärte: „Für die Organisation brauchen wir Freiwilligkeit. Die Leute müssen uns freiwillig kommen... Wenn man die Produktion steigern muss, gehört dazu die Freiwilligkeit der Arbeitgeber und der Arbeiter.“ Nun, um die Freiwilligkeit der Arbeitgeber brauchte man nicht besorgt zu sein. Für die Aussöhnung der Arbeiter mit dem Verzicht auf das Streikrecht, auf die Freizügigkeit konnten *nur die Gewerkschaftsführer* und ihre sozialimperialistische Kohorte sorgen. Herr Helfferich gab es zu, als er bei der Verabschiedung des Gesetzes mit Zustimmung der christlichen und „freien“ Gewerkschaften – so hießen sie einst, wie es scheint – den Herren Giesbert und Legien in bewegten Worten dankte: „Die Kreise, die hinter diesen beiden Herren stehen, sind für die Durchführung des Gesetzes von allerwesentlichster Bedeutung. Ich kann mir die Durchführung gar nicht denken ohne die freudige und bereitwillige Mitwirkung der deutschen Arbeiterschaft.“ Und so setzte sich die Regierung sofort mit den Gewerkschaftsführern und den Sozialimperialisten in Verbindung. Die Legiens und Scheidemanns legten sich vollkommen Rechnung ab von dem Dienst, den sie dem Imperialismus leisteten. „Waren kann man beschlagnahmen und aufstapeln, menschliche Arbeitskraft nicht. Jeder Arbeiter, der willig seine Arbeit leistet, ist imstande, das Beste auf seinem Platze zu leisten, aber auch der intelligenteste Arbeiter, der widerwillig arbeitet, wird nur ein Hindernis auf seinem Arbeitsplatz sein“, führte Legien im Reichstage aus.

Die sozialpatriotischen Gewerkschaftsführer, die den Kern des sozialimperialistischen Lagers bilden, hatten keinen Grund, das Gesetz abzulehnen und keine Möglichkeit dazu. Weshalb sollten sie es ablehnen? Weil es dem deutschen Imperialismus zum Siege verhelfen soll? Aber schon am 2. August 1914, bevor noch die Reichstagsfraktion zusammenkam, haben sie nach einem Eingeständnis Umbreits, des Redakteurs des Organs der Generalkommission, beschlossen, die Regierung in der Kriegführung zu unterstützen. Seitdem haben sie nichts anderes getan. Sollten sie das Gesetz ablehnen, weil es das Streikrecht des deutschen Volkes aufhebt? Aber sie selbst haben schon am 2. August 1914 die Auszahlung von Streikunterstützungen aufgehoben, sie haben in den 28 Kriegsmonaten jede Streikagitation mit allen Mitteln bekämpft, sie haben diejenigen, die sie führten, als Wahnsinnige oder Verbrecher am deutschen Volke denunziert. Sollten sie das Gesetz ablehnen, weil es die Freizügigkeit aufhebt? Aber sie haben – dazu bekannten sie sich offen im Reichstag – in vielen Orten freiwillig dafür gewirkt, dass die Arbeiter nicht ohne Erlaubnis des Kapitalisten ihren Arbeitsplatz verlassen. Die Gewerkschaftsführer hatten nicht die geringste Ursache, gegen das Gesetz zu stimmen, das nur ihre Praxis während des Krieges verallgemeinerte, sie zum Staatsgesetz erhob. Sollten sie jetzt mit der Regierung brechen, nachdem sie ihr zwei Jahre gedient haben?

Ja, dieses Gesetz bringt von ihrem Standpunkt Verbesserungen. Es sind das zwar nicht die, die sie nennen. Sie berufen sich auf die Anerkennung der Gewerkschaften, die in der zugesagten Berücksichtigung ihrer Vorschlaglisten bei der Zusammensetzung der Schlichtungskommissionen, bei der Heranziehung der Sachverständigen in das Kriegsamt liegen soll. Welche „Gewerkschaften“ hat jetzt die Regierung anerkannt? Sie wollte bisher nur solche Gewerkschaften nicht anerkennen, die den Kapitalismus bekämpfen. Sie hat aber nicht die geringste Ursache, auf die Unterstützung seitens der Gewerkschaftsführer zu verzichten. Die Gewerkschaftsführer berufen sich auf die Durchbrechung des „Herrn-im-Hause“-Standpunktes der Scharfmacher durch die Bildung der Arbeiterausschüsse in jeder Fabrik mit über 50 Arbeitern. Aber auch das ist Spiegelfechterei, denn den Scharfmachern waren nur solche Arbeiterausschüsse ein Dorn im Auge, die gewillt und fähig waren zu kämpfen. Mit *Gelben* verhandelten sie immer; ja, sie spendierten ihnen Liebesgaben. Nicht das sind die Verbesserungen. Sie bestehen in erster Linie in der Anerkennung der Gewerkschaften als kriegswirtschaftlicher Organisationen: „Die Regierung hat anerkannt, dass u. a. auch die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten zur Aufrechterhaltung der Kriegswirtschaft notwendig sind. Es ist also nicht zu befürchten, dass den Gewerkschaften die zur Aufrechterhaltung der Organisationen erforderlichen Kräfte entzogen werden“, schreibt triumphierend der Abgeordnete *Bauer*, Mitglied der Generalkommission, im „Vorwärts“ vom 3. Dezember. Und wie die „Textilarbeiterzeitung“ mitteilt, soll *Schlicke*, Vorsitzender des Metallarbeiterverbandes, ins Kriegsamt berufen werden. In lokalen Kriegsämtern werden Gewerkschaftsbeamte überall angestellt. Das bringt nicht nur persönliche Vorteile, die – mögen sich die Herren entrüsten, wie sie wollen – keine geringe Rolle bei ihren Entscheidungen spielen; das ist der einzige Weg, auf welchem die Gewerkschaftsbureaucratie und die sozialimperialistischen Führer versuchen können, irgendwelche Zugeständnisse zu erhalten, nachdem sie auf jeden Kampf verzichtet haben.

Die Gewerkschaften haben, soweit es nach dem Willen der Führer gehen wird, als Kampforganisationen zu existieren aufgehört, wie die sozialimperialistische „Sozialdemokratie“ aufgehört hat, eine Klassenpartei zu sein. Sie sind Organisationen, die nur durch Verhandlungen mit der Bourgeoisie, durch Teilnahme an ihren Einrichtungen, gewisse Zugeständnisse für einen begrenzten Arbeiterkreis zu erlangen suchen können. Dass dies eine glatte Preisgabe des Klassenkampfes ist, dass auf diesem Wege die Arbeiterklasse vollkommen der Macht des Kapitals ausgeliefert wird, ist eine ganz andere Sache. Aber die Preisgabe der Klasseninteressen des Proletariats, des Sozialismus, bildet eben das Wesen der Politik des 4. August, die am

2. Dezember 1916 gekrönt wurde. Selbst wer das bisher nicht einsehen wollte, der muss sich heute sagen: Mit dem 2. Dezember scheiden die Legiens und Scheidemanns endgültig aus der Reihe der Klassenkämpfer. Sie sind – wie sie sich selbst bescheinigen – ein Teil der Kriegswirtschaft.

3. Der Kampf.

Was das „Vaterländische Hilfsdienstgesetz“ wirklich materiell bedeutet, wurde im Reichstag von den Gen. *Haase* und *Vogtherr* mit voller Klarheit gezeigt. Aber – um einstweilen bei den Reden, ohne die Untersuchung der Frage, ob Reden in solchen Situationen genügen, zu verbleiben – es fehlte in dem ganzen Standpunkt der Arbeitsgemeinschaft der Anfang und das Ende. Sie behandelte die für die Arbeiterschaft entstehenden Aussichten als eine traurige Kriegsepisode in Deutschland. Sie malten diese Aussichten mit voller Klarheit, aber wie sie entstanden sind, sagten ihre Redner den Arbeitern nicht. Sie sagten der Arbeiterklasse nicht, dass dieselben Aussichten auch für die englische, französische, österreichische Arbeiterklasse bestehen, dass die Regierungen im Kriege nur das durchführen, was sie in zwei Jahrzehnten der imperialistischen Entwicklung vorbereitete. Vor dem Kriege hatte die Arbeiterschaft der privatkapitalistischen Betriebe formell Freizügigkeit und Koalitionsfreiheit. Aber seit 1905, seit dem großen Streik im Ruhrgebiet musste jeder, der die Augen nicht verschließen wollte, einsehen, dass Tag für Tag die Bedingungen des gewerkschaftlichen Kampfes, wie er bisher geführt wurde, geringer wurden. Das syndizierte Kohlen- und Eisenkapital wollte nicht mit den Gewerkschaften verhandeln, und als das Maß der proletarischen Geduld überfüllt war und die Grubenarbeiter streikten, wurde der Streik niedergeschlagen. Und wie war es mit den Werftarbeitern? Ihnen konnte man nicht einmal sagen: ihr wurdet besiegt, weil ihr nicht organisiert ward; denn sie waren organisiert. Ihre Organisationen erlaubten ihnen nicht zu streiken. Warum? Aus Schlechtigkeit? Nein, sondern weil die Gewerkschaftsführer sich sagten: die Werftbesitzer sind auch organisiert, hinter ihnen steht das ganze Kapital der schweren Industrie; es wird den Streik der Werftarbeiter mit einer allgemeinen Aussperrung der Metallarbeiter beantworten und dann ist der Kampf verloren: die Kassen der Gewerkschafter werden auf Jahre hinaus weißbluten. Die Kartellierung und Vertrustung des Kapitals, seine Verbindung in den Unternehmerverbänden hat das Streikrecht, wie es geübt war durch Teilgruppen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, hinter denen die Kasse der Gewerkschaft stand, faktisch aufgehoben. Wer sollte Hilfe schaffen? Das Parlament? Die Regierung? Aber die standen auf der Seite des vereinigten Kapitals und leisteten ihm Hilfe und Beistand. Und wie sollte man sie nötigen zu helfen? Durch Wahlen, die alle paar Jahre stattfanden und bei denen das veraltete Wahlrecht dem Bürgertum die Mehrheit sichert? Schon vor dem Kriege verurteilte die fortschreitende Konzentration des Kapitals die bisherigen gewerkschaftlichen und politischen Methoden der Verteidigung der wirtschaftlichen Interessen des Proletariats zu völliger Fruchtlosigkeit. Die Bourgeoisie war sich dessen so sehr bewusst, dass sie vor dem Kriege Schritt für Schritt das Koalitionsrecht aushöhlte.

Das wissen die führenden Männer von der Arbeitsgemeinschaft ebenso gut wie wir. Sie wagten nicht, das alte Lied anzustimmen: Genossen, organisiert euch gewerkschaftlich und politisch, zahlt Beiträge, wählt und lasst euch nicht provozieren; die alte bewährte Taktik wird euch auch weiterhin helfen! Würden sie es getan haben, die Arbeitermassen würden ihnen mit Conrad Ferdinand Meyers Hutten antworten:

„Das ist ein kapitaler Witz:
Hier läuft ein Kerl und schwingt die Hellebard,
Der's nicht bemerkt, dass er getötet ward.“

Aber wenn auch die intelligenteren, jüngeren Elemente des Zentrums, die Haase, Herzfeld, Henke, Dittmann, schon wissen, dass mit der alten Hellebard im Zeitalter des Pulverblitzes

nichts anzufangen ist, so sehen sie doch nicht die neuen Wege des Kampfes, deren Kräfte die Linksradiكالen in derselben Entwicklung heranreifen sehen, die die bisherigen Kampfmethoden in stumpfe Waffen verwandelt.

Sie halten an der alten Tradition fest, stehen ohne die vorwärtstreibende Kraft des Glaubens an die neuen heranreifenden Kräfte da, die es zu wecken gilt. Sie bleiben die Fraktion der Veteranen des Sozialismus, der Tedje Schwarz und Fritze Geyer, alter verdienter, im alten Kampfe ergrauter Männer, die dem Sozialismus treu geblieben sind, im Namen seiner unverjährten Grundsätze den Kapitalismus wohl anklagen können, aber nicht mehr gegen ihn zu kämpfen verstehen. Weil sie am Alten hängen, das Wesen des Zusammenbruches der Internationale nicht verstehen, den Weg aus dem Dickicht nicht erkennen, konnten sie den Proletariern nicht sagen, wie sie kämpfen sollen. Ohne Rück- und Ausblick mussten sie sich mit der parlamentarischen Kritik begnügen. Und diese Kritik musste jeden scharfen Zusammenstoß vermeiden, der doch die Aufmerksamkeit der Massen auf das, was kommt, lenken würde. Eine solche Taktik erschien ihnen als reiner „Spektakel“, zweckloser Radau. Denn sie glauben nicht, dass Kräfte vorhanden sind, die man wecken könnte.

So wurde das Werk des patriotischen „Hilfsdienstes“ geschmiedet. Sein Vater ist der Imperialismus. Die Sozialimperialisten halfen. Und die letzten Mohikaner des alten Sozialismus, der protestierenden, demonstrierenden Epoche, standen da, demonstrierten die Schlechtigkeit des Kapitalismus und demonstrierten damit die eigene Ohnmacht. Die neue, in dieser ungeheuren Erschütterung erwachende, reifende Arbeiterbewegung, die die neue Methode der Geltendmachung der Macht der Arbeiterklasse mit sich bringen wird, sie stieß von der Reichstagstribüne ihren Kampf ruft nicht aus. Aber sie wird kommen. Der Krieg ist zur Arbeiterfrage geworden, erklärte Hindenburg. Nur mit der Hilfe der Arbeiterschaft kann das Werk gelingen, sagte Helfferich, der Vertreter des Finanzkapitals. Und dieser Arbeiterschaft beschert man das „Hilfsdienstgesetz“! Je tiefer seine Wirkung sein wird, desto eher wird die Arbeiterschaft den Weg beschreiten, den sie gehen muss, um die historische Mission zu erfüllen. Schon mancher Löwenbändiger hat es mit seinem Leben bezahlt, dass er dem Löwen, den er zahm wähnte, den Kopf in den Rachen steckte.

Die Beitragssperre und ihre Probleme.

Die Vorgänge in Bremen.

Nachdem die Bremer Parteigenossen in der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins am 1. Dezember die Beitragssperre beschlossen hatten, beschäftigte sich auch der örtliche Parteivorstand mit dieser Frage. Er kam in seiner Mehrheit zu dem Entschluss, die Beitragssperre nicht durchführen zu können und legte in einer längeren, von dem Führer des bremischen Zentrums, dem Genossen Henke, verfassten Erklärung seine Gründe dar.

Die Erklärung protestiert zunächst dagegen, dass der Beschluss der Bremer Arbeiter von den Sozialpatrioten zum Anlass genommen wurde zu erklären: Dadurch habe sich der Sozialdemokratische Verein Bremen außerhalb der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gestellt. Sie stellt fest, dass das Parteistatut ein „Außerhalb-der-Partei-stellen“ sowohl einzelner Mitglieder als auch ganzer Organisationen überhaupt nicht kennt. Die Erklärung protestiert ferner gegen die sofortige Neugründung einer Sonderorganisation der Sozialpatrioten, die bereits am Tage nach dem Beschluss durch die „Bremer Bürger-Zeitung“ bekannt gegeben wurde. Sie bezeichnet den Beschluss der Beitragssperre als einen den Sozialpatrioten willkommenen Anlass zum Vorgehen gegen die Mehrheit der Bremer Parteigenossen. Die Erklärung stellt fest, dass die Mehrheit des Vorstandes schärfster Gegner der Herbeiführung der Parteispaltung ist, wenn auch nicht verkannt werden soll, dass die Gefahr der Parteispaltung „leider

sehr groß und durch das parteischädigende Verhalten des Parteivorstandes, besonders in Sachen des ‚Vorwärts‘ rücksichtslos erhöht worden ist“. Die Erklärung fährt dann fort:

„Der Beschluss ist ferner deshalb als verfehlt zu erachten, weil er die ihm zugeschriebene Wirkung, den Parteivorstand zu einer anderen Politik und zu einem anderen Verhalten der Opposition gegenüber zu zwingen, nicht haben kann. Die Wirkung könnte man sich allenfalls von ihm versprechen, wenn mindestens die größten und leistungsfähigsten Wahlkreisorganisationen der Partei einen solchen Beschluss fassen würden und gegenwärtig wie in nächster Zukunft auch nur in der Lage wären, von ihren Einnahmen den erwähnten Betrag statutengemäß abzuführen. Die Beitragsperre ist aber überall von den größeren Organisationen abgelehnt worden, in denen sie der Beschlussfassung unterlag, und obendrein nimmt die finanzielle Leistungsfähigkeit der Wahlvereine in erschreckend steigendem Maße ab. Weit entfernt daher, als anfeuerndes Beispiel auf andere sozialdemokratische Vereine wirken zu können, wird der Beschluss vielmehr dank der Folge, die er jetzt schon in der Gründung einer Sonderorganisation gefunden hat und weil mit Recht in der Beitragssperre eine Schwächung der Vertretung der Opposition auf dem nächsten Parteitag erblickt wird, abschreckend wirken. Er erweist sich somit bei näherem Zusehen als ein Schlag ins Wasser, wenn nicht Schlimmeres.“

Die Mehrheit des Vorstandes, sowie der Vorsitzende und der Beisitzende erklären, ihre Ämter niederlegen zu müssen, falls der Beschluss aufrechterhalten werde.

Durch diese Stellungnahme des örtlichen Vorstandes wurde eine weitere Generalversammlung nötig, die sich mit der Frage der Beitragssperre erneut zu befassen hatte. Sie fand am 12. Dezember statt. Der Vorstand legte ihr eine Resolution vor, in der er unter kurzer Begründung die Aufhebung des Beschlusses empfahl. Die Linksradikalen forderten die Aufrechterhaltung des Beschlusses und Maßnahmen, die zur weiteren Bekämpfung der Sozialpatrioten dienen sollten, vor allem die Gründung eines neuen Organs. Die Debatte vollzog sich unter dem Zeichen einer Auseinandersetzung zwischen dem Parteizentrum und den Linksradikalen. Sie endete mit der Aufrechterhaltung des Beschlusses. Einen Antrag der Linksradikalen, die „Bremer Bürger-Zeitung“ nicht mehr als sozialdemokratisches Organ zu betrachten und sie demgemäß zu boykottieren, ließ der Vorsitzende in Übereinstimmung mit dem Bureau wegen der „gesetzlichen Folgen“ nicht zur Abstimmung zu.

Die Versammlung war von etwa 650 Mitgliedern besucht und fasste ihren Entschluss mit vierfünftel Majorität.

Der Standpunkt des Parteizentrums.

Die Debatte über die Beitragssperre offenbarte den Gegensatz zwischen dem Zentrum der Partei und den Linksradikalen. Die Vertreter des Parteizentrums betrachten die ganze Frage wesentlich vom Standpunkt der Organisation; die Vertreter des Linksradikalismus dagegen betrachten sie aus dem Gesichtspunkt der Massenaktionen.

Vom Standpunkt der Organisation tun sich alle die Fragen, die das Zentrum aufwarf, als unlösbare Probleme auf, sobald es sich, ‚im Prinzip‘ für die Beitragssperre erklärten. Das Zentrum ist gegen die Spaltung. Die Einheit der Organisation geht ihm über alles. „Kein Zweifel, dass ... die Abwesenheit so vieler unserer Parteigenossen infolge des Krieges nicht minder davon abhalten sollte, leichten Herzens zerklüften zu lassen, was sie unserem Schutze hoffend überlassen mussten: die Organisation“ - so heißt es in dem vom Genossen Henke verfassten Aufruf des Parteivorstandes. Der Redner der Linksradikalen, Genosse Knief, hielt diesem Argument entgegen: nicht die Organisationen, die längst in allen Fugen krachen, denen tausende

von Arbeitern den Rücken gekehrt haben, sind unserem Schutze überlassen worden, sondern die Pflicht, alles zu tun, um den Kampf für den Sozialismus zu führen. „Die Organisation über alles, solange sie der Entwicklung und Anwendung der revolutionären Kraft des Proletariats förderlich ist; „Todfeind“ jeder Organisation, die zur Fessel jener Kraft geworden ist“, schrieb Henke am 20. Juni dieses Jahres unter seinem Namen in der „Bremer Bürgerzeitung“. Aber dieser richtigen Auffassung fehlt die Erkenntnis, dass Organisationen, an deren Spitze die Scheidemann, Ebert und Müller stehen, die Sozialimperialisten, Sozialpatrioten, Sozialpazifisten, Zentrumsleute und Linksradikale umfassen, längst tatsächlich zur Fessel der revolutionären Kraft des Proletariats geworden sind, dass sie von den sozialpatriotischen Instanzen längst bewusst zur Unterdrückung dieser Kraft missbraucht werden.

Indem das Parteizentrum sich nicht zu dieser Erkenntnis durchzuringen vermag, hilft es, die Arbeiter an die Gemeinschaft mit den Sozialpatrioten fesseln, schmiedet es die Fessel nur noch fester, die die revolutionäre Kraft des Proletariats lähmt. Weit entfernt, der „Todfeind“ solcher Organisation zu sein, ist es vielmehr ihr bewährtester Beschützer. Die konsequenten Zentrumsleute lehnen die Spaltung grundsätzlich ab; weniger konsequente Vertreter rechnen wohl mit ihrer Möglichkeit, sind aber „schärfste Gegner ihrer Herbeiführung.“ Wenn man die Spaltung als historisch notwendig erkannt hat, muss man sie auch propagieren, d. h. sie herbeiführen. Auch dieser Akt der Geschichte vollzieht sich nicht von selbst, sondern nur durch das zielbewusste Handeln der Menschen. Und man propagiert die Spaltung schon, wenn man den Kampf gegen die Sozialpatrioten grundsätzlich führt, d. h., wenn man ihre Politik den Massen als einen Bestandteil der bürgerlichen Politik klar macht. Zu dieser Erkenntnis aber kann sich das Zentrum nicht durchringen. Zwar schrieb Henke noch am 4. Dezember in der „Bremer Bürger-Zeitung“: „Die Annahme des Hilfsdienstgesetzes durch die Mehrheit der alten sozialdemokratischen Fraktion erfolgte, weil jene Mehrheit nach wie vor im Banne der bürgerlich-imperialistischen Ideologie sich befindet“; aber die Konsequenzen dieser Auffassung vermag er nicht zu ziehen. Das Zentrum kann sich ideologisch und praktisch nicht von den heutigen Organisationsformen trennen, darum kann es keinen grundsätzlichen Kampf gegen die Sozialpatrioten führen. Und die bisherige Politik des Zentrums bekundet durchaus die Möglichkeit des Zusammenarbeitens zwischen Zentrum und Sozialpatrioten.

Die Ebert und Müller, die Wellmann und Rhein haben den Gen. Henke in der Redaktion gelassen, um so in den Massen die Überzeugung zu verbreiten, dass eine Opposition in der sozialpatriotischen „Bremer Bürger-Zeitung“ wohl möglich ist, dass nur die „extreme, parteischädigende Linke“ keinen Raum in ihr hat. Sie kümmern sich nicht darum, dass selbst Henke und Holzmeier die Hände und Füße gebunden sind. Die Massen erfahren es nicht; für sie genügt die Tatsache, dass oppositionelle Redakteure in der Redaktion vertreten sind.

Was hätten angesichts dieser für sie äußerst kompromittierlichen Sachlage die Vertreter des Parteizentrums zu tun? Ihre Aufgabe müsste sein, die Massen, die ihnen anhängen, von den Sozialpatrioten weg und den Linksradikalen zuzuführen. Sie müssten den Kampf gegen den Sozialpatriotismus sofort verschärft aufnehmen. Ist ihnen hierfür die Zeitung, an der sie arbeiten, gesperrt, so stehen ihnen für einen grundsätzlichen Kampf gegen den Sozialpatriotismus die Spalten der „Arbeiterpolitik“ zur Verfügung. Sie haben die Möglichkeit, in anderen Parteiblättern, dem „Braunschweiger Volksfreund“, der „Leipziger Volkszeitung“, dem Düssel-dorfer, Solinger, Essener Parteiblatt, dem Duisburger „Kampf“, dem Stuttgarter „Sozialdemokrat“ ihren Standpunkt darzulegen und so die Ebert und Müller zu zwingen, auch gegen sie vorzugehen. Sie können einen Artikel um den anderen gegen die Sozialpatrioten schreiben, sie vom Chefredakteur Donath ablehnen lassen, um sie der Masse der Arbeiter in Versammlungen bekannt zu geben und auf diesem Wege für die Veröffentlichung ihres Standpunktes zu sorgen.

Jede Veröffentlichung politischer Artikel ohne parteipolemische Tendenz aber bringt nur den Sozialpatrioten Gewinn, indem sie die Massen über den wahren Sachverhalt im Unklaren lassen. Die Vertreter des Zentrums setzen sich sogar dem Verdacht aus, den Sozialpatrioten Helferdienste zu leisten, sofern ihnen eine solche Absicht auch ganz sicher liegt. Aber es kommt in der Politik nicht auf die guten Absichten, sondern auf die Handlungen und ihre Wirkungen an. Das ist der Fluch der halben und inkonsequenten Haltung des Zentrums: Im Banne der heutigen Organisationsformen ist das Parteizentrum gegen jede Maßnahme, die zum organisatorischen Bruch mit den Sozialpatrioten führen muss, vermeidet es den grundsätzlichen Kampf gegen sie, bekämpft es lieber die Linksradikalen, ist es Gegner der Massenaaktionen, in denen die heutigen Organisationsformen ohne alle Frage zerbrechen müssen.

Darum ist das Parteizentrum auch Gegner der Beitragssperre, und wenn es ihre Durchführung von gewissen Voraussetzungen abhängig machen will, so ist das nur ein Vorwand, der die Massen täuscht; denn dieselben Folgen, die jetzt das Zentrum von der Durchführung der Beitragssperre abschrecken, treten immer ein, ganz gleich, welche Vorbedingungen erfüllt sind. Das Parteizentrum wird seine Argumente gegen die Beitragssperre immer wieder vortragen müssen, was praktisch auf die Ablehnung der Beitragssperre hinausläuft. Das Bekenntnis gegen die Spaltung und für die „prinzipielle“ Zustimmung zur Beitragssperre schließen einander aus, sobald diese Zustimmung in die Tat umgesetzt werden soll.

Gewerkschaftsprobleme.

Vorbemerkung: Wir beginnen hiermit die Veröffentlichung von Artikeln über die Gewerkschaftsbewegung. Sie sind gedacht als Ergänzung der Artikel, die wir im Sommer dieses Jahres über denselben Gegenstand brachten. Im Anschluss an diesen Doppelartikel soll ein anderer aus der Feder eines in der gewerkschaftlichen Praxis stehenden Genossen folgen. Redaktion der „Arbeiterpolitik“.

Tiefer als die theoretischen Fragen der Parteipolitik haben vor dem Kriege die innergewerkschaftlichen Probleme die organisierten Massen erschüttert. Die Richtungskämpfe in der Sozialdemokratie wurden hauptsächlich von den Führern ausgefochten, während die gewerkschaftlichen Streitfragen immer deutlicher zu einem Kampfe zwischen Massen und Führern wurden. Seinen Hauptgrund hat dies darin, dass die Gewerkschaftspolitik augenfälliger auf die Lage der Arbeiter einwirkte und in ihren Ergebnissen je länger je weniger befriedigte, andererseits darin, dass der Bürokratismus in den Gewerkschaften sich schärfer durchsetzen konnte, mit anderen Machtmitteln ausgerüstet war und drückender empfunden wurde.

Diese inneren Kämpfe führten mehrfach bis an die Grenze der Desorganisation, welche nur durch die äußerste Anwendung der Machtmittel und die fesselnde Gewalt des Bestehenden, der Tradition, verhindert werden konnte. Während des Krieges ist die Gewerkschaftsfrage in den Hintergrund getreten; in der Zeit, in der der Parteistreit an der Riesenflamme des Weltkrieges lichterloh emporschlägt, glimmt der alte Streit in den Gewerkschaften unter der Asche. Der Burgfrieden hat ihn erstickt, wie er das gewerkschaftliche Leben überhaupt paralyisierte. Indessen, ernster als je ist heute das gewerkschaftliche Problem, und seine Einwirkungen auf die Arbeiterbewegung im Allgemeinen werden künftig von ungeheurer Bedeutung sein. Es genügt für diese Behauptung schon der Hinweis darauf, dass die Politik vom 4. August hauptsächlich das Werk der Gewerkschaftsführer ist und dass eben diese Gewerkschaftsführer dabei sind, die während des Krieges gewonnene Position mit großem Geschick und unter Missbrauch der allgemeinen Mittel auszubauen. Sie wollen über den jetzigen toten Punkt hinaus die Gewerkschaftsbewegung entscheidend und endgültig in die von ihnen

längst angestrebte Richtung bringen. Und sie handeln dabei unter einem historischen Zwange. Eine Betrachtung der treibenden Kräfte in der Gewerkschaftsbewegung wird dies zeigen.

Die Zeit des Wachstums.

Ihren großen Aufschwung erfuhr die deutsche Gewerkschaftsbewegung in den neunziger Jahren. Nachdem die Fesseln der Organisation gefallen waren, entwickelte sie sich sprunghaft und besonders in den Industrien, in denen der mittlere und Kleinbetrieb vorherrscht: Holzindustrie, Baugewerbe, Zigarrenmachergewerbe, Bekleidungsindustrie, in einzelnen Gebieten der Textilindustrie. Von der Metallindustrie kamen nur einige Branchen hoch. Schon in dieser Zeit wird versucht, die deutschen Gewerkschaften nach dem Muster der englischen zu gestalten. In dieser Richtung wirkte besonders der verstorbene v. Elm, einer der tüchtigsten organisatorischen Fachleute der deutschen Arbeiterbewegung und wahrscheinlich der beste Kopf unter den deutschen Gewerkschaftsführern, der seine Erfahrungen an der englischen Quelle selbst gesammelt hatte. All diese Versuche scheiterten, weil die Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung nicht auf die brüderschaftlichen Unterstützungsverbände wie die englischen Friendly Societies zurückgingen, sondern auf die politische Bewegung, vorzüglich aber an der Kampflust der deutschen Arbeiter, die gerade in dieser Periode im stürmischen Anlauf Erfolge über Erfolge erntete und die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter zu steigern vermochte.

Es war die Vorbereitungszeit des deutschen Imperialismus mit ungewöhnlichen Gewinnchancen für das Unternehmertum, das damals noch nicht organisiert war, um den Arbeitern mit starken Kräften entgentreten zu können. Die Organisationszahlen wachen mächtig an, damit auch die Geldmacht und die Möglichkeit der Arbeitsteilung und inneren Organisation der Verbände, welche die Werbekraft ungemein fördert. Das Wachstum der Verbände lässt darum auch im neuen Jahrhundert nicht nach, er setzt sich vielmehr beschleunigt durch, und Gebiete können beackert werden, auf die bis dahin verzichtet werden musste.

Aber es zeigt sich, dass trotzdem und trotz der frappierenden Zahlen, die darüber aufgestellt werden konnten, die Erfolge nicht befriedigten. In der Zeit gewaltigster wirtschaftlicher Entfaltung ist es den Gewerkschaften kaum möglich, die durch die stets wachsende Verteuerung der Lebenshaltung hervorgerufenen Verluste wettzumachen. Zwar nehmen die Kämpfe, die besser vorbereitet sind als früher, an Umfang, Hartnäckigkeit und Dauer zu, aber gerade die größten Kämpfe enden ohne befriedigenden Erfolg. Die damit wachsende Unzufriedenheit verschärft die inneren Konflikte in der Gewerkschaftsbewegung.

Die Tragödie der Demokratie.

Unterstützungs- oder Kampforganisation ist die eine Frage, um die gestritten wird. Zweifellos waren die Bedenken gegen die Unterstützungseinrichtungen begründet. Sie sind geeignet, den Kampfeswillen zu ersticken, wenn das gemächliche Bewusstsein der Sicherheit in allen Notfällen sich einstellt. Aber nur die extremen Reformer haben das als ihr Ziel aufgestellt und nur im graphischen Gewerbe dürfte es erreicht worden sein. Dagegen handelte es sich bei den Unterstützungseinrichtungen wesentlich darum, die Gefahr abzuwenden, dass die Arbeiter durch die blanke Not gezwungen werden, sich gegenseitig wild zu unterbieten und damit die gewerkschaftlichen Erfolge zu vernichten. Weiter aber waren die Unterstützungen ein wirksames Propagandamittel, um die Massen in die Gewerkschaften hineinzuführen und sie fest mit ihnen zu verketteten. Im Kampfe gegen das Riesenkapital kommt es in erster Linie auf die kämpfenden Massen an. Die Idee von der kleinen, aber entschlossenen Kämpferschar versagt hier vollkommen. Die Unterstützungseinrichtungen sind in der Tat ein wichtiges Instrument in der Entwicklung für die großen Kämpfe geworden, das nicht unterschätzt werden darf. Freilich soll nicht verkannt werden, dass die Neigung wuchs, diese Versicherungskassen

aus einem Mittel in den Zweck zu verwandeln. Gelungen ist das, wie gesagt, bisher nur in Ausnahmefällen.

Aber das Unterstützungswesen hat ganz besonders zur Bürokratisierung der Gewerkschaften beigetragen. Das ausgebildete Kassenwesen heischte immer neue festbesoldete Beamte. Die Moral der Gewerkschaftsarbeit ist dadurch gewiss nicht gefördert worden. Demagogie und Stellenjägerei war die Folge auf der einen Seite, während auf der anderen Seite die Praxis blühte, unangenehmen Opponenten mit einer immerhin dürftigen Pfründe das Maul zu stopfen. Einer starken Bewegung kann das freilich nicht viel anhaben, wenn sie durch eine entschlossene Demokratie geleitet wird. Aber gerade diese Demokratie wurde durch die Bürokratie zerstört. Ein kleines Geschlecht bekam den Machtapparat der Organisation immer fester in die Hand, eine Beamtenkaste, mit allen Lastern der Bürokraten behaftet.

Im engen Kreis der schablonenmäßigen Tagesarbeit verengerte sich der Sinn, der bei der ziemlich gesicherten Stellung starr auf das Festhalten des Erreichten gerichtet war. Der proletarische Wagemut erstickte unter dem Bewusstsein, mehr verlieren zu können als die Ketten. Dazu kam der Hochmut des kleinen Führers, der alle Erfolge seinem bescheidenen Genius zuschreibt, gepaart mit der olympischen „Überlegenheit“ über den Mitgliederpöbel, die sich auf nichts mehr stützt als die Detailkenntnisse des Routiniers. Als der Konflikt zwischen Mitgliedschaft und Bürokratie ernster wurde, trat die erst instinktmäßig geübte Standessolidarität immer bewusster hervor. Als geschlossener Block auf den Verbandstagen und gar in den einflussreichen Vorstände Konferenzen und Kongressen auftretend, gelang es den Verbandsangestellten, die Demokratie auszuhöhlen und zu zermürben. Anstelle der Demokratie trat die Hierarchie.

Es ist die Tragödie der Demokratie. Tragödie deshalb, weil sie das Opfer wurde gerade ihrer machtvollen Entwicklung. Objektive Tatsachen nämlich kamen der Bürokratie zu Hilfe. Nur auf einer mächtig entfalteten Organisation konnte sich die bürokratische Herrschaft aufbauen. Und weiter: Mit der Entwicklung der Unternehmerverbände drohte jeder Kampf über sein eigentliches Gebiet hinauszuwachsen und Arbeitergruppen in Mitleidenschaft zu ziehen, die nach der alten Übung der unentwickelten Demokratie keinen Einfluss auf seinen Ausbruch hatten. Außerdem wurde bei der Hartnäckigkeit der Kämpfe das Verbandsvermögen über die Maßen in Anspruch genommen. Sollte die kampfwillige Gruppe weiter das Entscheidungsrecht haben, so schlug die Demokratie in ihr Gegenteil um. Der Ausweg war genial. Die letzte Entscheidung in den Kämpfen wurde den Hütern des Schatzes, den Vorständen, überwiesen. So sah die Rettung der Demokratie in allen großen Verbänden aus. Sie wurde in Fesseln geschlagen, an denen sie sich die Glieder wund rieb. Die Bürokratie aber baute ihre Schanze zielbewusst immer weiter aus. So wurde die Beamtschaft abhängig gemacht von der Verbandsleitung statt der Mitgliedschaft und was dergleichen Ausgeburten der Arbeiterdemokratie mehr waren.

An Reformversuchen hat es nicht gefehlt. Sie scheiterten einerseits an der Übermacht der Verbandsleitungen, andererseits daran, dass diese Versuche nicht aus dem Bewusstsein von der Notwendigkeit einer neuen Taktik herausgeboren wurden. Eine Reform von oben wurde etwa ein Jahr vor Kriegsausbruch von A. v. Elm vorgeschlagen, der sie, eingewickelt in eine Philippika gegen die wandelbare Masse, vor Hamburger Gewerkschaftsführern zuerst vortrug. Es sollte in den großen Verbänden ein ständig tagendes Parlament geschaffen werden; ein außerordentlich bestechender Gedanke, bei dem nur immer die erwähnte Umhüllung störte. Bei der ersten Probe stellte sich heraus, dass es auf ein Parlament abgesehen war, in dem jederzeit eine von der Regierung wirtschaftlich abhängige Mehrheit mit gleicher Richtung der Interessen abgesehen war. Die Beamten sollten von vornherein eine Stimme Mehrheit

erhalten. Die Massen waren damals für solche Zumutungen noch nicht reif. Es heißt aber, dass sich die kommende Neuorientierung die von Elmsche Demagogie zum Muster nehmen will.

Aus unserm politischen Tagebuch.

18. Dezember.

Unsere Tagebuchnotiz vom 29. November über die Stellung der „Gleichheit“ zu der Tätigkeit des Reichstages hat einige unserer Freunde, die der Gruppe „Internationale“ nahestehen, mit Unmut gegen uns erfüllt. Wir behaupten: mit Unrecht! Es kann nicht unsere Absicht sein, und es ist nie unsere Absicht gewesen, die entschiedene Linke zu zersplittern. Im Gegenteil, die „Arbeiterpolitik“ ist aufs äußerste bestrebt gewesen, den Zusammenschluss der Linken vorzubereiten. Sie ist weder das Organ der Gruppe „Internationale“ noch der Gruppe „I. S. D.“ Sie will gerade die Gruppenpolitik beseitigen helfen. Das schließt aber nicht aus, dass sie überall dort, wo sie glaubt auf Halbheiten selbst innerhalb der entschiedenen Linken zu stoßen, ihren Standpunkt zu kennzeichnet. So haben wir es für unsere Pflicht gehalten, die Gruppe „Internationale“ (Spartacus) jedes Mal darauf aufmerksam zu machen, wenn sie entweder einen konsequenten Standpunkt noch nicht erreicht oder ihn verlassen hatte. Nur im Hinblick auf eine konsequente linksradikale Politik üben wir Kritik an der Gruppe „Internationale“; in keinem Falle leiten uns irgendwelche Konkurrenzabsichten. Leider hat die Gruppe „Internationale“, soweit ihre Berliner Führung in Betracht kommt, uns nicht so tatkräftig unterstützt, wie es im Interesse der neuen Bewegung nötig gewesen wäre. Wir haben aber genügend Beweise, dass die Anhänger der Gruppe „Internationale“ im Lande vorurteilslos genug sind, um in der „Arbeiterpolitik“ die theoretische Führerin im Kampfe um die neue Bewegung anzuerkennen. Wir hoffen, dass das so bleiben wird.

Der Sozialdemokratische Verein *Braunschweig* hat die *Beitragssperre beschlossen*. Er hat an die Kreisleitung das Ersuchen gerichtet, eine Kreiskonferenz mit der Stellungnahme zur Frage der Beitragssperre zu beauftragen. Man sieht, das Beispiel Bremens wirkt nicht so entmutigend, wie die Vertreter des Zentrums annahmen. Hoffen wir, dass sich noch recht viele Organisationen zur Beitragssperre entschließen. Notwendig aber ist der sofortige enge Zusammenschluss derjenigen, die diesen ersten energischen Schritt zur Reinigung der Partei von den sozialpatriotischen Elementen getan haben.

Feuilleton

Die Blutrache zu Weinsberg.

Aus „Der große Bauernkrieg“ von W. Zimmermann.

Zu Weinsberg auf dem alten Welfenschloss saß der Obervogt Ludwig Helferich von Helfenstein, ein junger glänzender Ritter von 27 Jahren, verehelicht mit einer natürlichen Tochter des Kaisers Maximilian der Erste. Auch ihn, wie so viele adelige Herren, forderte der sogenannte „helle Haufen“ auf, in die christliche Brüderschaft der Bauern einzutreten. Während der Graf mit den Bauern unterhandelte, um Zeit zu gewinnen, bis Hilfe käme, unterließ er es dennoch nicht, ihnen Abbruch zu tun, so viel ihm immer möglich war. Er tat sich aus Weinsberg, fiel hinten in den Haufen, in den Nachtrab, erstach und beschädigte ihnen viele, wodurch der Haufe der versammelten Bauernschaft bewegt und erzürnt wurde. Er so wenig wie die anderen Heerführer achteten das Kriegerrecht gegen sie, es schien nötig, die Herren dazu zu zwingen. Abends am Karfreitag 1525 schickten die Bauern in zorniger Bewegung ein Schreiben nach Weinsberg herein. Trotzig und verächtlich erwiderte es der Graf. Zugleich aber kam

auch eine Botschaft einiger Bürger heraus, die es mit den Bauern hielten und ihnen die Tore öffnen wollten. Am 16. April, dem Osterfeste, zog der Haufen heran.

Schon vor Tagesanbruch waren auf diese Nachricht Ritter und Reisige gerüstet, ihre Pferde in den Stallungen gezäumt und gesattelt, und zur Verstärkung der geringen Besatzung auf dem Schloss wurden sogleich noch fünf Reisige auch dahin abgeschickt. Mehr konnte man nicht ins Schloss legen, obgleich Helfensteins Frau und Kinder und Kostbarkeiten darin waren. Der Graf verachtete auch die Bauern zu sehr, als dass er es für möglich gehalten hätte, dass sie ein so festes Schloss erstürmten. Es galt ihm vorzüglich, die Stadt gegen den ersten Angriff zu verteidigen, und er traf die nötigen Anordnungen zur Verteidigung der Tore und der Wehren. Er versammelte seine Ritter und Reisige und die Bürgerschaft auf dem Markt, ermunterte sie, herzhafte zu sein und ihr Bestes zu tun. Sie zeigten allen guten Willen, und der Graf gab ihnen auch von seiner Seite die Zusicherung, da er sein Weib und sein Kind auf dem Schloss verlassen habe, wolle auch er bei ihnen in der Stadt ausharren und alles für sie tun; es werde ihnen auch unfehlbar heute noch ein reisiger Zug zu Hilfe kommen.

Die Tore, Mauern und Wehren waren nach Anordnung des Grafen bereits alle besetzt, noch zeigten sich keine Bauern. Die Zeit des Morgengottesdienstes, den der Pfarrer abzukürzen ersucht ward, rückte heran. Mehrere Bürger und Reisige begaben sich in die Kirche, um das Sakrament zu empfangen. Auch der Graf und Dietrich von Weiler waren zur Anhörung einer Messe darin.

Noch ehe der Gottesdienst zu Ende ging, um 9 Uhr morgens, wurde dem Grafen in die Kirche gemeldet, die Bauern seien da, man sehe einzelne Bauerngruppen auf dem Schemelberg, denen größere Partien nachzögen. Der Turmwächter wollte sogleich Sturm schlagen; der Graf, um die Einwohner nicht noch mehr zu ängstigen, verbot ihm, Lärm zu machen. Den Reisigen und Bürgern, die auf der Mauer zur Wehr gerüstet waren, sprach er zu, mutig und unerschrocken zu sein. Dietrich von Weiler und der Schultheiß Schnabel sorgten dafür, dass Weiber und Mägde ganze Haufen Steine, die von den Reisigen aus dem Pflaster ausgebrochen wurden, auf die Mauer trugen.

Der Schemelberg, eine einem Schemel ähnliche Höhe, liegt dem Burgberg gerade gegenüber. Von Binswangen her mussten die Bauern über denselben gehen; sie stellten sich auf ihm in Schlachtordnung und schickten zwei Herolde, an einem Hute kenntlich, den sie auf einer hohen Stange trugen, zur Stadt hinab. Sie erschienen vor dem Untertor und forderten die Stadt zur Übergabe auf: „Eröffnet Schloss und Stadt dem hellen, christlichen Haufen“, riefen sie an die Mauer hinauf, „wo nicht, so bitten wir um Gotteswillen, tut Weib und Kind hinaus, denn beide, Schloss und Stadt werden den freien Knechten zum Stürmen gegeben, und es wird dann niemand geschont werden.“ Die innerhalb des Tores aufgestellten Bürger und Reisige wussten nicht, was sie den Abgeordneten der Bauern antworten sollten. Sie schickten nach dem Grafen und er eilte sogleich selbst dem Untertore zu. Aber ehe er kam, war Dietrich von Weiler ans Tor gekommen. (Fortsetzung folgt.)

Szene aus „Egmont“.

Von W. v. Goethe.

Jetter: He! pst! he! Nachbar, ein Wort!

Zimmermann: Geh deines Pfads und sei ruhig.

Jetter: Nur ein Wort! Nichts Neues?

Zimmermann: Nichts, als dass uns vom Neuen zu reden verboten ist.

Jetter: Wie?

Zimmermann: Tretet hier ans Haus an. Hütet Euch! Der Herzog von Alba hat gleich bei seiner Ankunft einen Befehl ausgehen lassen, dadurch zwei oder drei, die auf der Straße zusammensprechen, des Hochverrats ohne Untersuchung schuldig erklärt sind.

Jetter: O, weh!

Zimmermann: Bei ewiger Gefangenschaft ist verboten, von Staatssachen zu reden.

Jetter: O, unsere Freiheit!

Zimmermann: Und bei Todesstrafe soll niemand die Handlungen der Regierungen missbilligen.

Jetter: O, unsere Köpfe.

Zimmermann: Und mit großem Versprechen werden Väter, Mutter, Kinder, Verwandte, Freunde und Dienstboten eingeladen, was in dem Innersten des Hauses vorgeht, bei dem besonders niedergesetzten Gerichte zu offenbaren.

Jetter: Gehn wir nach Hause.

Zimmermann: Und den Folgsamen ist versprochen, dass sie weder am Leibe, noch Ehre, noch Vermögen einige Kränkung erdulden sollen.

Jetter: Wie gnädig! War mir's doch gleich weh, wie der Herzog in die Stadt kam. Seit der Zeit ist mir's, als wäre der Himmel mit einem schwarzen Flor überzogen und hing so tief herunter, dass man sich bücken müsse, um nicht daran zu stoßen.

Zeugen und Rufer.

Eine Partei, die ihre wichtigste Position nicht mit ihren Taten zu bedecken weiß, um sie zu verteidigen, eine solche Partei hat keine Möglichkeit des Sieges für sich! Einer solchen Partei bleibt nichts übrig, als bei jedem Angriff von neuem davonzulaufen!

Ferd. Lassalle.

Nicht die Gunst, sondern die Ungunst der Verhältnisse ist der Hammer, welche den Mann schmiedet. Ja, die große Meisterin, die Not, ist es, welche den kategorischen Imperativ der Pflicht lehrt und Charaktere bildet. Im Feuer der Widerwärtigkeit und auf dem Amboss der Not härtet sich edles Metall, während unedles zerrinnt und zerstiebt.

Johannes Scherer.

Die Hauptsache ist, dass in alle unsere Bestrebungen Übereinstimmung und Einheit kommt. Wenn nur jeder von denen, die die Sache einmal begreifen, seine Schuldigkeit tut, so sind wir in einigen Jahren eine unüberwindliche Macht. Darum mutig und beharrlich vorwärts, damit wir auch noch etwas erleben.

Joh. Ph. Becker 1867 an Sorge.

Die Proletariermasse weiß, oder beginnt zu verstehen, dass die Diktatur des Proletariats, die zur Aufgabe haben wird, die Produktionsmittel zu sozialisieren, nicht die Tat einer von einigen Leuten geführten Masse sein kann, sondern dass sie das Werk der Proletarier selbst sein muss und wird, die schon in sich und durch eine lange Praxis eine politische Organisation geworden sind.

Antonio Labriola.

Alles ist eben im Gärungsprozess begriffen und kann es dabei nicht immer ganz säuberlich hergehen. Es ist nur dafür zu sorgen, dass es eine Rein- und keine Faulgärung gibt, dass klarer Wein und kein trüber Essig dabei herauskommt.

Joh. Ph. Becker 1869 an Sorge.

Es gibt nichts der wahren Intelligenz Wahlverwandteres als der gesunde Verstand der großen Massen, und es gibt nichts Organisationsfähigeres als die großen Massen.

Ferd. Lassalle. (1863.)

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Lüth); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 28/1916

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

1. Jahrg.

Bremen, den 30. Dezember 1916.

Nr. 28

Redaktion und Expedition: Waller Heerstraße Nr. 52. (Eing. Torweg).

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

Auf dem Wege zur Internationale des Truges.

Die Abtransportierung der belgischen Arbeiter nach Deutschland hat in der sozialpatriotischen Entente-*Presse* einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Herr Vandervelde, der königlich belgische Minister, hat sich daran erinnert, dass er noch Vorsitzender der Internationale seligen Angedenkens ist und er erließ eine Epistel an sie, in der die Mannen zum Protest gegen Deutschland aufgerufen werden.

Auf seinen Appell antworteten *sofort* die französischen Sozialpatrioten, von Renaudel bis zu den Zentrums-*Männern* Presse-*Manne* und Longuet. Sie leisteten den Hannibalschwur, dass sie nicht ruhen wollen, bis die belgischen Proletarier befreit sein werden. Diese Proteste der belgisch-französischen Sozialpatrioten sind eine Heuchelei sondergleichen. Nicht nur, weil, wie eine Zuschrift des Züricher „Volksrechts“ feststellt, die lieben englischen Befreier, die die nach England geflüchteten Belgier wie Sklaven behandeln, und sie zum Militärdienst oder zur Fabrikarbeit zwingen, sondern auch, weil die französischen Sozialpatrioten wie die englischen es ohne Protest dulden, dass englische und französische Proletarier wie Heloten behandelt werden. Man lese nur, was der „Labour Leader“ und die „Union de Meteaux“ über die Fabrikverhältnisse in den Ententeländern schrieben – gar nicht von der vollkommenen Versklavung der russischen Proletarier zu sprechen – und man wird sagen müssen: solange dies die Entente-„Sozialisten“ dulden, solange ist ihr Protest gegen die Zwangstransportierung der belgischen Proletarier nach Deutschland Heuchelei und Kriegshetze.

Wer aber annahm, dass dies der Gipfel der Heuchelei ist, der wusste noch nicht, dass im deutschen Reichstag Herr Bauer aus der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften es wagen würde, sich dem Protest des Gen. Dittmann (von der Arbeitsgemeinschaft) gegen die Behandlung der belgischen Arbeiter anzuschließen. Dittmann berief sich darauf, dass diese Behandlung dem Völkerrecht widerspreche. Das ist eine lächerliche Begründung, weil von dem Völkerrecht seit dem Kriegsbeginn überhaupt kein Fetzen geblieben ist, weil sich aufs Völkerrecht zu berufen nichts anderes bedeutet, als den Mächten daraus einen Vorwurf machen, dass sie eine Lüge fallen gelassen haben. Wenn wir gegen die Behandlung der Arbeiter in allen kriegführenden Ländern oder in einem von ihnen Protest erheben, so tun wir es, weil

wir Vertreter der Interessen der Arbeiterklasse sind, und nicht, weil das mit Füßen getretene „Völkerrecht“ die Misshandlung der Arbeiter bis zu einem gewissen Grade erlaubt.

Aber wie es auch um die Dittmannsche Begründung bestellt sein mag, er hatte das Recht zu protestieren, weil er auch gegen das vaterländische Hilfsgesetz protestierte. Aber gleichzeitig zu helfen, den deutschen Arbeitern das Freizügigkeits- und Streikrecht zu nehmen, gleichzeitig der deutschen Regierung das Recht zu geben, die deutschen Arbeiter dort zu verwenden, wo es die Interessen der Kriegführung erfordern, und gegen die gleiche Behandlung der belgischen Arbeiter zu protestieren, zu dieser Komödie gehört eine wahrhaft eiserne Stirn.

Es wäre aber ein Fehler, in dieser Komödie nur Heuchelei zu sehen. In der Sitzung der Seine-Feederation [Föderation?] hat Herr *Sembat*, der verfloßene französische sozialpatriotische Minister, erklärt, die französischen Sozialpatrioten seien keinesfalls prinzipiell gegen die Verhandlungen mit den deutschen, aber solche Verhandlungen seien so lange unmöglich, als die deutschen Sozialpatrioten nicht einmal gegen die Behandlung der belgischen Arbeiter protestieren. Aus der Umgebung Huysmans wurde dann dem Hauptdiplomaten des Zentralmächte-„Sozialismus“, *Viktor Adler*, angedeutet (durch Otto Pohl?), dass eine Aktion in der belgischen Arbeiterfrage von Nutzen für die Aussöhnung der sozialpatriotischen feindlichen Brüder wäre.

Viktor Adler, der ein sehr feines Gehör hat, verstand den Wink und drückte auf *Ebert*. Flugs war dieser, mit Scheidemann im Haag, wo sie Huysmans die Intervention für die belgischen Arbeiter zusagten und einer „Note“ der Exekutive des I. S. B. zustimmten. Dass es dabei den Herrschaften nicht im Geringsten um die *Arbeiter*, sondern um die *Belgier* geht, d. h. um die Brücke zu den französischen Sozialpatrioten, das beweist am besten die Tatsache, dass sie mit keinem Worte dagegen protestieren, dass die polnischen Arbeiter weiterhin in dem alten Verhältnis belassen werden. Eine offizielle Kundgebung der Regierung erklärt ausdrücklich, dass die russisch-polnischen Arbeiter die Kontrolle vom vorigen Jahr zu verlängern verpflichtet sind.

Wenn also die Ebert, Scheidemann und Bauer jetzt ihr „internationales Arbeiterherz“ entdeckt haben, so geschah es, weil sie auf Verhandlungen mit den französischen Sozialpatrioten spekulieren. Und diesem Zwecke soll eben die „nichtpolitische“ Einrichtung dienen, deren Bildung zwecks Untersuchung aller Klagen gegen einzelne Regierungen usw., die Huysmans Vandervelde vorschlägt. Die französischen Sozialpatrioten weigerten sich, nach dem Haag zu Verhandlungen über den Frieden zu kommen, damit sie von dem chauvinistischen Pöbel nicht als Landesverräter gesteinigt werden. Aber sie können kommen, um über die Interessen der in Deutschland internierten Franzosen und Belgier mit Ebert zu verhandeln.

Das Betreten dieser Brücke wird noch dadurch erleichtert, dass Guesde und Sembat jetzt aus dem französischen Ministerium ausscheiden. Der Sinn all dessen ist klar. Die Ententeregierungen lehnen jetzt die Friedensverhandlungen mit den Zentralmächten ab, weil sie hoffen, im Frühling ihre militärische Lage bessern zu können. Aber sie bereiten sich allmählich auf die Friedensverhandlungen vor und erlauben auch ihren Sozialpatrioten, mit denen der Zentralmächte in Fühlung zu treten, oder diese sagen sich selbst, dass dies der Regierung genehm sein wird.

Es ist also damit zu rechnen, dass die Internationale der Sozialpatrioten sich allmählich in Bewegung setzen wird, um die Musik für die zukünftigen Friedensverhandlungen der Regierungen zu liefern. Wenn die kapitalistischen Regierungen an die Verständigung gehen werden, wird die „Internationale“ die Komödie der Volksverständigung spielen. Es wird ein Spiel gegen das wirkliche Erwachen

Die Beitragssperre und ihre Probleme.

Die Argumente des Parteizentrums.

Es ist nicht schwer, die Argumente des Parteizentrums gegen die Beitragssperre in ihrer Haltlosigkeit und ihren Widersprüchen aufzudecken. Das Zentrum ist wohl der Meinung, dass die Organisationen sich durch die Beitragssperre nicht außerhalb der Partei stellen. Und in der Tat ist keine Farce so groß, wie dieser Bluff des Parteivorstandes. Abgesehen davon, dass der Parteivorstand sich durch die Missachtung der sozialistischen Grundsätze längst außerhalb der proletarischen Bewegung gestellt und sich den Klassengegnern der Arbeiterschaft zugesellt hat, hat er sich durch diesen Bluff gleich zweimal hintereinander über die Parteistatuten hinweggesetzt.

Einmal kennt das Parteistatut kein Außerhalb der Partei stellen, und zweitens kennt es keinen Paragraphen, der den Parteivorstand ermächtigte, eine Organisation als außerhalb der Partei stehend zu erklären. Das Vermögen der Partei gehört nicht dem Parteivorstand, es gehört der Partei und ist dem Parteivorstand nur zur Verwaltung überlassen. Zwar besagt das Organisationsstatut, dass von dem Parteivorstand das Vermögen der Partei nach eigenem Ermessen verwendet werden kann; selbstverständliche Voraussetzung dieses unerhört weitgehenden Vertrauens aber ist, dass es im Sinne des Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie gebraucht wird, über dessen Wesen bis vor dem Kriege keinerlei Missverständlichkeiten obwalteten. Eine Organisation, die dadurch, dass sie dem Parteivorstand, von dem sie überzeugt ist, dass er nicht mehr das Vertrauen der Parteimitglieder besitzen darf, das Vermögen der Partei vorenthält, eben dieses Vermögen der Gesamtpartei erhalten und es ihr auf dem Parteitag als ihrer obersten Instanz zur Verfügung stellen will: eine solche Organisation handelt mit keinem Jota gegen die Interessen der Partei; sie nimmt vielmehr deren Interessen mit allem Nachdruck wahr.

Wenn nun das Parteizentrum die Auffassung teilt, dass die Organisationen sich durch die Beitragssperre nicht außerhalb der Partei stellen, so fällt sein Argument in sich zusammen, dass die Durchführung der Beitragssperre eine Schwächung der Opposition auf dem Parteitag bedeutet. Die Prüfung der Mandate wird von der Mandatsprüfungskommission vorgenommen, die vom Parteitag selbst gewählt wird. Der Parteitag selbst hat dann über das Votum der Kommission zu entscheiden. Die Opposition des Parteitages hat es also in der Hand, die Mandatsprüfungskommission nach Wunsche zusammenzusetzen. Gelingt ihr das nicht, so ist das ein erstes Zeichen dafür, dass sie sich in der Minderheit befindet, woraus sich für die Linksradi-kalen die Konsequenzen von selbst ergeben. Gelingt es ihr, und die Kommission wie der Parteitag schließt sich dennoch der Auffassung des Parteivorstandes an, so ist das für die Linksradi-kalen ein erster Beweis, dass diese Opposition gewillt ist, den Parteivorstand zu stärken, In keinem Falle aber kann die Opposition durch die Durchführung der Beitragssperre geschwächt werden; umgekehrt: je mehr Organisationen die Beitragssperre durchgeführt haben, je stärker wird das Streben der Opposition sein, die Vertreter dieser Organisationen dem Parteitag zu erhalten. Die Beitragssperre bedeutet den schärfsten Kampf gegen den Parteivorstand; je allgemeiner er geführt wird, umso stärker werden allerorten die Anstrengungen der Opposition sein, den Parteitag mit möglichst vielen ihrer Vertreter zu beschicken.

Bleibt die Beitragssperre auf nur wenige Organisationen beschränkt, so ist auch das ein Ansporn für jede wahre Opposition, die Beschickung des Parteitages so oppositionell wie nur möglich zu betreiben, um diesen Organisationen, die die besten oppositionellen Elemente stellen, dem Parteitag zu erhalten. So wirkt die Beitragssperre in jedem Falle anfeuernd. Eine Opposition, auf die sie abschreckend wirkt, ist keine Opposition; sie kommt vor allem für den

Kampf gegen die Sozialpatrioten nicht in Frage. Und wenn das Parteizentrum diese abschreckende Wirkung befürchtet, so gewährt es dadurch nur einen Einblick in seinen eigenen „oppositionellen“ Charakter. Weil es selbst durch die Beitragssperre sich schrecken lässt, glaubt es, sie wirke in derselben Weise auch auf alle anderen.

Einerseits also befürchtet das Zentrum die Schwächung der Opposition. Andererseits aber verspricht es sich von der Beitragssperre wohl eine Wirkung, wenn die größten und leistungsfähigsten Organisationen sie beschließen würden. Nach diesem Argument aber würde die Schwächung der Opposition noch größer sein, da gerade die größten und leistungsfähigsten Organisationen nach dem Parteistatut die größte Delegiertenzahl für den Parteitag stellen können. Befürchtet man wirklich die Schwächung der Opposition so muss man umgekehrt wünschen, dass möglichst wenige Organisationen die Beitragssperre durchführen.

Ganz absurd aber ist die Auffassung, als glaubten die Befürworter der Beitragssperre, sie könnten durch diesen Akt den Parteivorstand zur Rückkehr zur sozialdemokratischen Politik bewegen. Kein Linksradikaler glaubt an solchen Humbug. Vielmehr sind wir davon überzeugt, dass der Parteivorstand durch kein Mittel der Welt zur Rückkehr gezwungen werden kann, und weil wir davon überzeugt sind, halten wir die Spaltung mit den Sozialpatrioten für notwendig, befürworten wir die Beitragssperre als Mittel der Spaltung. Nicht die Versöhnung mit den Sozialpatrioten soll durch die Beitragssperre bewirkt werden, sondern die endgültige Trennung von ihnen.

Wenn aber auch die Zentrumsleute der Beitragssperre keine versöhnende Wirkung zusprechen, welches Mittel können sie dann angeben, das diese Wirkung hervorbringt? Es gibt nur eins: eine Politik treiben, die sich mit der Politik des 4. August aussöhnen lässt. Und wenn das Zentrum die Spaltung nicht will, so bleibt ihm nichts übrig als diese Versöhnungspolitik, die es tatsächlich stets betrieben hat.

Findet sich nun aber auf dem Parteitag eine Mehrheit, die die Organisationen, welche die Beitragssperre durchführen, von der Teilnahme an der Tagung ausschließt, so würde das für die entschiedene Linke das Signal zur Spaltung sein; denn dann wäre sicher, dass diese Mehrheit dem sozialpatriotischen Parteivorstand auch in den übrigen Fragen Gefolgschaft leisten würde; denn sie würde jene Organisationen ja nur ausschließen, um dem Parteivorstand die Mehrheit zu sichern. Was will aber das Parteizentrum in diesem Falle tun? Will es sich der Mehrheit dann unterwerfen? Oder will es die Spaltung mitmachen? Will es diesen Schritt tun, nachdem es versäumt hat, die Arbeiter über die Notwendigkeit der Spaltung aufzuklären? nachdem es die Arbeiter in dem Wahne gelassen hat, dass die Möglichkeit eines Zusammenarbeitens mit den Sozialpatrioten trotz allem noch besteht? nachdem es die Arbeiter unsicher und damit unfähig gemacht hat, der neuen Situation mit Energie gewachsen zu sein? nachdem es Hoffnungen in den Arbeitern geweckt hat, die dann getäuscht werden? Oder will es ihnen sagen: ihr müsst mit beiden Möglichkeiten rechnen, mit der Einheit wie mit der Spaltung der Partei? Glaubte es durch eine solche Zwitterparole die Kampfkraft der Arbeiter zu erhöhen? Es untergräbt dadurch das Vertrauen der Arbeiter zu ihrer eigenen Kraft; es verhindert die vorbereitenden Arbeiten, die für die Zeit nach der Spaltung notwendig sind und die an organisatorischen Schwierigkeiten alles übersteigen werden, was die Arbeiter bis jetzt geleistet haben.

Aus Furcht vor diesen schwierigen Aufgaben, aus Furcht vor den Massen, die die Spaltung vielleicht missbilligen würden, wird das Zentrum in jedem Falle die Spaltung vermeiden. Und wenn ein Zentrumsvertreter dennoch die Spaltung mitmacht, so wird er es nur dort tun, wo die Linksradikalen die Massen genügend auf diesen Zustand vorbereitet, wo sie die nötigen Vorarbeiten dazu geleistet haben. Wo aber wird das Vertrauen der Massen diesen „Führern“

gegenüber sein, die vorher den Linksradikalen alle erdenklichen Schwierigkeiten bereitet haben, um die Spaltung zu verhindern?

Es wird immer klarer, dass die Spaltung der Partei zwischen den Linksradikalen einerseits und den Sozialpatrioten und dem Zentrum andererseits zu erfolgen hat. Die Linksradikalen werden ganz allein auf sich angewiesen sein. Diesem Zustand gilt es schon jetzt ins Auge zu sehen und ihn den Massen begreiflich zu machen. Die Beitragssperre ist eins der besten Mittel, um diese Aufklärungsarbeit zu leisten. Darum haben die Linksradikalen die Pflicht, überall für die Beitragssperre zu wirken und sie durchzuführen, wo es nur irgend geht. Hatte es anfänglich den Anschein, dass die Beitragssperre den Gegensatz zwischen dem Zentrum und den Linksradikalen vertuschen könnte, weil gewisse Zentrumsleute sich theoretisch auch für sie erklären, so zeigt das Beispiel Bremens, dass ihre praktische Durchführung den Massen diesen Gegensatz in der schärfsten Form demonstriert. Selten ist der schwankende Zentrumscharakter eines Henke so klar zutage getreten und von den Massen so scharf erkannt worden wie in der Debatte über die Beitragssperre, wie durch sein Verhalten in dem ganzen Konflikt, der durch die Beitragssperre hereingebrochen ist.

Gewerkschaftsprobleme.

Die Sackgasse.

Der gewerkschaftlichen Taktik musste diese Entwicklung ihr Gepräge aufdrücken. Die Bureaukratie stellte sich dem Kampfwillen der Arbeiter in den Weg. Zwar nimmt die Zahl der Kämpfe, ihr Umfang und ihre Dauer zu. Dies ist aber eine Folge der allgemeinen Verschärfung der Klassenverhältnisse, die sich – trotz der Gewerkschaftsleitungen und von ihnen gehemmt – durchsetzt. Dazu kommt, dass fast keiner dieser Kämpfe bis zum Ende durchgefochten wird. Endet der Kampf nicht mit einer glatten Niederlage der Arbeiter, dann wird er in der Regel nach geringfügigen Zugeständnissen abgebrochen. Auch das Tarifwesen hat zur Abschwächung des Kampfcharakters der Gewerkschaften beigetragen.

Man wird dies beklagen müssen, aber es geht nicht an, zwischen Anhängerschaft oder Gegnerschaft in Bezug auf die Tarifverträge zu wählen. Sie sind nicht von grübelnden Reformern entdeckt und geschaffen worden, sondern waren die Frucht der Entwicklung der Gewerkschaftskämpfe selber. Sobald diese über den einzelnen Betrieb hinauswuchsen und ganze Industrien und Länder umfassten, musste jeder Friedensschluss durch einen Vertrag, durch die Kodifizierung der Friedensbedingungen bewirkt werden. An ihrem Teile haben die Tarifverträge gerade zur Entwicklung der Kämpfe beigetragen, durch die jahrelange Rüstung auf die entscheidende Bewegung und die Tatsache, dass, wenn es schon zum Kampfe kam, dieser sofort auf der ganzen Linie entfesselt und wegen der Größe des Zieles umso nachdrücklicher geführt wurde.

Sehr lehrreich ist in dieser Hinsicht die Gestaltung der Dinge im Baugewerbe. Mit seinem mittleren Unternehmertum, das noch in starker Konkurrenz lag, und seinen wenig differenzierten Arbeitsmethoden bot dieses Gewerbe ein vorzügliches Feld für das Tarifwesen. Hier setzte es sich auch durch bis zum Reichstarif. Hier brachte es auch den umfassendsten Kampf, den die deutschen Arbeiter bisher durchfochten und siegreich zu Ende geführt haben. Aber hier zeigt sich auch bei näherer Betrachtung, dass dieser Sieg ein Pyrrhussieg gewesen ist. Schon in ihm konnten es die Unternehmer wagen, die Axt an die Wurzel der Organisation selbst zu legen.

Diese Überspannung des Bogens brachte ihnen noch einmal eine entscheidende Niederlage, denn es weckte die Kräfte zum entschiedensten Widerstande. Hier stellten auch die

Führer durchaus ihren Mann, denn die Organisation als solche dürfen sie nicht gefährden lassen, um ihrer selbst willen nicht. Aber auch im Baugewerbe setzt sich das Großunternehmertum immer gewaltiger durch und schafft dadurch eine Überlegenheit der Unternehmerklasse über die Arbeiter, die künftige Siege in Frage stellt. Und die innere Dynamik der Tarifverträge muss sie ad absurdum führen.

Die Verträge haben die innere Tendenz, sich immer weiter auszudehnen, über immer mehr Branchen, immer breiteren Raum, immer längere Zeit. Dazu das bewusste Streben der Unternehmer, möglichst viel Tarife an einem Tage ablaufen zu lassen. Ein sehr natürliches Streben, gegen das sich nicht mit Erfolg ankämpfen lässt. Das alles aber nötigt die Gewerkschaften zu so ungeheuerlichen Anstrengungen, zu so riesenhaften Rüstungen für bestimmte Zeitpunkte, denen sie einfach nicht gewachsen sind. Das Tarifwesen, das angeblich die Anerkennung der Gewerkschaften als gleichgestellten Machtfaktor gebracht hat, führt letzten Endes zur Ohnmacht der Gewerkschaften. Auch für die Gewerbe, in denen noch der Mittelbetrieb vorherrscht, werden die Tarifverträge entweder unmöglich oder sie bleiben, wenn die Arbeiter sich auf den Standpunkt stellen: Vertrag um jeden Preis, bleiben dann, solange es den Unternehmern gefällt. So steht es auch bei den Buchdruckern, die das Tarifwesen bis zur letzten Konsequenz durchgeführt haben. Es wird hier der Setzmaschine und der Frauen- und Krüppelarbeit zum Opfer fallen.

Die Cunctator-Taktik.

In die Großindustrie mit den Riesenbetrieben Kohlen-, Eisen-, Werft-, Hafenbetriebe, die der modernen Weltwirtschaft den Stempel aufdrückt und die maßgebend geworden ist für die Lebenslage der Arbeiter, hat das Tarifwesen nicht eindringen können. Mehr noch, die Gewerkschaften haben in ihr nur ganz geringe Erfolge erzielen können. Selbst diese Erfolge wurden nicht im offenen Kampf erfochten, sondern sie waren Zugeständnisse der Unternehmer, die sich in der Ausnutzung der Konjunkturen nicht aufhalten lassen wollten. Dieser Grund war es, der in der schweren Industrie die Löhne immerhin hochsteigen ließ. Aber die sonstigen Arbeitsverhältnisse spotten jeder Beschreibung, und der Versuch, der in dieser Richtung vom Metallarbeiterverband in dem dicken Buche über die deutsche Eisenindustrie gemacht worden ist, ist ein Dokument kapitalistischer Ausbeutung. Die Gewerkschaften haben hier fast nichts erreichen können. Wir erinnern nur an den Raubbau, der durch das wahnwitzig gesteigerte Überstundenwesen mit der Arbeitskraft getrieben worden ist und weitergetrieben wird. Jede Festlegung eines Zehn- oder Neunstundentages hat sich als brüchiges Papier erwiesen.

Zwar marschiert heute der Metallarbeiterverband mit seinen Mitgliederzahlen an der Spitze der Gewerkschaften. Aber auch seine Hauptrekrutierungsgebiete sind die mittleren Betriebe. In ganz großen Gebieten, wo die schwere Industrie sitzt, ist er schwach und will trotz Anspannung seine riesigen organisatorischen Kräfte nicht hochkommen. Man könnte meinen, er werde schon Erfolge erzielen, wenn er erst einmal die Massen der schweren Industrie aufgenommen hat. Das ist jedoch nicht richtig. Winnig, der ein kluger Kopf unter den Gewerkschaftsführern ist, hat mit Recht betont, dass die gelbe Bewegung viel mehr die Wirkung, als die Ursache gewerkschaftlicher Misserfolge ist. Sie blühen dort, wo die Gewerkschaften nichts erreichen. Ebenso sind die gewerkschaftlichen Erfolge in der schweren Industrie nicht deshalb so gering, weil die Organisation der Arbeiter schlecht ist, sondern diese ist schlecht, weil wenig Erfolge vorhanden sind und keine Aussicht auf Besserung besteht.

Gerade die Gebiete, in denen von alters her eine gute Organisation auch in der schweren Industrie besteht, beweisen, dass gegenüber dem konzentrierten Riesenkapital die herkömmlichen gewerkschaftlichen Kampfmittel nicht mehr fangen. So steht es auf den Werften, und es ist nur der Ausdruck einer historischen Tatsache, dass sich hier innere Konflikte in den

Gewerkschaften zum offenen Ausbruch, zum Bruch der Disziplin durch die Massen und zum feigerzigen Verrat durch die Führer verschärfen musste.

Noch vor acht, zehn Jahren konnten die Gewerkschaftsführer mit aufgeblähten Pausbäcken gegen Kautsky anrennen, weil er angeblich den Sisyphuscharakter ihrer Arbeit dargelegt hatte. Heute wissen ihre klareren Köpfe, was die Uhr geschlagen hat. So kommt Winnig in einer größeren Arbeit über den Werftstreik zu dem Schluss, dass die Gewerkschaften dem konzentrierten Riesenkapital nichts mehr abzwängen können.

Diese Tatsache habe die Verbandsleitungen zu einer besonderen, diplomatischen Taktik gezwungen. Durch Drohungen, durch das Paradiesen mit den gefüllten Kassen und der Kampfbereitschaft der Mitglieder sollen die Unternehmer zu Zugeständnissen veranlasst werden. Deshalb hart an die letzte Grenze des Biegens heran, aber niemals brechen. Solche Taktik legt alles Handeln in die Hand der Führer. Ihr Erfolg hängt ab von deren Geschicklichkeit und der unbedingten Folgsamkeit der Massen. Die Massen müssen auf den Pfiff des Führers eingedrillt sein und einschwenken wie die Bataillone auf den Befehl des Divisionärs. Darum das ganze Schwergewicht auf die unbedingte Disziplin der Massen gelegt, darum die Schüsse in den Rücken der Truppen, die ohne Befehl zum Sturm schreiten.

Diese Taktik des weiland Fabius Cunctator, diese Taktik der Flottendemonstrationen scheidet schon daran, dass der geforderte Kadavergehorsam in Arbeiterorganisationen nicht zu erzwingen ist. Überdies erwartet sie allen Erfolg allein von diplomatischen Ränken. Deshalb dürfen die Massen nicht in das Geheimnis eingeweiht werden, vielmehr muss in ihnen die höchste Kampflust erweckt werden. Die Folge kann nur sein: Enttäuschung, Verwirrung und Zermürbung der Organisation. Im Übrigen verfängt das Mittel nicht mehr, sobald der Gegner hinter das Geheimnis gekommen ist. Es war deshalb ein Meisterstreich Winnigs, die diplomatische Weisheit der Gewerkschaftsgenerale auf offenem Markte auszulaudern.

Die Cunctatortaktik ist der letzte Ausweg der Ohnmacht. Sie ist keine Rettung und konnte die Katastrophe der Gewerkschaften nur beschleunigen, die sich in den letzten Friedensjahren vorbereitete.

W. Meppen.

Feuilleton

Die Blutrache zu Weinsberg.

Aus „Der große Bauernkrieg“ von W. Zimmermann. (Forts.)

Dietrich von Weiler, ein stolzer Rittersmann, sah in den Bauern nur „Rossmucken“. Er glaubte nicht, dass die Rossmucken einen ernsten Angriff wagen würden, wenn sie entschlossene Gegenwehr fänden; er hielt es für eine Schande, wenn ein Rittersmann mit solchen Rossmucken verhandeln wollte; mit Kugeln sich mit ihnen zu besprechen, hielt er für das einzig Würdige und Gescheite. Auf seinen Befehl wurde von den Mauern und von dem Torhaus herab auf die Gesandten der Bauern gefeuert. Einer der Bauerngesandten stürzte schwer verwundet nieder, raffte sich aber blutend auf, und lief mit dem anderen, was sie konnten, dem Schemelberg zu. Dietrich von Weiler freute sich des Laufens, die Bewegung auf dem Schemelberg gab ihm die Gewissheit, dass diese Entschlossenheit bei den Bauern Eindruck erweckt habe. „Liebe Freunde,“ rief er aus, „sie kommen nicht; sie wollten uns nur also schrecken, und meinen, wir hätten von Hasen das Herz.“ Anders dachte der mit dem Grafen herbeigekommene Bürgermeister Prezel. Er äußerte dem Grafen die Besorgnis, dass es den Bauern, wenn sie, was jetzt wahrscheinlich sei, mit aller Macht heranrückten, eben doch gelingen möchte, durch die Tore einzudringen. Man solle das untere Tor verterrassen und dazu aus dem nahen

Spital Fässer und Mist schnell herbeischaffen. Der Graf meinte, dadurch würden den pfälzischen Reitern unter dem Marschall von Habern, die er stündlich erwarte, der Weg versperrt, und gab es nicht zu. Auch er glaubte nicht an den Ernst der Bauern.

Die Bauern standen während der Verhandlungen, die sie von ihren Gesandten erwarteten, in drei Haufen, ruhig, aber in Schlachtordnung, voran Florian Geyer mit der schwarzen Schar. Die Schüsse von der Mauer und dem Torhaus, welche einen von den Gesandten blutig niederwarfen, waren das Signal: auf einmal bewegte sich Florian Geyer mit dem schwarzen Haufen vor die Burg, und der ganze große Haufen eilte im Sturmschritt heran. Die schwarze Hofmännin, eine alte Hexe aus Böckingen, sprach den Zaubersegen über die Bauern, damit die feindlichen Büchsen ihnen nicht schadeten. Während das Schloss angerannt wurde, ergossen sich die Haufen um die Stadt, und der erste Angriff geschah auf das untere Tor, welchem sich die Bauern vom Siechenhause her in einem Hohlweg mit Leitern und Büchsen genähert hatten. Die Bürger in der Stadt hielten sich wohl mit dem Grafen. Bürger und Reisige wetteiferten auf der Mauer. Vom Schloss, wie von den Mauern und Wehren der Stadt wurde ein lebhaftes Feuer aus den Schießlöchern unterhalten und ein heftiges Steinwerfen über die Mauer hinab, um die andrängenden Bauernfähnlein abzuhalten. Doch wurden nur drei Bauern von der Stadt aus erlegt, dagegen viele mehr oder weniger verwundet, was die Wut der Bauern noch mehr reizte. Es war Jäcklein, ein verwegener Geselle, der hier mit seinem Haufen stürmte. Sie schwuren den Weinsbergern Mord und Brand zu.

Da gewahrte man plötzlich von der Stadt aus zwei Fahnen auf dem Schlosse aufgesteckt, es waren die Siegeszeichen Florian Geyers und seiner schwarzen Schar. Diese, meist eingelernte Kriegsmänner, die schon mehr dabei gewesen waren, wo es galt, Mauern zu stürmen und zu brechen, waren im Grünen vor das Schloss gezogen und hatten es in kurzem erstürmt und erstiegen.

Schon waren auch in der Stadt unten am dreifachen unteren Tore die zwei äußeren Tore von den Bauern eingehauen. Das und der Fall des Schlosses schlug den Mut der Bürger nieder. Es waren ohnedies nicht alle Bürger von Anfang an in der Verteidigung so eifrig gewesen, sondern nur die Ehrbarkeit, nur die am unteren und oberen Tore; an der Seite der Stadt, bei dem kleineren Tore an der Kirche, wo Dionysius Schmid von Schwabach den Sturm anrief, wehrten sich die Bürger gar nicht. Hier arbeiteten die Freunde Jäckleins und Schmidts den Bauern in die Hände; einer hieb innen am Pförtlein, einer von außen, um es aufzuhauen. Jetzt bei der furchtbar anschwellenden Gefahr, als die Sturmblöcke und Balken, die Hämmer und Äxte am letzten Tore des Untertores schmetterten, entsank auch den ehrbaren, den ergebens-ten Bürgern der Wille des Widerstandes. Es war umsonst, dass Dietrich von Weiler noch immer in der Stadt herumritt, und die Bürger und Reisigen, die zum Teil schon die Wehren verließen, zu unausgesetzter Gegenwehr aufrief. Zugleich umringte den Grafen ein Haufen Weiber, welche schrien und flehten, es doch nicht aufs Äußerste kommen zu lassen, da ihnen bei längerer und doch nutzloser Gegenwehr mit Mord und Brand gedroht werde. Diese Drohung Jäckleins hatte furchtbaren Eindruck auf die Bewohner gemacht, und während die Ritter noch immer zum Widerstand riefen, beharrten die Bürger auf Übergabe gegen Sicherheiten für Leib und Leben. Die Bürger entzweiten sich mit den Reitern, und der gemeine Mann fing an, die Herren mit Gewalt von den Wehren und Mauern herabzuziehen.

Der Graf sah selbst die Unmöglichkeit ein, sich zu halten. „Ihr habt euch wohl gehalten, ihr Weinsberger, und den Bauern genug getan, das will ich euch vor Gott und der Welt bezeugen“, rief der Helfensteiner und gab es zu, dass einer der Bürger, der Schwabhannes, mit dem Hut auf einer Stange den Bauern über eine Zinne des Untertores hinaus Friede zurief und das Anerbieten machte, ihnen, wenn sie alles am Leben ließen, die Stadt übergeben zu wollen. Auch der Priester Franz und noch mehrere schrien: Friede! Friede! zu den Bauern hinaus.

Diese schossen dem Schwabhannes den Hut von der Stange herab und riefen hinauf: „Die Bürger sollen am Leben bleiben, die Reiter aber müssen alle sterben.“ Graf Helfenstein stand daneben, als Schwabhannes wenigstens um eine Ausnahme für den Grafen bat, und musste mit eigenen Ohren die Antwort hören, dass er sterben müsse, auch wenn er von Gold wäre.

Jetzt fasste der Graf, dem es zu grauen anfang, den Entschluss zur Flucht. Er wollte noch einmal die Bürger zu kurzem Widerstand aufmahnen, um während desselben zum oberen Tore auszubrechen. Er teilte diesen Entschluss etlichen Bürgern, die ihm vertraut waren, mit und bat sie, ihm und seinen Reitern zum Tore auszuhelfen. Aber auch hier fanden sie die Wehren und das Torhaus meist von den Bürgern schon verlassen; nur wenn die Bürger ihn von der Mauer aus kräftig unterstützten, war es möglich, sich durchzuschlagen; denn bereits war auch das obere Tor von den Bauern angerannt. „Wo sind meine frommen Bürger?“ rief der Graf verzweifelnd. Aber sein Ruf wurde übertäubt durch das Jammergeschrei der Weiber, die zur Eröffnung des Tores bereits die Schlüssel in Händen hatten, von dem Geschrei der Bürger, welche die Besatzung nicht entfliehen lassen wollten. Als sie die Ritter und Reisigen sich auf dem Markt auf ihre bereitstehenden Pferde schwingen sahen, schrien sie, die es nicht mit den Bauern hielten, in Angst vor den Stürmenden den Rittern zu: „Wollt ihr uns allein in der Brüche stecken lassen?“ Andere schrien unter Verwünschungen, durch sie sei die Stadt ins Unglück gekommen und es sei jetzt zum Entfliehen keine Zeit.

Die Uhr war auch abgelaufen, von vier Seiten zumal ergoss sich der Strom der Bauern in die Stadt. Zuerst sprang das Pfortlein bei der Kirche auf, hier stürzte im Gedränge Dionysius Schmid und ein Schwarm, der vom Schloss herabkam, in die Stadt herein; auf einer anderen Seite, beim Spital, half ein Spitalpfründner, Hans Moesling, „ein einfältiger Mensch“, einem Bauer über die Stadtmauer herein, diesem stiegen die anderen nach. Mit wütendem Mordgeschrei wälzte sich die Hauptmasse der Bauern durch das von ihnen vollends eingehauene untere Tor der Stadt, gerade im Augenblick, als die Reisigen sich auf ihre Pferde geschwungen hatten. Man hörte das Geschrei an die Bürger: „Geht in eure Häuser mit Weib und Kind, so soll euch nichts widerfahren!“ Die Bürger flohen in ihre Wohnungen und schlossen Türen und Läden. Jäckleins Haufe aber schrie nach dem Grafen und den Rittern, man müsse sie durch die Spiese jagen. (Forts. folgt.)

Szene aus der Komödie „Der Revisor“.

Von N. Gogol.

Postmeister: Sagen Sie mir doch, meine Herren, was hat denn das für ein Bewandtnis mit dem Revisor, der zu uns kommen soll?

Gouverneur: Haben Sie vielleicht etwas Näheres darüber in Erfahrung gebracht?

Postmeister: Herr Bobschinski hat mir davon erzählt. Er war soeben bei mir auf dem Postamt.

Gouverneur: Nun, was halten Sie von der Sache?

Postmeister: Was ich davon halte? Wir bekommen Krieg mit den Türken.

Kreisrichter: Ganz meine Ansicht, ganz meine Ansicht.

Gouverneur: Ach ja, ihr seid ja beide so kluge Leute.

Postmeister: Ja, ja, es geht den Türken an den Kragen. Die Franzosen werden vor Ärger platzen.

Gouverneur: Ach was Krieg! Nicht den Türken, sondern uns geht's an den Kragen. Darüber besteht gar kein Zweifel mehr: hier hab ich's schriftlich.

Postmeister: Nun, dann also kein Krieg mit den Türken.

Gouverneur: Und wie steht's denn mit Ihnen, Iwan Kusmitsch?

Postmeister: Hm – wie steht's mit Ihnen, Anton Antonowitsch?

Gouverneur: Hm – mit mir? Ich bin kein Ängsterling, aber so etwas macht mir doch Angst. Die Kaufleute und Bürger beunruhigen mich am meisten. Sie sagen, ich hätte sie gerupft. Mein Gott, wenn ich ihnen auch etwas genommen habe, – es geschah ohne alle Bosheit. – Ich glaube, man hat mich denunziert, Denn ich frage Sie, warum schickt man uns einen Revisor auf den Hals? Hören Sie. Iwan Kusmitsch, könnten Sie nicht zu unserm gemeinschaftlichen Wohle sämtliche Briefe, die durch Ihr Postamt gehen, bei der Ankunft und beim Abgehen ... wissen Sie, so ein wenig aufbrechen und lesen, um zu erfahren, ob nicht Denunziationen oder andere gefährliche Dinge darin stehen ...? Wenn nicht, so kann man sie ja wieder zu machen; übrigens hat das nichts zu bedeuten: man kann die Briefe ja auch aufgebrochen abgeben.

Postmeister: Versteh' schon, versteh' schon ... Sie werden mich doch nicht mein Handwerk lehren wollen! Betreibe das Gewerbe schon lange Zeit; aber nicht aus Vorsicht, sondern aus Neugier, ich möchte nämlich um mein Leben gern wissen, was es Neues in der Welt gibt. Ich kann Ihnen auf Ehre versichern, es gibt gar keine interessantere Lektüre! Einige Briefe sind so amüsanter – es stehen Dinge darin und es ist alles so wohlgesetzt ... Die „Moskauer Nachrichten“ sind nichts dagegen.

Gouverneur: Nun gut, so sagen Sie mir, haben Sie nichts über einen gewissen Beamten aus Petersburg gelesen?

Postmeister: Nein, über einen Beamten aus Petersburg nicht; wohl aber ist viel die Rede von einem solchen aus Kostroma und Saratoff. Schade, dass sie keine Briefe lesen. Manche Stellen sind wirklich prachtvoll. So z. B. schilderte vor kurzem ein Leutnant einem seiner Freunde einen Ball. Ich wiederhole Ihnen, es war reizend: „Mein Teuerster“, hieß es, „ich lebe hier im Elysium: schöne Mädchen in Hülle und Fülle, die Musik ertönt, ich stürze mich ins Feuer ...“ Wie gesagt, der junge Mann schrieb wirklich mit Gefühl ... Ich glaube, ich habe die Epistel noch in der Tasche. Soll ich Ihnen das Billetchen vorlesen?

Gouverneur: Nein, jetzt haben wir dazu keine Zeit. Also Sie machen mir das Vergnügen, Iwan Kusmitsch? Und wenn Sie zufällig auf eine Beschwerde oder Denunziation stoßen sollten, so halten Sie sie unbedenklich zurück.

Postmeister: Mit dem größten Vergnügen.

Kreisrichter: Nehmen Sie sich in Acht ... Sie könnten sich Unannehmlichkeiten zuziehen.

Postmeister: Wie, glauben Sie ...

Gouverneur: Ach was, das hat nichts auf sich! Ja, wenn's öffentlich geschähe! Aber es geschieht ja ganz im Geheimen, innerhalb seiner vier Pfähle.

Kreisrichter: Schlimme Sache! Schlimme Sache!

Haussuchung.

Von Gaudy.

De par le voi! Man öffne mir
die Tür! Zurück den Riegel!
Vollmacht bekundet dies Papier
Mit Unterschrift und Siegel.
Bei ihrem Namen steht bereits
im schwarzen Buch ein Doppel-Kreuz
und zwar mit roter Tinte,
drum fort mit jeder Finte.

„Fürwahr, ich staune“ – nicht gemuckt!
Wir wissen, was wir wissen.
Was für ein Zettel, eng bedruckt,
wird hier so schnell zerrissen?
Verlegen scheint der Inkulpat,
gleich wie ertappt auf böser Tat.
Ich les' auf dem Papiere,
Schweiz! – Frankreich – ha ich spüre!

Zwölf Rohre dort auf dem Gestell –
sie gleichen Flintenläufen –
zu welchem Zweck? Man beichte schnell, –
„Diesmal sind's Tabakpfeifen“. –
Das wäre Herr? das Gestell
ist sonder Zweifel das Modell
für neue Höll'n-Maschinen
Sie Fieschi! Wehe ihnen!

Der Stock, der dort im Winkel ruht,
dient? „Zum Spaziergehen.“ –
So? meinen Sie? das klingt ganz gut;
kann jedes Kind doch sehen
dies sei ein Stock wie Alibauds.
Am Ende geht das Unding los –
Behutsam, ihr Kollegen,
ich wittre Flint und Degen.

Dies Buch, hier steht es deutlich, seht!
Es handelt von zwei Polen.
Verdächtig! Nennt sie! Herr, gesteht
es frei und unverhohlen.
„Südpol und Nordpol.“ – Fürchterlich,
um diese zwei dreht alles sich.
Hier steht's. Sieht doch der Blind' es,
zwei Hauptrebelln sind es.

Und hier! Geschrieben steht es groß
und breit! ein Bundes-Hemde! –
„Ein buntes, meint die Waschfrau blos!

Rechtschreibung blieb ihr fremde.“
Elende Ausflucht! Hochverrat!
Ein Bund mit Hemden! In der Tat,
jetzt kommen wir dem Dinge,
doch endlich auf die Sprünge.

Was schreibt man jetzt? – ‘nen Brief? – an wen? –
„‘nem Freund.“ – Den muss man lesen:
Ich muss Dir leider nur gestehn,
dass ich mordfaul gewesen –
Mordfaul! Gerechter Gott! zum Mord
nennt er sich faul! Gendarmen, fort!
fort mit dem Bösewichte
zum heimlichen Gerichte!

Umständehalber erscheint diese Nummer nur mit sechs Seiten.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Lüth);
sämtlich in Bremen.

